



**PROTOKOLL DES ORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGES DER SPD**
BERLIN, 4. – 6. DEZEMBER 2011



**PROTOKOLL DES ORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGES DER SPD**
BERLIN, 4.–6. DEZEMBER 2011

IMPRESSUM

Herausgeber SPD Parteivorstand
Zusammenstellung Pia Dahmen
Lay-out und Satz koko-berlin.de
Druck Druckerei Conrad GmbH, Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Tagesordnung	9
Geschäftsordnung	11
<i>ERSTER VERHANDLUNGSTAG, SONNTAG, 4. DEZEMBER 2011</i>	
Begrüßung Sigmar Gabriel	13
Rede Helmut Schmidt	14
Eröffnung und Totengedenken Hannelore Kraft	28
Konstituierung Doris Ahnen	36
Grußwort des norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg	38
Resolution „Für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus“ Klaus Wowereit	46
Bericht der Antragskommission Olaf Scholz	56
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission Nicole Tietz	59
Leitantrag Europa Einbringung: Frank-Walter Steinmeier Beratung Leitantrag und europapolitische Anträge	60 74
Leitantrag Demokratie Einbringung: Heiko Maas Beratung Leitantrag und Anträge zu Demokratie	110 115
Organisationspolitisches Grundsatzprogramm Einbringung: Andrea Nahles Beratung der organisationspolitischen Anträge Satzungsändernde Anträge	136 139 164

Beratung der Anträge zu Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr	186
ZWEITER VERHANDLUNGSTAG, MONTAG, 5. DEZEMBER 2011	
Rechenschaftsbericht der Schatzmeisterin Barbara Hendricks	210
Bericht der Kontrollkommission Christa Randzio-Plath	215
Gastrede des Kandidaten der Parti Socialiste bei der französischen Präsidentschaftswahl 2012 François Hollande	221
Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel	228
Aussprache	253
Wahl des Parteivorsitzenden	263
Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden	264
Resolution zum VW-Gesetz	268
Wahlergebnis der stellvertretenden Parteivorsitzenden	270
Anträge zur Medien- und Kulturpolitik	272
Rede der Generalsekretärin Andrea Nahles	281
Wahl der Generalsekretärin	284
Wahl der Schatzmeisterin	285
Wahl des Verantwortlichen für die Europäische Union	285
Erster Wahlgang der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes	286
Leitantrag Kinder und Familie Einbringung: Manuela Schwesig	290

Beratung Leitantrag und Anträge zur Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik	290
Wahlergebnis erster Wahlgang	309
Zweiter Wahlgang der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes	312
Leitantrag Bildung und Integration Einbringung: Klaus Wowereit	313
Gastrede Präsident des DFB Theo Zwanziger	320
Zweiter Wahlgang der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes	325
Beratung Leitantrag und Anträge zu Bildung und Integration	326
Wahlergebnis zweiter Wahlgang	344
Leitantrag Arbeit und Alterssicherung Einbringung: Kurt Beck	346
Beratung Leitantrag und Anträge zu Arbeit und Alterssicherung	353
DRITTER VERHANDLUNGSTAG, DIENSTAG, 6. DEZEMBER 2011	
Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	386
Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	387
Wahl der Kontrollkommission	389
Leitantrag Wirtschaft und Finanzen Einbringung: Peer Steinbrück	390
Beratung Leitantrag und Anträge Wirtschaft und Finanzen	403
Ergebnis der Wahl der Kontrollkommission	407
Leitantrag Bürgerversicherung Einbringung: Andrea Nahles	438

Beratung Leitantrag und Anträge zur Gesundheitspolitik	440
Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik	456
Beratung der Anträge zur Außen- Entwicklungs- und Sicherheitspolitik und Überweisung aller weiteren Anträge an den Parteikonvent	479
Verabschiedung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, der ausgeschiedenen Mitglieder der Kontrollkommission und der Spitze des Parteirates	482
Verleihung des Wilhelm-Dröschner-Preises Heidmarie Wieczorek-Zeul	488
Schlusswort des Vorsitzenden Sigmar Gabriel	495
ANHANG	
Finanzbericht	498
Bericht der Generalsekretärin	518
Bericht über den Stand der Betriebsorganisation/AfA	547
Gleichstellungsbericht	549
Delegierte	579
Delegierte mit beratender Stimme	586
Internationale Gäste	587
Rednerinnen und Redner	593

SPD-BUNDESPARTEITAG IN BERLIN, 4. BIS 6. DEZEMBER 2011 – TAGESORDNUNG

SONNTAG, 4. DEZEMBER 2011

10:00 Uhr	Begrüßung durch Sigmar Gabriel
10:15 Uhr	Helmut Schmidt „Deutschland in und mit Europa“
11:00 Uhr	Eröffnung des Parteitages durch Hannelore Kraft
	Konstituierung
	■ Wahl des Parteitagspräsidium
	■ Beschluss über die Geschäftsordnung
	■ Beschluss über die Tagesordnung
	Wahl der Mandats- und Zählkommission
11:40 Uhr	Rede Jens Stoltenberg , Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Norwegens und Ministerpräsident von Norwegen
12:10 Uhr	Resolution „gegen Rechtsextremismus“
12:40 Uhr	Bericht der Antragskommission: Olaf Scholz Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
13:00 Uhr	Leitantrag Europa , Einbringung: Frank-Walter Steinmeier Rede: Martin Schulz Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Europa
15:30 Uhr	Leitantrag Demokratie , Einbringung: Heiko Maas Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Demokratie
17:20 Uhr	Organisationspolitisches Grundsatzprogramm , Einbringung: Andrea Nahles Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Organisation Satzungsändernde Anträge
20:50 Uhr	Beratung weiterer Anträge
22:00 Uhr	Unterbrechung des Parteitages

MONTAG, 5. DEZEMBER 2011

8:30 Uhr	Rechenschaftsbericht der Schatzmeisterin Barbara Hendricks Bericht der Kontrollkommission Entlastung des Vorstands Gleichstellungsbericht Bericht der Projektgruppen und Kommissionen des SPD-PV Bericht der SPD-Bundestagsfraktion
9:00 Uhr	Gastrede Francois Hollande

- 9:30 Uhr **Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel**
Aussprache
- Wahl der/des Parteivorsitzenden
Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden
- 12:05 Uhr Einbringung, Beratung und Beschlussfassung der „**Medienpolitischen Anträge**“
- 12:35 Uhr **Rede der Generalsekretärin Andrea Nahles**
- Fortsetzung Wahlen**
Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs
Wahl der/des Schatzmeisterin/Schatzmeisters
Wahl der/ des Verantwortlichen für die Europäischen Union
Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
- 13:55 Uhr **Leitantrag Kinder und Familie**, Einbringung: Manuela Schwesig
Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Familie
- 15:50 Uhr **Leitantrag Bildung und Integration**, Einbringung: Klaus Wowereit
Rede: Hannelore Kraft und Gastrede Theo Zwanziger
Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Bildung und Integration
- 17:40 Uhr **Leitantrag Arbeit und Alterssicherung**, Einbringung: Kurt Beck
Rede: Olaf Scholz
Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Arbeit und Alterssicherung
- 20:00 Uhr Unterbrechung des Parteitages
- **Parteiabend im Hotel Estrel Berlin-Neukölln**

DIENSTAG, 6. DEZEMBER 2011

- 8:30 Uhr Begrüßung und Grußworte
- 8:50 Uhr **Wahl der Bundesschiedskommission**
■ Wahl der/des Vorsitzenden
■ Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden
■ Wahl der vier Beisitzer/innen
- Wahl der Kontrollkommission**
- 9:15 Uhr **Leitantrag Wirtschaft und Finanzen**, Einbringung: Peer Steinbrück
Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Wirtschaft und Finanzen
- 11:05 Uhr **Leitantrag Bürgerversicherung**, Einbringung: Andrea Nahles
Rede: Karl Lauterbach
Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Gesundheit
- Antragsberatung weiterer Antragsbereiche
- 15:10 Uhr **Verleihung Wilhelm-Dröschler-Preises**
- Abschlussrede der/des Parteivorsitzende(n)**
- 16:00 Uhr Ende

SPD-BUNDESPARTEITAG IN BERLIN, 4. BIS 6. DEZEMBER 2011 – GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

s11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

SONNTAG, 4. DEZEMBER 2011, BEGINN 10.17 UHR

■ **Tagungsort:** STATION – Berlin

BEGRÜSSUNG

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Lieber Helmut Schmidt! Lieber Jens Stoltenberg, Ministerpräsident Norwegens! Lieber Boris Tadic, Präsident Serbiens!

(BEIFALL)

Lieber Sergej Stanichev, der neue Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas!

(BEIFALL)

Lieber Massimo D'Alema, der Präsident der Sozialdemokratischen Stiftungen Europas!

(BEIFALL)

Lieber Bohuslav Sobotka, der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokratie! Liebe Gäste aus dem In- und Ausland!

(BEIFALL)

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, für uns alle ist dieser Auftakt heute Morgen etwas Besonderes. Bevor der Bundesparteitag beginnt, bevor wir über Anträge, Resolutionen, über unsere Arbeit diskutieren und entscheiden, wollen wir über die Lage in Europa reden. Das heißt, eigentlich wollen wir zuhören; denn wir haben einen ganz besonderen Gast eingeladen, zu uns zu sprechen, der mit seiner eigenen Biografie, seinen persönlichen Erfahrungen, seiner politischen und journalistischen Lebensleistung wie kaum ein anderer in der Lage ist, einen Blick auf unseren Kontinent zu werfen. Unser Gast ist vor allem Weltbürger und ein bis heute nicht nur überzeugter, sondern kämpferischer Europäer, der die Zeiten kennt, in denen es kein friedliches und miteinander vereintes Europa gab, und deshalb umso mehr zu schätzen weiß, von welcher großer Bedeutung dieses Europa für uns alle ist, für uns Deutsche allemal. Sie alle wissen, von wem ich spreche. Begrüßen Sie mit mir herzlich den Bundeskanzler Helmut Schmidt hier bei uns in Berlin. Herzlich willkommen, Helmut!

(BEIFALL)

Lieber Helmut Schmidt, du bist auch nach deiner Amtszeit als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Gast von SPD-Bundesparteitagen gewesen. Aber es ist ein bisschen her, dass du auf einem ordentlichen Parteitag deiner SPD gesprochen hast. Es ist schön, dich wieder einmal bei uns begrüßen zu können.

(BEIFALL)

Helmut Schmidt ist in den letzten Jahren allerdings immer wieder Gast der SPD-Bundestagsfraktion gewesen. Die dort gehaltenen Reden drehten sich fast immer um die großen Herausforderungen der Welt, die Rolle Europas dabei, die Konsequenzen für Deutschland und die sich daraus ergebenden Schlussfol-

gerungen für die SPD. Diese Sichtweise auf die Welt, dann auf Europa, dann auf Deutschland und dann erst auf die eigene Partei, das ist die Sichtweise, die wir heute brauchen.

Andersherum, sozusagen aus der Froschperspektive des Nutzens für die eigene Partei und des nationalstaatlichen Egoismus, wird nicht nur Europa, sondern auch unser eigenes Land Deutschland in die Sackgasse geführt, liebe Genossinnen und Genossen. Leider ist diese Froschperspektive in den letzten Jahren wieder in Mode gekommen. Wir sagen: Deutsche Sonderwege darf es nie wieder geben - militärisch sowieso nicht, aber auch nicht ökonomisch und politisch, meine Damen und Herren.

(BEIFALL)

Es geht also um weit mehr als um die Stabilisierung des Euro, Rettungsschirme und auch um mehr als nur eine gemeinsame Finanzpolitik. Es geht um den politischen und gesellschaftlichen Weg im Zusammenleben der Völker auf diesem Kontinent und mit anderen auf der Welt. Es geht tatsächlich für uns Deutsche um Deutschland in und mit Europa, also den Titel der Rede, die Helmut Schmidt an uns halten wird.

Lieber Helmut Schmidt, ich weiß, Pathos ist nicht deine Sache. Deshalb will ich nur einen einzigen Satz zitieren, den du mir gesagt hast, als ich dich das erste Mal gebeten habe, zu uns zu sprechen. Damals ging es um die Afghanistan-Konferenz. Der Satz, den du gesagt hast, lautet: Wenn so ein alter Sozi wie ich euch helfen kann, dann tue ich das natürlich. - Ich sage dir ganz offen: Dieser Satz sagt über dein Verhältnis zu deiner Partei mehr aus als alles, was darüber geschrieben worden ist. Wir sind stolz darauf, dass du einer von uns bist.

(BEIFALL)

Deshalb noch einmal herzlich willkommen. Du hast das Wort.

(BEIFALL)

REDE HELMUT SCHMIDT

Helmut Schmidt: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Als Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und meine Partei mich noch einmal um einen Beitrag gebeten haben, da habe ich mich gern daran erinnert, wie ich heute vor 65 Jahren, mit Loki auf dem Fußboden kniend, Einladungsplakate für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Hamburg-Neugraben gemalt habe. Allerdings muss ich zugleich bekennen: Im Blick auf alle Parteipolitik bin ich altersbedingt schon jenseits von Gut und Böse angekommen. Schon lange geht es mir in erster und in zweiter Linie um die Rolle unserer Nation im unerlässlichen Rahmen des europäischen Zusammenschlusses.

Zugleich freue ich mich sehr darüber, dass ich dieses Podium mit unserem norwegischen Nachbarn Jens Stoltenberg teilen darf,

(BEIFALL)

der inmitten eines tiefgehenden Unglücks seiner Nation uns und allen Europäern ein wegweisendes Bei-

spiel an unbeirrbarer rechtsstaatlicher, liberaler und demokratischer Führung gegeben hat.

(BEIFALL)

Als inzwischen sehr alter Mann denkt man naturgemäß in langen Zeiträumen, sowohl nach rückwärts in der Geschichte als ebenso nach vorwärts in die erhoffte und erstrebte Zukunft.

Gleichwohl habe ich vor einigen Tagen auf eine sehr einfache Frage keine eindeutige Antwort geben können. Wolfgang Thierse hatte mich gefragt: Wann wird Deutschland endlich ein normales Land? - Und ich habe geantwortet: In absehbarer Zeit wird Deutschland kein normales Land sein; denn dagegen steht unsere ungeheure, aber einmalige historische Belastung. Außerdem steht dagegen unsere demografisch und ökonomisch übergewichtige Zentralposition inmitten unseres kleinen, aber vielfältig nationalstaatlich gegliederten europäischen Kontinents.

Damit bin ich schon mitten in dem komplexen Thema meines Vortrags, nämlich Deutschland in Europa, Deutschland mit Europa und Deutschland für Europa. Auch wenn in einigen wenigen der rund 40 Nationalstaaten Europas das heutige Nationbewusstsein sich erst verspätet entfaltet hat - so in Italien, in Griechenland, in Deutschland -, so hat es doch überall und immer blutige Kriege gegeben.

Man kann die europäische Geschichte - von Mittel-Europa aus betrachtet - auch auffassen als eine schier endlose Folge von Kämpfen zwischen Peripherie und Zentrum und umgekehrt zwischen Zentrum und Peripherie. Dabei blieb das Zentrum immer wieder das entscheidende Schlachtfeld.

Wenn die Herrscher, die Staaten oder die Völker im Zentrum Europas schwach waren, dann stießen ihre Nachbarn aus der Peripherie in das schwache Zentrum vor. Die größte Zerstörung und die relativ größten Verluste an Menschenleben hat es im ersten 30-jährigen Krieg 1618 bis 1648 gegeben. Er hat sich im Wesentlichen auf deutschem Boden abgespielt. Deutschland war damals bloß ein geographischer Begriff, unscharf definiert durch den deutschen Sprachraum. Später kamen die Franzosen wieder unter Louis XIV und abermals unter Napoleon. Die Schweden sind nicht ein zweites Mal gekommen; wohl aber mehrfach die Engländer, die Russen, beim letzten Mal unter Stalin.

Wenn aber die Dynastien oder die Staaten im Zentrum Europas stark waren - oder wenn sie sich stark gefühlt haben! -, dann sind sie umgekehrt gegen die Peripherie vorgestoßen. Das galt bereits für die Kreuzzüge, die gleichzeitig Eroberungszüge waren, nicht nur in Richtung Kleinasien und Jerusalem, sondern ebenso in Richtung Ostpreußen und in alle drei heutigen baltischen Staaten. In der Neuzeit galt es abermals für den Krieg gegen Napoleon, und es hat gegolten für die drei Kriege Bismarcks 1864, 1866 und 1870/71.

Das Gleiche gilt vor allem für den zweiten 30-jährigen Krieg von 1914 bis 1945. Es gilt insbesondere für Hitlers Vorstöße bis an das Nordkap, bis in den Kaukasus, bis auf das griechische Kreta, bis nach Südfrankreich und sogar bis nach Tobruk an der libysch-ägyptischen Grenze. Die Katastrophe Europas, durch Deutschland provoziert, hat die Katastrophe der europäischen Juden und die Katastrophe des deutschen Nationalstaats eingeschlossen.

Zuvor hatten aber die Polen, die baltischen Nationen, die Tschechen, die Slowaken, die Österreicher, die Ungarn, die Slowenen und Kroaten das Schicksal der Deutschen geteilt, insofern sie alle seit Jahrhunder-

ten unter ihrer geopolitisch zentralen Lage in diesem kleinen europäischen Kontinent gelitten haben. Man kann es auch anders sagen: Mehrfach haben wir Deutschen andere unter unserer zentralen Machtposition leiden lassen.

Heutzutage sind die konfligierenden territorialen Ansprüche, die Sprach- und Grenzkonflikte, die noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Bewusstsein der Nationen eine sehr große Rolle gespielt haben, de facto heute - jedenfalls für uns Deutsche!, weitgehend bedeutungslos geworden.

Während im Bewusstsein der öffentlichen Meinung und in der veröffentlichten Meinung in den Nationen Europas die Kenntnis und die Erinnerung der Kriege des Mittelalters weitgehend abgesunken sind, so spielt jedoch die Erinnerung an die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und die Erinnerung an die deutsche Besatzung immer noch eine latent sehr große Rolle.

Für uns Deutsche scheint mir entscheidend zu sein, dass fast alle Nachbarn Deutschlands - außerdem alle Juden auf der ganzen Welt - sich des Holocausts und der Schandtaten erinnern, die zur Zeit der deutschen Besatzung in den Ländern der Peripherie geschehen sind. Wir Deutschen sind uns nicht ausreichend im Klaren darüber, dass bei fast allen unseren Nachbarn wahrscheinlich noch für viele Generationen ein latenter Argwohn gegen die Deutschen besteht.

Auch die nachgeborenen Generationen, die nachgeborenen Deutschen müssen mit dieser historischen Last leben. Sie können ihr nicht entgehen. Und die heutigen dürfen nicht vergessen: Es war der Argwohn gegenüber einer zukünftigen Entwicklung Deutschlands, der 1950 den Beginn der europäischen Integration begründet hat.

Ich erinnere Sie an Churchill und seine große Rede 1946 in Zürich. Er hatte zwei Motive, die Franzosen aufzurufen, sich mit den Deutschen zu vertragen. Das eine Motiv war die als bedrohlich empfundene Sowjetunion, und das andere Motiv war die weise Voraussicht einer künftigen abermaligen Stärkung Deutschlands in der Mitte dieses Kontinents.

Wer dieses Ursprungsmotiv der europäischen Integration, ein Motiv, das immer noch ein tragendes Element ist, nicht verstanden hat, dem fehlt eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der gegenwärtig höchst prekären Krise Europas.

(BEIFALL)

Je mehr im Laufe der 1960er, der 70er und 80er Jahre die damalige Bundesrepublik ökonomisch, militärisch und politisch an Gewicht zugenommen hat, um so mehr wurde in den Augen der westeuropäischen Staatslenker die europäische Integration zu einer Rückversicherung gegen eine abermals denkbare machtpolitische Verführbarkeit der Deutschen. Der anfängliche Widerstand z.B. Margret Thatchers oder Mitterands oder Andreottis 1989/90 gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten war eindeutig begründet in der Besorgnis vor einem starken Deutschland im Zentrum dieses kleinen europäischen Kontinents.

Ich erlaube mir an dieser Stelle einen kleinen persönlichen Exkurs. Ich habe Jean Monnet zugehört, als ich an Monnets Komitee „Pour les États-Unis d'Europe“ - so hieß das damals - beteiligt gewesen bin. Das ist 1956 oder so gewesen. Für mich ist Jean Monnet einer der weitestblickenden Franzosen geblieben, die ich in meinem Leben kennengelernt habe, übrigens auch wegen seines Konzepts des schrittweisen

Vorgehens bei der Integration Europas.

Seither bin ich aus Einsicht in das strategische Interesse der deutschen Nation, nicht aus Idealismus, ein Anhänger der europäischen Integration, ein Anhänger der Einbindung Deutschlands in die europäische Integration geworden und geblieben.

In den 1960er und frühen 1970er Jahren haben de Gaulle und Pompidou die europäische Integration fortgesetzt, um Deutschland einzubinden, nicht aber wollten sie ihren eigenen Staat auf Gedeih und Verderb einbinden. Danach hat das gute Verständnis zwischen Giscard d'Estaing und mir zu einer Periode französisch-deutscher Kooperation und zur Fortsetzung der europäischen Integration geführt, eine Periode, die nach dem Frühjahr 1990 zwischen Mitterand und Kohl erfolgreich fortgesetzt worden ist. Zugleich ist seit 1950/1952 die europäische Gemeinschaft bis 1991 schrittweise von sechs auf zwölf Mitgliedstaaten gewachsen. Dank der sehr weitgehenden Vorarbeit durch Jacques Delors er war damals Präsident der Europäischen Kommission haben Mitterand und Kohl 1991 in Maastricht die gemeinsame Euro-Währung ins Leben gerufen, die dann zehn Jahre später, im Jahre 2001, greifbar geworden ist. Zugrunde lag abermals die französische Besorgnis vor einem übermächtigen Deutschland - genauer gesagt: vor einer übermächtigen D-Mark und dem damit verbundenen politischen Gewicht.

Inzwischen ist der Euro zur zweitwichtigsten Währung der Weltwirtschaft geworden. Diese europäische Währung ist nach innen wie auch im Außenverhältnis bisher stabiler als der amerikanische Dollar,

(BEIFALL)

und sie ist in den zehn Jahren ihrer Existenz stabiler, als die D Mark in ihren letzten zehn Jahren gewesen ist.

(BEIFALL)

Alles Gerede und Geschreibe über eine angebliche „Krise des Euro“ sind in Wirklichkeit leichtfertiges Geschwätz von Medien

(BEIFALL)

- wartet mal ab, was noch kommt -, von Journalisten und leichtfertiges Geschwätz von Politikern.

(BEIFALL)

Seit Maastricht - das ist jetzt zwanzig Jahre her - hat sich aber die Welt gewaltig verändert. Wir haben die Befreiung der Nationen im Osten Europas. Wir haben die Implosion der Sowjetunion erlebt. Wir erleben den phänomenalen Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens und anderer sogenannter Schwellenländer, die man früher pauschal „Dritte Welt“ genannt hat. Gleichzeitig haben sich die tatsächlichen Volkswirtschaften und damit größte Teile der ganzen Welt „globalisiert“. Auf Deutsch gesagt: Fast alle Staaten der Welt hängen wirtschaftlich voneinander ab. Vor allem haben sich die Akteure auf den globalisierten Finanzmärkten eine einstweilen ganz unkontrollierte Macht angeeignet. Man kann auch sagen: Die Politiker haben zugelassen, dass sich andere die Macht angeeignet haben.

(BEIFALL)

Aber zugleich und beinahe ganz unbemerkt hat sich die Menschheit explosionsartig auf 7 Milliarden Menschen vermehrt. Als ich geboren wurde, waren es gerade mal 2 Milliarden gewesen. Heute sind es 7 Milliarden. Innerhalb der Spanne eines einzigen Lebens! Alle diese enormen Veränderungen haben gewaltige Auswirkungen auf die Völker Europas, auf ihre Staaten und auf ihren Wohlstand!

Auf der anderen Seite überaltern alle europäischen Nationen, und alle europäischen Nationen schrumpfen nach der Zahl ihrer Bürger. Der ganze Rest der Welt ist explodiert, aber die Europäer allesamt überaltern und schrumpfen. In der Mitte dieses 21. Jahrhunderts werden vermutlich sogar 9 Milliarden Menschen auf der Welt leben, während dann die europäischen Nationen zusammen nur ganze 7 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen werden. 7 Prozent von 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050!

Bis an das Jahr 1950 waren die Europäer über zwei Jahrhunderte lang über 20 Prozent der Weltbevölkerung gewesen, und sie haben die Welt regiert. Aber seit 50 Jahren schrumpfen wir Europäer - nicht nur in absoluten Zahlen, sondern vor allem schrumpfen wir in Relation zu Asien, zu Afrika und zu Lateinamerika. Ebenso schrumpft der Anteil der Europäer am globalen Sozialprodukt, oder anders gesagt: Unser Anteil an der Wertschöpfung der ganzen Menschheit schrumpft und schrumpft und schrumpft. Unser Anteil wird bis zum Jahr 2050 auf etwa 10 Prozent der Wertschöpfung der Welt absinken. 1950 hatte unser Anteil noch bei 30 Prozent gelegen.

Jede einzelne der europäischen Nationen wird im Jahr 2050 das ist keine 40 Jahre mehr weg von heute nur noch einen Bruchteil von einem einzigen Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das bedeutet: Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass wir Europäer eine Bedeutung für die Welt haben, dann können wir das nur gemeinsam.

(BEIFALL)

Denn als einzelne Staaten - ob Frankreich, Italien, Deutschland, Polen, Holland oder Dänemark oder Griechenland - kann man uns am Ende nicht mehr in Prozentzahlen, sondern nur noch in Promillezahlen messen.

Daraus ergibt sich das langfristige strategische Interesse der europäischen Nationalstaaten an einem integrierenden Zusammenschluss. Dieses strategische Interesse an der europäischen Integration wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Einstweilen ist es den Nationen weitestgehend noch nicht bewusst. Es wird ihnen durch ihre Regierungen leider auch nicht bewusst gemacht.

(BEIFALL)

Falls jedoch die Europäische Union im Laufe der kommenden Jahrzehnte nicht zu einer wenn auch begrenzten, so doch gemeinsamen Handlungsfähigkeit gelangen sollte, falls dies nicht gelingen sollte, so ist eine selbstverschuldete Marginalisierung der einzelnen europäischen Staaten, aber auch der europäischen Zivilisation insgesamt nicht mehr auszuschließen. Ebenso wenig kann in einem solchen Fall das Wiederaufleben von Konkurrenzkämpfen und Prestigekämpfen zwischen den Staaten Europas ausgeschlossen werden. In solchem Falle könnte die Einbindung Deutschlands kaum noch funktionieren, und das alte Spiel zwischen Zentrum und Peripherie könnte abermals Wirklichkeit werden.

(BEIFALL)

Der Prozess der weltweiten Aufklärung, der weltweiten Ausbreitung der Rechte des einzelnen Menschen und seiner Würde, der Ausbreitung der rechtsstaatlichen Verfassung und der Demokratisierung, alles dies würde aus Europa keine wirksamen Impulse mehr erhalten.

Unter diesen Aspekten wird die Europäische Gemeinschaft zu einer Lebensnotwendigkeit für die Nationalstaaten unseres alten Kontinents.

(BEIFALL)

Diese Notwendigkeit reicht allerdings über die Motive von Churchill und von de Gaulles hinaus. Sie reicht auch hinaus über die Motive Jean Monnets und hinaus über die Motive Adenauers. Und sie überwölbt heute auch die Motive von Ernst Reuter oder Fritz Erler oder Carlo Schmid oder Willy Brandt und ebenso die Motive von Helmut Kohl.

Ich füge hinzu: Gewiss geht es dabei auch immer noch um die Einbindung Deutschlands. Deshalb müssen wir Deutschen uns Klarheit verschaffen über unsere eigene Aufgabe, über unsere eigene Rolle im Rahmen der europäischen Integration.

Wenn wir am Ende dieses Jahres 2011 Deutschland von außen betrachten, mit den Augen unserer mittelbaren und unserer unmittelbaren Nachbarn, dann löst Deutschland Unbehagen aus – neuerdings löst es auch politische Besorgnis aus.

(VEREINZELT BEIFALL)

In den allerletzten Jahren sind erhebliche Zweifel an der Stetigkeit der deutschen Politik aufgetaucht.

(BEIFALL)

Das Vertrauen in die Verlässlichkeit der deutschen Politik ist beschädigt.

Dabei beruhen diese Zweifel und Besorgnisse auch auf außenpolitischen Fehlern unserer deutschen Politiker und Regierungen.

(BEIFALL)

Sie beruhen zum anderen Teil auf der für die Welt überraschenden ökonomischen Stärke der vereinigten Bundesrepublik. Unsere Volkswirtschaft hat sich – beginnend schon in den 1970er-Jahren, damals noch zweigeteilt – inzwischen zur größten in Europa entwickelt. Sie ist technologisch, sie ist finanzpolitisch, sie ist sozialpolitisch heute eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften auf der ganzen Welt, und unsere wirtschaftliche Stärke und unser seit Jahrzehnten vergleichsweise sehr stabiler sozialer Friede haben auch Neid ausgelöst - zumal unsere Arbeitslosigkeitsraten, unsere Verschuldungsraten durchaus im Bereich der internationalen Normalität liegen.

Allerdings ist uns selbst nicht ausreichend bewusst, dass unsere Wirtschaft in ganz hohem Maße sowohl in den gemeinsamen europäischen Markt integriert ist als zugleich auch in hohem Maße globalisiert ist - und damit von der Weltkonjunktur abhängig ist. Wir werden deshalb im kommenden Jahr erleben, dass die deutschen Exporte nicht mehr sonderlich wachsen können.

Gleichzeitig hat sich aber eine schwerwiegende Fehlentwicklung ergeben, die keiner geplant und gewollt hat. Ich rede von den anhaltenden enormen Überschüssen der deutschen Handelsbilanz und insbesondere der deutschen Leistungsbilanz. Diese Überschüsse machen seit Jahren etwa 5 Prozent unseres Sozialproduktes aus. Sie sind ähnlich groß wie die Überschüsse der Volksrepublik China. Uns ist das nicht bewusst, weil es sich nicht mehr in D-Mark-Überschüssen niederschlägt, sondern in Euro-Überschüssen. Aber es ist notwendig für unsere Politiker, sich dieses Umstandes der enormen deutschen Zahlungsüberschüsse bewusst zu werden;

(BEIFALL)

denn diese unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen europäischen Staaten.

(BEIFALL)

Die Forderungen, die wir an andere haben, sind tatsächlich deren Schulden. Oder anders gesagt: Ihre Schulden sind unsere Forderungen.

(BEIFALL)

Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal – das war 1967 - erhobenen „außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“.

(BEIFALL)

Diese Verletzung musste unsere Partner beunruhigen. Wenn es neuerdings ausländische, meistens amerikanische oder englische Stimmen gibt - inzwischen kommen sie von vielen Seiten -, die von Deutschland eine europäische Führungsrolle verlangen, so weckt all dies zusammen bei unseren Nachbarn zugleich zusätzlichen Argwohn. Und es weckt böse Erinnerungen.

Die ökonomische Entwicklung insgesamt und die gleichzeitige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union haben Deutschland abermals in eine zentrale Rolle gedrängt. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten hat die Kanzlerin diese Rolle, wie es scheint, willig akzeptiert. Aber es gibt in vielen europäischen Hauptstädten und es gibt ebenso in den Medien mancher unserer Nachbarstaaten abermals eine wachsende Besorgnis vor deutscher Dominanz. Dieses Mal handelt es sich nicht um eine militärisch und politisch überstarke Zentralmacht, wohl aber handelt es sich um ein ökonomisch überstarkes Zentrum. An dieser Stelle ist eine sorgfältig abgewogene Mahnung an die deutschen Politiker, an die Medien und an unsere öffentliche Meinung insgesamt notwendig.

Wenn wir Deutschen uns verführen ließen, gestützt auf unsere ökonomische Stärke, eine Führungsrolle in Europa zu beanspruchen oder doch wenigstens den Primus inter Pares zu spielen, so würde eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich wirksam dagegen wehren. Die Besorgnis der Peripherie vor einem allzu starken Zentrum Europas würde ganz schnell zurückkehren. Die wahrscheinlichen Konsequenzen einer solcher Entwicklung wären für die Europäischen Union verkrüppelnd, und Deutschland würde in Isolierung fallen.

(BEIFALL)

Die sehr große und sehr leistungsfähige Bundesrepublik Deutschland braucht – auch zum Schutze vor

uns selbst – die europäische Einbettung, die Einbettung in die europäische Integration.

(BEIFALL)

Weil man das schon vor 20 Jahren erkannt hat, deswegen gilt seit Helmut Kohls Zeiten, seit 1992, der Art. 23 des Grundgesetzes, der uns verpflichtet zur Mitwirkung – wörtlich - „bei der Entwicklung der Europäischen Union“. Der Art. 23 verpflichtet uns für diese Mitwirkung auch zu dem „Grundsatz der Subsidiarität“. Die gegenwärtige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union ändert nichts an diesen Grundsätzen des deutschen Grundgesetzes.

(BEIFALL)

Unsere geopolitische Zentrallage, dazu unsere unglückliche Rolle im Verlaufe der europäischen Geschichte bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts, dazu unsere heutige Leistungsfähigkeit, all dies zusammen verlangt von jeder deutschen Regierung ein sehr hohes Maß an Einfühlungsvermögen in die Interessen unserer Partner in Europa. Und unsere deutsche Hilfsbereitschaft ist unerlässlich.

(BEIFALL)

Wir müssen uns erinnern: Wir Deutschen haben doch unsere große Wiederaufbauleistung der letzten sechs Jahrzehnte, der letzten 60 Jahre, doch auch nicht allein und nur aus eigener Kraft zustande gebracht.

(BEIFALL)

Diese Leistung wäre doch gar nicht möglich gewesen ohne die Hilfen der westlichen Siegermächte, sie wäre nicht möglich gewesen ohne unsere Einbettung in die europäische Gemeinschaft. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne den Marshall-Plan, sie wäre nicht möglich gewesen ohne das Atlantische Bündnis, sie wäre nicht möglich gewesen ohne die Hilfen unserer Nachbarn, sie wäre auch nicht möglich gewesen ohne den politischen Aufbruch im Osten Mitteleuropas, und sie wäre nicht möglich gewesen ohne das Ende der kommunistischen Diktatur.

(BEIFALL)

Wir Deutschen haben durchaus Grund zur Dankbarkeit.

(BEIFALL)

Und zugleich haben wir die Pflicht, uns der empfangenen Solidarität würdig zu erweisen durch unsere eigene Solidarität mit unseren Nachbarn.

(BEIFALL)

Dagegen wären ein Streben nach einer eigenen Rolle in der Weltpolitik und das Streben nach weltpolitischem Prestige ziemlich unnützlich, wahrscheinlich sogar schädlich. Jedenfalls bleibt die enge Zusammenarbeit mit Frankreich und mit Polen unerlässlich,

(BEIFALL)

mit allen unseren nahen und unseren entfernten Nachbarn und Partnern in Europa. Nach meiner Überzeugung liegt es im kardinalen Interesse, im langfristig strategischen Interesse Deutschlands, sich nicht zu isolieren und sich nicht isolieren zu lassen.

(BEIFALL)

Eine Isolierung innerhalb des Westens wäre gefährlich. Eine Isolation innerhalb der Europäischen Union oder gar des Euro-Raumes wäre hoch gefährlich. Für mich rangiert dieses Interesse Deutschlands eindeutig höher als jedwedes taktische Interesse aller unserer politischen Parteien.

(BEIFALL)

Nach meiner Überzeugung haben die deutschen Politiker und die deutschen Medien die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Einsicht nachhaltig in der öffentlichen Meinung zu vertreten.

(BEIFALL)

Wenn aber ein Deutschnationaler zu verstehen gibt, heute und künftig werde in Europa Deutsch gesprochen, oder wenn ein deutscher Außenminister meint, fernsehgeeignete Auftritte in Tripolis, in Kairo oder in Kabul seien wichtiger als politische Kontakte mit Athen, mit Lissabon, mit Madrid, mit Warschau, mit Prag, mit Dublin, mit Den Haag, Kopenhagen oder Oslo oder Helsinki, wenn ein anderer meint, eine europäische „Transfer-Union“ müsse er verhüten, dann ist das alles bloß schädliche deutschnationale Kraftmeierei.

(LEBHAFTER BEIFALL)

Was die an die Wand gemalte, befürchtete Transfer-Union angeht: Tatsächlich ist Deutschland doch seit langen Jahrzehnten immer ein Nettozahler gewesen in der Europäischen Union. Wir konnten das leisten und haben es seit Adenauers Zeiten immer geleistet. Und natürlich waren Griechenland oder Portugal oder Irland immer Netto-Empfänger im Rahmen der Europäischen Union.

Diese Solidarität mag heute der deutschen politischen Klasse nicht ausreichend bewusst sein. Aber bisher war sie selbstverständlich gewesen.

(BEIFALL)

Und ebenso selbstverständlich - und außerdem seit Lissabon vertraglich vorgeschrieben - ist das Prinzip der Subsidiarität: Das, was ein Staat nicht selbst regeln oder selbst bewältigen kann, das muss die Europäische Union übernehmen.

Alle parteipolitische Taktik, alle innenpolitische, alle außenpolitische Taktik hat bisher nie das langfristige-strategische Interesse der Deutschen infrage gestellt. Deshalb konnten alle unsere Nachbarn und Partner sich jahrzehntelang auf die Stetigkeit der deutschen Europapolitik verlassen. Diese Kontinuität, diese Stetigkeit bleibt uns auch in Zukunft geboten.

(BEIFALL)

So wie unsere finanziellen Beiträge, so waren auch unsere konzeptionellen Beiträge immer selbstverständlich. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Ich denke allerdings, wir sollten dabei nicht der fernen Zukunft vorgreifen. Vertragsänderungen können ohnehin die vor 20 Jahren in Maastricht und später in Lissabon geschaffenen Tatsachen, die Unterlassungen und die Fehler nur zum Teil korrigieren. Aber die heutigen Vorschläge zur Änderung des geltenden Lissabonner Vertrages erscheinen mir für die unmittelbare Zukunft als wenig hilfreich

(VEREINZELT BEIFALL)

- wenn man sich an die bisherigen Schwierigkeiten mit allseitiger nationaler Ratifikation eines anderen Vertrages oder wenn man sich an die negativ ausgegangenen Volksabstimmungen in europäischen Staaten erinnert.

Ich stimme deshalb dem italienischen Staatspräsidenten Napolitano zu, wenn er Ende Oktober in einer bemerkenswerten Rede verlangt hat, dass wir uns heute auf das konzentrieren müssen, was heute notwendig zu tun ist, und dass wir dazu die Möglichkeiten ausschöpfen müssen, die der heute geltende EU-Vertrag uns gibt insbesondere zur Stärkung der Haushaltsregeln und der ökonomischen Politik im Euro-Währungsraum.

Die gegenwärtige Krise der Handlungsfähigkeit der in Lissabon geschaffenen Organe darf doch nicht noch einmal Jahre andauern! Mit der Ausnahme der Europäischen Zentralbank haben alle Organe das Europäische Parlament, der Europäische Rat, die Brüsseler Kommission und die vielen Ministerräte seit der Überwindung der akuten Bankenkrise im Jahre 2008 und besonders seit der anschließenden Staatsverschuldungskrise nur relativ wenig an heute wirksamen Hilfen zustande gebracht.

(BEIFALL)

Für die Überwindung der heutigen Führungskrise der Europäischen Union gibt es kein Patentrezept. Man wird mehrere Schritte benötigen - zum Teil gleichzeitig, zum Teil nacheinander. Man wird nicht nur Urteilskraft brauchen und Tatkraft benötigen, man wird auch Geduld brauchen. Dabei dürfen konzeptionelle deutsche Beiträge sich nicht auf Schlagworte beschränken.

(BEIFALL)

Sie sollten auch nicht auf dem Fernsehmarktplatz, sondern stattdessen vertraulich im Rahmen der Gremien der Organe der Europäischen Union vorgetragen werden.

(BEIFALL)

Wir Deutsche dürfen dabei weder unsere ökonomische noch unsere soziale Ordnung, weder unser föderatives System noch unsere Haushalts- und Finanzverfassung den europäischen Partnern als Vorbild oder sogar als Maßstab vorstellen, sondern lediglich als Beispiele unter mehreren verschiedenen Möglichkeiten - lediglich als Beispiele.

(BEIFALL)

Für das, was Deutschland heute tut oder unterlässt, werden wir alle die zukünftigen Wirkungen gemeinsam

verantworten müssen. Wir brauchen für diese Verantwortung europäische Vernunft. Wir brauchen aber nicht allein Vernunft, sondern auch ein mitfühlendes Herz gegenüber unseren Nachbarn und Partnern. Das gilt ganz besonders für Griechenland.

(BEIFALL)

Es gibt übrigens in diesem Zusammenhang einen wichtigen Punkt, in dem ich mit Jürgen Habermas übereinstimme, der jüngst davon gesprochen hat, dass ich zitiere ihn „...wir tatsächlich jetzt zum ersten Mal in der Geschichte der EU einen Abbau von Demokratie erleben“. Ich glaube in der Tat: Nicht nur der Europäische Rat inklusive seines Präsidenten, sondern ebenso die Europäische Kommission inklusive ihres Präsidenten, dazu die diversen Ministerräte und die ganze Brüsseler Bürokratie haben gemeinsam das demokratische Prinzip beiseite gedrängt.

(BEIFALL)

Damals, als wir die Volkswahl zum Europäischen Parlament eingeführt haben, bin ich dem Irrtum erlegen, das Parlament würde sich schon selbst Gewicht verschaffen. Tatsächlich hat es bisher auf die Bewältigung der Krise keinen erkennbaren Einfluss genommen; und seine Beratungen und Entschlüsse sind bisher ohne öffentliche Wirkung geblieben.

Deshalb möchte ich an Martin Schulz appellieren: Es wird höchste Zeit, dass Sie und Ihre christdemokratischen, sozialdemokratischen, sozialistischen, liberalen und grünen Kollegen sich gemeinsam, aber drastisch zu öffentlichem Gehör bringen.

(BEIFALL)

Wahrscheinlich eignet sich das Feld der seit der G20 im Jahre 2008 abermals völlig unzureichend gebliebenen Aufsicht über Banken, Börsen und deren Finanzinstrumente am besten für einen solchen Aufstand des Europäischen Parlaments.

(BEIFALL)

Tatsächlich haben einige zigtausend Finanzhändler in den USA und in Europa, dazu einige Rating Agencies, die politisch Verantwortlichen in Europa zu Geiseln genommen.

(BEIFALL)

Es ist leider kaum zu erwarten, dass Barack Obama viel dagegen ausrichten wird. Das Gleiche gilt für die britische Regierung. Tatsächlich haben zwar die Regierungen der ganzen Welt im Jahre 2008/2009 mit Garantien und mit dem Geld der Steuerzahler die Banken gerettet. Aber schon seit 2010 spielt diese Herde von hoch intelligenten und zugleich psychoseanfälligen Finanzmanagern

(LEBHAFTER BEIFALL)

abermals ihr altes Spiel um Profit und Bonifikation ein Hazardspiel zulasten aller Nichtspieler. Marion Dönhoff und ich haben das schon in den 1990er-Jahren als lebensgefährlich kritisiert.

Wenn sonst keiner handeln will oder kann, dann müssen die Teilnehmer der Euro-Währung gemeinsam handeln. Der Weg dahin kann über den Artikel 20 des geltenden EU-Vertrages von Lissabon gehen. Dort

ist ausdrücklich vorgesehen, dass einzelne oder mehrere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union „... untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit begründen.“

Jedenfalls sollten die an der gemeinsamen Euro-Währung beteiligten Staaten gemeinsam für den Euro-Raum durchgreifende Regulierungen ihres gemeinsamen Finanzmarktes ins Werk setzen: Von der Trennung zwischen normalen Geschäftsbanken einerseits und andererseits Investmentbankfonds und Schattenbanken bis hin zum Verbot von Leerverkäufen von Wertpapieren,

(BEIFALL)

bis hin zum Verbot des Handels mit Derivaten, sofern sie nicht unter der offiziellen Börsenaufsicht gehandelt werden, und bis hin zur Einschränkung der den Euro-Raum betreffenden Geschäfte der einstweilen völlig unbeaufsichtigten – oder ich korrigiere mich: völlig unzureichend beaufsichtigten Rating Agencies.

(BEIFALL)

Ich will Sie nicht mit weiteren Details belasten. Natürlich würde die globalisierte Bankenlobby abermals alle Hebel dagegen in Bewegung setzen. Sie hat ja schon bisher alle durchgreifenden Regulierungen erfolgreich verhindert. Sie hat für sich selbst ermöglicht, dass die Herde ihrer Händler die europäischen Regierungen in die Zwangslage gebracht hat, immer neue „Rettungsschirme“ erfinden zu müssen oder sie durch sogenannte Hebel auszuweiten. Es wird hohe Zeit, sich dagegen zu wehren.

(BEIFALL)

Wenn die Europäer den Mut und die Kraft zu einer durchgreifenden Finanzmarktregulierung aufbringen, dann können wir auf mittlere Sicht zu einer Zone der Stabilität werden. Wenn wir aber hier versagen, dann wird das Gewicht Europas weiter abnehmen, und die Welt wird sich in Richtung auf ein Duumvirat zwischen Washington und Peking entwickeln.

Für die unmittelbare Zukunft des Euro-Raumes bleiben gewiss alle bisher angekündigten und angedachten Schritte notwendig. Dazu gehören die Rettungsfonds, die Verschuldungsobergrenzen und deren Kontrolle, eine gemeinsame ökonomisch und fiskalisch koordinierte Politik, dazu eine Reihe von jeweils nationalen steuerpolitischen, ausgabenpolitischen, sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Reformen. Aber zwangsläufig wird auch eine gemeinsame Verschuldung unvermeidbar werden.

(BEIFALL)

Wir Deutschen dürfen uns dem nicht national-egoistisch verweigern.

(BEIFALL)

Wir dürfen aber auch keineswegs für ganz Europa eine extreme Deflationpolitik propagieren. Vielmehr hat Jacques Delors recht, wenn er verlangt, mit der Gesundung der Haushalte zugleich wachstumsfördernde Projekte einzuleiten und zu finanzieren.

(BEIFALL)

Ohne Wachstum, ohne neue Arbeitsplätze kann kein Staat seinen Haushalt sanieren. Wer da glaubt, Europa könne allein durch Haushaltseinsparungen oder durch Steuererhöhungen gesund werden, der möge gefälligst die schicksalhafte Wirkung von Heinrich Brüning's Deflationspolitik der Jahre 1930 bis 1932 studieren.

(BEIFALL)

Diese Deflationspolitik hat damals eine Depression und ein unerträgliches Ausmaß an Arbeitslosigkeit ausgelöst. Sie hat damit den Untergang des ersten deutschen Demokratieversuchs eingeleitet.

Zum Schluss, liebe Freunde! Eigentlich muss man nicht so sehr den deutschen Sozialdemokraten Solidarität predigen, eigentlich nicht.

(BEIFALL)

Denn die deutsche Sozialdemokratie ist seit anderthalb Jahrhunderten internationalistisch gesonnen - in viel höherem Maße internationalistisch gesonnen als Generationen von Liberalen, von Konservativen oder von Deutsch-Nationalen.

(BEIFALL)

Wir Sozis haben zugleich festgehalten an der Freiheit und an der Würde jedes einzelnen Menschen.

(BEIFALL)

Wir haben zugleich festgehalten an der repräsentativen, der parlamentarischen Demokratie. Diese Grundwerte verpflichten uns heute zur europäischen Solidarität.

(BEIFALL)

Europa wird gewiss auch im 21. Jahrhundert aus Nationalstaaten bestehen, jeder mit seiner eigenen Sprache, mit seiner eigenen Geschichte. Deshalb wird aus Europa kein Bundesstaat werden. Aber die Europäische Union darf auch nicht zu einem bloßen Staatenbund verkommen,

(BEIFALL)

sondern die Europäische Union muss ein dynamisch sich entwickelnder Verbund bleiben, auch wenn es dafür in der ganzen Menschheitsgeschichte bisher kein Vorbild und kein Beispiel gibt. Wir Sozialdemokraten müssen zur schrittweisen Entfaltung dieses Verbundes beitragen.

(BEIFALL)

Auch als ganz alter Mann halte ich persönlich immer noch fest an den drei Grundwerten des legendären Godesberger Programms: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

(BEIFALL)

Vielleicht darf ich hier - quasi in Klammern - einfügen: Ich denke übrigens, was das Thema Gerechtigkeit

angeht, dass heute die Gerechtigkeit vor allem verlangt: Chancengleichheit für Kinder, für Schüler und für junge Leute insgesamt.

(BEIFALL)

Wenn ich heute zurückschaue auf das Jahr 1945 oder wenn ich zurückschaue auf das Jahr 1933 - damals war ich gerade 14 Jahre alt geworden -, wenn ich so zurückschaue, dann will mir der Fortschritt, den wir bis heute erreicht haben, eigentlich als beinahe unglaublich vorkommen, ein Fortschritt, den die Europäer seit dem Marshall-Plan 1948, seit dem Schuman-Plan 1950 erreicht haben und den wir dank Lech Walesa und Solidarnosz, dank Vaclav Havel und der Charta 77, dank jener Deutschen in Leipzig und Ostberlin erreicht haben, den wir seit der großen Wende 1989 bis 1991 heute erreicht haben. Das ist beinahe unglaublich.

(BEIFALL)

Wenn heute der größte Teil Europas sich der Menschenrechte und des Friedens erfreut, dann hatten wir uns das weder 1918 noch 1933 noch 1945 vorstellen können. Dieser unglaubliche Fortschritt ist zugleich für uns alle eine Verpflichtung: Lasst uns deshalb dafür arbeiten und dafür kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche standfest und selbstbewusst hervorgeht!

Ich danke Ihnen sehr.

(LANG ANHALTENDER BEIFALL -
DIE GENOSSINNEN UND GENOSSEN ERHEBEN SICH VON DEN PLÄTZEN)

ERÖFFNUNG UND TOTENGEDENKEN

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, nach Helmut Schmidt zu reden, ist nicht einfach,

(HEITERKEIT)

und den Parteitag mit vielen Formalien zu eröffnen, auch nicht. Deshalb habe ich beschlossen, ich gehe schon einmal an das Ende des Parteitags.

(HEITERKEIT)

6.12., 18 Uhr, Nachrichtenlage: „SPD-Parteitag beendet, Sozialdemokraten geschlossen auf Erfolgskurs,

(BEIFALL)

Partei jetzt mit neuen offenen Arbeitsstrukturen unterwegs. Über spannende Debatten kam man zu überzeugenden Lösungen. Die Aufholjagd hat begonnen.“

(BEIFALL)

Aber bis es so weit ist, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir noch drei harte Tage Arbeit vor uns. Viele Themen, wichtige Themen, einige sind gerade angesprochen: Europa, Euro-, Finanzkrise, gute Arbeit, Rente, Gesundheit, Familie, Bildung. Es geht hier an diesem Parteitag um unsere Konzepte, unsere Konzepte für eine älter werdende Gesellschaft, unsere Konzepte für ein Wirtschaftswachstum für neue Arbeitsplätze in ökologischer Verantwortung, unsere Konzepte für einen handlungsfähigen Staat, unsere Konzepte dafür, dass wir das schaffen, was die größte Herausforderung ist, nämlich dass unsere Gesellschaft und dass Europa zusammensteht. Darum geht es in drei Tagen harter Arbeit. liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb vorweg eine Botschaft: Wer an Inhalten interessiert ist, der ist richtig bei der Sozialdemokratie. Das ist die entscheidende Botschaft.

(BEIFALL)

Das liebe Freundinnen und Freunde, unterscheidet uns auch von der CDU. Die machen nämlich erkennbar Politik nach Umfragenlage. Deshalb redet Frau Merkel auch dauernd wie beim letzten Parteitag davon, dass man einen Kompass braucht. Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen keinen Kompass, unser Kompass ist das Herz und es schlägt links seit fast 150 Jahren, und deshalb machen wir Politik für die Menschen in diesem Land.

(BEIFALL)

Ja, das unterscheidet uns: Politik für die Menschen, der Mensch im Mittelpunkt. Das kann uns nur gelingen im Austausch mit vielen anderen, die in dieser Gesellschaft wichtige Rollen und Funktionen innehaben.

Deshalb begrüße ich heute ganz besonders herzlich die Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften, stellvertretend Herrn Prälat Bernhard Fellmeier für die evangelische Kirche, Karl Jüsten für die Katholische Kirche, Generalsekretär Kramer und die frühere Präsidentin Frau Knobloch für die Jüdische Gemeinde, und Herrn Aiman Mazyk für den Zentralrat der Muslime in Deutschland. Schön, dass Sie bei uns sind, herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Wir freuen uns darüber, dass die schmucke Riege, die ich da vorne schon gesehen habe, der Gewerkschaften heute so zahlreich bei uns sind: Michael Sommer an der Spitze des DGB, viele Vorsitzende der Einzelgewerkschaften.

(BEIFALL)

Ich habe gesehen Frank Bsirske von verdi, Franz-Josef Möltenberg für die NGG, Alexander Kirchner für die Eisenbahner, Ulrich Thöne für die GEW, Klaus Wiese für die IG Bau, Agrar, Umwelt, Bernhard Witthaut für die GdP und Michael Vassiliadis für die IGBCE, und alle anderen Gewerkschafter, die uns in den nächsten Tagen besuchen. Herzlich willkommen, wir freuen uns auf den Dialog mit euch.

Wir freuen uns auch auf den Dialog mit der Arbeitgeberseite. Ein herzliches Willkommen geht an Martin Wansleben, den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, und Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer des BDA ist ebenfalls auf dem Weg. Er soll heute Mittag noch eintreffen. Herzlich willkommen hier auf dem Parteitag der Sozialdemokraten!

(BEIFALL)

Bei uns sind heute und in den nächsten Tagen auch die Vertreterinnen und Vertreter vieler Vereine und Verbände. Stellvertretend begrüßen wir Gerd Billen, den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Kurt Bodewig, den Präsidenten der Deutschen Verkehrswacht, unsere Freundinnen und Freunde der AWO, der Naturfreunde, der Falken. Euch allen ein herzliches Willkommen!

(BEIFALL)

Natürlich fehlen bei so vielen Teilnehmern auch nicht die Vertreterinnen und Vertreter von Sport, Kunst, Kultur und Natur. Unter ihnen ist Klaus Staack, Präsident der Akademie der Künste. Ein herzliches Willkommen!

(BEIFALL)

Ein Mann und eine Frau, die ich hier gar vorstellen muss, aber wir freuen uns, dass sie da sind: Peter Struck und Anke Fuchs von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

(BEIFALL)

Stellvertretend für alle, die sich gegen Rechtsextremismus, Neonazis engagieren - diese Tage zeigen, wie nötig das ist -, begrüße ich Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen, und Anetta Kahane von der Amadeo-Antonio-Stiftung. Schön, dass Sie bei uns sind!

(BEIFALL)

Wir freuen uns darüber, dass weitere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aller Generationen

unter uns sind. Ich habe gesehen: Egon Bahr, Erhard Eppler, Franz Müntefering, Renate Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Brigitte Zypries, stellvertretend für alle anderen, die noch kommen mögen. Euch ein herzliches Willkommen!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, viele habe ich begrüßt, die da sind. Aber es gibt zu viele, die wir in den letzten zwei Jahren verloren haben, die nicht mehr bei uns sind und die uns fehlen mit ihrer Persönlichkeit, ihrer Arbeit und ihrem Engagement. Das bleibt unvergessen, sie bleiben unvergessen. Ich darf euch bitten, euch von den Plätzen zu erheben.

Wir trauern um Hans Apel, Heinz-Werner Arens, Willi Ahrends, Helmuth Becker, Hans-Gottfried Bernrath, Helmut Bertig, Hanns-Ludwig Brauser, Günter Brosius, Anneliese Brost, Klaus-Peter Bruns, Waltraud Christians, Karl Delorme, Karl-Josef Jupp Denzer, Heinz Eikelbeck, Hans Feldmann, Gerhard Flämig, Ludwig von Friedeburg, Friedrich Halstenberg, Ulrich Hartmann, Dieter Heistermann, Elfriede Hoffmann, Gustaf Just, Ellen Lauterbach, Bernhard Ließ, Dorit Lorenz, Egon Lutz, Hans Günter Naumann, Günter Pauli, Diether Posser, Erhard Pumm, Fritz Raff, Katharina Rutschky, Günter Samtlebe, Hermann Scheer, Hannelore Schmidt, Lothar Schwartz, Heinz Striek, Dietrich Stobbe, Olaf Sund, Werner Thönnessen, Peter Ulrich, Kurt Vittinghoff, Erika Wagner, Horst Wagner, Rudi Walther, Martin Wendt, Gudrun Weyel und Helmut Wieczorek. Sie fehlen uns. Wir vermissen sie schmerzlich, und wir wollen uns in einer Minute des stillen Gedenkens an sie erinnern.

Ich danke euch.

Trauer und Freude liegen manchmal eng beieinander. Wir freuen uns heute, dass wir drei Geburtstagskinder unter uns haben: Claudia Klug, Brigitte Kraus und Eugen Roth, euch einen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(BEIFALL)

Ich darf euch mitteilen, dass wir hier wie immer jemanden haben, der zwangsläufig der älteste Delegierte ist, und jemand, die die jüngste Delegierte ist. Ältester Delegierter ist Wolfgang Eichler, 73 Jahre alt, aus Halle/Saale.

(BEIFALL)

Der jüngste Delegierte ist Abuzar Erdogan aus Bayern. Er ist 18 Jahre alt. Abuzar, schön, dass du bei uns bist!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Breite, diese Tiefe helfen uns seit fast 150 Jahren, die Fortschrittspartei zu sein - ob Frauenrechte, Kinderbetreuung Ganztagsunterricht, Wehrpflicht, Atomausstieg oder Mindestlohn. Die CDU hing und hängt den Realitäten immer hinterher. Sie blockiert. Die CDU ist die Fortschrittsbremse, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen das Land nach vorne bringen! Das ist unsere Aufgabe!

(BEIFALL)

Aber wo stehen wir heute, zwei Jahre nach der Bundestagswahl? - Mit harter Arbeit sind wir Schritt für

Schritt vorangekommen. Harte Arbeit und Geschlossenheit waren die Rezepte. Deshalb gilt mein Dank all denjenigen, die dazu beigetragen haben, allen voran unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und unserer Fraktion. Stellvertretend euch ein herzliches Dankeschön dafür, dass ihr die zwei Jahre so harte inhaltliche Arbeit mitgestaltet habt! Vielen Dank!

(BEIFALL)

Die Partei hat in ihren Gremien hart gearbeitet, bis nach unten, bis an die Basis. Viele, viele Arbeitstagungen haben stattgefunden. Die Ergebnisse, in über 1.000 Anträgen niedergelegt, können sich sehen lassen. Ja, wir sind die Fortschrittspartei, auch bei der Krisenbewältigung. Wir wissen schon lange: Der Weg aus dieser Krise heraus ist nicht weniger Europa, sondern mehr Europa - ein Europa, in dem das wirtschaftliche und soziale Europa eingebettet ist. Das ist und bleibt die Position der Sozialdemokratie, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Wir wissen auch schon lange: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der den Finanzmärkten, wie Helmut Schmidt es gesagt hat, strenge Regeln gibt, der Schluss macht mit den Wetten und der Gier, der Schluss macht damit, dass uns dauernd Bankenstrukturen entgegenhalten werden, die too big to fail sind, zu groß also, dass sie Pleite gehen könnten. Wir müssen da heran, auch an die Ratingagenturen, von denen wir bis ins letzte Glied abhängig sind. Das kann nicht so bleiben. Wir brauchen eine Regulierung dieser Finanzmärkte, eine Regulierung der Gier in Europa, liebe Freundinnen und Freunde!

(BEIFALL)

Es klang vorhin an: Mit den vielen Rettungsschirmen kaufen wir uns eigentlich nur Zeit. Zeit wofür? - Die Frage ist doch: Haben wir den Mut, in dieser Zeit, die wir hoffentlich kaufen können, dann auch die notwendigen Entscheidungen mit möglichst vielen Partnern in Europa auf den Weg zu bringen? Ich kann euch nur sagen: Helmut Schmidt hat immer vom Raubtierkapitalismus gesprochen. Es wird Zeit, dass das Raubtier „Kapitalismus“ wieder eingehegt wird. Der gehört ins Gehege. Dafür müssen wir sorgen - die anderen werden das nicht tun. So einfach ist die Sachlage.

(BEIFALL)

Oder soll es die CDU tun, die FDP mit ihrer angeblichen Wirtschafts- und Finanzkompetenz? - Ich kann euch nur sagen: Beim Euro kann man es gut erkennen. Da gibt es bei denen keinen Kopf und keinen Kragen, da gibt es keine Linie. Oder haben wir nicht alle das Hü und Hott beim Atomausstieg erlitten? Jetzt haben wir eine Energiewende, die von der Zielsetzung her richtig ist. Aber für diese Energiewende gibt es überhaupt keinen Masterplan. Es ist gar nicht festgelegt, wer was wann macht. Ich sage: Wir laufen damit ins Risiko. Wir riskieren, die Chancen, die damit verbunden sind, nicht nutzen zu können. Wir riskieren, die Klimaziele zu verfehlen, und wir riskieren letztendlich auch, den Industriestandort Deutschland zu verschlechtern. Das darf nicht passieren. Der muss wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb brauchen wir einen Masterplan und ein Monitoring.

(BEIFALL)

Nein, liebe Freundinnen und Freunde, wir werden mehr gebraucht, mehr als jemals zuvor. Das haben die

letzten zwei Jahre deutlich gezeigt. Ich sage euch: Die Erkenntnis setzt sich so langsam bei den Menschen in diesem Land durch. Acht Landtagswahlen seit der Bundestagswahl - acht Mal sind wir in die Regierung gekommen, sechs Mal stellen wir den Regierungschef bzw. die Regierungschefin. Und ein kleines bisschen stolz bin ich darauf, dass wir es am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen gemeinsam geschafft haben, den Schalter zum ersten Mal umzulegen.

(BEIFALL)

Wir haben gezeigt, wie es geht mit Geschlossenheit und mit klaren Positionen - „klare Kante“ nennt man das bei uns. Für soziale Gerechtigkeit, für eine Politik, die die Kinder in den Mittelpunkt stellt, die Zukunft unseres Landes.

Für eine Politik, die dafür sorgt, dass kein Kind mehr zurückgelassen wird und für eine Politik, die wirtschaftliche Vernunft und ökonomische Verantwortung zusammenbringt.

Das Wichtigste war aber, was wir nach der Wahl getan haben, nämlich dass wir das einhalten, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Das macht unsere Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen stabiler als eine Bundesregierung mit einer satten Mehrheit in Berlin, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Ja, seit dem 9. Mai 2010 hat Schwarz-Gelb eine Wahl nach der anderen verloren, und wir haben dazugewonnen. In Rheinland-Pfalz haben die Menschen Kurt Beck zum dritten Mal an die Spitze des Landes gewählt. Kurt, dein Erfolg, euer Erfolg! Gut gemacht!

(BEIFALL)

In Hamburg - ich bin ein kleines bisschen neidisch -: Olaf Scholz, absolute Mehrheit - grandios! Ich danke euch!

(BEIFALL)

In Baden-Württemberg ist die CDU nach fast 60 Jahren abgewählt worden. Nils Schmid hat die SPD nach 15 Jahren Opposition wieder in die Landesregierung geführt. Er macht dort einen guten Job. Nils, macht weiter so! Beim nächsten Mal seid ihr vorne!

(BEIFALL)

In Mecklenburg-Vorpommern hat Erwin Sellering seine Wahl mit einem dicken Plus gewonnen. Auch euch alles Gute für die Regierungszeit!

(BEIFALL)

In Bremen hat Jens Böhrnsens rot-grüner Senat 61 Prozent der Stimmen geholt. Auch das ist ein Ansporn!

(BEIFALL)

In Sachsen-Anhalt geht ohne Jens Bullerjahn und die SPD auch in Zukunft nichts. Das ist gut für Sachsen-Anhalt, liebe Freundinnen und Freunde!

(BEIFALL)

Und dann sitzt hier vor mir einer, da haben viele vorher gesagt: Es wird schwer, noch einmal zu gewinnen. - Und ich habe immer gesagt: Darauf nehme ich jede Wette an! - Klaus Wowereit, die Berliner SPD, Klasse gemacht! Schön, dass du wieder im Amt bist!

(BEIFALL)

Manchmal soll man sich auch über die kleinen Dinge freuen. Vor gut einer Woche ist Michael Adam zum ersten sozialdemokratischen Landrat in Regen mitten im Bayerischen Wald gewählt worden - mit fast 58 Prozent!

(BEIFALL)

Eines sage ich euch: Ich war schon im letzten Landtagswahlkampf in Bayern unterwegs. Ich kann euch sagen: Da geht etwas! Mit Christian Ude an der Spitze wird die CSU-Herrschaft in Bayern endgültig beendet werden. Wir werden gemeinsam dafür kämpfen! Das wird das Signal!

(BEIFALL)

Und dann haben wir noch ein paar, die haben es richtig gemacht. Die wählen auch im Mai - nicht im Mai 2010, sondern im Mai 2012. Auch da wird eine schwarz-gelbe Regierung abgewählt, diesmal hoch im Norden, in Schleswig-Holstein. Torsten Albig, du hast nicht nur super die OB-Wahl geschafft, du schaffst auch die Landtagswahl dort oben! Wir sind an deiner Seite!

(BEIFALL)

Ja, alles das haben wir geschafft, weil wir hart inhaltlich gearbeitet haben, weil wir geschlossen waren, weil wir überzeugende Lösungen präsentiert haben und weil wir uns immer wieder auf unsere Geschichte besinnen, auf unsere Tradition, auf das, was uns wirklich stark macht und was uns von den anderen unterscheidet, die immer nur auf Umfragen schauen und auf den Hype, den es gerade in der Öffentlichkeit gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen, zu unserem Selbstverständnis und zu unserer Geschichte gehört der Kampf gegen den Faschismus in all seinen Masken und Fratzen.

(BEIFALL)

Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dafür mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit oder sogar mit ihrem Leben bezahlt. Unsere Genossinnen und Genossen haben nach 1945 für ein demokratisches, freiheitliches und friedliches Deutschland gekämpft. Sie haben unsere Demokratie aufgebaut und geprägt. Sie hatten große Ideale, aber sie machten sich - das kann man nachlesen - auch keinerlei Illusionen. Natürlich wussten sie, dass der braune Sumpf noch immer brodelte. Jetzt ist es an uns, sich mit Entschlossenheit und Geschlossenheit gegen diese Nazibrut zu stellen; denn sie ist eine Schande für Deutschland.

(BEIFALL)

Es ist eine tiefe Schande, dass Neonazis über zehn Jahre hinweg in diesem Land morden konnten und dass staatliche Organe sie nicht daran hindern konnten, nicht daran gehindert haben. Ganz besonders –

das sage ich, weil ich weiß: unser Kompass ist das Herz – schämen wir uns aber für das, was den Familien der Opfer widerfahren ist. Auch diese Botschaft soll von diesem Parteitag ausgehen.

(BEIFALL)

Lieber Jens Stoltenberg, wir alle haben noch diese schrecklichen Bilder von den menschenverachtenden und unfassbar brutalen Mordanschlägen in Oslo und auf der Insel Utøya vor Augen. Unter den Opfern befanden sich viele junge Aktivisten deiner Arbeiterpartei, die ein Jugendcamp dort organisiert hatten. Bis heute sind für mich – und ich denke, für uns alle – das Geschehene, die Brutalität und der rassistische und rechtsextreme Wahn, der die Taten motiviert hat, unfassbar. Umso mehr finde ich die Offenheit, die Klarheit und die Besonnenheit, mit der du als Ministerpräsident Norwegens auf diesen rechtsextremen Terror reagiert hast, mit der du dein Land aus der Trauer heraus zu einem neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt geführt hast, bewundernswert und beispielgebend. Wir sagen heute auch Danke dafür.

(BEIFALL)

Ich bin davon überzeugt, dass wir viel von deinem und eurem Beispiel lernen können, wenn wir in den kommenden Wochen und Monaten die ebenfalls kaum fassbaren Verbrechen hierzulande aufarbeiten, die Rechtsextreme verüben konnten.

Liebe Genossinnen und Genossen, eines muss hier heute unter uns aber auch klar sein: Der Kampf gegen den braunen Terror ist nicht allein Sache von Polizei und Gerichten oder eine Frage von Technik und Datenbanken. Was wir brauchen ist ein neuer Aufstand der Anständigen in unserem Land.

(BEIFALL)

Wir brauchen jetzt – und gerade jetzt – den Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten. Gemeinsam wehren wir uns gegen die braune Gefahr. Gemeinsam stellen wir uns vor die Menschen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ins Visier der Rechtsterroristen geraten sind, gemeinsam werden wir die Menschen darüber aufklären müssen, was diese kriminellen Fanatiker in Wirklichkeit wollen. Und gemeinsam müssen wir die Ursache dafür bekämpfen, dass alte und neue Nazis noch immer Zulauf haben. Wir lassen uns unser Land nicht kaputtmachen.

(BEIFALL)

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, auf uns kommt es dabei an – gerade mit Blick auf unsere Geschichte. Auch hier haben wir die Verpflichtung, den Staffeln zu übernehmen – und heute sehen wir dies vielleicht deutlicher, als das mancher von uns in den letzten Monaten und Jahren gesehen hat.

Aber wir sind nicht alleine. Wir haben eine Menge Unterstützung in vielen Nationen dieser Welt. Viele sind an unserer Seite, und viele sind auch hier auf diesem Parteitag. Wir haben so viele ausländische Gäste wie nie. Rund 400 Gäste aus über 50 Ländern der Welt, von Australien bis Mexiko, von Norwegen bis Chile. Im Namen der SPD heiße ich alle Vertreterinnen und Vertreter der über 80 sozialdemokratischen und progressiven Parteien und Denkfabriken und natürlich alle Exzellenzen und Vertreter

des Diplomatischen Korps herzlich willkommen. Wir freuen uns auf den Dialog.

(BEIFALL)

Ja, in diesen Fragen und in vielen anderen Fragen werden wir in den nächsten drei Tagen wegweisende Beschlüsse fassen. Es werden harte Tage. Die Luft ist dünn, es ist warm, aber ich weiß: Hitze kann uns auch nach vorne bringen. Insofern lasst uns arbeiten, lasst uns die Botschaft von diesem Parteitag aussenden: Von hier aus beginnt die Aufholjagd.

Ich möchte euch deshalb mitteilen: Der Parteitag ist eröffnet!

(BEIFALL)

KONSTITUIERUNG

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Damit wir in bewährter Weise arbeiten können, brauchen wir natürlich ein Parteitagspräsidium, und ich schlage euch vor und bitte euch um Zustimmung: Doris Ahnen, Torsten Albig, Katrin Budde, Heiko Maas und Thorsten Schäfer-Gümbel. Euch allen ein herzliches Glückauf!

(BEIFALL)

Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? – Einstimmig. Das bleibt jetzt so die nächsten drei Tage. - Danke!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Gäste! Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Ein herzliches Willkommen natürlich auch seitens des Tagungspräsidiums. Wir wollen euch so gut es eben geht, natürlich so zügig es eben geht, aber auch so verlässlich es eben geht durch diesen Parteitag führen.

Ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir jetzt am Anfang nur ganz wenige Formalitäten zu erfüllen haben. Deswegen bitte ich euch auch, im Saal zu bleiben, weil unmittelbar im Anschluss eine wirklich ganz, ganz wichtige Rede hier von Jens Stoltenberg gehalten wird. Bleibt also bitte im Saal; ich mache nur ganz wenige Anmerkungen.

Zu den ganz wenigen Anmerkungen gehört, dass wir zunächst über die Geschäftsordnung beschließen müssen. Die Geschäftsordnung ist euch verteilt worden. Ich darf also um Zustimmung zur Geschäftsordnung durch das Kartenzeichen bitten. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir sie einstimmig so beschlossen.

Als Nächstes müssen wir die Tagesordnung beschließen. Auch die Tagesordnung ist verteilt worden. Ich darf also um Zustimmung zur Tagesordnung bitten. – Hat jemand was dagegen? – Nein. Enthält sich jemand? – Auch nicht. Dann haben wir auch die Tagesordnung beschlossen.

Dann habe ich jetzt noch einige wenige Ankündigungen zu machen: Ich darf – was ich natürlich ganz ungern tue – noch eine Ergänzung zu dem machen, was Hannelore Kraft eben gesagt hat.

Aufgabe des Tagungspräsidiums ist es ja auch, Hinweise aus den Reihen der Delegierten oder der Gäste aufzunehmen. Also, der jüngste Delegierte ist noch jünger, als wir bis eben gedacht haben: Er ist 18 Jahre alt, er kommt aus Bayern und heißt Abuzar Erdogan. Herzlich willkommen auf diesem Parteitag!

(BEIFALL)

Ich darf auch noch drei weiteren Delegierten sehr, sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren: Das sind

Brigitte Kraus, Wilfried Tresmann und Margit Mohr. Auch euch noch: Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Zu den wenigen Anmerkungen und Ankündigungen gehört, dass wir zunächst noch die Mandats-, Zähl- und Prüfungskommission wählen müssen. Auch der Vorschlag für die Mitglieder der Mandats-, Zähl- und Prüfungskommission ist euch schriftlich ausgeteilt worden. Ich darf um eure Zustimmung bitten. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann haben wir das auch so beschlossen. Die Mitglieder der Mandats-, Zähl- und Prüfungskommission treffen sich jetzt unmittelbar am von mir aus gesehen linken Rand der Bühne.

Zum Zweiten darf ich darauf hinweisen, dass sich die Antragskommission um 12.30 im Sitzungsraum 7 in der Halle 5 trifft. Ich bitte also alle Mitglieder der Antragskommission, daran zu denken: In ungefähr einer halben Stunde ist das Treffen der Antragskommission. Das ist wichtig für die Beratung am Nachmittag.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, wie es sich mit dem Antragsschluss verhält: Antragsschluss für Initiativanträge zum Thema Europa ist - damit die dann in der Antragskommission mit beraten werden können - 12.20 Uhr. Antragsschluss für Initiativanträge zu den Themen, die heute beraten werden - das heißt, Demokratie, Organisationspolitik, Umweltpolitik, Energie, Verbraucher, Verkehr, Innen und Recht, Sozialpolitik, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sowie Kommunalpolitik -, ist heute um 13 Uhr. Für alle anderen Bereiche, die in den nächsten Tagen hier beraten werden, ist der Antragsschluss für Initiativanträge heute Abend um 18 Uhr. Also bitte: Haltet diese Fristen für die Anträge, die ihr noch stellen wollt, ein.

Wir müssen darüber an dieser Stelle abstimmen. Könnt ihr dem vorgesehenen Antragsschluss für die jeweiligen Bereiche so zustimmen, dann bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir das so beschlossen.

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, der norwegische Ministerpräsident und Vorsitzende der norwegischen Arbeiterpartei Jens Stoltenberg ist schon sehr herzlich begrüßt worden, aber ich will das an dieser Stelle gerne noch einmal tun.

(BEIFALL)

Ich glaube, wir alle miteinander wissen, was für eine große Ehre uns zuteil wird, dass er heute hier ist, dass er an unserem Bundesparteitag teilnimmt und dass er auch zu uns sprechen wird. Wir haben lange und gute Beziehungen zu unserer Schwesterpartei. Aber ich will an dieser Stelle auch deutlich machen: Wir haben in diesem Jahr in besonderer Art und Weise mitgetrauert. Vor allen Dingen aber waren wir davon beeindruckt, mit welcher Haltung unsere Schwesterpartei in Norwegen und die gesamte Bevölkerung in Norwegen mit dieser großen Trauer umgegangen ist und daraus, so darf man sagen, sogar ein Stück Kraft entwickelt hat. Insofern ist es uns eine große Ehre und eine große Freude, dass jetzt Jens Stoltenberg zu uns sprechen wird. Begrüßt ihn, begrüßen Sie ihn sehr herzlich mit mir.

(BEIFALL)

GRUSSWORT DES NORWEGISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN JENS STOLTENBERG

Jens Stoltenberg, Vorsitzender der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens und Ministerpräsident von Norwegen: Liebe Frau Vorsitzende, lieber Sigmar, lieber Helmut Schmidt, liebe Genossinnen und Genossen! Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zählt zu den wichtigsten politischen Veranstaltungen in Europa und in unserer Zeit. Die Parteitage dieser Partei haben Politik gestaltet, die Millionen von Menschen die Möglichkeit gegeben hat, in mehr Würde und mehr Gerechtigkeit zu leben. Sie haben also die Welt verändert - 150 Jahre lang. Darauf könnt ihr heute sehr, sehr stolz sein.

(BEIFALL)

Die SPD hat Ideen entwickelt, es gingen politische Denkanstöße von ihr aus. Sie hat die Welt rund 150 Jahre lang verändert, und das ist heute noch so. Darum stehe ich hier auf diesem Podium in tiefster Demut und großer Dankbarkeit.

In meiner Lebenszeit haben Parteivorsitzende wie Willy Brandt mit seinen unverbrüchlichen Verbindungen nach Norwegen - er hat ja auch norwegisch gesprochen -, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und jetzt Sigmar Gabriel diesen Platz vor mir eingenommen. Der Hintergrund einer reichen und ehrenvollen Geschichte ist allen hier heute Versammelten zutiefst bewusst.

Ich möchte euch erzählen, dass mein erstes internationales Treffen als junges Mitglied der Jusos der Besuch in Schleswig-Holstein war. Das war 1975.

(BEIFALL)

Das war eine lange Reise. Es ging mit der Fähre von Oslo ganz weit weg, nach Kiel. Das war eine große Stadt und hat zu der Zeit einen großen Eindruck gemacht. Damals war Helmut Schmidt Bundeskanzler. Es ist daher für mich heute ein besonderer Tag, dass ich 40 Jahre danach jetzt diese große Ehre habe, vor euch, vor Ihnen im Beisein von Helmut Schmidt zu sprechen und seine Rede zu hören. Er ist ein wunderbarer, bemerkenswerter Mann. Er spricht immer noch mit Leidenschaft darüber, was die Sozialdemokraten dazu beitragen können, diese Welt zu einem besseren Ort zu machen. Er hat vorhin gesagt, er sei ein alter Mann. Das stimmt nicht. Du bist ein junger Mann, mit der Vision eines Jungen. Ich bin tief beeindruckt.

(BEIFALL)

Bevor ich gestern abgereist bin aus Norwegen, habe ich meinem Vater zwei Dinge versprochen. Ich sollte seine Grüße an Helmut Schmidt und an Egon Bahr überbringen. Das habe ich damit gemacht. An diese beiden Freunde von Norwegen habe ich die Grüße von meinem Vater übermittelt.

(BEIFALL)

Für die skandinavischen Sozialdemokraten ist die SPD unserer größerer Bruder, auf den wir schauen, um uns inspirieren zu lassen. Zusammen mit den europäischen Sozialdemokraten sind wir angetreten, um nachzuweisen, dass Europa seine Stärke wiedergewinnen kann und wird. Ich spreche von Europa, auch

wenn Norwegen nicht Mitglied der EU ist, weil wir Teil der geografischen Region Europas sind und weil wir teilnehmen am Binnenmarkt. Ich möchte hier sagen, dass Norwegen das einzige Land auf der Welt ist, das einen Beitrittsantrag gestellt habe, der leider abgelehnt wurde. Ich habe zweimal ein Referendum für eine Mitgliedschaft in der EU verloren. Ich weiß nicht, ob ich es noch ein drittes Mal probieren werde. Vielleicht sollte ich es. Aber dann muss ich gewinnen.

Ich sage also: Wir sind Teil von Europa in dem Sinne, dass wir an der Entwicklung Europas und am Binnenmarkt teilnehmen und dass wir mit den europäischen Sozialdemokraten so eng wie möglich und in jedem Forum, das es gibt, zusammenarbeiten.

(BEIFALL)

Wir sind Sozialdemokraten. Wir wissen, dass wir unseren Kampf fortsetzen müssen, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Als Sozialdemokraten müssen wir uns der Herausforderung stellen und zeigen, dass wir moderne Lösungen für die täglichen Bedürfnisse der Menschen aufzeigen können: Sicherung der Arbeitsplätze und Unternehmen, verantwortliche ökonomische Führung, Entwicklung des Sozialstaates, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaften. Das sind Riesenaufgaben, aber es sind unsere Aufgaben.

Die Finanzkrise hat Europa hart getroffen. Keiner von uns ist dagegen immun. Das ist eine Krise, die alle Menschen in Europa in Mitleidenschaft zieht. Sie trifft anständige Menschen, die von dem leben, was sie durch ihre Arbeit schaffen, Menschen, die arbeiten können, Menschen, die arbeiten wollen, aber denen jetzt ihre Arbeit vorenthalten wird. Das können wir nicht hinnehmen! Sie wieder in Arbeit zu bringen, ist unsere Aufgabe Nummer eins.

(BEIFALL)

Unsere historische Mission ist, zu gewährleisten, dass Menschen mit der Würde leben, die mit einer Beschäftigung einhergeht. Wir müssen zeigen, dass es eine Alternative zu einer Politik von Kürzungen und Sparmaßnahmen gibt. Sich kaputtsparen – das ist niemals unsere Antwort gewesen.

(BEIFALL)

Wir brauchen eine breitere Strategie. Natürlich ist eine verantwortliche Fiskalpolitik Teil davon. Wir wissen, dass es auf lange Sicht ein Gleichgewicht zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen geben muss. Wir wissen aber noch mehr. Wir wissen, dass die alten Ideen von Keynes sozialdemokratische Ideen sind, dass wir das öffentliche Budget, die Fiskalpolitik nutzen müssen, um ein Gleichgewicht zu erreichen und uns gegen den Business-Zyklus zu wenden.

Darum ist es Teil der sozialdemokratischen Krisenstrategie, das Budget, die Fiskalpolitik zu nutzen, um die Wirtschaft zu stimulieren, wenn wir eine hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum haben. Das Problem ist: Wenn man sich in diesen kontrazyklischen politischen Bedingungen befindet, dann muss man das in guten und in schlechten Zeiten machen. Das Falsche, was viele Länder gemacht haben, war in Zeiträumen hohen Wachstums nicht die Kapazität, den Überfluss zu reservieren, den man in Zeiten niedrigen Wachstums nutzen kann. Kontrazyklische Politik muss man in beiden Situationen nutzen.

(BEIFALL)

Wir wissen aber auch: Beim Ausgleich der Haushalte geht es um Ausgaben und Einnahmen. Das ist der Grund, warum wir in Norwegen schon lange – die Sozialdemokraten in ganz Europa – die konservative Idee, die Steuern zu senken, abgelehnt haben. Ich erinnere daran, dass unser Kampf in Europa viele Jahre darauf gerichtet war, die Rechten daran zu hindern, die Steuern zu senken, weil wir gesagt haben, dass das unsere Möglichkeit unterlaufen wird, den Sozialstaat zu finanzieren.

(BEIFALL)

In vielen Ländern wurde gesagt: Wir senken die Steuern, weil wir an die dynamische Steuerpolitik glauben. Sie glauben also, wenn man die Steuern senkt, dann bekommt man mehr Wachstum; und dann kann man die Einnahmen erhöhen. Aber das stimmt einfach nicht!

(BEIFALL)

Wir haben selbst gesehen, dass die Verringerung der Steuerraten auch zur Verringerung der Einnahmen führt. In den USA ist es zum Beispiel so, dass die Hälfte des Haushaltsdefizits auf gesenkte Steuersätze zurückgeht. Wenn sie das Steuerniveau von Clinton aufrechterhalten hätten, dann wäre die Hälfte des Defizits schon beseitigt. Das haben sie aber nicht gemacht.

(BEIFALL)

Wenn man Steuern senkt, dann bekommt man keine erhöhten Einnahmen, sondern man produziert Schulden. Man kann nicht beides haben: die Sozialleistungen von Nordeuropa und die Steuersätze der USA. Man muss sich für eine Seite entscheiden.

(BEIFALL)

Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik mit einem menschlichen Herzen - dafür steht die SPD; und dafür steht meine Regierung. Das impliziert eine verantwortliche fiskalische Politik, aber auch eine Wachstumsstrategie. Ich bin sehr mit Helmut Schmidt einverstanden, dass wir Wachstum brauchen, um den Haushalt auszugleichen. Das bedeutet Modernisierung der Wirtschaft. Wenn es auch schmerzhaft ist, wir müssen Fragen wie Rentenreform diskutieren; wir müssen in Forschung und Entwicklung und in Infrastruktur zur Entwicklung des ökonomischen Wachstums investieren. Wir brauchen Wirtschaftswachstum zur Sanierung der Haushalte, aber auch, um in der Lage zu sein, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Die zweite Säule ist also eine Wachstumsstrategie; und die dritte Säule sind die Arbeitsmärkte. Die Gefahr ist, dass die Arbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern so hoch bleibt, wie sie jetzt ist. Wir wissen: Wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist, dann bleibt sie auch hoch – auch wenn die Wirtschaft wieder wächst. Darum ist es wichtig, arbeitspolitische Maßnahmen einzuführen Bildung, Weiterbildung, Ausbildung, sodass die Arbeitslosen ihre Fähigkeiten behalten und wieder in Arbeit kommen, wenn die Wirtschaft wieder anfängt, zu wachsen. Die Arbeitskräfte zu mobilisieren, ist eine wahrhaft sozialdemokratische Botschaft in Zeiten der Krise.

(BEIFALL)

Ein Teil der Mobilisierung der Arbeitskräfte besteht darin, für die Gleichberechtigung der Geschlechter und für Kinderbetreuung zu sorgen. Das sind Kennzeichen der sozialdemokratischen Politik. Sie verrin-

gern die Unterschiede, und gleichzeitig stärken sie das ökonomische Wachstum.

(BEIFALL)

Ich möchte Ihnen eine kurze Geschichte aus Norwegen erzählen. Vor 30 Jahren waren 50 Prozent aller norwegischen Frauen berufstätig. Heute arbeiten fast 75 Prozent der Frauen.

(BEIFALL)

Das hat natürlich einen Beitrag zur Gleichberechtigung in der norwegischen Gesellschaft geleistet. Die Frauen verdienen ihr eigenes Geld; und die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde dadurch gefördert. Aber gleichzeitig wurde auch das ökonomische Wachstum gefördert, weil die Frauen viele Dienstleistungen und Güter für die norwegische Wirtschaft produzieren.

(BEIFALL)

Das ist natürlich nicht von alleine entstanden. Das ist entstanden, weil wir in die Bildung für Männer und Frauen investiert haben und – was noch wichtiger ist – weil wir eine progressive Familienpolitik verfolgt haben. Das erlaubt den Männern und Frauen, erwerbstätig zu sein und gleichzeitig Kinder zu haben.

Meine erste offizielle Verantwortung 1986 war die Übernahme des Vorsitzes einer norwegischen Kommission, die sich mit der Rolle der Männer befasst hat. Das war eine eigenartige Aufgabe; das muss ich schon sagen. Aber es war eigentlich die wichtigste Arbeit, die ich übernommen habe. Denn in Norwegen waren wir alle für die Gleichberechtigung der Geschlechter, solange das mit den Frauen zu tun hatte, ohne – wie soll ich das sagen – dass es uns Männer betroffen hätte. Dann haben wir diese Kommission gegründet und viele Vorschläge gemacht. Ein Vorschlag war, die Elternzeit auf ein Jahr zu erhöhen. Aber was noch wichtiger war: Zehn Wochen von dieser Elternzeit sind für den Vater reserviert. Der Vater nimmt also entweder diese zehn Wochen der Elternzeit in Anspruch – dafür kann er sich entscheiden, oder sie geht ihm verloren – also entweder oder.

Bevor wir diese Reform hatten, hat fast kein Mann eine Elternzeit in Anspruch genommen. Jetzt bleiben fast alle norwegischen Väter ohne die Mutter zu Hause, wenn ein Kind geboren wurde. Das hat Norwegen verändert. Zumindest hat es mich verändert. Denn ich erinnere mich noch sehr gut an meinen Vaterschaftsurlaub. Alle Frauen auf diesem Parteitag wissen es, ich aber wusste es damals nicht: Sich um Kinder zu kümmern, ist harte Arbeit.

(BEIFALL)

Ich war vier Monate zu Hause. Nach vier Monaten Kochen von Breichen und Wechseln von Windeln habe ich es als Erleichterung empfunden, als ich wieder zur Arbeit zurückgehen konnte und mich dort erholen konnte.

(BEIFALL)

Ja, Elternzeit, reservierte Wochen für den Vater, Kinderbetreuung und andere Maßnahmen zur Familienförderung ermöglichen es jungen Frauen, sich nicht zwischen Karriere und Kindern entscheiden zu müssen. Sie können sich für beides entscheiden. Norwegische Frauen haben im Durchschnitt mehr als

1,9 Kinder. Das ist mit die höchste Geburtenrate in Europa. Gleichzeitig haben wir bei den Frauen auch die höchste Erwerbstätigenrate in Europa.

(BEIFALL)

Ich will Ihnen jetzt nicht sagen, wie man Kinder macht. Das muss ich euch ja nicht beibringen. Aber ich möchte sagen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem, was die Gesellschaft macht - investieren in Kindergärten, Elternzeit -, und viele Kinder zu haben. Die kriegt man dann. Also, ein bisschen mehr braucht man schon noch. Aber das hilft auch.

(BEIFALL)

Jedes Land ist anders. Darum können wir einander nicht kopieren. Wir können uns aber inspirieren, anspornen und gemeinsam gute Lösungen finden. Ich habe keine Zweifel daran, dass die Sozialdemokraten besser ausgerüstet sind als andere politische Bewegungen, unserer Gesellschaft heute die Antworten zu liefern.

(BEIFALL)

Parteifreunde, in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten wird es immer jemanden geben, der versucht ist, den Umweltschutz zu beschneiden. Aber zusammen mit unserem Kampf, die Welt von der Geißel der Armut zu befreien, ist die Bedrohung durch den Klimawandel die größte und komplexeste Herausforderung der Menschheit. Die SPD hat in Europa eine Vorreiterrolle gespielt bei der Entwicklung ehrgeiziger klimapolitischer Programme und der Formulierung ehrgeiziger Ziele.

Nächste Woche werde ich nach Durban, Südafrika, reisen, um an der Klimakonferenz teilzunehmen. Durban ist wichtig. Aber es wird schwierig sein, dort weitreichende Ergebnisse zu erzielen. Was wir brauchen, ist kollektiver Verstand. Was wir riskieren, ist kollektiver Unverstand. Das ist die Gefahr.

(BEIFALL)

Trotzdem dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben. Es ist möglich, Immissionen zu reduzieren. Wir brauchen einen Preis für CO2 nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Ein Preis für CO2 hat eine doppelte Wirkung: Er reduziert Immissionen und generiert Einkommen, die wir für Klimamaßnahmen nutzen können. Wir müssen die Abholzung stoppen. Das ist die schnellste, preiswerteste und wirksamste Weise zur Reduzierung von Treibhausgas. Wir müssen in erneuerbare Energien investieren und neue Technologien entwickeln, um in eine immissionsarme Zukunft zu gehen. Die SPD ist in dieser Hinsicht ein Wegbereiter. Sie haben viele schwere Entscheidungen getroffen. Darum sind Sie ein Ansporn für uns alle. Wir freuen uns sehr, dass wir zusammenarbeiten, auch im Bereich des Klimaschutzes.

(BEIFALL)

Deutschland und Norwegen sind Partner im Energiebereich. Uns verbinden nicht nur gemeinsame Werte, sondern auch Erdgasleitungen und Stromkabel. Zusammen schaffen wir Arbeitsplätze und stellen die Lieferung von klimafreundlicher Energie sicher, was für beide Seiten von Nutzen ist.

Die sozialdemokratische Bewegung ist eine Bewegung für Solidarität und eine Gesellschaft, an der alle teilhaben. Wir sehen jetzt, dass diese Werte durch den Extremismus bedroht werden. Wir sehen Intoleranz im

tagtäglichen Leben, Propaganda- und Hassseiten im Web. Und wir sehen Extremismus, der sich in unterschiedlichen Formen entwickelt. Sowohl Deutschland als auch Norwegen haben unter Extremismus gelitten.

Heute möchte ich meinen tiefempfundenen Dank für eure von Herzen kommende Unterstützung nach den Terroranschlägen vom 22. Juli in Oslo und auf Utøya zum Ausdruck bringen.

Die vielen Kondolenzschreiben, die persönlichen Beileidsbekundungen und die vielen SPD-Mitglieder, die in die norwegische Botschaft in Berlin kamen, um ihr Mitgefühl zu bekunden, das war ganz wichtig für uns. Ich möchte euch sagen: Als ich diejenigen getroffen habe, die ihre geliebten Familienmitglieder in Oslo und in Utøya verloren haben, habe ich ihnen meine persönlichen Beileidsbekundungen und Beileidsbekundungen im Namen des norwegischen Volkes, aber auch im Namen der internationalen Solidarität überbracht. Das war sehr wichtig für sie. Auch wenn sie ihre geliebten Familienmitglieder verloren haben, war es sehr wichtig für sie zu wissen, dass die ganze Welt - einschließlich der Sozialdemokraten in Deutschland - sich an ihre Seite gestellt hat. Also, im Namen der Überlebenden, der trauernden Hinterbliebenen und der Familien bedanke ich mich ganz herzlich für eure Solidarität.

(BEIFALL)

Der Angreifer hatte es auf Regierungsgebäude in Oslo und auf die Jugendbewegung unserer Partei, die AUF, die norwegischen Jusos, abgesehen. Insgesamt wurden 77 Menschen getötet. Die meisten waren Mitglieder der AUF. Für uns ist es einfach unbegreiflich, wie jemand so eine Tat begehen kann. Aber wie ein junges Parteimitglied gesagt hat: Wenn eine Person so viel Hass zeigen kann, dann stellt euch vor, wie viel Liebe wir zusammen zeigen können.

(ANHALTENDER BEIFALL)

- Vielen Dank. Das Volk von Norwegen stand geeint und hat auf die Gewalt reagiert mit dem Ruf nach mehr Offenheit, mehr Einbeziehung aller und mehr Demokratie. So werden wir Terrorismus, Unterdrückung und Intoleranz besiegen. Wir werden es nicht zulassen, dass extreme Aktionen die Freiheit für alle in der Gesellschaft beschneiden. Im Gegenteil: Der beste Weg zum Schutz unserer Gesellschaft ist die Ausweitung der Chancen für alle und das Bestreben, jedem das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln, in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Gesellschaft insgesamt.

Die Geschichte der SPD ist die Geschichte einer Partei, die sich immer für die Werte der Demokratie eingesetzt hat, die aufgestanden ist gegen Extremismus in all seinen Erscheinungsformen. Jetzt sind wir an der Reihe, die Fackel zu tragen, und das werden wir tun. Wir werden aufstehen und uns einsetzen für Freiheit, Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit.

Das ist die sozialdemokratische Antwort auf Terrorismus.

(BEIFALL)

Liebe Parteifreunde, der Umfang der Weltwirtschaft hat sich in 20 Jahren verdreifacht. Auf der ganzen Welt haben sich Hunderte von Millionen von Menschen aus der Armut emporgearbeitet. Die Lebenserwartung ist in fast allen Ländern gestiegen. Das sind nur einige der großen Vorteile der Globalisierung. Es gibt aber auch negative Aspekte: Die Ungleichheit wächst ebenso wie das Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Als Sozialdemokraten müssen wir das erkennen. Wir müssen verstehen, wie sich

das auf die Gesellschaft auswirkt und was wir tun müssen, um Lösungen zu liefern für die Aufgaben, vor denen die Menschen heute stehen. Das, Genossen, ist unsere Aufgabe, die sozialdemokratische Aufgabe. Darum bitten wir um das Vertrauen der Menschen, und darum werden wir gewählt. Darum ist es wirklich eine große Ehre, euch, der SPD zu ihrem achten Wahlsieg in einem Bundesland hier in Deutschland gratulieren zu können.

(BEIFALL)

Natürlich möchten alle Wahlen gewinnen. Das ist besser, als sie zu verlieren, natürlich. Aber ich möchte sagen, dass es für Sie wichtig ist, die Wahl zu gewinnen. Es ist aber auch wichtig für die Sozialdemokraten in Europa, zu sehen, dass hier die Wahlen durch die Sozialdemokraten gewonnen werden. Das ist ein Ansporn für Sozialdemokraten in ganz Europa, ihre politische Arbeit fortzusetzen. Wir danken euch also für diese wunderbaren Wahlergebnisse in vielen Bundesländern in Deutschland,

(BEIFALL)

in Hamburg, hier in Berlin und in Nordrhein-Westfalen, wo Hannelore Kraft so eine großartige Ministerpräsidentin ist. Ich habe ihre Rede gehört, sie ist eine großartige Politikerin. Vielen herzlichen Dank!

(BEIFALL)

Ich möchte euch auch Glück wünschen in den nächsten Wahlen in Schleswig-Holstein im Mai, nicht nur, weil ich damals Mitte der 70-er Jahre mit den Jusos da war, sondern auch, weil Schleswig-Holstein die deutsche Version des hohen Nordens ist.

(BEIFALL)

Ah ja, es ist auf dem Weg nach Oslo. Von Kiel nach Oslo kommt man ja ganz schnell mit der Fähre hin. Aber auch, weil mein Name „Stoltenberg“ aus Schleswig-Holstein kommt. Stoltenberg ist ja ein Deutscher, der vor ein paar Hundert Jahren einfach in Norwegen geblieben ist. Deswegen habe ich sehr enge Gefühle, sehr herzliche Gefühle für den deutschen Norden und für Schleswig-Holstein.

(BEIFALL)

Liebe Freunde, ich fühle mich inspiriert von der Energie, die ich auf diesem Treffen spüre. Ich spüre es, dass das ein Parteitag voller Energie ist. Ich bin inspiriert von der führenden Rolle der SPD in Europa. Ich fühle mich geehrt, dass ich eingeladen wurde, um hier vor euch zu sprechen. Die Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit Wahlen gewonnen. Wir können und werden auch in der Zukunft Wahlen gewinnen. Ich wünsche euch alles Gute für einen sehr erfolgreichen Bundesparteitag und für eure Wahlkampagne.

Vielen Dank.

(LANG ANHALTENDER BEIFALL -
DIE GENOSSINNEN UND GENOSSEN ERHEBEN SICH VON DEN PLÄTZEN)

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben eben vorher kurz etwas besprochen, das wollen wir euch, aber vor allen Dingen den anwesenden Jungsozialisten und Falken sagen. Jens und die Arbeiterpartei in Norwegen werden die Insel, auf der so viele Camps von jungen Leuten stattgefunden haben, natürlich nicht aufgeben, sondern sie wollen sie wieder zurück in ihren Besitz nehmen. Es war ja kein Zufall, dass diese Attacke bei Sozialdemokraten stattgefunden hat.

Wir haben verabredet, dass wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gruppe von Falken und Jungsozialisten, und wenn ihr wollt, Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, einladen, zum nächsten Camp mit nach Norwegen zu fahren, um zu zeigen, dass das eine Attacke gegen uns alle war, aber dass wir die Insel Utøya wieder in Besitz nehmen wollen. Vielen Dank, Jens Stoltenberg!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Auch von unserer Seite noch einmal ganz herzlichen Dank an Jens Stoltenberg. Ich denke, es ist spürbar hier im Saal, wie groß die Freude ist, ihn hier zu haben. Selbstverständlich sind auch die Botschaften angekommen. Wir bedanken uns für das Lob, wir bedanken uns für die Formulierung konkreter Aufgaben, die wir vor uns haben. Wir bedanken uns natürlich auch für die mahnenden Worte zum Thema Rechtsextremismus.

Das ist auch die Überleitung, dass wir an dieser Stelle mit euch die Resolution zum Thema Rechtsextremismus beraten wollen, in die uns nun zunächst Klaus Wowerit einführt. Klaus, du hast das Wort.

(BEIFALL)

RESOLUTION „FÜR VIelfALT UND GEGEN RECHTSEXTREMISMUS“

Klaus Wowereit, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Ich glaube, wir sind alle miteinander traurig darüber, dass wir diese Resolution heute behandeln müssen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir es tun. Es ist auch notwendig, dass wir deutliche Zeichen setzen.

Die Einbringung der Resolution gegen Rechtsextremismus hat den Titel: „Für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, mehr Offenheit, mehr Demokratie, mehr Freiheit“.

Mindestens zehn Menschen sind in Deutschland von Rechtsextremisten ermordet worden, weil sie dem Feindbild entsprachen, dass Rechtsextreme von Menschen haben, die nicht ihrer Gesinnung oder ihrem Menschenbild entsprechen. Wir haben es eben gehört, am 22. Juli 2011 wurden in Norwegen 77 überwiegend junge Menschen Opfer eines rechtsextremistischen Gewaltverbrechers. Sie starben, weil sie sich für die Demokratie, für eine demokratische Partei, für unsere norwegische Schwesterpartei engagiert haben. Ich glaube wir sollten einen Moment innehalten und uns von unseren Plätzen erheben im Gedenken an die Opfer dieser rechtsextremistischen Anschläge.

(DIE GENOSSINNEN UND GENOSSEN ERHEBEN SICH VON IHREN PLÄTZEN)

Ich danke euch.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Stoltenberg, lieber Jens Stoltenberg, im Namen der SPD möchte ich dir und dem norwegischen Volk unseren tief empfundenen Respekt bekunden. Es war beeindruckend, wie die Vertreter Norwegens, der König, der Ministerpräsident und viele andere, zur richtigen Zeit die richtigen Worte gefunden haben oder einfach geschwiegen haben. Du hast heute auch in einem Interview zum Ausdruck gebracht, was dich bewegt hat und was die Norwegerinnen und Norweger bewegt hat. Du wirst dort zitiert: „Die beste Antwort auf diese Grausamkeit waren mehr Liebe und Zuvwendung unter den Norwegern.“

(BEIFALL)

Die beste Antwort auf diese Unmenschlichkeit war mehr Menschlichkeit. So ist aus all dem Bösen etwas Gutes entstanden.“ Ich glaube, dass es genau diese Haltung ist, die euch stolz sein lassen kann und die wir bewundern. Deshalb sprechen wir unsere Solidarität aus, weil ihr unter diesen schrecklichen Bedingungen zusammengestanden habt, Antworten für Freiheit und Demokratie gegeben habt.

(BEIFALL)

Ihr habt deutlich gemacht: Wir selbst sind es, die dafür verantwortlich sind. Wir entscheiden darüber, wie wir zusammenleben wollen. Die Reaktion des norwegischen Volkes auf die widerlichen Morde sind uns Vorbild. Wir dürfen den Intentionen des braunen Sumpfes nicht auf den Leim gehen.

Deshalb ist es für uns ganz wichtig, auch die richtigen Antworten in Deutschland zu finden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fassungslos, dass Menschen zu solchen Taten fähig

sind. Das gilt auch für die jüngst in Deutschland bekannt gewordenen Morde von Rechtsextremisten, die hier jahrelang unerkannt Verbrechen begehen konnten. Wir haben immer dagegen gearbeitet. Aber ich glaube, wir haben uns nicht vorstellen können, wie weit es schon war. Deshalb sind wir besonders erschüttert. Wir schämen uns für die schweren Fehler, die bei den Ermittlungen gemacht wurden. Wie viele Menschen hätten ihr Leben weiterleben können, wenn diese Fehler nicht gemacht worden wären!

Wir entschuldigen uns bei den Opfern der Hinterbliebenen, weil wir selbst den hastigen Ausschluss rechtsextremistischer Motive nicht hinterfragt haben, ja sogar selbst Verdachtsmomente gegen die Opfer in die Welt gesetzt haben. Dies beschämt uns zutiefst.

(BEIFALL)

Umso notwendiger ist eine lückenlose und transparente Aufklärung. Es muss an der Optimierung der vorherrschenden Strukturen bei Verfassungsschutz und Polizei nachdrücklich gearbeitet werden. Der Staat hat den Schutz von allen Menschen, die in Deutschland leben, sicherzustellen. Darauf muss man sich verlassen können, egal welche Hautfarbe man hat, egal aus welchem Land man kommt, egal welche Religion man ausübt oder welche Lebensweise man hat, diese Verlässlichkeit des Staates muss hergestellt werden.

(BEIFALL)

Demokratien sind offene und moderne Gesellschaften. Sie sind deshalb anfällig. Aber sie müssen auch wehrhaft sein, und man muss diese Wehrhaftigkeit auch beweisen können. Daran werden wir arbeiten müssen, zu zeigen: Wir lassen uns unsere Demokratie nicht von wenigen kaputt machen, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben, die keine Menschlichkeit haben, die keine Menschenrechte achten. Wir sind streitbare Demokraten für eine wehrhafte Demokratie!

(BEIFALL)

Diese skrupellosen Morde sind ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dies werden wir nicht unbeantwortet lassen können. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Verbrecher rasch verurteilt werden, dass sie gestellt werden, dass sie gegebenenfalls auch im Vorfeld überwacht werden. Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Dafür steht die Mehrheitsgesellschaft. Dafür stehen die Anständigen in Deutschland. Gott sei Dank gibt es die absolute Mehrheit in Deutschland, die anständig ist. Die muss das unter Beweis stellen.

(BEIFALL)

Die deutsche Sozialdemokratie antwortet mit Solidarität und Zivilcourage. Wir dürfen unsere Demokratie nicht kaputt machen lassen. Die SPD weiß aus ihrer eigenen Geschichte, wie viel individuellen Mut es braucht, um Demokratie zu verteidigen. Aber der Angriff auf die Demokratie passiert ja nicht erst mit den Morden, sondern viel früher: im Alltag, in der Schule, in der Familie, im öffentlichen Leben, im Arbeitsleben. Auch da gilt es, Einhalt zu gebieten, wo Ausgrenzung und Intoleranz herrschen. Wir wollen die individuelle Freiheit gewährleisten. Wir wollen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in Deutschland sicherstellen. Wir brauchen einen aktiven Minderheitenschutz. Vor allen Dingen brauchen wir einen sozialen Zusammenhalt, damit der Nährboden für rechtsextremistisches

Gedankengut entzogen wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und es ist dringend notwendig, dass endlich begriffen wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass wir eine multikulturelle Gesellschaft sind. Das kann man doch nicht länger leugnen, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Das bedeutet nicht, dass wir Probleme im Zusammenleben leugnen. Aber das Gegenteil zu leugnen, nämlich dass hier Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben und zwar Gott sei Dank meistens friedlich, ist doch so langsam aus dem letzten Jahrtausend oder 2.000 Jahre vorher.

Wir müssen aufpassen, dass es keine Verharmlosung gibt. Als hier in Berlin Autos im Wahlkampf brannten, waren es wie selbstverständlich immer Linksextremisten. Aber wenn es hier eine rechte Gefahr gegeben hat, dann wurde das immer verharmlost. Viele Taten sind gar nicht unter Rechtsextremismus gemeldet worden, weil man gesagt hat „das waren Trunkenheitstaten“.

(BEIFALL)

Nein, es gibt diese Taten, und zwar schon seit Langem.

(BEIFALL)

Deshalb wehren wir uns gegen die Verharmlosung von Rechtsextremismus. Die Zahl ist gestiegen, selbst die gemeldete Zahl. Die Dunkelziffer ist sicherlich groß.

Wir müssen auch aktiv etwas tun. Jetzt sage ich etwas zum NPD-Verbot, liebe Genossinnen und Genossen: Die SPD hat nicht erst jetzt die Idee gehabt, die NPD zu verbieten, sondern das fordern wir seit Jahren, und zwar nicht deshalb, weil wir denken, dass damit die Rechtsextremisten weg sind, sondern weil es unerträglich ist, mit dem Parteienprivileg rechtsextreme Gedankengänge zu äußern. Im Berliner Wahlkampf hingen hier Plakate mit „Gas geben“. Wir konnten dies nicht verhindern, weil eine Partei zugelassen war. Das dürfen und sollen wir uns nicht mehr gefallen lassen!

(BEIFALL)

Ich finde es unerträglich, dass dies auch noch mit Steuergeldern bezahlt wird. Jetzt sind wieder die Reflexe gekommen: „Ja, damit treibt man sie in die Illegalität, als Partei kann man sie besser beobachten und bekämpfen.“ - Das hat doch nicht geklappt, liebe Genossinnen und Genossen! Deshalb ist das NPD-Verbot dringend!

(BEIFALL)

Die Innenminister der Länder und des Bundes müssen natürlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein Verbotsantrag auch in letzter Instanz beim Bundesverfassungsgericht Bestand hat. Das sind die Notwendigkeit und die Verpflichtung. Deshalb der Appell an die CDU-Innenminister, bei sich zu Hause

die Voraussetzungen dafür zu schaffen! Die SPD-Innenminister haben das schon längst getan, meine lieben Freundinnen und Freunde und lieben Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir brauchen natürlich neben diesem Verbot damit ist überhaupt nicht alles getan ein aktives Auseinandersetzen der Zivilgesellschaft mit diesem Thema. Deshalb ist die konsequente Bekämpfung rechtsextremistischer Einstellungen in der Gesellschaft mit einer Demokratieoffensive zu begleiten. Das fängt natürlich in der Kindertagesstätte an und geht über die Schule und die öffentlichen Räume. Ich freue mich, dass viele hier aktiv daran mitmachen. Es gibt viele Organisationen und Institutionen, die dazu etwas tun. Aber sie müssen auch unterstützt werden, und es darf nicht mit einer Extremismusklausel noch ihr Leben erschwert werden, liebe Genossinnen und Genossen! Deshalb muss diese Klausel weg!

(BEIFALL)

Die Arbeit muss verstetigt werden; darauf sind sie angewiesen. Sie dürfen sich nicht immer von Jahr zu Jahr fragen müssen, ob es noch einmal einen Zuschuss gibt oder nicht. Deshalb fordern wir eine Bundesstiftung für Demokratische Kultur, damit die Arbeit verstetigt werden kann, um hier die Basis für eine erfolgreiche Arbeit und für ein aktives Eingehen auf die Forderung zu schaffen.

Und wir brauchen natürlich Projekte wie „Die soziale Stadt“. Deshalb ist die Kürzung der Städtebaufördermittel in diesem Bereich so tödlich, weil damit die Infrastruktur weggenommen wird. Auch das muss korrigiert und verstärkt werden.

(BEIFALL)

Deshalb werden wir uns hier nicht nur mit dem NPD-Verbot beschäftigen, sondern in einem aktiven Kampf einer aktiven Zivilgesellschaft ein breitgefächertes Angebot gegen Rechtsextremismus machen. Dies wird ein gemeinsamer Kampf sein müssen.

Die Antwort der Sozialdemokratie ist klar und deutlich: Seit fast 150 Jahren stehen wir für eine demokratische, für eine offene, tolerante und von Solidarität und sozialem Zusammenhalt geprägte Gesellschaft. Dies sind die Kerngedanken der Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland, sondern auch in Norwegen und in Europa.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft des guten Miteinanders, in der Akzeptanz, Respekt und gegenseitige Wertschätzung unseren Umgang prägen, eine Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann. Das ist nicht gegen Integration, sondern das ist der Kern von Integration: „ohne Angst verschieden sein können“!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, dafür lohnt es sich, zu kämpfen, und deshalb bitte ich euch um Zustimmung zur vorliegenden Resolution. – Schönen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ja, liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal herzlichen Dank an Klaus. Er hat gebeten, dass wir diese Resolution jetzt verabschieden. Unser Eindruck ist, dass wir das auch ohne größere Aussprache tun können, weil die Debatten zu Demokratie und Integration heute Abend und auch morgen noch einmal anstehen. Übrigens will ich an dieser Stelle gleich sagen: Euch liegt auch noch eine Resolution von den Jusos zum Thema „Dresden nazifrei“ vor. Auch die wollen wir heute Abend mitberaten.

Wir würden jetzt gerne bei der Resolution, bevor wir sie verabschieden, eigentlich nur eines tun: Wir würden gerne zwei Initiativen das Wort geben, die jeden Tag mit viel Engagement und viel Zivilcourage gegen Rechtsextremismus kämpfen, und ihnen an dieser Stelle die Möglichkeit einräumen, ihre Arbeit und ihre Position kurz darzustellen. Wenn ihr damit einverstanden sein könntet, würden jetzt

(BEIFALL)

Ich bin davon ausgegangen, dass ihr damit einverstanden seid, aber es ist nett, dass ihr das noch einmal bestätigt.

Dann erhält jetzt Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung das Wort. Anetta, du hast das Wort.

(BEIFALL)

Anetta Kahane, Amadeu Antonio Stiftung: Herzlichen Dank für die Einladung. Das ist das erste Mal, dass ich auf einem so großen Parteitag spreche. Ich bin auch keine Sozialdemokratin. Umso mehr: Herzlichen Dank für die Einladung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Lieber Herr Stoltenberg! Es ist für mich eine Ehre und eine Bestürzung zugleich, nach dem Ministerpräsidenten Stoltenberg zu sprechen. Die Verbrechen von Oslo und Utøya haben mich schockiert und aus der Bahn geworfen. Was ist los in Europa? Was geschieht hier? Der Täter Breivik mag verrückt gewesen sein, aber es ist allzu leicht, solche Mörder zu pathologisieren.

(VEREINZELT BEIFALL)

Für mich war der Tag, an dem die jungen Leute von Utøya ermordet wurden, so etwas wie der 11. September für Europa. Wir leben in einer Zeit, die, wie Helmut Schmidt gerade sagte, globalisierter und damit auch kosmopolitischer wird. Einwanderung und Patchwork-Staatsbürgerschaften oder –herkünfte bestimmen schon jetzt den Alltag. Unsere Demokratien müssen sich darauf einstellen und die Zukunft entsprechend gestalten. Sie müssen in erster Linie klarmachen, dass es kein „Wir“ und kein „Die“ mehr gibt. Es gibt nur noch Menschen, die in einer demokratischen Kultur leben wollen, und es gibt die Feinde der Demokratie - unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe.

Norwegen hat auf die Morde mit Würde reagiert. Der Ministerpräsident hat klargemacht, dass mit den Ermordeten alle Norweger angegriffen wurden und dass es bei Rassismus kein Wenn und Aber gibt.

(BEIFALL)

Ich bin heute hier, um über die Situation in Deutschland zu sprechen. Nach der Mordserie der Zwickauer Zelle, bei der zehn Menschen gezielt getötet wurden, gab es hier ebenfalls Entsetzen. Für einen Augenblick ist klargeworden, was hier im Alltag geschieht: Tag für Tag, Jahr für Jahr gibt es Opfer rechter Gewalt. Rechtsextremismus ist zu einem Phänomen geworden, das sich tief in die Gesellschaft eingegraben hat, so tief, dass es offenbar übersehen werden konnte, so selbstverständlich, dass es offenbar nicht wahrgenommen wurde, und historisch so nah am bösesten Erbe Deutschlands, dass es nicht ernst genommen wurde.

Es war eben nicht das Trio allein, das mordend durchs Land zog, es ist eine ganze Gesinnungsbewegung, die diese Täter getragen und gestützt hat. Das muss sich ändern, sonst wird es so weitergehen – bis zum nächsten großen Aufschrei und dem Lamento: Warum haben wir das nicht gewusst? - Fragt Wolfgang Thierse. Er weiß es. Er hat uns bei diesem Kampf immer unterstützt und hat sich immer ganz genau erkundigt. Er weiß, was in dieser Zeit, in den letzten zehn Jahren, los gewesen ist.

(BEIFALL)

Jeden Tag werden Einwanderer überfallen, ihre Gewerbe abgefackelt, ihre Kinder verprügelt – ebenso Jugendliche, die zeigen, dass sie gegen Nazis sind, und sogar deren Eltern.

Die Amadeu Antonio Stiftung sammelt diese Fälle seit zwanzig Jahren. Bisher sind nach unserer Zählung 182 Menschen aus rassistischen und rechtsextremen Gründen ermordet worden. 182! Das ist viel, und jeder hat es wissen können. Die Zeitungen haben immer wieder berichtet – auch von den Zuständen in manchen Regionen. Wir haben es immer wieder beklagt. Wieso also konnte es weitergehen? Die Sozialdemokratie hat, wie Hannelore Kraft vorhin sagte, einige wichtige Traditionen. Eine der wichtigsten ist ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Das ist eine große Tradition, und daran muss die Partei anknüpfen. Sie kann es heute, denn heute leben wir in einer Demokratie und dürfen uns frei entscheiden. Also fordere ich die Sozialdemokratie auf, diese Tradition wirklich jeden Tag, Tag für Tag fortzusetzen.

(BEIFALL)

Vorgestern war Sigmar Gabriel mit uns in Jena und hat auf dem größten Rock-gegen-Rechts-Konzert seit dem Fall der Mauer gesprochen. 50.000 Menschen waren da, stellvertretend für all diejenigen, denen Rechtsextremismus nicht egal ist. Sigmar Gabriel hat mit Udo Lindenberg das Konzert in Gang gebracht. Das sind neue Schritte gegen Neonazis und deren Terror. Aber damit kann es nicht getan sein. Gegen die Nazis rocken: Das ist gut, doch das Feiern war für mich zumindest mit Schmerz und Bitterkeit vermischt. Schmerz wegen der Opfer, die mich traurig machen, sodass ich mich nur bedingt darüber freuen konnte, und Bitterkeit, weil wir, die Initiativen, fürchten, dass dies nur ein kleiner Aufschrei sein könnte und hinterher alles so wird wie vorher.

Die rot-grüne Regierung hatte vor zehn Jahren die ersten Programme gegen Rechtsextremismus entwickelt. Diese stellten nicht die Täter in den Mittelpunkt, sondern die Opfer und die Zivilgesellschaft, mit deren Initiativen Rechtsextremismus besser zu bekämpfen ist als mit Verboten allein.

Frau Bergmann, damals sozialdemokratische Ministerin für Jugend, hat sich mit dem Programm zu Ih-

rer Tradition bekannt, gegen Nazis aufzustehen. Da müssen Sie dranbleiben, meine Damen und Herren. Das ist auch für die Zukunft wichtig.

Was also kann und muss getan werden? Wenn wir wirklich wollen, dass sich etwas ändert, dann brauchen wir zumindest zwei kurzfristige und zwei langfristige Ideen.

Die langfristigste und nach meiner Auffassung wichtigste Idee ist: Deutschland braucht ein neues Verhältnis zu Einwanderung und zu Einwanderern. Nicht mehr die Herkunft allein darf entscheiden, wer richtiger Deutscher ist und wer nicht ganz richtiger Deutscher ist.

Trotz der begonnenen Reform des Staatsbürgerrechts ist hier noch sehr viel zu tun. Und ehrlich gesagt, liebe Delegierte, sehe ich noch viel zu wenige Delegierte mit Migrationshintergrund hier in diesem Saal.

(BEIFALL)

Langfristig - wenn ihr auf Bundesebene regieren werdet, was ich hoffe; da schließe ich mich Klaus Woreit an - braucht es eine Gesamtkonzeption gegen Rechtsextremismus, in der jedes einzelne Ministerium das seinige tun muss: Justiz, Wirtschaft, Inneres, Bau, Technologie usw., und zwar zusätzlich zu den Programmen gegen Rechtsextremismus, die übrigens auch einer Überarbeitung bedürfen.

Kurzfristig sollten die Bedingungen für die Arbeit der Initiativen verbessert werden. Nur eine starke Zivilgesellschaft kann vor Ort ein demokratisches Klima herstellen. Gleich und sofort: Die SPD darf sich nicht aus dem ländlichen Raum verabschieden. Was nutzt der Ruf nach dem Verbot einer NPD, wenn die demokratischen Parteien vor Ort nicht präsent sind?

(BEIFALL)

Lassen Sie mich bitte noch einige Anmerkungen zum NPD-Verbot machen, die nicht ganz konform gehen mit dem, was Sie eben gehört haben. Es gibt gute Gründe für und gegen ein NPD-Verbot. Das Verbot steht auf der Forderungsliste der Initiativen deshalb nicht an erster Stelle, weil Rechtsextremismus nicht per Verbot verschwindet. Unsere Befürchtung ist, dass man in Deutschland dieses Thema so schnell loswerden will, mit möglichst geringem Aufwand, dass ein Verbot der Partei noch immer eine Art innerer Ausstellknopf ist. Terror im Alltag lässt sich ohnehin damit nicht bekämpfen. Also, ein Verbot der Partei ist dann eine Option, wenn alle anderen Hausaufgaben gemacht sind, wenn wir die Nazis auch politisch und moralisch besiegt haben. Wenn das erreicht ist, geht auch ein Verbot der NPD. Alles anstatt wäre dagegen Selbstbetrug.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun, um dem Rechtsextremismus wirklich an den Kragen zu gehen. Was ich mir heute wünsche, ist, dass die Delegierten dieses Parteitag, ebenso wie der Partei- und Fraktionsvorstand, eines begreifen: Die Sozialdemokratie muss sichtbar sein im Kampf gegen die Nazis.

(BEIFALL)

Es geht hier nicht um Gedöns oder ein Hobby für ein paar Engagierte. Es geht hier um die Zukunft, die nicht von Rassismus und von Rechtsextremismus geprägt sein soll. Das geschieht nicht von selbst. Folgen Sie der Tradition der Sozialdemokraten, die sich dem Nationalsozialismus entgegengestellt haben, und unterstützen Sie den Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Machen Sie die-

sen Kampf zu Ihrer ganz persönlichen und von Herzen kommenden Chefsache.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Einen ganz herzlichen Dank an Anetta Kahane. Wie das immer so ist: Das mit der Sozialdemokratin kann ja noch werden. Aber das ist heute natürlich nicht der Punkt, warum wir diese Einladung ausgesprochen haben. Wir haben diese Einladung an die Initiativen ausgesprochen, um solidarisch deutlich zu machen, dass die Initiativen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus all unsere Unterstützung verdient haben. Anetta Kahane hat eben einen erwähnt, der in all diesen Fragen wirklich intensivstes und kontinuierliches Engagement für die politische Kultur in Deutschland an den Tag legt. Das ist Wolfgang Thierse, der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, den ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich willkommen heiße. Lieber Wolfgang, schön, dass du da bist!

(BEIFALL)

Wenn ich schon dabei bin, Gäste zu begrüßen, dann auch sehr herzlich Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag!

(BEIFALL)

Und ein ganz herzliches Willkommen auch an Ulrike Mehl, die stellvertretende Vorsitzende des BUND. Herzlich willkommen auf unserem Parteitag!

(BEIFALL)

Ich freue mich jetzt, Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen e.V. als weiterer Initiative das Wort geben zu dürfen.

Und ich mache schon mal darauf aufmerksam, dass wir unmittelbar im Anschluss an die Rede von Grit Hanneforth dann auch zur Abstimmung über die Resolution kommen. Es wäre also schön, wenn die Delegierten, sofern sie im Moment nicht an ihren Plätzen sind, ihre Plätze wieder einnehmen könnten. Jetzt hat das Wort Grit Hanneforth.

Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e.V.: Herzlichen Dank! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen und besonders dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel für die Einladung. Ich komme aus Sachsen. Wir als Kulturbüro Sachsen beraten seit zehn Jahren Menschen, die Probleme haben unter anderem mit Neonazis im Jugendclub, im Sportverein, in der Jugendfeuerwehr, im Gottesdienst. Wir beraten Mütter und Väter, die wissen wollen, wie weit ihre Kinder schon in die Neonazi-Szene gerutscht sind und wie ein gelingender Ausstieg aussehen kann. Wir begleiten Bürgerinnen und Bürger dabei, selbstverantwortlich, mutig und couragiert der Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten, wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister versuchen, sich wegzuducken - wie in Mügeln und in Limbach-Oberfrohna -, wenn gesellschaftliche Debatten wie zum Beispiel zur Zuwanderung abgleiten in Debatten über nützliche und weniger nützliche Zuwanderer, wenn Opferempathie fehlt, wenn Menschen sich in diesem Land nicht sicher fühlen, weil ihr ethnischer Hintergrund oder ihre politische Haltung nicht in das Weltbild eines Neonazis oder Rassisten passt.

Wenn das passiert, können wir mit anderen Initiativen gemeinsam beraten. Aber - und das wissen Sie - es sind Themen, die uns alle angehen. Das, was da verhandelt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, greift die Grundlagen unseres Gesellschaftsvertrages an. Es ist ein Angriff auf die im Grundgesetz niedergelegten libertären Ideen vom Zusammenleben in diesem Land. Das - das wissen wir alle - ist keine Lappalie. Es ist ein Angriff auf die Bürger- und Freiheitsrechte.

(BEIFALL)

Gerade Tabubrüche im Bereich der Menschenrechte, die im Alltag unwiderrprochen bleiben, die uns aber täglich begegnen, im familiären oder im Arbeitsumfeld, in den Medien oder woanders, Tabubrüche des plötzlich wieder sagbar gewordenen Rassismus, Antisemitismus und der Menschenfeindlichkeit - alle diese vermeintlich kleinen Tabubrüche bilden den Nährboden, von dem Neonazis profitieren, auf dem sich menschenfeindliche Einstellungen über Jahre festigen können und das begünstigen, was wir jetzt als Rechtsterrorismus sehen. Überall da, wo diese Tabubrüche passieren, die mit strafrechtlichen Mitteln nicht zu fassen sind und die sich damit dem ordnungspolitischen Einfluss entziehen, ist die Zivilgesellschaft gefragt.

Die Zivilgesellschaft in Ost- und Westdeutschland, die mobilen Beratungsteams, die Opferberatungsteams und die regionalen und lokalen Initiativen, in deren Namen ich hier spreche, sind seit vielen Jahren gemeinsam mit Ihnen bereit, sich dieser Problematik zu stellen. Für diese Arbeit braucht es ein gutes Fundament und eine Perspektive. Das Fundament, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in den vergangenen zehn Jahren auf maßgebliche Initiative der SPD in Bund und Ländern entstanden. Dafür herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Jetzt müssen wir einen Schritt weiter gehen und eine Perspektive für die Zivilgesellschaft in Ost- und Westdeutschland erweitern und neu verhandeln. Angriffe auf die Menschenrechte fragen nicht nach den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen im Bund und in den Ländern. Sie fragen nur nach Protagonisten, die sich ihnen in den Weg stellen und jene stärken, die für Bürger- und Freiheitsrechte eintreten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Thema der Tagespolitik alleine und ist auch, wie wir gerade jetzt bitter erfahren mit der seit 13 Jahren nicht aufgeklärten neonazistischen Mordserie, kein Thema alleine von Legislaturperioden. Deswegen brauchen wir eine langfristige und stabile Perspektive im Osten und - ich sage das hier in aller Deutlichkeit - auch im Westen.

(BEIFALL)

Das NPD-Verbot ist ein wichtiger Schritt, um sich dem Neonazismus entgegenzustellen. Wenn es gelingt, ist es ein wichtiger, vielleicht kann man sagen: ein erster Schritt.

Eine starke, transparente und kreative Zivilgesellschaft als Motor gelebter Demokratie braucht eine Perspektive. So können wir vielleicht gemeinsam daran arbeiten, dass der im Zitat von Georg Christoph Lichtenberg niedergelegte Auftrag unser aller Leitstern für die Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sein mag. Er sagt: Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber so viel kann ich sagen: Es muss anders werden, wenn es gut werden soll. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank noch einmal an Grit Hanneforth. Ich glaube, es ist auch durch den Beifall klar geworden: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die Arbeit der Initiativen gegen Rechtsextremismus immer unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte bereits angekündigt, dass wir unmittelbar im Anschluss an die beiden Ausführungen die Resolution für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, für mehr Offenheit, mehr Demokratie, mehr Freiheit, wie sie von Klaus Wowereit in die Debatte eingeführt worden ist, zur Abstimmung stellen wollen. Das wäre jetzt der Fall. Ich darf also ganz herzlich um eure Aufmerksamkeit bitten.

Wer der Resolution für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann haben wir die Resolution einstimmig so beschlossen.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Wir kommen nun zum Bericht der Antragskommission. An der Stelle würde ich gerne Olaf Scholz das Wort geben.

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, Helmut Schmidt hat uns heute ein paar sehr sorgfältig erarbeitete und durchdachte Vorstellungen zur Weiterentwicklung Europas vorgetragen. Deshalb ist es eine gute Gelegenheit an das zu erinnern, was er uns allen 1975 ins Stammbuch geschrieben hat: Politik, das ist pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken.

Ich glaube, dass das nicht nur ein philosophischer Ausflug zu Kant und Popper war, sondern dass das auch etwas ist, was die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre Beratungen immer geprägt hat.

Wenn wir an diesem Parteitag das diskutieren, was wir miteinander beschließen wollen, dann sind das immer auch eine ganze Reihe sehr pragmatischer Vorstellungen, die in der ganzen deutschen SPD diskutiert worden sind. Die Antragskommission hat das sehr sorgfältig betrachtet. Man kann sagen: Nach wie vor ist das ein ganz entscheidendes Prinzip sozialdemokratischer Politik.

Das Gleiche gilt für die Fragen, die Motto unseres Parteitags sind: Demokratie und Gerechtigkeit sind entscheidende Vorstellungen der SPD seit 150 Jahren. Demokratie und Gerechtigkeit sind zwei Wegmarken, aus denen heraus wir unsere konkreten politischen Überzeugungen und Ideale bestimmt haben. Helmut Schmidt hat hier bereits etwas zu Europa gesagt; aber auch Jens Stoltenberg hat uns ein paar Dinge aus der Perspektive eines norwegischen Sozialdemokraten und Ministerpräsidenten gesagt. Eins wird, wenn man beiden zugehört hat, doch sehr deutlich: Die Diskussionen, die wir hier in Deutschland führen, sind nicht nur für uns maßgeblich, sondern die gleichen Debatten führen die sozialdemokratischen Parteien überall in Europa. Wir sind auf einem gemeinsamen Pfad der Diskussion und der Auseinandersetzung über die Zukunft unseres Landes und über die Fragen, die für uns wichtig sind.

Wir haben hier eine Menge Anträge zu bewältigen. 861 stehen im Antragsbuch; wenn man all die Initiativanträge dazunimmt, sind es etwa 1.000 Anträge, die auf diesem Parteitag noch zu beraten sein werden. Und die Zahl der Initiativanträge nimmt immer noch zu. Laufend kommen weitere Anträge bei uns an. Aber ich kann euch beruhigen: Es sind zwar sehr viele Anträge, aber das meiste, was wir überall in der SPD, in den Ortsvereinen, in den Unterbezirken, in den Bezirken und Landesverbänden, in den Arbeitsgemeinschaften diskutieren, ist immer wieder in ähnlicher Weise diskutiert worden. Deshalb hat die Antragskommission im Vorfeld dieses Parteitages zwar eine schwere Arbeit zu leisten gehabt und sich immer wieder neu getroffen, aber es war insofern auch leicht, als man die Vorschläge, die wiederholt unterbreitet worden sind, sinnvoll zusammenfassen konnte - so, wie wir das im Antragsbuch bei vielen Antragsempfehlungen gemacht haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich diese Gelegenheit nutzen, einmal Dank zu sagen. Ihr habt aus jedem Bezirk einen Vertreter oder eine Vertreterin in die Antragskommission geschickt - und der Parteivorstand noch ein paar dazu. Das ist eine ganze Reihe ganz toller Männer und Frauen, die sich für die deutsche SPD durch jeden dieser 1.000 Anträge gewählt haben und den Parteitag mit begleiten. Deshalb an dieser Stelle ein großer Dank an all die Mitglieder der Antragskommission, die das so gut vorbereitet haben.

(BEIFALL)

Aber die Arbeit ist noch nicht zu Ende. Gleich, wenn es losgeht, werden wir parallel weiter beraten, auch zu den Anträgen zu Europa, die jetzt als Allererstes beraten werden sollen. Ich hoffe, dass wir euch gemeinsam durch diesen Parteitag leiten können und uns dann auf die wenigen Fragen konzentrieren können, bei denen wir nach heftiger Debatte kontrovers abstimmen wollen. Acht Leitanträge helfen uns.

Vielleicht lasst ihr mich noch ein paar kurze Bemerkungen zu den Dingen machen, die wir uns vorstellen.

Demokratie ist das eine Stichwort. In zwei Fragestellungen spielt das auf diesem Parteitag eine Rolle: Demokratie als gesellschaftliches Prinzip mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten, mit einem positiven Verhältnis zu Volksentscheiden und all den Fragestellungen darum herum, mit Fragestellungen der Netzdemokratie - genauso wie Fragen der innerparteilichen Demokratie.

Auf diesem Parteitag steht eine Reihe organisationspolitischer Anträge an. Sie sollen dazu beitragen, dass die deutsche SPD mit ihrer langen Geschichten von fast 150 Jahren immer die Partei bleibt, in der die Demokratie am meisten Platz hat und die auf diese Art und Weise funktioniert.

Gleichzeitig haben wir viele Themen, die unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit verhandelt werden. Gesundheit ist eines davon. Auch das Thema Bürgerversicherung steht an - wie ich finde, mit einem sehr klug durchdachten Konzept, das zu den am besten entwickelten gehört, die in Deutschland diskutiert werden. Ich habe mir die Konzepte anderer Parteien angesehen. So genau, so präzise, so durchdacht ist das an keiner anderen Stelle erfolgt.

Auch Bildung spielt eine große Rolle. Wir haben auch hier einen Grundsatz unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, der uns wichtig ist, nämlich dafür zu sorgen, dass sich jeder vom Schicksal des Elternhauses und der Abstammung lösen kann. Es muss möglich sein, dass jeder auf eigenen Füßen steht, weil er die beste Unterstützung - von der Krippe über den Kindergarten und über die Schulen - bekommt. Wer Jens Stoltenberg zugehört hat, der weiß: Das ist nicht nur unser Thema; das ist das Thema der europäischen Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Dann spielt für uns immer wieder die gute Arbeit eine Rolle, und zwar in einem Antrag, in dem eine Rolle spielt, wie das Maß der Arbeit uns bei der Frage bestimmt, was wir tun müssen und tun können. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem, was hier zur Debatte steht, weiter nach vorne arbeiten, dazu beitragen, dass jemand, der die Prinzipien unserer Gesellschaft ernst nimmt, der arbeiten will, auch eine gute Chance bekommt, aber auch davon leben kann und eine gute Lebensgrundlage für sich und seine Familie findet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auch über ein paar Kontroversen abzustimmen. Eine Frage betrifft die Steuern. Ich glaube, eine Sache ist schon jetzt klar: Wir sind uns darüber einig: Gerade in Zeiten der Schuldenbremse und der Bekämpfung der Staatsverschuldung müssen wir die Grundlage dafür legen, dass die Staaten noch finanziert werden können. Maßvolle Konzepte zu einer Erhöhung der Steuern wurden hier vorgeschlagen. Das werden wir miteinander beraten. Der Parteivorstand und die Antragskommission haben eine klare Vorstellung davon, was maßvoll ist, nämlich 49 Prozent. Ob das alle so sehen, wird auf diesem Parteitag diskutiert werden müssen.

Ähnliches gilt, wenn es um die Fragen der Rentenpolitik geht. Auch dabei gibt es eine ganze Reihe von

Dingen, über die wir Konsens erzielt haben. Und wir haben uns auch darüber verständigt, wie es weitergehen soll. Ich glaube, dass wir dazu in der Lage sind, diese Dinge miteinander zu diskutieren.

Der Vorschlag, den die Antragskommission macht, läuft darauf hinaus, eine Kommission mit der Aufgabe zu versehen, die Dinge, die alle miteinander zusammengerechnet und betrachtet werden müssen, einmal genau und präzise zu beschreiben. Auch das wird in der konkreten Antragsdebatte eine Rolle spielen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, erstens glaube ich, bei 800 Anträgen tut ein Schluck Wasser gut. Zweitens, liebe Genossinnen und Genossen: Ich habe hier vorne schon Beschwerden, dass man dem Olaf kaum folgen kann, weil es einfach zu laut ist. Da gibt es eine ganz klare Regelung: Eigentlich meinen wir, die Delegierten müssten jetzt hier drin sein; denn im Moment geht es gerade um das Kerngeschäft, nämlich den Bericht der Antragskommission und das, was uns in den nächsten drei Tagen erwartet. Aber wenn das - aus welchen Gründen auch immer, für die wir ja Verständnis haben - nicht möglich sein sollte, dann führt bitte die Gespräche draußen vor der Tür, damit die anderen wirklich folgen können. Bitte, bitte, haltet euch daran. Das ist für uns auch eine unangenehme Rolle.

Jetzt hat Olaf wieder das Wort mit sehr viel mehr Aufmerksamkeit.

Olaf Scholz, Antragskommission: Ich glaube, dass das sehr einfach zu machen ist, weil ich nämlich zum Schluss kommen wollte.

Also, wir haben eine ganze Reihe von Anträgen zu bewältigen. Es sind fast 1.000; ich habe es eingangs gesagt. Aus meiner Sicht sind wir damit auf der Höhe der Zeit. Wir haben vernünftige, pragmatische Vorschläge und Debatten miteinander zu bewältigen. Ich hoffe, dass wir das auf diesem Parteitag trotz der vielen Anträge miteinander schaffen werden. Die Antragskommission wird ihren Beitrag dazu leisten. Wenn wir alle diszipliniert bleiben, schaffen wir das in so kurzer Zeit, und zeigen, dass wir in der Lage sind, die Grundlagen dafür zu legen, dass unser Land besser regiert werden kann, als es heute der Fall ist; denn wir haben eine Vorstellung davon, wie die Zukunft Deutschlands in diesem 21. Jahrhundert gestaltet werden soll, Vorstellungen, die erarbeitet worden sind von Tausenden Mitgliedern, die sich aktiv daran beteiligt haben. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Dieser Parteitag ist ein wichtiger Zwischenpunkt darauf. Schönen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, erst einmal herzlichen Dank für den Bericht der Antragskommission. Ich sage schon einmal vorab: Wenn da von über 800 Anträgen die Rede ist, deren Zahl bis auf 1.000 wachsen kann, dann ist das für alle Mitglieder der Antragskommission eine immense Belastung, vor allem natürlich für ihren Vorsitzenden. Also, an dieser Stelle schon einmal ganz herzlichen Dank für die viele vorbereitende Arbeit, die es uns, glaube ich, überhaupt erst möglich macht, dieses Programm wirklich in drei Tagen zu bewältigen. Herzlichen Dank, lieber Olaf, für das, was du bisher schon geleistet hast.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die inzwischen eine Vorsitzende gewählt hat. Das ist die Nicole Tietz, die uns jetzt ihren Bericht geben wird.

Ich will an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam machen, dass unmittelbar im Anschluss an den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission die Einbringung des Leitantes „Europa“ durch Frank-Walter Steinmeier erfolgt. Wer also dieser Debatte folgen will, müsste sich jetzt in den Saal begeben.

Ich weise auch darauf hin, dass es bereits neun Wortmeldungen für diese Europadebatte gibt. Sollte also noch jemand beabsichtigen, zum Thema Europa zu reden, soll er jetzt bitte seine Wortmeldung hier vorne abgeben, damit wir das dann im Anschluss so aufrufen können. Jetzt, liebe Nicole, hast du das Wort.

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Nicole Tietz, Vorsitzende Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen.

Anwesend sind 473 Delegierte und 42 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission somit geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 226 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43,8 Prozent. Die Quote ist damit erfüllt. Der Parteitag ist somit beschlussfähig. Ich wünsche ich uns allen einen tollen und erfolgreichen Parteitag.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, liebe Nicole, für diesen Bericht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zweifelsohne zu einem der wichtigsten Themen, das uns auf diesem Parteitag beschäftigen wird. Eigentlich geht es schon den ganzen Morgen darum: um Europa, um die europäische Ausgestaltung, um die europäische Zukunft. Ich freue mich ganz besonders, dass Frank-Walter Steinmeier uns jetzt in dieses wichtige Thema einführen wird. Frank-Walter, du hast das Wort.

EINBRINGUNG LEITANTRAG EUROPA

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: Schönen zweiten Advent, liebe Genossinnen und Genossen! Schön, dass auch ihr nichts anderes vorhattet.

(BEIFALL)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Liebe Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr spürt es alle: Das ist nur auf den ersten Blick ein ganz normaler ordentlicher Parteitag, mit vielen Gästen, vielen Anträgen, mit vielen Reden und den üblichen Aufregungen, die es im Vorfeld so gibt. Aber in Wahrheit sind die Zeiten, in denen unser Parteitag jetzt stattfindet, alles andere als normal. Alle reden von Euro-Rettung. Aber Helmut Schmidt hat es uns heute Morgen gesagt: Es geht um deutlich mehr als um Geld und Wohlstand. Mehr als ein halbes Jahrhundert europäische Integration, das steht jetzt auf dem Spiel.

Was wir zurzeit erleben, das ist eine Eruption. Sie kann ähnlich folgenreich sein wie die nach 1989: das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Ostblocks. Eine Eruption, die gleichzeitig aber ganz anders ist als die von 1989, viel weniger spektakulär, dafür lautloser, schleichender und bedrohlicher.

Das Komische ist: Im Alltag hier bei uns in Deutschland merkt man noch wenig davon. Die Menschen in Hannover, in Stuttgart und Schwerin bringen ihre Kinder zur Schule. Sie bringen ihre Kinder in den Kindergarten. Sie gehen zur Arbeit. Das Leben geht den gewohnten Gang. Aber was man doch spürt, liebe Genossinnen und Genossen: Unter der Oberfläche brodelt es mittlerweile auch bei uns. Die Menschen fragen sich: Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Wie stabil ist der Euro? Ist Europa eigentlich noch unsere Zukunft?

Hinter diesen Fragen taucht noch viel Grundsätzlicheres auf: Wie steht es eigentlich um die Zukunft der Demokratie in diesem Teil der Welt? Ist diese Demokratie stark genug, um Gier und Spekulation wirklich zu stoppen? Garantiert diese Demokratie noch Wohlstand und Arbeitsplätze?

Liebe Genossinnen und Genossen, auf all diese Fragen gibt eine schwarz-gelbe Regierung keine Antworten.

(BEIFALL)

Sie lässt die Menschen allein mit ihren Fragen und Zweifeln. Frau Merkel findet weder Worte, um die Krise zu beschreiben, noch Antworten, um sie zu lösen. Stattdessen bringt sie selbst die wohlmeinendsten Nachbarn gegen uns auf die Zinne durch diese penetrante und auch noch doppelzüngige Schulmeisteri. Aber wer Lehrmeister sein will, wer andere zum Sparen auffordert, der sollte erst einmal sein eigenes Haus in Ordnung bringen.

(BEIFALL)

Man kann doch nicht den Rest der Welt zum Sparen und zum Schuldenabbau auffordern und dann im eigenen Land die Neuverschuldung erhöhen! Darüber redet jetzt ganz Europa und nennt es, was es ist, liebe Genossinnen und Genossen: Heuchelei!

(BEIFALL)

Von unseren Freunden und europäischen Nachbarn hören wir auch einiges, Fragen und Aufforderungen, die sich an uns Sozialdemokraten richten. Leute, die sagen, Europa braucht ein starkes, aber doch bitte ein europäisches Deutschland. Wir brauchen eine politische Kraft in Deutschland, die vorangeht, die einem verunsicherten Europa wieder Hoffnung und Richtung gibt. Am häufigsten habe ich von unseren europäischen Nachbarn die Aufforderung gehört: Auf euch deutsche Sozialdemokraten kommt es an. Wir zählen auf euch.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Ich will, dass von diesem Parteitag eine klare Botschaft an unsere Freunde in Frankreich, in Polen, in Spanien, in Griechenland und überall in Europa ausgeht. Diese Botschaft muss lauten: Auf die Sozialdemokratie in Deutschland ist Verlass. Wir sind die deutsche Europapartei, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Lieber Francois Hollande in Frankreich, lieber Werner Faymann in Österreich, lieber Jean Asselborn in Luxemburg, lieber Bohuslav Sobotka hier im Saal, und ihr stellvertretend für all die anderen: Europa gehört nicht den Konservativen, nicht den Märkten und nicht den Experten! Europa gehört den Menschen, die an eine gemeinsame Zukunft glauben, frei von Furcht und Hass. Wir wollen mit euch dieses gemeinsame Europa, dieses solidarische Europa bauen. Das ist unsere große gemeinsame Aufgabe. Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam arbeiten.

(BEIFALL)

Lieber Martin Schulz, du übernimmst das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments in einer wirklichen Schicksalsstunde Europas. Das ist für keinen leicht. Aber wir wissen in diesem Saal: Du bist der beste Anwalt Europas, und nicht nur das, du bist der Anwalt eines sozialen Europas. Aber vor allem, bald bist du das Gesicht der ganzen europäischen Sozialdemokratie. Ich sage dir: Auf uns hier kannst du alle zählen. Wir brauchen dich auf dem europäischen Parkett. Auch wenn die Zeiten schwerer werden, diese SPD wird hinter dir stehen und zeigt dir das jetzt durch einen Applaus.

(BEIFALL)

Liebe Freunde, „Nichts kommt von selbst, und wenig ist von Dauer.“ Ein großer Satz von Willy Brandt, den ihr alle kennt. Gemeint hat er damals Freiheit und Demokratie, auch wenn sie erkämpft, glaubt nicht, dass sie für ewig gesichert sind. Beides bleibt nicht, nicht die Demokratie und nicht die Freiheit, wenn sie nicht im Heute gelebt und verteidigt werden. Ich bin mir sicher, heute würde Willy Brandt dasselbe über Europa sagen. Er würde sagen: Das bleibt nicht, wenn nationale Engstirnigkeit und Egoismus wieder um sich greifen. Heute würde er uns anschauen und mit ruhiger Stimme in diesem Saal sagen: Geht sorgsam um mit Europa. Liebe Genossinnen und Genossen, genau das wollen wir tun und hier auf dem Parteitag miteinander zeigen.

(BEIFALL)

Viele sagen heute, Europa braucht eine neue Erzählung. So wahr das ist, was heißt das eigentlich? Heißt das, dass die alte Erzählung aufgebraucht, heißt das, dass sie erledigt ist? Ist unser Gedächtnis wirklich so kurz? Ich finde, manchmal tun wir so, als seien wir Fernsehzuschauer, die bei der 72. Wiederholung von „Frühstück bei Tiffany“ einfach wegzappen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir sind keine Zuschauer, wir dürfen uns nicht gelangweilt abwenden. Europa ist unsere Geschichte. Nicht irgende-

mand, sondern wir entscheiden, wie diese Geschichte weitergeht.

(BEIFALL)

Aber was sagt sie uns, diese Geschichte, heute? Jeder hat da so seine eigenen Zugänge. Ich sehe Peer gerade nicht, aber Peer spricht immer von den Gefallenentafeln in den Kirchen, die ihn beeindruckt haben. Mir selbst hat sich etwas anderes eingebrannt, an das ich immer denke. Ein Gespräch mit Jean-Claude Juncker, ein Satz, vielleicht nur sogar nur ein Nebensatz, gefallen am Rande einer der viel zu vielen europäischen Krisen in einer Situation, als nichts mehr weiterging nach Mitternacht, wenn dann der Ärger über die störrischen Nachbarn steigt und man den Sinn des Ganzen infrage stellt. Da sagte Juncker so ganz nebenbei: Weißt du, Frank, wenn dich jemand nach dem Grund oder dem Sinn für Europa fragt, nimm ihn an die Hand und gehe mit ihm über eine halbe Stunde über einen europäischen Soldatenfriedhof! Ich habe das übrigens gemacht, liebe Genossinnen und Genossen, und mehr als einmal. Da sind Abertausende von Kreuzen, die daran erinnern: Europa war die Antwort - Helmut Schmidt hat es heute Morgen gesagt - auf Jahrhunderte von Krieg und Bürgerkrieg in Europa, die Antwort auf mehr als 60 Millionen Opfer allein im Zweiten Weltkrieg. Die Losung „Nie wieder Krieg!“ war die Antwort auf erlebtes Grauen. Unsere politischen Väter und Mütter kannten den Abgrund, aus dem Europa entstanden ist. Sie waren es, die sich am Ende die Hand gereicht haben über den Gräbern von Millionen von Ermordeten, zu Tode Gefolterten und Gefallenen hinweg.

Nun werdet ihr vielleicht sagen: Kennen wir, haben wir schon einmal gehört. - Ich antworte darauf: Mag ja sein, bekannt ist das, aber es ist eben nicht erledigt! Denn worüber ich rede, das sind keine Seiten aus irgendeinem Geschichtsbuch, das ist keine erledigte und erst recht keine alte Erzählung. Nein, worüber ich rede, liebe Genossinnen und Genossen - das müssen wir spüren -, ist das Fundament, auf dem wir alle stehen. Ich rede über dieses Fundament, weil uns heute gewiss sein muss, welche Werte auf dem Spiel stehen und was es in diesen Tagen zu verteidigen gilt. Das muss uns bewusst sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Als Helmut Schmidt heute Morgen redete, ist mir klar geworden, was das eigentlich heißt, wenn ich in der zweiten Hälfte der Fünfziger, in der ich mittlerweile bin, von mir sagen kann: Ich bin ein Nachkriegs-kind. - Wisst ihr, was das heißt? Wir sind die erste Generation in Europa, die ein ganzes Leben lang nur Frieden und keinen Krieg erlebt.

(BEIFALL)

Ich bin geboren im Jahr vor dem Zusammenschluss der europäischen Länder zur EWG. Ich habe in meiner Jugend gesehen, wie Schlagbäume gefallen sind und Grenzen mehr und mehr durchlässig wurden. Ich habe profitiert, meine Generation hat davon profitiert, dass mit und durch Europa bescheidender Wohlstand schon gut ein Jahrzehnt nach Kriegsende wieder in unser Land einzog. Meine Generation ist es, für die Harz und Schwarzwald schöne Mittelgebirge geblieben sind, für die der Horizont aber weiter geworden ist. Europa war unsere Welt wenigstens in den Sommerferien. Als Junge der deutschen Provinz habe ich dann an der Universität erlebt, wie sehr Europa Herz und Hirn öffnet, wie mir im akademischen Austausch plötzlich ganz neue Räume aufgeschlossen wurden. Ich habe die Wiedervereinigung Deutschlands erlebt, die es ohne Europa, liebe Genossinnen und Genossen, nicht gegeben hätte, dazu die Erweiterung Europas nach Polen, Tschechien und anderen osteuropäischen Staaten, die Versöhnung des Kontinents gut 45 Jahre nach Kriegsende.

Was ich euch damit sagen will: Europa ist ein Geschenk, von dem wir täglich zehren. Ohne das würde unser aller Leben anders, weniger glücklich, verlaufen sein. Da bin ich mir sicher. Deshalb ist das eben keine alte Erzählung aus uralten Zeiten. Im Gegenteil: Diese Erzählung gilt, und sie ist Vermächtnis und Verpflichtung für die SPD zugleich. Verpflichtung, liebe Genossinnen und Genossen, nicht einfach aufzugeben, was uns überantwortet ist, uns zu wehren, wenn in Europa Freiheit und Demokratie bedroht werden, wenn sie drohen unter die Räder zu kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, genau das ist Aufgabe der Sozialdemokratie in ganz Europa und erst recht Aufgabe der SPD.

Und, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns diese Verantwortung auch in der Zukunft annehmen!

(BEIFALL)

Tun wir jetzt doch bitte nicht so, als sei dies alles kein Thema mehr in diesen Zeiten der Finanzkrise! Ich sage: Im Gegenteil sogar, jetzt zeigt sich doch, wie viel dumpfer Nationalismus noch unterwegs ist. Ich rede gar nicht von den grausamen Taten in Utøya. Ich rede noch gar nicht von dem mörderischen rechten Terror hier in Deutschland. Worüber ich rede, sind ganz besorgniserregende, schlimme Grundströmungen in den europäischen Bevölkerungen. Schaut euch doch nur die jüngsten Wahlergebnisse in der europäischen Nachbarschaft an! Überall in den europäischen Parlamenten gewinnen die Kräfte von Chauvinismus, von Populismus an Boden. Denkt an Geert Wilders in den Niederlanden! Denkt an die „Wahren Finnen“! Denkt an die ungarischen Jobbik-Nationalisten, die in schwarzer Uniform durch Budapest marschieren! Das für sich ist schlimm genug. Was mich noch mehr besorgt: Wir finden nicht die Kraft, das zu einem wirklichen Thema in Europa zu machen. Wir lassen es gewähren und mischen uns nicht ein.

(BEIFALL)

Wir mischen uns nicht genügend ein, aber wir müssen uns einmischen, wenn Demokratie selbst unter Druck gerät. Dabei rede ich nicht nur über andere und nicht nur über die Nachbarschaft. Wenn man genau hinschaut, dann gibt es auch einen neuen Ton bei uns im Lande, einen Ton, der antieuropäische Untertöne ausweist. Das macht sich doch bis in die politische Mitte dieser Gesellschaft breit. Die FDP hält doch in Wahrheit ihre national-konservativen Tendenzen nur noch mit Mühe unter Kontrolle. Die CSU und Herr Dobrindt lassen keine Gelegenheit aus, dumpfe Ressentiments gegen Europa und angeblich faule Südeuropäer zu schüren. Und jetzt versucht sogar die CDU, auch noch ein wenig abzufischen, wenn Kauder im schnarrenden Casino-Ton erklärt „In Europa spricht man jetzt deutsch“. Das genau ist das Problem, das Helmut Schmidt heute Morgen angesprochen hat!

(BEIFALL)

Deshalb dürfen wir uns doch nicht wundern, dass die ganze europäische Nachbarschaft in Sorge ist und schaut, ob da wieder neuer Größenwahn in unserem Lande entsteht. Ich hätte von Frau Merkel ein Wort der Distanzierung, ein Wort der Zurechtweisung erwartet. Ich sage nur: Wenn man solche Entgleisungen wie die von Kauder durchgehen lässt, dann sagt das über die Haltung dieser Regierung mehr als 1.000 nichtssagende Regierungserklärungen.

(BEIFALL)

Ich bin jedenfalls stolz auf meine Partei. Ich bin stolz, dass wir uns allen Schwierigkeiten stellen, aber dass es solche Töne bei uns nicht gibt. Nicht Chauvinismus, nicht antieuropäischer Populismus - das hat bei uns keinen Platz. Das ist in diesen Zeiten verdammt noch einmal nicht selbstverständlich und liegt an unserer eigenen Geschichte, in der wir leidvoll erfahren haben, wohin nationalistischer Ungeist führt. Wir werden uns weiter gegen ihn wehren, auch und zuvörderst im eigenen Land, liebe Genossinnen und Genossen. Für mich ist es immer noch unfassbar, dass hier eine rechtsradikale Mörderbande über zehn Jahre durch das Land zieht, Menschen hinrichtet, die zu uns gehören. Wir sind es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, dass das schonungslos aufgeklärt wird.

(BEIFALL)

Und wir sind es uns schuldig, dass der braune Sumpf ausgetrocknet wird, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Ihr seht: Die alte Erzählung von Europa ist eben nicht erledigt! Sie verpflichtet uns weiter und sie ist immer noch wahr und überzeugend. Aber wenn ich an meine eigene Tochter denke, liebe Genossinnen und Genossen, an all diejenigen, die später geboren sind, dann weiß ich auch: Diese Geschichte reicht ihnen nicht! Deshalb müssen wir ihr ein neues Kapitel hinzufügen, eines, in dem es um die Rolle Europas in einer völlig veränderten Welt geht. Diese Aufgabe ist nicht neu. Wir haben auch schon vor Jahren nach Antworten gesucht. Was uns eingefallen ist, war zu wolkig und zu nichtssagend für diese neue Erzählung Europas. Leider ist es seit wenigen Tagen einfacher geworden, diese neue Erzählung Europas zu entwerfen. Ich weiß nicht, ob es allen von euch aufgefallen ist: Vor wenigen Tagen hat Barack Obama am abgelegenen Ende der Welt, in der australischen Hauptstadt Canberra, eine Rede gehalten. Weniger eine Rede als viel mehr eine Wegweisung. Ich bin mir sicher, wir werden diese Rede in einigen Jahren historisch nennen. Sie ist so etwas wie das Gegenstück der Rede von Kennedy hier in Berlin, die Worte vom Schöneberger Rathaus wir kennen sie alle „Ich bin ein Berliner“. Das sind vier Worte, die oft genug verbalhornet worden sind. Aber das war die kürzeste emotionalste Formel für die ganze Dimension einer stabilen transatlantischen Partnerschaft über Jahrzehnte. Ich bin sicher: Auch die Worte von Barack Obama, gesprochen vor wenigen Tagen im australischen Parlament, werden in einigen Jahren noch in Erinnerung bleiben. Hört genau zu! Er sagt: „Die Vereinigten Staaten sind eine pazifische Macht, und wir sind hier um hier zu bleiben.“ Liebe Genossinnen und Genossen, auch das muss auf einem Parteitag möglich sein zu sagen: Das ist der Satz, der die veränderte Interessenlage Amerikas offen ausspricht. Wir sollten diesen Satz nicht mit Bitterkeit und Enttäuschung begleiten. Aber Obama hat mit diesem Satz das transatlantische Verhältnis in der bisherigen Form, sozusagen als Solitär in den auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten, für überholt erklärt. Wir müssen feststellen: Europa steht jetzt auch in der offiziellen Regierungssprache in den USA nicht mehr im Zentrum der Interessen.

Warum sage ich das? - Das ist keine Geschichtserzählung, sondern ich sage: Jetzt spätestens heißt es aufzuwachen, liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben als Europäer über lange Zeit, zu lange, wie ich finde, in einer Scheinrealität gelebt, in nostalgischer Erinnerung an unsere frühere Wichtigkeit. Und wir haben übersehen oder unterschätzt, was sich anderswo tut, in Asien und Lateinamerika. Wir werden nicht unwichtig, aber wir werden weniger bedeutend sein.

Das ist die Voraussetzung dafür, dass ich sage: Wenn wir dennoch Einfluss nehmen wollen, zum Beispiel bei den Regeln für Klima oder bei den Regeln für die Finanzmärkte oder für den Handel, glaubt ihr, die

anderen rufen in Zukunft immer noch alle 27 von uns einzeln in Europa an? - Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Entweder haben wir dann eine gemeinsame Meinung in Europa, oder wir haben keine und fallen hinten runter.

(BEIFALL)

Eines ist nur klar in dieser neuen Weltordnung, liebe Genossinnen und Genossen: 27 Einzelmeinungen werden in wenigen Jahren im großen Weltrauschen einfach untergehen, nicht mehr wahrgenommen werden. Das können wir nicht wollen - unseretwegen nicht und weil wir Verantwortung über unseren Kontinent hinaus tragen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich sage immer: Der europäische Traum einer friedlichen und gerechten Gesellschaft ist eben nicht nur der Traum der Europäer, sondern viele andere Menschen überall auf der Welt träumen ihn mit.

Sie wollen, dass wir ihn verwirklichen - hier in Europa - als Vorbild für viele andere. Das ist unsere Aufgabe. Auch deshalb dürfen wir jetzt den Kopf nicht einziehen, und darum müssen wir weiterkämpfen, liebe Genossinnen und Genossen, gerade auch, wenn es schwierig wird, gerade wir.

(BEIFALL)

So, Freunde, viele werden jetzt sagen: Gut, soweit folge ich dir. Ich weiß, dass Europa wichtig ist - für uns, für die Welt von morgen -, und ich glaube auch, dass es kein Zurück in die alte Welt der Nationalstaaten von früher gibt. - Der eine oder andere wird auch sagen: Ich frage dich - Europa brennt; das hast du selbst gesagt -: Was ist jetzt zu tun? Wie kommen wir raus aus der Krise? Meine erste Antwort darauf lautet: Jedenfalls nicht so wie Frau Merkel.

(BEIFALL)

Und das sage ich nicht, weil ich Oppositionsführer bin, sondern weil mich die Art und Weise, wie diese Truppe seit zwei Jahren agiert, wirklich auf das Tiefste empört, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will jetzt gar nicht in die Einzelheiten gehen; ich habe das an anderer Stelle oft genug erwähnt. Ich will auch nicht über diese Haltungslosigkeit reden, die ich darin sehe. Wenn man sich in Brüssel, wenn die Kameron laufen, als große Europäerin gibt, und wenn man dann anderenorts, tief im Sauerland, wenn man glaubt, keine Kamera und kein Mikrofon sind dabei, über faule Südländer schimpft: Das geht nicht. Das ist keine Haltung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will auch nicht über das ständige Macht- und Koalitionskalkül reden. Liebe Genossinnen und Genossen, schaut einmal auf die letzten 18 Monate der Krise in Europa zurück. Da ist doch nichts entschieden worden, was entweder europäisch oder ökonomisch notwendig war, sondern entschieden worden ist immer nur das, was mit dieser dahinsiechenden FDP in der Koalition gerade noch über die Rampe ging, und das ist zu wenig, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will auch gar nicht über die Halbwertzeiten von Botschaften dieser Regierung reden. Das haben wir

an anderer Stelle auch getan. Versprechen, rote Linien, unumstößliche Tabus: alles, was nach drei Monaten von dieser Regierung, von Merkel, immer wieder eingesammelt worden ist. Daran verzweifeln doch die Menschen im Grunde genommen.

Nur eine Geschichte – zu all den anderen Sachen will ich nichts erzählen – muss ich erzählen, weil das das dreiste Stück ist, was je auf der Bühne der europäischen Politik tatsächlich gespielt worden ist.

Jetzt, nachdem die Europäer immer tiefer in die Krise rutschen und Italien, Spanien und Frankreich – alle – zu kämpfen haben, da hat Frau Merkel eine neue Zauberformel parat. Diese Zauberformel heißt: Vertragsänderung.

Ich habe gar nichts dagegen, dass man über die Zukunft der Verträge nachdenkt. Natürlich muss man das in einer solchen Situation. Ich habe nur etwas dagegen, wenn man unter dieser Überschrift so tut, als sei ausgerechnet diese Regierung diejenige, die andere Mores zu lehren hätte, und als wäre ausgerechnet diese Regierung diejenige, die so etwas wie automatische Sanktionen bei der Verletzung von Haushaltsdisziplin erfunden hätte.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, ob ihr euch erinnert: Die Wahrheit ist eine ganz andere. Martin, du hast das in guter Erinnerung. Vor mehr als einem Jahr, im September vergangenen Jahres, 2010, lag ein Vorschlag der Kommission, präsentiert von Kommissionspräsident Barroso, auf dem Tisch. Und was stand da wohl drin? Genau! Da stand drin: Automatische Sanktionen für Defizitsünder. Die wollte die Europäische Kommission einführen. Man mag davon ja halten, was man will, aber damals war die Krise eben gerade erst ein halbes Jahr alt. Damals wäre diese Regel vielleicht gerade noch rechtzeitig gekommen. Damals hätte man die Erosion von Vertrauen in die Europäer noch stoppen können.

Und jetzt fragt euch bitte: Was hat die deutsche Bundeskanzlerin wohl in dieser Situation getan? Hat sie ihren Freund Barroso unterstützt vor einem Jahr, endlich mehr Haushaltsdisziplin in Europa durchzusetzen? Die Antwort ist Nein. Sie hat ihn nicht unterstützt, sondern sie hat sich mit Präsident Sarkozy am Strand von Deauville getroffen. Eine Stunde später war die Kommission düpiert und der Vorschlag im Handstreich beseitigt. Automatische Sanktionen wollen wir nicht: Das war die Weisheit von Deauville. Heute, ein Jahr später, nachdem alle Glaubwürdigkeit ruiniert ist, ist dann auf einmal das Gegenteil richtig. Was soll man davon eigentlich halten? Da ist keine Spur von Überzeugung. Was gestern noch ehernes Gesetz war, wird heute in die Tonne getreten, liebe Genossinnen und Genossen. So kann man vielleicht in einer Koalition herumfuhrwerken, in der es keine Selbstachtung mehr gibt, aber so kann man nicht gegenüber einem Parlament und einer politischen Öffentlichkeit handeln. Das schadet dem Ansehen der Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es fehlt aus meiner Sicht auch an Ehrlichkeit. Da wird von Merkel seit anderthalb Jahren gebetsmühlenartig wiederholt, sie sei gegen die Vergemeinschaftung von Schulden. Das kann man ja sagen. Aber schaut man genau hin, dann haben doch Merkel und Sarkozy das Schwungrat erst richtig in Gang gebracht. Als die europäischen Regierungen mitten in der Krise wegtauchten und die Krise sich weiterfraß, da gab es doch nur einen einzigen europäischen Akteur, der funktionierte, und das war die Europäische Zentralbank. Wer denn sonst? Die hat Tag für Tag Feuerwehr gespielt - vielleicht rechtlich in einer Grau-

zone. Aber weil keine Kommission, kein Europäischer Rat, weil niemand auf der Brücke zu sehen war, musste diese Europäische Zentralbank doch handeln, und ich vermute, sie war es, die die Kernschmelze der Währungsunion bisher verhindert hat. Deshalb war das richtig, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber die Folge davon ist: Sie haben jetzt gut 200 Milliarden Euro in ihrer Bilanz, und sie werden auch noch die 300 Milliarden Euro erreichen. Ich frage nur: Was ist denn das, um Gottes Willen, anderes als eine Vergemeinschaftung von Schulden, die die Kanzlerin doch angeblich täglich verhindert? Mit solchen Sätzen, liebe Genossinnen und Genossen, wird die ganze deutsche Öffentlichkeit hinter die Fichte geführt. Und wer, bitte, soll dann eigentlich noch der Politik vertrauen? Das schadet der Glaubwürdigkeit nicht nur der Regierung, sondern der Politik insgesamt, und deshalb ist das schädlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ihr habt es gehört: Ich bin der Letzte, der die Rolle der EZB – ich komme jetzt langsam auf die Inhalte des Antrages zu sprechen –

(VEREINZELT BEIFALL)

in der Krise kritisiert. - Freut euch nicht zu früh: Wir müssen das ausgiebig miteinander diskutieren; das ist wichtig.

Wir müssen die Rolle der EZB miteinander diskutieren, und ich kenne die Haltung vieler in meiner Fraktion. Ich vermute, auch hier im Saale sind einige dabei. Die sagen dann: Die Lösung liegt darin, dass wir der EZB die Kompetenzen geben, die auch andere Notenbanken außerhalb haben. Ich sage euch offen: Ich persönlich zweifle etwas, ob wir aus dieser unverzichtbaren Nothilfe, die die EZB in den letzten zurückliegenden anderthalb Jahren geleistet hat – die war notwendig -, wirklich den Königsweg für die Finanzpolitik in Europa machen sollten. Alle, die hier sagen: Macht endlich aus der altmodischen EZB eine moderne Notenbank, macht sie zur Federal Reserve, denen sage ich: Schaut doch vielleicht zunächst einmal, bevor ihr die Empfehlung so überzeugend findet, auf die Unterschiede.

Die amerikanische Federal Reserve, die schweizer, die britische Notenbank sind allesamt zuständig für ein homogenes Währungsgebiet. Die EZB ist eine Zentralbank für 17 Mitglieder der Währungsunion – alle selbstständig, alle mit einer eigenen Regierung, alle mit einem eigenen Parlament und vor allen Dingen mit national ganz unterschiedlichen Sensibilitäten in der Geldpolitik.

Deshalb habe ich Zweifel, ob die Übertragung von Modellen anderer Länder nach Europa wirklich so geht, wie sich das einige vorstellen. Wenn ich von diesen Zweifeln rede, dann habe ich noch gar nicht darüber geredet, ob die Politik der Federal Reserve in den USA eigentlich langfristig erfolversprechend ist. Ich könnte es auch anders und deutlicher sagen: Dass wir in Europa zurzeit in der Grütze sitzen mit unserer europäischen Finanzpolitik, beweist ja noch nicht, dass die völlige Außerachtlassung von Schuldengrenzen in den USA funktioniert. Ich befürchte, dort ist das Desaster nur vertagt. Ich befürchte, es wird auch da kommen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ganz nebenbei: Wenn wir darüber reden, sollten wir bei alledem auch bedenken, was eigentlich die Selbstständigkeit einer politisch so aufgeladenen EZB mit der Demokratie macht. Wenn man genau hinschaut, dann ist die Zentralbank im Grunde genommen doch schon jetzt so etwas wie eine informelle Wirtschaftsregierung in Europa. Da entscheiden Experten der Bank, ob Staatsanleihen gekauft werden, und bestimmen so das Schicksal von Regierungen. Mitten in der Krise, wenn die Vergemeinschaftung von Schulden unumgänglich wird, geht der Weg - wir haben das gesehen - über die EZB, aber ohne Öffentlichkeit und ohne demokratische Kontrolle. Liebe Genossinnen und Genossen, das sollten wir im Sinn haben, bevor wir leichtfertige Empfehlungen geben: Demokratie, demokratische Kontrolle ist das jedenfalls nicht. Das muss uns bewusst sein.

(BEIFALL)

Aber ich finde, über all diese Argumente kann man streiten. Nicht streiten kann man jedoch über eine Haltung dieser Bundesregierung, die so tut, als sei sie eigentlich gegen eine Politik der Europäischen Zentralbank, aber insgeheim darauf hofft, dass sie doch fortgesetzt wird. Ich sage immer: In den hellen Tagstunden sagt Frau Merkel, dass sie das mit der EZB und ihrer Geldpolitik alles höchst problematisch findet. Aber in den dunklen Abendstunden betet sie, dass die EZB doch bitte weitermacht. Denn sonst müsste man in dieser Koalition Entscheidungen treffen, die sie zu treffen nicht in der Lage ist. Das ist die Wahrheit, liebe Genossinnen und Genossen.

Europa steht am Scheideweg. Aber an dieser Weggabelung stehen Menschen nicht zum ersten Mal. Es gab einmal eine Gruppe von Staaten, die nicht nur eine Krise, sondern einen blutigen Bürgerkrieg hinter sich hatte. Dieser wurde gewonnen, aber die Staaten waren hoffnungslos verschuldet, und jeder für sich stand vor dem Ruin. Es gab auch damals Stimmen, die sagten „Soll doch jeder sehen, wie er mit dem Schlamassel fertig wird“, während andere - Klügere, wie ich finde -, sagten: Das Problem muss unser gemeinsames Problem sein, und nur wenn wir es gemeinsam lösen, wird nach dem Krieg auch der Frieden zu gewinnen sein. Damals haben sich die Klügeren durchgesetzt, und es begann eine Erfolgsgeschichte, die bis heute nicht zu Ende ist. Die Staaten hießen Virginia, New Jersey, Vermont, North Carolina - dreizehn waren es insgesamt. Die Solidarität in der Not, das war der Anfang der Vereinigten Staaten von Amerika. Das zeigt uns, dass es doch immer zwei Wege aus der Krise gibt. Wir dürfen aber nicht den falschen nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Was lehrt uns diese Geschichte? Wir können sagen „Schotten runter, Portemonnaie geschlossen, seht zu, wie jeder für sich klarkommt!“, oder wir können unseren Weg gehen und sagen: Diese Krise muss ein Signal für einen Neuaufbruch sein.

Erlaubt mir - ich weiß, ihr traut es mir nicht zu - etwas Pathos: Den Bund, den unsere Mütter und Väter nach dem Grauen des Krieges geschlossen haben, den müssen wir jetzt in der Stunde der wirtschaftlichen Not, erneuern und befestigen. Genau das ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Das alte Europa reicht ohne Zweifel nicht mehr aus. Wir brauchen ein starkes Bündnis zur Erneuerung Europas, ein gegenseitiges Versprechen, wie wir diese Krise gemeinsam durchstehen - verbindlich, verlässlich. So kann neues Vertrauen entstehen. Dieses „Bündnis zur Erneuerung Europas“ muss ein Aufbruchssignal sein, dass spätestens jetzt alle den Ernst der Lage verstanden haben und dass jeder weiß: Keiner schafft das allein. Alle müssen über ihren Schatten springen.

Manches müssen wir sofort tun - das hat Helmut Schmidt heute völlig überzeugend dargelegt -, anderes wird Jahre dauern, bis aus der Baustelle ein neues Gebäude wird. Aber entscheidend ist, dass wir jetzt einen klaren Willen und einen Bauplan haben.

Sieben mutige Schritte, sieben europäische Übereinkünfte und Verpflichtungen, bilden aus meiner Sicht das erneuerte Bündnis, den europäischen Bund, den wir jetzt brauchen.

Wir brauchen ein gemeinsames klares Bekenntnis zur europäischen Solidarität. Klar muss auch das Prinzip bleiben: Wem geholfen wird, der kommt an eigener Anstrengung nicht vorbei. Aber entscheidend ist, dass wir sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir europäischen Völker lassen uns von den Märkten nicht auseinandertreiben. Einer für alle, alle für einen.

(BEIFALL)

Aber wir dürfen eben auch nicht in Überschriften stecken bleiben. Deshalb muss ich euch um Nachsicht bitten, wenn ich etwas ins Konkrete muss. Das ist gleichzeitig die Begründung für den Initiativantrag, den ihr mittlerweile auch auf dem Tisch haben müsst.

Als erster von diesen Schritten, liebe Genossinnen und Genossen, müssen die Staats- und Regierungschefs erklären, dass sie der Spekulation mit allen Mitteln entgegenzutreten werden, dass sie bereit sind, den vorläufigen Rettungsschirm effektiv zu nutzen, notfalls aufzustocken, und dass sie dann den permanenten Stabilitätsmechanismus, ESM genannt, zeitlich so weit wie möglich nach vorne ziehen. Dieser ESM muss der Nukleus eines Europäischen Währungsfonds werden; den brauchen wir nämlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir brauchen zweitens ein umfassendes europäisches Aufbauprogramm - auch darauf hat Helmut Schmidt hingewiesen -, weil wir schon jetzt den Kampf gegen die drohende Rezession aufnehmen müssen. Wenn Europa jetzt nicht handelt, dann wird das die gesamte Weltwirtschaft in den Abwärtsstrudel ziehen. Und das heißt: Investitionen in die Realwirtschaft müssen Vorrang haben. Wir brauchen eine neue europäische Industriepolitik. Und wir sagen auch ganz klar: Der Weg der reinen Finanzökonomie der zurückliegenden Jahre, der Weg der Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft - das war ein Fehler. Europa muss sich auf seine Stärken besinnen, auf ein nachhaltiges Wachstumsmodell, eines, das Ressourcen schont, Innovationen schafft und hochwertige Arbeitsplätze erhält, die wir in dieser Region brauchen.

Und wir brauchen drittens eine große gemeinsame Anstrengung zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Wenn in Spanien 40 Prozent, wenn in Süditalien die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos sind, dann ist das nichts anderes als eine Schande für Europa. Das zerreißt Gesellschaften, es zerstört jedes eigene Leben aus eigener Kraft.

(BEIFALL)

Wenn wir aber beides hinkriegen wollen, dann gibt es das nicht „for free“, sondern dann brauchen wir dazu auch finanzielle Ressourcen. Woher sollen die denn kommen? Sollen wir wieder mit dem Hut durch die Hauptstädte gehen? Ich sage euch, das wird nicht funktionieren. Deshalb brauchen wir - daran

geht kein Weg vorbei - endlich die Besteuerung der Finanzmärkte.

(BEIFALL)

Eigentlich sind wir schon weit gekommen. Wir haben immerhin Schäuble, Merkel, die EU-Kommission auf diesen Weg gezwungen. Mittlerweile können sie „Finanzmarkttransaktionssteuer“ auch schon fehlerfrei aussprechen. Aber sprechen reicht eben nicht. Wir wollen Taten sehen statt Worte, und zwar bald.

(BEIFALL)

Vierter Baustein: Wir müssen Regeln zur Finanzpolitik verbindlich festlegen. Das ist der erste notwendige Schritt, um die Konstruktionsfehler der alten Währungsunion zu beheben. Das heißt: verbindliche Verschuldungsobergrenzen, Sanktionen das muss sein, vertraglich abgesichert, nie ohne parlamentarische Kontrolle fügen wir hinzu – und wo nötig auch mit Übertragung von Hoheitsrechten.

Aber das wird nicht reichen. Auch gemeinsame europäische Anleihen, von denen ich sicher bin, dass sie kommen werden, sind nur ein Instrument, aber keine Lösung. Eine echte, Genossinnen und Genossen, Finanz-, Währungs- und Wirtschaftsunion, die wir brauchen, geht weit darüber hinaus. Die umfasst auch den Kampf gegen Steuerdumping, für gemeinsame Bemessungsgrundlagen, etwa bei Unternehmenssteuern, und auch für eine Regulierung der Finanzmärkte, die diesen Namen wirklich verdient. Die brauchen wir, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ist euch eigentlich mal aufgefallen, dass wir alle mittlerweile auch wir selbst – nur noch von der europäischen Verschuldungskrise reden, aber nicht mehr davon, dass diese Krise ihren Ausgang in der Finanzmarktkrise genommen hat? - Schwarz-Gelb will davon nichts wissen. Ich habe Peer Steinbrück gebeten, bis zum nächsten Jahr gemeinsam mit den Kollegen in meiner Fraktion einen Katalog zu erarbeiten, wie wir wieder Ordnung in die Finanzmärkte zurückbringen. Wenn wir uns der Sache nicht annehmen, liebe Genossinnen und Genossen, dann tut es keiner! Deshalb ist das unsere Pflicht.

(BEIFALL)

Jetzt zum Herzstück, das wir aus meiner Sicht dringend brauchen; denn sonst wird alles nicht funktionieren. Ich habe die Voraussetzungen genannt, um überhaupt den Kopf über Wasser zu halten. Aber ich sage euch: Wir haben von vornherein keine Chance, wenn wir nicht einen vernünftigen, intelligenten Umgang mit den Altschulden finden. Belassen wir es bei dem derzeitigen Stand, dann strangulieren sich die Staaten in den Notlagesituationen selbst. Das Fallbeispiel Griechenland gebe ich nur zu bedenken. Ihr seht genau, wohin das führt: Die haben Haushaltsdisziplin, die sparen inzwischen konsequent, aber der Schuldenstand erhöht sich laufend. Wenn aber die Schulden erdrosseln, liebe Genossinnen und Genossen, dann kann es doch daraus nur einen einzigen Schluss geben, dann werden wir doch nur erfolgreich sein, wenn die Schulden runterkommen. Und wie kommen sie runter? Vielleicht durch Schuldenschnitt. Aber auch da haben wir inzwischen unsere Erfahrungen gemacht. Das kann man nicht häufig genug wiederholen; die Folgen sind bekannt.

Ich habe mich bei der Vorbereitung unseres Antrags und auf meine heutige Rede gefragt: Warum nutzen

wir eigentlich nicht etwas von unseren eigenen Erfahrungen? Vielleicht ist ja die Lage nicht in jeder Hinsicht vergleichbar, aber wir hatten ganz ähnliche Problemlagen bei der Wiedervereinigung. Wir haben damals einen Erblastentilgungsfonds eingerichtet, um mit mancher finanzieller Last der Vergangenheit umzugehen. Das ist ein Anknüpfungspunkt. Ich habe gesehen, die Wirtschaftsweisen haben für die europäischen Altschulden im Prinzip einen ähnlichen und, wie ich finde, sehr klugen Vorschlag gemacht haben. Sie nennen das europäischen Schuldentilgungsfonds.

Ich bin fest davon überzeugt: Alles wird nicht funktionieren, wenn wir nicht den Mut und die Kraft haben, uns einem solchen Instrument zu öffnen. Nur das wird den Stillstand oder gar den Rückschritt in der Europäischen Währungsunion auflösen.

(BEIFALL)

Dieser Vorschlag der Wirtschaftsweisen ist so etwas wie die bewusste Abkehr von der bisherigen Praxis, Schulden nur durch immer höhere Schulden abzusichern. Und die Idee besteht eben darin, aufgelaufene Schulden der Euroländer aus der Vergangenheit, soweit sie oberhalb von 60 Prozent des BIP liegen, in einen gemeinsamen Tilgungsfonds mit gemeinschaftlicher Haftung hineinzulegen. Dann wird für jedes Land ein Konsolidierungspfad festgelegt. Und dann wird für jedes Land festgelegt, wie diese Schulden innerhalb von 20 bis 25 Jahren zurückgezahlt werden. Der Pfiff ist eben – und deshalb empfehle ich, dass dieses Modell ein sozialdemokratisches Modell wird: Durch die gemeinschaftliche Haftung in der Tilgungsphase entsteht den hoch verschuldeten Ländern ein Zinsvorteil, mit dem sie gleichzeitig einen Teil der Altschuld tilgen können. Deshalb ist das ein guter Vorschlag. Deshalb empfehle ich euch, dieser Resolution zuzustimmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das war das Herzstück.

Jetzt komme ich zur Ziffer 6 und sage: Wir brauchen auch die Möglichkeit, dass in Zukunft in Europa eine Kerngruppe bei der gemeinsamen Harmonisierung der Steuer- und Fiskalpolitik vorangeht. Der Kern das ist wichtig zu wissen – schließt niemanden aus, aber wir brauchen so etwas wie ein Gravitationszentrum in Europa. Das hören nicht alle gerne, ich weiß das. Aber ich sage mit aller Klarheit: Europa wird scheitern, wenn wir zulassen, dass der Langsamste das Tempo bestimmt. Das geht eben nicht! Wir wollen alle mitnehmen, aber wir brauchen einen Gravitationspunkt.

(BEIFALL)

Natürlich gehören auch Staaten wie Polen dazu. Ich kann mir sogar vorstellen, dass das Weimarer Dreieck – Deutschland, Frankreich, Polen da vorangeht.

Wir brauchen 7. – das ist der letzte Punkt, den ich erwähnen will aus meiner Sicht, Genossinnen und Genossen, so etwas wie eine Bekräftigung der Subsidiarität in Europa. Warum sage ich das? Weil ich erlebe – und ihr erlebt es auch in den Ortsvereinen, auf den Straßen, was viele Menschen gegen Europa aufbringt – manchmal auch unsere eigenen Leute, nämlich dass Steuerdumping auf der einen Seite ungestraft bleibt, dass Regulierung der Finanzmärkte nicht vorankommt, aber dass auf der anderen Seite bei Kleinigkeiten manchmal eine Regelungswut herrscht, die kafkaeske Züge hat. Mir geht es gar nicht um den Krümmungsgrad der Gurke, mir geht es auch nicht um das Schulfrühstück, um das sich die Europäische Union neuerdings auch kümmern will, sondern es geht um Dinge wie unsere kommunale

Daseinsvorsorge, es geht um Sparkassen, es geht um Personennahverkehr.

(BEIFALL)

Was wir vor Ort besser beurteilen können, machen wir selbst. Auch darin liegt ein Stück Rückeroberung politischer Handlungsfähigkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich komme zum Schluss und sage: Wir hören oft, Politik sei die Getriebene der Märkte. Als ich den Satz aufschrieb, dachte ich mir: Ist das nicht eigentlich inzwischen sogar viel dramatischer? – Die Märkte treiben doch in Wahrheit die Politik nicht mehr nur vor sich her. Sie verachten sie, weil die Politik ihnen entweder zu emotional oder zu langsam oder zu schmutzig oder zu kompliziert ist. Weniger Demokratie ist besser für die Märkte – das ist ein Satz, den hört man inzwischen nicht nur in den Vorstandsetagen von Hedgefonds. Da werden neuerdings die kürzeren Entscheidungswege und Umsetzungszeiten in China präsentiert. Auch ein solches Gerede wird doch aber auch in der Politik immer salonfähiger. Die Welt titelte vor Kurzem: „Kann Demokratie mit Geld umgehen?“ – Ich war noch dankbar, dass wenigstens ein Fragezeichen hinter der Überschrift stand.

Ich sage euch: Ich bin nicht hysterisch. Aber Antiparlamentarismus, Verachtung der Demokratie hat nicht nur in Deutschland eine ganz unselige Vergangenheit. Deshalb lasst uns den Anfängen wehren und sensibel bleiben.

(BEIFALL)

Was ist das eigentlich für ein Europa, in dem Merkel und Sarkozy Papandreou wie einen Schuljungen nach Cannes zitieren, abfertigen, demütigen, nur weil er es gewagt hat – das muss uns in Erinnerung bleiben, sein Volk befragen zu wollen?

(BEIFALL)

Liebe Freunde, ich sage euch: Georgios Papandreou hat in den letzten Monaten mehr Mut bewiesen als die meisten anderen Regierungschefs in ihrer Regierungszeit. Der hat seine Karriere geopfert.

(BEIFALL)

Ich frage: Was ist das für ein Europa, in dem es einen Frankfurter Kreis gibt, einen von niemandem kontrolliertes Direktorium, das im Schatten irgendwo der Banktürme in Frankfurt entstanden ist, das im Rest Europas wichtige Entscheidungen diktiert? Der französische Staatspräsident darf dabei sein, Juncker allenfalls am Katzentisch. Ansonsten sind Kanzlerin und Kapital nur noch unter sich.

Was ist das eigentlich für Europa, in dem eine Technokratenregierung plötzlich als Gipfel der Staatskunst bejubelt wird? Was heißt das eigentlich, wenn der italienische Industrieverband den Regierungswechsel im eigenen Land erleichtert begrüßt? Warum? Weil er ohne Wahl zustande gekommen ist. Ich sage euch, ich bin genauso heilfroh wie die Italiener, dass Berlusconi endlich Geschichte ist.

(BEIFALL)

Aber der Schluss daraus kann doch nicht sein, dass überall in Europa, wo es jetzt ein bisschen schwierig wird, alle Regierungen ehemalige Banker von Goldman Sachs übernehmen, die den Mist auch noch mit eingebrockt haben. Das kann doch nicht der Fall sein!

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute sagen, wir brauchen mehr Europa, dann müssen wir auch sagen: Unser Europa braucht mehr Demokratie. Unser Europa ist kein Europa der Geheimabsprachen und Notverordnungen. Wir wollen nicht zurück ins 19. Jahrhundert – da kommen wir her –, sondern wir wollen am Europa für das 21. Jahrhundert bauen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das hier ist die Zeit für ein klares Bekenntnis. In diesen Wochen entscheidet sich, welchen Weg Europa geht, entweder zurück zu Klein- und zu Großstaaterei oder nach vorn zu einer wirklich friedlichen Ordnung von Kooperation und Solidarität. Entweder ein besseres Europa – das steht zur Alternative – oder das Ende Europas, wie wir es kennen.

Auch in diesen Tagen geht es für uns als Opposition um mehr. Es geht um mehr als Merkel und Schwarz-Gelb. Es geht um mehr als machttaktische Winkelzüge. Es geht nicht um mehr, aber auch nicht um weniger als die Wiedergewinnung von Politik als Ort, wo Regeln gesetzt werden. Das müssen wir zurückerobern. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

(BEIFALL)

Das ist eine große Aufgabe. Die ist so groß, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir sie einfach anderen nicht überlassen können. Wir haben keine Angst vor dieser Aufgabe, obwohl die Zeiten schwierig sind. Sie sind schwierig. Aber diese SPD hat in ihren 150 Jahren immer gestanden, wenn es darauf ankam. Wir haben Verantwortung gerade dann übernommen, wenn sich andere vom Acker gemacht haben. Ich darf doch wohl noch einmal daran erinnern: Es war eine sozialdemokratische Regierung, die dieses Land erst vor wenigen Jahren auf neuen Kurs gebracht hat, die die Hausaufgaben gemacht hat, die die anderen Europäer jetzt vor sich haben. Es waren wir, die gesät und gepflanzt haben, was andere in diesen Tagen abernten. Wenn einer nichts dafür getan hat, dass es uns besser geht als der europäischen Nachbarschaft, dann diese Koalition, dann diese Regierungsparteien von CDU, CSU und FDP, liebe Genossinnen und Genossen. Die nicht.

(BEIFALL)

Ich bin stolz auf meine SPD. Ich bin stolz darauf, dass wir zwei Jahre nach 2009 wieder da stehen, wo wir sind: Selbstbewusst und nach vorn gerichtet. Wir richten uns nicht ein auf Opposition. Wir betreiben nicht Wolkenschieberei. Wir bereiten uns vor auf Verantwortung, denn wir leben in einer Zeit der Entscheidungen, und wir wollen diese Zeit gestalten, nicht aus der Opposition, sondern aus der Regierung. Aber dafür muss ein Sozialdemokrat ins Kanzleramt. Daran wollen wir die nächsten zwei Jahre arbeiten, und das gemeinsam.

Herzlichen Dank.

(ANHALTENDER BEIFALL -
DIE GENOSSINNEN UND GENOSSEN ERHEBEN SICH VON DEN PLÄTZEN)

BERATUNG LEITANTRAG UND EUROPAPOLITISCHE ANTRÄGE

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Frank-Walter, ganz herzlichen Dank für diese Einbringung und Eröffnung der europapolitischen Debatte. Du bist stolz auf deine SPD. Wir sind stolz und glücklich darüber, dass Europa in der SPD immer in den Händen unserer Allerbesten war und dass das auch in Zukunft so bleiben wird.

Liebe Delegierte, wir eröffnen die europapolitische Debatte. Wir haben zu dieser Debatte 18 Wortmeldungen. Wir haben uns darauf verständigt - das habt ihr eben mit der Geschäftsordnung so genehmigt -, dass wir jeweils fünf Minuten Redezeit haben. Ich bitte ausdrücklich um Verständnis, dass völlig unabhängig von Rang und Namen der Torsten darauf achten wird, dass die fünf Minuten streng eingehalten werden, damit wir tatsächlich allen die Chance geben, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Als Erstes hat Jo Leinen das Wort. Ihm folgt Eva Högl.

Josef Leinen, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Das war schon die zweite großartige Euro-Parade, die wir heute gehört haben. Nach Helmut Schmidt auch Frank-Walter Steinmeier. Herzlichen Dank für deine wirklich klare Botschaft an alle Freundinnen und Freunde in Europa, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland denken.

Europa schaut in dieser Krise auf Deutschland. Ich kann euch sagen, dass auch viele Freundinnen und Freunde auf diesen SPD-Parteitag schauen. Ich sehe, dass etliche Abgeordnete aus vielen Ländern nach Berlin gekommen sind. Ich darf stellvertretend für alle begrüßen an der Spitze Zita Gurmai, die Präsidentin unserer sozialdemokratischen Frauen in Europa.

(BEIFALL)

Sie kommen alle, um zu sehen, was wir beschließen.

Wir haben 23 Genossinnen und Genossen, die für Demokratie und Gerechtigkeit in Straßburg und Brüssel arbeiten. Genossinnen und Genossen, wir waren schon einmal 40. Wir müssen auch wieder mehr werden, denn Europa braucht ganz dringend mehr Sozialdemokraten.

(BEIFALL)

Obwohl wir weder im Parlament noch in der Kommission noch im Rat die Mehrheit haben, haben wir doch erstaunlich viel sozialdemokratische Politik durchsetzen können. Viele von uns sind an leitender Stelle im Parlament tätig, allen voran Martin Schulz. Wenn er im Januar zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt wird, bin ich sicher, dass sowohl der Stellenwert dieser Bürgerkammer in Europa - ganz im Sinne von Helmut Schmidt -, aber auch die sozialdemokratische Politik deutlich profiliert wird. Dafür wünschen wir Martin Schulz alles Gute für die nächsten zweieinhalb Jahre bis zu den Europawahlen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Land ist das größte und stärkste in der Europäischen Union und hat diese besondere Verantwortung, von der wir heute mehrfach gesprochen haben. In der Tat: Was hat die schwarz-gelbe Bundesregierung daraus gemacht? Durch Negieren, durch Taktieren hat sie in den vergangenen 18 Monaten die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert. Statt Sicherheit ist Unsicherheit eingetreten. Statt Vertrauen ist Misstrauen eingetreten. Statt Zusammenhalt haben wir eine neue Zersplitterung und Zerrissenheit. So haben sich Sozialdemokraten das vereinte Europa nicht vorgestellt. Deshalb ist es höchste Zeit, dass diese verkehrte Politik beendet und geändert wird, und zwar durch uns.

Wir haben seit langem eine klare Vorstellung, was das vereinte Europa sein soll. Wir wollen die Völker und die Staaten nicht nur durch einen großen Markt zusammenbringen, sondern durch die Werte und Interessen in einer politischen Union.

Seit langem ist es unsere Vision, die Vereinigten Staaten von Europa zu bilden und zu organisieren. Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Ziel lassen wir uns nicht wegnehmen und nicht zerreden, weder von den Schwarzen noch den Grünen. Daran halten wir Sozialdemokraten fest.

(BEIFALL)

Die nächste Etappe soll nach den Vorstellungen von Angela Merkel eine Fiskalunion sein. Es ist richtig, wir brauchen mehr Stabilität bei den Finanzen, wir brauchen auch Reformen. Aber ich sage, die Fiskalunion ist nur die halbe Wahrheit. Wir sagen als Sozialdemokraten, neben der Fiskalunion brauchen wir auch eine Sozialunion, und zwar in dem Sinn, dass wir Arbeitsplätze insbesondere für junge Leute schaffen und neues Wirtschaftswachstum generieren, wie es in unserem Leit Antrag steht.

Parallel zu diesem Parteitag findet in Südafrika die Weltklimakonferenz statt. Wir wissen, dass das eine Megaherausforderung im 21. Jahrhundert ist. Wir senden jedes Jahr einen Scheck von 350 Milliarden in den Mittleren Osten und nach Russland für den Kauf von Öl und Gas. Ich frage mich: Warum investieren wir nicht jedes Jahr 350 Milliarden, um Energie einzusparen und heimische Energien auszubauen?

(BEIFALL)

Das wäre doch ein Wirtschaftsprogramm, und zwar in allen Ländern, im Süden, im Norden, im Osten. Das wäre ein Programm für den Aufschwung in Europa. In unserem Antrag heißt es: „ein europäische Aufbauprogramm“. Das hört sich so an, als wenn der Zweite Weltkrieg gerade vorbei wäre. Ich würde es eher ein „europäisches Zukunftsprogramm“ nennen. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, dieses 21. Jahrhundert wird von der Vorstellung einer rohstoffarmen und energieeffizienten Wirtschaft geprägt sein. Ich sage einmal, wenn die Erzählung über Europa im 20. Jahrhundert war, Frieden zwischen den Menschen zu schaffen, dann kann die neue Erzählung über Europa ein Modell einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik mit dem Frieden zwischen den Menschen und der Natur sein. Dafür arbeiten wir Sozialdemokraten in Deutschland und in der EU.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jo. Jetzt folgt Eva Högl. Ihr folgt Axel Schäfer aus Nordrhein-Westfalen.

Eva Högl, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Es gibt auch einfachere Auftritte auf diesem Bundesparteitag, als nach diesen zwei großartigen europapolitischen Reden zu sprechen. Aber ich will es versuchen. Ich möchte das aufgreifen, was Frank-Walter Steinmeier zum Schluss seiner Rede gesagt hat, nämlich wir alle hier miteinander können auf unsere Haltung zur Europapolitik sehr stolz sein. Das zeichnet uns aus, das markiert einen deutlichen Unterschied zu anderen Parteien. Wir stehen für gemeinsame Politik und gemeinsame Wege aus der Krise.

Es ist schon gesagt worden, aber ich will es betonen: CDU und CSU sind weit entfernt davon, Europa-partei zu sein. Die Debatte in der Krise ist gekennzeichnet von gefährlichem Taktieren und von Unwahrheiten. Das hat unserem Ansehen, dem Ansehen Deutschlands in Europa schwer geschadet. Die FDP liebäugelt permanent mit einem europafeindlichen und rechtspopulistischem Kurs. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben hier im Berliner Wahlkampf sehr deutlich erlebt, wie das aussieht. Ich kann sagen, zum Glück und hoffentlich dauerhaft hat das in die Bedeutungslosigkeit geführt.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, als Europapolitikerin bin ich sehr froh, dass wir Europapolitiker und Europapolitikerinnen hier heute nicht stehen müssen und euch alle und die Partei von diesem pro-europäischen Kurs überzeugen müssen. Aber ich weiß auch, dass dieser Kurs uns allen miteinander viel abverlangt und dass es nicht selbstverständlich ist, sondern erarbeitet ist. In der Bundestagsfraktion haben wir schwierige Debatten gehabt. Ich will ganz offen sagen, in der Opposition wäre es um vieles leichter, wenn wir uns hinstellen würden und zu all den Vorschlägen von Angela Merkel und ihrer Truppe einfach Nein sagen würden. Das wäre an vielen Stellen einfacher als der Kurs, den wir gewählt haben.

Ich weiß auch, dass wir alle miteinander vor Ort jeden Tag bei den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern es nicht einfach haben, unsere Position, die komplizierten Details der Rettungsschirme, die Zinsentwicklung und die Aufkäufe von Staatsanleihen zu erklären und dazu Stellung zu beziehen. Aber mir ist ganz wichtig - das müssen wir uns heute ganz deutlich machen -: Wir machen unsere Position zu Europa nicht von Wahltaktik und Stammtischgesprächen abhängig. Es ist ganz wichtig, dass wir diesen Kurs beibehalten.

(BEIFALL)

Ich möchte zwei Punkte aufgreifen, die uns alle miteinander besorgen und die schon erwähnt worden sind. Wir haben es nicht nur mit einer Krise Europas zu tun, sondern sehr entscheidend finde ich, es handelt sich um eine Krise der Legitimation von Politik. Wir im Bundestag haben nicht die Auffassung, dass wir an allen Stellen wirklich etwas entscheiden können. Ich denke, den Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament geht es ähnlich. Deswegen muss der Kurs von uns allen sein, dass wir wieder Handlungsfähigkeit bekommen, dass wir in der Politik diejenigen sind, die entscheiden, und dass es vor allen Dingen nicht allein die Regierungen sind, die entscheiden, und schon gar nicht Merkel und Sarkozy, die diesen Kurs in Europa bestimmen.

Wir ringen um Bundestag jeden Tag - so wird es im Europaparlament auch sein - um Informations- und Beteiligungsrechte. Aber ich und wir alle gemeinsam wollen wieder die Parlamente stärken. Wir wollen, dass die Parlamente die Orte sind, in denen unsere Politik entschieden wird.

Da komme ich an einen heiklen Punkt. Darüber sollten wir nicht auf Sonntagsreden oder Veranstaltungen wie heute locker hinweggehen. Denn wir werden Souveränität übertragen müssen, und zwar von den nationalen Parlamenten auf die europäische Ebene. Das ist ein wirklich heikler Punkt, weil es da um das Eingemachte geht. Ich bin ganz klar dafür, dass wir uns entscheiden, diese Souveränität zu übertragen, aber nicht auf eine Wirtschaftsregierung, sondern auf das Europäische Parlament.

(BEIFALL)

Das müssen unsere zentralen Botschaften sein. Das muss unser Kurs in der Europapolitik sein, liebe Genossinnen und Genossen. Die SPD ist die einzige Volkspartei, die genau das kann. Und das muss die Botschaft unseres Parteitags sein, auch wenn es nicht einfacher wird.

Herzlichen Dank, dass Ihr mir zugehört habt!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Axel Schäfer. Ihm folgt Jutta Steinruck aus Rheinland-Pfalz.

Axel Schäfer, Parteirat: Genossinnen und Genossen! Frank-Walter Steinmeier hat recht: Wir wollen Wahlen gewinnen mit einem sozialdemokratischen Kanzler in Deutschland, für Europa. Deshalb diskutieren und beschließen wir heute. Wir fangen heute miteinander an. Wir fangen an, indem wir sagen: Das Gesicht, was in Deutschland zurzeit Europa vertritt, ist Frau Merkel, und wir wollen aus Deutschland ein anderes Gesicht für dieses gemeinsame Europa.

(BEIFALL)

Weil wir heute anfangen, können wir selbstbewusst sagen: Dieses Gesicht für Europa finden wir hier in diesem Saal, wir finden es in unserer aller Gesichter als überzeugte Europäerinnen und Europäer, die wissen, dass die deutsche Sozialdemokratie als ihr wichtigstes nationales Interesse die europäische Einigung zu vertreten hat.

Genossinnen und Genossen, das ist nicht nur ein Appell. Wir sollten auch bewusst stolz darauf sein, auf die europäischen Gesichter, die wir in den letzten Jahrzehnten in die Parlamente geschickt haben, nämlich Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund, sei es Jannis Sakellariou aus Griechenland, sei es zuerst Wilmya Zimmermann aus den Niederlanden, sei es Evelyne Gebhardt aus Frankreich, sei es Lale Akgün aus der Türkei oder jetzt Josip Juratovic aus Kroatien. Das ist die europäische Sozialdemokratie, die uns in Deutschland auch ein Gesicht gibt.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute zu Recht diskutiert, dass wir das Gegenbild zu einem Europa von Rechts sind. Dann reden wir einmal nicht allgemein über Europa oder über einzelne Länder, dann reden wir einmal konkret. Wir können mit den Namen Rasmussen, Balkenende, Schüssel, Berlusconi und Orbán fünf Regierungschefs verbinden, die in ihren Ländern, in Dänemark, in den Niederlanden, in Österreich, in Italien und in Ungarn die Entgrenzung der Demokratie nach rechts vorgenommen oder auch die Konservativen zu Rechtspopulisten geöffnet haben. Das macht den Unterschied! Wir müssen das auch in der politischen Diskussion aufnehmen.

Das sind nicht irgendwelche Politiker aus anderen Ländern - das sind Europäer, die zur christdemokratischen Parteifamilie gehören. Das sind die Brüder und Schwestern von Frau Merkel, die diesem Europa auch ein nach rechts entgrenztes Gesicht geben.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, das sozialdemokratische Gesicht für Europa müssen wir gemeinsam wollen. Die nächste Direktwahl zum Europäischen Parlament braucht einen europäischen Spitzenkandidaten. Wir dürfen es nie mehr zulassen, egal von welcher Couleur, dass Staats- und Regierungschefs vor der Europawahl festlegen, wer Kommissionspräsident wird, und die Wählerinnen und Wähler keine Chance mehr zur Entscheidung über die europäische Regierung haben. Das werden wir uns in die Hand versprechen, dass wir das für 2014 ändern.

(BEIFALL)

Wir werden auch mit diesem Parteitag jemandem einen Auftrag geben, ab 2012 schon ein europäisches Gesicht zu repräsentieren. Bei allem Respekt: Es gibt viele Parlamentspräsidenten auf nationaler Ebene, aber es gibt nur einen Präsidenten des Europäischen Parlaments, und der wird auch im Konzert der Staats- und Regierungschefs eine wichtige Rolle spielen. Deshalb, Genossinnen und Genossen, muss es ein Signal von diesem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Europa sein: Es ist richtig und wichtig, dass wir mit Martin Schulz Europa auch ein sozialdemokratisches Gesicht geben! - In diesem Sinne ein herzliches Glückauf!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Jutta Steinruck. Nach ihr folgt Gernot Grumbach.

Jutta Steinruck, Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament: Liebe Genossinnen und Genossen! Der vorliegende Antrag ist richtig, wichtig und auch gut. Denn er ist ein klares Bekenntnis zu Europa, zum europäischen Binnenmarkt und zum Euro. Das ist auch die Basis dessen, was wir hier in Deutschland an Wohlstand haben, und die Basis unserer Arbeitsplätze. Aber die neoliberalen Mehrheiten in Europa, die die Krise verursacht haben, nutzen diese Krise jetzt, um soziale Standards abzubauen und auch die Mitbestimmung anzugreifen.

Als Mitglied des Beschäftigungsausschusses im Europaparlament erlebe ich tagtäglich, wie Konservative und Liberale, getrieben von der Wirtschaft, das, was wir von einem sozialen Europa verstehen, angreifen und beschneiden wollen. Das sind Angriffe auf Löhne, Arbeitsschutz, Arbeitszeit, Mitbestimmung. Es wird auch ein Angriff auf die Rente kommen. Und die Bundesregierung macht hier in Deutschland fleißig mit!

Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn. Wir sind in vielen Branchen schon Sozialdumping-Europameister!

(BEIFALL)

In vielen Branchen unterbieten wir die Löhne unserer Nachbarländer und vernichten dort Arbeitsplätze. Es muss in ganz Europa gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und gleiche Arbeitsbedingungen für

gleiche Arbeit am gleichen Ort! Und das muss ordentlich bezahlte Arbeit sein! Dazu brauchen wir klare Regeln ohne Ausnahmen und Schlupflöcher.

Ja, wir wollen und wir brauchen Zuwanderung und Freizügigkeit am europäischen Arbeitsmarkt, um unseren Wohlstand zu sichern - aber ohne dass es einen Unterbietungswettbewerb gibt, dem mit vielen europäischen Gesetzgebungen Tür und Tor geöffnet wird.

Ich will nicht zu lange ausschweifen, aber ich will mir zum Schluss einen Satz von Willy Brandt ausleihen und etwas ändern: Das soziale Europa kommt nicht von selbst. Deswegen hat die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Europäerinnen und Europäer für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europaparlament allerhöchste Priorität. Das geht nur mit einer starken Sozialdemokratie in Europa und in Deutschland. Wir im Europaparlament werben dafür und arbeiten tatkräftig daran. Wir bitten auch um eure Unterstützung. Ich bin mir sicher, dass ihr uns unterstützt. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jutta. - Das Wort hat jetzt Gernot Grumbach. Ihm folgt Evelyne Gebhardt.

Gernot Grumbach, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Die öffentliche Debatte um das Thema Europa erschöpft sich viel zu sehr in Instrumente. Eigentlich geht es im Kern aber um schlichte Grundsätze. Einer der zentralen Grundsätze, um den es gerade geht, ist: Wer hat eigentlich das Sagen in der Krise in Europa? Haben große Fonds und Bankkonzerne das Sagen, oder haben demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker das Sagen? - Unsere Aufgabe ist es, das Gleichgewicht wieder so herzustellen, dass demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker auch das Sagen haben, wenn es um Entscheidungen zur Bewältigung europäischer Wirtschaftskrisen geht.

(BEIFALL)

Dazu gehört ganz schlicht die Frage: Wer entwaffnet eigentlich diejenigen, die das angerichtet haben? - Entwaffnen heißt für mich VVV: Verboten, Versteuern und Verbörsen. Verboten heißt, dass die Geschäfte, die offensichtlich überhaupt keinen realpolitischen Wert haben Teile von Leerverkäufen und anderes mehr, schlicht untersagt werden, und zwar in ganz Europa und nicht nur in Teilen davon. Verbörsen heißt, dass alle Finanz- und Wertpapiertransaktionen nicht irgendwie grau über den Bankschalter laufen, sondern dass sie über die Börse laufen müssen. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir im Lauf des Parteitags auch ein Wort dazu verlieren, dass die Deutsche Börse nicht fusioniert wird, sondern dass die Deutsche Börse mit ihrer Aufsichtsstruktur über die Wertpapiere hier unter europäischer Kontrolle bleibt und dort auch Instrumente gefunden werden, die das durchsetzen.

(BEIFALL)

Der dritte Punkt ist: Wer entmachtet eigentlich die selbsternannten Schiedsrichter, die sogenannten Ratingagenturen, die heute über Staaten den Daumen heben oder senken, deren Eigentümer aber die Menschen sind, die mit den Krediten dieser Staate Geschäfte machen? - Wenn wir in Europa ein Rating haben wollen, das ernsthaft wird, dann muss es von einer europäischen und demokratisch legitimierten

Ratingagentur und nicht von Privatfirmen erfolgen. Denn Privatfirmen haben immer ihre eigenen Interessen, die Interessen ihrer Besitzer im Kopf. Ich glaube, an dieser Stelle hat die Sozialdemokratie auch eine ganz wichtige Aufgabe.

(BEIFALL)

Der vierte Punkt ist die spannende Frage: Welche Antworten gibt es eigentlich auf Krisensituationen in Ländern? - Hier ist schon oft genug auf Griechenland hingewiesen worden. Ich halte es für ziemlich unerträglich, dass man in einer Debatte, in der es um Währungs- und Schuldenstabilität geht, Rezepte für ein Land vorschlägt, das im Prinzip einen Großteil der Bevölkerung aus der Beschäftigung drängt, das Investitionen in diesem Land faktisch beendet und damit den Abstieg eines Landes durch diese Methoden der Krisenbekämpfung erst zementiert. Das Gegenteil ist richtig: Wir brauchen Investitionen in Ländern wie Griechenland, und wir brauchen eine Politik, die dort einen Wiederaufbau von Arbeitsplätzen betreibt. Dass dazu eine gute Steuerverwaltung gehört, ist, glaube ich, selbstverständlich.

(BEIFALL)

Fünfter Punkt: Wer beendet eigentlich einen Teil der europäischen Märchenerzählungen, wenn darüber geredet wird, dass die große Staatsverschuldung in Europa insgesamt um 23 Prozent gestiegen sei? Habt ihr einmal zusammengerechnet, wie viel Prozent alle Schutzschirme zusammen ausmachen? - Es sind 22,4 Prozent. Die Gleichen, deren Arsch wir mit Steuergeldern gerettet haben, sagen jetzt: Die Staaten sind diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind. - Nein, die Spekulanten sind für die Krise verantwortlich und sollen mit der Transaktionssteuer auch dafür bezahlen.

(BEIFALL)

Wenn wir über Europa reden, dann, glaube ich, müssen wir noch einen selbstkritischen Satz sagen: Wir sind eine große sozialdemokratische Partei. Ich finde, die Rolle, die wir in Europa einnehmen, ist für unsere Größe immer noch zu klein. Es wäre gut, wenn die Sozialdemokratie nach diesem Parteitag auch in Europa wieder eine starke Rolle einnehmen würde. Denn die anderen warten auf uns und haben unsere Unterstützung weiß Gott verdient. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Evelyne Gebhardt. Ihr folgt Udo Bullmann. - Es wäre schön, wenn ihr den Rednerinnen und Rednern den Gefallen tötet, dass sich hier im Saal überwiegend diejenigen aufhalten, die der Debatte folgen wollen, und diejenigen, die vielleicht noch ein anderes wichtiges Gespräch haben, es vor der Tür führen. Es ist, glaube ich, für diejenigen, die hier reden, nicht angenehm, wenn sie das Gefühl haben, dass sie gegen eine Wand reden. Also achtet mit ein bisschen darauf und korrigiert euch auch ein bisschen selbst! Man kann ja auch mal jemand hinausschicken. Jetzt hat Evelyne das Wort.

Evelyne Gebhardt, Parteivorstand: Danke schön, Doris. - Ich darf erst einmal einen Dank an Axel Schäfer aussprechen, dass er mich neben anderen zum Gesicht Europas macht. Das finde ich natürlich sehr schön. Ich bin auch stolz auf meine Partei, dass es möglich ist, dass auch Menschen, die von außerhalb kommen, eine Chance bekommen, Abgeordnete zu werden und Verantwortung für unsere

Partei zu übernehmen. Das ist eine schöne Sache. Wir sind die echten Europäer, wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, und man kann wahrlich stolz darauf sein.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich werde nicht das wiederholen, was schon alles gesagt worden ist. Ich denke, was wir heute Morgen und vorhin gehört haben, ist richtig in der Analyse genauso wie in den Antworten, die gegeben worden sind.

Ich möchte aber vielleicht noch einen Punkt hervorheben, der für mich besonders wichtig ist: Wir müssen natürlich über die Wirtschaftskrise und über die Antworten auf die Finanzpolitik reden. Das ist völlig klar, das müssen wir. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass es in der Europäischen Union auch noch andere Bereiche der Politik gibt, denn wir sind ja eine Politische Union, und das ist das, was wir haben wollen: alles andere als nur eine Freihandelszone Europa.

Deswegen ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass die Politik in den anderen Bereichen – Sozialpolitik, Umweltpolitik, Verbraucherpolitik, die ja auch europäisch ist - auch wirklich in den Vordergrund gestellt wird. Mir ist es nämlich wichtig, damit auch zum Ausdruck zu bringen, dass wir Politik für die Menschen machen und dass wir die Menschen in den Mittelpunkt unserer Anliegen stellen. Mir ist es wichtig, klarzumachen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Deswegen: Wenn wir Politik gestalten und weiterentwickeln, müssen wir dafür sorgen, dass wir von den Bedürfnissen, den Anliegen der Bürger und Bürgerinnen ausgehen und auf deren Besorgnisse Antworten geben.

Wenn ich zum Beispiel höre, dass sich Menschen mit Behinderung darüber beklagen, dass ihr Behindertenausweis aus Deutschland zum Beispiel in Frankreich nicht gültig ist oder umgekehrt: Das sind die Anliegen, für die wir europäisch vorangehen müssen. Das sind die Anliegen, bei denen wir tatsächlich auch europäische Lösungen brauchen, damit das, was wir mir einem offenen Europa ohne Grenzen für die Bürger und Bürgerinnen geschaffen haben, wirklich auch als solches wahrgenommen werden kann. Dafür zu kämpfen, dafür einzutreten: Dafür sind wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen da, und das werden wir auch weiterführen.

Ich bedanke mich bei uns allen, dass wir dieses Europa fortschrittlich weiterführen wollen, ganz im Sinne der Bürger und Bürgerinnen. – Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, es gehen noch immer Wortmeldungen ein. Wir haben jetzt noch 16 an der Zahl. Da wir heute auch noch den wichtigen Block „Demokratie“, den wichtigen Block „Organisationspolitik“ und noch eine Reihe von anderen wichtigen Anträgen vor uns haben, würden wir euch gerne vorschlagen, dass wir an dieser Stelle jetzt die Redeliste schließen. Könnt ihr damit einverstanden sein, dann bitte ich um das Kartenzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? - Dann haben wir das so beschlossen. Dann ist die Redeliste jetzt geschlossen.

Als Nächstes hat jetzt Udo Bullman das Wort. Ihm folgt Helmi Behbehani.

Udo Bullmann, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen! Es gibt Wege aus der Krise. Es ist nicht nur so, dass wir ihm Morast versinken müssen. Ja, in der Tat, man könnte den Rettungsschirm, den Rettungsfonds so munitionieren, dass damit die Risiken auch getragen werden können, ihn effektiver machen, ihm den Zugang zur Zentralbank eröffnen oder ihn aufstocken. Aber dagegen ist Frau Merkel - da ist Frau Merkel vor -: Das dürfen wir nicht in Europa, und sie überredet jeden anderen, dass das nicht die Lösung ist.

Ja, in der Tat, wir könnten uns zu einer gemeinsamen Schuldenverwaltung durcharbeiten: Verwaltung der Altschulden, Frank-Walter hat es angesprochen, Einstieg in die Eurobonds. Frau Merkel ist aber dagegen und sagt, dass es das mit ihr und in dieser Koalition, die da jeden Tag, jede Woche, jeden Monat vor sich hinkrepiert, ohne dass sie noch Lösungen gebiert, auf jeden Fall nicht geben wird.

Ja, in der Tat: Wir müssten eine Wachstumsoffensive starten, wie das in dem Resolutionsentwurf auch geschrieben ist. Es kann ja nicht sein, dass wir über den Winter offenen Auges europaweit in die Rezession absinken, sogar in Deutschland Stagnation haben und am Ende des Tages nicht mehr wissen, wie sich die Arbeitsplatzentwicklung und die Wachstumsentwicklung weiter vollziehen. Nein, auch das scheitert an der Regierung Merkel.

Daneben könnten wir der Europäischen Zentralbank Mut machen, die Rolle zu übernehmen, die andernorts übernommen wird. England steht bei Weitem schlechter da als viele Staaten in der Euro-Zone, aber die Bank von England übernimmt diese Rolle. Die USA haben eine höhere Verschuldung, aber die Fed, die Amerikanische Zentralbank, übernimmt diese Rolle und ist schon in der Diskussion, ob sie sogar Europa helfen soll, zu retten. Frank-Walter hat kritische Anmerkungen dazu gemacht. Aber auch hier gibt es Denkverbote. Auch hier soll - wir haben das in der Sommerpause erlebt - der mutigen Europäischen Zentralbank von hinten in die Knochen getreten werden.

Ja, Frank-Walter, du hast recht, wir müssen über die Instrumente solide nachdenken, und es darf keine Schnellschüsse geben. Eines was aber nicht sein kann: Diese Regierung mit ihrer Verantwortung für die stärkste Volkswirtschaft und für die Europäische Union insgesamt kann sich nicht hinstellen und alle Türen des Ausweges verschließen, alle Alternativen blockieren,

(BEIFALL)

um zu sagen, dass nur das Kaputtsparen aller Volkswirtschaften die Antwort ist; denn das ist der Ruin der Europäischen Union.

In diesen Tagen könnt ihr in die US-amerikanischen Wirtschaftskommentare schauen, wenn ihr die schärfsten Kritiker der Regierung Merkel ausfindig machen wollt. Die haben ein Wort dafür. Die sagen dazu: Es ist der Sado-Fiskalismus der Regierung Merkel, die Europa zugrunde richtet und die am Ende des Tages, wenn wir nicht gegensteuern, der Totengräber dieses Euro und dieser Euro-Zone sein wird.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, lasst mich ein bisschen dazu sagen, mit welchen Änderungen wir im Europäischen Parlament mit der Unterstützung unserer sozialdemokratischen Freunde in Europa begonnen haben. Das ist, um mit Helmut Schmidt zu sprechen, viel zu wenig im Bewusstsein der Genossinnen und

Genossen und der deutschen Öffentlichkeit insgesamt.

Ja, wir haben einen historischen Sieg errungen am 8. März 2010. Das war nicht nur der Frauentag, nein, wir haben damals auch einen dramatischen Durchbruch in der Sache „Finanztransaktionsteuer“ erreicht - gegen den Widerstand der Konservativen. Sie sind zum Schluss umgefallen – jedenfalls ein größerer Teil davon.

Wir fordern eine Finanztransaktionsteuer in Europa, wenn es bei der G 20 nicht weitergeht. Die Mehrheit im Europäischen Parlament steht dafür, Genossinnen und Genossen. Wenn ihr diese Regierung in Berlin zum Jagen tragt, wenn ihr das anbringt, wenn wir die Mehrheit auf der Seite des Ministerrates im Europäischen Parlament gewinnen, dann haben wir die Mehrheit dafür. Martin Schulz weiß es und führt diese Truppe an. Wir werden das durchsetzen können, auch wenn es nur um die Euro-Zone geht. Die entsprechenden Mitgliedstaaten müssen aber in der Ko-Gesetzgebung mitarbeiten.

Wir haben seit dem 1. Januar dieses Jahres ein europäisches Aufsichtsregime, das Durchgriffsrechte bis hinein in die einzelnen Finanzinstitute hat. Das wissen viel zu wenige, aber es ist gegen die Finanzminister der Europäischen Union erstritten worden, weil sie sich geweigert haben, diese Kompetenzen auf Europa zu übertragen. Auch das ist ein Teil der Geschichte.

Wir haben seit einigen Wochen ein Verbot der Kreditausfallversicherungen erwirkt, wenn sie nicht durch den Ankauf von Staatsbonds gedeckt sind, weil wir die Spekulation unterbinden wollen. Fragt, wer sich bis zum Schluss gewehrt hat! Es waren die Finanzminister, der italienische voran, dem sein hinterer Rücken über den Sommer gegrillt worden ist. Auch er hat sich dagegen gewehrt, dass wir die Spekulation verbieten, aber jetzt haben wir es geschafft, und wir sind damit durch.

Genossinnen und Genossen, wir werden auch eine europäische Ratingagentur schaffen, aber dafür brauchen wir die Mehrheit im Rat. Die Mehrheit im Europäischen Parlament dafür konnten wir bereits organisieren, und ich hoffe sehr, dass wir beim nächsten Mal die stärkste Kraft sind. Dann wird es noch leichter sein, unsere Anliegen durchzusetzen. Ich weiß, wir haben die Unterstützung unserer Freunde in Berlin. Sorgt weiter dafür, dass diese Regierung Farbe bekennen muss, dann schaffen wir das gemeinsam.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Udo. – Jetzt Helmi Behbehani, dann folgt Jens Geier.

Helmi Behbehani, Hannover: Genossinnen und Genossen! Frank-Walter Steinmeier hat eben drauf hingewiesen, dass angedacht ist, einen Katalog zur Regulierung der Finanzmärkte zu erstellen, um hier mehr Einfluss zu haben und Regeln zu setzen – auch seitens der Sozialdemokratie.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Problem hinweisen, das wir in jedem Fall im Auge haben sollten, wenn es hier um die Auswirkungen der aktuellen Regulierungsvorhaben auf die Banken geht, die hier in Deutschland ein einzigartiges System haben und auf die wir auf jeden Fall Rücksicht nehmen müssen, wenn es um die Umsetzung der Regulierungsmaßnahmen geht.

Zu Basel III. Eines vorweg: In Europa werden davon mehrere Tausend Banken betroffen sein, in den USA hingegen gilt Basel III nur für acht bis zehn Großbanken. Die Aufsichtsbehörden wollten eigentlich Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen und die Anfälligkeit des Bankensystems für Krisen vermeiden. Problem: Das Aufsichtsrecht wird international gemacht, und die Aufseher kennen und schätzen die Vorteile des Dreisäulensystems in Deutschland, bestehend aus Sparkassen, Volksbanken und Geschäftsbanken, nicht. Die Sparkassen tragen ebenso wie Volksbanken zur Stabilisierung in Zeiten der Krisen bei, während große Geschäftsbanken ins Straucheln gekommen sind. Sparkassen haben die Kreditversorgung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu tragbaren Zinssätzen aufrecht erhalten und sind verlässliche Partner geblieben, auch in Zeiten der Krise.

Herausgekommen ist, Genossinnen und Genossen - möglicherweise auch aus Hilflosigkeit -, eine Art Regulierungswut, deutlich höhere Mindesteigenkapitalanforderungen auch für Sparkassen, eine um 30 Prozent erhöhte Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite. Dies trifft vor allem die regionalen Banken, Sparkassen und Volksbanken, und es erschwert die künftige Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen. Diese Unternehmensstruktur ist die Säule der Wirtschaft hier in Deutschland; das muss man noch einmal ausdrücklich betonen.

Zusätzlich werden die Anrechnungsvorschriften verschärft. Das kann bei den Sparkassen dazu führen, dass bis zu einem Viertel des Eigenkapitals betroffen ist. Auch das verdeutlicht die Dramatik. Eine Differenzierung zwischen den Großbanken beim Eigenhandel wird es nicht geben. Diese Differenzierung ist gerade für die Sparkassen wichtig, die vom klassischen Kreditgeschäft leben. Im Ergebnis, Genossinnen und Genossen, besteht die Gefahr einer Kreditklemme, die besonders die deutschen kleinen und mittleren Unternehmen als die tragende Säule der deutschen Wirtschaft betrifft, weil sie nicht die Möglichkeit haben, auf den Kapitalmarkt auszuweichen.

Genossinnen und Genossen, als Fazit möchte ich betonen, dass die aktuelle Regulierungswut die Falschen trifft. Die Sparkassen und Volksbanken waren nicht die Ursache der Bankenkrise, sie haben im Gegenteil für Stabilität gesorgt. Eine undifferenzierte Umsetzung der Vorschriften wird die im öffentlichen Auftrag der Sparkassen festgeschriebene kreditwirtschaftliche Versorgung der kleinen und mittleren Unternehmen deutlich erschweren. Mittel- und langfristig kann das dazu führen, dass bis zu einem Viertel der deutschen Sparkassen - vor allem der kleinen Institute -, in ihrer Existenz gefährdet sind.

Genossinnen und Genossen, ich bitte die Mitglieder des Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlamentes, sich diesem Problem ganz gezielt zu stellen und sich für die Interessen der gemeinwohlorientierten Banken nachdrücklich einzusetzen. Sowohl die Bankenabgabe als auch die Basel-III-Regulierung betreffen die Sparkassen. Sie müssen hier für die Fehler der anderen, vor allem der international tätigen, systemrelevanten Großbanken büßen. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen. Ich bitte euch deswegen, hier eine Präzisierung vorzunehmen und die Regulierung nicht zu einer Existenzgefährdung kleinerer Institute führen zu lassen. Daher bitte ich euch um Unterstützung für unseren Änderungsantrag.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:Jens Geier und ihm folgt Martin Stürmer.

Jens Geier, Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben viel über die Schuldenkrise gehört. Als Haushälter im Europäischen Parlament bin ich immer froh, an der Stelle sagen zu können: Gut, dass der Haushalt der Europäischen Union an der Stelle keinen Beitrag zur Schuldenkrise leistet. Wir dürfen das nämlich nicht. Alles das, was Merkel von anderen verlangt, ist in der Europäischen Union längst Praxis. Der europäische Haushalt darf nicht mit Schulden finanziert werden. Er wird mit geringen Eigenmitteln und mit Beiträgen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union finanziert.

Jetzt hat Helmut Schmidt heute Morgen - Frank-Walter Steinmeier hat es gerade mit anderen Worten auch getan - einen Wachstumsimpuls gefordert. Damit haben beide sicherlich recht. Die Frage, die ich mir an der Stelle nur selber stelle: Wo bekommen wir die öffentlichen Mittel dafür her, um diesen Wachstumsimpuls finanzieren zu können? Der Haushalt der Europäischen Union wird es nicht tun. Er stellt gerade mal 2 Prozent der öffentlichen Mittel in dem Europa der 27 dar. Das ist ein Beitrag für einen Wachstumsimpuls, aber da muss mehr her. Genauso wenig, wie man Konjunkturpolitik mit diesem europäischen Haushalt machen kann, kann man auch Austeritätspolitik mit diesem europäischen Haushalt machen. Deswegen sollten wir endlich Schluss machen mit einer Scheindiskussion - die auch im Bundestag immer geführt wird -, die unter der Überschrift läuft: Auch Europa muss sparen.

Da wird einem als Haushälter im Europäischen Parlament schon leicht schlecht, wenn man den deutschen Außenminister davon reden hört, jetzt müsse mit öffentlichen Mitteln in der Europäischen Union sorgfältig umgegangen werden - als wenn nicht die Bundesregierung selbst an sämtlichen Ausgabenprogrammen, die die Europäische Union macht, beteiligt wäre, als wenn nicht diese Bundesregierung selbst dabei wäre, wenn es darum geht, wofür Europa sein Geld ausgibt und welche Aufgaben es erfüllen soll. Zwei Beispiele: Wir haben jetzt einen Europäischen Außenpolitischen Dienst. Das führt aber nicht dazu, dass es mal im Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland zu einer Aufgabenkritik kommt. Es führt nicht dazu, dass man mal überlegt: Welche Aufgaben kann der Europäische Außenpolitische Dienst wahrnehmen? Es muss doch etwas anderes sein, als dass wir neben die 27 nationalen Botschaften eine 28. europäische Botschaft stellen. - Nein, das wird in Deutschland nicht gemacht.

Zweiter Punkt: Die Bundesregierung ist diejenige, die darüber entscheidet, wo Flächenprämien aus der Europäischen Union hinfließen. Wo die Mittel im immer noch größten Kapitel im europäischen Haushalt, die Landwirtschaftshilfen, hinfließen, entscheidet nicht Europa. Was eine „Fläche in gutem landwirtschaftlichen und ökologischem Zustand“ ist - abgekürzt GLÖZ -, das entscheidet die Bundesregierung. Das führt dann dazu, dass Golfplätze mit Mitteln aus den europäischen Flächenprämien gefördert werden können. Das führt dazu, dass Rheinbraun, wenn es am Rhein zwischen Köln und Neuss die Braunkohle aus der Erde gekratzt hat, obwohl man verpflichtet dazu ist, das wiederaufzufüllen, eine halbe Million Euro pro Jahr aus dem europäischen Haushalt bekommt. Denn sie schaffen ja Flächen in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand.

Das ist das Ergebnis einer Haltung von Mitgliedstaaten, die sagen: Von dem Geld, das wir nach Europa gegeben haben, wollen wir so viel wie möglich zurück, möglichst schnell, egal wofür. Das ist falsch. Wir müssen die Aufgaben definieren, die Europa erledigen soll. Da bin ich ganz bei dem, was Frank-Walter Steinmeier gesagt hat: Wir müssen zu einer neuen Form von Subsidiarität kommen. Aber das heißt auch, dass Europa die Mittel haben muss, die es braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen. Es muss Handlungsfähigkeit gewährleistet sein. Deswegen müssen wir über das, was wir heute in der Europa-

politik diskutieren, eine konsistente sozialdemokratische Position schaffen - für unsere Haltung in den wichtigen, schwierigen Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen, nämlich die Frage, wie viel Geld Europa zwischen 2013 und 2020 zur Verfügung hat. Diese Diskussion ist wichtig, diese müssen wir in Brüssel führen, aber bitte auch in Berlin und auf diesem Parteitag. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens. Jetzt folgt Martin Stürmer, ihm folgt Michael Roth.

Ich habe noch eine kurze Mitteilung, die mir jetzt, ehrlich gesagt, ein bisschen unangenehm ist, aber die Bundesgeschäftsführerin hat ausdrücklich darum gebeten, das hier zu sagen; aus ihrer Sicht verstehe ich diese Bitte auch. - Ich bin eigentlich der Meinung, ihr solltet der Debatte hier folgen. Aber solltet ihr hungeregswacht sein und eben draußen nichts mehr zu essen bekommen haben: Jetzt gibt es draußen wieder was! Aber ihr dürft auch gerne drin bleiben und bei der Europadebatte weiter zuhören. Martin Stürmer hat das Wort.

Martin Stürmer, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Es gibt nicht nur schlechte Nachrichten in Europa, es gibt auch eine gute: Ich bin vor zwölf Wochen Vater geworden.

(BEIFALL)

Ich wünsche mir für mein Kind, dass, wenn es groß ist, es in einer europäischen Demokratie lebt mit einem starken Europäischen Parlament und einer funktionierenden Regierung. Und ich wünsche mir, dass dieses Kind in einem föderalen Europa lebt, in dem das Verhältnis von Frankreich und Deutschland in etwa so ist wie heute zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen.

(ZURUF)

- Vielleicht auch besser. Ich glaube, dass wir heute die ganz große Chance dazu haben, weil sich einfach die Technologie weiterentwickelt hat. Vor 20 Jahren wäre eine europäische Demokratie nicht möglich gewesen. Heute, dank des Internets, haben wir die Möglichkeit, so etwas wie europäische Wahlkämpfe zu führen.

Dank des Internets tauscht sich heute gerade die junge Generation längst über die Grenzen hinweg aus. Wir sehen das auch bei den jüngsten Protestbewegungen; das sind europäische Protestbewegungen. Und immer mehr junge Menschen studieren überall in Europa. Sie erfahren sich gar nicht mehr so stark in ihrem Nationalstaatsdenken.

In den Anträgen finden wir sehr oft die Formulierung: Wir wollen das „in langer Frist“ oder „auf längere Sicht“ tun. - Wir wünschen uns, dass das in dem Sinne gemeint ist, dass wir jetzt anfangen, die Grundlagen für eine europäische Demokratie zu legen, sodass wir in 10 bis 15 Jahren, wenn mein Sohn groß ist, hoffentlich eine solche funktionierende Demokratie haben.

Glückauf! Danke schön!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächster hat Michael Roth das Wort. Ihm folgt Klaus Barthel.

Und ihr seht, man muss die fünf Minuten nicht ausnutzen, man kann auch kürzer reden.

Michael Roth, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämpfen für Europa, aber wer kämpft mit uns? Wer kämpft an unserer Seite? Wo sind die Intellektuellen, wo sind die Künstlerinnen und Künstler, wo sind die Schriftsteller, die sich in diesen Tagen, Wochen und Monaten melden? Sie müssten eigentlich genauso mit an unserer Seite schreiten wie viele andere auch. Und wo, liebe Genossinnen und Genossen – da knüpfe ich an meinen Vorredner an, sind eigentlich die jungen Leute? - Das ist unser Problem. Wir können diese Debatte nicht hoch verdienten alten Männern wie Jürgen Habermas und Helmut Schmidt überlassen. Da müssen sich auch andere zu Wort melden und beteiligen.

(BEIFALL)

Aber diese jungen Menschen, die derzeit auf die Straße gehen, die in den europäischen Hauptstädten protestieren und demonstrieren, erwarten fast nichts von der Sozialdemokratie in Europa, und sie erwarten wenig von Europa. Sie gehen auf die Straße, um gegen etwas zu demonstrieren. Aber sie demonstrieren eben noch nicht für Europa. Einer der Gründe liegt aus meiner Sicht auch darin, dass hier eine ganze Generation in Europa verloren zu gehen droht, eine Generation, die keine Arbeit hat.

2007, vor Ausbruch der Finanzkrise, gab es in Europa kein einziges Land mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 25 Prozent. Derzeit haben 10 von 27 Mitgliedstaaten eine Jugendarbeitslosenquote von über 25 Prozent bis zu fast 50 Prozent in Spanien. Es gibt zehn weitere Mitgliedstaaten mit einer Jugendarbeitslosenquote von über 20 Prozent. Genossinnen und Genossen, damit dürfen wir uns in Europa niemals abfinden!

(BEIFALL)

Deswegen müssen wir unsere Debatte immer auch mit einem Versprechen verknüpfen: Wir bieten jedem jungen Menschen die Garantie an, dass er eine Chance auf Arbeit und Qualifizierung hat. Jede sozialdemokratische Regierung, die dieses Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommt, hat aus meiner Sicht dauerhaft keine Daseinsberechtigung. Dies muss man in diesen Tagen – so bitter es auch sein mag auch denjenigen ins Stammbuch schreiben, die an dieser großen zentralen Frage gescheitert sind. 5 Millionen junge Menschen ohne Arbeit, das entspricht der Bevölkerung von Dänemark - ein ganzes Land in Massenarbeitslosigkeit. Das ist unsere zentrale Aufgabe in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren.

Ich kann denjenigen, die für Demokratie kämpfen, nur zustimmen: Momentan ist Europa in den Händen der Regierungen. Frau Merkel hat dafür gesorgt, dass die Parlamente immer weniger zu entscheiden haben und immer mehr in Hinterzimmern von den Regierungen ausbaldowert wird. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass Europa dadurch besser gemacht wird. Deshalb müssen die Parlamente das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente mehr zusammenarbeiten. Es kann doch nicht angehen, dass das Frau Merkel und Herr Sarkozy hinbekommen, aber die Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament nicht. Hier müssen wir noch besser werden.

(BEIFALL)

Ich weiß natürlich, dass es auch in unseren Reihen, in den Reihen der sozialen Bewegung, in den Gewerkschaften, eine Angst vor dem nationalen Souveränitätsverzicht gibt. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, man kann doch nur auf das verzichten, was man faktisch noch hat und worüber man faktisch noch entscheiden kann. Wer die Globalisierung demokratisch, sozial und nachhaltig zu gestalten beabsichtigt, der kann das eben nationalstaatlich nicht mehr – weder in Malta noch in Schweden und auch nicht in Deutschland und in Frankreich. Deswegen ist unsere einzige Chance, politische Gestaltung wiederzuerlangen, die europäische Ebene. Deshalb ist es gut, dass wir nicht immer nur über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sondern perspektivisch immer stärker über die Sozialdemokratische Partei Europas reden. Hier müssen wir noch besser werden, Genossinnen und Genossen. Und ich hoffe, dass wir auch die richtigen Lehren aus der Krise ziehen.

(BEIFALL)

Wir haben uns damals, 2001, nach den furchtbaren Anschlägen in den USA, unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu einer „uneingeschränkten Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten von Amerika bekannt - Unlimited Solidarity. Ich frage mich: Warum sind wir eigentlich in unserem Land, zehn Jahre später, nicht in der Lage, uns zu einer uneingeschränkten Solidarität mit Europa zu bekennen? Das muss das klare Signal von unserem Bundesparteitag sein. Ich würde mich freuen, wenn den vielen guten und wegweisenden Worten von Helmut Schmidt und Frank-Walter Steinmeier noch viele andere, vor allem auch der jüngeren Generation, folgen würden.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael. – Als Nächster hat Klaus Barthel das Wort. Ihm folgt Carsten Sieling.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir diese Debatte gemeinsam als Delegierte ernst nehmen, dann müssten wir eigentlich sagen, dass die vorliegenden Anträge in eine Kommission gehören, wo sie schleunigst überarbeitet werden müssten. Ich glaube, wir müssen da schon noch präzisieren und nachbessern. Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen.

In Dresden vor zwei Jahren hat Sigmar Gabriel gesagt, dass derjenige die Mitte gewinnt, der die Deutungshoheit erringt. Wir sehen gerade, wie die Konservativen versuchen, die Deutungshoheit über Europa dadurch herzustellen, dass sie von einer Staatsschuldenkrise schwadronieren. Da müssen wir doch einmal ganz höflich fragen, woher diese Staatsschulden denn kommen. Die kommen nämlich von der konsequenten Umsetzung neoliberaler Politik in den letzten 20 Jahren,

(BEIFALL)

als da sind: erstens die Ideologie und deren Umsetzung vom schlanken Staat mit möglichst niedrigen Steuern, mit Privatisierung und Liberalisierung. Zweitens der Standortwettbewerb, der über möglichst niedrige Kosten ausgetragen worden ist – meint: möglichst niedrige Sozialkosten und möglichst niedrige Löhne. Derjenige gewinnt, der den schlankesten Staat, die niedrigste Sozialquote und die niedrigsten Löhne hat. Das ist die Situation, vor der wir stehen.

Schließlich und endlich kommt die Staatsverschuldung daher, dass wir versucht haben, die Finanzkrise 2007/2008 mit staatlichen Mitteln von den Steuerzahlern auszugleichen. Mich erinnert das, was die Konservativen und die Banken, die Ackermänner dieser Welt aufführen, an Hausbesitzer, die vor ihren Häusern stehen und die Feuerwehr dabei beobachten, wie sie das Feuer, das in ihrem Gebäude brennt, löscht. Und wenn die Feuerwehr das Feuer gelöscht hat, dann kritisieren sie sie, weil der Löschteich leer ist. Das kann doch nicht sein!

Das politische Programm, das hinter dieser Staatsschuldendebatte steht, muss uns klar sein; und das muss uns alarmieren. Frau Merkel hat 2004/2005 gemerkt, dass sie keine Mehrheit in Deutschland für so ein radikales, neoliberales Programm hat. Und jetzt geht sie den Weg über die Europäische Union: In Spanien, in Griechenland, in Portugal, überall werden die Regierungen dazu gezwungen und alle Parteien und Fraktionen müssen das unterschreiben, die Arbeitsmärkte zu deregulieren, den Staat abzubauen, öffentlich Beschäftigte zu entlassen, die Gehälter zu senken, zu privatisieren, die Rente mit 67 einzuführen. Es ist doch ein Hohn, in einem Land wie Spanien, wo die Hälfte der jungen Menschen arbeitslos ist, die Rente mit 67 durchzusetzen!

(BEIFALL)

Die Regierungen werden gezwungen, in die Tarifautonomie zulasten der Gewerkschaften einzugreifen, die keine Flächentarifverträge mehr abschließen dürfen und wo ein Vorrang für den Haustarifvertrag gilt. Wer sich dem entgegenstellen will, liebe Genossinnen und Genossen, der muss endlich den Primat der Politik, von dem hier so oft die Rede war, herstellen.

Ich kann die Unruhe verstehen; denn ich glaube, das wird uns noch länger beschäftigen. Wer den Primat der Politik herstellen will, der muss endlich eine Hundertprozentgarantie für die Staatsschulden in der Euro-Zone geben, auf welchem Weg auch immer; denn der Beginn dieser ganzen Spekulationswelle war die Diskussion - wir erinnern uns - über den Schuldenschnitt. Mit der Schuldenschnittdebatte wurde die Geldpumpe Steuerzahler, Rettungsschirme, hohe Zinsen an die Banken und Finanzmärkte neu angetrieben. Wer die Zahlungsfähigkeit von Euro-Mitgliedsländern infrage stellt und gleichzeitig Rettungsschirme macht, der muss sich doch nicht wundern, dass die Ratingagenturen das AAA infrage stellen. Der muss sich doch nicht wundern, dass das inzwischen bei Frankreich, Belgien und solchen Ländern landet. Der muss sich doch nicht wundern, was da für Wellen in Bewegung gesetzt werden.

Schließlich und endlich, liebe Genossinnen und Genossen, muss uns klar sein, dass der Zusammenhang zwischen den ökonomischen und finanzpolitischen Entwicklungen und dem sozialen Europa die Gretchenfrage auch für die Wirtschafts- und Sozialkompetenz und für die Führungsfähigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa ist. Da müssen wir gegenüber dem, was jetzt auf dem Tisch liegt, noch einiges nacharbeiten.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Carsten Sieling, ihm folgt Julian Nida-Rümelin.

Carsten Sieling, Bremen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte einen Punkt aus der Rede von Helmut Schmidt heute Morgen aufnehmen, den er als die zentrale Ursache für die Probleme genannt

hat, die es in Europa gibt. Er hat hier das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht angesprochen, welches es gibt und welches dazu führt, dass eine Reihe von Ländern mit gewaltigen ökonomischen Problemen konfrontiert sind und dass andere - wie vor allem wir hier in Deutschland - sehr stark Überschüsse erwirtschaften und dadurch eine Stärke erreichen.

Der Befund ist total richtig. Er wird aber natürlich nicht dazu führen, dass wir sagen, wir müssen unsere Exportwirtschaft beschränken und hören auf, leistungsfähige Produkte herzustellen und zu exportieren. Nein, Genossinnen und Genossen, darum geht es im Kern nicht; vielmehr besteht die Konsequenz aus diesem Hinweis darin, dass man sagt: Wir müssen die Binnenwirtschaft stärken. Wir müssen die Aktivitäten im Land stärken. Wer das will, Genossinnen und Genossen, der muss etwas für die Löhne tun. Die Kaufkraft der Menschen muss erhöht werden. Deshalb ist es ein wichtiger Punkt für die Europapolitik, dass wir in Deutschland wieder dafür sorgen, dass die Löhne steigen, dass die Leute ordentlich Geld in der Tasche haben. Um den Konsum, aber auch darum, dass die Unternehmen Geld für Investitionen hier vor Ort ausgeben, darum geht es, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Helmut Schmidt hat das außenwirtschaftliche Gleichgewicht im Zusammenhang mit einem der meines Erachtens wichtigsten Gesetze angesprochen, welches es in unserem Lande gibt. Das Gesetz ist aber etwas in Vergessenheit geraten, nämlich das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967. Das ist 45 Jahre her. Viele von uns werden das wahrscheinlich nur noch aus der Schule oder von früheren Erinnerungen kennen. Das ist das Gesetz mit dem magischen Viereck: Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und das von mir eben angesprochene außenwirtschaftliche Gleichgewicht.

Genossinnen und Genossen, das ist eine Wirtschaftspolitik, das ist nicht nur ein magisches Viereck, sondern das ist ein sozialdemokratisches Viereck für eine richtige Wirtschaftspolitik nicht nur in diesem Lande, sondern in Europa. Ich würde mir wünschen, dass in der vorliegenden Resolution dieser Gedanke ein bisschen stärker betont wird, auch die Ursache der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Aber wenn man das aufgreift, muss man auch deutlich sagen, dass in der Zeit, in der dieses Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eine Rolle gespielt hat und wichtig war, auch die Deutsche Bundesbank eine aktive Geldpolitik betrieben hat. Man muss sagen, dass wir uns dann zur Europäischen Zentralbank und ihren Aktionen meines Erachtens deutlich positiver stellen müssen. Es geht nicht an, dass wir immer davon reden, dass diese Aktionen und diese wichtigen Aktivitäten ohne Kontrolle gelaufen sind. Sie waren wesentlich dafür, dass die Malaise in diesem Europa nicht noch größer ist. Deshalb würde ich mir wünschen, Genossinnen und Genossen, dass wir neben der wichtigen Frage des Altschuldentilgungsfonds, die in der Resolution angesprochen worden ist, oder der wichtigen Rolle der Ausweitung des ESM - auch alles richtig, was wir in der Resolution auch sagen - damit aufhören, die Politik der Europäischen Zentralbank schlechtzureden. Sie ist ein wichtiger Bestandteil dafür, dass wir Stabilität hinkriegen. Wenn wir das angehen, dann werden wir auch da Demokratie hineinbringen. Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(BEIFALL)

Bei unserer Debatte geht es darum - da nehme ich noch einmal das Gesetz von 1967 auf -: Stabilitätspolitik ja, aber eben auch Wachstumspolitik, Genossinnen und Genossen. Das ist das sozialdemokratische an der Europapolitik in ökonomischer Hinsicht. Stabilität und Wachstum gehören zusammen. So werden wir die Dinge wieder nach vorne bringen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Julian Nida-Rümelin, ihm folgt Peter Friedrich.

Julian Nida-Rümelin, Parteivorstand: Hier hat jemand seine Uhr vergessen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das ist wahrscheinlich ein Schicksalszeichen. Da kann ich bei der Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen: Wir haben noch knapp zehn Wortmeldungen. Wenn ihr es unter fünf Minuten schafft, wäre das nicht schlecht; denn nach dem Zeitplan sind wir eigentlich schon am Ende der Europadebatte. Wir wollen niemanden abwürgen. Aber einfach noch einmal die Bitte: Fasst euch möglichst kurz.

Julian, jetzt hast du das Wort.

Julian Nida-Rümelin, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen, ich finde es gut, dass wir Europa vielleicht mehr, als es von der Planung her gedacht war, zum Schwerpunkt dieses Parteitages machen. Mir scheint aber zur gleichen Zeit völlig klar zu sein, dass wir erst am Anfang einer programmatischen Klärung stehen. Dazu will ich eine einzige Anmerkung machen.

Wir hatten am 25./26. in Brüssel eine Konferenz der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Es war faszinierend zu beobachten, wie engagiert die verschiedenen Delegationen dort zur Sache gegangen sind. Aber es war auch durchaus beunruhigend zu sehen, dass bislang noch nicht so recht klar ist, in welche Richtung die Reise in Sachen Europa wirklich gehen soll. In der Tat, das ist heute schon einmal gesagt worden - blicken viele nach Deutschland, zur Sozialdemokratie hier.

Ich will eine Anmerkung machen. Wir hatten diese große Rede von Helmut Schmidt - man könnte sagen: Geschichte und Visionen - und dann von Frank-Walter Steinmeier: Kritik und Konkretion. Ich will nichts wiederholen, was da Richtiges gesagt worden ist. Aber gewissermaßen in der Rolle des Vorsitzenden der Grundwertekommission erlaube ich mir eine etwas, ja, grundsätzlichere Sichtweise auf diese Problematik. Wenn ihr erlaubt, knüpfe ich an das an, was Helmut Schmidt getan hat, nämlich hinzuweisen auf die großen Krisen, auf die Wirtschaftskrisen, sozialen Krisen und letztlich dann auf Krieg und Verfolgung in Europa im 20. Jahrhundert.

Ich glaube, wir brauchen diese größere historische Perspektive, um eine klare Orientierung zu gewinnen. Die Refinanzierungskrise Europas wäre nicht so dramatisch geworden, wie sie heute ist, wenn nicht Merkozy - vor allem die, aber auch andere - eine falsche Politik machen würden, vor allem eine populistische Politik, die nicht mehr die Fäuste ballt und Emotionen schürt, sondern die wartet, wie die Stimmung in Deutschland ist, was ein auflagenstarkes Blatt so bringt, und dann schaut man, was man sagen kann. Wenn das nicht die politische Leitlinie gewesen wäre, dann hätten wir diese Refinanzierungskrise nicht in dem Umfang wie heute. Aber diese Refinanzierungskrise zeigt etwas viel Grundlegenderes, nämlich eine institutionelle und eine Orientierungskrise Europas. Um die anzugehen, müssen wir, glaube ich, ein

wenig Distanz gewinnen und eine Perspektive entwickeln, die ich jetzt einmal kosmopolitisch nennen will. Ich will das kurz begründen.

Was war die Reaktion auf die schwerste - 2007, 2008, 2009 - Weltwirtschaftskrise?

Die Reaktion war, dass das Maß an Globalisierung, vor dem Ersten Weltkrieg schon einmal vergleichbar hoch wie heute, zurückgefahren wurde, dass die Wirtschaftspolitiken renationalisiert wurden, dass nach dem Zweiten Weltkrieg mit starren Wechselkursen eine politische Kontrolle der Weltwirtschaft etabliert wurde und in den Nationalstaaten mit Sozial- und Konjunkturpolitik die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus bekämpft wurde. Das war die Situation. Wir haben heute nicht so sehr die schöne neue Welt, sondern wir haben in weiten Strecken die schlechte alte. Wir haben ein hohes Maß an Globalisierung, wir haben wieder eine Dominanz der Finanzwirtschaft, und wir haben keine politische Steuerung und keine institutionelle Steuerung auf globaler Ebene.

(BEIFALL)

In meinen Augen kommt eine Rückwendung - das scheint manchem in der Linkspartei und anderswo vorzuschweben - zu einer Renationalisierung nicht in Frage. Das jedenfalls ist, glaube ich, unsere feste Überzeugung. Aber dann bleibt nur eines: Dann müssen wir Schritt für Schritt Institutionen aufbauen, die Ordnungen, Strukturen etablieren, innerhalb dessen dieses Geschehen auf den Märkten wieder human und stabil wird. Anders geht das nicht. Europa ist das avantgardistischste Projekt in diesem Zusammenhang, weil keine andere Region auf der Welt die Voraussetzungen hat, diese Institutionen aufzubauen.

Insofern - ich widerspreche Helmut Schmidt extrem ungern, aber in diesem einen Punkt -: Der wirklich bewundernswerte Jean Monnet hat die Entwicklung der europäischen Integration mit seinen Konzeptionen stark geprägt. Aber die Grundstrategie ist jetzt zu Ende. Wir brauchen eine Finalisierung Europas, wir brauchen klare Zielsetzungen, klare institutionelle Konzeptionen, wir brauchen ein demokratisches Europa. Das wird nicht mehr so laufen wie bisher: einen kleinen Schritt in der Hoffnung, dass der nächste automatische folgt. Im Falle des Euros hat sich das nicht bewährt.

Dazu fordere ich uns auf. Wir müssen diese programmatische Anstrengung unternehmen, damit wir aus der Orientierungskrise, in der Europa auch steckt, wieder herauskommen. Danke schön.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Friedrich. Ihm folgt Niels Annen.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter, herzlichen Dank für deine hervorragende Rede. All den Autoren herzlichen Dank für die hervorragende Resolution. Ich glaube, dass wir es damit zum ersten Mal schaffen, tatsächlich ein in sich kongruentes Bild einer Lösung für diese Krise zu zeichnen und unter den Parteien als erste einen echten Lösungsvorschlag - keinen Vertagungsvorschlag - vorlegen.

Ich will insbesondere auf zwei Punkte eingehen. Frank-Walter, du hast zu Recht darauf hingewiesen, dass der Schuldentilgungsfonds das zentrale Element dieses Vorschlags ist. Es ist deswegen so zentral, weil es

darum geht, dass ein Schuldentilgungsfonds wieder in der Lage ist, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Staaten herzustellen. Deswegen muss dieser Schuldentilgungsfonds auch gelingen. Aber, Genossinnen und Genossen, wir reden von einem „Tilgungs“-Fonds. Wir schaffen es in Baden-Württemberg, für das nächste Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen - andere Bundesländer schaffen es auch -, nicht anstrengungslos, trotzdem setzen wir politische Prioritäten.

In diesem Zusammenhang ist es ein Skandal, dass die Bundesregierung die Neuverschuldung des Bundes ausweitet. Während alle Länder die Nullverschuldung angehen, wird hier die Neuverschuldung ohne Not erhöht. Wir sind noch gar nicht bei der Tilgung, wir sind erst einmal dabei, keine neuen Schulden zu machen. Das allein ist schon anstrengend genug. Wenn wir also einen Tilgungsfonds wollen, mit dem ernsthaft Schulden getilgt werden, dann kann es aus meiner Sicht nur bedeuten, dass wir auch die Kapitalmärkte, die Anleger an den Kosten beteiligen. Das heißt, dass die Finanztransaktionssteuer eingeführt wird und in diesen Schuldentilgungsfonds einfließt, damit tatsächlich die Schulden von denen getilgt werden, die sie den Staaten aufgebürdet haben. Dazu brauchen wir die Finanztransaktionssteuer, damit wir ernsthaft von Tilgung reden können.

(BEIFALL)

Der zweite Punkt ist das Thema Fiskalunion. Es ist ein Begriff, der jetzt Gott sei Dank den Begriff der Wirtschaftsregierung ablöst, denn es geht tatsächlich darum, einen europäischen Steuerverbund zu schaffen, und das insbesondere bei der Finanztransaktionssteuer, aber auch im Bereich der Körperschaftsteuer. Liebe Genossinnen und Genossen, in dem Antrag wird zu Recht ausgeführt, dass wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage wollen. Das ist richtig und gut. Wenn wir aber ausschließen wollen, dass es immer wieder zum ruinösen Steuersenkungswettbewerb in Europa kommt, brauchen wir nicht nur eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer, wir brauchen auch einen Korridor für gemeinsame Steuersätze in Europa. Denn der ruinöse Wettbewerb zwischen den Staaten Europas hat doch erst dazu geführt, dass die Tochter HRE damals nach Irland gegangen ist, um Steuern zu sparen, die Mitverursacher der Finanzkrise in Deutschland waren. Deswegen müssen wir das beenden. Deswegen reicht gemeinsame Bemessungsgrundlage nicht aus.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Dritten: Die Bundesländer - auch ich habe selber als Europaminister des Landes Baden-Württemberg - haben sehr dafür gekämpft, dass nicht nur der Bundestag, sondern auch der Bundesrat volle Beteiligungsrechte bei EFSF und ESM bekommen. Es ist uns in weiten Teilen gelungen. Ich bin trotzdem dafür, dass wir Souveränität im Finanzbereich nach Europa abtreten.

(BEIFALL)

Aber um es ganz klar zu sagen: Wenn wir Souveränität abtreten, dann treten wir sie nicht ab an Regierungschefs beim Strandspaziergang oder an Finanzmärkte im Renditewahn, sondern wenn wir sie abtreten, dann brauchen wir tatsächlich eine Fiskalunion mit einer in diesem Fall demokratisch legitimierte Finanzregierung. Denn es kann nicht sein, dass wir den Bundestag und den Bundesrat aushebeln, uns selber fesseln und dann auf undemokratischste Weise, wie es heute geschieht, zwei von 27 Regierungschefs die Linie vorgeben und der Rest hinterher muss. So wird es nicht funktionieren. So wird es kein neues Vertrauen in Europa geben. Wir wollen eine Vertrauensunion. Deswegen brauchen wir eine demokratisch legitimierte Finanzregierung in Europa und keine Abtretung von Souveränitätsrechten an

diejenigen, die zu feige sind, sich in ihrer Politik tatsächlich dem Votum der Wähler stellen.
Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Danke, Peter. Als nächster Redner ist Niels Annen dran. Danach folgt Norbert Fabian.

Niels Annen, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe als Helmut Schmidt heute Morgen gesprochen hat, an das Jahr zurückgedacht, das ich 1997/98 in Spanien verbracht habe. Spanien ist ein Land, das nicht nur eine politische Elite hatte, die pro-europäische war, sondern in der die Regierung keine Angst hatte, den Lissabon-Vertrag als erstes den Menschen zur Abstimmung vorzulegen. Es war eine pro-europäische Stimmung. Im Übrigen - das können diejenigen, die etwas älter sind als ich und bei den schwierigen Verhandlungen zur deutschen Einheit dagebewesen sind, bestätigen - hatte Spanien eine pro-deutsche Regierung, die Unterstützung in einer schwierigen Zeit gewährt haben, als es andere Länder nicht getan haben.

Ich bin vor wenigen Wochen wieder in Madrid gewesen. Ich war auf der Puerta del Sol, wo die sogenannten Indignados demonstriert haben. Ich war zufällig an einem Tag da, als eine Großdemonstration stattgefunden hat. 100 000 Menschen haben demonstriert, und sie haben Plakate, Transparente, Schilder mit Angela Merkel mit sich geführt, um gegen ihre Politik zu demonstrieren. Nun muss ich sagen, als Sozialdemokrat entspricht es nicht meinem Naturell, die Leute zu kritisieren, die mit Plakaten gegen Angela Merkel durch die Gegend zu laufen. Aber ich sage euch, Genossinnen und Genossen, die meinten nicht Angela Merkel, sondern die meinten Deutschland. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht das verlieren, was in über 60 Jahren aufgebaut worden ist. Die Amerikaner nennen das Softpower. Wer die Zeitungen der letzten Tage gelesen hat, dem ist vielleicht aufgefallen, dass der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski hier in Berlin eine bemerkenswerte Rede gehalten hat. Sikorski hat gesagt, er hat heute weniger Angst vor deutscher Macht als vielmehr vor deutschen Nichtstun. Genossinnen und Genossen, das ist eine freundlich-diplomatische Art und Weise, dieser Bundesregierung zu sagen: Handelt endlich in der Krise, ihr seid das einzige Land, das im Moment in der Lage ist, diesen Laden wieder nach vorne zu bringen! Das Zaudern, das Zögern und der Verzögern durch Frau Merkel hat die Krise in einer Art und Weise zugespitzt, von der wir heute sagen können: Nicht einmal, wenn wir jetzt die EZB loslassen würden, können wir sicher sein, dass sie die Krise wirklich bewältigen kann.

(BEIFALL)

Deswegen glaube ich: Wir sind in einer Lage Frank-Walter hat das offen angesprochen, in der wir darauf Rücksicht nehmen müssen, dass es in Deutschland aus historischen Gründen eine tief verwurzelte Angst vor Inflation gibt. Das ist auch der Grund, weshalb die Kanzlerin sich hinstellt und sich als Gralshüterin der deutschen Stabilitätskultur präsentiert. Aber ich sage euch: Das solide Instrument der europäischen Staatsfinanzierung, die Staatsanleihe, durch die Politik, die sie betrieben hat, faktisch zu zerstören auch die deutschen Staatsanleihen, die im letzten Versuch nicht platziert werden konnten, führt doch diese Behauptung ad absurdum. Wenn irgendjemand die deutsche Stabilitätskultur gerade zerstört, dann ist es diese Bundeskanzlerin, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Mein Eindruck ist: Frau Merkel und ihre Minister haben heute weniger Angst vor dem Zusammenbruch Europas als davor, die eine oder andere Leerformel auch einmal selbst infrage zu stellen. Deswegen müssen wir offen darüber diskutieren. Ich habe Zweifel, ob wir ohne eine unlimitierte Mandatierung für die EZB aus dieser Krise herauskommen. Das muss hier auch ausgesprochen und diskutiert werden, Genossinnen und Genossen.

Aber noch viel wichtiger ist: Wir haben eine Rekordzahl von internationalen Gästen auf diesem Parteitag. Wir müssen ihnen sagen und deutlich machen: Wir werden, wenn wir zurück an die Regierung kommen, einen Fehler nicht machen - wir werden keine Sparpolitik diktieren, die sozialdemokratische Politik in Griechenland, in Spanien, in Portugal und in all den anderen Ländern unmöglich macht. Wir werden zur gemeinsamen europäischen Politik zurückfinden. Wir werden Politik entwickeln. Das ist der Weg, mit dem die deutsche Sozialdemokratie wieder an die Macht gelangen wird, und das ist der Weg, mit dem wir unseren notwendigen Beitrag leisten, diese Europäische Union zu retten. Frau Merkel kann das nicht, sie will es nicht, sie tut es nicht. Es wird auf uns ankommen, Genossinnen und Genossen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Niels. - Als Nächster hat Norbert Fabian das Wort. Ihm folgt Jörg Jordan.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich meine, uns liegt hier ein guter und weiterführender Antrag vor, der Analysen und Vorschläge zur Überwindung, ich betone: der EU-Krise macht.

Dennoch möchte ich weiterhin den Antrag unterstützen, der uns aus Thüringen vorliegt. Er ist in wichtigen Punkten eingegangen. Hier steht, er sei erledigt worden. - „Erledigt“ hat natürlich zwei Seiten: Das heißt, er muss sich in allen wesentlichen Punkten im Leitantrag direkt wiederfinden.

Ich möchte zumindest vorschlagen, dass wir die Überschrift des Punktes 5 ändern. Das ist eine redaktionelle Änderung, über die wir eventuell abstimmen müssen, es sei denn, die Antragskommission übernimmt es. Ich sage es einmal mit Franz Müntefering ich weiß nicht, ob es in seinem Sinne ist, aber ich sage es trotzdem: Wir sollten hier etwas klarere Kante zeigen. - Das betrifft die Überschrift „Den Verschuldungskreislauf durchbrechen“. Ich schlage vor und beantrage nach Punkt 9 der Geschäftsordnung einzufügen: „- schrittweise Gemeinschaftsanleihen einführen“. Das steht im Text. Das ist heute von Helmut Schmidt gesagt worden. Das ist auch im Interview von Gerhard Schröder. Das stand bereits im Antrag der Bundestagsfraktion im Sommer. Das wird auch von der Fraktion der Sozialdemokraten im Europaparlament gefordert. Wir sollten hier etwas deutlicher machen, dass wir für dieses Instrument eintreten. Auch Frank-Walter Steinmeier hat sich nicht dagegen ausgesprochen. Ich meine, dass es nicht nur ein Baustein, sondern ein unverzichtbarer, wichtiger Baustein ist. Es ist nicht das alleinige Instrument. Aber wir müssen, wenn wir dafür eintreten, auch etwas deutlicher machen: Wir plädieren offensiv für eine schrittweise Einführung dieser Gemeinschaftsanleihen oder Eurobonds. - Wir sollten das hier nicht verstecken. Das wirkt dann nicht ganz überzeugend.

Ich habe diese Änderung damit auch begründet und möchte noch ergänzen: Ich war auch auf dem Brüsseler Konvent, von dem Julian Nida-Rümelin gerade gesprochen hat. Es wird von der europäischen Sozialdemokratie erwartet, dass wir in Sachen Eurobonds eine etwas deutlichere Sprache führen. Das wird wirklich erwartet. Man meint da nicht nur die Konservativen, sondern gerade die Sozialdemokraten, dass wir uns offensiv dafür einsetzen.

Ich würde es begrüßen, wenn der Schwung hier in dieser Diskussion und das Engagement, das wir in die Europapolitik einbringen, in die weitere auch programmatische Diskussion zu Europa mit eingehen. Die wird auf europäischer Ebene im Blick auf die nächste Europawahl schon geführt. Wenn es uns gelingt, das weiterzuführen, dann, denke ich, werden wir diesmal auch mit etwas mehr Engagement auch bereits im Vorfeld an diese Wahl herangehen.

Ich möchte noch ganz kurz ein paar Punkte nennen, die ich auch weiter in die Diskussion einbringen möchte. Sie sind hier auch schon aufgeführt worden. Jo Leinen hat von einem grünen New Deal, einem grünen Marshallplan für Europa, gesprochen, der Sache nach zumindest. Ich denke, dass wir dies mit einem verstärkten Engagement in Sachen Regionalpolitik verbinden sollten, mit einer Regionalförderung. Es darf nicht sein, dass bestimmte Länder das wird indes auch im Europaparlament diskutiert, die die Hilfe momentan am nötigsten brauchen, auch innerhalb der Eurozone die Eigenmittel gar nicht mehr aufbringen können. Da muss eine Änderung eintreten. Wir sollten da offensiv mehr Mittel für die Regionalförderung auch für deutsche Problemregionen einfordern.

Ein weiterer Punkt wäre noch kurz die Diskussion ich sage es einmal auf Englisch Workers Participation, die wir auf europäischer Ebene führen müssen, nämlich die Diskussion über die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung in Europa. Dazu steht im folgenden Leitantrag zur Demokratie auch einiges Wichtiges. Auch diese Diskussion werden wir in der Partei weiterführen müssen. - Danke.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Es wäre schön, wenn du deinen Änderungsantrag hier abgibst. - Das Wort hat jetzt Jörg Jordan. Ihm folgt Hans Eichel.

Jörg Jordan, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Helmut Schmidt hat heute Vormittag formuliert: Die Politiker haben zugelassen, dass sich andere der Macht der Finanzmächte bemächtigt haben. - Vor ein paar Tagen konnte man in der FAZ ein Zitat vom Präsidenten des Bundesverbandes Mittelständischer Unternehmen lesen. Der hat formuliert: Die Banken führen die Bundesregierung am Gängelband. - Vorhin hat Frank-Walter Steinmeier, ich glaube, die Formulierung gebraucht: Nicht nur treiben die Finanzmärkte die Politik vor sich her, sondern sie verachten sie zugleich.

Wenn man diese Zitate auf sich wirken lässt, dann werden sich die Älteren von uns die noch die Diskussionen bei den Jusos in Erinnerung haben, als die früher noch heftig diskutiert haben noch an die Stamokap-Theorie und an die These erinnern, dass der Staat doch nichts sei als ein willenloses Stück Fleisch in der Hand des Großkapitals und man nach diesem Satz seine Politik ausrichten und entsprechend antworten müsse.

Wenn man sich anschaut, was gegenwärtig geschieht, und die Zitate, die ich angeführt habe, auf

sich wirken lässt, dann hat man ein bisschen den Eindruck, als sei die Finanzkrise sozusagen das Signal für den späten Sieg der Stamokap-Theorie. Wenn man sich aber einmal anschaut, was tatsächlich geschieht, dann ist es in der Tat so: Die Politik versucht, im Rahmen der Spielregeln, die die Finanzmärkte vorgeben, das Schlimmste zu verhindern. Das Problem ist, dass sie damit die Spekulanten mit den eigenen Waffen schlagen will. Das kann nicht gut gehen. Das klappt offensichtlich nicht. Die Politik benimmt sich, als sei sie ein Player auf den internationalen Finanzmärkten. Damit hat sie sich auf ein Kräfteressen eingelassen, das sie verlieren muss. Warum wird denn der Rettungsschirm immer bombastischer? - Weil im Rahmen der Logik der Finanzmärkte nur ein unendlich gigantischer, völlig unüberbietbarer staatlicher Schirm die Spekulanten davon abhalten könnte, gegen Währungen und Staaten ihre Profitspekulation durchzuziehen. Im Grunde ist die Strategie eines immer dramatischer wachsenden Rettungsschirms auch eine Spekulation, nämlich darauf, wann die Kräfte der Finanzspekulanten an den Börsen erlahmen könnten. Im Grunde ist dann dieses Vorgehen eine Selbstentlebung der Politik, also doch wieder die aktuelle Bestätigung der Stamokap-Theorie.

Politik das hat Frank-Walter vorhin auch betont ist Zukunftsgestaltung für die Allgemeinheit nach Wertvorstellungen. Politik muss deshalb in erster Linie Regeln entwerfen und muss verordnen, muss Gesetze machen und muss diese durchsetzen, zum Beispiel um Währungsspekulanten vom Spekulieren abzuhalten. Der gegenwärtige Versuch der staatlichen Spekulanten, die Währungsspekulanten durch immer höhere Einsätze auszupokern, ist das Gegenteil von Politik, ist keine Gestaltung, sondern Nachlaufen. Das wird scheitern und droht, in die Katastrophe zu führen. Erst war es das kleine Griechenland, das gefährdet war. Nun ist es der Euro und mit ihm die europäische Einigung insgesamt.

Wenn man sich einmal die Bergpredigt anschaut und liest: „Es ist an den Früchten zu erkennen, was taugt und was nicht taugt“, dann kann man doch sagen: Diese Politik ist ganz offensichtlich gescheitert. Das heißt, sie ist einen falschen Weg gegangen.

Wer ein Risiko geht, muss mit den Konsequenzen leben: Diesen Satz würden sicher die meisten Bürger unterschreiben. Er gilt aber offensichtlich nicht für die Kapitalsammelstellen, die sich den Staat Untertan gemacht haben; denn ihr Risiko wird zulasten der Bürger abgefedert. Nur wer ganz ohne finanzpolitische Abenteuer lebt, bekommt das volle Risiko ab. Das ist die Wirklichkeit, die wir haben. Am Steuerbürger dürfen sich die Akteure auf den Finanzmärkten für entgangene Gewinne schadlos halten. Auch diejenigen, die gar nicht so hohe Einkünfte haben, dass sie überhaupt Steuern zahlen, haben die aus dieser Finanzpolitik folgenden Staatslasten in vielfältiger Weise zu tragen. Es ist nur zu verständlich, dass das Misstrauen in diese Politik wächst.

Nicht die Strategen der Rettungsschirme und deren Maximierung, sondern die Aktivisten der Occupied-Bewegung sind eigentlich nach meiner Sicht der Dinge auf dem richtigen Weg. Die SPD sollte sich ihr anschließen. Von uns ist eine Politik zu erwarten, die die Kapitalmacht begrenzt. Das findet sich auch im „EU 1“. Ich glaube, das ist insgesamt ein gutes Konzept, sodass man nur hoffen kann, dass dies auch Leitfadens der Politik wird, wenn wir wieder in die Regierung kommen und die Stamokap-Theorie dann auch in der Wirklichkeit ad acta gelegt werden kann.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Hans Eichel, ihm folgt Peter Simon.

Hans Eichel, Seniorenrat: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Was Bundesparteitage möglich machen: Zwei alte Hessen sprechen hintereinander. Jörg, teils bin ich einverstanden, teils nicht. Ich will mit einer These anfangen; hier widerspreche ich dir.

Wenn sich die 17 Länder der Euro-Zone, die Staats- und Regierungschefs, am Anfang dieser Krise hingestellt und gesagt hätten: „Uns bringt keiner auseinander, und wenn ihr fragt, welche Kraft wir haben: Hinter uns steht die Europäische Zentralbank mit allem, was sie kann“, dann, sage ich, hätte es diese Krise so nie gegeben.

Die kleine Schweiz zeigt uns, wie man es machen kann, wenn man glaubwürdig ist. Die kleine Schweiz mit ihrer Nationalbank bindet den Franken an den Euro und sagt: Bei 1,20 ist Schluss, sonst intervenieren wir. – Seitdem ist Ruhe an der Front. Sie brauchen nicht zu intervenieren, weil jeder glaubt, dass sie es tun würden. Bei uns glaubt es doch keiner, und die Strategie, die Rettungsschirme immer ein bisschen weiter aufzublasen, ist eine Einladung zur Spekulation. Deswegen darf man so nicht damit umgehen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will eine ganz einfache Bemerkung machen und lasse jetzt all das weg, wie wir in die Krise gekommen sind.

Wir sind in einer Lage, in der die Investoren weltweit in den Käuferstreik hinsichtlich der Anleihen aus der Euro-Zone eingetreten sind. Wir sind in einer Lage, in der jedes Rettungsbemühen der einzelnen Staaten in Unterstützung der Krisenstaaten durch die weitere Abwertung von den Ratingagenturen erschwert und am Schluss unmöglich gemacht wird. Das heißt, die, die uns am Anfang in die Krise gebracht haben, sind nicht Bestandteil der Lösung der Krise, sondern sie sind Bestandteil der Verschärfung der Krise. Das bedeutet: Wir werden nicht herauskommen mit den Finanzmärkten, sondern, freundlich formuliert, nur ohne sie und möglicherweise gegen sie, wie Helmut Schmidt das vorhin zu Recht gesagt hat.

Ich will euch hier eine Frage stellen. Da verstehe ich die Welt und uns alle nicht mehr: Die Zentralbanken, die Europäische Zentralbank geben das Geld billig in die Märkte - und sozusagen unlimitiert. Es ist unser Geld, das in die Märkte gegeben wird. Wir als Regierungen nehmen es aus den Märkten teuer zurück und behaupten, dies sei Bestandteil der europäischen Verträge, und anders könnten wir die Staaten nicht finanzieren. Wir müssen bekloppt sein, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Wir haben Sparkassen, die Gemeinden gehören und Gemeinden finanzieren. Ich rede jetzt nicht über die Landesbanken und ihre Probleme. Lassen wir das einmal.

Wieso haben wir keine europäische Bank, die – das kann man bei der EIB in Luxemburg sehen – Staatsfinanzierung betreibt und sich das Geld bei der EZB genauso holt wie alle anderen, nämlich billig? Weil sie keine großen Gewinne machen muss – sie ist nämlich unsere Bank -, könnte sie es mit einem kleinen Aufschlag an die Länder weitergeben. Die ganze Ersparnis bei den Kapitaldiensten wird – hier bin ich

mit Frank-Walter Steinmeier völlig einig: Wir müssen den Schuldenberg abbauen – in den Abbau des Schuldenberges gesteckt.

Das nennen einige nun, wie gesagt, Monetarisierung oder Monetisierung der Staatsverschuldung. Liebe Freunde, eine solch unglaubliche Lobbyarbeit, die uns weismachen will, dass nur über die Privatbanken, nur über die Finanzmärkte die Staaten finanziert werden dürfen, müssen wir im eigenen Interesse zurückweisen.

(BEIFALL)

Nur dann, wenn wir in der Lage sind, unsere Finanzierung mit harten Auflagen für solide Staatsfinanzen – keine Frage - selber sicherzustellen, sind wir von den Ratingagenturen und den Finanzmärkten unabhängig. Nur dann! Dann dürfen sie uns auch Angebote machen. Dann können wir auch Eurobonds ausgeben. Bis dahin bleibt die Verschuldung der Staaten übrigens. Aber Eurobonds dann in Konkurrenz zu unserer Eigenfinanzierung können ein gutes Instrument sein.

Ich stimme allen zu, die hier gesagt haben: Es war der schwerste Fehler in dieser Krise, wegen des kleinen Griechenland die Staatsanleihen in Europa ins Gerede zu bringen. Falscher konnte man das nie anpacken. Jean-Claude Trichet, die EZB und die Bundesbank hatten an dieser Stelle vollkommen recht damit. Deswegen: Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind an einem Punkt angekommen, an dem wir das erste Mal erlebt haben, dass wir eine Staatsanleihe nicht mehr ganz am Markt unterbringen konnten. Das gelang nur noch zu einem Drittel. Ich glaube, wir sind an einem Punkt angekommen – auch wir als Deutsche -, an dem es jetzt hopp oder topp geht. Ich glaube, eine Lösung kann darin liegen, dass wir unsere Finanzierung von den Spekulanten in den Märkten und auch von allen anderen unabhängig machen und von da aus dann einen Neustart in Europa zuwege bringen. – Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Peter Simon, ihm folgt Eckart Kuhlwein.

Peter Simon, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Anknüpfend an einen Satz von Hans Eichel: Der Vertrauensverlust der internationalen Investoren ist die eine Seite, Hans, die zweite ist ja der Vertrauensverlust der Banken untereinander: der Interbankenhandel, der schon wieder aussetzt, die Frage, warum die Banken in Asien, in den USA, in anderen Teilen der Welt Geld ist unsere Banken stecken sollen.

Die Frage, warum sie es nicht tun, ist ganz einfach zu beantworten. Weil, wie Hans eben zu Recht sagte, kein Mensch mehr daran glaubt. Damit unterscheiden sich doch die Märkte nicht von denen auf der Straße. Es glaubt ja niemand daran, dass das, was wir hier scheinbar vollzogen haben, am Ende tatsächlich funktioniert.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle sind uns heute Morgen hier drinnen darüber einig. Wir alle haben schon mehrmals festgestellt: Wir hätten die Brandmauer gebraucht. Scheibchenweise haben wir das Ganze jetzt verpuffend verbraucht. Genauso teuer ist es und noch viel gefährlicher. Was hat es gebracht? Wir alle sind uns darüber einig.

Liebe Genossinnen und Genossen, ist euch aber aufgefallen, dass das der Kanzlerin nicht im Geringsten etwas antut, dass es ihr nicht schadet, dass ihre Popularitätswerte weiterhin bei 31 Prozent liegen?

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist das eigentlich Gefährliche. Da geht es nicht um irgendeine Wahl, die als Nächstes ansteht. Da geht es um die Frage, welche Botschaft sich dahinter verbirgt. Eigentlich könnte man doch erwarten, dass in einer solchen Situation, in der jeder Angst hat, wo jeder nicht weiß, ob es so oder andersherum geht, wo die meisten Menschen es eben überhaupt nicht mehr überblicken, die in Verantwortung stehenden Politiker hier an Popularität verlieren. Das ist aber nicht der Fall.

Sie bleibt, sie hält sich, und darin liegt die eigentliche Gefahr, weil sich dahinter doch nichts anderes verbirgt als das latente Unterstellen: Na ja, sie tut es so gut, wie sie es kann. Sie nimmt die deutschen Interessen so gut, wie es geht, wahr. Sie ist unsere Sparkanzlerin und passt auf, dass die anderen unser Geld nicht verprassen. Das ist doch das, was da mitschwingt.

Aber wohin führt es denn, wenn - das schwingt im Bewusstsein der Bevölkerung durch - so jemand es auch nicht gebacken bekommt? Spätestens bei der nächsten Europawahl werden, gerade vor dem Hintergrund eines solch fantastischen Urteils wie dem aus Karlsruhe zur Fünfprozenthürde bei der Europawahl, die Menschen nach Lösungen suchen, die ihnen verständlich und glaubwürdig erscheinen. Das sind im Zweifel ganz, ganz einfache Lösungen. Da werden Parteien aus den Startlöchern kommen, an die wir heute noch gar nicht denken. Vielleicht werden wir noch froh sein, wenn es solche sind, um die es im Moment Spekulationen gibt: wie die von Herrn Henkel mit seinen präsenilen, kruden, im besten Fall eitlen Theorien zu Europa und dem Euro. Nein, da werden andere kommen, die noch einfachere Lösungen haben werden.

Am Ende wird vielleicht eine noch stärkere Auseinandersetzung erforderlich sein - damit haben wir uns heute eingangs schon beschäftigt - mit Fragestellungen, die wir heute noch gar nicht wahrhaben wollen. Deswegen: Wenn wir diese Parteienlandschaft, wenn wir unsere Partei, wenn wir Demokratie in Europa und in Deutschland dauerhaft sichern wollen, dann müssen wir es besser schaffen, Verantwortlichkeiten besser zuzuweisen, als das bisher der Fall war. Da sind wir alle gefordert, in allen Ortsvereinen, in allen politischen Diskussionen vor Ort. Lasst uns diese Frage, die meiner Auffassung nach über den Tag hinaus entscheidend für die politische Landschaft in Deutschland sein wird, gemeinsam angehen, damit am Ende des Tages neben dem Euro nicht noch das ganze Land ins Schlingern gerät. Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, das Wort hat jetzt Eckart Kuhlwein. Als letzter Redner der Europadebatte wird ihm Martin Schulz folgen, und unmittelbar danach werden wir in die Abstimmung eintreten. Bitte sagt den abstimmungsberechtigten Delegierten Bescheid, dass sie sich in den Saal begeben. Nach Eckart und nach Martin wird es in die Abstimmung gehen.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Ich danke dem Präsidium, dass ich noch drankommen darf. - Genossinnen und Genossen! Ich bin wirklich überrascht und fasziniert davon, wie viele Weltfinanzmarktexperten diese Krise in der SPD geboren hat.

(BEIFALL)

Ich habe heute fast den ganzen Tag nichts anderes gehört als Ausführungen dazu, welche europäischen Strukturen, Instrumente, Hebel wir entwickeln könnten. Ich wundere mich darüber, weil ich mit Europa doch noch etwas anderes verbinde. Von Helmut Schmidt und von Frank-Walter Steinmeier ist auch über das friedenserhaltende Europa geredet worden. Auch aufgrund der jüngeren Geschichte können wir sagen: Europa ist nicht nur Bürokratie. Es gibt nicht nur negative Erfahrungen wie die Euro-Krise. Europa bedeutet auch gewaltige Fortschritte, zum Beispiel auf meinem Feld, dem Umwelt- und Naturschutz, die wir ohne Europa so nicht hinbekommen hätten. Ich weiß nicht, wer von euch sich mal mit Natura 2000 beschäftigt hat, dem Netzwerk zur Erhaltung, Pflege und Weiterentwicklung des europäischen Naturerbes, das es seit 1992 gibt. Dadurch wurde in Europa einiges an Biodiversität erhalten, was woanders längst zerstört worden ist.

Europa ist nicht nur Finanzmarktpolitik, Europa sind die vielen gemeinsam verabredeten Strategien und Praktiken, die am Ende das Europäische Parlament entwickelt und unterstützt hat.

In diesem Zusammenhang - deswegen habe ich mich gemeldet -: Wir stehen vor einer neuen Phase des Haushaltsrahmens von 2014 bis 2019, bei der es auch um die europäische Agrarpolitik gehen wird. Deshalb mein Appell an die Bundestagsfraktion, an die Landesregierungen, aber insbesondere natürlich auch an das Europäische Parlament, das aufgrund des Lissabonner Vertrages zum ersten Mal über die Agrarpolitik mitbestimmen darf: Sorgt dafür, dass wir zu einer nachhaltigen EU-Agrarpolitik kommen, von der nicht mehr die Großen profitieren, sondern von der auch die kleinen Landwirte etwas haben, die noch ökologisch und sozial wirtschaften.

Der rumänische EU-Kommissar Ciolos hat sehr weitreichende Vorschläge dafür gemacht. Diese dürfen nicht scheitern an Aigner, Merkel und Sarkozy, sondern dem muss das Europäische Parlament im nächsten Jahr seinen Segen geben, damit in der europäischen Landwirtschaft in vorbildlicher Weise Schluss gemacht wird mit Massentierhaltung, Zerstörung der Böden, Verunreinigung des Wassers, Zerstörung der Biodiversität und damit in Zukunft wirklich nachhaltig gewirtschaftet wird. Schönen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Eckart. Jetzt hat als letzter Redner in der Debatte Martin Schulz das Wort. Ich bitte noch einmal, dass alle Delegierten in den Saal kommen. Und ich bitte noch einmal, dass alle, die ein wichtiges Gespräch zu führen haben, das möglichst vor der Tür machen. - Martin, du hast das Wort.

Martin Schulz, Beauftragter des Parteivorstandes für die EU: Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich 1994 ins Europaparlament gewählt wurde, da war auf sozialdemokratischen Parteitag die Rolle von Europaabgeordneten so beschrieben, wie man es im Protokoll liest: Herzlich willkommen auf der Liste der ausländischen Gäste! Das hat sich geändert. Der erste Tag dieses Parteitages zeigt, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Führungsrolle - die, das habt ihr von Jens Stoltenberg gehört, ihr von den vielen Schwesterparteien zugebilligt, ja, die ihr geradezu abverlangt wird - angenommen hat und dass wir beim Kampf um die Verteidigung der europäischen Idee voranschreiten. Dafür ein herzliches Dankeschön an Sigmar Gabriel und an das Präsidium der Partei.

(BEIFALL)

Es ist ein großer Fortschritt, dass Europa zum Auftakt dieses Parteitages in den Mittelpunkt der Debatte der SPD gestellt wird. Genossinnen und Genossen, wir sind die Europapartei in Deutschland, wir sind die führende Kraft der europäischen Sozialdemokratie. Darauf bin ich stolz, darauf können wir alle stolz sein.

(BEIFALL)

Denn die Diskussion, die wir heute führen, wird aufmerksam verfolgt, in diesem Land, aber auch außerhalb Deutschlands. Ich will ein paar Argumente aufgreifen, die heute schon mehrfach vorgetragen worden sind.

Wir sind uns in diesem Saal einig: Der Leitantrag, den Frank-Walter Steinmeier eingeführt hat, zeigt, dass wir einen klaren Kurs haben. Nur, es reicht nicht, dass wir uns in diesem Saal einig sind. Diskutiert mit den Menschen auf der Straße, mit den Kollegen im Betrieb, euren Freunden in den Sportvereinen, mit eurer Familie: Sie alle stellen kritische Fragen zu diesem Europa, zu dieser Europäischen Union. Aber nicht jeder, der Kritik an der EU übt, Genossinnen und Genossen, ist ein Anti-Europäer.

(BEIFALL)

Es gibt viele kritische Fragen zu stellen. Deshalb rate ich dringend dazu, die Einigkeit auf einem Parteitag nicht damit zu verwechseln, dass wir zurzeit viel Mühe haben, die Menschen beim europäischen Projekt bei der Stange zu halten. Ich bin sicher, die Menschen sind für die Idee von Europa. Im 21. Jahrhundert sind die ökonomischen, die ökologischen, die währungspolitischen, die migrationspolitischen Fragen nur transnational zu lösen, durch Lösungen, die Völker und Staaten integrieren. Das ist die Idee von Europa, hinter der die Menschen auch stehen. Wenn man mit den Leuten darüber redet, dann sagen sie: Ja, das ist richtig, dafür sind wir. Aber sie sind nicht einverstanden mit dem Zustand der Europäischen Union in der heutigen Form. Deshalb ist unsere Aufgabe, Europa zu verändern, damit die Idee von Europa gerettet wird. Das ist der Auftrag, den wir als Sozialistinnen und Sozialisten, als Sozialdemokraten haben.

(BEIFALL)

Dafür ist unser Leitantrag und ist die Debatte, die wir hier heute führen, ein Kompass.

Liebe Genossinnen und Genossen, 24 Regierungschefs in der Europäischen Union kommen aus konservativen und liberalen Parteien. Ich wiederhole die Zahl: 24 von 27 Regierungschefs kommen von konservativen und liberalen Parteien.

Es gibt eine überwältigende Mehrheit von Angela Merkels und Nicolas Sarkozys und ihren Helfershelfern in anderen Regierungszentralen im Europäischen Rat. Die bestimmen den Kurs Europas; und das ist auch der Grund, warum Europa schlecht regiert wird. Es wird erzkonservativ und neoliberal geführt. Dafür brauchen wir eine sozialdemokratische Alternative.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, Frank-Walter Steinmeier hat darauf hingewiesen: Er ist ein Nachkriegskind. - Ich auch. Das sieht man.

(HEITERKEIT)

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir gehören einer Generation an, die ein Leitmotiv ihrer Eltern kannte. Unsere Eltern haben gesagt: Unseren Kindern soll es besser gehen als uns. - Und uns geht es besser, als es unseren Eltern je gegangen ist. Aber wir sind zugleich eine Generation, die weiß, dass sie sich die Frage stellen muss, ob es unseren Kindern und deren Kindern noch so gut gehen wird wie uns heute. Das ist eine Verpflichtung, die wir haben - wir, die wir ein enormes Erbe an Freiheit, an Wohlstand, an Bildung hatten, so wie nie eine Generation zuvor. Dieses Erbe hatten wir aufgrund der Europäischen Einigung, aufgrund der gigantischen ökonomischen und sozialen Fortschrittsleistung, die das Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erbracht hat. Dieses gute Erbe haben wir aus der europäischen Integration erworben. Deshalb haben wir die Pflicht, das an unsere Kinder und deren Kinder weiterzugeben. Und diese Pflicht führt dazu, dass wir das europäische Sozialmodell gegen die verteidigen müssen, die es zerstören wollen. Auch das ist die Botschaft unseres Leitantrags. Das ist eine moralische Verpflichtung, nicht nur eine politische.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Europa schaut auf Deutschland. Wir sind – das hat Helmut Schmidt wunderbar beschrieben – dieses Zentrum des Kontinents, das herausgefordert wird durch die Frage: Wie gehen wir mit der Schwäche der Peripherie um? So hat er das in seiner Rede genannt. Wann immer das Zentrum stark war und die Peripherie schwach, hatte das Zentrum eine Wahl. Und wir haben heute diese Wahl: Nutzen wir unsere Stärke, um die Schwäche der Peripherie auszugleichen und die Peripherie zu stärken?

(BEIFALL)

Oder nutzen wir unsere Stärke, um anderen Völkern in Europa Lektionen zu erteilen?

Sollte ich am 17. Januar Präsident des Europäischen Parlaments werden, dann habe ich als deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament, als sozialdemokratischer Vertreter in dieser multinationalen Parlamentarierversammlung eine Pflicht, die ich wahrnehmen will: dazu beizutragen, dass es ein europäisiertes Deutschland gibt und kein deutsch-dominiertes Europa. Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken müssen.

(BEIFALL)

Eckart Kuhlwein hat eben darauf hingewiesen: Europa ist mehr als diese Finanzkrise. – Ja! Auf keinen Fall dürfen wir unsere europäische Politik ausschließlich auf diese Währungskrise, die – besser gesagt eine Krise des Managements dieser Währung ist, reduzieren. Aber einen Satz zum Management der Währung will ich schon noch sagen. Hier ist Jean Monnet zitiert worden. Er hatte die Idee gemeinsamer europäischer Institutionen. Die Gemeinschaftsmethode, wie wir das in Brüssel und in Straßburg so schön nennen, die Methode, dass gemeinschaftliche Institutionen geschaffen werden, um die Aufgaben, die wir in Europa gemeinsam wahrnehmen wollen, zu organisieren, ist nicht irgendetwas Technisches; da geht es um den Interessenausgleich großer, mittlerer und kleiner Staaten in diesem Kontinent. Die Gemeinschaftsinstitutionen Kommission, Parlament und auch der Rat sind dazu geschaffen, diesen Interessenausgleich zwischen großen und kleinen, ökonomisch starken und schwächeren, mittleren Nationen und großen, bevölkerungsreichen Ländern herzustellen.

Wir erleben aber etwas anderes. Wir erleben, dass der Rat der Staats- und Regierungschefs immer mehr einzelne Entscheidungen auf sich zieht. Und was sich in der Währungsunion, bei diesem Sondergipfel der

17, der sich laut Angela Merkel zur Wirtschaftsregierung Europas erklärt hat – sie hat ja gesagt: Wir, die 17 Staats- und Regierungschefs, sind die Wirtschaftsregierung Europas, abspielt, ist doch Folgendes: Dort findet kein Interessenausgleich mehr zwischen Großen und Kleinen statt. Dort sind es zwei, die anordnen, was andere in ihren Ländern durchzuführen haben. Merkel und Sarkozy sagen Herrn Monti in Straßburg, was er in Italien umzusetzen hat. Das ist nicht der Europäische Rat, das ist der Wiener Kongress! Das ist nicht 21., sondern 19. Jahrhundert!

(BEIFALL)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, verteidigen wir diese europäische Idee. Schaut euch das Mittelmeer an! Im nördlichen Afrika brechen Millionen Menschen auf, für Freiheit und Demokratie, für Menschenrechte, für die zivilisatorischen Fortschritte dieses Teils der Erde zu streiten - übrigens auch zu sterben. Und der südliche Teil unseres Kontinents ist der, der in den ökonomischen Schwierigkeiten steckt, die wir alle heute ausführlich diskutiert haben. Ja, wir haben die Union für das Mittelmeer geschaffen, eine gemeinsame Kooperation in Ausbildung, Infrastruktur, Landwirtschaft, übrigens auch in erneuerbaren Energien. Die Solarenergie ist im Mittelmeer besser aufgestellt als in Grönland. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum im Mittelmeer durch Europa und Nordafrika würde doch Wohlstand dort und Beschäftigung bei uns bringen. Lasst uns Europa nicht auf diese Finanzmarktdebatte reduzieren! Europa ist eine Idee von der Rolle der parlamentarisch verfassten Demokratien in der Welt.

(BEIFALL)

Lasst uns dieses Modell verteidigen - übrigens auch gegen die, die uns sagen, wir seien nicht mehr wettbewerbsfähig, weil es Arbeitnehmerrechte gibt, weil es bei uns die Gleichberechtigung von Mann und Frau gibt, weil es bei uns die garantierten Arbeitsrechte am Arbeitsplatz gibt, weil es bei uns den Sozialstaat gibt. Klar ist China billiger, aber China ist deshalb billiger, weil es eine große Wirtschaftsmacht, aber auch eine Diktatur ist! Warum verteidigen wir unser europäisches Modell nicht dagegen?

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, ich bin stolz, dass ich diesem Präsidium, dieser Partei als ihr Europabeauftragter angehören darf. Das ist eine tolle Partei. Die SPD ist eine tolle Partei – in jeder Hinsicht. Ich bin stolz darauf, dass ich als Sozialdemokrat aus Deutschland im Europaparlament sitze. Nach der Rede von Helmut Schmidt heute Morgen und nach der Rede von Frank-Walter Steinmeier eben, die ihr alle gehört habt, könnt ihr mein Gefühl teilen: Wir stehen in einer ungebrochenen Tradition. Der Tradition, dass sich der Respekt des Einzelnen vor dem anderen aus dem individuellen Beziehungsrahmen eines Volk übertragen muss auf den Rahmen der Völker untereinander - mit Respekt vor der eigenen Identität und der Identität der anderen, mit Respekt vor der eigenen Kultur und der Kultur der anderen - , um eine Gemeinschaft zu bilden. Das ist eine faszinierende Idee, die seit 150 Jahren auch die Idee unserer Partei ist. Wir waren die erste international orientierte Partei. 148 Jahre nach unserer Gründung sind wir die führende europäische international orientierte Partei. Darauf dürfen wir stolz sein! Genossinnen und Genossen, ich sage euch: Wenn wir das jemals aufgeben würden, wenn es jemals so käme, dass die SPD, die größte sozialdemokratische Partei in Europa, diese Idee aufgäbe, dann käme Europa auf einen falschen Weg. Es ist nicht übertrieben, wenn ich euch sage: Die Stabilität Europas als Sozialmodell, das völker- und staatenübergreifend Wohlstand im interkontinentalen Wettbewerb absichert, hängt von der Stärke Deutschlands ab.

Aber ob Deutschland die Stärke aufbringt, an dieser Idee festzuhalten, das hängt von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ab, und die hat heute den Kurs bestimmt.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Lieber Martin, ganz herzlichen Dank für diesen erneuten stimmungsvollen Beitrag auf einem Bundesparteitag. Wir wissen, dass du keine einfache Aufgabe hast. Deswegen nochmals der herzliche Dank dieses Parteitags. In diesen Dank will ich ausdrücklich einbeziehen die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen Gruppe im Europäischen Parlament, von Bernd Rapkay bis Udo Bullmann, von Jutta Steinruck bis zur Evelyne Gebhardt, die alle einen fantastischen Job unter wirklich schwierigen Bedingungen leisten. Ich wünsche euch auf diesem Weg weiterhin viel Erfolg.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dem stimmungsvollen und inhaltlichen Teil kommen wir jetzt zum technischen. Ihr müsst nämlich jetzt noch die Beschlüsse fassen, die wir hier alle aufgerufen und auch eingefordert haben. Wir haben, da bisher keine Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen vorliegen, eine Chance dass wir, wenn wir das jetzt zügig hinkriegen, von den 80 Minuten wieder ein bisschen Zeit hereinholen, die wir im Moment hinter unserem Zeitplan für heute liegen.

Deswegen würde ich gern zügig einsteigen. Wir beginnen mit den Initiativanträgen. Das ist zunächst der Initiativantrag 217. Das ist die Europa-Resolution. Die Antragskommission wird dazu allerdings zunächst Stellung nehmen. Angelica, du hast das Wort.

Angelica Schwall-Düren, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir in die Abstimmung über die Anträge einsteigen, lasst mich vor dem Hintergrund der großartigen Reden von Frank-Walter Steinmeier, Helmut Schmidt und auch Martin Schulz und den wirklich tollen Beiträgen, die von euch hier geleistet worden sind, noch einige wenige Worte sagen.

Ich will nur einmal kurz auf das Spannungsfeld zwischen der Verantwortung Deutschlands in und für Europa und unserem eigenen Interesse eingehen. Ich möchte euch noch einmal nachdrücklich darauf aufmerksam machen, wie wichtig es ist, dass wir die Außenwahrnehmung unserer Rolle ernst nehmen.

Dazu will ich euch von einem Brief erzählen, den ich dieser Tage aus New York, von einem jungen französisch-stämmigen Juden bekommen habe, der polnisch spricht, dessen Vater als Holocaust-Überlebender viele geschäftliche Beziehungen zu Deutschland hatte und dem jungen Mann die Chance gab, unser Land kennenzulernen. Er hat mir geschrieben, wie sehr er dieses demokratische Deutschland, dieses moderne Deutschland liebt, dass er sich aber gerade in der letzten Zeit große Sorgen macht, ob wir unsere historische Lektion wirklich gelernt haben. Er hat zum Ausdruck gebracht, dass er befürchtet, wir hätten nicht verstanden, dass unsere erste Demokratie nicht an der Hyperinflation zugrunde gegangen ist, sondern an der Brüning'schen Austeritätspolitik. Er hat uns dringend aufgefordert, als Deutsche nicht dazu beizutragen, dass die wirtschaftliche und soziale Situation sich in Europa verschlechtert, und daran dieses wunderbare Zukunftsprojekt Europäische Union zerstört wird.

Ich glaube, wenn wir das ernst nehmen, dann können wir auch sehr klar und deutlich sagen, dass es auch in unserem eigenen Interesse ist; denn wenn wir uns heute wirtschaftlich auch stark fühlen, so ist diese Stärke doch ganz eng verbunden mit der Stärke unserer Nachbarn. Deren Schwäche wird am Ende unsere Schwäche sein. Deswegen bin ich sehr froh, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir mit den vorliegenden Anträgen wirklich auf der Höhe der Zeit sind, dass wir hier sowohl mit den Initiativantrag als auch mit dem Leit Antrag des Parteivorstands die richtige Analyse und die richtigen Antworten auf die Herausforderungen geben.

Wir haben dabei auch als Antragskommission eine ganze Reihe von Anregungen aus den Änderungsanträgen aufgenommen. Ich möchte euch wirklich bitten, dass wir mit großer Mehrheit hier den Voten der Antragskommission folgen. Wir sind mit diesen Anträgen gut gerüstet für die Debatte in der deutschen, aber auch in der europäischen Öffentlichkeit, und werden sehr gut als Sozialdemokraten dastehen. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Genossinnen und Genossen, jetzt wird es ganz kleines bisschen kompliziert. Wir versuchen, es trotzdem ordentlich zu machen.

Ich bitte euch, zunächst den IA 217 vorzunehmen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme, allerdings mit einigen kleinen Änderungen. Die liegen euch noch nicht vor. Deswegen muss ich sie euch vorlesen. Aber es sind alles Änderungen, die ihr hinkriegt.

Ich gehe davon aus, dass ihr den 217 vorliegen habt. Die Antragskommission schlägt eine erste Änderung in Absatz 1 vor, und zwar in den Zeilen 2 bis 5. Dort wird jetzt formuliert: „was als Schuldenkrise in Griechenland begann“ Dieser Satz wird ersetzt in folgender Fassung: „Was als Finanzmarktkrise begann, sich als Schuldenkrise in einzelnen EU-Staaten fortsetzte“, damit die Kette klarer ist. Dies wäre die erste Änderung der Antragskommission, die vorgeschlagen wird. Habt ihr das mitbekommen.

(ZURUFE: JA!)

- Es widerspricht jetzt keiner ernsthaft. Dann ist das jetzt so.

Im Absatz 4, Zeilen 50 bis 52, soll umformuliert werden: „Aber ohne ihr Eingreifen zur Stabilisierung der Währungsunion stünde Europa heute vor dem Ruin. Sie wird auch weiterhin eine zentrale Verantwortung haben.“

Die dritte Änderung, die die Antragskommission vorschlägt, ist in Absatz 5, also dem nachfolgenden, und zwar in den Zeilen 56 bis 60. Absatz 5, Zeilen 56 bis 60, wird durch folgende Sätze ersetzt: „Die von der deutschen Bundesregierung vorgeschlagene Vertragsanpassung wird“ - Einschub - „allein nicht ausreichen, um die drängenden Probleme zu lösen.“ Neuer Satz: „Jetzt ist schnelles Handeln erforderlich.“

Danach kommt die vierte Änderung, eine Ergänzung nach Absatz 14 in Zeile 145; da kommt ein neuer, achter Punkt hinzu. Der lautet dann: „Wir brauchen einen Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa. Kein Land darf über, und kein Land darf unter seinen Verhältnissen leben.“

Dies sind die vier Änderungen der Antragskommission. In dieser Fassung würde die Antragskommission Annahme empfehlen. Ich frage: Ist das jetzt einigermaßen nachvollzogen worden?

(ZURUFE: JA!)

- Ich habe überwiegend „ja“ gehört.

(ZURUFE: JA!)

- Sehr gut. Dann lasse ich jetzt in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, dass wir den IA 217 in dieser Fassung annehmen, bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dies bei ganz wenigen Enthaltungen so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(BEIFALL)

Dann komme ich zum Initiativantrag 228, der sich auf den Leit Antrag bezieht. Dieser Änderungsantrag liegt euch vor. Dazu empfiehlt die Antragskommission zum Abschnitt 1 Absatz 4 Annahme. Gibt es dazu Anmerkungen? - Soll ich das formal abstimmen lassen? Oder wenn jetzt kein Widerspruch kommt, dann würde ich das als Annahme oder als beschlossen ansehen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so.

Dann Änderung zu Abschnitt 3 Absatz 3. Dort empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann empfiehlt die Antragskommission zum Abschnitt 5 Absatz 2 ebenfalls Ablehnung. Gibt es dazu Widerspruch? - Es gibt Widerspruch. Es war ein bisschen zurückhaltend. Willst du den jetzt noch begründen, oder willst du ihn formal abgestimmt haben? - Formal. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das war jetzt ziemlich eindeutig. Ich glaube, das müssen wir nicht auszählen.

Dann sind die Änderungen betreffend den EU 1 angenommen.

Ich komme dann zum Initiativantrag 240, der sich ebenfalls auf den EU 1 bezieht. Dort empfiehlt die Antragskommission die Annahme in folgender Fassung: „Die Regulierung darf nicht zu einer Existenzgefährdung kleiner Institute, insbesondere der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, führen.“ Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dies angenommen.

Ich müsste jetzt sinnvollerweise erst über EU 1 -- Okay, der bezieht sich darauf.

Wir stimmen erst über EU 2 ab. Dort gibt es einen Änderungsantrag zum EU 1. Das ist im Antragsbuch auf den Seiten 221 bis 222 ausgedruckt. Dort empfiehlt die Antragskommission Annahme in der entsprechenden Fassung, die auch im Antragsbuch ausgedruckt ist. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann könnten wir jetzt zum EU 1 kommen. Das sind die Seiten 208 bis 221 im Antragsbuch mit den jetzt beschlossenen Anmerkungen in der Fassung der Antragskommission. Darüber lasse ich jetzt noch

einmal ganz ordentlich abstimmen. Wer dafür ist, dass wir dies in der Fassung der Antragskommission annehmen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das, wenn ich das jetzt richtig gesehen habe, einstimmig. Herzlichen Dank dafür.

(BEIFALL)

Dann komme ich zu den anderen Anträgen, zum Antrag 3, Zukunft Europa. Erledigt durch die Annahme von EU 1. Gibt es dagegen Widerspruch? - Nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

EU 4, Kampagne zur europäischen Finanztransaktionssteuer. Überweisung an den Beauftragten des Parteivorstands für Europapolitik. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dies so beschlossen.

Dann gibt es den EU 5, Europäische Wirtschaftspolitik. Erledigt durch EU 1 und StW 1. Das Letzte haben wir noch nicht beschlossen. Im Kern würde es aber das Votum sein. Ich frage jetzt einfach: Gibt es dagegen Widerspruch, wenn wir so verfahren? - Mit dem Hinweis, dass wir den Steuer- und Wirtschaftsanhänger noch beschließen müssen. Insofern ist es nicht ganz präzise, aber ich glaube, wir wissen, was gemeint ist. - Wie bitte? - Deswegen sage ich es ja. Deswegen kommt es ja dann ins Protokoll. Gut, Widerspruch dagegen gibt es nicht. Dann ist das so entschieden.

Ich komme zum EU 6, Gleiche Arbeitsbedingungen in ganz Europa. Ebenfalls erledigt durch EU 1, mit dem eben schon erfolgten Protokollhinweisen zum Steuer- und Wirtschaftsanhänger 1 und Arbeit 1. Gibt es dagegen Widerspruch? - Nicht der Fall. Dann ist auch dies so beschlossen.

Ich komme zu EU 7, Schutzzoll gegen Lohndumping. Der ist erledigt durch A 1. Das heißt, den haben wir noch gar nicht beschlossen. Das wäre dann im Vorausgriff. Gibt es dagegen Widerspruch? - Kann man eleganter machen, aber es ist jetzt so. Es gibt keinen Widerspruch. Ihr akzeptiert das; großes Vertrauen in die Antragskommission, dafür auch namens Olaf Scholz schon einmal herzlichen Dank.

Damit komme ich zum EU 8, Kandidatennominierung für EU-Kommissionspräsident/in. Erledigt durch Beschluss des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Europas und durch Beschluss des Rates der Sozialdemokratischen Partei Europas. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann komme ich zum EU 9, Bekämpfung der Notstandsgesetzgebung gegen Arbeitnehmer in Europa. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. - Gibt es dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann ist das ebenfalls beschlossen.

Ich komme zum EU 10, Mehr europäische Sozialdemokratie wagen. Überweisung an den Beauftragten für Europapolitik des Parteivorstands. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zum EU 11, Griechenland, Euro-Rettung. Ebenfalls Empfehlung als Überweisung an Europapolitische Kommission des Parteivorstands. Gibt es dagegen Widerspruch? - Nicht der Fall. Dann ist das auch so beschlossen.

EU 12, „Euro-Krise“ überwinden. Erledigt durch EU 1 in der Fassung der Antragskommission. Gibt es dagegen Widerspruch? - Nicht der Fall. Dann so beschlossen.

EU 13, EU-Sonderwirtschaftszone Griechenland. Überweisung als Material an Europapolitische Kommission des Parteivorstands. - Widerspruch dazu? - Nicht der Fall. Dann so beschlossen.

EU 14, Verantwortung für ein föderales Europa. Erledigt durch EU 1 in der Fassung der Antragskommission. Widerspruch dazu? - Nicht der Fall. Dann ist auch dies so beschlossen.

EU 15, Zukunft des Euroraums. Da ist dasselbe Votum. Gibt es dagegen Widerspruch? - Auch nicht. Dann ist das ebenfalls beschlossen.

Dasselbe gilt für EU 16, Sozialdemokratisches Europa. Widerspruch dazu? - Ebenfalls nicht. Dann ist auch das so beschlossen.

EU 17, Steuerrecht. Hier ist das Votum ein anders, nämlich Annahme in der Fassung der Antragskommission wie im Antragsbuch ausgedrückt. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch das so beschlossen.

Dann kommen wir noch zu dem Antrag 44, Finanztransaktionssteuer, aus dem Steuer- und Wirtschaftskapitel. Er ist auf Seite 647. Dort empfiehlt die Antragskommission: Erledigt durch EU 1 in der Fassung der Antragskommission. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Es gab noch einen mündlichen Änderungsantrag. Das haben wir jetzt falsch gemacht. Den hätten wir vorher aufrufen müssen. Das ist doch der zum EU 1. Ich trage es der Form halber vor. Wir haben vorher vergessen, es aufzurufen. Es gab noch einen mündlichen Vorschlag von Norbert Fabian, in dem er vorgeschlagen hat, die Überschrift im EU 1 zu ändern und ergänzend aufzuführen: „schrittweise Gemeinschaftsanleihen einzuführen“. Dort gibt es jetzt einen erweiterten Vorschlag, der unter anderem auch mit Frank-Walter und mit Martin abgestimmt ist. Dort soll es in der Überschrift jetzt heißen: „Nachträglich den Verschuldungskreislauf durchbrechen - Entschuldung als gemeinsame Aufgabe“. Damit ist klar, dass es nicht nur um den einen Teil geht, sondern um die Gesamtverantwortung. Ich frage jetzt einfach einmal nachträglich, ob es Widerspruch dagegen gibt, dass wir die Überschrift so ändern. - Nicht der Fall. Das dachten wir uns. Deswegen haben wir es vorher wahrscheinlich vergessen. Ich danke euch nachträglich ganz herzlich.

Damit sind wir mit dem Abstimmungs-marathon zu Europa wirklich durch.

Ich darf zum nächsten Antragsblock, Themenblock überleiten. Das ist der Block Demokratie, der uns auch im Rahmen einer Zukunftswerkstatt in den letzten zwei Jahren unter Leitung von Heiko Maas intensiv in verschiedenen Veranstaltungen, auch regionalen Veranstaltungen, beschäftigt hat. Dafür will ich mich schon jetzt einmal bei der gesamten Zukunftskommission und insbesondere bei Heiko Maas als dem zuständigen Leiter bedanken.

Ich erteile jetzt Heiko Maas das Wort zur Einbringung des Leitantes.

EINBRINGUNG LEITANTRAG DEMOKRATIE

Heiko Maas, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, eigentliche reden wir schon den ganzen Tag auf diesem Parteitag über die Gefährdung unserer Demokratie in Europa durch die Märkte, und das in einem Ausmaß, wie ich es auf einem Parteitag bisher noch nicht erlebt habe. Deshalb ist es nur konsequent, dass wir uns auch mit der Weiterentwicklung demokratischer Mitwirkungsrechte beschäftigen.

Das wollen wir mit dem Antrag tun, den euch der Parteivorstand vorgelegt hat. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, unsere Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte -seit über 60 Jahren im Westen und seit über 20 Jahren im Osten unseres Landes. Mit und in unserer Demokratie haben wir als Deutsche nach der Naziherrschaft wieder den Weg zurück in die Weltgemeinschaft gefunden. Wir haben mit und in unserer Demokratie die Idee des vereinten Europas verwirklicht, auch die soziale Marktwirtschaft. Wir haben über gesellschaftliche Veränderungen gestritten, sei es über den Atomausstieg bis hin zu einer gesellschaftlichen Liberalisierung im Osten. Schließlich haben wahrhaft mutige Menschen auf friedliche Weise vor rund 20 Jahren Demokratie und Freiheit erkämpft. Darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen. Ich bin froh, dass meine Kinder in einer Demokratie aufwachsen. Denn das ist keine Selbstverständlichkeit, weder historisch noch global. Das, was Demokratie bedeutet, zeigt uns gerade der arabische Frühling: Menschen riskieren ihr Leben, um wählen zu gehen. In Tunesien, Ägypten oder Libyen und zur Stunde in Syrien sterben die Menschen für Freiheit und Demokratie. Welches Glück haben wir eigentlich, in einer gefestigten Demokratie zu leben! Das dürfen wir nie vergessen. Liebe Genossinnen und Genossen, das, was für uns eine Selbstverständlichkeit ist, ist für viele andere die Sehnsucht ihres Lebens. Das dürfen wir auch in einer Wohlstandsgemeinschaft im 21. Jahrhundert nicht vergessen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, kann man schon sauer sein, wenn man etwa bei den Protesten gegen Stuttgart 21 Plakate lesen musste, die sich in die Tradition der arabischen Revolutionäre stellen. Dort geht es um das Blutvergießen auf den Straßen von Damaskus und in Stuttgart um den Bau eines Bahnhofs. Egal, ob man bei diesem Projekt pro oder contra eingestellt ist, kann man nur sagen: Leute, überzieht nicht mit der Kritik an unserer Demokratie!

(BEIFALL)

Ich kann alle nur warnen auch in den Medien, die nur noch voller Verachtung über unsere Parlamente oder Parteien sprechen. Zu all denjenigen kann man sagen: Wenn ihr alle politischen Institutionen derart moralisch diskreditiert, dann bekommt ihr irgendwann den großen Pseudocharismatiker, den doch niemand will. Das war in Italien so. Und niemand will in Deutschland einen Populisten, einen Adelführer oder was auch immer, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das ist ein Wert, den wir schätzen und nicht leichtfertig herunterreden sollten.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir alle spüren und wissen, dass sich etwas ändern muss. Es ist nicht zu übersehen, dass sich viele Menschen von der Politik abwenden und auch die Politik, die es

gibt, kritisch hinterfragen. Das ist zunächst einmal höchst ungerecht. Denn diese Leute beschimpfen in ihrer Pauschalkritik auch die Hunderttausende von Menschen in Kommunen, in Parteien, in Jugendorganisationen und Verbänden, die ehrenamtlich ihre Freizeit opfern, um sich um das Gemeinwohl zu kümmern. Demgegenüber kann man die Leute auch verstehen, wenn man sich anschaut, was teilweise so vor sich geht. Wir reden schon seit Jahren darüber, dass Finanzmärkte reguliert werden, aber wir kriegen es nicht hin. Man muss sich nur einmal überlegen, was geschieht, wenn Menschen lesen, dass man sich bei der Hypo Real Estate mal locker um 55 Milliarden Euro verrechnet, aber dies noch nicht einmal zu personellen Konsequenzen führt. Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn die Menschen wahrnehmen und in unterschiedlichen Statistiken immer wieder vorgerechnet bekommen, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, aber anscheinend niemand in der Lage ist, effektiver etwas zu tun, dann hinterfragen viele nicht nur die Ausrichtung der Politik, sondern auch diejenige unserer demokratischen Institutionen.

Deshalb: Es ist etwas ins Rutschen gekommen. Allen ist klar, welches die Ursachen dafür sind. Es ist vor allem der Marktradikalismus, der unsere Demokratie langsam unterhöhlt. Helmut Schmidt hat heute Morgen darüber gesprochen.

(UNRUHE)

Keine Sorge, Demokratie ist schwierig. Diese Erfahrung machen wir regelmäßig.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist deshalb richtig und auch an der Zeit, sich einige Fragen zu stellen, wie wir demokratische Mitwirkungsrechte weiterentwickeln können. Es gibt viele Fragen, die uns gestellt werden. Liebe Genossinnen und Genossen, das, was Helmut Schmidt heute Morgen debattiert habe, dass Staaten und die Politik teilweise zu Geiseln der Märkte werden, kann man nicht einfach so weiterlaufen lassen. Wenn sich das alles so entwickelt, wenn wir das weiter so zulassen, dann wird unsere Gesellschaft nicht nur ungerechter, sondern dann wird im Ergebnis auch unsere Demokratie gefährdet. Über die Frage, wie wir leben wollen so hat es Erhard Eppler einmal bezeichnet, haben diejenigen zu entscheiden, die dafür demokratisch legitimiert sind. Die sitzen nicht im Aufsichtsrat der Deutschen Bank oder im Vorstand von irgendwelchen Ratingagenturen, sondern die sitzen in frei gewählten Parlamenten, liebe Freundinnen und Freunde. Auch das muss in aller Deutlichkeit noch einmal gesagt werden.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es sind nicht nur die Märkte, sondern es ist auch die Politik. Auch die aktuelle Bundesregierung trägt mit der Art und Weise, wie sie Politik macht, dazu bei, dass sie sich wie ein Dopingmittel für Politikverdrossenheit in unserem Land entwickelt. Frau Merkel und die Art und Weise, wie sie Politik macht sie will durchregieren, es geht immer um den Machterhalt, um den eigenen parteipolitischen Vorteil; von demokratischer Kultur ist da wenig zu spüren, liebe Freundinnen und Freunde, ist das Gegenteil dessen, was Helmut Schmidt heute Morgen an staatspolitischer Klugheit und demokratischem Verantwortungsbewusstsein demonstriert hat. Es ist eben bezeichnend, dass der Altkanzler der SPD Helmut Schmidt ist und der Altkanzler der CDU Helmut Kohl heißt.

(BEIFALL)

Liebe Freundinnen und Freunde, das, was da geschieht, und das, was die Bundesregierung und vor allen

Dingen die Bundeskanzlerin tun, mag pragmatisch sein. Das ist vor allem wertfrei. Wir müssen wissen: Das schadet nicht nur einzelnen Parteien, sondern das schadet dem politischen System und der Demokratie insgesamt. Denn eine Demokratie ohne Werte ist nicht überlebensfähig. Es gibt keine Demokratie ohne Werte. Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht nur der Kitt, der diese Gesellschaft zusammenhält, sondern auch das Grundnahrungsmittel demokratischer Kultur. Eine Politik, die den Eindruck vermittelt, dass der einzige Wert, an dem sie sich noch ernsthaft orientiert, der Dax ist, ist eine Bankrotterklärung. Unsere Aufgabe besteht doch darin, den Leuten Gründe zu geben, dass sie wählen gehen, und nicht, dass sie Aktien kaufen gehen, liebe Freundinnen und Freunde!

(BEIFALL)

Das ist eine der Wurzeln der Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben.

Es gibt auch ein anderes Problem, liebe Genossinnen und Genossen, das einmal angesprochen werden muss, nämlich „TINA“: „There is no alternative“. Selten hat die Gesellschaft für Deutsche Sprache so recht gehabt, als sie 2010 das Wort „alternativlos“ zum Unwort des Jahres gewählt hat. Viele Demokratietheoretiker von heute bezeichnen die vielfach behauptete permanente Alternativlosigkeit als das Ende des demokratischen Prinzips. Wozu braucht man Demokratie, wenn alles alternativlos ist? - Nein, das Gequatsche um Alternativlosigkeit führt nur zu Entpolitisierung und zur Aushöhlung des gesellschaftlichen Pluralismus. Beides ist demokratieschädlich.

Liebe Genossinnen und Genossen, nichts ist alternativlos - weder finanzpolitisch, wirtschaftspolitisch oder sozialpolitisch. Die Deregulierungssirrtümer der fast kompletten wirtschaftswissenschaftlichen Elite Deutschlands aus den letzten Jahren beweisen das doch.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch die CDU macht doch gerade von der Atomenergie bis zum Mindestlohn deutlich, dass sie sich selbst für einen einzigen Irrtum hält. Wir selbst, liebe Genossinnen und Genossen, können schon gar kein Interesse an Alternativlosigkeit haben. Denn wir selbst sind doch eine Alternative zu Merkel, zu Schwarz-Gelb. Die Alternativen zu deren Politik beschließen wir hier auf diesem Parteitag. Es gibt immer eine Alternative in der Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Deshalb schlagen wir in der Tradition dessen, was wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer getan haben, in diesem Antrag vor, das Grundgesetz zu ändern und die Möglichkeit zu schaffen, dass in Deutschland Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene möglich sind. In allen Bundesländern gibt es diese Möglichkeit, und ich kenne keinen systematischen Grund, warum das auf Bundesebene nicht möglich sein soll.

Wir lassen uns hier nicht von einer Modewelle treiben. Schon 1992, in der gemeinsamen Verfassungskommission, hat Hans-Jochen Vogel dafür gekämpft, dass in einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung abgestimmt wird. 2002 haben die rot-grüne Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen einen Gesetzesantrag im Bundestag eingebracht, Volksentscheide auf Bundesebene möglich zu machen. Letztlich haben wir auch in unserem Hamburger Grundsatzprogramm hineingeschrieben: Wir wollen mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, der eine oder andere sieht das kritisch, weil er es für die Entwertung des Parlamentarischen hält. Das ist nicht so. Es geht nicht darum, unser parlamentarisches repräsentatives System durch die Form einer direkten Demokratie wie in der Schweiz zu ersetzen. Es geht darum, dass die Regelentscheidungen weiterhin in den Parlamenten getroffen werden, dass es aber eine sinnvolle Ergänzung wäre, auch auf Bundesebene in einzelnen Sachfragen Volksentscheide zuzulassen. Liebe Genossinnen und Genossen, das muss ich auch einmal sagen: Das kann auch nicht davon abhängig sein, ob man gerade in der Regierung oder der Opposition ist. Manchmal habe ich den Eindruck: Wenn man in der Regierung ist, hat man damit ein Problem, denn es stört beim Regieren, und wenn man in der Opposition ist, hält man es für ganz sinnvoll, weil es eine Möglichkeit ist, die Regierenden zu ärgern. Beides kann kein Entscheidungskriterium sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Punkt, der in den Diskussionen, die wir zu diesem Thema geführt haben, auch immer wieder angesprochen worden ist, ist sehr ernst zu nehmen, nämlich der Hinweis, was wir denn machen, wenn die Schichten mit sozialen Problemen, die sozial Schwächeren, die sich sowieso schon nicht mehr an der öffentlichen Meinungsbildung betätigen, auch an solchen Volksentscheiden nicht teilnehmen. Ihre Interessen werden dadurch weiter unter die Räder kommen. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine Entwicklung, die sich bedauerlicherweise auch schon bei Wahlen zu Parlamenten abspielt. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nichts, womit man sich abfinden darf. Dafür gibt der Antrag viele, viele Ideen und Vorschläge her.

Ich will nur einmal eines sagen, was man nicht machen kann: Man kann doch nicht die soziale Spaltung Deutschlands akzeptieren und alles, was wir politisch entscheiden, daran ausrichten, dass es diese soziale Spaltung gibt. Es ist doch unsere politische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die soziale Spaltung in Deutschland irgendwann einmal beendet wird.

(BEIFALL)

Das als Grund zu nehmen, so etwas abzulehnen, heißt, wir akzeptieren es, dass immer mehr Menschen von der Wohlstandsentwicklung in Deutschland abgekoppelt werden, und das würden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nie tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es gibt auch welche, die sagen: Na ja, ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, die Bevölkerung über alles abstimmen zu lassen. Es ist die Angst vor falschen Entscheidungen. Liebe Genossinnen und Genossen, diese Angst habe ich bei jeder Bundestagswahl. Deshalb glaube ich, kann es auch dabei nicht darum gehen, ob man glaubt, Dinge durchsetzen zu können, für die man ist, oder befürchtet, dass Entscheidungen getroffen werden, die man nicht gut findet.

Ich kann nur dazu ermuntern, mit mehr Mut an die ganze Geschichte heranzugehen. Wenn wir sagen: „Wir als Sozialdemokraten haben in dem, was wir an Politik formulieren, immer das Gemeinwohl im Blick“, wenn wir der Auffassung sind, dass das, was wir beschließen, besser ist als das, was Schwarz-Gelb zurzeit zu bieten hat, wenn wir der Auffassung sind, dass die Politik, die wir machen, für die Zukunft unserer Gesellschaft eine bessere ist, dann sollten wir durchaus mit Mut in die Zukunft gehen, dass das, wofür wir sind – egal ob in Entscheidungen im Parlament oder in einem Volksentscheid –, immer gesellschaftlich mehrheitlich ist, weil es am Allgemeinwohl und nicht an den Einzelinteressen weniger orientiert ist.

tiert ist. Liebe Genossinnen und Genossen, davor brauchen wir doch am allerwenigsten Angst zu haben.

(BEIFALL)

Ich glaube, dass sich die Politik verändern wird. Wenn wir wissen, dass bei vielen wichtigen Entscheidungen, die parlamentarisch gefällt werden, möglicherweise auch ein Volksentscheid droht – in Anführungszeichen –, dann wird das dazu führen, dass Politik etwas anders abläuft. Es genügt dann nicht mehr, nur Mehrheiten in der eigenen Partei und dann im Parlament zu suchen, sondern wir brauchen für die großen Fragen dann auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Zustimmung, und ich glaube, dass es der Politik gut tun würde, wenn all diejenigen, die Politik machen, nicht zu sehr nach innen auf die Mehrheitsfähigkeit ihrer Position in den eigenen Parteien schauen würden, sondern wenn es in diesem Land auch wieder mehr darum gehen würde, was in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig ist. Auch das würde sich, liebe Genossinnen und Genossen, verbessern.

(BEIFALL)

Ich glaube nicht, dass die Einführung von Volksentscheiden ein Allheilmittel ist, um die Probleme im politischen Dialog in Deutschland zu lösen, aber ich glaube, dass sie ein wesentlicher Impuls wäre, um die demokratische Kultur in Deutschland neu zu beleben. Die Demokratie stirbt, wenn niemand mehr mitmacht, liebe Genossinnen und Genossen. Das wollen wir aktivieren, und dafür liegt auch Verantwortung bei uns. Die SPD war und ist wie keine andere Partei auch eine Partei des Mutes. Unsere Mitglieder haben oft unter Einsatz ihres Lebens für Freiheit, ihre eigene und die ihrer Gesellschaft, gekämpft. Die SPD-Mitglieder waren in der Geschichte dieser Partei vielfach bereit, Risiken einzugehen, wenn sie der Überzeugung gewesen sind, dass es sich um der Sache willen lohnt.

Es war der Sozialdemokrat Otto Wels, der sich mit anderen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gestellt hat. Etliche von ihnen bezahlten diesen Kampf für Demokratie mit ihrem Leben. Es war die Sozialdemokratin Marie Juchacz, die als erste Frau in einem deutschen Parlament das Wort ergriff und 1919 ihre bewegende historische Rede in der deutschen Nationalversammlung hielt. Es war der Sozialdemokrat Siegfried Berger, der am 17. Juni 1953 einen Demonstrationzug in Ostberlin anführte, anschließend verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal zu sieben Jahre Arbeitslager verurteilt worden ist. Es waren mit auch Sozialdemokraten, die in der DDR an der Seite der Oppositionellen gegen das DDR-Regime gekämpft haben und maßgeblich am Fall der Mauer und an der Deutschen Einheit mitgewirkt haben.

Heute warten wieder neue Herausforderungen auf uns. Wir sollten, wie in der Vergangenheit, mutig dabei voranschreiten. Das sind wir uns selbst und unserer Geschichte schuldig. Bereits vor Jahren, liebe Genossinnen und Genossen, wurde doch schon das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters propagiert. Diese Einschätzung war falsch. Es gibt kaum jemand, der das heute bestreitet.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD kann Bürgerinnen und Bürger mehr beteiligen - und dies souverän und mutig. Wir brauchen keine Auseinandersetzung in Fragen von Demokratie und Freiheit zu scheuen – wir nicht. Wir haben unseren Kompass, und der zeigt in Richtung Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, und dazu gehört auch, dass wir erneut – und dabei in der Tradition von Willy Brandt - mehr Demokratie wagen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

BERATUNG LEITANTRAG UND ANTRÄGE ZU DEMOKRATIE

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Heiko. – Damit würde ich die Aussprache zum Block „Demokratie“ eröffnen. Als Erstes erhält das Wort Manuela Schwesig. Ihr folgt Sebastian Roloff.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte drei Punkte betonen, die wir brauchen, um mehr Demokratie zu leben: Wir brauchen mehr Gerechtigkeit, mehr Bildung und einen starken Kampf gegen Rechtsextremismus.

Die Überschrift unseres Parteitages lautet: „Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“. Wir machen damit gemeinsam deutlich, dass für uns nicht die Zahlen zählen, sondern Werte, nämlich Demokratie und Gerechtigkeit. Das sind Werte und Orientierungen, die die Menschen in unserem Land brauchen und nach denen sie sich sehnen, gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der Diskussion darüber, die viele gar nicht mehr mitverfolgen können.

Deshalb setzen wir auf die Werte Demokratie und Gerechtigkeit. Ich will das Thema Gerechtigkeit stark machen. Warum? Es kann keine Demokratie ohne Gerechtigkeit geben. Jeder muss die Chance haben, an Demokratie teilhaben zu können.

Hat die alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, die gar nicht arbeiten kann, weil ihr der Kita-Platz fehlt, überhaupt die Chance, teilzuhaben? Hat die junge Frau, die in Thüringen für 3,17 Euro im Friseurgeschäft arbeitet, überhaupt die Chance, teilzuhaben? Und haben die 60.000 jungen Menschen, die jedes Jahr ohne Schulabschluss die Schule verlassen, und die 1,5 Millionen Jugendlichen ohne Berufsabschluss, eine echte Chance in unserer Demokratie? Es ist wichtig, klarzumachen, dass mehr Teilhabe an Demokratie im Einklang mit mehr sozialer Teilhabe stehen muss. Soziale Teilhabe ist die Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Deswegen steht dieser Antrag heute in ganz engem Kontext mit den anderen Anträgen, die wir morgen noch weiter beraten werden, um Demokratie und Gerechtigkeit zusammenzubringen.

Das zweite Stichwort: Bildung. Nach meiner festen Überzeugung und nach meinen Erfahrungen vor Ort ist Bildung das beste Programm für Demokratie und gegen Rechtsextremismus: Investitionen in die Köpfe und Herzen unserer Kinder.

(BEIFALL)

Deshalb setzen wir darauf, dass es Bildung von Anfang an gibt. Es ist wichtig, dass wir Kindern und Jugendlichen Beteiligungsrechte einräumen. Wir Sozialdemokraten machen uns seit langem dafür stark - im Bundesrat haben wir jetzt sogar eine Mehrheit dafür erzielt -, dass Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen über die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden müssen. Da muss die Demokratie beginnen, nicht erst bei uns Erwachsenen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Kinderrechte ins Grundgesetz!

(BEIFALL)

Es geht darum, dass die guten Beteiligungsmöglichkeiten, die es vor Ort schon längst gibt, gestärkt werden. Ich habe in den letzten zwei Jahren, in denen ich mit euch gemeinsam in den Landesverbänden unterwegs war, die Projekte gesehen: das tolle Filmprojekt für Hauptschüler in Frankfurt am Main, das Beteiligungsprojekt für Mädchen mit Migrationshintergrund in Darmstadt, die Beteiligungswerkstatt von Jugendlichen und Kindern in Uecker-Randow, einem benachteiligten Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern, oder die Initiativen in Jena. Sie alle leiden darunter, dass vor Ort das Geld fehlt. Deshalb ist es unverantwortlich, dass die Bundesregierung mit ihren Plänen zu Steuersenkungen weiterhin dafür sorgt, dass Städte und Gemeinden ausgeplündert werden, dass ihnen vor Ort das Geld für gute Projekte fehlt. Da fängt doch die Demokratie an und nicht erst in Berlin. Deshalb ist es wichtig, dass die Kommunen starkgemacht werden.

(BEIFALL)

Es ist wichtig, dass es politische Bildung gibt. Demokratie muss auch gelernt werden. Deshalb ist es unverantwortlich, dass der zuständige Bundesminister Friedrich gerade die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung um 3,5 Millionen Euro gekürzt hat. Man kann sich jede Betroffenheit sparen, wenn man gleichzeitig die Demokratie an dieser Stelle schwächt.

(BEIFALL)

Da bin ich auch schon gleich beim Kampf gegen Rechtsextremismus: Die Gefahr des Rechtsextremismus gibt es nicht erst seit Bekanntwerden der abscheulichen Nazi-Morde, nein, diese Gefahr gibt es schon lange. Ich habe mich, ehrlich gesagt, gewundert über viele Aussagen gerade von Politikern der Union aus den letzten Wochen. Ich hatte den Eindruck, dass erst diese Nazi-Morde bekannt werden mussten, um ihnen klarzumachen, wie groß die Gefahr ist. Wir haben seit langem darüber berichtet, wie es vor Ort aussieht, nicht nur in Ostdeutschland. Vielleicht in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen und Thüringen stärker, aber es ist ein Problem in Gesamtdeutschland. Wir haben die neuen Nazis in Nadelstreifen, und deren Freunde sind gleichzeitig gewaltbereit in der Nazi-Szene unterwegs. Nochmals: Das ist ein Problem in Gesamtdeutschland, das endlich ernst genommen werden muss.

(BEIFALL)

Die neuen Nazis - gerade die in Nadelstreifen - sind erstarkt, weil wir weiße Flecken haben: Es fehlen demokratische Parteien vor Ort, die Kirchen sind teilweise nicht mehr präsent, genauso wie Gewerkschaften. Einer alleine schafft es nicht. Wir müssen es vor Ort gemeinsam machen. Deswegen ist es unverantwortlich, dass die zuständige Bundesministerin, Frau Schröder - aus ideologischen Gründen und nicht aus Sparzwang -, die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus um 2 Millionen Euro kürzen wollte.

(BEIFALL)

Es ist auch unverantwortlich, dass dieselbe Ministerin in die Sarrazin-Debatte in einem Wahn von Deutschenfeindlichkeit eingegriffen hat und dass sie gleichzeitig die Menschen, die vor Ort für Demokratie und Toleranz kämpfen, die es wagen, den Rechtsextremen die Schulter zu zeigen und ihnen in die Augen zu schauen, mit ihrer Extremismusklausel gängelt, dass sie ihnen misstraut und von ihnen sogar verlangt, ihre Partner auszuschnüffeln.

Jeder Politiker hat nach dem Bekanntwerden der Nazi-Morde die Verpflichtung, in sich zu gehen und zu überlegen, was man besser machen kann. Die zuständige Bundesministerin Frau Schröder hat das nicht

getan. Sie hält an ihren falschen Ideologien fest. Mit ihrer Haltung schwächt sie fahrlässig die Demokratie und gibt den anderen Raum.

Deshalb ist es wichtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir uns weiterhin bewusst sind: Demokratie ist nichts Selbstverständliches, sie muss jeden Tag neu mit Leben erfüllt werden. Wir machen das, heute, morgen, übermorgen hier und weiterhin vor Ort. Dazu möchte ich euch ermutigen. Wir müssen am Ball bleiben mit dem Thema Demokratie und Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. So können wir die Demokratie starkmachen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Manuela. Jetzt zunächst Sebastian Roloff, danach Ulrike Sommer.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst einmal sagen, dass ich die Debatte sehr begrüße und ich mich sehr über den Antrag gefreut habe, weil ich glaube, dass darin wesentliche Punkte sind, die wir bei der Diskussion weiter besetzen müssen, über die wir weiter diskutieren müssen und für die dieser Antrag ein guter Aufschlag ist. Das sind zum Beispiel die Bereiche der neuen Bürgerbeteiligung; Infrastrukturmaßnahmen kann das genauso betreffen wie den Bereich der Mediation, wo die bisherige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend ist. Dafür setzt der Antrag sehr gute neue Akzente.

Wichtig ist auch die Diskussion über die Frage von Volksentscheiden auf nationaler Ebene. Der Antrag weist hier auch auf die Missbrauchsgefahren hin und macht deutlich, wo man vorsichtig sein muss. Diese Diskussion müssen wir genauso führen - die ASJ hat dazu einen guten Diskussionsbeitrag geleistet -, wie wir uns über Quoren unterhalten müssen. Dabei geht es neben den Missbrauchsgefahren auch um die inhaltliche Begrenzung von Themenbereichen, die man direkt entscheiden kann bzw. die man in repräsentativer Demokratie durchsetzen muss. Das Thema müssen wir auf der Agenda behalten.

Ich bin auch dankbar, dass ein Thema aufgegriffen wird, das bisher so nicht diskutiert wurde, nämlich die Frage von Beteiligungsmöglichkeiten bei Volksentscheiden von Leuten mit niedrigerem Bildungsgrad. Bisher wurde einem immer entgegnet: Wieso, es hat doch jeder eine Stimme, es kann doch jeder mitmachen! - Das ist natürlich richtig. Aber man muss gucken, welche Leute sich beteiligen, wer die Informationsmöglichkeiten nutzt und wer de facto sein Beteiligungsrecht auch nutzt. Da muss man genau hingucken.

Diese Fragen werden wir bei der Umsetzung dieser Pläne, die zu mehr direkter Demokratie auch auf Bundesebene führen, bedenken müssen.

Genauso müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die europäische Ebene demokratisieren können. Nicht nur das Gefühl der Bürgerinnen und Bürger muss ein anderes werden, sondern wir müssen das Europäische Parlament tatsächlich stärken und ihm mehr Rechte geben. Wir müssen uns über die Stärkung der Kommission unterhalten und darüber, inwiefern das Initiativrecht ausschließlich von der Kommission in der aktuellen Zusammensetzung ausgehen kann. Wir müssen die Entscheidungsfindungsprozesse überarbeiten und Europa erlebbarer, nachvollziehbarer machen. Europa darf nicht nur als Bürokratiengetüm wahrnehmbar sein.

Ein Punkt fehlt mir im Antrag leider ein bisschen; ich hoffe, dass wir das in dem Diskussionsprozess im Anschluss an diesen Parteitag noch aufgreifen: Es geht darum, wie Migrantinnen und Migranten sich hier einbringen können. Diese Diskussion muss man genauso führen. Deren individuelle Situation muss man beleuchten. Man muss hier auch über Fragen des Staatsbürgerschaftsrechts diskutieren. Momentan besteht ein gewisser Ausschluss von demokratischen Entscheidungen über das Wahlrecht. Denn solange nicht alle Menschen, die hier leben, mit einem allgemeinen Wahlrecht ausgestattet sind, gibt es de facto einen Ausschluss an demokratischer Beteiligung.

Das kann unseren Ansprüchen an demokratische Beteiligungskultur nicht gerecht werden.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion. Ich glaube, dass das ein guter Antrag ist. Über den einen oder anderen Punkt muss man aber noch einmal reden.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Als Nächste hat Ulrike Sommer das Wort. Ihr folgt Stephan Klecha.

Ich bitte euch noch einmal herzlich, Genossinnen und Genossen: Ich weiß, der Tag war lang, ihr habt heute schon schwergewichtige Reden gehört; die Aufmerksamkeit ist in so einem Raum immer etwas schwierig aufrechtzuerhalten. Aber auch der Abend ist noch sehr lang. Deswegen ist meine Bitte nochmals, Gespräche nach draußen zu verlagern und hier drinnen den Rednerinnen und Rednern zuzuhören.

Ulrike Sommer, Berlin: Danke. - Liebe Genossinnen und Genossen, der Leitantrag sagt auf Seite 182, Zeile 64ff: „Ein Gesetzentwurf ist angenommen, wenn sich 20 Prozent der stimmberechtigten beteiligen und davon die Mehrheit zustimmt.“ Das heißt, 10 Prozent der Bevölkerung könnten uns ein Gesetz beschließen. Das ist uns Berlinerinnen und Berlinern schlicht zu wenig.

(BEIFALL)

Wir haben nämlich unsere Erfahrungen mit dem sogenannten Beteiligungsquorum gemacht. Da rufen dann die Gegner der Idee auf, zu Hause zu bleiben und sich nicht zu beteiligen, damit diese Hürde gerissen wird. Das ist aber doch genau das Gegenteil von dem, was wir erreichen wollen. Wir wollen doch, dass die Leute hingehen! Diejenigen aber, die hingehen, sind alle für das Volksbegehren, und so kommen dann 80 bis 90 Prozent Zustimmung für ein Projekt zustande, obwohl die Beteiligung vielleicht mau ist. Damit aber schaffen wir neuen Unfrieden; denn die Initiativen werden immer sagen, sie hätten eine überwältigende Mehrheit zusammengebracht. Das sagen sie sogar dann, wenn sehr wenig Leute mitgemacht hat. Wir haben das am Beispiel Tempelhof in Berlin erlebt.

Nur wenn wir festlegen, wie viele Menschen insgesamt zustimmen müssen ganz gleich, wie viele außerdem noch kommen, erreichen wir, was wir wollen, nämlich dass die Leute in Scharen an die Urnen strömen.

Wir Berlinerinnen und Berliner sprechen uns gegen das Beteiligungsquorum aus und schlagen ein Zu-

stimmungsquorum von 25 Prozent vor. Das hat sich in Berlin bewährt. Eine Initiative – Stichwort Wasserbetriebe war erfolgreich mit diesem Zustimmungsquorum, obwohl es dafür weder Geld gab noch viele Menschen dafür geworben haben. Sie hat die Hürde genommen, weil es sich um ein Anliegen breiter Schichten der Bevölkerung handelte; und der Senat musste dann die Verträge über den Verkauf der Wasserbetriebe offenlegen.

Diejenigen, die den Flughafen Tempelhof offenhalten wollten, haben unglaublich viel Geld in den Wahlkampf gesteckt. Die Stadt war voller Plakate. Das Gleiche galt mit Blick auf die Kirchen und den Kampf gegen den Ethikunterricht. Aber beide Initiativen haben es nicht geschafft, weil sie für ihr Anliegen keine Zustimmung in der Stadt gefunden haben. Genau das wollen wir doch erreichen: Wir wollen doch ermitteln, was die Leute wollen. 25 Prozent entspricht im Übrigen einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent, also so ziemlich der Legitimation eines Parlaments. Insofern ist das eine ganz normale Hürde. Die muten wir uns zu; die dürfen wir auch Volksinitiativen zumuten. Denn die Gesetze sollen hinterher schließlich auch für alle gelten und nicht nur für 10 Prozent.

Ich danke euch.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt folgt Stephan Klecha. Danach kommt Susana Dos Santos.

Stefan Klecha, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass die Demokratiefrage von der SPD aufgeworfen worden ist. Es liegt auf der Hand, dass das Thema momentan hoch aktuell ist. Ich hätte mir allerdings bei dem Leitantrag, der uns vorliegt, eine Sache grundlegend anders gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass dort am Anfang ein offensiveres Bekenntnis zu unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie erfolgt wäre. Diese Demokratie, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgebaut, verteidigt und geprägt haben, ist, glaube ich, ein Erfolgsmodell. Das muss man positiver herausstellen, als es in Teilen des Antrags passiert ist.

Keine Frage, wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung. Aber was meines Erachtens nicht geht, ist, den Eindruck zu erwecken, der zum Teil in der Diskussion vorherrscht, nämlich: Wenn wir einfach mehr Plebiszite, mehr direkte Demokratie machen, dann ist das Problem der Repräsentanzkrise, das wir im Augenblick haben, gelöst. Ich glaube, eine solche Herangehensweise würde zu kurz greifen.

Deswegen brauchen wir, glaube ich, ein umfassenderes Demokratieverständnis. Da waren wir, meine ich, in der programmatischen Entwicklung der Partei schon mal ein bisschen weiter. Im Berliner Programm war damals die Durchdringung aller Lebensbereiche mit Demokratie zum zentralen Strukturmerkmal unseres politischen Ansatzes formuliert worden. Diesen Gedanken aufzugreifen, haben wir unter der Formulierung Demokratie als Lebensform, die Oskar Negt in die Debatte geworfen hat, aufgegriffen. Dazu gehören für mich einige ganz klare Eckpunkte.

Dazu gehört die Diskursfähigkeit in einer Demokratie. Es kann nicht nur um die Frage von Verfahren gehen. Diskussionen um Quoren und Ähnliches sind wichtig, aber entscheidend ist die Frage: Wie funktioniert der demokratische Diskurs in einer Gesellschaft?

Zweitens stellt sich die Frage, wie wir mit Grundrechten umgehen. In dem Leitantrag wird richtigerweise gesagt, sie sind essenzielle Voraussetzungen für Demokratie. Aber sie sind in meinem sozialdemokratischen Verständnis, wie es Hugo Sinzheimer und Gustav Radbruch begründet haben, auch ein Auftrag an politisches Handeln. Wenn wir von Eigentumsrechten reden, dann heißt das immer auch: Eigentum verpflichtet. - Das ist, glaube ich, ein ganz zentrales Prinzip von Demokratie. Das müssen wir leisten. Dann geht es auch um Machtverhältnisse. Wenn wir mehr Demokratie wollen, geht es um die Verlagerung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Deswegen: Wenn wir von der Durchdringung der Demokratie in allen Lebensbereichen reden.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Also wenn der Redner im Saal jemanden stört, dann könnte sich der melden. Es ist wirklich unerträglich laut. Ich möchte es noch einmal sagen: Hört dem Redner zu! Er hat ein Recht darauf.

(BEIFALL)

Dafür kommen wir hier zusammen - selten genug. Es wäre gut, wenn wir den Debatten dann auch folgen würden.

Stephan Klecha, Parteirat: In jedem Fall muss unser Ziel sein, die Durchdringung aller Lebensbereiche mit Demokratie wieder zu erreichen. Es darf in unserer Gesellschaft keine demokratiefreien Zonen geben – weder im Staat, noch in der Gesellschaft, noch in der Wirtschaft. Es wäre ganz zentral, wenn wir diese Aussage treffen könnten.

Ich glaube, dass der Antrag zu eng auf Verfahren ausgerichtet ist und vielleicht diesem umfassenden Anspruch noch nicht Genüge tut. Deswegen haben wir in Initiativantrag 223 einige Anregungen gegeben. Die Antragskommission hat bereits den Vorschlag gemacht, den ersten Teil anzunehmen. Das begrüße ich ausdrücklich. Ich bedaure aber, dass der zweite Teil nicht übernommen worden ist. Der stünde uns nämlich gut zu Gesicht, weil er das umfassendere Demokratieverständnis positiver und besser belegt, als das momentan in dem Antrag der Fall ist.

Schönen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Als Nächste kommt Susana dran. Danach folgt Harald Baumann-Hasske.

Susana Dos Santos Herrmann, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen, ich habe Heiko Maas vorhin sehr aufmerksam zugehört. Ich finde, er hat recht: Es steht uns gut zu Gesicht, mehr Demokratie zu wagen und dafür einzustehen, nach neuen Formen zu suchen, Menschen mitzunehmen, die vielleicht im Augenblick den Eindruck haben, sie würden in dieser Demokratie nicht mehr ausreichend gehört.

Deswegen stimme ich dem Antrag des Parteivorstands zu. Wir brauchen mehr Beteiligung; wir brauchen neue Methoden. Wir müssen versuchen, Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, insbesondere bei

den Themen, die in der Öffentlichkeit in letzter Zeit immer wieder und immer kontroverser diskutiert worden sind, insbesondere große Industrie- oder Infrastrukturprojekte.

Wir brauchen aber, wie ich meine, auch Mindestanforderungen an die Quoren der direkten Demokratie. Ich möchte meiner Vorrednerin zustimmen: Wir dürfen nicht zulassen, dass am Ende Minderheiten entscheiden und nicht ein Mindestquorum an Mindestzustimmung da ist. Deswegen plädiere ich an dieser Stelle auch für den Initiativantrag 220.

Ich möchte das auch begründen. Wenn ihr erlaubt, mache ich das an einem oder zwei Beispielen, die ich als Ratsmitglied in Köln erlebt habe. Wir mussten in letzter Zeit feststellen, dass die Verwaltung quasi schon im vorseilenden Gehorsam in Planfeststellungsverfahren, die Stadtteile betreffen, in denen eher Privilegierte leben, Bürgerversammlungen und andere Formen der Beteiligung vorsieht, während sie sich in den Stadtteilen, wo eher sozial Schwache leben, auf den Aushang am Rathaus beschränkt. Ich finde, das kann und darf nicht sein.

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben auch bei direkter Demokratie Verantwortung zu übernehmen.

Es ist unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass wirklich alle mitgenommen werden, auch diejenigen, die sich vielleicht nicht zutrauen, selbst an Bürgerbeteiligung teilzunehmen. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass auch diejenigen ihre Interessen artikulieren, die es vielleicht nicht so gelernt haben wie andere.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte es kurz machen. Ich finde viele Anregungen aus dem Antrag des Parteivorstands sehr richtig und sehr gut. Ich möchte aber dafür plädieren: Achtet darauf, dass am Ende nicht Minderheiten entscheiden, sondern dass es qualifizierte Quoren gibt. Stimmt deswegen bitte auch dem Initiativantrag 220 zu.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt ist als Nächstes Harald Baumann-Hasske. Danach Dietmar Hexel. - Wo ist er? - Dann ziehe ich den Dietmar vor. Er ist schon auf dem Weg.

Dietmar Hexel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Mich elektrisiert das Wort „Demokratie“ immer noch, so wie damals vor 44 Jahren, als ich in die Partei eingetreten bin und Willy Brandt das bekannte Wort „mehr Demokratie wagen“ gesagt hat.

Ich will nichts zu der Wahlbeteiligungsfrage sagen; denn da erschließen sich der Sinn und der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Leute vor Ort, ob sie an die Demokratie glauben. Dazu ist, glaube ich, im Antrag ausreichend gesagt.

Ich will noch drei Aspekte hinzufügen. Zum Finanzmarkt ist schon etwas gesagt worden. Wir erleben hier, dass da eben nicht das Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ gilt, sondern wir erleben hier, wie es das Handelsblatt gar in einem Leitartikel geschrieben hat, dass offensichtlich die wahre Opposition gegen

die Regierung nicht in der Opposition besteht, sondern in den Finanzmärkten. Wenn auch einiges in der Analyse des Handelsblatt richtig war. Die Schlussfolgerung, dass die Finanzmärkte eigentlich diejenigen sind, die die Demokratie bestimmen, ist eine Anmaßung. Vor allen Dingen zeigt es eine Machtzusammenballung. Deswegen ist auch die Frage: Wie bekommen wir unter Demokratiesichtspunkten dieses Thema ins Gleichgewicht und nicht nur unter dem Gesichtspunkt Entschuldung?

Ich glaube, dass das Gegenteil von Macht nicht Ohnmacht ist, sondern das Gegenteil von Macht ist Abhängigkeit. Wenn wir von den Finanzmärkten so abhängig sind, wie wir es in Europa sind, dann stimmt das, was sowohl Helmut Schmidt als auch Hans Eichel gesagt haben: Wir müssen uns aus der Abhängigkeit befreien. Das heißt auch, dass wir vielleicht mehr machen müssen als Regulierung. Wir müssen vielleicht auch darüber nachdenken, wie wir unsere Souveränität und die Autarkie in diesem Bereich in Europa wiederherstellen und die Banken unter eine demokratische Kontrolle kriegen.

Aber nicht nur die Banken sind das Problem. Deswegen sage ich: Demokratie hat viel mit Transparenz zu tun. 55 Prozent, so wird geschätzt - einige sagen: 70 Prozent - des Finanzmarktvolumens gehen gar nicht über die Banken und die Börsen, sondern over the Counter, über den Tisch und unter der Hand. Wenn wir das als demokratische Gesellschaft kontrollieren wollen, dann brauchen wir als Erstes auch mehr Transparenz dessen, was da im Bereich von Hedgefonds und anderem passiert.

Das Zweite, was ich zur Demokratie sagen will, ist: Sie hat etwas mit Akzeptanz zu tun. Das hat Jo Leinen schon erwähnt. Wir werden die Klimakatastrophe und die Energiewende nur hinkriegen, wenn wir die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger organisieren, zusätzlich zum parlamentarischen Verfahren, aber wenn wir auch die Arbeitnehmer in den Industrien mitnehmen und ihnen Gehör und Wort schenken und nicht nur darüber reden, sondern es auch machen. Da gibt es zum Beispiel unter dem Stichwort „Demokratie im Betrieb“ noch sehr viele weiße Flecken. Gerade in der New Economy gibt es weniger Betriebsräte.

Das war mein letzter Punkt. Demokratie hat etwas damit zu tun, dass man auch die Arbeitswelt sehen muss; denn den größten Teil unseres wachen Lebens verbringen wir am Arbeitsplatz. Da gilt nach wie vor sozusagen die Eigentumsbrutalität; denn dort können wir nicht gleichberechtigt mitentscheiden. Die Zukunft Europas wird auch davon abhängen, ob wir die Idee von Mitbestimmung am Arbeitsplatz im Betrieb und im Unternehmen transportieren können nach Europa, aber auch bei uns dort durchsetzen, wo Belegschaften immer noch kämpfen müssen, wo das Recht, einen Betriebsrat zu wählen - eingeführt damals von der sozialliberalen Koalition - noch damit begleitet ist, dass man fristlos entlassen wird, wenn man dieses Recht wahrnimmt. Ich glaube, dass wir auch da aufgefordert sind, die Demokratisierung in der Arbeitswelt, sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch in den Betrieben, zu forcieren. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank Dietmar. Jetzt kommt Sönke Rix, danach Eckart Kuhlwein.

Sönke Rix, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! In Schleswig-Holstein haben wir mit dem Demokratie-Sommer begonnen, nicht nur die Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung der

Spitzenkandidaten und bei der Erarbeitung unseres Landtagswahlprogramms zu beteiligen. Nein, wir haben auch unsere Mitglieder intensiv zu dem Programm befragt und tun es immer noch. Wir haben auch unsere Mitglieder bei der Aufstellung unseres Spitzenkandidaten gefragt.

Ich glaube, so etwas darf nicht am Ende eines Prozesses stehen, sondern muss der Beginn eines Prozesses sein. Ich glaube, es muss Ansporn für Sozialdemokraten insgesamt sein, dass wir auch als Partei für die Demokratie ein gutes Vorbild sind. Deshalb sind solche Mechanismen sehr wichtig.

Liebe Genossinnen und Genossen, uns wird gerade in der Debatte beim Thema Rechtsextremismus und Bekämpfung von Rechtsextremismus häufig vorgeworfen, wenn wir Kritik an der Bundesregierung äußern - Manuela Schwesig hat vorhin zu Recht die zuständige Jugendministerin kritisiert -, wir sollten nicht aus dem Konsens der Demokraten aussteigen; das sei doch jetzt nur Parteipolitik. Aber gerade das ist doch das Kritische. Wenn wir nicht sagen, dass auch Demokratie etwas mit Streit zu tun hat, mit Unterschieden zu tun hat, wer soll das denn sonst tun, wenn wir diese Unterschiede nicht auch in einer parlamentarischen Demokratie benennen?

(BEIFALL)

Wenn jemand aus dem Konsens der Demokraten bei den Strategien gegen Rechtsextremismus ausschert, dann sind das im Moment die Mitglieder der schwarz-gelben Bundesregierung, denn sie sind es, die bei einem Bedauern der dramatischen Situation und der dramatischen Taten durch die Nazi-Bande nicht nur sagen, es ist schlimm, dass es den Rechtsextremismus gibt, sondern sie sagen im gleichen Atemzug: Aber der Linksextremismus ist auch schlimm. Liebe Genossinnen und Genossen, diese Gleichmacherei führt dazu, dass der Rechtsextremismus unterschätzt wird, und das darf nicht passieren.

(BEIFALL)

Wenn man sagt, jedes Todesopfer ist schlimm, dann sage ich: Was ist das eigentlich für eine Aussage gegenüber den Angehörigen der Opfer? Natürlich ist jedes Todesopfer schlimm. Aber es gibt einen Unterschied, ob jemand deshalb ermordet worden ist, weil er angeblich in irgendwelche schmutzigen Geschäfte verwickelt war, oder ob er aus rassistischen Gründen ermordet worden ist. Deshalb bedarf es auch einer anderen Herausforderung. Daher dürfen wir an dieser Stelle keine Gleichmacherei zulassen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird auch immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig doch die Bildung in dieser Frage ist. Es ist doch auch parteiübergreifender Konsens, dass es da keine Kürzungen geben darf. Es ist nur dem Druck aus einem Gespräch zwischen allen Fraktionsvorsitzenden entstanden, dass die zuständige Jugendministerin bereit war, eine Kürzung zurückzunehmen. Die Antwort bei dem Programm gegen Rechtsextremismus hätte aber anders sein müssen. Sie hätte sagen müssen, jetzt lege ich erst recht noch Mittel drauf, anstatt sich dafür zu entschuldigen, dass sie jetzt nur 2 Millionen wieder draufsetzen konnte.

Liebe Genossinnen und Genossen, genauso eine Schande ist - Manuela hat es gerade schon gesagt - die Kürzung im Bereich der politischen Bildung. Dazu gab es eine Debatte im Deutschen Bundestag. Da sagte der zuständige Innenstaatssekretär tatsächlich: Wieso, die Bundeszentrale für politische Bildung

ist doch keine Stelle zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus? - Natürlich, gerade politische Bildung ist etwas, was gegen Rechtsextremismus unheimlich wichtig ist.

(BEIFALL)

Denn der Nährboden für terroristische rechtsextreme Taten kommt ja leider nicht von den Nazis, die auf die Straße gehen, den Nazis, die solche Morde begehen, sondern der Nährboden ist leider größer. In unserer Gesellschaft haben wir weit mehr als 20 Prozent rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen, leider auch in den Reihen der Mitte und leider auch in den Reihen unserer Wählerschaften.

Dem müssen wir natürlich begegnen. Da muss man - auch wenn wir über die Parteistruktur erst später diskutieren - zwei kritische Worte verlieren. Wir müssen, liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie in unserer Partei wieder ernst nehmen, auch unsere demokratischen Strukturen ernst nehmen. Ich erinnere an Situationen, die ihr alle von euren Unterbezirksparteitagen kennt. Wie ist das eigentlich, wenn ihr die Delegierten für den Landesparteitag wählt? Stellen die sich alle einzeln vor, und werden sie zu ihren politischen Zielen befragt? Nein, das machen die meisten en bloc. Wir müssen wieder dazu kommen, dass wir auch mit den Menschen, die unsere politischen Ziele vertreten, diskutieren, sie hinterfragen und unsere Strukturen ernst nehmen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch die Bildung ist in unserer Partei eine wichtige Aufgabe, die leider sträflich vernachlässigt wird - nicht vom Parteivorstand, aber ich weiß es von vor Ort, wie anstrengend es ist, zu Seminaren aufzurufen. Wir müssen als die Partei, die einmal aufgrund eines Arbeiterbildungsvereins entstanden ist, auch wieder die Partei sein, die die Bildung in den Mittelpunkt unserer eigenen Arbeit stellt. Deshalb ist die Vorbildfunktion der Partei gerade für die Demokratie eine sehr wichtige.

Danke schön.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Das war eine perfekte Punktlandung. Jetzt folgt Eckart Kuhlwein, danach Christian Lange. Ihr könnt ja schon nach vorne kommen. Dann kann man das ein ganz kleines bisschen beschleunigen.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, im Antrag Dem 1 heißt es, es gebe eine zunehmende Verflachung der Politik mit allen Anzeichen der medialen Inszenierung, die nur kurzatmige Aufmerksamkeit erzielen will. Politik als Protest und Politik als Show prägen unsere Gegenwart. Als Demokraten müssten wir die unheilige Verbindung „zwischen Populismus und Kommerzialisierung“ überwinden. Genossinnen und Genossen, ein Beispiel für diese Verflachung ist die Verlotterung von politischer Kommunikation auch in den öffentlich-rechtlichen Medien. Ich habe mich im Frühjahr darüber gewundert, dass in einer Talkshow als Kronzeuge für die Atompolitik der SPD Klaus von Dohnany auftrat. Ich habe mich wirklich gewundert, dass der nun ausgerechnet derjenige sein sollte, der Auskunft geben kann, warum es bei uns zu Entwicklungen und dann zu Veränderungen in der Partei gekommen ist. Ich habe mich gewundert und habe dann einmal beim PV nachgefragt, wie so etwas eigentlich zustande kommt. Die haben mir gesagt, dass bei der Auswahl ihrer Teilnehmer die Talk-

showmacher völlig unabhängig sind, dass die Parteien also auch nicht gefragt würden, wen sie schicken wollten. Wahrscheinlich wird das dann als Ausdruck von Pressefreiheit verstanden.

Es gab in den 60-er Jahren einen Publizisten Paul Sethe, der damals formuliert hat: Die Pressefreiheit sei die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Wir haben dieses Argument damals immer genutzt, um eine Kampagne gegen einen bestimmten Verlag zu inszenieren. Heute hat man den Eindruck, Genossinnen und Genossen, dass sich die Pressefreiheit auf die Freiheit von in der ARD inzwischen fünf polyvalenten TV-Unternehmern, so heißen Plasberg, Jauch, Will, Maischberger und Beckmann in einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung, reduziert hat, die mit ihren Politshows mit mehr oder weniger kompetenten sogenannten Promis ihre Themen und ihre Meinung unter das Volk zu bringen. Maybrit Illner im ZDF macht keine wesentliche Ausnahme, das haben wir dem Talkabend über den unsäglichen Herrn von und zu mitbekommen.

Genossinnen und Genossen, ich wundere mich schon sehr, dass die Talkshowstudie der Otto-Brenner-Stiftung vom August dieses Jahres nicht mehr Staub aufgewirbelt hat. Ich empfehle sie allen medieninteressierten Genossinnen und Genossen zur Lektüre. Grimme-Preis-Träger Bernd Gäbler hat dort untersucht, wie die Moderatoren vorgehen. Im Wortlaut: „In erschütternder Penetranz diskutieren die immer wieder gleichen Gäste in sich wiederholenden Konstellationen. Nicht die Logik des Arguments zählt, sondern der sympathische Gesamteindruck, im Zweifelsfall ist der Showwert wichtiger als die Kompetenz. Wechselseitiges Überzeugen und Nachdenklichkeit, sich verändernde Auffassungen, die Freude am Austausch der Argumente, spielen in der Politik-Talkshow keine Rolle.“

Genossinnen und Genossen, das müssen wir als Gebührenzahlerin und Gebührenzahler der ARD jetzt fünfmal in der Woche über uns ergehen lassen, noch dazu in den besten Sendezeiten, damit die Quote stimmt. Wenn wir über Verflachung der Politik reden, wie das der Leitantrag zu Recht tut, müssen wir uns eben auch mit den Medien beschäftigen, vor allem mit dem immer noch Massenmedium Fernsehen.

Jetzt an die Adresse derjenigen, die auf SPD-Ticket in Rundfunkräten und Programmbeiräten sitzen und an mancher dieser Volksverdummungen beteiligt gewesen sind. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass es bei der Programmplanung der ARD keinen Aufschrei gegeben hat, als insgesamt fünf solcher teuren Talkshows pro Woche vereinbart wurden.

(BEIFALL)

Immerhin enthalten die Programmgrundsätze der ARD die Pflicht, das gesellschaftliche Meinungsspektrum möglichst umfassend und fair wiederzuspiegeln und die Verpflichtung zu wahrheitsgetreuer und sachlicher Berichterstattung. Gerade das erfüllen diese Talkshows nicht.

Genossinnen und Genossen, man kann fast nostalgisch werden, aber was waren das für Zeiten, als Sendungen von Panorama und Monitor mit Hintergrundinformationen die politischen Debatten der ganzen Woche bestimmten und nicht irgendeiner falscher Zungenschlag eines Hinterbänklers in der Talkshow von Maybrit Illner oder wem auch immer.

Letzter Absatz. Klaus Staeck hat 1971 einmal einen Aufkleber produziert, ich habe ihn vorhin daran erinnert, auf dem er den damaligen ZDF-Agitator Gerhard Löwenthal mit der Aufforderung zeigte: „Abschalten, wenn dieses Bild erscheint.“ Nun sind Anne Will, Reinhold Beckmann, Günter Jauch, Sandra Maischberger

und Frank Plasberg keine Hassprediger wie der damalige ZDF-Magazinist. Aber vielleicht fällt Klaus Staeck wieder etwas Ähnliches ein: „Abschalten, wenn diese Damen und Herren auf dem Bildschirm erscheinen“, das könnte ein Beitrag zur politischen Kultur sein, wenn man sich als Gebührenzahler schon nicht anders wehren kann. Schönen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. Es folgt Christian Lange, danach Jürgen Schmude. Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen. Ich gehe jetzt davon aus, dass wir langsam zum Ende kommen. Diejenigen, die noch zwingend reden wollen, müssten sich ein bisschen beeilen, sonst machen wir die Redeliste gleich zu.

Christian Lange, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, wenn der SPD-Bundesparteitag über mehr Demokratie spricht, dann ist es geradezu zwingend, dass ein baden-württembergischer Delegierter sich zu Wort meldet, denn wir haben in der letzten Woche, heute vor einer Woche, in Baden-Württemberg, nicht nur mehr Demokratie gewagt, sondern wir haben mehr Demokratie gemacht, und das dank der SPD in der neuen Landesregierung.

(BEIFALL)

Ich will - das gehört zur ganzen Geschichte dazu - erinnern, dass, als wir diesen Vorschlag gemacht haben, vor einem Jahr im August/September letzten Jahres, praktisch niemand diese Idee besonders gut fand. Die ganzen Journalistinnen und Journalisten nicht, die CDU sowieso nicht, die FDP auch nicht, und selbst die Grünen erst viel, viel später. Heute sagen alle: Ja, dies war ein guter Weg, mehr direkte Demokratie zu wagen und zu machen, es ist ein Beitrag zur Befriedung der Lage, und es hat auch gezeigt, die Leute wollen beteiligt werden. Das ist das Allererfreulichste, und deshalb ist es gut, dass die SPD sich auch auf Bundesebene auf den Weg zu mehr direkter Demokratie macht.

(BEIFALL)

Was zeigt uns Stuttgart 21? Die Stuttgarter Bürger haben uns darauf hingewiesen, dass die Legitimität eines Verfahrens nicht mehr genügt. Die Konsequenz kann dabei freilich nicht sein, Bürgerproteste mit Wasserwerfern zu stoppen, wie Schwarz-Gelb das gemacht hat,

(BEIFALL)

sondern die Konsequenz kann nur sein: Mitnehmen, die Länge der Planungsverfahren zu kürzen, die Bürgerinnen und Bürger früher zu beteiligen. Wenn wir das machen, dann haben wir auch Erfolg mit mehr direkter Demokratie.

(BEIFALL)

Die zweite Konsequenz aus Stuttgart 21 ist: Wenn es die Menschen umtreibt - das muss auch für uns auf Bundesebene das erfreulichste Signal sein -, dann beteiligen sie sich auch. Es ist das Gegenteil von Politikverdrossenheit. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,3 Prozent in einem Flächenbundesland, und das ist sensationell.

(BEIFALL)

Ich sage auch: Keine Angst, den Dagegen-Parteien fällt die Mobilisierung nicht zwangsläufig leichter, im Gegenteil. In Stuttgart bekam das Dagegen-Lager zwar mehr Menschen auf die Straße als das Dafür-Lager, aber am Tag der Abstimmung war es umgekehrt. Das ist erfreulich.

(BEIFALL)

Deshalb sage ich all jenen insbesondere im konservativen Lager oder auch in den Industrieverbänden: Infrastrukturprojekte werden mit mehr Demokratie nicht blockiert, es gibt nicht den doppelzüngigen Bürger, der gegen Atomkraft ist und zugleich Netzausbau blockiert. Nein, die Menschen lassen mit sich reden, wenn wir mit ihnen reden. Das ist die frohe Botschaft dieser direkten Demokratie in Baden-Württemberg.

(BEIFALL)

Wer - das ist die vierte Konsequenz - aber von schweigender Mehrheit spricht, wie dies häufig in der Kommentierung im Nachgang der Fall war, wer davon spricht, dass nicht diejenigen die Mehrheit sind, die am lautesten schreien, wer also sein Misstrauen ausspricht, der muss Volksentscheide geradezu befürworten. Deshalb ist es gut, dass als nächster Schritt in Baden-Württemberg die neue Landesregierung das Quorum absenken will, damit es tatsächlich zu verbindlichen Entscheidungen auch in der Praxis kommen kann. Es ist gut, das in unserem Antrag steht: mehr Beteiligung durch Volksbegehren, Volksabstimmung und Volksinitiative. Es ist kein Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, sondern es ergänzt die repräsentative Demokratie, denn Menschen wollen öfters gefragt werden als nur alle vier oder fünf Jahre.

(BEIFALL)

Schließlich - auch das ist ein Ergebnis von Stuttgart 21: Ja, direkte Demokratie ist anstrengend. Aber es ist auch ein Beitrag zur politischen Kultur. Ich kann euch berichten: Von Pro- und Contra-Ständen in bunter parteipolitischer Färbung waren manche Passanten völlig verduzt und irritiert. Die üblichen Schubladen haben nicht mehr gepasst. Meine Damen und Herren, Genossinnen und Genossen, so zeigt sich doch Demokratie von ihrer besten Seite! Das müssen wir unterstützen! Deshalb bin ich für den Antrag von Heiko Maas. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt folgt Jürgen Schmude, danach Ralf Stegner.

Jürgen Schmude, Seniorenrat: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Seniorenrat der Partei hat sich intensiv mit diesem Vorhaben befasst und es diskutiert und auch seine Anregungen gegeben. Ich möchte sie hier kurz zitieren. Es geht nicht um Änderungen des Antrags des Parteivorstands, sondern um bestimmte Akzente, die dabei gesetzt werden sollen.

Zum einen: Der Parteivorstand weist sehr ausführlich an verschiedenen Stellen seines Antrags darauf hin, dass auch die Rahmenbedingungen, die Voraussetzungen stimmen müssen, wenn man plebiszitäre Elemente in unsere politische und Verfassungswirklichkeit aufnimmt. Das heißt, es muss sichergestellt

werden, dass sich die schwächeren Schichten unserer Bevölkerung beteiligen können, und es muss sichergestellt werden, dass es die einflussreichen Gruppen, gar die finanzstarken Gruppen, auch diejenigen mit Medienmacht, nicht sind, die die erforderliche Mehrheit organisieren, um hier etwas in ihrem Sinne zustande zu bringen. Übrigens ist das ein Belang, der von den Skeptikern hinsichtlich des vorgeschlagenen Quorums eben mehrfach angesprochen wurde. Diese Aufgabe ist aber etwas, Genossinnen und Genossen, was uns seit Jahrzehnten beschäftigt. Sie wird auch künftig nicht schnell erledigt werden können, sondern lange Zeit dauern. Deshalb ist es sinnvoll, mit ihr auch Erfahrungen zu sammeln.

Das Zweite ist: Wir bitten, den Wert der Volksinitiative hoch einzuschätzen und diese noch etwas auszubauen. Wer eine Initiative in das Parlament bringt, einen Vorschlag dorthin bringt, der soll auch das Recht haben, dass dort ein reguläres Verfahren stattfindet, an dem die Initiatoren teilnehmen können. Das wird Diskussionen im Parlament auslösen. Es wird auf die Verantwortung der gewählten Volksvertreter hinweisen und sie nötigen, sich intensiv mit dem auseinanderzusetzen, was da gewollt ist.

Das Dritte: Wir geben zu bedenken, ob man nicht so weit gehen soll, einen Volksentscheid mit besonderen Quoren also mindestens 50 Prozent Beteiligung und mindestens zwei Drittel Befürwortung wie bei Verfassungsänderungen für eine vorzeitige Auflösung des Parlaments vorzusehen. Andere Länder haben so etwas. Dann gibt es die Möglichkeit, wenn es anders nicht geht, zu einer Parlamentsauflösung zu kommen. Es sind dann allerdings wieder die Parlamentarier, die gewählt werden und entscheiden.

Hinsichtlich des Volksentscheids über Sachfragen selbst ist der Seniorenrat nicht einheitlicher Meinung. Eine Gruppe sagt: Das ist jetzt dran, wir brauchen das, die Erfahrungen sind gut. - Die andere Gruppe sagt: Wir sehen dort noch Bedenken, wir sehen dort noch Schwierigkeiten. Wir könnten uns vorstellen, dass es die Demokratie parlamentarischen Zuschnitts nicht nur ergänzt, sondern manche auch meinen, es könnte sie ersetzen, und wir sehen nicht, dass die Voraussetzungen der Beteiligung auch der Schwächeren schon geschaffen sind, wenn ein solcher Volksentscheid kommt.

Zusammenfassend: Es könnte sich empfehlen, dass Partei und Fraktion diese Vorhaben schrittweise verfolgen - zunächst das, was leichter durchzubringen ist, und danach im Lichte der gewonnenen Erfahrungen auch noch den Rest. Denn hier ist zutreffend darauf hingewiesen worden: Wir hatten 1993 eine Initiative im Bundestag ich war damals noch dabei, Hans-Jochen Vogel hat den Antrag gestellt, er wurde abgelehnt. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen haben 2002 einen Gesetzentwurf dieser Art gestellt - er wurde abgelehnt. Es wäre schön, wenn wir nun auch erleben könnten, dass man schrittweise vorankommt, statt dass wir ein großes, schönes Paket bilden, das uns dann wiederum dazu führt, dass wir in zwölf Jahren auf einem Parteitag sagen „Wir müssten noch einmal etwas dazu beschließen“. Lieber taktisch vorgehen und Dinge erreichen und den Rest nachziehen, als auf den Erfolg bis zum Sankt Nimmerleinstag zu warten.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Als Nächster Ralf Stegner, danach Gerd Bollmann.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute einen Antrag dis-

kutieren, der „Mehr Demokratie leben“ heißt, dann ist das nicht nur gut für die Partei Willy Brandts, sondern kann es eigentlich gar keine bessere Zeit geben, das zu diskutieren, weil es nämlich in Europa momentan genau um die Frage geht, ob sich demokratische Politik und Parlamente gegen Finanzkapital und andere durchsetzen, die die Politik momentan zu dominieren versuchen. Insofern ist Demokratie genau die richtige Antwort. Man war heute schon ein bisschen stolz, wenn man den einen oder anderen Redner gehört hat, dass wir die älteste demokratische Partei in Deutschland sind. Das konnte man bei den Reden schon merken, die heute gehalten worden sind. Das passt in die Zeit. Deshalb haben Heiko Maas und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter Dank für ihre Arbeit verdient, die sie geleistet haben, und es bringt uns voran.

(BEIFALL)

Ich glaube, dass wir viel stärker selbstbewusst für Arbeit für das Gemeinwesen werben müssen. Der Zeitgeist hat 15 oder 20 Jahre gepredigt: Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht. - Das Wort „Gemeinwesen“ ist klein geschrieben worden. Wir loben die, die sich bei den Sozialverbänden, in Sportvereinen und bei der Freiwilligen Feuerwehr engagieren, aber wir loben diejenigen viel zu wenig, die ehrenamtlich Politik machen und mit dazu beitragen, dass wir Demokratie in unserem Land haben. Genossinnen und Genossen, da müssen wir viel mehr tun!

(BEIFALL)

Darauf kann man stolz sein.

Das schwächt übrigens weil das vorhin jemand gesagt hat auch nicht die repräsentative Demokratie, sondern das ist eine Ergänzung zu der repräsentativen Demokratie. Die repräsentative Demokratie wird durch etwas anderes geschwächt, nämlich durch all diejenigen, die verächtlich über Politik reden, die so tun, als seien die Politikerinnen und Politiker schlechter als die Wissenschaft und Wirtschaft. Liebe Genossinnen und Genossen, das kann ich nun wirklich nicht finden, wenn man einmal guckt, was in unserer Welt passiert.

Ich glaube, dass wir repräsentative Demokratie auch dadurch stärken, dass wir Alternativen haben, zum Beispiel Alternativen zu dieser Koalition aus Konservativen und Egoisten, die wir in Berlin, in Kiel und anderswo sehen. Dazu sind wir die demokratische Alternative, liebe Genossinnen und Genossen!

Einen Punkt hat Manuela Schwesig und haben auch andere angesprochen: Zur Demokratie gehört auch Meinungsfreiheit. Aber Meinungsdemokratie gibt es nicht ohne Wert. Ganz oft werden Bücher geschrieben, leider auch von Sozialdemokraten, die ganz töricht sind und wo dann gesagt wird: Man wird doch noch mal sagen dürfen! - Das ist es aber nicht, Genossinnen und Genossen. Man wird nicht Dinge sagen dürfen, die zum Beispiel für Intoleranz werben, die Ausländerfeindlichkeit befördern oder andere Dinge tun. Da heißt Demokratie, dass wir uns engagieren und dazu Stellung nehmen und uns äußern und da sind, Genossinnen und Genossen, und dass nicht Unsinn wie Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit verbreitet wird.

(BEIFALL)

Demokratie heißt auch: Demokratische Rechte für alle, die hier leben! Wie kann es angehen, dass hier Menschen aus anderen Ländern leben, die hier arbeiten und Steuern zahlen, aber nicht einmal wählen dürfen, Genossinnen und Genossen? Was ist daran eigentlich in Ordnung?

(BEIFALL)

Wir haben auch immer noch Betriebe, bei denen Mitbestimmung ein Fremdwort ist, und es gibt auch immer noch Scheingewerkschaften, die Lohndrückerverträge aushandeln, weil es keine starke Mitbestimmung gibt. Genossinnen und Genossen, das ist auch keine Demokratie. Auch hier muss sie gestärkt werden.

Schließlich ist Demokratie, glaube ich, auch Demokratie der Zukunft, dass wir uns um Beteiligungsformen kümmern, dass wir auch die sozialen Netzwerke ernst nehmen. Wir brauchen keine Piraten in Parlamenten. Wir können uns um solche Sachen auch kümmern, Genossinnen und Genossen,

(BEIFALL)

und wir müssen das auch tun, damit uns die jungen Leute nicht weglaufen, sondern die SPD als die Partei empfinden, bei der man mitmachen kann.

Genossinnen und Genossen, vorhin ist auch angesprochen worden: Demokratie heißt nicht zuletzt auch die Aufforderung an uns selbst: innerparteiliche Demokratie mit all den Dingen, die wir tun. Ich lese in der Zeitung: Wenn da Anträge gestellt werden, ist das eine Bedrohung usw. - Nein, Genossinnen und Genossen, das ist Demokratie!

(BEIFALL)

Wir entscheiden das hier frei und so, wie wir es richtig finden. Da gibt es überhaupt keine Bedrohung, sondern das ist gut so, dafür haben wir Parteitage.

Liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie lebt davon, dass wir nicht nur Beschlüsse fassen, sondern uns engagieren. Kurt Tucholsky hat mal in den 30er-Jahren über Demokratie geschrieben: Ich will, du willst, sie will, was wir wollen geschieht, doch was geschieht, will keiner von uns. - In der Tat, so ist Demokratie manchmal. Wenn wir wollen, dass es anders ist, liebe Genossinnen und Genossen, dann müssen wir uns für die Sache engagieren, miteinander streiten, mehrheitlich entscheiden und am Ende das gemeinsam tun, was wir beschlossen haben.

Das ist lebendige Demokratie, und so muss die Sozialdemokratie als älteste demokratische Partei in Deutschland auch sein. - Vielen herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ralf. - Jetzt kommt Gerd Bollmann und danach als letzter Redner in dieser Aussprache Wolfgang Thierse.

Gerd Bollmann, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann mich noch an den Berliner Parteitag erinnern, auf dem wir hier das Berliner Programm beschlossen haben. Das war eine spannende Diskussion. An der haben sich Erhard Eppler, Franz Müntefering und Horst Ehmke damals noch beteiligt, und am Ende ist dann ins Berliner Programm reingeschrieben worden: Stärkung des plebiszitären Elements. Insofern ist dies, was wir heute machen, zwanzig Jahre später, eigentlich nur eine Konsequenz, und ich bin froh, dass dieser Antrag hier vorliegt.

Aber, Genossinnen und Genossen, wenn schon Demokratie, dann müssen wir auch an die Demokratie denken, mit der wir hier Parteitagbeschlüsse dieses Bundesparteitages umsetzen. Ich will hier nur zwei kleine Sachen herausnehmen, bei denen man sagen kann: Na ja, Blödsinn. Oder der eine sagt: Ist gut.

Auf zwei Parteitag haben wir beispielsweise beschlossen, dass analog zur Tabakwerbung die Werbung für alkoholische Getränke in öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten verboten bzw. stark eingeschränkt wird. Passiert ist gar nichts, überhaupt nichts. Noch nicht einmal ein Ansatz wurde unternommen, dies umzusetzen.

Eine zweite Sache. Auch hier kann man sagen: Der eine sagt, es ist ein guter Antrag, der andere sagt, das ist ein schlechter Antrag. Auf dem Hamburger Parteitag wurde ein Tempolimit von 130 auf Autobahnen beantragt. Ich finde, das war ein guter Antrag. Was ist daraus geworden? Das war lange umkämpft auf dem Parteitag. Es ist überhaupt nichts dabei herausgekommen. Ich finde das schlimm. Wenn Demokratie und Bürger- und Volksentscheide, dann aber bitte auch bei der Umsetzung von Beschlüssen, die wir hier auf dem Parteitag treffen.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Damit Wolfgang Thierse.

Wolfgang Thierse, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr kennt vermutlich alle die treffende Bemerkung von Oskar Negt: „Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die in ständiger Kraftanstrengung immer wieder neu erlernt werden muss“.

Die Demokratie hat es gegenwärtig schwer, bis an den Rand der Existenzbedrohung. Davon war schon die Rede. Sie wird bedrängt, angefressen, infrage gestellt - von ganz verschiedenen Seiten und durch ganz verschiedene Entwicklungen: durch die Unzufriedenheit, Ungeduld, den Verdruss der Bürger, die Wahlbeteiligungen belegen es, durch leichtfertige Medien, die das Vertrauen in die Mühsal alltäglicher demokratischer Prozesse und Entscheidungen nicht eben befördern. Eckart Kuhlwein hat sich ganz trefend und ganz kräftig zu den Talkshows geäußert. Ich erinnere nur an die Inszenierung des Comebacks eines Blenders, an dem sich sowohl „Zeit“ und „Bild“ wie ARD und ZDF beteiligen.

Die Demokratie wird bedrängt und angefressen durch - da kommen wir jetzt endlich von der Oberfläche auf die tieferen Gründe - die Dominanz ökonomischer Prozesse und Entscheidungen, die den Primat demokratischer Politik infrage stellen. Diese, die demokratische Politik erweckt immer mehr den Eindruck, nur noch atemlos hinterherhetzen zu können, bestenfalls Wundpflaster und schmerzlindernde Mittel verabreichen zu können.

Das Sagen haben, so finden doch offensichtlich immer mehr Bürger, die ominösen Märkte, Ratingagenturen, Finanzmanager, Banker. Das ist der vielfache Eindruck. Das geht bis zur Selbstabdankung demokratischer Politiker. Unter dem Druck der Märkte übernehmen sogenannte Experten die Regierungsgeschäfte, so in Griechenland und in Italien. Kommissionen treten an die Stelle der öffentlichen Debatte in Parlamenten. Sie erscheinen allmählich nicht mehr als Dienstleister des Parlaments, sondern setzen sich an dessen Stelle und so weiter und so fort.

Das alles sind keine Einladungen zum demokratischen Engagement, das alles fördert nicht die Transparenz und verbessert nicht die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern. Die Bürger werden misstrauischer, wütender aus Ohnmacht, wenden sich ab oder gehen auf die Straße. Aber von wegen Wut-Republik oder Dagegen-Republik!

Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen, als politische Lebensform der Freiheit: Das ist auch ein Regelwerk und ein Institutionengefüge, derer sich die Staatsbürger bedienen, um ihre Interessen zu vertreten und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Wenn aber Bürger die Erfahrung machen oder das Gefühl haben, dass ihre Probleme und Interessen nicht oder nicht ausreichend innerhalb der Regeln und Institutionen unserer Demokratie berücksichtigt werden, dann nimmt ihr Engagement die Form des Protestes an. Von wegen Wutbürger oder Dagegen-Republik!

Protest ist Teil, ist Wesenselement von Demokratie und allemal besser als Resignation oder Abwendung von der Demokratie oder das Hoffen auf den Wunderheiler, das Setzen auf autoritäre Entscheidungen. Das ist doch die furchtbare Erfahrung des 20. Jahrhunderts: Wenn Ungerechtigkeits Erfahrungen und Demokratieenttäuschung unten und Demokratieverachtung von oben zusammenkommen, dann ist die Demokratie gefährdet.

Die Verführbarkeit zu einfachen Antworten ist in Zeiten komplexer Probleme besonders groß. Helmut Schmidt hat auf die Tendenzen des Rechtspopulismus hingewiesen. Wir beschäftigen uns in diesen Tagen in besonderer Weise mit rechtsextremistischer Gewalt.

Das alles, liebe Genossinnen und Genossen, ist die demokratische Herausforderung für die SPD, die älteste demokratische Partei Deutschlands. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Demokratie ein lebendiger Erfahrungs- und Artikulationsraum der Bürger ist. Das muss unser immer neues Angebot sein. Demokratie müssen wir dabei nicht neu erfinden, aber wir müssen sie vitalisieren durch Öffnungen und Experimente - das ist der Sinn unseres Leitantes -, durch mehr Bürgerbeteiligung. Erst wenn wir das tun, Bürger also durch mehr Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen wieder ernst nehmen, auch Zwischenwahlen, dann haben wir eine Chance, dass diese Bürger nicht nur für ihre eigenen Interessen, die legitim sind, protestieren, sondern dass sie allesamt Verteidiger der Demokratie sind; denn das soll nicht nur der Staat sein, sondern das sollen vor allem die Bürger sein.

Die Bürger wieder ernst nehmen: Das ist der Sinn unseres Leitantes. Deswegen bitte ich herzlich um eure Unterstützung.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang, ganz herzlichen Dank. – Damit sind wir am Ende der allgemeinen Aussprache zum Block „Demokratie“, und wir kommen nun zu den konkreten Anträgen und Abstimmungen, zu denen ja einiges auch schon in der Aussprache gesagt wurde.

Bevor wir dazu kommen, möchte ich allerdings einen weiteren Gast stellvertretend für viele, die nach und nach am heutigen Tage noch gekommen sind, herzlich begrüßen. Das ist Herbert Ehrenberg, den ich ganz herzlich in unseren Reihen begrüße.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen das so, wie eben beim Thema Europa schon einmal geübt.

Ich komme jetzt zu den einzelnen Anträgen und beginne mit den Initiativanträgen. Ich rufe sie auf und würde sie jeweils entlang der Voten der Antragskommission zur Entscheidung führen wollen, wenn ihr damit einverstanden seid.

Dies würde bedeuten, dass wir zunächst die beiden Initiativanträge 220 und 223 aufrufen.

Zunächst zum Initiativantrag 220: Da geht es noch einmal um die Quoren. Das ist eben auch in der Aussprache angesprochen worden. Da gab es unterschiedliche Einschätzungen. Die Antragskommission hat sich damit beschäftigt und empfiehlt Ablehnung. Jetzt frage ich: Gibt es dazu noch einmal einen Debattenbedarf, oder können wir das abstimmen, weil das ja eben schon diskutiert wurde? – Das scheint so zu sein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung des IA 220 folgt, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. – Wer ist gegen die Ablehnung? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Dann ist der IA 220 abgelehnt.

(ZURUF: AUSZÄHLUNG!)

- Auszählung? Das war jetzt aber ein Scherz, oder!? Die Karnevalssaison ist zwar eröffnet, aber es war wirklich eindeutig.

Damit komme ich zum IA 223. Hier empfiehlt die Antragskommission für die Absätze 1 bis 3 Annahme. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Für den Absatz 4 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung.

Gibt es dagegen Widerspruch? - Vereinzelt. Dann ist die Ablehnung mehrheitlich angenommen.

Dasselbe gilt für den Absatz 5, der ebenfalls zur Ablehnung empfohlen ist. Gibt es dagegen Widerspruch? - Dagegen gibt es nicht einmal vereinzelt Widerspruch. Insofern ist der abgelehnt.

Ich komme dann zum Antrag 1, dem Leit Antrag „Mehr Demokratie leben“. Ihr müsst euch gleichzeitig im Antragsbuch den Antrag 2 vornehmen. Insgesamt sind das die Seiten 176 bis 205. Es gibt dazu umfangreiche Änderungsvorschläge für den Leit Antrag. In der Empfehlung der Antragskommission für den Umgang mit Antrag 2 stehen die Voten, welche Teile übernommen werden sollen und welche abgelehnt werden sollen, welche als erledigt erklärt werden sollen und welche an die Bundestagsfraktion überwiesen werden sollen.

Gibt es Widerspruch dagegen, über diese Empfehlung - die ja in allen Details ausgedrückt im Antragsbuch vorliegt - im Block abzustimmen? Oder müssen wir über bestimmte Teile einzeln abstimmen? Können wir im Block abstimmen?

(ZURUF: JA!)

- Sehr gut. Dann frage ich, wer dem Votum der Antragskommission widerspricht. - Das ist vereinzelt der Fall. Ich gehe davon aus, dass das in der Fassung der Antragskommission angenommen wurde,

und stelle fest, dass damit die Anträge 5 und 6 erledigt sind. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Leitantrag in der jetzt beschlossenen Fassung - er wurde mit einer Reihe von Änderungen angefüllt - abstimmen. Wer dafür ist, dass wir den Leitantrag in dieser Fassung annehmen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? Bei einigen wenigen Enthaltungen so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich auch bei der Zukunftskommission Demokratie für die hervorragende Vorbereitung.

(BEIFALL)

Antrag 3 und Antrag 4 haben wir jetzt abgeräumt, sodass wir jetzt nur noch Antrag 7, Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, offen haben. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Dazu gibt es jetzt allerdings eine Wortmeldung, und zwar von Harald Baumann-Hasske. - Bitte schön.

Harald Baumann-Hasske, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag 7 ist der Versuch einer Umsetzung dessen, was wir mit dem Leitantrag „Mehr Demokratie leben“ inzwischen beschlossen haben.

Die ASJ hat sich über zwei Jahre hinweg intensiv mit dem Thema der Einführung von direkter Demokratie auf Bundesebene ins Grundgesetz auseinandergesetzt. Im Antrag finden sich viele Instrumente wieder, die 2002, zu Zeiten von Rot-Grün, schon auf dem Tisch des Bundestages gelegen haben und damals abgelehnt worden sind. Inzwischen ist die Diskussion weitergegangen. Ich glaube auch, dass sich die gesellschaftlichen Mehrheiten insoweit verändert haben. Wenn wir eine gute und intensive Diskussion auf der Bundesebene führen, muss dieser Antrag, so glaube ich, nicht erneut scheitern. Auch im Bundestag haben sich nämlich Mehrheiten verschoben. Selbst tief im konservativen Lager, bei CSU und CDU, gibt es inzwischen viele Befürworter von mehr direkter Demokratie. Wir haben diese Diskussion auf verschiedenen Foren, auch unter Mitwirkung von Wissenschaftlern, ausführlich geführt und jetzt im Ergebnis einen Gesetzentwurf vorliegen, der unseres Erachtens eine gute Grundlage für das weitere Vorgehen sein könnte.

Deswegen möchte ich euch alle bitten, diesem Antrag möglichst zuzustimmen und ihn zur Grundlage der weiteren Diskussion zu machen, nicht nur im Bundestag, sondern überall in der Partei. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Gut. Dazu Heiko.

Heiko Maas, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, hier geht es um einen Gesetzentwurf, mit dem diese Elemente des Volksentscheids in die Verfassung übernommen werden soll. Ich bitte darum, diesen an die Bundestagsfraktion zu überweisen; denn leider sind wir hier keine gesetzgebende Körperschaft. Im Übrigen ist es so, dass wir im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit brauchen. Das heißt, wir müssen sowieso mit den anderen Bundestagsfraktionen darüber reden und möglicher-

weise Verhandlungen führen, an deren Ende ein erneuter Gesetzentwurf steht, in dem auch Elemente enthalten sein werden, die die anderen wollen. Die Bundestagsfraktion hat uns zugesichert, dass dieser Gesetzentwurf der ASJ besondere Berücksichtigung findet. Aber vom Verfahren her ist das so sinnvoller. Gesetzentwürfe können wir hier leider noch nicht beschließen.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Ihr habt das Votum der Antragskommission erläutert bekommen. Wir müssen jetzt darüber abstimmen. Das Votum der Antragskommission lautet also auf Überweisung an die Bundestagsfraktion. Es ist eben beantragt worden, hier in der Sache zu entscheiden. Wer jetzt für den Entscheid in der Sache ist, muss also gegen das Votum der Antragskommission stimmen. Der Vorschlag der Kommission ist Überweisung an die Fraktion. Wer dafür ist, der Antragskommission zu folgen, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Dann ist dies bei einigen Neinstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen. Der Antrag ist damit so an die Bundestagsfraktion überwiesen. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich.

Wir haben damit den Block „Demokratie“ abgeschlossen. Ich darf jetzt an Heiko übergeben.

EINBRINGUNG ORGANISATIONSPOLITISCHES GRUNDSATZPROGRAMM

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thorsten. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe nun auf

- Organisationspolitisches Grundsatzprogramm
- Einbringung: Andrea Nahles
- Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Organisation
- Satzungsändernde Anträge

Ich will dazu eine Vorbemerkung machen: In diesem Antragsbereich geht es unter anderem um die Parteireform. Dazu liegen 400 Änderungsanträge vor. Ein Teil der Anträge muss mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, ein anderer Teil mit Zweidrittelmehrheit und ein letzter mit Dreiviertelmehrheit. Das deutet darauf hin, dass es etwas kompliziert werden könnte.

Deshalb schlagen wir euch jetzt erst einmal ein Verfahren vor, mit dem alle Anträge einbezogen werden können. Im Ergebnis geht es darum, nicht alle 400 Anträge aufrufen - ich würde nicht prognostizieren wollen, wie lange wir dann noch hier sitzen -, sondern nur diejenigen, die besonders Streitig sind bzw. zu denen explizit Wortmeldungen vorliegen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich jetzt um eure Aufmerksamkeit: Die Texte der Anträge zu O 1 bis O 170 findet ihr auf den Seiten 438 bis 566 des Antragsbuches. Daneben müsste euch vorliegen eine gesonderte Auflistung der Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen O 1 bis O 170 sowie eine gesonderte Auflistung der Texte der Initiativanträge mit den Empfehlungen der Antragskommission zu den Initiativanträgen IA 1 bis IA 157. Die Anträge IA 158 bis IA 210 liegen euch mit Empfehlungen der Antragskommission ebenfalls vor.

Für den Antragsbereich Organisationspolitik gab es zum Leitantrag O 1 eine verlängerte Antragsfrist bis zum 25.11. dieses Jahres. Der Parteivorstand hat versprochen, diese Anträge als Initiativanträge auf dem Bundesparteitag vorzulegen. Zudem sind auch Initiativanträge zur Änderung der Satzung eingegangen. Damit wir alle Anträge behandeln können, so wie es zugesagt worden ist, und um den Formalien unseres Statuts zu genügen, möchten wir euch bitten, dass wir nun mit einer Dreiviertelmehrheit - die ist nämlich erforderlich - die Befassung aller Anträge zum Bereich der Organisationspolitik beschließen.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit wird erst möglich, über all das zu beraten, was noch eingegangen ist. Das haben wir zugesagt. Deshalb bitte ich um euer Kartenzeichen. Wer dafür ist, dass wir über alle Anträge beraten, die eingegangen sind, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das somit beschlossen.

Damit hat als Berichterstatteerin und für die Antragskommission unsere Generalsekretärin Andrea Nahles das Wort.

(BEIFALL)

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen, wer heute richtig punkten will, der muss nur über Parteien herziehen. Auf Internetforen der Piraten ist zum Beispiel zu lesen – ich zitiere: „Die alten Parteien sind verbraucht und ähnlich; deshalb ist frisches Blut tausendmal besser als ewige Parteisoldaten.“

Dreimal dürft ihr raten, wer damit gemeint ist: Wir hier im Saal. Aber gemeint sind eben auch die vielen Aktiven, die jeden Tag ihre Freizeit opfern, damit es nebenan noch einen sauberen Spielplatz gibt oder um die Ecke eine Stadtbibliothek, ein Jugendzentrum oder ein Schwimmbad.

Richtig ist, Genossinnen und Genossen: Parteien brauchen frisches Blut. Richtig ist aber auch: Parteien brauchen aktive Parteimitglieder. Wir brauchen Menschen, die Plakate kleben, Flugblätter verteilen, die sich an Infoständen unangenehmen Diskussionen stellen. Wir brauchen Menschen, die einer Sache dienen und nicht nur sich selbst.

(BEIFALL)

Zum Glück haben wir diese Menschen in unseren Reihen. Und sie verdienen keinen Spott, sondern diese Menschen verdienen ein großes Dankeschön, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Parteien beruhen auf einer unschlagbaren Idee: Menschen schließen sich zusammen, weil sie gemeinsam stärker sind als alleine, weil sie gemeinsame Werte und Ziele verfolgen. Auf diese Idee gründet sich die SPD.

Bereits vor mehr als 140 Jahren, im Eisenacher Programm, kann man wörtlich nachlesen, dass wir jedem Einzelnen ermöglichen, seinen Einfluss für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen. Und das gilt doch heute erst recht; das ist doch das, Genossinnen und Genossen, was in unseren Genen steckt: die Bürgerbeteiligung. Wir sind die älteste demokratische Partei. Wir haben diese Ideen in Deutschland zuerst formuliert und zuerst gelebt. Deswegen schlagen wir heute mit dieser Parteireform ein neues Kapitel der Bürgerbeteiligung in Deutschland auf.

(BEIFALL)

Eine Partei, die viele Mitglieder hat, ist stark. Eine Partei, die viele Mitglieder hat, ist aber vor allem eins: unabhängig. Bei uns gibt es keine Berlusconi, die sich Macht kaufen, keine Millionärssöhnchen wie George W. Bush, die mit Petro-Dollars ihre Präsidentschaft erkaufen haben. Bei uns können normale Bürger wie Helmut Schmidt und Angela Merkel Bundeskanzler werden. Und wisst ihr warum? Weil es engagierte, aktive Parteimitglieder gibt – aus keinem anderen Grund, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir sind 148 Jahre alt geworden, weil wir uns im Laufe der Zeit geändert haben. Und jetzt ist es wieder Zeit für Veränderungen. Dass wir besser werden müssen, Genossinnen und Genossen, weiß doch eigentlich jeder hier im Raum. Darüber zu reden, ist aber nicht immer ganz leicht. Ihr kennt das: Wenn man ein paar Kilos zu viel auf den Hüften hat, dann wird man darauf nicht so gerne angesprochen. Aber im Innersten weiß man doch: Man muss sich eigentlich wieder mehr bewegen. Genau darum geht es, Genossinnen und Genossen: Wir müssen uns wieder ein bisschen mehr bewegen.

Wir können nach außen nur das ausstrahlen, was wir auch im Inneren leben. Wenn wir von Vielfalt in der Gesellschaft reden, dann muss es diese Vielfalt doch auch in unserer Partei geben. Und wenn wir von Chancengleichheit in unserer Gesellschaft reden und darum kämpfen, dann muss es diese Chancengleichheit bei uns doch auch geben. Und wenn wir von mehr Demokratie in unserer Gesellschaft reden, liebe Genossinnen und Genossen, dann muss es doch auch mehr Demokratie in unserer Partei geben. Darum geht es bei dieser Parteireform. Unsere zentrale Botschaft ist: Wir geben unseren Mitgliedern wieder mehr Einfluss und Macht.

(BEIFALL)

Bei uns in der SPD werden in Zukunft die Mitglieder in einem Ausmaß mitbestimmen können, wie es das in der Geschichte der SPD noch nicht gegeben hat: bei den Entscheidungen über politische Inhalte, bei der Auswahl des Personals. Wir sind eine Mitgliederpartei. Und weil das so ist, müssen die Mitglieder auch das Sagen haben. Und hier sage ich einmal ganz deutlich: Das muss auch gelten, wenn es wieder ernst wird. Oder anders ausgedrückt: Das muss auch gelten, Genossinnen und Genossen, wenn wir wieder regieren.

(BEIFALL)

Ich wünsche mir, dass unser nächstes Wahlprogramm das Ergebnis eines offenen Diskussionsprozesses ist. Das dürfen wir nicht einfach nur intern aushandeln. Wir brauchen dieses Mal ein Wahlprogramm, das wir gemeinsam mit den Menschen erarbeiten, für die wir Politik machen wollen. Das und nichts weniger muss unser Anspruch für die nächste Zeit sein.

(BEIFALL)

Dass uns offene Diskussionsprozesse guttun, Genossinnen und Genossen, haben wir doch in der Debatte über unsere Parteireform gemerkt. Wir sind doch auch durch die Diskussion aufeinanderzugegangen. Das, was hier heute vorliegt, die Vorschläge, die wir bearbeitet haben, sind das Ergebnis eines Diskussionsprozesses, über den ich sehr klar sage: Wir haben davon profitiert, dass ihr euch mit eurer Kompetenz und euren Erfahrungen aus eurer Arbeit eingebracht habt. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen, die daran beteiligt waren, bedanken.

(BEIFALL)

Was wir heute nicht brauchen, ist eine technische Debatte alleine über Satzungsänderungen. Für das, was wir vorhaben, brauchen wir nämlich nicht nur Satzungsänderungen. Dafür brauchen wir vor allem Praxisänderungen. Denn Volkspartei ist man auch nicht qua Satzung. Man muss jeden Tag darum ringen, Volkspartei zu sein. Das ist eine Abstimmung, die jeden Tag stattfindet. Und die können wir nur gewinnen, wenn wir wirklich die Herzen der Menschen erreichen, für die wir Politik machen wollen.

Deswegen müssen wir auch bei uns anfangen. Dazu gehört für mich, dass wir ernsthaft darüber reden, wie wir mit der Zeit unserer eigenen Aktiven umgehen. Und es ist nun einmal so, dass es für diejenigen, die einen Beruf oder Kinder haben oder beides, sehr schwer geworden ist, eine Veranstaltung um 20 Uhr in einer Kneipe zu besuchen. Aber warum versuchen wir nicht einfach einmal, samstagsvormittags nach dem Samstagseinkauf einen Brunch anzubieten? Ich weiß, dass das geht. Der Ortsverein Hilden hat das gemacht und war überrascht, zu sehen, wie viele junge Familien plötzlich wieder zur Ortsvereinsversammlung gekommen sind. Dafür brauchen wir keine Satzungsänderung. Dafür brauchen wir Praxisänderung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich möchte, dass in Zukunft gute Ideen Schule machen. Wenn wir das aber wollen, dann müssen wir auch einmal etwas ausprobieren können. Und nicht zuletzt scheitert das manchmal am Geld, gerade auf der Kreisebene. Ich war selber zehn Jahre Kreisvorsitzende und weiß, wovon ich rede. Daran wollen wir Ideen nicht mehr scheitern lassen. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir heute einen Innovationsfonds auflegen, der hilft, gute Projekte umzusetzen, die Schule machen sollen, liebe Genossinnen und Genossen.

Es gibt auch die Kommunalpolitik, die wir sehr schätzen. Aber es gibt auch viele, die wollen nicht unbedingt Kommunalpolitik machen, zum Beispiel weil sie ständig umziehen müssen, weil sie beruflich dazu gezwungen sind, ihren Standort zu verändern. Ich sage euch: Diese Menschen sollen bei uns mitmachen können. Deswegen schlagen wir Themenforen vor. Deswegen öffnen sich die Arbeitsgemeinschaften. Deswegen muss man für diese Form der Beteiligung nicht einmal Mitglied bei uns werden. Aber sie können und sollen es natürlich.

Zu unserer Parteireform gehört auch, dass wir wieder mit denjenigen ins Gespräch kommen, die sich enttäuscht von der Politik abgewandt haben, die in den Stadtteilen leben, in denen kein Politiker mehr vorbeischaute, übrigens auch leider von uns zu wenige. Gerade die SPD darf diese Stadtteile nicht aufgeben; denn gerade da sind doch die Menschen, für die wir Sozialdemokraten Politik machen wollen. Um da wieder Fuß zu fassen, brauchen wir Geduld. Wir müssen da aber auch mit System herangehen, Vertrauensleute ausbilden, die vor Ort sind, die zuhören, die anpacken, die sich kümmern.

Das sind nur ein paar Ausschnitte dessen, worum es jetzt geht, die SPD-Parteireform. Für all das brauche ich euch.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Vorstellung von einer modernen linken Volkspartei ist eine Partei, zu der alle kommen können und die zu allen hingehört, die offen und neugierig, die modern ist, aber nicht abgehoben. Eine Partei, die so ist, die redet nicht nur von Demokratie, sie lebt sie. Eine Partei, die so ist, bezeichnet sich nicht nur als Volkspartei. Sie ist es. Eine Partei, die so ist, in der ist man gerne Mitglied. Eine Partei, die so ist, wird auch von den Menschen gewählt. Da bin ich ohne Sorge. Diese Partei, das ist für mich die SPD - nach der Parteireform. Von daher, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns das heute mit großer Mehrheit beschließen und dann ab morgen gemeinsam für die Umsetzung sorgen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

BERATUNG DER ORGANISATIONSPOLITISCHEN ANTRÄGE

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir steigen jetzt in die Antragsberatung ein. Da insgesamt fast 400 Anträge im Bereich Organisationspolitik vorliegen, schlagen wir euch vor, dass wir den Antrag des Parteivorstands O 1, das organisationspolitische Programm, in der Fassung der Antragskommission zur Beratungsgrundlage für die Anträge O 3 bis O 73 und der Initiativanträge IA 1 bis IA 157 machen. Danach behandeln wir die satzungsändernden Anträge O 2 bis O 104 mit den dazugehörigen satzungsändernden Anträgen O 74 bis O 125 und den Initiativanträgen IA 158 und IA 210. Im Anschluss daran behandeln wir die allgemeinen organisationspolitischen Anträge

O 117 bis O 122 und O 124 bis O 170. Der Aufruf von Einzelanträgen in den jeweiligen Bereichen erfolgt dann, wenn dies durch Wortmeldungen gewünscht ist. Wenn es keine Wortmeldungen gibt, werden wir das auch nicht aufrufen. Die Einzelanträge würden wir dann zur Abstimmung stellen. Das hat den Vorteil, dass wir uns in den jeweiligen eben beschriebenen Abschnitten auf strittige Einzelanträge konzentrieren können. Die Alternative dazu ist, dass wir alle erst wieder morgen zum Frühstück im Hotel sind.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, würde ich euch gern erst über diesen Verfahrensvorschlag abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre da so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es liegen jetzt schon über 30 Wortmeldungen vor. Ich würde deshalb Folgendes vorschlagen: Wir haben Wortmeldungen, die sich auf einzelne Änderungsanträge beziehen. Die werden wir bei den Änderungsanträgen aufrufen. Es liegen aber auch schon Wortmeldungen vor, ohne dass auf bestimmte andere Änderungsanträge Bezug genommen wird, die sich sozusagen generell zum Thema äußern wollen. Deshalb würde ich euch vorschlagen, dass wir bei Eintritt in die Beratung der Einzelanträge die allgemeinen Wortmeldungen hier im Rahmen einer Generalausprache abarbeiten, und würde euch gleichzeitig um die Zustimmung bitten, die Rednerliste in der Generaldebatte jetzt zu schließen. Wenn wir das nicht tun, wird das alles zeitlich extrem schwierig.

Deshalb bitte ich euch um eurer Kartenzeichen dafür, dass wir die Rednerliste zur Generaldebatte jetzt schließen, damit wir zügig zur Beratung der Einzelanträge kommen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann wäre das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe die erste Wortmeldung auf. Das ist Helge Lindh aus Nordrhein-Westfalen. Nach ihm folgt Anke Pörksen.

Helge Lindh, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wissen wir - so gut, wie wir schon sind - überhaupt, wie gut wir sein könnten? Konzentrieren wir uns in fünf Stichworten kurz auf die Seele einer Parteireform. Sie soll schließlich kein Selbstzweck sein oder Fortsetzung des Gleichen mit anderen Mitteln.

A. Eine 148-jährige gestandene Dame, hyperrüstig, zeitlos mit Grandezza, gibt eine Kontaktanzeige auf. Modell A: Lache auch gerne über mich selbst; suche Gleichgesinnten. B: Suche Partner, der mich nicht fürchtet. - Welche könnte erfolgversprechender sein? Wir können es uns, glaube ich, ganz gelassen erlauben, hier eine Dame zu sein, die in der Souveränität gesündester Selbstliebe bisweilen sich selbst aus der Distanz anschaut.

Hinzu kommen - unverzichtbar - leuchtende Emotionalität, sprich: Feuer im Allerwertesten statt Unterkühlung, sowie Herzensbildung, würdevollende Empathie. Neben allem Desaster, das Legion ist, ist es begleitend, die Empathiearmut des fünften Rösler-Headsets in Tateinheit mit Selbsttrunkenheit und erwiesener Humorlosigkeit, die dessen diskrete Beliebtheit besiegelt.

B. Eine große Aufgabe, aber noch größere Chance der Sozialdemokratie ist, dem Individuum in einer individualisierten Gesellschaft mittels sozialer Gerechtigkeit gerecht zu werden. Menschen, gerade margi-

nalisierte, haben einen Anspruch darauf, als einzigartige Individuen, nicht als Kategorien anerkannt zu werden. Seit Godesberg haben wir schwarz auf weiß begriffen, dass Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität einander bedingen, gelernt, dass ich auch ein anderer bin, wie es der andere ist, wissend, dass wir alle im Allgemeinen gleich, weil im Besonderen verschieden sind. Wir tun gut daran, umgekehrt diese Freiheit zur Individualität auch in uns selbst zu entdecken, Individualität, Vielfalt der Typen, Temperamente, Träume. Auch Weltansichten der sozialen, beruflichen, ethnischen Herkunft sind an und für sich ein hehres politisches Ziel, keine Frage. Oder doch eine Frage? Eine Überlebensfrage, macht dieser Standortvorteil Mensch doch unsere Politik noch besser, schneller, wacher, wirklicher, wenn man so will, eine Form des Qualitätsmanagements. Qualitätsmanagement und Familienähnliches vergessen wir ganz schnell wieder.

Punkt C heißt nämlich: Sprache. Diese scheint mir bis heute ein sträflich vernachlässigter Aspekt zu sein. Oder anders: Manchmal holen wir, auf Augenhöhe uns wählend, die Sprache gezielt dort ab, wo sie garantiert nicht steht. Manche Moden und Muster lassen sich schwerlich meiden. Aber ihnen wohnt die Neigung inne, sich als Hamsterräder zu verselbstständigen. Sprachsensibilität hingegen möge ein Unterscheidungsmerkmal sein. Sprache ist mitnichten bloß äußere Tünche ach so bedeutsamer eigentlicher Wahrheiten.

Beispiel: Als Bundesregierung gehen uns alle nicht nur stets alternativlos die Leere des sogenannten Sachzwangs an, nein, strafverschärfend klingt sie auch wie der Sound des Sachzwangs, und das ist gar nicht sexy. Politikstil, Akzent auf Stil. Auf einer Fachkonferenz junger Funktionäre mit Migrationshintergrund, Thema Vielfalt, kam es irgendwann zum Stellungskrieg oder sozialdemokratischen Moment verhärteter Konfrontation. Sigmar intervenierte: Mensch: „Werdet doch nicht wie wir“, woraufhin reflexartig vor dem Hintergrund der Thematik Protest erscholl: „Bitte kein wir und ihr.“ Dies entschlüpfte einem gravierenden Missverständnis, das aber nicht tiefeschürfend ergründet wurde. Vielmehr gibt es nämlich in der Tat im Parteipolitischen, selbst in der SPD, gelegentlich Formen des Umgangs und Verurteilens, Rituale der Selbstzerfleischung in Situationen der Konkurrenz oder verschärften Kontroverse, bei denen mancher auf der Strecke geblieben und die nicht sonderlich kreativitätsfördernd und nicht zwingend traditionswürdig sind. Es könnte sich lohnen, demgegenüber gemeinschaftlicher Abwechler zu sein und in dem Sinne nicht zu werden wie wir.

Hey, Frage: Strukturreformen haben fraglos suchenden Charakter. Experimente suchen Erkenntnis, deren Geschwister Verunsicherung und Angst sind, verständlicherweise. Sie könnten sich indes am Ende aller Tage als wohliger Schauer und freundliches Gruseln erweisen. Warum? Reformen sind stark, wenn sie mit inhaltlichen Prinzipien korrespondieren und dem spannenden Gedanken Teilhabe geben. Inhaltlich scheint nun unsere krisengetriebene Jetztzeit geradezu nach klarsten Antworten zu gieren. Gerade dank der „Täglich grüßt das Murmeltier“-Antwortlosigkeit von Schwarz-Gelb. Aber könnte diese Antwortlosigkeit nicht Ergebnis nicht gestellter Fragen sein? Dies fragen obliegt der Alternative, also uns. Eine Parteireform ist genau genommen eine Frage, deren Antwort wir bisher nicht vollends kennen. Ansonsten bräuchten wir sie im Übrigen auch gar nicht erst zu stellen. Wir wüssten ja bereits längst, was am Ende herauskommt. Gefragt nach dem Geheimnis seiner Western, antwortet Clint Eastwood: Ich reite in eine Stadt, der Rest ergibt sich.

Liebe Freundinnen und Freunde, lasst uns mit solidem Rüstzeug und Zaumzeug gemeinsam in gar viele Städte reiten, und sehet, der Rest ergibt sich womöglich.
Glück auf!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor Anke das Wort ergreift, würde ich euch noch einmal kurz um eure Aufmerksamkeit bitte. Da weiterhin eine Vielzahl von Wortmeldungen eingehen, würde ich euch vorschlagen, die Redezeit von fünf auf drei Minuten zu begrenzen.

(BEIFALL)

Ich weiß, jeder hat wirklich genug, um fünf Minuten zu füllen, aber wir schaffen es sonst zeitlich nicht. Deshalb stelle ich das jetzt zur Abstimmung. Wer dafür ist, die Redezeit von fünf auf drei Minuten zu reduzieren, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das so beschlossen. Anke, du hast das Wort.

Anke Pörksen, Bundesvorsitzende ASJ: Vielen Dank. - Ich glaube, das schaffen wir. Die SPD - das hat Andrea gerade zu Recht ausgeführt - ist eine Mitgliederpartei, und die SPD lebt von ihren Mitgliedern. Sie möchte, dass sich mehr Mitglieder in ihr engagieren, zu Wort melden, sich einbringen, Zeit und Herzblut einbringen. Das schaffen wir nur, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie mit ihren Anliegen auch gehört werden, ernstgenommen werden, dass man sich damit auseinandersetzt, auch mit kritischen Beiträgen. Deshalb sieht die Parteireform zu Recht viele Stärkungsmechanismen für Mitgliederarbeit vor, insbesondere senkt sie das Quorum für den Mitgliederentscheid. Das ist ein großer Verdienst auch von Andrea. Das ist absolut zu begrüßen. Die Ehrenamtlichkeit wird gestärkt. Wir haben im Rahmen der Parteireform viel diskutiert über die Gremien und wie man auch dort eine Stärkung der Demokratie hinbekommen kann. Es war einmal der Vorschlag, einen kleinen Parteivorstand von 20 plus x Menschen zu haben, der wirklich statt des Präsidiums die Parteigeschicke lenkt. Auch das war eine vernünftige Idee. Davon sind wir inzwischen bei einem Vorstand mit 35 Menschen weit entfernt.

Ich bitte euch deshalb, noch einmal sehr ernsthaft nachzudenken, ob wir nicht kritische, weniger angepasste, eigenständige Gedanken auch in einem Parteivorstand eher dann realisieren können, wenn wir auf die bislang geplante Reduzierung von 45 auf 35 Mitglieder verzichten. Das wird beantragt auf Seite 455 des Antragsbuchs. Ich bitte euch insofern, hier noch einmal nachzudenken, ob wir nicht morgen Gefahr laufen, dass einige ganz wichtige Mitglieder des Parteivorstands zukünftig nicht mehr darin vertreten sein werden. Deshalb sollten wir das ernsthaft in Frage stellen und hier diese Linie noch einmal überdenken.

Insgesamt bin ich ein bisschen enttäuscht, dass von den 320 - vielleicht sind es sogar noch mehr - Anträgen zum Organisationsstatut einige in den Empfehlungen der Antragskommission abgelehnt wurden, obwohl sie mit der ursprünglichen Idee des Leitantrags gar nicht unbedingt etwas zu tun haben, sondern genau in deinem Sinne, Andrea, eine Stärkung der Mitglieder beispielsweise durch einen vernünftigeren Umgang mit den Anträgen auf Bundesparteitag und zukünftig auf Parteikonventen vorsehen.

(BEIFALL)

Dazu empfehle ich die Lektüre von O 92, einem Antrag der ASJ, auf Seite 536 im Antragsbuch, der neben einigen anderen Anträgen genau das vorsieht. Ich bitte insofern, dass wir uns nachher die Zeit nehmen, über diese Anträge wirklich ganz im Detail noch einmal nachzudenken und zu überlegen, welche weiteren Satzungsänderungen wir vornehmen könnten, um genau diesen wichtigen Aspekt der Mitglie-

derstärkung und des Ernstgenommenwerdens und des Wirksamwerdens in der Partei voranzutreiben. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Andreas Bovenschulte aus Bremen. Ihm folgt Ulrike Nissen.

Andreas Bovenschulte, Bremen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben sehr gute Anträge zur Organisationspolitik vorliegen. Wir können denjenigen, die daran gearbeitet haben, nur danken. Es ist mir nicht schwer gefallen, für die Landesorganisation Bremen auch in der Antragskommission diesen Anträgen grundsätzlich zuzustimmen. Damit haben wir natürlich auch dem Ziel einer Verkleinerung des Parteivorstands auf 35 Mitglieder zugestimmt. An diesem Ziel, glaube ich, sollten wir auch festhalten. Allerdings will ich nicht verhehlen, dass ich in den letzten Tagen und auch heute viele Gespräche geführt habe. Der Tenor dieser Gespräche war, dass doch ein großes Unbehagen besteht, ob wir die Verkleinerung auf 35 Mitglieder uns wirklich in einen einzigen Schritt zumuten können, oder ob wir uns bei dieser Verkleinerung etwas Zeit lassen müssen, nämlich dass wir erst auf 40 Mitglieder heruntergehen und dann beim nächsten ordentlichen Bundesparteitag 2013 auf 35. Warum lohnt es sich, über diesen Gedanken, den ich aus vielen Gesprächen herausgehört habe, nachzudenken?

Als die Landesverbände ihre Mitglieder für den Parteivorstand nominiert haben, wussten sie zwar, dass es zu einer Reduzierung der Zahl der Mitglieder im Parteivorstand kommen wird, aber letztlich ist diese Perspektive noch nicht zu hundert Prozent eingesunken gewesen. Deshalb wurde vielfach so gehandelt, als ob die alten Rahmenbedingungen noch bestehen würden. Das hat zu einer Situation geführt, die - Anke Pörksen hat es erwähnt - in gewisser Weise die regionale und fachliche und politische Repräsentativität des Parteivorstands in Mitleidenschaft zu ziehen droht. Deshalb glaube ich, wir sollten uns tatsächlich Zeit lassen, wir sollten das Ziel nicht aufgeben. Das ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit des Parteivorstands zu sichern, zu stärken und zu bewahren.

Aber ich würde folgende Änderung des § 23 Absatz 2 Satz 3 des Organisationsstatuts beantragen, beziehend auf den vorliegenden Änderungsantrag: „Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstands darf insgesamt nicht mehr als 35 betragen, bis zum ordentlichen Parteitag 2013 nicht mehr als 40.“

Die entsprechende Passage im Antrag O 1 wäre dann auch zu ändern. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Uli Nissen. Ihm folgt Kaweh Mansoori von Hessen-Süd.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es gut, dass der Parteivorstand sagt: Wir wollen die Mitglieder ernster nehmen. - Das finde ich klasse. Dazu gehört aber auch, lieber Parteivorstand, dass, wenn Mitglieder Briefe und E Mails an euch schreiben, diese beantwortet werden.

(BEIFALL)

Das hat in der Vergangenheit des Öfteren das will ich harmlos ausdrücken nicht geklappt. Ich erinnere mich an einen Genossen aus Bergen-Enkheim. Der Ortsvereinsvorsitzende – 120-Jahre-Feier hat geschrieben und um eine Rednerin bzw. einen Redner gebeten. Er hat eine Antwort bekommen: Ja, es dauert noch. - Er hat dann keine Antwort bekommen. Ich habe nachgehakt - es ist auch keine Antwort gekommen. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir Mitglieder ernst nehmen, darf dies nicht mehr passieren!

(BEIFALL)

Und wenn ich mir dieses dicke Antragsänderungsbuch vorstelle - ich bin eine sehr intensive Vorbereitung von Parteitag gewohnt. Ich habe das heute Vormittag bekommen. Auch das darf in Zukunft nicht mehr passieren, wenn wir ernst genommen werden wollen! Das ist auch eine wichtige Aufgabe an euch.

(BEIFALL)

Ihr habt heute Morgen alle intensiv geklatscht, als Jens Stoltenberg geredet hat. Jens Stoltenberg hat intensiv dazu geredet, Frauen ernst zu nehmen, Frauen wichtig zu nehmen und wie gut das in Norwegen geklappt hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wenn ich mir dann angucke, wie die Anträge der ASF behandelt worden sind! Wir haben einerseits gefordert, dann, wenn Delegationen nicht quotiert sind, sie entsprechend zu verkleinern. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist eine wichtige Aufgabe auch an die Unterbezirke, an die Ortsvereine, an die Bezirke, dass wir wirklich ausreichend dafür sorgen, dass Männer und Frauen entsprechend beteiligt sind. Leider hatten wir hier eine Ablehnung.

Was mich aber noch viel mehr ärgert, liebe Genossinnen und Genossen, ist, dass wir auch eine Ablehnungsempfehlung für das Reißverschlussverfahren bekommen haben. Wir reden über eine 40 Prozent-Geschlechterquote. Diese ist noch lange nicht umgesetzt, weil die Wahllisten nicht entsprechend aufgeführt werden. - Es gibt Bundesländer, in denen das hervorragend funktioniert, zum Beispiel Bayern. Daran können wir uns ein Vorbild nehmen. Bayern ist ja sonst nicht unbedingt die Speerspitze des Fortschritts. Aber hier muss man sagen: Ein großes Lob an Bayern! Ihr habt das vernünftig gemacht, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Bayern ist also ein großes Vorbild, auch nächstes Jahr bei den Wahlen. Ich bitte euch, liebe Genossinnen und Genossen, für den Antrag 94 der ASF zu stimmen, also für das Reißverschlussverfahren. Die kleinen Reißverschlüsse haben wir noch. Ich bitte also um eure Unterstützung. - Danke schön.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Kaweh Mansoori. Ihm folgt Claus Möller.

Kaweh Mansoori, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen! Mit dem Thema „Organisationsreform“ sind auch weitreichende Entscheidungen in dieser Partei verbunden. Da geht es beispielsweise um die

Frage, wie wir in Zukunft unsere innere Willensbildung organisieren. Damit verbunden geht es um die Frage, welchen Stellenwert Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat und welchen Stellenwert sie haben muss. Es geht auch um die Frage, ob, inwieweit und in welcher Weise wir die Debatte über den Dialog, über die Kooperation hinaus mit unseren gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern, Außenstehenden außerhalb der SPD, führen und ihnen direkten Einfluss über Entscheidungen in unserer Partei verschaffen. Aus diesen Gründen wird das Thema vielschichtig, vielseitig, kontrovers in unserer Partei diskutiert - in den Ortsvereinen, in den Unterbezirken, in den Bezirken und in den Landesverbänden. Ich füge dazu: Das ist auch gut so. Denn das zeigt: Die Mitgliedschaft nimmt dieses Thema sehr ernst.

(BEIFALL)

Dieser Antrag wird eingereicht, um ein Mehr an innerparteilicher Demokratie zu bringen, um innerparteiliche Demokratie zu stärken. Wenn es aber darum geht, innerparteiliche Demokratie auszubauen, dann muss doch der Weg dorthin die gleichen Standards erfüllen wie das Ziel, das wir uns dahinter erhoffen.

(BEIFALL)

Darum, Genossinnen und Genossen, muss es zuallererst heute auch eine ehrliche Abstimmung bei den Delegierten geben - eine Abstimmung ohne Druck, ohne Blödebatten wie „Kontroverse schadet“. Nein, im Gegenteil, Kontroverse hat noch nie geschadet, das ist die Voraussetzung für Demokratie!

(BEIFALL)

Deswegen bitte ich euch, Genossinnen und Genossen: Last uns sicherstellen, dass es eine freie Debatte und Abstimmung gibt! Lasst uns dem Anspruch dieses Antrags gerecht werden! Lasst das unterstreichen! Lasst garantieren, dass es eine solche Abstimmung gibt! Aus diesem Grund beantrage ich eine geheime Abstimmung, eine geheime Endabstimmung und bitte um Zustimmung. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, Kaweh hat jetzt eine geheime Abstimmung zu was auch immer beantragt. Wir werden hier noch sehr oft abstimmen. Ich bitte dich, jetzt einmal zu sagen, zu was du eine geheime Abstimmung willst. - Kaweh will eine geheime Endabstimmung. Liebe Genossinnen und Genossen, das würde ich gerne gleich jetzt klären. Ich bin zwar noch nicht so lange dabei, aber ich glaube, in den etwa 150 Jahren gab es noch nie eine geheime Abstimmung auf SPD-Bundesparteitagen in Sachfragen, schon gar nicht bei Satzungsänderungen oder Organisationsfragen.

(BEIFALL)

Deshalb würde ich das gerne jetzt klären. Denn wenn das nicht der Fall wäre, dann müssten wir hier anfangen, Stimmzettel und alles Mögliche zu machen. Ich will euch nicht ausmalen, wozu das hier führen wird.

Das ist hier beantragt. Ich rede dagegen und bitte euch, dass wir darüber abstimmen, ob es eine geheime Endabstimmung über eine Satzungsänderung gibt oder nicht. Wer dafür ist, dass geheim abgestimmt

wird, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit wäre das geklärt.

Das Wort hat Claus Möller. Ihm folgt Michaela Engelmeier-Heite.

Claus Möller, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Wer wie ich in den letzten 50 Jahren so einige Parteireformen und Diskussionen darüber mitgemacht hat, der weiß, dass man natürlich immer Kompromisse machen muss, schon wegen der Zweidrittelmehrheit. Einiges gelingt sehr gut. Einiges sind tragbare Kompromisse. Teilweise kommen auch mal faule Kompromisse dabei heraus.

Lasst mich noch einmal positiv sagen: Ich finde es richtig, dass wir mit der Diskussion um die Parteireform nach einer Befragung der Ortsvereine und der Unterbezirke begonnen haben. Es war ein klares Petitum von der Basis: Wir wollen gerne plakativ, aber wir wollen in Sach- und in Personalfragen mitbestimmen. - Ich denke, das ist in dem Leitantrag sehr deutlich geworden. Die Mitbestimmungsrechte der Mitglieder sind deutlich gestärkt: von den Möglichkeiten, in Personalfragen und in Sachfragen mehr nicht nur Delegierte, sondern Mitglieder bestimmen zu können, bis hin zu dem Antrag, der hier vorliegt, dass wir den Bundesparteitag auf 600 vergrößern. Kleine Parteien wie die Grünen haben 1.000 Delegierte. Wir hatten bisher 480. Auf einer Unterbezirkskonferenz, auf der 150 Leute waren, habe ich einmal gefragt: Wer von euch ist Bundesparteitagsdelegierter? - Es waren sieben. Wir müssen auch in diesem wichtigen Entscheidungsgremium wie dem Bundesparteitag Leute der Basis Ortsvereinsvorsitzende, Unterbezirkvorsitzende und nicht nur überwiegend hauptamtliche Mandatsträger haben. Dem wird dieser Antrag gerecht.

(BEIFALL)

Die Mitglieder haben auch gesagt: Ja zur Bürgerbeteiligung. - Es sind auch vernünftige Sachen darin: Öffnung in den Arbeitsgemeinschaften, Beteiligung in Sachfragen. Ich finde es allerdings auch entsprechend dem Votum der Mitglieder der Basis richtig: Das Letztentscheidungsrecht in Personal- und Sachfragen muss bei den Mitgliedern liegen!

(BEIFALL)

Aber darunter gibt es phantastische Mitwirkungsmöglichkeiten, wie sie Schleswig-Holstein, Bayern oder Baden-Württemberg praktiziert haben. Das ist kein Widerspruch. Das Letztentscheidungsrecht muss bleiben!

Genossinnen und Genossen, zu zwei Punkten will ich noch etwas sagen. Erstens ist hier schon der Antrag gestellt worden: Wir haben so viele Kandidaten, lasst uns doch vielleicht von 35 Mitgliedern im Parteivorstand auf 40 oder auf 45 gehen. - Ich finde es gut, dass wir mehr Kandidaten haben als zu wählen sind; denn es hat auch etwas mit Wahlen zu tun, dass man auswählen kann.

Die Philosophie die dahintersteckt, war ja eine andere. Wenn ihr euch die ersten Entwürfe ansieht, dann seht ihr: Es gab da einen 20er-Vorstand. Warum? Weil in der Satzung steht zwar: „Der Parteivorstand führt die Partei“, tatsächlich hat in der Vergangenheit aber das Präsidium die Partei geführt. Ich sage ausdrücklich: In den letzten zwei Jahren hat dieses Präsidium die Partei gut geführt. Aber der Parteivorstand ist dabei – ich sage es einmal so – etwas unter die Räder gekommen und ein besserer Parteirat geworden. Ich fand die Diskussion konsequent: ein kleinerer Vorstand und darüber dann nicht etwa wieder ein Länderrat oder so etwas, sondern ein Bundesparteirat oder, wie jetzt, ein Parteikonvent.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Wenn wir bei der Regelung bleiben wollen, dass die Partei, wie es in der Satzung steht, von dem Parteivorstand geführt wird und nicht von kleineren Gremien, dann ist das operativ nur möglich, wenn nicht 50 Leute alle 14 Tage zusammenkommen. Ich warne davor, jetzt vielleicht aus personellen Gründen, weil man den einen oder anderen noch unterbringen will, von diesem Prinzip abzugehen. Ich finde, 35 ist schon reichlich viel.

Erlaubt mir zum Schluss noch eine weitere Bemerkung, weil ich für die nächste Stunde noch Bundesparteivorsitzender bin. Hier wird der Vorschlag gemacht, dass der Bundesparteirat durch einen Parteikonvent abgelöst wird. Ich denke, es kommt gar nicht auf den Namen an; das kann man vertreten. Ich bleibe aber dabei: Der Parteirat hat als Beratungs-, als Entscheidungs- und als Anhörungsgremium dennoch wichtige Funktionen gehabt, gerade in Zeiten, als wir Regierungspartei waren. Ein Mangel war aber: Er hat zu wenige Entscheidungskompetenzen gehabt.

Das wird jetzt durch den Parteikonvent gelöst. Das finde ich in Ordnung. Ich bitte aber auch, zu bedenken: Wenn man einen Parteikonvent mit 200 Mitgliedern hat und allein 35 gesetzte Parteivorstandsmitglieder dort Stimmrecht haben, dann kommen wir an die Grenze, dass ein Parteivorstand so einen Konvent auch dominieren kann. Auch das spricht dagegen, die Anzahl der Parteivorstandsmitglieder jetzt auf 40 oder 45 zu erhöhen.

Damit bin ich bei einem anderen Punkt, den ich auch in den Gremien kritisiert habe. Es ist nicht etwa so, dass der Parteirat jetzt die beleidigte Leberwurst spielt, weil es jetzt einen Parteikonvent geben wird, aber das jetzige Konstrukt ist so: zweimonatige Einladungsfristen, allein der Parteivorstand bestimmt, wann und über welche Themen abgestimmt wird. Das ist nicht ganz kompatibel mit dem Anspruch, den noch der Parteirat hatte, dass man aus aktuellem Anlass auch einmal schneller entscheiden muss. Ich sage nur: Mit einem zweimonatigen Vorlauf hätten wir die Privatisierung der Bahnreform nicht verhindert. Man muss flexibler sein.

(VEREINZELT BEIFALL)

Nun gibt es Quoren, mit denen die Landesverbände auch außerordentliche Sitzungen einberufen können. Ich kann nur appellieren: Nutzt diese Möglichkeit, wenn es auf den Nägeln brennt, und verlasst euch nicht nur darauf, dass der Parteivorstand einmal oder zweimal im Jahr einlädt. Wenn es dringende Probleme gibt, gerade im Zusammenhang mit einer Regierungsbeteiligung, muss es mehr Sitzungen geben. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass es dort so etwas wie einen Vorstand gibt, der mitbestimmt, welche Themen angesprochen werden und wann beraten wird, wie es in allen Landesparteiräten – die hat man ja auch gestärkt – üblich ist. Das ist leider in den Gremien nicht akzeptiert worden. Ich halte das für einen Fehler. Vielleicht sollten wir einem solchen Änderungsantrag heute auch noch zustimmen. – Vielen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Claus. Ich glaube, so viel Zeit muss sein: Der Claus hat darauf hingewiesen: Er war acht Jahre lang Vorsitzender des Gremiums, des Parteirats. Er geht sozusagen in die Geschichte der SPD als deren letzter Vorsitzender ein. Lieber Claus, ich finde, es ist auch einmal an der Zeit – und die Gelegenheit ist gut –, dir dafür ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt hat Michaela Engelmeier-Heite das Wort. Ihr folgt Elke Ferner.

Michaela Engelmeier-Heite, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, 150 Jahre Sozialdemokratie 2013 haben es garantiert verdient, dass wir dann und wann eine Parteireform machen. Nach anfänglichen Irritationen – und ich habe ja von Sigmar und Andrea sehr wohl vernommen, dass man erst Vorschläge eingebracht hat, um bei uns in der Partei wieder zu diskutieren, und zwar ganz kritisch – haben wir jetzt einen Antrag vorliegen, den ich, nachdem ich eine kritische Begleiterin dieser Parteireform war, eigentlich gut unterstützen kann.

Aber ich möchte noch einmal den Fokus darauf legen, dass wir bei uns in der SPD sehr wohl gut daran tun, unsere Partei zu öffnen. Themenforen, indem wir Leute von draußen reinholen, die über Wissen verfügen, das nicht jeder Genosse und nicht jede Genossin von uns haben kann, sind ein wichtiger Schritt dazu. Die ersten anfänglichen Überlegungen, auch Außenstehende an Abstimmungen zu beteiligen, habe ich damals schon für eine Schnapsidee gehalten, und es ist ja auch nicht so gekommen.

(BEIFALL)

Ich bin im letzten halben Jahr sehr viel durch Nordrhein-Westfalen gereist und habe in vielen Ortsvereinen mit den Genossinnen und Genossen darüber diskutiert, was wir in unserer Partei richtig und was wir in unserer Partei falsch machen. Ganz oft kam die Antwort: Michaela, wir finden, die Basis wird zu wenig beteiligt. Ich glaube, das ist nicht immer so, aber es kommt natürlich ganz oft so an. Wenn Genossinnen und Genossen vor Ort die Arbeit machen und immer dafür abgestraft werden, wie gerade die Bundespolitik unserer Partei gestaltet wird, dann kommt irgendwann Frust auf.

Ganz wichtig finde ich aber auch – das habe ich vor einiger Zeit auch schon einmal gesagt –, dass wir unseren Blick auch darauf richten, dass wir den Kontakt zu den gesellschaftlichen Gruppen nicht verlieren dürfen. Ich spreche hier Kulturschaffende und natürlich die Sportvereine an; denn der Deutsche Olympische Sportbund ist eine Gesellschaft hier in Deutschland mit 27 Millionen Mitgliedern, die wir nicht aus den Augen lassen dürfen. Ich finde, jeder von uns sollte darüber nachdenken, ob man den Kontakt zum Beispiel zu Sportvereinen, aber auch zu ehrenamtlichen Institutionen, zur Kultur, zur Kunst so behält.

Ich kann auf jeden Fall mit dieser Parteireform, so, wie sie vorliegt, leben, und ich hoffe, dass wir heute bei der Abstimmung ein einheitliches Bild abgeben. – Danke.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michaela. – Das Wort hat jetzt Elke Ferner. Ihr folgt Sascha Vogt.

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! In dem organisationspolitischen Grundsatzprogramm gibt es ein Kapitel, das überschrieben ist mit: „Die SPD muss weiblicher werden“.

(BEIFALL)

Das ist auch gut so; das ist richtig. Leider müssen wir da noch ein bisschen tun. Die ASF hat dazu zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Wir haben um die einzelnen Maßnahmen gerungen, und wir sind auch Kompromisse eingegangen. Ein Punkt ist aber offengeblieben, und dieser Punkt muss heute entschieden werden. Wir wollen, dass wir endlich von der Satzungsquote zur Ergebnisquote kommen.

(BEIFALL)

Wir haben seit Münster wirklich viel erreicht, aber bei den Bundestagswahlen bleiben wir zu Beginn einer Wahlperiode regelmäßig unter 40 Prozent Frauen in der Bundestagsfraktion hängen, und das, Genossinnen und Genossen, müssen wir ändern.

(BEIFALL)

1986 ist in Nürnberg folgende Begründung für den Quotenbeschluss, der dann zwei Jahre später in Münster beschlossen worden ist, beschlossen worden. Da hieß es: „Es ist das feste Ziel der SPD, den Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen in der Partei so zu steigern, dass noch in den 90er-Jahren der Anteil der Frauen an allen Funktionen und Mandaten der SPD grundsätzlich dem Bevölkerungsanteil entspricht“.

Das haben wir lange nicht erreicht; das wissen wir. Das ist auch gar nicht das, was wir aktuell fordern. Wenn wir es 1988 für richtig gehalten haben, dass wir mindestens 40 Prozent von jedem Geschlecht in den Fraktionen haben wollen, dann kann das im Jahr 2011 nicht falsch sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir haben heute Morgen von Jens Stoltenberg gehört, wie eine Gesellschaft funktionieren kann, in der sich Männer und Frauen auf gleicher Augenhöhe begegnen, wie Geschlechtergerechtigkeit auch eine Gesellschaft verändern kann. Das müssen wir auch hier in Deutschland tun; denn immer mehr auch junge Männer möchten nicht mehr so leben, wie ihre Väter und Großväter gelebt haben, sondern sie möchten gleichberechtigt partnerschaftlich mit ihren Partnerinnen am Erwerbsleben, aber auch am politischen Leben teilnehmen.

(BEIFALL)

Ich sage euch: Wenn wir das heute nicht entscheiden, dann werden wir für die nächsten zehn bis 15 Jahre die bestehenden Verhältnisse festschreiben. Wir werden beim nächsten Mal viele Mandate zu verteilen haben – es hören viele auf –, aber wir werden hoffentlich auch viele Mandate dazugewinnen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist es jetzt Zeit, den Reißverschluss in der Satzung zu verankern.

(BEIFALL)

Ich beantrage deshalb, dass wir in dem Organisationspolitischen Grundsatzprogramm auf der Seite 23 einen Satz einfügen. Hinter der Aussage, dass auch in den traditionellen Wahlkreisen mindestens 40 Prozent Direktkandidat/innen Frauen sein sollen, soll folgender Satz angefügt werden:

„Damit und mit der Einführung eines echten Reißverschlusses für die Aufstellung der Landeslisten wollen wir erreichen, dass nach der nächsten Bundestagswahl in der SPD-Bundestagsfraktion zum ersten

Mal zum Beginn einer Wahlperiode mindestens 40 Prozent Frauen vertreten sein werden.“

(BEIFALL)

Viele von uns haben schon selbst Probleme mit einem Reißverschluss gehabt. Das passiert immer dann, wenn ein Zähnnchen auf einer Seite fehlt. Dann klemmt der Reißverschluss, er geht nicht zu und bleibt offen. Es funktioniert nur, wenn auf beiden Seiten des Reißverschlusses jedes Zähnnchen in das andere greift.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, stimmt unserem Änderungsantrag zu! Stimmt nachher auch gegen das Votum der Antragskommission bei O 94; das ist der dazugehörige satzungsändernde Antrag.

Bedenkt bitte eines: Nicht die Frauen brauchen die SPD, die SPD braucht die Frauen. Daran denkt bitte bei der Abstimmung.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke. Das Wort hat jetzt Sascha Vogt. Ihm folgt Evelyne Gebhardt.

Sascha Vogt, Juso-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir diskutieren hier heute Abend über eine Parteireform, die wir Jusos im Grundsatz sehr begrüßen. Am letzten Wochenende auf unserem Juso-Bundeskongress haben wir darüber noch einmal ausführlich debattiert und gesagt: Diese Parteireform geht im Kern in die richtige Richtung, wenngleich ich nicht verschweigen will, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle etwas anderes oder mehr gewünscht hätten.

Bei dieser Parteireform ist schon angelegt, dass die Mitgliedsrechte gestärkt werden und dass die Mitgliedschaft eben nicht durch Vorwahlen geschwächt wird. Ebenso ist aber die Idee angelegt, dass wir offen sind für Nichtmitglieder. Wir wollen, dass Leute von außerhalb bei uns mitarbeiten. Deswegen finde ich es gut, dass die Nur-Juso-Mitgliedschaft auch auf andere Arbeitsgemeinschaften ausgeweitet werden soll.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, mit der Reform der Parteigremien auf Bundesebene schaffen wir demokratischere Strukturen und mehr Mitspracherechte für die Landesverbände, für die Bezirke und für die einzelnen Mitglieder. Aber nichts ist so schön, dass es nicht noch besser werden könnte. Deswegen möchte ich um Unterstützung für zwei zentrale Änderungen bitten:

Wir haben in der Parteireform gesagt, wir wollen auch die Sachentscheide für Mitglieder der Partei vereinfachen. Dafür wurde das Quorum für den Mitgliederentscheid gesenkt, die Mitgliederbegehren und -entscheide sollen künftig ausgeschrieben werden. Aber an einem entscheidenden Punkt treiben wir es eben nicht weit genug; das ist das Quorum für das Mitgliederbegehren. Es liegt immer noch bei 10 Prozent. Das heißt, wenn ich überhaupt zu einem Mitgliederentscheid auf Bundesebene kommen möchte,

dann brauche ich 50.000 Unterschriften. Das ist ein sehr hohes Quorum. Wenn wir es ernst meinen mit mehr Mitgliederbeteiligung auch bei Sachfragen, dann müssen wir auch das Quorum für das Mitgliederbegehren senken. Deswegen fordern wir Jusos, dass das Quorum von 10 auf 5 Prozent gesenkt wird.

(BEIFALL)

Das heißt nicht, dass künftig über alles ein Mitgliederentscheid stattfindet; das Quorum ist immer noch hoch genug.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch auch ganz herzlich darum bitten, das Anliegen der ASF hier zu unterstützen.

(BEIFALL)

Man liest in dem O 1 viele schöne und richtige Worte über die Verbesserung der Situation von Frauen in unserer Partei. Aber ich glaube, wir dürfen nicht nur schöne Worte verlieren, sondern müssen dem an der einen oder anderen Stelle auch Taten folgen lassen und harte Entscheidungen treffen. Deswegen möchte ich euch bitten: Unterstützt das Anliegen der ASF! Lasst uns den echten Reißverschluss einführen. Damit kommt unsere Partei weiter. - Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sascha. Jetzt hat Evelyne Gebhardt das Wort. Ihr folgt Christine Negele.

Evelyne Gebhardt, Parteivorstand: Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Ich habe heute schon einmal gesagt: Ich bin stolz auf meine Partei. Aber manchmal wundere ich mich auch ein bisschen, manchmal finde ich sie auch ein bisschen sonderbar. Ich finde sie etwas sonderbar, wenn es um die Gleichstellungspolitik geht. Zum einen merken wir Jahr für Jahr bei Wahlen, dass immer mehr Frauen von der SPD hin zu den Grünen abwandern. Wir, die wir früher die Partei für die Frauen waren, sind dabei, die Frauen zu verlieren. Das muss uns zu denken geben.

Heute Morgen haben wir Jens Stoltenberg gehört. Ihr habt ihm stehende Ovationen für das, was er gesagt hat, gegeben. Dabei hat er nichts anderes gesagt, als dass wir dafür sorgen müssen, dass die Frauen die gleiche Beteiligung wie die Männer bekommen.

(BEIFALL)

Und was ist die Konsequenz? Die Konsequenz ist schlicht und einfach, dass wir diesen Reißverschluss brauchen. Ich gehe davon aus, liebe Genossinnen, liebe Genossen, dass ihr dafür sorgen werdet, dass das, was heute Morgen so viel Applaus bekommen hat, durch die Abstimmungen Wirklichkeit wird und dass wir diesen Reißverschluss nicht nur politisch im O 1 beschließen, sondern bei den Abstimmungen auch tatsächlich in das Statut hineinbringen. Das ist ganz wichtig.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Christine Negele. Ihr folgt Nils Schmid.

Christine Negele, Bayern: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Andrea, ein Leitsatz im Antrag des Parteivorstandes lautet: „Je besser wir die Willensbildung von unten nach oben organisieren, je größer Mitbestimmung und Teilhabe unserer Mitglieder sind, desto erfolgreicher werden wir sein.“

Zur Ausgestaltung dieses Satzes sind viele richtige und wichtige Vorschläge im Leitantrag zu finden. Aber in den verbindlichen Vorgaben für die Umsetzung dieses Satzes bei den Satzungsänderungen im Organisationsstatut wurde die Mitbestimmung von unten nach oben leider nicht umgesetzt. Von 27 gestellten Anträgen, die zum ersten Antragsschluss der Untergliederungen abgegeben wurden, wurde nur übernommen, dass der Parteitag die SPE-Delegierten wählt und dass bei den Wahlen zu den StellvertreterInnen die Geschlechterquote umgesetzt werden soll. „Soll“ ist eher eine Empfehlung. Zur Ablehnung wurden alle anderen empfohlen, auch die satzungsändernden Anträge, die auf den Erfahrungen der Untergliederungen von einfachen Delegierten an den Parteitag mit dem Umgang ihrer Anträge basieren. Abgelehnt wird der Versand von Anträgen mit den Voten der Antragskommission so rechtzeitig, dass die Untergliederungen darüber noch einmal diskutieren können. Abgelehnt wird die Kontrolle und der Bericht zur Umsetzung der Beschlüsse vom letzten Parteitag drei Monate vor dem nächsten Parteitag, damit die Untergliederungen wissen, was damit passiert ist und wie wir weiter damit arbeiten können.

(VEREINZELT BEIFALL)

Hier brauchen wir tatsächlich eine Praxisänderung - so wie du es vorhin auch gesagt hast. Und ihr seht die Praxisänderung durch den Parteikonvent schon als erfüllt an? Ich glaube nicht, dass das ausreicht. Natürlich brauchen wir diesen Parteikonvent. Aber er wird nur arbeiten können, wenn er tatsächlich nichtöffentlich tagt. Deshalb gehört auch das nichtöffentliche Tagen des Parteikonvents ins Organisationsstatut und nicht nur in die eigene Geschäftsordnung, die dann wieder geändert werden kann und wo dann eventuell ein Parteikonvent rauskommt, auf dem - weil gerade dringend medienöffentlich diskutiert werden muss - die Antragsberatung hinten runter fällt. Das fände ich sehr schade.

Abgelehnt wird auch die Ehrenamtlichenquote. Ich muss sagen: Das habe ich erwartet. Aber ich finde es schade, dass darüber überhaupt kein Wort verloren wurde. Ich finde es schon wichtig, dass wir hier auf dem Parteitag, aber auch in den Vorständen Menschen unserer Partei haben, die nicht Mandatsträger sind, sondern die ehrenamtlich in dieser Partei arbeiten, weil sie eine andere Sichtweise haben, weil sie anders und näher an der Realität.

Gerade bei Anträgen zum Thema Soziales oder Gesundheit merke ich immer wieder, dass Mandatsträger, die schon Jahrzehnte im Bundestag sitzen, einen Tunnelblick haben. Den können wir nur korrigieren, wenn wir dafür sorgen, dass anwesende Mitglieder Rederecht bekommen, die Ehrenamtliche sind. Deswegen bitte ich, dass nachher bei den satzungsändernden Anträgen nicht dem Votum der Antragskommission entsprochen wird, sondern dass ihr mit uns stimmt und die Anträge O 78, O 80 und O 89 positiv bescheidet.

Danke.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Nils Schmid. Ihm folgt Josip Juratovic.

Nils Schmid, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst einmal die gute Nachricht: Wir sind nicht die einzige große Organisation, die sich mit Reformen schwer tut. Wir hatten ja vor ein paar Monaten den großen Papstbesuch in Deutschland, vor allem im Süden der Republik. Es soll ja noch Katholiken geben, die meinen, dass die Reform ihrer Kirche erst am jüngsten Tag stattfindet und dann spät abends.

Wir als SPD sind etwas früher dran; und wir sind zum Glück ja auch nicht ans Zölibat gebunden. Aber eins ist klar, liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben in den vergangenen Monaten erlebt, wie stark die Widerstände aus der Partei gegenüber einer grundlegenden Erneuerung unserer inneren Strukturen sind. Dabei müssen wir uns eins bewusst machen: Eine umfassende Parteireform ist die nicht hinreichende, aber zumindest notwendige Bedingung dafür, dass wir 2013 und in den folgenden Jahren in der Bundesrepublik erfolgreich Wahlen bestreiten und gewinnen können. Denn darum geht es. Es geht darum, dass wir 2013 als Partei so aufgestellt und so in der Gesellschaft verankert sind, dass wir Schwarz-Gelb wegputzen. Und da brauchen wir eine große Parteireform, die weit über das bisherige hinausgehen muss.

(BEIFALL)

Denn die Frage ist doch: Sind wir uns selbst genug? Wollen wir im eigenen Saft schmoren? Oder haben wir den Mut, die Fenster und Türen weit aufzumachen, den Muff raus zu lassen und viel frischen Wind aus der Gesellschaft in unsere Partei zu lassen? - Wir haben als SPD sehr gute Erfahrungen mit Mitgliederbeteiligungen gemacht. Die SPD Baden-Württemberg war Pionier. Vor elf Jahren wurde Ute Vogt per Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatin ausgerufen. Wir haben den Landesvorsitzenden per Mitgliederentscheid gewählt. Wir haben den Koalitionsvertrag in diesem Jahr per Mitgliederentscheid abgestimmt. Alles gut, alles wichtig: Die Mitglieder sollen bei Personal- und Sachentscheidungen mehr zu sagen haben.

Aber meine These ist: Bei rückläufigen Mitgliederzahlen, bei immer weniger Stimmanteilen der SPD wird das in Zukunft nicht ausreichen. Es wird nicht ausreichen, die Sensoren in die Gesellschaft auszufahren. Da müssen wir mehr tun. Wir werden morgen François Hollande hier begrüßen. François Hollande wurde von fast 3 Millionen Französisinnen und Franzosen als Präsidentschaftskandidat gewählt. Er hat nicht nur eine Persönlichkeitswahl gewonnen, nein, er hat über Monate hinweg mit anderen Mitbewerbern inhaltlich die politische Agenda in Frankreich bestimmt - mit sozialdemokratischen, mit linken Inhalten. Das zeigt den Weg an: Wir müssen viel mehr raus in die Gesellschaft, dorthin, wo es brodelt. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir die Nichtparteimitglieder deutlich mehr einbeziehen. Nach diesem Parteitag beginnt erst die große Parteireform, die wir brauchen.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Josip Juratovic. Ihm folgt Petar Drakul oder so ähnlich. Ihr müsst schöner schreiben, dann kann ich das auch schöner vorlesen.

Josip Juratovic, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mit 15 Jahren nach Deutschland gekommen. Ich war Ausländer, Gastarbeiter, Migrant. Heute bin ich Deutscher mit Migrationshintergrund. Eigentlich wollte ich immer nur ein Mensch sein.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, zunächst möchte ich mich bei Sigmar, Andrea und vielen anderen dafür bedanken, dass sie sich dafür eingesetzt haben, dass der SPD-Vorstand nun auch ein bzw. mehrere Migrationsgesichter bekommt.

An dieser Stelle möchte ich euch bitten, morgen Kollegin Aydan Özoğuz als einen Willkommensgruß eure Unterstützung zu geben.

Ein Thema war die Migrantenquote. Eine Quote ist nur der zweitbeste Weg. Morgen können wir das unter Beweis stellen.

(BEIFALL)

Nebenbei bemerkt: Die Frauenquote hat uns auch nicht geschadet, im Gegenteil. Deshalb bin ich der Meinung: Die SPD muss weiblicher und internationaler werden.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, nun zur Integration: Integration ist mehr als Sprachkenntnisse oder eine Antwort auf Sarrazin. Integration ist ein Prozess auf dem Weg zur Identifikation sowohl der zu uns kommenden als auch der aufnehmenden Gesellschaft. Ich frage mich, warum sich jemand nach zehn Jahren Aufenthalt in den USA als Amerikaner identifiziert und bei uns manch einer in der dritten Generation nicht als Deutscher. Auf dem Weg zur Identifikation mit unserer sich ständig in einem Veränderungsprozess befindenden Wertegesellschaft brauchen wir mehr Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten – zum Beispiel bei Themen wie doppelte Staatsangehörigkeit für die erste Generation, Kettenduldungen bei Asylsuchenden, Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen usw.

Genossinnen und Genossen, als Partei der Gerechtigkeit wissen wir: Zu einem zufriedenen Zusammenleben gehört mehr als nur Toleranz. Dazu gehört gegenseitiger Respekt und Anerkennung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Petar Drakul, wenn ich das hier richtig entziffert habe. Es folgt Simone Burger aus München.

Petar Drakul, Baden-Württemberg: Du bist nicht der erste, der meine Schrift nicht lesen kann. Drakul ist mein Name. Ich wollte auch zum Thema Migrantenquote sprechen. Bei uns gab es zuerst eine sehr große Skepsis, weil wir meinen, eine Quote ist immer das letzte Mittel.

Schauen wir uns doch einmal die gesellschaftlichen Realitäten an. Schauen wir uns einmal die Flächenländer an, beispielsweise Baden-Württemberg: Dort haben 26 bzw. 27 Prozent einen Migrationshintergrund. Schauen wir uns die Stadtstaaten an - Berlin, Bremen: 40 Prozent. Wer immer noch nicht begriffen hat, wohin die gesellschaftliche Entwicklung geht, der muss sich auch einmal anschauen, wie das bei den Jüngeren aussieht. Es gibt mittlerweile Städte, in denen 64 Prozent der unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund haben.

Und dann schauen wir uns die SPD an - dazu brauche ich euch keine Zahlen zu nennen. Ich bitte euch einfach, nach links und nach rechts zu schauen. Dann werden wir sehen, dass wir noch ganz große Defizite haben. Ich denke, dass das die SPD immer noch nicht begriffen hat. Wir meinen immer noch, dass Integrationspolitik in den Ortsvereinen darin besteht, dass man die Ausländervereine kurz vor der Wahl besucht. Das ist nicht ausreichend, Genossinnen und Genossen. Wir verpassen da etwas.

(BEIFALL)

Wir verpassen gesellschaftliche Entwicklungen und begreifen das einfach nicht. Deswegen kam bei uns, beim Migrationsbeirat in Baden-Württemberg, das Umdenken. Wir haben gesagt: Ja, wir unterstützen diese Migrantenquote.

Ich möchte an dieser Stelle Sigmar Gabriel und Andrea Nahles dafür danken, dass sie so weitsichtig gewesen sind und der Partei einen Denkprozess auferlegt haben. Ich möchte diese Position unterstützen. Ich möchte, dass wir ein klares Signal senden. Aber ich möchte auch auf eines hinweisen: Wir können nicht heute Abend hier eine Reform, eine Migrantenquote beschließen und uns zujubeln und am nächsten Tag diese Migrantenquote nicht erfüllen. Da werden wir uns wieder lächerlich machen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Meine Bitte ist: Unterstützt Sigmar Gabriel! Unterstützt Andrea Nahles! Lasst uns authentisch sein! Lasst uns glaubwürdig sein! Lasst uns morgen mit einer guten Wahl diese Migrantenquote mit Leben füllen. Danke schön.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als Nächste hat Simone Burger aus München das Wort. – Ist Simone da? - Die Wortmeldung ist zurückgezogen. Wir kommen dann zur letzten Wortmeldung in der Generaldebatte von Stella Kirgiane-Efremidis. Ihr macht es mir echt nicht einfach. Ist Stella da?

(ZURUF: JA!)

Stella Kirgiane-Efremidis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte zur Migrantenquote sprechen. Ich möchte einmal kurz erläutern: Als ich vor 26 Jahren in die SPD eingetreten bin, da bin ich erst einmal als Bürgerin des deutschen Landes eingetreten. Dann war ich als Frau im Vorstand. Ich war so naiv zu denken, dass wir Frauen eigentlich keine Quote mehr brauchen; denn in der SPD ist es ja offen, und wir kommen gleichberechtigt hinein. Die Erfahrung hat mich natür-

lich ganz schnell auf den Boden der Tatsachen gebracht. Ich habe gesehen, dass eine Quote für Frauen unheimlich wichtig ist. Deswegen möchte ich zuallererst auch für den Reißverschluss sprechen; denn ich denke, nach so vielen Jahren steht es uns als SPD gut an, dass wir den Reißverschluss endlich einmal durchsetzen.

(BEIFALL)

Jetzt komme ich zu dem Hauptthema meines Wortbeitrages, nämlich der Migrantenquote. Ich möchte euch darauf hinweisen, wie lange wir in der SPD gebraucht haben, um diesen Reißverschluss wirklich bis zu diesem Bundesparteitag zu bringen. Ich bitte euch: Wenn wir heute in diesem O 1 auch die Migrantenquote in den politischen Gremien unserer Partei festzurren, dann möchte ich nicht in fünf Jahren hier stehen und das immer wieder einfordern, weil wir nicht die Ernsthaftigkeit besessen haben, das auch durchzusetzen.

Ergo ist mein Standpunkt heute: Ja, mit allen kritischen Blicken, die auch von Peter gesagt wurden, zur Migrantenquote. Eigentlich sind wir Migrantinnen und Migranten in der SPD so selbstbewusst, dass wir diese Quote gar nicht nötig hätten. Aber aufgrund der tatsächlichen Kraft brauchen wir die Migrantenquote. Ich wünsche mir, dass wir als SPD in zwei Jahren ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, nämlich dass in allen politischen Gremien genauso viele Frauen, genauso viele Migrantinnen wie andere Bürgerinnen und Bürger gleichgestellt hier in der SPD mitarbeiten dürfen.

Ich danke euch.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir wären jetzt am Ende der Generaldebatte. Aber ich bitte diejenigen, die noch nicht aufgerufen worden sind, nicht nervös zu sein. Auf allen anderen Wortmeldekarten steht ein einzelner Änderungsantrag, zu dem geredet werden soll. Das ist auch notwendig; denn wir rufen nur die auf, zu denen es Wortmeldungen gibt. Ihr kommt also alle noch dran.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe dann formal den Leitantrag O 1, das organisationspolitische Grundsatzprogramm in der Fassung der Antragskommission in der euch gesondert vorliegenden Zusammenstellung auf. Zu dem Leitantrag O 1 liegen uns mit den Anträgen O 4 bis O 7 und IA 1 bis IA 157 konkrete Änderungsanträge zu den Kapiteln des O 1 vor. Darüber hinaus liegen uns mit den Anträgen O 3, O 8 bis O 73 auf den Seiten 459 bis 528 des Antragsbuchs noch weitere allgemeine Anträge zur Parteireform vor, die sich auf den Prozess der Parteireform beziehen und keine konkrete Änderungsanträge zum O 1 beinhalten.

Wir wären damit in der Antragsdebatte, liebe Genossinnen und Genossen, und ich würde dann in der Reihenfolge der Antragsnominierungen jetzt die Wortmeldungen aufrufen und wir würden zu den Einzelanträgen dann einzeln abstimmen und zu den Gesamt Empfehlungen der Antragskommission dann am Schluss en bloc.

Das wäre zunächst der IA 25. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Sascha Vogt.

Sascha Vogt, Juso-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe es in meinem Wortbeitrag eben schon angekündigt. Von daher will ich dem Parteitag hier nicht unnötig Zeit rauben.

Es geht um den Punkt „Senkung des Quorums für das Mitgliederbegehren“, damit wir nicht nur so tun, als ob wir die Tür aufstoßen für echte Mitgliederbeteiligung, sondern es in dieser Partei wirklich zu Mitgliederentscheiden kommen kann. Dass alle mitbestimmen können, was der Kurs dieser Partei ist, das ist unser Anliegen. Deswegen bitte ich euch um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sascha. Dazu Andrea Nahles für die Antragskommission.

Andrea Nahles, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, wir sind eine Partei mit stolzen 500.000 Mitgliedern. Ich finde es da angemessen - das ist auch hier vorgeschlagen -, dass 50.000 ein Mitgliederbegehren unterstützen müssen, damit es auf die Tagesordnung gehoben werden kann. Wir haben die Quoren abgesenkt, wenn es dazu kommt, was den Mitgliederentscheid angeht, damit das dann, wenn es gelingt, auch entsprechend erfolgt. Wir waren uns da in der Orga-Kommission auch einig. Ich denke, wir sollten auch berücksichtigen, dass Mitgliederbegehren in Zukunft vom Parteivorstand aktiv unterstützt werden müssen. Das steht auch so drin. Das muss im Vorwärts veröffentlicht werden. Das muss also auch von uns richtig promotet werden, wenn es dazu kommt. Das heißt, das ein Riesenunterschied zur bisherigen Situation. Deswegen haben wir uns auch an der Stelle bewegt, was das Mitgliederbegehren angeht. Aber ich plädiere dafür, es bei den 10 Prozent, den 50.000 Mitgliedern auf Bundesebene zu lassen.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Wir würden dann über diesen Punkt abstimmen, liebe Genossinnen und Genossen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Liebe Genossinnen und Genossen, das Erste war deutlich die Mehrheit.

(WIDERSPRUCH)

- Liebe Genossinnen und Genossen, das Erste war wirklich deutlich die Mehrheit.

Wir kämen dann zur nächsten Wortmeldung und zum nächsten Änderungsantrag. Es handelt sich dabei um den IA 32. Die Wortmeldung stammt von Dejan Perc aus Baden-Württemberg, Stuttgart.

Dejan Perc, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Der IA 32 aus Baden-Württemberg ist zusammen zu sehen mit dem Antrag O 63. Da geht es nämlich im Wesentlichen um die Direktwahl des Parteivorsitzenden. Wir schlagen euch vor, dass wir dieses Mantra, das wir hier immer wieder gehört haben, das wir auch für richtig halten, nämlich dass wir die Mitglieder stärken, umsetzen und dann auch unsere Parteispitze entsprechend durch alle Mitglieder wählen lassen.

Zudem schlagen wir euch vor, dass wir bei der Aufstellung der örtlichen Kandidierenden die Mitgliederversammlungen stärken und nicht auf die Vertreterversammlungen abstellen.

Als Letztes schlagen wir euch vor, dass wir auch die Kanzlerkandidierenden durch eine Urwahl wählen

lassen, damit es nicht dazu kommt, dass wir hier auf der einen Seite sagen, wir üben mehr Demokratie, aber bestimmte Kandidaten in der Öffentlichkeit dann sagen, dass sie sich zu gegebener Zeit mit zwei, drei Personen zusammensetzen und ihre Kanzlerkandidatur absprechen.

Ich bitte euch um Unterstützung. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. - Für die Antragskommission hat Andrea Nahles das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Urwahl des Kanzlerkandidaten ist bereits Gegenstand unserer Satzung und wird es auch in Zukunft bleiben.

Der zweite Punkt. Die Urwahl des Parteivorsitzenden ist laut Parteiengesetz nicht möglich. Das muss eine Delegiertenversammlung sein.

Drittens. Die Mitgliederversammlung haben wir bewusst nicht zur Pflicht gemacht. Ich denke einmal an den Unterbezirk Dortmund, wenn der immer eine Mitgliederversammlung machen muss. Wir haben ausdrücklich den Willen

(ZURUF)

- Ja, die können das Stadion anmieten. Ich will damit nur sagen: Wir haben eine unterschiedliche Struktur in unserer Partei, und das ist auch gut so. Wir wollen, dass immer mehr und möglichst viele Delegiertenversammlungen zu Mitgliedervollversammlungen umgewandelt werden.

Aber die Entscheidung darüber liegt letztlich bei euch vor Ort.

(BEIFALL)

Alles andere halte ich für falsch.

(BEIFALL)

Deswegen muss ich leider darum bitten, die drei Änderungsanträge von Baden-Württemberg abzulehnen.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Ich lasse dann über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so angenommen worden.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe dann den IA 107 auf. Die Wortmeldung stammt von Ralf Spörkel aus Baden-Württemberg.

Ralf Spörkel, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben bei der Bundestagswahl 2009 13 Prozent der weiblichen Wähler verloren. Wir haben in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren sogar 21 Prozent der weiblichen Wähler verloren. Wir haben - das hat vorhin Jens Stoltenberg deutlich gemacht - gehört, wie wichtig eine ordentliche und mutige Geschlechterpolitik für ein Land ist.

Wir haben, auch wenn es um Einzelpunkte geht, ganz egal ob es sich um Spitzenkandidaturen, Redelisten oder andere Dinge handelt, immer wieder Probleme damit, wie wir mit unseren - ich nenne sie einmal so - Platzhirschen umgehen. Und wir haben - das kann ich als jemand sagen, der in einer Stadt lebt, in der die Grünen vor Kraft kaum laufen können - ständig die Probleme, dass die ihren hervorragenden Reißverschluss in Debatten werfen können. Wer das sieht, der weiß, was für ein wichtiges Signal es wäre, wenn wir als Partei uns hierzu bekennen könnten.

(BEIFALL)

Ich höre immer wieder - es ist auch nicht falsch -, dass der Reißverschluss unsere Probleme natürlich nicht lösen kann, aber er ist ein wichtiger Schritt zur Lösung der Probleme, die wir haben, Genossinnen und Genossen. Es wäre hohe Zeit, dass unsere Partei sich hierzu auch bekennt.

(BEIFALL)

Wer wie ich schon einmal in einer Listenfindungskommission war, der weiß, wie schwierig es ist, männliche Platzhirsche auch von Listenplätzen wieder wegzubekommen, der weiß, wie schwierig es ist, eine Quote auch einzuhalten.

(BEIFALL)

Deshalb, Genossinnen und Genossen - auch das hat vorhin Jens Stoltenberg in der Rede, die wir alle beklatscht haben, uns deutlich gesagt -: Es ist notwendig, dass eine Gesellschaft, die gerecht ist, die solidarisch ist, auch paritätisch in der Teilhabe funktioniert. Deswegen wünsche uns allen den Mut, heute für diesen Initiativantrag und für den Reißverschluss zu stimmen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, wird dazu von der Antragskommission noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen lassen. Die Empfehlung der Antragskommission ist Ablehnung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer stimmt gegen die Empfehlung der Antragskommission? -

(BEIFALL)

Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit wäre der Antrag angenommen.

(BEIFALL)

Ihr seht auch, dass wir bei der Feststellung der Mehrheit nicht auf einem Auge blind sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen dann zum IA 141. Das Wort hat Heinrich Donner aus Nordrhein-Westfalen.

Heinrich Donner, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! In den Ortsvereinen des Bochumer Nordens tut sich seit einigen Monaten Seltsames und Ungewohntes. Ganz viele junge Leute

kommen und wollen bei uns mitarbeiten. Sie haben uns dann gefragt: Müssen wir zuerst zu den Jusos, oder dürfen wir gleich mitarbeiten? Natürlich dürfen die beides machen. Aber darüber kamen wir dann zur Überlegung: Wie soll denn so eine Mitarbeit aussehen? Wie kann die sich gestalten, gerade wenn jemand Abläufe in einer Partei wie der unseren nicht kennt? Parallel dazu kam die Diskussion um das Organisationsprogramm. Wir haben uns zu einer Arbeitsgruppe zusammengefunden und Vorschläge gemacht. Einer dieser Vorschläge ist, die Satzung ein wenig zu verändern. Wir haben deswegen den IA141 formuliert, ausgehend davon - das haben einige Vorredner zu Recht schon gesagt -, dass in § 8 Absatz 1 unseres Organisationsstatuts steht, dass die Willensbildung in der SPD von unten nach oben gehen soll. Wenn man sich jetzt beim Vorstand auf die Fahnen „Basis statt Basta“ geschrieben hat, dann kann das sicherlich nicht nur mit kosmetischen Korrekturen vor sich gehen, sondern dann muss man auch an fundamentale Dinge gehen. Einer dieser jungen Genossen zog dann einen Artikel aus der Tasche, den er bei Bundesanstalt für politische Bildung gesehen hatte, welche diskussionshemmende Wirkung auf Parteitag die Funktion der Antragskommission haben kann. Wir haben uns deshalb überlegt, ob man nicht die Aufgaben der Antragskommission etwas verändern kann, anders beschreiben kann.

Das zweite Anliegen ist, den Anteil derjenigen, die ehrenamtliche tätig sind - auch das ist vorhin schon gesagt worden - festzuschreiben, damit die Bodenhaftung wirklich da ist und auch weiterhin gewährleistet werden kann.

Ich weiß - auch das habe ich den jungen Genossinnen und Genossen gesagt -, dass solch ein Antrag heute auf solch einem Parteitag wohl keine Chance haben wird. Man muss sie ja langsam an die Realitäten gewöhnen. Nichtsdestotrotz bitte ich zu bedenken: Wenn ihr als Delegierte nach Hause fahrt, die diesem Antrag nicht zugestimmt habt, wird man euch auch zu Hause fragen: Warum denn nicht? Ihr hättet keine Alternative gehabt, das könnt ihr wie früher nicht mehr sagen. Draußen im Foyer ist der Weihnachtsmann der Genossinnen und Genossen aus Dortmund. Nun sind die Zeiten, wo das Wünschen noch geholfen hat, wahrscheinlich vorbei. Trotzdem wünsche ich mir eine positive Bescheidung dieses Antrags. - Danke schön, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, wenn von der Antragskommission nicht mehr das Wort gewünscht wird, können wir über das Votum der Antragskommission abstimmen. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage jetzt, ob es noch weitere Wortmeldungen zu einzelnen Änderungsanträgen aus diesem Bereich gibt? - Wenn das nicht der Fall ist, kämen wir zu den entsprechenden Abstimmungen. Gibt es noch Wortmeldungen, die wir jetzt nicht aufgerufen haben? - Jürgen, hast du eine Wortmeldung abgegeben? - Dann bitte.

Jürgen Conrad, Rheinland-Pfalz: Genossinnen und Genossen, lieber Heiko, es ist insofern ein klein wenig kompliziert, als dass deine Ansage, dass wir zunächst eine Generaldebatte machen und dann zu einzelnen Anträgen etwas sagen, nach Abgabe meiner Wortmeldung kam. Die Wortmeldung wurde mit

Hinweis auf zwei Initiativanträge abgegeben. Damit wir jetzt alle miteinander wissen, zu was ich rede: Ich meine ad eins die Initiativanträge 195, 197 und 198. Wenn das beim Tagungspräsidium ankommt, dass wir auch wissen, über was wir reden. Das sind die Anträge, die sich mit dem Parteirat beschäftigen. Ich meine IA 170, 179 und 184. Ich versuche, es strukturiert vorzutragen, damit ihr nachvollziehen könnt.

Wie gesagt, die Wortmeldung wurde abgegeben, bevor ihr diese Unterscheidung getroffen habt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich versuche, mich kurz zu fassen. Wenn es um die Anträge 195, 197 und 198 geht, dann bedeutet das im Klartext: Ich trete dafür ein, dass wir den Parteirat beibehalten und dass wir den Parteirat nicht einem neu zu schaffenden Gremium, nämlich dem Parteikonvent, opfern. Darauf beziehen sich im Prinzip diese drei Anträge. Ich will euch auch erklären, warum. Wir sind uns einig, Genossinnen und Genossen, dass wir in der Partei etwas ändern müssen, dass wir eine Reform brauchen, und wir sind uns sicherlich auch darüber einig, dass dies bedeuten muss, mehr Beteiligung der Basis zu organisieren. Wir sind uns sicherlich auch noch darüber einig, Genossinnen und Genossen und liebe Andrea, dass dies das Ergebnis der bitteren Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe gewesen ist, dass wir wissen, dass wir mit einer Basta-Politik die Basis nicht werden mobilisieren können und dass wir deshalb diese gemeinsame Arbeit an unserer Politik brauchen.

Nun ist es aber so, Genossinnen und Genossen, dass weder das Leben immer ein Ponyhof ist, noch die Demokratie immer so einfach ist, dass mit mehr Basisbeteiligung, mit mehr Mitgliederbeteiligung, mit der Umsetzung dessen dann tatsächlich die Kuh vom Eis wäre. Demokratie bedeutet das macht es nun mal schwer immer auch, die Mächtigen zu kontrollieren. Demokratie bedeutet etwas positiver formuliert, eine Machtbalance zwischen Führung, die man braucht, zwischen Mitgliederbeteiligung, die man braucht, und der Kontrolle, die irgendwo dazwischen stattfinden muss, herzustellen. Wenn wir diese Kontrolle ernsthaft organisieren wollen, dann kann dies eigentlich nur in einem Gremium geschehen, das nicht ein zweiter kleinerer Parteitag ist, sondern in einem Gremium, das regelmäßig kontinuierlich arbeitet, das eine gewisse Kontinuität sowohl in der Häufigkeit, aber auch personell in seiner Zusammensetzung hat und das wie es der Parteirat hatte vor allen Dingen auch den großen Vorteil hat, nicht öffentlich zu arbeiten, sodass dort auch deutlich über Dinge gesprochen werden kann, die man am anderen Tag nicht in der Zeitung und in der Öffentlichkeit lesen möchte.

Vor diesem Hintergrund das sind die Anträge 195, 197 und 198 bitte ich darum, dass wir nicht den Parteirat abschaffen, sondern diesen stärken, ihm die Beschlusskompetenz geben, die wir auch dem Konvent einräumen wollen. Das sind im Prinzip diese drei Anträge.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das werden wir gleich aufrufen, wenn wir zu den satzungsändernden Anträgen kommen; denn erst bei der Satzung wird das beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben damit zum O 1 die Anträge und Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen abgearbeitet.

Es gab im Verlauf der Debatte zwei mündlich vorgetragene und uns schriftlich vorgelegte Änderungswünsche, die ich jetzt zur Abstimmung aufrufe.

Bei dem ersten geht es um die Frage, den Parteivorstand nicht zu verkleinern. Dazu, liebe Genossinnen und Genossen, gebe ich Sigmar Gabriel das Wort. Bei dem Antrag wird vorgeschlagen: die Anzahl aus maximal 30 Mitgliedern, er tagt in der Regel alle zwei Wochen, nicht mehr als 40. - Lieber Sigmar, du hast dazu das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Ursprungsvorschlag von Andrea und mir sah in der Tat vor, das Präsidium zu verkleinern und den Parteivorstand noch weiter auf, ich glaube, etwa 20 Mitglieder zu verkleinern. Dann gab es eine lange Debatte in der organisationspolitischen Kommission, bei der alle Gliederungen vertreten waren. Was ihr jetzt vorfindet, ist das, was in der organisationspolitischen Kommission dabei herausgekommen ist - übrigens nicht als Kompromiss, sondern als Versuch, auf der einen Seite die Gremienarbeit zu straffen, aber auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass das, was in der Satzung steht, auch wirklich stattfindet: Der Parteivorstand soll die Beschlüsse und die Politik zwischen den Parteitag machen. Die Wahrheit ist, liebe Genossinnen und Genossen: Das macht er häufig nicht, nämlich deshalb nicht, weil er in nicht allzu wenigen Sitzungen nach anderthalb Stunden nicht mehr beschlussfähig ist. Er macht es deshalb nicht, weil wir zwei, drei Gremien haben - manche, die es gar nicht gibt, aber die einen viel höheren Einfluss als der eigentliche Parteivorstand haben. Das alles ist debattiert worden. Die Konsequenz daraus in der organisationspolitischen Kommission war zu sagen: Lass uns das Präsidium abschaffen, lass uns den Parteivorstand stärken als das, was er eigentlich ist, nämlich das entscheidende Gremium, das die Partei führt! Aber dafür müssen sich zwei Dinge verändern: Er muss kleiner werden, und er muss häufiger tagen, nämlich alle 14 Tage. Ich finde, das ist, auch wenn es nicht unser ursprünglicher Vorschlag war, ein ausgesprochen guter Weg.

Ich finde, wir müssen mit der Organisationsreform auch ehrlich umgehen. Was ist eigentlich der Grund dafür, dass es jetzt den Antrag gibt, die alte Größe wiederherzustellen? - Der eigentliche Grund ist, dass wir uns angewöhnt haben, auf Parteitag eine Sache zu machen und eine zweite manchmal nicht zu machen. Die erste Sache ist: Wir wählen häufig danach, was wir in Delegiertenvorbesprechungen beraten haben. Es gibt jetzt die berechtigte Angst, dass die kleinen Landesverbände nicht in den Parteivorstand gewählt werden, weil sie nicht genug Delegierte zusammenbringen, und dass Migrantinnen und Migranten, von denen wir sagen „Wir brauchen keine formelle Quote, wir können das alleine“, auch durchs Rost fallen. Ich sage euch: Dann muss dieser Parteitag zeigen, dass er das, was er debattiert, in der Wahl ernst nimmt. Jede und Jeder muss selber entscheiden, wen er oder sie in den Parteivorstand wählt. Das müssen die besten Kandidatinnen und Kandidaten sein, es müssen alle Landesverbände sein, und es müssen endlich mehr Migrantinnen und Migranten sein, weil wir deren Lebenserfahrung in der Partei brauchen. Die sind wichtig für uns, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Der zweite Grund, warum es jetzt wieder den Antrag auf einen großen Parteivorstand gibt, ist, dass wir uns nicht entscheiden wollen. Wir vermeiden gerne unangenehme Dinge. Wir vermeiden gerne wählen zu müssen. In der Konsequenz machen wir den Vorstand wieder so groß, dass ich ahne, was dabei herauskommt: wieder ein Vorstand, der in der Gefahr ist, nicht alle 14 Tage tagen zu können und auch nach anderthalb oder zwei Stunden nicht beschlussfähig zu sein.

Meine herzliche Bitte ist: Wir haben die Freiheit als Mitglieder dieses Parteitages, uns in diesen Tagen

diejenigen anzuschauen, die kandidieren, Frauen und Männer mit unterschiedlichen beruflichen und politischen Herkünften. Dann lasst uns doch wählen ohne Angst, dass wir dabei vielleicht nicht immer die Linie, die überall verabredet oder in Kungelkreisen ausgehandelt wurde, einhalten können! Diese Angst muss die SPD nicht haben.

Meine Bitte ist, für funktionierende Gremien zu sorgen und nicht Scheingremien zu schaffen, die hinterher nicht tagen oder nach einer Stunde nicht mehr beschlussfähig sind. Darum möchte ich euch herzlich bitten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich bin sehr dafür, dass wir die Parteiorganisation wieder ernst nehmen und dass wir dann allerdings auch dafür sorgen müssen, dass wir Strukturen schaffen, in denen wir arbeiten können. Ich bin übrigens auch dafür, dass wir das beibehalten, was ein Parteirat eigentlich sein sollte: Ein Gremium, das zwischen den Parteitagen Einfluss auf das Handeln der Partei nimmt. Weil gerade jemand für die Beibehaltung des Parteirats gesprochen hat, will ich klarstellen, was wir jetzt machen: Wir führen einen Parteirat ein, der „Parteikonvent“ heißt und der endlich Beschlusskraft hat, liebe Genossinnen und Genossen! Endlich Beschlusskraft, dafür wollen wir sorgen.

(BEIFALL)

Also meine herzliche Bitte ist, mitzuhelfen, dass wir funktionierende Gremien. Was ich nicht möchte sind Gremien, die es in der Satzung nicht gibt, die aber richtig etwas zu melden haben. Was ich auch nicht möchte sind andere Gremien, die in der Satzung stehen, bei denen aber in Wahrheit die Aufgaben nicht wahrgenommen werden. Das muss zu Ende sein, liebe Genossinnen und Genossen! Deswegen bitte ich euch herzlich, diesen Vorschlag, der in der Organisationskommission beraten wurde, mit großer Mehrheit anzunehmen. Dabei geht es darum, dass wir endlich unsere eigenen Parteistrukturen wieder ernst nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sigmar. - Wir können dann über diesen Änderungsantrag abstimmen. Ich lasse auch hier über das Votum der Antragskommission, das auch das Votum des Parteivorsitzenden ist, abstimmen. Wer dafür ist, dass wir das entsprechend dem Vorschlag machen, wie es vorgesehen ist, also den Parteivorstand beim heutigen Parteitag auf eine Mitgliederzahl von 35 Mitgliedern zu begrenzen, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will der Form halber noch einen mündlich vorgebrachten Änderungsantrag von Elke Ferner aufrufen, der sich in der Sache eigentlich erledigt hat. Sie schlägt nämlich vor, das Votum der Antragskommission um folgenden Satz zu ergänzen - ich zitiere -:

„Mit der Einführung eines echten Reißverschlusses für die Aufstellung der Landeslisten wollen wir erreichen, dass nach der nächsten Bundestagswahl in der SPD-Bundestagsfraktion zum ersten Mal zu Beginn einer Wahlperiode mindestens 40 Prozent Frauen vertreten sein werden.“

Da wir im O 1 zumindest in einem Einzelantrag schon den Reißverschluss beschlossen haben, ist es logisch konsequent, das jetzt hier auch in die Empfehlung der Antragskommission entsprechend noch mit aufzunehmen.

Ich lasse der Form halber darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so angenommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, nunmehr haben wir über alle inhaltlichen Anträge, Initiativanträge und Änderungsanträge zum O 1, also dem Organisatorischen Grundsatzprogramm, beraten und abgestimmt. Bevor wir nun zu den satzungsändernden Anträgen kommen – ein Teil der Themen kommt jetzt also wieder, und zwar in Form einer Satzungsänderung –, bitte ich euch jetzt zunächst einmal um die Abstimmung per Kartenzeichen über die Anträge A 1 bis A 157, soweit sie sich zu O 1 beziehen, und den Anträgen O 3 bis O 73 mit den nunmehr beschlossenen Änderungen und ansonsten den Empfehlungen der Antragskommission und des O 1 in der Fassung der Antragskommission mit den nunmehr beschlossenen Änderungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es hört sich schwierig an, ist aber eigentlich ganz einfach. Das ist jetzt die Schlussabstimmung über den Antrag O 1 mit allen Änderungen, die wir in den Einzelanträgen jetzt angenommen haben. Deshalb bitte ich diejenigen, die für den O 1 mit allen beschlossenen Änderungen sind, um ihr Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann wäre das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir gehen jetzt zu den satzungsändernden Anträgen über. Wir schlagen euch vor, dass wir die Anträge O 2 und O 104 des Parteivorstandes, die satzungsändernden Anträge zum Organisationspolitischen Grundsatzprogramm in der Fassung der Antragskommission, zur Beratungsgrundlage für die Anträge O 74 bis O 125 und den Anträgen IA 158 bis IA 210 machen. Wir beginnen mit dem O 2 und den Anträgen O 74 bis O 103 und den Anträgen IA 158 bis IA 198 und den IA 210. Danach behandeln wir den O 104 und die Anträge O 105 bis O 125 sowie die Anträge IA 199 bis IA 209, die allein die Änderungen in der Finanzordnung zum Inhalt haben.

(BEIFALL)

- Alles klar? Soll ich noch einmal?

(HEITERKEIT)

- Das stimmt alles. – Das hat den Vorteil, dass wir uns noch einmal auf die strittigen Punkte konzentrieren können, wie wir es am Anfang schon einmal beschlossen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage jetzt noch etwas zu den erforderlichen Mehrheiten: Bei den nun folgenden Anträgen handelt es sich um Änderungen der Satzung. Diese bedürfen zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit. Für eine Änderung der nun folgenden Einzelanträge reicht eine einfache Mehrheit aus, aber nur dann, wenn noch Sachbezug vorhanden ist und sich durch die vorgeschlagene Änderung qualitativ kein neuer Antrag ergibt. Ein geänderter Antrag bedarf zur Annahme aber wieder

rum einer Zweidrittelmehrheit. – Es tut mir leid, es ist nicht so einfach, aber wir kommen nicht darum herum. Wenn wir die Satzung ändern, muss das alles korrekt über die Bühne gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe nun erst einmal den Antrag O 2 des SPD-Parteivorstandes in der Fassung der Antragskommission auf. Hierbei handelt es sich um die satzungsändernden Anträge zum Organisationsstatut, die sich also auf den O 1 und das Organisatorische Grundsatzprogramm beziehen. Es gibt in Bezug auf den O 2 satzungsändernde Anträge zum Organisationsstatut und der Wahlordnung: in den Anträgen O 74 bis O 103 auf den Seite 528 bis 542 des Antragsbuches und den IA 158 bis IA 198 sowie den IA 210.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen dann zu den einzelnen Wortmeldungen zu den einzelnen Änderungsanträgen. – Als Erstes rufe ich zum Änderungsantrag O 89 Christine Negele aus Bayern auf.

Christine Negele, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist jetzt eben der Antrag, zu dem ich vorhin schon bei der Aussprache gesprochen habe. Es geht hier darum, wie wir mit den Anträgen umgehen, die von den Untergliederungen heraufgereicht werden.

Wir haben ja zum Beispiel bei der Rentendiskussion erlebt, dass das Thema auf einen Arbeitsparteitag verschoben wurde. Da gab es bei der Debatte drei Wortmeldungen. Dann war die Liste zu. Dann wurde es an eine Kommission verwiesen. Dieses Mal steht es wieder auf der Tagesordnung, und wie ich höre, soll es wieder verwiesen werden.

Ich bitte deswegen sehr darum, dass wir mit den Anträgen der Untergliederungen anders umgehen. Deswegen haben wir beantragt, dass die Anträge den Untergliederungen vier Wochen vorher zugesandt werden, dass wir vor allen Dingen die Beschlüsse des Parteitages nach den Parteitag durch die Kontrollkommission kontrollieren lassen und dass es einen Bericht gibt, der dann auch den Untergliederungen wieder zugeschickt wird, und zwar drei Monate vor dem nächsten Parteitag, sodass man weiß, was mit den Anträgen passiert ist und wie man daran weiterarbeiten kann.

Darum bitte ich, diesem Änderungsantrag O 89 auf der Seite 536 zuzustimmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, für die Antragskommission hat das Wort Andrea Nahles.

Andrea Nahles, Antragskommission: Ich möchte an dieser Stelle einfach einmal sagen, dass sich die Antragskommission und auch der Parteivorstand wirklich ernsthaft bemühen, mit den über 1.000 Anträgen, die wir jetzt hier verhandeln, so fair es irgendwie geht, umzugehen. Wir haben Sondersitzungen der Antragskommission durchgeführt. Übrigens: Die Grünen priorisieren Anträge, und es kommt vor, dass ein nicht unerheblicher Teil von Anträgen überhaupt nicht aufgerufen und diskutiert wird. Das machen wir nicht, und das will ich auch in Zukunft nicht.

(BEIFALL)

Ich bitte deswegen: Wir müssen uns hier wechselseitig vertrauen. Wir lassen ein Wortprotokoll von den Parteitagern erstellen. Das ist einsehbar. Wer das haben will, kann das bekommen. Wir versuchen wirklich, das zu managen. Ich wäre euch dankbar, wenn wir auf dieser Basis miteinander umgehen könnten. Das ist ja ein Satzungsänderungsantrag; die Antragsteller wollen ja im Grunde genommen, dass wir solche Dinge jetzt in unsere Satzung aufnehmen. Wir haben hier eine sehr gute Praxis. Die kann man noch verbessern, dafür bin ich immer offen – die Antragskommission auch –, aber dafür brauchen wir wirklich keine Satzungsänderung. Deswegen bitte ich um Ablehnung.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission, die Andrea noch einmal begründet hat, abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt den O 94 auf. Die Wortmeldung stammt von Daniel Brunkhorst aus Hannover.

Daniel Brunkhorst, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle – das war zumindest die Hälfte des Saals - haben eben einmal laut gejubelt. Einige von uns haben da nicht aufgepasst. Wir haben jetzt erst einmal nur eine Absichtserklärung abgegeben. Das ist gut und schön, aber, liebe Genossinnen und Genossen, es ist wichtig, dass wir diese Absichtserklärung jetzt auch in Recht gießen; denn sonst haben wir beim nächsten Mal die gleichen Platzhirsche wieder vorne.

Liebe Genossinnen und Genossen, aus unserem SPD-Grundsatzprogramm kommt das Zitat: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Wer die Platzhirsche vom Platz treiben will, der braucht den Reißverschluss. Liebe Genossinnen und Genossen, bitte stimmt diesem Antrag der ASF zu.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Andrea Nahles das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Wir ändern das Votum in Annahme.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Dann lasse ich darüber abstimmen, liebe Genossinnen und Genossen. Wer für das Votum der Antragskommission in der von Andrea vorgetragenen Form ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so angenommen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, zu diesem Bereich lag noch eine Vielzahl von Wortmeldungen vor.

Aber da wir jetzt schon zum zweiten Mal darüber diskutiert haben und in eurem Sinne votiert wurde, müssen wir, denke ich, diese Wortmeldungen nicht noch einmal alle aufrufen.

(BEIFALL)

Ich danke euch, liebe Genossinnen und Genossen. Zum IA 187 rufe ich Angelika Graf auf. - Hat sich erledigt. Dann kommen wir zum IA 179. Jürgen Conrad.

Jürgen Conrad, Rheinland Pfalz: Über den IA 179 hat mein Unterbezirk relativ lange diskutiert. Man nähme es mir sicher übel, wenn ich nach Hause käme, ohne noch einmal den Versuch unternommen zu haben, dass dieser Antrag durchgesetzt wird. Wir haben das Thema vorhin schon andiskutiert, Genossinnen und Genossen. Es geht um die Frage der sogenannten Ehrenamtsquoten: Ihr kennt das alle aus euren Delegationen. Ohne dass man es dem einzelnen vorwerfen könnte, ist es häufig so, dass sich Delegationen überwiegend aus Genossinnen und Genossen zusammensetzen, die in Amt und Würden sind, die ihr Geld in der Politik verdienen. Auf Parteitagern führt das häufig dazu, dass sich die Mandatsträger der Partei selbst kontrollieren und die Aufgaben für die nächsten Jahre in der Fraktion festlegen.

Wir sind der Meinung, dass es uns gut anstünde, zu sagen: Wir möchten, dass die Hälfte der Delegation aus Leuten besteht, die ihr Geld nicht hauptamtlich in der Politik verdienen. Deshalb ist dieser Änderungsantrag IA 179 so geschrieben, dass er neben der Einhaltung der Geschlechterquote in Ziffer A eine Ziffer B gibt, die besagt, dass dafür Sorge zu tragen ist, dass mindestens die Hälfte einer Delegation aus Nichthauptamtlichen besteht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Andrea Nahles.

Andrea Nahles, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, Geschlechterquote, Reißverschluss, Selbstverpflichtung, Migrantenquote - wenn wir jetzt noch eine Ehrenamtlichenquote machen, dann, bei aller Liebe, ist irgendwann die freie Wahl nicht mehr möglich. Ich bin deswegen dagegen. Die Antragskommission lehnt den Antrag ab.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Sie empfiehlt Ablehnung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so abgelehnt. Ich rufe nun IA 165 und die Wortmeldung von Jonas Weber aus Baden-Württemberg.

Jonas Weber, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir diskutieren hier, weil wir unserer Partei, der SPD, mit neuer Kraft weiterhelfen wollen, weil wir sie voranbringen wollen und weil wir unsere Idee, die Idee der Sozialdemokratie, stärken und Wahlen gewinnen wollen. Dazu gehen

wir diesen schwierigen Prozess der Parteireform und diskutieren ihn auf allen Ebenen, so auch bei uns im Landesverband Baden-Württemberg.

Wir haben mit einer gewissen Verwunderung festgestellt, dass jetzt vorgesehen ist, die Beitragsfreiheit für die Juso-Mitgliedschaft abzuschaffen und stattdessen einen Beitrag in Höhe von 1 Euro pro Monat einzuführen. Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt überlegt man sich natürlich: 1 Euro deckt niemals Kosten, die zum Beispiel durch die Verwaltung entstehen. Es kann sich also nur um ein Symbol handeln. Dann muss man fragen: Warum erhebt man diesen Beitrag? Das wichtigste Argument kommt von dir, lieber Sigmar, das du uns in Dresden mit auf den Weg gegeben hast: Wir erneuern unsere Partei nur dann, wenn wir dahin gehen, wo es stinkt, wo es brodelnd und wo es laut ist. Jetzt machen wir in Baden-Württemberg seit geraumer Zeit Folgendes: Wir gehen in Kneipen, wir gehen in Clubs, wir gehen zu jungen Leuten, reden mit ihnen und sagen: Die SPD bietet dir eine Zukunft.

(ZURUF)

- Ja, wir machen auch was, keine Sorge.

Ich sage dir eines ganz deutlich, lieber Sigmar: Wenn wir den Leuten einen Zettel hinlegen, auf dem eine Kontonummer und eine Bankverbindung stehen müssen, dann sagen die mir: Mach ich nicht! Denn die erste Frage ist immer: Was kostet der Spaß? Lieber zwei Jahre lang mitmachen lassen, begeistern für unsere SPD, und dann in die SPD holen, als die Hürde aufzubauen, Bankverbindung und Kontonummer angeben zu müssen!

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir der Auffassung, dass dies abgelehnt werden muss. Aus unserer Sicht ist das kein Mitgliedsbeitrag, sondern ein Beitrittsverhinderungsbeitrag. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Andrea Nahles.

Andrea Nahles, Antragskommission: Wir haben darüber natürlich intensiv beraten. Der Juso-Bundesverband hat sich massiv für die hier vorgeschlagene Regelung ausgesprochen.

(BEIFALL)

Auf dem letzten Juso-Bundeskongress, der vor einer Woche stattgefunden hat, haben 80 Prozent der Juso-Delegierten genau die Regelung, die die Antragskommission hier vorliegt, positiv unterstützt. Ich finde, in dieser Frage sollte das Votum des Juso-Bundeskongresses uns den Weg leiten. Deshalb bitte ich, das Votum so zu belassen, wie wir es vorgeschlagen haben.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission in der von Andrea vorgetragenen Form ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einigen Gegen-

stimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zum IA 186. Ich rufe Ansgar Dittmar aus Frankfurt auf.

Ansgar Dittmar, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag steht heute unter dem Motto „Demokratie und Gerechtigkeit“. Dieses Motto gilt auch für das Organisationspolitische Programm, das wir eben gerade beschlossen haben. Dieses Organisationspolitische Programm hat den großen Inhalt: mehr Mitsprache, mehr Teilhabe für unsere Mitglieder, für diejenigen, die als Fachleute den Parteivorstand entsprechend beraten können. Aber der Entwurf sieht auch vor, dass wir eine Veränderung hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaften und dass wir eine Neugründung der Themenforen haben. Diese Neugründung der Themenforen soll dazu führen, dass Teile der Arbeitsgemeinschaften möglicherweise verändert werden können. Wenn wir aber diese Themenforen und Arbeitskreise nicht an den Sitzungen des Parteivorstandes beratend teilnehmen lassen - das Gleiche gilt für den Parteikonvent -, würde das ein Signal von diesem Parteitag aussenden, das da lautet: weniger Teilhabe und weniger Unterstützung.

Ich glaube, das wäre ein falsches Signal, das wir von diesem Parteitag entsenden würden. Insofern bitte ich euch, gegen die Antragskommission zu stimmen und dem IA 186 und dem IA 192 zuzustimmen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ansgar. – Für die Antragskommission Andrea Nahles.

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir können nicht mehr Leute in den Parteivorstand kooptieren, als wir wählen.

(BEIFALL)

Das wäre leider der Fall, wenn wir diesen Antrag annehmen.

Darüber hinaus entscheidet traditionsgemäß aus gutem Grund und sehr verantwortlich übrigens werden die Arbeitsgemeinschaften seit jeher kooptiert – der Parteivorstand selber in der ersten Sitzung des Parteivorstandes so wird das auch auf Landes- und Kreisebene gehandhabt darüber, wer kooptiert wird. Ich bitte euch deswegen, das Votum der Antragskommission anzunehmen und den Antrag abzulehnen.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich lasse darüber abstimmen.

Die Antragskommission empfiehlt, sowohl den Antrag IA 186 als auch den Antrag IA 192 abzulehnen. Wir stimmen erst über IA 186 ab. Wer für das Votum der Antragskommission – Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? – Dann ist das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Wir stimmen über IA 192 ab. Wer für das Votum der Antragskommission – Ablehnung ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann wäre auch das bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe dann noch einmal Jürgen Conrad zum IA 195 auf. – Er zieht zurück.

Dann rufe ich noch einmal Heinrich Donner auf, der sich zu mehreren IAs gemeldet hat, nämlich zu 174, 175, 180, 185 und 189.

(ZURUF)

- Ich komme gleich noch einmal dazu, weil der Antrag auch von anderen aufgerufen worden ist.

Heinrich Donner, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, hierbei geht es um die Konkretisierung dessen, was ich vorhin zum Leitantrag O 1 gesagt habe, nämlich die Umsetzung in konkrete satzungändernde Anträge. Das sind fünf. Der Einfachheit halber möchte ich die noch einmal ganz kurz vorstellen. Ich bitte allerdings der guten Ordnung halber darum, sie getrennt abzustimmen und nicht im Paket. Darauf möchte ich bestehen. Ich verzichte auch auf eine Stellungnahme der Genossin Nahles zur Quote. Ich fand ihre Einlassung vorhin unangemessen. Es geht bei der Basis um ehrenamtliche Mitglieder, nicht um gesellschaftliche Gruppierungen oder biologische Unterschiede. Hier geht es um unsere Basis. Aber wie gesagt, dazu brauchst du nicht mehr Stellung zu nehmen.

Wir hätten gerne in § 15 die Anzahl der Delegierten auf 1.000 festgesetzt. Warum 1.000? CDU und CSU haben jeweils 1.000 Delegierte beim Bundeskongress. Die Grünen haben 840 Delegierte. Und die kleinste Partei des Universums, die FDP, leistet sich immerhin noch 660 Delegierte. Ich finde, auch wir als die älteste demokratische Partei sollten uns nicht zu sehr beschränken in der Anzahl derer, die wir zu einem Bundesparteitag schicken. Dann wäre es vielleicht, liebe Andrea Nahles, auch nicht so schwierig mit dieser Quote.

Dann haben wir den Antrag IA 180. Dabei geht es um das, was wir alle vor diesem Bundesparteitag erlebt haben: Die Zeit, um die sogenannten Leitanträge des Bundesvorstandes zu diskutieren, ist sehr kurz gewesen; eine basisdemokratische Diskussion war überhaupt nicht mehr möglich. Deswegen wäre es angemessen, § 18 zu ändern und in Absatz 2 zu sagen: „Die Frist für die Einreichung von Anträgen des Vorstandes beträgt drei Monate.“ So hätten wir einen Monat, um vernünftig darüber zu diskutieren. Der IA 185 beschäftigt sich mit der Rolle der Antragskommission in § 19 des Organisationsstatutes. Bisher steht da ja nur drin, dass und wie diese Antragskommission gebildet wird. Über ihre Aufgaben steht dort nichts. Und wenn man so heimatlos ist, könnte man ruhig beschreiben, welche Aufgaben sie zukünftig haben sollte. Dazu schlagen wir einen Absatz 2 in § 19 vor, in dem steht: „Zukünftig soll es keine eigene Wertung mehr geben.“ Damit wird sie aber nicht gegenstandslos; denn die Flut der Anträge ist natürlich – wie bisher zu sichten, zu politischen Themenfeldern zusammenzufassen und dann sozusagen demokratisch absteigend – der weitestgehende Antrag zuerst zur Abstimmung zu stellen.

Schließlich zu § 28, zum neuen Institut des Parteikonvents: Da beantragen wir eine ehrenamtliche Quote von 33 Prozent.

Liebe Genossinnen und Genossen, das sind die fünf satzungändernden Anträge, die der Stadtbezirk Bochum-Nord vorschlägt. Ich bitte, sie hier getrennt abzustimmen.
Danke schön.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämen dann zur Abstimmung über die Anträge.

Zunächst kommen wir zu IA 170, zu dem Jürgen Conrad gesprochen hat. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für das Votum der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das so angenommen.

Ich lasse dann über die Anträge, die Heinrich Donner begründet hat, abstimmen.

Das ist zunächst einmal der IA 174. Das Votum der Antragskommission lautet Ablehnung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann wäre das bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe IA 175 auf. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? - Dann wäre das mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe IA 180 auf. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? – Dann wäre auch das so beschlossen.

Ich rufe IA 185 auf. Das Votum der Antragskommission ist ebenfalls Ablehnung. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das mehrheitlich so beschlossen.

Und ich rufe IA 189 auf. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Ich bitte um euer Kartenzeichen, wer dafür ist. – Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Dann wäre das so beschlossen.

Dann rufe ich noch einmal den vor Jürgen Conrad angesprochenen IA 195 auf. Auch hier lautet das Votum der Antragskommission Ablehnung. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? - Dann wäre auch dies mehrheitlich so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe dann den Punkt auf, den wir eben zum O 1 schon einmal besprochen haben, nämlich die Verkleinerung des Parteivorstandes. Dazu hatte sich eben Torsten Warnecke bereits gemeldet. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob das auch in der Satzung entsprechend geändert wird. Dazu hat Torsten Warnecke das Wort.

Torsten Warnecke, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen Parteivorsitzenden, der gerade dem Parteivorstand ein schlechtes Zeugnis für die letzten zwei Jahre ausgestellt hat:

(BEIFALL)

Kaum da, geht nach anderthalb Stunden, entscheidet nichts, hat es wahrscheinlich vorher auch schon in der Zeitung gelesen, was da zu entscheiden ist bzw. morgen auf der Fahrt schon im Rundfunk gehört, was wir gleich beschließen.

(BEIFALL)

Dann sagt er: Jau, deshalb müssen wir dieses Gremium verkleinern. Und da wir ja mehr Demokratie wagen, vergrößern wir den Bundesparteitag trotz 250.000 Mitgliedern weniger; und den Parteirat nennen wir jetzt Parteikonvent und vergrößern den. Und wir machen sogar Folgendes: Es gibt ja zukünftig statt vier fünf Stellvertretende zur Betreuung von weniger Parteivorstandsmitgliedern. Überall wird vergrößert, nur nicht bei dem, was wir zukünftig 600 – tun sollen bzw. können, nämlich wählen.

Da wird verkleinert. Nun gibt es ja am Ende immer einen Trick, um das Problem zu heilen, jedenfalls in gewissen Strukturen, und das ist dann die Kooptierung. Dann hat nämlich der Vorstand wiederum den Vorteil: Er kann sich dann aussuchen, wen er gerne dabei haben möchte. Liebe Genossinnen und Genossen, angesichts des „immer mehr Demokratie wagen“ - mehr Demokratie wagen, heißt ja, mehr Demokratie wagen und nicht ein kleinerer Vorstand - stellt sich schon die Frage - neben dem Zeugnis für den alten Vorstand, zu dem ich lieber nichts sage; ich weiß nicht, wer von denen alles wieder kandidieren will angesichts des Votums des Vorsitzenden, das hier ausgegeben wurde - stellt sich schon die Frage, warum ausgerechnet der Parteivorstand verkleinert werden muss, ausgerechnet der Parteivorstand, den wir hier wählen können. Das, liebe Genossinnen und Genossen, verstehe ich nicht. Deshalb bitte ich euch, den Parteivorstand bei 45 zu belassen.

Danke schön.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Andrea Nahles das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Lieber Torsten, es ist ganz richtig. Wir wollen die Beteiligung verbreitern da, wo es um Beteiligung geht. Aber wir wollen die Relevanz von Entscheidungsgremien erhöhen. Da ist - nach allem, was ich aus Erfahrung der letzten Jahre sagen kann - eine Verkleinerung tatsächlich der beste Weg. Das mag auf den ersten Blick widersprüchlich klingen. Es ist tatsächlich in Wahrheit der Punkt, über den wir eben schon politisch debattiert haben und über den wir hier schon Beschluss gefasst haben. Ich sage auch, dass ich es nicht schlimm finde, wenn eine Partei am Kopf schlank ist, also keinen Wasserkopf hat, dafür aber unten eine möglichst breite Beteiligung sicherstellt. Schlank da oben, breiter unten. Das finde ich richtig. Deswegen aus meiner Sicht: auch Ablehnung dieses Vorschlags.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, damit können wir darüber abstimmen. Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen, also den Parteivorstand auf 35 zu verkleinern, so wie wir das eben zum O 1 auch schon beschlossen haben. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Dann wäre das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämen dann zu einem eigenen Punkt im Rahmen der Satzungsdebatte, nämlich zum Bereich der Organisationspolitik Finanzen. Dafür hat unsere Schatzmeisterin Barbara Hendricks für die Antragskommission das Wort. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zu dem Teil des Antrags die Voten der Antragskommission vorliegen. Das heißt, wir brauchen uns das dann auch

nicht gesondert noch einmal erklären zu lassen, sondern wir können darüber gleich ins Verfahren gehen.

Deshalb rufe ich also noch einmal den Antrag O 104 des Parteivorstands in der Fassung der Antragskommission auf. Es handelt sich um die satzungsändernden Anträge zur Finanzordnung. Die Anträge O 105 bis 116 und IA 199 bis IA 210 beziehen sich gleichfalls auf die Finanzordnung. Bei der gestrigen Sitzung der Antragskommission gab es zu der euch bereits vorliegenden Empfehlung noch eine weitere Änderung, die ich euch jetzt vortrage.

In § 1 Abs. 6 wird für Nur-Juso-Mitglieder ein Jahresbeitrag von 12 Euro empfohlen. Der § 1 Abs. 6 heißt nach Empfehlung der Antragskommission nun: „Die Festsetzung der Beiträge erfolgt durch den Parteitag.“ - Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage euch nun, ob es zu den satzungsändernden Anträgen der Finanzordnung O 104 und den Anträgen O 105 bis O 116, O 123 und IA 199 bis IA 210 Wortmeldungen gibt. - Liebe Genossinnen und Genossen, Barbara Hendricks wird das für die Antragskommission noch einmal begründen. –

Barbara Hendricks, Antragskommission: Wenn ihr mit allem einverstanden seid und nicht mehr debattieren wollt, muss ich das jetzt auch nicht begründen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, das ist schön. Dann müssen wir jetzt noch der Form halber über den eben von Elke Ferner angesprochenen Antrag abstimmen, also diesen Reißverschlussantrag, den O 94 nun auch noch in den O 2 übernehmen. Auch das ist im Grunde genommen eine logische Konsequenz aus den Beschlüssen, die wir schon gefasst haben. Das müssen wir aber der Form halber machen. Ich frage deshalb: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Genossinnen und Genossen, Jörg Jordan hat zur Geschäftsordnung das Wort.

Jörg Jordan, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Zur Geschäftsordnung der morgen kommenden Wahlen finde ich es nach dem Bericht des Parteivorsitzenden über die Präsenz im Vorstand eigentlich sinnvoll, dass wir jedenfalls für die, die wieder kandidieren, irgendwie eine Dokumentation oder einen Hinweis bekommen, wie sie denn diese Präsenz wahrgenommen haben, wo sie bisher waren.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, dazu hat Sigmar Gabriel das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Lieber Jörg Jordan, die Anzahl der Mitglieder, die die Sitzungen nicht bis zum Ende mitmachen, ist ungefähr die gleiche wie in dem Parteigremium, dem du seit vielen Jahren angehörst, im Parteirat.

Wenn wir hier jetzt offen debattieren - ich mache das gerne -, dann muss man sagen: Warum verändern wir den Vorstand genauso wie den Parteirat? Weil in dem Gremium, in dem du bist, das gleiche Problem existiert. - Der Jörg sagt, das sei nicht so schlimm, er habe keine Kompetenzen. Ich habe vorhin ein paar gehört, die haben gesagt, den müsste man aber erhalten, weil er so wichtig ist.

Ich will nur auf Folgendes hinweisen, weil ich hier keine Spielchen spielen will. Es stellt sich die Frage: Was macht jemand, der aus einer Gliederung in den Parteivorstand oder den bisherigen Parteirat entsandt oder gewählt wurde, dass es kaum eine Rückkopplung gibt zu dem, was sozusagen in den Gliederungen passiert? Wie kommt es, dass wir oft eine Situation haben, dass mit der Wahl auf dem Parteitag oder die Entsendung in den Parteirat quasi dann ein fast frei schwebendes Gremium existiert? Das ist in dem Gremium so, dem du bisher angehört hast. Das ist im Parteivorstand häufig so, und es ist übrigens in manchen Gliederungen so. Ich kenne das jedenfalls aus meinem Bezirk.

Deswegen lasst uns doch nicht Spielchen machen. Es geht doch nicht darum, Leuten etwas Böses zu tun. Nur, es gibt ein Gremium in der Partei, das ist die engere Parteiführung, und das sind der Vorsitzende, die Generalsekretärin, die Stellvertreter und der Beauftragte für die Europäische Union. Das steht nirgendwo in der Satzung. Die treffen sich jeden Montag, und obwohl es das nicht gibt, sind dort die Verabredungen besonders verbindlich.

Dann gibt es ein Präsidium. Die kommen alle zu den Sitzungen. Aber eigentlich soll das Präsidium nur die Beschlüsse vorbereiten. In Wahrheit ist das das Gremium, das die Partei führt.

Dann gibt es den Parteivorstand. Da ist die Teilnahme mal so und mal so. Man hat allerdings nicht immer den Eindruck, dass es eine ganz enge Bindung zwischen den Gliederungen und ihren gewählten Vertretern gibt.

Dann gibt es einen Parteirat. Ich will darüber nicht allzu viel sagen. Aber du bist ja in diesem Parteirat. Der hat, glaube ich, über 90 Mitglieder, die da sein müssten. Du weißt, häufig ist bereits in der ersten Viertelstunde die Beschlussfähigkeit des Gremiums nicht da. Deswegen lasst uns nicht eine Debatte über die Frage führen, was da in der Vergangenheit gelaufen ist.

Ich sage euch: Es geht darum, dass wir eine neue Zeit beginnen, indem wir die Gliederungen und die Strukturen und die Gremien der Partei wieder mit Leben füllen und auch wieder für etwas sorgen, was sich ein bisschen komisch und altmodisch anhört, aber was für eine Partei zwingend erforderlich ist. Das ist auch ein Minimum an Organisationsdisziplin.

Das heißt, die, die gewählt sind, müssen hingehen, und die, die sie entsandt haben, müssen ab und zu einmal fragen: Was macht ihr da eigentlich? Das hat es in der Vergangenheit zu wenig gegeben.

(BEIFALL)

Ich weiß doch, dass ich mir mit dieser Debatte keine Freunde mache. Es ist doch nicht so, als dass ich, wenn ich hier keinen Ärger haben wollte, einfach nur abwarten müsste, wie die Abstimmungen laufen. Ich sage das in aller Offenheit, damit wir in der gesamten Organisation klar sehen:

Genossinnen und Genossen, die SPD war einmal eine Wahlkampfmaschine. Du musstest nur auf den

Knopf drücken, und die gesamte Organisation hat funktioniert. Was wir festgestellt haben, als Andrea und ich in dieses Amt gekommen sind, ist, dass ganz viele Strukturen auf dem Papier stehen, aber in Wahrheit nicht mehr existieren. Was wir mit dieser Organisationsreform versuchen, ist, diese Partei wieder in einen Zustand zu versetzen, in dem sie kampffähig, mit dem sie kampagnenfähig wird und bei dem wir uns selber in unseren Strukturen ernster nehmen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Da geht es, Jörg, nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die Feststellung, dass es so nicht weitergeht.

(BEIFALL)

Dafür werben wir, Genossinnen und Genossen. Ohne Schuldzuweisungen, aber mit der Bitte, einen neuen Anfang zu machen, weil die SPD es wert ist, dass wir ihre Organisationsstrukturen genauso ernst nehmen wie ihre Programme. Beides gehört zusammen. - Wenn du so schimpfst, musst du nachher nach vorne kommen und mir das sagen. Ich höre dich nämlich nicht. Oder ich komme zu dir. Aber ich sage euch: Es geht nicht so weiter wie in den letzten Jahren.

(BEIFALL)

Deswegen hat die Andrea sich das aufgeladen. Ich bin froh, dass wir so weit gekommen sind. Ich finde, wir haben etwas Gutes erreicht. Lasst uns, Jörg, jetzt einfach mit neuer Kraft und besseren Strukturen neu beginnen. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. - Ich würde darum bitten, keine Geschäftsordnungsanträge zu stellen, die sich nicht auf die Geschäftsordnung beziehen. Deshalb gibt es da jetzt nichts abzustimmen, lieber Jörg Jordan. Ich würde in der Beratung fortfahren.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben hier auch einige Wortmeldungen zu Anträgen erhalten, über die wir schon abgestimmt haben. Die kann ich nicht noch einmal aufrufen. Wir haben Wortmeldungen zu Anträgen erhalten, die weit zurückliegen, also zu Bereichen, die wir schon längst durchgegangen sind. Ich kann jetzt nicht noch einmal von vorne anfangen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben nunmehr über alle satzungsändernden Anträge zu O 2 und O 104, also die Anträge O 74 bis O 125 und IA 158 bis IA 210, beraten und abgestimmt. Für diese Anträge ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ich bitte um eure Zustimmung per Kartenzeichen über die Anträge O 2 und O 104 in der Fassung der Antragskommission mit den eben abgestimmten Änderungen zu den Anträgen O 74 bis O 125 und den IA 158 bis IA 210, ansonsten den Empfehlungen der Antragskommission. Wir wären damit also bei der Schlussabstimmung über die Satzungsänderungen. Für diese Abstimmung brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission und damit den vorgeschlagenen Satzungsänderungen folgt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Liebe Genossinnen und Genossen, das war ganz eindeutig eine Zweidrittelmehrheit. Damit ist die Satzung in allen vorgeschlagenen Punkten geändert.

(BEIFALL)

Wir haben es fast geschafft, aber noch nicht ganz. Darüber hinaus liegen uns nämlich mit den Anträgen O 117 bis O 122, O 124 und O 170 auf den Seiten 551 bis 566 noch allgemeine organisationspolitische Anträge vor. Dazu gibt es Wortmeldungen. Ich rufe Ansgar Dittmar auf zum Antrag O 126.

Man muss jetzt auch nicht noch einmal zu den allgemeinen Anträgen sprechen. - Ansgar, du hast das Wort.

Ansgar Dittmar, Hessen-Süd: Die Schwusos wollen Arbeitsgemeinschaft werden, liebe Genossinnen und Genossen,

(BEIFALL)

und das seit 33 Jahren. Die Schwusos gibt es seit 1978. Stellt euch jetzt bitte einmal vor: Bundesparteitag der SPD in Berlin am 5. Dezember 1979, damals noch im ICC, und der gleiche Antrag wäre dort gestellt worden! Wie wäre der abgestimmt worden? Damals war Homosexualität noch verpönt, unter Strafe gestellt, wir hatten § 175, Homosexualität konnte eine Karriere kosten. Man konnte sich nicht trauen, nach außen zu gehen, zu sagen: Ich bin schwul, und das ist gut so. - Was haben wir heute? Wir schauen jetzt zurück auf zehn Jahre Lebenspartnerschaft. Wir haben im vergangenen Jahr auf dem Parteitag die Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes um die sexuelle Identität beschlossen.

Wir werden auf diesem Parteitag über die Frage der Öffnung der Ehe diskutieren. Diese Partei, diese Gesellschaft hat sich unglaublich geändert, aber die Schwusos sind immer noch keine Arbeitsgemeinschaft. Ein Genosse aus Nordrhein-Westfalen hatte mich letzte Woche darauf angesprochen und gesagt: Mensch, es kann ja gar nicht wahr sein, ich habe die ganze Zeit geglaubt, ihr seid schon längst Arbeitsgemeinschaft! - Genau das ist die Krux. Wir sind schon viel länger in diesem Parteifüge angekommen, als es in der Spitze akzeptiert wird. Wenn wir jetzt die Argumentation bekommen, wir hätten zu viele Arbeitsgemeinschaften, wir könnten nicht noch eine Arbeitsgemeinschaft hinzubekommen, es gäbe eine Zergliederung: Uns gibt es schon! Diesen Arbeitskreis Lesben und Schulen gibt es schon. Uns geht es hier um die volle Teilhabe, die uns nicht mehr verwehrt werden sollte.

(BEIFALL)

Wer das Kostenargument hineinbringt, so hat das Budgetrecht immer noch der entsprechende Vorstand. Daran kann es nun definitiv nicht liegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, hier sitzen die Delegierten des Parteitages 2011 und nicht des Parteitages 1979. Wenn wir als SPD die Gleichstellung von Lesben und Schwulen, die wir immer fordern, tatsächlich als politisches Projekt ernst nehmen, dann müssen wir das nach innen auch vorleben. Das heißt: Nein zur Antragskommission und Ja zu dem Antrag, dass die Schwusos zur Arbeitsgemeinschaft werden. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Ich habe zum gleichen Thema noch zwei Wortmeldungen und frage, ob die hier auch zum Zuge kommen wollen? Das ist zum Ersten Ralf Spörkel. Lieber Ralf, dann hast du das Wort. Danach hat sich zum gleichen Punkt Daniela Harsch zu Wort gemeldet.

Ralf Spörkel, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann nachvollziehen, dass die Frage, ob ein Arbeitskreis zur Arbeitsgemeinschaft aufgewertet wird, eine sehr schwierige Angelegenheit ist. Aber ich denke, nach über 30 Jahren am Katzentisch haben die Schwusos es durchaus verdient, dass sie diese Aufwertung erfahren und dass die SPD hier einmal Ja sagt.

(BEIFALL)

Der Ansgar hat deutlich gemacht, welche wichtige Rolle die Schwusos bei der Zielgruppenarbeit in die Gesellschaft spielen. Er hat deutlich gemacht, was für ein wichtiges Signal es wäre, wenn dieses Ja hier von diesem Parteitag ausgesprochen werden würde.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es ist ja wohl niemand ernsthaft der Ansicht, dass die Arbeit der Schwusos und die Zielgruppenarbeit, die sie leisten, weniger wichtig sind als die der Jusos, der Frauen, der Selbstständigen oder der Juristen, Genossinnen und Genossen. Weil das so ist, sollten wir den Mut haben, hier die Schwusos aufzuwerten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Denn es ist wohl auch so, dass ein garantiertes Antragsrecht, ein garantiertes Rederecht auf Parteitag und ein garantiertes Dabeisein in Vorstand und Parteikonvent auch keine unwichtigen Eigenschaften sind.

Genossinnen und Genossen, solange wir darüber nachgedacht haben, Arbeitsgemeinschaften abzuschaffen, solange wir darüber nachgedacht haben, unsere Zielgruppenarbeit neu zu strukturieren, solange war das Argument, dass die Schwusos nicht zusätzlich Arbeitsgemeinschaft werden sollen, stichhaltig. Nachdem wir das jetzt aber nicht tun, hat dieses Argument seinen Wert verloren. Deshalb, Genossinnen und Genossen, sollten wir zu den Schwusos als Arbeitsgemeinschaft Ja sagen und zum Votum der Antragskommission Nein sagen - Ja zu dem Antrag von Hessen-Süd! - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Andrea Nahles!

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gehe jetzt zum Rederpult, weil ich finde, die Schwusos haben es sich verdient, dass wir das hier redlich debattieren, weil die Schwusos mit Abstand die aktivsten sind, die ich wirklich nur loben kann. Die machen eine ganz hervorragende Arbeit. Die unterstützen wir auch aus dem Willy-Brandt-Haus.

(BEIFALL)

Ich möchte das klar sagen: Wir unterstützen das organisatorisch, wir unterstützen das personell. Wir sagen auch: Es ist bescheuert, wenn die Schwusos kein eigenes Rede- und Antragsrecht haben. Deswegen ändern wir das. Wir haben das eben in der Satzung geändert. Ich meine, das ist auch für alle anderen

Arbeitskreise, die ebenfalls gute Arbeit machen, wie zum Beispiel „Selbst aktiv“ oder der Arbeitskreis Migranten, das richtige, was wir da entschieden haben.

Aber es tut mir leid, es geht hier nicht darum, ob wir für oder gegen aktive Schwusoarbeit in der SPD sind. Mit Verlaub, darum geht es nicht. Es tut mir leid, Ansgar. Es geht hier um die Frage, ob wir tatsächlich dem schrumpfenden hauptamtlichen Apparat unserer Partei dadurch, dass wir hier eine Arbeitsgemeinschaft zusätzlich anerkennen es wird dann nicht bei den Schwusos bleiben; mit Verlaub, mit welcher Begründung sollte ich dann „Selbst aktiv“ oder dem Arbeitskreis Migranten das verwehren; ich wüsste jedenfalls gar nicht, wie ich das machen sollte, die Betreuung von mittlerweile zwölf Arbeitsgemeinschaften aufbürden. Ich sage euch klar: Wir können das an dieser Stelle nicht so einfach über den Tisch reichen, obwohl dies vom Herzen her jetzt hier durchaus meine Lieblingsaussage wäre.

Deswegen bitte ich an dieser Stelle, sich genau zu überlegen, was wir da machen. Die Arbeitskreise werden durch das, was wir heute in der Parteireform beschlossen haben, aufgewertet. Sie machen sehr gute Zielgruppenarbeit. Aber wir müssen uns ehrlich fragen, ob wir mit dem Ausdehnen von immer neuen zusätzlichen Arbeitsgemeinschaften der Partei als Ganzes wirklich dienen. Ich glaube, nicht. Deswegen bitte ich euch, dies abzulehnen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen, das die Ablehnung des Antrages beinhaltet. Wer für das Votum der Antragskommission ist, wie es von Andrea Nahles vorgetragen worden ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? -

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht ganz eindeutig. Ich bitte, dass sich alle, die noch im Raum herumlaufen, sich jetzt hinsetzen und dass wir dann noch einmal darüber abstimmen.

Das ist für uns hier oben nicht eindeutig gewesen. Deswegen lasse ich jetzt noch immer über das Votum der Antragskommission abstimmen. Hier sitzen viele Augen, die mitgucken. Wer für das Votum der Antragskommission, nämlich die Ablehnung dieses Antrags, ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen?

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es tut mir leid, es gibt keine andere Möglichkeit, wir müssen das auszählen. Dann ist das geklärt. Es gibt welche hier oben, die sagen, das eine ist die Mehrheit, und es gibt welche, die sagen, es ist nicht ganz eindeutig. Wir müssen jetzt belastbar entscheiden. Deshalb bitte ich darum, dass wir das jetzt auszählen. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission steht bereit und nimmt euer Abstimmungsverhalten entgegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei den einzelnen Delegationen stehen jetzt Mitglieder der Antrags- und Zählkommission an den Tischen. Ich rufe jetzt noch einmal die Abstimmung auf. Dann bitte ich, in den Delegationen die Kartenzeichen abzugeben, und die Mitglieder der Antrags- und Zählkommission

zählen diese Ergebnisse mit. Die werden hier zusammengetragen. Dann haben wir das Endergebnis.

Ich möchte euch darüber in Kenntnis setzen, dass es jetzt eine weitere Wortmeldung gegeben hat, die sich mit einem anderen Änderungsantrag beschäftigt, nämlich eine Arbeitsgemeinschaft Migration zu gründen, über die wir gleich auch noch abstimmen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt noch einmal das Votum der Antragskommission auf. Das Votum der Antragskommission lautet: Ablehnung des Antrages. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Ich bitte euch, die Arme oben zu lassen, bis uns die Mandatsprüfungs- und Zählkommission signalisiert hat, dass die Stimmen gezählt sind. - Liebe Genossinnen und Genossen, es wird noch gezählt. Ich bitte, den Arm noch oben zu lassen. - Sind alle Stimmen ausgezählt? - Alle Stimmen sind ausgezählt. Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf: Wer gegen das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Ich bitte, den Arm oben zu lassen. Es ist noch nicht ganz ausgezählt. - Ich gehe davon aus, dass alle Stimmen erfasst sind. Die werden jetzt zusammengetragen und werden dann dem Präsidium mitgeteilt. Dann werden wir euch das Ergebnis übermitteln. Das wird nicht lange dauern.

Ich frage auch nach Enthaltungen. - Sechs Enthaltungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, mir liegt jetzt das Ergebnis vor. Es haben sich sechs enthalten. Für das Votum der Antragskommission haben 216 Delegierte gestimmt, gegen das Votum der Antragskommission 219.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, damit wäre der so gestellte Antrag angenommen. Ihr seht, dass wir hier oben im Tagungspräsidium recht hatten mit dem Hinweis, dass es sehr knapp ist; denn drei Stimmen Unterschied von hier oben zu erkennen, ist nicht einfach möglich.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe den nächsten Antrag auf, nämlich den Antrag 128. Dazu hat Turgut Yüksel das Wort.

Turgut Yüksel, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, dass die Schwusos endlich ihr Ziel erreicht haben. Wenn einer im Unrecht war, dann sollte man gegen andere das Unrecht nicht ausspielen. Liebe Genossinnen und Genossen, seit 20 Jahren fordern wir, dass endlich in der SPD eine Arbeitsgemeinschaft der Migranten gegründet werden soll. Wir diskutieren seit Jahren über die Öffnung der Partei, über die Öffnung der Strukturen. Wir diskutieren seit Jahren die interkulturelle Öffnung in der Gesellschaft. Wenn wir als Partei diese interkulturelle Öffnung nicht vollziehen, dann werden auch unsere Wünsche halbherzig sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn 30 Migrantinnen und Migranten in Frankfurt zusammenkommen und einen Arbeitskreis bilden, dann dürfen sie trotzdem keinen Antrag stellen und sie dürfen nicht an den Vorstandssitzungen teilnehmen und entscheiden. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn dagegen sechs Selbstständige zusammenkommen, dann haben sie eine Arbeitsgemeinschaft. Das

ist ungerecht. Wenn sechs Lehrerinnen und Lehrer zusammenkommen, dann haben auch sie eine Arbeitsgemeinschaft. Das ist ungerecht. Wenn sechs Juristinnen und Juristen zusammenkommen, dann sind auch sie eine Arbeitsgemeinschaft. Das ist ungerecht. Wenn 30 Migrantinnen und Migranten mit deutschen Genossinnen und Genossen zusammenkommen, um in der Gesellschaft etwas zu ändern, dann haben sie nicht die entsprechenden Rechte. Das ist ungerecht. Deshalb wollen wir, dass auch wir endlich eine Arbeitsgemeinschaft haben.

Zum Thema Quotenregelung. Als dieses Thema angesprochen wurde, haben viele gelacht.

(UNRUHE)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit man dem Redner auch folgen kann.

(VEREINZELT BEIFALL)

Turgut Yüksel, Hessen-Süd: Ich danke dir. – Liebe Genossinnen und Genossen, seit Jahren fordern wir - und endlich ist die Zeit reif -, dass wir die Arbeitsgemeinschaft gründen. Als die Quotenregelung eingeführt werden sollte, habe ich in Frankfurt und in Hessen diskutiert. Auf einmal habe ich Genossen entdeckt, die sagen: Meine Eltern kommen aus Siebenbürgen, meine Eltern kommen aus Rumänien, meine Eltern kommen aus Kasachstan. Jeder hatte einen Migrationshintergrund.

Es ist nicht schwierig, eine Quote festzulegen, aber es ist schwierig, bei Menschen festzulegen, ob jemand einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Deshalb ist diese Regelung einzuhalten. Es gibt andere Wege, auf denen sich die Genossinnen und Genossen ausländischer Herkunft gemeinsam mit deutschen Genossen auch in der Partei zu den Themen Migration/Integration einbringen können.

Wenn wir die Diskriminierung bekämpfen wollen, dann müssen wir auch die entsprechenden Rechte einführen. Wenn wir Ausgrenzung bekämpfen wollen, dann sollten wir sie auch partizipieren lassen. Wenn wir das in der Partei nicht schaffen, dann werden wir das auch in der Gesellschaft nicht einführen. Deshalb bitte ich euch: Nutzt die Gelegenheit und stimmt unserem Antrag zu.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat nun zum gleichen Antrag Petar Drakul. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch um etwas mehr Ruhe, auch wenn das alles sehr aufregend ist, aber derjenige, der am Rednerpult steht, ist der, der das Wort hat.

Petar Drakul, Baden-Württemberg: Danke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe einen Migrationshintergrund und keinen Migrationsvordergrund. Ich bin im SPD-Landesvorstand, genauso wie Josip Juratovic, genauso wie Stella Kirgiane, genauso wie Macit Karaahmetoglu und genauso wie Lars Castellucci. Ich plädiere dafür, einer AG „Migration“ nicht zuzustimmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich will tatsächliche Partizipation. Ich will, dass wir, liebe Genossinnen und Genossen, in die Gremien gehen und dass wir dort entscheiden, dass wir dort hingehen, wo die Fleischtöpfe verteilt werden.

(BEIFALL)

Ich möchte es auch polemisch ausdrücken: Für mich ist eine AG „Migration“ politische Masturbation. Ich will dorthin, wo tatsächliche Sachen entschieden werden. Bitte stimmt gegen diese AG „Migration“. Stimmt dafür, dass wir dort aktiv sind, wo tatsächlich die Entscheidungen getroffen werden, und nicht dort, wo wir auf dem zweiten Abstellgleis abgestellt werden. - Danke schön.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Petar. – Das Wort hat jetzt Jörg Jordan zum gleichen Thema.

Jörg Jordan, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bitte noch einmal um eure Aufmerksamkeit. Das ist deswegen wichtig, weil mein Vorredner ganz offensichtlich den Antrag nicht so verstanden hat, wie er aber auch getextet und gemeint ist.

Es geht nicht darum, eine Arbeitsgemeinschaft für Menschen mit Migrationshintergrund in der SPD zu schaffen. Da hätte er recht. Der Bezirk aber, der dieses auf dem Parteitag auch diskutiert hat, Hessen-Süd, hat bewusst dahin formuliert, dass das eine Arbeitsgemeinschaft für alle Mitglieder der SPD sein kann. Warum denn? Weil das Thema Integrationspolitik heute mindestens so wichtig ist wie das Thema Gesundheitspolitik oder wie die verschiedenen anderen thematischen Arbeitsgemeinschaften, die wir haben.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich selber komme aus Wiesbaden. Ihr müsst euch einmal vorstellen, was in einer so biedereren kleinen Großstadt die Zukunft bedeutet, die geprägt ist davon, dass von den Kindern im schulpflichtigen Alter – Klassen 1 bis 10 - in Wiesbaden heute schon mehr als die Hälfte, etwa 53 Prozent, aus Familien mit Migrationshintergrund kommt. Das heißt, wenn man sich ein bisschen die Zukunft vorstellt, dann weiß man doch, wie sich die Gesellschaft verändert. Wenn wir nicht in der Lage sind, auf diese Gesellschaftsveränderung so den Wert zu legen, wie wir das bei anderen politischen Themenfeldern legen, dann, glaube ich, liegen wir falsch.

Das war der Grund, warum wir in Hessen-Süd gesagt haben: Wir brauchen eine Arbeitsgemeinschaft, die sich gezielt der Integrationspolitik zuwendet, genauso wie sich Arbeitsgemeinschaften anderen Themen zuwenden. Das ist eine Arbeitsgemeinschaft nicht für die Migranten, sondern eine Arbeitsgemeinschaft für alle, die in der SPD sind. Deswegen bitte ich euch, dem Antrag zuzustimmen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jörg. - Das Wort hat jetzt Andrea Nahles.

Andrea Nahles Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben eben beschlossen,

dass wir eine Arbeitsgemeinschaft der Schwusos einrichten, und ich hatte euch vor dieser Abstimmung gesagt, dass ich beim besten Willen keinen Grund erkennen kann, warum ich die intensive Arbeit des Arbeitskreises „Selbst Aktiv“ und des Arbeitskreises „Migration“ nicht in gleicher Weise positiv unterstützen sollte.

Deswegen: Der Parteivorstand versteht das Abstimmungsvotum für die Schwusos jetzt so, dass der Parteivorstand dafür zuständig ist, Arbeitsgemeinschaften einzurichten, und dass er auch positiv für die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“

(BEIFALL)

und der Arbeitsgemeinschaft „Migration“ votieren wird.

Ich bitte euch an dieser Stelle, dem zuzustimmen. Ich hatte vorher auch klar gesagt, dass ich diese Unterscheidung dann nicht mehr für begründbar halte, weil sie alle genauso gute Arbeit und genauso wichtige Zielgruppenarbeit wie die Schwusos machen.

Das wird sowohl organisationspolitische als auch finanzielle Auswirkungen haben, über die sich der Parteivorstand dann noch einmal genauer unterhalten muss. Wir müssen auch Vorschläge dafür unterbreiten, wie wir damit umgehen. Trotzdem bitte ich euch für ein Votum für meinen jetzt eingebrachten Vorschlag, in diesen beiden zusätzlichen Fällen das Votum für die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft positiv zu gestalten.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Die Antragskommission schlägt vor, beim Antrag „Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Migration“ positiv zu stimmen, genauso wie beim Antrag, eine Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ einzurichten. Wir können jetzt darüber abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erstere war die Mehrheit, liebe Freundinnen und Freunde. Damit wäre das so beschlossen.

(BEIFALL)

Wir kommen dann zum Antrag O 134.

Dazu rufe ich Martin Nissen auf. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch! Wir kommen jetzt wirklich zum Schluss. Das ist die zweitletzte Wortmeldung. Dann ist der Antragsbereich „Organisationspolitik“ beendet. Die paar Minuten schaffen wir jetzt auch noch. – Martin, du hast das Wort.

Martin Nissen, Auslandsfreundeskreis: Danke, Heiko. - Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist hier eine Premiere. Wir haben zum allerersten Mal als Auslandsfreundeskreis von unserem Rederecht Gebrauch gemacht, weil wir einen ganz besonderen Anlass haben.

In unserem Grundsatzprogramm steht, dass das 21. das erste wirklich globale Jahrhundert unserer Geschichte ist. Das ist für uns alle Realität, und das ist Realität für über zwei Millionen Deutsche, die zeitweise oder dauerhaft im Ausland leben. Das ist eine Zahl, die euch verdammt hoch vorkommt, aber wir

haben sie sehr, sehr genau recherchiert. Wir können davon ausgehen, dass wir auch über 1,5 Millionen Wähler im Ausland haben, um die wir uns als SPD kümmern müssen, weil die Wahlbeteiligung der Menschen, die im Ausland leben und in Deutschland wählen dürfen, derzeit nur bei etwa 5 Prozent liegt.

(UNRUHE)

Ich bitte, noch ein paar Sekunden zuhören. – Wir haben 15 Gruppen im Ausland, die auf vier Kontinente verteilt sind. In Australien sind wir derzeit noch nicht präsent.

Wir haben in den letzten Monaten fantastisch zusammengearbeitet. Ihr werdet euch vorstellen können, dass das über vier Kontinente hinweg nicht so ganz einfach ist. Wir haben uns unter anderem entschieden, ein gemeinsames Dach für unsere Auslandsarbeit einzurichten, und möchten euch bitten, diesen Antrag zu unterstützen, und zwar in der Fassung, wie die Antragskommission ihn beschlossen hat.

Danken möchte ich hier ganz ausdrücklich Sigmar. Ganz herzlichen Dank, Du hast dich ganz frühzeitig in diesem Sinne bekannt. Frank, auch dir ganz herzlichen Dank! Auch Andrea hat sich in aller Deutlichkeit gegenüber allen in der Partei, die nicht ganz fröhlich darüber waren, zu unserem Anliegen bekannt, sodass ich sage: Chapeau! Morgen gibt es noch ein Geschenk für dich am Stand. Gleiches gilt für Barbara Hendricks, die in ihrer unnachahmlichen Art Ja gesagt hat. Auch Olaf möchte ich danken, du hast dich ebenfalls in dieser Frage ziemlich aus dem Fenster gehängt. Auch für Barbara gibt es morgen ein Geschenk; Sigmar hat schon etwas in Paris bekommen. Ganz herzlichen Dank auch Hannelore Kraft, Heiko Maas und Michael Müller: Für eure Landesverbände war es nicht ganz leicht, diesem Antrag zu folgen. Deshalb ist unser Dank für euer Ja ganz besonders ausgeprägt.

Ich möchte euch bitten, dem Antrag zur Gründung eines gemeinsamen Daches für die Auslandsarbeit der SPD unter dem Titel „SPD International“ beim Parteivorstand zuzustimmen und damit dem Beispiel aller unserer großen europäischen Schwesterparteien zu folgen und dafür zu sorgen, dass das heute ein großer Tag für alle unsere Mitglieder im Ausland - wir haben etwa 5.000 - wird.

Ganz herzlichen Dank, dass ihr mir noch zugehört habt, obwohl wir so weit in der Debatte sind.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Martin. - Martin hat selbst empfohlen, dem Votum der Antragskommission zuzustimmen. Deshalb lasse ich auch darüber abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so bei einigen Gegenstimmen beschlossen.

Wir kommen zur letzten Wortmeldung in der Organisationsdebatte. Die hat Matthias Groote zu den Anträgen O 137, O 138 und O 139.

Matthias Groote, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen! Den Aufschlag haben wir heute mit dem Thema Europa gemacht. Ich glaube, das waren eindrucksvolle Reden, die wir gehört haben. Der

parlamentarische Arm der SPD in Europa ist die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. Wir streiten regelmäßig auf Parteitag darüber, ob wir Landeslisten oder Bundeslisten einführen. Darum dreht es sich jetzt auch bei den Anträgen 137, 138 und 139.

Von der Antragstellung bis heute zum Parteitag hat sich etwas verändert: Das Bundesverfassungsgericht hat die Fünfprozenthürde gekippt. Deshalb meine Bitte als Kompromissvorschlag: Der Bundesvorstand und auch die Bundestagsfraktion mögen prüfen, wie wir das Europawahlgesetz ändern können, damit wir auf europäischer Ebene stark sind. Denn durch den Wegfall der Fünfprozenthürde ist der Einfluss Deutschlands geschrumpft, und zwar - wie die Antragsteller in ihren Anträgen beschrieben haben - unter verschiedensten Gesichtspunkten. Wir brauchen eine Kombination von beiden: regional verankerte Abgeordnete genauso wie ein Listenwahlverfahren.

Meine Bitte ist, das als Kompromiss aufzunehmen. Wir Sozialdemokraten aus Deutschland müssen im Europäischen Parlament schlagkräftiger werden. Wenn wir nichts unternehmen würden, dann würden wir bei gleichbleibendem Ergebnis mehrere Abgeordnete verlieren, zum einen wegen des Wegfalls der Fünfprozenthürde, zum anderen durch den Lissabon-Vertrag, was die Zahl der Abgeordneten sowieso von 99 auf 96 reduziert. Insofern: Bitte prüft es ab in der Bundestagsfraktion, auch zusammen mit den anderen großen Parteien, ob man hier nicht das Europawahlgesetz ändert. Wir sollten nicht die Diskussion über Landesliste und Bundesliste weiterführen, sondern endlich Nägel mit Köpfen machen, damit bei der nächsten Europawahl wirklich die roten Balken nach oben zeigen und wir im Europaparlament stark vertreten sind - um die Dinge, die wir heute miteinander besprochen haben, in die Tat umzusetzen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Matthias. - Andrea Nahles hat für die Antragskommission darauf hingewiesen, dass man bereit ist, den Antrag O 137 nicht abzulehnen, sondern ihn in den Parteivorstand zu überweisen und ihn zur Diskussionsgrundlage einer weiteren Befassung zu machen. Deshalb lasse ich auch darüber abstimmen: geändertes Votum der Antragskommission, statt Ablehnung Überweisung in den Parteivorstand. Das ist auch im Sinne des Redners. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 138 auf. Bei diesem ist sowieso vorgesehen, ihn in den Parteivorstand zu überweisen. Wer hier für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Und schließlich der Antrag 139. Votum der Antragskommission ist ebenfalls Überweisung in den Parteivorstand. Auch darüber lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben keine Wortmeldungen mehr. Nunmehr haben wir über alle Anträge zu O 117 bis O 122, O 124 bis O 170 beraten und abgestimmt.

Ich bitte nun um die Zustimmung per Kartenzeichen über die Anträge O 117 bis O 122, O 124 bis O 170 in der Fassung der Antragskommission inklusive der eben abgestimmten Änderungen. Das ist also

die Schlussabstimmung über den sonstigen Bereich der organisationspolitischen Debatte. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben damit den gesamten Bereich der Organisationspolitik abgeschlossen. Das war nicht so ganz einfach, hing aber an der Anzahl der Anträge und an der Fülle der Wortmeldungen. Ich kann euch nur sagen: Von oben hat das Plenum immer voll ausgesehen. Deshalb möchte ich mich ganz herzlich bei euch für eure konstruktive Mitarbeit bedanken.

(BEIFALL)

Ich empfehle dem Parteivorstand aus Sicht des Tagungspräsidiums, so schnell keine Satzungsänderungen mehr hier einzubringen.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Andrea Nahles hat das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Tagungspräsidium, vor allem Heiko und den Mitarbeitern der Abteilung I des Hauses mit Jürgen Hitzges zu danken, genauso David Meise, Heike Werner und vielen anderen, die mitgearbeitet haben. Das war eine super Arbeit!

(BEIFALL)

Ich danke euch. Das war eine große Sache, wir hatten in den letzten Monaten gute Diskussionen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

BERATUNG DER ANTRÄGE ZU UMWELT, ENERGIE, VERBRAUCHER UND VERKEHR

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ich habe jetzt eine schlechte und eine gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass wir bis 22 Uhr eigentlich noch sechs Themenbereiche abarbeiten müssten. Die gute ist, dass wir nur noch einen machen werden und den Rest dann morgen. Denn ansonsten wäre, glaube ich, keine fundierte Beratung mehr möglich. Wir werden heute noch den Bereich Umwelt, Energie und Verkehr machen.

(ZURUF)

- Auf der Tagesordnung standen eigentlich noch die Bereiche Innen, Recht, Sozialpolitik, Außen, Entwicklung, Sicherheitspolitik, Kommunalpolitik sowie die themenübergreifenden Anträge. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir das heute weder bis um 22 noch bis um 23 Uhr durchbekommen. Den einen großen Block Umwelt, Energie und Verkehr werden wir aber deshalb noch machen, weil wir dafür heute noch Gastredner haben, die morgen nicht da sind. Ich bitte euch um Disziplin dafür. Wir werden versuchen, dass wir das bis kurz nach zehn hinbekommen.

Ich rufe die Anträge U 1 bis 95 und die Initiativanträge 212, 222 und 241 auf.

Als Erster hat Thorsten Schäfer-Gümbel für die Antragskommission das Wort.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich versuche, es in der Einführung außerordentlich kurz zu machen, weil ich weiß, dass alle gerne jetzt eine Pause hätten. Es gibt manchen in der Sozialdemokratie, der der Auffassung ist, dass Energiepolitik eigentlich kein sozialdemokratisches Kernthema ist. Das ist aus meiner Sicht grundfalsch. Ich will das sehr persönlich sagen: Ich wäre froh, wenn Hermann Scheer heute noch unter uns wäre und erleben könnte, Genossinnen und Genossen,

(BEIFALL)

welche Positionsentwicklung wir in den letzten zwölf Monaten in der SPD hingekriegt haben. Das war keine ganz einfache Veranstaltung in den letzten Monaten. Eine Position hinzukriegen, die geht von „Was ist die Zukunft der fossilen Energieträger?“ über die Erneuerbaren bis hin zu Frage, was das für die Bezahlbarkeit und für den tiefgreifenden Strukturwandel heißt, den wir vor uns haben.

Wir haben es in einem langen Dialog nicht nur mit den Umweltverbänden, sondern auch mit der kommunalen Seite, mit den Gewerkschaften, mit der Wissenschaft hinbekommen, ein sehr überzeugendes Konzept zu formulieren, das am Ende eine breite Mehrheit auch im Parteirat und im Parteivorstand hatte – ein Konzept, das im Übrigen auch in den Medien als ein außerordentlich weitgehendes wahrgenommen wurde, weil es den tiefgreifenden Strukturwandel wirklich aufnimmt und dazu beitragen wird, dass Deutschland die energie- und rohstoffeffizienteste Volkswirtschaft der Welt werden wird und damit unendlich viele Möglichkeiten für Arbeit, Einkommen und Wertschöpfung entstehen.

Den vermeintlichen Gegensatz zwischen gutem Strom auf der einen Seite, wie ihn die Grünen propa-

gieren, und guter Arbeit auf der anderen Seite, wie ihn manche in der alten Vorstellung auch in unseren Reihen propagiert haben, heben wir mit diesem Konzept auf.

Nun haben ganz viele Untergliederungen Anträge zur Energiewende gestellt. Der Ausgangspunkt war sehr klar und präzise, nämlich Fukushima. Wir haben Fukushima nicht gebraucht, Genossinnen und Genossen, um einzusehen, dass die Atomenergie der falsche Weg ist, dass wir raus müssen aus dieser Hochrisikotechnologie.

(BEIFALL)

Aber vor dem Hintergrund dessen, was viele eingefordert haben, haben wir als Antragskommission noch einmal die Chance ergriffen, genau diesen Beschluss des Parteivorstandes auch heute hier zur Entscheidung vorzulegen.

Ich will einen einzigen Punkt noch einmal herausgreifen, bevor wir in der Sache in den Einzelpunkten diskutieren können.

Genossinnen und Genossen, die Zielsetzung ist klar: Wir müssen, um das 2-Grad-Ziel bis 2050 erreichen zu können, den CO₂-Ausstoß in Deutschland und Europa um 85 bis 90 Prozent senken. Dies wird nicht gehen, indem man irgendwelche Technologien bis in die Zukunft fortschreibt, sondern nur dann, wenn man den notwendigen Strukturwandel bei Wohnen, Energieerzeugung und im produzierenden Bereich, bei Mobilität und beim Privatverbrauch jetzt konsequent angeht, Genossinnen und Genossen. Dafür haben wir nicht mehr als 39 Jahre Zeit. Deswegen haben wir dieses weitreichende Konzept diskutiert, vorgeschlagen und empfehlen es heute zur Entscheidung.

Darüber hinaus liegen euch einige wenige Anträge zum Thema Verkehr und anderen Bereichen vor, die wir mit entsprechenden Voten versehen haben und euch zur Abstimmung empfehlen. Das könnt ihr alles nachlesen.

Bevor wir das allerdings machen, werden wir jetzt zwei Initiativanträge aufrufen. Wir haben auch noch einige Voten geändert; das erklären wir dann gleich, wenn es soweit ist.

Wir bitten euch herzlich, die Gelegenheit zu nutzen, das, was wir in einem Jahr in der Partei vorbereitet, diskutiert und entschieden haben, heute durch ein Votum des Parteitags zu tragen. Ich will allerdings deutlich hinzufügen, Genossinnen und Genossen: Die Arbeit für die Energiewende beginnt erst, sie ist nicht mit einer Beschlussfassung auf dem SPD-Bundesparteitag beendet. Deswegen soll auch die Energiepolitische Kommission ihre Arbeit fortsetzen.

Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Dann rufe ich den Initiativantrag 212 auf. Als Einbringer hat Kurt Beck als Erster das Wort, wenn er da ist. – Gut!

Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz: Er ist den ganzen Abend da.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich zunächst, dass ihr noch einen Moment Geduld habt, um über ein Thema zu entscheiden, dass etwas – ich formuliere es bewusst so mit der Menschlichkeit unserer Gesellschaft zu tun hat, nämlich die Frage, wie wir mit den uns anvertrauten Kreaturen in unserer Gesellschaft umgehen.

Wir wollen heute mit diesem Initiativantrag auf einen Aspekt des Tierschutzes eingehen und eine klare Position zum Zurückdrängen – ich will vorsichtig sein – der Massentierhaltung beziehen. Tierschutz hat etwas mit vielen Bereichen des politischen Geschehens zu tun. Das geht vom Jagdrecht über Züchterbedingungen bis hin zu all den Fragen, die mit Medizin und Tierversuchen zu tun haben und all den Abwägungen, die dort zu treffen sind. Aber es geht auch darum, liebe Genossinnen und Genossen, endlich Schluss damit zu machen, dass Tierzucht nach dem Motto der reinen Profitmaximierung betrieben wird – unabhängig davon, wie diese Tiere gequält werden, und unabhängig davon, welche Qualität unsere Lebensmittel hinterher haben.

(BEIFALL)

Deshalb schlägt dieser Antrag vor, dass wir im Bereich des Baurechts, aber auch im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfungen, der Privilegierung des Baus von Massentierzuchtanlagen im Außenbereich, also in ökologisch und landwirtschaftlich geschützten Bereichen, klare Änderungen der Gesetzeslage anstreben, um solchen Massentierzuchten nicht auch noch die Sonderunterstützung des Gesetzgebers und letztendlich von uns allen zukommen zu lassen.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns mit diesem Thema ernst machen! Lasst uns deutlich machen: Ja, wir sind für die Erhaltung der Schöpfung! Ja, wir wollen, dass Pflanzen und Tiere im Interesse des Lebens auf dieser Welt in unserer Obhut aufgehoben sind! Lasst uns besonders Verantwortung dafür übernehmen, dass Kreaturen, die leidensfähig sind, die Schmerz empfinden, nicht so behandelt werden, wie es heute vielfach der Fall ist. Deshalb die herzliche Bitte um einen klaren Beschluss, eine klare Positionierung, einen klaren Auftrag für alle in den Parlamenten. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Danke, Kurt. - Wir begrüßen noch einmal den Präsidenten des Tierschutzbundes und bitten ihn um seinen Redebeitrag. Thomas Schröder!

(BEIFALL)

Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes: Liebe Freundinnen und Freunde, vielen Dank, dass ich heute Gelegenheit habe, als Vertreter eines Verbandes, der nicht nur 700 Mitgliedsvereine in Deutschland repräsentiert, sondern auch insgesamt 800.000 organisierte Tierschützerinnen und Tierschützer, etwas zum Thema Tierschutz zu sagen.

Bevor ich etwas zu dem Thema sage, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich die Gelegenheit nutzen, dir, lieber Kurt, und auch dir, Margit Conrad, für die vielen Initiativen auch über die Länderkammer zu

danken, die den Tierschutz voranbringen. Ich weiß, die Landesregierung wird die Initiativen genauso mit vorantreiben.

Der Deutsche Tierschutzbund begrüßt jede politische Initiative, die dazu beiträgt, die zunehmende Industrialisierung der Tierhaltung in der Landwirtschaft zu unterbinden. Dazu gehört im Kern ein Handlungsinstrument gerade in der Kommunalpolitik; das ist die umstrittene Privilegierung in § 35 des Bauordnungsgesetzes. Der wird derzeit missbraucht oder unterlaufen: Die Tiere leiden in riesigen Ställen; die kleinbäuerlichen Strukturen leiden; die Bürger leiden unter den Emissionen und dem Verkehr, die in den ländlichen Räumen neu entstehen.

Der Verbraucher wird in die Irre geführt; denn die Bilder, die ihm suggeriert werden, stimmen nicht mit dem überein, was in diesen Ställen mit den Tieren tatsächlich angestellt wird. Tierschutz ist schon lange kein Nischenthema mehr. Tierschutz ist eines, das Millionen Bürgerinnen und Bürger umtreibt, nicht nur in den ländlichen Räumen, sondern auch in den Städten, weil es letztlich auch um Ernährungsfragen geht.

Auch deshalb muss ein neuer Diskurs darüber geführt werden: Wie soll zukünftig die Landwirtschaft aussehen? Wie soll zukünftig der ländliche Raum aussehen? Über die Privilegierung werden derzeit Ställe gebaut, in denen Masthühner durch die Zucht in Dunkelställen auf hohes Gewicht gebracht werden mit dem Ziel, einfach nur möglichst viel Fleisch zu produzieren, in denen sie zu Krüppeln gemacht werden, mit Beindeformationen, Herz- und Kreislaufkrankungen eingegerhend.

Legehennen und Puten wird regelmäßig der Schnabel gekürzt, was für diese Tiere äußerst schmerzhaft ist. Jahr für Jahr werden Millionen Tiere durch Eingriffe ohne Betäubung amputiert. Dazu gehören über 20 Millionen Schweine. Die Ferkel werden betäubungslos kastriert. Die Tiere werden in diese Haltungssysteme hineinmanipuliert. Wir kämpfen dafür – ich hoffe, jetzt gemeinsam mit Ihnen, liebe Freundinnen und Freunde –, dass ein Umdenken entsteht; denn das, was nach dem Tierschutz eigentlich ein Einzelfall sein sollte, passiert in diesen Ställen in der Regel und ist schon lange keine Ausnahme mehr. Die heutige intensive Tierhaltung ist nicht nachhaltig für die Tiere. Ich betone an dieser Stelle: Sie ist auch nicht nachhaltig für die Landwirte und genauso wenig für den Verbraucher. Lösungen können nur sein: eine Abkehr von der Überproduktion und eine Hinkehr zu tiergerechter Klima- und umweltfreundlicher Landwirtschaft.

(UNRUHE)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ich bitte euch, den Lautstärkepegel einmal ein bisschen herunterzufahren; denn selbst hier vorne versteht man die Rede nicht mehr richtig. Es wäre schön, wenn wir auch in der letzten Stunde denjenigen, die ihre Anträge begründen und einbringen, noch die nötige Achtung entgegenbringen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes: Die Missstände in der Intensivtierhaltung sind systemimmanent. Es sind tierschutzwidrige Verhältnisse, die der Gesetzgeber derzeit noch toleriert. Da ist das, was heute diskutiert wird, die Privilegierung, nur ein Hebel, wenn auch ein wichtiger. Viel wichtiger ist es, zusätzlich zu sagen, dass das heutige Tierschutzgesetz ein Nutzgesetz und kein

Schutzgesetz für die Tiere ist. Deswegen treten wir als Deutscher Tierschutzbund erheblich dafür ein - dafür suchen wir Mitsstreiterinnen und Mitsstreiter -, dass wir endlich ein Tierschutzgesetz bekommen, das seinen Namen auch verdient hat.

(BEIFALL)

Es ist daher erfreulich, dass heute mit dem Initiativantrag ein Signal gesetzt wird, dass gerade auch die Kommunalpolitiker wieder Lenkungsinstrumente zurückbekommen möchten, ein Hebel, um überhaupt Gestaltungsräume zu bekommen. Das ist wichtig, weil unter Berufung auf diese Privilegierung Ställe mit Hunderttausenden Tieren entstehen, wo dann im Seuchenfall, im Brandfall nichts mehr lokal begrenzt ist, was dann noch passiert.

Aber ich sage auch deutlich: Das, was heute als Antrag vorliegt, ist nur ein Hebel. Es ist noch keine nachhaltige Lösung für das, was die Tiere an Verbesserungen verdient haben, weil sie Mitgeschöpfe sind, weil sie Leid und Schmerz spüren, weil sie nicht nur Lebensmittel und Produktionsgut sind, sondern sie fühlen und sie haben den Schmerz in diesen Ställen täglich, stündlich. Masthühner haben gerade 30 Tage, bis sie genügend Gewicht angenommen haben.

Das ist auch kein Antrag gegen Landwirte. Ich höre vielfach - das erleben wir in den Diskussionen immer wieder -: ihr macht ja dann die Landwirtschaft kaputt. Nein, ich sage deutlich: Wer Ställe mit 60.000 Schweinen baut und betreibt und wer Ställe mit Hunderttausenden Geflügeltieren sein Eigen nennt, der ist kein Landwirt, sondern ein Industrieller.

(BEIFALL)

Für Industrielle sollten Grenzen gesetzt werden, gerade dann, wenn es um Mitgeschöpfe geht und nicht um Sachen und Produkte.

Tierschutz bewegt, und Tierschutz bewegt Millionen von Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen sollte auch Tierschutz die SPD bewegen. 20.000 Menschen unter dem Brandenburger Tor im Januar, über 100 Bürgerinitiativen, die bei uns als Deutscher Tierschutzbund auflaufen, die in Wietze, in Haßleben, in Allstedt, in ganz vielen Regionen der Republik gegen solche Anlagen kämpfen. Sie sind auch ein Auftrag an die Politik, ein Auftrag auch an die SPD.

Ich sage zum Schluss deutlich: Wer Tierschutz rückwärts denkt, darf damit politisch nicht mehr vorwärts kommen. Dieser Antrag ist ein Stück Vorwärtskommen. Deswegen bitte ich Sie herzlich: Nutzen Sie dieses Signal. Nehmen Sie einen ersten Hebel in die Hand. Gewinnen Sie Gestaltung zurück in der Kommunalpolitik. Aber nochmals: Es ist ein erster Schritt. Wir setzen auf mehr. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Mir liegen dazu keine weiteren Wortmeldungen vor. Das heißt, ich würde jetzt zur Abstimmung kommen. Ich habe wirklich noch einmal eine herzliche Bitte - auch für die anderen Anträge, die jetzt noch kommen; ich weiß, dass das relativ schwierig ist, wenn man so angespannt die ganzen Organisationsanträge durchgestimmt hat und dass es immer etwas mit Entspannung hinterher zu tun hat, dass man dann redet; aber dann bitte draußen. Da gibt es sicherlich

auch irgendwo noch einen Kaffee, sodass der Rest, der hier drinnen ist, die Beratung vernünftig fortführen kann. Ich glaube, es gibt noch einiges zu diskutieren. Wir werden noch ungefähr eine Stunde unsere Disziplin brauchen und auch darauf achten müssen, was abgestimmt wird und was nicht.

Also, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich bitte, das Votum der Antragskommission mit der Wortmeldung zu unterstützen und um das Kartenzeichen für die Annahme des Antrages. - Gegenstimmen? - Eine. Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist das fast einstimmig angenommen.

(ZURUF: DANKE SCHÖN!)

- Bitte schön.

Ich rufe dann den IA 222 auf: Erkundungs- und Baustopp in Gorleben. Dazu hat Ute Vogt das Wort.

Ute Vogt, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! In den letzten Jahrzehnten hat man den Menschen im Wendland vieles zugemutet. Im Parlament arbeitet derzeit auf Antrag der Opposition ein Untersuchungsausschuss, der heute schon erwiesen hat, dass in Gorleben damals, im Jahr 1977 die Entscheidung für diesen Standort nicht nach wissenschaftlichen Kriterien, sondern schlicht und einfach nach strukturpolitischen Anforderungen gewählt worden ist und dass man sich damals für Gorleben entschieden hat, weil man dachte, es ist nahe an der Grenze zur damaligen DDR, und es wohnen wenig Leute dort, und dann gibt es wenig Widerstand und viele Arbeitsplätze. Das ist etwas, was wir nicht hinnehmen dürfen, dass solche Entscheidungen auf Dauer sich festsetzen und manifestieren für diese Region.

(BEIFALL)

1983 hat die Regierung Kohl dann ganz bewusst aus den wissenschaftlich empfohlenen Vorgaben, dass es alternative Standortsuchen geben soll, diese alternative Standortsuche herausgenommen und hat ausschließlich sich für den Standort Gorleben entschieden.

Die dritte Zumutung von vielen war dann die Entscheidung von Umweltministerin Merkel, die dafür gesorgt hat, dass der Standort Gorleben und der Salzstock nicht nach wiederum wissenschaftlichen Kriterien untersucht wird, sondern schlichtweg die Untersuchung sich allein danach richtet, wie dort Salzrechte vorhanden sind. Das sind keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dafür sorgen, dass wir einen bestmöglichen und deshalb auch einen so sicher wie möglichen Standort erhalten werden.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchten wir euch heute um Unterstützung bitten für eine Resolution, die sich aktuell ergeben hat, weil jetzt der Umweltminister Röttgen wiederum eine Standortsuche angekündigt hat, und wir in der Sozialdemokratie sind der Meinung, dass es richtig ist, eine ergebnisoffene Standortsuche für das bestmögliche Lager in allen Bundesländern vorzunehmen.

(BEIFALL)

Wir sind froh, dass die rot-grüne oder grün-rote Regierung in Baden-Württemberg die Blockade der damals schwarz-gelben aus Baden-Württemberg und der Schwarzen aus Bayern damit auflöst hat, damit es jetzt auch zu einem fairen Verfahren kommen kann.

Allerdings ist diese Ankündigung von Umweltminister Röttgen alles andere als redlich; denn im Haushalt für das Jahr 2012 sind für die weitere Erkundung des Standorts Gorleben 73 Millionen Euro eingestellt und für die alternative Standortsuche ganze 3 Millionen für das ganze Jahr 2012. Das zeigt, dass es hier nur um eine Alibiveranstaltung geht und das man im Grunde ein bisschen schauen will und am Ende das durchsetzen will, was man mit Unrecht 1977 begonnen hat.

(BEIFALL)

Wir wollen erreichen, dass es bei dieser Standortsuche faire Bedingungen gibt. Wir wollen, dass auf einer weißen Landkarte gesucht wird, so wie es Rot-Grün damals im AK End-Lager schon beschlossen hat. Der AK End hat ein wunderbares Verfahren damals hervorgebracht. Heute wird es in der Schweiz praktiziert. In Deutschland wird es nach wie vor ignoriert.

Wir haben unter Bundesumweltminister Sigmar Gabriel 2006 einen weiteren Vorstoß gemacht, eine solche unabhängige, neutrale, offene Endlagersuche in allen Bundesländern zu machen. Damals hat Umweltminister Röttgen, damals als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, dies unterbunden und hat verhindert, dass es auch unter der Großen Koalition zu einer Standortsuche gekommen ist.

Wir möchten, dass diese Standortsuche jetzt stattfinden kann, aber ohne eine unfaire Vorfestlegung auf einen Standort, der unter fragwürdigen Bedingungen überhaupt erst zustande gekommen ist. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu dieser Resolution, die sich zu einer ergebnisoffenen Endlagersuche in allen Bundesländern bekennt, die sich zum Erkundungs- und Ausbaustopp im Salzstock Gorleben bekennt und mit der auch dafür gesorgt werden soll, dass man nicht Fakten schafft, indem man immer mehr und mehr Castoren nach Gorleben bringt, sondern das fortsetzt, was wir unter Rot-Grün begonnen haben, nämlich eine dezentrale Zwischenlagerung so lange, bis wir ein Endlager gefunden haben.

Darum bitten wir um eure Zustimmung. Ich denke, die Leute im Wendland haben es verdient, dass wir ihnen zumindest ein kleines bisschen Gerechtigkeit zukommen lassen und dieses Verfahren jetzt fair und ohne Vorfestlegungen für einen Standort machen.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Gut. Mir liegen auch hierzu keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Ich will noch einmal den ersten Satz vorlesen, der geändert werden und heißen soll: „Die SPD steht zu der Notwendigkeit einer ergebnisoffenen Endlagersuche in allen Bundesländern, wie sie schon vor zehn Jahren unter rot-grüner Regierungszeit erarbeitet wurde.“ Dafür bitte ich euch um die Zustimmung und um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Initiativantrag angenommen.

(BEIFALL)

Der Initiativantrag 241 ist zurückgezogen. Somit brauchen wir den jetzt nicht zu beraten. Ich hatte schon die Frage: Wo machen wir die Generalausprache? Die machen wir zum U 1, den ich jetzt auch aufrufe. Dazu liegen mir auch schon einige Wortmeldungen vor. - Willst du noch einmal für die Antragskommission zu U 1 Stellung nehmen? - Nein. Dann nehme ich zuerst die Wortmeldungen. Als erster hat

Ralf Stegner das Wort.

(BEIFALL)

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin kein Umweltpolizeistatist und will dazu auch nicht umfassend sprechen, sondern nur zu einem konkreten Anliegen. In dem Antrag sind mehrere Passagen zum Thema CO₂-Deponierung und CCS-Technik. Ihr wisst, das ist ein Thema, das ist in der Partei sehr umstritten. Da gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Auch ist das nach Regionen verteilt. Ich will das einmal so sagen: In Schleswig-Holstein sind inzwischen alle Parteien dagegen, auch die SPD. Wir waren früher dagegen als andere, aber jetzt sind alle Parteien dagegen. Wir wählen am 6. Mai einen neuen Landtag, und man sieht sehr genau hin, ob dieser Parteitag dann eine neue Beschlussfassung in dieser Frage herbeiführt.

Ich bitte euch einfach darum - ich glaube, es ist dem Thema auch angemessen -, dass die Passagen, die da zu CCDS drin sind, noch einmal an die Kommission zurückverwiesen und sorgfältig mit allem Für und Wider diskutiert werden. Dafür spricht übrigens auch, dass es durch das Vermittlungsverfahren im Bundesrat zurzeit Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern gibt, bei dem ungeklärt ist, wie das ausgeht, ob es Klauseln gibt oder nicht. Meine herzliche Bitte ist, dass ihr euch dem anschließen könnt, weil ihr uns sonst auch in eine prekäre Situation bringt. Ich wäre euch sehr dankbar, wenn ihr uns an dieser Stelle unterstützt, so wie man es solidarisch bei anderen Ländern auch tut. - Recht herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Jan Henner Putzier aus Hannover, Niedersachsen.

Jan Henner Putzier, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben eben den Baustopp und den Erkundungsstopp für Gorleben beschlossen. Das geht in eine gute Richtung. Ich komme aus dem Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg, ich weiß, wie groß der Konflikt da ist. Ich möchte in meiner Rede aber noch einen Schritt weitergehen. Jedes Untersuchungsausschussmitglied weiß, viele, die einmal bei Protesten im Wendland waren, wissen es, und viele wissen es auch aus den Medien: Der Standort Gorleben ist faktisch tot, es fehlt nur derjenige, der feststellt, dass es so weit ist.

(BEIFALL)

Vor zirka sechs Tagen hat der letzte Castortransport aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich das Zwischenlager in Gorleben erreicht. 106 Stunden hat sich die atomkritische Bewegung ganz Deutschlands und insbesondere die Bevölkerung des Wendlands quergestellt und den Transport mit vielen kreativen Aktionen und Blockaden friedlich verzögert. 106 Stunden, die zeigen, wohin falsche Politik führt: in Widerstand der betroffenen Bevölkerung. Vor mehr als 30 Jahren, im Jahr 1977, traf die damalige niedersächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht eine folgenschwere Entscheidung: Die Standortwahl für ein atomares Endlager fiel auf den Salzstock Gorleben-Rambow. Zu den Plänen gehörte anfangs ein Nukleares Entsorgungszentrum. Davon blieb im Endeffekt nur der Zielort der Castortranspor-

te, das Zwischenlager und das Erkundungsbergwerk. Protest hat das erreicht. Aus dem gleichen Grund scheiterten zwei weitere Anläufe für eine WAA, einmal im Wendland und einmal in Bayern. Konservative Landbevölkerung im infrastrukturell schwachen Zonenrandgebiet, die Entscheidung für Gorleben war eine politische und keine geologische.

(BEIFALL)

Mit der Aufarbeitung dieser Entscheidung beschäftigt sich unter Anderem Ute Vogt im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Die Arbeit ist, wenn man die Pressemitteilungen verfolgt, geprägt von Erinnerungslücken der am Auswahlprozess Beteiligten, ein Gutachten für Gorleben war heute nicht auffindbar, nur eine handschriftliche Notiz in einer Tabelle mit anderen Standorten existiert. Der Untersuchungsausschuss arbeitet weiter. Eins ist aber bereits jetzt klar: Transparent und nachvollziehbar war die Entscheidung für Gorleben nicht.

Und heute? Viele Wissenschaftler sprechen dem Salzstock die Eignung als atomares Endlager ab: fehlendes Deckgebirge, Wasser und Kohlenwasserstoffeinschlüsse sind nur einige der Gründe. Manche stellen gar die Frage, ob Salz überhaupt als Endlagermedium geeignet ist, besonders wenn es um die Frage der Rückholbarkeit geht. Die Asse galt jahrelang als leuchtendes Vorbild für die Endlagerung in Salz und in Gorleben. Heute ist die Asse einer der größten Fehler der Atompolitik. Draußen kann man sich auf dem Stand der Aufpassen-Leute über die Asse informieren und was da los ist.

Der Müll soll jetzt zurückgeholt werden, und die Kosten gehen in die Milliarden. Das politische Kalkül, das zur Wahl des Standortes Gorleben im infrastrukturell schwachen Lüchow-Dannenberg geführt hat, ging nicht auf. Wer heute den Landkreis besucht, sieht an fast jedem Haus das gelbe X als Symbol des Widerstands gegen die Atomenergie und ein Endlager in Gorleben. Es ist keine einzelne Gruppe, die dort aufsteht, sondern die gesamte Bevölkerung, von Bäuerinnen und Bauern, Schülerinnen und Schülern über Unternehmerinnen und Unternehmer bis hin zu Arbeiterinnen und Arbeitern und Angestellten. Keiner der 113 im Zwischenlager stehenden Behälter ist ohne Protest dort angekommen. Eine ganze Region stellt sich quer.

Die großen geologischen Probleme in Gorleben sind eine Sache, dass es niemals zur Akzeptanz bei der Bevölkerung kommen wird, eine andere. Beides zusammen macht aber eins deutlich: Gorleben ist nicht geeignet.

(BEIFALL)

Eine offene Endlagersuche mit Gorleben im Pool ist nicht möglich. Jede weiße Landkarte, die Gorleben einbezieht, hat ein schwarzes Loch, und zwar ziemlich genau am Rand von Niedersachsen.

Eine neue Endlagersuche kann es deshalb nur ohne Gorleben geben. Wissenschaftlich, transparent und mit der Bevölkerung, nicht gegen sie. Die Schweiz macht vor, wie so etwas funktionieren kann. In Lüchow-Dannenberg hat sich seit den 70-ern viel verändert. Der Kreis ist politisch bunter und mittlerweile Vorzeigeregion für erneuerbare Energien. Eines aber bleibt: die Angst vor einem falschen Endlager. Mehr als 30 Jahre nach der Standortentscheidung für Gorleben haben wir heute die Chance, klar zu sagen, dass die Wahl falsch war, und endlich zu sagen: Gorleben ist nicht geeignet.

Ich beantrage daher, im Antrag U 1 im Aktionsprogramm unter Punkt 6 den Ausschluss von Gorleben

festzuschreiben. Der neue Satz würde dann wie folgt lauten - es sind nur fünf Worte -: „Die ergebnisoffene Endlagersuche nach den international anerkannten Kriterien wird unter Ausschluss des Standortes Gorleben wieder aufgenommen.“

Gorleben wurde politisch ausgesucht, wir können es auch politisch beenden.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Bei der dritten Glocke geht leider das Mikro aus. Es tut mir echt leid, aber wir müssen ein bisschen auf die Zeit sehen. Es hat ja geklappt.

(BEIFALL)

Als Nächster hat Timon Gremmels aus Hessen-Nord das Wort.

Timon Gremmels, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, auf diesem Bundesparteitag ist es auch einmal an der Zeit zu sagen: Wir haben ein Ziel erreicht, für das wir seit 1986 gekämpft haben. Jetzt endlich haben wir in der Bundesrepublik Deutschland auch einen von Schwarz-Gelb zumindest verbal getragenen Konsens, nämlich dass wir den Ausstieg aus der Atomkraft bis 2022 wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist auch unser Erfolg. Ich meine, das müssen wir auch als unseren Erfolg verkaufen.

(BEIFALL)

Wir haben seit 1986 dafür gekämpft haben. Seit Tschernobyl ist uns klar: Atomkraft ist nicht sicher. Dass Schwarz-Gelb und die Physikerin Frau Merkel dafür erst noch Fukushima brauchten, ist traurig. Aber jetzt haben wir den Atomausstieg.

Aber ich sage euch: Ein Atomausstieg allein ist noch keine Energiewende! Wir haben als SPD Konzepte und Köpfe, die das verkörpern. Umso ärgerlicher war ich, als ich die Leitanträge zu diesem Parteitag gesehen und festgestellt habe: Kein einziger Leitantrag zum Thema Energie ist dabei! Ich glaube, für eine SPD, die den Regierungsanspruch hat, ist das ein falscher Weg.

(BEIFALL)

Auch wir müssen das als unser Thema erkennen und es nicht den Grünen überlassen, weil es mehr als ein Ökothema ist. Es ist ein Arbeitsthema, es ist ein Thema für Wirtschaft und für Wohlstand.

(BEIFALL)

Deswegen bin ich der Antragskommission und Thorsten Schäfer-Gümbel dankbar, dass wir einen süd-hessischen Antrag nutzen konnten und ein Positionspapier, das der Parteivorstand unter Uli Kelber und Thorsten Schäfer-Gümbel erarbeitet hat, sozusagen als Änderungsantrag hier eingebracht haben, das die Qualität eines Leitantrages hat, liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde, das ist gut so.

(BEIFALL)

Dass noch viel Arbeit notwendig ist, sehen wir daran, dass diese Energiewende, dieser Atomausstieg jetzt stecken geblieben sind. Wir haben den Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Und danach still ruht der See! Jetzt ist schon wieder ein Rollback geplant, Herr Rösler will die Axt an die Einspeisevergütung auch für Solarstrom anlegen. Daran sehen wir doch, wes Geistes Kind dies ist und wohin die wollen. Die Energiewende ist noch nicht in trockenen Tüchern! Wir müssen uns anstrengen, den Worten auch Taten folgen lassen und uns da engagieren und einbringen.

(BEIFALL)

Daher, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns unseren Kampf für eine echte Energiewende mit kommunaler Beteiligung, mit kommunalem Mehrwert einbringen! Wir haben die Kommunen. Die Kommunen müssen zu dem Ort der Energiewende werden. Sie sind der Ort, wo wir Energie produzieren können, wo wir uns auch von den großen vier Oligopolen unabhängiger machen können. Das sollte unser Ziel sein. Das sollte auch ein Thema für Sozialdemokratie sein. Ich glaube, wenn wir das beim Bundestagswahlkampf zum Thema machen mit einer sozialdemokratischen Fokussierung auf dieses Thema, dann haben wir Glaubwürdigkeit und kriegen wir auch viele Wählerstimmen. In diesem Sinne Glück auf! - Danke.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Als Nächster hat Stephan Grüger aus Hessen-Süd das Wort.

Stephan Grüger, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Hermann Scheer hat immer gesagt: Die erneuerbaren Energien sind die einzigen sozialdemokratischen Energiequellen. - Warum hatte er recht? - Weil die erneuerbaren Energien und die Energiewende in der Tat eigentlich überhaupt gar kein Umwelt- und Ökothema sind, sondern vor allen Dingen ein Thema der Ökonomie. Es geht schlichtweg darum, dass wir die Ressourcen, die immer weniger werden, auf der einen Seite effizienter benutzen müssen und auf der anderen Seite raus aus dem Verbrauch dieser endlichen Ressourcen müssen. Nur wenn wir rechtzeitig aussteigen, werden wir das bezahlen können. Das heißt, die sozialdemokratische, d.h. für unsere Wähler bezahlbare Lösung ist ein möglichst schneller Umstieg in erneuerbare Energien. Wir haben inzwischen genug Studien darüber gemacht und gelesen und auch schon im Ansatz umgesetzt, die belegen, dass es möglich ist, auch innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent erneuerbare Energien umzusetzen. Deswegen müssen wir uns auf diesen Weg machen, gerade weil wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Verpflichtung haben, auf diesem Weg zu gehen und diesen Weg so zu gestalten, dass er für große Teile der Bevölkerung gangbar ist. Das heißt im Konkreten, dass wir natürlich weg müssen aus den monopolisierten Märkten, die wir im Augenblick noch haben, insbesondere die monopolisierten Märkte der Großkraftwerke. Schon heute haben wir das wissen viele nicht und muss man immer wieder sagen durch den Merit-Order-Effekt an der Strombörse EEX kostendämpfende Situationen durch Windkrafteinspeisung. Das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen. Wir sind heute schon in der Situation, dass erneuerbare Energien günstiger sind als die Energien, die uns immer als günstigere Energien vorgegaukelt werden. Über die Nebenkosten und ökonomischen und gesundheitlichen Kosten der Atomenergie ist viel geschrieben worden. Das brauche ich hier nicht noch einmal zu unterstreichen. Deswegen müssen wir alle dankbar sein, dass es die Energiekommission gibt, dass Thorsten Schäfer-Gümbel und Uli Kelber ein Papier vorgelegt haben, das kohärent ist und genau diesen Ansatz herausstreicht, den man auch mit dem Wahlkampfeslogan von Bill Clinton 1992 zusammenfas-

sen kann: It's the economy stupid.

Genossinnen und Genossen, lasst uns dessen eingedenk diesen Antrag so beschließen! - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als Nächster hat Stefan Bolln aus Schleswig-Holstein das Wort.

(BEIFALL)

Stefan Bolln, Schleswig-Holstein: Vielen Dank, liebe Delegation! - Eigentlich, liebe Genossinnen und Genossen, wollte ich die Wortmeldung gerade zurückziehen. Wir haben uns hier an der Seite darauf verständigt, dass Ralfs Vorschlag angenommen wird und die CCS-Debatte viel später geführt wird, aber dafür ausführlich und dem Thema angemessen.

Ich möchte nur einen Hinweis geben, wenn wir dieses Thema wieder aufrufen und darüber debattieren: Ja, es ist richtig, wir haben eine EU-Richtlinie, die wir umsetzen müssen. Ja, wir werden ein Gesetz machen müssen. Aber in dem Gesetz muss es auch eine Möglichkeit geben, das auf Länderebene abzulehnen. Das wäre sehr schön. Das darf man nicht vergessen. Man muss nicht einfach blind hinterher laufen. Das Zweite ist wenn ich schon hier oben stehen stehe; dann brauche ich nicht noch ein zweites Mal zu kommen: Wir haben einen U 241. Auf Seite 3 ab Zeile 145 geht es um das Thema „Bergrecht“ und beschreibt das ein bisschen. Wir hatten vor zwei Jahren hier auch das Thema „Bergrecht“. Das wurde an die Bundestagsfraktion verwiesen. Seitdem ist nichts passiert. Das sollte mit diesem Antrag nicht wieder passieren. Das wäre ein Wunsch von mir. Dann braucht ihr mich in zwei Jahren hier nicht zu so später Stunde zu ertragen. - Vielen Dank und noch einen schönen Abend!

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Zum Abschluss hat Michael Müller aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute zentral über die Entmündigung der Demokratie durch die Geiselnhaft der Finanzmärkte und über die Verantwortung der europäischen Politik geredet. Aus meiner Sicht wäre es ein miserables Zeichen der SPD gewesen, wenn wir heute nicht auch einmal auf Durban hingewiesen hätten. In Durban findet im Augenblick eine organisierte Verantwortungslosigkeit statt; denn die Weltgemeinschaft verständigt sich immer noch nicht auf Klimaschutz. Das heißt, derzeit wird der ärmste Teil der Welt abgeschrieben. Das passiert im Augenblick in der Welt. Das ist die Realität. Deshalb, finde ich, müssen wir von dieser Stelle aus auch sagen: Mit sozialdemokratischer Politik hat Klimaschutz, hat der Energieumbau endlich Vorrang! Es kann nicht mehr so sein, dass Herr Röttgen über Themen redet und nichts tut. Das ist nämlich die Wirklichkeit.

(BEIFALL)

Wir müssen zwei Fakten zur Kenntnis nehmen. Erstens. Im letzten Jahr war der absolut höchste Wert beim Kohlendioxidausstoß überhaupt. Das heißt, wir haben seit 1995 organisierte Verhandlungen über Klimaschutz, und trotzdem ist in dieser Zeit der Kohlendioxidanteil, also der Hauptverursacher, um 40 Prozent gestiegen. Das ist die Wirklichkeit.

Ich muss auch sagen Entschuldigung, wenn ich auf heute Morgen zurückkomme: Dann kann man nicht einfach blind vom Wettlauf des Wachstums reden, sondern dann muss man auch über eine Veränderung des wirtschaftlichen Wachstums reden. Denn dieses Wachstum, das wir bisher haben, führt genau in diese Katastrophen.

(BEIFALL)

Wir erleben weltweit eine Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit kontra Altes Wachstum. In der Bundesrepublik haben wir eine Zeit lang gesagt, wir würden sozusagen eine Art Vorreiter sein. Diese Rolle haben wir in der Zwischenzeit verloren. Die Energieproduktivität ist im letzten Jahr nur um 1,4 Prozent gestiegen. So niedrig war sie noch nie.

Wir haben im letzten Jahr erlebt, dass beispielsweise auch beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz Einschnitte stattgefunden, mit denen dieser Konkurrenz nicht geholfen wurde, uns in die Spitze zu bringen. Wir erleben auch, dass die großen Energiekonzerne die Politik und die Öffentlichkeit mit Entlassungen und Preiserhöhungen zunehmend unter Druck setzen, die mit vielem zu tun haben, aber nicht mit dem Atomausstieg.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns deshalb darüber im Klaren sein: Auch die Frage des Ausstiegs ist noch nicht beantwortet. Es gibt eine Klage. Es gibt sozusagen weiter den Versuch, die alten Strukturen zu verfestigen. Wie müssen weitermachen, und zwar vor allem damit, aufzuzeigen, wie Alternativen aussehen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Eines der wichtigsten Ereignisse in den letzten Tagen war für mich ein Regierungsbeschluss in China. China hat einen Beschluss gefasst, in dem steht: Amerika ist nicht mehr der Konkurrenz der Zukunft, sondern das ist Europa, und es geht vor allem um den intelligenten Umgang mit Energie und Rohstoffen. Darunter steht: Wir, China, können diesen Wettlauf gewinnen, weil wir viel durchsetzungsstärker sind als die komplizierten, langsamen Demokratien. – Das müssen wir sehr ernst nehmen.

Ich möchte, dass die Demokratie diesen Wettlauf um die Zukunft gewinnt. Deshalb, finde ich, müssen wir die Auseinandersetzung mit Herrn Röttgen und den ganzen Vögeln, die viel über Umbau und Ökologie reden, aber nichts tun, endlich so ernst nehmen, dass wir glaubwürdig sind.

Ich will noch einen Punkt ansprechen. Es ist gut, dass wir CCS zurückgeführt haben. Es kann nicht sein, dass das Verbuddeln ökologisch richtig ist. Das funktioniert nicht.

(BEIFALL)

Ich bitte deshalb um eine klare Linie und Mut. Das ist die Auseinandersetzung der Zukunft, und ich

hätte mir gewünscht, dass das heute Morgen bei den Reden deutlicher angesprochen worden wäre. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael. – Thorsten, du hast noch einmal das Wort für die Antragskommission.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will mit dem einfachsten Teil anfangen. Das ist der, den Michael Müller eben angesprochen hat.

Der Verweisungsbeschluss für den U 47 ist genau Ausgangspunkt deiner Forderung. Wir brauchen dazu eine intensive Debatte. Man darf den Wachstumsbegriff nicht so „eindampfen“, wie das in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Wir brauchen eine andere Perspektive. Deswegen will ich der Bundestagsfraktion und der Kollegin Daniela Kolbe, die Mitglied in der Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag ist, die sich mit der Nachhaltigkeit und neuen Wachstumsmodellen beschäftigt, an dieser Stelle ausdrücklich danken. Diese Kommission hat genau diesen Punkt aufgenommen.

Du hast völlig recht: Das muss vorangetrieben werden, das muss in unseren Reihen täglich diskutiert werden. Deswegen ist die Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen, weil das ordentlich vorbereitet werden muss, weil der Antrag, wie er jetzt ist, ja nur besagt: Wir brauchen die Debatte. Wie wir sie aber führen, wird nicht beantwortet. Deswegen soll das vorbereitet werden; deswegen die Überweisung an den Parteivorstand. Ich glaube, in der Sache sind wir hier sehr beieinander, Michael.

Zweiter Punkt. Deutlich weniger einfach ist das Thema Gorleben. Genossinnen und Genossen, wir haben eben in einer Resolution eine ergebnisoffene Prüfung in allen Bundesländern beschlossen. Wenn wir ergebnisoffen prüfen, dann können wir (bei allen berechtigten kritischen Hinweisen von örtlicher Betroffenheit und allen sachlichen Argumenten, die wichtige Punkte benennen) jetzt nicht einen Standort per Beschluss ausschließen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen schlägt die Antragskommission vor, den Änderungsantrag zum Leitantrag abzulehnen. Das ist heute Morgen in der Antragskommission auch sehr intensiv diskutiert worden, auch weil es nicht ganz redlich ist, dass wir erst die Resolution beschließen und dann versuchen, dies über den Leitantrag zu verändern. Wie gesagt: in absoluter Akzeptanz auch all der Probleme, die es vor Ort mit dem Thema gibt.

Dritter Punkt. CCS. Genossinnen und Genossen, einen Punkt, lieber Ralf, akzeptiere ich so nicht. Es wurde hier kurz formuliert nach dem Motto, dass man sich dann mit der notwendigen Ruhe diesem Thema zuwendet. Mit Verlaub – ich weiß, dass ein relativ hoher Anteil meiner grauen Haare etwas mit den letzten neun Monaten Energiepolitik zu tun hat –: Das Thema haben wir sehr ordentlich beraten. Dabei sind Kompromisspositionen herausgekommen, die man akzeptieren kann oder auch nicht. Es war aber nicht so, dass wir oberflächlich über das Thema hinweggegangen sind. Das wäre bei der Besetzung der Energiekommission auch gar nicht gegangen, Genossinnen und Genossen, da auf der einen Seite die Vertreter der IG BCE und auf der anderen Seite die Vertreter der Umweltschutzverbände saßen. Das Thema hat uns schon sehr intensiv beschäftigt.

Dennoch, weil es gerade eine Reihe von politischen Debatten gibt, die noch einmal in eine andere Richtung gehen, ist der Vorschlag der Antragskommission, den Block, der sich mit dem Thema CCS beschäftigt – das sind die Zeilen 5 bis 27 auf Seite 690 – am heutigen Tage in der Beschlussfassung zurückzustellen und in die Energiepolitische Kommission zurückzuverweisen, auch weil sich die Energiepolitische Kommission im nächsten Halbjahr mit den neuen technologischen Entwicklungslinien beschäftigen wird.

Deswegen vertun wir uns nichts, aber ich wollte doch darauf hingewiesen haben, lieber Ralf, dass wir uns damit nicht oberflächlich, sondern sehr intensiv beschäftigen haben. Darauf lege ich großen Wert. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Detlef Tanke.

Detlef Tanke, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist oft gesagt worden: Wir haben hier einen tollen Antrag, der die Kompetenz der SPD in Energiefragen unterstreicht.

Wir wollen diese Kompetenz in Niedersachsen allerdings noch etwas steigern. Wir haben ausdrücklich beschlossen, dass es eine ergebnisoffene Endlagersuche in allen Bundesländern geben soll. Dazu stehen wir, die SPD, in Niedersachsen auch. Trotz Konrad, trotz Asse stehen wir dazu, dass diese ergebnisoffene Endlagersuche in allen Bundesländern stattfindet – auch in Niedersachsen.

Anders, Genossinnen und Genossen, ist es aber mit Gorleben. Ich will das noch einmal begründen. Wir haben uns in Niedersachsen – ich war mit drei Landtagskollegen im Untersuchungsausschuss Asse dabei – intensiv mit der Thematik Atomindustrielobby und –technologie beschäftigt. Die Asse ist zum Symbol für die Schlamperei im Umgang mit radioaktivem Abfall der Atomindustrie geworden. Wir haben im Untersuchungsausschuss aber immer wieder auch festgestellt, dass Verbringen in Salz ein zentrales Anliegen der Atomindustrie über Jahre gewesen ist. Die gleichen Erkenntnisse hat jetzt der Gorleben-Untersuchungsausschuss. Ute Vogt hat das gesagt.

Genossinnen und Genossen, ich will hier noch einmal sagen: Es geht hier um eine wissenschaftlich unterstützte, abgeleitete Endlagerstandortsuche. Der Untersuchungsausschuss Gorleben hat das jetzt zutage gebracht, was wir auch zutage gebracht haben, nämlich, dass Gorleben keine wissenschaftliche Entscheidung, sondern eine einsame politische Entscheidung des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht war.

(BEIFALL)

Helmut Schmidt war zu der Zeit Bundeskanzler, und Helmut Schmidt hat drei Standorte vorgeschlagen, die, nach wissenschaftlichen Kriterien abgeleitet, für ein deutsches Endlager infrage kämen. Gorleben, Genossinnen und Genossen, war nicht darunter. Es ist eine politische Entscheidung gewesen.

Deswegen sage ich euch: Wir haben die Erkenntnisse, dass der Standort nicht geeignet ist. Die drei Punkte sind: Wir haben dort hochexplosive Gase, wir haben Löcher im Salz, wie in der Asse, und es droht dort ein Wassereintritt. Genossinnen und Genossen, aus meiner zweijährigen Tätigkeit im Untersuchungs-

ausschuss Asse sage ich euch: Die Erkenntnislage in den 60er-Jahren zu Asse war gleich der Erkenntnislage, die wir heute haben zu Gorleben.

Deswegen unterstütze ich den Antrag und dass wir reinschreiben: Ergebnisoffene Endlagersuche in allen Bundesländern unter Ausschluss von Gorleben, weil es sachlich erforderlich ist. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Gut. – Weitere Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor.

Mit der Änderung, die die Antragskommission vorgeschlagen hat – das Zurückstellen des Themas CCS –, würde ich das jetzt in der Form der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Im Änderungsantrag und zum Ausschluss des Standortes Gorleben lautet der neue Satz: „Die ergebnisoffene Endlagersuche nach den international anerkannten Kriterien und unter Ausschluss des Standortes Gorleben wieder aufgenommen. - Ihr wisst, an welcher Stelle das steht. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag so geändert.

(BEIFALL)

Somit haben wir zwei Änderungen zum Vorschlag der Antragskommission: zum einen das, was wir eben beschlossen haben, und zum anderen das Zurückstellen des Themas CCS. Auch das wird aus dem Antrag U 1 herausgenommen.

Dann bitte ich um Abstimmung über den so geänderten Antrag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Damit ist der Antrag in der geänderten Form angenommen.

Wir machen weiter mit den vier Anträgen, zu denen mir jetzt Wortmeldungen vorliegen, nämlich U 18, U 21, U 47 und U 93.

Vorher möchte ich aber feststellen, dass mit dem Beschluss des Initiativantrages 212 somit U 48 bis U 53 als erledigt zu erklären sind. Gibt es Widerspruch? - Dann ist das so festgestellt. Mit Annahme des U 1 in der geänderten Fassung sind auch folgende Anträge im Bereich U erledigt: 2 bis 10, 13 bis 15, 17, 19, 20, 21, 23, 25, 26, 27, 33, 35, 36, 38, 40, 42, 44 und 94. - Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, dann ist das so beschlossen.

Wir fangen in der umgekehrten Reihenfolge an: U 93, „Fluglärm mindern. Bürgerrecht auf Lärmschutz stärken“. Zu diesem Antrag wird Michael Ebling reden, unser OB-Kandidat für die schöne Stadt Mainz. Du hast das Wort.

Michael Ebling, Rheinland-Pfalz: Spät ist es, Genossinnen und Genossen, aber gut ist es, dass wir heute Abend noch einmal über das Thema Lärmschutz reden. Denn es ist ein Thema, das viele Menschen

bewegt. Noch besser wäre es, wenn wir heute sogar einen Beschluss dazu fassen könnten. Was die Antragsteller vorgelegt haben, wäre gut für die Menschen in der Region Rhein-Main, die vom Lärm tatsächlich enorm geplagt sind. Im Rhein-Main-Gebiet sind sehr viele Menschen von den Auswirkungen des Frankfurter Flughafens betroffen.

Die Menschen besorgt zutiefst, dass mit der Ende Oktober eingeweihten neuen Landebahn es jetzt jährlich bis zu 250.000 Flugbewegungen mehr werden können. Dabei sind die Menschen schon jetzt gesundheitlich beeinträchtigt durch den zunehmenden Fluglärm. Aber was die Menschen in der Region und in dieser schönen Stadt, aus der ich herkomme, wirklich empört, ist, dass die hessische Landesregierung ohne Not das Nachtflugverbot ausgehebelt hat.

(BEIFALL)

Es musste sogar vor Gericht erstritten werden. Wir wenden uns nicht nur gegen diese Form von ignoranten Politik, sondern wir fordern auch ein striktes Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen.

(BEIFALL)

Und wir wollen, dass der Fluglärm in der Region Rhein-Main weiter reduziert wird. Dazu gehört auch, dass technisch mögliche Verfahren für verbesserte An- und Abflüge realisiert werden. Das bedeutet auch neue, transparente Festlegungen von Flugrouten. Heute braucht der Neubau eines Kinderspielplatzes mehr Bürgerbeteiligung als die Festlegung von Flugrouten, die sich unter Umständen für Hunderttausende von Menschen negativ auswirken können. Das wollen wir zukünftig ändern.

(VEREINZELT BEIFALL)

Und wir müssen aufpassen: Denn die Bundesregierung hat angedroht, dass sie Hand anlegen will an das Luftverkehrsgesetz. Die wirtschaftlichen Interessen sollen noch stärker vor die gesundheitlichen Belange der Menschen gestellt werden. Das wird unsere Region nicht hinnehmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wenn wir heute über unsere politischen Grundprinzipien, über Demokratie und über Gerechtigkeit debattiert haben - beim Thema Fluglärm wird es schnell sehr praktisch. Wenn wirtschaftliche Interessen die Gesundheit von Menschen bedrohen, dann sollten wir den betroffenen Menschen in der Region, in den Städten und in den Kommunen, heute den Rücken stärken. Deshalb bitte ich euch um Zustimmung, wenn es heute heißt: Wir wollen den Fluglärm in Rhein-Main minimieren, und wir wollen das Bürgerrecht auf Lärmschutz deutlich stärken. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Dazu hat sich Jochen Ott aus Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet.

Jochen Ott, Parteirat: Genossinnen und Genossen! Es freut mich sehr, wenn einzelne Regionen -

durchaus nachvollziehbar - ihre Positionen darstellen. Forderungen aus lokaler Sicht sind in Ordnung, aber wir Sozialdemokraten haben immer dafür gestanden, auch das Ganze im Auge zu behalten. Die Entscheidung, die in Frankfurt getroffen ist, führt dazu, dass die Lufthansa am Flughafen Köln-Bonn ihre Flugzeuge zwischenlandet und ohne jeglichen wirtschaftlichen Nutzen vor Ort und zulasten der Menschen in Köln und Umgebung dort in der Nacht fliegt.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, waren immer die Partei, die nicht das Sankt-Florians-Prinzip angewandt hat, nach dem Motto: Bei mir muss es in Ordnung sein, sind die anderen die Deppen! Ich habe volles Verständnis für einen solchen Antrag, gerade nach dem Mediationsverfahren in Frankfurt. Nur, ich rate uns dringend dazu - und bitte die Bundestagsfraktion, in diesem Sinne tätig zu werden -, ein tatsächlich vernünftiges Flughafenkonzept zu machen. Denn es kann nicht sein, dass die einen versuchen, Entscheidungen zulasten der anderen durchzusetzen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Eines sage ich an meinen Vorredner auch ganz klar: Ja wunderbar, dann lass uns doch in Deutschland einfach sagen, wir steigen aus der Globalisierung aus und fliegen bei uns nicht mehr, weil die Leute gestört werden. - Das ist doch naiv, so zu argumentieren. Wir müssen weiterhin den Ausgleich schaffen zwischen den wirtschaftlichen Interessen auf der einen Seite und den Interessen der Anwohner auf der anderen Seite. Das versuchen wir vor Ort, das ist ein schwieriger Spagat. Aber so zu tun, als ob es diese Differenz eigentlich nicht gibt und in Wahrheit nur der Lärmschutz im Vordergrund steht - das ist mir für eine Partei, die auch für Arbeitsplätze steht und die seit vielen Jahren vom Deutschen Gewerkschaftsbund aufgefördert wird, ganz klar zur Infrastruktur zu stehen, zu wenig. Dieser Ausgleich der Interessen muss Kernpunkt unserer Politik bleiben. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Kurt Beck das Wort.

Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen! Tut mir herzlich leid, aber wir reden hier über ein Thema, das Hunderttausende von Menschen elementar berührt.

(ZURUF)

- Habt doch einen Moment Geduld, ich habe gerade einen Satz gesagt.

Das gilt genauso für Frankfurt/Main wie für andere Ballungsräume. Ich will zunächst einmal sagen: Aus rheinland-pfälzischer und aus hessischer Sicht haben wir alles andere als eine ablehnende Haltung zu Frankfurt/Main. Aber es hat von der hessischen Regierung im Mediationsverfahren eine klare Zusage gegenüber den Menschen im Großraum Rhein-Main gegeben, dass man dort ein Nachtflugverbot einhalten wird.

(VEREINZELT BEIFALL)

Zweitens. Über viele Jahre hat es eine klare Positionierung der hessischen und der rheinland-pfälzischen Landesregierung gegeben, dass wir helfen, den Raum Frankfurt/Main in der Nacht, in den Nachtrandzeiten und was die Gesamtbelastung angeht, zu entlasten, auch deshalb, weil wir als Rheinland-Pfälzer Frankfurt/Main mit Spangdahlem bzw. Ramstein alle militärischen Flugbewegungen abgenommen haben. Glaube niemand, dass mir das dort mit großem Beifall abgenommen worden ist. Aber man kann nicht nur verlangen, sondern man muss auch Alternativen anbieten.

(BEIFALL)

Drittens. Der Versuch dieser wirklich – beinahe hätte ich etwas Böses gesagt unlogischen Zwischenlandungen in Köln/Bonn des Frachtflugverkehrs ist der Versuch der Lufthansa – die machen wiederum Druck auf die Fraport, die wiederum machen Druck auf die Hessische Regierung und auf uns, zu sagen: Wir gehen nach Köln/Bonn, fliegen die Maschinen dorthin, und lassen sie kurz vor Toresschluss nachts in Frankfurt zwischenlanden. Dort starten sie dann wieder und belasten die Menschen dort.

Wir bieten in Frankfurt/Hahn an, in einer Flughafenanlage, die in einer nicht oder kaum besiedelten Region liegt, mit voller Nachfluggenehmigung diese Flüge zu übernehmen.

(BEIFALL)

Ich lehne also nicht etwas ab, sondern ich mache ein Angebot, das Hunderttausende von Menschen entlastet, liebe Genossinnen und Genossen.

Letzter Punkt: Wir sagen doch nicht, wir wollen nicht, dass ein Ballungszentrum, dass ein so wichtiger Flughafen wie Frankfurt am Main entsprechend genutzt wird. Aber wir sagen: Wir wollen nicht, dass es einfacher ist, Flugrouten festzulegen, als einen Feldweg auszubauen. Denn das ist derzeit so, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Keine Bürgerbeteiligung, keine Beteiligung der Kommunen, ein Anhörrecht für die Landesregierungen. Deshalb sage ich erstens: Wir wollen eine Änderung der Regeln. Wir wollen, dass dort eine ordentliche Bürgerbeteiligung, eine Anhörung mit dem Ziel einer Optimierung der Anflug- und Abflugbedingungen stattfindet. Und ich finde, das ist nicht zu viel verlangt.

(BEIFALL)

Des Weiteren, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich, dass es bei einer ordentlichen Bürgerbeteiligung eine Abwägung geben muss zwischen den wirtschaftlichen Interessen, eine möglichst große Flugdichte hinzukriegen, und den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern, nicht unerträglich belastet zu werden. Dann muss man fragen: Kann man nicht die Abstände zwischen den Landungen und Starts etwas länger machen, damit andere Anflugverfahren nutzen? Es gibt den Flüsteranflug und vieles mehr. Ich finde so sehr ich für Wirtschaftlichkeit bin; mich hat noch nie jemand anders reden gehört, es kann nicht sein, dass das letzte Herausholen aus der Wirtschaftlichkeit die Unerträglichkeit für Hunderttausende von Menschen bedeutet, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Da ist unser Begehrt: Das ist das, was Michael Ebling eben deutlich gemacht hat, der für uns als Oberbürgermeister in der Stadt Mainz kandidiert und der von unserer Partei nicht alleingelassen werden darf, weil wir eben nicht nach dem Prinzip „nach uns die Sintflut“ oder nach dem Sankt-Florians-Prinzip „schütz' unser Haus, zünd' andere an“ agieren, sondern Verantwortung übernommen haben.

Ich wäre euch herzlich dankbar, wenn ihr uns zur Seite steht. Diese Problematik kann morgen an x anderen Stellen in Deutschland auftreten. Deshalb sind die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und die rheinland-pfälzischen gemeinsam aufgetreten. Wir lassen uns länderübergreifend nicht ausspielen und nicht von Herrn Koch und seinen Nachfolgern an die Wand drängen nach dem Motto: Wollt ihr Arbeitsplätze, oder wollt ihr Lärmschutz? – Wir wollen Arbeitsplätze und einen Lärmschutz, der die Interessen des Flughafens und seiner Betreiber und die der Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wohl abgewogen berücksichtigt.

Bitte helft dabei mit!

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Thorsten Schäfer-Gümbel und danach Olaf Scholz für die Antragskommission.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann da weitermachen, wo Kurt Beck aufgehört hat. Die hessische Sozialdemokratie und die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie haben diese Initiative gemeinsam ergriffen, weil genau das, was in dem Beitrag eben passiert ist, verhindert werden sollte, nämlich dass einzelne Regionen gegeneinander ausgespielt werden.

Die hessische Sozialdemokratie hat von Anfang an beim Flughafenausbau in Frankfurt am Main gesagt: Ja, wir wollen diesen Ausbau. - Aber es gab dazu Versprechen und Vereinbarungen. Eines der wesentlichen Versprechen war, dass wir Nachtruhe bekommen, und zwar nicht in einer breiten Nacht von 22 bis 6 Uhr, wo die Leute normalerweise versuchen, zu schlafen, sondern das war schon eingedampft auf 23 Uhr bis 5 Uhr.

In der Tat, dieses Versprechen war mehr als nur der Versuch, einen Ausgleich zu schaffen, eine Balance zwischen Arbeits- und Wirtschaftsinteressen auf der einen Seite und dem Ruhebedürfnis von Hunderttausenden, die unmittelbar um den Frankfurter Flughafen wohnen, auf der anderen Seite, es war nämlich insbesondere der Versuch mit dem Mediationsprozess und dem Ergebnis des Prozesses, ein Verfahren zu schaffen, in dem wir Vertrauen für Großansiedlungen bilden, Vertrauen, damit sich Leute darauf verlassen können, dass sie, wenn sie belastet werden, an anderer Stelle entlastet werden. Dieses Versprechen ist am Ende des Tages von Schwarz-Gelb gebrochen worden.

Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen, dass Nachtruhe herrscht, auch angesichts der Belastungen, die entstehen werden. Wir werden mit dem Flughafenausbau am größten Flughafen in Deutschland, am zweitgrößten Flughafen in Europa, eine 50-Prozent-Steigerung der Flugbewegungen bekommen. Dort kommen faktisch auf allen Bahnen alle zwei Minuten Maschinen runter, und zwar im dichtbesiedelten Gebiet. Deswegen ist das, was hier eben versucht wurde, die eine gegen die andere Region auszuspielen, nicht in Ordnung, Genossinnen und Genossen. Genau das war nicht unser Ziel.

Zweitens – auch dazu hat Kurt völlig zu Recht etwas gesagt : Es ist doch absurd, dass wir für jeden Klickerkrum irgendwo Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung haben, aber in Zukunft eine Bürgerbeteiligung – das muss doch auch im Interesse der Kölner, der Bonner, der Hamburger, der Stuttgarter, der Münchner sein , die bei einer Veränderung von Abflug- und Anflugverfahren im Vorfeld stattfinden soll, falsch sein soll. Daran kann nichts falsch sein, Genossinnen und Genossen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

(BEIFALL)

Der dritte Punkt ist mir noch wichtig, Genossinnen und Genossen, weil ich trotz allem auch die Belastung in Köln/Bonn verstehen kann. Natürlich ist es ein ziemlich perfides Spiel, dass kurzfristig Maschinen aus Frankfurt Rhein/Main verlagert werden, weil sie von da aus den Nachsprung nach Köln/Bonn nicht mehr hinkriegen. Kurt hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in einer langen Tradition aus Hessen und aus Rheinland-Pfalz ein Ausgleichsmechanismus vorgeschlagen wurde, nämlich Frankfurt/Hahn. An dem Modell werden wir auch weiter festhalten. Aber es ist doch auch klar, Genossinnen und Genossen, dass dieses Spiel, das über Köln/Bonn abzuwickeln, nur der Versuch ist, den Druck zu erhöhen. Dem müssen wir uns entziehen.

Deswegen steht in dem Antrag ausdrücklich gar nichts, was Köln/Bonner Interessen entgegensteht. Das ist eine Entscheidung der Lufthansa, für die wir keine Verantwortung haben. Wir haben aber Verantwortung dafür, dass in Zukunft erstens das Wort in solchen Verfahren gegeben und gehalten wird, und dass wir zweitens endlich Verfahren schaffen, in denen anschließend auch solche elementaren Fragen wie Anflug- und Abflugverfahren der Bürgerbeteiligung unterliegen. Deswegen bitten wir darum, diesen Antrag nicht an die Bundestagsfraktion zu überweisen, sondern heute und hier in der Sache zu entscheiden.

Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Olaf Scholz für die Antragskommission.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, die Antragskommission möchte ihr Votum noch einmal erläutern und sagen, dass wir nach der sorgfältigen Debatte für Annahme des Antrags plädieren. Das hat etwas mit all dem zu tun, was wir hier mit großem Engagement vorgetragen bekommen haben. Es hat Verfahren gegeben, es hat Zusagen gegeben, es hat Versprechungen gegeben, die alle nicht eingehalten worden sind. All das zusammen muss natürlich dazu beitragen, dass diejenigen, die vor Ort Verantwortung haben, in Rheinland-Pfalz, in Hessen, dazu eine Position entwickeln und uns bitten, diese insgesamt mit zu vertreten. Deshalb, glaube ich, ist das eine gute Resolution, die wir hier beschließen können.

Gleichzeitig gibt es aber natürlich eine ganze Reihe von Fragestellungen, die den Flugverkehr in Deutschland insgesamt betreffen, wie die Frage, wie eigentlich Flugverkehre hin und her verschoben werden, ob man das einfach einem freien Spiel überlassen kann oder wir so etwas wie eine insgesamt von allen getragene Sicht auf die Frage von Flugverbindungen brauchen.

Das, glaube ich, ist eine Aufgabe, die die Bundestagsfraktion ganz bestimmt für uns übernehmen sollte, darauf zu bestehen, dass ein solches Konzept entwickelt und mit vorgetragen wird.

Ich habe auch mit den Freundinnen und Freunden in Nordrhein-Westfalen gesprochen. In Köln haben sie gesagt, das ist genau das, was sie eigentlich erreichen wollten, dass eine solche Gesamtsicht dabei eine Rolle spielt. Deshalb glaube ich, dass man hier sagen kann, das wird von der Fraktion auch gemacht werden. Dann kann man dieser Resolution auch zustimmen. Darum möchte ich euch auch bitten.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Dann stimmen wir jetzt ab über das geänderte Votum der Antragskommission, das heißt, Annahme des Antrages U 93. Ich bitte um euer Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Eine Enthaltungen? - Mit breiter Mehrheit angenommen.

(BEIFALL)

Dann rufe ich auf den Antrag U 47. Dazu haben um das Wort gebeten Eckart Kuhlwein und danach Michael Müller.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach dieser besonders eifrigen Flughafendebatte Frankfurt hoffe ich nicht, dass wir in zwei Jahren dann auf dem Bundesparteitag die Frage entscheiden müssen, ob wir Flugkorridore über Schönefeld neu gestalten müssen; denn ich nicht immer ganz sicher bin, dass alle diese Themen einen Bundesparteitag beschäftigen sollten. Aber ihr habt ja die Debatte darüber gesucht. Thorsten Schäfer-Gümbel hat extra gerufen: Lasst uns erst einmal über den Lärmschutz in Frankfurt reden, statt dass wir zum Beispiel einmal über Durban reden würden oder über die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit unserem Globus um? Kann es dauernd so weitergehen, wenn das so weitergeht?

Wir haben im Antrag U 47 als Schleswig-Holsteiner unter der Überschrift „Nachhaltigkeit statt Wachstumsmodell“ aufgeschrieben, wie wir unsere Politik umsteuern müssten, um den selbst gesetzten Maßstäben unserer Grundsatzprogramme von Berlin und Hamburg zu genügen. Eine Querschnittsfrage, Nachhaltigkeit; das steht überall deutlich drin. Trotzdem haben wir heute in den Debatten wieder so gearbeitet und operiert, als wären wir die einzige Wachstumspartei, die relativ unproblematisch regenerative Energien fördert, CO2 vielleicht fördert und fossile Energien möglichst wenige einsetzen will, aber letztlich glaubt, alles über Wachstum abwickeln zu können.

Nun hat die Antragskommission Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Ich finde das gut und sehr weise und hoffe auch, dass Thorsten Schäfer-Gümbel das wirklich so meint, dass dieser U 47 Grundlage einer neuen Debatte in der Partei über Nachhaltigkeit werden könnte und soll und dass er nicht in einem Aktenschrank verschwindet zur Wiedervorlage auf dem nächsten Parteitag. Ich verspreche das jedenfalls.

Ich will nicht mehr lange auf den Antrag eingehen. Lest ihn euch durch. Er bedeutete einen Paradigmenwechsel der sozialdemokratischen Politik.

Lasst mich eine letzte Bemerkung machen. Wir haben ja heute Morgen die Weltfinanzmarktkrise im

Zusammenhang mit Europa breit diskutiert. Mir ist Durban bei diesem Parteitag bisher viel zu kurz gekommen, das, was da an Horrorszenarien aus der Wissenschaft inzwischen geliefert wird, dass es längst fünf nach zwölf ist, wie das Potsdam-Institut festgestellt hat. Wenn das so eintritt, werden alle Beschlüsse, die wir ansonsten hier fassen über Wachstum, Beschäftigung, soziale Sicherheit, tönern Holz bleiben und nicht mehr in die Praxis umgesetzt werden können. Man kann es fast so sagen: Was ist die Finanzmarktkrise, gemessen an der Klimakrise? Ich hoffe, dass ihr im Parteivorstand mit diesem Antrag interessiert umgehen werdet, ihn im Forum Nachhaltigkeit operationalisieren werdet und in zwei Jahren berichtet, ob das gelungen ist oder nicht.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckart. - Michael, du hast das Wort.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es gut, was Thorsten vorgeschlagen hat; denn diese Diskussion wird die nächsten Jahre bestimmen. Die Frage, wie wir mit einem abgeschwächten Wachstums oder sogar mit den Grenzen des Wachstums umgehen, fordert in einer Weise die Politikfähigkeit der Parteien heraus, wie wir das noch nie hatten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir sehr früh damit beginnen. Das fängt schon beispielsweise bei der Frage an, ob das, was wir dauernd sagen, wir erleben eine Krise, eigentlich ein richtiger Begriff ist. Krise heißt normalerweise, es gibt ein reinigendes Gewitter, und wir machen irgendwie weiter. Aber es wird nicht wie bisher weitergehen, weil wir fundamentale Veränderungen haben. Ich will nur einige wenige nennen.

Der neue ökologische Fußabdruck - das ist eine Methode, die misst anhand der Fläche, was ein Land an Verzehr von natürlichen Ressourcen hat. Der ökologische Fußabdruck für Deutschland bedeutet, dass die drei Städte Berlin, Hamburg, München die heutige Fläche der Bundesrepublik verbrauchen. Würden wir sozusagen ökologisch das brauchen, was unsere Fläche notwendig macht, müsste Deutschland 15-mal größer sein.

Oder ein zweites Beispiel: Seit 2003 hat es an Land keine Steigerung der Ölproduktion mehr gegeben. Wir machen in der Zwischenzeit die Ölsteigerung ausschließlich über sogenannte unkonventionelle Ölschiefer mit riesigen ökologischen Problemen oder aus Tiefseebohrungen. Beispielsweise ist das große Ölfeld vor Brasilien fünfmal tiefer als das Ölfeld vor der Küste Louisianas. Das Risiko steigt mit der Tiefe. Das ist eine unglaublich problematische Entwicklung, die wir da mitmachen.

Oder ein drittes Beispiel. Wir müssen eigentlich begreifen, was es bedeutet: In 40 Jahren sind auf der Erde zehnmal mehr Menschen als zur industriellen Revolution mit all den Konsequenzen, die das für Naturverbrauch, für soziales Zusammenleben hat.

Ich will als letztes Beispiel nennen - auch das müssen wir wissen -: Der Finanzkapitalismus ist Ende der 70er-Jahre entstanden, weil vor allem in Großbritannien und in den USA die Wachstumsraten dramatisch gesunken sind. Deshalb hat man die Banken sozusagen zur Peitsche für die Unternehmen gemacht. Trotzdem sinken die Wachstumsraten. Das heißt, wir müssen mit völlig veränderten Strukturen umgehen, und zwar Strukturen, die in den letzten Jahren systematisch geprägt wurden durch Kurzfristigkeit und Gier.

Wenn man dagegen die Nachhaltigkeit setzt, sind das Strukturen, die längerfristig orientiert sind, die

integrativ sind, die sozusagen auch Verantwortung für Solidarität und Zukunft übernehmen. Deshalb ist diese Debatte wichtig. Die SPD ist aus ihrer Geschichte heraus eine klassische Wachstumspartei. Aber sie muss begreifen, es geht gar nicht mehr um die Frage, ob ich für oder gegen Wachstum bin; vielmehr hat sich die Welt so radikal verändert, dass wir auch auf diese radikal veränderte Welt andere Antworten geben müssen. Diese Diskussion ist auch bei uns überfällig.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Da es da keinen Änderungsbedarf für das Votum gab, will ich euch jetzt Folgendes vorschlagen: Wir haben zu U 18 ein verändertes Votum. Entgegen dem, was im Antragsbuch steht, hat die Antragskommission ihr Votum zu Antrag U 18 in Annahme geändert. Zu U 21 wird das vorherige Votum geändert, da es missverständlich ist. Das heißt jetzt, Annahme U 21 in der Fassung der Antragskommission ist erledigt durch U 1. Ansonsten bleibt alles so, wie es im Antragsbuch ist. Ich schlage euch jetzt vor, dass wir diese beiden geänderten Voten zu U 18 und U 21 und ansonsten alle weiteren Anträge aus dem U-Bereich in Form der Antragskommission so, wie ihr sie im Antragsbuch habt, als Block abstimmen.

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu einem anderen Thema. Das müsste machbar sein. Dann bitte ich euch jetzt um das Votum für diesen Block und um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig.

Damit sind wir heute am Ende der Beratungen. Aber damit ihr morgen alles wiederfindet, was ihr noch braucht - bitte zwei Sekunden noch -: Ihr könnt die Sachen auf die Stühle legen. Bitte die Initiativanträge - die sind heute schon verteilt worden; wir haben ja heute nicht mehr alles geschafft - mit auf den Stuhl legen; sucht es heraus. Sonst müssen wir das in 1.800er-Auflage noch einmal drucken, und das wäre nach dem Block Umwelt und Klimaschutz, glaube ich, nicht so gut.

Ansonsten wünsche ich Euch einen schönen Restabend. Bis morgen früh um 8.30 Uhr in alter Frische.

– UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES UM 22.43 UHR –

MONTAG, 5. DEZEMBER 2011, BEGINN 8.40 UHR

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Guten Morgen an die Delegierten des Bundesparteitag! Herzlich willkommen an alle Gäste, die so früh schon hier sind! Ich habe euch vor ungefähr zehn Stunden gestern Abend verabschiedet, es sind genau zehn Stunden dazwischen. Wir versprechen euch, dass wir euch heute nicht bis halb elf im Saal festhalten.

(BEIFALL)

Was wir euch nicht versprechen können, ist, dass der Abend früher zu Ende ist, da ja danach noch der Parteiabend beginnt. Aber auf jeden Fall kommt ihr aus dieser Halle heute früher heraus.

Damit eröffne ich den zweiten Tag des Bundesparteitages in Berlin. Ich will noch ansagen, dass geplant ist, die Anträge, die wir gestern Abend nicht mehr behandelt haben, am Dienstag in der Zeit von 12 bis 14 Uhr zu behandeln. Wie viel Zeit wir dafür haben, hängt davon ab, wie lange Sigmar heute reden wird. Das ist sozusagen der Reserveblock. Dann werden wir sehen, wie viel Zeit wir für die Anträge haben. Auf jeden Fall werden sie behandelt und nicht als Block irgendwohin überwiesen. Wir haben bei uns in Sachsen-Anhalt relativ schlechte Erfahrung gemacht, so etwas als Block zu überweisen.

Dann gibt es natürlich immer ganz Harte, die ihren Geburtstag mit mehreren tausend Leuten feiern wollen. Ich weiß gar nicht, ob die heute Morgen schon da sind, und frage, damit ihr euren Beifall zum Geburtstag auch bekommt: Andrea Suhr und Jochen Hartloff haben heute Geburtstag. Seid ihr schon da?

(BEIFALL)

Also einen Beifall hatten sie schon. Ich kann leider noch nicht übersehen, wer schon da war oder nicht. Wir fragen nachher noch einmal.

Wir steigen in die Tagesordnung ein. Dafür würde ich wirklich um Ruhe bitten. Ich probiere die Glocke einmal aus. Als Erstes rufe ich die Schatzmeisterin Barbara Hendricks auf. Parteifinanzien sind neben Personal und vor allen Dingen den Inhalten mit das Wichtigste, was wir haben. Insofern bitte ich um Aufmerksamkeit für Barbara Hendricks und den Bericht zur Schatzmeisterei.

(BEIFALL)

BERICHT DER SCHATZMEISTERIN

Guten Morgen liebe Genossinnen und Genossen! Ich soll hier das Warming-up machen. Deswegen werde ich euch am Anfang gleich ein kleines bisschen provozieren, indem ich den „Bayernkurier“ erwähne, allerdings auch nur erwähne, denn eigentlich ist er nicht erwähnenswert, schon längst pleite und politisch auch nicht von Relevanz. Der hat es sich nicht nehmen lassen, im Vorfeld unseres Bundesparteitages gegen die SPD Stimmung machen zu wollen. Da wird versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die Finanzlage der SPD desaströs sei, unser Unternehmensbereich aus seiner Substanz lebe. Ich kann dazu

nur sagen: alles Quatsch. Aber was soll man vom „Bayernkurier“ auch anderes erwarten!

(BEIFALL)

Die SPD und mit ihr unser Unternehmensbereich sind weiterhin finanziell solide aufgestellt. Das schlechte Wahlergebnis 2009 - das ist nicht zu leugnen - hatte selbstverständlich auch finanzielle Auswirkungen, aber wir wissen alle, damit umzugehen. Auf allen Ebenen der Partei müssen wir an unseren Strukturen arbeiten und dafür sorgen, langfristig mit weniger Geld auszukommen. Diese Einschnitte sind natürlich auch schmerzhaft, vor allem die Landesverbände und Bezirke haben zu kämpfen. Der Parteivorstand hilft, so gut es geht. Ich habe als Schatzmeisterin umgesetzt, dass jeder Landesverband in derselben Höhe einen Zuschuss für die Landtagswahl bekommt und dass Kredite zur Finanzierung von Landtagswahlkämpfen, die bei uns, dem Parteivorstand, aufgenommen werden, zinslos ausgereicht werden, denn ich finde, wir sind nicht vordringlich eine Bank.

(BEIFALL)

Das gilt allerdings nur für die Kredite, die für die Landtagswahlen ausgereicht werden, weil wir natürlich alle ein gemeinsames Interesse daran haben, politisch voranzukommen, und sogar aus finanzieller Sicht betrachtet auch die Ergebnisse der Landtagswahlen nicht ohne Bedeutung sind. Im Übrigen müssen natürlich die Landesverbände und Bezirke auch strenge Haushaltsdisziplin üben, was sie auch tun.

Nach dem Auftrag des Grundgesetzes wirken die politischen Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit. Es handelt sich also um einen öffentlichen Auftrag, für dessen Finanzierung nicht allein die Mitglieder der Parteien verantwortlich sind. Wenn man in der Öffentlichkeit häufig „die Parteien“ hört, dann müssen wir doch selbstbewusst damit umgehen und sagen: Die Parteien, das ist eine große Gemeinschaft, bei uns von fast 500 000 Mitgliedern, die geben freiwillig Zeit und Geld her, um gerade diesen öffentlichen Auftrag zu erfüllen, und die anderen, die verächtlich über Parteien reden, entziehen sich dieser Aufgabe. So muss man es sehen.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ich würde herzlich darum bitten, dass der Lärmpegel - diesmal kommt er nicht aus den Delegiertenbereichen - in den hinteren Bereichen so heruntergefahren wird, dass die Delegierten hier vorne verstehen können, was die Schatzmeisterin sagt.

(BEIFALL)

Barbara Hendricks, Schatzmeisterin: Weiterhin bleibt es richtig, die SPD finanziert sich überwiegend aus Beiträgen ihrer Mitglieder und auch aus Beiträgen von Mandatsträgern und von Spenden der eigenen Mitglieder. Auch im letzten Jahr haben die Mitgliedsbeiträge und die Beiträge von Mandatsträgern mit 45,7 Millionen Euro den größten Einnahmeposten gebildet. Das sind übrigens 46 Prozent der Gesamteinnahmen unserer Partei. Die SPD bleibt also eine Partei der Mitglieder. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur als Mitgliederpartei existieren und erfolgreich sein können.

(BEIFALL)

Nach wie vor sind unsere Mitglieder auch die wichtigsten Spender. Viele Mitglieder beteiligen sich je einzeln mit überschaubaren Beiträgen, die aber in der Summe doch von großer Bedeutung sind. Großspenden aus der Wirtschaft erhält die SPD verhältnismäßig wenige. Der Unterschied beim Spendenaufkommen manifestiert sich natürlich in einem Wahljahr am stärksten. In 2009 - das sind die letzten veröffentlichten Rechenschaftsberichte -, also im letzten Bundestagswahljahr, haben die Unionsparteien Spenden in Höhe von über 50 Millionen Euro erhalten, während die SPD Spenden in Höhe von 18,8 Millionen Euro erhalten hat. Von 1998 bis 2009 haben die Unionsparteien insgesamt über 430 Millionen Euro mehr an Spenden eingenommen als die SPD. Wir können diesen finanziellen Nachteil nur durch das besondere Engagement unserer Mitglieder wettmachen. Dafür bedanke ich mich bei euch allen recht herzlich.

(BEIFALL)

Bitte tragt diesen Dank auch in eure Ortsvereine.

Liebe Genossinnen und Genossen, die staatliche Finanzierung trägt nicht einmal zu einem Viertel zu unseren Einnahmen als SPD bei. Dennoch kann auch die SPD ihre verfassungsgemäßen Aufgaben nur dann ausreichend erfüllen, wenn die staatliche Teilfinanzierung angemessen ist. Nach fast zehn Jahren Stillstand war eine Anpassung erforderlich. Im Juli hat der Deutsche Bundestag endlich die Erhöhung der sogenannten Obergrenze im Parteiengesetz beschlossen. Ich bin froh, dass dies einvernehmlich über Parteigrenzen hinweg erfolgt ist. Dies entlastet uns natürlich auch. Allein in 2011 rechnen wir mit Mehreinnahmen von 1,7 Millionen Euro aus der staatlichen Teilfinanzierung.

Unser Reinvermögen als Sozialdemokratische Partei Deutschlands - darauf können wir alle gemeinsam stolz sein - beträgt rund 175 Millionen Euro. Zu dieser Summe trägt auch unser Unternehmensbereich bei, der hier selbstverständlich mit Buchwerten und nicht mit Verkehrswerten eingeht.

Liebe Genossinnen und Genossen, den Geschäftsbericht der DDVG habe ich euch auf die Tische legen lassen. Gestern Morgen lag er da - auch mit einem Anschreiben von mir. Ich hoffe, der und die eine oder andere von euch hat ihn eingepackt.

Seit Jahren schüttet die DDVG rund 7,5 Millionen Euro pro Jahr an uns aus. Auch in Zukunft werden uns diese Einnahmen helfen, stabile Finanzen zu sichern und insbesondere - das ist der Hauptzweck - die Kredite für das Willy-Brandt-Haus zu tilgen.

Das Sponsoring hat sich in den vergangenen Jahren zu einer tragenden Säule für die Finanzierung von großen Veranstaltungen entwickelt. Wir streben eine ausgewogene Mischung aus nichtkommerziellen und kommerziellen Ausstellern an. Deshalb stellen wir Initiativen und Verbänden Flächen auch kostenlos zur Verfügung. Ihr alle könnt das in der angrenzenden Halle ja sehen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Obwohl wir nicht im Bund regieren, hat das Interesse von Unternehmen und Verbänden an Ausstellungsflächen nicht nachgelassen. Im Gegenteil! Die sogenannte Rüttgers-Affäre im Vorfeld der Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr und die Sponsoring-Affäre der CDU in Sachsen - ebenfalls im vergangenen Jahr -, in der mutmaßlich Sponsoren Gesprächszeiten mit Politikern gegen

Bezahlung angeboten wurden, hat sich nicht negativ auf die Zusammenarbeit mit unseren Wirtschaftspartnern ausgewirkt. Die Bundestagsverwaltung hat die Sponsoringpraxis der CDU in Nordrhein-Westfalen geprüft und keinen Verstoß gegen das Parteiengesetz festgestellt. Nun ja!

Um die öffentliche Debatte zu versachlichen, haben wir ein Rechtsgutachten dazu in Auftrag gegeben.

(UNRUHE)

- Jungs und Mädels, könnt ihr einmal ruhig sein?

(BEIFALL)

Dieses Rechtsgutachten, das wir bei einem renommierten Verfassungsrechtler/Parteienrechtler in Göttingen in Auftrag gegeben haben, kommt zu folgendem Schluss: Sponsoring von Parteiveranstaltungen ist parteirechtlich erlaubt, sogar wünschenswert, um die eigenständige Finanzierung zu fördern. Ein Angebot politischer Gespräche, zum Beispiel mit Regierungsmitgliedern, stellt jedoch untaugliche Gegenleistungen im Rahmen eines Sponsoringvertrages dar. Es handelt sich dabei im Ergebnis also nicht um ein Sponsoring, sondern um eine unzulässige Parteispende. Damit ist es völlig eindeutig geregelt nach dem Parteiengesetz.

(BEIFALL)

Wie so häufig, hat die Debatte alle Parteien unter Generalverdacht gestellt, und es wurden Änderungen des Parteiengesetzes gefordert. Sinnvolle Änderungen, die das Maß an Transparenz im Zusammenhang mit dem Sponsoring erhöhen, würde ich jederzeit unterstützen. Voraussetzung ist, dass eine solche Änderung im Bundestag breit getragen würde, am besten von allen Parteien, und insbesondere ist die Voraussetzung, dass unsere fast 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht mit praktisch unerfüllbaren Aufgaben überlastet werden.

(BEIFALL)

Eine Diskussion um das Sponsoring im Rahmen der Bundesparteitage fand auch innerhalb der SPD statt. Auf dem Parteitag 2010, also im vergangenen Jahr, wurde beschlossen, dass der SPD-Parteivorstand einen Richtlinienkatalog erstellen soll, in welchem ethische und politische Festlegungen für die Auswahl von Sponsoren der SPD-Parteitage getroffen werden. Der Parteivorstand hat auf meinen Vorschlag hin am 5. September einstimmig eine Richtlinie dazu verabschiedet. Dementsprechend haben wir unsere Partner aus der Wirtschaft eingeladen bzw. in einem konkreten Fall von einer Einladung schließlich abgesehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe zu einer starken Partei in der Fläche. Wir haben die zwei Jahre seit dem Parteitag in Dresden genutzt, um organisationspolitische Vorschläge zu erarbeiten. Ihr seid den Vorschlägen zur Finanzordnung gestern ja auch einmütig gefolgt.

Ich habe mich dafür eingesetzt, den Ortsvereinen die Möglichkeit zu eröffnen, auf eine eigenständige Kassenführung zu verzichten oder auch die Buchführungsaufgaben Dritten zu übertragen, damit sie sich auf die politische Arbeit konzentrieren können und die ehrenamtliche Arbeit nicht mit Verwaltungsaufgaben belastet wird.

(BEIFALL)

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Kassiererinnen und Kassierern, die sich umsichtig und mit großem Einsatz um die Kassen unserer Partei auf allen Ebenen kümmern.

(BEIFALL)

Als Schatzmeisterin kann ich euch sagen: Wir Sozis können mit Geld umgehen, und das wird auch so bleiben. – Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Barbara. – Wir begrüßen als Gast heute Morgen für die Evangelische Kirche Prälat Bernhard Felmborg. Heute ist er wirklich hier. Herzlich willkommen. Gestern wurde er schon einmal begrüßt, aber heute ist er wirklich hier.

(BEIFALL)

Ich begrüße als Gast auch Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Herzlich willkommen.

(BEIFALL)

Als Zweite im Teil der Berichte hat Christa Randzio-Plath für die Kontrollkommission das Wort.

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

Christa Randzio-Plath, Kontrollkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass die Parteien den Auftrag haben, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie sind ein Teil der Zivilgesellschaft, haben aber eine besondere Funktion. Von daher muss ihre Leistungsfähigkeit finanziell gesichert, aber auch ihre Chancengleichheit abgesichert sein.

Über Mitgliedsbeiträge und Spenden hinaus hat sich Deutschland deswegen zu Recht für eine öffentliche Parteienfinanzierung entschieden, um Informationen und Meinungsbildung von allen für alle möglich zu machen und auf mögliche Partizipation der Bürger und Bürgerinnen für mehr Demokratie zu setzen. Demokratie braucht Parteien, aber auch das Volk. Der Protest gegen die Allmacht der Finanzmärkte, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit und große Infrastrukturprojekte hat gezeigt, wie wichtig eine umfassende Politikinformation und gemeinschaftliche politische Willensbildung sind.

Die Herstellung von Öffentlichkeit, die Jürgen Habermas für Demokratien einfordert, ist ganz sicherlich eine Herausforderung für die europäische Ebene, aber auch für das Gemeinwesen insgesamt, weil Politikentscheidungen in ihren Konsequenzen immer weniger nachvollziehbar und abschätzbar sind. Gerade in Zeiten der Verunsicherung werden Parteien gebraucht, vor allem natürlich die SPD, die für Menschenwürde und Gerechtigkeit, weniger Ungleichheit, mehr Demokratie, mehr Europa und auch mehr internationale Solidarität steht.

(BEIFALL)

Die SPD hat sich als erste politische Partei in Deutschland den Grundsätzen der Transparenz, Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit für ihr Finanzgebaren verpflichtet und deswegen auch eine Kontrollkommission einberufen. Schließlich ist es eine immerwährende Herausforderung, zwischen diesen Grundsätzen, einer Haushaltsverdichtung und Handlungseffizienz zu vermitteln. Von daher lautet der heutige § 31 der Parteisatzung ähnlich wie der § 17 der Parteisatzung von 1900.

Die Kontrollkommission ist also nicht nur für die Finanzen der Partei verantwortlich, sondern sie kontrolliert auch den Parteivorstand und kann eine gemeinsame Sitzung mit dem PV und einen Parteitag einberufen.

In § 31 wird klargestellt, dass es auch um politische Kontrolle geht, und gerade deswegen befasst sich die Kontrollkommission inhaltlich mit der Wirksamkeit von politischen und finanziellen Entscheidungen, zum Beispiel für Transferleistungen, zum Beispiel für die Sozialistische Internationale, zum Beispiel für Kampagnen, aber auch für die Weiterbildung von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, und es geht um die Parteischule, die Führungsakademie, die EDV, um Ausschreibungen und Agenturverträge, Beratungsverträge, den Besucherdienst und die Öffentlichkeit sowie natürlich vor allem auch um die Ausgaben für die Wahlkämpfe.

Ich erinnere euch: Zwar blieben die Ansätze für die Wahlkampfkosten im Jahre 2009 im Rahmen der bewilligten Mittel.

Dennoch: Aus dem Vollen können wir nicht schöpfen. Für die Bundestagswahl 2013 will die Parteifüh-

zung mit 22 Millionen Euro auskommen. Das ist der Kontrollkommission versprochen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wichtiger ist mehr denn je die Überprüfung der Wirksamkeit der ungemein teuren Wahlkampfkommunikation. Genossinnen und Genossen, wenn Profil und Glaubwürdigkeit stimmen, ist das die beste Werbemaßnahme für unsere Partei.

(BEIFALL)

Der Kontrollkommission geht es auch um eine möglichst hohe Effizienz der Mittelverwendung in Übereinstimmung mit der politischen Planung. Von daher müssen die Maßstäbe für die Einnahmen- und die Ausgabeseite stimmen. Die SPD bleibt auch nach der Organisationsreform eine Mitgliederpartei. Darauf bestand die Kontrollkommission in der Debatte um die Organisationsreform und forderte berechtigterweise, dass die Mitglieder mehr Rechte haben müssen als Nichtmitglieder.

(VEREINZELT BEIFALL)

Aber auch Mitglieder haben Pflichten. Der zu niedrige durchschnittliche Mitgliedsbeitrag von 7,51 Euro entspricht nicht der Leistungsfähigkeit der durchschnittlichen Mitglieder und macht der SPD das Finanzleben und das politische Leben schwer.

(BEIFALL)

Mitgliedschaft und öffentliche Parteifinanzierung sind zu Recht eng verbunden, weil sie das öffentliche Interesse an der Parteienexistenz begründen. Deswegen fordert die Kontrollkommission alle Verantwortlichen auf, auch die Mühen der Ebene nicht zu scheuen und für höhere und ehrliche Beiträge zu werben.

(VEREINZELT BEIFALL)

Dafür gibt es in einigen Bezirken nachahmenswerte Beispiele. Die von der Kontrollkommission seit langem angemahnte, auch in der Form neue Beitragstabelle erleichtert diese Aufgabe sehr. Wie gesagt, die Einnahmen der SPD haben durch Mitgliederschwund und Verluste von Wählerstimmen erheblich gelitten. Die SPD zählt heute 502.000 Mitglieder; 1999 waren es noch über 755.000. Damit fehlt eine Grundlage. Auch die politisch wichtigen Wahlerfolge bei den letzten Landtagswahlen haben finanziell wenig genützt, Genossinnen und Genossen. Für die staatliche Parteienfinanzierung kommt es auf die Mitgliederzahl, aber auch auf die erreichten absoluten Wählerstimmen an. Für sie müssen wir werben.

Es ist hilfreich und erfreulich, dass im Sommer 2011 das neue Parteienfinanzierungsgesetz gelungen ist. So ist die finanzielle Basis für die Planungsfähigkeit der Parteien verbessert worden. Auf die geringeren Spendeneinnahmen der SPD im Vergleich zur CDU/CSU ist hingewiesen worden. Überdies sind dies in der Regel keine Unternehmensspenden, sondern Spenden von Bürgerinnen, aber vor allem der SPD-Mitglieder. Liebe Genossinnen und Genossen, auf eine solche Zuverlässigkeit können wir stolz sein.

(BEIFALL)

Erfreulich ist die Entwicklung des Sponsoring. Wichtig war, dass in einer Richtlinie unmissverständlich

klargestellt wurde, welchen politischen und ethischen Grundsätzen das Sponsoring zu folgen hat. Der jetzige Parteitag zeigt uns sehr deutlich diese klare Handschrift.

(VEREINZELT BEIFALL)

Auch der Unternehmensbereich ist von Bedeutung für die SPD. Ich möchte ganz klar sagen: Das ist ein wichtiges Standbein finanzieller Art für eine erfolgreiche politische Arbeit. Der Unternehmensbereich der SPD zeigt, dass die SPD mit Geld umgehen kann.

(BEIFALL)

DDVG und Konzentration sind wichtige Vermögenswerte.

Diese Vermögenswerte, Genossinnen und Genossen, sind durch Arbeitergroßchen in Jahrzehnten, in über hundert Jahren, aufgebaut worden. Wir sollten den Anlagen, in die dieses Geld gesteckt worden ist - das gilt auch für die Immobilien -, einen hohen Respekt zahlen. Die Arbeitergroßchen sichern bis heute die politische Arbeit der SPD.

(BEIFALL)

Die Schatzmeisterin als alleinige Generaltreuhänderin im Unternehmensbereich trägt eine große Verantwortung. Sie muss hier vom gesamten Parteivorstand unterstützt werden. Ein Tagesordnungspunkt Finanzen gehört nicht an das Ende einer Tagesordnung des Parteivorstandes, sondern an den Anfang.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ohne den Unternehmensbereich, liebe Genossinnen und Genossen, wären der Bau und die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses nicht möglich gewesen. Noch heute zehren wir davon und werden auch weiter darauf angewiesen sein. Zusätzlich brauchen wir auch Mittel für eigene politische Maßnahmen. Die Kontrollkommission wird jährlich einmal über die Unternehmenstätigkeit und die Liegenschaften der SPD unterrichtet.

Genossinnen und Genossen, die positive Entwicklung im Unternehmensbereich ist aber kein Grund zum Zurücklehnen. Wir müssen sehen, dass die strukturellen Defizite auch in der mittelfristigen Finanzplanung überwunden werden. Nach der Bundestagswahl hat deswegen die Kontrollkommission die Konsolidierung des Haushalts angemahnt. Allerdings hat die Kontrollkommission keine Schuldenbremse gefordert, sondern die proaktive Politik des SPD-Parteivorstandes unterstützt, mit inhaltlichen Diskussionen und politischen Aktivitäten zu einer politischen Stabilisierung der SPD beizutragen. Dieses war das wichtigste Anliegen nach der bitteren Wahlniederlage. Liebe Genossinnen und Genossen, hier ist glücklicherweise ein Stück politischer Stabilisierung der SPD nicht nur eingelöst worden, sondern wirklich zukunftsweisend gelungen. Insofern bleibt es bei unserer Mahnung, dass mit den Parteifinancen äußerst maßvoll umgegangen werden muss. Künftige Haushalte müssen das nicht nur im Hinblick auf die Wahlen und die Ansparleistungen beachten, nein, sie müssen das auch in Bezug auf die noch nicht abschätzbaren Kosten der Parteireform.

(UNRUHE)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Genossinnen und Genossen, am Pult steht eine sehr verdiente Sozialdemokratin, die euch etwas sehr Wichtiges zu berichten hat. Ich denke, es wäre nicht nur höflich, sondern auch klug, ihr zuzuhören.

(BEIFALL)

Christa Randzio-Plath, Kontrollkommission: Gerade weil die Personalausgaben mit 37,2 Prozent ein sehr bedeutsamer Posten sind und bleiben und motiviertes und qualifiziertes Personal im Willy-Brandt-Haus so wichtig ist, ist es erfreulich, dass es bald zu einem von der Kontrollkommission seit langem geforderten Personalentwicklungsplan kommen soll. In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass es für weibliche Mitglieder im SPD-Parteivorstand nicht die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Unter den sechs Abteilungsleitern gibt es keine einzige Frau. Ich denke, Frauenförderung muss für die SPD als Arbeitgeber ein Maßstab in der Personalentwicklung sein.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, der Parteitag hat im Jahre 2009 mit dem Antrag O 10 eine gleiche Beteiligung von Männern und Frauen an den Veranstaltungen des Parteivorstandes gefordert. Das Ergebnis der Kontrollkommission: Nur 28,8 der Moderationen, 36 Prozent der Grußworte und Begrüßungsreden, 32,3 Prozent der Podiumsbeiträge und 22,7 Prozent der Vorträge sind von Frauen geleistet worden. Nachbesserung, liebe Genossinnen und Genossen im künftigen Parteivorstand, sind durchaus angebracht und bei der Vielzahl der qualifizierten Mandatsträgerinnen und Amtsträgerinnen auf allen Ebenen möglich.

(BEIFALL)

Vorschläge für Sparmaßnahmen sind von der Kontrollkommission und Schatzmeisterei immer wieder angestoßen worden. Wir sind froh, dass es überall kostengünstige Formate für Aktionen wie für den Parteitag gibt. Eine Verbesserung des Kostenbewusstseins auch im Willy-Brandt-Haus ist gelungen. Auch das Budget der stellvertretenden Parteivorsitzenden ist im Lot. Deswegen geht die Kontrollkommission auch von einer positiven weiteren Entwicklung aus, die uns finanziell nicht überfordern.

Es wird notwendig sein, einerseits eine gute Ausstattung und Leistungsfähigkeit vorzuhalten, aber auch Innovationen wie die Modernisierung der EDV voranzubringen.

Die bitteren Erfahrungen und Entwicklungen der vergangenen 15 Jahre mit den vielen personellen Wechseln an der Spitze haben die SPD politisch, personell und auch finanziell getroffen. Auch wenn andere europäische sozialdemokratische Parteien vergleichbare Erfahrungen gemacht haben, wir alle wissen: Personelle Kontinuität an der Spitze kann durchaus zu politischer Stabilität und finanzieller Solidität beitragen.

(BEIFALL)

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Berlin elfmal getagt und 20 förmliche Beschlüsse gefasst. Es war viel Zeit für ehrenamtliche Tätigkeit, da wir auch an anderen Beratungen teilgenommen haben. Die Kontrollkommission wirkt nicht im Dunkeln, aber sie wirkt im Stillen. Sie hat das Verschwiegenheitsgebot immer beachtet, und das ist gut so.

(BEIFALL)

Eine Beschwerde gegen die Parteivorsitzenden wurde als unzulässig abgewiesen. Zudem wurde festgestellt, dass das Interesse des Parteivorstandes für die Parteifinanzen durchaus steigerbar ist.

(BEIFALL)

Der Kontrollkommission ist bewusst, dass ihre Arbeit eher als lästig, denn als nützlich eingeschätzt wird. Dabei werden in einer Demokratie sowohl Vertrauen als auch Kontrolle gebraucht. Die Betriebs Haushalte der Jahre 2009 und 2010 und die ersten drei Quartale 2011 sind geprüft und gebilligt worden. Liebe Genossinnen und Genossen, seit 1993 bin ich Vorsitzende der Kontrollkommission. Ich kandidiere nicht wieder. Ich danke dem Parteitag für sein Vertrauen. Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der Kontrollkommission in der Vergangenheit und Gegenwart. Den ausscheidenden Mitgliedern Katrin Budde, Gerhard Kompe und Eckart Kuhlwein gilt mein besonderer Dank.

(BEIFALL)

Den anderen und künftigen wünsche ich viel Erfolg zum Wohl der Partei, zum Wohl der SPD.

Genossinnen und Genossen, hiermit beantrage ich – letztmalig – die Entlastung des Parteivorstandes für den Zeitraum zwischen dem Berliner Parteitag 2009 und dem heutigen Parteitag.

Ich danke euch.

(LEBHAFTER BEIFALL – CHRISTA RANDZIO-PLATH WERDEN BLUMEN ÜBERREICHT)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Den Beifall habt ihr schon vorweggenommen. Aber auch wir als Präsidium wollten uns noch einmal ganz herzlich bedanken. Christa war 18 Jahre lang Vorsitzende der Kontrollkommission. Christa, das ist natürlich alles deine Presse hier vorne, für dich als überzeugte Europäerin als Dank für die 18 Jahre.

Ich habe sie vor gut 20 Jahren als überzeugte Europäerin und Sozialdemokratin kennengelernt, die furchtlos in der Sache und extrem durchsetzungsstark das durchgesetzt hat, von dem sie überzeugt war, dass es richtig ist. Ich durfte sechs Jahre lang selber unter ihrer Führung in der Kontrollkommission arbeiten und scheidet mit einigen anderen jetzt aus. Wir alle wollen dir, liebe Christa, herzlichen Dank sagen für die Arbeit der letzten 18 Jahre.

Das ist nicht immer einfach gewesen. Man steht ja im Spannungsfeld zwischen Beschlüssen und ihrer Umsetzung, zwischen Partei und Finanzen, und manchmal steht man auch im Spannungsfeld zum Vorstand, weil man andere Vorstellungen hat und Empfehlungen abgibt. Aber Christa hat das mit Bravour gemacht und geregelt. Dass wir wieder die Entlastung beantragen konnten, ist auch deiner Arbeit zu verdanken. Herzlichen Dank dafür von uns allen.

(BEIFALL)

Christa hat noch eine Bitte mit auf den Weg gegeben. Wir werden am Nachmittag für den Marie-Schlei-

Verein sammeln. Das ist eines ihrer großen Projekte. Das ist gelebte Solidarität mit Frauen. Ich denke, neben der Quote ist das eines der wichtigsten frauenpolitischen Projekte. Wir werden am Nachmittag daran denken. Christa, das war dein letzter Wunsch für heute. Wir wissen, dass wir dich in der aktiven politischen Arbeit nicht verlieren werden. Herzlichen Dank noch einmal für die letzten Jahre.

(BEIFALL)

Barbara Hendricks, Schatzmeisterin: Ganz kurz noch, Genossinnen und Genossen: Christa und auch die anderen ausscheidenden Mitglieder der Kontrollkommission, die heute nicht mehr kandidieren werden, werden wir zur nächsten Quartalsitzung noch einmal einladen und, wie sich das gehört, gebührend und mit einem ordentlichen Essen und einem Geschenk verabschieden. Das war heute nur ein kleiner Vorgriff.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ein Satz noch zu den anderen Berichten, die euch schriftlich vorliegen, weil wir hier oben schon Zettel liegen haben: Die Aussprache erfolgt nach der Rede von Sigmar Gabriel.

Jetzt, liebe Delegierte, liebe Gäste, begrüßt mit mir den zukünftigen Präsidenten der französischen Republik und unseren Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel. Herzlich willkommen!

(LEBHAFTER BEIFALL)

François Hollande ist natürlich nicht alleine gekommen. Er wird begleitet von Valérie Trierweiler und Jean-Marc Ayrault, dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialisten in der Nationalversammlung. Auch ihnen und der Delegation der Genossinnen und Genossen aus Frankreich ein herzliches Willkommen!

(BEIFALL)

REDE VON FRANÇOIS HOLLANDE, KANDIDAT DER PARTI SOCIALISTE (PS) BEI DER FRANZÖSISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2012

François Hollande: Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde! Es ist mir eine große Ehre, hier heute vor Ihnen aus Anlass Ihres Parteitagessprechen zu dürfen. Ich möchte mich ganz herzlich bei Sigmar Gabriel für die freundliche Einladung bedanken. Ich komme heute als Sozialist zu Ihrem Parteitag. Zehn Jahre lang war ich der Parteivorsitzende meiner Partei. Ich wende mich heute nun an Sie als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen in der französischen Republik.

(BEIFALL)

Ich möchte eine große Änderungsbewegung anstoßen, die Europa dringend braucht. Ich möchte Ihnen heute sagen, dass in Frankreich eine Veränderung im nächsten Mai möglich ist.

(BEIFALL)

Aber Sie müssen ebenfalls bereit sein, Ihre Regierung hier in Deutschland im September 2013 zu verändern.

(BEIFALL)

Ich bin mir bewusst, welche Verantwortung auf mich wartet, und zwar zu einem Zeitpunkt, der durchaus ernst ist für den Euro und auch für ganz Europa.

Als Sozialist möchte ich an die Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien erinnern. Diese Beziehung ist schon vor 40 Jahren von zwei Staatsmännern eingegangen worden, von Willy Brandt und François Mitterrand.

(BEIFALL)

Es ist eine Freundschaft, die in der Europäischen Sozialistischen Partei immer fortgesetzt werden konnte, zwischen der SPD und der PS in Frankreich, zwischen Martine Aubry und Sigmar Gabriel, zwischen unseren beiden Fraktionen mit Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, die hier anwesend sind.

(BEIFALL)

Aber über die Beziehungen zwischen unseren Parteien hinausgehend, möchte ich Ihnen gegenüber bekräftigen, wie wichtig es mir scheint, dass unsere beiden Staaten eine enge Verbindung miteinander eingehen. Es gab bereits viele Regierungen, die aufeinander gefolgt sind seit 1945 in unseren beiden Ländern. Aber in jeder Etappe, in jedem Schritt war es so, dass Deutschland und Frankreich in der Lage waren, die Wunden der Geschichte und den Schmerz der kriegerischen Auseinandersetzungen zu überwinden.

Um mit einem Beispiel voranzugehen, einem Beispiel für Versöhnung und Frieden: Seit fast 50 Jahren gibt es den Elysée-Vertrag. Er wurde unterzeichnet von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Dieser Vertrag begründet noch einmal die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Ich möchte diesem Vertrag

auch den notwendigen Platz einräumen, wie es ihm für den 50. Jahrestag dieses großen Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich gebührt.

(BEIFALL)

Unsere beiden Länder haben einen Beitrag geleistet zum Aufbau Europas. Sie waren die Motoren für Europa, und sie haben den Weg vorgezeigt, ohne dominant zu agieren, ohne verpflichtend zu wirken, ohne Zwang auszuüben. So wurde auch der Gemeinsame Markt ins Leben gerufen und später auch die gemeinsame Währung. Dank Deutschland, dank Frankreich war es möglich, dass nach dem Fall der Mauer in Berlin auch die Vereinigung Deutschlands und die Erweiterung Europas möglich war. Das war das größte menschliche Abenteuer, Europa, das größte Abenteuer in den letzten Jahrzehnten.

(BEIFALL)

Ich möchte hier vor ihrem Parteitag die großen Gründerväter Europas begrüßen, die aus den sozialistischen und sozialdemokratischen Rängen stammen, François Mitterrand und Jacques Delors auf der französischen Seite und Helmut Schmidt von Ihrer Seite.

Bei der Rede gestern auf dem Parteitag haben wir eine wunderbare Geschichtslektion und ein Zukunftsvision bekommen. Diese Rede, die Helmut Schmidt hier gehalten hat, wird noch Widerhall finden, und zwar jenseits von Berlin und Deutschland. Sie wird in Frankreich gehört werden. Sie wird bekräftigen, dass wir nun die Pflicht haben, die nächste Etappe des europäischen Aufbaus zu beschreiten.

(BEIFALL)

Europa ist nicht nur ein Abenteuer, das von den Sozialisten und von den Sozialdemokraten getragen wurde. Auch die Konservativen haben einen Platz eingenommen. In Frankreich haben wir immer noch das Bild von François Mitterrand und Helmut Kohl Hand in Hand vor Augen, um die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern zu bekräftigen. Die Freundschaft haben wir immer gewollt, und zwar in Gleichheit und Respekt und nicht in Imitation und in der Kopie eines Modells, sondern in Anerkennung unserer gegenseitigen Trümpfe, nicht in einer Schiefelage, sondern in der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels, nicht im Misstrauen, sondern in Offenheit und Ehrlichkeit. So konnte diese Freundschaft auch so lange bestehen, jenseits aller politischen Empfindlichkeiten und parteipolitischen Grenzen und manchmal auch jenseits schwieriger Persönlichkeiten unserer Leader vielleicht.

Wenn die Franzosen mir im nächsten Mai die Verantwortung übertragen, dann möchte ich diese Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland verstärken im Dienste Europas.

(BEIFALL)

Ich empfinde diese Beziehung als Gleichgewicht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man da ein Direktorium einrichtet, das dann Europa organisiert und leitet. Diese Beziehung muss einschließlich sein und muss die Menschen mitreißen. Unsere zwei Länder stellen die Hälfte der Produktion und ein Drittel der Bevölkerung dar. Also haben wir ganz besondere Pflichten. Gleichzeitig haben wir auch die Möglichkeit, die Leute zu überzeugen. Es gibt vielleicht auch Meinungsverschiedenheiten Es gibt verschiedene Traditionen. Ich weiß auch, wie sehr hier in Deutschland der Kampf gegen die Inflation eine Rolle spielt.

Sie wissen Ihrerseits, dass wir uns in Frankreich sehr über die Arbeitslosigkeit sorgen. Sie haben dazu in ihrem Land wichtige Reformen angestrebt. In Frankreich lassen diese noch auf sich warten. Aber wir sind uns dessen bewusst, dass kein Land dem anderen Land Lektionen erteilen kann, dass Isolierung oder Sturheit die schlimmste Einstellung wäre; denn wir brauchen einen dynamischen Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland.

(BEIFALL)

Ich möchte noch einige paar Worte über die Krise der Euro-Zone verlieren. Seit 18 Monaten sind wir konfrontiert mit dem Scheitern Griechenlands und mit einer Ausnahmesituation. Schon seit zu langer Zeit hat sich Europa als unfähig gezeigt, schnell und wirksam zu handeln gegenüber dem Druck der Märkte. Auf jedem europäischen Gipfel wurden Siege kommuniziert, die dann einige Tage später wieder dementiert wurden aufgrund des Zweifels, der auf den Finanzmärkten herrschte. Die Instrumente, die eingeführt wurden, insbesondere der Europäische Stabilitätsfonds, haben sich als unzureichend und als zu zögerlich erwiesen. Die Euro-Bonds wurden beiseite gestellt. Die führenden Köpfe unserer Länder müssen eine Verantwortung tragen in dieser Zögerlichkeit, in dieser Zurückhaltung.

(BEIFALL)

Ich freue mich darüber nicht; denn es ist so, dass Europa dem definitiv zum Opfer fallen wird. Das Resultat wird sein, dass die Spekulation sich noch weiter ausweitet. Daher gibt es heute die Versuchung, die Flucht nach vorne zu ergreifen. Die einen möchten, dass man auf die Europäische Zentralbank zurückgreift - rette sich, wer kann -, und die anderen möchten, dass die Verträge überarbeitet werden, sodass mehr Disziplin in die Budgetpolitik eingeführt wird mit der Idee, ein Arrangement zu finden. Diese Flucht nach vorne ist gefährlich, zum einen, weil die Ausarbeitung eines neuen Vertrages Zeit in Anspruch nehmen würde, Monate, um dieses erst einmal zu verhandeln, Monate, um eine Ratifizierung zu erstreben - in dieser Zeit wären die Märkte weiterhin offen; sie würden nicht auf den Abschluss unserer Arbeiten warten -, und zum Zweiten, weil ein Transfer an Souveränität als ein Votum über ein Budget und eine eventuelle Zensur durch den Gerichtshof noch die Angst verstärken würden, dass man demokratisch entmachtet würde, was viele Völker nicht mehr akzeptieren würden.

(BEIFALL)

Europa, wie wir es wollen, kann nicht reduziert werden auf eine Organisation der Sparmaßnahmen, während die Arbeitslosigkeit voranschreitet und die Rezession droht.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, heute müssen wir handeln, denn die Krise des Euro, wenn sie weiter fort dauert, reißt uns alle mit. Große Volkswirtschaften sind heute bedroht Spanien, Italien, und Anfang 2012 wird der Moment kommen, wo man wichtig handeln wird. Man muss eben sehen, welche Interessen da sind. Das Bankensystem hat selbst kein Vertrauen mehr, und die Ratingagenturen sind eine ständige Bedrohung. Also ist Dringlichkeit geboten. Der Euro ist unser gemeinsames Erbe. Er ist mehr als eine Währung. Er ist das Bindeglied zwischen den einen und den anderen.

(BEIFALL)

Er sichert uns die Stabilität und schützt uns, und deshalb das mache ich heute vor Ihnen müssen wir

unsere Bindung an den Euro und an den Aufbau Europas um diese gemeinschaftliche Währung herum bekräftigen und müssen ihm die Autorität geben, die ihm heute fehlt.

(BEIFALL)

Wir können nicht das Risiko eingehen, dass alles auseinanderbricht. Das wäre ein Rückschritt zum Schaden jeder unserer Staaten. Da gäbe es nur Verlierer, keinen Gewinner, außer dem Extremismus oder dem Nationalismus, und das wäre die Auslöschung Europas.

Wenn unsere Verantwortung nun so groß ist deshalb schlage ich auch einen Pakt für Verantwortung, Governance und Wachstum vor,

(BEIFALL)

legt es uns die Haushaltsverantwortung auf, aktiv zu werden, und deshalb sage ich es auch oft vor den Franzosen: Ich werde das Haushaltsdefizit reduzieren, um ein Gleichgewicht herzustellen am Ende der nächsten fünf Jahre. Wir werden die Schulden in den Griff bekommen, die eine Bürde darstellen, die wir dann unnötigerweise an unsere Kinder weitergeben würden.

In Frankreich werden wir der Steuererleichterungspolitik ein Ende bereiten, die sozial ungerecht war und wirtschaftlich nicht effizient war. Ich möchte Deutschland nicht ans Herz legen, Frankreich in diesem Sinne zu kopieren.

(BEIFALL)

Es geht auch um Regierungsführung in der Eurozone. Dies kann sich nicht beschränken auf einige Treffen zwischen Staats- und Regierungschefs beim Mittagessen oder Abendessen, sondern dies muss wirklich eine Lenkungsrolle für die Politik der Eurozone sein, damit Maßnahmen koordiniert werden, sodass der notwendige Impetus geschaffen werden kann, und da muss mit dem notwendigen Ernst an die Sache herangegangen werden. Und wir müssen Bedingungen für Wachstum schaffen: Der Haushalt der Europäischen Union, Maßnahmen der Europäischen Investitionsbank, die Eurobonds, all diese Instrumente müssen in den Dienst der neuen Aktivitäten gestellt werden, für die Beschäftigung, die Industrie und neue Technologien, für einen Wandel im ökologischen Sinne.

Der Pakt, den ich vorschlage, umfasst vier wichtige Entwicklungen. Die erste ist, dass der Europäische Finanzstabilitätsfonds viel stärker ausgestattet sein muss und in der Lage sein muss, die Herausforderungen anzugehen, um die Spekulationen in den Griff zu bekommen. Dieser Fonds muss mit der Europäischen Zentralbank arbeiten.

Die zweite Entwicklung ist die Europäische Zentralbank. Sie muss ihre Rolle vollends annehmen. Ich respektiere ihre Unabhängigkeit, aber ich möchte gleichermaßen, dass sie aufmerksamer wird, was die Situation in der Realwirtschaft angeht. Ich wünsche mir, dass sie ihre Rolle des Kreditgebers ausdehnt und effizient gegen die Spekulation vorgehen kann, und zwar im Rahmen der derzeitigen Statuten.

Ich weiß, dass Sie diese Unabhängigkeitsregeln sehr schätzen, aber ich kenne auch Ihre Sorge, dass die Europäische Zentralbank nach den derzeitigen Statuten mehr Einfluss ausüben kann, um eben die Spekulation einzudämmen und Wachstum anzustoßen.

Der dritte Aspekt, den wir teilen, wäre die Steuer auf die Finanztransaktionen, die ohne Zögern umgesetzt werden muss.

(BEIFALL)

Und zu guter Letzt muss die europäische Schuld ausgeglichen werden und gemeinsam getragen werden, mit Modalitäten, die zu diskutieren sind, um die Eurobonds einzurichten. Genossinnen und Genossen, nichts geht ohne Demokratie. Dies teilen wir in unseren beiden Ländern. Die Stärkung der demokratischen Kontrolle in Europa ist unteilbar verbunden mit den Aktionen, die wir gemeinsam anstrengen möchten für die kommenden Jahre. Ich möchte hier die Rolle des Europäischen Parlaments und die Arbeit unseres Freundes und des zukünftigen Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, begrüßen.

(BEIFALL)

Ich möchte Ihnen hier noch meine Position mitteilen. Ich akzeptiere eine Wachsamkeit über die nationalen Haushalte, und so sehr ich auch akzeptiere, dass es eine strenge Einhaltung der Verpflichtungen der Staaten gibt, was die Reduzierung der Defizite und die Kontrolle der Schulden betrifft. Ich verwahre mich aber auch dagegen, dass die Justiz anstatt des Parlaments entscheidet.

Ich teile die Sorge Ihres großen Philosophen Jürgen Habermas, der uns angesichts des sich vertiefenden Grabens zwischen den Bürgerinnen und Bürgern demgegenüber warnt, was die Demokratie sein wird in einer Situation, wo wir vielleicht nicht mehr wirklich demokratisch sind, sich die Bürger dann von uns abwenden und sich die Bürger von einer demokratischen Legitimität abwenden. Dort, wo die Demokratie zurückschreitet, dort, wo sich die Politik zurückzieht, schreitet der Markt voran.

(BEIFALL)

Da ist dringliches Handeln gefordert, und wir müssen an die Zukunft denken. Das große europäische Projekt für das nächste Jahrzehnt kann nicht nur darin bestehen, dass es eine Haushaltsunion geht, die dann an die Seite der Währungsunion tritt. Europa ist kein Mittel, sondern das Ziel, der Zweck und eine Perspektive. Das, was ich hier vorschlagen möchte, ist kein Markt föderalismus, sondern ein Föderalismus der Projekte.

(BEIFALL)

Europa in seiner Geschichte ist eine Union des Willens. Vorgestern gab es Frieden. Gestern ging es um die Erweiterung. Heute ist die große Herausforderung der Einsatz für Wissen, für neue Technologien im Kampf gegen die Klimaerwärmung, für grünes Wachstum, und das müssen wir gemeinsam anstrengen für die nächsten Jahre.

Wenn es um die große Frage des Energiewandels geht, schlage ich vor, dass wir eine Europäische Gemeinschaft für Energie ins Leben rufen,

(BEIFALL)

Die uns dann auch jenseits unserer Unterschiede in unsere Strategien oder Positionen vereint. Aber das würde es uns ermöglichen, kohärent vorzugehen, was unsere Ziele im Kampf gegen die Klimaerwärmung und die Vorbereitung der Zukunft angeht.

Was ist unser übergeordnetes Ziel? Was ist die Vision, die wir unseren Kindern weitergeben möchten? Es ist, dass Europa als Beispiel für die Welt vorangeht, eine Wirtschaftsmacht, eine ökologische Macht, eine demokratische Macht, und zwar im Dienste des Friedens.

(BEIFALL)

Deshalb müssen wir dies gemeinsam tragen, die Franzosen, die Deutschen, die Europäer, und zwar für Industrieprojekte, in der Hochschulbildung, in der Forschung. Denn seit Galileo wurde keine neue technologische Grenze von Europa überschritten. Also muss alles für die nächsten Generationen und die Jugend gemacht werden. Die Jugend, das ist einer der Hauptpunkte meiner Präsidentschaftswahlkampagne in Frankreich. Ich möchte Sie auch dazu auffordern, dafür zu sorgen, dass sich die Jugend einsetzt für das Europa von morgen.

(BEIFALL)

Das ist, was ich möchte: ein Europa, das in seinen Zielen klar ist, das demokratisch in der Funktionsweise ist, das mobilisieren kann für unsere Völker. Auf diesen Grundlagen möchte ich Ihnen vorschlagen, gemeinsam an einer Alternative zu arbeiten. Auf dieser Grundlage möchte ich nach meiner Wahl vorgehen, wenn die Franzosen so entscheiden, und zwar möchte ich Diskussionen mit der Regierung Deutschlands anstrengen.

Damit möchte ich schließen und noch einmal auf die deutsch-französische Freundschaft eingehen. Am 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages, den ich am Anfang meiner Rede bereits angesprochen habe, 50 Jahre später, nachdem General de Gaulle und Adenauer dies unterzeichnet haben, sind wir immer noch in der Lage, dieses Niveau unserer Beziehungen aufrechtzuerhalten, unser Vertrauen beizubehalten gegenüber den einen und den anderen, sind wir auch in der Lage, unserer Freundschaft einen Sinn und eine Hoffnung zu verleihen. Ich glaube daran.

(BEIFALL)

In dem neuen Vertrag, den wir dann gemeinsam zu diskutieren haben und, ich hoffe, auch gemeinsam unterzeichnen können, müssen wir auf die Jugend insistieren und auf die Dienste für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Frankreich. Wir müssen eine Partnerschaft einrichten zwischen unseren Hochschulen, Universitäten, wir brauchen ein deutsch-französisches Werk für Forschung. Eine zweite Priorität ist unsere gemeinsame Sicherheit mit der Einrichtung eines Generalstabes, um Einsätze zu koordinieren in der europäischen gemeinsamen Sicherheitspolitik. Wir müssen uns bei dieser wichtigen Frage der Sicherheit dahingehend annähern. Zu guter Letzt geht es um die Industrie- und Wirtschaftspolitik. Hier schlage ich vor, dass es einen deutsch-französischen Industriefonds geben soll, der es dann erleichtern soll, einen Wettbewerbspool zu schaffen, der gemeinsam ist, und zwar im Transportsektor, im Verkehrswesen, bei der Infrastruktur und auf dem Gebiet der Umwelt und der Energie.

Genossinnen und Genossen, Sie haben verstanden, ich setzte mich ein für eine starke Allianz zwischen Deutschland und Frankreich. Ich möchte, dass unsere Partnerschaft respektvoll vonstatten geht. Ich möchte, dass wir gemeinsam eine gemeinsame Vision voranbringen, nicht nur um gegen die Krise anzukämpfen, sondern um auch die Zukunft Europas vorzuzeichnen. Ich weiß, was meine Mitbürgerinnen momentan erleben, und zwar Zweifel, Skepsis, was Europa betrifft und auch was die Politik betrifft. Ich weiß, dass viele sich fragen, ob wir noch Kapazitäten haben, das Schicksal der Menschen in eine andere Richtung zu lenken. Wir müssen den Menschen eine Antwort liefern, den Arbeiterinnen und Arbeiter,

den Landwirten, den Forschern, den Jugendlichen. Wir müssen den Menschen zeigen, dass es einen möglichen Weg gibt und dass Europa einen Schutz bieten kann.

Genossinnen und Genossen, in Frankreich und in Deutschland werden wir in den nächsten 18 Monaten große Wahlen vor uns haben. Wenn wir dort Erfolg haben, werden wir Sozialisten und Sozialdemokraten das Herz Europas verändern, und der Schwerpunkt wird sich etwas mehr nach links verrücken. Es ist Zeit dafür.

(BEIFALL)

Das wird ein neuer politischer Zyklus, ein neuer politischer Kreislauf, den wir eröffnen können. Ich hoffe, dass ich der erste sein werde. Zögern Sie nicht, nachzufolgen. Wir haben hier allerdings eine Pflicht, bevor wir erfolgreich sein können, nämlich gemeinsam zu arbeiten und bereits jetzt zusammenzuarbeiten, Vorschläge vorzulegen und eine gemeinsame Herangehensweise an den Tag zu legen, eine Vision zu zeigen. Unser Zusammenhalt unter Sozialisten und Sozialdemokraten, unsere Solidarität werden für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland und Frankreich eine Quelle des Vertrauens, eine Quelle der Hoffnung darstellen.

(BEIFALL)

Ich bin der Erste, der Kalender sieht es so vor, der im nächsten Mai zur Wahl gehen wird. Ich möchte Ihnen folgendes Versprechen abgeben, gemeinsam mit denen, die mich begleitet haben: Ich werde alles tun, um in diesem ersten Akt erfolgreich zu sein, sodass Sie dann im September 2013 den zweiten erfolgreich bestreiten.

(BEIFALL)

Wir müssen uns Mut geben und unsere Schicksalsgemeinschaft beschwören. Deshalb möchte ich auf Deutsch schließen: (...) Wir gemeinsam, Deutschland und Frankreich, wir!

(BEIFALL)

Liebe Genossen, ich bin sicher, wir gewinnen zusammen! - Vielen Dank.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute Morgen ein Versprechen abgegeben, dass wir versuchen, im Zeitplan zu bleiben. Das ist jetzt ein Beitrag dazu.

Ich würde bitten, dass sich die Journalisten und die Fotografen hier vorne aus der ersten Reihe wieder in die Niederungen des roten Teppichs begeben.

Es geht weiter. Liebe Genossinnen und Genossen, François Hollande hat gesagt, wir sollen es ihm nachmachen. Das werden wir ein gutes Jahr später natürlich auch tun. Deshalb hat jetzt das Wort der Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sigmar Gabriel. Sigmar, du hast das Wort.

(BEIFALL)

REDE DES PARTEIVORSITZENDEN

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber François Hollande! Wir haben verstanden: Du beginnst, Du wirst französischer Präsident. Und auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag, 2013 nach der Bundestagswahl, haben wir dann wieder einen internationalen Gast, der zu uns sprechen wird, und das wird der Präsident der Republik und Mitglied der Parti socialiste, François Hollande, sein.

(BEIFALL)

Er wird sich hier treffen mit dem, der dann sozialdemokratischer Bundeskanzler sein wird, oder mit der, die dann sozialdemokratische Bundeskanzlerin sein wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr versteht: Diesen Satz musste ich sagen, damit die Journalisten wieder aufmerksam werden.

(HEITERKEIT)

Liebe Genossinnen und Genossen, als wir vor zwei Jahren in Dresden zusammengekommen sind, war die SPD in einer der größten Krisen der letzten Jahrzehnte. Heute können wir feststellen: Wir haben die Zeit genutzt und hart gearbeitet. Mit dem heutigen Bundesparteitag schließen wir unsere programmatische Neuausrichtung in allen wichtigen politischen Bereichen ab.

Wir haben geklärt, Genossinnen und Genossen, worauf wir nach wie vor stolz sein können. Deutschland wäre nicht so gut durch die Finanzkrise gekommen, wäre nicht so gut aufgestellt, wenn wir es nicht vorher reformiert und in der Krise nicht so mutig und entschlossen gehandelt hätten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Namen, die für all das stehen, was unser Land gut durch die Krise gebracht hat, sind sozialdemokratische Namen: Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Olaf Scholz und viele andere. Herzlichen Dank an die, die das geschafft haben für unser Land, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die anderen zeigen seit zwei Jahren nur, wie man Krisen vergrößern kann, statt sie zu lösen. Aber wir haben eben auch offen gesagt, wo wir Fehler gemacht haben, zum Beispiel bei der Leih- und Zeitarbeit, beim Niederlohnsektor.

(VEREINZELT BEIFALL)

Nie wieder, liebe Genossinnen und Genossen, darf eine sozialdemokratische Partei den Wert der Arbeit infrage stellen.

(BEIFALL)

Und nie wieder, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir uns in dieser Frage noch einmal so weit von den deutschen Gewerkschaften entfernen. Das sind unsere wichtigsten Bündnispartner, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die SPD ist nur dann glaubwürdig und erfolgreich, wenn sie die Partei der Arbeit ist. Guter Lohn für gute Arbeit und vor allen Dingen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für Leiharbeiter genauso wie für Frauen, liebe Genossinnen und Genossen:

(BEIFALL)

Das ist Richtschnur sozialdemokratischen Handelns.

Was haben uns die Kommentatoren und Berichtersteller vor zwei Jahren rund um Dresden nicht alles prophezeit: den langsamen Niedergang, den Zerfall in Flügelkämpfe, den Verlust von Maß und Mitte! Die „Süddeutsche Zeitung“ prophezeite uns damals: „Bittere Zeiten“. Die „Neue Presse“ aus Hannover sprach von der „SPD-Konkursmasse“. Der „Spiegel“ sah „den Absturz in die Bedeutungslosigkeit“ voraus, und in vielen Regionalzeitungen prophezeite man uns „endlose Zerreißproben“ und ein langes Leben im „Jammertal“.

Nichts davon ist eingetreten, liebe Genossinnen und Genossen. Acht Landtagswahlen. Achtmal sind wir in der Regierung, und sechsmal führen wir sie an. Das ist die Realität, die wir geschafft haben!

(LEBHAFTER BEIFALL)

Das war ganz wichtig, und deswegen sage ich euch: Liebe Hannelore Kraft, lieber Olaf Scholz, lieber Kurt Beck, lieber Jens Bullerjahn, lieber Nils Schmid, lieber Jens Böhrnsen, lieber Erwin Sellering und lieber Klaus Wowereit, ihr habt mit euren Mitstreiterinnen und Mitstreitern der SPD ihren Stolz wiedergegeben, und dafür dankt euch der Parteitag heute!

(BEIFALL)

Zwei Jahre nach dem Dresdner Parteitag ist wieder klar, wofür die SPD in Deutschland und Europa steht. Und wohin wir wollen. Dieser Wiederaufstieg unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine große Gemeinschaftsleistung. Geschlossenheit und Gemeinschaft machen stark. Dafür sind die letzten beiden Jahre der beste Beweis. Und dabei muss es bleiben, liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ganz wichtig für das, was in Zukunft kommt.

(BEIFALL)

Deshalb lasst mich an dieser Stelle noch einen Dank sagen. Dieser Dank geht an euch Delegierte, aber er gilt vor allem den Zehntausenden Mitgliedern unserer Partei, die zu diesem Wiederaufstieg der Sozialdemokratie in Deutschland beigetragen haben. Ohne eure unermüdliche Arbeit und unerschütterliches Selbstvertrauen wäre das nicht gelungen. Es sind die Mitglieder der SPD gewesen, die sich von Schwarzsehern und Berufspessimisten nicht haben ins Boxhorn jagen lassen, und ihnen müssen wir besonders danken, liebe Genossinnen und Genossen. Die haben das geschafft, was uns hier gelungen ist.

(BEIFALL)

Klar ist: Unsere gewachsene Stärke in den Bundesländern bringt neue politische Chancen mit sich. Die Bundesregierung kann keine wesentlichen Entscheidungen mehr gegen die SPD-geführten Landesregierungen durchsetzen. Aber das bedeutet auch mehr Verantwortung. Und das bedeutet: Wir wollen und wir dürfen nicht alles nur deshalb blockieren, weil es gerade mal von der Bundesregierung kommt. Uns muss es immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen in Deutschland gehen, und schon in diesem Jahr haben wir gezeigt, dass wir das auch praktisch können: Es ist unser Verhandlungserfolg, dass aus diesen seltsamen Bildungsgutscheinen von Frau von der Leyen 3.000 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in Deutschland geworden sind.

(BEIFALL)

Es ist unser Erfolg, dass die Städte und Gemeinden endlich von den Kosten der Grundsicherung im Alter befreit werden. Mehr als 4 Milliarden Euro Entlastung für die Kommunen sind 4 Milliarden Euro mehr für Kindergärten, Schulen und Stadtentwicklung. Das haben Manuela Schwesig und Kurt Beck erreicht, und das ist unser gemeinsamer Erfolg, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wenn aber die Politik in die falsche Richtung geht, wenn Unsinn und Ungerechtigkeiten von der Bundesregierung kommen, dann werden wir das aufhalten: Wir werden nicht zustimmen, wenn Steuerhinterzieher durch ein Steuerabkommen mit der Schweiz vor jedweder Strafverfolgung geschützt werden sollen.

(BEIFALL)

Das wird ja gelegentlich „Steueroase“ genannt. Das sind aber keine Oasen, in denen es Wasser für Notleidende und Verdurstende gibt. Das sind die europäischen Fluchtburgen für Kriminelle, und die müssen wir stilllegen in Deutschland, in Europa und darüber hinaus, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir stimmen auch nicht zu, wenn die FDP in der Regierung mal stillgestellt werden soll und deshalb Steuergeschenke versprochen werden, die den Geringverdienern nichts bringen, aber das Gemeinwesen 6 Milliarden Euro kosten.

Nein, Steuerentlastungen auf Pump werden immer nur durch höhere Schulden bezahlt. Und am Ende sind es die Bürgerinnen und Bürger selbst, die die Zeche zahlen werden, weil das schließlich ein Schlag gegen die Kommunen wird. Die Eltern werden am Ende höhere Kindergartenbeiträge bezahlen. Die soziale Infrastruktur ist nicht mehr finanzierbar. Da sind wir dagegen, das machen wir nicht mit. Das ist Politik zulasten Dritter und eine Scheinentlastung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und weil wir unter uns sind, verrate ich euch ein Geheimnis: Das sieht der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble genauso wie wir. Deswegen lasst uns ihm als Parteitag sagen: Herr Schäuble, Sie können sich auf die SPD verlassen. Wir stoppen das im Bundesrat, keine Sorge!

(BEIFALL)

Wir machen übrigens auch nicht mit, wenn Angela Merkel und Horst Seehofer jetzt Prämien dafür ausloben, dass Kinder von der Bildung ferngehalten werden.

(BEIFALL)

Wie kann man eigentlich auf die Idee kommen, 2 Milliarden Euro dafür ausgeben zu wollen, dass Kinder nicht in den Kindergarten gehen, nicht gefördert werden und nicht die deutsche Sprache lernen? Herr Seehofer hat vor kurzem gesagt, er sei der Auffassung, die deutsche Sprache gehöre in der Verfassung. Ich habe als Norddeutscher ein gewisses Verständnis für seine Forderung.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Aber wie kann man, wenn man die deutsche Sprache fördern will, gleichzeitig den Eltern, die ihre Kinder nicht zum Sprache lernen in die Kindergärten schicken, dafür mit 150 Euro im Monat auch noch einen Anreiz anbieten? Wer so Politik betreibt, der muss sich nicht wundern, dass Christian Ude der nächste Ministerpräsident in Bayern werden wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(LEBHAFTER BEIFALL)

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, ist die Politik von CDU/CSU und FDP in der Bundesregierung kaum noch ernst zu nehmen.

Da wird dem Rest Europas der Abbau der Verschuldung gepredigt, - aber weil jeder in der Koalition noch ein paar Geschenke braucht, damit er still ist, werden die Schulden in Deutschlands erhöht.

Da wächst die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung und gleichzeitig auch die Angst um die Sicherheit der Arbeitsplätze, aber die Koalition von Frau Merkel verzichtet auf jede Risikoversorge.

Ich sage euch: Die Gewerkschaften in Deutschland haben recht, wenn sie sagen, wir brauchen die Verlängerung der Kurzarbeiterregel, wenn die Wirtschaft schwächer wird. Und ich bin ganz sicher: Die Menschen werden es uns danken, wenn wir das Geld zur Sicherung ihrer Jobs ausgeben statt für ein paar Euro Steuersenkung im Monat. Das ist unsere Politik: Wir wollen Arbeit in Deutschland erhalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Menschen sorgen sich längst wieder um ihr Ersparnis, um den Wert ihres Geldes, um die Sicherheit der Renten, um ihre Arbeitsplätze, ihren hart erarbeiteten Wohlstand und auch um die Zukunft ihrer Kinder.

Was erleben die Deutschen eigentlich bei der Bundesregierung? Entweder CDU/CSU und FDP streiten sich wie eine Bande Halbstarker, oder die Chefin ist es selber, die alle paar Monate das Gegenteil dessen gemacht, was sie kurz vorher noch vollmundig als „absolut alternativlos“ bezeichnet hat.

Genossinnen und Genossen, dieses Gebaren hat nicht nur Folgen für die Wertschätzung der schwarz-gelben Koalition, sondern inzwischen längst auch für den Ruf der Politik insgesamt. Unser Hauptvorwurf an die Bundesregierung lautet deshalb: Die ständigen Kehrtwendungen, die Bodenlosigkeit, mit der man heute das eine und morgen das genaue Gegenteil macht, all das hinterlässt immer mehr Verdruss und Ratlosigkeit -

selbst dann, wenn es ab und zu mal eine Wende in die richtige Richtung ist. Angela Merkel ist wirklich eine würdige Nachfolgerin ihres CDU-Vorgängers Konrad Adenauer, von dem der Satz stammt: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern.“ Es ist aber genau dieser Politikstil, der zum Turbolader für Politik- und Demokratieverdrossenheit in Deutschland geworden ist. Das müssen wir wieder ändern, liebe Genossinnen und Genossen, da müssen wir anders sein.

(BEIFALL)

Auf dem ordentlichen Parteitag in Dresden habe ich euch gesagt, dass die politische Mitte, von der jeder so gerne redet und die alle gewinnen wollen, kein fester Ort ist. Die politische Mitte und damit die politische Mehrheit besitzt die politische Kraft, die Macht über die Deutungshoheit zu den wichtigsten Fragen und Herausforderungen der Zeit. Genau um die geht es jetzt, liebe Genossinnen und Genossen. Denn was wir jetzt erleben, ist ein Kampf um Deutungshoheit. Das spürt auch Angela Merkel. Deshalb versucht sie gerade, die Deutungshoheit zurückzubekommen, indem sie von Gipfel zu Gipfel reist, um den Schaden wieder gutzumachen, den sie selbst durch ihr eineinhalbjähriges Zaudern in der Euro-Krise mit verursacht hat.

(BEIFALL)

Gestern hat hier Helmut Schmidt gesprochen. Der hat auch schwere Zeiten durchlebt als Kanzler. Aber ich sage euch: Wenn Sozialdemokraten im Amt des Bundeskanzlers als Krisenkanzler bezeichnet wurden, dann haben sie die Krisen auch gelöst. Bei Angela Merkel bekommt das Wort „Krisenkanzlerin“ eine völlig neue Bedeutung: Ihre Politik hat in den letzten 24 Monaten die Krise jedes Mal vergrößert. Das ist das, was die Dame in ihrem Amt zustande bringt.

(BEIFALL)

Überall in Europa versuchen Konservative und Neoliberale, zu verschleiern, dass hinter der Krise in Europa genau ihre Ideologie der freien Märkte steckt, ihre Politik des weltweit entfesselten Finanzkapitalismus.

Gemeinsame Entwicklung, gemeinsame Finanz- und Steuer- und Wirtschaftspolitik, über die jetzt auf einmal so viel geredet wird und für die jetzt angeblich auch Frau Merkel ist - das alles war doch von den Konservativen und den Neoliberalen in den letzten 20 Jahren in Europa ganz und gar nicht gewollt. Daran fehlt es doch nicht zufällig, sondern es ist nicht ihre Idee von Europa gewesen. Und strikte staatliche Regeln für die neuen Finanzmärkte schon gar nicht.

Woher stammt denn ein großer Teil der gigantischen Staatsschulden in Europa und der Welt, über die wir jetzt reden? Nicht vergessen: Es waren unregulierte Banken, die seinerzeit die Staaten gezwungen haben, 500 Milliarden Dollar direkt und 1,2 Billionen Dollar indirekt in deren Rettung zu investieren. Da ist das größte Problem der staatlichen Verschuldung weltweit, und da setzt auch die Lösung an, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Verursacher dieser Schulden müssen bis heute nicht einen Cent dazubezahlen, um die Schulden wieder abzutragen. Frank-Walter Steinmeier hat gestern gesagt, dass wir die Finanzmarktbesteuerung brauchen, damit wir auch Wachstum und Beschäftigung in Europa finanzieren können. Das stimmt. Aber ich sage euch: Die Besteuerung der Banken und Spekulanten, die uns in die Krise hineingeführt

hat, wegen derer wir gigantische Schulden haben machen müssen, auch in Deutschland, um Arbeitsplätze und das Ersparte der Menschen zu schützen, ist auch eine moralische Frage und eine Frage des politischen Anstands.

Ich kann niemandem erklären, dass Arbeitnehmer, Familien, Unternehmer, Handwerksmeister, Rentner, Städte und Gemeinden die Zeche derjenigen zahlen sollen, die längst wieder Milliarden mit ihren gemeingefährlichen Spekulationen in der Welt verdienen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wer das zulässt, dem fehlt nicht nur das dringend nötige Geld für den Wiederaufbau Europas, sondern der zerstört jedes Gefühl für Gerechtigkeit, für Fairness und Anstand.

Und er wird immer mehr an Zustimmung für die Demokratie und für Europa verlieren. Deswegen ist es verheerend, dass ausgerechnet die deutsche Bundesregierung die Finanzmarktbesteuerung bis zum heutigen Tag nicht vorantreibt, sondern intern streitet und in Brüssel alles verhindert, was auf den Weg gebracht werden könnte, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Stattdessen hängen die Konservativen und Neoliberalen in Europa und ihre deutsche Version in der Bundesregierung immer noch am Modell eines reinen Binnenmarktes und eines gemeinsamen Währungsraums, in dem vor allem Wettbewerb und Konkurrenz herrschen sollen.

Staat gegen Staat, Unternehmen gegen Unternehmen, Mensch gegen Mensch. Das war und ist ihre herrschende Ideologie. Sie glauben noch immer, dass nur durch diesen entfesselten Wettbewerb allein Leistung und wirtschaftlicher Erfolg möglich ist, dass staatliche Regeln und soziale Sicherheit nur Fesseln für die Märkte und damit Fesseln für den wirtschaftlichen Erfolg sind.

Tatsächlich aber hat dieser Glaube zur Entleerung der Demokratie geführt, liebe Genossinnen und Genossen. Denn nichts anderes ist es, wenn die Bundeskanzlerin die Anpassung an die globalen Märkte als alternativlos hinstellt und dann davon redet, man brauche eine ich zitiere „marktkonforme Demokratie“. Genau das wollen wir nicht.

(BEIFALL)

Nirgendwo ist der Unterschied klarer als bei diesem verräterischen Satz: Wir wollen keine marktkonforme Demokratie! Wir wollen einen demokratiekonformen Markt, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist der Unterschied!

(LEBHAFTER BEIFALL)

Versteht ihr: Es geht nicht nur um kleine Gesetzesänderungen. Es geht nicht nur um Technik. Es geht um eine ganz andere Richtung. Es geht darum, dass wir ihr diese Deutungshoheit nicht überlassen dürfen. Wir müssen uns um etwas anderes kümmern: um die berechtigten Sorgen der Menschen, um ihre Angst vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut, um die mangelnde Förderung von Kindern und auch um den wachsenden Zorn vieler Menschen, die mit ansehen müssen, wie Finanzmärkte regieren, statt die von ihnen gewählten Parlamente.

Ich sage euch: Mir ist es eigentlich völlig egal, ob „die Märkte zur Ruhe kommen“; ich will, dass die Menschen wieder ruhig schlafen können! In Europa dafür zu sorgen, ist unsere Aufgabe, und nicht, uns um die Märkte zu kümmern.

(BEIFALL)

Es ist jetzt an uns, für Klarheit zu sorgen. Ja, es gab und gibt in Griechenland auch echtes Regierungsversagen, das zu einer viel zu hohen Verschuldung, Korruption und Steuerhinterziehung geführt hat. Übrigens: Es war der Oppositionsführer und Sozialdemokrat Georgios Papandreou, der, lange bevor er Ministerpräsident wurde, der Europäischen Kommissionen einen Brief geschrieben hat, sie angerufen hat, um Gespräche gebeten und gesagt hat: Hört zu, hier wird betrogen von der konservativen Regierung! Die Zahlen stimmen alle nicht.

Es waren der konservative Herr Barroso und seine konservative Freundin Angela Merkel, die darüber nicht reden wollten. Denn es war ein konservativer Freund von Ihnen in der Regierung in Athen. Es ist schlimm genug, dass ein so mutiger Mann wie Georgios Papandreou so weit gehen musste. Frank Walter hat recht: Er hat jeden Respekt von uns verdient. Er ist einer von uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber wer so tut, als wäre dies das Kernproblem Europas und der Eurozone, der vergisst die eigentlichen Ursachen der dramatischen Verschuldung. Genossinnen und Genossen, deshalb geht es nicht allein um technische Regeln, nicht um Gesetzestexte allein. Darum geht es sicher auch. Aber dahinter steht eine enorm politische Frage, und zwar eine soziale Frage. Und weil es eine soziale Frage ist, weil es dabei auch um Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen geht, fällt es den Konservativen und Liberalen so schwer, sie klar und eindeutig zu beantworten; denn soziale Fragen, Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen scheuen sie seit 30 Jahren wie der Teufel das Weihwasser. Die neuen sozialen Fragen – vielleicht sind es auch die alten heißen wieder: Demokratie oder Herrschaft der Finanzmärkte? Soziale Gerechtigkeit oder wachsende Ungleichheit? - Darum geht es in Deutschland, in Europa und weltweit. Und anders als bei CDU/CSU und FDP ist unsere Antwort klar: Wir kämpfen für Demokratie und Gerechtigkeit. Deswegen ist das der richtige Titel für unseren Parteitag, liebe Genossinnen und Genossen. Darum wird es in den nächsten Jahren gehen.

(BEIFALL)

Wir wollen den außer Kontrolle geratenen Kapitalismus zum zweiten Mal in unserer Geschichte bändigen. Wir wollen, dass die soziale Marktwirtschaft zurückerobert wird. Das ist übrigens die Marktwirtschaft der kleinen Leute. Die soziale Marktwirtschaft ist für die einfachen Leute, für die kleinen Unternehmer, für die Selbstständigen, für die Mittelständler, für die Handwerker, für die Familienunternehmen. Soziale Marktwirtschaft ist nicht die, die sich die Finanzmärkte und Banken wünschen. Deshalb müssen wir sie verteidigen und zurückerobern - in Deutschland, in Europa und darüber hinaus, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir wollen sie mit ihren Freiheiten, aber auch mit ihren Regeln und Grenzen, mit ihren Chancen für jeden Einzelnen, aber vor allem auch mit ihrer Orientierung auf das Gemeinwohl.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin sicher: Wir erleben gerade das Ende einer Epoche. Das Zeitalter des Marktradikalismus ist vorbei. Und wir erleben den Beginn einer neuen Epoche. Und das wird – da bin ich sicher eine sozialdemokratische sein!

François Hollande, sie beginnt im Mai in Paris, in Frankreich. In Deutschland kommt sie in 2013, und ich bin sicher, sie kommt dann Schritt für Schritt in ganz Europa. Vielen Dank, dass du vorangehst, lieber François!

(BEIFALL)

Denn wir werden sie nicht mehr im nationalen Alleingang bekommen. Wir wollen das in Europa gemeinsam schaffen und am besten noch darüber hinaus. Martin Schulz hat gestern zu Recht darauf hingewiesen: Es geht darum, mit unseren Freunden in Lateinamerika, in Indien und auch in Afrika stärker zusammenzuarbeiten. Selten war die internationale Tradition der Sozialdemokratie so wichtig und von so großer Bedeutung für unsere eigene Nation wie heute. Das ist das Erbe, das mit dem Namen Willy Brandt verbunden ist. Ich sage euch: Dieser Internationalismus hat bis heute nichts von seiner Aktualität verloren. Das ist etwas, das wir in dieses neue Zeitalter einbringen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Der arabische Frühling ist ein Kampf um Demokratie, aber er ist eben auch ein Kampf um soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt. Deshalb fühlen wir uns mit ihm in besonderer Weise verbunden. Er verdient alle Unterstützung, und die Träger und Mitstreiter dieser Bewegungen brauchen unsere tatkräftige Unterstützung und Solidarität.

Aber was der arabische Frühling nicht braucht, liebe Genossinnen und Genossen, sind Panzerlieferungen der deutschen Regierung an die feudalen Herrscherhäuser, die diesen Frühling unterdrücken wollen.

(BEIFALL)

Der Kampf um Demokratie und Gerechtigkeit heißt auch – da vorne sitzt Heidi Wiecek-Zeul, dass wir beim Thema Waffenexporte noch viel restriktiver werden müssen. Nie wieder dürfen wir denen Waffen geben, die damit die Freiheitsbewegungen in der Welt unterdrücken, liebe Genossinnen und Genossen! Nie wieder!

(BEIFALL)

Für all das, für die Bändigung der Finanzmärkte, für die Rückeroberung der sozialen Marktwirtschaft, dafür, dass wir miteinander in der Welt und in Europa anständig umgehen, wollen wir eine breite Allianz bilden: Ich habe es schon gesagt: mit den Gewerkschaften zuallererst, die für gute Arbeit streiten und den sozialen Frieden in unserem Land möglich machen. Aber auch mit den Kirchen, die zu Recht für eine humane Verfasstheit der Wirtschaft eintreten. Es ist ein katholischer Bischof, von dem der Satz stammt: „Das Ziel der Globalisierung ist nicht Reichtum für wenige, sondern Gerechtigkeit für alle.“ - Das ist auch ein guter sozialdemokratischer Programmsatz, liebe Genossinnen und Genossen. Das sind Bündnispartner in diesem Kampf für mehr Gerechtigkeit.

(BEIFALL)

Wir wollen mit der Wissenschaft bei den Grundlagen für Innovationen und ressourcensparende Projekte zusammenarbeiten, auch mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Aber unsere Bündnispartner finden wir auch mitten in der Wirtschaft: Handwerksmeister, Selbstständige, mittelständische Familienunternehmen und übrigens auch viele Manager großer Unternehmen sind doch genauso Opfer des gnadenlosen Casino-Kapitalismus geworden.

Die übergroße Zahl der deutschen Unternehmer und Manager sind nicht unsere Gegner, liebe Genossinnen und Genossen, sondern unsere Partner für eine Wirtschaft mit Verantwortung für Mensch und Natur. Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Zusammenhalt und ökologische Verantwortung - dafür wollen wir in Deutschland und Europa wieder eine Allianz schmieden. Alle müssen mitmachen, liebe Genossinnen und Genossen. Alle müssen mitmachen!

(BEIFALL)

Das ist Politik für die Mehrheit und für die Mitte in Deutschland. Die anderen haben die Deutungshoheit über die Mitte in Deutschland längst verloren. Lasst uns jetzt etwas daraus machen, liebe Genossinnen und Genossen. Die Mitte in Deutschland, die Mitte in Europa, das ist wieder Mitte-Links, liebe Genossinnen und Genossen, Mitte-Links!

(BEIFALL)

Das heißt, wir müssen auch ein anderes Europa bauen. Niemand kann erwarten, dass sich die Menschen in Europa für das europäische Projekt begeistern, wenn sie fürchten müssen, dass der eine Nachbar immer seinen Vorteil auf Kosten des anderen sucht, dass der eine den anderen mit möglichst niedrigen Steuersätzen und mit Sozialdumping unter Druck setzen will und dass bereits das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ als Verstoß gegen die europäischen Regeln gilt. Das mag das Europa der selbsternannten Eliten sein, das Europa, das uns die Wirtschaftstheologen in Politik und Medien seit Jahren predigen. Aber, Genossinnen und Genossen, es ist nicht das Europa der Menschen. Deswegen kann das nicht unser Europa sein. Unser Europa muss ein soziales Europa sein. Darum wird es in den kommenden Jahren gehen.

(BEIFALL)

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa ist dieses Projekt viel mehr als nur ein gemeinsamer Markt. Europa ist vor allem eine Idee vom Zusammenleben der Menschen und der Völker. Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über das Einzelinteresse. Die europäische Idee stellt die kulturelle Vielfalt über den Zwang zur Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, die nachhaltige Entwicklung vor die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur. Übrigens - in Richtung von Frau Merkel -: Die europäische Idee stellt auch die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung.

(BEIFALL)

Wenn wir dieses Europa wieder lebendig machen wollen und wenn dieses Europa Erfolg haben soll, dann muss es ein soziales und ein demokratisches Europa sein, am besten ein sozialdemokratisches.

(BEIFALL)

Der Kolumnist der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, hat recht, wenn er schreibt: „Solange das

europäische Projekt nur als Nutzgemeinschaft der Wirtschaft erscheint und nicht als Schutzgemeinschaft für seine Bürgerinnen und Bürger, wird die Zustimmung in Europa nicht steigen.“ - Er hat recht. In Frankreich, in Deutschland, in allen europäischen Ländern muss die Sozialdemokratie dafür kämpfen, dass die Menschen wieder merken: Europa ist die Schutzgemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Wir wollen Wohlstand und soziale Sicherheit. Wir wollen wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Das ist unsere Idee für Europa, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Übrigens, für uns ist doch klar: Zu dieser europäischen Demokratie gehört auch ein starkes Parlament. Weder eine anonyme Bürokratie noch die hektischen Gipfel von Staats- und Regierungschefs können für die Bürgerinnen und Bürger Europas sprechen. Das kann nur ein frei gewähltes Parlament. Aber dafür muss es endlich zu europäischen Fragen das erste und auch das letzte Wort haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dieses Parlament muss die EU-Kommission als europäische Regierung selbst wählen. Die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten sind dann die zweite Kammer dieses Parlaments, aber nicht die Vorgesetzten frei gewählter Abgeordneter.

(BEIFALL)

Der erste Präsident dieses neuen Europäischen Parlaments muss Martin Schulz werden, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Aufgabe.

(BEIFALL)

Die Zeitenwende, vor der wir im Augenblick stehen, stellt uns vor gewaltige Herausforderungen: die Macht der Finanzmärkte zu brechen, die überbordende Staatsverschuldung zu senken, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wieder zusammenzuführen und die ökologische Frage, also die ungebremste weltweite Erwärmung unseres Planeten, zu beantworten. Genossinnen und Genossen, weder Liberale noch Konservative haben auf diese Fragen glaubwürdige Antworten. Die heutigen Liberalen sind ausgezehrt. Was haben Westerwelle und seine halbstarken Nachfolger aus dieser einstmalig so stolzen Partei bloß gemacht?

(BEIFALL)

Sie haben sie in den letzten 30 Jahren immer mehr zu einer Partei des Marktradikalismus verengt. Sie haben kein „Lieferproblem“, wie Herr Rösler meint. Sie haben ein Produktionsproblem, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber auch Konservative stehen fassungslos vor den Trümmern dessen, was ihre scheinbaren Verbündeten im modernen Kapitalismus so angerichtet haben. Alles, woran sie geglaubt haben, ist entwertet worden. Der entfesselte Markt hat das genaue Gegenteil von dem hervorgerufen, wofür Konservative normalerweise stehen. Statt Anstand und Respekt und Maß und Mitte herrschen Gier, Rücksichtslosigkeit und Maßlosigkeit. Die Konservativen haben keine Antworten darauf, wie ihnen das passieren konnte. Es ist aber auch nicht die Zeit, um den Antworten der „Linken“ nachzulaufen. Die haben auch keine rich-

tigen Antworten auf die Zeitenwende, weil man die wirtschaftliche Staatsfeindlichkeit der Neoliberalen nicht einfach durch eine neokommunistische Staatsgläubigkeit ersetzen kann. Schließlich haben sich die staatlichen Landesbanken genauso unverantwortlich verhalten wie die privaten Großbanken, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Heute geht es nicht um die Alternative: Staat oder Markt. Diese Frage führt immer in die Irre und immer ins rechte oder linke Abseits. Marktwirtschaft, Wettbewerb und unternehmerische Freiheit sind unverzichtbare Voraussetzungen für wirtschaftliche Dynamik und Leistungsfähigkeit. Aber diese Märkte brauchen eben Regeln. Märkte ohne staatliche Regeln sind genauso schlimm wie staatliche Regeln ohne Märkte.

(BEIFALL)

Eines ist bei dieser Debatte für uns besonders wichtig: Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen: „Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“, dann ist darin auch das große Erbe des Liberalismus enthalten. Liberalismus ist etwas anderes als der FDP-Marktradikalismus. Wahrer Liberalismus vertraut weder einem allmächtigen Staat noch einem regellosen Markt. Dieser wahre Liberalismus ist vor allem eine innere und eine Geisteshaltung. Sie schützt den Einzelnen ebenso vor dem grenzenlosen Zugriff des Staates, wie sie ihn vor der Macht des wirtschaftlich Stärkeren schützt. Liberalismus will die Freiheit des Individuums genauso sichern wie das Gemeinwohl. Das alles hat mit dem Schnäppchenjäger-Liberalismus der FDP nichts zu tun.

Willy Brandts Aufforderung, mehr Demokratie zu wagen, war ein Appell an freie Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, ihre freiheitlichen Rechte wahrzunehmen, die weit über die Rechte eines Marktteilnehmers hinausgehen. Dieser Freiheitsbegriff ist Prinzip unserer Demokratie, und er ist seit langem bei uns Sozialdemokraten zu Hause; denn sein Kern ist zutiefst humanistisch und emanzipatorisch. Freiheit ist nicht nur ein ökonomisches Programm, sondern vor allem das Prinzip von Gleichberechtigten, die Teilhabe am Haben und am Sagen in Wirtschaft und Gesellschaft, beim Zugang zu Wissen und Bildung, durch Meinungsäußerung außerhalb und innerhalb des weltweiten Netzes beanspruchen wollen. Für sie und ihre Freiheit kämpft die SPD. Deshalb sind und bleiben wir die Partei der Freiheit, liebe Genossinnen und Genossen. Der Freiheitsbegriff ist bei uns zu Hause.

(BEIFALL)

Warum sage ich das auf einem SPD-Bundesparteitag, auf dem es um die Zukunft der SPD geht, wie sie sich aufstellt? - Weil die SPD sich auch als Erbin des politischen Liberalismus verstehen muss. In diesem Sinne, wie ich es eben beschrieben habe, müssen wir uns politisch, sozial und liberal aufstellen, orientiert an sozialer Gerechtigkeit ebenso wie am Bild einer Gesellschaft freier und selbstbestimmter Menschen. Die Idee, Genossinnen und Genossen, des Liberalismus ist einfach zu wichtig für unsere Gesellschaft, um sie einfach aufzugeben, nur weil die FDP sie aufgegeben hat. Bei uns hat sie ihre neue Heimat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber die größte Herausforderung für die Sozialdemokratie ist nicht die unbeschreibliche schwache und schlechte Bundesregierung und ihre marktkonforme Kanzlerin. Die größte Herausforderung der Sozialdemokratie, Genossinnen und Genossen, ist etwas ganz Anderes: Das ist die Ohnmacht, das Gefühl der

Ohnmacht, das inzwischen viele Menschen in Deutschland erfasst hat; der tief sitzende Eindruck, dass die Politik ohnehin nichts mehr bewirken kann, dass sich Engagement in der Politik nicht lohnt, nicht einmal mehr das Wählen gehen. Die Sozialdemokratie lebt von der Hoffnung der Menschen. Sie lebt vom Engagement, vom Wissen darüber, dass nicht alles gleich besser und gut wird, aber dass Menschen darüber entscheiden können, wie sie leben wollen; dass sie Herrscherinnen und Herrscher ihres eigenen Lebens sind; dass sich politisches Engagement lohnt; dass sich Wählen gehen lohnt; dass politische Parteien Fehler machen, aber dass in der langen Linie das Leben besser wird, wenn man sich engagiert.

Und wenn diese Hoffnung stirbt, wenn immer mehr Menschen sagen, das bringt doch sowieso nichts, dann ist das der größte Feind der Sozialdemokratie. Ich behaupte: Der größte Feind der Demokratie ganz generell.

(BEIFALL)

Es gibt zwei gefährliche Seiten dieses Ohnmachtsgefühls. Die eine Seite ist das Gefühl, dass auch die Politiker ohnmächtig sind, weil in Wahrheit das Geld die Welt regiert, und dass man sich auf nichts verlassen kann. Die Finanzmärkte, oder große Interessen, setzen sich sowieso durch. Dafür haben Angela und ihre Hinterzimmer-Koalition in nur zwei Jahren leider zahlreiche Belege geliefert. Aber das zweite Ohnmachtsgefühl ist vielleicht noch viel gefährlicher für uns: Das Gefühl eigener Ohnmacht gegenüber abgehobenen Politikern und Parteien, die man für unfähig und unwillig hält, sich mit dem wirklichen Alltag der Menschen auseinanderzusetzen; von denen man denkt, dass das „die da oben“ sind und man selber „da unten“ ist. Ihr alle kennt das. Wenn wir vor 20 Jahren in die Betriebe gegangen sind – wie war das denn? Wenn ich dahin gegangen bin, dann haben mich die Jugendvertreter und Betriebsräte als Sozialdemokraten identifiziert. Wenn ich heute hingehe, bin ich oft nur einer von denen aus der Politik – ein Politiker. Der Kampf gegen die Abwendung von der Politik, ganz allgemein gegen den sich verfestigenden Eindruck: „die da oben, wir hier unten“, lässt sich nur gewinnen, wenn wir neben allen Programmen, Gesetzesinitiativen und praktischer Politik auch unser Verhalten ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das beginnt bei ganz einfachen Dingen. Es gibt keinen Grund, die Nebeneinkünfte von Abgeordneten nicht auf Cent und Euro zu veröffentlichen. Es gibt keinen Grund.

(BEIFALL)

Die Menschen wollen wissen, ob sie ihre Abgeordneten bezahlen oder irgendwer anders. Machen wir uns nichts vor: Es ist unser eigenes Verhalten, der Blick darauf, ob wir die Werte selbst einhalten und vorleben, von denen wir so oft sprechen. Übrigens: Auch der Umgang miteinander ist für ganz viele Menschen ein sichtbares Symbol für die Glaubwürdigkeit oder die Unglaubwürdigkeit von Politik. Sie erwarten übrigens zu Recht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr als von anderen. Mein Gott, bei CDU und FDP findet das eben keiner überraschend, wenn die, nachdem sie Minister waren, hinterher in dem Bereich, für den sie zuständig waren, dann einen Job in der Wirtschaft bekommen. Das finden die bei denen normal; die erwarten nichts anderes. Aber bei uns erwarten die etwas anderes.

(BEIFALL)

Deswegen muss gelten, dass es das für unsere Leute nicht geben kann. Die haben Recht, wenn sie an uns höhere Ansprüche stellen als an die anderen. Es geht also im Kern um die innere Haltung von demokratischer Politik und um den Kampf gegen den wachsenden Zynismus in der Politik und gegenüber der Politik. Diese Haltung doch die SPD und unsere Vertreterinnen und Vertreter immer besonders ausgezeichnet. Das müssen wir wieder sichtbar machen, liebe Genossinnen und Genossen. Das vielleicht Wichtigste dabei: Bei allem, was wir tun, müssen unsere Wertvorstellungen erkennbar sein.

Es wird oft gesagt, die SPD müsse pragmatisch sein. Ja, das stimmt. Aber um ehrlich zu sein: Mein Eindruck war nicht, dass es der SPD jemals an Pragmatismus gemangelt hat. Mein Eindruck war: Manchmal ist es uns eher passiert, dass die Werte, die dahinterstehen, nicht ausreichend sichtbar gewesen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Gerade in der Zeitenwende, die wir heute erleben, muss die SPD Adressat und Träger der wachsenden Wünsche der Menschen nach Veränderung sein. Und wer sich nicht abfinden will mit den Zuständen, die er vorfindet, wer eine Vorstellung von einem anderen, gerechteren friedlicheren und ökologisch vernünftigeren Leben und einer Zukunft hat, der muss bei uns wieder seine politische Heimat finden.

Erinnern wir uns noch einmal an Willy Brandt im Dezember vor genau 40 Jahren. Im Jahr 1971 erhielt der damalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Willy Brandt den Friedensnobelpreis. Vieles sprach damals eher gegen seine Vision eines geeinten und friedlichen Europa als dafür. Doch gerade weil Willy Brandt an seiner Vision festhielt, steht sein Name seitdem weit über die SPD hinaus für eine Politik mit Mut, mit Visionen und mit Leidenschaft, und Willy Brandt stand für das bessere Deutschland.

(BEIFALL)

Die Zeiten haben sich geändert, aber wahr ist: Für dieses bessere Deutschland, für eine andere Politik, für ein besseres Europa muss und will die SPD auch für die stehen, die möglicherweise nicht jeden Tag gleich sagen können, wie man das umsetzt, die aber auf dem richtigen Weg sind. Ihr alle kennt den Satz von Helmut Schmidt: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.“ Der Helmut möge mir verzeihen – ich finde alles richtig, was er gesagt hat, aber in dem einen Satz stimme ich ihm nicht zu: Wer Visionen hat, der muss wieder zu uns kommen, liebe Genossinnen und Genossen, zur SPD. Darum geht es in diesem Land.

(BEIFALL)

Sich gegen den Zynismus in der Politik zu wenden, heißt auch, die tägliche Lebenslage der Menschen nicht zu ignorieren und einen nüchternen Blick auf unser Land zu haben. Dieser Blick zeigt, dass wir von einigermaßen gerechten und fairen Land heute weit entfernt sind. Inzwischen verdient fast ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig in Vollzeit Beschäftigten ein Einkommen, das unter dem Niedriglohn-niveau der OECD im Durchschnitt liegt. Gut 2,5 Millionen Beschäftigte üben einen Zweitjob aus, weil sie von ihrem ersten nicht leben können. Allein in diesem Jahr ist die Zahl um 7 Prozent gestiegen.

„Trotz Aufschwungs in Deutschland sinken die Löhne“, titelte vor kurzem die FAZ und stellte fest: Die guten Jahre am Arbeitsmarkt haben den Beschäftigten nichts gebracht. Diese Entwertung von Arbeit in einem nach wie vor wohlhabenden Land ist unwürdig und in hohem Maße ungerecht. Sie muss endlich

gestoppt werden. Angela Merkel hat nicht verstanden, worum es bei Mindestlöhnen geht. Da geht es nicht um irgendeinen Mindestlohn. Ein echter Mindestlohn soll den, der jeden Tag arbeiten geht, davon unabhängig machen, dass er hinterher zum Staat betteln gehen muss. Da geht es um die Würde von Arbeit. Das ist das eigentliche Thema beim Mindestlohn, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Entwertung von Arbeit ist nach wie vor eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben, die wir in unserem Land lösen müssen.

Dagegen ist die Zahl der Einkommensmillionäre bei uns seit der Finanzmarktkrise vor drei Jahren um mehr als die Hälfte gestiegen, und die Zahl von Haushalten mit Millionenvermögen sogar um ein Viertel, auf 430.000. Die Deutschen haben fast 5 Billionen Euro auf der hohen Kante. Das ist das höchste Geldvermögen, über das die privaten Haushalte in Deutschland je verfügten. Die Kehrseite der Medaille: Mehr als zwei Drittel der Menschen bei uns haben gar kein oder nur ein sehr geringes Vermögen, während allein die obersten 10 Prozent über 60 Prozent des Gesamtvermögens verfügen.

All das wirft nur ein Schlaglicht auf die soziale Schieflage unseres Landes. Es zeigt, dass die Menschen spüren und dass sie es jeden Tag merken: Da ist längst etwas aus den Fugen geraten, und es ist an uns, die Dinge wieder zurechtzurücken, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb ist es richtig, dass sich der SPD auf diesem Parteitag aufmacht, wieder für einen gerechten Ausgleich zwischen den Menschen mit Einkommen aus Arbeit und denen mit Einkommen aus Vermögen und Kapital zu sorgen. Ich sehe, dass Herr Hundt da ist, der uns in den letzten Tagen für unsere Position zur Steuerpolitik heftig kritisiert hat. Weil wir beide, Herr Hundt, beide Mitglied im gleichen Verein sind – leider nicht in der SPD – aber im Verein für deutliche Aussprache, will ich offen sagen, was ich gedacht habe, als ich das gelesen habe. Ich sage Ihnen: Ich kann die Sonntagsreden nicht mehr hören, wo uns Leute sagen: „Ihr müsst Schulden abbauen“, dann jeden Tag noch einen Vorschlag haben, jemanden über eine Steuersubvention zu schützen, dann noch sagen, was wir zusätzlich bei Bildung und Infrastruktur ausgeben sollen, aber nie einen Vorschlag haben, wie wir das bezahlen sollen, Herr Hundt.

(BEIFALL)

Mensch, Sie stehen doch mit beiden Beinen auf der Erde. Sie wissen doch, die Quadratur des Kreises funktioniert nur im Zeitungsinterview. Wenn man das machen muss, dann geht es nicht.

Ich sage Ihnen, was wir eigentlich am Anfang machen wollen. Vielleicht kriegen wir dafür einmal ein Lob. Wir wollen zuallererst einsparen. Das ist übrigens das Gegenteil von dem, was die derzeitige Regierung gerade macht. Die gibt mehr aus für Schulden und nicht weniger. Wir wollen einsparen.

(BEIFALL)

16 Milliarden Euro wollen wir aus Einsparungen erwirtschaften, das stimmt, genau so viel durch ein

gerechteres Steuersystem. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn ein Staat 300 Milliarden Ausgaben und 247 Milliarden Euro Steuereinnahmen hat, dann muss er beides tun: Er muss einsparen, und er muss für ein gerechtes Steuersystem sorgen. Wer das nicht macht, der darf alles kritisieren, was wir tun. Aber dem wünsche ich – zumindest wenn er Mitglied in der SPD ist – dass er in die Regierungsverantwortung kommt, damit er die Dinge, die er da öffentlich erklärt, einmal umsetzen muss. Wenn Sie einen Job haben wollen, melden Sie sich bei uns, wir würden Ihnen gönnen, dass Sie das einmal in der Praxis machen müssen.

(BEIFALL)

Sonntags reden und übrigens auch sonntags Interviews helfen uns nicht. Man muss den Mut haben zu Einsparungen und auch zu einer echten Debatte über eine größere Steuergerechtigkeit. Diesen Mut haben wir. Wir müssen Schulden abbauen. Zu hohe Schulden bringen uns in immer größere Abhängigkeiten von den Finanzmärkten, und das merken wir doch gerade. Deswegen, Genossinnen und Genossen, war es richtig, dass ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister Peer Steinbrück – da unten sitzt er – die Schuldenbremse in die Verfassung gebracht hat. Die anderen verstoßen gerade dagegen. Er ist der, der für Stabilität in Deutschland gesorgt hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Peer, spätestens jetzt, wo die die Schuldenbremse brechen wollen, zeigt sich: Wenn dir Leute erzählen, ausgerechnet CDU und FDP könnten mit Geld umgehen, das sind Ammenmärchen, das ist ein Historiendrama, aber nichts, was für die Realität zutrifft.

(BEIFALL)

Es stimmt auch nicht, dass durch ein gerechtes Steuersystem Personengesellschaften der Wirtschaft an die Grenzen ihrer Existenzfähigkeit gebracht würden. Wer hat denn die Gewerbesteuer gegen die Einkommensteuer anrechenbar gemacht für Personengesellschaften? Das waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(BEIFALL)

Der Spitzensteuersatz, selbst wenn wir ihn jetzt bei 49 Prozent sehen wollen, war bei Helmut Kohl bei 53 Prozent. Das ist doch mein Problem, weil mir die Jusos das immer vorhalten. Die Jusos orientieren an Helmut Kohl, und ich muss sie abhalten, zu konservativ zu werden, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist heute unsere Situation.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Wir sind echt friedfertig. Wir haben übrigens den Körperschaftsteuersatz drastisch gesenkt, auch etwas für Unternehmen, und das Optionsrecht eingeführt.

Genossinnen und Genossen, all diese Entlastungen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durchgesetzt. Nun bitten wir diejenigen, denen es besonders gut geht in unserer Gesellschaft, um einen höheren Beitrag. Das ist nicht einfach, das weiß ich. Lasst euch bloß nicht einreden, es gingen um Sozialneid, liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde jeden Reichen und Millionär duftete, ich wäre übrigens selber gerne reich. Ich nehme an, außer mir will das im Saal fast keiner.

Aber das ist natürlich etwas Gutes. Wir wissen, hinter Menschen, die reich und wohlhabend sind, steckt ganz viel eigene Leistung. Die meisten, wenn sie nicht gerade aus Vorständen von Hedgefonds und anderswo kommen, arbeiten ganz viel, um wohlhabend zu werden. Das respektieren wir. Aber wir wissen doch auch: Kein Mensch wird nur durch eigene Leistung reich und wohlhabend. Jeder braucht doch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Land, das sozial sicher ist, das Bildung garantiert, das Rechtsstaat garantiert. Jeder braucht eine Gesellschaft, die einem hilft, aus der eigenen Leistung auch wohlhabend und reich zu werden. Wenn das Land, das mitgeholfen hat, dass man wohlhabend wird, in Schwierigkeiten steckt, dann ist es doch kein Sozialneid, wenn das Land sagt: Du, dem es besonders gut geht, musst jetzt ein bisschen mehr mithelfen, damit es allen wieder leichter fällt, hier zu leben. Das ist kein Sozialneid. Das ist sozialer Patriotismus. Das wollen wir in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, darum geht es.

(BEIFALL)

Die Senkung der Schulden ist nur eine Aufgabe, die wir vor uns haben. Ich will zwei Beispiele nennen, was wir noch tun müssen. Erstens. Wir brauchen mehr Geld für Erziehung und Bildung in Deutschland. Das unsinnige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss weg, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber eben nicht, damit ein Bundesbildungsminister der guten Kultusministerin von Rheinland-Pfalz erklären darf, was sie zu machen hat, sondern damit der Bund Doris Ahnen und ihren Kolleginnen und Kollegen endlich dabei helfen muss, mehr Geld für Bildung zu haben. 20 Milliarden Euro sind wir schlechter als der Durchschnitt aller Industriestaaten, und damit oft ein bildungspolitischer Zwerg. Das muss sich ändern. Mehr Geld für Bildung ist ganz wichtig in unserem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Auch ich weiß, wir haben einen Fachkräftemangel, und ich ahne, wir werden auch Menschen aus anderen Teilen der Welt bitten müssen, uns zu helfen, den zu beheben. Aber ich muss einmal Folgendes sagen. Erstens: Wenn die darüber klagen, die in den letzten Jahren nicht ausgebildet haben, dann wissen wir, was man damit anfangen muss. Nur noch ein Viertel der Betriebe bildet aus. Das muss sich ändern in Deutschland. Da muss mehr investiert werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Nun sage ich noch etwas. Solange 60 000 Schülerinnen und Schüler jedes Jahr die deutschen Schulen ohne Abschluss verlassen, ohne die Chance zu haben, einen anständigen Beruf zu lernen, solange Hunderttausende von jungen Frauen nicht arbeiten können trotz guten Berufs, nur deshalb, weil sie Kinder haben, solange ältere Arbeitnehmer immer noch zu früh rausgeschmissen werden und solange ein Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine Berufsqualifizierung erwirbt, so lange scheint der Fachkräftemangel noch nicht groß genug zu sein. Denen müssen wir erst einmal eine Chance in Deutschland geben. Dafür brauchen wir mehr Geld für Kindergärten, mehr Geld für Betreuung. Da liegt unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die zweite Aufgabe, die wir finanziell stemmen müssen, ist, unsere Städte und Gemeinden wieder in Ordnung zu bringen.

(BEIFALL)

Städte, Gemeinden, Landkreise, das ist doch etwas anders als eine Organisationsform für Abwasserbeseitigung. Das sind Orte der gesellschaftlichen Integration.

Deshalb muss die SPD wieder die Städte und Gemeinden ins Zentrum ihrer Politik bringen. Die soziale Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen, beginnt in der sozialen Stadt und der sozialen Gemeinde, und die SPD ist die Partei der sozialen Gemeinde und der sozialen Stadt. Das steht für uns in der Politik wieder ganz vorne an.

(BEIFALL)

Es ist kein Zufall, dass alle deutschen Millionenstädte von Sozialdemokraten regiert werden – und auch die Mehrheit der Hunderttausenderstädte. Es ist übrigens auch kein Zufall, dass aus drei erfolgreichen Oberbürgermeistern jetzt drei erfolgreiche sozialdemokratische Ministerpräsidenten werden. Torsten Albig, Stephan Weil und Christian Ude: Ihr seid die Richtigen, weil ihr wisst, wie das geht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will noch auf etwas hinweisen, was mir im Zusammenhang mit der Entwicklung der Städte besonders wichtig ist, weil wir erleben, dass die Finanznot der Kommunen oft zur sozialen Entleerung, zur kulturellen Entleerung und zur Verwahrlosung geführt hat. Ich bin mir ganz sicher: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Zunahme an sozialer Verwahrlosung in unseren Gemeinden und Städten und dem Anwachsen von Rechtsradikalismus.

Ja, die NPD gehört verboten – nicht erst seit den aufgedeckten Morden, sondern schon viel länger.

(BEIFALL)

Sie ist die braune Spinne im braunen Netz, und es ist seit langem unerträglich, dass wir nur, weil die sich eine Partei nennen, Steuergelder dafür ausgeben, dass sie ihre mörderischen Parolen unters Volk bringen dürfen.

(BEIFALL)

Lasst uns aber nicht vergessen, dass es um mehr geht, nämlich auch um die sozialen Grundlagen des Rechtsradikalismus. Sie zu bekämpfen, muss vielmehr Gegenstand unserer politischen Anstrengungen werden. Es geht daher auch um eine geistige Auseinandersetzung in der Mitte der Gesellschaft; denn Tatsache ist, dass Rechtsradikalismus umso größere Erfolgchancen hat, je mehr in der Mitte der Gesellschaft offene Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile ignoriert werden, verdrängt oder sogar propagiert werden.

Natürlich gibt es in allen modernen Gesellschaften eine Vielzahl von Ängsten, von Brüchen in der Biografie, von Überforderung. All das produziert Sehnsüchte, – autoritäre Sehnsüchte – und den Wunsch nach den ganz einfachen und scheinbar ganz klaren Antworten – nicht nur an den Rändern der Gesellschaft, sondern auch im Zentrum. Dagegen hilft oft auch die beste Aufklärung nicht, weil es oftmals mehr um das Gefühl geht als ums Wissen.

Deshalb brauchen moderne Gesellschaften immer ein Mindestmaß an individueller sozialer und kultureller Sicherheit. Die permanente Erfahrung von Unsicherheit, Konkurrenz und Unterlegenheit in der marktradikalen Welt der letzten 20, 30 Jahre hat viel von dieser notwendigen sozialen und kulturellen Sicherheit verschwinden lassen. Genau da setzen die rechtsextremen Vereinfacher an. Deshalb, Genossinnen und Genossen, müssen wir wieder für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen.

In soziale und kulturelle Entleerung und Verwahrlosung dringen die Neonazis ein. Es müssen doch alle Alarmglocken schrillen, wenn die NPD in Städte geht und sagt: „Wir verstehen, ihr habt kein Geld und müsst das Jugendzentrum zumachen. Macht nichts, wir führen das als NPD für euch weiter.“ Das darf doch nicht wahr sein, dass wir so weit gekommen sind!

(BEIFALL)

Diese Entwicklung müssen wir stoppen und umkehren. Auch dafür ist eine Politik, die den Städten und Gemeinden wieder Kraft gibt, die richtige Antwort.

Natürlich gibt es noch mehr Herausforderungen in unserem Land: eine echte Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, bezahlbare Wohnungen für junge Familien genauso wie für altersgerechtes Wohnen, oder der Umbau unserer Städte und Gemeinden im Rahmen des demografischen Wandels. Alle dies Herausforderungen lässt die derzeitige Regierung unbearbeitet, weil sie sich auf nichts einigen können.

Nicht zu vergessen die Energiewende! Der frühere CDU-Umweltminister und Vorsitzende der von Angela Merkel eingesetzten Ethikkommission zum Atomausstieg, Klaus Töpfer, wurde gerade gefragt, ob er eigentlich damit zufrieden sei, wie die Energiewende nun laufe. Seine Antwort war so klar wie kurz – ich zitiere: „Ganz klar: Nein.“

Was wir jetzt brauchen, ist ein echtes Konjunkturprogramm für die Durchsetzung der Energiewende, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir müssen Investitionen in Energieeinsparung, in Energieeffizienz, in Forschung und Entwicklung, in Elektromobilität und vieles andere fördern. Von allein kommt die Energiewende nicht. Wir könnten uns damit auf einen drohenden Abschwung vorbereiten und Arbeitsplätze sichern – übrigens nicht nur in Deutschland. Wenn wir jetzt Pläne schmieden, wie man aus der Sonne der Sahara Strom machen kann, und den Strom dann nach Deutschland und Europa bringen wollen, dann sage ich: Macht das, aber helft mal denen in Afrika, dass sie nicht so viel Geld für Gas und Erdöl ausgeben müssen. Da ist das Projekt am besten aufgehoben.

(BEIFALL)

Warum fangen wir in Europa eigentlich nicht damit an, unsere Sonne zu Strom und gleichzeitig zu Arbeitsplätzen zu machen? Das wäre ein Programm für Hoffnung und Arbeit: Die Solarindustrie in Griechenland, in Süditalien, in Spanien, in Portugal nach vorne zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen und den Klimawandel zu bekämpfen: Das wäre ein Programm für die Europäische Union, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Solche Beispiele braucht Europa, und solche Beispiele braucht die Welt.

Jetzt gerade tagt in Durban, in Südafrika, die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen. Es ist eine Schande zu sehen, wie sehr die Staats- und Regierungschefs der großen Industriestaaten und auch der Schwellenländer mit Millionen Menschen spielen und ihre Zukunft gefährden – übrigens auch die ihrer eigenen Kinder und Enkelkinder. Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung und von der Europäischen Union, dass wir als reiche und technologisch fortschrittliche Region mit gutem Beispiel vorangehen: mit mehr erneuerbaren Energien, mit weniger Energieverbrauch, weniger Kosten und weniger Treibhausgasen. Das ist unsere Idee für Wachstum und Umweltschutz in der Welt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Für all das brauchen wir einen Regierungswechsel und einen Richtungswechsel in Deutschland.

Wir kämpfen dabei übrigens um drei Mehrheiten: Natürlich um die soziale Mehrheit. Das ist die Mehrheit der Menschen, die soziale Verantwortung und Sensibilität besitzen. Sie wissen, dass ohne soziale Gerechtigkeit keine moderne Demokratie lebensfähig ist. Diese Mehrheit war stets bei uns, bei der SPD, zu Hause.

Wir brauchen aber auch eine wirtschaftliche Mehrheit. Das sind Unternehmer, Selbstständige, Kreative, Handwerksmeister, aber eben auch Menschen, die wissen wollen, wie wir der Wirtschaft Schwung geben und neue Jobs schaffen. Sie wollen wissen, wie wir Wachstum und Innovation voranbringen. Auch die vielen sogenannten kleinen Leute, die hart arbeiten und oft schlecht bezahlte Jobs haben, wollen das übrigens wissen. Ohne diese Wirtschaftskompetenz war die SPD in ihrer Geschichte nie mehrheitsfähig, und deshalb geht es uns auch um diese wirtschaftliche Mehrheitsfähigkeit.

Nicht zuletzt geht es um die kulturelle Mehrheit. Hier entscheiden sich übrigens mehr und mehr die Wahlen, weil es um Emotionen und gelebte Werte in einer Gesellschaft geht. Hier geht es um die gelebte kulturelle Vielfalt in einem modernen Einwanderungsland, das sich endlich auf den Weg machen muss, um vom Einwanderungsland, das wir längst sind, zu einer echten Einwanderungsgesellschaft mit echter Teilhabe in dieser Gesellschaft zu werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Hier geht es um das Miteinander in der Gesellschaft – auch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Vorgestern war der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung. Es ist eine Schande, dass Deutschland die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zwar unterschrieben, aber bis heute nicht umgesetzt hat.

(VEREINZELT BEIFALL)

In dieser kulturellen Mehrheit geht es um die Menschen, die von einer modernen und erwachsenen Demokratie mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr Hierarchiefreiheit erwarten.

Wer die politische Mitte erringen will, wer die Deutungshoheit erringen will, der muss um alle drei Mehrheiten kämpfen. Lasst uns deshalb um jede Wählerin, um jeden Wähler, vor allem aber um die kämpfen, die beim letzten Mal zu Hause geblieben sind, und lasst uns ihnen sagen: Wenn ihr wirklich

etwas anderes wollt, als ihr jetzt erlebt, dann müsst ihr 2013, und übrigens davor schon in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in Bayern, eine Partei wählen, und das ist die SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist die, die dafür steht.

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokraten müssen und wollen für diesen Politik- und Richtungswechsel wieder die organisierende politische Kraft in Deutschland werden.

Wenn wir vor zwei Jahren in Dresden diesen Führungsanspruch artikuliert hätten, liebe Genossinnen und Genossen, hätte man uns wohl ausgelacht. Damals hat man uns für lange Zeit abgeschrieben. Doch jetzt sind wir wieder im Spiel und in manchen Umfragen schon fast wieder auf Augenhöhe mit der Union.

Und wenn nun alle über die Frage spekulieren, wer der nächste Kanzler der SPD wird, liebe Genossinnen und Genossen, dann lasst uns das heiter und gelassen zur Kenntnis nehmen. Denn damit steht eines fest: Angela Merkel ist es dann nicht mehr. Es ist ganz einfach.

(BEIFALL)

Wobei – ich weiß nicht, wie euch das gegangen ist: Gestern Vormittag dachte ich, wir haben schon einen. Aber der Helmut wollte nicht mehr, ich habe ihn gefragt.

Und lasst euch auch nichts einreden: Hier gibt es kein Casting. Wer darüber so schreibt, der guckt zu viel Fernsehen und versteht zu wenig von Politik. Das ist doch Quatsch. Was wir hier zeigen, ist doch, wen wir und was wir zu bieten haben. Und das geht weit hinaus über drei Männer: Da ist Hannelore Kraft, da ist Manuela Schwesig, da ist Elke Ferner, da ist Andrea Nahles - da sind ganz, ganz viele in der Partei.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Übrigens: Man wird ja als Vorsitzender ständig genervt mit der Frage, wer denn nun Kanzlerkandidat wird. Darauf habe ich mal gesagt: Prinzipiell sind alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auch gute Kanzlerkandidaten. Wisst ihr, was mir aufgefallen ist? Der einzige, der widersprochen hat, war Erwin.

Also, nehmt das locker und heiter. Lasst die ihre Spielchen spielen. Ich finde es wunderbar, dass sie sich darüber den Kopf zerbrechen, wer von uns es werden wird. Im Ernst: Am Ende des nächsten Jahres oder zu Beginn des Bundestagswahljahres werde ich - wenn ihr mich wiederwählen solltet - einen Vorschlag machen, wer aus meiner Sicht für uns für das Amt des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin kandidieren soll. Und dann entscheidet die Partei, und sonst niemand. Und sonst niemand, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Bis dahin lasst den Medien ihren Spaß, aber beteiligt euch nicht daran. So bleiben wir im Gespräch, aber kommen nichts ins Gerede.

Denn die Gleichen, die uns vor zwei Jahren prophezeit haben, dass wir uns innerlich zerlegen würden, schreiben doch schon wieder die gleichen Vorhersagen auf, wenn es auf die Frage der Kanzlerkandidatur kommt. Ich sage euch: Wir werden die Kaffeesatzleser zum zweiten Mal enttäuschen.

Wir wollen, dass der Kandidat oder die Kandidatin auch ins Kanzleramt kommt. Deshalb bleibt gelassen und vertraut nur auf eines: auf eure Stärke, weil sie am Ende unsere Partei, unsere SPD stärkt. Lasst euch keine falschen Debatten zur Unzeit aufschwätzen, egal wer es versucht. Freut euch über gute Umfragen, und ärgert euch nicht zu sehr, wenn sie mal nicht so gut sind, und vertraut nur eurem Gefühl für die Sache der Menschen. Denn darin seid ihr und die Mitglieder der SPD die eigentlichen Experten in Deutschland. Das sind nicht die Medien, sondern das seid ihr und sonst keiner, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Politikwechsel schaffen wir aber nur mit einer Koalition, die ganz klar einen anderen Kurs einschlägt und eindeutige Alternativen zur bestehenden Durchwursterei formuliert. Für mich heißt das, damit es hier keine Zweifel gibt: Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wollen wir mit den Grünen als Koalitionspartner. Das ist eine echte Veränderungskalition und keine halbe, und die braucht Deutschland. Mit den Grünen verbindet uns vor allem eine inhaltliche Erkenntnis: Die Finanzkrise und die ökologische Krise haben nämlich etwas gemeinsam: die Geringschätzung der Zukunft. Alles was heute ist, scheint seinen Preis zu haben, aber was morgen und übermorgen kommt, scheint für uns kostenlos zu sein. Es fordert oft einen hohen Preis von unseren Kindern und Enkeln. Sie werden die Zinsen für unsere Schulden abbezahlen müssen, und sie werden die finanziellen Folgen und die gesundheitlichen Folgen und die wirtschaftlichen Folgen der ökologischen Katastrophen schultern müssen.

Wir treten deshalb an, für mehr Nachhaltigkeit zu sorgen. Das ist auch - das stimmt - eine grüne Idee, aber im Ursprung eine ursozialdemokratische, angestoßen von Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland, von drei großen Sozialdemokraten.

(BEIFALL)

Im Zentrum dieser Idee stehen nicht die Finanzmärkte, nicht einmal die Höhe des jährlichen Wirtschaftswachstums, sondern im Zentrum dieser Idee steht die Qualität des Lebens. Lebensqualität ist mehr und vor allem etwas anderes als Wirtschaftswachstum. Heute wissen wir: Längst nicht alles, was wächst, lässt auch die Lebensqualität wachsen. Energie- und Umweltverbrauch, Rohstoffverbrauch, Flächenverbrauch, hohe Erträge in der Landwirtschaft durch Gentechnik und eine industrielle Tierproduktion - das alles hat mit Lebensqualität nichts zu tun.

(BEIFALL)

Aber Bildung, Zeit für die eigenen Kinder, Zeit für die Eltern und Großeltern, Zeit für Sport und Kultur, Investitionen in erneuerbare Energien, in umweltschonende Verkehrstechniken und Autos oder in die medizinische Forschung gegen Aids, Alzheimer und Krebs - das brauchen wir, das muss wachsen. Das andere muss schrumpfen. Dafür muss die Politik die richtigen Anreize setzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Warum sage ich das? Weil man Koalitionen mit Inhalten begründen muss und nicht mit bloßer Machttaktik. Von Machttaktik nach dem Motto: „Wie kommt man am schnellsten an die Fresströge?“ – davon haben die Menschen die Nase nach dieser Koalition aus CDU, CSU und FDP voll. Wir wollen keine Liebesheirat, kein Projekt. Wir wollen gemeinsam Politik machen. Dafür gibt es mit den Grünen

die größten Schnittmengen, liebe Genossinnen und Genossen. So begründet man Koalitionen und nicht anders.

(BEIFALL)

Wenn man sagt, da haben wir Schnittmengen, dann gibt es auch Dinge, die uns trennen. Wir werden zeigen, dass wir uns durchsetzen. Denn wir wissen, dass zu einer erfolgreichen und dynamischen Wirtschaft auch eine moderne Infrastruktur gehört: Verkehrswege, Kommunikationsverbindungen, Pipelines, Strommasten. Das alles bringt auch Belastungen und manchmal Risiken mit sich. Wir wollen Belastungen und Risiken abwägen. Aber eines dürfen wir nicht tun, liebe Genossinnen und Genossen: den Menschen einreden, dass Fortschritt ganz ohne Belastungen und ganz ohne jedes Risiko funktionieren würde.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Da klatschen jetzt nicht ganz so viele. Das ist aber so! Gerade aus der zurückliegenden Finanzmarktkrise haben wir gelernt: Für den Wandel in eine ressourcenschonende und nachhaltige Wirtschaft brauchen wir gerade die Stärke und Innovationskraft unserer klassischen Industrie. Sie war ausschlaggebend dafür, dass Deutschland besser durch die Krise gekommen ist. Und das muss so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen, daran darf sich nichts ändern.

(BEIFALL)

Die SPD will deshalb eine aktive Industriepolitik. Sie will die Innovationskraft unserer Wirtschaft von Industrie und Mittelstand verbinden mit der Lösung der großen Fragen nach Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Denn wir wissen: Es gibt keine erneuerbaren Energien ohne den klassischen Maschinenbau und die klassische Elektrotechnik. Und es gibt übrigens auch kein umweltschonendes Auto ohne eine starke und innovationsfähige deutsche Automobilindustrie, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das gehört dazu.

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen besser als alle anderen Parteien, wo der Wohlstand unseres Landes verdient wird, auch der Wohlstand, den wir für ökologische Innovationen brauchen. Das ist und bleibt unser Alleinstellungsmerkmal, liebe Freundinnen und Freunde. Und wir wissen übrigens auch, dass zu hohe Strom- und Energiepreise nicht nur die Industrie schwer treffen können, sondern vor allen Dingen auch die Bezieher unterer Einkommen.

Der Wandel zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz darf kein Wandel nur für die sein, die genug Geld haben, die zum Beispiel im öffentlichen Dienst arbeiten und dort hohe Einkommen haben. Das muss ein Wandel sein, den sich alle in Deutschland leisten können, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Bei all dem erwarten die Menschen allerdings eines von uns: eine neue Ehrlichkeit. Warum sage ich das? - Ich sage das, weil wir eine andere Kultur im Umgang mit unseren Wählerinnen und Wählern brauchen. Wir haben doch selbst die Erfahrung gemacht, dass unhaltbare Wahlversprechen zur Enttäuschung der Menschen führen. Und sie wollen keine Versprechungen mehr hören, unter denen im Kleingedruckten steht: Das stellen wir unter Finanzvorbehalt. Das Kleingedruckte lesen sie nämlich nicht.

Ich höre dann immer wieder: Sagt uns ehrlich, wohin Ihr wollt mit unserem Land, welche Prinzipien und Werte Euch dabei leiten. Wir wollen wissen, worauf wir uns verlassen können. Und versprecht uns nichts, von dem wir alle wissen, dass es nicht in die Zeit passt oder wir es nicht bezahlen können. Genau so müssen wir es machen, liebe Genossinnen und Genossen. Denn die Wahl gewinnen wir nicht durch die größten Versprechen, sondern durch das größere Vertrauen der Menschen.

(BEIFALL)

Bei uns sollen die Menschen vor der Wahl wissen, was sie danach zu erwarten haben. Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag mit den Menschen. Das bedeutet im Kern: Wir werden weniger versprechen als jemals zuvor, liebe Genossinnen und Genossen. Aber das, was wir versprechen, das werden wir auch halten. Das ist der Vertrag, den wir neu eingehen müssen; dann bekommen wir auch das Vertrauen in unsere Politik zurück.

(BEIFALL)

Eines haben wir in den letzten zwei Jahren schon wieder gut geschafft: Wir haben unseren Blick für den Alltag geschärft. Das müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer am besten können: Einen Blick zu haben für das Leben anderer in der Gesellschaft, für den Alltag, für die Leistung und harte Arbeit, die viele erbringen und wenig davon haben, für die Hoffnungen, für die Sorgen von Eltern über die Zukunft ihrer Kinder, für die Ängste von Menschen, im Alter nicht mehr selbstständig leben zu können und auf Hilfe angewiesen zu sein.

Willy Brandt hat das mal „Compassion“ genannt. Das ist etwas anderes als Mitleid oder Mitgefühl; es ist der Versuch, zu verstehen, wie andere Menschen leben. Das meinte ich, als ich in Dresden gesagt habe, dass die SPD wieder mehr dorthin gehen muss, wo das Leben laut und anstrengend ist, ja wo es kracht und auch gelegentlich stinkt.

Politikerinnen und Politiker vor allem der SPD müssen nicht nur im Kopf wissen, sondern auch im Herzen fühlen, dass die Lebensbedingungen für die allermeisten Menschen andere sind als die derjenigen, die zum Beispiel in der SPD als Abgeordnete Politik machen. Unsere Gehälter, unsere Renten, Lebens- und Arbeitsbedingungen sind in der Regel weit besser als die derjenigen, über deren Gehälter, Renten, Lebens- und Arbeitsbedingungen wir entscheiden. Oft genug können wir Dinge nicht oder nicht schnell genug ändern. Und manchmal müssen wir sogar trotzdem Entscheidungen treffen, die das Leben von Menschen noch etwas anstrengender machen. Aber die Menschen, die das betrifft, wollen dann wenigstens sicher sein, dass wir wissen, was wir tun, wie sie leben und was wir ihnen zumuten.

Ich sage das in aller Offenheit: Wir müssen wieder eine alte sozialdemokratische Tugend in der aktiven Politik zeigen: Mehr Bescheidenheit und Demut gegenüber den Lebensverhältnissen der Menschen und ihrem Alltag. Denn den Alltag der Menschen genau zu kennen, ist das Wichtigste, wenn man gute Politik machen will, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Hannelore Kraft hat dafür übrigens mit ihrer „Tat-Kraft“-Tour im Wahlkampf ein wunderbares Beispiel gezeigt. Aber sie hat nach der Wahl diese Tour fortgesetzt. Monat für Monat macht sie direkte Erfahrungen vor Ort, dort, wo das Leben ist und wo es anstrengend ist. Und der Erfolg und das neu gewachsene

Vertrauen, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen der SPD und Hannelore Kraft entgegenbringen, kommen genau daher. Das ist das Erfolgsgeheimnis von Hannelore und der nordrhein-westfälischen SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Auf dem Weg können wir dem Land wieder eine andere Richtung geben. Und dabei setzen wir auf Sieg und nicht auf Platz. Mein Gott, eine Partei, die 148 Jahre alt ist, die kann nicht noch einmal Juniorpartner in einer Koalition werden; die muss sie anführen, Genossinnen und Genossen! Darauf setzen wir, auf nichts anderes!

(BEIFALL)

Denkt immer daran: Wir wollen in zwei Jahren wieder regieren, aber nicht um des Regierens willen, sondern weil wir die Lebensverhältnisse der Menschen zum Besseren wenden wollen.

Und nehmt mir eins ab: Als ich in Dresden zu Euch gesprochen habe, da war ich mir keineswegs sicher, dass wir schon heute nach zwei Jahren so weit sein würden.

Wir können unsere Erfolge als Anerkennung für harte Arbeit und freudiges Engagement nehmen. Aber ausruhen dürfen wir uns nicht. Denn die Zeiten werden unruhig bleiben. Ich weiß, das waren zwei anstrengende Jahre. Aber genau das hatte ich euch in Dresden versprochen.

Und ich weiß: Ich bin auch gelegentlich anstrengend. Das hatte ich euch aber auch vorher gesagt. Und mein Eindruck war: Ihr hattet mich auch nicht gewählt, um alles so zu lassen, wie es ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb gebe ich euch auch heute nur ein einziges Versprechen: Die harte Arbeit wird uns erhalten bleiben. Wir haben erst einen Teil des mühsamen Weges geschafft, aber die Erfolge zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Mein besonderer Dank gilt allen im Parteivorstand für die solidarische, manchmal auch kritische Begleitung, aber drei Personen – gestattet es mir, ich will die anderen nicht zurücksetzen – will ich besonders danken. Die Erste ist unsere Schatzmeisterin Barbara Hendricks.

(BEIFALL)

Barbara sagt das nicht, aber manchmal hat ihr Gesicht gezeigt, dass sie gedacht hat: Was kommt denn nun für einer? Sie hat zwei Dinge geleistet: Sie hat eigentlich Unmögliches finanziell möglich gemacht; und wirklich Unmögliches hat sie verhindert, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist eine große Leistung. Vielen Dank, Barbara, ohne dich wären wir nicht so weit gekommen.

(BEIFALL)

Lasst mich ganz persönlich bei noch zwei Freundinnen aus unserem Vorstand bedanken, zum einen bei Astrid Klug, unserer Bundesgeschäftsführerin,

(BEIFALL)

und last but not least bei unserer Generalsekretärin Andrea Nahles.

(BEIFALL)

Ich meine das so, wie ich es sage: Ohne die drei hätte ich meine Arbeit nicht machen können. Liebe Barbara, liebe Astrid, liebe Andrea: Vielen, vielen Dank für das großartige Vertrauen und das großartige Ertragen in manchen Situationen! Es waren zwei gute Jahre für uns alle, glaube ich!

(BEIFALL)

Nach der Wahlniederlage 2009 haben wir unserer Politik wieder Ziel und Richtung gegeben. Das ist der eigentliche Erfolg der letzten zwei Jahre. Lasst uns diesen Weg gemeinsam fortsetzen: ruhig, beharrlich und entschlossen.

Dafür bitte ich euch heute zum zweiten Mal um euer Vertrauen. Und nun zum Mitschreiben für die Medienbank ist besonders wichtig, dass sie das mitbekommt: Nur dafür kandidiere ich heute zum zweiten Mal: als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Morgen steht bestimmt in den Überschriften: „Gabriel kandidiert und verzichtet zugleich.“ – Das tue ich nicht!

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, vor 100 Jahren gab es im „Vorwärts“ ein Bild mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Und darunter stand:

„Nicht betteln, nicht bitten. Nur mutig gestritten.“

Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht.“

Darum geht es heute wieder, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Für eine Wirtschaft mit Verantwortung, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit und für sozialen Zusammenhalt in Deutschland wie in Europa - dafür sind wir wieder gut gerüstet. Dafür steht die Sozialdemokratie. Und dafür wollen wir 2013 den Politikwechsel in Deutschland.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

(NICHT ENDEN WOLLENDER STÜRMISCHER BEIFALL -
DIE GENOSSINNEN UND GENOSSEN ERHEBEN SICH VON IHREN PLÄTZEN)

AUSSPRACHE

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, ich muss euch bitten, jetzt eure natürlichen Bedürfnisse zu unterdrücken: kein Rauchen, kein Kaffeetrinken. Es werden jetzt die Geräte für den Wahlgang verteilt. Ich habe das Signal gekriegt, dass es auch ganz schnell mit dem Wahlgang losgeht. Insofern würde ich bitten, dass ihr wirklich sitzen bleibt und euch das für die Zeit nach der Aussprache und nach dem Knöpfchendrücken aufhebt.

Es liegen neun Wortmeldungen zur Generaldebatte vor. Ich würde damit auch die Rednerliste schließen. Ich rufe als Ersten Alptekin Kirci aus dem Bezirk Hannover auf.

Alptekin Kirci, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr mir auch noch kurz Gehör schenkt. - Lieber Sigmar, vielen Dank für deine engagierte Rede. Ich bin ein einfacher biertrinkender Stadtverbandsvorsitzender aus Hannover. 2009, nach dem schlechten Wahlergebnis zur Bundestagswahl, als du, Sigmar, und auch du, liebe Andrea, die Verantwortung übernommen habt, war ich - muss ich zugeben - zunächst ein bisschen skeptisch. Aber die folgenden zwei Jahre waren zwei richtig gute Jahre. Du hattest es beschrieben. Der SPD wurde ganz wenig Vertrauen geschenkt. Kaum jemand hat uns noch zugetraut, dass wir unsere politischen Ziele durchsetzen können. Das hat sich geändert. Die Menschen vertrauen uns wieder. Sie halten uns für glaubwürdig. Und was ganz wichtig ist: Sie glauben auch daran, dass wir unsere politischen Ziele durchsetzen können. Dafür herzlichen Dank!

(BEIFALL)

Du hast auch ein ganz wichtiges Thema angesprochen, nämlich dass die SPD die Partei der Sozialen Stadt ist. Dieses Jahr konnten wir erleben, dass die Bundesregierung, dass die CDU/FDP im Bereich der Sozialen Stadt kürzen wollte. Das habt ihr von der Bundes-SPD und hat die Bundestagsfraktion verhindert. Wir in Hannover haben Soziale-Stadt-Mittel, und wir sehen auch, wie gut dort die Projekte laufen. Ohne diese Projekte könnte vieles nicht passieren, ob das im Bereich der Integration ist oder auch im Bereich der Bildung.

Du hattest auch noch eine Empfehlung für die Grünen abgegeben. Wir haben in Hannover seit 25 Jahren eine erfolgreiche rot-grüne Regierung. Es funktioniert sehr gut, aber es muss auch immer klar sein, wer dort die Führung hat. Herzlichen Dank.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Als Nächste hat Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hessen-Süd, das Wort.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte Sigmar Gabriel sehr herzlich danken. Er hat es heute hier gemacht, aber er hat es auch in den zurückliegenden zwei Jahren gemacht: Es hat sich engagiert für eine restriktive Waffenexportpolitik und gegen die Ausweitung von Waffenexporten. Das ist das Thema, das die Sozialdemokratie zusammen mit den Kirchen weiterverfolgen wird und wofür wir antreten müssen. Danke, Sigmar, dass du diese Initiative ergriffen hast.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, in einem Tag oder in zwei Tagen wird die Bundesregierung den nächsten Rüstungsexportbericht vorlegen. Der zeigt, dass sich zwischen 2009 und 2010 die Finanzmittel in diesem Bereich bei den Waffenexporten auf 2 Milliarden Euro verdoppelt haben.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, restriktive politische Grundsätze, dass nicht in Spannungsgebiete geliefert wird, dass nicht in Länder geliefert wird, in denen die Menschenrechte verletzt werden und in denen Verletzungen der Menschenrechte mit diesen Waffen unternommen werden können.

Ich habe dem Bundessicherheitsrat über lange Jahre angehört. Meine Erfahrung ist: Es muss Schluss sein mit dieser Geheimhaltungspflicht des Bundessicherheitsrates.

(BEIFALL)

Das ist eine Sache aus den Zeiten des Kalten Krieges. Wir müssen das dadurch erreichen, dass es eine parlamentarische Kontrolle dieser Fragen gibt. Das hat die SPD in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das haben CDU und FDP abgelehnt.

Wir haben gesagt, wir haben unsere Politik auch überprüft. Ich plädiere dafür, dass wir das in unser Wahlprogramm auch mit aufnehmen und damit ein ganz klares Signal für unsere eigene Praxis setzen, liebe Genossinnen und Genossen;

(BEIFALL)

denn - auch das will ich sagen - die Geheimhaltungspflicht führt in letzter Konsequenz dazu, dass die Grundsätze zwar existieren, dass sie aber unter dem Deckmantel der Geheimhaltung faktisch ausgehebelt werden.

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen: Diese Bundesregierung wird ja die Bundeswehr umstrukturieren. Es besteht also die große Gefahr, dass sie das, was sie hier praktisch abbaut, anschließend versucht, in die Welt zu exportieren, und damit die Konflikte weiter anheizt. Wir fordern die Bundesregierung auf: keine Waffenlieferungen, keine Kampfpanzer nach Saudi-Arabien!

(BEIFALL)

Dieser Forderung muss sie nachkommen; denn alles andere bedeutet, einem Land Waffen zu liefern, das die Frauen unterdrückt und das Waffen gegen die Menschen im eigenen Land und in den Nachbarländern einsetzt.

Ich möchte abschließend Johannes Rau zitieren, der in vielen Fragen durchaus vorangedacht hat. Er hat gesagt: Die Welt braucht keinen Waffenexport aus Deutschland. Die Welt braucht Export von Technologie gegen den Klimawandel, und dafür sollten wir uns engagieren.

Danke, Sigmar, für alle diese Initiativen. Das werden wir weiter voranbringen müssen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Es hat das Wort Karl-Heinz Blessing und es kann sich schon vorbereiten Hilde Mattheis, Baden-Württemberg. Die ist die Nächste. - Haben wir die Chance, dass Karl-Heinz Blessing irgendwo noch auf den hinteren Gängen ist und nach vorne kommt? Ansonsten rufe ihn da nach noch einmal auf. Hilde Mattheis wäre die Nächste.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, herzlichen Dank auch von meiner Seite für deine Rede. Du hast uns 2009 aufgefordert, uns eingeladen, uns einzumischen, und das haben wir getan, in zwei Jahren. an einem Beispiel lässt sich das wirklich sehr gut nachvollziehen, nämlich am Beispiel der Organisationsdebatte und Organisationsreform. Vielen Dank dafür!

Ich glaube, auch der zweite Punkt, den du uns 2009 gesagt hast, nämlich: „Lasst uns über unterschiedliche Meinungen freuen“, ist etwas, was du eingefordert hast und wo wir uns hier auf dem Parteitag in hoffentlich guten Diskussionen über die inhaltliche Positionierung und die Weichenstellung für 2013 auseinandersetzen. Diese Offenheit ist ja etwas, das gab es nicht oder gibt es nicht mehr so lange in unserer Partei. Diese Offenheit müssen wir auch auf diesem Parteitag noch mal etwas kultivieren. Ich freue mich darauf, denn was uns eint, ist ja in der Tat, dass wir wieder sehr viel stärker Verteilungsfragen in den Blick unserer Politik rücken; denn da gilt es in der Tat, die Unterschiede zwischen Arm und Reich im Visier zu haben. Da gilt es in der Tat, dass wir das Ziel haben, dass man von der eigenen Arbeit auch gut leben können muss. Und da gilt es in der Tat auch, dafür zu sorgen, dass jedes Kind egal, woher es kommt die gleichen Zukunftsperspektiven hat. Alles das eint uns.

Und auch das hast du gesagt: Zu einer sozialdemokratischen Partei gehört Geschlossenheit, Geschlossenheit nach außen. Ich glaube aber, dass die Partnerin der Geschlossenheit auch die Aufgeschlossenheit der politischen Diskussion nach innen ist,

(BEIFALL)

und das hier auch in der Diskussion zu signalisieren und zu zeigen und gemeinsam im Detail, was die Steuerpolitik angeht, was die Rentenpolitik angeht, was auch andere Fragen angeht, im besten Sinne des Wortes um die richtigen Antworten zu streiten - ich glaube, das tut uns gut. Dieses Angebot habe ich auch als dein Angebot so verstanden. Deshalb freue ich mich, dass wir hier für 2013 die Weichen auch stellen können und im besten Sinne des Wortes: „Mutig gestritten für Freiheit und Recht“ du hast es zitiert, um unsere besten Argumente nicht nur auszutauschen, sondern im besten Sinne des Wortes zu streiten und zu einer guten Antwort auf die zentralen Punkte der Verteilungsfragen zu kommen.

Ich freue mich darauf, Sigmar, und ich danke dir nochmals herzlich für deine Rede.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, wer hat noch kein Abstimmungsgerät? Wo ist noch kein Abstimmungsgerät? - Ihr habt alle?

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Okay, ich versuche es noch einmal mit Karl-Heinz Blessing. - Gut,

dann Peter Friedrichs Baden-Württemberg. - Ich hätte jetzt gerne mal ein Signal, ob Peter Friedrich sich auf den Weg gemacht hat. - Gut. Dann warten wir, bis er vorne ist.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebes Präsidium! Ich hatte mich heute Morgen eigentlich zum Bericht der Schatzmeisterin gemeldet. Deswegen war ich jetzt kurz über- rascht. Aber dann will ich das trotzdem noch nachholen an dieser Stelle.

Sigmar hat eine großartige Rede gehalten. Herzlichen Dank für die Arbeit und die gute Zusammenarbeit! Ich will trotzdem noch etwas zum Bericht der Schatzmeisterin sagen, weil es ja die Aussprache über den gesamten Vorstand ist.

Wir Sozialdemokraten sind sparsam, wenn es ums Geld geht. Wir sind aber auch besonders sparsam, wenn es um Lob geht. Ich möchte es nicht versäumen, mich in der Rechenschaftsdebatte sehr herzlich für die gute, hervorragende, vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken, für die gute Arbeit an den Finanzen der Partei, und dafür, dass wir uns als ein Landesverband, der in einem schwierigen Wahl- kampf war, immer auf das Willy-Brandt-Haus und auf die Schatzmeisterin, auf die Generalsekretärin verlassen konnten. Ohne die hätten wir es in unserer schwierigen Situation nicht in die Regierung ge- schafft. Ohne die hätten wir nicht einen so guten Wahlkampf hingelegt, dass wir es tatsächlich geschafft haben, die CDU nach 57 Jahren abzulösen.

Deswegen noch einmal Lob ist so selten in der Partei : Herzlichen Dank für eure Arbeit! - Danke schön.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: So, Karl-Heinz Blessing zum Dritten! Ist er jetzt da? - Dann Michaela Engelmeier-Heite.

Michaela Engelmeier-Heite, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Was als zarte Pflanze in Dresden begann ich war damals dabei , letztes Jahr schon seinen Verlauf genommen hat, ist heute richtig fühl- bar: Der Aufbruch in unserer Partei. Ich freue mich: Wenn man hier durch die Hallen geht, dann kann man es vibrieren hören. Wir sind bereit. Wir sind sowieso schon lange bereit. Wir sind schon lange wieder da, und ich freue mich auf die anstehenden Wahlen, die demnächst kommen, damit wir den Schwarzen ordentlich zeigen können, wo unsere SPD wieder angelangt ist.

(BEIFALL)

Ich möchte aber ein bisschen die Blick auf ein Thema lenken, das mir persönlich wichtig ist: Die Bildung natürlich, keine Frage. Ich arbeite als Erzieherin und Bezugspädagogin an einer Förderschule für Kinder mit sozialen und emotionalen Schwierigkeiten, den früheren Erziehungsschulen. Auch als Kommunal- politikerin sehe ich Tag für Tag, dass unsere Schulen nicht ausreichend ausgestattet sind, weder baulich noch personalmäßig. Ich fordere alle auf, dafür zu sorgen, dass wir das Wort Bildung ernst nehmen, dass wir richtig viel dafür tun und dass wir vor allen Dingen die öffentliche Hand so ausstatten, dass sie die Schulen, die Vorschulen und die Kindertagesstätten ihrer Bedeutung angemessen ausstatten können.

Ich bitte dann auch, mal wieder einen kleinen Blick über den Tellerrand zu werfen. Frankreich macht es uns wunderbar vor. Wir haben gerade die Rede von François Holland gehört. Es ist einfach wunderbar, wie die Franzosen mit diesem Thema umgehen. Davon können wir ein bisschen lernen, und ich hoffe, dass das auch eines der großen Themen im anstehenden Bundestagswahlkampf wird.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt habe ich Karl-Heinz Blessing nach hinten sor- tiert. Jetzt kommt erst Christoph Matschie dran.

Christoph Matschie, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Sigmar Gabriel hat vorhin deutlich gemacht: Die SPD ist die Partei der Arbeit. Und er hat klargemacht: Die SPD ist auch die Partei für bessere Bildung, und diese Partei für bessere Bildung wird dringend gebraucht. Schaut euch an, was diese konservative Bundesregierung macht. Da stellt sich eine Bundeskanzlerin hin und beschwört die Bildungsrepublik Deutschland. Aber gleichzeitig sorgt sie mit ihrer Steuer- und Haushaltspolitik dafür, dass die Schulen verrotten, dass die Hochschulen aus den Nähten platzen.

Dann ist diese Bildungsrepublik nur eines, nämlich Etikettenschwindel, liebe Genossinnen und Genos- sen.

(BEIFALL)

Die SPD muss dafür sorgen, dass es in der Bildung wieder vorangeht. Wir haben in Thüringen trotz schwieriger Haushaltssituation massiv in die Kindergärten investiert. In Thüringen gibt es einen Rechts- anspruch ab dem ersten Geburtstag. In Thüringen gibt es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Zehn Stunden täglich garantieren wir den Eltern. Wir haben die Kindergartenfinanzierung von 2009 auf dieses Jahr von 320 Millionen auf 440 Millionen Euro, also um ein Drittel erhöht.

(BEIFALL)

Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Aber ich sage euch auch: Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Diese Kindergartenpolitik können wir schon im nächsten Jahr nur noch durchhalten, weil wir in Thüringen nicht einen einzigen Euro in neue Straßenbaumaßnahmen stecken können, weil wir kein Geld mehr übrig haben, um die Straßen zu flicken. Genossinnen und Genossen, deshalb wird es höchste Zeit, dafür zu sorgen, dass Bildung nicht nur propagiert wird, sondern dass sie auch ausreichend finan- ziert wird.

(BEIFALL)

Wir haben in Thüringen dafür gesorgt, dass Eltern sich für längeres gemeinsames Lernen entscheiden können. Wir haben in Thüringen die Gemeinschaftsschule eingeführt. Wir haben das nicht von oben nach unten gemacht, sonder wir haben gesagt: Ihr Eltern, ihr Lehrer, ihr Kommunalpolitiker vor Ort, ihr könnt euch entscheiden, wo die Gemeinschaftsschule wachsen soll. - Wir haben dafür gesorgt, dass individuelle Förderung als Anspruch ins Schulgesetz geschrieben wird. Aber ich sage euch auch, lie- be Genossinnen und Genossen, was nützen uns die besten Bildungskonzepte, wenn wir am Ende die

Lehrerstellen nicht bezahlen können, damit diese Bildungskonzepte auch umgesetzt werden können?

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, was nützen uns die besten Bildungskonzepte, wenn sich unsere Bürgermeister vor die Eltern stellen und sagen müssen: Ich kann leider die kaputten Fenster in der Schule nicht reparieren, weil mir einfach das Geld in der Kasse dafür fehlt.

(BEIFALL)

Deshalb sage ich hier ganz klar und deutlich: Zu einer glaubwürdigen Bildungspolitik gehört auch eine glaubwürdige Steuerpolitik, nur beides zusammen macht einen Sinn.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich am Schluss noch einen Satz zur Debatte um das Kooperationsverbot sagen. Das sage ich hier ausdrücklich als jemand, der als Bildungsminister Verantwortung in einem Bundesland trägt. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Kooperationsverbot endlich fällt. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit in der Bildungspolitik.

(BEIFALL)

Wir müssen es schaffen, gemeinsam in die Zukunft zu investieren, in Kindergärten, in Schulen, in Berufsschulen und in unsere Universitäten. Ich sage euch eins ganz klar und deutlich: Deutschland braucht nicht 16 Bildungspolitiken, sondern eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern für gleiche Bildungschancen im ganzen Land.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank . - Jetzt hat Florian Pronold das Wort. Danach Michael Müller.

Florian Pronold, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lieber Sigmar! In Niederbayern, woher ich komme, sagt man: „Net gschimpft, is scho globt gnua.“ Ich möchte heute mit diesem Grundsatz brechen und möchte ausdrücklich danke sagen, dir lieber Sigmar, dir liebe Andrea, dir liebe Barbara, weil ihr uns als Landesverband Bayern schon unterstützt habt, wo es noch nicht nach Regierungswechsel ausgeschaute hat, wo viele noch nicht daran geglaubt haben. Letzten Sonntag war der schönste Sonntag in meinem 23-jährigen politischen Leben. In Niederbayern im Landkreis Regen ist ein 26-jähriger evangelischer schwuler Sozialdemokrat für das Amt des Landrats angetreten.

(BEIFALL)

Das war der Landkreis, der lange Zeit der schwärzeste in ganz Deutschland war. Von diesen vier Gründen waren noch vor fünf und noch vor zehn Jahren mindestens drei Hinderungsgründe, dass man gewählt worden ist,. Letzten Sonntag hat Michael Adam dort als Sozialdemokrat diesen schwarzen Landkreis gewonnen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es gelingt, dass wir im Bayerischen Wald mit einem jungen und qualifizierten Kandidaten das Amt des Landrats gewinnen, dann gelingt es 2013 auch, dass wir mit einem ein bisschen älteren Kandidaten das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten gewinnen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das Erfolgsgeheimnis von Michael Adam dort besteht in zwei Dingen. Erstens. Er hat eine andere politische Kultur gepflegt, er ist zu den Leuten gegangen, er hat mit den Leuten gesprochen, er hat die Sorgen und Nöte ernst genommen, genauso wie du, Sigmar, es uns als Auftrag für die Partei ins Stammbuch geschrieben hat. Zweitens. Er stand für unterscheidbare politische Inhalte. Das, glaube ich, ist auch das Erfolgsrezept für die Bundestagswahl und für die drei Landtagswahlen, die in den nächsten zwei Jahren vor uns liegen. Wir unterscheiden uns von Schwarz-Gelb. Es ist nicht wurscht, wer regiert. Ob das das Beispiel des Programms Soziale Stadt ist, wo wir als Sozialdemokraten wissen, dass es in der Städtebauförderung nicht nur darauf ankommt, dass man in Beton investiert, vielmehr müssen wir in den gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren. Das ist unsere Aufgabe. Deswegen muss man uns wählen, weil wir das besser verstehen als die anderen.

Wir verstehen es besser, dass es darauf ankommt, in die Köpfe der Menschen zu investieren, und dass Bildung eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Das ist der Unterschied zwischen uns und den anderen. Auch in der Frage der Steuerpolitik gilt, dass wir wissen, dass auch die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen. Deswegen sind wir dafür, dass wir gerecht und fair besteuern. Das bedeutet auch, dass wir diejenigen, die mit dem goldenen Löffel im Mund aufgewachsen sind, einen solidarischen Beitrag dazu leisten, dass alle vernünftig studieren können und eine vernünftige Erziehung in diesem unseren Land bekommen können.

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: 2012 und 2012 gilt der einfache Grundsatz - den müssen wir nennen -: Wer sein Kreuz bei der SPD macht, muss später keines mehr tragen. In diesem Sinne: Lasst uns kämpfen!

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Florian. - Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen. In fünf Minuten beginnen wir mit der Wahl des Parteivorsitzenden. Dann will ich hier keinen leeren Stuhl sehen.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Jetzt hat das Wort erst Michael Müller. Falls er wieder aufgetaucht ist, last order für Karl-Heinz Blessing.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Im letzten Jahr haben wir das große Schauspiel des Verschwindens der Politik erlebt, vorgeführt von Guttenberg, indem er sozusagen wie kaum ein anderer durch die Inszenierung Politik hat versucht zu ersetzen. Die Antwort, die wir hier auf diesem Parteitag geben müssen, ist, dass die Sozialdemokratie ihre Stärke zeigt, nämlich eine Programmparty zu sein, inhaltliche Themen zu behandeln und sie auch nach vorne zu bringen und

auch in aller Deutlichkeit auszusprechen.

Ich will sagen, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt Situationen, wo unsere Verantwortung noch viel größer ist als sonst. Wenn man im Augenblick in der Bundesrepublik erlebt, wie die Volksparteien zerredet werden, dann liegt es an uns, die Stärke zu zeigen, dass gerade in der Volkspartei, also in der Idee einer lebendigen Demokratie innerhalb einer Partei, die damit auch politikfähig wird, die Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft und für die Bewältigung von Aufgaben liegt. Das ist das, was bisher viel zu wenig passiert.

Roosevelt hat 1930 einen wunderbaren Satz gesagt: dass es immer wieder zum Rendezvous mit dem Schicksal kommt. Damit meint er, dass in bestimmten Situationen die Politik in besonderer Weise gefordert ist. Ich glaube, das ist heute der Fall. Die Antworten von Roosevelt waren damals, 1933, der Wohlfahrtsstaat. Er hat sie mit zwei Sätzen begründet, die auch heute stimmen. Er hat erstens gesagt, Freiheit setzt voraus, Wirtschaft sozial zu disziplinieren. Zweitens: Wer eine Welt ohne Kriege und Krisen erleben will, muss die Geldhändler aus den Tempeln der Finanzen werfen. Das waren Sätze von Roosevelt damals in Bretton Woods bei der Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz. Beides gilt auch heute. Wir kommen nicht daran vorbei, sozusagen die große Aufgabe der Sozialdemokratie, nämlich die zweite Bändigung des Kapitalismus, heute vorzunehmen.

Das ist die Herausforderung. Wir müssen aber wissen: Wir können sie teilweise nicht mehr mit den alten Antworten bestehen. Ich bin froh, dass Sigmar Gabriel hier heute im Gegensatz zu gestern, als mir das zu kurz kam, auch die ökologischen Fragen behandelt hat; denn auch die ökologischen Fragen sind zutiefst soziale Fragen. Es sind nämlich Fragen der Solidarität und der Verantwortung für künftige Generationen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Wir sind in einer Situation, in der es nicht einfach nur ein Spruch ist, dass man die Sozialdemokratie braucht, sondern die Idee der sozialen Demokratie ist wichtiger denn je. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir die Zukunftsfragen nicht mehr mit den alten Wachstumsantworten allein beantworten können, sondern wir müssen auch neue Wege gehen. Deshalb bin ich stolz darauf, dass dieser Parteitag bisher vor allem ein inhaltlicher Parteitag war und dass wir nicht diesen Unsinn mitgemacht haben, der uns tagtäglich in der Presse vorgestellt wird, dass es nämlich nur um das Schaulaufen von Personen geht. Ich finde das richtig, und das ist auch unsere Verantwortung.

Deshalb bitte ich auch die Partei, im Hinblick auf die Zukunft das ökologische Thema jetzt wieder stärker nach vorne zu holen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens. Die Verbindung von Arbeit und Umwelt ist nach wie vor die zentrale Zukunftsaufgabe.

Zweitens. Der Umbau ist vor allem mit Verteilungskonflikten verbunden. Wir müssen vor allem das Thema der sozialen Gerechtigkeit wieder stärker auch unter dem Gesichtspunkt der Verteilung, und zwar nicht nur der Zuwachsvorteilung, sondern auch der Verteilung im Bestand, thematisieren.

Deshalb hat Sigmar auch recht: Mehr Verteilung der Lasten ist die Voraussetzung, um das zu bewältigen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir, also die Naturfreunde, deren Vorsitzender ich bin, haben die

großen Demonstrationen gegen die Atomkraft organisiert. Jetzt organisieren wir die Demonstrationen gegen die Banken. Beide Themen gehören zusammen. Die Auszehrung der Natur und die Auszehrung der Wirtschaft haben eine gemeinsame Ursache, nämlich das grenzenlose Wachstum des Kapitals, ohne reguliert zu sein.

Deshalb: Es geht um eine gesellschaftspolitische Herausforderung, die im Kern sozial ist. Das ist eine Begründung für eine Volkspartei und nicht für Splitterparteien. Deshalb lasst uns auch die Botschaft ausgeben: Wir stärken die Idee der Volkspartei.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt wie versprochen last order für Karlheinz Blesing. – Okay, dann nicht. Dann ist die Rednerliste abgearbeitet.

Wir haben noch drei Begrüßungen zu tätigen:

Zum einen ein herzliches Willkommen an Wilhelm Schmidt, an unseren Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt. Wilhelm, herzlich willkommen.

(BEIFALL)

Dann begrüßen wir die Stellvertretende Bundesvorsitzende des Beamtenbundes und der Tarifrundung. Herzlich willkommen.

(BEIFALL)

Mir ist gesagt worden, wir haben es noch nicht getan. Wir wollen es natürlich tun und begrüßen alle unsere Bundestagsabgeordneten, die nicht Delegierte und trotzdem hier sind und in der Gruppe sitzen. Ein herzliches Willkommen auch an euch.

(BEIFALL)

WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Damit rufe ich zum Einstieg in die Wahl des Parteivorstandes auf. Wir beginnen mit der Wahl des Parteivorsitzenden.

Ihr habt 2003 beschlossen, den Parteivorstand zu bitten, die Personalwahlen elektronisch durchzuführen. Wir haben gestern mit der Geschäftsordnung festgelegt, dass wir das heute tun, und deswegen haben wir euch an jeden Platz – jeder Delegierten und jedem Delegierten – dieses Gerät gegeben, mit dem wir die Wahl gleich durchführen. – Haben alle Delegierten ein solches Gerät jetzt bei sich? – Sehr gut. Haben alle, die jetzt wählen wollen, ihre Chipkarte da? – Sehr schön.

Ich erkläre euch jetzt ganz langsam und wenn ihr ruhig seid, auch nur einmal, wie wir mit dem Gerät wählen. Das ist ganz einfach. Niemand muss sich vor den Tasten irgendwie fürchten. Nehmt das Ding mal in die Hand.

(HEITERKEIT)

Die wichtigen Tasten sind die beiden, die ihr links seht. Da seht Ihr ein „C“. Mit dem kann man korrigieren. Darüber seht ihr einen rechten Winkel. Das ist das „OK“-Knöpfchen. Wer auf den Knopf drückt, der hat seine Wahlstimme in die Wahlurne geworfen. Ganz wichtig: Dieser Knopf ist derjenige, mit dem ihr wählt. Bevor ihr darauf gedrückt habt, könnt ihr mit dem „C“ all das, was ihr vorher gemacht habt, korrigieren. Nachdem ihr diesen Knopf gedrückt habt, könnt ihr das nicht mehr. Wer also auf „OK“ gedrückt hat, der hat dasselbe getan, als wenn er seinen Wahlzettel in die Urne geworfen hat. Das ist ganz wichtig, weil: Wenn ihr, nachdem ihr die Stimme abgegeben habt, anfangt, zu korrigieren, macht ihr eure Stimme ungültig. Das gilt für jeden Wahlgang. Es ist wichtig, dass ihr das berücksichtigt.

Die Ziffern unterscheiden sich, je nachdem, ob wir eine Einzelwahl oder eine Listenwahl haben. Wir beginnen mit einigen Einzelwahlen. Da ist es ganz einfach.

Bei Einzelwahlen könnt ihr, wie ihr es kennt, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ wählen. Für „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ haben wir die drei Ziffern „1“, „2“ oder „3“. „Ja“ ist die „1“, „2“ ist die „Nein“- und „3“ ist die Taste „Enthaltung“. Das heißt, wenn wir gleich zur Einzelwahl aufrufen: Wenn der Kandidat von euch gewählt werden soll, dann drückt ihr die „1“ und dann die „OK“-Taste. Soll er nicht gewählt werden, drückt ihr die „2“ und dann die „OK“-Taste. Wollt ihr euch enthalten, drückt ihr die „3“ und dann die „OK“-Taste.

Bis hierhin irgendjemand, der nicht mitgekommen ist? Jeder, der das mit dem Pay-TV zu Hause hinbekommt, sollte auch hier in der SPD wählen können.

(HEITERKEIT)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen das zum ersten Mal. Ich weiß, dass das ein bisschen witzig klingt, aber so witzig ist das gar nicht gemeint. Wir wollen, dass wir keine ungültigen Stimmen haben. Andere Parteien machen das schon sehr lange, wir machen das zum ersten Mal. Auch wenn ihr glaubt, es klingt ein bisschen witzig: Es ist nicht witzig. Ich bitte um eure große Aufmerksamkeit.

Zur Chipkarte und zum Gerät. Schiebt bitte eure Chipkarte mit dem goldenen Chip nach oben in das Gerät hinein. - Goldener Chip nach oben in das Gerät hinein.

Wenn ich gleich den Wahlgang eröffnet habe, dann könnt ihr überprüfen, ob ihr es richtig gemacht habt; denn die LED leuchtet nur dann dauerhaft grün das ist die obere LED, das obere kleine Lämpchen auf dem Gerät, wenn ihr es richtig gemacht habt. Habt ihr versehentlich vergessen, eure Chipkarte reinzutun, dann blinkt die LED. Habt ihr die Chipkarte versehentlich falsch herum reingetan, leuchtet die rote LED. Das werdet ihr gleich sehen, wenn der Wahlgang eröffnet ist.

Ist das Gesagte zur Chipkarte und zur Bedeutung der LEDs bei jedem angekommen? – Sehr schön.

Dann nähern wir uns jetzt langsam der Wahl, liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Die Wahl des Parteivorsitzenden ist eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Ich bitte ganz besonders die Kolleginnen und Kollegen von der Presse, das Wahlgeheimnis zu achten und keine Delegierte und keinen Delegierten mit der Kamera zu beobachten, wenn gewählt wird.

(BEIFALL)

Ich glaube, wir haben alle verstanden, was wir zu tun haben - auch hier am Tisch. Ich gucke mal zu Thorsten. Er hat mir vorhin gesagt, er ist das Muster: Wenn er es kapiert, dann kapiert es jeder.

(HEITERKEIT)

Dann rufe ich auf: Wahl des Parteivorsitzenden

Nach § 23 Abs. 4 unseres Organisationsstatutes ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Zur Wahl steht Sigmar Gabriel. Wer ihn wählen will, drückt auf die 1 und dann auf die „Enter“-Taste. Die anderen beiden Tasten habe ich euch vorhin erklärt.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Gibt es noch irgendjemanden hier im Saal - bitte scheut euch nicht, es ist nicht peinlich -, der Zweifel hat, was zu tun ist? - Wenn es keinen Zweifel mehr gibt, dann eröffne ich hiermit den Wahlgang. Er bleibt einige Minuten geöffnet, bis ich den Eindruck habe, dass ihr alle auf die Taste und auf „Enter“ gedrückt habt. Der Wahlgang zur Wahl des Parteivorsitzenden ist damit eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Geräuschpegel weist darauf hin, dass ihr alle die beiden Tasten betätigt habt. Gibt es jemanden, der noch nicht abgestimmt hat? - Alle haben gewählt. Damit ist der Wahlgang zur Wahl des Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geschlossen. Es dauert jetzt einen kleinen Augenblick, bis wir das Ergebnis erhalten. So lange geduldet wir uns.

Wir haben ein Ergebnis.

(BEIFALL)

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Sigmar. Vorweg möchte ich noch ganz kurz sagen: Schöne Grüße aus dem Bezirk Braunschweig, von meinem Heimatbezirk.

(VEREINZELT BEIFALL)

Jetzt gebe ich euch das Ergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden bekannt:

Abgegebene Stimmen: 489.

Davon ungültig: 1.

Gültige Stimmen dementsprechend: 488.

Mit Ja haben gestimmt: 447.

(BEIFALL)

Das bedeutet eine Zustimmung von 91,59836 Prozent.

(LANGANHALTENDER BEIFALL - GLÜCKWÜNSCHE)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Lieber Sigmar, nimmst du die Wahl an?

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Ja, liebe Genossinnen und Genossen, und ich danke für das große Vertrauen.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch noch ein paar weitere Zahlen und Fakten nennen: Enthaltungen: 8. Mit Nein haben gestimmt: 33.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Die eine ungültige nehme ich persönlich, aber wir haben ja noch ein bisschen Gelegenheit, daran zu arbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe damit auf:

WAHLEN DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Nach unserem Statut sollen die stellvertretenden Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Gemeint ist dabei, dass die Wahl in Einzelwahl und nicht in Listenwahl erfolgt. Das Präsidium hat euch in der Vergangenheit immer empfohlen, diese Wahlgänge als verbundene Einzelwahl durchzuführen; das hat Wahlgänge und Zeit gespart. Wir empfehlen euch, das beizubehalten, indem wir zunächst alle Stellvertreterinnen und Stellvertreter wählen und dann die Ergebnisse gemeinsam, wie bisher auch, bekannt geben. Hat jemand gegen diesen Vorschlag Einwände? - Das ist nicht der Fall.

Auch bei den jetzt anstehenden fünf Wahlen gilt meine Bitte an die Medienvertreter: Bitte achten Sie das Wahlgeheimnis!

Es bleibt alles so, wie anhand der Wahl von Sigmar erklärt. Ihr wählt in fünf nacheinander folgenden Wahlgängen - wenn ihr zustimmt, mit der 1, wenn ihr ablehnt, mit der 2, wenn ihr euch enthaltet, mit der 3 - und drückt dann auf die „Enter“-Taste. Bevor ihr auf die „Enter“-Taste drückt, könnt ihr mit dem „C“ korrigieren.

Bei jeder der jetzt anstehenden fünf Wahlen ist nach § 23 Abs. 4 unseres Organisationsstatutes im ersten Wahlgang derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wahlgerät und Chip sind sicherlich noch genauso, wie sie eben waren. Wenn nicht, führt eure Chipkarte bitte wieder ein.

Ich rufe zur ersten Wahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter auf. Wir machen das in alphabetischer Reihenfolge. Zur Wahl steht zunächst Hannelore Kraft.

Gibt es von irgendjemandem eine Nachfrage, eine Unklarheit? - Das ist nicht der Fall. Damit eröffne ich die Wahl. Zur Wahl steht Hannelore Kraft.

Auch hier wird es wieder unruhiger. Haben alle ihre Stimme abgegeben? – Noch nicht, okay. – Haben jetzt alle ihre Stimme abgegeben? – Jemand, der noch wählen will und noch nicht gewählt hat? - Das ist nicht der Fall.

Damit ist der Wahlgang für Hannelore Kraft geschlossen.

Es dauert jetzt einen kleinen Moment, bis das System wieder freigegeben wird. Dann kommen wir zur nächsten Stellvertreterinnenwahl.

So, das System funktioniert wieder. Wir kommen zur nächsten Stellvertreterinnenwahl. Zur Wahl steht Aydan Özoğuz. Da Aydan noch nicht ganz so bekannt ist wie die anderen, hat sie darum gebeten, sich kurz vorstellen zu dürfen. Das machen wir sehr gerne. Aydan, du hast das Wort.

(BEIFALL)

■ Vorstellung Aydan Özoğuz

Aydan Özoğuz, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass ich mich hier in aller Kürze vorstellen darf, und weiß es zu schätzen, dass ihr euch die paar Minuten nehmt.

Ich mache das mal in Stichworten am Anfang: Ich bin Deutsche, aber nicht seit meiner Geburt in Hamburg. Deutsch ist meine erste, aber nicht meine Muttersprache. Ich bin Migrantin, obwohl sehr sesshaft und in Wahrheit noch nie migriert. Mein Nachname ist eine große Herausforderung für viele – Özoğuz. Aber unter Genossen haben wir ja das Problem mit den Nachnamen nicht so.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Eltern haben sich in den 50er-Jahren überlegt, dass sie Haselnüsse nach Europa bringen wollen. Die Wahl fiel auf Deutschland und dort auf die Hafenstadt Hamburg. Dort wurde ich geboren, besuchte die Schule und habe mich dann während meines Studiums einer türkischen Studentenvereinigung angeschlossen. Was heute seltsam klingt, war damals ganz normal. Denn wir hier Geborenen, meine Generation, waren erst einmal automatisch Ausländer. Josip Juratovic hat das übrigens gestern sehr schön dargestellt.

In diese Zeit, in der ich in dieser türkischen Studentenvereinigung war, fielen die schrecklichen Anschläge von Solingen und Mölln. Das ist nun schon fast 20 Jahre her, und doch wird man in diesen Tagen sehr stark daran zurückerinnert. Damals gingen alle Leute auf die Straße, und die potenziellen Opfer, nämlich ausländische Familien – also irgendwie wir brachten ihren Kindern bei, wie man auf Feuerwehrleitern das Haus in aller Eile verlassen konnte.

Heute nach so vielen Jahren reißen diese Wunden bei vielen Menschen in unserer Gesellschaft wieder auf. Das schreckliche Gefühl, dass sich nicht irgendwo am Rande, sondern mitten in unserer Gesellschaft – sogar in einigen Parlamenten – derartige Geschwüre finden, gegen die die Sozialdemokratie immer und auch in den dunkelsten Tagen tapfer angekämpft hat, darf und soll niemals hingenommen, ignoriert oder gar kleingeredet werden.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, man darf auch nicht damit beginnen, Extremisten gegeneinander aufzurechnen. So wird man nie den Kampf gegen sie gewinnen.

(BEIFALL)

Zur gleichen Zeit habe ich damals als Studentin für ein Programm für den Hamburger Senat gearbeitet, mit dem ehemalige jüdische Hamburgerinnen und Hamburger wieder in ihre Heimatstadt eingeladen wurden. Das gab es ja in mehreren Städten Deutschlands. Kurz nach diesen Brandanschlägen kam eine Gruppe aus New York. Diese jüdischen Besucher haben mich plötzlich beiseite gezogen und mich gefragt, wie ich mich denn fühlen würde. Es hat mich tief berührt, dass diese ehemaligen Hamburgerinnen und Hamburger, die ihre Heimatstadt einst unter so grausamen Bedingungen verlassen hatten, mir ihre Solidarität, ihre Nähe bekundeten und gleichzeitig noch liebevolle Erinnerungen an ihre Geburtsstadt hatten. Ich habe damals daraus eines für immer gelernt: Gegen menschenverachtendes Gedankentum müssen wir immer eine gemeinsame Front auf der ganzen Welt bilden.

(BEIFALL)

Um das zu erreichen, müssen wir vom Schubladendenken wegkommen. Migranten – wen meinen wir damit eigentlich, wenn wir das Wort benutzen? Auch die englisch- und französisch-stämmigen? Integration – was soll das eigentlich genau aussagen? Am Ende versteht jeder etwas anderes darunter. Wir müssen runter in die Niederungen der Fachpolitik und endlich die Dinge ansprechen, die wir wirklich verändern wollen. Keine manifestierten Schubladen, sondern Normalität und eine zusammenwachsende Gesellschaft wollen wir haben.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, als ich noch für eine große private Stiftung, nämlich die Körber-Stiftung arbeitete, da tauchte auf einer Veranstaltung ein gewisser Olaf Scholz auf und fragte, ob ich mir vorstellen könnte, für die Sozialdemokraten zu kandidieren. Ich hatte damals drei Tage Bedenkzeit; das habe ich dir nie gesagt, Sigmar. Das war sehr kurz.

Parteilos kam ich dann kurioserweise mit einem gewissen Ronald Schill in die Hamburgische Bürgerschaft, der damals mit CDU und FDP koalierte. Ich habe es mit großen Vorbildern eigentlich nicht so, aber mir ist wirklich etwas im Gedächtnis geblieben, und das war, wie unsere damalige Vizepräsidentin Anke Fuchs, die auch hier ist, diesem Schill bei seiner unsäglichen Rede im Bundestag irgendwann endlich das Mikrofon abgestellt hat. Ich danke dir dafür, Anke.

(BEIFALL)

Es ist schön, das von dieser Stelle auch einmal sagen zu können.

Genossinnen und Genossen, einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen. Ich bin verheiratet und Mutter einer achtjährigen Tochter. Jens Stoltenberg hat gestern von hier aus so viel Richtiges zu diesem Thema gesagt. Ich habe es interessant gefunden, dass so viele dazu geklatscht haben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf offensichtlich wichtig finden. Ich erlebe in meinem Alltags allerdings, dass mir Frauen - manchmal inzwischen auch Männer durchaus erzählen, wie viele Notlügen sie in ihrem Leben schon erfinden mussten, wenn sie sich doch einmal Zeit für ihr Kind nehmen wollten oder es gar einmal krank geworden ist. Ich finde, wir können nicht auf der einen Seite Programme und Anträge für eine bessere Zukunft unserer Kinder entwerfen und gleichzeitig Eltern Vorhaltungen machen, wenn sie sich einmal Zeit für sie nehmen.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, vielleicht wählt ihr mich, weil ich ein wenig das Einwanderungsland Deutschland repräsentiere. Ich möchte dafür arbeiten, dass wir eine wirkliche Einwanderungsgesellschaft werden.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Aydan, herzlichen Dank.

Jetzt kommen wir zu der dazu passenden Wahl. Alle Geräte mit Karte vorhanden? Noch klar, was 1, 2 und 3 bedeutet? - Damit ist der Wahlgang für Aydan eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, haben alle ihre Stimme für Aydan abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Damit ist der Wahlgang für Aydan geschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur dritten Stellvertreterwahl. Zur Wahl steht Olaf Scholz. Hier müssen wir weder vorstellen noch irgendetwas erklären - eins, zwei und drei. Die Geräte sind bei euch; die Karten sind drin. Der Wahlgang für Olaf Scholz ist hiermit eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, haben alle ihre Stimme für Olaf Scholz abgegeben? - Jetzt haben alle abgegeben. Damit ist der Wahlgang für Olaf Scholz geschlossen.

Das System ist wieder frei. Wir kommen zur vierten Stellvertreterwahl. Zur Wahl steht Manuela Schwesig. Ihr seid alle bereit? - Damit ist die Wahl für Manuela Schwesig eröffnet.

Haben alle ihre Stimme für Manuela abgegeben? - Ich höre keine Gegenstimmen. Damit ist der Wahlgang für Manuela geschlossen.

Das System ist wieder da. Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur fünften und damit letzten Stellvertreterwahl. Zur Wahl steht Klaus Wowereit. Ich sehe, ihr seid alle bereit. Die Wahl für Klaus Wowereit ist eröffnet.

Haben alle ihre Stimme abgegeben? - Keine Gegenstimmen. Damit ist der Wahlgang für Klaus Wowereit geschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es dauert jetzt einen kleinen Augenblick, bis wir von der Zählkommission das Ergebnis bekommen. Die Zeit wollen wir gut nutzen.

RESOLUTION ZUM VW-GESETZ

Vor gut einer Woche hat die EU-Kommission eine erneute Attacke gegen das VW-Gesetz gestartet. Die Kommission ist der Meinung, dass das VW-Gesetz auch in der jetzigen Fassung gegen die Kapitalverkehrsfreiheit in der Europäischen Union verstoße. Wir sehen das anders.

(BEIFALL)

Es war unsere Genossin Brigitte Zypries, die 2008 das VW-Gesetz an die Vorgaben der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs angepasst hat. Aus unserer Sicht hat sich das VW-Gesetz bewährt. Es ist mit seiner erweiterten Mitbestimmung vorbildhaft. Dies wollen wir mit einer Resolution, die euch allen vorliegt, noch einmal sehr deutlich machen. Zu dieser Resolution spricht jetzt mein sehr geschätzter Kollege, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover und nächste Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Stephan Weil.

(BEIFALL)

Stephan Weil, Oberbürgermeister Hannover: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Das ist ja diesmal unverhofft ein Europaparteitag geworden. Uns in Niedersachsen, aber zum Beispiel auch die Leute in Baunatal - Manfred Schaub ist da - treibt ein Europathema um, dort allerdings - wenn ihr so wollt - mit umgekehrten Vorzeichen.

Wir haben gestern in der bewegenden Rede von Helmut Schmidt, in der Rede von Frank-Walter Steinmeier und heute in der Rede von Sigmar viel gehört über die drängenden Zukunftsprobleme, die Europa lösen muss und die dringend angepackt werden müssen. Aber ein Problem ist da nicht genannt worden, aus guten Gründen: Volkswagen, liebe Genossinnen und Genossen. Volkswegen ist kein Problem für Europa, sondern Volkswagen ist Teil der Lösung.

(BEIFALL)

Das ist ein Unternehmen, das überall da, wo es ist, sehr geschätzt ist, das gute Arbeit zu fairen Bedingungen anbietet. Das ist ein Unternehmen mit einer ausgeprägten Mitbestimmung, ein Unternehmen, das sehr klar festgelegt hat, dass es nur gemeinsam mit den Arbeitnehmern, aber niemals gegen sie vorwärtskommen kann.

Vor allem ist Volkswagen auch ein extrem erfolgreiches Unternehmen. Es ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die dieses Traditionsunternehmen gerade in den letzten Jahren geschrieben hat. Wir können in Deutschland stolz darauf sein, eines der drei Top-Automobilunternehmen der ganzen Welt hier bei uns zu haben. VW ist wichtig, nicht nur für Niedersachsen. Volkswagen ist wichtig für unsere deutsche Volkswirtschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dieser Erfolg hat seine Gründe. Der Kern besteht darin, dass dieses Unternehmen - anders als die Konkurrenz - in der Möglichkeit arbeiten kann, mittelfristig zu denken, nicht unbedingt und in jedem Fall

immer auf den nächsten Quartalsbericht schielen zu müssen. Das liegt daran, dass Volkswagen eine sehr spezielle Struktur hat, insbesondere daran, dass das Land Niedersachsen von Anfang an ein wichtiger Aktionär dieses Unternehmens gewesen ist und Wert darauf gelegt hat, dass Niedersachsen immer für die Nachhaltigkeit von Volkswagen gestimmt hat, zu einem Zeitpunkt, als dieses Wort wahrscheinlich noch gar nicht bekannt war. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die IG Metall und das Land Niedersachsen, das sind die wahren Garanten des Erfolgs von Volkswagen, und das muss auch so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Anstatt aber jetzt ein solches Modell zu fördern und sich zu fragen: „Was lehrt uns das eigentlich für die Stabilität und Nachhaltigkeit wichtiger Industrieunternehmen?“, macht Brüssel leider genau das Gegenteil. Sie fördern nicht, sie bedrohen Volkswagen. Ich denke, wir können uns in Anbetracht dessen, was wir gehört haben, alle fragen: Haben die ernsthaft keine anderen Sorgen in Brüssel als Volkswagen, Genossinnen und Genossen?

(BEIFALL)

Ich glaube, auf diesem Parteitag ist sehr deutlich geworden: Die Sozialdemokratische Partei lässt sich an Europafreundlichkeit von niemandem übertreffen. Aber wir wissen auch, was für ein Europa wir meinen. Wir meinen nicht in erster Linie das Europa der freien Fahrt für freie Kapitalien. Uns geht es um ein soziales Europa, ein Europa, das für seine Menschen da ist und nicht für das Kapital. Das ist unser Europa, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wenn man ein Beispiel sucht für die Fehlorientierung, die die Europäische Kommission leider immer wieder an den Tag legt und die die Akzeptanz von Europa in unserem Land in den vergangenen Jahren massiv beschädigt hat, wenn man ein solches Beispiel sucht, nun, ich glaube, Volkswagen ist dafür das Paradebeispiel. Deswegen geht es uns mit dieser Resolution um zweierlei: Wir wollen, dass ein deutsches Erfolgsmodell fortgeschrieben wird. Wir wollen, dass Volkswagen auch weiterhin mittelfristig stabil planen und arbeiten kann. Wir wollen, dass Volkswagen auch weiter seinen Beitrag für unsere Volkswirtschaft leisten kann. Aber wir wollen an diesem Beispiel auch deutlich machen: Unser Kampf für Europa ist ernst gemeint. Aber es ist ein Europa, das sozial ist. Wir wollen ein Europa für die Menschen. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stephan. - Ich bitte um eure Unterstützung für die Resolution. Wer der Resolution zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig. Vielen Dank für die starke Unterstützung.

(BEIFALL)

WAHLERGEBNISSE DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Wir kommen zu dem Ergebnis der Wahlen der Stellvertreter. Die Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission hat das Wort.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch jetzt das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt. Die Wahl fand in verbundenen Einzelwahlen statt. Das hatte Torsten vorhin schon gesagt. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ich lese einzeln vor.

Wir beginnen mit Hannelore Kraft. Hannelore, abgegebene Stimmen waren 494. Davon war eine ungültige Stimme - Torsten.

(HEITERKEIT)

Mit Ja haben 493 gestimmt.

(STÜRMISCHER BEIFALL, IN RHYTHMISCHEN BEIFALL ÜBERGEHEND)

Ich muss mich korrigieren. Abgegebene Stimmen waren 493. Ich bin in der Zeile verrutscht. 479 Jastimmen. Aber von der Prozentzahl sind es immer noch 97,2 Prozent. Entschuldigung, Hannelore!

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Sagst du uns noch die Neinstimmen und die Enthaltungen?

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Mit Nein haben 7 gestimmt, ebenso 7 Enthaltungen.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Hannelore nimmst du die Wahl an?

- HANNELORE KRAFT: ICH NEHME DIE WAHL GERNE AN! -

Herzlichen Glückwunsch zu dem großartigen Ergebnis!

(BEIFALL)

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Kommen wir zum nächsten Stellvertreter, zu Aydan. Hier wurden 492 Stimmen abgegeben. Diesmal hat Torsten es richtig gemacht. Es gab keine ungültige Stimme. Mit Ja haben 427 gestimmt. Das entspricht von der Prozentzahl her 86,8.

(BEIFALL)

Mit Nein haben 34 gestimmt, und enthalten haben sich 31.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Aydan, ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

- AYDAN ÖZOĞUZ: JA, NATÜRLICH! -

Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Kommen wir nun zu Olaf. Dort wurden 496 Stimmen abgegeben. Ungültig war keine. Mit Ja haben 421 gestimmt. Das entspricht einer Prozentzahl von 84,9 Prozent.

(BEIFALL)

Mit Nein haben 39 gestimmt, und enthalten haben sich 36.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Olaf, ich frage dich: Nimmst du die Wahl an? - Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Manuela: Abgegebenen Stimmen 496, davon keine ungültige Stimme. Mit Ja haben 411 gestimmt. Das entspricht einer Prozentzahl von 82,9.

(BEIFALL)

Neinstimmen: 54. Enthalten haben sich 31.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Manuela, auch an die die Frage: Nimmst du die Wahl an?

- MANUELA SCHWESIG: JA, VIELEN DANK! -

Herzlichen Glückwunsch auch von uns.

(BEIFALL)

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Jetzt kommen wir zu Klaus. Abgegebene Stimmen: 503. Ungültige Stimmen: Null. Mit Ja haben 442 gestimmt. Das entspricht einer Prozentzahl von 87,9.

(BEIFALL)

Neinstimmen: 34. Enthaltungen: 27.

Torsten Albig, Tagungspräsidium:

Klaus, auch an dich die Frage: Nimmst du die Wahl an?

- KLAUS WOWEREIT: ICH NEHME DIE WAHL AN! DANKE! -

Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR MEDIEN- UND KULTURPOLITIK

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir würden jetzt wieder in die Antragsberatung einsteigen. Die Wahlergebnisse sind alle verkündet. Wir können jetzt also beruhigt wieder in die Antragsberatung eintreten.

Ich rufe den Antragsbereich Medien- und Kulturpolitik auf, die Anträge M1 bis M14 und die Initiativanträge 227 und 242. Das sind im Antragsbuch die Seiten 407 bis 436.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Wort zur Einbringung zum Antrag „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft“ hat der neue Chef der Senatskanzlei in Berlin und alte Leiter des Gesprächskreises Netzpolitik in der Medienkommission, Björn Böhning.

Björn Böhning, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir bringen heute die Anträge der Medienkommission über den Parteivorstand ein. Es geht um Internet, es geht um Netzpolitik. „Wir kommen aus dem Internet, wir sind viele, und wir sind sozialdemokratisch“, könnte die Botschaft des jetzigen Abschnittes heißen. Ich habe euch auch zwei Genossinnen und Genossen mitgebracht, die in den letzten Monaten also sogenannte Bloggerinnen und Blogger für uns Netzpolitik gemacht haben und gemeinsam mit uns über Inhalte des Internets diskutiert haben.

Die werden gleich auch hier außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen. Vielleicht gebt ihr ihnen einen kleinen Vorschuss, die sind etwas aufgeregt. Trotzdem werden sie das hier, glaube ich, gleich gut machen.

Es ist vielleicht ungewöhnlich, liebe Genossinnen und Genossen, dass die Netzpolitik heute so prominent beraten wird. Das hat einen Grund. Eine Partei, die für Fortschritt stehen will, muss sich mit dem Internet und der Internetpolitik beschäftigen, denn das Internet eröffnet wahnsinnige technische Möglichkeiten, es revolutioniert sich täglich neu, und, ja, es verändert unsere Art, zu kommunizieren, zu arbeiten und auch zu leben. Doch keine Sorge, es geht mir nicht darum, euch einen Vortrag über Facebook, Websites oder Clouds zu halten. Es geht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch nicht darum, uns wie wild die Fingernägel zu twittern. Uns geht es darum, die Veränderungen, die mit dem Internet verbunden sind, gesellschaftspolitisch zu gestalten.

(BEIFALL)

Wir reduzieren die Netzpolitik nicht auf Technikkras, wir verstehen Netzpolitik als Gesellschaftspolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Daran haben wir seit zwei Jahren gearbeitet, und heute liegt euch ein netzpolitischer Grundsatzantrag vor, der unsere Vorstellungen einer modernen und zukunftsorientierten sozialdemokratischen Netzpolitik beschreibt. Dieser Antrag - auch das ist neu - ist ein gelebtes Zeichen der Öffnung der Partei. Dieser Antrag wurde im Internet erstellt. Im Internet, was soll denn das heißen?, fragte mich kürzlich eine Journalistin. „Im Internet“ heißt, dass an diesem Antrag knapp 600 Menschen beteiligt waren, die über das Internet ihre Vorschläge, Ideen und Kommentare einbringen konnten und am Ende auch über die eigenen Vorschläge abstimmen durften.

An der Erstellung dieses Antrages waren sicher mehr Genossinnen und Genossen, auch Nichtmitglieder, beteiligt, mehr als an jedem anderen Antrag, der euch in diesem Antragsbuch vorliegt. Wir benutzten dazu ein Instrument, neudeutsch nennt man das „Tool“, das demokratische Beteiligung via Internet ermöglicht. Das nennt sich „liquid feedback“. Ihr bekommt dort an der Wand gleich ein paar Impressionen, wie so etwas dann im Internet aussieht. Diese Plattform im Netz ermöglicht die Mitarbeit an Beschlüssen, Anträgen oder Diskussionen. Sie ist transparent für alle, sie unterstützt auch komplizierte Abstimmungsprozesse. Dieser Antrag ist der demokratischste des Parteitags. Auf der Leinwand seht ihr die Plattform, wie so etwas dann im Internet aussieht.

Dieser Antrag ist der demokratischste des Parteitags. Wir machen Politik mit den Menschen, offen, transparent, und nicht nur für die Menschen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doch was wollen wir inhaltlich? Zuerst: Wir sehen in der digitalen Gesellschaft, im Internet nicht zuvorderst Gefahr, Angst oder Probleme. Nein, wir sehen vor allem Chancen, Chancen der politischen Gestaltung, für die Demokratie und für wirtschaftlichen und auch sozialen Fortschritt.

Ich bitte euch: Helft dabei mit. Ich weiß, das manches in dieser Szene etwas komisch daherkommt: die Nerds, die Erreichbarkeit aller Dinge nur über einen Mausclick oder auch die unglaubliche Menge an Daten, die jederzeit überall auf der Welt verfügbar sind. Doch es reicht aus meiner Sicht nicht, diese Dinge zu beklagen. Die Digitalisierung ist ein Gestaltungsauftrag für die SPD. Wir sollten diesen Gestaltungsauftrag mutig aufgreifen. Wer die Generation U 40 erreichen will, der muss Internetpartei sein. Wir Sozialdemokraten wollen die stärkste Internetpartei Deutschlands werden.

(VEREINZELT BEIFALL)

Diese Stellung haben derzeit die Piraten inne. Das wissen wir. Es liegt aber an uns, ob es so bleibt. Denn wer Politik auf Technik verkürzt, wer keine Entscheidung treffen, sondern nur technische Prozesse initiieren will, wer sich nicht die Mühe macht, die sozialen Folgen der Digitalisierung zu gestalten, der ist aus meiner Sicht auch keine fortschrittliche und erst recht keine linke Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Lasst deshalb diesen Parteienwettbewerb aufnehmen, und lasst uns den anderen den Rang ablaufen. Club-Mate trinken, mit Android- oder iPhone protzen und sich zur Stilikone des Internets zu machen, das reicht uns nicht für eine zeitgemäße Volkspartei.

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokraten werden das Internet mit unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gestalten. Es geht um die Demokratie. Das Internet eröffnet unglaubliche vielfältige Möglichkeiten der Partizipation. Kein Ort, keine Versammlung, keine Anreise ist mehr zu weit. Dieser Antrag heute zeigt, das ist mehr Demokratie. Das sollten wir angehen. Es geht um den Zugang zu Information und Wissen. Wir wollen diesen Zugang für alle und nicht für wenige.

Wenn ich sehe, dass Informationen von Google und anderen Unternehmen zunehmend monopolisiert werden, wie geistiges Eigentum zum Kapital einiger weniger Unternehmen wird, liebe Genossinnen und Genossen, dann befürchte ich, dass der nächste Konflikt dieser Gesellschaft nicht nur die Frage zwischen Arbeit und Kapital ist, sondern auch die Frage: Wem gehören zukünftig Daten, wer hat das Eigentum an Information? Wir als SPD wollen, dass dieses Eigentum der Gesellschaft gehört, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht einigen wenigen Unternehmen.

(BEIFALL)

So wie wir Bildung für alle wollen, wollen wir auch das Internet für alle. Das ist eine infrastrukturelle Frage. Wer abgehängt ist vom schnellen Internet, gerade auch im ländlichen Raum, hat schon heute kaum noch eine Chance auf gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen daher auf das Recht auf einen schnellen Zugang zum Internet. Das ist ein elementares Recht, denn die digitale Spaltung wollen und werden wir niemals akzeptieren. Auch das ist eine sozialdemokratische Aufgabe und ein Teil der Daseinsvorsorge.

Unser Traum ist, dass in der Schule jedes Kind künftig einen Laptop bekommt, denn das fördert die Medienkompetenz und sichert die Fachkräfte von Morgen. Wir setzen aber auch auf soziale Sicherheit. Prekarität, niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen sind Erfahrungen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heutzutage machen. Gerade junge Menschen leiden unter diesen neuen Arbeitsverhältnissen, unter schwacher sozialer Sicherung, arbeiten bis zum Umfallen und unregelmäßigem Einkommen. Liebe Genossinnen und Genossen, das sind die Lebensbiographien von Heranwachsenden heute. Immer mehr Arbeitsdruck, immer weniger soziale Sicherung, nicht einmal die Aussicht auf ein gesichertes Erwerbsverhältnis, das langfristig die Möglichkeiten zur Entfaltung bringt. Wer soll da noch Kinder bekommen, wenn das so weiter geht?

Unsere Aufgabe ist es, soziale Sicherheit auch für diejenigen zu erkämpfen, die als Selbstständige keine Mitarbeiter haben. Diese sogenannten Solo-Selbstständigen sind 2,4 Millionen in Deutschland. Sie warten darauf, dass eine politische Kraft für sie Partei ergreift. Das müssen wir sein, liebe Genossinnen und Genossen. Selbstständige, die Webseiten erstellen, die Programme schreiben, die Netzwerke installieren, sind zwar Selbstständige, aber sie sind noch lange nicht die bösen Unternehmer, denen wir misstrauen sollten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Sie sind moderne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen Freiheit, Sicherheit und Prekarität. Ein moderner Sozialstaat braucht Antworten für diese Beschäftigungsgruppe. Ein vorsorgender und flexibler Sozialstaat muss auch die modernen Erwerbsverläufe absichern. Das schafft Vertrauen in den Staat, Vertrauen, das die Demokratie und unsere Netzpolitik braucht.

Das Internet ist eine riesige Chance auch für die digitale Wirtschaft. 364.000 Menschen arbeiten heute schon in der IuK-Industrie. Hier werden 110 Milliarden Euro Umsatz in diesem Jahr erwirtschaftet, mit stark steigender Tendenz. Das heißt auch, wer Vollbeschäftigung will, der muss die digitale Wirtschaft unterstützen: durch mehr und besser Startups, durch Mikrokredite, auch durch eine moderne Glasfaserinfrastruktur. Denn Infrastrukturpolitik heißt künftig nicht, mehr Autobahnen zu bauen, Flughäfen oder Kanäle zu installieren, sondern eine moderne Infrastrukturpolitik bedeutet für uns auch den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur für ein schnelles Netz. Das ist für uns Teil der digitalen Vorsorge.

(BEIFALL)

Es geht um Breitband für alle. In unseren Anträgen haben wir eine netzpolitische Grundsatzerklärung für Breitbandausbau, dafür, dass wir alles tun wollen, dass die Menschen von den modernen Technologien nicht mehr abgehängt sind.

Schaut euch an, was die Union dort macht. Sie verlässt sich leider allzu oft auf einige wenige Unternehmen und merkt dann plötzlich nach einigen Jahren, dass ganze Regionen vom schnellen Internet abgehängt sind. Das ist ein Rohrkrepierer für die digitale Daseinsvorsorge und führt dazu, dass bestimmte Räume in Deutschland nicht die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung haben. Das müssen wir verhindern, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich bitte euch daher um Zustimmung. Ich bitte euch um Aufmerksamkeit für die Rednerin und den Redner, die jetzt gleich hier sprechen. Das sind die Valentina und der Mathias, die uns in den vielen Netzwerken, die wir haben, unterstützen. Wenn wir gemeinsam, zu Dritt, einen Twitter-Tweet absetzen, erreichen wir locker über 20 000 Leute. Insofern würde ich euch bitten, gemeinsam mit uns den digitalen Fortschritt sozialdemokratisch zu gestalten und den Anträgen zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Björn. – Liebe Genossinnen und Genossen, Björn hat es schon angekündigt: Es werden jetzt Valentina Kerst und Mathias Richel zu uns sprechen. Sie haben beide als Blogger bzw. Bloggerin an unserem Antrag mitgewirkt. Das Wort hat jetzt zunächst Valentina Kerst.

(VEREINZELT BEIFALL)

Valentina Kerst, Gesprächskreis Netzpolitik: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag M 1, der vor euch liegt, beruht auf unseren sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Überall wird davon gesprochen, dass das Internet die größte Revolution seit der Industrialisierung ist. Der Arabische Frühling - von dem haben wir alle schon gehört - wird immer als Beispiel dafür genannt, wie das Internet entstehen kann und was das Internet bewirken kann. Beides ist richtig.

Doch als Bürgerin, als SPD-Mitglied und als Netzpolitikerin stelle ich mir die Frage, was das Internet für jeden Einzelnen von uns bedeutet. Was bedeutet es für Lehrer, die vor der Herausforderung stehen, die erste Generation Schüler im Klassenzimmer zu haben, die mit dem Internet aufwächst? Was bedeutet es für viele Arbeitnehmer heutzutage, für die durch Smartphones und E-Mails die Grenze zwischen Beruf und Privatsphäre immer mehr verwischt? Was bedeutet es für die Politik, die vor der Aufgabe steht, Partizipation und damit die chancengleiche Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Politik zu ermöglichen? Was bedeutet es schließlich auch für uns, wenn wir das Internet nutzen und damit die aktive Mitarbeit sowohl langjähriger als auch neuer Mitglieder fördern wollen? Am Ende müssen wir uns auch die Frage stellen: Was bedeutet es, wenn Eltern und Großeltern nicht mehr genau wissen, was ihre Kinder und ihre Enkel im Internet machen?

Mit diesem Antrag geben wir die politischen Antworten darauf, wie wir in einer digitalen Gesellschaft

leben wollen. Lasst mich einige Beispiele nennen: Wenn wir von Datenschutz reden, dann bedeutet das: Wir wollen, dass jeder Bürger selbstbewusst darüber entscheiden kann, wo und wie er seine Daten verwenden will. Das gilt übriges auch im Supermarkt, wenn wir tagtäglich an der Kasse stehen und sämtliche Karten zur Verfügung stellen.

Was bedeutet es, wenn wir über Demokratie und Vielfalt im Internet reden? Das bedeutet, dass zu einer Wahl eben nicht kritische Seiten gesperrt werden, wie wir es in Russland jetzt am Wochenende gesehen haben. Wenn wir von einer neuen Gründerkultur reden, wie Björn das eben angesprochen hat, meinen wir zum Beispiel, dass wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken müssen, damit junge Internetunternehmen Fachkräfte erfolgreich einstellen können und damit Deutschland auch in Zukunft ein Hightech-Standort bleiben kann und sich nicht wirtschaftlich von anderen Ländern abhängig machen muss. Liebe Genossinnen und Genossen, das Internet ist vielfältig, es ist aber nicht nur ein Medienkanal, über den Nachrichten und Informationen kommuniziert werden. Es ist auch kein Nischenthema, wie einige meinen, und wir sind auch keine Internetromantiker. Das Internet ist zentraler Bestandteil einer integrierten Wirtschafts-, Arbeits-, Bildungs-, Forschungs-, Familien- und Sozialpolitik.

Wir wollen in Zukunft den Dialog auf all diesen Ebenen für eine starke digitale Gesellschaft führen. Daher bitte ich euch, den Leitantrag M 1 – „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft“ - zu unterstützen. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Valentina. – Das Wort hat nun Mathias Richel.

Mathias Richel, Gesprächskreis Netzpolitik: Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr geehrte Damen und Herren! Keine Angst, ich mache es kurz, aber deutlich.

1995 war ich 14 Jahre alt und das Internet für mich weitgehend unbekannt. Für die SPD allerdings nicht. 1995 gab es den Gründungsauftrag zum ersten virtuellen Ortsverein in dieser Partei. Damit war die SPD progressiver und viel weiter vorn als jede andere Partei. Aber das war 1995. Das ist mittlerweile 16 Jahre her, und 16 Jahre sind im Internet eine sehr, sehr lange Zeit.

In dieser Zeit hat die SPD mit ihren netzpolitischen Beschlüssen viel Porzellan im Internet zerschlagen, und vor allem hat sie ihre Progressivität eingebüßt. Vor den Videostreams, auf Twitter, in Blogs, auf Facebook und wo sie alle sitzen verfolgen tausende Menschen diesen Parteitag und trauen dabei der SPD diese Progressivität nicht mehr zu.

Gegen diesen Eindruck arbeiten hunderte netzpolitisch engagierte Menschen innerhalb der SPD an. Diese vielen Genossinnen und Genossen an der Basis haben sich zum Beispiel 2009 von Anfang an gegen die Netzsperrungen eingesetzt, während die SPD diesen im Bundestag zugestimmt hat. Heute gestehen die damals Verantwortlichen ein, dass diese Zustimmung ein schwerer Fehler war.

(VEREINZELT BEIFALL)

Die gleiche Situation haben wir heute wieder bei der Vorratsdatenspeicherung. Wir Netzpolitiker kämpfen dafür, dass die SPD die Vorratsdatenspeicherung ablehnt und müssen schwer darum ringen, überhaupt gehört zu werden. Das Ding muss weg!

(VEREINZELT BEIFALL)

Dieser Antrag, der jetzt zur Abstimmung vorliegt, soll nicht nur die Arbeit der Netzpolitik erleichtern, sondern auch endlich Pflöcke in den Boden rammen, an denen entlang die gesamte SPD - nämlich entlang ihrer eigenen sozialdemokratischen Werte - Netzpolitik gestalten kann, ohne die Fehler der vergangenen Jahre zu wiederholen. Nur so haben wir wieder die Möglichkeit, endlich laut die Chancen des Internet zu betonen und unsere netzpolitische Progressivität wiederzufinden.

Wir sind verpflichtet, das zu tun. Die SPD verliert auf diesem Gebiet ansonsten weiter an Vertrauen. Sie verliert dann vor allen Dingen eine ganze Generation an jungen Wählern. Um erfolgreich Netzpolitik zu machen, müssen wir uns auf unsere sozialdemokratischen Werte besinnen und in unser netzpolitisches Handeln übersetzen. Dieser Antrag ist dafür ein Anfang, ein Anfang, aber eben nur ein Beginn. Die Arbeit geht weiter.

Der Dank geht an alle Genossinnen und Genossen, die sich schon heute so engagiert einbringen. In diesem Sinne: Stimmt mit übergroßer Mehrheit für diesen Antrag! – Danke.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mathias. – Liebe Genossinnen und Genossen, das Wort hat jetzt Matthias Groote. Nach ihm wird Alexander Schweizer für die Antragskommission sprechen, und sodann werden wir in die Abstimmungen eintreten.

Da die Anzahl der Änderungsanträge quantitativ überschaubar ist, wird das auch nicht allzu lange dauern. Da wir nach der Rede von Andrea Nahles in die Wahlgänge einsteigen, würde ich darum bitten, die Delegationen vielleicht schon jetzt langsam wieder in den Raum zu schaffen, weil wir nicht nur die Generalsekretärin, sondern dann auch sofort die Schatzmeisterin wählen. Das wird nicht mehr so lange dauern, liebe Genossinnen und Genossen. - Das Wort hat nun Matthias Groote.

Matthias Groote, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte als allererstes den Teilnehmern des Gesprächskreises danken. Was wir heute hier auf dem Tisch haben, was wir verabschieden, ist „Mehr Demokratie wagen 2.0“. Es konnten sich nämlich sehr viele Leute von außerhalb an der Meinungsfindung darüber beteiligen, wie sich die deutsche Sozialdemokratie in Sachen Netzpolitik aufstellt. Ich glaube, in den nächsten zwei Jahren ist noch eine weitere Etappe vor uns; denn die Netzpolitik verfolgt uns überall.

Wir haben über die Bankenkrise gesprochen. Heute werden mit einem Mausklick Millionen und Milliarden um die Erde geschickt. Ich glaube, wir sind gut beraten – der Sigmar hat es gerade auch in der Rede angedeutet -, zu betonen: Wir sind die Partei der Freiheit.

Wie sehen Bürgerrechte im Jahr 2010, im Jahr 2020 aus? Mit dem uns vorliegenden Antrag wird hier ein guter Grundstock gelegt.

Darüber hinaus, liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir überlegen, ob wir nicht auch den Weg gehen, den wir in Europa gehen. Wir haben dort eine Extrakommissarin für die Digitale Agenda. Vielleicht sollte ich das Wort „Agenda“ nicht nehmen. Wir bezeichnen es als Marshallplan; ich glaube, das kommt bei den Genossinnen und Genossen besser an. Das ist nicht so vorbelastet.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir sollten daran arbeiten, dass Netzpolitik eine Querschnittsaufgabe wird und dass wir das Lebensgefühl vieler Menschen in der Republik und darüber hinaus in unserem Tun und Handeln und darin, wie wir uns geben, widerspiegeln.

Darüber hinaus ist Partizipation wichtig. Wir haben über Organisationspolitik gesprochen. Eines ist ein bisschen untergegangen: Über Sachfragen sollen wir als Genossinnen und Genossen mittelfristig auch im Netz abstimmen können. Diesen Weg, den wir dort beschritten haben – ich danke hier Andrea noch einmal -, indem wir gemeinsam eine Position dafür gefunden haben, dass wir uns mittelfristig auch digital in der Politik, in der SPD beteiligen können: Daran sollten wir auch nach unserer Regierungsübernahme arbeiten.

In Europa gibt es ab dem 1. April 2012 die Europäische Bürgerinitiative. 500 Millionen Europäerinnen und Europäer haben dann die Möglichkeit, online an einem Bürgerbegehren teilzunehmen. Warum soll es nicht auch im größten Mitgliedsland der Europäischen Union, in der Bundesrepublik Deutschland, möglich sein, online abzustimmen? Daran müssen wir arbeiten. Das ist ein Follow-up für den Gesprächskreis.

Danke euch, die ihr mitgemacht habt. „Mehr Demokratie wagen 2.0“ - Experiment gelungen!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Matthias. Es spricht nun für die Antragskommission Alexander Schweitzer zu uns.

Alexander Schweitzer, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will zunächst eine Bemerkung vorweg machen: All die, die - nachvollziehbar - draußen sind und sich stärken, die verpassen eine hervorragende Debatte über tolle Anträge, die aus der Mitte der Partei kommen und von Björn Böhning und den jungen Genossen hier vorgestellt wurden.

(BEIFALL)

Ich will für die Antragskommission sagen, dass das - Matthias Groote hat das zu Recht angesprochen - ein Experiment war. Die Schlussfolgerung, die Matthias gezogen hat, ist eine Schlussfolgerung der gesamten Antragskommission, nämlich dass es ein erfolgreiches Experiment war. Herausgekommen ist ein Antrag vieler, die sich zur SPD und ihren Werten bekennen, die engagiert sind, auch wenn sie nicht in formalen Funktionen sind, und mit ihrer Kompetenz dazu beitragen können, dass wir heute über solche Anträge sprechen können.

Es gibt keinen Grund - auch wenn Matthias völlig zu Recht auf Fehler der Vergangenheit hingewiesen hat -, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten netzpolitisch Asche auf unser Haupt streuen.

Wir haben nachgearbeitet, wir sind inzwischen gut aufgestellt. Es gibt nicht nur in Berlin-Mitte, sondern überall in Deutschland in der Sozialdemokratie engagierte Menschen jeden Alters, die sich mit Netzpolitik beschäftigen. Lasst uns darüber selbstbewusst sprechen. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Auftrag für uns alle nach diesem Parteitag.

(BEIFALL)

Der Antrag M 1 kommt sehr selbstbewusst her; man schaue sich nur die Überschrift an. Wir wollen nicht weniger, als unsere Grundwerte, die wir seit fast 150 Jahren vor uns hertragen und die wir leben, auch in die digitale Gesellschaft einzubringen. Diesem Anspruch wird der Antrag M 1 durchaus gerecht. Wir deklinieren unsere Grundwerte in der Lebenssituation vieler Menschen, die rund um die digitale Wirtschaft tätig sind. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss es um die soziale Frage gehen, es muss um Wertschöpfung gehen, es muss um den Zugang gehen und darum, dass es sozial gerecht und solidarisch auch in der digitalen Gesellschaft zugeht. Dieser Antrag verbindet alle diese Punkte.

Der Antrag M 2 spricht eine Frage an, die mich als Landespolitiker ganz unmittelbar berührt, nämlich: Wie ist es um den Zugang zum Internet bestellt? Die Menschen leben eben nicht nur in den städtischen Zentren, sondern auch im ländlichen Raum. Es gehört zu einer Volkspartei, dass wir das aufnehmen. Natürlich lässt sich schön über die netzpolitischen Finessen sprechen - darüber, dass die Menschen von zu Hause aus arbeiten können oder im Privatleben leistungsfähiges Internet haben. Aber wenn es keinen Zugang zu schnellem Internet gibt, dann hört es relativ schnell auf, spannend zu sein. An der Stelle brauchen wir einen richtigen Schwung nach vorne. Wir sind in den Ländern schon lange in diesem Sinne aktiv. Aber ich will auch sagen: Was das schnelle Internet und das Zur-Verfügung-Stellen von öffentlichen Ressourcen angeht, hat diese Bundesregierung, hat Schwarz-Gelb in den letzten Jahren nichts, aber auch gar nichts hingekriegt. Da müssen wir spätestens 2013 nacharbeiten. Bis dahin brauchen wir eure Unterstützung. Der Antrag M 2 formuliert die Unterstützung, die wir uns hier vorstellen.

Der Antrag M 3 betrifft das Thema Netzneutralität; das haben wir aus dem M 1 rausgezogen, weil dieses Thema einen eigenen Schwerpunkt verdient hat. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Die weiteren Anträge, die ihr im Antragsbuch findet, beziehen sich ebenfalls auf die Punkte, die ich angesprochen habe. Weil die Anträge M 1 bis M 3 sehr umfassend formuliert wurden, sind viele dieser Punkte mit aufgenommen. Deshalb haben wir in der Antragskommission entsprechend votiert.

Zu den weiteren Punkten habt ihr die Empfehlungen der Antragskommission gelesen. Ich bitte euch, diesen zu folgen. - Ich danke euch ganz herzlich.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Alexander. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich weise noch einmal darauf hin: Wir fangen jetzt mit den Abstimmungen an. Unmittelbar nach den Abstimmungen steht die Rede von Andrea auf der Tagesordnung, und danach geht es weiter mit den Wahlgängen. Deshalb bitte ich die Delegierten, so langsam wieder ins Plenum zu kommen.

Ich rufe nun Antrag M 1 auf. Zu dem Antrag M 1 gibt es einen Änderungsantrag - darauf ist Alexander schon eingegangen -, nämlich IA 242. Die Antragskommission schlägt vor, ihn in leicht geänderter Form - das ist nur eine redaktionelle Änderung - anzunehmen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist,

dass dem Votum der Antragskommission gefolgt wird, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist das so beschlossen.

Wir können nun über den Antrag M 1 insgesamt abstimmen. Ich bitte um euer Kartenzeichen: Wer für die Verabschiedung des Antrages M 1 in der geänderten Form ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. Gegenstimmen? - Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Antrag M 2 auf. Alexander hat dazu alles Nötige gesagt. Es gibt dazu keinen Änderungsantrag, wir können darüber gleich abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Dann zum Antrag M 3 auf Seite 423 des Antragsbuches. Dazu gibt es einen Ergänzungsantrag, nämlich den IA 227. Hier schlägt die Antragskommission Annahme des Änderungsantrages vor. Auch darüber lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen ist das so übernommen worden.

Wir können nun über den Antrag M 3 insgesamt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag M 5. Hier schlägt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion vor. Wer diesem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag M 7 auf Seite 428. Hier schlägt die Antragskommission Annahme in der euch vorliegenden geänderten Fassung der Antragskommission vor. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag M 12 auf. Wir sind der Auffassung, dass dieser sich durch die Annahme von M 1 bis M 3 in der Fassung der Antragskommission erledigt hat. Gibt es Widerrede? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so akzeptiert.

Ich rufe den Antrag M 13 auf, in dem es um das Bundeskulturministerium geht. Hier schlägt die Antragskommission Überweisung an den nächsten Bundesparteitag vor, weil auf diesem ein Regierungsprogramm beschlossen werden wird und dann diese Frage zu entscheiden ist. Die Antragskommission schlägt also Überweisung vor. Ich bitte um euer Kartenzeichen: Wer folgt dem? - Wer nicht? - Dann ist das bei einer Gegenstimme so angenommen.

Ich rufe den letzten Antrag dieses Bereichs auf, den Antrag M 14: „Kultur muss erschwinglich sein“. Hier schlägt die Antragskommission Überweisung an Parteivorstand und Bundestagsfraktion vor. Liebe Genossinnen und Genossen, ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben damit den Bereich Medien- und Kulturpolitik abgeschlossen. Ich übergebe das Wort wieder an Torsten Albig. Ich danke euch.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir zur Wahl der Generalsekretärin kommen, hat nun Andrea das Wort. Andrea!

(BEIFALL)

REDE DER GENERALSEKRETÄRIN ANDREA NAHLES

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr ward ja beim letzten Parteitag im letzten Jahr in der STATION-Berlin dabei. Sicherlich erinnert ihr euch noch: Das Dach war undicht. Es standen überall Eimer rum. Es hat munter reingeregnet. – Was soll ich euch sagen: Das hat damals sehr gut zu uns gepasst. Wir waren auch mitten im Umbau.

Heute allerdings können wir sagen: Der Umbau der SPD ist beendet, das Dach ist dicht, die Eimer sind weg, und wir sind wieder da, Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Dafür haben wir in den vergangenen zwei Jahren hart gearbeitet. Wir haben aus unseren Fehlern gelernt; wir haben dort korrigiert, wo es nötig war. Und wir waren dabei sehr geschlossen - kontrovers aber konstruktiv. Und wir sind auf die Menschen zugegangen und haben die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Diese Geschlossenheit und diese Aufbruchsstimmung brauchen wir auch in den nächsten zwei Jahren. Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, die letzten zwei Jahre gut genutzt, während sich die schwarz-gelbe Bundesregierung abgenutzt hat.

(BEIFALL)

Ich will nur einmal in Erinnerung rufen: Was haben wir nicht alles erlebt! Geschenke für Hoteliers, Entlastungen für Erben, spätromische Dekadenz, abgeschriebene Doktorarbeiten, erst rein in die Atomkraft, dann raus aus der Atomkraft, erst gegen den Rettungsschirm, dann für den Rettungsschirm, erst kein Schuldenschnitt, dann ein Schuldenschnitten und dann eine Schuldenamputation. Braucht das irgendjemand in Deutschland? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, das braucht Deutschland nicht!

(BEIFALL)

Das Schlimmste an diesem Hü-und-Hott, an diesem Vor-und-Zurück, an diesem Sowohl-als-Auch ist doch eigentlich, dass Schwarz-Gelb die besten Voraussetzungen hatte. Dieser Bundesregierung ist doch der wirtschaftliche Aufschwung in den Schoß gefallen. Aber Merkel und Co. haben diesen Aufschwung verspielt; sie haben den Aufschwung verpuffen lassen. Ja, ja, die Arbeitslosenzahlen sind gesunken. Darüber freuen wir uns. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, gleichzeitig arbeiten immer mehr Menschen zu Armutslöhnen – ohne Schutz und Perspektive. Das muss endlich aufhören in Deutschland.

(BEIFALL)

Schwarz-Gelb bejubelt das Job-Wunder, aber ignoriert das Entscheidende: dass die guten Zahlen nicht gleichbedeutend sind mit gutem Leben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

So tritt Deutschland auf der Stelle: Da ist die angeblich fleißige Ursula von der Leyen. Die hat es geschafft – ich betone es, kein einziges Gesetz gegen die Missstände auf dem Arbeitsmarkt auf den Weg zu brin-

gen. Ich wiederhole: null, nada, nix. Das muss man sich einmal vorstellen: Frau von der Leyen und Frau Merkel reden ja gerne davon, dass sie einen Kompass hätten. Ich sage euch: Dieser Kompass hat keine Nadel, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Jeder weiß: Es reicht nicht, dass Frau Merkel mal wieder irgendwie irgendetwas zurechtgeschustert hat, mal wieder irgendwie einen Streit ausgesessen hat, mal wieder irgendwie in letzter Sekunde eine Notbremsung gemacht hat, mal wieder irgendwie eine längst überfällige Kehrtwende vollzieht. Deutschland hat es nicht verdient, irgendwie regiert zu werden, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen keine Irgendwie-Kanzlerin, keine Irgendwie-Regierung, keine Irgendwie-Politik!

(BEIFALL)

Wir brauchen stattdessen eine klare, erkennbare, verlässliche Politik. Und die kriegt Deutschland nur mit uns, mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Denn eines ist doch klar: Wir werden das, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, auch in den nächsten zwei Jahren erleben: Es wird weiter gestritten, es wird weiter Murks gemacht, es wird weiter irgendetwas angekündigt, aber nachher nichts oder das Gegenteil gemacht. Am Ende werden wir vier verlorene Jahre für Deutschland haben. Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn die Umfragen es noch nicht hergeben: Ich bin trotzdem sicher, dass wir 2013 gewinnen und regieren werden. Wir werden dann dafür sorgen, dass wir vier gute Jahre für Deutschland bekommen!

(BEIFALL – ZURUFE: MEHR!)

- Ja, vielleicht auch zehn oder zwölf. Aber wir fangen mal mit vier an, Sigmar. Und die Leute wollen wissen, wofür wir stehen, was wir wollen, wenn wir an die Regierung kommen. Mindestens vier gute Jahre für Deutschland bedeuten, dass sich nicht einige wenige immer größere Yachten leisten können, aber die Kommunen baden gehen. Das bedeutet, dass man für gute Arbeit in Deutschland nicht nur ein Trinkgeld bekommt, sondern einen Lohn, von dem man leben kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und das heißt, dass eine alleinerziehende Mutter mit der Geburtsurkunde für ihr Kind nicht zugleich den Antrag für Hartz IV ausgehändigt bekommt, sondern beides zusammen bekommt: Arbeit und Beruf. Aydan hat das eben schon deutlich gemacht.

Mindestens vier gute Jahre für Deutschland heißt auch, dass nicht die Versichertenkarte darüber entscheidet, ob man beim Arzt in der Holz- oder in der Businessklasse landet, sondern einzig und alleine die Schwere der Erkrankung muss doch darüber entscheiden, dass man die bestmögliche medizinische Versorgung bekommt. Dafür sorgen wir mit unserer Bürgerversicherung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Gutes Regieren für Deutschland bedeutet statt immer mehr Merkozy wieder mehr Demokratie in Europa, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

All das steht übrigens in unseren Leitanträgen. All das zeigt, dass wir das Regieren sogar in der Opposition ernster nehmen als die Regierung selbst. Aber natürlich gilt auch, dass wir gute Jahre für Deutschland nur dann bekommen, wenn wir einen echten Politikwechsel, einen echten Regierungswechsel schaffen. Deswegen müssen wir als Partei 2013 die Nase vorn haben. Und das können wir auch schaffen.

(BEIFALL)

Übrigens: Wem die Motivation für die nächsten Jahre harter Arbeit fehlen sollte, die Sigmar angekündigt hat, dem sage ich: Macht euch bitte die Alternative klar: Weiterwursteln mit Merkel und Rösler, weiter mit der großen Glücke und einem halben Hähnchen. Ich denke, das ist Motivation genug.

(BEIFALL UND HEITERKEIT)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen nicht den Kanzler stellen, weil wir den Kanzler stellen wollen. Es geht nicht um Macht allein, sondern darum, aus der Macht etwas Gutes für die Menschen in unserem Land zu machen.

Ich will meinen Beitrag dafür leisten, dass derjenige, der für uns ins Rennen geht, eine gute Plattform bekommt, von der aus er starten kann. Ich will, dass die SPD stark wird. Ich will, dass wir gewinnen. Dafür werde ich hart arbeiten.

Ich bitte euch um euer Vertrauen, damit wir ab 2013 sozialdemokratische Politik verwirklichen und dann wirklich vier gute - gerne auch mehr - Jahre für Deutschland beginnen.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Ich will meinen Beitrag dafür leisten, dass derjenige, der für uns ins Rennen geht, eine gute Plattform bekommt, von der aus er starten kann. Ich will, dass die SPD stark wird. Ich will, dass wir gewinnen. Dafür werde ich hart arbeiten.

Ich bitte euch um euer Vertrauen, damit wir ab 2013 sozialdemokratische Politik verwirklichen und dann wirklich vier gute - gerne auch mehr - Jahre für Deutschland beginnen.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Damit kommen wir zur Wahl der Generalsekretärin.

WAHL DER GENERALSEKRETÄRIN

Ich sehe einige noch nicht gefüllte Plätze. Ich kann euch noch einmal erklären, wie das mit den Geräten geht, und gebe den Delegationsleitern noch die Chance, dass wir das hier auffüllen; denn es sieht nicht schön aus, wenn wir die, die für unsere Partei so hart arbeiten, nicht einmal so wertschätzen, dass wir bei der Wahl anwesend sind, liebe Genossinnen und Genossen.

Auch die Wahl der Generalsekretärin ist eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung. Auch hier bitte ich die Medienvertreterinnen und Medienvertreter um die Wahrung des Wahlheimnisses. Bitte fotografieren Sie nicht die Stimmabgabe mit dem Wahlgerät.

Liebe Genossinnen und Genossen, ansonsten ist das Prozedere schon eintrainiert. Ihr habt euer Wahlgerät. Ihr habt eure Chipkarte. Ihr habt sie miteinander verbunden. Wir haben nur eine Kandidatin. Was die Ziffern eins, zwei und drei bedeuten, ist euch bewusst. Auch die Bedeutung der Enter-Taste ist euch bewusst.

Auch in dieser Wahl ist nach § 23 Abs. 4 unseres Organisationsstatuts gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

(ZURUF: WARTEN!)

Es gibt im Vorstand noch Probleme; das ist schlecht. - Liebe Genossinnen und Genossen, kennt ihr noch jemanden, der nicht hier ist und da sein sollte?

(ZURUFE)

- Den Namen merkt ihr euch. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zum Wahlgang. Zur Wahl steht Andrea Nahles. Die Wahl ist eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, haben jetzt alle ihre Stimme für Andrea abgegeben? - Damit ist der Wahlgang für Andrea Nahles geschlossen.

Es dauert jetzt einen kleinen Augenblick. Wir warten so lange, bis das Ergebnis kommt. - Bitte lauft nicht weg. Wenn das Ergebnis vorliegt, wählen wir sofort weiter. - Wir haben ein Ergebnis. Die Vorsitzende trägt es uns vor.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Generalsekretärin bekannt.

Abgegebene Stimmen 484; davon gültige Stimmen 482, ungültig 2. Mit Ja haben gestimmt 353. Das ist ein Ergebnis von 73,24 Prozent.

(BEIFALL)

Enthalten haben sich 26. Mit Nein gestimmt haben 103.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Andrea, nimmst du die Wahl an?

- ANDREA NAHLES: JAWOHL! -

- Jawohl. Herzlichen Glückwunsch auch vom Präsidium!

(BEIFALL)

WAHL DER SCHATZMEISTERIN

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir machen weiter mit der Wahl der Schatzmeisterin. Zur Wahl steht Barbara Hendricks. Eins, zwei, drei, enter! Irgendwelche Unklarheiten? - Das ist nicht der Fall. Die Wahl der Schatzmeisterin Barbara Hendricks ist hiermit eröffnet.

Haben alle ihre Stimme abgegeben? - Das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang für Barbara Hendricks geschlossen. Wir warten wieder einen kleinen Augenblick. - Ihr bleibt bitte da. Wir wählen sofort weiter. Auch hier haben wir ein Ergebnis.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Schatzmeisterin bekannt.

Abgegebene Stimmen 469; gültige Stimmen 469. Mit Ja haben gestimmt 414.

(BEIFALL)

Das sind 88,3 Prozent.

(BEIFALL)

Enthalten haben sich 20. Mit Nein gestimmt haben 35.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Barbara, nimmst du die Wahl an?

- BARBARA HENDRICKS: JA! -

Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

WAHL DES BEAUFTRAGTEN DES SPD-PARTEIVORSTANDES FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur nächsten Wahl. Zur Wahl steht der Verantwortliche beim Parteivorstand für die Europäische Union. Zur Wahl stellt sich Martin Schulz. Es ist eine Einzelwahl, genau nach dem Muster, wie ihr es kennt. Eins, zwei, drei, enter! Gibt es Fragen? Hat jemand sein Gerät verloren? - Das ist nicht der Fall.

Die Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union mit Martin Schulz ist damit eröffnet.

Ihr habt alle gewählt. Der Wahlgang für Martin Schulz ist damit geschlossen.

Während wir noch warten, begrüßen wir unter uns Klaus Wiesehügel, den Bundesvorsitzenden IG Bauen-Agrar-Umwelt. Schön, dass du bei uns bist, Klaus!
Und das Ergebnis für Martin Schulz!

(BEIFALL)

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Beauftragten für die EU bekannt. Abgegebene Stimmen: 495, davon ungültig null. Mit Ja haben 435 gestimmt. Das ist eine Prozentzahl von 87,9 Prozent.

(BEIFALL)

Enthalten haben sich 20, und mit Nein gestimmt haben 40.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Lieber Martin, nimmst du die Wahl an?

- MARTIN SCHULZ: JAWOHL! -

Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Ich schlage vor, unser neu gewählter Vorstand stellt sich jetzt mal sehr schön hier vorne den Bildjournalisten und den Kameras zur Verfügung, damit wir ein ordentliches Foto für die Welt haben.

Aydan, du musst jetzt zu uns kommen. Du gehörst jetzt in diesen Vorstand. - Hat jemand Aydan gesehen? Dafür ist Hamburg jetzt verantwortlich. - Aydan ist gerade mit Journalisten weg?

So, liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir fortfahren, begrüßen wir unter uns auch Udo Beckmann, den Bundesvorsitzenden VBE, Verband Bildung und Erziehung. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Aydan ist da? - Da ist sie. So, dann machen wir jetzt mit Aydan zusammen ein Foto. Alle noch einmal zurück!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, während hier fotografiert wird: Wir wählen sofort weiter, und zwar die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes. Kommt bitte wieder herein, wenn ihr draußen seid, und geht nicht raus, wenn ihr drin sei.

ERSTER WAHLGANG DER WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das war der einfache Teil. Jetzt wird es ein bisschen komplizierter. Aber wir sind gut im Training, und wenn ihr zuhört das geht noch

besser, wenn alle leise sind, dann werden wir das miteinander ganz toll hinbekommen.

Ich rufe auf: Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes

Wir haben gestern beschlossen, dass unser Parteivorstand gemäß 23 Abs. 1 des Organisationsstatutes nunmehr nur noch aus bis zu 35 Mitgliedern besteht. Das Tagungspräsidium empfiehlt euch, die Zahl von 35 zu wählen. Findet das eure Zustimmung? Dann bitte ich um euer Kartenzeichen.

(ZURUF: ES SIND DOCH NUR 34!)

- Wir haben ja schon ein paar gewählt, lieber Genosse. Neun sind gerade gewählt worden.

Noch einmal: Das Präsidium empfiehlt euch, die Zahl, die „bis zu“ lautet, auch auszuschöpfen, sodass unser Vorstand 35 Mitglieder hat. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand sind deshalb jetzt noch 26 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen.

Das Verfahren kennt ihr dem Grunde nach von allen Wahlen, die ihr schon gemacht habt: Im ersten Wahlgang von denen, die sich zur Wahl stellen, ist gemäß 23 Abs. 4 unseres Statutes nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegeben gültigen Stimmen erhalten hat.

Ihr habt jetzt verschiedenfarbige Zettel orange, grüne, manche auch noch weiße auf dem Tisch liegen, die überschrieben sind mit: „Merkzettel weitere Mitglieder des SPD-Parteivorstandes, 1. Wahlgang“. Gültig ist nur der orange Zettel. Der Umstand, dass wir von einem grünen zu einem orangen gehen mussten, hat damit zu tun, dass Sascha Vogt nicht mehr zur Verfügung steht, und das möchte er uns gerne selber auch noch einmal begründen. Sascha!

(VEREINZELTER BEIFALL)

Sascha Vogt, Juso-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich habe mich entschlossen, meine Kandidatur zurückzuziehen, nachdem mir aus mehreren, gerade größeren Delegationen signalisiert worden ist, dass eine Unterstützung meiner Kandidatur nicht drin ist. Ich möchte mich an der Stelle aber ganz herzlich erst einmal bei denen bedanken, die mich bis hierhin in dieser Kandidatur unterstützt haben. Vielen Dank an diejenigen.

(BEIFALL)

Die SPD wird damit weiterhin die einzige Partei sein, in der es anscheinend nicht möglich, dass der oder die Vorsitzende der eigenen Jugendorganisation stimmberechtigt im Parteivorstand sitzt. Das nehmen wir zur Kenntnis.

(WIDERSPRUCH - ZURUFE)

Wir hatten gestern eine Debatte über die Verkleinerung des Parteivorstandes. Die ist jetzt so ausgefallen. Ich werde mich auf jeden Fall weiterhin dafür einsetzen, dass die Interessen der jungen Generation

auch in der SPD vertreten werden. Herzlichen Dank. Glück auf!

(VEREINZELT BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Lieber Sascha, vielen Dank.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das müsst ihr nicht teilen. Nehmt es einfach zur Kenntnis. Wir kommen jetzt zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes.

Das Erste, was ihr bitte tut, ist, dass ihr jede andere Farbe so wegbekommt, dass ihr das nicht gleich vor euch liegen habt. Nur der orangefarbene Zettel ist derjenige, der euch als Merktzettel gleich bei der Wahl mit dem Hilfsgerät an der Seite steht. Nur der orangefarbene, bitte. Am besten legt ihr alle anderen Zettel weg.

Bei der Wahl der Beisitzer, liebe Genossinnen und Genossen, handelt es sich anders als bisher um eine Listenwahl nach § 8 unserer Wahlordnung. Wir ändern also das Verfahren auch im Umgang mit dem Gerät. Ich bitte jetzt um eure ganze Aufmerksamkeit, damit wir das genauso schön hinbekommen wie bei den Einzelwahlen.

Grundsätzlich das kennt ihr ist eure Stimmabgabe nur gültig, wenn ihr höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten wählt, wie insgesamt zu wählen sind, und mindestens der Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste euer Votum gebt. Das heißt, ihr müsst mindestens 13 der hier angegebenen 34 wählen. Ihr dürft höchstens 26 Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Mindestens 13 mal müsst ihr gleich abstimmen. Ihr dürft höchstens 26 mal abstimmen. Wie ihr es immer kennt; nichts Neues. Nur die Wahltechnik ist etwas anders.

Um euch bei der Abstimmung mit dem Gerät zu helfen, habt ihr den Merktzettel. Ganz wichtig: Dieser Merktzettel dient nur eurer Führung, damit ihr eine Übersicht habt, wie ihr mit dem Gerät umgeht. Er ist kein Wahlzettel. Wenn ihr euch gleich Notizen darauf macht, wie ihr abstimmen wollt, wenn ihr eure Stimme geben wollte, denkt daran, den Merktzettel zu vernichten, nachdem ihr elektronisch abgestimmt habt.

Ihr findet auf dem Merktzettel in alphabetischer Reihenfolge, die 34, die sich zur Wahl stellen wollen, egal, ob sie gewählt werden oder nicht. Die 34 findet ihr. Hinter jedem Namen findet ihr eine Nummer 1 bis 34, und mit dieser Nummer wählt ihr die jeweilige Kandidatin oder den jeweiligen Kandidaten eurer Wahl, mindestens 13, höchstens 26.

Das heißt, wenn ihr Kandidat 7 wählen wollt, müsst ihr die 7 eingeben und dann auf Enter drücken. Ihr erinnert euch, Enter ist das Knöpfchen über dem C. Dies muss mindestens 13-mal nacheinander geschehen, höchstens 26-mal nacheinander. Wenn ihr danach die 12 wählen wollt, dann drückt ihr 12. Das geschieht, in dem ihr 1 und 2 nacheinander und dann auf Enter drückt. Solltet ihr euch vertun, ihr wolltet die 12, habt aber 13 gedrückt, hilft euch die C-Taste, die letzte Ziffer wieder zu löschen. Auch hier gilt: Wenn ihr auf Enter gedrückt habt, ist nichts mehr löschar, eure Stimme ist in der Wahlurne.

Bei der Listenwahl, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Scroll-Taste, das sind die beiden Pfeile unter dem Fenster, für euch als Information von Bedeutung. Ihr könnt mit der Scroll-Taste feststellen: Wenn habe ich denn bisher alles gewählt? Wenn ihr die Scroll-Taste betätigt, dann zeigt sie euch an, wen ihr bei welcher Stimmabgabe gewählt habt. Beispiel: Ihr habt im fünften Versuch die 7 gewählt. Dann scrollt ihr

so lange, bis die Ziffer 5 auftaucht, und die sagt euch dann: Zu 5 gehört die 7. Wenn ihr sie durchscrollt und ihr 26-mal abgestimmt habt, dann findet ihr von 1 bis 26 ein Ziffern paar, also das letzte wäre die 26, und dann steht da die Nummer, welche auch immer, die ihr gewählt habt. Das ist nur die Kontrolle, damit ihr noch einmal euren Zettel mit eurer elektronischen Abstimmung vergleichen könnt, wenn ihr den Zettel denn zu Hilfe nehmt.

Noch einmal: Wir wählen jetzt nicht, indem wir einem Namen mit 1, 2 oder 3 eine Zustimmung geben, sondern die, die ihr wählen wollt, müsst ihr per Ziffer eingeben und dann Enter drücken, dann die nächste Ziffer, Enter, die nächste Ziffer, Enter. Ihr behaltet wirklich im Auge - das ist wichtig -, dass ihr mindestens 13-mal Enter oder höchstens 26-mal Enter gedrückt habt. Wird das mehr, wird es ungültig, wird es weniger, ist es auch ungültig.

Es verlangt, wenn es albern kling, hohe Aufmerksamkeit, hier ist es warm, hier ist es laut, und das ist schon ein komplexer Wahlvorgang. Bei dem möchten wir gerne, dass wir nicht durch ungültige Stimmen auffallen, sondern zeigen, dass wir mit dem Verfahren gut zurande kommen. Ist das Verfahren dem Grunde nach verstanden?

(ZURUFE: JA!)

Das Verfahren ist dem Grunde nach verstanden.

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, verweise ich als Letztes darauf, dass nach § 11 Absatz 2 unseres Organisationsstatuts der Parteivorstand quotiert sein muss. Die bereits gewählten Mitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet, aber auch das ist euch bekannt. Bei einer Gesamtzahl von 35 Mitgliedern bedeutet das, dass jeweils mindestens 14 Frauen und Männer dem Parteivorstand insgesamt angehören müssen, aber das unterscheidet sich von keiner anderen Wahl.

Wenn ich jetzt keine Fragen mehr sehe, dann nehmt euren Merktzettel. Ihr habt viel mehr Zeit als eben, damit ihr das in Ruhe machen könnt. Orientiert euch, welchen Kandidaten ihr eure Stimme gebt, und arbeitet euch dann Schritt für Schritt durch das Gerät durch. Ich möchte keinen mit einem andersfarbigen Zettel als orange sehen. - Das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, es wäre jetzt zu schön gewesen. Wendet eure Aufmerksamkeit einen Augenblick uns zu. Leider haben wir es nicht geschafft, die Zettel synchron zu den Zahlen auf dem Bildschirm zu haben. Da wir im Präsidium nicht ausschließen können -

(ZURUFE)

- wir haben alle Zeit der Welt, seid ganz entspannt -, dass sich einige auch nach dem Bildschirm gerichtet haben, brechen wir die Wahl ab.

(ZURUFE)

- Ihr müsst gleich sowieso noch einmal wählen. - Ich finde, einmal schiefgehen kann es ja. Ihr bekommt gleich in synchrones Bild zu euren orangenen Zetteln. Es tut mit Leid, dass wir nicht darauf geachtet haben. Wir bekommen das sofort hin. Ich bekomme ein Signal, wenn der Bildschirm stimmt, und dann machen wir es

einfach noch einmal. Dann geht es auch viel schneller, weil ihr in Übung seid. Eure Zettel behaltet. Die orangenen Zettel sind richtig, nur der Bildschirm war falsch. Es war übrigens total toll, euch eben so ruhig zu erleben.

Das ging ganz schnell. Alle noch da, alle noch aufmerksam? Über welchen Bildschirm reden wir eigentlich? Ich sehe gar keinen Bildschirm. Wir sehen gleich einen Bildschirm, wenn ich die Wahl gleich wieder eröffne. Alles bleibt, wie es eben war, höchstens 26-mal, mindestens 13-mal. Auf Los geht es los. Die Wahl ist eröffnet.

Ihr schaut hoch, wenn ihr fertig seid, ja? - Gibt oder gab es irgendwo Probleme mit dem Gerät? Kann einer der Technikkundigen einmal zu mir kommen? - Problem gelöst?

Haben jetzt alle abgestimmt?

(WIDERSPRUCH)

Noch einmal die Frage: Gibt es noch Delegierte, die nicht abgestimmt haben? – Können wir dir technisch dabei helfen? – Ist das Problem behoben worden? - Jetzt noch einmal die Frage: Haben alle ihre Stimme abgegeben? – Alle haben ihre Stimme abgegeben. Der Wahlgang ist damit geschlossen. – Vielen herzlichen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, Sigmar weist darauf hin – aber ich habe auch nichts anderes erwartet -: Die Börsen reagieren auf unseren Parteitag. Der DAX geht nach oben.

(BEIFALL)

EINBRINGUNG LEITANTRAG FAMILIE

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Das ist die beste Voraussetzung dafür, jetzt in das Thema Familienpolitik einzusteigen.

Wir machen weiter mit der Antragsberatung, und ich rufe die Anträge F 1 bis F 22 auf. Bisher gibt es einen Initiativantrag, nämlich den Initiativantrag 230.

Einbringen wird den Leitantrag Manuela Schwesig, und danach spricht Elke Ferner für die Antragskommission. – Manuela, du hast das Wort.

(VEREINZELT BEIFALL)

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen!

Es ist ganz wichtig, dass wir von diesem Parteitag aus deutlich die Botschaft senden, dass Familienpolitik, gute sozialdemokratische Familienpolitik, für uns auf Augenhöhe mit den anderen wichtigen Themenfeldern wie Europa, wie Finanzen, wie Arbeit, wie Rente und wie Bildung steht. Familienpolitik ist für uns kein Gedöns, sondern eine wichtige Voraussetzung, um Familien, die wichtigsten Keimzellen unserer Gesellschaft, zu unterstützen. Deswegen freue ich mich, dass wir jetzt in diese inhaltliche Beratung einsteigen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bundestagswahl 2009 hat uns das bittere Ergebnis gebracht, dass sich viele junge Menschen, aber vor allem gerade Frauen von uns abgewendet haben. Es hat sich gezeigt, dass wir gerade beim Themenfeld Familienpolitik in den Jahren davor massiv an Boden verloren hatten. Deswegen war es Auftrag des Dresdener Parteitages an die SPD, an die SPD-Führung, dafür zu sorgen, dass wir uns dieses Kompetenzfeld wieder zurückholen und dass wir dieses Thema im Rahmen einer Zukunftswerkstatt breit diskutieren und wieder stark machen. Genau das haben wir die letzten zwei Jahre lang intensiv getan.

Wir haben gemeinsam mit Bundestagsfraktion und Parteivorstand eine Zukunftswerkstatt Familie gegründet. Vor allem haben wir aber nicht hinter verschlossenen Türen, im eigenen Saft beraten, sondern wir haben das gemacht, was wichtig für uns ist. Wir sind rausgegangen. Ich habe die letzten zwei Jahre genutzt, in allen Landesverbänden gerade dazu Veranstaltungen zu machen. Insbesondere die vielen Landtagswahlen waren sehr geeignet dafür, vor Ort Bürgerkonferenzen, Workshops, Veranstaltungen durchzuführen und direkte Gespräche zu führen. Das waren viele gute Erfahrungen vor Ort.

Aber auch unser familienpolitischer Beirat, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kommunen, Ländern und dem Bund: All diese Vertreter haben mit uns gemeinsam darüber diskutiert, wie das familienpolitische Entwicklungsland Deutschland endlich an die Tradition anderer Länder anknüpfen kann, wie die Familienpolitik bei uns stark gemacht wird.

Es gibt viel für uns zu tun. Fast 2 Millionen Kinder wachsen in unserem reichen Land in Armut auf. In kaum einem anderen europäischen Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab. In vielen Regionen kommt es für viele Eltern noch immer einem Lottogewinn gleich, ihren Beruf und die Erziehung der Kinder mit guten Kita-Angeboten unter einen Hut zu bringen. Wenn ein Pflegefall in der Familie auftritt, fühlen sich viele mit ihren Sorgen alleingelassen. Noch immer gibt es zu wenige Unternehmen, für die familienfreundliche Arbeitszeiten selbstverständlich sind.

Deshalb haben wir uns genau diesen Fragen gewidmet. Das Ergebnis liegt euch heute hier mit dem Leitantrag „Familienland Deutschland“ vor, und ich bitte euch um eure Zustimmung zu diesem Leitantrag.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt nicht die eine Antwort, den einen Vorschlag dafür, wie wir Familien in Deutschland unterstützen können. Familien sind heute bunt, und deswegen muss es auch mehrere Antworten geben. Für uns ist Familie überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Wir wollen den Familien nicht, wie zum Beispiel die CDU und die CSU, vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern wir wollen die Familien in ihrem ganz individuellen Lebensmodell unterstützen. Dazu gehören für uns die vielen Paare, ob mit oder ohne Kinder, die vielen Paare, ob mit oder ohne Trauschein, aber auch die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter, Regenbogenfamilien und Patchworkfamilien. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zusammenzuleben haben, aber wenn sie bereit sind, füreinander partnerschaftliche Verantwortung zu übernehmen, dann wollen wir sie unterstützen.

(BEIFALL)

Eine gute sozialdemokratische Familienpolitik muss Antworten auf diese verschiedenen Lebenssituationen

geben. Wir müssen mit unseren Ideen und Vorschlägen deshalb junge Paare mit Kindern und viele Alleinerziehende mit Kindern abholen, aber wir müssen auch die abholen, die vielleicht keine Kinder haben oder deren Kinder vielleicht schon groß sind und die sich heute fragen, wie es mit ihrer pflegebedürftigen Mutter weitergeht. Sie fragen zum Beispiel: Sie arbeitet in Schwerin, und ihre pflegebedürftige Mutter wohnt in Niedersachsen. Wie kann man das miteinander verbinden?

Deshalb ist diese Frage auch eine frauenpolitische Frage; denn ich sehe mit großer Sorge, dass wir denken, dass wir in einer modernen Gesellschaft leben, in der Frauen zunehmend mehr Rechte und zunehmend die Möglichkeit haben, Beruf und Familie zu vereinbaren. Aber einer hat es vorhin gesagt: Zu oft müssen sich Frauen a) dafür entschuldigen, und b) werden sie stark belastet: zuerst die Kinder großziehen und dann möglichst noch die Eltern pflegen. Da geraten viele Frauen in eine Falle, in die wir sie nicht schicken wollen, sondern aus der wir sie herausholen wollen.

(BEIFALL)

Mit unserem Leitantrag „Familienland Deutschland“ setzen wir vor allem auf fünf Schwerpunkte:

Erstens. Gute Bildung und Betreuung für unsere Kinder.

Zweitens. Gute Arbeit.

Drittens. Zeit für Familie.

Viertens. Die sozialdemokratische Grundsicherung.

Fünftens. Vor allem Wertschätzung für Familien, ein Aspekt, der nicht verloren gehen darf.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir legen euch ein realistisches Konzept vor, nicht irgendeinen Wunsch-dir-was-Katalog. Wir legen euch ein Konzept vor, das mit unserem Steuer- und Finanzkonzept abgestimmt ist, weil es vor allem darum geht, dass sich das, was wir heute hier beschließen, in unserem Regierungsprogramm und vor allem ab 2013 in unserem Regierungshandeln wiederfindet.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben den absoluten Schwerpunkt auf das Thema „Gute Bildung und Betreuung“ gelegt. Wir wissen, dass es für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist, dass junge Eltern Angebote haben: Kita-Angebote, Krippen-Angebote, Kindergärten.

Wir wissen auch, dass das nicht nur eine Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist, sondern auch eine Frage der Bildung. Bildung fängt früh an. Deshalb ist es wichtig, dass alle Kinder in unserem Land die Chance haben, in gute Kitas zu gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass das für viele Kinder nicht Realität ist. Aber wir können mit Stolz sagen, dass gerade da, wo die SPD regiert, der Ausbau von Kitaplätzen voranschreitet - und vor allem die Investitionen in die Qualität der Angebote.

Für uns war es wichtig - weil viele Genossen vor Ort gesagt haben: über den Ausbau sind wir uns einig, aber wo ist das Ziel, wann sehen wir das Licht am Ende des Tunnels? -, einen Stufenplan zu erarbeiten, konkret finanziell zu unterlegen und gemeinsam hier zu verabreden. Wir legen euch einen Stufenplan vor, der garantiert, dass bis 2020 in Deutschland flächendeckend Ganztagskitas und Ganztagschulen ausgebaut werden.

Nun werden junge Eltern heute sagen: „Wie, 2020? Ich brauche die Kita, ich brauche die Ganztagschule heute!“ Natürlich, aber die Wahrheit ist, dass gerade die Bundesregierung es in den letzten Jahren verschlafen hat, ein neues Infrastrukturprogramm auf den Weg zu bringen. Deshalb müssen wir das spätestens ab 2013 nachholen. Es kostet sehr viel Geld: Der flächendeckende Ausbau bis 2020 kostet 20 Milliarden Euro. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir ihn realistisch mit einem Stufenplan unterlegen. An alle Länder, die schon mehr machen, sei gesagt: Das ist gut, und wir werden es weiterhin tun.

(BEIFALL)

Wie also sieht unser Stufenplan aus? - Es gibt vier Stufen. Wir wollen in der ersten Stufe die Realisierung des Rechtsanspruchs auf Bildung und Betreuung für Kinder ab einem Jahr bis 2013 durch zusätzliches finanzielles Engagement des Bundes. Liebe Genossinnen und Genossen, es war gut, dass die SPD den Rechtsanspruch ab 2013 durchgesetzt hat. Diesen Rechtsanspruch dürfen wir nicht infrage stellen. Im Gegenteil, dieser Rechtsanspruch führt dazu, dass Druck vor Ort herrscht, den Ausbau zu machen. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen. Deshalb ist die Aussage richtig, dass wir jegliche Steuersenkungen ablehnen. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass die Euros bei den Städten und Gemeinden vor Ort ankommen, damit sie die Kitas endlich weiter ausbauen können.

(BEIFALL)

Ich weiß, dass das schwierig ist - auch für den einen oder anderen Bürgermeister vor Ort aus unseren Reihen. Aber ich kann nur dringend appellieren: Die Not vor Ort darf nicht dazu führen, dass wir die gute Errungenschaft des Rechtsanspruchs infrage stellen. Vielmehr müssen wir gemeinsam gegen die Bundesregierung kämpfen und eine klare Ansage machen: Wir brauchen das Geld, um den Rechtsanspruch durchzusetzen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Rechtsanspruch ist ein Anspruch auf einen Halbtagsplatz. Nun frage ich euch: Wie soll die alleinerziehende Mutter, die Verkäuferin ist - schon heute müssen Ladenöffnungszeiten bis 20 Uhr inklusive samstags abgedeckt werden -, mit einem Halbtagsplatz klarkommen? Deswegen ist es wichtig, dass wir auch im Fokus haben, dass diese Plätze Ganztagsplätze werden, damit es überhaupt die Chance auf Vereinbarkeit gibt.

(BEIFALL)

Deswegen schlagen wir euch in der zweiten Stufe vor, dass wenigstens für die Alleinerziehenden ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz gelten sollte. Ich weiß, dass es Länder gibt, gerade im Osten - auch in Mecklenburg-Vorpommern -, die schon mehr machen. Liebe Leute, ich gucke in Richtung der Sachsen: Macht einfach mehr, dagegen hat keiner etwas. Aber wir müssen insgesamt nachholen. Dafür ist es wichtig, dass wir einen ersten realistischen Schritt machen. Also: Ganztagsbetreuung ab 2013 für Kinder von Alleinerziehenden.

(BEIFALL)

Und natürlich soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote in einer dritten Stufe nachgeholt werden, realistischerweise ab 2017. In einer vierten Stufe wollen wir das flächendeckende und bedarfsgerechte ganztägige Angebot an Ganztagschulen ausbauen. Bis 2015 wollen wir 6.000 zusätzliche Ganztagschulen schaffen, und ab 2020 die Einführung eines Rechtsanspruches auf Ganztagschule.

Liebe Genossinnen und Genossen, so sieht unser konkreter, durchfinanzierter Stufenplan aus. Darauf dürfen die Menschen vertrauen.

Worauf können sie denn bei dieser Bundesregierung vertrauen? Natürlich auf nichts. Diese Bundesregierung hat es sträflich vernachlässigt, überhaupt ein Infrastrukturprogramm auf den Weg zu bringen. Die SPD hat damit angefangen, seitens des Bundes in die Bildungsinfrastruktur zu investieren. Zunächst das Ganztagschulprogramm - 4 Milliarden Euro für die Ganztagschulen -, dann 4 Milliarden Euro für die Kitas. Wo ist das Infrastrukturprogramm dieser Bundesregierung? Nichts!

(BEIFALL)

Im Gegenteil, sie gibt noch 2 Milliarden dafür aus, dass die Kinder aus den Kitas gekauft werden. Das ist unverantwortlich.

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade hier können wir viele Menschen abholen, weil sie sehen: Wir setzen die richtigen Schwerpunkte.

Lassen Sie mich ein Wort zum Betreuungsgeld sagen: Es ist unsäglich, dass in dieser Debatte über das Betreuungsgeld die Eltern wieder in gute und schlechte Eltern eingeteilt werden. Die CSU tut so - und bekommt jetzt Unterstützung durch CDU und FDP -, als ob die Eltern, die arbeiten gehen und ihre Kinder in die Kita bringen, ihren Erziehungsauftrag an der Tür der Kita abgeben. Das ist doch nicht der Fall. Die Eltern nehmen weiter ihre Erziehungsverantwortung wahr.

(BEIFALL)

Ein weiterer Punkt: Es wird immer groß von Wahlfreiheit geredet. Ich finde das total realitätsfern. Wie viele Eltern haben denn tatsächlich die Wahlfreiheit, lange zu Hause zu bleiben? Die meisten Eltern, ob alleinerziehend oder zu zweit, sind doch angesichts der niedrigen Löhne heute darauf angewiesen, dass beide arbeiten gehen müssen. Dabei müssen wir ihnen helfen.

(BEIFALL)

Auch wir würdigen die Elternarbeit, und auch wir wollen die Familien weiter mit dem Kindergeld unterstützen. Wir sagen aber: Diese Krippen, diese Kindergärten sind, wenn sie gut gemacht werden, auch Bildungseinrichtungen - die ersten, die unsere Kinder besuchen. Deshalb ist eine hohe Bildungsqualität so wichtig. Natürlich ist dies insbesondere wichtig für diejenigen Kinder, die die Bildung zu Hause vielleicht nicht in ganzem Umfang bekommen. Aber es geht beileibe nicht nur um die Kinder, deren Eltern arbeiten gehen, sondern es geht um alle Kinder.

Ich ärgere mich nicht nur über das Betreuungsgeld, ich bin regelrecht wütend. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit die Kinder heute schon die Chance haben, in die Krippe zu kommen, und jetzt kommt Frau Schröder mit 2 Milliarden Euro - die alle dringend vor Ort bräuchten - und kauft diese Kinder raus. Das ist kein Betreuungsgeld, sondern eine Fernhalteprämie.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, gute Familienpolitik muss auch auf gute Arbeitsmarktpolitik setzen. Oder besser: Gute Arbeitsmarktpolitik unterstützt Familien. Wie ist denn die Realität in vielen Familien heute? Wir haben viel zu viele Kinder, die erleben, dass ihr Vater, ihre Mutter, in vielen Fällen beide, morgens aus dem Haus gehen - vielleicht sind sie unter der Woche sogar gar nicht da, weil sie pendeln, außerhalb arbeiten -, die ganze Woche, den ganzen Monat schwer arbeiten und am Ende nicht sich und ihre Familie ernähren können. Deshalb ist für uns, damit Familien existieren können, Grundvoraussetzung einer guten Familienpolitik der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn.

(BEIFALL)

Dazu gehört für uns: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Es ist wichtig, dass wir auch an dieser Stelle Frauen und Männer unterstützen. Es ärgert mich sehr, dass die Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen immer wieder so tut, als wenn sie die bessere Frauenministerin wäre. Ich meine, das ist nicht wirklich schwer,

(BEIFALL)

aber in Wahrheit tut Frau von der Leyen gar nichts für Frauen. Sie gibt den Anschein, sich für Frauen starkzumachen - jetzt, nachdem sie nach vielen Jahren erkannt hat, dass die Frauenquote doch eine ganz gute Idee ist. Elke Ferner weiß, wovon ich rede; viele Jahre hat die SPD versucht, dies in der Großen Koalition durchzusetzen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, schauen wir doch mal hin, schauen wir doch mal nicht nur auf die Frauen, die geeignet sind für Vorstände und Aufsichtsräte, sondern auf die vielen Frauen, die heute in Niedriglohnjobs, in Leiharbeit arbeiten, vor allem im Dienstleistungsgewerbe. Wir haben in den Hartz-IV-Verhandlungen vorgeschlagen, dass wir jetzt anfangen, Frauenpolitik mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit zu machen, und es war die Bundesarbeitsministerin, die das verhindert hat. Sie macht sich also nicht stark für Frauen, sondern sie schwächt diese Frauen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, der dritte Schwerpunkt ist: Zeit für Familie. Natürlich will jeder das, was er kann, auch in die Arbeitswelt einbringen als Stück der sozialen Teilhabe. Aber natürlich will auch jeder Zeit für Familie. Deswegen wollen wir hier Vorschläge unterbreiten, um dies zu erreichen. Denn wir hören immer wieder die Frage von Eltern: Wie soll ich Arbeit und Kindererziehung unter einen Hut bekommen? - Aber wir hören heute auch schon von Singles die Frage: Wie soll ich das hinbekommen? Ich werde im Job gefordert und meine Eltern sind pflegebedürftig.

Oft stimmen die Rahmenbedingungen nicht. Ich sage hier ganz klar im Namen der SPD: Es geht nicht darum, dass die Familien immer flexibler und arbeitsfreundlicher werden; es geht darum, dass die Arbeitswelt endlich wieder familienfreundlicher wird.

(BEIFALL)

Hier wollen wir Zeichen setzen, nicht mit irgendwelchen Appellen, sondern mit konkreten Rechtsansprüchen. Wir wollen, dass die Menschen, die wegen ihrer Kinder ihre Arbeitszeit reduzieren möchten, einen Rechtsanspruch erhalten, nach dieser Phase wieder Vollzeit arbeiten zu können. Wir wollen auch das Elterngeld weiter partnerschaftlich ausgerichtet entwickeln; derzeit können es Eltern zusammen nur sieben Monate in Anspruch nehmen. Wir wollen, dass man das partnerschaftlich über die gesamten 14 Monate kombinieren kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt ein großes Feld, in dem Familien derzeit null Unterstützung erhalten, und zwar bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben dann, wenn die Familien pflegebedürftige Angehörige haben. Dieses Thema ist immer noch zu sehr ein Tabuthema. Viele Menschen trauen sich nicht zu berichten, wie anstrengend es ist, wenn man pflegebedürftige Angehörige hat und gleichzeitig im Beruf stehen muss. Deshalb ist es so wichtig, dass wir auf diese Frage eine Antwort haben. Und ich bin den Frauen, die in unserer Steuerungsgruppe dafür ein tolles Konzept entwickelt haben, sehr dankbar – Elke Ferner, Caren Marks. Wir schlagen euch hier ein konkretes Konzept dazu vor, wie wir vor allem Menschen unterstützen können, die pflegebedürftige Angehörige haben.

Dieses Konzept besteht aus drei Bausteinen. Erstens. Wir wollen, dass dann, wenn der Pflegefall eintritt – und das passiert meistens überraschend; man hat keine neun Monate Zeit, sich darauf einzustellen, die betroffenen Angehörigen eine zehntägige Auszeit nehmen können. Das hat die SPD schon in der Großen Koalition durchgesetzt. Aber wir wollen das mit einer Lohnfortzahlung ausstatten. Wie in dem Fall, in dem das Kind krank wird, soll man auch in diesem Fall zehn Tage aussteigen können.

(BEIFALL)

Der zweite Baustein ist: Wir wollen, dass es ein flexibles 1.000-Stunden-Budget gibt. Ihr wisst ganz genau: Jeder Fall pflegebedürftiger Angehöriger ist ganz individuell. Wir wollen, dass sich die Menschen eine Auszeit nehmen können – ein 1.000-Stunden-Budget, um sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu kümmern. Das muss natürlich mit guten professionellen Angeboten, ambulanten Pflegediensten, Tagespflege und vielem mehr, kombiniert werden.

Es ist ein Skandal, dass diese Bundesregierung die Pflegereform verschiebt und die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und auch die vielen Fachkräfte nicht abholt, sondern das Problem verschärft. Wir werden es ab 2013 angehen müssen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, der dritte Baustein ist: Wir wollen, dass Menschen Zeit haben, sich in den letzten Lebenstagen ihrer Angehörigen von diesen zu verabschieden. Ihr wisst, dass Hospiz- und Sterbebegleitung, dass die letzten Tage im Leben immer noch ein Tabuthema sind. Deshalb ist es uns wichtig, dieses Tabu anzusprechen und zu sagen: Zu einer menschenwürdigen Gesellschaft gehört, dass jeder ohne Sorge alt werden und die letzten Tage seines Lebens menschenwürdig verbringen kann und dass Angehörige Zeit haben, sich zu verabschieden.

(BEIFALL)

Deshalb schlagen wir vor, dass es analog zum Anfang dieser Phase auch für das Ende der Phase eine Auszeit gibt. Diese Vorschläge kosten 1,6 Milliarden Euro. Das ist viel Geld. Aber wir sagen: Das müssen wir gesellschaftlich über die solidarische Bürgerversicherung in der Pflege finanzieren. Frau Schröder und die Bundesregierung sagen: Pflege ist ein ganz persönliches Problem; kümmert euch selbst darum. – Wir sagen dagegen: Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen von uns unterstützt werden.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben viel gearbeitet; deshalb liegen die vielen Vorschläge vor. Und weil wir hier darüber abstimmen, möchte ich sie euch natürlich vorstellen.

Deswegen komme ich zum vierten Punkt: die sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Was mich immer noch umtreibt, ist, dass viele Kinder in Armut aufwachsen und dass es uns noch nicht gut genug gelungen ist, die damit verbundene Spirale wenn man als Kind arm ist, ist man später als Erwachsener auch arm – aufzubrechen. Deshalb bleibt es Aufgabe der Sozialdemokraten, an allererster Stelle die Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen.

(BEIFALL)

Kinderarmut ist immer auch ein Problem der Armut der Eltern. Deswegen ist es für uns wichtig, dass Eltern gute Arbeit bekommen und davon leben können. Aber für uns ist auch wichtig, dass Kinder an Bildung, am kulturellen Leben, am Sport, an einem gesunden, warmen Mittagessen teilhaben. Deswegen setzen wir mit unserer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung auf zwei Säulen: erstens auf einen Anspruch auf Ganztagsbildung in Kitas und Ganztagschulen und zweitens auf ein faires neues Kindergeld.

Die erste Säule habe ich erklärt: unser Stufenplan für Ganztagsbildung. Die zweite Säule will ich ganz kurz vorstellen. Ich will nicht verhehlen, dass ich eine Sympathie für die Idee der Kindergrundsicherung habe.

(BEIFALL)

Die Idee ist: für alle Kinder 502 Euro und alle anderen Transferzahlungen, die man fast gar nicht mehr durchschauen kann, abschaffen. Wir haben darüber sehr intensiv diskutiert und uns beraten. Wir müssen sagen: Wenn man das so umstellt, kostet das selbst wenn das Ehegattensplitting abgeschmolzen wird – 40 Milliarden Euro. Machen wir uns nichts vor: Das können wir nicht stemmen. Wir schlagen euch vor, das Geld, was wir haben, vor allem in die Ganztagsinfrastruktur zu stecken – jeder Euro zunächst in die Infrastruktur.

(BEIFALL)

Dennoch wollen wir dieses Thema nicht vom Tisch wischen. Deswegen machen wir uns auf den Weg zu einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung mit Bildungsteilnahme und einem neuen Kindergeld. Wie sieht das aus? Es sollen weiterhin alle Eltern 184 Euro bekommen. Aber wir wollen den hohen Steuerfreibetrag für Gutverdienende mit Kindern abschmelzen, weil es ungerecht ist, dass ausgerechnet die, die mehr verdienen, mehr bekommen als das Kindergeld, und die, die wenig verdienen, oftmals weniger haben.

(BEIFALL)

Ich muss niemandem in diesem Raum erklären, dass das ungerecht ist. Wir drehen es einfach um. Wie machen wir das? Es gibt weiterhin 184 Euro für alle Kinder. Wir schmelzen den Steuerfreibetrag ab. Und wir wollen den Kinderzuschlag, den es derzeit für die Eltern gibt, die arbeiten gehen und wegen ihrer niedrigen Löhne in Hartz IV rutschen würden, auf dieses Kindergeld aufschlagen - bis zu 140 Euro für alle Eltern mit einem Einkommen bis zu 3.000 Euro brutto.

Warum machen wir das? Wir wollen damit 600.000 Kinder, die derzeit in Armut leben, obwohl ihre Eltern arbeiten gehen, und denen alleine mit einem flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro nicht geholfen wäre, aus der Armut herausholen. Deswegen ist das unser Konzept: Kindergeld in Höhe von 184 Euro für jedes Kind, und für alle Eltern mit einem Einkommen bis 3.000 Euro brutto ein Kinderzuschlag bis 140 Euro in einem Schritt darauf aufgeschlagen, damit das wirklich bei allen Kindern

ankommt. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein gerechtes Kindergeld. Das holt sofort 600.000 Kinder aus der Armut heraus.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Mehrbelastung von 2 Milliarden Euro können wir zum einen mit den Geldern abdecken, die derzeit nicht für den Kinderzuschlag abgerufen werden, weil das für die Eltern zu kompliziert ist, und zum anderen mit unserem Steuer- und Finanzkonzept, in das dieser Schritt integriert ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte gesagt, es geht noch um einen fünften Punkt: Wertschätzung für Familien. Diese Wertschätzung können wir nicht einfach über Gesetze verordnen. Es geht schlicht darum, dass man nicht junge Frauen oder junge Männer erschrocken anguckt und sagt: Wie, ihr bekommt ein Kind? - Am schlimmsten ist es, wenn der Chef oder die Chefin das zu einem sagt. Sie sollten vielmehr sagen: Wir freuen uns, dass ihr euch für Kinder entschieden habt, wir freuen uns, dass ihr euch um eure Eltern kümmert. Wir unterstützen euch dabei. So muss es in Deutschland laufen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe euch die groben Vorschläge skizziert. Ich hoffe, dass sie auf Zustimmung treffen. Aber ich hoffe vor allem auf eines: dass wir das, was wir in den letzten zwei Jahren erreicht haben, dass deutlich wurde, dass für eine gute Familienpolitik vor allem die SPD steht, dass wir das weiter verstärken und dass Familienpolitik in unserer Partei genauso ernst genommen wird wie Europa, wie Finanzen, wie Steuern; denn die Familien sind das Wichtigste, was unsere Gesellschaft hat. Wir müssen sie stark machen. Helft dabei!

(BEIFALL)

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR FAMILIEN-, FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Manuela. - Bevor ich Elke Ferner das Wort gebe, will ich noch etwas zum Verfahren sagen; denn es waren mehrere schon oben und haben gefragt. Wir würden jetzt als Erstes den Komplex „Familienpolitik“ debattieren und abstimmen danach das Wahlergebnis aus dem ersten Wahlgang für die Beisitzer bekanntgeben. Danach machen wir eine halbe Stunde Pause. Ich würde gerne das Thema Familie erst durchberaten. Wenn das Wahlergebnis da ist, machen wir eine halbe Stunde Pause, damit ihr alle euch in euren Delegationen noch einmal beraten könnt. Ich denke, wenn das Verfahren klar ist, dann können wir uns auch die Zeit dafür nehmen. Wenn wir das Thema Familienpolitik auseinanderreißen, ist das dem Thema gegenüber, glaube ich, auch nicht angebracht. Dann hat Elke Ferner jetzt das Wort. Bitte!

Elke Ferner, Antragskommission: Vielen Dank, Katrin. - Liebe Genossinnen und Genossen, der Antragsbereich Familienpolitik umfasst auch Gleichstellungs-, Frauen-, Generationen- und Seniorenpolitik. Wir haben uns in der Antragskommission darauf verständigt, dass beim nächsten Mal das Thema Gleichstellungspolitik als ein Extraantragsblock aufgerufen werden soll. Es war jetzt aus technischen Gründen nicht mehr machbar, das zu ändern.

Ich will kein Koreferat zu Manuela halten, möchte euch nur noch einmal auf den Antrag F 17 aufmerksam machen, in dem es auch, aber nicht nur um Familienpolitik geht. Da geht es um das Thema: Wie können wir unsere Gesellschaft geschlechtergerechter machen? Er hat die Überschrift: „Gleichstellung jetzt!“

Ich glaube, Jens Stoltenberg hat gestern deutlich gemacht, um was es eigentlich geht. Es geht darum, eine Gesellschaft zu formen, in der Frauen und Männer auf gleicher Augenhöhe miteinander partnerschaftlich Beruf und Familie und auch Karrierechancen teilen können. Deshalb umfasst der Antrag auch sehr viele einzelne Bereiche, die dazu dienen, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verbessern und die strukturellen Benachteiligungen, die es in unserer Gesellschaft gibt, zu beseitigen.

Ihr findet die Anträge in dem Bereich F 1 bis F 2 auf den Seiten 256 bis 289. Die Voten sind alle im Antragsbuch ausgedruckt. Es gibt einen Initiativantrag, der zwischenzeitlich verteilt worden sein müsste. Das ist der IA 230. Der soll zusammen mit dem Antrag F 1 behandelt werden.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich habe bisher fünf Wortmeldungen. Wärt ihr damit einverstanden, dass ich zu der Generalaussprache jetzt die Rednerliste schließe?

(ZURUFE: JA!)

- Dann tue ich das und rufe als Erste auf Katharina Oerder für den Juso-Bundesvorstand.

Katharina Oerder, Juso-Bundesvorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mit meinem Redebeitrag für die Annahme unseres Änderungsantrages 230 werben. Die SPD ist die Partei der Gleichstellung, die Partei des Frauenwahlrechts, die Partei von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Deshalb gibt es für mich als Feministin auch heute keine Alternative dazu.

(BEIFALL)

Auch das Elterngeld, wenn auch nicht von uns eingeführt, war eigentlich eine sozialdemokratische Idee und ist ein wichtiger Baustein zur gerechten Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen auch, wie mit diesen guten Ideen faktisch umgegangen wird. Auch wenn fast jeder vierte Vater Elternzeit beantragt, bedeutet dieses eben auch, dass es 75 Prozent noch nicht tun. Das heißt auch, dass die, die in Elternzeit gehen, zum größten Teil nur die vorgeschriebenen zwei Monate nehmen, und das ist zu wenig, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir brauchen mehr als lauwarmer Absichtserklärungen. Wir brauchen klare Regelungen und gesetzliche Rahmenbedingungen. Wir brauchen die gesetzliche paritätische Aufteilung der Elternzeit, sieben Monate für jedes Geschlecht, für echte Partnerschaftlichkeit und für echte Gleichstellung.

Dabei wissen wir natürlich auch um die Problematiken von Alleinerziehenden und haben diese in unserem Änderungsantrag auch entsprechend berücksichtigt. Das heißt, volle Zustimmung könnt ihr dem im Prinzip einfach nur gewähren.

Liebe Genossinnen und Genossen, macht es wie gestern beim Reißverschluss. Stimmt gegen das Votum der Antragskommission und für unseren Änderungsantrag und für echte Gleichstellung im Jahr 2011. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Als Nächster hat Martin Dulig aus Sachsen das Wort, danach Caren Marks aus Hannover.

Martin Dulig, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Sächsisch-Deutsch ist auf Kanal 2.

(BEIFALL)

Ich stehe hier vor euch als sechsfacher Familienvater - mit einer Frau.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Nicht nur deshalb war es für mich besonders wichtig, das Thema Familie und Kinder mit in das Zentrum unserer Politik in der sächsischen SPD zu rücken und aktiv auch in der Zukunftswerkstatt Familie mitzuarbeiten.

Der eigentliche Anlass war durchaus auch mit das Buch von Stéphan Hessel „Empört euch!“. Wenn man sich dann die Frage stellt: „Was empört euch eigentlich?“, „Was empört einen?“, dann ist das zumindest bei mir dann der Fall, wenn ich sehe, wie es Kindern geht. Allein in Sachsen ist jedes vierte Kind von Armut bedroht. Wir liegen damit weit über dem Bundesdurchschnitt. Da sind es ungefähr 19 Prozent. Auch das ist eine skandalöse Zahl, keine Frage. Aber wir haben uns schon gefragt: Warum ist das bei uns besonders schlimm? - Wir kommen auf die gleichen Lösungsansätze. Deshalb sind wir in der Zukunftswerkstatt ganz nahe beieinander gewesen; denn klar ist für uns: Wir können und wollen nicht auf ein einziges Talent verzichten. Es muss doch Ziel unserer Politik sein, dass wir jedes Kind in den Mittelpunkt stellen

(BEIFALL)

und Kinder nicht abschreiben, egal, ob sie Kevin, Achmed, Danilo, Helene, Hennele oder Ähnliches heißen; denn oft sind ja schon die Namen Diagnosen, wie es heißt. Deshalb müssen wir Politik für alle Kinder machen. Auf kein einziges Kind verzichten, das muss die Botschaft sein.

(BEIFALL)

Vor allem wünsche ich mir, dass wir auch vom Kind aus denken lernen. Es geht eben nicht nur darum, dass wir Politikfelder beschreiben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus der Sicht von Eltern oder aus der Sicht von Betrieben oder Unternehmen sehen, sondern auch fragen: Was heißt denn das für das Kind? Es geht darum, dass wir Zeit für Kinder, Räume für Kinder, Platz für Kinder haben.

Wenn wir die Frage beantworten wollen, wie wir jetzt mit dem Thema umgehen, dann ist es so: Wir müssen die finanziellen Regelungen so vom Kopf auf die Füße stellen, dass diejenigen, die mehr finanzi-

elle Unterstützung benötigen, diese tatsächlich auch bekommen, und wir nicht das ungerechte System zementieren. Ich gebe offen zu, wir in der sächsischen SPD hätten uns mehr gewünscht. Wir haben uns auf unserem Parteitag zu dem Konzept der Kindergrundsicherung bekannt und das auch so beschlossen. Aber wir wissen auch, dass es jetzt darum geht, das Machbare in den Mittelpunkt zu stellen, damit wir 2013 die ersten Antworten geben können, in welche Richtung wir gehen wollen. Deshalb unterstütze ich komplett das, was in unserem Antrag steht, dass wir mit dem neuen Kindergeld den ersten wichtigen Schritt machen, um endlich mehr Kindern die Chance auf Teilhabe zu geben, mehr Kinder aus Armut herausholen und Kindern wirklich Perspektiven geben; denn soziale Armut ist soziale Armut und ist soziale Armut. Bildung ist ein Schlüssel, aber nicht der einzige. Es geht auch darum, dass wir mit unserem Familienlastenausgleich wirklich die Dinge wieder auf die Füße stellen.

Natürlich geht es um den Schwerpunkt von Bildung; denn man muss sich nur einmal überlegen, wie viele Kinder zum Beispiel von Bildung ausgeschlossen werden, nur weil sie andere soziale Voraussetzungen mitbringen. Ich weiß nicht, wie die Erfahrungen bei euch sind, wenn am Anfang des Schuljahres ein kleiner Zettel mitgegeben wird: „morgen bitte wieder 5 Euro Kopiergeld mitbringen“ oder: „bitte morgen 40 Euro für die zusätzlichen Materialien mitbringen“.

Vielleicht kennt ihr auch die Kinder, die kurz vor der Exkursion krankgemeldet werden, und alle wissen: Es ist nicht die Krankheit, die der Grund war, warum das Kind dann nicht mitfahren kann.

Das sind ganz konkrete Herausforderungen, die wir sehen müssen und die wir auch beantworten müssen. Deshalb ist Bildung ein wichtiger Schlüssel, und vor allem ein Schlüssel, der dazu führen muss, dass wir wirklich kostenfreie Kitas für Kinder haben, dass wir eine Lernmittelfreiheit haben, um eben keine Kinder auszuschließen, dass wir eine andere Schul- und Lernkultur haben, die den Einzelnen fördert und jedes Talent in den Mittelpunkt stellt, dass wir ein Schulsystem haben, das nicht selektiert, sondern das längeres gemeinsames Lernen in den Mittelpunkt stellt. Das sind Antworten, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geben können.

Und es geht natürlich um Arbeit, denn Kinderarmut ist auch Elternarmut. Deshalb ist eine Antwort natürlich auch, dass Eltern von ihrer Arbeit ihre Familien ernähren können müssen. Da ist der Mindestlohn das Mindeste. Es geht aber um Tariflöhne, es geht um gute Arbeit und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch genau in dieser Frage, dass sie ihre Familie auch ernähren können.

Und ich wünsche mir von meiner SPD, dass das, was wir jetzt mit dem Leit Antrag beschließen, auch noch morgen im Bewusstsein ist, wenn wir den Steuer- und Finanzantrag diskutieren.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Denn: Ja, das kostet Geld. Aber wenn wir es ernst meinen mit der Zukunftspolitik und wenn wir es ernst meinen, dass wir Kinder und Familie in das Zentrum auch unserer Politik rücken wollen, dann heißt das auch, dass wir bei unserem Steuerkonzept, bei der Frage des Familienlastenausgleichs, bei der Schwerpunktsetzung der Investitionen für Bildung genau dort auch unseren Schwerpunkt hinlegen können. Es geht am Schluss darum, dass wir Familie auch wertschätzen, und das erhoffe ich mir als starkes Signal auch von diesem Parteitag. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Jetzt hat Caren Marks das Wort und danach Christian Bernzen aus Hamburg.

Caren Marks, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Als familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion möchte ich noch einmal daran erinnern: Wir waren es, die Sozialdemokratinnen und die Sozialdemokraten, die die Familienpolitik vor Jahren aus dem Dornröschenschlaf erweckt haben. Die Konservativen unter Kohl haben es verpasst, die Familienpolitik der Lebenswirklichkeit der Familien anzupassen. Wir haben die Familienpolitik neu aufgestellt, und es wird auch in diesem Leitantrag deutlich, dass wir da weitermachen wollen.

Dabei haben wir Familien im Blick, und zwar sowohl, was die Finanzen der Familien angeht, aber natürlich auch die Infrastruktur. Familien brauchen aber auch Zeit, Zeit füreinander.

Ich will nur ein paar wichtige Punkte aufzählen, was wir auf den Weg gebracht haben. Das war das Ganztagsschulprogramm. Das war der Rechtsanspruch auf Krippenplätze, den wir in der Großen Koalition durchgesetzt haben, auch das Elterngeld. Aber wenn es um Kinder und Familien geht, will ich auch daran erinnern: Ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, ein Meilenstein so denke ich und ein wichtiges Signal für unsere Kinder in unserem Land.

(BEIFALL)

Familien brauchen eine gute Infrastruktur, und die fängt bei den Aller kleinsten an. Darum treten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf jeder politischen Ebene aus Überzeugung für gute Familienzentren vor Ort ein, denn auf den Anfang kommt es an. Familie brauchen frühe Hilfen und gute Unterstützung, am besten schon vor der Geburt und sobald das Kind da ist. Ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, das ist ganz wichtig.

Es wird mit dieser schwarz-gelben Bundesregierung deutlich: Sie können auch keine gute Familienpolitik, und ich sage euch, es lohnt noch nicht mal, sich den Namen der Familienministerin zu merken.

(BEIFALL)

Keine Initiative dieser schwarz-gelben Bundesrepublik, den notwendigen und von uns richtigerweise durchgesetzten Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zu erfüllen und die Kommunen eben nicht im Regen stehen zu lassen. Stattdessen eine absurde Debatte um ein noch absurderes Betreuungsgeld, die Fernhalteprämie, hier schon mehrfach zu Recht in aller Deutlichkeit kritisiert.

Dabei brauchen wir so dringend einen Krippen-Gipfel, damit die Bürgermeister vor Ort den Kindern und den Familien genau das anbieten können, was sie brauchen. Und wir brauchen eine Fachkräfteinitiative, denn was nützen uns gute Gebäude, wenn die guten Fachkräfte entsprechend für die Kinder in den Krippen und in den Kitas fehlen?

Nur mit uns, liebe Genossinnen und Genossen, wird es einen neuen Schub für eine gute, moderne und vor allem auch eine sozial gerechte Familienpolitik geben. Dabei haben wir Mütter, Väter und Alleinerziehende, und so bunt, wie die Welt der Familien ist, natürlich alle im Blick. Wir brauchen gute, verläss-

liche und auch mehr ganztägige Betreuungsangebote. Das ist klar. Wir wollen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Familie gleich gute Chancen haben, gute Chancen auf Bildung und auf Teilhabe, denn Teilhabe ist mehr als nur Bildung.

(BEIFALL)

Genau deshalb brauchen wir mehr gute Bildungs- und Betreuungsplätze, denn Chancengleichheit beginnt bei den Kleinsten. Eltern brauchen aber auch gute Arbeit, denn nur durch immer mehr unsichere und prekäre Beschäftigung ist das Thema Familienarmut, was dann letztlich auch Kinderarmut bedeutet, ein immer größeres Problem in unserem Land geworden.

Wir brauchen aber nicht nur eine Debatte um Kindergeld, wir brauchen nicht nur eine Debatte um Mindestlohn, sondern wir brauchen auch eine Debatte, dass wir grundsätzlich mehr und bessere Löhne brauchen und dass wir wegkommen müssen von Zeitarbeit, denn Eltern brauchen Verlässlichkeit in ihrer Arbeit, und vor allem brauchen Frauen endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Auch das gehört zu einer guten Familienpolitik.

(BEIFALL)

Und natürlich gehört zu einer guten Familienpolitik auch, dass wir die Rechte der Kinder im Blick haben. Deswegen treten wir ohne Wenn und Aber dafür ein, dass wir die Rechte von Kindern in unserem guten Grundgesetz endlich verankern wollen

(BEIFALL)

und dass wir die finanzielle Unterstützung von Familien im Blick haben. Ich denke, es ist richtig, dass wir in diesem Leitantrag die finanzielle Unterstützung von Familien vom Kopf auf die Füße stellen, denn es kann nicht sein, dass die Eltern, die am meisten Einkommen haben, die größte Unterstützung durch den Staat bekommen. Damit muss Schluss sein.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Liebe Caren, ich habe dir auch schon 2 Minuten mehr gegeben. Das waren jetzt 5 Minuten. Wir haben 3 Minuten verabredet. Ein bisschen müssen wir in der Zeit bleiben.

Caren Marks, Bundestagsfraktion: Ja. - Ich möchte für diesen Leitantrag werben. Wir haben alle Familien in jeder Lebensphase im Blick. Das ist moderne, sozial gerechte, solidarische Familienpolitik für alle in unserem Land. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Christian Bernzen, Hamburg, und danach Kerstin Griese, Nordrhein-Westfalen

Christian Bernzen, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Wir sind aufgerufen, einem Antrag zuzustimmen, der sehr ambitioniert ist, der ein sehr ambitioniertes Programm vorstellt. Ich finde

das toll. Ich unterstütze das sehr und wünsche mir, dass vor allen Dingen all diejenigen, die kommunale Verantwortung tragen, genug Kraft und am Ende genug Geld haben, das dann auch in die Wege zu leiten, was wir hier verabreden, und sich gut genug erinnern.

Ich möchte einen Punkt ansprechen. Die Antragskommission empfiehlt, im ersten Kapitel in Absatz 6 den letzten Satz zu verändern. Der Vorschlag dazu steht auf der Seite 258. Da ist die Rede davon, dass gute Bildung von Anfang an auch finanziell Sinn macht. Das stimmt. Dann heißt es, dass dadurch auch Jugendhilfekosten gespart werden können. Das kann vielleicht stimmen, wenn man dabei an Jugendsozialarbeit denkt.

Jetzt will die Antragskommission aber, dass nun gesagt wird, dass man damit auch Hilfe zu Erziehungskosten sparen könne. Damit werden nun endgültig unterschiedliche Jugendhilfekosten gegeneinander ausgespielt. Das ist nicht sehr schlau. Jugendhilfekosten werden wir immer haben, und wir werden sie dafür aufwenden, dass Kinder, die wenig Chance hatten, gute Chancen bekommen. Das kann einen manchmal auch finanziell ärgern, wenn man die Summen sieht, aber in der Sache ist es richtig.

Mein Vorschlag ist deshalb, den Hinweis auf die Kinder- und Jugendhilfe und auf die Hilfe zur Erziehung ganz zu streichen. Dann heißt der Satz nur noch: „Durch Einsparungen bei den ALGII-Leistungen und Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit sowie durch die langfristige Sicherung eines ausreichenden Fachkräfteangebotes bei sinkenden Kinderzahlen“.

Das reicht zur Begründung allemal, und wir müssen uns keine Gedanken darüber machen, ob es richtig ist, Jugendhilfekosten gegeneinander auszuspielen. - Danke schön.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Kerstin, du hast das Wort.

Kerstin Griese, Parteivorstand: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, es ist schon viel Kluges zur Familienpolitik gesagt worden. Ich will einen kurzen Rückblick machen, denn ich bin vor 16 Jahren in den SPD-Parteivorstand gewählt worden und höre damit nach 16 Jahren auf. Ich will einfach einmal sagen: Wenn man sich die Situation vorstellt: 1996 war Familienpolitik überhaupt kein Thema, man erinnert kaum noch. Die Familienministerin hieß Nolte, ich musste es eben nachschlagen, weil das nicht so tiefe Spuren hinterlassen hat. Es gab keine Impulse, es gab keine Diskussion, dass Kinder und Familie im Zentrum stehen. Dann muss man deutlich sagen, dass es Rot-Grün geschafft hat, dass Kinder- und Familienpolitik einen so hohen Stellwert hat, dass es Rot-Grün geschafft hat, dass wir einen echten kulturellen gesellschaftlichen Wandel hinbekommen haben, dass Kinder- und Familienpolitik ganz zentrale Zukunftspolitik ist.

Ich will ein großes Dankeschön sagen zum einen an Christine Bergman, die damit begonnen hat, die übrigens auch eine Frauenministerin war, was man heute vermisst.

(BEIFALL)

Wer sich noch daran erinnert, das Gewaltschutzgesetz, das sie eingeführt hat, war ein richtig großer Schritt voran im Kampf von Gewalt gegen Frauen. Damals haben wir auch Jugendpolitik als eigenstän-

dige Jugendpolitik gemacht. Auch das interessiert die heute dafür zuständige Ministerin nicht.

Ich will ein ganz großes Dankeschön an Renate Schmidt und Edelgard Bulmahn sagen, denn wir haben mit dem Ganztagschulprogramm von Edelgard Bulmahn einen Riesenschritt vorwärts geschafft.

(BEIFALL)

Mit dem, was Renate Schmidt beim Ausbau der Kinderbetreuung geschafft hat, und mit ihren Ideen zum Elterngeld, die sich auch bei uns erst einmal durchgekämpft hat, hat es einen richtigen Wandel in der Familienpolitik gegeben. Daran muss man erinnern: Ohne Rot-Grün und ohne die SPD hätte es das nicht gegeben. Auch das, was wir in der Großen Koalition durchgesetzt haben, liebe Genossinnen und Genossen, erinnert euch, das war das Elterngeld, ein sozialdemokratisches Konzept, das war der Kinderbetreuungsausbau. Es ist der SPD zu verdanken, dass er mit einem Rechtsanspruch gekoppelt ist. Sonst wären wir gar nicht dahin gekommen.

(BEIFALL)

Ich sage das auch deshalb, weil dieser Leitantrag, um dessen Unterstützung ich euch sehr herzlich bitte, genau darauf aufbaut und in die Zukunft weist, wie es weitergehen muss, damit Kinder und Familien im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen. Es ist ein ziemlich trauriges Bild, wenn man sich ansieht, was die heutige Bundesregierung da bietet. Wir haben eine Ministerin, die, so hat es eine Zeitung einmal so schön geschrieben, ein Ressort hat, wo nichts stattfindet, was sie interessiert. Sie interessiert sich nicht für Kinder und Familie, sie interessiert sich nicht für Frauenpolitik, für Jugendpolitik, sie interessiert sich nicht für Senioren und für den demographischen Wandel. Da ist absolute Fehlanzeige. Im Gegenteil, es ist sogar noch mehr als das. Sie sieht ihre Hauptaufgabe darin, gegen Feminismus zu kämpfen, gegen Linksextremismus zu kämpfen, also ein äußerst verquerer ideologischer Ansatz.

(BEIFALL)

Wenn wir auf dem aufbauen, was wir als SPD in der rot-grünen Koalition geschafft haben, heißt das jetzt wieder, Kinder und Familie in den Mittelpunkt zu stellen. Wir haben in dem Leitantrag, den Manuela Schwesig vorgestellt hat, sehr konkrete Dinge, wie wir das weiterentwickeln wollen. Wir wollen echten Ganztags, nicht nur Halbtagsbetreuung, wir wollen Ganztagsangebote für Kinder unter drei. Wir wollen 20 Milliarden Euro mehr im Jahr für Bildung ausgeben, um endlich Ganztagschulen flächendeckend zu haben. Das ist ein Riesenschritt vorwärts. Wir wollen die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten. Wir wollen endlich das Ehegattensplitting überwinden und eine Individualbesteuerung von Ehepartnern einführen.

Wir haben auch Vorschläge zu dem Thema, das immer so ein bisschen diffus diskutiert wird, das Thema Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, die Frage der Zeit. Wir schlagen die große Familienteilzeit vor. Wir schlagen ein faires Kindergeld vor, das nicht nur den Familien, die mehr verdienen, mehr Geld für ihre Kinder gibt.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, der Unterschied ist so eklatant, ich glaube, wir haben eine Mehrheit bei den Menschen für unsere Familienpolitik. Ich fand es ganz bezeichnend, dass Helmut Schmidt gesagt hat, dass die eigentliche Frage der sozialen Gerechtigkeit heute die ist, Chancen für Kinder zu ermöglichen. Ich finde, diese 92 Jahre alte Mann war so viel modernen und zukunftsorientierter als alles, was wir von der Bundesregierung erleben. Deshalb bitte ich euch um Zustimmung zu diesem

Leitantrag, damit wir echte, gute Kinder- und Familienpolitik im sozialdemokratischen Sinne machen können. - Danke schön.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Manuela hat noch einmal um das Wort zum Initiativantrag 230 gebeten. Danach noch einmal Elke für die Antragskommission.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Debatte zeigt, wie stark Familienpolitik mit guter Frauenpolitik, guter Arbeits- und Bildungspolitik verknüpft werden muss. Ich will etwas noch zu dem Vorschlag sagen, das Elterngeld geschlechtergerecht zu gestalten, also zu sagen: Von den 14 Monaten bekommt 7 Monate die Frau und 7 Monate der Mann oder andere Partner bei gleichgeschlechtlichen Paaren, wenn wir es auch für die endlich durchsetzen würden. Ich habe Sympathie für den Vorschlag, aber ich möchte auch sagen, was er, wenn man es jetzt beschließt, für Konsequenzen hätte.

Wir müssen uns auch die Frage stellen: Wie gehen wir mit den Familien, mit den Paaren, die es meines Erachtens noch zu wenig gibt, aber die immer mehr werden, um, wo sich endlich der Vater dafür entscheidet, zu sagen: Ich bleibe zu Hause mit dem Kind, damit meine Frau den beruflichen Weg, die Karriere machen kann. - Wir sind eigentlich froh, dass es auch dieses Modell gibt.

Für mich ganz entscheidend, die geschlechtergerechte Aufteilung des Elterngeldes funktioniert doch nur dann, liebe Genossinnen und Genossen, wenn es endlich einmal so wäre, dass Männer und Frauen die gleichen Erwerbchancen und vor allem die gleichen Lohnchancen haben. Da sind wir noch lange nicht.

(BEIFALL)

Das ist doch für viele Paare der Grund, zu sagen, dass oftmals die Frau länger zu Hause bleibt, weil der Mann das Einkommen oder das bessere Einkommen hat. Da sagen wir aus guter Frauenpolitisicht natürlich: Genau dagegen wollen wir ankämpfen. Wir wollen auch den Frauen die Chancen geben. Deshalb war es gut und richtig, dass die SPD die sogenannten Vätermomente durchgesetzt hat. Ich sage: Respekt vor den Männern, die es machen. Denn nach meiner Erfahrung - meinem eigenen Mann ging es genauso - werden die heute im Betrieb noch angezählt. Da fragt man: Wie, du willst diese Monate nehmen? - Es wird Zeit, dass auch in Betrieben selbstverständlich wird, dass Männer die Vätermomente nehmen. Ich sage jedem Unternehmer: Spar dir den teuren Lehrgang für Manager in Sozialkompetenz, schick diese Manager einfach wenigstens zwei Monate in Väterzeit.

(BEIFALL)

Dennoch, finde ich, sollten wir heute noch nicht so weit gehen und das vorschreiben und sagen: 7 Monate bekommt der Mann und 7 Monate die Frau, denn wir haben die Realität noch nicht, dass beide die gleichen Berufschancen haben. Es mangelt eben noch an Kitabetreuung, an gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Wenn wir das heute beschließen würden und sofort umsetzen würden, bevor die anderen beiden Stufen Realität sind, würde es faktisch eine Kürzung des Elterngeldes bedeuten. Denn wir wissen, dass es heißen würde, dass zum Beispiel ein Paar, wo die Frau derzeit gar keine Chance hatte, eine Arbeit aufzunehmen, wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten oder immer noch nicht gleichen Lohn für

gleiche Arbeit, in erhebliche Schwierigkeiten kommen würde. Wir haben das Elterngeld vor allem dafür eingeführt, dass junge Eltern finanzielle Unterstützung in der ersten Zeit bekommen. Deswegen finde ich es gut, dass wir in diese Richtung denken, finde aber auch den Vorschlag der Antragskommission gut, es zunächst in die Bundestagsfraktion zu überweisen und vielleicht einmal zu schauen, wie es andere Länder machen, die eh schon Vorbild sind. Schweden sagt zum Beispiel, sie haben eine dritte Lösung, ein Drittel Mann, ein Drittel Frau und ein Drittel frei gestaltet. Irgendwo muss es auch Freiheiten für die Eltern geben, das selbst zu entscheiden.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, werbe ich dafür, dass wir an dieser Stelle das Votum der Antragskommission unterstützen und sagen: Überweisung in die Bundestagsfraktion, um weiter zu überlegen, wie wir es unterstützen können, dass Männer und Frauen von der Elternzeit gemeinsam profitieren und die Frau nicht immer diejenige ist, die zu Hause bleibt. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Jetzt Elke zu dem Vorschlag des Genossen Bernzen und noch einmal für die Antragskommission.

Elke Ferner, Antragskommission: Das Votum der Antragskommission zu dem Änderungsantrag kennt ihr: Überweisung an den Parteivorstand. Auch wenn ich persönlich jenseits der Antragskommission schon so weit wäre, das Votum ist ein anderes.

(BEIFALL)

Selbst wenn es jetzt an den Parteivorstand überwiesen wird, wird es weiter debattiert werden. Ich denke, wir werden bis zum nächsten Wahlprogramm eine entsprechende geschlechtergerechtere Lösung erarbeitet haben.

Was den Änderungsantrag des Genossen Bernzen aus Hamburg anlangt, konnte ich mich zwar nicht mehr mit der Antragskommission rückkoppeln, aber wir hatten gesagt, wenn man auf den Ursprungstext des Antrags zurückgeht, also das Votum der Antragskommission an dieser Stelle lässt, dann ist es okay. Ich denke, wir wissen alle, was gemeint ist. Es geht um präventive Sozial- und Jugendpolitik, es ist klar, dass man am Anfang mehr investieren muss, damit nachher, wenn „das Kind in den Brunnen gefallen“ ist, nicht mehr so viel ausgegeben werden muss.

Es geht aber nicht um das Kostensparen, sondern es geht darum, den Kindern bessere Chancen zu eröffnen – unabhängig von ihrer Herkunft und der Herkunft ihrer Eltern.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Okay, vielen Dank. – Dann versuchen wir jetzt einmal, uns durch die Abstimmung durchzuarbeiten.

Als Erstes liegt der Initiativantrag 230 vor. Das ist ein Änderungsantrag zu F 1. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Überweisung an den Parteivorstand. Darüber lasse ich zuerst abstimmen.

Wenn die Mehrheit dafür stimmt, dann ist es entschieden, wenn nicht, wird über den Antrag selber abgestimmt.

Also, die Empfehlung lautet: Überweisung an den Parteivorstand. Dazu bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Bei einigen Gegenstimmen angenommen. Dann ist das so aufgenommen.

Zum F 1 selber. Hier wird Annahme in der Fassung der Antragskommission vorgeschlagen. Das heißt – ich sage das noch einmal -: Im gesamten Antragstext soll „flächendeckende Mindestlöhne“ durch „gesetzliche Mindestlöhne“ ersetzt werden. Im Abschnitt „Eckpunkte einer sozialdemokratischen Familienpolitik“ soll am Ende folgende Formulierung eingefügt werden: „Familie ist für uns da, wo Kinder sind; insbesondere Alleinerziehende müssen wir stärker unterstützen. Über 90 Prozent von ihnen sind Mütter. Gleichgeschlechtliche Paare brauchen dieselben Adoptions- und Sorgerechte wie heterosexuelle Väter und Mütter“.

Jetzt kommt das Thema im Kapitel 1, zu dem eben Christian Bernzen etwas gesagt hat. Da soll es dann keine Änderung geben, sondern da wollen wir in der Ursprungsform des F 1 bleiben, und in Kapitel 3 – „Zeit für Familie“ – wird im Absatz 3 des Abschnitts „Förderung partnerschaftlicher Teilzeitmodelle“ etwas ersetzt. Nach „Wir wollen daher ... sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Falle wird.“, kommt neu: „Das Recht auf Teilzeit muss zeitnah durchsetzbar sein. Es soll auch befristet in Anspruch genommen werden können. Den bestehenden Anspruch auf Aufstockung der Arbeitszeit wollen wir bekannter machen“. Das sind die Änderungen, die wir vorliegen haben. Ich bitte um Abstimmung über diese Form und um das Kartenzeichen – zu F 1. - Gegenstimmen? – Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme mit den Änderungen angenommen.

(BEIFALL)

Bei Annahme von F 1 in der Fassung der Antragskommission sind F 3, F 4 und F 6 erledigt. Die stellen wir nicht wieder zur Abstimmung.

Bisher habe ich keine weiteren Wortmeldungen zu anderen Anträgen.

Kann ich über die Empfehlungen der Antragskommission im Block abstimmen lassen, oder möchte jemand einzeln abstimmen? – Das geht im Block. Danke!
Dann stimmen wir nun ab.

F 2, F 5, F 7, F 8, F 9, F 10, F 14 in der Fassung der Antragskommission: Dafür erst einmal das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung angenommen.

F 17: Auch da ist die Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Soll ich euch die ganzen Änderungen noch einmal vorlesen? – Nein. Das ist gut. Wer dem F 17, wie vorgeschlagen, in Form der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Angenommen bei einer Enthaltung. Es ist immer ein anderer, aber es ist immer einer dabei. F 11: erledigt durch die Annahme von F 17 in der Fassung der Antragskommission und Überweisung an den Parteivorstand und an die Bundestagsfraktion. F 12: erledigt durch F 17 und O 27 in der Fassung der Antragskommission. F 13: Absätze 1 und 2: Überweisung an den Parteivorstand. Der Rest ist durch F.7 in der Fassung der Antragskommission erledigt. Die restlichen wieder so, wie die Antragskommission es empfohlen hat. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Hand- oder Kartenzeichen. – Gegenstimmen?

– Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Bei übergroßer Mehrheit angenommen.

Ich danke euch für das konzentrierte Arbeiten und gebe ab an Torsten Albig. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

ERGEBNIS DES ERSTEN WAHLGANGS DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben das Ergebnis – jedenfalls ist es im Anflug – des ersten Wahlgangs für die weiteren Mitglieder des Vorstandes. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission sammelt sich gerade noch. Es geht sofort los.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt.

Insgesamt sind noch 26 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Abgegeben wurden 520 Stimmzettel. Davon sind 18 Stimmzettel ungültig. Also sind 502 Stimmzettel gültig. Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang liegt bei 252 Stimmen.

Ich lese jetzt die Namen und die Anzahl der Stimmen vor:

Ahnen, Doris: 445;

(BEIFALL)

Annen, Niels: 238;

Budde, Katrin: 200;

Dulig, Martin: 141;

Engelmeier-Heite, Michaela: 260;

(BEIFALL)

Ferner, Elke: 315;

(BEIFALL)

Friedrich, Peter: 230;

Gebhardt, Evelyne: 140;

Groschek, Michael: 323;

(BEIFALL)

Grumbach, Gernot: 197;

Heil, Hubertus: 295;

(BEIFALL)

Hexel, Dietmar: 179;

Högl, Eva: 155;

Juratovic, Josip: 144;

Kaykin, Zülfiye: 275;

(BEIFALL)

Kirci, Alptekin: 288;

(BEIFALL)

Klute, Thorsten: 152;

Kordfelder, Angelika: 210; Kramme, Anette: 270;	(BEIFALL)
Lösekrug-Möller, Gabriele: 298;	(BEIFALL)
Lüders, Nadja: 218; Maas, Heiko: 357;	(BEIFALL)
Matschie, Christoph: 185; Mattheis, Hilde: 243; Nida-Rümelin, Julian: 356;	(BEIFALL)
Platzeck, Matthias: 390;	(BEIFALL)
Poß, Joachim: 288;	(BEIFALL)
Pronold, Florian: 339;	(BEIFALL)
Radziwill, Ülker: 88; Schäfer-Gümbel, Thorsten: 378;	(BEIFALL)
Schild, Armin: 254;	(BEIFALL)
Sieling, Carsten: 161; Stegner, Ralf: 290;	(BEIFALL)
Vogt, Ute: 193.	

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, herzlichen Glückwunsch denen, die gewählt sind. Ich muss euch der Form halber - das geht ganz schnell - kurz fragen, ob ihr die Wahl jeweils annehmt.

Doris Ahnen?	(ZURUF: JA!)
Michaela Engelmeier-Heite?	(ZURUF: JA!)
Elke Ferner?	(ZURUF: JA!)
Michael Groschek?	(ZURUF: JA!)
Hubertus?	(ZURUF: JA!)
Zülfiye Kaykin?	(ZURUF: JA!)

Alptekin Kirci?	(ZURUF: JA!)
Anette Kramme?	(ZURUF: JA!)
Gabriele Lösekrug-Möller?	(ZURUF: JA!)
Heiko Maas?	(ZURUF: JA!)
Julian Nida-Rümelin?	(ZURUF: JA!)
Matthias Platzeck?	(ZURUF: JA!)
Joachim Poß?	(ZURUF: JA!)
Florian Pronold?	(ZURUF: JA!)
Thorsten Schäfer-Gümbel?	(ZURUF: JA!)
Armin Schild?	(ZURUF: JA!)
Ralf Stegner?	(ZURUF: JA!)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Wir bitten euch, noch nicht von euren Plätzen aufzustehen.

ZWEITER WAHLGANG DER WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir brauchen einen zweiten Wahlgang. Wir haben 17 Gewählte, und 17 sind nicht gewählt worden. Wir müssen 26 Beisitzerinnen und Beisitzer gewählt haben.

Nicht gewählt worden sind Niels Annen, Katrin Budde, Martin Dulig, Peter Friedrich, Evelyne Gebhardt, Gernot Grumbach, Dietmar Hexel, Eva Högl, Josip Juratovic, Thorsten Klute, Angelika Kordfelder, Nadja Lüders, Christoph Matschie, Hilde Mattheis, Ülker Radziwill, Carsten Sieling und Ute Vogt.

Bevor wir in die Überlegungen für den zweiten Wahlgang eintreten, möchte sich Sigmar Gabriel noch einmal dazu äußern. Sigmar, bitte.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, wir hatten gestern eine Debatte über die Frage der Größe des Parteivorstandes. Ich hatte gesagt, ich bin sicher, dass wir es hinkriegen, trotz der Verkleinerung eine Sache miteinander zu beachten, an der wir alle Interesse haben, nämlich dass die unterschiedlichen Landesverbände mit mindestens einer Person im neuen Parteivorstand vertreten sind.

(BEIFALL)

Es gibt Landesverbände, die sowieso nur eine Person aufgestellt haben, die jetzt nicht gewählt worden ist.

Ich möchte ausdrücklich darum bitten, dass ihr mithelft, dass alle Landesverbände vertreten sind. Das heißt nicht, dass man nicht auch andere wählen kann und wählen soll; bitte versteht das nicht falsch. Mir geht es um diese Landesverbände: den Landesverband Thüringen mit Christoph Matschie, den Landesverband Sachsen-Anhalt mit Katrin Budde, den Landesverband Sachsen mit Martin Dulig und den Landesverband Bremen mit Carsten Sieling. Das sind sehr kleine Landesverbände. Für Baden-Württemberg gibt es mehrere Kandidaten; aber auch da brauchen wir dringend jemanden im Parteivorstand.

Also: Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Bremen und Baden-Württemberg. Meine Bitte an die Delegationen ist - das geht vor allem an die, sagen wir mal, etwas stärkeren Delegationen -, bei den Besprechungen, die jetzt bestimmt gleich kommen, mitzuhelfen, dass wir jeden Landesverband hinterher im Parteivorstand haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sigmar. Meine Frage an euch: Braucht ihr eine Unterbrechung?

(ZURUFE)

- Das ist eindeutig ein Ja. Wir unterbrechen den Parteitag für 30 Minuten. Wir sehen uns wieder um 16.15 Uhr.

UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGS VON 15.45 BIS 16.15 UHR

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns wieder beginnen. Es ist 16.15 Uhr.

Zur Vorbereitung des zweiten Wahlgangs müssen wir die Stimmzettel anfertigen. Um das zu können, frage ich jetzt die noch nicht Gewählten einzeln, ob sie für den zweiten Wahlgang noch zur Verfügung stehen. Meine Bitte ist, dass die 17, die noch gewählt werden könnten, mir jetzt sagen, ob sie noch zur Verfügung stehen. Wir versuchen das jetzt einfach.

Ich beginne alphabetisch:

Niels Annen, stehst du noch zur Verfügung?

(ZURUF: JA!)

Katrin?

(ZURUF: JA!)

Martin Dulig?

(ZURUF: JA!)

Peter Friedrich?

(ZURUF: JA!)

Evelyne Gebhardt?

(ZURUF: NEIN!)

Gernot Grumbach?

(ZURUF: JA!)

Dietmar Hexel?

(ZURUF: NEIN!)

Eva Högl?

(ZURUF: JA!)

Josip Juratovic?

(NEIN)

Thorsten Klute?

(ZURUF: JA!)

Angelika Kordfelder?

(ZURUF: JA!)

Nadja Lüders?

(ZURUF: JA!)

Christoph Matschie?

(ZURUF: JA!)

Hilde Mattheis?

(ZURUF: JA!)

Ülker Radziwill?

(ZURUF: JA!)

Casten Sieling?

(ZURUF: JA!)

Ute Vogt?

(ZURUF: JA!)

So, wir fertigen jetzt die Wahlzettel an. Bis wir die Wahlzettel haben, geht es mit der Einbringung des Leitantrags Bildung und Integration weiter. Ich übergebe an Thorsten Schäfer-Gümbel.

EINBRINGUNG LEITANTRAG BILDUNG UND INTEGRATION

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, damit kommen wir zum Beratungsblock Bildung und Integration bezogen auf die Anträge, die sich im Integrationsteil Innen und Recht ausdrücklich auf Bildung beziehen, also nicht allgemein Integration.

Zur Einbringung des Leitantrags B 1 und zum gesamten Komplex erhält jetzt Klaus Wowereit das Wort. Die neue Fassung ist euch verteilt worden. – Klaus, du hast das Wort.

Klaus Wowereit, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Leitantrag Bildung und Integration: Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben – Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Wir haben eben schon bei dem anderen großen Thema Familie und Jugend vieles zum Bildungsthema mit diskutiert. An dieser Stelle, aber auch an Passagen der Reden von Helmut Schmidt, Sigmar Gabriel

und anderen merken wir: Bildung, und zwar im umfassenden Sinne von der Krippe bis zum Hochschulabschluss, ist das zentrale Thema für die Zukunft.

Es darf aber nicht nur das zentrale Thema auf Parteitag und in Deklarationen sein da werden wir bei jeder Partei Hinweise darauf finden, sondern es muss für die Sozialdemokratie grundsätzlich ein elementares Thema sein, das sowohl im kommunalen Bereich, im Länderbereich und auf der Bundesebene integriert werden muss, auch wenn wir wissen, dass im föderalen System die Zuständigkeiten da nicht ganz einfach liegen.

Es ist in mehreren Beiträgen darauf hingewiesen worden, wie wichtig das Thema ist. Wir können stolz darauf sein, dass die Bundesrepublik Deutschland bei allen Problemen, die wir zurzeit haben immer noch Vorbild in Europa, aber auch in der ganzen Welt ist.

Wir haben einen immer noch sehr hohen Lebensstandard. Wir haben ein im Wesentlichen funktionierendes Sozialsystem. Wir haben noch eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Und wir haben anders als andere Länder eine erfolgreiche mittelständisch und großindustriell geprägte Wirtschaft.

Wir sind stolz auf Mitbestimmungsrechte und die Sozialpartnerschaft. Und wir sind stolz auf ein starkes demokratisches System. Aber leider muss man feststellen, dass Deutschland, das auch bekannt war als das Land der Dichter und Denker, bei sehr vielen internationalen Bildungsvergleichen, bei Studien wie PISA und anderen, leider sehr schlecht abschneidet. Dabei wissen wir alle, dass Bildung die größte Ressource ist, die unser Land hat. Wir sind arm an Rohstoffen, aber das haben wir bislang durch eine gute Ausbildung und durch die Möglichkeiten für junge Menschen, Aufstiege zu organisieren, kompensiert. Aber leider ist in Deutschland – und das macht einem als Sozialdemokrat natürlich großes Kopfzerbrechen, denn wir dachten immer, dass sich seit der Arbeit von Willy Brandt und den damaligen Genossen und Genossinnen in unserer Gesellschaft etwas verändert hat, wenn wir uns heute die Realitäten anschauen und sehen, dass nicht alles in Ordnung.

Wie kaum in einem anderen Industrieland hängt hier in Deutschland der Grad der Ausbildung von der Herkunft ab. Hier wird viel weniger Geld für Bildung ausgegeben - Sigmar Gabriel hat darauf hingewiesen. Die Bundesregierung will ein Betreuungsgeld einführen, anstatt endlich dafür zu sorgen, dass ausreichend Mittel da sind, um genug Kita-Plätze zur Verfügung zu stellen. Hier verhindern Auswahlkriterien und -prozesse, dass Kinder gleiche Chancen bekommen. Hier wird zu wenig Ganztagsbetreuung angeboten. Hier gehen immer noch 6,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von der Schule. Hier befinden sich mehr als 320.000 Jugendliche in Fördermaßnahmen des sogenannten Übergangssystems. Hier haben 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren keinen Berufsabschluss. Und hier schrecken Studiengebühren in manchen Ländern davon ab, ein Studium aufzunehmen. Hier gehen 71 von 100 Kindern aus Akademikerfamilien auf die Hochschulen, aber nur 24 von 100 aus Nichtakademikerfamilien.

Die Bundesregierung nimmt sich dieser Probleme nicht engagiert an. Deshalb haben wir Probleme im Bildungsbereich. Bei allen Erfolgen und allen Investitionen haben wir hier noch einen erheblichen Nachholbedarf. Die Sozialdemokratie in den Kommunen, in den Ländern und im Bund muss Antworten geben. Mit dem vorgelegten Leitantrag und den anderen Anträgen, die heute zur Beratung anstehen, haben wir die Grundlagen dafür gelegt. Das ist eine tragfähige Basis für eine verbesserte Bildungspolitik für alle.

(BEIFALL)

Wo Sozialdemokraten regieren, da können wir sehen, dass etwas anders gemacht wird. Natürlich war es bei der sozialdemokratischen Bundesregierung, bei Rot-Grün, anders, als es heute der Fall ist. Wir dürfen darauf hinweisen, dass das Ganztagsschulprogramm mit 4 Milliarden Euro Wirkung gezeigt hat, vor allem auch in Ländern wie Baden-Württemberg und Bayern, die davon anfangs gar nichts wissen wollten. Und Frau Schavan war die größte Gegnerin.

Wir wissen, dass das Programm der Exzellenzinitiative von Edelgard Bulmahn Wirkung gezeigt hat: Heute haben wir eine bessere Hochschulförderung. Heute trauen wir uns einerseits, Exzellenz zu unterstützen, aber haben auch in die Breite investiert, mehr Studienplätze geschaffen, die wir dringend brauchen, und zwar nicht nur an den Schwerpunkuniversitäten, die immer gut dagestanden haben, sondern wir sind sehr stark in die Breite gegangen. Darauf können wir stolz sein.

(BEIFALL)

Wir haben in den Ländern, in denen wir Verantwortung tragen, deutlich mehr in die frühkindliche Infrastruktur investiert. Deshalb können wir wirklich mit Stolz sagen, dass in vielen SPD-geführten Ländern, wo wir die Bildungsverantwortung haben, selbstverständlich flächendeckend Kita-Plätze angeboten werden. Wir sind weit über den Rechtsanspruch hinausgegangen und haben auch im Krippenbereich gute Angebote gemacht. Darauf können wir stolz sein.

Wir haben Bildung immer als Teil einer Gesamtpolitik verstanden – nicht nur als Fachbereich, sondern als Teil einer sozialen Stadtpolitik, die mehr macht, als nur die Schule zu betrachten, sondern die Schulen, Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen und das gesamte Quartier mit einbezieht - eine Politik der sozialen Stadt. Deshalb ist wichtig, dass dieses Thema nicht nur isoliert im Bildungsbereich diskutiert wird, sondern auch wesentlich bei der Stadtentwicklungspolitik. Die Kürzungen der Bundesregierung im Bereich soziale Stadt sind fatal, weil sie bestehende Infrastrukturen zerstören und keine Förderung mehr für die sozialen Brennpunkte ermöglichen.

Wir haben die Chance, mit einer gezielten Politik, eine Umsteuerung vorzunehmen. Dies wollen wir natürlich gemeinsam erreichen.

Wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regieren, sind die Unis selbstverständlich gebührenfrei.

(BEIFALL)

Man kann nicht dafür kämpfen, dass mehr Studentinnen und Studenten kommen, man kann nicht immer wieder betonen, es sei unerhört, dass es die Bildungsdurchlässigkeit der Schichten nicht gibt, wenn man neue Barrieren aufbaut. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir diese Barrieren in allen Bundesländern wieder wegnehmen und die Unis gebührenfrei anbieten.

(BEIFALL)

Ich weiß, dass der Deutsche Städtetag das diskutiert und dass das in vielen Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Aber ich glaube, wir sind uns im Ziel einig, dass Bildung insgesamt gebührenfrei sein soll, und das bezieht die Kita mit ein, liebe Genossinnen und Genossen. Rheinland-Pfalz hat die Gebührenfreiheit

der Kita eingeführt. Berlin hat sie auch eingeführt. Andere sind auf dem Weg. Ich verstehe jedes Land, das sagt, wir können es uns heute finanziell nicht leisten. Aber das ist genau der Fehler. Wir müssen es uns leisten können, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wenn wir sehen, wie viele Milliarden für Rettungsschirme, für Banken von heute auf morgen zur Verfügung gestellt werden, dann kann keiner sagen, es scheitert in dieser reichen Republik am Geld. Es muss auch der Wille da sein. Das gilt natürlich auch für uns selber. Wenn wir in Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir es auch umsetzen. Dementsprechend brauchen wir den Einstieg in gebührenfreie Kitas. Wir müssen dahin kommen, dass Kitas insgesamt gebührenfrei sind und selbstverständlich ein ausreichendes Angebot vorhanden ist - gerade dort, wo das flächendeckend noch nicht der Fall ist.

Wir wollen eine flächendeckende Struktur für Ganztagsangebote. Dies ist heute ein Gebot, das in allen Gesellschaftskreisen erwartet wird. Früher war die These: Diejenigen, die immer arbeiten müssen, die brauchen eine Betreuungssituation. Heute sagen selbstverständlich auch die Eltern aus gutbürgerlichen Elternhäusern: Wir brauchen ein Ganztagsangebot. Dieses muss geschaffen werden, auch wenn es in der Tat finanziell nicht leicht zu stemmen sein wird. Wir brauchen die Förderung.

Wir brauchen auch ein längeres gemeinsames Lernen.

(BEIFALL)

Das ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unverzichtbar. Alle Ergebnisse der Bildungsstudien zeigen: Dort, wo das Praxis ist, gibt es bessere Erfolge. Deshalb müssen wir uns anstrengen, ein längeres gemeinsames Lernen zu organisieren und hinzubekommen.

(BEIFALL)

Es ist schon mehrmals darauf hingewiesen worden, dass das Betreuungsgeld, das die CDU will, kontraproduktiv ist für Bildung und für Integration. Dies können wir uns nicht leisten. Wir haben das auch bei der Hartz-IV-Reform gemerkt, bei dem Bildungspaket, das da angeboten worden ist. Es ist der falsche Weg, den direkten Transfer dort zu machen. Wir wollen lieber die Gelder, die da sind, in die Infrastruktur und in die Maßnahmen investieren, die die Schulen und Bildungseinrichtungen selber anbieten können, als dass wir es dadurch verplempern, dass es direkt ausgezahlt wird. Das hat auch keinen Erfolg gehabt. Es konnte auch keinen Erfolg haben - denn, liebe Genossinnen und Genossen: Wie ist denn die Realität? Es ist doch nicht das Problem, dass Kinder aus sozial schwachen Familien Sorge haben, dass sie nicht zum Geigenunterricht geschickt werden können. Das ist wichtig; das ist notwendig. Das wird aber nicht individuell zu regeln sein. Deshalb wollen wir kulturelle Bildung für die Schulen haben und nicht so tun, als ob jetzt alle irgendein Instrument zu Hause lernen können und als wäre ein Bildungsgutschein, der noch nicht einmal die Kosten abdeckt, der Weg.

Wir wollen das Bildungssystem stabilisieren durch Investitionen in die Infrastruktur. Das bedeutet natürlich, dass wir auch etwas erreichen müssen, dass nicht nur die Schulen ein Angebot machen, sondern dass wir auch wieder Zugang zum Elternhaus finden. Kindern aus einigermaßen funktionierenden Elternhäusern werden in vielen Bildungssystemen auf unterschiedlichen Wegen Erfolge organisieren können. Aber wir haben heute leider eine Situation, dass viele Kinder völlig abgekoppelt sind von Chancen,

vor allen Dingen von Aufstiegschancen, die sie heute nicht mehr haben - nicht weil Eltern böswillig sind und ihre Kinder nicht zur Schule schicken. Viele Eltern sind heute nicht in der Lage zu erkennen, dass für ihre Kinder Aufstieg wichtig ist. Wie sollen Kinder einen Aufstiegsgedanken entwickeln, wenn sie zu Hause keine Vorbilder haben. Zum Beispiel dort, wo es nicht die reguläre Situation in der Familie ist, dass die Eltern zur Arbeit gehen oder überhaupt jemand im weiteren Umfeld arbeiten geht und dann etwas nach Hause bringt, wovon man leben kann, und das auch als Selbstwert empfunden wird.

Wir müssen diesen Aufstiegsgedanken weiter nach vorne bringen und wieder wecken, wenn er verlorengegangen ist. Dieser Aufstiegsgedanke hat nichts damit zu tun, dass wir sagen, das ist ein Problem von Migrantinnen und Migranten. Das ist ein Problem sozialer Art. Das ist mittlerweile ein Schichtenproblem geworden. Bei mir in Hohenschönhausen zum Beispiel, wo überhaupt keine Migranten wohnen, haben wir auch große Sorgen und Nöte: Dort, wo viele alleinerziehende Mütter mit vier Kindern sind, die mit ihrer Situation nicht mehr zurechtkommen. Auch die müssen integriert werden. Auch das ist eine Integrationsaufgabe. Das bezieht sich nicht nur auf Menschen nichtdeutscher Herkunft.

(BEIFALL)

Dementsprechend muss der Integrationsbegriff auch weiter gezogen werden. Wir wissen, dass es bestimmte spezielle Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der Migration gibt. Selbstverständlich gilt, wenn Kinder aus religiösen Gründen nicht am Schwimmunterricht teilnehmen, wenn Kinder aus religiösen Gründen nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen, wie Klassenfahrten, teilnehmen, dann muss das gelöst werden.

Aber oft sind soziale Probleme. Mir kann keiner einreden, dass eine türkischstämmige Familie normalerweise nicht genauso diesen Aufstiegswillen für ihre Kinder hat. Warum sind sie denn aus ihrer Heimat weggegangen? Doch nicht, weil sie ihr Land nicht geliebt haben, sondern weil sie für sich und für die nächsten Generationen keine Perspektive gesehen haben. Sie waren mobil. Sie wollten an ihrem Zustand etwas ändern.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass heute eine Lethargie in vielen Familien egal welcher Herkunft vorhanden ist, wo dieser Aufstiegswille verlorengegangen ist. Der ist verlorengegangen bei Einwandererfamilien, aber leider auch bei anderen. Das ist eine soziale Frage und nicht eine Frage der Herkunft, und da müssen wir ansetzen.

(BEIFALL)

Deshalb wird die Bildungsdebatte natürlich auch weitergeführt werden müssen. Sie muss sehr stark die Familien mit einbeziehen. Sie muss auch das gesellschaftliche Umfeld mit einbeziehen. Wenn wir es nicht erreichen, in die Familien hineinzukommen - durch Projekte wie die Stadtteilmütter beispielsweise, mittlerweile Gott sei Dank auch Stadtteilveräter und Menschen, die sich kümmern -, wenn wir nicht die Lesepatenschaften beispielsweise mehr fördern, dann werden wir zu wenig erreichen. Wenn wir nicht erreichen, dass Kapazitäten, Fähigkeiten, Talente, die da sind, ausgeschöpft und gefördert werden, dann verüßigen wir uns an Zukunftschancen von jungen Menschen, und wir schädigen insgesamt unsere gesamte Gesellschaft, die dringend darauf angewiesen ist, dass alle Menschen mitgenommen werden. Dies ist wichtig für uns für die Zukunft. Deshalb sehen wir es viel umfassender.

Ich sage auch, dass die Diskussionen über Zuständigkeiten in einem föderalen Staat wichtig sind. Hanelore Kraft wird dazu noch etwas sagen - zum Kooperationsverbot. Wir dürfen uns keine Illusion ma-

chen. Wir werden in Deutschland kein System haben, mit einem Bundesschulamt, wo jemand zentral alles bestimmen wird. Aber den Eltern ist es mittlerweile relativ egal, wer zuständig ist. Sie wollen Lösungen haben, liebe Genossinnen und Genossen, und dafür sind wir alle verantwortlich, egal, auf welcher Ebene.

(BEIFALL)

Wenn wir feststellen, dass wir die 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach OECD-Schnitt noch nicht erreicht haben, dann müssen wir investieren. Deshalb sagt die Sozialdemokratie: 20 Milliarden mehr für Bildung, 10 Milliarden Aufkommen durch die Länder, 10 Milliarden durch den Bund. Und beim Steuerkonzept ist das mit berücksichtigt. Wir sagen nicht einfach: Wir fordern das, und nachher, wenn wir an der Regierung sind, können wir es leider aus finanziellen Gründen nicht umsetzen. Nein, es ist Teil unseres Steuerkonzeptes. Es ist Teil eines Finanzkonzeptes. Deshalb ist es wichtig, dass hier eine Umkehr passiert; denn diese 20 Milliarden werden für die zukünftigen Investitionen dringend benötigt.

Wir wollen ein flächendeckendes Ganztagsangebot für Kitas und Schulen. Dazu gehört ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag, die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2020. Wir haben andere Punkte mit im Antrag. Die könnt ihr nachlesen, und die werden wir sicherlich auch diskutieren.

Zum Thema Integration. Bildung ist ein Schlüssel für eine verbesserte Integration. Ich möchte darauf hinweisen, dass das nicht nur ein Fachthema ist oder nur ein Thema für die Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker - vielmehr ist es für alle Gesellschaftsbereiche wichtig, Integration mitzudenken.

Deshalb freue ich mich, dass Theo Zwanziger heute da ist, den wir herzlich hier in unserem Kreis begrüßen.

(BEIFALL)

Als Vertreter einer der großen bürgerschaftlichen Organisationen, nämlich der Sportvereine, in dem Fall des deutschen Fußballs. Und das ist ja nicht nur der Profibereich, sondern das sind die vielen Vereinsmannschaften. Der deutsche Sport wir haben das auch am letzten Wochenende beim Deutschen Olympischen Sportbund noch einmal wieder zum Ausdruck gebracht ist eine Bürgerbewegung, die sehr stark integrativ arbeitet, indem sie nämlich Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenbringt. Das ist der eine Gedanke. Man betreibt aber auch sehr aktive Jugend- und Schülerarbeit. Herr Zwanziger, dafür sind wir dankbar, und dabei können wir Sie unterstützen. Wir freuen uns, dass Sie diese Initiativen in Ihrer bisherigen Präsidentschaft mit unterstützt haben.

(BEIFALL)

Die SPD wird diesen wichtigen Bereich weiter ganz stark betreuen und gemeinsam mit den Verbänden etwas tun. Das SPD-Sportforum Manfred Schaub sitzt neben Theo Zwanziger, ihr macht eine riesige und erfolgreiche Arbeit. Wir brauchen diese Bündnisse, wir brauchen diese Netzwerke, und wir wollen euch auch in Zukunft bei dieser wichtigen Arbeit unterstützen. Recht herzlichen Dank dem Sportforum für diese wichtige und notwendige Arbeit!

(BEIFALL)

Ich möchte zum Schluss Theo Zwanziger Dank sagen, dass er auch ein anderes Thema mitbearbeitet hat für den deutschen Fußball - das Thema Kampf gegen Homophobie. Er hat seinen Beitrag dazu geleistet, dass es auch im Sportbereich und vor allen Dingen auch im Fußballbereich irgendwann auch mal dazu kommt, dass sich junge Menschen trauen können, auch zu sagen: „Ja, ich bin gleichgeschlechtlich und kann deshalb trotzdem guten Fußball spielen.“, und dass wir eine Situation der Offenheit, der Toleranz und der Akzeptanz haben, in der sich keiner verstecken muss, nur weil er anders ist.

(BEIFALL)

Wir wissen, dass im Damenfußball heute schon ein bisschen mehr erreicht worden ist. Wir wissen, dass es im Herrenfußball leider ich kann mir nicht vorstellen, dass es statistisch keinen gibt immer noch keinen gibt, der sich traut, sich beispielsweise als Mitglied der 1. Bundesliga zu outen. Ich weiß auch gar nicht, ob es heute schon so weit ist, dass man es ihm raten sollte. Aber wir müssen ein gesamtgesellschaftliches Klima haben, dass das eben kein Tabubereich mehr ist - genauso wie in der Wirtschaft und in anderen Bereichen auch.

Deswegen sind wir Theo Zwanziger und dem DFB dankbar, dass er bewusst Ausstellungen mit organisiert, dass er das Thema überhaupt in den deutschen Fußball gebracht hat. Dies ist unheimlich viel wert, lieber Theo Zwanziger. Recht herzlichen Dank dafür.

(BEIFALL)

In dem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben auf allen Ebenen viel zu tun, um das, was wir hier auf Papier festgelegt haben und was wir in unseren Reden auch immer wieder gerne betonen, in die Wirklichkeit umzusetzen. Dazu brauchen wir ein Zusammenarbeiten aller drei Ebenen, und daran wird die Sozialdemokratie stark arbeiten.

Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen. Sie sind eine gute Grundlage für eine progressive, erfolgreiche, zukunftsgerichtete Bildungspolitik für die SPD. - Schönen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Klaus, für die Einbringung dieses Antrags.

Es ist mir jetzt eine besondere Freude begrüßt wurde er ja eben schon von Klaus Wowereit, dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes, Theo Zwanziger, das Wort zu geben. Herzlich willkommen, Herr Zwanziger!

(BEIFALL)

GASTREDE THEO ZWANZIGER, PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN FUSSBALLBUNDES

Theo Zwanziger, Präsident des Deutschen Fußballbundes: Herr Parteivorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Klaus Wowereit! Der, den ich da gerade begrüßt habe, ist Frank Puchter. Das ist der Wahlreisabgeordnete aus meinem Rhein-Lahn-Kreis. Gut, ja? War das was?

(ZURUFE)

- Begeisterung, Zustimmung, ja, alles klar.

Ich darf mich zunächst einmal ganz herzlich für diese Einladung bedanken. Ich weiß, das ist nicht selbstverständlich, aber ich habe sie wirklich gerne angenommen. Ich möchte Ihnen, lieber Herr Gabriel, auch ganz, ganz herzlich zur Wiederwahl und zu diesem ausgezeichneten Wahlergebnis gratulieren, soweit ich das beurteilen kann. Alles, alles Gute!

(BEIFALL)

Wir arbeiten denke ich sehr gut zusammen, Sie als große politische Kraft in Deutschland, der Deutsche Fußball-Bund als eine wichtige zivilgesellschaftliche Organisation. Ich denke, es ist unser gemeinsamer Auftrag, dafür zu sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen in unserem Land in einer freiheitlichen Demokratie, die sich der Würde des Menschen verpflichtet sieht, aufwachsen können, dass sie Chancengerechtigkeit und Bildung erleben können, so, wie mir das als einem Älteren, der 1945 geboren ist, eigentlich in diesem Bereich der zusammenwachsenden beiden deutschen Staaten bis über 1989/90 immer gut bekommen ist.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns ergänzen. Klaus Wowereit hat eben von Integration und Bildung gesprochen. Ja, aber Integration und Bildung heißt auch: Integration, Bildung und Sport.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde mir erlauben, gleich zu zwei Punkten in Ihrem Antrag etwas zu sagen. Sie müssen es nicht berücksichtigen. Sie können es machen, Sie können es aber auch lassen. Aber ich glaube, so, wie ich viele Mitglieder Ihrer Partei, viele in hoher Führungsverantwortung kenne, liegen wir durchaus ganz, ganz eng beieinander.

Ich will aber zuvor noch ein ganz herzliches Wort des Dankes auch an Sie alle richten. Das größte Fest der Integration in Deutschland war 2006 und auch 2011, und bei diesem großen Sommermärchen 2006 hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder, Herrn Steinmeier und Herrn Steinbrück und auch dem heutigen Parteivorsitzenden uns ungemein geholfen. Ohne ihre Mitwirkung hätte das so nicht klappen können.

(BEIFALL)

Wir hatten eine tolle Zusammenarbeit auch im Umweltbereich, wenn ich das erwähnen darf, Green Goal.

(ZURUF: WIEDERHOLUNG)

- Noch mal?

(ZURUF: WIEDERHOLUNG 2006!)

- Wiederholung 2006, ja, alles klar.

Nein, das war alles wirklich von großem Vertrauen und von großer Gemeinsamkeit getragen.

Und jetzt denke ich sind wir genau verpflichtet, uns diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema der Integration mit dem gleichen Ernst, mit der gleichen Hartnäckigkeit und mit der gleichen Begeisterung zuzuwenden. Neben vielen anderen schwierigen politischen Punkten wirtschaftlicher bzw. sozialer Art, Finanzkrisen, EU-Krise, und was weiß ich, wird zum Schluss entscheidend sein für die Zukunft unseres Landes, ob es uns gelingt, dieses Land mit allen Migranten so zusammenzuführen, dass Respekt und Anerkennung vorhanden ist, wechselseitig vorhanden ist.

(BEIFALL)

Und da, meine Damen und Herren, können der Sport und der Fußball eine ganz besondere Rolle spielen. Ich bitte Sie, in Ihrer Arbeit auch bei diesem Leitantrag, aber später auch bei der Arbeit in den Ländern und in den Kommunen den Sport und die Chancen des Sports nicht zu übersehen.

Ganz einfach: Fußball wird gespielt, meine Damen und Herren, im Jugendbereich jede Woche in etwa 50.000 Fußballspielen - in jeder Woche, mit Ausnahme der Winterzeit, wenn nicht gespielt wird. 50.000 Spiele, weit über 100.000 Mannschaften, Jungs und Mädchen. Natürlich immer noch viel mehr Jungs, aber auch Mädchen spielen Fußball. Das sind 2 Millionen Menschen, die sich dort begegnen. Das ist meine klare These: Der erste und wichtigste Schritt zur Integration ist die Begegnung. Sie müssen es schaffen, dass Menschen sich begegnen,

(BEIFALL)

und dieses Begegnen findet natürlich auch in der Schule statt. Es findet auch schon im Kindergarten statt. Es findet an vielen anderen Stellen statt, aber freiwillig und gern gehen die Kinder in erste Linie zum Sport und da besonders gern zum Fußball. Davon bin ich fest überzeugt. Wenn Sie sie dort treffen, dann haben Sie eine Chance und gleichzeitig ein Risiko. Wenn Sie Ihre Aufgabe als Sportveranstalter, als Fußballverband, als Sportverband nur darin sehen, diesen Kindern das beizubringen, was Grundwissen Fußball ist, den Doppelpass, den Fallrückzieher und was auch immer, dann haben Sie das Risiko, dass wichtige demokratische Themen in dieser Ebene verloren gehen und nicht vermittelt werden. Das Risiko ist groß, dass diesen jungen Menschen - auch durch ihre Übungsleiter und andere - genau in das andere Lager abdriften, das wir nicht wollen.

(BEIFALL)

Deshalb brauchen wir für Kinder auf den Sportplätzen Bildung und Wissen von dem, was halt anders ist.

(BEIFALL)

Wir brauchen halt die Wissensvermittlung nicht nur in den Schulen und in den Kindergärten. Wir brauchen sie auch gerade dort, wo sie gerne sind und wo ihnen durch Spiel und Spaß ihnen vermitteln werden kann, was tatsächlich Werte einer demokratischen Gesellschaft sind. Deshalb brauchen wir, meine Damen und Herren, natürlich auch Hilfen bei den Menschen, die in der Nähe dieser Kinder sind. Das sind in aller Regel keine ausgebildeten Pädagogen oder Soziologen, das sind Menschen wie du und ich, Übungsleiter, Ehrenamtler, die etwas mit Begeisterung machen, aber die nicht immer das Wissen haben, um auf diese Art und Weise ein Stück, so denke ich, Sozialarbeit zu leisten. Hier muss ein gemeinsames Netzwerk entstehen zwischen Sport auf der einen Seite, der die Begegnung schafft, und von Kommunen

und Land auf der anderen Seite, die einen Beitrag dafür leisten. Das, was wir dort mit den Kindern machen, wird so zu einer kleinen Sozialarbeit, einer kleinen demokratischen Schule des Wissens ist.

(BEIFALL)

Ich will Ihnen das am Beispiel Umwelt und Klima verdeutlichen. Es kann doch nicht sein, dass wir diese zwei Millionen Kinder, die jede Woche auf unseren Sportplätzen sind, im Grunde mit dem Fußball beschäftigen, aber diesen Kindern nicht vermitteln, dass sie sich Gedanken auch über ökologische Fragen machen müssen, denn diese Kinder wollen doch 60 Jahre später, wenn sie 68 sind, auch in einer gesunden Umwelt und in einem gesunden Klima leben.

(BEIFALL)

Hierfür brauchen wir natürlich auch, weil ich das nicht jedem Übungsleiter des Fußballs zumuten kann, ein Stück Ihre Unterstützung.

Was machen wir für die Integration? Ich glaube, der Deutsche Fußball-Bund hat zunächst eine ganz wichtige Voraussetzung, die nicht jeder Sportverband hat. Wir sind unglaublich stark in den Medien, weil die Gesellschaft diesen Sport so stark macht. Weil es über 40 Millionen Fußballverrückte in Deutschland gibt, wird natürlich jedes Länderspiel von Millionen Menschen gesehen. Deshalb ist es ganz klar, dass wir dies und die Integrationsleistung im Spitzensport darstellen und präsentieren. In diesem schönen Integrationssport - ich habe gehört, es wurde schon berichtet - hat eine Entscheidung wie die von Mesut Özil, sich für die deutsche Nationalmannschaft zu entscheiden, eine ganz große und breite Wirkung.

(BEIFALL)

Ich kann Ihnen sagen, dass dieses Gespräch mit Mezut, das auch der Bundestrainer geführt hat, eine einzige wichtige Grundlage hat, und die heißt Respekt. Konnte Mesut Özil darauf vertrauen, dass er in dem Moment, in dem er deutscher Nationalspieler wird und für kein anderes Land mehr spielen darf, in Deutschland von seiner Leistung her gerecht beurteilt und nachher nicht aufgrund seines Migrationshintergrund aufgestellt wird?

(BEIFALL)

Diese Erkenntnis, die auch der Bundestrainer ihm klar vermittelt hat, war für ihn ein Zeichen, diesen Weg zu gehen. Sie sehen, es folgen noch viel mehr.

(BEIFALL)

Das ist ein Bild, meine Damen und Herren, einer deutschen Nationalmannschaft. Sehen Sie sich doch die deutsche Männer-Nationalmannschaft an! Nicht jeder singt die Nationalhymne. Da kriege ich dann manchmal die Briefe: Herr Zwanziger, jetzt wird es aber Zeit, dass sie denen mal klarmachen, dass sie alle die deutsche Nationalhymne zu singen haben. - Ich kann dazu sagen: Ich freue mich, wenn Deutsche die deutsche Nationalhymne singen. Aber kann Mesut Özil unsere dritte Strophe singen, wenn man daran denkt: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“? Ist es sein Vaterland? Kann ich einem jungen Menschen schon diese Entscheidung abverlangen, das so nach draußen zu tragen? Auch da brauchen wir Respekt für die Tatsache, dass man sich anders verhält.

(BEIFALL)

Jetzt, meine Damen und Herren, komme ich natürlich zu den Mädels. Wenn Sie sich das Bild der deutschen Frauen-Nationalmannschaft ansehen, werden Sie unschwer feststellen, dass das so vom äußeren Anblick zwar recht hübsch sein kann, aber nicht diese starke Migrationsbeziehung aufweist wie bei den Männern. Hier liegt eine weitere große Chance des Fußballs, denn Mädchen, die aus Traditionen und Kulturen kommen, wo das Rollenspiel zwischen Mann und Frau noch sehr viel anders interpretiert wird, als wir das heute wollen, haben es schwerer, Fußball zu spielen. Gerade für diese Mädels wäre es so gut, wenn sie auch über das Fußballspiel eine Stück in diese freiheitliche Gesellschaft und ihren eigenen Orientierungsmöglichkeiten geführt werden können.

(BEIFALL)

Deshalb plädiere ich so sehr für ein Projekt, das wir vom Deutschen Fußball-Bund 2005 als Pilotprojekt zu finanzieren begonnen haben, das gar nicht so teuer ist und nicht so viel Geld kostet. Wir richten an Grundschulen mit hohem Migrationsanteil Arbeitsgemeinschaft nur für Mädchen ein, die dort auf diese Art und Weise in Kooperation mit Verein und Familie plötzlich den Spaß am Fußball genauso wie ihre Brüder entdecken können und sich in diesem Fußball ein Stück von Vorurteilen befreien, die man ihnen möglicherweise sonst auf den Weg gibt. Es ist ein großartiges Projekt, das in vielen Ländern - dafür bin ich dankbar -,

(BEIFALL)

auch vielen Ländern unter sozialdemokratischer Führung, praktiziert wird. Ich bitte Sie alle: Machen Sie es möglichst flächendeckend in Deutschland möglich. Es ist nicht nur ein Beitrag für den Fußball. Wir freuen uns natürlich auf viele, die vielleicht einen Migrationshintergrund aus der Türkei mitbringen und irgendwann deutsche Nationalspielerinnen werden. Die Kosovo-Albanerin Lira Bajramaj muss nicht allein bleiben. Da gibt es viele Mädchen, die genau die gleichen Anlagen und Fähigkeiten haben und die für Deutschland spielen können.

(BEIFALL)

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, gibt es Bildungsanstrengungen natürlich auch bei uns. Der DFB als starker Verband hat die Pflicht, seine Übungsleiter und seine Trainer auch mit Grundwissen in wichtigen gesellschaftlichen Fragen auszustatten. Wir machen das über unser Bildungsangebot in den Sportschulen, über Kurzschulungen, über das DFB-Mobil, das zu unseren Vereinen hinfährt und auf diese Art und Weise neben dem sportlichen Kernbereich auch andere Möglichkeiten der Wissensvermittlung darstellt und Training und Wissen ein Stück miteinander verbindet. Dies geschieht auch über unser Internetportal.

Vor diesem Hintergrund können wir uns glänzend ergänzen. Dazu muss ich jetzt einmal etwas loswerden. Ich habe Ihren Leitantrag genau gelesen. Mein Freund Manfred Schaub wird sich jetzt an die Arbeit machen. Auf Seite 20 des Leitantrags -- Ich fange besser mit der Seite 2 an.

(HEITERKEIT)

Seite 2, zweiter Absatz: „Für die deutsche Sozialdemokratie ist klar: Integration ist vor allem eine soziale Frage. Gesellschaftliche Ausgrenzungen gilt es zu überwinden und deutlich zu machen. Wenn ich mich anstrengte, kann ich etwas erreichen - egal wo ich lebe und wo ich herkomme. Und es gibt Personen und Strukturen, die mich auf meinem Weg unterstützen.“

Das ist richtig und abstrakt. Schreiben Sie doch dazu: Das kann am allerbesten der Sport.

(BEIFALL)

Wenn Sie „allerbesten“ weglassen und schreiben: „Das kann sehr gut der Sport“, dann bin ich auch zufrieden.

(HEITERKEIT)

Jetzt komme ich zu Seite 20. Im dritten Absatz steht: „Wenn die SPD nach der Bundestagswahl 2013 wieder in Regierungsverantwortung kommt“

(BEIFALL)

- ich habe mir gedacht, dass Sie jetzt klatschen; ich weiß gar nicht, warum meine Freundin Andrea Nahles so skeptisch guckt,

(HEITERKEIT)

das hast du doch gar nicht nötig; Rheinland-Pfälzer unter sich -, „werden wir uns“ - jetzt kommt es -, „dafür einsetzen, „Lokale Bündnisse für Integration und sozialen Zusammenhalt“ zu schaffen“. Schreiben Sie doch bitte dazu: Diese lokalen Bündnisse brauchen dringend den Fußball und den gesamten Sport; denn dadurch werden sie die Menschen und die Kinder erreichen.

(BEIFALL)

Wenn Sie mir zum Schluss noch einen ganz großen Gefallen tun wollen --

(ZURUF: EIN GEFALLEN FÜR UNS: EUROPAMEISTER WERDEN!)

- Wir haben die feste Absicht, das zu werden; und ich denke auch, dass das klappen kann. – Wenn Sie mir einen großen Gefallen tun wollen - ich habe ja schon gehofft, dass der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz diesen Gedanken vielleicht einmal aufgreift -, dann schaffen Sie endlich einmal ein Ministerium, in dem Folgendes zusammengeführt wird: Sport, der die Begegnung schafft und damit Integration fördern kann, und Bildung. - Sport, Integration und Bildung gehören zusammen!

Ich wünsche Ihnen alles Gute für diesen Parteitag und viel Erfolg.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Zwanziger, zunächst ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Sie sind mit Ihrer Autorität – auch im Sport - wirklich derjenige, der insbesondere das Thema Integration in den letzten Monaten und Jahren vorangetrieben hat. Dafür ganz herzlichen Dank!

Sie sind daneben aber lebendiges Beispiel dafür, wie Parteireformen richtig durchgeführt werden. Als Noch-nicht-Mitglied haben Sie jetzt schon versucht, Änderungsanträge einzubringen. Das nehmen wir herzlich auf.

(BEIFALL)

Herr Zwanziger, wenn Sie das jetzt auch noch mitentscheiden wollen: Die Aufnahmeanträge gibt es hier vorne bei uns. Sie sind herzlich eingeladen.

(HEITERKEIT)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen jetzt vor ein paar unlösbaren Problemen, und deswegen würde ich gerne ein paar Vorschläge machen.

Wir liegen etwa 30 bis 40 Minuten hinter dem offiziellen Zeitplan, und ich habe die charmante Aufgabe bekommen, vor dem Parteiabend heute Abend nach dem schon straffen Programm auch noch, soweit wie irgend möglich, den Bereich Innen und Recht aufzurufen, weil wir morgen ansonsten unter keinen Umständen durchkommen. Da gibt es ja das eine oder andere gewichtige Thema.

Mir liegen bereits jetzt 13 Wortmeldungen für die Aussprache zur Bildung vor. Deswegen möchte ich gerne folgende Vorschläge zur Beschleunigung in zwei Stufen machen. Der Vorschlag ist erstens, die Redeliste zu schließen, und zweitens, die Redezeit auf drei Minuten zu verkürzen, damit alle zu Wort kommen, die sich gemeldet haben. Die Alternative ist, dass wir irgendwann die Liste „abschneiden“ und diejenigen, die sich später gemeldet haben, gar nicht zu Wort kommen. Gibt es dagegen Widerspruch, wenn ich das so charmant vorschlage? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann bedanke ich mich ganz herzlich.

(BEIFALL)

Bevor wir zur Aussprache zum Block Bildung kommen, werden wir jetzt den zweiten Wahlgang zum Parteivorstand – Beisitzer - durchführen. - Torsten, du leitest jetzt in den nächsten Wahlgang ein.

ZWEITER WAHLGANG DER WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER IM PARTEIVORSTAND

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lasst uns nun in den zweiten Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes eintreten. Es sind noch neun Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Die Quote der Männer ist erfüllt, uns fehlen noch drei Frauen.

Ihr habt einen neuen Merkzettel in Blau bekommen, auf dem die 14 Kandidatinnen und Kandidaten stehen. Alles funktioniert wie vorhin. Die Namen sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die Ziffern 1 bis 14 stehen hinter den Kandidatinnen und Kandidaten. Die Ziffer gibt euch vor, was ihr in euer Gerät eintippen müsst, wenn ihr die Kandidatin oder den Kandidaten wählen wollt. Wollt ihr Kandidat 9, dann tippt ihr die „9“ und „OK“. Wollt ihr Kandidatin 14, dann tippt ihr „1“, „4“ und „OK“. Mit der Scroll-Taste könnt ihr durch die Liste mit den Namen blättern, die ihr schon gewählt habt.

Ihr dürft höchstens neun Kandidaten oder Kandidatinnen wählen, ihr müsst mindestens fünf wählen. Höchstens neun, weil die uns noch fehlen, mindestens fünf müssen von euch mit einem „OK“ in das Gerät eingegeben werden. Ansonsten hatten wir das alles eigentlich gut geübt, auch wenn 18 es noch nicht verstanden hatten.

Gibt es Fragen zu dem Wahlvorgang? - Hat jeder den blauen Zettel? – Keiner sagt Nein. Hat jeder sein Gerät? Hat jeder seine Chipkarte? Ihr habt sie zusammengefügt? - Liebe Genossinnen und Genossen, kann mal jemand gucken, ob die Zahlen übereinstimmen? – Ja, das stimmt. Wunderbar. Dann, liebe Genossinnen und Genossen, eröffne ich den zweiten Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes.

Funktionieren alle Geräte? – Bitte aufzeigen, wo nicht. Dahin, wo die Geräte nicht funktionieren, werden wir neue Geräte bringen. Einfach aufzeigen! - Ein Gerät in der Mitte hinten, in der vorletzten Reihe, ist nicht in Ordnung. Die Geräte kommen sofort. - Ist noch jemand da, dem noch geholfen werden muss? – Nein, okay.

Haben jetzt alle abgestimmt? - Das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich dafür und würde jetzt gerne zügig in die Antragsberatung eintreten.

BERATUNG LEITANTRAG UND ANTRÄGE ZU BILDUNG UND INTEGRATION

Als Erster hat das Wort der Sprecher des Sportpolitischen Beirats, Manfred Schaub. Er stellt das Votum der Antragskommission einschließlich der Änderungsanträge von Theo Zwanziger dar und wird diese insofern formal übernehmen - solange Herr Zwanziger noch nicht Mitglied der Sozialdemokraten ist. Danach folgt Marie-Christin Reinert.

Manfred Schaub, Antragskommission: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich helfe euch beim Beschleunigen. Zwei Bitten habe ich vorweg. Die erste Bitte ist: Wir kämpfen schon eine ganze Weile dafür, dass der Sport auch generell eine breite Anerkennung bekommt, damit er beispielsweise bei Sparvorhaben in den Kommunen nicht als Erstes hinten runterfällt. Deshalb habe ich die herzliche Bitte an euch, mit dafür zu kämpfen, dass das, was wir hier bereits beschlossen haben, endlich umgesetzt wird, nämlich: Sport ins Grundgesetz!

(BEIFALL)

Die zweite Bitte an euch ist: Wir müssen immer wieder daran denken, dass etwa 75 Prozent jeglicher Sportpolitik in den Kommunen gemacht wird. Deshalb ist es eure Aufgabe, mitzuhelfen, dass das auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt wird.

Wir wollten Theo Zwanzigers Vorschläge aufnehmen. Deshalb habe ich die Bitte, dass wir auf der Seite 2 hinter den Sätzen „Und es gibt Personen und Strukturen, die mich auf meinem Weg unterstützen“ noch hinzufügen: „Der Sport hat dabei eine wichtige Rolle.“

Außerdem möchten wir auf Seite 16 einfügen:

„Sport ist Motor für Integration und Bildung. Der Sport erfüllt für Bildung und Integration unverzichtbare Aufgaben. Die erste Generation der Zugewanderten wie auch ihre Kinder sind vor allem auch über

das gemeinsame Sporttreiben integriert worden. Sozialdemokratische Politik ermöglicht deshalb Sport für alle, damit Spaß, Spiel und fairer Wettstreit auch in Zukunft dafür sorgen, dass sich feste Wurzeln für ein gemeinsames Zusammenleben bilden. Klar ist aber auch: Sport ist Teil der Bildung. Wer Sport treibt, ist leistungsfähiger in der Schule und im Beruf. Wer lebenslanges Lernen fordert, muss auch lebenslanges Sporttreiben fördern.“

(BEIFALL)

Das soll aus unserer Sicht auf der Seite 16 vor dem Absatz „Interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft annehmen“ aufgenommen werden.

Dann hätten wir die beiden Wünsche gut umgesetzt und zum Ausdruck gebracht, wofür unsere sozialdemokratische Sportpolitik steht. Das wollen wir weiter vorwärts treiben. - Herzlichen Dank dafür.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Manfred. - Bevor ich jetzt die weiteren Rednerinnen und Redner aufrufe: Ein Teil der Beschleunigung am heutigen Tag geht ganz sicherlich dadurch vonstatten, dass alle zuhören. Es ist schon wieder sehr unruhig im Saal. Deswegen noch einmal der Hinweis: Seid ein bisschen ruhiger, hört den Rednerinnen und Rednern zu, dann sind die nämlich auch schneller mit ihren Beiträgen durch.

In diesem Sinne hat zunächst Marie Christin Reinert das Wort. Danach Sebastian Edathy.

Marie Christin Reinert, Juso-Hochschulgruppen: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Erreichen von Chancengleichheit in unserem Bildungssystem ist ein zentraler Pfeiler unserer Partei. Dafür kämpfen auch wir Juso-Hochschulgruppen seit langem. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb ich vor sieben Jahren in diese Partei eingetreten bin. Aber wir wissen auch alle: Das deutsche Bildungssystem ist durch sehr hohe soziale Selektivität gekennzeichnet. Überall dort sind wir von Chancengleichheit weit entfernt. Als Erstes fällt da, glaube ich, jedem der Bildungsübergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule ein. Nach der vierten oder sechsten Klasse werden bei uns Schülerinnen und Schüler systematisch mit einem Stempel versehen. Wir legen im Alter von zehn Jahren Lebenswege fest, was dazu führt, dass Lebenschancen häufig frühzeitig zerstört werden.

(BEIFALL)

Verliererinnen und Verlierer sind vor allen Dingen Kinder aus sozial schwachen Familien. Es sind Kinder von Eltern, die aufgrund ihres Bildungshintergrundes nicht die Unterstützung liefern können, die zu Hause vielleicht nötig wäre. Und es sind auch leider viel zu oft Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund.

An dieser sozialen Selektivität durch die Aufteilung auf verschiedene Schulformen ändert es nichts, wenn die Kinder statt auf drei nur noch auf zwei Schulformen aufgeteilt werden. Sobald ich versuche, Kinder in verschiedenen Schulformen zu selektieren, haben wir soziale Selektivität.

Ich kann verstehen, dass man im Bildungsprozess manchmal Kompromisse eingehen muss und dass das der einzige Weg ist, um überhaupt Veränderungen zu erzielen. Aber wenn, wie es jetzt bei der ver-

meintlichen Zweigliedrigkeit der Fall ist, auf einmal der Kompromiss zum Ziel wird und das eigentliche Ziel, das wir als SPD immer hatten - Gemeinschaftsschulen für alle -, ins Hintertreffen gerät, dann kann das nicht sein.

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen uns auch weiterhin ganz klar für die Gemeinschaftsschule aussprechen, nur sie kann am Ende jedes Kind unterstützen und Chancengleichheit verwirklichen. Dieses Ziel dürfen wir nicht aufgeben; es muss auch in diesem Antrag stehen. Deshalb unterstützen wir Juso-Hochschulgruppen den Änderungsantrag der AFB, der diesen Punkt noch einmal explizit aufnehmen will, und zwar nicht in der von der Antragskommission geänderten Form, wo der Begriff „Gemeinschaftsschule“ schon wieder rausgestrichen ist. Ich glaube, wir dürfen dieses Endziel der Gemeinschaftsschule für alle nicht aus den Augen verlieren. Deshalb bitte ich euch darum, den Änderungsantrag der AFB in der Ursprungsform anzunehmen.

(BEIFALL)

Zuletzt möchte ich noch auf einen weiteren Punkt eingehen: Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass es nicht nur die Bildungsübergänge sind, die darüber entscheiden, ob Kinder und Jugendliche einen erfolgreichen Bildungsverlauf haben. Es geht auch um die Zeit in den Bildungsinstitutionen: Dort müssen Rahmenbedingungen herrschen, die nicht dazu führen, dass Kinder frühzeitig abbrechen und auf ihrem Weg verloren gehen. Deshalb brauchen wir an den Schulen, wie wir das in letzter Zeit wunderbar durchgesetzt haben, viele Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Wir brauchen inklusive Schulen, um alle Schüler bestmöglich zu unterstützen.

(BEIFALL)

Auf die Hochschulen gibt es gerade einen ziemlichen Run; wir haben Rekordzahlen von Studienanfängerinnen und Studienanfängern. Aber wir brauchen nicht nur mehr Studienplätze, sondern auch die entsprechende Infrastruktur. Wir brauchen Wohnheimplätze, wir brauchen Beratung, wir brauchen starke Studentenwerke. Diesen sozialen Rahmen dürfen wir, auch wenn wir die Bildungsübergänge im Blick haben wollen, nicht aus den Augen verlieren.

(BEIFALL)

Dementsprechend bitte ich euch um Zustimmung zu diesem Antrag und darum, den Änderungsantrag der AFB zu unterstützen. - Danke.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Als Nächster hat das Wort Sebastian Edathy. Ihm folgt Edelgard Bulmahn.

Sebastian Edathy, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich zunächst ein herzliches Wort des Dankes an Theo Zwanziger - er hat ja gerade hier gesprochen - richten, der als DFB-Präsident in den letzten Jahren vorbildlich dafür gesorgt hat, dass Fremdenfeindlichkeit und dass Radikale aus den Stadien verdrängt werden und dass es Konsequenzen hat, wenn Vereine das missachten.

(BEIFALL)

Ich bin als Mitglied unserer Bundestagsfraktion sehr froh darüber, dass das Thema Integration - anders als noch vor ungefähr zehn Jahren - nicht mehr als Randaspekt der Politik betrachtet wird, sondern als eine der zentralen Zukunftsfragen. Natürlich spielt Bildung dabei eine Schlüsselrolle, wenn wir sagen, Integration heißt für uns als Sozialdemokraten die realistische Chance auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe.

Aber ich glaube, dass wir uns, gerade weil es sich um ein Querschnittsthema handelt, vor Augen halten müssen, dass es eben nicht reicht, nur die Rahmenbedingungen im Bildungsbereich zu verbessern. Wir brauchen auch eine andere Kultur des Miteinanders in dieser Gesellschaft. Wir brauchen eine Kultur, in der Menschen, die zu uns gekommen sind oder ihre Vorfahren, zu Recht das Gefühl entwickeln können, dass sie hier willkommen sind. Sie sind Teil einer Gesellschaft, in der man sich auf Augenhöhe begegnet. Und mindestens so wichtig wie das Thema Bildung - und das bitte ich nicht zu vergessen, liebe Genossinnen und Genossen - ist, rechtlich sicherzustellen, dass junge Leute nicht mit 21 die deutsche Staatsbürgerschaft wieder verlieren, dass sie nicht eine Situation vorfinden, in der wir Integration fordern, aber gleichzeitig die Mittel für Sprachkurse am Ende doch nicht zur Verfügung gestellt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch ganz persönlich dafür sorgen, dass wir eine Lehre aus dem ziehen, was die Republik in den letzten Wochen beschäftigt hat. Ich finde, es sagt viel über den Umgang mit Menschen aus, dass eine Bezeichnung in den Medien, unkritisch hingegenommen, über Wochen hinweg - Stichwort „rassistische Morde“ Döner-Morde gewesen ist. Ich habe das vor wenigen Wochen als Unwort des Jahres vorgeschlagen. Ich halte das für unglaublich.

(BEIFALL)

Ich halte es auch für unglaublich, dass einige in diesem Land vor dem Hintergrund dessen, was geschehen ist, von einem Imageschaden reden. Das ist peinlich, das ist daneben, das sagt viel aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir uns um Integration kümmern, und wenn wir uns gegen Rechtsextremismus wenden, dann machen wir das nicht, weil wir eine negative Fremdwahrnehmung befürchten, sondern das machen wir aus Selbstachtung, aus Selbstachtung der demokratischen Gesellschaft hier in diesem Land - aus keinem anderen Grund.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, zur Debatte gehört auch die Feststellung, dass sich Demokratie nicht vererben lässt, sie muss von jeder Generation aufs Neue gelernt werden. Das können wir in den Bildungseinrichtungen am besten machen. Wenn es eine Lehre aus der Integrationsdebatte gibt, die mit dem Namen eines Genossen verbunden war, der mit S anfängt, dann ist diese Lehre:

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Sebastian, kommst du bitte zum Ende?

Sebastian Edathy, Bundestagsfraktion: Wir brauchen in diesem Land keine Angst vor menschlicher Vielfalt zu haben, sondern allenfalls vor menschlicher Einfalt. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. – Es folgt Edelgard Bulmahn, danach kommt Oliver Kaczmarek.

Edelgard Bulmahn, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind unsere Grundwerte. Das gilt für jeden: ob Mann oder Frau, ob deutscher oder türkischer Herkunft, ob auf dem Lande lebend oder in der Stadt. Gerechtigkeit – das hat uns Helmut Schmidt gestern zu Recht ins Stammbuch geschrieben heißt heute vor allem: mehr Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche.

Deshalb, Klaus, hast du völlig recht: Das ist keine Fachpolitik. Das ist eine Politik, die uns alle angeht – egal, wo wir politisch tätig sind. Man kann es auch so sagen: Ohne Bildung geht gar nichts.

(BEIFALL)

Deshalb ist das so entscheidend.

Und ohne Integration geht auch gar nichts. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist es für uns so wichtig, dass wir nicht einfach zusehen, was im Moment passiert. Denn es ist ungerecht, dass in Deutschland Bildung noch immer so stark von der sozialen Herkunft abhängt. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb dürfen wir dieses Ziel, Chancengleichzeit wirklich umzusetzen, nicht aufgeben.

(BEIFALL)

Wir haben eine Menge erreicht - dank unserer Länder, auch dank einiger Programme des Bundes. Aber wir sind immer noch nicht am Ziel.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch ungerecht, dass in manchen Ländern die Kita-Gebühren so hoch sind, dass es sich eine Verkäuferin noch nicht einmal mehr leisten kann, ihr Kind in eine Kita zu schicken. Auch das muss dringend geändert werden.

(BEIFALL)

Was mich offen gesagt auf die Palme bringt, ist, dass diese Bundesregierung nichts Besseres zu tun hat, als ein Betreuungsgeld einzuführen, statt endlich einmal den Familien so zu helfen, dass sie ihre Kinder tatsächlich in die Kita schicken können, und den Städten und Gemeinden so viel Geld zu geben, dass sie die Kitas so finanzieren können, dass sie keine Gebühren erheben müssen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist nämlich sozialdemokratische Politik. Das unterscheidet uns auch von der CDU.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Chancengleichzeit und Integrationspolitik müssen deshalb nach wie vor ganz oben auf unserer politischen Agenda stehen. Wir brauchen, so wie es in diesem Antrag steht, einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, auf einen Kita-Platz, auf einen Ganztagschulplatz, und zwar nicht erst im Jahr 2050, sondern wie wir es vorschlagen: Schritt für Schritt, verlässlich und damit auch machbar.

Wir brauchen aber auch die Programme, die hier schon angesprochen worden sind, um wirklich erfolgreich Bildungs- und Integrationspolitik zu machen. Ich weiß sehr wohl, dass Bildung und Integration nur

dann gelingen, wenn nicht nur in der Schule, sondern auch in der ganzen Nachbarschaft mitgeholfen wird. Deshalb ist es politisch völlig falsch, ein Programm wie die soziale Stadt einfach auszuhungern, auszudörren; denn gerade durch solche Programme sind die Kommunen in der Lage, tatsächlich den Einrichtungen, den Schulen und Sportvereinen die Unterstützung zu geben, die sie so dringend brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in diesem Antrag auch ein Recht auf Ausbildung – entweder an der Hochschule oder eine berufliche Ausbildung verankert. Das ist richtig. Denn eine gute Ausbildung ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können.

Wir haben eine Menge getan. Wir haben an den Hochschulen und in der beruflichen Bildung eine Menge getan. Das sind alles ambitionierte Ziele und ambitionierte Programme. Das ist auch richtig, weil wir uns ja nicht mit den Verhältnissen abfinden, sondern sie verändern und verbessern wollen. Aber sie zu verbessern, kostet auch Geld. Deshalb ist es gut, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir morgen einen Antrag beschließen, in dem formuliert ist, dass wir 20 Milliarden Euro mehr für Bildung zur Verfügung stellen wollen.

(BEIFALL)

Es ist auch gut, dass wir heute beschließen, dass das Kooperationsverbot fallen muss. Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich wirklich gefragt: Was für ein Denken steht eigentlich hinter so einem Kooperationsverbot? Da wird Verantwortung zerstückelt, in kleine Kästchen aufgeteilt, und das, liebe Genossinnen und Genossen, ist mit Sozialdemokraten nicht zu machen. Wir tragen gemeinsam Verantwortung, egal, auf welcher Ebene – Kommune, Land oder Bund. Wir haben gemeinsam Verantwortung dafür,

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Edelgard!

Edelgard Bulmahn, Hannover: dass Kinder und Jugendliche ein gutes Leben haben. Deshalb: Weg mit dem Kooperationsverbot!

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Edelgard. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich ein bisschen Gas gebe.

Als Nächster ist Oliver Kaczmarek dran. Danach kommt Ulla. Wir haben eine quotierte Redeliste; es tut mir leid.

Aber bevor Oliver dran ist, möchte ich Uli Thöne, den Vorsitzenden der GEW, ganz herzlich in unserer Runde begrüßen. Uli, herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Oliver Kaczmarek, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist noch gar nicht so lange her, da haben CDU und FDP Parteitage unter der Überschrift „Bildungspolitik“ durchgeführt. Da wird ja dann immer von der „Bildungsrepublik Deutschland“ gesprochen. Da war von der Bildungsmit-

nisterin ein großer Anlauf geplant, um die Hauptschule als verpflichtende Schulform aus dem Kanon zu streichen. Da war der Anlauf geplant, Ganztagschulen unterzubringen.

Der Ertrag dieser Bemühungen von CDU und FDP ist jedoch sehr übersichtlich, wenn man sich einmal genau anschaut, was im realen Regierungshandeln eigentlich passiert - jedenfalls da, wo CDU und FDP noch Verantwortung für die Bildungspolitik haben. Man kann ja Gott sei Dank sagen, dass die Kultusministerkonferenz doch sehr durch unsere Minister geprägt ist. Aber auf Bundesebene haben sie die Verantwortung noch. Und da haben sie 1 Milliarde Euro mehr so lange ist das mit dem Haushalt noch nicht her für Bildung und Forschung eingestellt. Das ist richtig. Aber sie haben gleichzeitig 1,8 Milliarden Euro bei der beruflichen Qualifizierung, bei den ausbildungsbegleitenden Hilfen, bei Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und gleichzeitig 8 Milliarden Euro bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestrichen. Das ist die Bildungspolitik, die die machen. Es interessiert die nämlich nicht, was mit Jugendlichen passiert, die keinen Abschluss erreicht haben, oder die einen Abschluss haben, aber als junge Erwachsene noch keine Berufsqualifizierung erhalten haben. Das ist eine reine Schaufensterpolitik. Von der setzen wir uns heute mit dem Antrag B 1 in der politischen Auseinandersetzung ganz deutlich ab, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben schon viele Überschriften gelesen. Wir haben auf Landesparteitagen Beschlüsse zu Ganztagschulen gefasst - Stichworte, die sich auch im Antrag wiederfinden: Hochschule, Rechtsanspruch für die unter Dreijährigen auf Ganztagsbetreuung und vieles andere mehr.

Doch glaube ich, haben wir einen ganz entscheidenden Punkt, zumindest für das politische Handeln, in dem wir uns von dem absetzen, was die jetzige Regierungskoalition im Bundestag macht. Wir begreifen nämlich Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe und Herausforderung. Ich will dazu sagen: Ich finde das richtig. Ich kann an das anschließen, was Edelgard Bulmahn gerade hier gesagt hat und was auch schon in den Reden von Klaus Wowereit und Hannelore Kraft und anderen hier eine Rolle gespielt hat, das Kooperationsverbot. Aber ich will auch sagen, das Kooperationsverbot bzw. die Aufhebung desselben ist nicht der einzige Punkt, den es zu definieren gilt, wenn wir über eine gesamtstaatliche Herausforderung sprechen. Es sind meiner Ansicht nach mindestens drei.

Da gehört nämlich erstens dazu, dass wir es nicht zulassen, dass der Föderalismus, dass die Kultushoheit der Länder dadurch ausgetrocknet wird, dass der Bund eine Steuerpolitik macht, die den Ländern das Geld nimmt, um in Bildung zu investieren. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir mit unserem Pakt für Bildung und Entschuldung - ich habe das Klingeln gehört und komme auch sofort zum Schluss - nicht nur Mittel beim Bund freisetzen, sondern auch Mittel schaffen - 10 Milliarden Euro -, über die die Ländern verfügen können, um in Bildung zu investieren, ohne dass der Bund hineinquetscht.

Und zum Schluss natürlich auch die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Bildungsinfrastruktur, weil wir schon allein aus unserem Grundgesetz heraus dafür sorgen müssen, dass Bildungsinfrastruktur überall gleichsam erreichbar ist. Ich bin denjenigen in der Zukunftswerkstatt Bildung sehr dankbar, die dort einen Kompromiss gefunden haben, -

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Kommst du bitte zum Ende.

Oliver Kaczmarek, Nordrhein-Westfalen: - der für alle tragbar ist. Deswegen bitte ich euch auch um Zustimmung zu diesem Antrag.
Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. Wir werden in Zukunft bei 2:30 bimmeln, damit man eine Chance hat, elegant auszugleiten.
Ulla ist jetzt dran. Danach Helge Lindh.

Ulla Burchardt, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch wenn ich nicht unmittelbar nach Edelgard reden darf, will ich doch die Gelegenheit nutzen, weil ich glaube, das ist in der Vergangenheit nicht ausreichend getan worden, der Edelgard ganz herzlich zu danken und sie dafür zu loben, dass sie die beste Bundesbildungsministerin dieser Republik gewesen ist.

(BEIFALL)

Derzeit, liebe Genossinnen und Genossen, geht ein Gespenst um im Kanzleramt, und das heißt: Die Bildungspolitik könnte zum Topthema bei der nächsten Bundestagswahl werden. Das wäre in der Tat zu Recht der Alptraum von Frau Merkel und ihren Ministerinnen und Ministern; denn schon jetzt wird ganz offenkundig, dass die vollmundig versprochene Bildungsrepublik nichts weiter war als heiße Luft, ein Werbegag ohne Kompetenz, ohne Substanz.

Ab morgen, wenn wir unsere Beschlüsse gefasst haben - den Bildungsbeschluss heute, den Steuerbeschluss morgen -, wird klar: Die SPD ist die Bildungspartei in dieser Republik. Wir haben den Bauplan für die Bildungsrepublik. Wir haben die Köpfe und das handwerkliche Können, um diese Bildungsrepublik tatsächlich zu bauen.

(BEIFALL)

Wir werden Bildungsarmut nicht nur beklagen, sondern wir werden sie ganz konkret bekämpfen. Es steht in diesem Leitantrag ganz viel dazu drin, wie wir das machen wollen. In der Tat ist es ein Skandal, dass noch 7,5 Millionen funktionale Analphabeten in dieser Republik vorhanden sind, dass 1,5 Millionen Menschen unter 30 keinen Schul- und Berufsabschluss haben. Aber wir lassen nicht nur kein Kind zurück, sondern mit den Rechtsansprüchen auf einen Ausbildungsplatz, auf Grundbildung, auf Alphabetisierung, auf einen Hauptschulabschluss geben wir auch Erwachsenen eine zweite und eine dritte Chance.

(BEIFALL)

Vor allen Dingen, Genossinnen und Genossen, gibt es einen Punkt, in dem wir uns ganz zentral von allen anderen unterscheiden. Für uns sind gute Arbeit und gute Bildung zwei Seiten einer Medaille. Ich sehe gerade Ulrich Thöne. Mit dem kämpfen wir an vielen Stellen dafür. Es kann doch nicht sein, dass hochqualifizierte Menschen, die in der Bildung arbeiten, am Existenzminimum herumkriechen, für einen Hungerlohn arbeiten, Sorgen haben und auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Deswegen haben wir für den Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche gekämpft. Deswegen wollen

wir - das steht in diesem Antrag drin - ein Mindesthonorar für die Lehrerinnen und Lehrer in den Integrationskursen.

(BEIFALL)

Wer gelingende Integration durch Sprachförderung will, der muss dafür sorgen und darf nicht nur darüber reden, dass Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer anständige Arbeitsbedingungen haben. Die arbeiten zurzeit fast ausschließlich als Honorarkräfte, haben mehrere Honorarverträge, damit sie mit einem ganz bescheidenen Nettoeinkommen von 700 bis 800 Euro im Monat nach Hause gehen. So kann gute Bildung für Integration nicht gelingen.

(BEIFALL)

Ein letztes Wort zum Thema Kooperationsverbot. Wir haben den Finanzplan. Indem wir das Kooperationsverbot zu Fall bringen, sorgen wir auch dafür, dass das Geld an die richtige Stelle kommt. Ich will nicht verschweigen: Wir als Bundesbildungspolitiker hätten gern mehr gehabt, eine Gemeinschaftsaufgabe. Aber ich habe viele Jahre im PV, in der Zukunftswerkstatt, im Forum Bildung mitgearbeitet und muss euch sagen: Das, was wir hier gemeinsam als Landes- und Bundespolitiker vorgelegt haben, ist ein wahrhaft historischer Kompromiss. Für den hat Hannelore Kraft gesorgt. Meine herzliche Bitte: Lasst ihn uns annehmen. Dann bringen wir die Initiative in den Bundestag, in den Bundesrat hinein.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Ulla, bitte!

Ulla Burchardt, Parteivorstand: Dann wird das mit der Nummer eins in der Bildung klappen.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. Als Nächstes kommt Helge Lindh dran; danach Uli Nissen.

Helge Lindh, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Zwei Grundannahmen. Erstens. Bildungsintegrations- und Inklusionspolitik müssen subjekt- und personenzentriert sein. Zweitens. Ich bin es müde, mir in diesen Debatten - nicht in diesen, aber in den veröffentlichten - das paternalistisch bevormundende Gerede, diese Psychologisieren und Pathologisieren in Bezug auf Migranten und sogenannte Unterschichten anzuhören.

Einfalt ist nicht ohne Grund der Gegensatz von Vielfalt. Wer Vielfalt - Grundbedingung und ein Ziel des Antrages - nicht denken will oder kann, der hat sich logischerweise für die Einfalt entschieden. Der muss und will einfältig leben. Das ist besonders an den gerichtet, der letztes Jahr entschied: Deutschland schafft sich ab. Seitdem sind massiv die Hemmschwellen gesunken, Menschen diskursiv aus der Gesellschaft hinauszuschmeißen. Deutschland aber - die Realität - hat entschieden, sich nicht selbst abzuschaffen.

Außerdem schlagen wir uns herum mit Weisheiten von selbstberufenen Integrations- und Bildungsexperten und sogenannten Fachleuten für kulturelle Identität. Gegen das Kartell der Schubladenfeti-

schisten und Verunmöglicher und Vereinfacher sage ich: Jede und jeder Einzelne ist eine komplexe Welt für sich. Unser aller Identität ist plural, vielfältig.

(BEIFALL)

Niemand ist eine umherwandelnde kulturelle Identität oder Kategorie. Kein Mensch erschöpft sich darin, Frau, Mann, Muslim, muslimischer Migrant, Unter-, Mittel-, Was-auch-immer-Schichtler zu sein - oder auch Sozi. All diese Fest- und Zuschreibungen sind gegen den Bildungsgedanken und gegen unsere Vorstellung von Offenheit und Gestaltbarkeit der Zukunft. All das, am besten noch biologisch garniert, ist reduktionistischer Murks, ist Identitätsgeschwätz, Identifizierungswahn, ist auch Ausdruck von Denkfaulheit, ergo Einfältigkeit. Wir müssen lernen, in diesem Zusammenhang Gleichheit und Verschiedenheit zusammenzudenken, Gleichheit des vermeintlich Ungleichzeitigen. Wir haben leider Übung darin, metaphorisch gesprochen auch, in Frauen mit Kopftuch nicht den Menschen, sondern das Kopftuch zu sehen. Leute erklären gerne, Integration sei keine Einbahnstraße. Migranten hätten sich an geltende Spielregeln zu halten. Ich halte dazu fest: Anerkennung, Respekt, Vertrauen sind die Grundbedingungen unserer Gesellschaft, Vertrauen in das Subjekt, Respekt vor dem Subjekt, Anerkennung des Subjekts. Das sind unsere Spielregeln.

(BEIFALL)

Das Grundversprechen an jeden Einzelnen lautet: unhintergebar gleiche Würde, gleiche Chancen lebbarer Freiheit, Geltung als Person. Du bist relevant, weil du bist. Du gibst der Gesellschaft etwas, indem du bist, wer du bist und wie du bist.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. Uli Nissen; danach Eckart Kuhlwein.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich rede zum Antrag B 36. Wir haben gestern noch einmal deutlich gemacht, dass wir die Mitglieder ernster nehmen wollen. Im Antrag B 36 steht, dass wir 2007 in Hamburg beschlossen haben, dass das Kindergeld wieder bis zum 27. Lebensjahr verlängert wird. Ich erinnere mich sehr genau daran; denn ich habe diesen Ursprungsantrag gestellt. Ich habe euch, liebe Genossinnen und Genossen, dazu gebracht, diesem Antrag zuzustimmen. Wenn wir den Parteitag ernst nehmen wollen, warum sollen wir das dieses Mal einfach nur an die Bundestagsfraktion weiterverweisen? Es haben mehr als 20.000 Leute unterschrieben bei PAMF, dass Kindergeld wieder bis zum 27. Lebensjahr gezahlt wird. Wenn wir Bildung ernst nehmen, liebe Genossinnen und Genossen, dann können wir nicht sagen, nur bis 25, und danach seid ihr auf euch allein gestellt. Deshalb bitte den Beschluss von 2007 wieder gültig machen und nicht nur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion. Setzt diesen Beschluss endlich um. Darum möchte ich euch bitten. Wie gesagt, wenn wir Mitglieder ernst nehmen, müssen wir das so machen.

Danke schön.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Uli. - Eckart Kuhlwein. Danach Christoph Brodhun.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, die Bildungspolitik hat eine ruhmreiche Vergangenheit, und es ist gut, dass sie heute wieder zum Thema geworden ist, nachdem sie viele Jahre auch bei uns, aber auch in den von uns regierten Ländern ein bisschen in den Hintergrund geraten war. Willy Brandt hat sie in seiner ersten Regierungserklärung 1969 an die Spitze der Reformen gestellt. Ich erinnere an große SPD-Bildungspolitikern wie Helmut Rohde, Jürgen Schmude und Björn Engholm. Und ich erinnere daran, dass wir damals gute Instrumente hatten für eine gemeinsame Bildungspolitik von Bund und Ländern, zum Beispiel die „Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau“, Artikel 91a Grundgesetz, der dafür gesorgt hat, dass Johannes Rau ein Netz von sehr hochqualifizierten Universitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen konnte. Das wäre sonst nicht möglich gewesen.

Und ich erinnere an die „Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung und Forschungsförderung“, in der eine Fülle von Innovationen entwickelt worden ist, leider von Bund und Ländern immer nur über fünf Jahre gefördert und später wieder eingeschlafen.

Ich erinnere mich an einen Modellversuch Schulsozialarbeit von 1980/81, der jetzt mühsam wieder aufgegriffen werden musste über die Bildungsgutscheine. Das komische Gezerre, wer denn nun darüber entscheiden soll, die Bundesagentur für Arbeit oder aber die Schulen, macht deutlich, dass wir da mehr Kooperation im Bildungsbereich brauchen.

Ich erinnere auch an das gemeinsame Modell Bildungsplanung mit damals 40 Ganztagschulen und 40 integrierten Gesamtschulen. Der Erfolgsbericht 1982 ist dann von der Kohl-Regierung beerdigt worden. Ich wollte daraus hinweisen, dass mir die Aussagen im B 1 über eine verbesserte Kooperation von Bund und Ländern nicht ausreichen. Es ist gut, dass das Kooperationsverbot fallen soll und dass damit ein Sündenfall der Großen Koalition revidiert werden kann, aber wir wollen als Schleswig-Holsteiner diese Kooperation gerne institutionalisieren. Wir haben einen Vorschlag von Sigmar Gabriel aus dem Parteirat aufgegriffen, dass wir eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Bildungsinfrastruktur“ schaffen sollten. Ich möchte deshalb beantragen, erstens auf Seite 5 der Neufassung des B 1 im ersten Absatz aus dem Schleswig-Holstein- Antrag B 9 folgenden Satz einzufügen:

„Die SPD fordert eine ‚Gemeinschaftsaufgabe Bildungsinfrastruktur‘.“

Zweitens beantragen wir, den letzten Satz in Absatz 2 auf derselben Seite zu streichen, nach dem Finanzhilfen des Bundes nur einstimmig beschlossen werden dürfen. Das hilft, Genossinnen und Genossen, den finanzschwachen Ländern sehr wenig, die notwendige Bildungsinfrastruktur auch in der Qualität zur Verfügung zu stellen. - Schönen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt kommt Christoph Brodhun. Ihm folgt Sören Mandel.

Christoph Brodhun, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte eigentlich zu zwei Anträgen sprechen. Das sind einmal der als Initiativantrag eingebrachte Antrag 213 und zum anderen der Antrag B 47.

In dem Antrag 213, der aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Antrag ist, gibt es in den Zeilen 106 bis 117 eine wichtige Passage. Da heißt es:

„Die flächendeckende Verbreitung von Zulassungsbeschränkungen in Form von NC und die weitere Verschärfung der sozialen Selektion beim Hochschulzugang müssen zurückgedrängt werden.“
Genossinnen und Genossen, ich finde, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Ich finde es schade um auf den zweiten Antrag zu sprechen zu kommen, den ich ansprechen wollte, B 47, dass die Antragskommission im Fall von B 47 die Ablehnung beantragt, in diesem Fall die Annahme, was natürlich richtig ist, aber im anderen Fall die Ablehnung, obwohl er doch genau das sagt, was hier steht.

Aber die Abschaffung, die Eindämmung vom Numerus Clausus kann natürlich erst der Anfang sein. Ziel muss es natürlich sein, dass es gar keinen Numerus Clausus mehr gibt. Ich will euch auch sagen, warum. Abi-Noten sind kein gerechter Vergleich. Zu glauben, dass jemand, der ein Einser-Abitur hat, klüger ist als jemand, der ein Dreier-Abitur hat, ist ein Trugschluss. Das ist nicht zwangsläufig so.

(BEIFALL)

Ich möchte ein Beispiel geben: Stellt euch eine junge Frau vor, die nach dem Studium sehr gerne Medizin studieren würde, die es aber nicht kann, da sie meinetwegen ein Abi von 2,6 hat. Nun ist der Numerus Clausus bei Medizin sehr hoch. Diese junge Frau kann sehr motiviert sein. Es ist vielleicht ihr Lebenstraum, Menschen zu helfen und Ärztin zu werden, aber Numerus-Clausus-Regelungen verhindern das. Das ist doch ungerecht, und das kann doch auch nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Wir müssen dafür sorgen, dass es diese Barrieren nicht mehr gibt.

(BEIFALL)

Wir müssen ferner ganz klar sehen, dass Numerus-Clausus-Barrieren nicht andere Barrieren sind, als es auch Studiengebühren sind. Studiengebühren halten Menschen vom Studieren ab, Numerus-Clausus-Barrieren ebenfalls in vielen Bereichen. Das möchte ich noch einmal sagen, möchte damit den Initiativantrag 213 loben und vielleicht auch dafür plädieren, dass wir den Antrag B 47 doch annehmen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Sören Mandel als Vorletzter, und danach folgt unsere stellvertretende Vorsitzende Hannelore Kraft.

Sören Mandel, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich mir den Antrag B 1 durchgelesen habe, ist mir beim ersten Lesen folgender Satz aufgefallen:
„Aktionismus lehnen wir ausdrücklich ab.“

Da habe ich mir gedacht: Ich als Sozialdemokrat lehne doch keinen Aktionismus ab! Ich bin aktiv, und ich handle. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass mir der Initiativantrag 236 vorgelegt wurde, in dem in Absatz 2 gefordert wird, den Satz „Aktionismus lehnen wir ausdrücklich ab.“ Das ist genau der Satz, der mir beim ersten Lesen aufgefallen ist, zu streichen.

Jetzt empfiehlt die Antragskommission die Ablehnung dieses Initiativantrags.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch inständig: Bitte nehmt diesen Initiativantrag an, denn es ist wichtig, dass wir beim Thema Inklusion, um das es dabei geht, Flagge zeigen.

Wenn im vorhergehenden Text in dem Antrag B 1 ausführlich darauf eingegangen wird, dass Eltern bei der Beschulung einbezogen werden, ist klar, dass wir nicht ohne sie agieren werden. Förderzentren auch „Sonderschulen“ genannt sind nötig im Moment, sind aber nicht die Zukunft. Wir werden sie sukzessive abschaffen müssen.

(BEIFALL)

Die Lehrer und Pädagogen, die in diesen Einrichtungen tätig sind, werden selbstverständlich weiterhin gebraucht und werden in den Schulen tätig sein, als Team gemeinsam mit den Lehrkräften.

Wir Sozialdemokraten wollen die UN-Konvention umsetzen, in der inklusive Beschulung gefordert wird. Wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung dies nicht umsetzen kann, ist das ihr Problem. Sie kann es noch nicht einmal richtig übersetzen, denn sie übersetzt es als „Integration“. Da muss man sagen: Wer integriert werden will, muss vorher separieren, und das tun wir.

Deshalb bitte ich euch: Unterstützt den Initiativantrag in Absatz 2 und lasst uns den Satz „Aktionismus lehnen wir ausdrücklich ab.“ streichen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat nun Hannelore Kraft.

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, denjenigen danke zu sagen, die in der Zukunftswerkstatt Bildung mitgearbeitet haben. Wir haben uns sehr intensiv mit der Weiterentwicklung der schulischen und beruflichen Bildung beschäftigt. Wir haben uns aber nicht in aller Ausführlichkeit mit dem Thema Hochschulen beschäftigen können. Wir haben vereinbart, dass wir weiterarbeiten und dass wir dann beim nächsten Parteikonvent euch das Thema Hochschulen insgesamt noch einmal vorlegen werden. Ich glaube, das ist ein so wichtiges Thema das hat man auch in einigen der Debattenbeiträge gemerkt dass es dringend erforderlich ist, dass wir hier auch zur Positionsklärung kommen.

(BEIFALL)

Ich kann nur auf einige Punkt eingehen.

Ein Thema ist gerade angesprochen worden: Inklusion und Aktionismus. Als Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen kann ich euch nur sagen: Wer wirklich Inklusion will, der muss aufpassen, dass man das nicht unter dem Motto „so schnell wie irgend möglich“ macht, sondern wir sollten alles so sorgfältig wie irgend möglich machen. Im Interesse der Menschen, um die es dabei geht.

(BEIFALL)

Ein weiterer Punkt, der angesprochen wurde, ist das Kooperationsverbot. Auch hier meine herzliche Bitte: Das, was mit diesem Antrag auf dem Tisch liegt, ist ein Kompromiss, in dem sich Interessen des Bundes und Interessen der Länder gemeinsam in einer Position zusammenfinden.

Wir sind hier quasi unter uns. Deshalb muss man das offen ansprechen: Die Länder haben immer die Gefahr vor Augen, dass wir aufgrund der fehlenden Finanzierung und der mangelnden Finanzausstattung der Länder unserer Kompetenzen entledigt werden sollen. Das wollen wir Länder nicht. Da bitten wir um Euer Verständnis.

(BEIFALL)

Deshalb liegt hier ein Kompromiss auf dem Tisch, der lautet: Wir können es gemeinsam schaffen, dieses unsägliche Kooperationsverbot wegzubekommen, aber dafür muss Einstimmigkeit gelten. Denn es kann doch nicht sein, dass das im Ernstfall mit Mehrheit entschieden wird. Wenn sich Mehrheitsverhältnisse in Deutschland einmal verändern, dann ziehen FDP und CDU durch und wir müssen zugucken, dass das, was an guten Bildungsinnovationen von uns gekommen ist, einfach weggewischt wird. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dann ein Punkt, der mir ganz besonders wichtig ist. Wir haben uns im Hamburger Programm ein Ziel vorgenommen. Das ist der vorsorgende Sozialstaat. Es wird Zeit, dass wir das dringend und richtig anpacken. Das bedeutet Investition in frühe Hilfen, Hilfestellung auch für Kommunen, weil viele dieser Strukturen in den Kommunen verändert und aufgebaut werden müssen. Das bedeutet aber im Wesentlichen Investitionen in den Bildungsbereich. Da geht es um unsere Kinder und um die Zukunft unseres Landes. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir uns offen dazu bekennen. Dafür brauchen wir mehr Geld. Da müssen die breiten Schultern in diesem Land auch mehr tragen. Dazu steht die SPD.

(BEIFALL)

Unser Ziel muss es sein, auch da mit dem Herzen nach vorne zu gehen. Kein Kind mehr zurückzulassen! Das heißt, hier zu investieren, finanzielle Barrieren - die Gebühren auf allen Ebenen - wegzunehmen. Das heißt aber auch, jungen Menschen klare Perspektiven zu geben. Deshalb ist der Teil berufliche Bildung sehr wichtig. Denn viel zu viele hängen immer noch in den Warteschleifen fest. Viel zu viele Schülerinnen und Schüler sind frustriert in den unteren Klassen, weil sie auf die schauen, die einen Schulabschluss machen und sehen, dass die dann keine Ausbildung bekommen. Was wir brauchen ist eine Ausbildungsgarantie für die, die sich anstrengen, und dafür müssen wir weiter streiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es geht um unsere Kinder, aber es geht auch um den Standort. Der Fachkräftemangel wurde heute schon mehrfach angesprochen. Wir werden einiges über Zuwanderung regeln können, aber nicht alles. Es muss darum gehen, dass weniger Kinder die Schule abbrechen, dass mehr Kinder bessere Abschlüsse machen und dass sie nicht in Warteschleifen landen, sondern direkt die Chance haben in eine Ausbildung einzusteigen. Das muss Politik der SPD sein. Im Zweifelsfall brauchen sie dafür eine zweite und dritte Chance. Auch das bleibt unsere Position.

(BEIFALL)

Ja, alle die Dinge, die in dem Antrag stehen, sind wichtig und richtig. Wir geben jungen Menschen durch bessere Strukturen und gute Rahmenbedingungen klare Perspektiven. Das hat Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die SPD stand und steht immer für die Möglichkeit des Aufstiegs durch Bildung. Deshalb ist Perspektive und klare Sicht nach vorne ganz entscheidend. Wenn wir alle beklagen, dass zu wenig Kinder geboren werden, dann müssen wir deutliche Signale senden, dass wir Kinder wollen, dass diese Kinder klare und deutliche Perspektiven kriegen und nicht irgendwo in Zeitarbeitjobs und in Praktika hängen bleiben. Das darf in unserem Land nicht so weitergehen. Da geht der soziale Zusammenhalt verloren.

(BEIFALL)

Ja, die Zukunft unserer Kinder - wer weiß das, wenn nicht die SPD - ist die Zukunft unseres Landes. Wir haben das in der Hand. Wir bestimmen heute über die Zahl der Analphabeten von morgen, über die Zahl der Schulabbrecher von morgen und über die Zahl von Jugendlichen, die keine Perspektiven haben. Deshalb ist Mut und Entschlossenheit gefordert. Wir haben es verstanden. Deshalb klare Kante: Investitionen in Kitas, in frühe Hilfen und in Bildung, damit wir in diesem Land vorankommen. Glück auf!

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Lieber Hannelore, ganz herzlichen Dank. - Ich würde jetzt gerne Monika Buttgerit für die Antragskommission hier hoch bitten, damit sie kurz etwas zu den Änderungsvorschlägen sagt. Danach machen wir die Abstimmung zu den entscheidenden Punkten. Dazu werde ich einen Vorschlag machen, wie wir konzentriert abstimmen. Danach gibt es dann auch Wahlergebnisse.

Monika Buttgerit, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst etwas zum Initiativantrag 236 sagen, der von mehreren Rednern angesprochen worden ist. Da geht es zunächst um den Absatz mit der Gemeinschaftsschule. Die Antragskommission hat sich darauf verständigt, die inhaltliche Forderung, die in dem Absatz steht, nämlich dass Schulen in die Lage versetzt werden, jedes Kind so zu fördern, dass es den ihm individuell möglichen Schulabschluss erreichen kann, aufzunehmen, hat aber auf den Begriff „Gemeinschaftsschule“ verzichtet. Nun bin ich als Berlinerin da relativ offen, denn wir haben die Gemeinschaftsschule unter Rot-Rot eingeführt. Wir haben durchgesetzt, dass die Gemeinschaftsschule und deren weiterer Ausbau auch im Koalitionsvertrag der rot-schwarzen Regierung. Wir haben aber in der Antragskommission darüber diskutiert, dass die Diskussion in anderen Bundesländern noch nicht auf diesem Stand ist und Ängste von Eltern vorhanden sind, die wir berücksichtigen müssen. Deswegen ist darauf verzichtet worden, den Begriff „Gemeinschaftsschule“ zu nennen. Auch haben wir Erfahrungen damit, dass, wenn es nicht gelingt, die Eltern bei einer Schulreform mit auf den Weg zu nehmen, diese dann auch gnadenlos scheitern kann, siehe Hamburg.

Zu dem zweiten Teil, zum Streichen des Absatzes, „wir wissen das“, usw., und „Aktionismus lehnen wir ausdrücklich ab“, zu dem eben auch Stellung genommen worden ist: Auch hier gilt aus meiner Sicht, dass es durchaus richtig ist, auch wenn man ein inklusives Schulsystem will, Rücksicht zu nehmen auf die Lehrerinnen und Lehrer, die in den Förderzentren unterrichten, und auf die Eltern, deren Kinder sich jetzt dort befinden. Man muss auch diese mit auf den Weg nehmen hin zu einem inklusiven Schulsystem.

tem. Deswegen kann es nicht schaden, sondern es ist im Gegensatz richtig, hier die Ängste aufzunehmen und ausdrücklich zu sagen: Wir nehmen euch mit auf den Weg hin zu einem inklusiven Schulsystem, und wir werden es mit euch gemeinsam diskutieren. Das streicht kein bisschen davon ab, dass wir in inklusives Schulsystem haben wollen.

Den letzte Absatz - das ist unstrittig - haben wir inhaltlich aufgenommen in B 1 in der Fassung der Antragskommission. Das ist von den Antragstellern auch nicht bestritten worden.

Dann gab es in der Diskussion noch einige Änderungsanträge. Der Antrag von Herrn Zwanziger wurde vom Genossen Schaub übernommen. Wir haben darüber in der Antragskommission natürlich nicht diskutieren können. Aber ich bin ein sehr sportbegeisterter Mensch. Meine Jungs haben immer Sport gemacht. Ich fände es gut, wenn wir das an geeigneter Stelle, so wie es vorgeschlagen worden ist, aufnehmen könnten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Die Frage zum B 47, Abschaffung des Numerus clausus. Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, da macht es sich der Antragsteller ein bisschen zu einfach. Ich finde es gut, dass wir im B 1 stehen haben, wir wollen den Numerus clausus zurückdrängen. Natürlich ist es richtig, dass sich ein guter Mediziner nicht daran festmacht, ob er nur 1,0 im Abi oder eine 2,0 oder vielleicht sogar eine 3,5 gemacht hat. Da bin ich völlig eurer Meinung. Aber jetzt so platt zu beschließen, wir schaffen einfach den Numerus clausus ab, das finde ich angesichts der Schwierigkeit, vor der die Hochschulen damit gestellt werden, einfach nicht angemessen. Deshalb würde ich darum bitten, dass wir hier bei dem Vorschlag der Antragskommission bleiben.

Zum B 36, Wiedereinführung der Kindergeldzahlung bis 27: Es ist richtig, dass wir das schon einmal beschlossen haben. Aber ich denke, gerade weil wir es schon beschlossen haben, ist es jetzt die Aufgabe der Bundestagsfraktion, sich damit auseinanderzusetzen und es umzusetzen. Von daher haben wir da den richtigen Ansprechpartner, wenn wir es überweisen.

Ich komme jetzt noch zum letzten Punkt, nämlich zur Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsinfrastruktur“, die Eckart Kuhlwein angesprochen hat. Wir haben andere Maßnahmen in unserem B 1 zur Finanzierung der Bildung vorgeschlagen, und ich denke, wir sollten beim B 1 bei der Fassung der Antragskommission bleiben. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Genossinnen und Genossen, jetzt würde ich gerne versuchen, ein beschleunigtes Verfahren zu wählen, damit wir noch ein bisschen Zeit hereinholen. – Ist der IA 236 verteilt? – Nein. Hier oben sagen alle, er ist verteilt. Ich kann gleich natürlich auch noch einmal die Empfehlung vorlesen. - Es gibt etliche, die ihn hier vor sich haben. Vielleicht habt ihr ihn gestern versehentlich mit auf den Ablagenstapel gelegt. – Ich lese das einfach noch einmal vor, und zwar in der Variante der Empfehlung der Antragskommission. – Seid ihr damit einverstanden? – Okay.

Ich rufe jetzt erst den IA 236 auf. Das ist ein Änderungsantrag zum B 1. Die Antragskommission schlägt vor, ihn in folgender Fassung anzunehmen:

Da geht es erst einmal um eine Ergänzung auf Seite 31 in der ausgedruckten Fassung, und zwar in folgender Form:

„Dazu werden wir alle Schulen organisatorisch, strukturell und finanziell so ausstatten, dass sie jedes Kind optimal zu dem individuell bestmöglichen Abschluss führen können“.

Da findet sich der Begriff „Gemeinschaftsschule“ jetzt nicht mehr, aber das ist sozusagen in der inhaltlichen Zielperspektive klar. Widerspricht jemand dieser Empfehlung? – Das sind einige wenige. Damit ist das mit großer Mehrheit angenommen worden.

Der zweite Vorschlag ist jetzt eben mehrfach angesprochen worden. Dort ist beantragt, dass der Änderungsantrag abgelehnt werden soll, dass also der ursprüngliche Satz „Aktionismus lehnen wir ausdrücklich ab“ stehen bleiben soll, wie das eben auch von Hannelore und anderen begründet wurde. Ich frage: Wer folgt dem Votum der Antragskommission, dass der Satz drinbleiben soll, nicht? - Dies sind ebenfalls einige wenige Stimmen. Damit bleibt der Satz drin.

Wir kommen nun zum Absatz 3, der aus Sicht der Antragskommission durch die Annahme von B 1 in der Fassung der Antragskommission erledigt wäre. Widerspricht dem jemand? - Dies ist nicht der Fall. Dann ist der IA 236 in dieser Form abgearbeitet.

Der zweite Änderungsvorschlag, den es dann gegeben hat, waren die Anträge Theo Zwanzigers. Da hat die Antragskommission eben vorgeschlagen, dass sie übernommen werden. Sind die noch präsent, oder soll ich sie noch einmal verlesen? – Sie sind präsent. Gibt es Widerspruch gegen die Aufnahme der Empfehlung der Antragskommission? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir die Parteireform auf Bundesebene das erste Mal mit Änderungsanträgen von Theo Zwanziger erfolgreich umgesetzt.

(BEIFALL)

Wenn wir jetzt B 1 annehmen, wären im Weiteren die Anträge B 2 bis B 17, B 26 und B 37 sowie F 6, I 1, I 2, I 3 und I 5 erledigt. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Das ist auch das so beschlossen.

Dann gibt es jetzt abschließend die Variante, den Antrag von Eckart Kuhlwein, mit dem Thema Bildungsinfrastruktur. Hier hat die Antragskommission Ablehnung empfohlen. Darüber lasse ich jetzt noch einmal abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission nicht folgen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Wer also Eckart folgen will, der muss jetzt die Hand heben. – Dies sind einige Stimmen mehr. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss, dass die deutliche Mehrheit auf der anderen Seite den Antrag abgelehnt hat und dem Votum der Antragskommission gefolgt ist.

Damit komme ich jetzt in der jeweils geänderten Fassung zur Endabstimmung über den B 1 in der jetzt vorgelegten Fassung. Das lasse ich jetzt wieder positiv abstimmen. Wer für den B 1 in dieser Fassung ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen und Nein-Stimmen so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

(VEREINZELT BEIFALL)

Damit komme ich zu dem weiteren Antragsverfahren. Ich rufe jetzt den Initiativantrag 213 auf: „Studienplätze schaffen – Öffnung der Hochschulen fortführen“. Hier hat die Antragskommission Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen.

Damit wäre gleichzeitig der Initiativantrag 214 erledigt. Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dies so beschlossen.

Dann haben wir insgesamt drei Anträge, die zur Ablehnung empfohlen sind. Das sind die Anträge B 18, B 34 und B 47. Wird in einem der drei Fälle ein anderes Votum beantragt, also gegen die Antragskommission gesprochen?

(ZURUF: B 47!)

- Gut, das dachte ich mir. Den lasse ich dann separat abstimmen. – Dann frage ich: Wer zu B 18 und B 34 – einmal die Prüfung in Schulen und zum anderen Kindergartenpflicht für Dreijährige – dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung widerspricht, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. - Wer enthält sich? - Dann sind die Voten der Antragskommission einstimmig angenommen.

Dann lasse ich jetzt über B 47 – Schluss mit Numerus Clausus - separat abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung nicht folgen will, der müsste jetzt die Hand heben. - Das sind schon ein paar Stimmen mehr, deswegen lasse ich es jetzt positiv andersherum abstimmen: Wer der Antragskommission in dieser Frage folgt, den bitte ich jetzt ums Kartenzeichen. - Das war eindeutig die Mehrheit.

Ich schlage vor, dass ich jetzt bei allen anderen Anträgen mit Ausnahme des Antrags B 36 – angesprochen von Uli Nissen – über das Votum der Antragskommission im Block abstimmen lasse, weil ich keine Änderungsanträge dazu von irgendjemandem hier aus dem Plenum habe, außer, es beantragt jetzt noch jemand, dass ein Antrag daraus herausgenommen werden soll. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann lasse ich jetzt bei allen Anträgen, außer B 36, über die Voten der Antragskommission abstimmen. Wer widerspricht dem Votum der Antragskommission für diese Anträge? – Ich kann jetzt auch jeden einzeln abstimmen lassen. Das sind in der Regel Überweisungen.

(ZURUF: POSITIV ABSTIMMEN!)

Okay, dann machen wir das positiv; ich danke für den Hinweis. - Wer der Antragskommission folgen will, diese Anträge zu überweisen, den bitte ich ums Handzeichen. – Wer ist dagegen? - Das ist offensichtlich niemand. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt separat über B 36 – Kindergeld - abstimmen. Die Antragskommission hat Überweisung beantragt. Es ist gebeten worden, dass in der Sache entschieden wird. Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, dass wir auch B 36 an die Bundestagsfraktion überweisen, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. - Wer ist dagegen? – Dann ist dies bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich danke ganz herzlich - auch für die gute Vorbereitung der Antragskommission. Wir sind damit nämlich mit dem Block „Bildung und Integration“ durch. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(BEIFALL)

Wir haben jetzt gute 60 Minuten Zeit hereingeholt und liegen jetzt gut in der Zeit, allerdings noch immer über dem Zeitrahmen.

Ich bitte jetzt die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, das Ergebnis zu verkünden. Anschließend übergebe ich an Doris für den nächsten Block.

ERGEBNIS DES ZWEITEN WAHLGANGS DER WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch in alphabetischer Reihenfolge die Ergebnisse des zweiten Wahlganges zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes bekannt. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmzahlen. Dabei ist die Quote zu berücksichtigen. Abgegeben wurden 518 Stimmzettel. Davon waren 13 Stimmzettel ungültig. Also sind 505 Stimmzettel gültig.

Annen, Niels: 260;
(BEIFALL)

Budde, Katrin: 359;
(BEIFALL)

Dulig, Martin: 227;
(BEIFALL)

Friedrich, Peter: 264;
(BEIFALL)

Grumbach, Gernot: 203;
Högl, Eva: 112;
Klute, Thorsten: 180;
Kordfelder, Angelika: 216;
Lüders, Nadja: 244;
(BEIFALL)

Matschie, Christoph: 352;
(BEIFALL)

Mattheis, Hilde: 225;
(BEIFALL)

Radziwill, Ülker: 43;
Sieling, Carsten: 298;
(BEIFALL)

Vogt, Ute: 222.
(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Sagst du noch, wer gewählt ist?

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Ich lese jetzt noch einmal vor, wer gewählt ist: Annen, Niels; Budde, Katrin; Dulig, Martin; Friedrich, Peter; Lüders, Nadja; Matschie, Christoph; Mattheis, Hilde; Sieling, Carsten; Vogt, Ute. - Herzlichen Glückwunsch.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich frage jetzt die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen:

Niels?
(ZURUF: JA!)

Katrin?
(ZURUF: JA!)

Martin?
(ZURUF: JA!)

Peter?
(ZURUF: JA!)

Nadja?
(ZURUF: JA!)

Christoph?
(ZURUF: JA!)

Hilde?
(ZURUF: JA!)

Carsten?
(ZURUF: JA!)

Ute?
(ZURUF: JA!)

Okay. Dann herzlichen Glückwunsch und allen anderen herzlichen Dank dafür, dass sie sich bereit erklärt haben, überhaupt zu kandidieren.

Ich darf nun an Doris übergeben für den nächsten Block.

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Zuvor noch ein ganz kurzer Punkt: Liebe Genossinnen und Genossen, nehmt eure Karte aus dem Gerät und steckt sie gut ein; ihr braucht sie morgen wieder. Lasst die Geräte auf dem Tisch liegen; die werden nachher eingesammelt. Karte raus, einstecken, Gerät liegen lassen! - Das habt ihr sehr gut gemacht.

(BEIFALL)

EINBRINGUNG LEITANTRAG ZU ARBEIT UND ALTERSSICHERUNG

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es gehört, wir liegen eigentlich ganz gut in der Zeit. Aber wir haben noch wirklich große Themenblöcke vor uns.

Ich rufe jetzt zunächst auf:
 Leitantrag Arbeit und Alterssicherung
 Einbringung: Kurt Beck
 Rede: Olaf Scholz

■ Beratung und Beschlussfassung zum Themenbereich Arbeit und Alterssicherung

Mir liegen dazu schon 15 Wortmeldungen vor. Wenn jemand noch das dringende Bedürfnis verspürt, sich zu melden, sollte er das tun. Aber mit Beginn der Rede von Kurt Beck schließen wir dann auch die Redeliste.

Des Weiteren möchte ich gerne vorschlagen, dass wir auch hier auf drei Minuten Redezeit gehen, weil wir sonst nicht durch das Programm kommen. Widerspricht dem jemand? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Also: Wer noch unbedingt zu Wort kommen will, meldet sich; anschließend schließen wir die Redeliste; und in der Aussprache nachher drei Minuten!

Ich habe gesagt, mit dem Bereich „Arbeit und Alterssicherung“ kommt jetzt noch einmal ein richtig großer Block. Ihr erinnert euch an die Worte von Sigmar Gabriel heute Morgen: Beim Wert der Arbeit geht es um die sozialdemokratische Identität. Es geht aber auch um unser Verhältnis zu den Gewerkschaften. Jemand, der in besonderer Art und Weise in unserer Partei für den Wert der Arbeit, aber auch für ein vernünftiges Verhältnis zu den Gewerkschaften steht, ist Kurt Beck. Und der hat jetzt eure ganze Aufmerksamkeit verdient. - Kurt, du hast das Wort.

(BEIFALL)

Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz: Vielen Dank, Doris. - Liebe Genossinnen und Genossen! In der Tat, wir sind bei einem Herzstück sozialdemokratischer Politik und Überzeugungen. Lasst uns gemeinsam für die eintreten, die mit ihrer Arbeit, die mit ihrem Einsatz dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft erfolgreich bleibt. Denn sie erarbeiten die materiellen Grundlagen, um unseren Sozialstaat und die kulturelle Vielfalt zu erhalten und um unsere internationale Verantwortung auch wahrnehmen zu können. Insofern will ich allen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, die jeden Tag ihre Leistung erbringen, ein besonderes Wort der Anerkennung und des Respekts sagen. Für sie zu streiten, für sie einzustehen, das ist unsere Aufgabe, und das tun wir aus voller Überzeugung.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Arbeit ist in der Tat mehr als nur Broterwerb. Arbeit ist auch eine Chance, sich in diese Gesellschaft einzubringen, mit den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten Selbstzufriedenheit und die Gewissheit zu erlangen, dass man ein freier, ein durch eigene Leistung selbstständiger Mensch ist. Daraus erwächst Stolz, und daraus kann Selbstzufriedenheit erwachsen, die durch bloßen Müßiggang nie und nimmer erreichbar ist.

Deshalb sagen wir: Jede Arbeit, die gut gemacht wird, hat unseren Respekt verdient, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es gibt unterschiedliche Ausbildungen, aber jeder, der gute Arbeit macht, hat unseren Respekt.

Deshalb dürfen wir nie auf Menschen herabschauen - nicht auf jene, die Leistung im klassischen Sinne erbringen, und nicht auf diejenigen, die mit einer Behinderung durchs Leben gehen, die durch ihre Anstrengung unendlich viel zu unserer Gesellschaft beitragen. Sie wollen wir ausdrücklich in unseren Respekt einbezogen wissen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, weil Arbeit einen solchen herausgehobenen Stellenwert hat, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass anständige Arbeit auch anständiger Arbeitsbedingungen bedarf und einen anständigen Lohn wert ist. Wer anständig arbeitet, hat einen anständigen Lohn verdient. Das ist eine der ältesten Gerechtigkeits Elemente, die wir in der Menschheitsgeschichte kennen. Warum wir hinnehmen sollen, dass es ausgerechnet im 21. Jahrhundert immer mehr Arbeitsfelder gibt, wo Menschen den ganzen Tag tätig sind und trotzdem keinen angemessenen, keinen auskömmlichen Lohn verdient haben sollen, hat sich mir nie erschlossen. Diejenigen, die sich christlich nennen, sollten sich einmal fragen, ob sie sich nicht eigentlich schämen müssten für diese Verleugnung von Gerechtigkeit.

(BEIFALL)

Respekt vor Arbeit ist Respekt vor den Menschen. Und darin liegt zugleich ein Ansporn, unsere Gesellschaft voranzubringen.

Deshalb sagen wir: Natürlich werden wir auch die Menschen nicht im Stich lassen, die aufgrund von Schicksalsschlägen oder persönlichen Verfehlungen oder Verirrungen eine Zeit lang die Unterstützung der Gesellschaft brauchen. Aber eine Sicht der Gesellschaft, dass auch diejenigen, die nicht deshalb nicht zur Arbeit gehen, weil sie nicht können und keinen Job finden, sondern deshalb, weil sie nicht wollen, einen Lohn bekommen sollen unabhängig von ihrem Willen und ihren Bemühungen lehnen wir ab, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Es geht uns darum – und das drückt dieser Antrag auch aus, dass beginnend mit der Ausbildung der Menschen bis hin zur Altersversorgung ein Bezug zwischen Arbeit und den unterschiedlichen Leistungen unserer Kernsozialsysteme erhalten bleibt. Wir müssen immer wieder deutlich zu machen, dass man in unserer Gesellschaft mit Arbeit nicht nur mit dem Einsatz von Kapital, das man geerbt oder auf andere Art und Weise erworben hat sein Geld verdienen und erfolgreich sein kann. Dafür sind gute Bildungsgrundlagen – wir haben gerade darüber debattiert eine entscheidende Voraussetzung. Und es ist eine entscheidende Voraussetzung, dass man – ob über die Hochschule oder die berufliche Bildung – eine Basis hat, auf der man sich ein Leben lang bewegen kann - freilich mit immer wieder erneuten Anstrengungen, mit Weiterbildung und Fortbildung. Aber dieser Grundanspruch auf Bildung und Ausbildung ist die Basis für ein erfolgreiches Arbeitsleben der Menschen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können es auch in unserer Zeit niemandem ersparen – aber in anderen Zeiten war es auch nicht viel anders, sich immer wieder der Weiter- und Fortbildung zu stellen. Ich glaube, wir müssen daran arbeiten, dass Weiterbildung und Fortbildung von den Menschen nicht in erster Linie als Belastung verstanden wird. Es muss vermittelt werden, dass Anreize damit verbunden sind. Die Menschen müssen das als einen Wert im eigenen Leben verstehen, wenn sie solche Chancen geboten bekommen. Und wir müssen auch dazu einladen, sie zu nutzen. Wir müssen aus einer Pflicht bzw. Bedrohung eine Einladung machen, die etwas Positives ausstrahlt. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht natürlich auch darum, uns von den Konservativen nicht einreden zu lassen: Hauptsache irgendeine Arbeit! – Nein, es muss um sozialversicherungspflichtige Arbeit gehen. Und es muss um Arbeit gehen, der im freien Spiel der Tarifverträge anständige Löhne und anständige Arbeitsbedingungen zugrunde liegen.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir immer mit den Gewerkschaften und den vernünftigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gemeinsam darum kämpfen, dass diese große Errungenschaft der Tarifautonomie auch in Zukunft die Basis für das Austragen der Interessen zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberschaft bleibt und nicht irgendwelche anderen Regelungen. Diese sind dort notwendig, wo die Tarifverträge nicht mehr tragen. Sie dürfen aber nie dazu benutzt werden, die Tarifautonomie zu unterlaufen und kaputt zu machen.

(BEIFALL)

Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf der anderen Seite die Arbeitgeber aufzurufen, sich in Gewerkschaften bzw. in Arbeitgeberverbänden zu organisieren und damit gemeinschaftliche Verantwortung für solidarische Lösungen zur Tarifbindung und zur Lohnfindung zu übernehmen.

Lasst mich an dieser Stelle sagen: Es muss uns Sorgen machen, dass es auf der Arbeitnehmerseite Organisationen gibt, die sich als Gewerkschaften bezeichnen, die aber schon lange keine Gewerkschaften mehr sind, weil sie der Gnade der Arbeitgeber ausgeliefert und deswegen bereit sind, alles und jedes zu unterschreiben. Und wenn Butterbrotpapier auf den Tisch flattert, dann wird es auch unterschrieben, nur damit man sagen kann, man habe etwas unterschrieben. Und das wird dann Tarifvertrag genannt, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Deshalb muss es uns wichtig sein, dass Tarifvertragsparteien wirklich Tarifmacht haben. Das gilt für Arbeitgeberorganisationen, und es gilt vor allem für ordentliche Gewerkschaften, die in der Lage sind, für ihre Interessen einzutreten und – wenn es sein muss erfolgreich Arbeitskämpfe zu führen. Das ist die Basis, um in unserer Gesellschaft auf Augenhöhe verträgliche und verantwortliche Lösungen auf solche Fragen zu finden.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist eine traurige Wahrheit, dass, nachdem die Bundesrepublik am Anfang erst Gesetze schaffen musste, um auch dort Lösungen zu finden, wo es keine Tarifbindung gibt, heute die Tarifbindung wieder nachlässt. Im Osten Deutschlands ist das noch ein Stück stärker der Fall

als im Westen. Aber die Tendenzen in die falsche Richtung sind unverkennbar.

Weil dies so ist, müssen selbst DGB-Gewerkschaften häufig nicht auskömmliche Tarifverträge – wenn sie überhaupt eine Absicherung nach unten erreichen wollen aushandeln und unterschreiben. Das ist nicht hinzunehmen. In vielen Bereichen werden Löhne gezahlt, die eine Frechheit, aber keine Entlohnung darstellen, liebe Freundinnen und Freunde. Deshalb brauchen und wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, damit das aufhört und Tarifverträge wieder die Regel werden in dieser Republik.

(BEIFALL)

Das, was die CDU derzeit anbietet, ist wirklich Betrug. Man kann es nicht anders sagen. Wir fordern dort, wo es keine Tarifverträge gibt, die Tarifvertragsparteien auf, welche zu machen. Ich frage mich doch aber: Warum gibt es denn dort keine? – Es gibt keine, weil keine ausreichende Tarifbindung bei Arbeitgebern und bei Arbeitnehmern da ist. Den Leuten vorzumachen, damit wäre das Problem gelöst, heißt schlicht und einfach, die Menschen hinter die Fichte zu führen. Das werden wir nicht zulassen. Für uns ist klar: Ein gesetzlicher Mindestlohn ist unverzichtbar, um Ordnung am Arbeitsmarkt zu schaffen.

(BEIFALL)

Lasst mich, liebe Genossinnen und Genossen, eine weitere Unart, die unsere Gesellschaft in den Kernfesten bedrohen kann, ansprechen. Man trifft zum Teil junge Menschen, die die 30 überschritten haben und sagen: Außer aneinandergestückelten Zeitarbeitsverträgen habe ich noch nie ein reguläres Arbeitsverhältnis gehabt. – Andere sagen mir: Ich absolviere schon das dritte Praktikum. Ich bekomme mal einen Hunderteuroschein, aber einen Lohn habe ich noch nie gekriegt und einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung habe ich auch nicht. – Das ist eine Perversion. Während wir auf der einen Seite junge Menschen einladen, Verantwortung zu übernehmen, Familien zu gründen, geben wir ihnen auf der anderen Seite nicht einmal die Grundlagen dafür, das auch tun zu können, indem sie einigermaßen durch einen normalen Arbeitsvertrag abgesichert sind. Das muss geändert werden! Diese Perversion muss aufhören, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Und da sind wir alle gefordert: die Gesellschaft, die politischen Gruppierungen und der Gesetzgeber. Deshalb sind Tarifreugesetze notwendig, die in den Ländern genauso wie im Bund gemacht werden können, um wenigstens dort, wo wir mit öffentlichen Geldern Aufträge bezahlen, nicht auch noch zu zulassen, dass der Kampf um diese Aufträge von den Unternehmen gewonnen wird, die Dumpinglöhne bezahlen, den anständigen Unternehmen das Wasser abgraben und damit dann die Grundlage dafür legen, dass die gleichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zum Sozialamt ihrer Gemeinde oder zur ARGE gehen müsse, damit sie überleben können. Das ist wirklich ein Selbstbetrug dieser Gesellschaft. Und es wird Zeit, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird.

(BEIFALL)

Ich denke, dass wir uns über die Notwendigkeit, in diesen Feldern zu handeln, einig sind.

Gerade wenn wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in die Zukunft schauen, wenn wir die Diskussionen um den Mangel an Fachkräften führen, müssen wir uns gewiss sein: Es muss für die Zu-

kunft ein Weg gefunden werden. Es gibt durchaus vielversprechende einzelne Ansätze, etwa dass man Berufsleben und Familienarbeit miteinander kombinieren kann. Das gilt für die Erziehung von Kindern genauso wie für die Pflege von Angehörigen. Dort brauchen wir Flexibilität, eine menschenbezogene Flexibilität. Die Modernität und Gestaltungsmöglichkeit in beiden Bereichen des Arbeitslebens eröffnen uns die Chance, auch an dieser Stelle den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden und Beschäftigung ermöglichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, einen Punkt will auch ansprechen, den wir in diesen Antrag aufgenommen haben, der in der öffentlichen Diskussion untergegangen ist. Wir können nicht übersehen, wie sehr sich auf der einen Seite - Gott sei Dank - die durch körperliche Belastungen bedingten Erkrankungen ein Stück rückwärts entwickeln und dass die Zahl der Betriebsunfälle der früheren klassischen Art, hervorgerufen durch Überlastung, durch hohe Lasten, die gehoben und transportiert werden mussten, zurückgeht.

Aber auf der anderen Seite können wir auch nicht übersehen, dass es eine Entwicklung dahin gibt, dass immer mehr Menschen psychisch überfordert sind und dass auf diese Art und Weise eine Entwicklung entsteht, hin zu Krankheit, zu Elend im einzelnen Fall, das aus dieser Krankheit entsteht. Aber es kommt auch zu Auswirkungen, dass man später weniger Rente bekommen kann.

Deshalb kommt der Gesundheitsvorsorge in den Unternehmen, begleitend zum Arbeitsleben - davon bin ich überzeugt -, eine viel größere Bedeutung zu, als dies bisher erkannt ist. Auch da sollten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit den Betriebs- und Personalräten diejenigen sein, die eine Basis bieten, um dort anzusetzen, um Menschen zu helfen, dass wir nicht nur über Renteneintrittsgrenzen theoretischer Art reden, sondern auch Beiträge dazu leisten, dass man in der Realität länger dann in Arbeit bleiben kann.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin sicher, dass wir mit unseren Überlegungen zugleich auch eine entscheidende Basis dafür legen, dass unsere Sozialversicherungssysteme besser, ausreichend finanziert werden, wenn es uns zugleich gelingt, die wirtschaftlichen Bedingungen und die Arbeitsmarktbedingungen zu verbessern und damit Menschen eine Chance zu geben, einen Arbeitsplatz und ein Einkommen zu haben.

Ich bin davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen, dass es auch an einer Reihe von anderen Stellen - das versuchen wir mit dem Rententeil dieses Antrages auszudrücken - darauf ankommt, dass wir die Dinge in der Zukunft nicht alle über einen groben Leisten zu schlagen versuchen. Wo steht denn, dass das reale Leben so ist, dass man bis 63 oder 65 oder 67 zu 100 Prozent und am nächsten Tag null arbeiten kann? Das ist doch nicht die Realität des Lebens, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb sagen wir in diesem Antrag: Lasst uns darüber reden, wie wir flexiblere Übergänge organisieren können, wie wir über Teilrentensysteme, die praktikabel sind, die Dinge miteinander verzahnen können, damit wir den Menschen gerecht werden, aber auch unserer Wirtschaft, indem wir die Erfahrung von älteren Menschen noch über viele Jahre erhalten, die nicht mehr 100 Prozent arbeiten können, aber die sehr viel einzubringen vermögen und die daraus selber einen Zufriedenheitsvorteil ziehen wollen.

(BEIFALL)

Lasst uns in diesem Zusammenhang, liebe Genossinnen und Genossen, auch eines nicht aus dem Auge

verlieren. Die Belastungen, die Einzelne betreffen, sind individuell unterschiedlich zu tragen. Aber es ist auch so - es wird auch so bleiben -, dass wir Arbeiten in unserer Gesellschaft haben, die besonders belastend sind, psychisch oder körperlich. Ich bleibe ausdrücklich dabei: Es darf uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht passieren, dass wir, wenn wir über Renten und Renteneintrittsalter reden, vergessen zu berücksichtigen, dass es da einen Arbeitsmarkt geben muss. Wenn ich einem oder einer 60-Jährigen sage, du sollst noch weiter arbeiten, aber es gibt in realiter überhaupt keine Arbeitschance, dann ist das mit einer Rentenkürzung verbunden. Deshalb sagen wir, der Arbeitsmarkt für Ältere und die Veränderungen der Renteneintrittsgrenze müssen einen Bezug miteinander haben. Wenn Arbeitsplätze da sind, dann kann man für diejenigen, die die Leistung zu erbringen vermögen, wahrscheinlich auch über eine andere Renteneintrittsgrenze reden. Aber wenn keine Arbeit da ist, dann ist dies eine zynische Entscheidung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Erinnert euch: Ich habe einmal, als diese Diskussion um die Rente mit 67 geführt worden ist, dieses Beispiel von den Dachdeckern eingeführt. Ich bin viel verspottet und belacht worden. Aber ich bleibe sehr dabei - das betrifft die Dachdecker wie die Bauarbeiter insgesamt, aber auch Menschen, die in hohem Stress in einem Büro arbeiten oder wo auch immer -: Es muss so sein, dass wir Sozialdemokraten und Sozialdemokraten nahe am Arbeitsleben und an der Realität der Menschen sind. Wenn wir die verkennen, dann werden die Leute an den Bändern uns sagen: Ihr wisst gar nicht, worüber ihr entscheidet.

Ich bin damals - das hat mich tief beeindruckt - in einem Automobilunternehmen zu Gast gewesen und habe versucht, mit den Leuten, die da am Band gearbeitet haben, zu reden. Da ist mir gesagt worden: Dann macht es doch einfach so, dass wir hier am Band tot umfallen, dann ist Ruhe. - Das ist sicher übertrieben. Aber diese Empfindungslage, dass man differenziert die Belastungssituation der Menschen sieht, die müssen wir verstehen, und wir müssen signalisieren und dann auch so handeln, dass dieses Verständnis zwischen einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft und der Sozialdemokratie nicht wieder verlorengeht. Deshalb bleibe ich dabei: Solche Dinge müssen auf den Tisch und in unsere Entscheidungen einfließen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man über die Rentensituation redet, dann kann niemand die demografische Entwicklung außen vor lassen. Ich weiß, wir werden über diese Fragen nachher an der einen oder anderen Stelle auch kontrovers debattieren. Aber wir müssen immer sehen, wie die Situation in den kommenden Jahrzehnten sein wird, ohne dass ich je behaupten würde, dass wir heute in der Lage wären, die vielfältigen Parameter, die auf die Sicherheit und die Rentenhöhe Einwirkungen haben, detailliert vorherzubestimmen. Aber wir müssen die Relation sehen auf der einen Seite zwischen Beschäftigung und Einkommen und auf der anderen Seite zwischen dem, was an Beiträgen zu entrichten ist, und dem, was die Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahler an Zahlungen in die Rentenversicherung zu leisten vermögen. Diese Relation dürfen wir auch nicht aus dem Auge verlieren. Deshalb bitte ich euch herzlich darum: Lasst uns aufpassen heute bei den Beschlüssen, die wir fassen, dass wir nicht erschrecken, wenn die Zuschüsse auf einmal in die zweistelligen Milliardensummen wachsen würden und die Beiträge auf eine Größenordnung von 25, 26 Prozent steigen würden. Wenn dadurch Arbeit verlorengeht, dann werden auf der anderen Seite auch wieder weniger Rentenbeiträge bezahlt, und dieser ganze Zyklus nach unten geht wieder los. Auf die Relationen kommt es an, liebe Genossinnen und Genossen. Das versucht der Antrag, den wir vorlegen, zum Ausdruck zu bringen.

Ich glaube, es ist auch prinzipiell richtig, dass wir an dem Dreiklang festhalten bei der Rente, die zum großen Teil auf der Basis der Sozialversicherungsbeiträge beruht, die gezahlt werden; sicher aufgestockt für Menschen, die jetzt in diese Mühle der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. der unsicheren Arbeitsverhältnisse gekommen sind; sicher aufgestockt für diejenigen, die Familienarbeit geleistet haben, die in der Vergangenheit insbesondere für Frauen nicht ausreichend gewürdigt worden ist, insbesondere auch in einer Situation, in der insbesondere viele Frauen ins Rentenalter kommen, die eben noch darunter gelitten haben, dass wir bei weitem noch nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit haben. Dafür müssen wir Aufstockungssysteme haben, um sie dann nicht in die Mindestsicherung hin zu drängen; denn wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss eine bessere Versorgung haben als die Mindestsicherung, auf die wir uns in dieser Gesellschaft verständigt haben.

(BEIFALL)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Beiträge werden ein wichtiger Bestandteil und die Brücke zwischen Arbeitsleben und Rente bleiben. In vielen Unternehmen haben wir eine zweite Stütze, die wir nicht verlieren wollen, nämlich die Betriebsrentensysteme, die wir auch in die Zukunft hinein gesetzlich so begleiten wollen, dass Gewerkschaften und Betriebsräte eine Chance haben, sie aufrechtzuerhalten. Der dritte Punkt ist sicherlich einer, den wir weiter diskutieren müssen, nämlich die Riester-Rente oder vergleichbare Systeme. Die Arbeitsgruppe, die eineinhalb Jahre an dieser Altersversorgungsfrage gearbeitet hat, hat sich ein Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung erbeten. Uns ist klar, dass gerade bei unteren und mittleren Einkommen der Anteil derjenigen, die riestern, eben deutlich zu niedrig ist. Wir müssen da hinschauen, wie wir die Anreize verbessern können. Wir müssen da hinschauen, wie wir genau die Zielgruppe erreichen, die wir erreichen müssen, damit sie im Alter nicht in Altersarmut fallen kann. Deshalb muss darüber weiter geredet werden, und deshalb brauchen wir an dieser Stelle auch Verbesserungen, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber insgesamt davon bin ich überzeugt ist dieses Grundsystem richtig, aber es ist genauso wahr, dass es eines unserer Ziele bleiben muss, uns gemeinsam immer wieder aufs Neue zu vergewissern, dass die Parameter, die gesetzt sind, und diejenigen, die wir setzen, nicht für viele Menschen zur Altersarmut führen. Und diese Frage immer wieder neu zu überprüfen, liebe Genossinnen und Genossen, das kann nicht von einer Rentenkommission heute geleistet werden, und in 20 und 30 Jahren gilt das alles noch. Deshalb glaube ich, dass die unterschiedlichen Ansätze, die hier miteinander diskutiert worden sind und die auch in der Arbeitsgruppe diskutiert worden sind, heute nicht in der Weise zu Ende ausgetragen werden können, dass wir sagen: Das, was wir heute ermittelt haben, dieses Verhältnis zwischen Beschäftigung, zwischen ordentlichen Löhnen, zwischen Beitragsleistungen, eigener Vorsorge und betrieblichen Rentensystemen, das alles führt dazu, dass es in 20 Jahren so ist, wie wir es heute einschätzen.

Deshalb schlagen wir euch ausdrücklich vor, dass wir gerade auch zu diesem Punkt, zur Absicherung gegenüber Altersarmut, die Arbeit in einer Arbeitsgruppe fortsetzen, um immer wieder zu überprüfen: Kommen wir noch vernünftig hin? Sind wir noch verantwortlich genug gegenüber den Menschen, die heute in Rente sind oder morgen in Rente kommen? Aber auch: Wie kriegen wir das hin, ohne die Negativwirkungen durch die Beziehungen zueinander zu sehr auszuprägen?

Also lasst uns nicht den Eindruck erwecken, wir hätten den Stein des Weisen gefunden, was das angeht das haben wir nicht, und das behaupten wir nicht, sondern wir wollen diese Diskussion auf dem Prüfstand halten, und wir wollen auf diese Art und Weise gemeinsam davon bin ich überzeugt immer wieder aufs Neue uns selber überprüfen, ob wir und wie wir Altersarmut vermeiden können.

Wenn es uns dies gelingt, im Bereich des Arbeitslebens, im Bereich der schwierigen Situation, die immer kommen kann, und für die Altersversorgung der Menschen immer wieder sensibel zu sein und die notwendige Nachsteuerung zu unserer Grundüberzeugung in einer sozial gerechten Gesellschaft dann auch zu leisten, wenn wir diese Überzeugung miteinander haben und sie miteinander leben, dann haben die Bestrebungen, die auf der einen Seite gerne ein Stück weitergehen würden, und andere, die diese Relationen heute für nicht anders einschätzbar und anders verkraftbar halten, auch miteinander ihren Platz, weil sie den Ansporn zur Überprüfung und den Ansporn, das Ziel Gerechtigkeit an dieser Stelle auch immer wieder neu überprüfen, geben, und dieses Ziel vereint uns, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb bitte ich euch herzlich, dass wir diesem Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen und ausdrücklich diese Arbeitsgruppe, die weiterarbeitet, auch mit in diesen Beschluss einbeziehen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

BERATUNG LEITANTRAG UND ANTRÄGE ZU ARBEIT UND ALTERSSICHERUNG

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kurt, für diese Einführung.

Damit können wir in die Debatte einsteigen. Wir wollen es wie bei den vorhergehenden Blöcken handhaben, dass wir sowohl die Generaldebatte als auch die Wortmeldungen zu Einzelanträgen vorab aufrufen und dass wir dann im Anschluss die komplette Abstimmung über diesen Antragsblock machen. Mir liegen inzwischen 22 Wortmeldungen vor. Die Rednerliste ist geschlossen. Wir haben uns auf 3 Minuten verständigt. Damit das hier alles auch noch so zu Ende geht, dass wir danach noch fröhlich zum Parteiabend gehen, werden wir aufs Strengste darauf achten, dass die 3 Minuten eingehalten werden. Als Erstes hat Simone Burger aus Bayern das Wort. Ihr folgt Matthias Machnig aus Thüringen.

Simone Burger, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Antrag möchte eine weitere Kommission einsetzen, und ich glaube nicht, dass diese Kommission den Stein des Weisen gefunden hat. Ich glaube auch nicht, dass ich den Stein des Weisen gefunden habe. Aber ich glaube ganz sicher, dass wir bereits deutlich mehr wissen, als in dem Prüfauftrag für diese neue Kommission drinsteht.

(BEIFALL)

Wir wissen sehr wohl, dass die drei Säulen in Zukunft keine Lebensstandardsicherung mehr geben werden. Wir wissen, dass es ein Problem ist, wenn bis 2030 das Rentenniveau auf 43 Prozent sinkt was ich persönlich hoffentlich auch noch erleben werde, und dass das keine Lebensstandardsicherung ist. Wir wissen, dass die Rente mit 67 ein Problem ist. Wir wissen, dass Unternehmen fast nichts unternehmen, um Arbeitnehmer länger im Betrieb zu halten. Wir wissen, dass die Arbeitsintensität zunimmt, dass immer mehr geleistet werden soll und dass es eben nicht um den Bauarbeiter, um den Handwerker, um den Dachdecker und um die Landwirte geht, sondern auch um Büroarbeiter, dass es auch um Call Center Agents geht. Wir haben darauf nur eine Teilzeitrente als Antwort. Ich glaube, das ist ein bisschen zu wenig.

(BEIFALL)

Nach zehn Jahren wissen wir ganz genau, wie die Riester-Rente wirkt. Wir wissen sehr genau, dass wir nie auf 4 Prozent Rendite gekommen sind, dass wir im Moment bei 2 Prozent sind. Und wir wissen sehr genau, dass es Mitnahmeeffekte gibt, und wissen sehr genau, dass es Leute gibt, die keine Riester-Verträge abschließen. Wir wissen auch, wer das ist.

Vielleicht sollten wir uns deswegen nicht darüber unterhalten, wie man die Riester-Rente verbessern kann, sondern uns ernsthaft überlegen, die Riester-Rente abzuschaffen und komplett auf die gesetzliche Krankenversicherung zu setzen.

(BEIFALL)

Ich hätte auch gerne eine Aussage dazu gehabt, was wichtiger ist, die Beitragsstabilität oder die Lebensstandardsicherung. Für mich sind die Lebensstandardsicherung und die Armutsfestigkeit das wichtige Ziel für die SPD.

(BEIFALL)

Deshalb möchte ich euch bitten: Keine weiteren Formelkompromisse! Keine weitere Textexegese! Bitte stimmt für Ar 5. - Danke.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Matthias Machnig hat das Wort. Ihm folgt Isolde Ries.

Matthias Machnig, Thüringen: Liebe Genossinnen und Genossen! Gestern haben wir sehr intensiv zum Thema Euro, zum Thema Wirtschaftskrise gesprochen. Dabei haben wir sehr intensiv über die Frage des Euro und dessen Stabilisierung gesprochen. Allerdings - das ist wichtig -: Wir werden erleben, dass diese Krise in den nächsten Jahren auch in der Realwirtschaft ankommen wird. Deswegen ist mir eine Bemerkung am Anfang sehr wichtig, damit wir wissen, worüber wir reden. Dann werden wieder von bestimmter Seite bestimmte Antworten gegeben, wie wir denn auf diese realwirtschaftlichen Konsequenzen zu reagieren haben. Eine wird sein, dass wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmärkten brauchen, und die andere wird sein, dass wir mehr Lohnzurückhaltung brauchen. Eines muss dann klar sein: Vonseiten des Sozialdemokratie darf es an dieser Stelle dann keine Zustimmung geben. Wir müssen stehen. Vielmehr brauchen wir in den nächsten Jahren eine andere Entwicklung.

(BEIFALL)

Eines sollten wir aus den letzten Jahren gelernt haben. Die Flexibilisierung auf den Märkten hat zu einem geführt: Wir haben auf den Arbeitsmärkten einen Fahrstuhleffekt nach unten bekommen. Alle reden im Moment über das sogenannte Beschäftigungswunder in Deutschland, 42 Millionen Beschäftigungsverhältnisse. Wer genau schaut, wird aber eines sehen: Nur 28,9 Millionen davon sind sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse, der Rest sind Leiharbeit, Zeitarbeit, 400-Euro-Jobs. Das heißt, was wir in Deutschland erleben, ist eine tiefe Spaltung auf dem Arbeitsmarkt mit im Übrigen zum Teil verheerenden Konsequenzen. 16 Prozent aller Beschäftigten verdienen weniger als 8,50 Euro. In meinem Land, in Thüringen, sind das 35 Prozent, und 52 Prozent aller 20- bis 29-jährigen verdienen weniger als 8,50 Euro. Das muss korrigiert werden. Das heißt, dass wir diese Debatte auch ehrlich führen sollen. Ich bin sehr dafür - Kurt hat das ja ausgeführt -, natürlich brauchen wir einen Mindestlohn, gar keine Frage. Aber ein Programm für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt muss weit über den Mindestlohn hinausgehen.

Dazu will ich zwei, drei Bemerkungen machen. Auch wenn natürlich die Gewerkschaften für die Tarifpolitik zuständig sind, was ich gar nicht bestreiten möchte, es ist auch Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, zu sagen: Angesichts einer historisch niedrigen Lohnquote brauchen wir in den nächsten Jahren eine andere Lohnpolitik, und die müssen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften einfordern. Das ist eine Konsequenz der Entwicklung der letzten Jahre.

(BEIFALL)

Lasst mich eine zweite Bemerkung machen. Kurt hat das Thema Tarifbindung angesprochen. Ich bringe es einmal auf folgende Formel: Ich finde es geradezu absurd, dass wir Zwangsmitgliedschaften in den IHKs haben, aber dass jeder mit einem Handstreich entscheiden kann, aus der Tarifgemeinschaft auszu-steigen und keine tarifpolitische Verantwortung zu übernehmen.

(BEIFALL)

Ich komme zum Schluss. Ich will nur noch zwei kleine Bemerkungen machen. Es wird in Deutschland sehr viel über Ordnungspolitik diskutiert. Eine der größten ordnungspolitischen Fehlleistungen - das sage ich mit großem Nachdruck - sind die 400-Euro-Jobs.

(BEIFALL)

Sie sind heute eine Beschäftigungsfalle geworden. Ich will euch einmal die Zahlen sagen. Von den 7,4 Millionen Menschen in 400-Euro-Jobs sind allein 5 Millionen komplett allein auf dieses Einkommen angewiesen. Nur 2,5 Millionen nutzen das als Zuverdienstmöglichkeit. Alle Arbeitswissenschaftler sind sich an einer Stelle völlig einig. Dies ist ordnungspolitischer Unsinn, weil wir diese Beschäftigungsverhältnisse zementieren, die Menschen kommen aus diesen Beschäftigungsverhältnissen nicht heraus.

(BEIFALL)

Letzter Satz - ich weiß, ich habe meine Redezeit überschritten -: Ich finde den Antrag eine gute Grundlage. Aber ich will eines sagen. Wir müssen in zentralen Fragen, nicht nur bei der Rente, dazu sollen andere reden, konkreter werden, auch beim Regierungsprogramm. Wenn richtig ist, was Sigmar heute Morgen gesagt hat, die SPD darf nie wieder zulassen, dass der Wert von Arbeit von ihr nicht mehr so wahrgenommen wird, wie das eigentlich notwendig ist, dann müssen wir gerade an dieser entscheidenden Schnittstelle konkrete Aussagen machen, die wir am Ende des Tages auch durchsetzen, wenn wir dann 2013 Verantwortung übernehmen. - Herzliche Dank.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Jetzt hat das Wort Isolde Ries. Ihr folgt Rolf Wiegand.

Isolde Ries, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich rede zu Antrag Ar 74, Transparenz jetzt! Faire Arbeitsbedingungen herstellen. Ich rede zu diesem Antrag, weil nur die Forderungen im Antragsbuch aufgelistet sind, aber nicht die Begründung dafür. Uns ist sehr wichtig, dass die Delegierten wissen, warum dieser Antrag gestellt worden ist. Wir haben ein gewachsenes Wertebewusstsein. Es geht in diesen Antrag nämlich nicht nur um Arbeitsbedingungen, sondern auch um Verbraucherrechte. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt

worden sind. Viele von uns kaufen Slow-food-Produkte, weil sie sagen, dass Tiere artgerecht gehalten werden, oder kaufen Fair-gehandelte Produkte, weil sie sagen: Wir wollen keine Kinderarbeit unterstützen, und wir lehnen Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab. Was ist, Genossinnen und Genossen, ist mit den Produkten, die in Deutschland produziert werden? Da erfahren wir überhaupt nicht, wie die hergestellt worden sind. Da ist einmal durch Günter Wallraff, der in einer Brotfabrik gearbeitet hat, wie die Bedingungen dort sind. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir meiden Müller-Milch, weil wir wissen, dass dort die Arbeitsbedingungen nicht in Ordnung sind. Aber es gibt viele, viele andere Betriebe, wo die Arbeitsbedingungen ebenfalls nicht in Ordnung sind.

Ich bin Gewerkschafterin bei Nahrung, Genuss, Gaststätten und erlebe gerade im Saarland, dass wir dort drei Fleischfabriken haben, zwei sind tarifgebunden, eine beschäftigt Leiharbeiternehmer aus Frankreich. Das hat zur Folge, dass dort Dumpinglöhne gezahlt werden und die Produkte günstiger sind als in den anderen beiden Betrieben. Ein Betrieb, der tarifgebunden ist, hat schon Insolvenz angemeldet, weil die Wettbewerbsverzerrung einfach da ist. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher würden sich ganz bewusst für Produkte entscheiden, wo sie wissen, dort sind ordentlich Arbeitsbedingungen, keine Hungerlöhne, kein Mobbing, keine Verletzung der Persönlichkeitsrechte, aber ich kann es leider nicht erkennen. Jeder muss wissen, wenn er „Geiz ist geil“ gut findet, dass er damit auch schlechte Arbeitsbedingungen unterstützt.

(BEIFALL)

Jetzt sagen wir in diesem Antrag, wichtig wäre es, ein Label zu haben, wo ich erkennen kann: jawohl, auch in Deutschland sind diese Produkte unter ordentlichen Bedingungen hergestellt worden. Ein Label zu entwickeln ist erst einmal gar nicht aufwendig. Aber schwierig ist es, die Bedingungen für ein solches Label auszuarbeiten. Das wissen wir selbst auch noch nicht. Deshalb sagen wir: Soll überwiesen werden an die Bundestagsfraktion und an die Partei, aber wir wollen, dass in zwei Jahren, auf dem nächsten Parteitag, ein Vorschlag vorliegt, wie es aussehen soll, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich entscheiden können, dass sie ordentliche Produkte kaufen von Menschen, die ordentlich behandelt werden. Genau wie wir es in der Dritten Welt oder bei tierischen Produkten sehen, müssen auch die Arbeitnehmerin und der Arbeitnehmer in Deutschland geschützt werden. Deshalb unterstützt uns! Dieser Antrag ist wichtig für faire Arbeitsbedingungen. Wir wollen soziale Verantwortung deutlich machen. - Danke schön.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Rolf Wiegand. Ihm folgt Ottmar Schreiner.

Rolf Wiegand, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche für den Antrag Ar 77, Verbesserung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in kirchlichen Einrichtungen. Es ist zur Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Ich bitte euch aber, diesen Antrag zu beschließen und anzunehmen. Ich weiß, er mit Sicherheit in guten Händen bei der Bundestagsfraktion, darüber zu reden. Ich glaube aber, es ist Zeit, dass die SPD als Partei hier klar Stellung bezieht zur den Bedingungen, zu denen kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten.

(BEIFALL)

Wir reden von über 1 Million Beschäftigten, die sich im Moment in intensiven Auseinandersetzungen und Diskussionen um ihre Arbeitsbedingungen befinden, und um die Frage Mitbestimmung in ihren Einrichtungen, aber vor allen Dingen in den gewerblichen Betrieben. Ich möchte an dieser Stelle nicht den Tendenzbetrieb Kirche in Frage stellen. Aber es gibt mehr als genug Unternehmensbeteiligungen, Geschäftsbereiche, Betriebe, in denen die Kolleginnen und Kollegen mit ihren Arbeitsbedingungen, vor allen Dingen aber mit der fehlenden Mitbestimmung ziemlich unter Druck geraten.

Lasst mich an dieser Stelle hier in Berlin ein Beispiel nennen, nämlich das Beispiel der Treber-Hilfe. Dabei will ich nicht auf die ganzen skandalisierten Dinge eingehen, sondern nur auf einen Punkt.

Es wurde im Unternehmen über die Mitbestimmung gesprochen, und es gab das Ziel der Gründung eines Betriebsrates. In dem Moment, in dem die Kolleginnen und Kollegen den Betriebsrat gründen wollten, ist dem Geschäftsführer eingefallen, dass es eine Diakonie gibt und dass es in dieser Diakonie ja eine Mitarbeitervertretung gibt. Mit dem einfachen Antrag und der Aufnahme in die Diakonie hat er es geschafft, unter dieses Dach zu gehen und die Betriebsratsgründung zu erledigen und damit die Mitbestimmung in seinem Betrieb auszuschließen. Das kann und darf nicht sein, dem muss ein Riegel vorgeschoben werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es ist unsere Aufgabe als Partei, als SPD, ganz klar dieses Signal zu setzen. Wir reden hier von Wertschätzung, Respekt und Anerkennung. Dies haben auch unsere Kolleginnen und Kollegen in den kirchlichen Einrichtungen verdient. Deswegen verdienen sie Mitbestimmung, Koalitionsfreiheit und Tariffreiheit. Liebe Genossinnen und Genossen, das erreichen sie nur, wenn sie uns an ihrer Seite wissen. Deswegen plädiere ich für die Annahme dieses Antrags. – Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Ottmar Schreiner. – Ihm folgt unserer Juso-Bundvorsitzender Sascha Vogt.

Ottmar Schreiner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach der langen Einführung ist es sehr problematisch, zu dem hochkomplexen Thema in drei Minuten etwas Vernünftiges zu sagen. Ich will das trotzdem mit erhöhtem Tempo probieren.

Zunächst einmal: Ich rede für den Antrag A 5 und bitte darum, diesen Antrag positiv abzustimmen und ihn nicht in irgendeine Kommission zu überweisen.

(BEIFALL)

Die SPD hat in den letzten Jahren drei rentenpolitische Kommissionen gehabt. Das wäre jetzt die vierte Kommission in Folge. Die letzte Kommission hat anderthalb Jahre getagt und fast nichts herausge-

bracht. Das ist bitter wenig. Das zeugt nicht von einem seriösen Umgang mit diesen Kommissionen der Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Zum Thema selbst: Sigmar Gabriel hat heute Morgen völlig zu Recht gesagt: Nie wieder darf die SPD den Wert der Arbeit in Frage stellen. – Das gilt für den Wert der Arbeit in Form des Lohnes, in Form der Arbeitsbedingungen, in Form von stabiler, normaler, auf Dauer angelegter Arbeit, das gilt aber auch für den Ertrag der Arbeit im Alter.

(BEIFALL)

Es muss ein unabdingbarer sozialdemokratischer Grundsatz sein, dass jemand, der jahrzehntlang gearbeitet hat, im Alter eine Rente deutlich oberhalb der steuerfinanzierten Sozialhilfe hat. Das muss ein Kerngrundsatz der Sozialdemokratie sein.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Altersarmut ist schon jetzt ein Problem, Altersarmut droht nicht erst in fernerer Zeiten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat vor wenigen Wochen eine Untersuchung in Auftrag gegeben. In ihr sind 18- bis 44-Jährige gefragt worden, ob Überschüsse der Rente in Form von Beitragssenkungen umgesetzt werden sollen. 82 Prozent der jungen Leute haben gesagt: Das Geld soll dann notfalls zur Bekämpfung von Altersarmut bei Geringverdienern bereitgestellt werden. Das ist der Kern und das Empfinden auch der jungen Generation.

Altersarmut ist bereits Realität. Jährlich steigt die Zahl derjenigen Rentner, die ergänzend zu ihrer dürftigen Rente 400-Euro-Jobs und andere zusätzliche Beschäftigungen annehmen müssen, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Jährlich steigt die Zahl der Rentner, die im Alter Grundsicherung beziehen, weil die Rente nicht mehr ausreicht.

Wenn wir die gegenwärtige Entwicklung analysieren: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kernproblem ist die teilweise mitverschuldete Kombination aus Niedriglöhnen und der massiven Absenkung des Rentenniveaus. Das ist der Kern des Problems.

(BEIFALL)

Den Kern der Antwort muss es dann eben auf beiden Seiten geben. Natürlich brauchen wir Mindestlöhne, aber wenn jemand 45 Jahre zu den Bedingungen eines Mindestlohnes gearbeitet hat - das ist eine symbolische Zahl -, dann brauchte er einen Mindestlohn von 9,30 Euro, um auch nur eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt zu bekommen. Das heißt, die Mindestlöhne sind notwendiger denn je, aber kein ausreichendes Instrument, um Altersarmut notwendig, sinnvoll und ausreichend bekämpfen zu können.

Andersherum formuliert: Ein Bezieher eines mittleren Einkommens würde heute 27 Versicherungsjahre brauchen, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu beziehen. Wenn das Rentenniveau, wie in der gesetzlichen Planung vorgesehen, in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 43 Prozent abgesenkt wird, dann braucht der gleiche Bezieher eines mittleren Einkommens über 35 Vollzeitjahre, um eine Rente auch nur in Höhe der Sozialhilfe zu beziehen.

Durch diese wenigen Zahlen zeigt sich, dass das Problem Altersarmut nicht nur ein Problem der Ge-

ringverdiener ist, sondern immer mehr auch zum Problem für die Bezieher eines mittleren Einkommens wird, die jahrzehntlang hart gearbeitet und Beiträge geleistet haben.

(BEIFALL)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen kennen wir. Deshalb kann eine neue Kommission auch keine neuen Informationen liefern; das wissen wir.

Wir wissen, dass die Riester-Rente, um es im Klartext zu sagen, floppt. Glaubt denn einer von euch, dass wir heute, im Jahre 2011, nach den Erfahrungen der Finanzmarktkatastrophen erneut eine private Riester-Rente einsetzen würden, wenn wir die Rentenpolitik neu zu formulieren hätten? Das würde kein Mensch machen. Die Riester-Rente ist staatlich massiv begünstigtes Kapital, und das macht keinen Sinn aufgrund von vagabundierenden Überschussliquiditäten von großen Vermögensbeständen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Insoweit: Die Riester-Rente nutzt denen, die sie am dringendsten brauchen, so gut wie nichts, weil sie nicht in Anspruch genommen werden kann. Die Rentabilität der Riester-Renten ist massig zurückgegangen. Alles das, was vor Jahren versprochen worden ist, hat sich in Schall und Rauch aufgelöst.

Ich will nur einen Satz aus dem „Handelsblatt“ von vor wenigen Wochen zitieren. Es schreibt dort: „Denn trotz Förderung müssen Sparer erst ein fast biblisches Alter von über 90 Jahren erreichen, um auf eine auskömmliche Rente nach Steuern zu kommen und wenigstens die Inflation, aktuell etwa 2,6 Prozent pro Jahr, zu schlagen“.

Das ist die Riester-Rente: fast 90 Jahre, ein biblisches Alter, erreichen, um bei der Rentabilität wenigstens die Inflationsrate auszugleichen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir nicht ganz schnell die Weichen anders stellen, dann wird die SPD die einzige Partei sein, die keine ausreichende Antwort auf die drohende Altersarmut an, und dann werden immer mehr Renten im Alter nach Aufstockung auf die Sozialhilfe hochgefahren werden müssen, und dann sind wir bei den Renten genau da, wo der Staat am Ende des 19. Jahrhunderts mit der staatlichen Alterssicherung begonnen hat.

Das kann im Ernst kein Sozialdemokrat wollen. Deshalb ist Eile geboten. Wir haben genügend Informationen. Gebt euch ein Herz, gebt euch einen Stoß und stimmt dem Antrag von vier Arbeitsgemeinschaften zu! - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind auch deswegen für den Applaus dankbar, weil ihr uns als Tagungspräsidium damit im Nachhinein die Erlaubnis gegeben habt, dass Ottmar sechs Minuten geredet hat. Das ist ausdrücklich keine Einladung an die Nachfolgenden. Ich denke, bei Ottmar Schreiner war es jetzt klar, dass er ein bisschen mehr Zeit braucht, aber ich bitte alle,

die jetzt kommen, sich wirklich an die drei Minuten zu halten. – Sascha, du hast das Wort.

Sascha Vogt, Juso-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Manchmal wird man als Vertreter der jungen Generation ja gefragt: Warum setzt ihr euch überhaupt mit solchen Themen wie der Rente auseinander? Warum macht ihr das? Dann sage ich: Das tun wir sehr bewusst, und zwar aus zwei Gründen: Weil wir erstens nicht, wie die Junge Union, von einem angeblichen Kampf der Generationen sprechen, sondern weil Solidarität für uns bedeutet, dass wir auch in der praktischen Politik keinen Generationenkonflikt herbeireden. Es geht in diesem Land um einen Verteilungskonflikt zwischen Arm und Reich, liebe Genossinnen und Genossen. Ich kann euch versichern: Wir wissen, wer dafür sorgt und gesorgt hat, dass wir alle eine gute Schulbildung bekommen, dass wir eine vernünftige Ausbildung bekommen, dass wir an die Hochschulen gehen können, und das wollen wir zurückgeben, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen machen wir diesen Streit um den Generationenkonflikt nicht mit.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen zweiten guten Grund, warum sich auch Vertreterinnen und Vertreter der jungen Generation mit dem Thema Rente auseinandersetzen sollten.

Das liegt einfach daran, dass Entscheidungen, die wir heute treffen, auch etwas mit unserer Rente zu tun haben, und zwar sogar mehr als mit der Rente der Rentnerinnen und Rentner von heute.

Das sind zwei Gründe, warum auch wir Jusos uns damit auseinandersetzen und sagen: Bitte stimmt dem Antrag Ar 5 zu!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben vor zehn Jahren mit der Riester-Rente eine große Reform beschlossen. Heute wissen wir, welche Auswirkungen diese Reform hat: Die oberen Einkommensgruppen schieben ihre Ersparnisse um und nehmen Geld vom Staat mit, und die unteren Einkommensgruppen haben nicht die Möglichkeit, die entstehende Lücke aufzufüllen, weil sie nicht über genügend Einkommen verfügt.

(BEIFALL)

Wir laufen sehenden Auges auf eine sozialpolitische Katastrophe zu, weil es Altersarmut in gravierendem Ausmaß geben wird, und zwar nicht nur für die unteren Einkommensgruppen, sondern eben auch für die mittleren Einkommensgruppen. Frauen sind davon noch einmal in besonderer Weise betroffen. Ich finde, das sind Probleme, auf die die Sozialdemokratie eine Antwort geben muss.

(BEIFALL)

Einige weisen nun darauf hin, dass man klarmachen müsse, wie das finanziert werden soll. Ja, das sagen wir in unserem Antrag auch: Die Kehrseite dieses Antrags ist, dass das Beitragsniveau im Jahr 2030 um 2,4 Punkte steigen würde. Es wird gesagt, das können wir den Menschen nicht erklären. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den letzten Jahren sehr häufig den Satz zu hören bekommen, dass wir die Politik erklären müssen. Ja, dann lasst uns doch auch das erklären!

(BEIFALL)

Deswegen bitte ich euch: Stimmt mit uns, stimmt für den Antrag Ar 5, für eine vernünftige Rente, und zwar für alle Generationen. – Danke sehr.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Alfred Staudt und als Nächster folgt Toni Schaaf.

Alfred Staudt, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich spreche mich klar dafür aus, den Antrag Ar 5 zu beschließen und dass er klarer Bestandteil des Antrages Ar 1 wird. Denn wir brauchen eine zielorientierte Diskussion. Wir wollen, dass unser Rentenversicherungssystem alterssicher gemacht wird, was leider momentan nicht der Fall ist.

Nun wird eingewendet, das schrecke vielleicht Wählerinnen und Wähler ab oder führe dazu, dass die Arbeitgeber wieder mehr herangezogen werden müssen zur Finanzierung der Rente. Dazu sage ich: Wir wollen die paritätisch finanzierte Rente. Das ist der Weg, der zur Macht zurückführt: mehr Parität in den Sozialversicherungssystemen! Wir müssen wegkommen von der zunehmend einseitigen Finanzierung der Rentenversicherung.

(BEIFALL)

Ich glaube schon, dass wir das den Leuten erklären können. Deshalb klipp und klar: bindende Annahme von Ar 5 und dies als klare Richtlinie in den Arbeitsgruppen und im Gesetzgebungsverfahren.

Last not least folgendes kleine Argument: Ich komme aus dem Saarland. Nach Berechnung der Handelskammer gibt es im Saarland im Durchschnitt 8 Prozent weniger Lohn bei den Tarifverträgen und den anderen Arbeitsverträgen. Bei uns ist Altersarmut noch eher greifbar als in anderen Bundesländern. An die Genossinnen und Genossen, die aus den neuen Bundesländern kommen: Schaut euch mal die Lohndrift zu dem anderen Teil der Bundesrepublik Deutschland an! Es ist höchste Zeit, dass die Weichen richtig gestellt werden. Eindämmen von Altersarmut ist der Weg zurück an die Macht, der Weg in die Bundesregierung.

Damit es ganz deutlich ist: Annehmen von Ar 5, Einbau in den Antrag Ar 1, der sonst im Großen und Ganzen in die richtige Richtung geht. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Toni Schaaf. Ihm folgt Michael Groschek.

Anton Schaaf, Bundestagsfraktion: Genossinnen und Genossen! All diejenigen, die sagen, dass wir kein Erkenntnisdefizit haben, was die Frage der drohenden Altersarmut angeht, haben völlig recht. Und all diejenigen, die sagen, dass uns die Individualisierung von Lebensrisiken an irgendeiner Stelle weitergebracht hätte, haben selbstverständlich unrecht, weil Riester in der Tat ein Flop ist. Das ist überhaupt nicht die Frage.

Aber wenn wir darüber diskutieren, dass wir die Entwicklung wieder zurückholen müssen und alles über die gesetzliche Rentenversicherung darstellen müssen, dann wird das Einfrieren des Leistungsni-

veaus auf 53 Prozent, so wie es jetzt ist, nicht reichen, um Altersarmut zu verhindern. Der durchschnittliche Zahlbetrag ist 800 Euro. Beim Eckrenter mit durchschnittlich 45 Jahren kommt man auf 1.200 Euro. Das ist nicht lebensstandardsichernd. Wenn wir das über die erste Säule schaffen wollen, reden wir über ein anderes Leistungsniveau. Dann müssen wir uns aber auch darauf verständigen, wie wir dieses andere Leistungsniveau finanzieren. Dann reden wir eben nicht über 24,5 Prozent, sondern über deutlich höhere Beiträge.

(BEIFALL)

Wir können das ja miteinander vereinbaren, Genossinnen und Genossen. Aber dann müssen wir uns auch ehrlich hier hinstellen und sagen, was die Risiken und Nebenwirkungen eines höheren Leistungsniveaus in der Rentenversicherung sind. Diese Vorlage liegt mit dem Antrag von Ottmar Schreiner nicht vor. Das genau ist das Problem, das ich damit habe.

Deswegen haben die Nordrhein-Westfalen den Vorschlag der Kommission gemacht. Übrigens ist deren Auftrag sehr scharf: zeitlich befristet und inhaltlich klar formuliert, was zu erarbeiten ist, um die erste Säule zu stabilisieren. Auch uns geht es um die erste Säule. Uns geht es darum, dass wir uns rückbesinnen auf die gesetzliche Rentenversicherung als die zentrale Altersvorsorge.

Wir brauchen noch ein bisschen Zeit, um uns klar darüber zu werden, was die Konsequenzen sind, wenn wir sagen: Die erste Säule soll lebensstandardsichernd sein.

Einen Vorschlag zur Veränderung in dem vorliegenden Leitantrag möchte ich noch machen. Dort heißt es in Zeile 2085: „Gegebenenfalls werden wir Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass sich das Alterseinkommen nicht von der Lohn- und Beitragsentwicklung abkoppelt.“ Wir möchten gerne das „gegebenenfalls“ streichen, sodass da steht: „Wir werden Maßnahmen ergreifen...“ Dann ist dieser Teil auch scharf gestellt. Mit dieser Vorgabe könnten wir bis nächsten Sommer - dann kann es noch ins Wahlprogramm eingearbeitet werden - die Stärkung der ersten Säule und die Konsequenzen daraus miteinander diskutieren. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Michael Groschek, ihm folgt noch einmal Alfred Staudt.

Michael Groschek, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Vorschlag, den Toni Schaaf gemacht hat, ist sehr gut. Warum? Mit dem vorliegenden Antrag Ar 1 korrigieren wir schon Positionen, die wir als unvernünftig erkannt haben. Wir korrigieren die Position, für den Moment nicht die Rente mit 67 einzuführen, weil wir sagen: Es gibt nicht genügend Arbeitsplätze für Menschen, die arbeiten wollen. Deshalb kein Einstieg in die Rente mit 67 zum jetzigen Zeitpunkt.

Wir haben in Antrag Ar 1 beschrieben, dass wir mehr tun wollen für Reha und Gesundheitsvorsorge - damit Menschen in die Lage versetzt werden, länger arbeiten zu können. Und wir haben in Antrag Ar 1 beschrieben, wie wir das Instrument der Teilrente umsetzen wollen, damit es mehr Möglichkeiten gibt, die Teilrente früh zu beanspruchen und das Recht auf Teilzeit zu bekommen.

Das ist eine Menge mehr, als vorher Praxis war. Das Gute daran ist: Diese drei Vorschläge sind durchfinan-

ziert und deshalb realistisch. Die Menschen nehmen uns ab, dass wir für diese drei Positionen geradestehen.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir unser gemeinsames Begehren - diejenigen, die ein ganzes Leben lang vollschichtig malochen, müssen am Ende mehr haben als die, die nicht malocht haben, mehr als die Grundsicherung - durchsetzen und ein Konzept dafür genauso solide durchfinanzieren. Insofern bitte ich euch, nicht nur auf Ar 5 zu gucken, sondern auch auf unsere steuerpolitischen Beschlüsse. Morgen soll beschlossen werden - sehr vernünftig -, dass wir die stärker belasten, die mehr haben. Morgen soll beschlossen werden, dass das einzige Steuer Geschenk der SPD Steuergerechtigkeit ist. Was heißt das, Genossinnen und Genossen? Das steht im Antrag „Steuern und Finanzen“: Es heißt, dass für uns die Sozialbeitragsabsenkung die Steuererleichterung des kleinen Mannes ist. Wer morgen die Beitragsabsenkung beschließen will, kann heute nicht gleichfalls Leistungszulagen beschließen. Das macht uns unglaublich, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deshalb bitte ich euch: Denkt nicht nur an die Ruck-Reden hier und heute, sondern denkt daran, dass der Ruck an der Wahlurne durch das Volk gehen muss. Die werden sich sehr wohl überlegen, was Hand und Fuß hat.

Deshalb lasst uns den Weg über die Kommission gehen. Der Originalantrag hat keine weitere Arbeit daran vorgesehen. Das war: Ende, aus, Micky Maus - gucken wir mal.

Wir wollen aber nicht Ende, aus, Micky Maus; wir wollen den Weg hin zur der soliden Altersabsicherung und zur Menschenwürde im Alter weiter gehen. Öffnet diese Tür und schlägt sie nicht zu, indem ihr Unvernünftiges für vernünftig erklärt! Das geht nicht gut. In diesem Sinne: Nein zu A 5, ja zu A 1 in der Toni-Schaaf-Fassung, Genossinnen und Genossen. Das ist meine herzliche Bitte.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Alfred, du wolltest noch einmal zu Antrag 77 sprechen.

Alfred Staudt, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen, es geht jetzt um den Antrag A 77 – kirchliches Arbeitsrecht. Ich plädiere hier für eine Änderung der Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wir sollten dies als Beschluss annehmen und damit eine klare Botschaft an rund 1,8 Millionen Menschen senden, die in kirchlichen Einrichtungen – katholisch, evangelisch, jüdisch oder sonstiger Religionsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland tätig sind und denen das Arbeitsrecht, das Tarifrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und andere Arbeitnehmerschutzrechte vorenthalten werden. Es wird sich diesbezüglich auf Artikel aus der Weimarer Verfassung berufen, in der geregelt ist, dass die Kirchen das Recht haben, ihre internen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Wir stellen nicht in Abrede, dass dort, wo der Verkündigungsauftrag unmittelbar betroffen ist, die Kirchen das Recht der eigenen Ausgestaltung haben müssen. Das trifft aber nur auf etwa 100.000 Beschäftigte zu. Das sind die Priester, die Diakone und sonstige Geweihte.

Bei Handwerkern, Erzieherinnen, Krankenschwestern und Pflegerinnen wird das Tarifrecht, das Be-

triebsverfassungsgesetz, das Mitbestimmungsrecht auch nicht außen vor gelassen. Deshalb wird es meiner Meinung nach, nach dem heute und gestern so viel über den Wert der Arbeit gesagt worden ist und darüber, dass der Sozialdemokratie der Wert der Arbeit nie verloren gehen darf, höchste Zeit, dass wir uns auf den Weg machen, damit auch die Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen, sofern sie nicht im Verkündigungsauftrag tätig sind, das normale Arbeitsrecht, das jedem Arbeiter und Angestellten zusteht, erhalten.

(BEIFALL)

Deshalb bitte ich darum, dass wir A 77 als klaren Beschluss annehmen und dadurch dem Bundesvorstand und gleichzeitig der Bundestagsfraktion einen klaren Arbeitsauftrag zu geben, damit wir die Dinge auf den Weg bringen. Ich weiß, es wird noch ein schwieriger Weg werden.

Letzter Punkt – Weg ist das Stichwort. Die Kirchen nennen den Weg, den sie gehen, den dritten Weg - außerhalb des Tarifvertrages. Das ist nichts anderes zugespitzt formuliert; und da haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klare Beschlüsse als das Weglassen von betrieblichen Bündnissen, das Außenvorlassen des hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionärs und von Tarifverhandlungen, wie das in vielen anderen Betrieben üblich ist. Deshalb wollen wir die Ausweitung der Tarifautonomie auch auf die kirchlichen Einrichtungen, sofern nicht der Verkündigungsauftrag berührt ist.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Wir hatten ja zum A77 schon eine Wortmeldung. Das werden wir nachher getrennt aufrufen.

Jetzt hat Norbert Römer das Wort. Ihm folgt Norbert Fabian.

Norbert Römer, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen, es ist gut, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leidenschaftlich darüber diskutieren, inwiefern sich der Wert der Arbeit auszahlen muss. Ottmar Schreiner hat völlig recht: Der Wert der Arbeit bemisst sich an der Frage, wie viel Arbeitseinkommen erzielt werden kann. Da sind wir längst noch nicht an unserem Ziel angekommen, nämlich dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Vollzeit arbeiten, auch vernünftig vom Arbeitseinkommen leben können. Deshalb unterstützen wir, Genossinnen und Genossen, auch die Gewerkschaften nach einer längeren Phase der Lohnzurückhaltung, die für unser Land nicht schlecht war, dabei, dass mehr in die Kasse kommt - auch netto. Deshalb, Genossinnen und Genossen, sind wir auch diejenigen, die mit dafür sorgen wollen und müssen, dass die Arbeitsbedingungen sich verändern. Ja, eine große sozialdemokratische Tradition war und ist es, sich auch mit der Frage der Humanisierung der Arbeitswelt auseinanderzusetzen. Auch da gibt es ein großes Betätigungsfeld für uns.

Ich habe den großen Vorteil, dass ich immer noch in viele Betriebe eingeladen werde, um dort auf Betriebsversammlungen zu reden. Die Kolleginnen und Kollegen wollen von mir wissen, wie wir es zusammenkriegen, zum einen dafür zu sorgen, dass sich im Alter der Ertrag der Arbeit – wie Ottmar das gesagt hat spürbar und nachhaltig in der Kasse wiederfindet, und zum anderen dafür zu sorgen, dass die Beiträge nicht exorbitant in die Höhe schießen. Das ist die große Aufgabe, die wir im Zusammenhang mit mehr Steuergerechtigkeit zu erfüllen haben.

Deshalb ist meine herzliche Bitte: Lasst uns klug sein in diesem Prozess! Die Menschen erwarten von uns keine schnellen Antworten, schon gar nicht von diesem Parteitag. Sie erwarten, dass wir uns regierungsfest machen. Dazu gehört, dann auch offen zu sagen: Nein, wir haben noch keine genaue Kenntnis darüber, wie wir das eine mit dem anderen zusammenbringen. Wir haben noch keine genaue Kenntnis darüber, wie wir verträglich dafür sorgen und werben können – auch in den Gewerkschaften –, möglicherweise bei der Beitragserhöhung Schritte nach vorne zu gehen.

Meine herzliche Bitte ist – das ist auch meine Erfahrung im Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen: lasst uns, Genossinnen und Genossen, die dafür nötige Zeit nehmen. Das ist kein Verschiebebahnhof. Wir müssen sowieso vor der Wahl sagen, was wir machen wollen. Daran werden die Menschen uns messen. Deshalb ist es vernünftig, das eine, was wir morgen beschließen wollen, mit dem anderen, was heute auf dem Tisch liegt, zusammenzubringen. Lasst uns das in der Kommission beraten, so wie wir das aus Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen haben. Das ist eine entscheidende Grundlage für unsere zukünftige Arbeit. Darum bitte ich auch diesen Parteitag, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Norbert Fabian. Ihm folgt Martin Rosemann.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte noch einmal zum Leitantrag sprechen. Ich würde sagen: Trotz aller Korrekturen und Kritik, trotz aller weiterführenden Diskussionen, die wir auch darüber noch werden führen müssen: Er enthält einige notwendige, sinnvolle und weiterführende Korrekturen in der Arbeitsmarktpolitik und in der Rentendiskussion.

Ich nenne kurz einige Stichworte. Zum einen geht es um die Diskussion um angemessene Mindestlöhne, zum anderen geht es um die Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen. Es geht aber auch – und da würde ich noch einmal auf die Diskussion auf dem letzten Parteitag verweisen; dazu hatten wir auch einen Duisburger Antrag eingebracht – um die Frage, wie wir Wege aus ALG II zurück in die Beschäftigung finden. Da führt der Antrag ganz konkret die Diskussion um den sozialen Arbeitsmarkt – das ist eine alte Forderung der NRW-SPD an. Das kann zumindest ein Weg sein, um aus ALG II oder Hartz IV herauszukommen.

Ein weiterer Punkt ist, dass es keine Einbahnstraße sein darf, wenn Menschen in ALG II, in Hartz IV, in die Grundsicherung absacken. Das war ja auch die ursprüngliche Intention, der Kern der ganzen Arbeitsmarktreformen, dass man keine Einbahnstraßen hat, sondern dass es Wege zurück in den Arbeitsmarkt geben muss. Jetzt muss man aber auch einmal die Praxis sehen: Wir im Ruhrgebiet haben die Situation, dass es zwar eine Vermittlung aus ALG I in Beschäftigung gibt, aber dass es kaum Vermittlungen aus ALG II in Beschäftigung gibt. Das mag regional unterschiedlich sein. Aber ich würde dafür plädieren – das war schon beim letzten Mal in unserem Antrag enthalten, ist aber nicht berücksichtigt worden, dass man sich Gedanken über Optionen macht, um über Qualifizierung auch wenn man nicht gleich einen Job bekommt zumindest in ALG I zurückzukommen, weil dann die Vermittlung einfacher ist. Ich halte es für einen wichtigen Punkt, dass man die Menschen aus der Hoffnungslosigkeit herausholt.

Die derzeitige Bundesregierung macht ja gerade genau das Gegenteil. Wenn man bei den Mitteln für die Qualifizierung kürzt, dann eröffnet man keine Wege mehr aus ALG II, sondern man verurteilt die

Menschen dazu, auch bei der verbesserten Arbeitsmarktsituation – wir erleben das in Duisburg –, dass sie dort nicht herauskommen.

Kurz zur Rentendiskussion. Auch da meine ich, dass mit der Betonung des flexiblen Einstiegs in die Rente eine wichtige Korrektur vorgenommen wird.

So steht es auch in unserem Hamburger Grundsatzprogramm, übrigens mit auf Duisburger Initiative hin.

Ich denke, dass man mit Blick auf Teilrente oder Teilzeitarbeit, Sockelrente, wie es Sigmar Gabriel vorge schlagen hat und auch im Hinblick darauf, dass Bedingungen formuliert werden, de facto doch von einer Abkehr von der Rente mit 67 sprechen kann. Hinzu kommt der Punkt, dass die Finanzierung der Rente verstärkt über steuerliche Maßnahmen erfolgen muss. Da muss man volkswirtschaftlich argumentieren und nicht nur demografisch. In die Richtung werden wir weiter diskutieren müssen. Ich bin optimistisch, dass wir Mehrheiten für solche Lösungen finden und sie dann auch durchsetzen werden. Danke.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als Nächstes hat Martin Rosemann das Wort. Ihm folgt Klaus Barthel.

Martin Rosemann, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Frage, wie wir die Lebensleistungen der älteren Generation anerkennen, ist in der Tat eine zentrale Frage für die Sozialdemokratie, und zwar zu Recht; denn es geht um die Frage der Würde der Arbeit.

Aber ich finde schon, dass wir auch hier in dieser Debatte das Problem der Altersarmut richtig einordnen müssen. Genossinnen und Genossen, wenn wir uns einmal die Armut- und Reichtumsberichte der letzten Jahre anschauen, dann müssen wir doch feststellen: Die größten Armutsrisiken sind immer noch prekäre Beschäftigung, Familien mit Kindern, Arbeitslosigkeit und Alleinerziehende. Natürlich kommt das Thema Altersarmut auf uns zu. Es kommt vor allem in den nächsten zehn bis 20 Jahren auf uns zu. Aber die Frage der Altersarmut hängt doch nicht allein vom Rentenniveau ab, sondern vielmehr von den zunehmend brüchigen Erwerbsbiographien in Folge, von Massenarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung.

Genossinnen und Genossen, der Parteivorstand hat ja als Ergebnis der Arbeit der Rentenreformkommission Vorschläge und Antworten formuliert: Teilrente, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Rente nach Mindestentgeltpunkten. Wenn wir das ab 2013 in Regierungsverantwortung umsetzen werden, dann ist es doch auch schon was, Genossinnen und Genossen. Was wir uns auch klarmachen müssen: Das kostet auch schon was.

Natürlich müssen wir uns die Frage stellen, ob das alles ausreicht, ob weitere Korrekturen notwendig sind, um die Ziele Armutsvermeidung und Lebensstandardsicherung, gemessen an den drei Säulen, zu erreichen. Aber, Genossinnen und Genossen, Schnellschüsse sind aus meiner Sicht fehl am Platz. Ich frage einmal die Genossinnen und Genossen, die Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Saal: Wie wollt ihr den Kolleginnen und Kollegen in euren Betrieben denn einen Beitragssatz von 25 Prozent erklären? Fragt euch doch auch: Führt eine fundamentale Kehrtwende in der Rentenpolitik wirklich zu mehr Glaubwürdigkeit bei den Menschen? Was passiert mit 15 Millionen Riester-Verträgen? Genossinnen und Genossen, all das sind unbeantwortete Fragen, Fragen, auf die der Antrag A 5 keine Antworten gibt. Zudem sind auch andere Fragen offen, beispielsweise die Frage, wie wir es endlich schaffen, Solo-Selbst-

ständige in der gesetzlichen Rentenversicherung mit abzusichern?

Deswegen werbe ich und plädiere ich auch noch einmal von dieser Stelle dafür, dass wir uns für all diese Fragen noch ein bisschen Zeit nehmen und konkret an diesen Fragen arbeiten. Deswegen werbe ich für den Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen, den die Antragskommission aufgegriffen hat. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat als nächstes Klaus Barthel. Dann sind wir hier oben ganz offen und transparent, und ich sage euch: Danach kommt Malu Dreyer. Die haben wir jetzt noch dazwischengenommen; denn sonst würden wir zehn Männer nacheinander hören, und das fanden wir jetzt nicht adäquat. Also, danach hat dann Malu das Wort.

Klaus Barthel, Bayern: Das geht gar nicht. - Liebe Genossinnen und Genossen! Es liegt uns ein 43 Seiten langer Antrag vor. Es ist schade, dass wir kaum dazu kommen, über viele wichtige und richtige Sachen, die da drinstehen, zu reden, weil wir über die Rente reden müssen. Aber es tut mir leid. Auch ich muss noch bei dem Thema bleiben, wenn ich mir auch etwas anderes wünschen würde.

Vor der Klammer möchte ich euch auf eines hinweisen, damit das auch klar ist: Man muss bei der Debatte um das Rentenniveau immer sehen, dass die Einführung der Rente mit 67 auch Auswirkungen auf das Rentenniveau hat. Jeder Monat, den man früher als das gesetzliche Renteneintrittsalter in Rente geht, kostet 0,3 Prozent. Das sind bei einem Jahr 3,6 Prozent. Auch das ist eine massive Absenkung des Rentenniveaus.

(BEIFALL)

Wenn wir uns anschauen, dass heute sage und schreibe 8 Prozent der 64-Jährigen noch in Vollzeitarbeit sind, dann heißt das, dass 92 Prozent solche Abschlüsse haben. Ich frage mich, wo eigentlich der Fachkräftemangel sein soll, wenn die alle keine Arbeit mehr haben bzw. nicht mehr in Vollzeitarbeit stecken und mit Abschlüssen in Rente gehen müssen, schon jetzt.

(BEIFALL)

Dann noch zu dem Thema Kommission. Hier wird von einem Schnellschuss gewarnt. Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen keine Kommission und keinen Schnellschuss, um das zu erkennen, was Ottmar Schreiner und andere hier vorgetragen haben.

(BEIFALL)

Wir wissen, dass schon jetzt die Zahl bei den Neurentnern, die Grundsicherung beantragen müssen, jährlich um rund 6 Prozent steigt. Wir wissen, dass der Rentenzugangsbetrag für Neurentner in den letzten 15 Jahren um 100 Euro gesunken ist. Wir wissen schon jetzt, dass der Steuerzahler bisher schon mindestens 8 Milliarden Euro für die Riester-Rente ausgegeben hat. Das finde ich, müsstet ihr mal irgendjemandem erklären.

(BEIFALL)

Wir wissen, dass 25 Prozent der Einnahmen für Riester-Verträge bei den Versicherungsgesellschaften bleiben dürfen. Liebe Genossinnen und Genossen, Riester lohnt nur für die privaten Lebensversicherungen und für die Finanzmärkte. Wir wissen - da haben wir der FDP zu danken -, dass dieses Geld sich auf den Finanzmärkten bewegt. Die FDP hat uns ganz dezent darauf hingewiesen, dass, wenn wir die Finanztransaktionssteuer einführen, das auch die Riester-Verträge betrifft, weil nämlich dieses Geld auf den Finanzmärkten unterwegs ist. Das heißt, die Rentnerinnen und Rentner werden immer mehr zu Geißeln der Finanzmärkte.

Zum Schluss noch Folgendes. Wenn wir Maß und Mitte wollen, dann müssen wir sehen, dass wir bisher bei der Rente nur eine Leitplanke haben, nämlich die Leitplanke Beitragssatz. Aber wer Maß und Mitte halten will, braucht zwei Planken, und der muss sagen, wie hoch die lebensstandardsichernde Rente in Zukunft mindestens sein muss. Ich habe überhaupt nichts gegen den Vorschlag von Anton Schaaf, auch über mehr als 50 Prozent zu reden.

(BEIFALL)

Deswegen, von mir aus: Wer noch einmal eine Kommission haben will - vielleicht macht es ja Sinn, sich über die Finanzierung wirklich noch einmal gründlich Gedanken zu machen -, der muss dieser Kommission zwei Leitplanken vorgeben, damit sie endlich weiß, woran sie zu arbeiten hat. Deswegen: Unterstützt bitte den Antrag der Arbeitsgemeinschaften.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Malu Dreyer. Ihr folgt Ewald Schürer aus Bayern.

Malu Dreyer, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen! Natürlich war die Rede von Ottmar Schreiner fulminant. Das hat der Applaus gezeigt. Aber auch alle anderen können viele Teile der Analyse teilen. Natürlich muss die SPD handeln, um das Thema Altersarmut in den Griff zu bekommen. Aber was, liebe Genossinnen und Genossen, macht eigentlich dieser Antrag anderes, als sich mit diesem Thema zu beschäftigen? Ich möchte wirklich sehr deutlich sagen, dass in diesem Antrag Positionen in anderthalb Jahren ausgehandelt worden sind, bei denen die SPD vor zwei Jahren noch nicht die Kraft hatte, sich dazu zu bekennen.

(BEIFALL)

Natürlich haben wir Vorstellungen davon, wie Zeit- und Leiharbeit auszusehen hat. Natürlich wollen wir 8,50 Euro und eine Kommission, die anpasst. Natürlich haben wir Vorstellungen davon, die Minijobs umzugestalten. Natürlich ist der erste Schritt bei den Minijobs, dass wir hingehen und sagen: keinesfalls mehr als zwölf Stunden in der Woche.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage das sehr ausdrücklich: Ich habe es mir schon lange gewünscht und begrüße es außerordentlich, dass die Kommission uns heute einen Leitantrag vorgelegt hat, der all diese Themen aufgreift, um nicht nur das Thema Arbeit in Würde neu zu fassen, sondern auch das Thema: Wie schützen wir uns alle eigentlich vor Altersarmut in Zukunft? Vielen Dank dafür.

(BEIFALL)

Nun zu dem Thema Rente. Ich glaube, keiner bestreitet hier ansonsten gäbe es auch nicht den Vorschlag der Kommission, dass wir darauf zu schauen haben, wie es eigentlich mit dem Rentenniveau weitergeht. Aber liebe Genossinnen und Genossen, die Frage, die hier zu frenetischem Applaus geführt hat, hat mich persönlich wirklich ziemlich aufgeregt, ob wir für Beitragsstabilität oder gute Lebensverhältnisse sind. Was, bitte, ist das für eine Frage?

(BEIFALL)

Selbstverständlich sind wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen für gute Lebensverhältnisse, aber genauso selbstverständlich haben wir eine Verantwortung dafür, zu überlegen: Wie können wir das eigentlich alles stemmen in unserer Gesellschaft?

(BEIFALL)

Ich möchte an die tolle Rede von Sigmar Gabriel erinnern. Er hat heute Morgen gesagt, wir versprechen weniger, aber das, was wir versprechen, das halten wir. Deshalb finde ich es extrem schlimm, wenn an dieser wichtigen Frage eine knappe Kampfabstimmung durchführen, nur weil wir uns nicht zutrauen, dass die Kommission innerhalb eines Jahres noch einmal eine gute Lösung in dieser Sache finden wird. Ich möchte, dass die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen eine Lösung für diese Frage finden, die wir hier auch gemeinsam tragen können und von der wir überzeugt sind, dass wir sie, wenn wir an der Regierung sind, auch umsetzen können. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ewald Schurer, und ihm folgt Gerhard Kompe.

Ewald Schurer, Bayern: Genossinnen und Genossen! Der erste Punkt ist: Es wird kein Sozialsystem für die Zukunft geben, wenn es nicht gelingt, die Wertschöpfung der Volkswirtschaft in einem richtigen Maße zu besteuern. Das gilt für die kluge und gute Antwort einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege. Das gilt aber auch für die Rente der Zukunft. Der entscheidende Punkt sind nicht ein Beitragssatz und ein Dogma von 20 Prozent oder weniger. Der entscheidende Punkt ist: Aus der Produktivität der Volkswirtschaft, aus den Lohnstückkosten, aus einer fairen Lohnbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann das richtige Maß an Beiträgen zu finden, um ein Rentensystem für die Zukunft fit halten zu können.

Genossinnen und Genossen, lieber Sigmar, wenn wir über soziale Gerechtigkeit reden, dann wird uns dieses Thema einholen, wenn wir wirklich glauben, dass eine Absenkung des Mindestniveaus auf 43 Prozent in der Zukunft noch eine Rente ist - das wird eine Teilrente sein und nicht mehr. Ich sage dir als Haushälter des Bundestages: Das wird dann die öffentlichen Haushalte endgültig sprengen; denn was wir in der Wertschöpfung der Wirtschaft für Industrie, für Güter, für Dienstleistungen nicht am richtigen Eck und am richtigen Fleck für die Sozialsysteme bereitstellen, kann der öffentliche Haushalt nachher mit einer Versorgung an Steuermitteln nicht mehr auffangen. Wir werden die Massenarmut durch eine fallende Rente nicht mehr aufhalten können. Das ist die ökonomische Wahrheit, liebe Genossinnen und Genossen.

Zur Kommission noch in aller Kürze: Ich bin da bei aller persönlichen Wertschätzung, lieber Kurt, ein Stück weit enttäuscht. Man muss die makroökonomischen Daten setzen. Bei 29 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Menschen sind heute zwischen 60 und 65 Jahren noch 24,3 Prozent be-

schäftigt, und die nicht einmal alle in Vollzeit. Wer ein bisschen die Mathematik bemüht, der sieht: Wenn nicht mal mehr ein Viertel der Menschen zwischen 60 und 65 Jahren aktiv in die Rentenkasse einzahlt, wie will ich dann auf Dauer eine Rente mit 67 und eine solch manifeste Rentenabsenkung finanzieren? Das ist nicht möglich. Das ist ökonomisch falsch.

Ich sage euch zum Schluss: Das Projekt der Sozialdemokratie muss es sein, dem Menschen für die nächsten 10 bis 20 Jahre den Übergang vom Erwerbsleben in die Alterssicherung so zu garantieren, dass die Menschen in Würde ein Leben führen und nicht alle in eine Grundsicherung fallen. Rente mit 67 und mit 43 Prozent bedeutet ein Massenabfallen in eine Grundsicherung. Das kann und wird sich die Sozialdemokratie nicht leisten können. Deswegen bin ich selbstverständlich dafür, den Antrag der vier Arbeitsgemeinschaften pragmatisch in den Grundsatzantrag einzuarbeiten und darüber auch abzustimmen. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt Gerhard Kompe. Ihm folgt Hubertus Heil.

Gerhard Kompe, Kontrollkommission: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Weil Ottmar gesagt hat, aus der Arbeit der Kommission, der ich angehören durfte, ich nichts herausgekommen: Ich bin stolz und mache das an einem Punkt deutlich. Ein ganz wesentlicher Punkt für Altersarmut ist die Erwerbsminderung. Die durchschnittliche Rente für Neurentner in der Erwerbsminderung lag bei 639 Euro. Dies haben wir versucht zu heilen, indem wir endlich die Zurechnungszeit von 60 Jahren auf 62 Jahre erhöht haben. Wir haben dann auch in einer strittigen Diskussion gesagt: Wer gesundheitlich durch den Beruf oder was auch immer kaputtgemacht ist, der darf nicht noch mit Abschlügen belastet werden. Deswegen haben wir in dem Antrag auch verankert, dass keine Abschlüge mehr bei der Erwerbsminderung gelten. Aber man muss sich vor Augen führen: Damit haben wir eine Entscheidung getroffen, die 5 Milliarden aus Steuermitteln ausmacht. Also stolz auf der einen Seite.

Natürlich bin auch ich nicht zufrieden, dass es uns nicht gelungen ist, schon in der Kommission auch klare Antworten zu geben: Was ist denn ein Sicherungsniveau, das Altersarmut vermeidet, das Lebensstandard sichert? Und wenn man zehn Jahre nach Riester Bilanz zieht und das haben wir versucht, dann sind in der Tat Erkenntnisse da, dass hier 14,7 Prozent in den unteren Einkommensklassen überhaupt nicht riestern können, weil sie nicht genug Geld haben, weil sie in prekären Arbeitsverhältnissen sind.

(VEREINZELTER BEIFALL)

Aber nun einfach zu sagen, jetzt beschließen wir ein anderes Sicherungsniveau, ohne gleichzeitig zu sagen, wie wir das finanzieren, das bringt uns in die Bredouille.

(BEIFALL)

Wir haben in der Vergangenheit 2000 das System gehabt, dass die Ausgaben die Einnahmen bestimmen. Ja, wir haben das geändert zu meinem Leidwesen, dass jetzt im Grunde genommen die Einnahmen die Ausgaben bestimmen. Das muss geändert werden. Aber doch so, dass wir zu einem neuen Gleichklang, zu einer Bilanz oder zu einer Balance zwischen sozialer Verantwortung, zwischen sozialer Gerechtigkeit zu einem Leben für die älteren Menschen, das sie in Würde führen können, kommen, dass wir aber auch

gleichzeitig die Belastung klären, die die Erwerbstätigen, die die Wirtschaft zu tragen hat. Diese Balance müssen wir suchen, und deswegen plädiere ich dafür: Lasst uns ein bisschen mehr Zeit nehmen. Lasst uns den Rat von Wissenschaft, von Gewerkschaft, von Kirchen von Verbänden einholen, aber sprechen wir vor allen Dingen mit den Menschen, die im Grunde genommen uns dann auch sagen können, was für eine Belastung sie zu tragen bereit sind, was sie aber auch eventuell an Leistungen beanspruchen wollen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Hubertus Heil. Ihm folgt Angelika Graf aus Bayern.

Hubertus Heil, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! Sigmar hat heute Morgen in seiner Rede deutlich gemacht, dass das dünnste Kapital, das Politik besitzt, Glaubwürdigkeit ist. Theoretisch wissen wir alle, dass Glaubwürdigkeit ganz einfach herzustellen ist. Man muss nur sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Deshalb möchte ich an das anknüpfen, was Malu Dreyer vorhin gesagt hat: Ich fände es fahrlässig, wenn wir jetzt Versprechen machen, für die wir noch keine konzeptionelle Unterfütterung haben, liebe Genossinnen und Genossen. Ich fände es fahrlässig.

(BEIFALL)

Ich will sagen, dass im dem Leit Antrag, der vorliegt, eine ganze Menge Ansätze und Antworten schon gegeben sind, auch wenn wir zugeben müssen, dass wir beim Thema Alterssicherung noch nicht zu Ende diskutiert haben. Aber die Frage, wie hoch die Rente in einer älter werdenden Gesellschaft ist, hat auch mit der Frage zu tun: Wie viele Menschen bringen wir in ordentliche Arbeit, und wie sorgen wir dafür, dass wieder anständige Löhne bezahlt werden? Das ist der eigentliche Punkt, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb finde ich es nicht richtig, wenn hier der Eindruck erweckt wird, als hätte diese Kommission nicht Vorschläge gemacht, und zwar eine ganze Menge, für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die dafür sorgt, dass Menschen nicht ausgegrenzt werden, sondern an Erwerbsarbeit teilhaben können, und die auch dafür sorgt, dass die Arbeitsbedingungen und vor allen Dingen die Lohnbedingungen in diesem Land besser werden. Dies soll mit Maßnahmen gegen den Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit, mit Equal Pay, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit, mit einem Vorschlag zum Thema Minijobs, mit dem Thema Mindestlohn und vielem anderen mehr erreicht werden.

Wenn ich euch bitte, heute nicht aus einer Stimmung heraus, weil wir ein Problem sehen, einen Beschluss zu fassen, der zusätzlich zu den 5 Milliarden Euro, die wir bei Erwerbsminderungsrenten schon beschließen, noch einmal 25 Milliarden Euro zusätzlich bewegt, dann ist das kein Verschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Wir werden ein gutes Konzept für unser Regierungsprogramm für die Alterssicherung brauchen. Aber ich sage euch: Wenn wir nicht Glaubwürdigkeit wieder verlieren wollen, dann dürfen wir nicht Parteitagbeschlüsse einfach einmal so fassen, die dann eine sozialdemokratische Regierung nach einer Bundestagswahl nicht umsetzen kann. Diesen Fehler haben wir doch schon einmal gemacht, liebe Genossinnen und Genossen. Das kostet Glaubwürdigkeit. Das will ich nicht noch einmal erleben.

(BEIFALL)

Deshalb bitte ich euch, den Vorschlag von Kurt Beck, meinethalben auch mit der Ergänzung aus Nord-

rhein-Westfalen, die gesagt haben, dass muss ernst genommen werden, dem Vorschlag von Toni, Scharf zu folgen. Ich finde, das ist soziale Verantwortung, das sind wir uns aber auch selbst schuldig. Wir müssen glaubwürdig bleiben und nicht aus einer Stimmung heraus heute Dinge einfach so festzimmern, die wir nie umsetzen können. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Angelika Graf. Ihr folgt Lars Castellucci.

Angelika Graf, Bayern: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich glaube, ihr seht das falsch, wenn ihr meint, dass wir hier einen Schnellschuss machen. Wir sorgen uns alle, die wir diesen Antrag als Arbeitsgemeinschaften gestellt haben. Ich spreche für die AG 60plus. Wir sorgen uns alle über die Zukunft der Rente, wir sorgen uns alle um die Altersarmut, die in unserem Land eine Seuche werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben im Jahr 2003 die Grundsicherung im Alter eingeführt, und zwar auf der Basis des Existenzminimums. Das war eine Reaktion darauf - ich kann mich gut daran erinnern -, dass wir festgestellt haben, dass es viele insbesondere Frauen gibt, die von gravierender Altersarmut betroffen waren. Wir haben ihnen eine Möglichkeit gegeben, dass sie eine Alterssicherung bekommen, ohne dass sie die Schande des Ganges zum Sozialamt haben auf sich nehmen müssen. Das war richtig so. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, diese Grundsicherung im Alter ist keine Zukunft für unsere Gesellschaft

(BEIFALL)

und ist keine Gewähr dafür, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, dann nicht in der gleichen Situation sind. Wenn wir uns die Situation der Rentnerinnen und Rentner heute anschauen, dann ist deren Gehaltssituation, ihre Rentensituation zwar besser, aber schon heute gibt es kaum Rentenerhöhungen, schon heute gibt es mehr Kosten, die Renten sinken in ihrem nominellen Wert. Durch die Ausgliederung von Leistungen zum Beispiel in der GKV werden sie zusätzlich belastet. All das macht Angst in der Gesellschaft. Diese Angst, denke ich, müssen wir als Partei entsprechend aufnehmen und Lösungen dafür anbieten. Diese Lösung kann nicht sein, dass Menschen im Alter zusätzlich arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

(BEIFALL)

Fest steht, dass das derzeitige Rentenkonzept einen sehr großen Wert auf die Beitragsstabilität legt. Die Rente mit 67 ist ein solcher Punkt, auch die Abschmelzung, die angesprochen worden ist, auf 43 Prozent im Jahre 2030, und der Aufbau der kapitalgedeckten Riester-Säule. Der bayerische Antrag Ar 26 macht deutlich, was von einer solchen Kapitaldeckung, insbesondere in der heutigen Zeit, zu halten ist.

Ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, wir sind, als wir die Riester-Rente und all das beschlossen haben, einem dreifachen Irrtum aufgesessen. Der eine Irrtum war der mit kapitalgedeckten Säule. Der zweite Irrtum war, dass wir feststellen müssen, dass wir keine Akzeptanz für die Rentenversicherung haben. Wenn ich mit Jugendlichen, mit jungen Leute spreche, dann sagen mir die: Was will ich mit dieser Versicherung, ich kriege eh nichts raus. - Wir müssen eine Veränderung in diesem Versicherungssystem herbeiführen, wenn wir die Akzeptanz der jungen Leute für die gesetzliche Rentenversicherung haben wollen. Der dritte Punkt ist, dass wir diese Lebensstandardsicherung als Ziel nehmen müssen.

Ich bitte euch: Beschließt den Antrag Ar 5, lehnt ihn nicht ab! Wenn ihr diesen Beschluss nicht fassen könnt, dann verweist ihn klar an diese Kommission. Ich sage nicht generell, dass die Antragskommission diesbezüglich schlechte Vorschläge gemacht hat. Aber verweist ihn, lehnt ihn nicht ab! Es wäre ein fatales Signal.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Nächster ist Lars Castellucci.

Lars Castellucci, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Vielleicht war das mit dieser Überweisung an die Kommission das Durchschlagen des gordischen Knotens. Ich möchte aber zu einem anderen Thema sprechen und noch einmal an die Genossen anschließen, die sich zu den kirchlichen Beschäftigten, Antrag Ar 77, geäußert haben. Auch im Ar 14 geht es um die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Kirchen, kirchlichen Trägern, Verbänden etc. Wir wissen, da wird gute Arbeit geleistet, und sie ist oftmals viel zu schlecht bezahlt, keine Betriebsräte sind möglich, nur Mitarbeitervertretungen mit weniger Rechten, kein Streikrecht, eigene Vergütungsordnung. Genossinnen und Genossen, der Ar 14 sagt dazu einen einzigen Satz, und er lautet: Diese Beschäftigten sollen wie normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behandelt werden. - Das ist doch einfach richtig so.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir kennen das von uns selbst. Wer hohe Maßstäbe für die Gesellschaft formuliert, der muss damit rechnen, dass sie zunächst einmal für einen selbst gelten. Ich bin selbst in der Kirche aktiv, und ich bitte diesen Parteitag: Helft meiner Kirche, dass sie das, was sie predigt, auch selbst umsetzen kann, und stimmt diesem Antrag zu.

(VEREINZELT BEIFALL)

Eine Anmerkung noch zur Partei der Freiheit, die wir sein können. Eine Partei der Freiheit schenkt den Menschen Wahlmöglichkeiten und macht nur die Mindestvorgaben, die unbedingt nötig sind. Deswegen möchte ich diejenigen, die in dieser Rentenkommission arbeiten werden, bitten: Nehmt die Frage mit, ob eine starre Altersgrenze wirklich noch in unsere Zeit passt, ob nicht beispielsweise 45 Beitragsjahre reichen müssen, um abschlagsfrei in Rente zu gehen, ob jemand, der mit 65 noch fit ist, nicht einfach auch länger arbeiten können darf, wenn er oder sie das möchte. Eine Partei der Freiheit, die wir sein wollen, das ist auch ein Satz von Willy Brandt, gibt Entscheidungsspielräume an die Menschen zurück. Das ist ein Auftrag, der meiner Meinung nach in der Kommission gelöst werden sollte. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Sigmar Gabriel. Ihm folgt dann Sven Kaerkes.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich gemeldet, weil wir, glaube ich, an einem ganz entscheidenden Punkt sind und wir klären müssen, ob wir das, was heute Morgen bejubelt wurde, und die Wahlen, die wir hatten, in Einklang bekommen mit unseren Beschlüssen. Man muss sich doch folgende Frage stellen: Warum - das geht mir genauso wie allen anderen - jubeln wir und stimmen innerlich zu, wenn Ottmar Schreiner eine, wie ich finde, kluge Analyse dessen macht,

wo wir hinkommen, wenn wir nichts verändern, wir sagen: Ja, der Ottmar hat recht. Innerlich sage ich: Genau, in diese Richtung darf es nicht gehen.

Aber warum, Genossinnen und Genossen, empfehlen euch trotzdem all die, die ihr heute Morgen gewählt habt - mit 80, 90 Prozent Zustimmung -, darüber noch einmal in Ruhe zu reden? Hannelore Kraft, fast 100 Prozent, Klaus Wowereit, Olaf Scholz, Manuela Schwesig, Kurt Beck, Erwin Sellering.

Warum kommen die auf die Idee, zu sagen: Trotzdem können wir dem Ottmar mit seinem Antrag heute hier nicht folgen? Warum? Woran liegt das? Das liegt doch nicht daran, dass wir uns verschworen haben. Es ist doch nicht so, dass wir – wie Angelika Graf das eben gesagt hat – nicht auch die Schwierigkeiten sehen, in die die Menschen da hineinlaufen. Warum sagen das Leute wie der Gerhard Kompe, der auch bei der AG 60plus ist und der in der Kommission mitarbeitet hat?

Ottmar, zu sagen, die Kommission hätte keine Ergebnisse gehabt, ist übrigens das Einzige, bei dem ich finde – darauf hat der Gerhard ja hingewiesen –, dass du nicht fair warst. Erwerbsminderungsrente, Teilrente, und nicht mehr einfach brutal sagen, dass die Rente mit 67 für alle kommt, sondern das tun, worum es geht, nämlich flexible Übergänge schaffen: Das sind Ergebnisse der Kommissionsarbeit gewesen, und deshalb haben wir sie übrigens eingesetzt.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wer an Kommissionen zweifelt, Genossinnen und Genossen, der ist auch nicht fair denjenigen gegenüber, die das gemacht haben; denn überlegt mal, wie zerstritten wir in der Frage Rente mit 67 vorher waren, wie heilsam der Prozess gewesen ist, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen und wo wir heute stehen, nämlich bei einem – ich glaube jedenfalls - weit überwiegend geteilten Ergebnis der Kommission. Was wir aber eben noch nicht gemacht haben, ist, über das zu reden, was Ottmar zu Recht anmahnt. Ich will euch sagen, was der Grund ist und warum auch Gerhard Kompe und Anton Schaaf – das ist immerhin unser Rentenexperte in der Fraktion -, wir alle, auf die Idee kommen, euch zu bitten: Geht noch mal in eine Kommission. Lasst uns darüber noch mal reden.

Der Grund sind 20 Milliarden Euro. Darüber diskutieren und entscheiden wir gerade. 5 Milliarden Euro wollen wir sowieso für das ausgeben, was wir zur Flexibilisierung der Rente mit 67 machen wollen. Jetzt reden wir gerade über 20 Milliarden Euro zusätzlich.

(ZURUF: PRO JAHR!)

- Pro Jahr, na klar. Ja, wir reden über 20 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Es hilft übrigens nichts, zu sagen, dass das erst ab 2030 der Fall ist. Bis dahin wächst das jedes Jahr auf.

Wie kann man das bezahlen? Aus Steuern? Wir geben schon über 80 Milliarden Euro als Zuschuss in die Rentenversicherung. Wir werden gleich beschließen, dass daraus in den nächsten Jahren 85 Milliarden Euro werden. Der ganze Bundeshaushalt hat nur etwas über 300 Milliarden Euro. 80, 85 Milliarden Euro geben wir schon in die Rentenversicherung. Wir haben vorhin verabredet: Wir wollen Bildung finanzieren, wir wollen Städte und Gemeinden besser ausstatten. Wir können nicht „Wünsch-dir-was“ machen. Über die Steuern wird es also jedenfalls nicht komplett gehen.

Dann kommen welche, die sagen: Lasst uns die Beiträge erhöhen. Es ist doch nicht schlimm, wenn der Arbeitnehmeranteil in der Rentenversicherung dann 12,5 Prozent beträgt. - Nein, das hört sich nicht schlimm an, aber, Genossinnen und Genossen, wir reden doch auch über das, was beim Thema Gesundheit und bei der Pflege noch kommt. Wir bekennen uns als Sozialdemokratie, wie ich finde, zu Recht, dass wir für die Pflege eine Beitragserhöhung brauchen, weil sich Anstand in der Gesellschaft daran misst, wie man mit Kindern und auch mit älteren Menschen umgeht, die Hilfe brauchen. Deshalb ist es anständig, etwas mehr in die Pflegeversicherung zu geben, um dafür eine bessere Versorgung von Menschen zu erreichen, die im Alter Hilfe brauchen.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, zusammen sind das dann 25 Prozent Arbeitnehmeranteil an der gesetzlichen Sozialversicherung.

Ein Koch verdient heute im ersten Gesellenjahr 850 Euro brutto. Dem nehmen wir dann zwar keine Steuern ab, weil er so schlecht bezahlt wird, dass er keine Steuern zahlt, aber 25 Prozent von diesem Brutto für Sozialbeiträge? Glaubt ihr wirklich, der wählt uns dann? Dann wird gesagt: „Ja, das kommt erst 2030“, aber dann wird er garantiert auch nicht 3.000 Euro im Monat verdienen. Es gibt Leute, die 1.000, 1.500 Euro brutto verdienen. Denen kannst du nicht einfach sagen: Wir nehmen dir 25 Prozent von deinem Brutto zur Lösung dieses Problem weg.

Meine herzliche Bitte ist: Wir reden über 20 Milliarden Euro zusätzlich, und wir werden uns mehr Mühe geben müssen bei der Beantwortung der Frage, wo die herkommen. Ich will ein paar Beispiele nennen: Natürlich werden wir über Riester und die private Vorsorge reden müssen. Na klar kann das so nicht weitergehen. Das liegt nicht nur daran, dass die Kapitalmärkte eingebrochen sind, das liegt auch daran, dass man kein vernünftiges öffentliches Angebot dafür hat und dass viele Leute zu Recht mit Riester nicht viel anfangen können, weil sie bei den Angeboten, die sie da bekommen, damit es sich für sie lohnt 90 Jahre alt werden müssen, und darauf gibt es trotz aller Parteitage der SPD leider keinen Rechtsanspruch, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir werden über private Zusatzvorsorge reden müssen, und wir müssen übrigens auch über etwas anderes reden, nämlich über Tarifverträge. Ich weiß, dass das unangenehm ist. Gewerkschaften wollen nicht hören, dass Parteien über Tarifmodelle sprechen, aber es ist doch unehrlich, nicht darüber zu sprechen, dass das längst auf dem Weg ist.

Meine Mutter ist Krankenschwester gewesen. Ich war übrigens immer gegen die Rente mit 67 als Pflicht für alle, weil ich keine Krankenschwester kenne, die mit 67 noch einen Patienten heben kann, und ich will auch nicht mehr von einer 67-jährigen Krankenschwester gehoben werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(HEITERKEIT)

- Ich weiß gar nicht, warum euch das jetzt erfreut. – Wisst ihr, was die Rente meiner Mutter wäre, wenn sie eine gesetzliche Rente bekommen würde? Sie würde heute, nach einem langen Leben Arbeit als Krankenschwester mit Schichtdienst, 750 Euro Rente bekommen. Weil damals, in den 70er-Jahren, die ÖTV wusste, dass die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst so niedrig sind, dass sie unter Altersarmut leiden werden, wenn sie ins Alter kommen – so haben sie damals debat-

tiert -, haben sie die Zusatzversorgung im Öffentlichen Dienst geschaffen. Das ist ein Tarifvertrag, und deshalb kriegt meine Mutter heute 1.450 Euro Rente. So gut ist die Zusatzversorgung heute leider nicht mehr, aber auch heute wäre ihre Rente noch viel, viel höher als nur die gesetzliche Rente. Auch darüber müssen wir doch offen reden!

Meine herzliche Bitte ist: Macht das mit, was die Antragskommission und alle die empfehlen, die ihr heute Morgen mit einem tollen Ergebnis in die Ämter befördert habt. Ihr habt Beifall geklatscht, als ich gesagt habe: Versprecht den Leuten nichts, von dem wir schon beim Beschluss nicht wissen, wie wir das bezahlen sollen.

(BEIFALL)

Meine Bitte ist: Fallt nicht zurück in das Misstrauen in die Partei - das ja gelegentlich auch begründet war; das will ich gerne zugeben -, dass eine Überweisung in eine Kommission ein Begräbnis dritter Klasse ist. Wir bringen das auf den nächsten Parteitag. Wir haben ja den Parteirat abgeschafft und einen Parteikonvent eingeführt. Das ist ein kleiner Parteitag. Davon haben wir nächstes Jahr zwei Stück. Da werden wir debattieren und entscheiden, liebe Genossinnen und Genossen. Wir machen da kein Begräbnis dritter Klasse durch eine Überweisung.

Lasst uns die Chance, ernsthaft darüber zu reden, und macht jetzt nicht einen gigantischen Fehler, indem wir aus der Tiefe unseres Gemüts dem zustimmen, wozu wir alle innerlich sagen: Mensch, der Ottmar hat doch recht, na klar, das würde ich auch gerne. - Lasst uns zeigen, dass wir verantwortungsbewusst sind und nicht einen Oppositionsreflex haben, sondern dass wir wissen, was wir tun, und das bedeutet, dass wir am Ende auch klar sagen müssen, dass auch Menschen mit einem geringem Einkommen das tragen können, was wir hier beschließen, und dass wir den Menschen nichts vormachen, sondern immer erst am Ende der Debatte einen Beschluss fassen und nicht am Anfang.

Deswegen meine Bitte: Helft mit, dass das gut wird, und folgt dem Votum der Antragskommission.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Sven Kaerkes. – ihm folgt dann als letzter Debattenredner Horst Schmidt, bevor Olaf Scholz das Wort für die Antragskommission bekommt.

Ich sage das jetzt auch noch einmal: Ich bitte wirklich, dass ihr versucht, dass die Delegierten, sofern sie nicht eh schon alle da sind, in den Saal kommen. Ich muss aber wirklich sagen: Wir sind beeindruckt von hier oben von den vollen Reihen. Falls aber jemand noch nicht da sein sollte: Holt sie bitte rein, es geht dann unmittelbar in die Abstimmung über. – Sven, du hast das Wort.

Sven Kaerkes, Bundesvorsitzender AGS: Danke, Doris. – Sigmar, du hast mir aus der Seele gesprochen. Ich habe ein Unternehmen mit 400 Mitarbeitern gehabt und kann euch sagen, was es heißt, wenn zum Jahreswechsel die Veränderungen bei den Beiträgen zur Sozialversicherung anstehen und im kommenden Jahr dann das Netto entsprechend schmilzt.

Die Regie hat heute die großen und die kleinen Themen sozusagen direkt nebeneinandergeschoben;

denn ich habe hier eigentlich zu einem kleinen Thema vorzutragen, womit ich mich konkret auf den Antrag beziehe. Ich meine, dass wir uns hier in der Tat ein Problem, vielleicht auch eine Flanke, schaffen, und ich wünsche mir, dass wir das auf dem Parteitag aus dem Weg räumen.

Es geht um den Änderungsantrag AR 2. In AR 2 geht es um einen Passus; den sich viele von euch vielleicht noch einmal vergegenwärtigen sollten, nämlich um das Thema Entgeltgleichheitsgesetz. In diesem Antrag sind unter Punkt 3.1 am Ende einige Dinge aufgeführt, die ich jetzt vielleicht noch einmal ganz kurz darstellen will.

Es heißt hier, die Entgeltstruktur in den Betrieben muss offengelegt und transparent werden. Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Entgeltberichte zu erstellen, anhand derer die Prüfung unmittelbarer und mittelbarer Entgeltdiskriminierung möglich wird. Antidiskriminierungsstellen müssen mehr Rechte zur Feststellung von Entgeltdiskriminierung erhalten.

Ich sage an dieser Stelle: Ich gehe mit den Zielen, die dieser Antrag verfolgt - auch mit den Zielen der AFA, der ASF -, voll konform. Man muss nur eines sehen: Was wir hier schaffen, ist in meinen Augen ein bürokratisches Monster, das an ELENA erinnert. Denn es gibt hier keine Grenzen für kleinere Unternehmen. Auch kleinere Unternehmen müssen jährlich Entgeltberichte erstellen. In meinen Augen ist das unter dem Blickwinkel des Themas, das wir immer nach vorne schieben, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, nämlich dem Bürokratieabbau, nicht vereinbar. Deshalb bitte ich euch darum, dem Änderungsantrag Ar 2 zuzustimmen, der das offen lässt und versucht, einen Mittelweg zu gehen: Er will Bürokratie bekämpfen und Lösungen schaffen, die keine Belastungen des Mittelstandes mit sich bringen. Deshalb: Lasst uns Bürokratieabbau nicht zur bloßen Sprechblase in unseren Programmen verkommen!

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Danke, Sven. Jetzt hat als letzter Debattenredner Horst Schmidt das Wort.

Horst Schmidt, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe direkt Hemmungen, eure Aufmerksamkeit auf einen ganz anderen Teil zu richten, nämlich auf den Antrag Ar 20. Es geht auch hier um die Riester-Rente. Über deren Bedeutung und Wirkung ist heute schon einiges gesprochen worden. Es erschüttert mich, wenn mit der Privatversicherung der Riester-Rente auch Investitionen in Kriegswaffen und Streubomben ermöglicht werden, obwohl dies leicht ausgeschlossen werden könnte.

Es können mit den fondsbasierten Produkten Gelder in Firmen fließen, die Kriegswaffen oder Streubomben herstellen. Dies kann der einzelne Versicherte kaum überprüfen. Walter Riester selber sagt zu dem Problem: Es lässt sich leicht lösen. Der Bundestag muss ein einfaches Gesetz verabschieden. Dann würde Banken und Versicherungen das Risiko schnell zu groß werden. Das Gesetz müsste heißen: Investitionen in Streubomben sind verboten!

Liebe Genossinnen und Genossen, es gab vor kurzem einen Antrag der Bundestagsfraktion zu Streubomben. Da wurde das Problem leider nicht berücksichtigt. Aber wenn es so einfach ist, dann wäre es doch wirklich sinnvoll, wenn die Bundestagsfraktion vom Parteitag aufgefordert würde, ein Gesetz einzubringen, welches die Investition in Streubomben untersagt.

Da ich der letzte Redner bin: Ich glaube, es ist nicht gut, wenn wir mit einem Konflikt auseinandergehen. Die Brücke ist doch gebaut worden: Wir könnten den Antrag Ar 5 als Material in die Kommission überweisen. Wenn dies dort berücksichtigt findet, dann könnten sehr viele Delegierte dem zustimmen. Ich bitte euch, dies so zu übernehmen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Horst, war das ein Antrag, dass wir über Ar 20 abstimmen? - Okay. Olaf, dann müsstest du das vielleicht noch in deine Wortmeldung für die Antragskommission einbeziehen. Du hast jetzt das Wort.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Es zielt die Sozialdemokratische Partei, wenn sie sich über das Anliegen, das sie am meisten bewegt, viele Gedanken macht. Unser Thema ist die Frage der Arbeit.

Es ist das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit ihrer Gründung, dass man arbeiten soll, wenn man kann und dass es die Aufgabe guter Politik ist, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die arbeiten wollen, dazu auch gute Bedingungen vorfinden und eine echte Chance haben, damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Darum geht es uns, wenn wir über gute und faire Arbeit sprechen – und das machen wir mit diesem Antrag.

(BEIFALL)

Ich will darauf hinweisen, dass der vorliegende Antrag viel mehr zu sagen hat als das, was wir zur Frage der Rente diskutieren.

Wir machen darin Aussagen zu Fragen der befristeten Beschäftigung. Im Antrag steht: Sachgrundlose Befristung halten wir nicht für sinnvoll.

Wir machen Aussagen zur Leiharbeit. Im Antrag steht: Der Wildwuchs, der dort stattgefunden hat, soll mit sehr präzise beschriebenen Maßnahmen zurückgedrängt werden. Wir wollen durchsetzen, dass jemand, der als Leiharbeiter arbeitet, nicht weniger verdient als diejenigen, die regulär in dem entsprechenden Betrieb arbeiten.

Wir machen viele Aussagen zur beruflichen Qualifizierung und zur Berufsausbildung junger Leute. Wir sagen etwas zu der Frage, wie die Arbeitsvermittlung besser werden kann und was man tun muss, damit diejenigen, die ohne Arbeit sind, eine Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt haben. Wir äußern uns zur Mitbestimmung in den Betrieben und zur Mitbestimmung auf der Ebene der Unternehmensleitungen.

Das alles ist der Kern des Antrages. Es geht immer darum, dafür zu sorgen, dass die Arbeitsgesellschaft denjenigen gegenüber ordentlich aufgestellt ist, die die Arbeit leisten. Das unterscheidet uns von konservativen und manchen anderen politischen Kräften.

(BEIFALL)

Ich hoffe, dass die Tatsache, dass sich die Debatte auf einen Punkt konzentriert, nicht dazu führt, dass wir uns darüber uneinig sind, dass das wichtig ist.

Ich will etwas zum Thema des kirchlichen Arbeitsrechts sagen. Ich bitte euch sehr, dem Votum der Antragskommission „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ zu folgen. Diese soll sich damit beschäftigen und hat dies auch bereits getan. Sie hat unter anderem mehrere Expertenanhörungen auf den Weg gebracht. Sie wird mit den Kirchen und mit den Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern in den Kirchen darüber sprechen, wie wir eine wirklich missliche Situation ändern können. Denn die Kritik lautet, dass aus dem verfassungsrechtlich garantierten kirchlichen Arbeitsrecht, etwas anderes geworden ist. Da hat jemand die Hand drauf und sagt: „das ist Kirche“, und dabei handelt es sich um den gleichen Profitbetrieb wie vorher, nur dass alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen nicht mehr gelten. Das wollen wir ändern. Wir müssen es aber sehr gut begründen, da es sich in der Tat um eine verfassungsrechtliche Garantie handelt. Darum ist die Überweisung an die Bundestagsfraktion genau der richtige Weg.

(BEIFALL)

Nun etwas zur Fragestellung der Rente. Ein paar Vorbemerkungen: Was beschließen wir hier heute auf alle Fälle?

Wir beschließen zuallererst, dass die Anhebung der Regelarbeitsrente auf 67 so lange nicht stattfinden soll, bis nicht wenigstens 50 Prozent der über 60-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind – übrigens ein Wert, der weit entfernt ist. Das ist das Ergebnis einer Diskussion, die wir lange und sorgfältig geführt haben.

Wir beschließen etwas zu flexiblen Übergängen und Teilrenten; Kurt Beck hat dazu bereits alles gesagt. Wir sagen etwas dazu, was wir für die tun, die nicht mehr arbeiten können und die eine Verbesserung ihrer Situation zum Beispiel durch Rehabilitationsmaßnahmen brauchen. Das alles kostet Geld.

Wir beschließen, dass wir etwas tun wollen für diejenigen, die lange arbeitslos waren und deshalb zu wenig Einkommen haben, um Ansprüche für das Alter erwerben zu können. Aus diesem Grunde haben wir gesagt: Solange es keine Mindestlöhne gibt, wollen wir die Rente nach Mindesteinkommen rückwirkend gelten lassen. Das kostet pro Jahr 2,2 Milliarden Euro. Auch das steht bereits im Beschluss.

Und wir beschließen heute, dass wir dafür Sorge tragen wollen, dass diejenigen, die Arbeitslosengeld II bekommen, dadurch nicht in eine Situation geraten, in der sie später auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Auch das kostet am Ende 1 Milliarde Euro im Jahr.

Arbeit hat für das Selbstwertgefühl von so vielen eine überaus große Bedeutung: Deshalb tun wir etwas bei der Erwerbsminderungsrente. Wir verlängern die Zurechnungszeiten. Es wird hochgerechnet, als hätte man bis 62 gearbeitet.

Wir wollen alle Abschläge abschaffen, die in diesem Bereich eine Rolle spielen. Auch das ist unmittelbar beitragsrelevant.

Wenn man all das, was schon feststeht in Bezug auf die Rente und was wir heute hier beschließen, zu-

sammenzählt, ist das erstens eine Anhebung des zu erwartenden Beitragsniveaus im Jahre 2030 von erwarteten 22 Prozent auf etwas über 24 Prozent. Darüber hinaus bedeutet das eine zusätzliche Steuerbelastung von 5 Milliarden Euro.

Jetzt geht es um die Frage, ob wir noch etwas draufsatteln können.

Damit wir nicht im Gesundheitsbereich das eine und im Pflegebereich das andere beschließen und nicht bei der Kindergrundsicherung dieses und beim Thema „mehr Geld für Bildung in die Länder“ jenes, haben wir gesagt: Das müssen wir zusammenfassen. Wir brauchen eine Kommission, die die Frage, wie viele Steuereinnahmen wir haben und wofür wir sie verwenden wollen, betrachtet. Sie soll sich weiterhin mit der Frage beschäftigen, in welcher Höhe es Beitragseinnahmen geben wird, was man damit bezahlen kann und welche Beitragssteigerungen, wenn man alle sozialen Sicherungssysteme zusammen betrachtet, noch vermittelbar sind. Über diese Fragen müssen wir sorgfältig nachdenken, nicht nur in der Fachkommission Rente, sondern in einer Kommission, die all das übergreifend auf einmal betrachtet. Diesen Vorschlag machen wir euch. Ich glaube, dass es richtig ist, diesem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

(BEIFALL)

Wir werden alle Zahlen im Internet veröffentlichen, für jeden einsehbar. Da kann man alles diskutieren. Zum Beispiel: Wie steigt die Beitragsbelastung, wenn man dies oder jenes tut? – Dann kann jeder sagen: Ich finde, das gehört noch dazu. Ich glaube, eine offene Diskussion sollte sich unsere Partei wert sein.

Die Beitragsbelastung für jedes einzelne soziale Sicherungssystem steigt natürlich nur ein bisschen. Bei der Rente kann man sagen: Das geht noch. Aber wenn man die Gesamtbeitragsbelastung aller sozialen Sicherungssysteme zusammenzählt und durch zwei rechnet paritätische Versicherung unterstellt, dann kann das schon ganz schön viel werden. Darüber muss man nachdenken.

Den Vorschlag von Anton Schaaf und den Freundinnen und Freunde aus Nordrhein-Westfalen kann die Antragskommission übernehmen. Wir werden auf das Alterseinkommen schauen und sicherstellen, dass was aus all den sozialen und unteren Sicherungssystemen zusammenkommt, vertretbar ist. So lautet der Antrag bereits jetzt schon. Den Vorschlag sollten wir übernehmen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein kluger Weg, den wir uns vorgenommen haben. Ich glaube, dass die Alterssicherungskommission hervorragende Arbeit geleistet und große Fortschritte bei der Abschichtung einer ganzen Reihe von Problemen gemacht hat. Aber der Rest kann nicht im Rahmen einer isolierten Rentendebatte gelöst werden. Das kann nur aus einer Gesamtschau heraus erfolgen. Diese wollen wir im nächsten Jahr zustande bringen. Das müssen wir auch, wenn wir zur Wahl antreten. Sigmar Gabriel hat es richtig gesagt: Wenn die Bürgerinnen und Bürger denken, dass das was wir vorschlagen gut klingt, aber nicht glauben, dass wir es umsetzen, werden sie uns Beifall klatschen – aber sie werden uns nicht wählen. Auch darum geht es, wenn wir hier abstimmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt ist noch einmal volle Konzentration erforderlich. Dann, glaube ich, geht es auch relativ rasch.

Ihr alle wisst, es geht um den Antrag Ar 1. Die Antragskommission hat ihre Empfehlung gegenüber dem Antragsbuch geändert. Deswegen ist euch der komplette Ar 1 noch einmal verteilt worden - übrigens inklusive einer Anlage, in der die veränderten Empfehlungen der Antragskommission durch die Neufassung in anderen Anträgen mit aufgearbeitet sind.

Wenn ich das richtig sehe, ist gerade noch eine zusätzliche Änderung dazugekommen. In Zeile 2084 soll das „gegebenenfalls“ gestrichen werden. Das ist dann der Neuverschlagn der Antragskommission. – Olaf!

Olaf Scholz, Antragskommission: Vielleicht noch eine Ergänzung, damit das nicht überhört oder übersehen wird: Hinten im Antragsbuch steht, dass viele Anträge, zu denen wir als Antragskommission ursprünglich vorgeschlagen hatten, dass sie mit Ar 1 erledigt sind, in diese neu zu schaffende Kommission zur Beratung mit überwiesen werden.

Dies gilt übrigens auch, wenn ihr dem Votum der Antragskommission folgt, für den Antrag, der gleich strittig abgestimmt wird.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das liegt euch also vor. Das Wort „gegebenenfalls“ haben wir noch einvernehmlich gestrichen.

Damit kommen wir auch schon zum Kernpunkt. Wenn ich das richtig verstehe, hat eine ganze Reihe von Debattenrednern dagegen gesprochen, dass der Änderungsantrag Ar 5 durch die Überarbeitung der Antragskommission erledigt ist. Die Antragskommission schlägt vor, das in die Kommission mit aufzunehmen, um dort ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Das ist der Vorschlag der Antragskommission. Dagegen ist gesprochen worden.

Wie immer wird zuerst über die Empfehlung der Antragskommission abgestimmt. Nur um die Konsequenzen zu nennen: Bei Annahme der Empfehlung der Antragskommission wären dann auch die Anträge 15 bis 19, 21 und 23 bis 28 mit an die Kommission überwiesen.

Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen, nämlich Überweisung dieser Anträge an die neu einzurichtende Kommission. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Das ist aber doch eine sehr eindeutige Mehrheit für den Weg, das in der Kommission in der gebotenen Sorgfalt aufzuarbeiten.

(BEIFALL)

Es gibt weitere Änderungsanträge, die von der Antragskommission votiert worden sind. Zum Teil ist beantragt worden, Einzelabstimmungen vorzunehmen. Das betrifft den Änderungsantrag Ar 2. Da geht es um die Entgeltgleichheit. Olaf!

Olaf Scholz, Antragskommission: Dazu habe ich eben nichts gesagt, deshalb noch ein kurzer Satz: Wir bitten euch, dem Änderungsantrag nicht zu folgen; denn das, was wir im Antrag vorschlagen, ist ein sehr weitgehendes Gleichstellungsgesetz, das dazu beitragen soll, dass die Lohngleichheit von Männern und Frauen eine bessere Chance hat, Realität zu werden. Von Rechts wegen ist das schon jetzt der Fall. Aber wer sich einmal umschaute, der stellt fest, dass das in vielen Fällen nicht durchzusetzen ist, weil man gar nicht weiß, wie das Lohngefüge in den Betrieben sonst so ist. Das muss man also ändern, und zwar mit den Details, die wir vorgeschlagen haben. Im Übrigen ist das schon die Beschlusslage unseres Wahlprogramms und in der Bundestagsfraktion schon auf den Weg gebracht.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann kämen wir jetzt zur Abstimmung über den Ar 2. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich bitte euch um etwas Aufmerksamkeit. Es ist nicht einfach für diejenigen, die jetzt noch abstimmen wollen, wenn ganze Delegationen aus dem Saal gehen. Wir sind, ich verspreche euch das, in drei Minuten durch.

Noch auf den Ar 1 bezieht sich der Änderungsantrag Ar 4. Er ist nach Empfehlung der Antragskommission erledigt. Widerspricht dem jemand? – Das scheint mir nicht der Fall zu sein.

Wer stimmt dem Votum der Antragskommission beim IA 248 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit kommen wir zur GesamtAbstimmung über den so geänderten Leitantrag Ar 1. Wenn wir den so annehmen, sind nach Empfehlung der Antragskommission die Anträge 6 bis 8, 12, 29, 31 bis 35, 37 und 38, 40 bis 44, 46 bis 50, 52 und 53, 56 bis 58, 60 bis 62, 69, 82 und 84 sowie der Antrag G 40 erledigt. Ich wollte das vor der Abstimmung über den Ar 1 ausdrücklich noch einmal sagen.

Aber das ist jetzt ein großer Moment. Wir sollten jetzt auch abstimmen. Wer dem so geänderten Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung haben wir den Antrag einstimmig so verabschiedet.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt schlage ich euch des Weiteren vor, dass alle anderen Anträge – bis auf zwei Ausnahmen, weil es eben beantragt worden ist, nämlich bis auf den Antrag Ar 20 und den Antrag Ar 77 – so zusammen beschließen könnten, wie es die Antragskommission euch empfohlen hat. Das entsprechende Votum findet ja jeweils im Antragsbuch. Wärt ihr mit einer solchen Sammelabstimmung einverstanden?

(ZURUFE: JA!)

Dann bitte ich euch auch an dieser Stelle um Zustimmung zum Votum der Antragskommission. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so verabschiedet.

Jetzt gibt es noch zwei Einzelabstimmungen. Dann sind auch wirklich durch. Jetzt geht es noch einmal um den Ar 20, bei dem Horst Schmidt aus Bayern gebeten hatte, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen. Das Votum der Antragskommission war Überweisung an die Bundestagsfraktion. Er wollte an dieser Stelle Abstimmung in der Sache. Es geht um das Thema Riester-Rente und Kriegswaffen. Also, es gibt den Antrag, einzeln abzustimmen. Wie ist die Empfehlung der Antragskommission, Herr Scholz? – Empfehlung der Antragskommission ist Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Dann stimmen wir über dieses Votum ab. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Dann ist an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Dann gab es noch den Wunsch, bezüglich der Arbeitnehmerrechte kirchlicher Einrichtungen eine Abstimmung durchzuführen. Auch da ist das Votum der Antragskommission: Überweisung an die Bundestagsfraktion und an den Parteivorstand. Das hat Olaf in seiner Rede ja eben noch einmal begründet. Auch hier lasse ich zunächst über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand überwiesen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben seitens des Tagungspräsidiums allen Grund, euch von Herzen für diese Beratung heute zu danken. Ich denke, das war ein anstrengender Tag. Das war unglaublich diszipliniert. Insofern bleibt uns nur noch zuzagen: Jetzt habt endlich auch einen schönen Parteiabend. Damit er nicht so belastet stattfindet, dürft ihr sogar – wie gestern – eure Sachen auf den Stühlen liegenlassen. Das, was auf den Stühlen liegt, bleibt dort bis morgen liegen. Das, was auf den Tischen ist, wird abgeräumt.

Herzlichen Dank und noch einmal einen schönen Abend.

– UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES: 20.35 UHR –

DIENSTAG, 6. DEZEMBER 2011, BEGINN 8.45 UHR

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich fahre in den Beratungen des Bundesparteitages fort und darf euch ganz herzlich zum dritten Tag begrüßen, zum letzten, der einen sehr straffen Zeitplan vorsieht. Hinter dem liegen wir jetzt schon 15 Minuten. Ich bedanke mich bei allen Delegierten, die schon anwesend sind, insbesondere bei der nordhessischen Delegation, die vollständig anwesend ist.

(BEIFALL)

Die Botschaft war: Streber. Aber ich finde das in dem Fall, ehrlich gesagt, keinen Vorwurf, sondern eher ein Kompliment.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf eine Reihe von Gästen zu Beginn des Parteitags begrüßen. Bevor ich das mache, wünsche ich euch natürlich auch einen schönen Nikolaus. Astrid Klug hat ausdrücklich darauf bestanden, dass ich keine Weihnachtsgeschichte zur Eröffnung erzähle. Deswegen will ich mich daran auch halten. Aber dafür darf ich Gäste begrüßen, zunächst Gerd Billen, den Vorstand des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen in Deutschland- herzlich willkommen! -

(BEIFALL)

sowie eine kleine und feine Delegation der Schweizer Jungsozialistinnen und Jungsozialisten,

(BEIFALL)

den Severin Bischof, Jonas Alig und Lukas Horrer - herzlich willkommen auch hier in Berlin!

Natürlich haben wir am heutigen Tage auch Geburtstagskinder. Ich darf ganz herzlich im Namen des gesamten Parteitags gratulieren Jörg Ukrow aus dem Saarland,

(BEIFALL)

der Christina Wied, ebenfalls aus dem Saarland - das wird ein teurer Abend für die Delegationsleitung, sage ich -, dem Matthias Ilgen aus Schleswig-Holstein und Kerstin Griese vom Parteivorstand. Herzlichen Glückwunsch, euch Vieren!

(BEIFALL)

Dann habe ich ein paar kleine organisatorische Ansagen. Das erste, auf das ich nochmals hinweisen möchte, ist, dass ihr die Möglichkeit habt, im Rahmen des Dröscher-Preises noch bis 12 Uhr euren Stimmzettel und damit eure persönliche Entscheidung abzugeben. Dazu könnt ihr natürlich vorher nochmals durch die Hallen schlendern, soweit das die Debatten im Saal zulassen. Also: Abgabe noch bis 12 Uhr möglich.

Dann wurde ich ausdrücklich darum gebeten, darauf hinzuweisen, dass der SPD-Bundesparteitag zum ersten Mal klimaneutral durchgeführt wird. Der Energiedienstleister und Ökostromanbieter Entega kompensiert die Gesamtemissionen des Parteitags über ein Waldschutzprojekt. Ich erlaube mir den Hinweis: Wenn wir die Heizung ein bisschen runter drehen würden, müssten wir vielleicht nicht ganz so viel bezahlen.

(BEIFALL)

Letzter organisatorischer Hinweis, bevor ich zum eigentlichen Parteitagsgeschehen komme, ist, dass ihr am Ende des Parteitags eine CD erhaltet mit allen Materialien und Ergebnissen des Parteitags. Das heißt, ihr könnt alles gleich mitnehmen.

(BEIFALL)

Das gilt nicht für die Reden. Die Reden könnt ihr allerdings unter www.spd.de sowohl visuell als auch als Druckoption zur Kenntnis nehmen.

So weit zu den organisatorischen Ansagen.

Damit komme ich zum Ablauf des heutigen Bundesparteitages. Ich bitte euch jetzt sehr um Aufmerksamkeit, Genossinnen und Genossen. Wir haben den Anspruch, das sehr ambitionierte Arbeitsprogramm des Parteitags heute durchzuziehen, mit dem klaren Ziel, um 16 Uhr den Parteitag zu beenden. Dazu wird es am Ende schöne kulturelle Vorträge geben. Es wird gesungen, einmal von einem großen Chor, nämlich mit der „Ode an die Freude“. Das wird sicherlich ein Highlight dieses Parteitags. Es wurde vorhin schon darauf hingewiesen: Diejenigen, die den Text kennen, können gerne leise mitsingen, aber bitte nicht so, dass der Chor irritiert wird. Danach singen wir wie immer „Wann wir schreiten Seit an Seit“. Bis dahin, Genossinnen und Genossen, wollen wir - erstens - die Wahlen beenden, zweitens zunächst den Bereich Wirtschaft, Steuern und Finanzen diskutieren, danach das Thema Bürgerversicherung und Gesundheit, und danach werden wir in der Reihenfolge die sonstigen Anträge aufrufen, zunächst Innen und Recht mit dem Thema Vorratsdatenspeicherung, danach Außen und Sicherheit mit den Rüstungsexportanträgen und danach den Kommunalblock. Ihr seht, das ist ziemlich ambitioniert. Das muss alles bis 14.30 Uhr geschafft sein. Wir im Tagungspräsidium sind gewillt, die Sitzungsleitung so zu führen, dass das auch möglich wird, Genossinnen und Genossen. Gibt es dagegen Einwände? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Es hätte mich bei denen, die da sind, auch gewundert.

Damit komme ich zu den Wahlen. Ich frage ich: Sind wir so weit, dass das klappt? - Sehr schön. Wir haben noch Wahlen durchzuführen zur Bundesschiedskommission und zur Kontrollkommission. Ihr kennt das Spiel. Haben alle, die anwesend sind, ein solches Gerät? - Sehr gut. Ich bin mir nicht sicher, ob nach den Einlassungen von gestern ich der Richtige bin, euch nochmals zu erklären, wie das technisch geht.

(BEIFALL)

Ich sehe, ihr habt es euch gemerkt. Dann brauche ich das nicht.

WAHL DER VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Wir wählen zunächst die Bundesschiedskommission. Wir werden beginnen mit einer Einzelwahl, nämlich mit dem Vorsitz. Muss ich das nochmals erklären? - Nein, ich glaube, es ist klar. Ihr habt alle die Karte schon eingesteckt. Dann machen wir das so: Es ist für die Kontrollkommission später der Zettel nochmals ausgedruckt. Für die anderen Wahlgänge wird er immer angezeigt an den Leinwänden; denn das ist relativ übersichtlich, sodass man dafür nicht noch weitere Bäume hat fallen müssen.

Damit komme ich zum Wahlgang Vorsitzende der Bundesschiedskommission, erster Wahlgang. Ich will mir noch einen Hinweis erlauben für alle Wahlgänge, Genossinnen und Genossen. Es sind exakt so viele Kandidatinnen und Kandidaten, wie Positionen zu besetzen sind. Wenn ihr helft, durch gute Ergebnisse jeweils einen zweiten Wahlgang - auch die brauchen die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen -, dann wird uns das in Zeit nochmals ein bisschen beschleunigen. Im Übrigen sind das alles gute Leute. Ihr könnt die alle getrost wählen.

Ich fange an mit dem Wahlvorgang Bundesschiedskommission. Vorgeschlagen ist Hannelore Kohl, der ich an dieser Stelle ganz herzlich gratulieren und Dank sagen will, weil sie mit der heutigen Wahl ihr 25-jähriges Dienstjubiläum in der Bundesschiedskommission feiert.

(BEIFALL)

Die Tagebücher zu den Schiedskommissionsentscheidungen würde ich gerne irgendwann lesen.

Ich würde dann jetzt den Wahlgang eröffnen. Die Karten sind bei euch allen eingeschoben. Es ist jetzt wieder die Entscheidung: 1, 2, 3, 1 für Ja, 2 für Nein und 3 für Enthaltung. Ich könnt jetzt abstimmen. - Ich frage: Haben alle abgestimmt?

(ZURUFE: NEIN!)

Es ist eine Einzelwahl. Wenn jemand technische Probleme hat, melde er sich bitte, damit wir das ganz schnell lösen. - Haben jetzt alle abgestimmt? - Ich habe noch ein Nein gehört. Deswegen frage ich nochmals. - Gut, dann warte ich noch einen Moment. - Haben jetzt alle abgestimmt? - Sehr gut. Dann schließe ich den Wahlgang, und wir warten auf das Ergebnis. - Es gibt ein Ergebnis. Bitte schön.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt. Abgegebene Stimmen 228, davon ungültig 1. Somit sind 227 Stimmen gültig. Mit Ja haben gestimmt 225. Das ist ein Prozentsatz von 99,12.

(BEIFALL)

Enthalten hat sich eine Stimme, und mit Nein gestimmt hat ebenso eine Stimme.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Liebe Hannelore, ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

(ZURUF)

Herzlichen Dank. Das freut uns besonders. Das ist auch ein schönes Jubiläumsergebnis. Danke schön.

(BEIFALL)

WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Damit würde ich zügig in den zweiten Wahlgang eintreten, nämlich um die stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission. Ich habe eben daraufhin gewiesen, dass wir für alle Funktionen jeweils genau die passende Anzahl von Kandidatinnen und Kandidaten haben. In diesem Fall sind das Werner Ballhausen und Roland Rixecker. Auch da muss ich, glaube ich, das Verfahren nicht mehr erklären. Das ist jetzt eine Listenwahl. Es ist wieder so: 1, bestätigen, 2, bestätigen. Ihr müsst mindestens einen wählen, maximal zwei. Ansonsten ist es ungültig. Mehr brauche ich nicht mehr zu erklären. Nachfragen dazu? - Nicht der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang.

Was ist die Frage? - Es ist nicht angezeigt, Astrid. Wir klären das gerade. Ich verlese die Namen noch einmal: 1 ist Werner Ballhausen, und 2 ist Roland Rixecker. Da sind sie angezeigt. Danke für den Hinweis. Darf ich mir die Frage schon erlauben, ob alle gewählt haben? Hat jemand noch nicht gewählt? - Okay, dann warten wir noch einen kleinen Moment.

Seid ihr fertig? - Wir brauchen jemanden für die Technik. Ein Gerät funktioniert hier vorne nicht. Haben jetzt alle gewählt? Hat es geklappt? - Okay, dann schließe ich den Wahlgang.

Ich fülle ein bisschen die Pause, bis das Ergebnis vorliegt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, weil jetzt ein paar mehr da sind, dass bis 12 Uhr die Abgabe eures Votums für den Dröschler-Preis noch möglich ist. Wenn ihr das möchtet, könnt ihr das, wie gesagt, tun. Ihr könnt euch das draußen auch noch einmal anschauen. Beteiligt euch bitte rege.

Es liegt ein Ergebnis vor.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt. Abgegebene Stimmen 279, davon gültig 279. Werner Ballhausen hat 273 Stimmen bekommen, und Roland Rixecker hat 241 Stimmen bekommen.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Ich frage Werner: Nimmst du die Wahl an?

(ZURUF)

Sehr schön. - Und Roland?

(ZURUF)

Sehr gut. - Dann gratuliere ich euch beiden ganz herzlich.

WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER DER SCHIEDSKOMMISSION

Ich komme zum nächsten Wahlgang. Das ist der Wahlgang über weitere Mitglieder der Bundesschiedskommission. Vielleicht können die schon jetzt eingebildet werden. Es sind vier Kandidatinnen und Kandidaten für vier Positionen. Das sind Ilse Brusis, Kristin Keßler, Thomas Notzke und Johannes Risse. Das ist wie gehabt: 1, bestätigen, 2, bestätigen, 3, bestätigen, 4, bestätigen. Dann seid ihr durch. Ich eröffne den Wahlgang.

Haben alle gewählt? - Nein. Dann warten wir noch einen kleinen Moment. Haben alle die Technik im Griff?

Haben jetzt alle gewählt? - Ich habe jetzt kein Nein mehr gehört. Dann schliesse ich den Wahlgang. Wir grüßen ganz herzlich den Spitzenkandidaten für die bayerische Landtagswahl, Christian Ude. Herzlich willkommen, Christian!

(BEIFALL)

Sehr gut, wir haben ein Ergebnis. Dann geht es weiter.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Beisitzer der Bundesschiedskommission bekannt:

Abgegeben wurden 308 Stimmzettel, davon waren 5 ungültig. Also sind 303 Stimmzettel gültig. Im ersten Wahlgang bedarf es auch hier --

(UNRUHE)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Achtet ihr bitte mal einen Moment auf den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission? Daraus ergibt sich nämlich gleich ein kleines Problem, das wir schnell lösen werden, aber es wäre gut, wenn ihr es vorher und nicht erst anschließend mitbekommt. – Bitte schön.

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Okay:

Ilse Brusis: 294 Stimmen;

Kristin Keßler: 294 Stimmen;

Thomas Notzke: 290 Stimmen;

Johannes Risse: 288 Stimmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Ich habe jetzt zunächst etwas zu klären, und dann frage ich, ob die Kolleginnen und Kollegen die Wahl jeweils annehmen.

Wir müssen einen Losentscheid über die Reihenfolge zwischen Ilse Brusis und Kristin Keßler durchführen. Das hat etwas damit zu tun, dass es ein Nachrückverfahren in den Schiedskörper bei entsprechenden Entscheidungen gibt. Das haben wir in Dresden bei Stimmgleichheit auch schon so gemacht. Deswegen würde ich jetzt zusammen mit Doris den Losentscheid herbeiführen. Ich mache die Augen zu und greife ins Körbchen. Danach haben wir eine Entscheidung, und dann frage ich in der Reihenfolge nach der Wahlannahme. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Ich mache jetzt die Augen zu und ziehe. – Das ist: Kristin Keßler.

Dann ist die Reihenfolge: Kristin Keßler, Ilse Brusis, Thomas Notzke und Johannes Risse.

Ich frage zunächst Ilse: Nimmst du die Wahl an?

(ZURUF: JA!)

Kristin?

(ZURUF: JA!)

Thomas?

(ZURUF: JA!)

Johannes?

(ZURUF: JA!)

- Sie liegen alle vor. Dann ist das erledigt. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür und wünsche möglichst wenig Arbeit in dieser Kommission.

(BEIFALL)

WAHL DER MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION

Dann komme ich jetzt zum Wahlgang "Mitglieder der Kontrollkommission". Auch hier will ich noch einmal darauf hinweisen: Es sind so viele Kandidatinnen und Kandidaten wie Funktionen. Deswegen könnten wir, wenn alle mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen haben, auf einen zweiten Wahlgang verzichten. Es gibt sozusagen niemanden, der am Ende herausfliegt. Es geht nur um die Frage, ob es ein Wahlgang wird oder zwei Wahlgänge sein werden.

Das ist wieder eine Listenwahl. Das Verfahren kennt ihr. - Dieser Zettel hier ist ausgeteilt worden. Den müsstest ihr alle vorliegen haben. Ist das so? – Sehr gut. Es sind neun Kandidatinnen und Kandidaten. Ihr müsst also mindestens fünf wählen, damit der Stimmzettel gültig wird, und ihr dürft maximal neun wählen. Das ist allerdings schwer zu verfehlen, weil es nur neun sind. - Dann eröffne ich jetzt den Wahlgang.

Haben jetzt alle gewählt? – Gut, ich höre kein „Nein“. Dann schliesse ich den Wahlgang und mache euch jetzt den Vorschlag, dass wir jetzt nicht auf das Wahlergebnis warten, sondern es später verkünden und jetzt in der Tagesordnung weitermachen. Seid ihr damit einverstanden? - Sehr gut. Dann hat Doris jetzt das Wort.

EINBRINGUNG LEITANTRAG WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Gäste! Auch von meiner Seite aus noch einmal ein herzliches Willkommen an diesem Dienstagmorgen. Wir haben uns für den Parteitag insgesamt alle großen politischen Bereiche vorgenommen. Heute Morgen steht die Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt.

Es liegt schon jetzt eine Reihe von Wortmeldungen für diesen Themenkomplex vor, der uns in der nächsten Zeit beschäftigen wird. Ich würde bitten, dass wenn ihr euch in der Generaldebatte oder zu einzelnen Anträgen zu Wort melden wollt, ihr das jetzt bitte vorne tut, damit wir dann auch wissen, wie lang die Redeliste ist, sodass wir entsprechend sofort einsteigen können. Sollten also noch Wortmeldungen gewünscht sein: Gebt die bitte ab. Ich würde dann auch vorschlagen, dass wir mit Beginn der Einbringung die Redeliste schließen.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit wir gut durch dieses Thema kommen und damit wir uns vor allen Dingen kompetent zu diesem Thema äußern können, ist es sicherlich ganz besonders gut, dass Peer Steinbrück uns jetzt ist die wirtschafts-, finanz- und steuerpolitische Debatte einführen wird. - Peer, du hast das Wort.

(BEIFALL)

Peer Steinbrück, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst gerne Sigmar Gabriel herzlich zur Wiederwahl zum Parteivorsitzenden gratulieren. Nach zwei Jahren schwieriger Tätigkeit ein so gutes Ergebnis zu erzielen, lieber Sigmar, das stärkt dich, aber das stärkt auch die Partei. Hättest du ein noch besseres Ergebnis erzielt, dann würde ich dich jetzt Erich nennen,

(HEITERKEIT)

aber mit den 91,5 Prozent kannst du und kann die Partei wunderbar leben.

(BEIFALL)

Ich möchte auch allen wiedergewählten, neugewählten Mitgliedern des Parteivorstandes herzlich zur Wahl gratulieren. Ich wünsche ihnen den Mut, die Dinge zu ändern, die sie ändern können, die Gelassenheit, die Dinge hinzunehmen, die sie nicht ändern können, und die Weisheit, das Erste vom Zweiten zu unterscheiden.

(BEIFALL)

Die Politik, liebe Genossinnen und Genossen, ist – ich muss hinzufügen: wieder einmal - bei den großen Fragen angekommen. Zwanzig Jahre nach der deutschen und damit auch nach der europäischen Wiedervereinigung findet dieser Parteitag zu einer Zeit statt, die sehr grundsätzliche Frage aufwirft: Zerfällt die Europäische Union in einen losen Staatenverbund, reduziert auf einen Binnenmarkt – jeder steht für sich allein -, oder gehen wir weiter den Weg der europäischen Integration vor dem Hintergrund

erheblicher politischer, ökonomischer Veränderungen in den globalen Gewichtsklassen? Schafft sich die Europäische Union als Konsequenz aus dieser Krise neue politische Strukturen und vor allen Dingen auch weitergehende demokratische Verfahren? Wie entwickeln sich die Wirtschaft und die Gesellschaft unter dem Einfluss – fast hätte ich gesagt: unter dem Diktat - entgrenzter und entfesselter Finanzmärkte? Bei wem liegt eigentlich der Taktstock des Geschehens? Nehmen die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft zu, möglicherweise sogar mit einer Gefährdung der inneren Friedfertigkeit unserer Gesellschaft, oder gelingt es uns, den Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu erhalten? Sind wir uns der sehr weit reichenden sozialen, ökonomischen, gesellschaftlichen und auch ökonomischen Konsequenzen der demografischen Entwicklung bewusst, oder stehen wir plötzlich an der Wand, weil wir feststellen, dass diese Demografie die finanziellen Grundlagen dieses Kulturgutes des Sozialstaates zerfrisst? Ist die Politik – namentlich das Parteiensystem - in der Lage, das Vertrauen und das Zutrauen der Bürger zurückzugewinnen, oder erodiert dies weiter mit einer Gefährdung der demokratischen Substanz unserer Gesellschaft?

Es hat über alle Jahrzehnte der deutschen Nachkriegsgeschichte hinweg bestimmt nicht an Herausforderungen gefehlt, und die SPD hat ihren Beitrag geleistet, diese Herausforderungen zu meistern. Wo stünde die Bundesrepublik Deutschland heute ohne die teilweise bitteren Reformen und Maßnahmen in der Regierungszeit von Gerhard Schröder und ohne die Beiträge sozialdemokratischer Minister und Ministerinnen in der Großen Koalition?

(BEIFALL)

Die schwarz-gelbe Bundesregierung profitiert davon. Aber wir dürfen, wie ich finde, mit mehr Selbstbewusstsein über das reden und das darstellen, was uns in diesen letzten zehn Jahren gelungen ist.

(BEIFALL)

Es hat an Herausforderungen nicht gefehlt, aber wir haben es heute mit einer neuen Qualität zu tun: Kommt es in der weiteren Integration Europas möglicherweise zu der Abgabe nationaler souveräner Rechte auf europäische Institutionen? Das hätte sehr weitreichende Folgen, auch mit Blick auf das Grundgesetz.

Kommen wir voran mit der Rückgewinnung des Primats der Politik?

Können wir ein Auseinanderdriften von Arbeitsmarkt und der Gesellschaft verhindern?

Können wir die demografische Entwicklung in den Griff kriegen? Können wir die Lunte der Folgen dieser demografischen Entwicklung austreten?

Und gewinnen wir das Vertrauen, die politische Legitimation wieder zurück, indem wir den Menschen gegenüber glaubwürdiger auftreten als bisher, gegebenenfalls auch mit einem anderen politischen Stil? Es geht also um ernsthafte Dinge, und es geht deshalb auch um ernsthafte Debattenbeiträge auf diesem Parteitag und nicht um die Befriedigung einer medialen Neugier.

(BEIFALL)

Das ist die Erwartung von euch Delegierten, aber das ist auch der Anspruch der Menschen, die uns zuhören und die wir neugierig machen wollen auf die SPD. Genau das, liebe Genossinnen und Genossen, ist

diesem Parteitag bisher hervorragend gelungen.

(BEIFALL)

Die großen Fragen schließen nicht aus, sich über die aktuelle Politik zu erregen: Ich ärgere mich mit euch über den schamlosen Betrug der CDU bei der Einführung einer Lohnuntergrenze auf ihrem letzten Parteitag.

(BEIFALL)

Ich ärgere mich mit euch über die Zögerlichkeit, über das Taktieren bei der Einführung einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte,

(BEIFALL)

über die dämliche, fatale und skandalöse Fernhalteprämie,

(BEIFALL)

die unter integrationspolitischen, unter bildungspolitischen Gesichtspunkten, auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Erwerbsfähigkeit von Frauen reiner Schwachsinn ist, die 2 Milliarden kostet - 2 Milliarden, die wir dringend für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur viel besser brauchen.

(BEIFALL)

Ich ärgere mich mit euch über den fiskalischen, auch verteilungspolitischen Schwachsinn einer Steuerenkung - nichts anderes als ein Pausentee für die FDP auf der Wegstrecke bis zur nächsten Wahl.

(BEIFALL)

Einige wollen denen vielleicht lieber einen Abführtee verpassen.

(BEIFALL)

Ich bin mir ganz sicher, dass das, was Sigmar gestern gesagt hat, richtig ist, dass nämlich Wolfgang Schäuble täglich eine Kerze ins Fenster stellt - während der Adventszeit vielleicht zwei Kerzen -, dass die SPD im Bundesrat diesen Schwachsinn verhindert.

(BEIFALL)

Ich ärgere mich nicht, aber ich bin empört über das entsetzliche Versagen der Sicherheitsbehörden und über die politische Blindheit gegenüber dem Rechtsterrorismus in Deutschland.

(BEIFALL)

Die SPD aber, liebe Genossinnen und Genossen, weiß seit jeher, dass allein Empörung, allein gute Absichten, allein das gut Gemeinte, allein der moralische Impetus politisch noch nichts verändert und nichts verbessert.

(BEIFALL)

Das kann nur demokratisch legitimierte Politik, also das gut Gemachte. Also muss die SPD Mehrheiten gewinnen, um Frau Merkel und die amtierende Bundesregierung in den Vorruhestand zu schicken.

(BEIFALL)

Genau das muss das ganze Sinnen und Trachten der SPD sein: mit unseren Konzepten, mit unseren Beschlüssen, mit unserer öffentlichen Darstellung Regierungsfähigkeit zu belegen und Regierungswillen zu dokumentieren. Das muss unser Anliegen sein.

(BEIFALL)

Das heißt aber auch, liebe Genossinnen und Genossen, dass nach Beendigung dieses Parteitages jeder unserer Beschlüsse bei einer dann hoffentlich stattfindenden Regierungsübernahme den Realitätstest und den Robustheitstest gegenüber Einwänden bestehen können muss. Darüber müssen wir nachdenken bei jeder Beschlusslage.

(BEIFALL)

Der Maßstab für unsere Regierungsfähigkeit, der Maßstab für unseren Regierungswillen, liebe Genossinnen und Genossen - da wird es etwas anstrengend -, ist nicht der Rückzug auf das Parteiverträgliche und nicht alleine unsere Selbstvergewisserung.

(VEREINZELT BEIFALL)

Der Maßstab ist die inhaltliche Öffnung auf eine sich verändernde Welt und eine sich verändernde Gesellschaft, die personelle Öffnung für ein breites Angebot unterschiedlicher politischer Charaktere und die organisatorische Öffnung hin auf eine Einladung an Interessierte und Engagierte in dieser Gesellschaft, die wir aber nicht gleich parteipolitisch verhaften wollen.

(BEIFALL)

Mehrheiten gewinnen wir mit Angeboten, die über die Grenzen der SPD hinaus als vernünftig, als konsistent angesehen, von einer klaren politischen Haltung geprägt sind - und deshalb auf Zustimmung stoßen. Das gilt nicht nur, aber das gilt im Besonderen für den Bereich von Wirtschaft und Finanzen, wo die SPD - das tut ein bisschen weh - trotz unserer Leistung nach wie vor um die Anerkennung ihrer Kompetenz werben muss. Die Mobilisierung der Partei durch ein identitätsstiftendes Programm und das wertgeleitete Bekenntnis ist zweifellos eine notwendige Bedingung, um Wahlen zu gewinnen. Eine hinreichende Bedingung, liebe Genossinnen und Genossen, ist sie nicht, wenn sie über die Parteigänger und Sympathisanten der SPD hinaus nicht so viele Wähler wie Wählerinnen erreichen, dass sich dann eine Mehrheit für uns ergibt.

Nach der ergreifenden Rede von Helmut Schmidt und dem leidenschaftlichen pro-europäischen Plädoyer von Frank-Walter Steinmeier will ich meine Ausführungen zu Europa relativ kurz halten.

Ich bin davon überzeugt, dass ein Zerfall der Euro-Zone ziemlich schnell auch eine politische Renationalisierung zur Folge hätte - mit all den Risiken, die schon mehrfach von vielen angesprochen worden sind. Das würde die europäische Integration vor dem Hintergrund einer sich um uns herum deutlich verändernden Welt um Jahrzehnte zurückwerfen. Ich sage aber: Diese europäische Integration ist die

Antwort auf 1945, mit meiner Generation als erster, die nicht in einem europäischen Krieg verheizt worden ist, und sie ist die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - beides!

(BEIFALL)

Wir müssen als Sozialdemokraten den Faden aufnehmen, der in diesem Parteitag von vielen gelegt worden ist, nicht zuletzt auch durch die Rede von François Hollande, durch den bemerkenswerten Auftritt von Jens Stoltenberg, durch die Teilnahme von Boris Tadic. Das heißt, wir müssen eine neue Erzählung über Europa entwerfen, die insbesondere auch die jüngere Generation packt - so wie viele von uns in den 60er-, in den 70er-Jahren von dieser europäischen Vision gepackt worden sind - und die gleichzeitig unsere Bürger davon überzeugt, dass deutsche Solidarleistungen für dieses Europa richtig sind.

(BEIFALL)

Darin liegt mein Hauptvorwurf an die Bundeskanzlerin: dass sie anstelle einer solchen europäischen Erzählung, anstelle einer Erklärung, was dieses Europa für Deutschland bedeutet, mit den negativ unterlegten Begriffen der Transferunion und der Haftungsgemeinschaft Ressentiments geweckt hat.

(BEIFALL)

Die Bundeskanzlerin hat keinen Zugang zu dieser europäischen Erzählung gefunden, sondern sie sieht das Ganze sehr physikalisch, sehr mechanisch. Aber Europa ist nicht Physik, Europa ist nicht Mechanik. Europa ist über seine schmerzhaften historischen Erfahrungen hinaus, über die Tatsache hinaus, dass wir in den letzten 50, 60 Jahren uns zu einer einmaligen Wirtschaftsregion entwickelt haben, viel mehr. Europa ist Demokratie. Europa ist Rechtsstaatlichkeit mit unabhängigen Gerichten. Europa ist Sozialstaatlichkeit. Europa ist die Trennung von Staat und Kirche. Europa ist kulturelle Vielfalt. Europa ist Freizügigkeit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit. Europa ist der Motor der Aufklärung. Das alles ist Europa.

(BEIFALL)

Das ist der Stoff, aus dem sich die europäische Erzählung zusammensetzt. Wir müssen diese Erzählung entwerfen, wir Sozialdemokraten.

Freiheit, hat Willy Brandt gesagt, ist nicht alles. Aber ohne Freiheit ist alles nichts. Viele von euch erinnern sich vielleicht an seine Abschiedsrede als Parteivorsitzender in Bonn, wo er gesagt hat ich zitiere ihn : „Wenn ihr mich fragt, was mir das Wichtigste ist, dann sage ich euch: Neben dem Frieden die Freiheit.“ Freiheit von Unterdrückung und Knechtschaft, Freiheit von Ausbeutung und von Verelendung, Freiheit von Krieg und von Terror, aber eben auch Freiheit zur Selbstbestimmung, Freiheit zur Bildung. Das ist das sozialdemokratische Freiheitsideal, das mich Anfang 1969 in die SPD geführt hat. Dieses sozialdemokratische Freiheitsideal begründet auch immer ein Aufstiegsversprechen, das Versprechen, du sollst es besser haben als deine Vorväter, das Versprechen, deine Kinder sollen es eines Tages besser haben als du. Das Problem ist, dass die Erfüllung dieses Aufstiegsversprechens unter den obwaltenden Bedingungen immer schwerer fällt.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es kann sein, dass deshalb der eine oder die andere uns auch auf der Wegstrecke der letzten Jahre verlassen haben.

Freiheit ist aber nicht grenzenlos. Sie endet dort, wo sie die Freiheit anderer einschränkt. Das gilt auch und insbesondere für die Freiheit der Märkte. Freiheit entsteht nur dort, wo nicht Egomane, wo nicht Rücksichtslosigkeit, sondern wo Gemeinsinn und Gemeinwohl herrschen.

(BEIFALL)

Diese Gemeinwohlorientierung muss sich die SPD auf ihre Fahnen schreiben. Diese Gemeinwohlorientierung muss sie einem Laissez faire, einer Ellbogenfreiheit des Stärkeren, einer Ellbogenfreiheit des durch Herkunft Privilegierten, einer Marktorthodoxie entgegensetzen. Das kann auch in der Konkurrenz zu anderen Parteien am ehesten, um nicht zu sagen, allein die SPD am besten.

(BEIFALL)

Es kann nicht sein, dass unter der Devise Freiheit für die Märkte ein Raum für asoziales und amoralisches Verhalten eingeräumt wird,

(BEIFALL)

dass alle Lebensbereiche von der Bildung bis zur kommunalen Daseinsvorsorge einem ökonomischen Verwertungs- und Renditekalkül unterworfen werden. Das zersetzt Gesellschaft, das zersetzt den Zusammenhalt dieser Gesellschaft.

(BEIFALL)

Diese Marktorthodoxie mit ihrer neoklassischen, auch neoliberalen Begründung - obwohl ich im Sinne von Sigmar den Begriff der Liberalität für die SPD nicht preisgeben möchte - ist in dieser Krise mit ihren erheblichen Folgekosten gescheitert. Mit ihr sind auch die Prätorianer gescheitert, die uns diese Marktversessenheit wie eine Monstranz vorgehalten haben.

Dazu gehört in erster Linie die FDP. Aber ich erinnere auch an Leipzig I der CDU, wo sie auf dem Trip dieser Deregulierung und auch einer Staatsverachtung gewesen ist. Das darf man nicht dem Kurzzeitgedächtnis anheimfallen lassen.

Selbstkritisch ist hinzuzufügen, dass auch wir Sozialdemokraten uns diesem Paradigma der Deregulierung wahrscheinlich zu lange, zu widerstandlos ergeben haben.

(BEIFALL)

Selbstkritisch ist hinzuzufügen, dass wir die Deutungshoheit zu sehr den anderen überlassen haben. Das schließt eigene Irrtümer ein, insbesondere mit Blick auf meine deutliche Unterschätzung dessen, was sich im Schattenbankenwesen entwickelt hat mit enormen Risiken.

Gelegentlich geht mir durch den Kopf, liebe Genossinnen und Genossen, ob die politischen, die gesellschaftlichen Kosten der Krise nicht größer sein könnten als die wirtschaftlichen Verluste und

die wirtschaftlichen Folgen.

Warum? Nun, viele Menschen zweifeln. Sie zweifeln an der Steuerungs- und Handlungsfähigkeit der Politik. Sie haben den Eindruck, dass nicht etwa demokratisch legitimierte Institutionen ihren Weltenlauf oder ihre Lebenslauf und ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse bestimmen, sondern anonyme, entgrenzte, entfesselte Märkte. Daraus kann sich, wenn man nicht aufpasst, durchaus eine legitimatorische Krise unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und auch unseres wirtschaftlichen Ordnungsmodells ergeben. Das meine ich mit den politisch-gesellschaftlichen Kosten, die weit über den ökonomischen Effekt hinausgehen.

Die SPD beschreibt in ihrem Antrag „Fortschritt und Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“ ihre Vorstellungen von einem neuen Fortschrittsmodell für unser Land. Sie misst der Regulierung der Finanzmärkte eine zentrale Bedeutung zu.

Es hat dazu diverse Vorschläge gegeben. Ihr habt vielleicht in Erinnerung, wie weit auch Helmut Schmidt in seinem Vortrag am Sonntag gegangen ist. Ich will das nicht wieder aufgreifen. Ich selber habe auch eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Das geht sehr weit, was wir brauchen.

Wir brauchen ein Verbot, dass Banken Rohstoffe und Nahrungsmittel erwerben und lagern können.

(BEIFALL)

Wir brauchen ein Verbot des Handelns mit Kreditversicherungsscheinen von denjenigen, die sich gar nicht konkret gegen einen Kreditausfall versichern.

(BEIFALL)

Wir brauchen ein Verbot von Derivaten. Das sind Wetten auf zukünftige Preise. Das kann man auf Schweinehälften, auf Nickel, auf Gold, auf Währungen machen,

(BEIFALL)

soweit diese Derivate nicht einer realwirtschaftlichen Absicherung dienen, die übrigens auch von vielen deutschen Industrieunternehmen genutzt werden und damit durchaus im Interesse auch ihrer Arbeitnehmerschaft liegen.

Ich bin in der Tat für ein Trennbankensystem.

Es fehlt also nicht an weitgehenden Vorschlägen. Der Punkt ist, dass wir diese Vorschläge allein in nationalstaatlicher Reichweite vielleicht versuchen können zu setzen. Aber es wird nicht ausreichen. Wir müssen vielmehr eine internationale Reichweite erzielen. Das heißt, wir müssen das tun, was dieser Finanzkapitalismus längst getan hat, sich internationalisieren. Aber wenn das der Fall ist, dann ist die Stärkung, die Fortentwicklung europäischer Institutionen um so wichtiger.

(BEIFALL)

Wenn das richtig ist, dann geht es darum, dass sich die europäischen sozialdemokratischen und sozialis-

tischen Parteien neu organisieren und mehr Gewicht auf die Platte in Europa bringen.

(BEIFALL)

Man wird jedenfalls das Totschlagargument abwehren müssen, das lautet: Das kannst du nicht umsetzen im G-20-Kreis, du kannst es nicht umsetzen im Kreis der EU der 27. Nein. Liebe Genossinnen und Genossen, dann müssen wir mit den Ländern anfangen, die in der Europäischen Währungsunion sind.

(BEIFALL)

Wir haben es versäumt, das Fenster zwischen dem Herbst 2008 und Frühjahr 2009 für eine weitergehende Regulierung und Aufsicht zu nutzen. Das ist zuzugeben. Aber wenn wir dabei sind, dieses Europa in eine fiskalische und politische Union zu überführen, wenn es sogar so weit kommen sollte, dass wir erneut Banken mit öffentlichem Geld stützen müssen, damit die Dominosteinreihe nicht fällt, dann diesmal nur unter der Bedingung einer weiter reichenden Regulierung und Aufsicht über die Finanzmärkte.

(BEIFALL)

Es geht aber nicht nur um die Stabilität der Finanzmärkte. Es geht in diesem Antrag auch um die Stabilität unserer Gesellschaft. Tatsächlich haben wir es mit einer ganzen Reihe von Fliehkräften in dieser Gesellschaft zu tun, die sie auseinanderreißt, die eine Drift auslöst. Diese Drift ist festzustellen in der Einkommens- und Vermögensverteilung - nachweislich, nicht von der Abteilung Agitation und Propaganda der SPD dargestellt, sondern statistisch fassbar. Diese Drift in der Gesellschaft ist gegeben durch den demografischen Druck, wo die Gegenwartsinteressen meiner Generation gelegentlich in Konfrontation zu Zukunftsinteressen der jüngeren Delegierten in diesem Saal stehen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das war ein einsamer beifallklatzender junger Delegierter hier.

(HEITERKEIT - BEIFALL)

Diese Fliehkräfte erstrecken sich auf die Spaltung des Arbeitsmarktes - das kennt ihr alles -, wo der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse immer weiter zunimmt. Diese Fliehkräfte erstrecken sich darauf, dass der Zugang zu Bildungseinrichtungen nach wie vor vom materiellen und sozialen Status der Eltern abhängig ist. Diese Drift gibt es auch mit Blick auf die Frage, wie wir die Integrationsbereitschaft derjenigen, die zu uns kommen, verbinden können mit der Integrationsfähigkeit der Einheimischen. All das wirkt in dieser Gesellschaft als Fliehkraft.

Es gibt einerseits zu viele Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss. Es gibt zu viele gut ausgebildete Jugendliche, die erst nach dem vierten Praktikum einen Job kriegen.

(BEIFALL)

Es gibt zu viele ältere Arbeitnehmer, die arbeiten wollen und müssen, die aber keinen Job haben. Es gibt zu

viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Niedrigstlöhne und Niedriglohn beziehen und damit in der Würde ihrer Arbeit nicht anerkannt werden.

(BEIFALL)

Es gibt zu viele Langzeitarbeitslose, die kein Entrinnen aus Hartz IV sehen. Aber es gibt auf der anderen Seite eben auch eine hochleistungsfähige, eine hochmotivierte junge Generation, die für ihre Leistungen belohnt werden und Anerkennung finden will, die übrigens den augenblicklichen linear-progressiven Tarif als Singles gar nicht witzig findet.

Es gibt nach Peter Glotz nach wie vor eine sehr starke - er nennt es - produktivistische Klasse von Facharbeitern, hochgradig qualifiziert, das Rückgrat der deutschen Industrie. Es gibt einen sehr stark stabilisierenden Mittelstand von kleinen, mittleren, von Familienunternehmen. Es gibt auch disponierende Eliten in den Unternehmen, die einer Verantwortungsethik folgen.

(BEIFALL)

All diese Gruppen wird die SPD berücksichtigen und ansprechen müssen, wenn sie den Charakter als Volkspartei behalten will.

(BEIFALL)

Wie machen wir das? Indem wir erstens die sozialen Sicherungssysteme mit der Absicherung gegen die großen Lebensrisiken demografiefester machen und auch robuster finanzieren gegen wirtschaftliche Schwankungen. Indem wir zweitens Bildung als Schlüssel für ein selbstverantwortetes und freies Leben betrachten und auch entsprechend finanzieren und indem wir drittens zur Finanzierung öffentlicher Leistungen jeden nach seiner individuellen Leistungsfähigkeit heranziehen, aber - jetzt kommt es - ohne ihn so zu belasten, dass er den Gesellschaftsvertrag, man kann auch sagen: den Solidarvertrag und seine Leistungsbereitschaft aufkündigt.

(BEIFALL)

Die SPD ist die Partei, die das Bündnis zwischen den Starken und Schwachen organisieren muss. Aber dann darf man die Starken auch nicht verprellen, weil dann dieses Bündnis nicht zustande kommt.

(BEIFALL)

Das ist mein Argument gegen eine prohibitive Besteuerung. Man darf den politischen Kontrahenten nicht die Munition in die Hand geben, die ihnen sehr dienlich ist, um ein ansonsten sehr stimmiges Finanz- und Steuerkonzept der SPD einer Diskreditierung anheimzustellen.

(BEIFALL)

Wenn jemand glaubt, dass wir mit einer solchen prohibitiven Besteuerung sehr gute Chancen haben, gewählt zu werden, dann möchte ich, bevor ihr über mögliche Änderungsanträge beschließt, gerne, dass ihr Christian Ude, Torsten Albig und Stephan Weil fragt, ob sie das denn auch als eine Chancenverbesserung in ihren kommenden Landtagswahlkämpfen ansehen.

(BEIFALL)

Ich will drei Punkte aufgreifen, die in diesem Antrag eine große Rolle spielen. Unterschätzt mir nicht den Stellenwert, den die Bürgerinnen und Bürger dem soliden Umgang mit den Staatsfinanzen zumessen. Wir unterschätzen das gelegentlich.

(TONSTÖRUNG)

Das ist die CDU.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Ja, die hören mit. Die hören ganz genau mit.

(BEIFALL)

Staatsverschuldung, liebe Genossinnen und Genossen, ist Umverteilung. Wer profitiert von einer Staatsverschuldung? Doch nicht die alleinerziehende Verkäuferin, die mit 1.100 oder im Osten mit 900 Euro nach Hause kommt. Die kauft keine Staatsanleihen. Staatsverschuldung ist Umverteilung. Staatsverschuldung verhindert Zukunftsinvestitionen. Eine wachsende Staatsverschuldung erhöht die Abhängigkeit von Kapitalmärkten. Das heißt, wenn wir den Primat der Politik reden, dann darf man die Nettoneuverschuldung nicht erhöhen, man muss sie senken.

(BEIFALL)

CDU/CSU und FDP haben ihren Nimbus als Sachwalter der Steuerzahler durch einen soliden Umgang mit den Staatsfinanzen längst verloren,

(BEIFALL)

über die dämlichen Steuerprivilegierungen, ausgerechnet über eine Steuersenkung, die die Staatsverschuldung um 6 bis 8 Milliarden erhöht, worauf wir zusätzliche 180 Millionen Euro Zinsen zahlen müssen.

(BEIFALL)

Dann treten wir in Europa als Schulmeister gegenüber den anderen Ländern auf und sagen: Ihr müsst mal Haushaltskonsolidierung betreiben!

(BEIFALL)

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn.

(BEIFALL)

Dieser Mindestlohn muss so hoch sein, dass man vollbeschäftigt davon leben kann. Ich füge hinzu: Wer sein Geschäftsmodell auf Niedrig- und Niedrigstlöhnen aufbaut, hat kein Geschäftsmodell.

(BEIFALL)

Der erste Teil des folgenden Satzes mag euch befremden; aber hört den zweiten Teil auch an: Ich habe prinzipiell nichts gegen Leiharbeit, wenn, ja wenn und soweit sie der freien beruflichen Planung des Einzelnen entspricht und bestimmte Auftragsspitzen von Unternehmen abfedert. Aber Tatsache ist, dass inzwischen zu viel Zug in den Kamin gekommen ist, worüber die Spaltung des Arbeitsmarktes angeheizt wird.

(BEIFALL)

Es kann nicht sein, dass Stammebelegschaften und Zeitarbeiter in ein und demselben Betrieb für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden.

(BEIFALL)

Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern, ich glaube, darüber hinaus auch des sozialen Friedens. Auch die Arbeitgeber können den Spaltpilz von Lohnungerechtigkeit, der über den Arbeitsmarkt hinaus in eine Gesellschaft wuchert, nicht begrüßen, nicht akzeptieren. Das ist der Grund, warum ich übrigens beim Bundesverband der deutschen Arbeitgeber vor drei Wochen genauso geredet habe wie gerade jetzt.

Equal Pay, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, gilt auch für Frauen und Männer.

(BEIFALL)

In Deutschland sind die Bruttolöhne von Frauen um über 23 Prozent niedriger als die Bruttolöhne im Durchschnitt von Männern. Damit sind wir das zweitschlechteste Land in der Europäischen Union. Der Durchschnitt in der Europäischen Union ist 17 Prozent. Erkennbar kriegen die Frauen weniger, nicht weil sie schlechter qualifiziert sind, sondern nach wie vor durch Diskriminierungsmechanismen in diesen Unternehmen.

(BEIFALL)

Das können wir uns nicht leisten. Insbesondere können wir uns das nicht leisten mit Blick auf den Fachkräftemangel, der absehbar ist. Ich füge einen Satz hinzu, der mir als Mann sehr schwer fällt: Das ist umso grotesker, weil diese Frauen im Durchschnitt inzwischen bessere schulische, bessere berufliche und bessere akademische Abschlüsse machen als Männer.

(BEIFALL)

Das bestätigen mir meine Töchter im Vergleich zu meinen Abschlüssen.

(HEITERKEIT)

Deshalb bin ich ganz froh, dass ich mit dieser Generation von Frauen nicht mehr konkurrieren muss.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Ich muss euch nicht lange erzählen, dass das Wohlstandsniveau, dass die Wohlstandsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beruht auf einem starken industriellen Sektor mit hochgradig qualifizierten Arbeitnehmern, mit darauf aufbauenden produktionsorientierten Dienstleistungen und einem sehr wettbewerbsfähigen Mittelstand. Das macht das Rückgrat dieser deutschen Wirtschaft, seine Beschäftigung, seine Ausbildungsplätze, seiner Steuerzahlungen aus.

(BEIFALL)

Wenn das aber so ist, dann muss die SPD der Dienstleister dieses Industriesektors und dieses Mittelstandes sein,

(BEIFALL)

und zwar nicht nur in Sonntagsreden, wenn ich bei der Handwerkskammer bin oder bei einem Empfang der IHK, sondern auch über die Woche, und das hat mehrere Aspekte. Dann geht es um die Standortsicherung der deutschen Industrie. Wir dürfen den Prozess der Deindustrialisierung, den Fehler, den andere Länder gemacht haben, bis zum Pionier der industriellen Revolution, Großbritannien, nicht nachvollziehen. Wir müssen diesen Bereich halten.

(BEIFALL)

Das wird dann aber sehr konkret, wie ihr wisst, sehr konkret bei der Bereitstellung von Infrastruktur für Kommunikation, für Transport, Verkehr, Energie. Das wird sehr konkret mit Blick auf die Frage, ob wir nicht endlich ein Rohstoffversorgungskonzept für diese deutsche Industrie brauchen. Das wird sehr konkret bei der Fragestellung der Planbarkeit und Dauer von Genehmigungsverfahren. Und es wird sehr konkret mit Blick auf die Fragestellung, wie wir denn Realkapitalinvestition besteuern und wie wir bloße Kapitalanlagen besteuern.

(BEIFALL)

Da steckt Musik drin. Dort entscheidet sich ein Kompetenzvergleich mit politischen Wettbewerbern. Und dort mag es auch die eine oder andere Differenz und notwendige Abgrenzung gegenüber den Grünen geben.

Mir ist allerdings auch ein Punkt im Steuerkonzept der Grünen aufgefallen, der hochinteressant ist: Sie tragen dafür Sorge, dass ihre Vermögensabgabe als eine Belastung der Substanz gerade kleiner und mittlerer Unternehmen nie den ganzen Gewinn wegnimmt und bei keinem Gewinn nicht zur Illiquidität führt.

(BEIFALL)

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen dem Versuch widerstehen, mehr zu versprechen, als wir halten können. Es war einer der Kernsätze der Rede gestern bei Sigmar. Dem stimme ich uneingeschränkt zu.

(BEIFALL)

Die einzige Passage, Sigmar, in der ich mich nicht ganz wiedergefunden habe, war als Du einen sehr kalten Hauch des bloßen Pragmatismus verbreitet hast. Es ging nie um einen kalten Pragmatismus, sondern es geht um einen Pragmatismus aus sittlicher Überzeugung. Das ist etwas anders, das ist mehr.

(BEIFALL)

Aber noch einmal zurück. Wir müssen der Versuchung widerstehen, den Menschen mehr zu versprechen, als wir halten können. Denn das gelegentlich zu große Wort legt den Kern der Unerreichbarkeit und schafft Verdruss bei denjenigen, die sich hinter uns versammeln wollen und die sich mit uns auf einen Weg machen wollen, aber die möglicherweise dann das Ziel gar nicht mehr erkennen oder das Ziel für unerreichbar halten. Das kann Glaubwürdigkeit zerstören. Ja, wir streben nach einer gerechten Gesellschaft. Aber so wie ein Steuermann, so wie ein Navigator den Nordstern als Fixstern hat und ihn nicht erreichen wird, so orientieren wir uns an dem Fixstern einer gerechten Gesellschaft.

(BEIFALL)

Wir wissen aber gleichzeitig, liebe Genossinnen und Genossen, dass Politik ein immerwährender Prozess ist und niemals zum Stillstand kommt. Wir werden nie angekommen sein, aber die SPD wird immer unterwegs sein.

(BEIFALL)

Stillstand ist Rückschritt. Wir müssen die Avantgarde sein, und da, wo wir noch nicht an der Spitze sind, müssen wir hin.

(BEIFALL)

Wer nach einer freien, wenn nach einer gerechten Gesellschaft strebt, der muss für den Primat der Politik sein. Ohne Primat der Politik wir es keine gerechte Gesellschaft geben.

(BEIFALL)

Das Volk und die es vertretende Abgeordneten, sie bestimmen, wohin die Reise geht, niemand sonst.

(BEIFALL)

Dafür stehe ich. Dafür stehe ich mit euch gemeinsam. Die SPD hat nicht 150 Jahre für eine freie und gerechte Gesellschaft gekämpft, um sie jetzt in der Krise verloren zu geben. Das Volk ist der Souverän

(BEIFALL)

und nicht der Markt, geschweige denn Marktakteure, die inzwischen ganze Volkswirtschaften in Grund und Boden spekuliert haben. Der Weg aus dieser Krise ist weder politisch noch ökonomisch ein Spaziergang, wie ihr wisst. Ich weiß, wir müssen zurück. Wir müssen zurück zu einer sozialen Marktwirtschaft, die ihrem Namen wieder gerecht wird,

(BEIFALL)

einer Marktwirtschaft, für die der alte Satz von Karl Schiller nach wie vor durchaus eine Wegweisung gibt, der da lautete: So viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig. Wir, die SPD, müssen die soziale Marktwirtschaft gegen Frau Merkel aus der Partei von Ludwig Erhard zurückerobern. Das ist die Ironie der Geschichte.

(BEIFALL)

Wir werden über Steine gehen müssen. Aber wir sind Sozialdemokraten. Wir werden nicht stehen bleiben. Das Entscheidende ist: Wir gehen zusammen. Vielen Dank.

(LANGANHALTENDER BEIFALL - DIE DELEGIERTEN ERHEBEN SICH)

BERATUNG LEITANTRAG UND ANTRÄGE ZU WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Peer, herzlichen Dank für deine Rede. Ich denke, du hast es am Applaus deutlich gespürt.

Wir steigen jetzt in die Aussprache zum Themenkomplex Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik ein und freuen uns sehr, das Christian Ude, den wir eben schon herzlich willkommen heißen haben, auch als erster das Wort in der Debatte ergreift. Nochmal: Herzlich willkommen!

Christian Ude: Grüß Gott, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Ich bedanke mich zunächst einmal ganz herzlich, dass ein Münchner zum Thema Finanzpolitik reden darf. Denn das ist ja nicht ganz selbstverständlich. München, ist das nicht die Stadt, in der die Hypo Real Estate ihren Sitz hat, wo man heute noch zu lernen hat, plus und minus zu unterscheiden,

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

was ja bei Beträgen über 50 Milliarden wirklich ratsam ist.

(HEITERKEIT)

So viel zur Finanzkompetenz der Finanzindustrie. Aber München ist auch die Stadt, in der eine Landesbank unter der strengen Aufsicht einer CSU-Übermacht im Kontrollgremium eine Milliarde nach der anderen versenkt hat, bis es den Landeshaushalt mit 10 Milliarden belastete. So viel zu der Behauptung, Konservative könnten mit Geld besser umgehen.

(BEIFALL)

Aber ich traue mich trotzdem, als Münchner zu den Finanzen zu reden, denn in München gibt es auch ein Geldinstitut, das in den Krisenjahren 2007, 2008 2009, 2010 und 2011 die besten Ergebnisse ihrer 170-jährigen Geschichte erreicht hat: die Stadtsparkasse, und da bin ich verantwortlich

(BEIFALL)

Da kann ich unmittelbar an Peer Steinbrück anschließen, wenn er fragwürdige Finanzprodukte nennt, die aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Unsere Sparkasse hat als Erfolgsrezept den ganz schlichten Spruch gehabt: Wir kaufen nur Papiere, die wir selber verstehen.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, das reichte schon aus, um nicht in die Abgründe zu stürzen, in die sich so viele hinab begeben haben.

Ich möchte als Erstes klarstellen, damit ihr da Bescheid wisst. Mir wird gelegentlich - ich weiß auch nicht, warum - unterstellt, ich würde alles scherzhaft meinen. Deshalb die Klarstellung: Meine These, dass es nach 55 Jahren keineswegs übereilt oder überstürzt ist, die CSU in die Opposition zu schicken, ist mein voller Ernst.

(BEIFALL)

Ich denke - um ein weiteres Motiv des Leitantrags aufzugreifen -, dass es höchste Eisenbahn ist, dass der Freistaat Bayern aufhört, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu bremsen und zu blockieren, und dass er mithilft, die Grundsätze der guten Arbeit zu verwirklichen, auch auf bundespolitischer Ebene.

(BEIFALL)

Es ist höchste Zeit, dass der Freistaat Bayern nicht mehr Steuergeschenke für bestimmte Klientelgruppen verteilt und von Steuergeschenken auf Pump faselt, sondern an einer ausreichenden Investitionskraft und einer ausreichenden Leistungsstärke der öffentlichen Haushalte mitwirkt. Es muss Schluss sein mit der Klientelpolitik, die wir jetzt dauernd vorgeführt bekommen.

(BEIFALL)

Jetzt komme eine Formulierung - Vorsicht, daran muss man sich erst gewöhnen, sie wirkt am Anfang ein bisschen schockierend, aber ich finde, sie beflügelt auch die Phantasie -: Eine sozialdemokratisch geführte Bayerische Staatsregierung

(BEIFALL)

muss endlich, wie es viele sozialdemokratische Landesregierungen sofort nach Amtsantritt schon getan haben, die Studiengebühren abschaffen und Bildungschancen herstellen,

(BEIFALL)

und - ich habe es zwar schon gesagt, aber ich höre es einfach so gerne -

(HEITERKEIT)

eine sozialdemokratische geführte Bayerische Staatsregierung

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

wird keine Milliarden verschwenden, um Anreize zu schaffen, der Kinderbetreuung fernzubleiben, sondern sie wird das Geld in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren.

(BEIFALL)

Künftig wird Bayern - ihr wisst jetzt schon, wie es regiert wird -

(BEIFALL)

zusammen mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung

(BEIFALL)

an solidarischen europäischen Lösungen konstruktiv mitarbeiten, die allerdings auch demokratisch gestaltet werden müssen. Das halte ich für die Hauptaufgabe, die jetzt vor uns steht.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, beim Stichwort Wirtschaftskrise erinnere ich mich sehr gerne daran, wie die sozialdemokratischen Minister der Bundesregierung auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier und unter Federführung von Peer Steinbrück als Bundesminister der Finanzen zum ersten Mal die Kommunen auf Augenhöhe eingebunden haben, um ein Investitionsprogramm zur Überwindung der Krise aufzulegen. Das haben wir vom Deutschen Städtetag, aber auch die Kollegen vom Städte- und Gemeindebund und vom Landkreistag vorher nicht erlebt. Das war eine großartige Geste und ein großer Fortschritt. Für den möchte ich auch heute noch danke schön sagen.

(BEIFALL)

Es ist etwas Gutes dabei herausgekommen, zum Beispiel, dass die energetische Sanierung in armen kleinen Gemeinden, in Mittelstädten und Großstädten sprunghaft vorangekommen ist. Das hat die mittelständischen Arbeitsplätze geschützt, das hat das Handwerk gestärkt, das war eine ökologische Verbesserung, und es hilft in aller Zukunft, Heizkosten zu sparen. So schaut ein gutes Hilfsprogramm aus. Dass dabei gerade die schwachen Kommunen in strukturschwachen Gebieten nicht durch viel zu hohe Kofinanzierungsforderungen ausgeklammert worden sind, sondern dass man ihre Finanznot zur Kenntnis genommen hat und ihnen entgegengekommen ist, das war ein wirklich großartiger struktureller Fortschritt.

(BEIFALL)

Deshalb freut es mich, dass das Programm, das heute vorgelegt wird, auch wieder so kommunalfreundlich ausgestaltet ist. Da macht sich der Kommunalbeirat bemerkbar, den Sigmar Gabriel einberufen hat und den er persönlich leitet, sodass Bedürfnisse und Schilderungen der Kommunen auch tatsächlich in die Willensbildung einfließen. Auch dafür herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Der Antrag bringt ganz klar zum Ausdruck, dass die Kommunen nicht etwa die reiche Verwandtschaft sind, sondern dass sie nach wie vor natürlich in unterschiedlicher Weise unter Finanznot leiden. Viele schleppen Kassenkredite, weit über 40 Milliarden Euro in der Summe, mit sich herum. Das jährliche zusätzliche Defizit - der Antrag sagt es - beträgt zwischen 8 Milliarden und 9 Milliarden Euro.

Deshalb bedanke ich mich für eine Formulierung im Programmtext, die ich nur unterstreichen kann: „Eine Verbesserung der kommunalen Finanzen ist das beste Konjunkturpaket, das man sich vorstellen kann“. Genau so ist es, und deshalb muss die SPD als kommunalfreundliche Partei in die kommenden Auseinandersetzungen gehen.

(BEIFALL)

Ich danke auch für das klare Bekenntnis zur Gewerbesteuer und zu ihrer weiteren Ausgestaltung im Sinne des kommunalen Modells.

Jetzt muss ich allerdings zugeben: Bei diesem Thema habe ich beim letzten Städtetag auch der Kanzlerin für die beherzte Verteidigung der Gewerbesteuer danken müssen. Das ist ja wirklich so über die Bühne gegangen, und manche Genossinnen und Genossen haben sich die Augen gerieben und gefragt, wieso jetzt da der Kanzlerin zu danken ist. Nun, die Antwort ist ganz einfach: Die Kanzlerin hat bei der Gewerbesteuer genauso wie in der Energiepolitik Applaus verdient, wenn sie mit ihrer Politik restlos gescheitert ist und fortan das Gegenteil macht.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Wir haben uns jahrelang mit Schwarz-Gelb darüber auseinandersetzen müssen, warum die Gewebesteuer auf keinen Fall verzichtbar ist. Leider hat man das nicht einsehen wollen, aber das nordrhein-westfälische Wahlergebnis und die veränderten Mehrheiten im Bundesrat waren dann bei der Entscheidungsfindung offensichtlich sehr hilfreich, und dann sagen wir auch gerne: Dankeschön.

(VEREINZELT BEIFALL)

Die SPD sollte aber schon gelegentlich auf ihre Verdienste hinweisen. Bei der Gewerbesteuer hat es sich ja ein bisschen herumgesprochen, dass es die Sozialdemokratie war, die hier immer an der Seite der Kommunen stand. Bei der Grundsicherung muss es noch ein bisschen bekannter gemacht werden; denn da ist wirklich der Eindruck entstanden, das habe die Bundesregierung gönnerhaft aus dem Ärmel geschüttelt, während es ihr in Wahrheit in nächtelangen Verhandlungen mühsam entrissen worden ist. Also macht doch auch was aus euren Erfolgen!

(BEIFALL)

Nur zwei Bemerkungen zum Schluss: Ich bin Peer Steinbrück sehr dankbar - das kann ich wirklich im Namen der Kommunen sagen -, dass er so eindeutig für den Mindestlohn und gegen den um sich greifenden Missbrauch atypischer Arbeitsverhältnisse gesprochen hat.

Wir haben es seitens des Städtetages immer gesagt: Wer Niedriglöhne in der eiskalten Berechnung zahlt, dass den Rest das Jobcenter zahlen muss, der ist kein Unternehmer, sondern ein Subventionserschleicher.

(BEIFALL)

Ich möchte noch erleben, dass all die Talkshow-Onkels, die regelmäßig die Subventionsrepublik beklagen, endlich einmal auch diesen planmäßigen Missbrauch geißeln und auch hier ehrlich von Subvention reden; nichts anderes ist es. Die Subvention eines sozialen Missstands ist unerträglich.

(BEIFALL)

Eine letzte Bemerkung erlaubt ihr mir bitte auch: Ich habe keine Angst davor, der Bevölkerung in Steuerfragen auch unbequeme Wahrheiten zu sagen. München hat den höchsten Gewerbesteuersatz in der gesamten Republik, und ich habe immerhin vier Wahlen nicht einmal erfolglos bestritten,

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

mit der klaren Ansage: Dabei bleibt es auch. Ich kann die von der Wirtschaftslobby verständlicherweise gewünschte Senkung nicht versprechen.

Ich weiß also, dass man Unannehmlichkeiten und Gegenwind in Kauf nehmen muss, wenn man auf der Finanzierung der Investitionskraft und der Leistungsfähigkeit besteht, aber ich halte es für einen Irrtum, dass man die Prozentsätze von Steuerlasten immer mehr und immer noch mehr anheben könne und damit die Einkünfte des Staates immer mehr und noch mehr steigern. Das stimmt nur bis zu einem bestimmten Punkt. Wo der liegt, wissen wir nicht, aber jeder muss wissen, dass es ihn gibt.

Wenn dieser Punkt überschritten wird, steigert man nicht mehr die Einkünfte des Staates, sondern die Wahlchancen von Schwarz-Gelb, die dann wieder Steuergeschenke für ihre Klientelpolitik machen können und in der Lage sind, noch einmal eine Wahlperiode von Steuersenkungsstrategien zu schwafeln. Das kann doch nicht in unserem Interesse sein!

(BEIFALL)

Deswegen appelliere ich dafür: Lasst uns in die kommenden Auseinandersetzungen mit Zahlenwerken gehen, auf die wir uns schon untereinander verständigen können. Die große Arbeit ist dann, die Forderungen auch mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen und nicht so lange dran zu schrauben, bis wir nicht mehr zum Zuge kommen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Christian, eines darf ich dir schon heute versichern: Wir freuen uns schon heute auf deine erste Rede als sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaates Bayern auf dem nächsten Ordentlichen Parteitag. Alles Gute! Wir drücken dir die Daumen. – Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch das Ergebnis der Wahl der Kontrollkommission nachzutragen. – Nicole, du hast das Wort.

ERGEBNIS WAHL DER KONTROLLKOMMISSION

Nicole Tietz, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Kontrollkommission bekannt. Für die Wahl ist die einfache Mehrheit ausreichend.

Abgegeben wurden 370 Stimmzettel, davon waren 8 Stimmzettel ungültig, also sind 362 Stimmzettel gültig.

Diller, Karl: 337 Stimmen – ist gewählt -;
 Drewke, Renate: 335 Stimmen – ist gewählt -;
 Eckner, Stefan: 314 Stimmen – ist gewählt -;
 Mattischek, Heide: 331 Stimmen – ist gewählt -;

Meinhold, Walter: 302 Stimmen – ist gewählt -;
 Mühlstein, Marko: 298 Stimmen – ist gewählt -;
 Reckmann, Brigitte: 322 Stimmen – ist gewählt -;
 Stark, Britta: 328 Stimmen – ist gewählt -;
 Wieczorek, Norbert: 329 Stimmen – ist gewählt.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - An dieser Stelle mal einen Applaus für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Ihr habt hier einen super Job gemacht. Herzlichen Dank!

(BEIFALL)

Ich darf noch auf Folgendes hinweisen: Die Kontrollkommission konstituiert sich jetzt in Halle 5, Raum 24. Alle Mitglieder der neuen Kontrollkommission bitte jetzt zu diesem Treffen in Halle 5, Raum 24.

Und noch ein Hinweis: Wir haben jetzt den letzten Wahlgang durchgeführt. Die Chipkarten und die Abstimmungsgeräte werden nachher im Plenum wieder eingesammelt. Wer dann nicht im Plenum ist, wirft seine Chipkarte beim Verlassen des Gebäudes bitte in die dafür bereitstehenden Boxen ein, zusammen mit eurem Badge, das ihr auch dort abgeben könnt.

Wir haben ja gestern schon geworben für die Sammlung zugunsten des Marie-Schlei-Vereins. Die wird jetzt während der Debatte durchgeführt. Wir würden uns freuen, wenn ihr euch daran beteiligen würdet.

FORTSETZUNG DER DEBATTE ZU DEN ANTRÄGEN ZUR STEUER-, FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben 27 Wortmeldungen für die jetzt anstehende Debatte. Es ist ja sicher eine ganz besonders wichtige Debatte, insofern wollen wir versuchen, dass möglichst alle Rednerinnen und Redner drankommen. Vor diesem Hintergrund würde ich euch vorschlagen, dass wir die Redezeit auf drei Minuten verkürzen. Könnt ihr euch damit einverstanden erklären?

(VEREINZELT BEIFALL)

Ist jemand dagegen? - Das scheint der Fall zu sein. Enthaltungen? - Dann wollen wir so verfahren. Als Erste in der Aussprache hat Uli Nissen, Hessen-Süd, das Wort. Ihr folgt Carsten Sieling aus dem Landesverband Bremen.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Als Mitglied des ASF-Bundesvorstands möchte ich mich bei Peer Steinbrück dafür bedanken, dass er noch einmal klar auf die Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen hingewiesen hat, die zulasten der Frauen ausfallen, obwohl - auch das hat er deutlich gemacht - Frauen bessere Ausbildungszeiten haben.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es ist immer schwer, nach dir, lieber Christian Ude, zu reden. Du hast gesagt, wir müssen endlich Schluss machen mit der Klientelpolitik. Da gebe ich dir völlig recht. Ich spreche hier auch in meiner Funktion als Finanz- und Vermögensberaterin und als Hausverwalterin. Insofern passt das jetzt wunderbar.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin sehr froh, dass es den StW 1 gibt. Es ist gut, dass Freiberufler endlich gewerbsteuerpflichtig werden sollen. Natürlich müssen Freibeträge wie bei den anderen gelten. Außerdem müssen - was ebenfalls eine große Ungerechtigkeit ist - eingetragene Lebenspartnerschaften endlich gleichgestellt werden. Einen großen Dank, dass dies endlich festgeschrieben worden ist!

(VEREINZELT BEIFALL)

In dem Antrag ist auch deutlich gemacht worden, dass die soziale Spaltung in Deutschland dramatisch zugenommen hat. Über die letzten Jahrzehnte hinweg wurden die Reichen immer reicher und die Armen immer Ärmer. Das gilt zuerst für die Einkommen aus Vermögen. Deren Verteilung wird immer ungerechter, immer mehr Menschen haben große Vermögen. Umso mehr wundere ich mich, liebe Genossinnen und Genossen, dass in dem Antrag nicht drinsteht, dass die Abgeltungsteuer abgeschafft werden soll.

(VEREINZELT BEIFALL)

Dies nämlich ist dringend erforderlich. Meinen Mandanten habe ich immer gesagt - auch wenn das manche gewundert hat, wenn ich das als Finanzberaterin gesagt habe -: Ich kann es nicht verstehen, warum wir die Einkommen aus Vermögen geringer besteuern als das Einkommen aus Arbeit. Liebe Genossinnen und Genossen, das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Deshalb hoffe ich, dass der Initiativantrag, der aus Bremen dazu kommt und der besagt „Einkommen aus Arbeit und Vermögen müssen gleich besteuert werden, deshalb Abschaffung der Abgeltungsteuer“, beschlossen wird.

(VEREINZELT BEIFALL)

Noch ein Wort in meiner Funktion als Hausverwalterin - darüber werden sich meine Kollegen nicht freuen -: Im Antrag steht, dass die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer nicht mehr der Einheitswert, sondern der Verkehrswert der Immobilie sein soll. Was aber nicht drinsteht: Die Grundsteuer, liebe Genossinnen und Genossen, ist umlagefähig. Das heißt, die Eigentümerinnen und Eigentümer können diese Kosten auf die Mieterinnen und Mieter umlegen. Es darf nicht sein, dass wir durch diese Steuer Mieterinnen und Mieter zusätzlich belasten. Deshalb stelle ich folgenden Änderungsantrag als Ergänzung zu Seite 589, Zeile 9: „Die Umlagefähigkeit und damit die Weitergabe der Grundsteuer auf die Mieterinnen und Mieter muss beschränkt werden.“

Ich bitte euch, diesem Ergänzungsantrag zuzustimmen, und bedanke mich für eure Unterstützung. - Danke.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als Nächster hat Carsten Sieling das Wort, ihm folgt Hilde Mattheis.

Carsten Sieling, Bremen: Liebe Genossinnen und Genossen! Mit dem hier vorliegenden Antrag „Fortschritt und Gerechtigkeit“ haben wir ein Konzept für die Wirtschafts- und Finanzpolitik vorliegen, wel-

ches eines der besten ist, was wir in der Sozialdemokratischen Partei in den letzten 20 Jahren - wenn nicht länger - auf dem Tisch liegen hatten. Wir setzen in der Wirtschaftspolitik wieder darauf, dass die Binnenwirtschaft gestärkt wird, dass die Lohneinkommen verbessert werden und dass wir innerhalb unseres Landes eine verbesserte wirtschaftliche und Arbeitsmarktsituation bekommen. Wir haben ein Finanzkonzept mit steuerpolitischen Aussagen, die in die richtige Richtung gehen, weil es richtige Belastungen formuliert.

Aber so gut das ist, das Bessere ist bekanntlich der größte Feind des Guten. Ich will darauf hinweisen - eben ist schon die Abgeltungsteuer angesprochen -, dass wir auch bei dem Thema des Aufschlags auf den Spitzensteuersatz noch eine Verbesserung erzielen sollten. Dieser Aufschlag firmiert immer unter dem Begriff „Reichensteuer“.

Ich reibe mir in dieser Debatte - ich will das ganz offen sagen - verwundert die Augen. Peer hat hier das neue Wort von der „prohibitiven Besteuerung“ entwickelt, und ich lese, Maß und Mitte seien nur zu gewährleisten, wenn man darauf verzichten würde.

Genossinnen und Genossen, woher kommt die Reichensteuer eigentlich? - Erstens gibt es diesen Aufschlag schon heute. Und zweitens sitzt der Erfinder hier im Raum: Es war Franz Müntefering, der dazu beigetragen hat, diesen Aufschlag in der Großen Koalition einzuführen. Das war ein sozialdemokratisches Konzept. Das ist Maß und Mitte!

(BEIFALL)

Deshalb muss das auch in diesen Antrag eingeführt werden.

Ich höre die Ängste, es gehe darum, dass die Facharbeiter belastet werden. Aber es geht ja nur darum, dass der letzte verdiente Euro bei Hochverdienenden stärker herangezogen wird. Ich will sagen, was unser Konzept vorschlägt: eine Belastung für Menschen, die im Monat 12.500 Euro als Ledige verdienen; dann kommt man auf die 150.000 Euro im Jahr. Wenn sie verheiratet sind, gemeinschaftlich veranlagt, kommt man auf 25.000 Euro im Monat. Genossinnen und Genossen, darf ich zu einer Abstimmung bitten: Melde sich der, der hier 25.000 Euro im Monat verdient! Wenn wir statistisch durchschnittlich wären, müssten sich fünf Genossinnen und Genossen melden; denn 1 Prozent der Bevölkerung würde an der Stelle stärker herangezogen. Das ist ein Gerechtigkeitsaufschlag, nicht eine Reichensteuer, und diesen brauchen wir, um den Staat zu stärken und die Schulden abzubauen.

(BEIFALL)

Erlaubt mir - damit komme ich zum Ende -, noch kurz die Abgeltungsteuer anzusprechen. Auch hier geht es darum, dass die Kapitaleinkünfte nicht bessergestellt werden dürfen als das Arbeitseinkommen, das mit Kopf und Händen erzielte Einkommen.

(BEIFALL)

Peer sagt hier richtig, Staatsverschuldung ist Umverteilung. Warum? Weil die Leute, die hohe Vermögen haben, dem Staat Anleihen geben.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Carsten, jetzt müsstest du wirklich zum Schluss kommen.

Carsten Sieling, Bremen: Ich komme zum Schluss und sage: Diese Menschen dürfen nicht auch noch weniger Steuern zahlen müssen, wenn sie schon von dieser Umverteilung profitieren. Daher, Genossinnen und Genossen, folgt bitte auch diesem zweiten Antrag. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als nächste hat das Wort Hilde Mattheis. Ihr folgt Joachim Poß.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ja, es geht noch ein Stück weit gerechter. Wir wollen, dass auf der Grundlage unseres Steuerkonzepts, das hier zur Abstimmung steht, zwei Punkte weiter von Bedeutung sind, nämlich die Beibehaltung der Reichensteuer und die Abschaffung der Abgeltungssteuer und dass eine synthetische Besteuerung auch auf Kapital erfolgt.

Wir bitten euch, diese beiden Anträge zu unterstützen, weil uns erst heute wieder vorgehalten worden ist, dass die Ungerechtigkeit in unserem Land wieder zugenommen hat. War es vor ein paar Jahren in unserem Land so, dass die hohen Einkommen sechs Mal höher waren, müssen wir heute feststellen, dass der Unterschied acht Mal so groß ist. Diese Zunahme an Ungerechtigkeit in unserem Land bedeutet doch, dass wir das, was wir mit der Reichensteuer 2005 wollten, nämlich dass Stärkere die Lasten auch stärker tragen, weiter durchhalten.

Ein Schritt ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Der zweite Schritt muss der Balkon darüber sein, nämlich eine Reichensteuer von 3 Prozent.

Ich glaube, wenn wir beides zusammen nehmen, auf der einen Seite den Spitzensteuersatz erhöhen, und auch sagen, dass diejenigen mit den höchsten Einkommen nochmals eine besondere Belastung tragen können, weil es gerecht ist, und dass wir auf der anderen Seite, was die Abgeltungssteuer angeht, wieder dazu kommen, dass Arbeit nicht stärker besteuert wird als Kapital. Das geht nicht.

Ich glaube, dass wir in einem Land, in dem in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Konzentration von Einkommen und Vermögen weiter zugenommen hat, einfach auch als Sozialdemokraten den Anspruch haben müssen, es geht ein Stück gerechter.

(VEREINZELT BEIFALL)

Dieses „Es geht gerechter“ zeigt sich vor allen Dingen eben auch in einer Steuerkonzeption, die darauf angelegt ist, dass genau in diesem Punkt die Umverteilung passiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch herzlich: Wir haben mit dem Steuerkonzept wirklich eine gute Grundlage. Wir sollten jetzt die Chance nicht vertun, das, was 2005 in der Partei beschlossen worden ist, nämlich diejenigen ab einem Einkommen von 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro noch einmal zu bitten, ihren solidarischen Beitrag für dieses Land zu leisten, weiterzuführen. Und wir sollten vor allen Dingen die bitten, dass die Besteuerung von Kapitaleinkünften genau so erfolgt wie von Erwerbseinkommen, nämlich in einer Progression. Wir sollten in diesem Land dafür sorgen, dass es nicht sein kann, dass die Bezieher von unteren und mittleren Einkommen prozentual mehr an den Lasten dieses Landes beteiligt werden. Es

ist vielmehr wichtig, den Ausgleich auch von oben zu suchen. Die Verteilung muss von oben nach unten gehen. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal von meiner Seite ein kurzer Hinweis, weil jetzt die Kolleginnen und Kollegen mit den Kisten immer wieder gefragt werden, für was sie sammeln: Das war die angekündigte Sammlung für den Marie-Schlei-Verein. Es wäre schön, wenn ihr euch an der Spendensammlung beteiligen würdet.

Außerdem darf ich an dieser Stelle noch einen Gast begrüßen. Zu uns ist gekommen der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Handwerks, Holger Schwannecke. Herzlich willkommen! Wir freuen uns sehr, dass Sie an der Debatte teilnehmen.

(BEIFALL)

Das Wort hat jetzt Joachim Poß. Ihm folgt Sonja Pellin.

Joachim Poß, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, wir verabschieden heute das progressivste gesellschaftspolitische Konzept, das die deutsche Politik derzeit zu bieten hat. Keine andere Partei kann mit diesem Konzept konkurrieren. Wir verbinden mutige Schritte zu besserer Bildung, Prioritäten für Städte und Gemeinden mit nachhaltigem Schuldenabbau. Wir sollten heute der Versuchung widerstehen, von diesem Konzept durch eine zu starke Konzentration auf Einzelpunkte abzulenken. Das ist meine tiefe Überzeugung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Die Lasten würden bei Realisierung dieses Konzepts stärker von denen getragen, die das auch leisten können. Es gibt keine prohibitive Besteuerung, keine Überbesteuerung in dem Zusammenhang. Deshalb lasst uns uns jetzt darauf konzentrieren, für dieses Konzept zu werben. Denn mit diesem Konzept nehmen wir die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft als Herausforderung an. Wir wissen, Ungleichheit ist sozial, finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch schädlich.

Deswegen sage ich auch ganz klar: Der Vergleich mit Helmut Kohls Zeiten und dem Spitzensteuersatz von 1998 mit 53 Prozent, der zieht nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben nämlich anschließend mit einem Finanzminister Lafontaine und dann mit Eichel zig Steuerschlupflöcher geschlossen. Zu Zeiten von Kohl und Waigel hatten wir riesengroße Schlupflöcher. Also muss man sich auch die Bemessungsgrundlage anschauen und nicht nur die einzelnen Sätze, so wie es Christian Uhde schon zu Recht erwähnt hat.

Also: Wir brauchen an der Stelle keine Verbesserung, zu 49 Prozent.

Das zweite: Als wir die Reichensteuer eingeführt haben, in der Großen Koalition, da haben wir nicht gleichzeitig die Vermögensteuer erhoben, da haben wir nicht gleichzeitig die Erbschaftsteuer verschärft, da haben wir nicht gleichzeitig versucht, die Finanztransaktionssteuer ins Werk zu setzen. Ihr müsst das doch im Zusammenhang sehen, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Schritte bedeuten eine gewaltige Veränderung der steuerpolitischen Landschaft für unsere Spitzenverdiener und Vermögende.

Da kann niemand kommen und sagen, wir würden die soziale und die Gerechtigkeitsfrage nicht ernst nehmen. Mit diesem Konzept nehmen wir sie ernst.

Das nächste bei der Gelegenheit: Über die Abgeltungssteuer müssen wir uns eigentlich hier nicht groß streiten. Schaut euch den Text der Antragskommission an. Das Ziel ist die Rückkehr zur synthetischen Besteuerung, von der Hilde Mattheis gesprochen hat. Aber wir haben den Bürgerinnen und Bürgern auch versprochen, nur Ziele anzupeilen, die wir auch in absehbarer Zeit realisieren können. Das wollen wir doch als Markenzeichen haben, dass wir nicht nur gerecht sind, sondern realitätstüchtig. Also bitte, seid heute auch auf dem Parteitag realitätstüchtig, neben der Gerechtigkeit.

Ein Weiteres: Da müssen wir uns eigentlich einigen können, und ich denke, das bekommen wir hin. Lasst uns nicht die Selbstanklage übertreiben. Wir haben im letzten Jahrzehnt Steuerensenkungen durchgesetzt für alle Schichten der Bevölkerung, für Niedrigverdiener, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Familien mit Kindern und für den Mittelstand, nicht nur für Spitzenverdiener. Wir haben nicht zu vertreten, dass wir zehn oder 15 Jahre Reallohnstagnation hatten.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen bitte ich da um eine realistische Einschätzung. Meine herzliche Bitte, liebe Genossinnen und Genossen, nach dieser durchaus anstrengenden und von Konflikten begleiteten Debatte um dieses Konzept: Werbt mit dem Konzept! Denn ich glaube, auch im Sinne von Peer Steinbrück, wir müssen uns da nicht verstecken. Auch wenn das Handwerk kritische Einwände hat - wir sind im Gespräch. Wir hoffen, auch die Handwerker zu überzeugen, den Handwerksmeister zu überzeugen. Wir denken, dass das für die Mehrheit der Unternehmer in unserem Land das ebenso vertretbar ist. Also: Wir haben allen Grund, mit Elan an diese Debatte heranzugehen.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Sonja Pellin. Ihr folgt Carsten Schneider.

Sonja Pellin, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen, Ich glaube, das Schlimmste, was uns in der Steuerpolitik passieren kann, ist, dass sie zur bloßen Symbolpolitik verkommt, dass wir Steuerpolitik zu einer angstbesetzten Politik machen. Genau das erleben wir, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn wir die Zeitungen von heute aufschlagen, steht da: Die SPD ist die Partei der Steuererhöhungen. Niemand redet davon, was mir mit diesen Steuern machen wollen, dass wir sinnvolle Politik machen wollen und dass wir Steuereinnahmen brauchen, um eben Bildung in dieser Gesellschaft zu finanzieren.

(BEIFALL)

Die Unternehmensverbände laufen schon wieder Sturm. Auch Herr Hundt hat Interviews dazu gegeben, dass der Untergang des Abendlandes kurz bevorsteht, wenn die SPD das Steuerkonzept, das wir heute hier vorliegen haben, verabschiedet.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, diese Angstpolitik, die da draußen gemacht wird, läuft genauso hier drinnen. Sie läuft hier drinnen, wenn gesagt wird, dass wir die Solidargemeinschaft aufkündigen,

dass wir Loyalitäten zu unseren Spitzenkandidaten in den Ländern infrage stellen, wenn wir heute einen Spitzensteuersatz jenseits der 50 Prozent verabschieden. Diese Angstpolitik, die da draußen zu unserem Steuerkonzept gemacht wird, dürfen wir hier drinnen eben genau nicht machen.

(BEIFALL)

Wir müssen wieder zu einer Steuerpolitik und zu einer Debatte zurückkommen, die sachlich ist, die benennt, was wir wollen, und die benennt, dass wir eine solidarische Finanzierung dessen wollen, was uns an Ausgaben vorschwebt und was wir an Ausgaben für notwendig halten.

Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir die Solidargemeinschaft erweitern. Dafür müssen die 10 Prozent derjenigen, die im Moment unter ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen, die unter ihrer Leistungsfähigkeit bleiben und ihren Beitrag eben nicht im Sinne der Gesellschaft leisten, wieder in die Solidargemeinschaft zurückgeholt werden.

(BEIFALL)

Dafür, liebe Genossinnen und Genossen, reicht es nicht, den Spitzensteuersatz unter die Marke zu erhöhen, die Helmut Kohl damals vertreten hat, nämlich bis 49 Prozent, sondern dafür brauchen wir nach wie vor die Reichensteuer, damit die Reichen zusätzlich ihren Beitrag leisten. Wir dürfen nicht so tun, als würden wir damit massenweise Facharbeiterinnen und Facharbeiter belasten. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, wenn die Facharbeiter so viel verdienen würden, wie wir hier immer tun, dass sie verdienen, dann wären sie glücklich da draußen.

(BEIFALL)

Wir dürfen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die ihre Steuern entrichten, auch nicht vormachen, dass diejenigen, die Kapitaleinkommen haben, uns mit weniger Steuern davonkommen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen müssen wir die Abgeltungsteuer abschaffen. Wir müssen diejenigen mit Kapitaleinkommen wieder in die solidarische Finanzierung zurückholen. Das muss unser Ziel heute sein,

(BEIFALL)

im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht im Sinne einer Klientelpolitik, wie die FDP sie da draußen macht. Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Carsten Schneider. Ihm folgt Barbara Hendricks.

Carsten Schneider, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Es hat heute Morgen eine Kampfansage gegeben. Die Ratingagentur Standard and Poor's hat den Ausblick für die Kreditwürdigkeit der europäischen Länder auf negativ gesenkt. Das ist nicht nur eine klare Kampfansage an die Solidität der Staatsfinanzen in der europäischen Zone, sondern auch eine klare Ansage, dass das, was die Bundesregierung mit ihrem Haushalt oder mit ihrer Finanzpolitik vorgelegt ist, keine solide Finanzpolitik ist. Das ist der Punkt. Wer 2011 22 Milliarden Euro Schulden macht und für 2012 mit 26 Milliarden Euro,

mit einer Steigerung um 20 Prozent in die Planungen geht, der versagt die fachpolitische Kompetenz in diesem Land. Die hat die CDU auch nie gehabt.

(BEIFALL)

Dem setzen wir mit diesem Antrag heute nach langer Vorarbeit ein klares Zeichen entgegen. Wir setzen auf solide Staatsfinanzen. 97 Prozent unserer Schulden von über 1 Billion werden von institutionellen Investoren gehalten. Das sind nicht die Kleinsparer. Die machen so oder so. Ich will nicht, dass Politik in Deutschland davon abhängig ist, ob eine Ratingagentur, ein Analyst oder ein Banker entscheidet, ob ich dem Geld gebe oder nicht. Ich will da unabhängig sein.

(BEIFALL)

Diese Unabhängigkeit haben wir mit dem Finanzkonzept hier vorgelegt, 50 Prozent Subventionsabbau, 50 Prozent - ja, auch - Steuererhöhungen, Steuererhöhungen fast nur im Bereich der obersten Einkommen. Deswegen warne ich uns hier davor, eine Scheindebatte zu führen und so zu tun, als würden wir diejenigen schonen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben, wenn wir dies durchsetzen, beschlossen: eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Veränderung bei der Erbschaftsteuer. Die Abgeltungsteuer soll um ein Drittel erhöht werden, und im Zuge dessen sollen auch - Jochen hat darauf hingewiesen - die Fluchtmöglichkeiten verschlossen werden, um wieder zu einer solidarischen Besteuerung zurückzukommen. Diesen Schritt zu gehen, dafür werbe ich, mit Augenmaß, mit Mitte, ohne Scheindebatten zu führen.

Zum Thema Reichensteuer. Zum einen: Bisher hatten wir einen Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Da kamen die 3 Prozent obendrauf. Jetzt schlagen wir einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent ab 100.000 Euro Einkommen vor. Das heißt, alle die, die ihr treffen wollt, sind jetzt eh höher belastet; das sind nur die obersten Einkommen. Von daher ist es nur eine reine Symbolfrage, die hier gestellt wird. Es geht aber nicht um Symbolik, sondern es geht um eine solide finanzpolitische Kompetenz und Steuerpolitik der SPD, mit Augenmaß, Mitte und letztendlich auch zur Finanzierung der staatlichen Finanzen. Deswegen meine ich, dass ein Spitzensteuersatz von 49 Prozent, der zu Vermögensteuer, Abgeltungsteuer und allen anderen Punkten dazukommt, Augenmaß und Mitte ist. Es ist ein Vorgehen, ohne letztendlich zu übertreiben und ohne weniger zu haben, als wir letztendlich wollen.

Deswegen werbe ich dafür, dass wir dem großen Konsens, den wir in Grundsatzfragen mit diesem Antrag auch im Zuge der Regierungspolitik haben, heute Folge leisten heute und da dem Votum der Antragskommission folgen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Danke, Carsten. - Barbara Hendricks. Ihr folgt Hubertus Heil.

Barbara Hendricks, Schatzmeisterin: Liebe Genossinnen und Genossen! Was machen wir hier gerade? Wir beraten, wie Carsten Sieling eben gesagt hat, das fortschrittlichste Wirtschafts- und Finanzkonzept, welches euch in dem Grundsatzantrag vorliegt, seit mindestens 20 Jahren.

(BEIFALL)

Trotzdem sind wir dabei, uns gerade an zwei - eigentlich marginalen - Punkten zu verkämpfen und damit das zu tun, worauf alle lauern, nämlich in die Falle zu tappen,

(BEIFALL)

in die Falle derjenigen zu tappen, die darauf warten, dass die SPD eben doch nicht den Weg wieder gefunden hat zur Regierungsfähigkeit und zur Regierungswilligkeit, sondern dass die SPD irgendwo halt sich verkämpft, irgendwo verharret.

Carsten, du hast zu Recht gesagt, das sei das fortschrittlichste Konzept. Aber nicht redlich war das, was du zu Maß und Mitte gesagt hast unter Bezugnahme auf Franz Müntefering, bezogen auf den Spitzensteuersatz und die sogenannte Reichensteuer. Ja, die Reichensteuer ist in der Großen Koalition auf unser Drängen hin eingeführt worden. Der Spitzensteuersatz - bis jetzt; so gilt das ja jetzt; das wird auch in den nächsten zwei Jahren wahrscheinlich noch so sein - beträgt 42 Prozent und fängt an bei ungefähr 54.000 Euro für Ledige und dem Doppelten für Verheiratete.

Der Reichensteuersatz von 45 Prozent fängt an bei 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete. So, die Zahlen bitte einmal im Kopf behalten, und dann den Vorschlag sehen, der in unserem Antrag steht, nämlich 49 Prozent ab 100.000 Euro für Ledige und ab 200.000 Euro für Verheiratete. Also, 49 Prozent, vier Prozentpunkte mehr, viel früher anfangend. Wenn man jetzt sagt, aber Reichensteuer ist trotzdem Maß und Mitte, dann hat man jedenfalls die konkreten Zahlen mal kurz ausgeblendet, Carsten. Das ist nicht so ganz fair. Deswegen habe ich diese Zahlen noch einmal genannt: 49 Prozent ab 100.000 Euro, bisher 42 Prozent ab 54.000 Euro, aber ab 250.000 Euro 45 Prozent Reichensteuer für Ledige; 45 Prozent also erst ab 250.000 Euro. Also bitte, vielleicht ist alles ein bisschen viel auf einmal. Jedenfalls kann man nun nicht sagen, man würde Maß und Mitte einhalten, wenn man auf das, was hier sowieso vorgeschlagen ist, noch einmal die sogenannte Reichensteuer obendrauf packt.

Wir haben die Reichen dann schon eingefangen mit 49 Prozent ab 100.000 Euro. Ich glaube, das sollten wir einfach bedenken und uns unsere wirklich gute Debatte und die wirklich guten Vorarbeiten, die überall geleistet worden sind, nicht leichtfertig selber zerschießen. Herzlichen Dank.

Doris Ahnen, Tagungspräsidentin: Hubertus Heil.

Hubertus Heil, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! Viele von uns haben in unterschiedlichen Funktionen Gespräche mit Menschen aus der Wirtschaft. Ich meine jetzt nicht nur die Verbände, die sich in üblichen Ritualen äußern, sondern mit wirklich wirtschaftlich Tätigen in Unternehmen, ob als Handwerksmeister, Selbständige oder auch als leitende Angestellte in großen Unternehmen. Wenn man mit denen redet - das geht unseren Ministerpräsidenten so, das geht unseren Wirtschaftspolitikern, unseren Finanzpolitikern so -, dann wird man feststellen, dass die Themen bei denen gewechselt haben, dass das, was zehn Jahre durch die Talkshows gelaufen ist, nämlich die ständige Forderung, Arbeitsmärkte deregulieren, Steuern senken, Abgaben senken, nicht die Topprioritäten dieser Gespräche sind, sondern dass es andere, dass es neue Themen sind, dass es geht um die Sicherung von Fachkräften, dass es geht um die Bewältigung der Euro-Krise und der Staatsverschuldungskrise und dass es geht um die Planbarkeit von Politik gerade angesichts einer Bundesregierung, die auch in der Wirtschaft inzwischen

als Standortrisiko wahrgenommen wird, liebe Genossinnen und Genossen. Da hat sich etwas verändert.

(BEIFALL)

Wir dürfen aus meiner Sicht zwei Fehler nicht machen. Der Fehler, den die FDP macht, ist, all das, was Interessengruppen in der Wirtschaft mal so fordern und wünschen, in Programm zu gießen und das für Wirtschaftspolitik zu halten. Das haben wir im Bundestag erlebt. Wir haben uns mal die Anträge aus der Oppositionszeit der FDP angeguckt. Die haben eins zu eins copy/paste-mäßig von Interessengruppen Anträge kopiert und als Drucksachen in den Bundestag eingebracht und das mit Wirtschaftspolitik verwechselt. Das ist der eine Fehler.

Aber der andere Fehler, liebe Genossinnen und Genossen, ist, den aus meiner Sicht eine Genossin vorhin wahrscheinlich unabsichtlich getan hat, nämlich zu sagen: Es gibt die Welt hier drinnen auf dem Parteitag, und es gibt draußen eine ganz andere Welt.

Ich finde, dass wir ein mutiges, ein klares Konzept haben, kein populäres und kein populistisches, aber ein überzeugendes, ein solides Konzept, das da heißt: Wir haben eine Priorität, wir wollen, dass der soziale Rechtsstaat, dass unser Gemeinwesen finanziell handlungsfähig ist. Das ist die erste Priorität auf Haushaltskonsolidierung, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir haben gleichzeitig die Priorität, dass wir die richtigen Investitionen tätigen können: in Bildung, in Forschung, in Infrastruktur, in gute Gemeinden und Städte, liebe Genossinnen und Genossen. Denn wir wissen, dass dieses Gemeinwesen nur funktioniert, wenn der Staat handlungsfähig ist.

Wir wollen - drittens - gestalten. Ich habe eine Bitte: dass wir in dieser Debatte zur Kenntnis nehmen, dass wir viel fortentwickeln, Spitzensteuersatz 49 Prozent, Vermögensbesteuerung, Anhebung der Abgeltungsteuer, dass wir aber nicht immer noch sagen: Wir wollen kein Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei, und immer noch einen draufpacken, liebe Genossinnen und Genossen. Da werden Instrumentendebatte mit Zielen verwechselt, und da stellen wir uns ein Bein. Deshalb war es gut und richtig, dass Christian Ude vorhin darauf hingewiesen hat, dass das Ganze auch kippen kann, wenn wir es überreißen. Es ist nicht illegitim, zu überlegen, dass wir drei haben, die Oberbürgermeister sind, die sich auskennen, die dafür stehen, dass wir auch Steuern erhöhen müssen, um den Staat in Ordnung zu bringen, gerade die Städte und Gemeinden handlungsfähig zu machen. Das sind unsere Spitzenkandidaten Torsten Albig in Kiel, der als nächstes dran ist, der Ministerpräsident werden soll, Stefan Weil in Hannover und Christian Ude in München. Wenn die drei uns was sagen, dann ist das nicht Angst oder Ähnliches - die sind mutige Leute -, sondern das ist die Kenntnis, wie man Wahlen gewinnt: indem man ein vernünftiges, solides Konzept vorlegt, das wir hinterher auch umsetzen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, meine herzliche Bitte: Stimmt dem zu, was als Antrag vorliegt. Das war mühselige Arbeit. Die lohnt sich aber. Wir haben ein mutiges Konzept. Wir biedern uns nicht an, sondern wir machen klare Kante. Damit können wir uns sehen lassen. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als nächstes hat das Wort Elvira Drobinski-Weiß. Ich darf an dieser Stelle einen neuen Gast begrüßen. Wir freuen uns, dass Herr Thomas Ballast bei uns ist, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen, wahrscheinlich vor allen Dingen im Hinblick auf die anschließende Debatte zur Bürgerversicherung. Aber seien Sie jetzt schon herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Elvira, du hast das Wort.

Elvira Drobinski-Weiß, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Bitte gestattet mir, dass ich euer Augenmerk auf einen anderen Aspekt zum Thema Wirtschaftspolitik lenke, nämlich auf den der Verbraucherpolitik. Leider fehlt das Thema Verbraucherpolitik, das Wirtschaftspolitik ist, und zwar von der Nachfrageseite her, in diesem so wichtigen Antrag. Dabei müssen gerade wirtschaftspolitische Regelungen die Verbraucherinnen und Verbraucher einbeziehen. Das ist hier leider vergessen worden. Die Menschen kaufen ein im Supermarkt, im Internet. Wir alle sollen unser Geld anlegen, in solide Alterssicherungen investieren, uns energiesparend verhalten. Das heißt, wir sind also Teil aller Märkte. Dabei ist es jedoch, so finde ich, unerlässlich, zu wissen, worum es geht. Das ist hier unsere Aufgabe: für Informationen, für Regeln zu sorgen, zum einen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, etwa bei dem Thema Abo-Fallen, euch allen sicherlich bestens bekannt, zum anderen aber auch, damit wir selbstbestimmt den Markt mitbestimmen, mitgestalten können, und zwar auf gleicher Augenhöhe mit den Anbietern. Mit unserem Konsumverhalten treffen wir auch Werteentscheidungen und bestimmen beispielsweise auch mit in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu einem - wie Sigmar Gabriel formuliert hat - demokratiekonformen Markt.

Deshalb bitte ich euch sehr herzlich um eure Zustimmung zu unserem entsprechenden Änderungsantrag Nummer 244. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als nächstes hat Andreas Bovenschulte das Wort.

Andreas Bovenschulte, Bremen: Liebe Genossinnen und Genossen! Bei allem, was wir hier diskutieren und was wir hier beschließen, müssen wir natürlich immer auch die Mehrheitsfähigkeit im Blick haben und das Ziel, Wahlen zu gewinnen. Ihr könnt dem Landesverband Bremen durchaus abnehmen, dass es auch unser Ziel ist. Wir haben in den letzten 65 Jahren bewiesen, dass wir durchaus Vorschläge gemacht haben, mit denen man gelegentlich mal eine Wahl gewinnen kann.

(BEIFALL)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, möchte ich entgegen einer gewissen polemischen Zuspitzung der Diskussion um die Reichensteuer noch einmal auf zwei Aspekte hinweisen, die in der bisherigen Debatte nicht angesprochen worden sind.

Der erste Punkt. Es gab den Vorwurf von verschiedener Seite, die Reichensteuer sei Symbolpolitik. Liebe Genossinnen und Genossen, von der hohen Warte der Bundespolitik aus mag das so scheinen. Aber

wenn ihr euch vor Augen führt, dass das Aufkommen einer Reichensteuer bei 1,5 bis 2 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr läge, dann sieht, glaube ich, die Lage schon etwas anders aus, insbesondere aus der Sicht der geplagten Länder und Kommunen, die nicht wissen, wie sie den Kindertagesausbau und andere Fragen finanzieren sollen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, das Aufkommen der Reichensteuer würde ausreichen, 5.000 Kindertagesstätten jedes Jahr zu finanzieren und zu betreiben.

(BEIFALL)

Vielleicht ist das nur ein Problem aus Bremer Sicht. Aber wenn ich nach Dortmund gucke, nach Essen, nach Hannover, dann frage ich mich auch: Wie sollen die kommunalen Aufgaben, wie sollen die Landesaufgaben finanziert werden? Deshalb sind 1,5 bis 2 Milliarden zusätzliches Aufkommen keine Symbolpolitik, sondern echtes Geld.

(BEIFALL)

Der zweite Punkt: Maß und Mitte. Wir dürfen die Leistungsträger nicht verprellen. Genossinnen und Genossen, ein Handwerksmeister, der mit seinem Betrieb richtig gut verdient und Familie hat und 300.000 Euro Gewinn, Einkommen, echtes Einkommen pro Jahr hat, würde durch die Reichensteuer nicht belastet.

Wenn er 50.000 Euro mehr verdienen würde, 350.000 Euro, dann wären das 100 Euro mehr pro Monat durch die Reichensteuer. Genossinnen und Genossen, ich möchte einmal in meinem Leben in die Situation kommen, dass ich so eine Reichensteuer zahlen darf. Dann ginge es mir richtig gut.

(BEIFALL)

Lasst uns deshalb die Diskussion nicht polemisch zugespitzt führen, sondern deutlich sagen: Die Reichensteuer ist eine ganz maßvolle Belastung derjenigen, die ein Prozent oder weniger unserer Bevölkerung ausmachen und richtig viel verdienen. Sie bringt ein Aufkommen, das für die Erhaltung unserer sozialen Infrastruktur und für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben notwendig ist.

In diesem Sinne würde ich euch bitten, stimmt den Änderungsantrag des Landesverbands Bremen zu. - Besten Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Brigitte Fronzek. Ihr folgt Christian Flisek.

Brigitte Fronzek, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte auf die rhetorische Frage von Peer Steinbrück am Anfang seiner Rede antworten, der gefragt hat, wo wir heute ohne die Arbeitsmarktreformen von 2002 bis 2005 stünden. Darauf möchte ich aus meiner Sicht antworten: wahrscheinlich an der Regierung.

(BEIFALL)

Wir hätten Lohndumping mit der damit einhergehenden Kinder- und Altersarmut verhindert, die Gründung der Linken wäre nicht erforderlich gewesen, wir hätten den Umstieg in die regenerativen Energien viel früher geschafft und damit die Wirtschaft nachhaltig belebt und wir hätten ein Auseinanderdriften unserer Gesellschaft verhindert. Aber natürlich gilt unser Dank Peer Steinbrück für sein Krisenmanagement in den Jahren 2008 und 2009, ohne Frage. Aber in einem ist er auf dem falschen Weg: Nicht der Nordstern ist der Fixstern für Navigatoren, sondern - es mag für manchen Mann furchtbar sein - die Sonne.

(BEIFALL)

Ganz abgesehen davon, auf See und an Land braucht man zur Navigation auf jeden Fall klar definierte Ziele. Unser Ziel ist kein Fixstern. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit Chancengerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle.

(BEIFALL)

Davon, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir weit entfernt. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir Mut, Mut zu Einsparungen, aber vor allem Mut, endlich die stärkeren zu fordern, damit wir die schwächeren fördern können. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort Christian Flisek. Ihm folgt Heinrich Donner.

Christian Flisek, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Verlauf der Debatte möchte ich vorweg eines sagen. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir uns hier in irgendeiner Weise verkämpfen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass je nachdem, wie diese Debatte endet, einer der herausragenden Spitzenleute und Spitzenfrauen unserer Partei in irgendeiner Weise beschädigt werden würde. Ich habe den Eindruck, dass hier in einer ganz offenen Weise darum gekämpft und gerungen wird, wie wir es schaffen, vielleicht ein sehr gutes Konzept, das zur Abstimmung vorliegt, an einigen Stellen noch ein wenig zu verändern.

Der rote Faden dieses Parteitages, liebe Genossinnen und Genossen, ist doch der, wir haben darum gestritten, wie wir in Zukunft die Rolle zwischen Staat und Markt neu austarieren wollen. Wir haben uns in allen unseren Leitanträgen dafür entschieden, dass wir der Rolle des Staates in Zukunft eine viel stärkere Bedeutung beimessen wollen. Wir wissen aber auch, dass nur ein finanzstarker Staat ein starker Staat ist. Wir Sozialdemokraten sollten auf diesem Parteitag deswegen in einigen Punkten, insbesondere was die Reichensteuer betrifft, auch ein entsprechendes Signal aussenden.

Liebe Genossinnen und Genossen, Peer Steinbrück hat in seiner Rede gesagt, wir müssen aufpassen, dass die Leistungsstarken uns den Gesellschaftsvertrag nicht aufkündigen. Ja, das ist richtig. Das ist sogar sehr richtig, denn ohne sie werden wir keine Wahlen gewinnen. Aber das ist nur eine Seite der Medaille, das ist nur die halbe Wahrheit. Vor diesen Leistungsstarken gibt es doch einige, die sich schon längst aus dieser Gesellschaft verabschiedet haben, die längst nur eines im Sinn haben: dass ihre Steuerberater und Anwälte dafür sorgen, dass sie Staatenlose werden, dass sie nirgendwo mehr irgendwelche Steuern zahlen. Das sind die Leute, die zu Haus in ihren Villen irgendwelche Wellnessbereiche haben, die brauchen kein öffentliches Schwimmbad, das sind die Leute, die in Gated Communities wohnen, die brauchen keine öffentliche Sicherheit, weil sie meinen,

sie können das alles selber finanzieren. Wenn ihr mich fragt, liebe Genossinnen und Genossen, das sind die wahren Asozialen dieser Gesellschaft,

(VEREINZELT BEIFALL)

das sind die Leute, die sich längst aus der Verantwortung gestohlen haben. Das sind die Leute, die wir auch hier ein wenig mehr fordern würden.

Die andere Seite ist auch eine Wahrheit. Wir haben sehr viele leistungsstarke Bürger, die gerne ein wenig mehr dazu beitragen würden, dass in diesem Staat wieder etwas vorwärts geht. Die müssen nicht eingeladen werden. Ich finde es fast schon peinlich, wenn es Initiativen gibt, dass Leute uns als Politiker und als Parteien auffordern, sie dazu einladen, ein wenig mehr beizutragen.

Wenn wir das, was Sigmar gesagt hat, „sozialen Patriotismus“, wirklich mit Inhalten füllen wollen, dann bitte ich euch - ich weiß mich in bester Gesellschaft mit einem Münchener Oberbürgermeister, nämlich mit dem Vorgänger von Christian Ude, Schorsch Kronawitter, um einen Beschluss für die Reichensteuer auf diesem Parteitag.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Heinrich Donner. Ihm folgt Ralf Stegner.

Heinrich Donner, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch etwas Abwechslung verschaffen durch ein Thema, das bisher noch nicht angeschnitten worden ist, nichtsdestotrotz im Leitantrag steht. Das ist das Kapitel der Subventionen. Im Leitantrag ist bisher dazu gesagt, dass man die im Steuerrecht versteckten Subventionen eindämmen will, dass man sie kürzen will. Ich bin der Ansicht, man muss Subventionen völlig aus dem Steuerrecht heraushalten. Das Steuerrecht ist der Steinbruch für Lobbyisten. Man schätzt, dass zwischen 30 Milliarden und 100 Milliarden Euro jedes Jahr durch im Steuerrecht versteckte Subventionen verloren gehen. Deswegen musste es das Ziel sein - das muss eigentlich jeder vernünftige Finanzminister verfolgen, der verlässliche Einnahmen haben will, Subventionen in einem Haushalt getrennt zu erfassen, und zwar zunächst einmal die Beträge, die man einspart, indem man die Steuervergünstigung streicht, dazu diejenigen Subventionen, die in den einzelnen Bundeshaushalten versteckt sind, und diesen so geschaffenen Subventionshaushalt öffentlich diskutiert. Das ist kein Plädoyer für die Abschaffung von Subventionen, aber für Transparenz. Transparenz ist Gift für jeden Lobbyisten. Wir sollten das ernst nehmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Im Antrag StW 5 gibt es dazu einen Antrag, den die Kommission mit der Empfehlung „Ablehnung“ versehen hat. Ich finde das fahrlässig. Ich bitte die Kommission, doch einmal darüber nachzudenken, diesen Antrag mit „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ zu versehen, denn solche Konzepte liegen bereits vor. Niemand soll sagen, dass wäre nicht umsetzbar. Wenn es bei der Ablehnung bleibt, ist das eine politische Aussage. Dann ist der politische Wille, das so nicht zu tun. Ich bitte euch also, wenn die Antragskommission ihr Votum bei StW 5 in „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ ändert, dann diesem Votum zuzustimmen. Sollte der politische Wille der Antragskommission ein anderer sein, bitte ich euch, euren politischen Willen dafür einzusetzen, die Empfehlung „Ablehnung“ abzulehnen und für diesen Antrag zu

stimmen. Ihr tut damit auch den Angehörigen der Steuerverwaltung einen ganz großen Gefallen, denn nicht mehr administrierbare Gesetze gibt es zuhauf. Die hängen in erster Linie damit zusammen, dass Lobbyisten das Steuerrecht durchlöchern und es verwaltungstechnisch nicht mehr hinzukriegen ist.

In diesem Sinn, liebe Genossinnen und Genossen, hoffe ich auf eure Unterstützung. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ralf Stegner. Ihm folgt Frank-Walter Steinmeier.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Steuerkonzept, das wir hier heute beraten und beschließen, ist mit Abstand das fortschrittlichste, was die SPD in den letzten Jahre beschlossen hat - davon bin ich fest überzeugt -, und es ist die Voraussetzung dafür, dass das, was wir bei Investitionen in Bildung und in die soziale Infrastruktur versprochen haben, auch halten. Wir halten das, was wir sagen! Dazu brauchen wir mehr Beiträge derer mit den höchsten Einkommen und Vermögen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Gerhard Schröder hat am Sonntag in einer Zeitung ein Interview gegeben. Darin waren viele kluge Sätze zu Europa, aber er hat gesagt, wir sollten die Steuern nicht erhöhen, und die Steuerpolitik war immer richtig. Nein, lieber Gerhard, da möchte ich dir widersprechen: Sie war nicht immer richtig. Wir haben bei der Körperschaftsteuer teilweise das Niveau der Biersteuer erreicht, und zwar nicht, weil die Deutschen so viel trinken, sondern weil wir auch Fehler gemacht haben, und diese Fehler muss man dann auch korrigieren, liebe Genossinnen und Genossen, und das tun wir.

(BEIFALL)

Insofern knüpfe ich an die Rede von Peer Steinbrück an und sage: Das schließt ausdrücklich eigene Versäumnisse mit ein.

Was wir tun, ist: Wir gehen daran und führen die Vermögensteuer wieder ein. Das ist notwendig, damit die mit den höchsten Vermögen beteiligt werden. Das ist eine solidarische Mitfinanzierung dessen, was in unserem Land nötig ist.

Wir machen aus der Erbschaftsteuer endlich das, was erforderlich ist und was durch die CSU-Mithilfe zu etwas degradiert worden ist, was überhaupt nichts mehr taugt, Genossinnen und Genossen.

Wir führen endlich die Spekulationsteuer ein. Das müssen wir tun, damit die, die die Finanzkrise verursacht haben, auch beteiligt werden und nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(BEIFALL)

Wir erhöhen den Spitzensteuersatz. Das ist dringend überfällig. Peer hat vorhin in seiner Rede gesagt: Wir sollen aufpassen, dass wir die Starken nicht überlasten. Genossinnen und Genossen, die wirklich Starken

in unserer Gesellschaft sind die Verkäuferin, der Busfahrer, die Pflegekraft, der Werftarbeiter. Die dürfen wir nicht überlasten, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es sind nicht die, die die höchsten Vermögen haben, die die Starken sind. Teilweise ist das Vermögen auch leistungslos erworben, wenn man mal ehrlich ist, und manch einer sahn auch ab. Deswegen findet die Debatte, die um die Reichensteuer geführt wird, durchaus einen Widerhall - auch in unserer Partei.

Ich will dennoch sagen - weil wenn man mal guckt, welche Erträge dabei hereinkommen, dann sieht man, dass das doch im Wesentlichen einen symbolischen Charakter hat -, dass ich glaube, dass wir einen Kompromissvorschlag machen können, mit dem wir das zustande bringen, was wir wollen, nämlich, dass wir uns nicht von der Wirtschaft und von anderen diffamieren lassen, wonach wir diejenigen sind, die generell ist die linke Ecke wollen.

Wir sind Mitte-links, wie das Sigmar in seiner Rede gesagt hat, und deswegen ist es gut, sich noch einmal mit dem Thema Abgeltungsteuer zu befassen. Hier geht es für die Partei der Arbeit am Ende nämlich darum, dass wir diejenigen, die hart arbeiten, für ihre Arbeit nicht höher besteuern als die Kapitaleträge anderer. Das ist nicht fair, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das Argument „25 Prozent von x ist besser als 42 Prozent von nix“ gilt heute nicht mehr. Denkt an die Steuer-CDs und die Dinge, die da hochgekommen sind. Steuerhinterziehung ist gefährlicher geworden, Genossinnen und Genossen, und das ist auch gut so. Steuerhinterziehung muss bestraft werden.

(BEIFALL)

Deswegen möchte ich vorschlagen, das, was wir in der Antragskommission schon hatten - ich habe mich selbst daran beteiligt, das ein bisschen zuzuspitzen -, noch ein Stückchen zu konkretisieren, und das schlage ich dem Präsidium ausdrücklich als Kompromissvorschlag für die Anträge vor. Ich schlage vor, dass wir sagen: Wir wollen so schnell wie möglich wieder zur synthetischen Besteuerung von Kapitaleinkünften zurückkehren, weil Arbeit nicht höher besteuert werden darf als Kapital. In einem ersten Schritt werden wir die Abgeltungsteuer bei Beibehaltung des Optionswahlrechts von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen. Wenn die Berechnungen zum Aufkommen der Abgeltungsteuer ergeben, dass diese geringer ausfällt als die prognostizierten Steuereinnahmen aus einer synthetischen Besteuerung, werden wir diese Abgeltungsteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und Kapitalerträge mit dem individuellen Steuersatz steuerpflichtig machen.

Genossinnen und Genossen, dann bringt das auch was. Dann ist das fair.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, lasst uns auch zeigen, dass wir kompromissfähig sind, dass wir gemeinsam etwas erreichen. Dann gilt nämlich auch für die Erträge das, was Willy Brandt immer formuliert hat: „Politik taugt nur etwas, wenn sie das Leben für die Menschen besser macht“. Wenn wir bessere Bildung, Rechte, Sozialsysteme und ordentliche Renten haben wollen, dann müssen wir auch für die Einkünfte

sorgen, und das ist ein guter Vorschlag, das zu bewirken. – Vielen herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Frank-Walter Steinmeier. Ihm folgt Ralf Höschele.

Frank-Walter Steinmeier, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin vielleicht nicht der Methusalem dieses Bundesparteitages, aber ich darf euch sagen: Zwanzig Jahre Bundesparteitage habe ich auch schon miterlebt. Da waren solche und solche dabei. Dieser ist ein guter Parteitag, ich glaube sogar, der beste, den ich erlebt habe, und deshalb zunächst einmal ganz herzlichen Dank an Sigmar, Andrea und Astrid, die das zustande gebracht haben.

(BEIFALL)

Gestern fragte mich auf der Tournee durch die Fernsehstationen ein Journalist ganz besorgt: Was ist eigentlich los mit der SPD? Ernsthafte Debatten hier im Saal, ohne Hässlichkeiten gegeneinander, ein Parteitag und die Partei leidet nicht unter sich selbst: Das riecht nach Aufbruch. – Ich sage euch: Das riecht nicht nur nach Aufbruch, sondern das ist Aufbruch. Das Signal wollen wir von hier aus geben.

(BEIFALL)

Liebe Freunde, deshalb habe ich mich noch einmal gemeldet: Wenn dies der Eindruck außen ist, dann sollten wir diesen Eindruck auf den letzten Metern nicht zerstören. Es sind alle Signale gesetzt: Wir haben das bessere Programm, wir haben das nötige Profil, wir haben die besseren Leute, und wir sind geschlossen wie nie. Wir können uns nur noch selbst ein Bein stellen, und das sollten wir nicht tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Liebe Freunde, wir sollten das vor allen Dingen nicht bei dem Thema „Steuern und Finanzen“ tun. Es gibt keinen Anlass - glaubt es mir – zur Wiederauflage von alten Schlachten. Es gibt erst recht auch keinen Anlass für Kampfabstimmungen, bei denen am Ende vielleicht die eine oder die andere Seite knapp gewinnt, aber entscheidend ist doch: Wenn wir es dazu kommen lassen, dann würde die Partei als Ganze verlieren. Das dürfen wir nicht zulassen - nicht am Ende eines so erfolgreichen Parteitages.

(BEIFALL)

Wer da zweifelt, dem sage ich auch noch einmal als zusätzliches Argument: Wenn man einmal genau darauf schaut, dann sieht man doch, dass auch die Frontverläufe zwischen uns doch ganz andere als vor zehn Jahren, als vor fünf Jahren und auch als vor zwei Jahren sind. Wir - die unterschiedlichen Redner - streiten hier in diesem Saale doch nicht mehr darüber, ob der Staat mehr Geld braucht. Wir streiten doch nicht darüber, ob die Kommunen stabile Einnahmen brauchen. Wir müssen uns nicht einmal gegenseitig belehren. Christian Ude hat sich bedankt dafür, dass wir dafür gesorgt haben. Wir müssen uns auch nicht darüber streiten, ob man für die Bildung mehr braucht.

Weil wir uns über all das nicht mehr streiten müssen, liebe Genossinnen und Genossen, gibt es dieses fortschrittliche Finanzkonzept. Das ist nicht alte Politik, sondern mit diesem Finanzkonzept bekennen wir uns zu den Aufgaben der SPD und heben wir alte Tabus auf – auch den Spitzensteuersatz. Dazu bekenne ich mich auch, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Mein letzter Punkt: Wenn wir das jetzt gemeinsam miteinander tun, liebe Genossinnen und Genossen, dann sollten wir das in einer Weise tun, dass uns für dieses fortschrittliche Finanz- und Steuerkonzept nicht nur der „Vorwärts“ lobt, sondern dass wir in der Lage sind, auch die Menschen außerhalb der SPD mit auf den Weg zu nehmen. Deshalb meine ganz herzliche Bitte: Wenn das im Prinzip in Ordnung ist, wie viele Leute gesagt haben, dann lasst uns nicht überziehen, dann erkennt an, dass wir nicht beim alten Spitzensteuersatz geblieben sind, sondern dass wir miteinander ausgerechnet haben, was wir brauchen, um sozialdemokratische Aufgabe zu erfüllen. Wir sind dabei auf 49 Prozent gekommen. Verzichtet bitte darauf, jetzt einfach aus Daffke noch einen Schnaps obendrauf zu tun.

Carsten Sieling, ein paar Sätze zur Abgeltungsteuer. Es ist ein Irrtum und die Unwahrheit, dass wir die Abgeltungsteuer eingeführt haben, um Kapitaleinkünfte niedriger zu besteuern.

Das ist einfach falsch. Wir haben mit der Einführung der Abgeltungsteuer damals versucht, bestehende Steuerschlupflöcher zu schließen. Man darf nicht vergessen: Mit der Abgeltungsteuer sind überhaupt manche Kapitaleinkünfte zum ersten Mal in Deutschland besteuert worden, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das ist die Folge der Abgeltungsteuer.

(BEIFALL)

Nun noch etwas mit Blick auf das, was Ralf Stegner zur Abgeltungsteuer gesagt hat - lasst uns bitte genau zuhören -: Schaut in die Fassung der Antragskommission hinein! Schon jetzt schließen wir die Möglichkeit nicht aus, zur Besteuerung der Kapitaleinkünfte nach dem persönlichen Einkommensteuersatz zurückzukehren. Ich sage allerdings auch: Das tun wir nur, wenn sich das am Ende auch lohnt, wenn wir in der Lage sind, Mehreinnahmen zu erzielen. Wir sollten es nur tun, wenn wir nicht neue verfassungsrechtliche Risiken eingehen, die uns zur Nachsteuerung in anderen Steuerbereichen zwingen.

Sonja hat vorhin von diesem Mikrofon aus gesprochen und gesagt, es gebe welche, die Angst vor der Presse haben. Wenn ich auf diese Risiken hinweise, ist das nicht Angst, sondern schlicht ein Gebot der politischen Klugheit. Änderungen sollten nur dann vorgenommen werden, wenn sie tatsächlich auch mehr Einnahmen bringen. Politisch klug ist es auch, darauf zu verzichten, wenn wir am Ende weniger Einnahmen haben. Denn das kann nicht unser gemeinsames Interesse sein.

(BEIFALL)

Letzter Satz: Der Vorschlag der Antragskommission in der ursprünglichen Fassung ging mir eigentlich schon ein bisschen weit. Ralf Stegner hat das jetzt mit einer Ergänzung noch einmal zugespitzt, indem er gesagt hat, wir sollten das „so schnell wie möglich“ auf „drei Jahre“ konkretisieren. Aber ich sage auch: Ich bin bereit, liebe Genossinnen und Genossen, diesen Vorschlag mitzutragen, wenn wir auf diese Weise einen aus meiner Sicht wirklich unsinnigen Streit beenden können. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt nach den Reden von Ralf Stegner und Frank-Walter Steinmeier gehört, dass in der Frage der Abgeltungsteuer ein neuer Kompromissvorschlag auf dem Tisch liegt. Zwei vorgesehene Redner - in diesem Fall waren es Männer - waren schon hier und haben gesagt, vor diesem Hintergrund können sie auf ihren Redebeitrag verzichten.

(BEIFALL)

Ich bitte auch alle anderen, die auf der Liste stehen, zu überprüfen, ob sie nicht ihren Redebeitrag, sofern er sich auf die Abgeltungsteuer bezieht, vielleicht zurückstellen können. Dann hätten wir nämlich die Chance, wirklich in einer überschaubaren Zeit zum Abschluss zu kommen.

Als Nächster hat Uli Kelber das Wort. Ihm folgt Thorsten Schäfer-Gümbel.

Ulrich Kelber, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Konstruktion des Leitantrags ist richtig: die Unterfinanzierung von Infrastruktur, die Unterfinanzierung von Bildung, die Unterfinanzierung des Staates insgesamt zu beenden.

Ich möchte eure Aufmerksamkeit aber auf einen Änderungsantrag richten, den Initiativantrag 219. In diesem geht es darum, Subventionen zu beenden, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine beeindruckende Studie veröffentlicht: 35 Milliarden Euro jährlich geben wir als Staat für ökologisch schädliche Subventionen aus. Sie hat empfohlen, diese Subventionen möglichst zu begrenzen. Leider traut sich der Leiteintrag nur zu, ein Zehntel dieser Subventionen umzuwidmen.

Deswegen schlägt euch das Forum Nachhaltigkeit beim Parteivorstand vor, in einem zweiten Schritt weitere 10 Milliarden Euro dieser Subventionen einzusparen, um damit drei Zukunftsmöglichkeiten zu ermöglichen: Erstens 2,5 Milliarden Euro jährlich für Energieeffizienzmaßnahmen, damit die Menschen ihre Energiepreisrechnungen senken können.

Zweitens 2,5 Milliarden Euro jährlich für die Schieneninfrastruktur, weil wir es gar nicht mehr schaffen, Personen- und Güterverkehr in dem Maße auf die Schiene zu bringen, wie es notwendig wäre: im Hafenhinterland, im Rhein-Ruhr-Gebiet, in Mannheim, im Rhein-Main-Gebiet, am Kölner Knoten.

Drittens - ich glaube, das ist eine offene Flanke sozialdemokratischer Politik - ein Gebäudedämmungsprogramm, das mietenneutral ausgeführt werden kann, damit die Menschen auch nach den Dämmungsmaßnahmen ihre Miete bezahlen können, und zwar auch dann, wenn der Ölpreis weiter steigt. Wir haben hier als Sozialdemokratie ein nicht ausreichendes Angebot.

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Änderungsantrag, gegen das Votum der Antragskommission. Lasst uns Gießkannensubventionen beenden und zielgerichtete Zukunftsinvestitionen bezahlen: sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvoller. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als Nächster hätte Thorsten Schäfer-Gümbel das Wort. Er zieht je-

doch seinen Redebeitrag unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Kompromiss zur Abgeltungsteuer zurück, ebenso wie Thomas Oppermann.

(BEIFALL)

Ich sage noch einmal: Das könnte auch Beispiel für andere sein. - Wir machen weiter in der Redeliste. Es folgt Fabian Löffler aus Rheinland Pfalz. Ihm folgt Julian Nida-Rümelin. - Fabian hat auch zurückgezogen. Dann kommt jetzt Julian.

Julian Nida-Rümelin, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Nachdem ihr mich vor zwei Jahren in den Parteivorstand gewählt habt, wurde ich vom Parteivorstand zum Leiter der Grundwertekommission bestellt. Der Vorschlag war, dass wir als Allererstes darangehen, festzustellen: Was sind eigentlich die Staatsaufgaben, die die Sozialdemokratie in Angriff nehmen muss? Unterdessen ist das publiziert, das findet ihr auch auf der Homepage der SPD-Grundwertekommission. Die informelle Überschrift ist: Rehabilitation eines starken sozialen und demokratischen Staates.

(VEREINZELT BEIFALL)

Mir scheint, dass wir alle Chancen haben, Orientierung am Beginn einer neuen Epoche zu geben. Die Rhetorik des permanenten Staatsabbaus, die Rhetorik, die besagt „Jeder soll an sich selber denken; das andere regelt sich von alleine“, die Rhetorik der Effizienz der Ökonomie geht zu Ende, weil sie einfach nicht mehr glaubwürdig ist. Es gibt keine große politische Kraft, die die programmatische Substanz hat, um am Beginn dieser neuen Epoche Orientierung zu vermitteln.

(VEREINZELT BEIFALL)

Meine Aufforderung an uns alle ist, dass wir diese Diskussion, die wir jetzt führen, mit einer Botschaft unterfüttern. Diese Botschaft muss in meinen Augen lauten: Die Lebensqualität eines jeden einzelnen Menschen hängt natürlich auch davon ab, was er oder sie im Portemonnaie hat. Aber überlegt euch einmal, in welchem hohem Umfang die Lebensqualität eines jeden Menschen davon abhängt, dass wir in Sicherheit leben können, dass wir keine Angst haben müssen, wenn unsere Kinder auf dem Weg zur Schule alleine über die Straße gehen, dass wir eine Infrastruktur haben, für die wir nicht jeweils selber zahlen müssen, dass wir einen allgemeinen Zugang zu Bildung haben und damit die Erosion des sozialen Zusammenhalts nicht befürchten müssen, dass wir in Zukunft investieren können, weil sich das auf den Märkten nicht darstellt. Das alles kostet Geld. Das ist die eigentliche Leistung des Staates.

Das Konzept, das wir heute beschließen werden - ich darf persönlich sagen: vor zwei Jahren habe ich nicht geglaubt, dass wir im Konsens so weit kommen - und das der Parteivorstand damals vorgestellt hat, hat alle Erwartungen, die ich hatte, bei weitem übertroffen.

Deshalb kann die Botschaft durchaus sein: Wir haben uns auf Inhalte verständigt und auf die Finanzierung eines Staates, der wieder stark, sozial und demokratisch ist. Damit geben wir Orientierung am Beginn einer neuen Epoche der politischen Praxis.

Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich habe jetzt Nils Schmid. Ihm folgt Sebastian Weigle.

Nils Schmid, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, wir beraten diesen steuerpolitischen Antrag am Ende einer Erfolgsgeschichte, nämlich der Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie in Deutschland, die es geschafft hat, dass wir in Deutschland nicht nur über Steuersenkungen reden, sondern darüber, wie der Staat angemessen mit Steuern finanziert wird.

Es ist ein Erfolg für uns alle, beispielsweise in Baden-Württemberg als neue Landesregierung, eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer durchgesetzt zu haben, um die Zukunftsaufgabe der Kinderbetreuung zu finanzieren, um den Kommunen in Baden-Württemberg die bestmögliche Finanzierung zuzusagen. Wir haben für einen Ausbau der Krippenbetreuung in Baden-Württemberg eine Regelung mit einer klaren Betriebskostenzuschussung für Kommunen gefunden, wonach sich die Regierungen anderer Ländern lange die Finger lecken werden.

Wir haben gezeigt: Steuerpolitik, Bildung und Betreuung gehören zusammen. Das ist ein Erfolg für uns als SPD.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir sind jetzt aber an einem Punkt angelangt, wo wir aufpassen müssen, dass wir die Steuerschraube nicht überziehen, dass wir diesen Akzeptanzzugewinn nicht infrage stellen. 13 Steuererhöhungen stehen in dem Antrag. Das ist ein Wort. Ich kann jede einzelne nachvollziehen. Deshalb will ich ausdrücklich sagen: Jawohl, wir brauchen eine maßvolle Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Aber bei 49 Prozent sollte dann auch Schluss sein. Denn wir haben auch viele Leistungsträger in der Gesellschaft, die als Single schnell in eine riesige Progression hineinrutschen. Ich denke an die Leute, die bei Bosch als Techniker oder Meister arbeiten. Auch das sind unsere Wählerinnen und Wähler.

Ich will sagen: Bei dem Thema Kapital- und Vermögensbesteuerung begrüße ich den Vorschlag, wie wir mit der Abgeltungssteuer umgehen. Ich will aber auch da zur Sorgfalt raten. Wir sollten uns bei der Vermögensteuer und der Kapitalertragsteuer genau anschauen, wie wir das regeln. Wir sollten den Menschen vor der Bundestagswahl nicht zu viel versprechen. Deshalb ist es richtig, dass wir da Prüfaufträge formuliert haben. Denn wir werden bei dieser Bundestagswahl nicht nur Mehrheiten in diesem Saal brauchen, sondern wir brauchen auch Mehrheiten draußen in der Gesellschaft für die notwendigen Veränderungen in der Steuerpolitik.

Dazu gehört bei der Vermögensteuer, dass wir die politischen Kosten der Einführung bei der Einführung der Vermögensteuer im Auge haben. Deshalb sage ich eines ganz deutlich: Für Baden-Württemberg wird es eine Vermögensteuer nur geben können, wenn wir einen Teil des Mehraufkommens für die wichtigen Zukunftsaufgaben Bildung, Betreuung und Forschung behalten können. Das wird die Bedingung dafür sein, dass die baden-württembergische Landesregierung der Einführung einer Vermögensteuer zustimmen kann.

Wir brauchen eine klare Verbindung von Mehraufkommen aus Steuererhöhungen für die wichtigen Zukunftsaufgaben von Kommunen und Land. Nur dann werden wir es schaffen, dass wir die neu geschaffene gesellschaftliche Mehrheit in der Steuerpolitik für die SPD auf Dauer bewahren können.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich würde gerne einen Hinweis geben. Wir haben noch Sebastian Weigle, ihm folgt Michael Müller und vier weitere Wortbeiträge. Das kann alles ziemlich schnell gehen. Da wir auch diesen Punkt gern vernünftig mit euch abstimmen würden, sorgt bitte dafür, dass so langsam die Delegierten, die jetzt noch irgendetwas anderes zu machen haben, in den Saal kommen. Jetzt hat der Sebastian das Wort und dann Michael Müller.

Sebastian Weigle, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, die Richtung in diesem Steuerkonzept stimmt. Vor zehn Jahren wurden hier in dieser Bundespartei noch ganz andere Richtungen mehrheitlich beschlossen und dann auch so umgesetzt in Regierungsverantwortung. Wir geben nun eine ganz ehrliche Antwort, dass unser Staat solide finanziert werden muss und dass solide Finanzierung immer auch gerechte Finanzierung heißen muss, liebe Genossinnen und Genossen.

Diese Antworten geben wir mit einer Trias. Wir erhöhen die Einkommensteuer von 42 Prozent auf 49 Prozent. Wir führen endlich wieder eine vernünftige und gerechte Erbschaftsteuer ein, und wir kümmern uns darum, dass auch die großen Vermögen ihren Beitrag dazu liefern, dass der Staat solide finanziert wird.

Darüber hinaus werden wir in Regierungsverantwortung nicht nur von der Kapitaltransaktionssteuer reden, sondern wir werden sie auch umsetzen. Und wir sorgen dafür, dass Kommunen Bewegungsspielraum bekommen, indem wir sie entlasten, indem wir ihnen den Spielraum geben, den sie dringend brauchen, um die Zukunft zu gewinnen.

Die ehrliche Antwort ist natürlich auch, dass sich diese SPD ein ganzes Stück weit aus der neuen Mitte in eine linke Mitte weiter bewegt hat. Dann fragt man sich, ist es notwendig, dass wir diese sogenannte Reichensteuer tatsächlich brauchen. Dann müssen wir doch einmal ehrlich schauen, warum wir sie damals eingeführt haben. Es war eine Notwehrreaktion der SPD, nachdem es nicht durchsetzbar war, dass die Einkommensteuer insgesamt angehoben wurde. Es war keine inhaltlich wirklich notwendige Antwort. Wenn wir es damals geschafft hätten, die Einkommensteuer, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Jetzt geben wir als Antwort: Wir erhöhen den Spitzensteuersatz, wir gehen auf 49 Prozent. Der zweite Teil der Antwort muss dann aber auch sein: Dann können wir auf die Reichensteuer verzichten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Michael Müller. Ihm folgt Norbert Fabian. Dann würde Sigmar Gabriel noch zu uns sprechen.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, 1930 hatte Keynes einen sehr lesenswerten Beitrag geschrieben, das Essay über die wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Enkelkinder. Darin verlangt er, dass man gerade in Krisenzeiten unter die Oberfläche schaut, dass man deutet, was der tiefere Grund für Krisen ist.

Ich sage: Das wird auch heute so sein, dass wir nicht begreifen, worum es wirklich geht, wenn wir nicht auch tiefer schauen. Denn es wird nicht ein Weg aus der Krise kommen, wenn wir weiterhin zulassen, dass wir beispielsweise rund um die Uhr im Fernsehen von Börsenexperten gesagt bekommen, was wir zu tun haben. Es ist unglaublich, wie sehr sich ein Einheitsdenken durchgesetzt hat, dass beispielsweise in der „Tagesschau“ in jeder Sendung der Bericht aus der Börse gebracht wird, in dem Banker, die uns in die Krise geführt haben, sagen, wie wir aus der Krise herauskommen.

Das kann doch nicht wahr sein, dass die, die den Neoliberalismus verantwortet haben, uns noch weismachen wollen, wie wir diesen Neoliberalismus zu retten haben. Nein, wir brauchen eine Alternative. Deshalb müssen wir uns gegen dieses Einheitsdenken wehren. Deshalb müssen sagen, wir sind nicht bereit, eine Basta-Politik hinzunehmen und alles als alternativlos darzustellen. Denn es ist nicht alternativlos, und Basta-Politik hat nichts mit Demokratie zu tun.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist aber sehr wichtig, zu begreifen, was die Hintergründe sind. Deshalb führen wir in den Umweltverbänden und machen das auch zum Schwerpunkt der nächsten Jahre eine Debatte über die Grenzen des Wachstums. Das ist nicht nur ein ökologisches Thema. Das wäre falsch. Beispielsweise die wachsenden sozialen Unterschiede, die zunehmende Verschuldung, aber auch, dass nahezu alle OECD-Länder in der Zwischenzeit nur noch ein lineares Wachstum haben, das liegt daran, dass seit den 70er Jahren systematisch die Grenzen des Wachstums verdrängt werden. Wir reden darüber, aber wir ziehen keine Schlussfolgerungen daraus. Das müssten wir aber tun, damit die Gesellschaft in Verteilungsaueinandersetzungen, in Verteilungskonflikte gerät. Da ist der entscheidende Punkt.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir hier mehr Verteilungsgerechtigkeit wollen, dann ist das kein Reflex aus historischer Tradition, sondern die wesentliche Voraussetzung, um in Zukunft eine friedliche Gesellschaft zu haben. Ohne mehr Verteilungsgerechtigkeit werden wir mit den sinkenden Wachstumsraten in unserer Industriegesellschaft und weltweit umgehen können. Das ist der entscheidende Punkt. Es ist keine Spielerei. Es ist eine ernsthafte Frage unserer Politik.

Da muss man sich fragen, woher das gekommen ist. - Ich komme sofort zum Ende. - Wir müssen sehen: Seit den 70er Jahren, seitdem die Wachstums insbesondere in den USA und Großbritannien zu sinken, erleben wir eine Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung. Der Neoliberalismus ist entstanden, um den Banken zu nutzen, um sie zu höheren Wachstumsraten in Wirtschaft und Unternehmen zu kommen. Das ist der entscheidende Grund für den Neoliberalismus. Bis dahin waren die Banken Diener, seitdem sind sie Herren. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Finanzkapital der Herr über die Wirtschaft ist. Darum geht es. Darum geht es.

(BEIFALL)

Deshalb, Genossinnen und Genossen - das sage ich jetzt als einer der Verantwortlichen in der deutschen Umweltbewegung -, diskutieren wir nicht nur über unsere Situation, sondern auch im Sinne von Keynes über die Zukunft. Wir diskutieren darüber, was Gesellschaft und Politik zu machen haben unter den Bedingungen der Grenzen des Wachstums. Lasst uns eine Zukunftsdiskussion führen, die nicht in den alten Klischees bleibt, sondern die sich in die Zukunft richtet.

Peer Steinbrück, Pragmatismus heißt in der theoretischen Philosophie, die Folgen von Wirkungen auf

die Lebenswelten zu beachten. Das heißt Pragmatismus in der Theorie. Also, lasst uns da nicht einen falschen Streit führen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, ich weise noch einmal darauf hin: Jetzt hat Norbert Fabian das Wort. Ihm folgt Sigmar Gabriel, und dann geht es ganz schnell in die Abstimmungen. Also, guckt einfach, dass alle, die sich an der Abstimmung beteiligen wollen, wirklich auch im Saal sind. - Norbert, jetzt hast du das Wort.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, wir sind alle für eine Reichensteuer; denn Reichensteuer heißt für mich, dass die höheren Einkommen mit der Steuerprogression angemessen erfasst werden und ihren Anteil zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Reichensteuer heißt für mich vor allem, dass wir die Finanztransaktionsteuer nicht nur fordern, sondern dass wir sie durchsetzen, national, europäisch, international, dass wir eine Kampagne machen. Hier geht es darum, dass Millionen- und Milliardenbeträge, die abgezockt werden, ohne dass irgendeine Wertschöpfung erfolgt - ich meine den Hochfrequenzhandel oder den grauen Derivatehandel -, angemessen besteuert werden. Dort entstehen neue Reichtümer, die nicht zu unseren Volkswirtschaften, nicht zum Sozialstaat beitragen. Da müssen wir eine Reichensteuer einführen.

Reichensteuer heißt für mich, dass wir die Vermögensteuer nicht nur fordern, sondern auch durchzusetzen versuchen. Wir haben immerhin jetzt die Initiative von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Ich hoffe, dass sich auch Baden-Württemberg und weitere Bundesländer anschließen.

Ich hoffe auch, dass man auch in den Großen Koalitionen, die wir unter SPD-Führung haben, darüber diskutiert. Wir brauchen breite Mehrheiten im Bundesrat. Die Vermögensteuer wird auch von patriotisch gesinnten Millionären gefordert. Sie wird auch von den beiden großen christlichen Kirchen gefordert. Ich sage das ausdrücklich als einer der Sprecher im Arbeitskreis SPD und Kirchen. Die deutschen katholischen Bischöfe haben es in einem Impulspapier in die Diskussion gebracht. Die EKD fordert es auch. Ich denke übrigens, dass man bei Gesprächen des Parteivorstandes mit den Kirchen auch einmal dieses Thema stärker ansprechen sollte.

Also, wir brauchen ein breites Bündnis, aber auch, wie schon gesagt, eine Kampagne über unsere Partei hinaus, damit deutlich wird: Reiche und Vermögende müssen mehr dazu beitragen, unser Gemeinwesen zu finanzieren und vor allem den Sozialstaat zu finanzieren.

Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Zum Abschluss der Debatte erhält Sigmar das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte nur eine kurze Anmerkung machen und mich ansonsten bedanken. Die Anmerkung ist: Ich finde, wir sollten sehr selbstbewusst auch darauf hinweisen, dass in unserem Finanzierungskonzept für unsere Politik Einsparungen vorgesehen sind - das geht ein bisschen unter -, weil das ein großer Unterschied zur derzeitigen Bundesre-

gierung ist, die ihre Stillhaltegeschenke innerhalb der Koalition mit einer höheren Verschuldung im nächsten Jahr bezahlen will. Wir haben an den Anfang unseres Finanzierungskonzepts Einsparungen in der Größenordnung von 15 Milliarden Euro aufgeschrieben. Ich finde, wir sollten das nicht verschweigen. Etwa die gleiche Summe soll durch Steuern kommen. Aber es kann ja nicht sein, dass wir nur über Mehreinnahmen reden, sondern wir reden auch über Minderausgaben. Die SPD sollte sich dazu bekennen, insbesondere dann - deswegen will ich nur auf den Uli Kelber hinweisen -, wenn es sich dabei um die Abschaffung von ökologisch wirklich unsinnigen Steuersubventionen handelt. Ich glaube, dass das eine gute Richtung ist, die der Antrag dort einnimmt. Das ist fast gar nicht angesprochen worden. Deswegen wollte ich das sagen.

Dann wollte ich mich bedanken, namentlich bei Ralf Stegner und Frank-Walter Steinmeier, aber auch bei allen, die den Kompromiss mittragen. Ich glaube, das ist, Genossinnen und Genossen, wirklich eine gute Botschaft. Wir sagen, wir werden durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab 100.000 Euro Einzeljahreseinkommen für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Das ist fair. Das ist verträglich.

Wir verzichten hoffentlich gleich darauf, darüber hinauszuschießen. Alle, die da sagen. „Nein, wir möchten es doch anders haben“, die bitte ich einfach, die Worte von Christian Ude, Torsten Albig, Stephan Weil und anderen, die im Wahlkampf sind, im Ohr zu haben und es nicht zu übertreiben mit dem, was wir glauben, da machen zu können.

Bei der Abgeltungsteuer finde ich den Vorschlag von Ralf Stegner deshalb gut, weil er gerade keine ideologische Debatte über die Frage aufmacht: „Ist es richtig, den persönlichen Einkommensteuersatz zu nehmen, oder ist es richtig, die Abgeltungsteuer zu machen?“, sondern schlicht und einfach die Frage stellt: Bei welcher Form der Besteuerung kriegen wir eigentlich mehr Geld her für Bildung, für die Kommunen und für den Abbau der Staatsverschuldung? Ich finde, Ralfs Vorschlag macht besonders deutlich, dass es uns darum geht: Wenn wir mit der bisherigen Form der Abgeltungsteuer und ihrer Erhöhung tatsächlich mehr einnehmen, dann lassen wir das so. Wenn wir feststellen, nein, das ist nicht so, dann kehren wir zu dem zurück, was zwar kein Mensch versteht, aber was man synthetische Besteuerung nennt und was im Kern die Einkommensteuer ist.

Ich glaube, dass man so pragmatisch damit umgehen muss, weil wir ja keine ideologische Debatte führen wollen, sondern eine, mit der wir Schulden abbauen, Bildung und Kommunen finanzieren.

Deshalb, Ralf und Frank-Walter, vielen herzlichen Dank. Ich hoffe, dass das gleich die Mehrheit bekommt. Ich glaube, es ist ein tolles Signal des Parteitages, dass wir in einer strittigen Debatte ein so gutes Ergebnis hinbekommen. Vielen, vielen Dank an alle, die da mitgeholfen haben.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Noch einmal: Jetzt ist die letzte Möglichkeit, dass ihr eure Delegierten in den Saal holt; denn unmittelbar nach dem Beitrag von Florian für die Antragskommission werden wir in die Abstimmung eintreten. - Florian, du hast das Wort.

Florian Pronold, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Da ist eine lange Arbeit in der Kommission geleistet worden mit einem wirklich guten Antrag. Nicht nur die SPD, glaube ich, hat

ihre Position mit diesem steuerpolitischen Antrag jetzt hinreichend auf die aktuellen Zeiten abgestimmt, sondern es hat sich seit der Finanzkrise auch das Bewusstsein verändert. Die Menschen wissen, dass wir einen starken Staat brauchen, der handlungsfähig ist. Der Staat braucht Steuern, und diese Steuerlast muss gerecht verteilt sein. Wir haben heute ein Ergebnis - auch nach dem Kompromissvorschlag -, das es uns ermöglicht, diesem wirklich richtungweisenden Antrag in großer Einmütigkeit zuzustimmen.

Es ist nämlich so, dass auch der Initiativantrag 221 nach dem hier dargestellten Kompromissvorschlag von den Jusos zurückgezogen worden ist. Insofern ist mit der Ankündigung der Antragskommission, den Kompromissvorschlag von Ralf Stegner zu übernehmen, jetzt über die Frage der Reichensteuer in dem Kontext zumindest nicht mehr abzustimmen. Wir gehen das jetzt aber einzeln durch. Dazu sind auch Anträge da. Die werden wir behandeln. Wir machen das jetzt alles Punkt für Punkt, schnell und in aller Kürze, weil hier vieles gesagt worden ist. Jetzt brauchen wir nur noch den guten Beschluss am Ende.

(BEIFALL)

Doris, fang an.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich wäre euch wirklich für eure ungeteilte Aufmerksamkeit dankbar, weil ich erstens glaube, dass wir es dann schnell hinkriegen, und es zweitens nicht ganz unkompliziert ist. Wenn ich jetzt also etwas so darstellen sollte, dass die Antragsteller nicht einverstanden sind, macht euch kenntlich. Aber wir haben wirklich versucht, alles mitzuschreiben.

Ich rufe also auf die Anträge StW 1 bis StW 70 auf den Seiten 575 bis 674 des Antragsbuches sowie die Initiativanträge, die in einem zusammengehefteten Paket an euch verteilt worden sind: IA 218, IA 219, IA 221, IA 224, IA 243, IA 244 und IA 247.

Wir beziehen uns jetzt zunächst auf den Antrag StW 1 und die auf diesen Antrag bezogenen Initiativanträge oder aber Änderungsanträge im Antragsbuch.

Wir fangen an mit dem IA 247, Stichwort Abgeltungssteuer. Zu diesem gibt es inzwischen einen Kompromissvorschlag von Ralf Stegner, den ich euch gerne nochmals vorlesen würde:

„Wir wollen so schnell wie möglich wieder zur synthetischen Besteuerung von Kapitaleinkünften zurückkehren, weil Arbeit nicht höher besteuert werden darf als Kapital. In einem ersten Schritt werden wir die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechts von 25 auf 32 Prozent erhöhen. Wenn die Berechnungen zum Aufkommen der Abgeltungssteuer ergeben, dass dieses geringer ausfällt als die prognostizierten Steuereinnahmen aus einer synthetischen Besteuerung, werden wir die Abgeltungsteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und Kapitalerträge mit dem individuellen Steuersatz steuerpflichtig machen.“

Darf ich erst mal fragen, ob damit der IA 247 hinfällig ist. Ich gehe davon aus, dass die jetzt gefundene Formulierung den IA 247 ersetzt. Ist das d'accord so?

Florian Pronold, Antragskommission: Die Antragsteller aus Bremen sagen Ja. Damit brauchen wir darüber nicht abzustimmen. Der Kompromissvorschlag von Ralf Stegner wird von der Antragskommission ja übernommen.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich meine, wir müssen es abstimmen. Ich finde, ehrlich gesagt, es tut uns gut, diesen hart errungenen Kompromiss abzustimmen und ihn mit einem ganz ordentlichen Votum zu versehen.

(BEIFALL)

Insofern würde ich euch um Zustimmung zu dem von mir eben verlesenen Kompromissvorschlag zur Abgeltungssteuer bitten. - Wer stimmt dagegen? - Niemand.

(BEIFALL)

Darf ich noch fragen, ob es Enthaltungen gibt. - Das ist jetzt wirklich ein Superergebnis. Ich denke, die wirklich gute Debatte hat ein solches Ergebnis auch verdient. Herzlichen Dank noch mal.

(BEIFALL)

Es geht dann weiter mit dem IA 221, der - Florian hat darauf hingewiesen - wohl zurückgezogen ist. Ist dem so? - Ja. Damit brauchen wir über diesen Antrag nicht abzustimmen.

Dann kommen wir zum IA 218. Da geht es um einen Formulierungsvorschlag. Da soll „Wachstum“ durch „wirtschaftlicher Erfolg“ ersetzt werden. Das lehnt die Antragskommission aber weiterhin ab.

Florian Pronold, Antragskommission: Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Also müssen wir über diesen Antrag strittig abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen dann zum IA 219, Stichwort Nachhaltigkeit. Der ist auch mehrfach hier angesprochen worden in der Debatte. Ich gehe davon aus, die Antragskommission bleibt weiterhin bei Ablehnung.

Florian Pronold, Antragskommission: Ja, das ist richtig. Wir haben in dem vorliegenden Konzept sehr ausführlich uns auch damit beschäftigt, welche steuerlichen Subventionen wir zurückfahren wollen, und haben uns sehr genau überlegt, dass wir andere steuerliche Subventionen, die immer herumgeistern, die aber nie konkret benannt werden, wie für energieintensive Betriebe oder die Pendlerpauschale - die fassen auch viele unter steuerliche Subventionen -, nicht anpacken wollen. Das haben wir uns sehr gut überlegt. Deswegen empfiehlt die Antragskommission auf Basis dessen, was wir hier im Antrag vorgelegt haben, Ablehnung des Antrages 219.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Es bleibt also bei den Antrag der Antragskommission: Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Wir kommen dann zum IA 244, bei dem die Antragskommission Annahme empfiehlt. Da gab es den Antrag von Uli Nissen, eine Ergänzung in Zeile 9 vorzunehmen.

Florian Pronold, Antragskommission: Nein, das war der Redebeitrag von Elvira Dobrinski-Weiß, glaube ich, wenn es sich auf den Initiativantrag 244 bezieht.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ja, genau.

Florian Pronold, Antragskommission: Da geht es um die Verbraucherpolitik. Den übernehmen wir.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann kommen wir zur Abstimmung über den IA 244. Da wird seitens der Antragskommission Annahme empfohlen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das so beschlossen.

Dann kommt jetzt der Wunsch von Uli Nissen nach Ergänzung, nämlich auf Seite 589 Zeile 9 zu ergänzen: „Die Umlagefähigkeit und damit die Weitergabe dieser Kosten der Eigentümer und Eigentümerinnen auf die MieterInnen muss beschränkt werden.“ Den hat wohl die Antragskommission übernommen.

Florian Pronold, Antragskommission: Es geht um die Frage der Grundsteuern. Ihr wisst, dass die auf die Nebenkosten Einfluss haben. Wir sehen das als Partei, die Mieterinnen- und Mieterinteressen vertritt, für selbstverständlich an, dass wir uns bemühen, das zu beschränken.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann hat sich das, glaube ich - - Wir stimmen lieber ab. Wer folgt dem Votum der Antragskommission auf Aufnahme dieses Satzes? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Jetzt erkläre ich nochmals, wie das mit dem StW 1 weitergeht. Wenn wir den StW 1 in der Fassung der Antragskommission mit den Ergänzungen jetzt annehmen würden, dann wären erledigt der StW 2, der StW 4, der StW 9, Teile von StW 10, der StW 11, StW 14, StW 15, StW 17, StW 23, StW 24, StW 26 bis 28, Teile von StW 31, StW 33, StW 39, StW 43.2, Teile von StW 44, StW 47 bis 49, StW 52, StW 53, StW 61, StW 64, StW 69, StW 70 und die Anträge K 6, K 11 und K 17.

Wir müssen abstimmen über den StW 3. Da empfiehlt die Antragskommission Ablehnung und bleibt bei ihrem Votum?

Florian Pronold, Antragskommission: Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann bitte ich um das Kartenzeichen, wenn ihr dem Votum der Antragskommission folgen wollt. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? Dann haben wir das einstimmig entschieden.

Wir kommen dann zum StW 5. Da geht es um Subventionen. Da ist gewünscht worden in der Debatte, dass der abgestimmt wird. Ich gehe davon aus, die Antragskommission bleibt bei Ablehnung?

Florian Pronold, Antragskommission: Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann müssen wir auch über den StW 5 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das mit großer Mehrheit so entschieden.

Nicht zurückgezogen sind bisher die StW 6 und StW 7. Auch in diesen beiden Fällen empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, weil wir das jetzt in entsprechenden Formulierungen alles in unserem StW 1 integriert haben. Also: Ihr bleibt bei eurem Votum Ablehnung? - Dann stimmen wir ab über den StW 6. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so entschieden.

Dann kommen wir zum StW 7. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so entschieden.

Dann kommen wir noch zum StW 8. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion. Wer kann dem Votum der Antragskommission zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum StW 62. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion. Wer kann dem zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das auch einstimmig so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der große Moment naht. Es kommt jetzt die Gesamtabstimmung über den so geänderten, von der Antragskommission noch ergänzten StW 1. Ich darf fragen, wer dem Gesamtantrag StW 1 seine Zustimmung gibt. - Wer stimmt dagegen? - Wir sehen niemand. Wer enthält sich? - Wir sehen auch niemand. Es ist einstimmig.

(BEIFALL)

Schenkt mir bitte noch eine Minute euer Ohr. Dann haben wir das gesamte Kapitel bearbeitet. Ich könnte euch jetzt vorschlagen, wie wir das bei den anderen Kapiteln auch gemacht haben, dass wir alle anderen Anträge so votieren, wie es im Antragsbuch seitens der Antragskommission empfohlen wird. Ich würde dann zum Schluss nur IA 224 und IA 243 noch einmal aufrufen. Gibt es irgendwo einen Wunsch auf Einzelabstimmung? - Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Dann rufen wir erst alle Anträge des Antragsbuches auf und empfehlen das Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das haben wir einstimmig so beschlossen.

Dann kämen wir noch zum IA 224. Da empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und die SPE. Ist das noch euer Votum?

Florian Pronold, Antragskommission: Das ist unser Votum.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Dann würde ich auch da bitten, ob ihr dem Votum der Antragskommission zustimmen könnt. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das auch so entschieden.

Zum IA 243 habe ich noch eine Wortmeldung von Katja Mast vorliegen. Ich frage einmal, ob Katja den Antrag noch begründen will oder ob wir auch das entsprechend dem Votum der Antragskommission, das ja auf Annahme lautet, entscheiden können.

Katja Mast, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht um das um Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz, das Wolfgang Schäuble mit der Schweiz verhandelt hat. Wir von der SPD Baden-Württemberg finden: So nicht, Herr Schäuble, wir wollen nicht, dass Steuerehrhinterzieher besser gestellt werden als diejenigen, die ehrlich Steuern in dieser Republik zahlen.

(BEIFALL)

Wenn wir über Steuern diskutieren, gehört die Steuergerechtigkeit dazu. Schäuble hat ein Abkommen verhandelt, in dem steht, je hemmungsloser Steuern hinterzogen wurden, desto billiger kommen die Täter am Ende durch eine Einzelfallregelung davon. Deshalb wollen wir, dass kein sozialdemokratisches Bundesland und kein Bundesland, in dem die SPD mit in der Regierung ist, im Bundesrat diesem Steuerabkommen zustimmt. Ich bitte euch um eure Unterstützung, Genossinnen und Genossen. So nicht!

(BEIFALL)

Florian Pronold, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt euch Annahme. Wir sollten zusätzlich das Pferdefutter bestellen, damit die Kavallerie, die Peer Steinbrück einmal ins Gespräch gebracht hat, im Notfall gut versorgt ist.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich darf auch an dieser Stelle das Votum der Antragskommission zur Abstimmung stellen und bitte euch um das Kartenzeichen. - Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Sehe ich niemand. - Wer enthält sich? - Dann haben wir auch das.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer hätte das gedacht. Wir sind damit am Ende des Kapitels Finanzen, Wirtschaft, Steuerpolitik, ich denke, mit einem hervorragenden Ergebnis. Deswegen gebe ich jetzt gerne an den Kollegen Heiko Maas ab, dass der das bei der Bürgerversicherung mindestens genauso gut hinkriegt.

(BEIFALL)

EINBRINGUNG LEITANTRAG BÜRGERVERSICHERUNG

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Dass wollen wir dann einmal sehen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir widmen uns jetzt dem Thema Gesundheit. Das sind die Anträge G 1 bis G 54. Als Berichterstatlerin hat Andrea Nahles das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn mich vor ein paar Jahren jemand gefragt hätte, was in Deutschland niemals passieren darf, dann hätte ich geantwortet: Dass die Lobby von Apothekern, Pharmareferenten, PKV und Ärzteschaft das Gesundheitsministerium übernimmt. Was ist vor zwei Jahren passiert, als Schwarz-Gelb an die Regierung kam? Die FDP stellt seither den Gesundheitsminister. Das ist wirklich Worstcase für die Gesundheitspolitik in Deutschland.

(BEIFALL)

Deswegen ist es höchste Zeit, dass wir eine Reform vorlegen, die es in sich hat. Denn es geht uns nicht um eine nur kleine Korrektur, es geht uns um einen grundsätzlich neuen Weg. Wir wollen in Deutschland keine Kopfpauschalen, die höheren Einkommen besser stellen und niedrige belasten, auch wenn die sich irgendwie verschwiemelt „Zusatzbeiträge“ nennen. Wir wollen auch nicht, dass die Arbeitgeberbeiträge eingefroren werden. Genau das hat diese Bundesregierung gemacht. Wir wollen auch nicht, dass wir eine weitere Privatisierung sozialer Sicherungssysteme wie bei der Pflegeversicherung auf den Weg bringen. Deswegen sagen wir nur ein Wort als Antwort: Wir wollen Bürgerversicherung in der Gesundheit und in der Pflege.

(BEIFALL)

Die Reform, die wir hier vorschlagen, ist parteiisch. Sie ist parteiisch, weil sie die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge hat, der Rentnerinnen und Rentner und der mittelständischen Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. All diese Gruppen - das ist die übergroße Mehrheit der Gesellschaft - werden von der Bürgerversicherung profitieren. Denn unsere Bürgerversicherung entlastet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner und auch die Unternehmen mit vielen Beschäftigten, die keine hohen Einkommen haben, mit sage und schreibe 5 Milliarden Euro. Dafür werden im Gegenzug besonders kapitalintensive Arbeitgeber um die gleiche Summe belastet. Deswegen ist sie parteiisch, aber parteiisch eben für die Mehrheit der Bevölkerung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich weiß oft nicht, warum einige fragen: Wo unterscheiden wir uns als Parteien denn noch? Bei der Gesundheitspolitik ist das ja wohl klar: Wir sprechen uns für eine paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems aus, beide Seiten zahlen das Gleiche. Genau das schlagen wir vor. Das ist gerecht, liebe Genossinnen und Genossen. Niemand profitiert mehr davon als die Arbeitgeber, wenn die Beschäftigten fit und gesund sind, und das möglichst lange. Deswegen brauchen wir die Parität.

(BEIFALL)

In Zukunft gibt es eine Bürgerversicherung von verschiedenen Kassen. Ich kann mir auch vorstellen,

dass die privaten Krankenkassen die Bürgerversicherung anbieten. Warum nicht? Allerdings zu fairen Konditionen, zu den Bedingungen, die wir als Gesetzgeber vorgeben.

In dieser Beziehung sage ich sehr klar, dass sich Ärzte, die heute für privatversicherte Patienten mehr abrechnen als für gesetzlich Versicherte, in diesem System doch völlig rational verhalten. Man kann denen doch gar nicht vorwerfen, dass sie das tun. Aber es ist trotzdem ein falscher Anreiz, weil er auch dazu führt, dass da, wo die Versorgung wirklich dringend wäre, oft weniger Ärzte sind als da, wo es vielleicht schon genug Ärzte gibt.

Das liegt schlicht und einfach daran, dass in manchen Regionen und in manchen Stadtteilen, z.B. hier in Berlin, einfach mehr Privatpatienten sind als in anderen. Mit diesem Missstand müssen wir auch Schluss machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen werden wir die Vergütung der Ärzte verändern und radikal reformieren. Ärztemangel erleben wir - ich komme selber aus so einer Region in Rheinland-Pfalz - insbesondere natürlich in den Regionen, in denen es nicht eine so hohe Verdichtung gibt, nämlich im ländlichen Raum. Hierfür müssen wir wirklich Reformen einleiten. Eine der wesentlichen ist auch hier, dass wir dort Ärzteverbände schaffen und dass junge Frauen auch als Angestellte in den Regionen als Arzt tätig werden können. Auch an dieser Stelle müssen wir Reformen einleiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen, dass die Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel abhängt. Das wichtigste Anliegen, das wir mit der Bürgerversicherung verfolgen, ist doch ganz simpel: Es darf nicht von der Versicherungskarte abhängen, wer den Zugang zu den Spezialisten an den Unikliniken hat und wer wirklich die schnellste und beste Betreuung und Versorgung bekommt. Sondern das muss davon abhängen, wer es nötig hat und wie schwer die Krankheit ist. Das und nicht die Versicherungskarte muss das Kriterium sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir werden die Bürgerversicherung aber vor allem auch gerecht finanzieren; denn wir werden den Steueranteil dynamisieren. Das halte ich für eine der zentralen Innovationen unseres Vorschlages. Ich will mich hier herzlich bei der Projektgruppe „Bürgerversicherung“ bedanken, insbesondere bei Elke Ferner, bei Karl Lauterbach, bei Armin Lang, bei Tommy Spies und bei den vielen anderen, die da mitgewirkt haben. Das sind die Vorschläge, die wir gemacht haben.

Einer der wichtigsten ist, dass wir sagen: Das Zentrum der Finanzierung der Gesundheit muss auch in Zukunft die Beitragsfinanzierung bleiben, die wir paritätisch ausgestalten. Der medizinische Fortschritt und die zu erwartende demografische Entwicklung müssen aber auch über Steuern abgedeckt werden. Deswegen wollen wir einen dynamisierten, stetig aufwachsenden Anteil von Steuern im System, finanziert aus Kapitalerträgen. Das schafft eine gerechte Quelle für eine gerechte Finanzierung, die auch zukunftsfest ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Sehr wichtig ist auch: Wir wollen den Arbeitgeberbeitrag ohne eine Beitragsbemessungsgrenze vor-

schlagen. Das heißt, die gesamte Lohnsumme wird die Grundlage. Damit haben wir uns hier eine richtige Innovation überlegt. Das belastet Unternehmen, die viele hohen Boni und sehr hohe Gehälter auszahlen, aber es entlastet die Dienstleistungsbetriebe, die viele Beschäftigte haben, die wenig verdienen oder mit ihrem Gehalt unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen. Das heißt, wir schaffen hier auch innerhalb der Unternehmerschaft einen gerechten Ausgleich. Und wir verbreitern die Grundlage der Finanzierung, indem wir die Beitragsbemessungsgrenze auf der Arbeitgeberseite durch die Lohnsumme ersetzen.

Ich denke, wir haben hier einen sehr guten Weg eingeschlagen. Unsere Reform ist kein kleiner Schritt. Es ist ein grundsätzlich anderer Weg. Diese Reform ist parteiisch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentner und der Unternehmen mit vielen Beschäftigten, und diese Reform ist vor allem eines, nämlich gerecht, weil nur eine Versicherung für alle von allen wirklich den Namen Bürgerversicherung verdient. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten jetzt in die Aussprache dazu ein. Es liegen jetzt sieben Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, dass wir auch aus Zeitgründen die Rednerliste schließen. – Da es dazu keinen Widerspruch gibt, ist das so beschlossen. Es freut mich sehr, dass ich als ersten Redner in der Aussprache den ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und jetzigen Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Wilhelm Schmidt aufrufen darf. Lieber Wilhelm, erst einmal: Schön, dass du hier bist. Du hast das Wort.

(BEIFALL)

BERATUNG LEITANTRAG UND ANTRÄGE ZUR GESUNDHEITSPOLITIK

Wilhelm Schmidt, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt: Vielen Dank, Heiko. - Liebe Genossinnen und Genossen! Auf dieser Seite hier im Saal spielt die Zukunftsmusik. Kindertöne! Ich freue mich darüber.

(BEIFALL)

Ich entbiete euch die solidarischen Grüße der Arbeiterwohlfahrt, auch wenn wir zurzeit mit der SPD-Spitze ein wenig über manche Dinge zu ringen haben, die uns gemeinsam angehen. Aber das machen wir genauso solidarisch. Dass ich zu diesem Bereich Bürgerversicherung heute hier spreche, hat seinen tiefen Grund darin, dass die Arbeiterwohlfahrt schon seit vielen, vielen Jahren immer wieder zu dem Prinzip der Bürgerversicherung aufgerufen hat und dass wir bei wechselnden politischen Mehrheiten immer wieder auch versucht haben, diesem Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich will in aller Kürze etwas zu den Inhalten des Leitantrages sagen, weil ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier jetzt nicht zu irgendeinem Votum auffordern, sondern dass wir eher nur in aller Kürze unsere Expertise dazu an den Stellen abgeben, wo es notwendig ist.

Ich finde es richtig, dass wir im Bereich der Gesundheitspolitik die Frage der Solidarität und damit auch der Versorgung der Patientinnen und Patienten sehr viel stärker betonen, als das bisher im System der Fall ist, und dass wir auch versuchen, die Schiefelage zu benennen, um damit dann für uns zu dem Auftrag zu kommen, diese zu beseitigen. Ich denke, dass wir auch die Über- und die Unterversorgung an den richtigen Stellen

ansprechen – in beiden Fällen, liebe Genossinnen und Genossen. Allerdings bitte ich, darauf zu achten, liebe Andrea, dass wir eben nicht nur über die ärztliche Versorgung, sondern auch über die Versorgung durch die Pflegekräfte im Gesundheitswesen sprechen

(BEIFALL)

und dass wir auch bei allen anderen Funktionen im medizinischen Bereich und im Gesundheitssystem die Augen auf haben – und bitte nicht immer nur unter dem Aspekt des Fachkräftemangels – dann ist es nämlich zu spät -, sondern auch schon vorbeugend bei der Frage: Wie attraktiv gestalten wir das Gesundheitswesen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Berufszweigen dieses Bereiches? Ich möchte auch die Tatsache in Erinnerung rufen, dass wir auch dafür sorgen müssen, dass wir im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung sehr viel mehr als bisher über das Thema Pflegeversicherung sprechen. Die Pflegeversicherung erscheint mir in diesem Leitantrag etwas unterbelichtet dargestellt zu sein. Ich bitte um Nachsicht, dass ich das so sage, aber ich glaube schon, dass die Pflegeversicherung einen wichtigen eigenen Anspruch erfüllt - nicht nur, weil die Arbeiterwohlfahrt schon Ende der 70er-Jahre die Erfinderin der Pflegeversicherung gewesen ist und wir natürlich immer wieder auf dieses Kind aus unseren Reihen achten, sondern auch wegen der Tatsache, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir an der Schwelle neuer Herausforderungen stehen – wir sind eigentlich schon mittendrin -, die uns der demografische Wandel aufzwingt, wodurch uns natürlich auch die Sicherstellung der Finanzierbarkeit der neuen Wege und der neuen Möglichkeiten aufgezwungen wird.

Wir finden es deswegen richtig, dass wir auch die Forderung aufstellen, zunächst die Inhalte der Pflegeversicherung neu zu bestimmen. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der durch einen von Ulla Schmidt eingesetzten Beirat erarbeitet worden ist, muss Grundlage auch der künftigen, neuen Pflegeversicherung werden. Das ist ganz wichtig.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wenn wir das durch Mehrheiten in den Parlamenten und auch an anderen Stellen in der Gesellschaft miteinander hingekriegt haben, dann können wir alle miteinander auch über die Finanzierung sprechen. Ich finde, gerade an dieser Stelle ist die Reihenfolge außerordentlich wichtig.

Wir wollen auch, dass wir sowohl im Gesundheitswesen als auch bei der Pflege zu den sozialraumorientierten Konzepten der Unterstützung kommen.

Wir brauchen mehr Beratung, wir brauchen mehr unterstützende Konzepte, in die auch die Wohlfahrtsverbände insgesamt, die Träger der Zivilgesellschaft eingebunden sind. Warum denn eigentlich nicht?

(VEREINZELT BEIFALL)

Unter humanitären Aspekten ist es ganz wichtig, diejenigen, die sich in diesem Lande ehrenamtlich einbringen, in einem solchen neuen Pflegeversicherungs- und Gesundheitskonzept auch konzeptionell zu berücksichtigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, und dann zur Finanzierung: Wir finden es - ich deutete es an - außerordentlich richtig und wichtig, dass wir die Bürgerversicherung noch einmal gegenseitig festschreiben, wir im sozialdemokratischen Lager, aber auch viele andere, die darüber hinaus in diesem Bereich aktiv

sind. Ich glaube, dafür gibt es eine gute Grundlage. Denn wer wollte mit den jetzigen Finanzierungsinstrumenten der Gesundheits- und der Pflegeversicherung denn eigentlich die neuen Entwicklungen, die neuen Herausforderungen finanzieren? Das funktioniert schon mal gar nicht. Deswegen ist die Bürgerversicherung so wichtig.

Ich halte es aber für wichtig, dass wir sehr schnell dafür sorgen, dass die Beitragsbemessungsgrenze fällt.

(BEIFALL)

Darüber haben wir an vielen Stellen, in vielen Gremien immer wieder diskutiert. Ich erinnere mich in aller Freundschaft an Rudi Dreßler, seinerzeit der Papst der Kranken- und Pflegeversicherung in der Bundestagsfraktion, der die Beitragsbemessungsgrenze immer als Friedensgrenze bezeichnet hat. - Ja, das stimmt. Aber wir wollen, dass der Frieden auf der anderen Seite dieser Grenze eingehalten wird und nicht mehr da, wo er jetzt mit der Bemessungsgrenze festgelegt worden ist.

(BEIFALL)

Von daher hat die Fraktion, hat die Partei einen ganz wichtigen Auftrag: Auf dem Weg hin zur Bürgerversicherung müssen schon jetzt Anträge im Bundestag gestellt werden, um die Beitragsbemessungsgrenze aufzuheben - und sei's drum, wenn es nur schrittweise ist!

Wie manch anderer von euch, habe ich an der Tür ein kleines Geschenk der privaten Pflege- und Krankenversicherung bekommen - fand ich ganz nett. Aber ich kann nur sagen: Auch diese Versicherungsform darf nur ein Übergang sein.

(BEIFALL)

Wir müssen die Menschen in die gesetzliche Versicherung hineinbringen. Das kann man schrittweise auch dadurch tun, dass man Beitragsbemessungsgrenze, Versicherungspflichtgrenze und all diese Instrumente schnellstens entsorgt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir haben, das gebe ich zu, ein bisschen Sympathie - das sage ich mit aller Vorsicht; sonst will ich mich neutral halten - für den Änderungsantrag von Ennepe-Ruhr aus Nordrhein-Westfalen. Allerdings wollen wir, dass wir ungestört mit dieser Pflegeversicherung auf den Weg kommen. Wenn wir ihn mit einer Steuerfinanzierung als zusätzliches Instrument bereichern, dann sollten wir darüber alle miteinander noch einmal in aller Ruhe diskutieren. Eine Steuerfinanzierung schafft zusätzliche Belastungen im Bundeshaushalt, aber die Finanzierung muss sicher und dauerhaft und nachhaltig sein. Und wo ist jemals in Deutschland eine Steuerfinanzierung unbestritten geblieben?

Deswegen, liebe Andrea, mit aller Vorsicht die Anmerkung - mehr will ich an dieser Stelle auch nicht sagen -, dass uns das ein wenig von diesem Leit Antrag unterscheidet, was unsere inhaltliche Ausrichtung in der Arbeiterwohlfahrt anbetrifft.

Ansonsten empfehle ich euch allen, Genossinnen und Genossen, ein waches Auge auf die Informationen und die Veröffentlichungen der Arbeiterwohlfahrt zu werfen, gerade auch in diesem Sektor. Die Homepage der Arbeiterwohlfahrt ist da eine große Fundgrube. Ich will euch darauf hinweisen, dass die Arbei-

terwohlfahrt - das ist geradezu ein Paradigmenwechsel - gemeinsam mit ver.di, mit ihrem Tarifpartner, ein Memorandum für eine bessere Pflege herausgegeben hat. ver.di und AWO werden sich gemeinsam dafür einsetzen, dass wir nicht nur Tarifpartner bleiben, sondern auch inhaltlich und qualitativ die Pflege in der hier beschriebenen Weise miteinander verbessern. Diejenigen Verbände und Organisationen der sozialen Arbeit in Deutschland, die diesem Bündnis noch nicht beigetreten sind, fordere ich von dieser Stelle auf, das noch einmal zu überdenken.

(BEIFALL)

Ein letzter Gedanke - auch das gehört dazu, weil das nicht direkt im Antrag drinsteht -: Wenn wir von besserer Pflege oder von qualitativ besserer Gesundheitsversorgung sprechen, dann müssen wir sie auch wirklich finanzierbar machen, über die Versicherungssysteme hinaus. Ich plädiere deswegen sehr nachhaltig dafür, dass wir auch die kommunalen Finanzen verbessern, damit wir die Refinanzierung sozialer Arbeit insgesamt weiter mit der Hilfe unserer Partner aufrechterhalten können. Jedenfalls gibt es da ein gemeinsames Interesse. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wilhelm. - Jetzt spricht Sigmar Gabriel. Ihm folgt Simone Burger.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Wilhelm Schmidt! Ich habe mich gemeldet, weil wir uns heute bei der Arbeiterwohlfahrt angemessen entschuldigen müssen. Ich jedenfalls will das für den Parteivorstand tun.

(BEIFALL)

Die Arbeiterwohlfahrt hat wie immer einen Stand auf dem Parteitag. Durch welche Gründe auch immer ist er diesmal in eine Ecke geraten, sodass ich die große Verärgerung derjenigen, die sich Zeit genommen haben, um dort zu stehen und die Leute zu informieren, verstehen kann. Die sind sehr erzürnt, zu Recht. Ich will ausdrücklich sagen: Das tut uns leid.

Aber ich will noch etwas sagen: Die Arbeiterwohlfahrt - auch der Wilhelm - ist viel zu solidarisch, um in aller Offenheit zu sagen, dass ihnen etwas fehlt. Was fehlt - das gilt für viele Teile der Partei, bis hinein in den Parteivorstand -, ist die Klarheit darüber, dass neben allen wichtigen anderen Kontakten, die wir haben, neben den Gesprächen zum Beispiel mit kirchlichen Wohlfahrtsträgern, die AWO das sozialdemokratische Kompetenzzentrum für Sozialpolitik in Deutschland ist.

(BEIFALL)

Nun dürft ihr aber nicht nur klatschen! Wenn wir in zwei Jahren Wilhelm Schmidt wieder einladen, dann muss er die Möglichkeit haben, zu sagen, dass sich da in der Zwischenzeit etwas geändert hat. Häufig ist es so, dass wir nicht genug im Gespräch sind, dass sich die AWO anbieten muss, statt dass wir hingehen und sagen: Erzählt uns mal was! - Das muss sich ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir haben zum ersten Mal, weil uns die AWO angeschubst hat, für den Kleinen Parteitag, den wir neu eingeführt haben, die Arbeiterwohlfahrt in die Satzung aufgenommen. Ihr habt das am Sonntag getan, als wir darüber entschieden haben. Vorher war das nämlich nicht der Fall. Das ist ein erstes Signal. Aber Andrea sagt immer zu Recht: Es geht nicht um Satzungsänderungen, es geht um Praxisänderungen. Meine herzliche Bitte ist, dass wir auch in den Gliederungen deutlich offensiver, von uns ausgehend den Kontakt zur Arbeiterwohlfahrt nutzen. Die AWO ist eine große sozialdemokratische Einrichtung, für die viele, viele Mitglieder in der Partei jetzt und in der Vergangenheit unglaublich viel gearbeitet haben. Wenn es eine Sache gibt, auf die man möglicherweise noch mehr stolz sein kann als auf die Mitgliedschaft bei der SPD, dann, sich dort ehren- oder hauptamtlich für Menschen einzusetzen. Die Genossinnen und Genossen der AWO haben großen Respekt für das verdient, was sie dort tun.

(BEIFALL)

Für uns heißt das, Wilhelm: Ich würde mich freuen, wenn wir möglichst schnell regelmäßige Gespräche, mehrfach im Jahr, zwischen Parteivorstand - ein Präsidium haben wir nicht mehr - und Präsidium der Arbeiterwohlfahrt vereinbaren. Wir sollten dafür sorgen, dass das zwischen den Gliederungen auch geschieht.

Das ist mein Angebot, um die Gemeinsamkeit von unserer Seite aus zu stärken. Aber ich bitte alle, die hier Verantwortung tragen, das in ihren Gliederungen, in den Ortsvereinen, Unterbezirken, Landes- und Bezirksverbänden, genauso zu tun. Ich hoffe, dass du dann in zwei Jahren hierherkommst und sagst: Auch da seid ihr besser geworden. Das sollte jedenfalls unser Ziel sein. Du bist einer von unseren wichtigsten Helfern. Vielen Dank, dass du heute hier bist!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sigmar. Das Wort hat jetzt Simone Burger. Ihr folgt Armin Lang.

Simone Burger, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, es folgt nun der Werbebeitrag für den INI 245 der Jusos. Wofür sind wir mit dieser Bürgerversicherung angetreten? Wir wollten mehr Gerechtigkeit schaffen, vor allem mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen. Das ist bitter nötig. Wir leben in einer Zweiklassenmedizin. Wir haben eben nicht alle Leistungen im Leistungskatalog. Die bestmögliche Versorgung ist nicht für jeden möglich. Deswegen begrüßen wir den Antrag des Parteivorstands.

Ich möchte gerne einen Punkt herausgreifen, um deutlich zu machen, was uns besonders gefreut hat. Das ist die Frage der PKV: Es freut uns sehr, dass dieser Parteivorstand der privaten Krankenversicherung zeigt, wo der Hammer hängt und dass sie in dieser Gesellschaft in Zukunft eigentlich unnützlich ist.

(BEIFALL)

Die private Krankenversicherung hat uns heute Morgen diesen netten Osterhasen überreicht, auf dem steht: Heute schon an morgen denken. - Vielleicht sollten Sie damit anfangen.

(BEIFALL)

Aber es gibt bei uns Jusos immer ein Aber. Es gibt noch zwei Punkte, die wir euch gern mit auf den Weg

geben möchten, nämlich die Frage, warum die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung höher ist als in der Bürgerversicherung? Es gibt für uns keinen Grund, warum das so ist. Deswegen würden wir euch bitten, die Beitragsbemessungsgrenze in der Bürgerversicherung als einen ersten Schritt auf die Höhe der Rentenversicherung anzuheben.

(BEIFALL)

Das zweite, was wir gern hätten, ist: Wir würden mit diesem Geld, das wir durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze einnehmen, gerne die Ausweitung des Leistungskatalogs beschließen. Es geht nicht um Schönheitsoperationen, es geht nicht um Kleinigkeiten, sondern es geht um einen wichtigen Punkt: die Frage des Zahnersatzes. Es kann nicht sein, dass sich in diesem Land viele Menschen Zahnersatz nicht mehr leisten können, dass man Armut im Gesicht sieht und dass hierzu keine Antwort unserer Partei vorliegt. Deswegen bitten wir euch um Zustimmung.

Danke schön.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Armin Lang. Ihm folgt Hilde Mattheis.

Armin Lang, Bundesvorsitzender der ASG: Liebe Genossinnen und Genossen, vor fast exakt einem Jahr titelte die Hamburger „Zeit“: Bürgerversicherung krankengerecht. Die SPD will die Gesundheit zum Gewinnerthema machen. - Dabei gilt allgemein, dass man mit Gesundheitsthemen eher Wahlen verlieren kann, zumindest nicht gewinnen muss. Nur: Gesundheit ist unser wichtigstes Gut. Deshalb bin ich zutiefst davon überzeugt: Die Partei, der es gelingt, den Menschen glaubwürdig und nachhaltig zu vermitteln, dass ihre Gesundheit, das Bemühen um eine verlässliche Versorgung ohne Wenn und Aber bei ihr in besten Händen ist, kann mit Gesundheit Wahlen gewinnen, zumindest wesentlich dazu beitragen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir den Ball aufgreifen, und wir machen das. Wir machen Gesundheit zum Gewinnerthema. Wir beschließen nachher ich sage gleich, möglichst mit dem Änderungsantrag, den Thomas Spies begründen wird ein Konzept, welches von der Mehrheit der Menschen in gewollt wird.

Wir haben damit die Chance, diese verängstigende Gesundheitspolitik der letzten Jahre hinter uns zu lassen. 70 Prozent der Bundesbürger sagen: das Rentenniveau halten und gute Versorgung in Gesundheit und Pflege sichern, dies sind die wichtigsten Zukunftsthemen.

Liebe Genossinnen und Genossen, mich bedrückt nachhaltig, dass heute mehr Menschen Angst vor dem Altwerden haben als vor dem Sterben. Die Politik der Verunsicherung der letzten Jahre in Gesundheit und Pflege trägt makabre Früchte. Deshalb, liebe Freunde, überlassen wir doch diese Politik der Verunsicherung mit Kopfpauschalen, mit Leistungsausgrenzungen, mit Kürzungen und einseitigen Belastungen den anderen. Wir stehen für ein verlässliches Versorgungsversprechen. Diese Botschaft muss von diesem Parteitag heute ausgehen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, in den nächsten Monaten darf es deshalb, von gewissen Ergänzungen

abgesehen, nicht um Klein-Klein gehen. Die große Linie muss wichtig sein. Neues Denken, neue Argumente müssen der SPD neue Freunde bringen.

Ich will ein paar Argumente dazu nennen. Erstens. Wir sollen zukünftig wieder offensiv sprechen, wenn Ausgaben für Gesundheit als konsumtiver Ressourcenverbrauch diffamiert werden. Für uns sind Gesundheitsausgaben Zukunftsinvestitionen in Lebensqualität, in Produktivität, in wertschöpfende Arbeitsplätze. Das ist unsere Ansicht von Gesundheit.

Liebe Genossinnen und Genossen, Gesundheit ist für uns wie Bildung, wie ökologische Nachhaltigkeit und kulturelle Vielfalt unverzichtbarer Standortfaktor. Dabei müssen wir wissen: Die individuelle Produktivität in Deutschland hat Nachholbedarf. In der Bildung versuchen wir derzeit, mit massiven Investitionen aufzuholen. In der Gesundheit haben wir das noch vor uns. Ich erinnere nur an die hohe Zahl der Frühverrentungen, an die dramatische Anzahl an Landzeiterkrankungen, an den massiven Anstieg der psychischen Erkrankungen.

Mit anderen Worten: Krankheit hemmt heute das Wachstum, nicht Ausgaben für Gesundheit. Deshalb müssen wir das ist das zweite Argument den demografischen, sozialen und technologischen Wandel auch und gerade mittels Investitionen in Gesundheit nachhaltig gestalten. In einer älter werdenden Gesellschaft mit weniger Jungen werden alle gebraucht, und das möglichst lange. Dafür brauchen wir mehr Geld, und dies bekommen wir nur, wenn wir von allen für alle die Bürgerversicherung einführen. Dies liegt im Interesse des einzelnen, aber auch im Interesse unserer Wirtschaft.

Ein letztes Argument: Wachstum wollen alle, nur die CDU und die FDP begnügen sich damit, Wachstum über die Zuzahlungen und über die Eigenbeteiligung zu generieren. Nein, wir wollen mehr Gesundheit für alle. Deshalb ist unsere Bürgerversicherung auch eine Einladung. Wir laden alle ein, auch und gerade die Privatversicherten und ihre Versicherungsunternehmen.

Ehrlichkeit das war gestern die Botschaft von Sigmar Gabriel soll auch hier gelten. Größtes Risiko haben ich komme zum Ende heute die Privatversicherten. Sie zahlen die höchsten Beiträge, sie haben eine risikoreiche Überversorgung und weniger Freiheit. Wir bieten mehr Sicherheit, mehr Freiheit. Wir laden alle ein. Aber ein Prinzip gilt: Gemeinwohl geht vor Eigennutz. Die vielen kranken Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Politik und nicht das Rosinenpicken. Damit ist Schluss. Das ist das Konzept der Bürgerversicherung.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Armin. - Das Wort hat nun Hilde Mattheis. Ihr folgt Thomas Spies.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, bitte erinnert euch an die Wahlkämpfe 2005 und 2009. Da gab es ein Thema, das uns bei allen schwierigen Diskussionen getragen hat. Das war das, was wir in Bochum 2003 beschlossen haben: die Bürgerversicherung. Wir konnten an den Info-Ständen sehr einfach und plausibel kommunizieren, um was es geht. Es geht darum, dass sich nicht in der GKV die Risiken ballen und die PKV profitiert. Es geht vielmehr darum, alle zahlen ein und alle

Einkommensarten sollen Beitrag zahlen und damit zur Solidarität herangezogen werden. Das war unser Grundsatz, und das ist unser Grundsatz.

Es lagen zwei Konzepte vor. Jetzt machen wir uns auf den Weg, um unser Bürgerversicherungskonzept zu verabschieden. Ich meine, auch dabei muss es darum gehen: alle zahlen ein, keiner darf sich davonstehlen und alle Einkommensarten müssen herangezogen werden.

Daher bitte ich euch, an zwei Punkten den vorliegenden Initiativanträgen zu folgen.

Es geht einmal um die Beitragsbemessungsgrenze. Liebe Genossinnen und Genossen, es geht nicht darum, die Facharbeiterschaft zusätzlich zu belasten. Es geht darum, die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise auf die Beitragsbemessungsgrenze der Rente anzuheben. Ich sage euch: Bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Krankensicherung liegen 70 Prozent aller Einkommen - 70 Prozent aller Einkommen! Die nächsten 20 Prozent liegen bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Rente. Ich möchte gerne wissen, warum wir diese Solidarität der Stärkeren für unser wichtiges Sozialversicherungssystem nicht heranziehen sollen. Warum nicht?

(BEIFALL)

Bei unserem Bürgerversicherungsmodell sind uns die Grünen und die Linken hinterher gelaufen. Wir waren diejenigen, die 2002 und 2003 das als Beschluss tatsächlich in unserer Partei kommuniziert und umgesetzt haben. Wenn wir uns jetzt mit einem Bürgerversicherungskonzept auf den Weg machen, das in dieser Frage und in weiteren Fragen, die die anderen Parteien, die sich etwas weiter links verorten, schon kommunizieren, weit hinter die Konzepte zurückfällt, dann frage ich mich: Wie sollen wir bitte schön an den Info-Ständen auftreten und sagen: „Es war unsere Idee“?

(BEIFALL)

Ich frage Euch: Wer von euch möchte, wenn es um Parität geht, in den Ortsvereinen, Kreisverbänden bei Versammlungen argumentieren müssen, dass 7,1 Beitragsatzpunkte das Gleiche ist wie 7,6 Beitragsatzpunkte? Wer von euch kann das?

(BEIFALL)

Ich meine, Parität macht sich an Beitragssätzen fest. Ich glaube, wenn wir das weiter kommunizieren, gehen wir vielen Problemen aus dem Weg. Da geht es nämlich darum, in dem jetzigen Konzept die sogenannte Lohnsumme zu erheben. Ich sage euch: Der Arbeitgeber wird natürlich bestrebt sein, viele Leute in die PKV zu bringen, weil das seine Lohnsumme nicht enthält, die verbeitragt wird. Also, lasst uns doch bitte auch an der Stelle ganz sensibel unsere ursprüngliche Idee verteidigen und die Parität wiederherstellen. Das macht sich an den Leistungsansprüchen fest. Ja, da sollten wir nicht hinter unsere eigenen Ansprüche zurückfallen.

Wenn es um Beitragssatzparität geht, die wir alle wollen, dann ist es eine Parität, die genau unserem Anspruch von Gerechtigkeit genügt. Deshalb bitte ich euch: Macht an zwei Punkten in dem, was hier vorliegt, wirklich die Idee unserer Bürgerversicherung fest: Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, dadurch Leistungsausweitungen, und tatsächliche Beitragssatzparität so, wie wir es bisher immer buchstabiert haben.

Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat nun Thomas Spies. Ihm folgt Malu Dreyer.

Thomas Spies, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen! Sigmar Gabriel hat gestern gesagt, wir sollen nicht mehr versprechen, als wir halten können. Aber bei der Bürgerversicherung ist das Versprechen längst abgegeben. Das Versprechen wurde 2003 abgegeben, ebenso 2004, 2005, 2007, 2009, in jedem Bundestagswahlkampf, in jedem Landtagswahlkampf und bei jeder anderen Gelegenheit, bei der wir von Bürgerversicherung reden. Das ist richtig so. Das Versprechen ist also da. Die Frage ist nur: Was haben wir eigentlich versprochen?

Gegeben haben wir ein Gerechtigkeitsversprechen. Weil Krankheit existenziell bedrohlich und Gesundheit existenziell nötig ist, soll keiner Angst haben, dass er nicht versorgt wird, weil er nicht genug Geld hat, und sollen die Lasten, die das Gesundheitswesen mit sich bringt, gerecht, das heißt, nach Leistungsfähigkeit auf alle verteilt werden. Alle haben von allem den gleichen Anteil. Das Versprechen steht.

Wovor wir jetzt stehen, ist die Frage: Wie tun wir das? Wie setzen wir genau dieses Versprechen am Ende in der Wirklichkeit um? Denn die technischen Details dessen, was wir vorschlagen, interessieren eigentlich keinen Menschen. Am Ende wird es darauf ankommen, welche Wirkung 2015 die Leute sehen. 2013 übernehmen wir die Regierung. 2014 kommt das Gesetz zur Einführung der Bürgerversicherung, und 2015 wird man feststellen: Ist der Beitragssatz gesunken? Ist Parität vorhanden? Hat die Sozialdemokratie die eine oder andere Gemeinheit - wie Zuzahlungen und so etwas -, die ihr der Seehofer aufgedrückt hat, zurückgenommen?

Das muss man hinkriegen; denn genau daran werden wir gemessen werden. Das ist im Moment das Problem mit diesem Leitantrag. Denn wenn Parität nicht der gleiche Prozentsatz, sondern ein gleicher Betrag ist, kann man das selbstverständlich in Ruhe erklären, wenn man einen hat, dem man es erklären kann. Aber wenn die Leute einfach nur eine Zahl sehen, die in der Zeitung steht, dann ist 7,1 nicht 7,5. So einfach ist das. Deshalb ist für die Erklärbarkeit, für den Erfolg dessen, was wir getan haben, tatsächlich eine prozentuale Parität unvermeidlich.

Das Zweite ist, Genossinnen und Genossen: Was gilt für den Arbeitgeberbeitrag? Dieser Lohnsummenbeitrag ist ja gar nicht der alte Arbeitgeberbeitrag. Das ist etwas Neues, und das ist etwas richtig Neues. Es sorgt dafür, dass die Arbeitgeber für das Gesundheitsrisiko Arbeit einen angemessenen Beitrag dazu leisten, dass das Gesundheitswesen finanziert wird, und zwar das komplette Gesundheitswesen, weil ja auch die PKV ständig von den gesetzlich Versicherten subventioniert wird. Das wissen wir ja. Die Infrastruktur bezahlt heute ohnehin die gesetzliche Krankenversicherung. In Zukunft wird es die Bürgerversicherung tun.

Deswegen ist es völlig folgerichtig - deswegen bitte ich euch, dem Initiativantrag I 29 zuzustimmen -, dass die Arbeitgeber das von allen Löhnen bezahlen und nicht nur von denen, die in die Bürgerversicherung gewandert sind.

(BEIFALL)

Abgesehen davon muss mir auch mal einer erklären, warum der Lastenanteil der Arbeitgeber zum Gesundheitswesen sich danach unterscheiden soll, ob ein Beschäftigter sich für die Bürgerversicherung entschieden hat oder in der PKV geblieben ist. Das führt doch zu einer Ungleichbehandlung, für

die es überhaupt keine Erklärung gibt. Was hat denn der Arbeitgeber damit zu tun?

(BEIFALL)

Der Arbeitnehmer kann sich nach unserem Vorschlag eine Krankenversicherung aussuchen, die unterschiedliche Beitragssätze haben kann. Auch da hat das keine Auswirkungen auf den Arbeitgeberanteil. Deshalb muss man an dieser Stelle dazu kommen, dass die Arbeitgeber für alle Beschäftigten den Beitrag zahlen und nicht nur für einige. Man muss einen Satz ergänzen; das habe ich im Änderungsantrag leider vergessen. In Zeile 57 bis 59 muss es heißen, dass natürlich die Aufwendungen für Privatversicherte an den Gesundheitsfonds separat geleistet werden, weil deren Anteil davon abgezogen werden muss.

Genossinnen und Genossen, lasst uns halten, was wir versprochen haben. Lasst es nicht dazu kommen, dass die Leute 2015 sagen: Unter Bürgerversicherung hatten wir uns etwas anderes vorgestellt. - Denn das Versprechen, Genossinnen und Genossen, ist gegeben.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat nun Malu Dreyer. Liebe Genossinnen und Genossen, nur der Klarheit halber: Thomas hat zwar „I 29“ gesagt, aber er meinte IA 239. - Malu!

Malu Dreyer, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich sehr darüber, dass wir bei diesem inhaltsstarken Parteitag heute auch über diesen schönen inhaltsstarken Leitantrag sprechen können. Gesundheit und auch Pflege, das sind Kernthemen von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen sich wieder mehr Sicherheit wünschen, dass sie Vertrauen wollen in unser Gesundheitssystem.

Zurzeit erleben wir das Gegenteil: sehr viel Unsicherheit, sehr viel Nichtwissen, wie es weitergeht. Deshalb bin ich froh, dass wir heute einen Antrag beraten, der uns zeigt, wie wir, wenn wir an der Macht sind, diese Bürgerversicherung tatsächlich umsetzen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, dazu gehört auch, dass wir in diesem Leitantrag sehr deutlich sagen, dass das, was unter Schwarz-Gelb passiert ist, nämlich der Einstieg in die Privatisierung unseres Gesundheitswesens, rückgängig machen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(BEIFALL)

Zum Zweiten. Die zwei Versicherungsmärkte - ich drücke es jetzt einmal technisch aus - machen unser Gesundheitswesen kaputt. Weltweit gibt es kein Land, das sich zwei Versicherungssysteme leistet. Bei uns gibt es PKV und GKV. Deshalb geht nur der eine Weg, nämlich dass wir sagen: Wir vereinheitlichen diesen Versicherungsmarkt und wir gehen gemeinsam in die Bürgerversicherung.

(BEIFALL)

Weil ich weiß, dass uns heute viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus der PKV zuhören, möchte ich

denen zuzurufen, dass dieser Leitantrag auch eine Brücke baut, nämlich die Brücke, dass wir auch sehen, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen um ihre Zukunft bangen.

Deshalb gibt es die Möglichkeit - Andrea hat es schon gesagt -, dass die PKV in dieses neue Geschäftsmodell, das ein richtiges Geschäftsmodell ist, ein solidarischeres Geschäftsmodell, einsteigt und dass die Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit haben, sich zu entscheiden, nicht die, die neu sozusagen in das Krankenversicherungswesen kommen, aber zumindest diejenigen, die schon lange drin sind. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dass es ein guter Weg ist. Ich hoffe sehr dass der Osterhase heute ein Symbol dafür war, dass die PKV versteht, dass wir unter einer rot-grünen Regierung selbstverständlich daran gemessen werden, wie erfolgreich wir die Bürgerversicherung umsetzen werden und dass wir dies mit ganz großer Konsequenz auch durchführen werden. Die PKV sollte sich vielleicht auch auf den Weg machen und überlegen, wie sie sich unter diesen Bedingungen weiterentwickeln will. Das Geschäftsmodell der jetzigen PKV wird es jedenfalls unter einer rot-grünen Regierung nicht weiter geben.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt so viele Punkte, zu denen man gerne sprechen würde. Es geht aber leider nicht angesichts der Zeit.

Ich möchte deshalb ganz kurz etwas sagen auch zu den Änderungsanträgen. Ich habe großes Verständnis für diese Debatte um die Beitragsbemessungsgrenze. Aber ich sage auch ganz deutlich: Wir müssen auch alle mitnehmen. Das ist auch der Tenor, den ich hier nochmals klarmachen möchte. Natürlich geht es im Endeffekt auch um unsere Facharbeiter, wo wir als SPD sehr stark vertreten sind. Die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bewirkt, dass wir natürlich ein Stück in der Mitte die Grenz nach oben schieben, aber sie bewirkt nicht, was sich viele hier wünschen und versprechen: dass man nämlich die Spitze der Einkommen wirklich erreicht. Deshalb finde ich, dass der Lohnsummenbeitrag, wie er hier in diesem Antrag steht, äußerst intelligent ist. Er ist natürlich pragmatisch, aber er ist letztendlich verteilungsgerechter. Insofern, glaube ich, kann man unter der Frage der Gerechtigkeit sehr wohl diesem Leitantrag in diesen Sinne folgen.

Lieber Tommy, auch noch zu dir. Ich gebe dir in ganz Vielem recht. Aber ich glaube, dass dieser Antrag, bezogen auf die Einbeziehung aller Versicherten, uns ein bisschen umbringt. Ich glaube, dass die Umsetzung der Bürgerversicherung auch eine faire bleiben muss. Wenn Menschen nach unserem Antrag sich entscheiden können, in der PKV zu bleiben, und die Neuen es nicht können und in Zukunft sehr Viele die Chance des Wechsels annehmen werden, dann können wir nicht sagen: Ihr müsst im Grunde doppelt bezahlen. Insofern finde ich diesen Leitantrag konsequent. Ich finde ihn auch gerecht, und ich habe auch nicht das Problem, dass wir nicht genug Geld haben. Aber ich denke, das Rechnen ist schon wichtig. Die Kommission hat sehr viel gerechnet. Wir sind gefordert in der Umsetzung. Mein großer Wunsch ist, dass nachfolgend auf diesen Leitantrag es Menschen gibt im Vorstand, im Hintergrund, die sozusagen den Gesetzentwurf entwickeln, dass wir, wenn wir an der Regierung sind, nicht wieder ein Jahr brauchen, um unsere Ziele umzusetzen, sondern dass wir an dieser Frage glaubwürdig sind und wirklich in der Lage sind, dann, wenn das kleine Zeitfenster da ist, in Bundestag und Bundesrat eine Mehrheit zu haben, die Bürgerversicherung auch tatsächlich in Realität umzusetzen. Das würde ich mir aus ganzem Herzen wünschen. Ich glaube, die Glaubwürdigkeit der SPD hängt in ganz großem Maße davon ab. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Malu. - Als letzter Redner in der Aussprache hat jetzt Professor Dr. Dr. Karl Lauterbach das Wort.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Karl Lauterbach, SPD-Bundestagsfraktion: Wie habe ich das zu verstehen, dass ich hier als Doktor angekündigt werde? Die Dokortitel sind alle echt, liebe Genossinnen und Genossen.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Wir haben gestern über Rentenpolitik gesprochen. Heute Morgen hat Peer hier vorgetragen über Finanzpolitik, Steuersystem. Langfristig ist die Gesundheitsreform, sind die Kostensteigerungen in unserem Gesundheitssystem die größte Herausforderung, über die wir bei diesem Parteitag sprechen, und zwar deshalb: Wir haben hier drei Faktoren. Wir müssen bedenken: Jeder neue Rentnerjahrgang ist doppelt so groß wie jeder neue Schülerjahrgang. Wir haben eine in Europa einmalige demografische Alterung. Der zweite Punkt ist: Die Menschen werden immer älter mit Krankheit und entwickeln mehrere Krankheiten gleichzeitig. Ich spitze es einmal zu: Nur derjenige, der den Herzinfarkt überlebt, kann die Demenz noch entwickeln.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Der dritte Grund ist: Jede einzelne Krankheit wird teurer zu behandeln. Eine normale Chemotherapie für einen Lungenkrebspatienten kostet heute etwa 400 Euro. Die wird demnächst 20.000 Euro kosten. Somit: Wenn ich diese drei Faktoren zusammenzähle, dann sind wir vor einer einmaligen Kostenentwicklung. Wir haben natürlich Effizienzreserven im System - das ist ganz klar -, ohne Wenn und Aber. Das System muss sparsamer sein. Wir haben viel Verschwendung. Aber der Kostendruck kommt. Davon macht sich hier im Raum kaum jemand ein Bild. Wenn man die Industrieländer betrachtet, gibt es kein Industrieland, für welches nicht das Folgende gilt: Die Kosten im Gesundheitssystem wachsen schneller als die Kosten bei Rente, Pflege und bei Arbeitslosigkeit zusammen. Schon heute ist es so, dass in den Vereinigten Staaten, also nicht gerade ein staatliches Gesundheitssystem, der Staat mehr ausgibt für die Gesundheitsversorgung als für die gesamte staatliche Rentenversicherung.

Daher: Das Gesundheitssystem muss jetzt reformiert werden, solange wir es noch können.

Bevor ich zur eigentlichen Antragslage komme, will ich in diesem Zusammenhang einen Punkt erwähnen. Hannelore Kraft ist gerade nicht da. Aber ich sage euch mal: Die wichtigste Investition in unser Gesundheitssystem ist im Bereich der Bildung. Denn wenn wir mit den so wenigen Kindern, die wir haben, dieses teure System erhalten wollen, müssen wir heute sofort und ohne Wenn und Aber in Bildung investieren. Anders werden wir dieses System nicht bezahlen können.

(BEIFALL)

Die Köpfe unserer Kinder, das ist die eigentliche Kapitaldeckung in unserem Gesundheitssystem, nicht die private Assekuranz, nicht die Privatisierung der Gesundheitsrisiken, sondern die Investition in die frühkindliche Entwicklung, in die Schulen, in die Universitäten, und zwar für jedes Kind hier in Deutschland.

(BEIFALL)

Wir investieren in Bildung in zweierlei Hinsicht. Die Kinder, die heute besser gebildet sind, werden später besser verdienen und sind produktiver, aber sie werden auch gesünder sein. Daher unterschätzt die doppelte Rendite von Bildung im Gesundheitssystem nicht.

Ich komme zur Bürgerversicherung. Ich stelle hier in den Vordergrund die Gemeinsamkeiten. Macht nicht den Fehler, die kleinen Unterschiede in den Konzepten der Bürgerversicherung zwischen DGB, Linkspartei, Grünen und SPD zu betonen! Betont das Gemeinsame! Der Grundgedanke der Bürgerversicherung - das ist eine sozialdemokratische Idee - bedeutet: Wie im Bildungssystem ist es im Gesundheitssystem. Die Versorgung soll nicht davon abhängen, ob jemand Einkommen hat oder nicht, sondern nach dem Bedarf gehen, nach dem, was er braucht. Das ist, was wir wollen.

(BEIFALL)

Diesbezüglich ist auch hier kein Wettbewerb, kein Schönheitswettbewerb, kein Rennen: Wer hat das linke Programm? Vielmehr geht es darum: Was können wir uns leisten? Sigmar Gabriel hat es gestern aus meiner Sicht korrekt gesagt: Wir können nichts versprechen, was wir uns nicht leisten können. Noch weniger können wir es uns leisten, etwas zu versprechen, was rechtlich überhaupt nicht geht.

Da bin ich schon bei den Änderungsanträgen.

Der erste Änderungsantrag schlägt vor, dass wir über die Lohnsummen steuern, dass wir die Lohnsumme nehmen für jeden, der versichert ist, privat oder gesetzlich. Man kann sich aber nur für ein Jahr entscheiden, ob man in der Privaten bleibt. Das würde bedeuten, dass jemand, der in der Privaten bleibt, für den Rest seines Lebens in die Bürgerversicherung einzahlt, obwohl er per Gesetz gar nicht mehr in die Bürgerversicherung kann. Das ist rechtlich völlig ausgeschlossen. Damit kommen wir nie durch. Ihr müsst es zu Ende denken. Das würde bedeuten, dass jemand, der in 30 Jahren noch in der Privaten ist, weil er nicht das eine Jahr Wechselmöglichkeit genutzt hat, noch immer doppelt bezahlt. Dann sollen wir hingehen und sagen: Du hättest vor 30 Jahren anders entscheiden können. Damit kommen wir niemals verfassungsrechtlich durch. Das haben wir auch geprüft. Daher: Bleibt diesbezüglich sauber! ,Tommy, du hast gesagt: Das Versprechen haben wir gemacht. Aber wir haben nie versprochen, dass wir etwas durchsetzen, was zum Schluss rechtlich windig ist.

Der zweite Punkt ist die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Beitragsbemessungsgrenze kann auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht werden, auf ungefähr 5.000 Euro. Ich bin dagegen. Ich will euch sagen, weshalb. Es ist klipp und klar, Hilde Mattheis sagt, das ist keine Belastung der Facharbeiter. Ich komme aus einer Facharbeiterfamilie.

Das bedeutet für einen Facharbeiter eine Nettobelastung von 70 bis 90 Euro pro Monat. Das ist eine Kopfpauschale in dieser Höhe ohne Sozialausgleich. Wenn das keine Belastung für den Facharbeiter ist! Damit können wir doch ernsthaft keine Wahlen gewinnen.

(BEIFALL)

Wilhelm, das wirst du niemals dem Arbeiter bei VW am Band erklären können, zumal es für die wirklich Gutverdienenden keine Belastung ist. Aber lasst uns nicht immer weiter die mittleren Einkommen ausquetschen.

(BEIFALL)

Der dritte Punkt, der hier vorgetragen wurde, ist, dass wir nicht eine echte Parität machen sollen, sondern eine Beitragsatzparität. Na ja, wenn bei den Arbeitgebern die Beitragsatzbemessungsgrenze wegfällt, dann ist klar, dass beide Bänke genau das Gleiche bezahlen. Das heißt, unser Vorschlag ist eine tatsächliche Parität. Jeder zahlt genau die Hälfte. Wenn beispielsweise der Gesamtbeitrag 200 Milliarden Euro wäre, würden die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer jeweils 100 Milliarden Euro Zahlen, tatsächliche einfache Parität. Gibt es etwas, was man noch einfacher am Stand erklären kann? Ich glaube, damit kommen wir durch.

Zum Abschluss: Ich bitte euch, die Initiativanträge, insbesondere Initiativantrag 293, abzulehnen, weil ich ihn für ungerecht, grundrechtlich nicht machbar halte. Ich bitte euch um ein klares Votum für unseren Leit Antrag. Das ist ein System mit Augenmaß. Es ist klar linkes Profil, es ist gerecht, es ist durchsetzbar, es stellt unser Gesundheitssystem auf eine gute Basis, wie wir sie dringend brauchen, und es betont Machbarkeit, Gerechtigkeit und Zukunftsorientierung. Es beendet den Spuk von Schwarz-Gelb in der Gesundheitspolitik. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl. - Ich will nur darauf hinweisen, es geht immer um den Änderungsantrag 239, nicht 293. Jetzt hat für die Antragskommission Elke Ferner das Wort. Danach würden wir in die Einzelabstimmung und in die Schlussabstimmung zum Gesundheitsbereich einsteigen. - Elke, bitte.

Elke Ferner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir sind uns alle bewusst, dass das Thema Gesundheit im nächsten Wahlkampf eine ganz zentrale Rolle spielen wird, denn die Einführung der Kopfpauschale, die Schwarz-Gelb gemacht hat, ist mit eines der unsozialsten Projekte dieser schwarz-gelben Regierung gewesen.

(BEIFALL)

Wir wollen mit der Bürgerversicherung eine gerechte, eine paritätische, vor allen Dingen eine zukunfts-fähige Versicherung für alle haben, ohne Risikoprüfung, die auch in der Zukunft finanziert ist und die vor allen Dingen das größte Lebensrisiko, das wir alle haben, nämlich krank zu werden, solidarisch absichert. Es gilt dann wieder das gute alte Prinzip der gesetzlichen Krankenversicherung: die Jungen für die Alten, die mit den höheren Einkommen für die mit den niedrigeren Einkommen und die Gesunden für die Kranken.

Wir haben uns aber nicht auf die Finanzierung beschränkt, sondern wir sagen auch, dass wir ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem haben wollen mit einer Versorgung für alle, egal ob sie auf dem Land oder in der Stadt wohnen, und vor allen Dingen mit effizienten Strukturen, denn da wird im Moment viel Geld liegen gelassen. Ich bin sehr froh, dass Herr Thomas Ballast da ist, der wie alle anderen Kassen eher auf unserer Linie ist als das, was die schwarz-gelbe Regierung letztes Jahr beschlossen hat.

Es gibt keinen Dissens in den Grundzügen der Bürgerversicherung, es gibt Änderungsanträge, die sich mit einzelnen Punkten beschäftigen. Dazu möchte ich gerne die Voten der Antragskommission noch einmal erläutern.

Zum einen, was die Beitragsbemessungsgrenze angeht. Wir haben das in der Antragskommission dis-

kutiert. Wir sind der Auffassung, dass man sie nicht erhöhen sollte, weil wir eben nicht ausschließen können, dass in dem Bereich zwischen 3.600 Euro und 5.500 Euro zusätzliche Belastungen eintreten. Deshalb ist das Votum der Antragskommission an dieser Stelle Ablehnung.

Es wird beantragt, aus der Beitragsparität eine Beitragssatzparität zu machen. Auch da ist das Votum der Antragskommission Ablehnung, weil es darum geht, dass beide Teile den gleich hohen Geldbetrag zahlen. Es ist im IA 293 beantragt worden. Thomas Spies hat es eben darum ergänzt, dass beim Lohnsummenbeitrag der Arbeitgeber auch alle Löhne und Gehälter einbezogen werden sollen abzüglich der Kosten, die die Arbeitgeber für die Privatversicherten in Form des Arbeitgeberzuschusses haben. Auch da empfiehlt die Antragskommission Ablehnung.

Wir haben weiterhin die Anträge zur Pflegeversicherung im Antragspaket. Wilhelm, wir haben zwar hier im Antragspaket, auch in dem Bürgerversicherungs-Antrag, das Thema nicht ähnlich breit aufgeschrieben wie das Thema Gesundheit. Aber auch du weißt, wir haben in der Fraktion ein sehr umfangreiches Papier zum Thema Pflege, das weit über die Pflegeversicherung hinausgeht, an dessen Erarbeitung ihr beteiligt wart. Deswegen werden wir alle Anträge, die jetzt zum Thema Pflege sind, mit an die Fraktion überweisen, um dann das, was dort noch fehlt, in das Konzept einzuarbeiten.

Es gibt einen letzten Hinweis, den ich euch geben möchte. Bei G 53 gibt es ein neues Votum der Antragskommission. Die überarbeitete Textfassung wird an die Bundestagsfraktion überwiesen. Das müsste auch verteilt sein.

So weit der Bericht der Antragskommission.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke. Wir würden dann, liebe Genossinnen und Genossen, in die Einzelabstimmungen einsteigen.

Ich rufe zunächst Antrag G 1 auf. Dazu gibt es zwei Änderungsanträge. Die sind jetzt vielfach angesprochen worden. Wir können über die Empfehlungen der Antragskommission und über die Änderungsanträge jetzt abstimmen. Zunächst über den Antrag IA 239. Dazu gibt es eine Empfehlung der Antragskommission, die lautet auf Ablehnung. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Liebe Genossinnen und Genossen, das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit wäre dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Es gibt einen zweiten Änderungsantrag zum Antrag G 1. Das ist der Antrag IA 245. Auch da schlägt die Antragskommission Ablehnung vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Auch hier ist das Erste eindeutig die Mehrheit.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können dann über Antrag G 1 abstimmen, und zwar über die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer für die Verabschiedung G 1 ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

(BEIFALL)

Herzlichen Glückwunsch für alle, die daran lange mitgearbeitet haben. Damit ist eine Vielzahl von anderen Anträgen erledigt, und zwar all diejenigen, die ich jetzt im weiteren Verlauf der Abstimmung nicht mehr aufrufe. Ich werde danach noch einmal fragen, ob damit irgendetwas ein Problem hat.

Wir kommen zum Antrag G 8. Hier schlägt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion vor. Es geht um die Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das so beschlossen.

Ich komme zu Antrag G 9, Ausbildungskosten sind keine Verwaltungskosten. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag G 14, Gute Arbeit im Gesundheitswesen. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Bei der Annahme wäre gleichzeitig auch G 23 mit erledigt. Wer für die Annahme des Antrags G 14 ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das so beschlossen.

Erledigt ist G 23.

Elke Ferner, Antragskommission: Ich würde vorschlagen, Heiko, ob, wenn keine Wortmeldungen zu den anderen Punkten vorliegen, etwas dagegen spricht, das alles in einem abzustimmen. Das erspart uns vielleicht zwei, drei Minuten.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Ich finde, nicht. Das beschleunigt es. Es gibt jetzt auch keine weiteren Wortmeldungen mehr zu den anderen Anträgen, die nicht durch die Annahme von G 1 erledigt sind. Wenn es keine Widerrede dazu gibt, können wir die restlichen Anträge im Block abstimmen. Gibt es dazu Widerrede, Widerspruch, Bedenken? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass wir die verbleibenden Anträge gemäß dem Votum der Antragskommission verabschieden, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - dann wäre das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. Wir wären damit mit dem Bereich Gesundheit fertig und würden in den Bereich Inneres einsteigen. Das wird Thorsten Schäfer-Gümbel machen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR INNEN- UND RECHTSPOLITIK

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Heiko. – Ich möchte gerne folgenden verfahrensleitenden Hinweis geben, bevor wir in den Block eintreten:

Wir haben für die Antragsberatungen auf dem Parteitag insgesamt noch etwa eine Stunde 25 Minuten vorgesehen. Das ist das Zeitfenster, das uns für Antragsberatungen übrig bleibt. Für den Bereich „Innen“ liegen bisher neun Wortmeldungen vor. Eigentlich war vorgesehen, dass wir im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zumindest noch die Rüstungsexportanträge aufrufen. Das ist mehrfach angesprochen worden. Deswegen ist mein Vorschlag, dass wir umgehend eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten aussprechen, damit es eine Chance gibt, dass wir aber die Redeliste für diesen Block noch fünf Minuten offen lassen.

Der Block umfasst die Anträge I 1 bis I 73 im Antragsbuch auf den Seiten 349 bis 392 und die Initiativanträge 231, 232 und 243. Dann könnten wir nämlich in ungefähr 45 Minuten mit dem Block „Innen“ durch sein und hätten noch die Chance, kurz den Teil „Außen- und Sicherheitspolitik“ aufzurufen. Seid ihr damit im Großen und Ganzen einverstanden? - Kein Widerspruch. Dann machen wir das so. – Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

Zunächst hat Ralf Stegner für die Antragskommission das Wort zur Einbringung. – In der Aussprache spricht danach zunächst Gisela Becker. Ich bitte, dass sie sich bereithält, damit es schnell geht.

Ralf Stegner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antragsbereich ist ein paar Mal hin- und hergeschoben worden. Jetzt ist er an der Reihe, und ich hoffe, dass alle, die Interesse an dem Thema haben - und die anderen natürlich auch -, der Debatte ein bisschen folgen.

Im Bereich Innenpolitik haben wir insgesamt 73 Anträge und 3 Initiativanträge vorliegen; das ist erwähnt worden. Ich will ein paar ganz wenige Stichworte zu den einzelnen Sachgebieten sagen.

Zum Bereich Integration und Migration. Erstens. Das Hauptthema ist die Bildung als Integrationsinstrument, was sich in dem Leitantrag „Bildung und Integration“ ja auch wiederfindet.

Zweitens. Hinsichtlich der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sagen wir endlich auch: Wir wollen für die doppelte Staatsangehörigkeit sein und es nicht mehr zulassen, dass jungen Menschen die Entscheidung aufgezwungen wird und dass Streit in die Familien getragen wird.

(BEIFALL)

Nebenbei bemerkt: Wir akzeptieren das ja auch bei Dänen, bei Amerikanern und bei anderen. Warum sollten wir das eigentlich bei Türken nicht akzeptieren, Genossinnen und Genossen?

Drittens. Ein heikles Thema, aber auch nicht unwichtig für die davon Betroffenen, ist die Gewährleistung der medizinischen Versorgung von illegal in Deutschland lebenden Menschen. Auch um die müssen wir

uns kümmern. Es sind Flüchtlinge, die aus schwieriger Situation zu uns gekommen sind. Sie müssen ordentlich medizinisch versorgt werden.

Der zweite Bereich ist die Innenpolitik. Erstens. Ein wesentlicher Antrag dort ist, dass wir uns für das allgemeine Wahlalter „16 Jahre“ einsetzen, Genossinnen und Genossen, und dass wir sagen: Menschen mit 16 Jahren müssen auch an Wahlen teilnehmen dürfen. Wir sprechen uns für dieses allgemeine Wahlalter aus.

(BEIFALL)

Der zweite Schwerpunkt bei der Innenpolitik ist der Datenschutz. Die Kundigen wissen es, und die anderen können es überall im Internet nachlesen: Das ist der Tagesordnungspunkt, dem viele hier entgegenfeiern, weil es auch um die Datensicherung und ein bisschen um die Diskussion zwischen den Innenpolitikern und den Netzpolitikern in unserer Partei geht. Ich habe mich hier in den letzten Tagen als Grenzgänger betätigt, und ihr wisst, wie das mit Grenzgängern ist: Sie werden immer von beiden Seiten beschossen. Ich hoffe trotzdem, dass wir uns hier zu einem vernünftigen Kompromiss entschließen können, an dem hart gearbeitet worden ist, liebe Genossinnen und Genossen. Ich bitte hier ganz besonders, dass wir diese Debatte nachher sachlich und auch im Respekt vor der Meinung anderer führen. Auch hier müssen wir in der Lage sein, einen Kompromiss zu schließen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Der dritte Bereich ist die Rechtspolitik. Dort wird das Thema Sicherungsverwahrung thematisiert, das neu geregelt werden muss. Es geht um den Einfluss von Lobbyverbänden und den Kampf gegen Korruption – all das, was auch in dem Leitantrag „Mehr Demokratie“ thematisiert worden ist.

Daneben geht es dort um Sperrfristen für Eigenbedarfskündigungen von Mietern. Genossinnen und Genossen, da wollen wir klare Kante gegen die Pläne von Schwarz-Gelb setzen, die Kündigungsfrist der Vermieter radikal zu verkürzen, Genossinnen und Genossen. Auch das ist ein wesentlicher Punkt von Sozialpolitik und Innenpolitik, um den wir uns kümmern.

Schließlich ein Punkt, der fast alle Themen berührt, die wir hier behandeln, und in fast allen Reden vorgekommen ist, nämlich der Kampf gegen Rechtsextremismus. Ich verweise hier auf die beschlossene Resolution, die wir nach der sehr eindrucksvollen Rede von unserem Genossen Stoltenberg aus Norwegen beschlossen haben, der hier gewesen ist und geredet hat. Ich sage es noch einmal: Wir wollen, dass die blöde Extremismusklausel von Frau Schröder wekommt.

(BEIFALL)

Wir wollen eine bessere Förderung von Projekten und Initiativen. Es ist ein unglaublicher Skandal, dass jemand, der heute etwas gegen Linksradikalismus tut, einen Eigenanteil von 10 Prozent liefern muss – den Rest zahlt der Bund -, während man bei Kämpfen gegen Rechts 50 Prozent aufwenden muss. Was ist das für ein Skandal, Genossinnen und Genossen! Der muss beseitigt werden. Darum kämpfen wir auch.

(BEIFALL)

Schließlich reden wir über das NPD-Verbot. Auch das war schon Gegenstand von vielen. Von diesem Par-

teitag sollte das Signal ausgehen, dass durch das NPD-Verbot zwar nicht alles gelöst wird, aber dass wir nicht mehr wollen, dass Nazi-propaganda mit Steuermitteln betrieben werden kann, Genossinnen und Genossen, sondern dass wir es hinbekommen, dass das verboten wird. Wir wollen keine Nazis in den Parlamenten - und nirgendwo sonst übrigens auch.

(BEIFALL)

Ich komme zum Schluss, Thorsten; ich weiß, ich soll mich beeilen.

Das letzte Gebiet ist die Gleichstellung von Schwulen und Lesben. Dazu haben wir hier ja schon einen organisatorischen Punkt beschlossen, wie ihr euch erinnert. Die beiden Sachthemen sind hier: „Öffnung der Ehe“ und „Gleichstellung von Homosexuellen im Adoptionsrecht“. Nach zehn Jahren Lebenspartnerschaftsgesetz ist es konsequent, dass wir dies tun.

Wenn wir das alles hier genauso schnell und unter kundiger Leitung wie die anderen Dinge beraten, dann bekommen wir gute Beschlüsse zustande. Das wünsche ich mir.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Ralf. – Bevor Gisela Becker als Erste das Wort hat – danach kommt Veith Lemmen -, will ich auf Folgendes hinweisen: Für den gesamten Block „Innen und Recht“ liegen jetzt 19 Wortmeldungen vor. Weil wir das eben so verabredet haben, schließe ich zunächst die Rednerliste und weise noch einmal darauf hin, dass wir drei Minuten Redezeit vereinbart haben. Wir haben das ein bisschen so strukturiert, dass wir jetzt erst alle für den Bereich Vorratsdatenspeicherung gepoolt haben. Danach kommen die beiden anderen großen Themen. Wenn sich Argumente wiederholen, kann sich vielleicht der eine oder andere – wie vorhin bei der Steuerdebatte – überlegen, ob das Argument wiederholt werden muss. Ich würde das gerne von hier vorne dann auch bestätigen. Sonst haben wir bei der Rednerliste keine Chance, die Rüstungsexportanträge heute noch zu behandeln. Ich wollte nur gleich darauf hinweisen. – Gisela, du hast das Wort.

Gisela Becker, ASJ-Bundesvorstand: Danke schön. – Ich komme von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen. Wir haben uns im Bundesvorstand viele Gedanken zur Datenspeicherung gemacht. Ihr findet auch einen Antrag von uns im Antragsbuch, der allerdings nicht im Einklang mit dem Vorschlag der Antragskommission steht.

Ich möchte mich für die ASJ gegen den Vorschlag der Antragskommission aussprechen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Hierbei möchte ich an Sigmars Rede anknüpfen, mit der er mir aus dem Herzen sprach, nämlich: Bei uns hat das Liberale wieder eine Heimat, nachdem die FDP abgedriftet ist. - Zur Liberalität gehörte immer die Freiheit, und das sollten wir uns bei diesem Punkt besonders vor Augen halten.

Peer Steinbrück hat von einem Europa der Aufklärung gesprochen. Auch das umfasst die Freiheit. Der

Antrag der Antragskommission verstößt für unsere Begriffe dagegen; denn er macht die anlasslose Speicherung der Daten zum Gegenstand. Das passt nicht zu den hehren Ideen, Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Jeder Mensch trägt Gutes und Böses in sich, wie wir wissen. Das reicht aber nicht, jeden unter Verdacht zu stellen. Mit der Forderung nach absoluter Sicherheit legt sich ein Volk selbst die Ketten an. Das hat schon Tocqueville vor 300 Jahren festgestellt. Begründet wird die Speicherung der Daten mit der Kriminalitätsbekämpfung. Die Kriminalitätsbekämpfung ist Aufgabe der Polizei. Da gibt es gewisse Grundsätze. Ein großer polizeilicher Grundsatz ist das Prinzip der Gefahrenabwehr. Dazu muss aber eine Gefahr vorliegen, und zwar eine konkrete. Das ist bei der anlasslosen Speicherung von allen Daten von unbescholtenen Bürgern nicht gegeben.

(VEREINZELT BEIFALL)

Mindestens ein Anfangsverdacht ist für das Eingreifen des Staates erforderlich. Diesen Grundsätzen tragen wir mit unserem Antrag Rechnung, in dem wir das Quick-Freeze-Verfahren für zulässig und für rechtsstaatlich halten. – Danke schön für eure Geduld.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Dann Veith Lemmen und danach Christine Lambrecht.

Veith Lemmen, Jusos-Vorsitzender Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich hier für den Änderungsantrag der Jusos einsetzen, das ist der Initiativantrag 231, und dafür werben, dass ihr diesen Änderungsantrag annehmt - gegen das Votum der Antragskommission. Ich möchte das natürlich auch begründen: Wir müssen uns gemeinsam tatsächlich fragen, ob wir alles, was technisch möglich ist, auch wirklich umsetzen müssen. Wir müssen uns darüber hinaus gemeinsam fragen: Ist das mit unseren Grundwerten vereinbar? Diese Frage ist, glaube ich, sehr wichtig. Denn viele Mitglieder haben den Weg zu uns gefunden, weil sie für Freiheitsrechte stehen, weil sie für Bürgerinnenrechte stehen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte an euch appellieren und sagen: Dass wir für diese Werte stehen, ist richtig. Davon dürfen wir auch nicht abrücken.

(BEIFALL)

Wir Jusos kennen natürlich die verschiedenen Argumente und nehmen sie sehr ernst. In der Debatte werdet ihr gleich noch die verschiedenen Argumente hören, dafür wie dagegen. Ich möchte dazu sagen: Wir sind uns vollkommen einig, dass wir - das Argument wird kommen - entschieden gemeinsam gegen Kinderpornografie, gegen organisiertes Verbrechen und gegen Terrorismus vorgehen. Dafür müssen wir aber beispielsweise die Ermittlungsbehörden stärken. Wir brauchen mehr Personal. Sie müssen, wie wir in den vergangenen Tagen und Wochen gesehen haben, enger zusammenarbeiten. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, ob die Angst vor dem Terrorismus nicht möglicherweise auch dafür verwendet wird, die Freiheitsrechte über das Maß einzuschränken.

(BEIFALL)

Ich sage: Für solche einfachen Abwehrreflexe sind wir zu besonnen. Das machen wir nicht so einfach mit. Ich möchte erinnern an Jens Stoltenberg, der zum Anfang des Parteitages von dieser Stelle aus gesagt hat: Wir müssen gemeinsam dem Terrorismus die Stirn bieten, indem wir zusammenstehen und einander vertrauen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ist es dann das richtige Zeichen, dass wir von allen Leuten die Daten sammeln und sie speichern - was möglicherweise dann zu Missbrauch führt? Das ist nicht das richtige Zeichen. Wir brauchen Geschlossenheit. Wir müssen uns gegen die Datenkrake einsetzen. Deshalb müssen wir diesen Antrag ablehnen und so ein deutliches Zeichen gegen die Vorratsdatenspeicherung setzen.

(BEIFALL)

Ich will zum Schluss - ich habe die Glocke durchaus gehört - darauf hinweisen, dass die Daten von jedem, der hier ein Handy hat, erhoben werden können. Der angebliche Kompromiss, der hier vorliegt, ist kein Kompromiss. Denn er sagt: Wir wollen die Daten speichern.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Du musst zum Ende kommen.

Veith Lemmen, Nordrhein-Westfalen: Ich bin gleich fertig.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Sei mir nicht böse, das geht nicht. Wir haben drei Minuten verabredet. Es geht auch um Solidarität mit den nachfolgenden Rednern, die sonst keine Chance mehr haben werden, in dieser Debatte zu reden. Deswegen klinge ich nach 2:30 Minuten jeden an. Du hast jetzt schon 3:20 Minuten. Letzter Satz!

Veith Lemmen, Nordrhein-Westfalen: Gut, ich akzeptiere das. Nichtsdestotrotz lasst mich abschließend sagen, Genossinnen und Genossen: Freiheit und Sicherheit braucht man nicht gegeneinander auszuspielen. Es ist tatsächlich die Frage, ob Vorratsdatenspeicherung etwas bringt. Ihr werdet dazu noch andere Argumente hören. Ich sage: Nein, es bringt nichts. Deswegen müssen wir das gemeinsam ablehnen, dagegen vorgehen und sagen: Wir wählen Sicherheit bei gleichzeitiger Freiheit und verlassen nicht die Grundwerte. - Herzlichen Dank. Glückauf!

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Als nächste hat Christine Lambrecht das Wort, danach Uli Kelber. Ich bitte wirklich, auf die Redezeit zu achten. Denn das ist sonst wirklich unfair gegenüber den nachfolgenden Rednern - und Rednerinnen übrigens auch.

Christine Lambrecht, Hessen-Süd: Frauen halten sich in der Regel sowieso kurz.

(HEITERKEIT)

Deswegen werde ich mich, Genossinnen und Genossen, definitiv an die Redezeit halten.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es klasse, dass wir uns trotz so fortgeschrittener Zeit diesem Thema widmen und eine Diskussion zulassen. Denn das macht Sozialdemokratinnen und Sozialdemo-

kraten aus: Wir erwecken nicht wie andere Parteien den Eindruck, es gäbe absolute Sicherheit - wie die CDU - oder es zähle nur die absolute Freiheit - wie die FDP oder die Piraten. Nein, es gibt Möglichkeiten in der Mitte. Deswegen möchte ich euren Blick auf den Kompromissvorschlag des Arbeitskreises lenken, der identisch ist mit dem, was in der Bundestagsfraktion derzeit diskutiert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht nicht darum, ein Instrument zu schaffen, das alle Menschen in diesem Land überwacht - und entsprechend missbraucht werden kann. Wir müssen uns doch einmal fragen, worum es uns bei dieser Vorratsdatenspeicherung geht. Es geht darum, dass schwerste Straftaten - nur darum darf es gehen; das hat uns das Bundesverfassungsgericht ganz klar vorgegeben - verfolgt werden können. Das ist die erste Hürde, die ganz klar eingezogen werden muss. Es muss auch klar sein, dass so etwas nur unter Richtervorbehalt geht und eben nicht von jedem angeordnet werden kann. Es muss klar sein, dass es eine nachgelagerte Information geben muss. Es muss klar sein, dass die höchsten Datenschutzhürden eingehalten werden. Selbstverständlich darf kein Missbrauch erfolgen. Auf keinen Fall darf - das ist die ganz klare Ansage - ein Bewegungsprofil durch diese Daten erstellt werden können. Das sind die Hürden, die uns das Bundesverfassungsgericht auferlegt hat, liebe Genossinnen und Genossen. An diesen Hürden haben wir uns mit unserem Vorschlag ganz klar abgearbeitet.

Die ASJ hat dazu einen Vorschlag unterbreitet - er nennt sich „Quick Freeze“ -, der ja auch von der Justizministerin eingebracht wurde. Er bedeutet: Wenn eine Gefahrenlage besteht, greife ich auf Daten zu. Man friert diese Daten also ein. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, alter Hausfrauengrundsatz: Ich kann nur etwas einfrieren - auf etwas zugreifen -, was ich auch habe. Das heißt, Daten werden gesammelt. Sie werden aber nicht unter den Vorgaben des Staates gesammelt, sondern, wie jetzt auch, von den Providern, je nach Gusto. Das heißt, die Entscheidung darüber, ob und wie lange gespeichert wird, würde dann in die Hände von privaten Unternehmen gegeben. Liebe Genossinnen und Genossen, das kann doch wohl überhaupt nicht rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen.

(BEIFALL)

Damit nur bei schwersten Straftaten und unter ganz engen Voraussetzungen eine solche Ermittlung möglich ist, plädieren wir dafür, diese rechtsstaatliche Herausforderung anzunehmen, es staatlicherseits zu regeln und es gerade nicht den Privaten in die Hände zu geben. Deshalb bitte ich um Unterstützung für diesen Kompromissvorschlag. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke, Christine. - Uli Kelber, ihm folgt Daniela Kolbe.

Ulrich Kelber, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir arbeiten, die Art und Weise, wie die Gesellschaft funktioniert, auch die Art und Weise, wie wir Politik organisieren müssen. Sowohl die Gesellschaft als auch die Politik werden noch einige Jahre brauchen, bis sie den richtigen Umgang mit den Chancen und Risiken dieser Digitalisierung wirklich verstanden haben.

Aber auf diesem Weg sollten einige Grundsätze gelten: Wir sollten in der digitalen Welt nichts fördern, was wir in der nicht digitalen Welt auch nicht fördern.

(BEIFALL)

Wir sollten in der digitalen Welt nichts verbieten, was wir in der nicht digitalen Welt nicht verbieten. Und wir sollten in der digitalen Welt keine Freiheitsrechte einschränken, die wir auch in der nicht digitalen Welt nicht einschränken würden.

(BEIFALL)

Es hört sich so harmlos an, einige IT- und TK-Daten länger aufzubewahren. Aber überlegt euch mal, wie dieser Parteitag reagieren würde, wenn eine EU-Richtlinie uns zwingen wollte, dass die Briefträger Listen über die Briefe und Pakete führen würden, die wir erhalten,

(BEIFALL)

wenn es an den Eingängen der Fußgängerzonen Passkontrollen gäbe und diese Daten gespeichert würden, und wenn die Kfz-Kennzeichen überall abfotografiert und gespeichert würden. Mit Empörung würden wir dies ablehnen.

(BEIFALL)

Wir sollten den gleichen Maßstab auch an die digitale Welt anlegen. Wer sich beobachtet fühlt, ändert sein Verhalten - alle die Politik machen, wissen das -, wenn sich eine Kamera nähert. Deswegen sollten wir nicht anlasslos speichern. Dies ändert das Verhältnis zwischen Staat und Bürger zum Schlechteren. Ich bitte euch um Zustimmung zum Antrag der Jusos.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Jetzt ist Daniela dran, danach Harald Baumann-Hasske.

Daniela Kolbe, Sachsen: Ich habe mir für die drei Minuten zwei große Themen vorgenommen.

Die Vorratsdatenspeicherung ist ein extrem emotionales Thema, wie wir merken. Ich glaube, es lohnt sich für eine Volkspartei wie die SPD, auch zu verstehen, warum es so emotional ist. Wir leben im digitalen Zeitalter. Für Menschen, die im digitalen Raum unterwegs sind, gehören die digitalen Daten ganz eindeutig zu ihrer Privatsphäre. Wann ich wo mit wem telefoniert habe, das geht zuvorderst nur mich etwas an.

(BEIFALL)

Die anlasslose Speicherung von Daten erschreckt mich. Ich weiß, dass das ganz vielen jungen, internetaffinen Menschen ganz genauso geht. Eine solche anlasslose Speicherung wird ihr Verhältnis zum Staat negativ beeinflussen. Denn sie spüren ganz deutlich: Dieser Staat tritt mir mit einem gewissen Grundmisstrauen gegenüber.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn die SPD einen solchen Beschluss fasst, gilt das gleiche genauso für diese große Volkspartei. Ich weiß, dass gerade diese Debatte viele junge Menschen, die sonst an vielen Punkten mit uns übereinstimmen, die Frage der Vorratsdatenspeicherung zum Anlass nehmen, eben nicht unserer Partei beizutreten.

(BEIFALL)

Gleichzeitig gibt es Handlungsbedarf. Zu sagen, wir müssen nichts tun, geht aus meiner Sicht nicht. Daten liegen bei den Providern schon jetzt vor und sind nicht ausreichend geschützt.

Und ja, wir müssen auch über Strafverfolgungstatbestände sprechen, wie wir das organisieren können. Ich bin nicht mit dem Antrag und dem Kompromissantrag, die hier vorliegen zufrieden. Aber ich möchte zugestehen, dass hierin deutlich wird, dass in der Bundestagsfraktion eine wirklich gute Debatte stattfindet zwischen Netzpolitikern und Innenpolitikern, die versuchen, beide Seiten zu vereinbaren.

Ich werde dem Antrag nicht zustimmen, werde bei der Kampfabstimmung den Jusos zustimmen.

(BEIFALL)

Ganz ehrlich: Ich glaube aber, dass die Sache noch nicht ausdiskutiert ist. Es gibt noch genug zu diskutieren. Ich würde mir fast wünschen, das noch einmal an die Bundestagsfraktion zu überweisen, das noch einmal ausgiebig zu diskutieren und den guten Diskurs, den wir haben, fortzuführen.

Ich habe noch 30 Sekunden für ein zweites Thema.: Dresden nazifrei. Ich danke den Jusos ganz herzlich für den Initiativantrag, den sie zu diesem Punkt eingebracht haben. Was lernen wir denn aus zehn Toten aus Nazi-Morden, aus Nazi-Terror auf der Straße? Liebe Leute, Wegsehen darf es künftig nicht mehr geben.

(BEIFALL)

Wir müssen endlich noch mehr auf die Straße und den Nazis gegenüberreten. Dresden nazifrei zeigt das ganz deutlich. In Dresden wurde zu lange weggesehen. Was kam dabei heraus? Der größte Nazi-Aufmarsch Europas. 7.000 bis 8.000 Nazis sind dort auf die Straße gegangen. Erst als sich die Leute hingekniet haben, wurde es weniger. Ich setzte mich jetzt hin - heute hier, aber auch am 18. Februar in Dresden. Ich würde mich freuen, wenn ganz viele von euch dabei sind. Glück auf!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Als nächster Harald Baumann-Hasske, danach Thomas Oppermann.

Harald Baumann-Hasske, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen, in der Tat, wir haben beim Thema Vorratsdatenspeicherung eine Kontroverse. Der Antrag der Antragskommission ist auf dem Papier zunächst einmal ein Kompromiss, aber tatsächlich entscheidet er sich natürlich für die Vorratsdatenspeicherung. Das, worüber wir diskutieren, ist, ob wir sie wollen oder nicht. Es macht nicht den großen Unterschied, ob wir über drei Monate oder vier Monate, wie jetzt der Bundesinnenminister vorgeschlagen hat, Vorratsdatenspeicherung machen wollen. Es geht meines Erachtens wirklich darum, ob wir die Vorratsdatenspeicherung wollen. Wir als ASJ wollen sie nicht.

(BEIFALL)

Ihr werdet sicherlich noch hören, dass wir eine europäische Richtlinie haben, die uns eigentlich verpflichtet, die Vorratsdatenspeicherung mindestens nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts wieder einzuführen, nachdem das Bundesverfassungsgericht das alte Gesetz gekippt hat. Nur, alles, was

wir heute hier diskutieren, bewegt sich außerhalb der europäischen Richtlinie. Wir reden also grundsätzlich, und das tun wir unter anderem deshalb, weil die Richtlinie in Europa im Moment in Überarbeitung ist. Das heißt, wenn wir keine Vorratsdatenspeicherung wollen, dann können wir uns dafür einsetzen, dass sie in Europa mit der neuen Richtlinie nicht wieder installiert wird. Wir können also kämpfen. Es lohnt sich!

(BEIFALL)

Worum geht es? Es ist eben schon viel gesagt worden. Es geht um die anlasslose Massenspeicherung von Daten. Wenn wir bisher Kriminalität bekämpfen, brauchen wir dafür einen konkreten Anlass. Es bedarf eines Verdachts, um in Grundrechte einzugreifen. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung bedeutet: Wir können speichern, ohne dass es den geringsten Anlass gibt. Ich denke, das ist ein echter Paradigmenwechsel in der Abwägung der Grundrechte. Hierbei betreten wir Neuland. Mit der Vorratsdatenspeicherung gehen wir über eine Schwelle hinweg, über die wir meines Erachtens nicht gehen dürfen.

(BEIFALL)

Ich konzidiere den Innenpolitikern, dass sie ein großes Bedürfnis nach Kriminalitätsbekämpfung im Internet haben, Das ist klar. Aber ich denke, wir müssen zusehen, dass wir mit anderen Mitteln gegen Internetkriminalität vorgehen. Wir dürfen nicht auf die Daten aller Bürger ohne konkreten Anlass zugreifen.

Liebe Genossinnen und Genossen, abschließend einen Satz: Die ASJ wird sich dem Antrag der Jusos anschließen. Insofern werden wir nachher nur noch darüber abzustimmen haben.

(BEIFALL)

Wir haben eine Menge gehört über Liberalität und über die Freiheitsrechte, die in der SPD ein Zuhause haben sollen. Lasst von diesem Parteitag ein Signal ausgehen, dass die Verfechter von Freiheits- und Bürgerrechten ein Zuhause haben. Ich danke euch.

(BEIFALL)

Heiko Maas Tagungspräsidium: Thomas Oppermann, danach Julian Bender.

Thomas Oppermann, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestern einen Antrag zur Netzpolitik beschlossen, der uns einen großen Schritt nach vorn bringt. Wir Sozialdemokraten wollen die enormen ökonomischen Chancen des Internet nutzen für Wachstum, für neue Arbeitsplätze, und wir wollen das riesige Potential für demokratische Teilhabe, für demokratische Partizipation im Internet nutzen.

Ich sage: Es darf kein Privileg der Piratenpartei sein, dass wir das Netz für Demokratie nutzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wer für eine offene und demokratische Gesellschaft kämpft, der muss auch für die Freiheit des Netzes, für die Freiheit im Internet kämpfen. Das ist doch eine klare Sache. Aber wir Sozialdemokraten sagen

auch: Freiheit geht nicht ohne Regeln. Freiheit ist nach sozialdemokratischer Lesart immer die Freiheit zu verantwortlichem Handeln. Deshalb müssen wir genau schauen, welche Regeln wir im Internet setzen. Es geht nicht an, Uli Kelber, dass wir das Internet jetzt mit dem Postkutschenzeitalter vergleichen und sagen, wir dürfen nicht die Regeln aus dem Postkutschenzeitalter auf das Internet übertragen. Das können wir natürlich nicht tun.

Freiheit und Sicherheit gehören auch zusammen. Ein Staat muss die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Er muss deshalb alles tun, um Verbrechen zu verhüten und um Straftaten und Verbrechen aufzuklären. Bei der Vorratsdatenspeicherung geht es nicht um irgendwelche kleinen Vergehen. Es geht um schwerste Verbrechen, Geldwäsche, Menschenhandel, es geht um terroristische Straftaten.

Es ist auch kein Generalverdacht, der hier erhoben wird, wenn die Daten für drei Monate beispielsweise gespeichert werden. Diese Daten können vielmehr nur genutzt werden nach dem Kompromissvorschlag der Antragskommission, wenn ein Richter das genehmigt hat, nur bei schwersten Straftaten, bei einer begrenzten Speicherungsfrist und nur unter engsten Voraussetzungen, nur bei einem konkreten Tatverdacht, also nicht bei einem Generalverdacht. Diese Daten können nicht beliebig genutzt werden. Aber ich sage euch, Genossinnen und Genossen, um diese schweren Verbrechen wirklich aufzuklären zu können, werden wir die Vorratsdatenspeicherung für eine Weile noch brauchen. Ich rate gleichwohl dazu, kritisch mit Vorratsdatenspeicherung umzugehen. Das ist in der Tat eine Beschränkung der Freiheit, eine Beschränkung, über die wir genau nachdenken müssen, bei der wir genau abwägen müssen, was wir wirklich für die Sicherheit brauchen und wie viel für die Freiheit notwendig ist.

Wenn ich sehe, dass die Antragskommission vorschlägt, dass wir zum Beispiel alle Informationen, die dazu beitragen können, dass eine Profilbildung betrieben wird, wie sie übrigens bei Google, bei Facebook oder bei Apple ganz selbstverständlich ist, wo 20, 30 Millionen Menschen in Deutschland freiwillig ihre Daten hergeben, damit sie uneingeschränkt ökonomisch genutzt werden können - das alles wollen wir nicht. Wir wollen einfache, klare, enge Regeln, aber die lasst uns im Interesse eines vernünftigen Ausgleichs von Freiheit und Sicherheit

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Kommst du bitte zum Ende!

Thomas Oppermann: aber die lasst uns heute beschließen.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Genossinnen und Genossen, als Nächstes hat Julian Bender das Wort. Ihm folgt Christian Söder.

Bevor ich allerdings dem Julian das Wort erteile, möchte ich gerne auf eine Internetdebatte reagieren, die seit wenigen Minuten tobt nach dem Motto, ich würde hier Redner unterbinden; wir würden diese Debatte ans Ende der Tagesordnung schieben, damit man sozusagen Druck auf Redner ausübt. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn das aus dem Saal gewittert wird. Das will ich in aller Form sagen.

(BEIFALL)

Wir haben uns als Plenum eine Tagesordnung gegeben. Die ist hier abgestimmt worden. Es gibt im übrigen Debatten, die nach dieser noch folgen werden, zu nicht einfachen Themen. Deswegen bitte ich bei allem Verständnis dafür, dass sich jemand ärgert, dass er nur drei Minuten Redezeit hat, darum, dann doch zumindest an diesem Punkt fair mit dem Plenum umzugehen.

(BEIFALL)

Jetzt hast du das Wort.

Julian Bender, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Änderungsvorschlag der Antragskommission hat leider entscheidende Probleme in dem Antrag nicht gelöst. Natürlich ist ein Mehr an Sicherheit immer wünschenswert. Aber jedes Mehr an Sicherheit hat auch seinen Preis. Ulrich Kelber hat es vorhin auch schon gesagt: Wir würden aufschreien, wenn wir hier einen Antrag hätten zum Abfotografieren der Autokennzeichen. Auch wenn das vielleicht ein bisschen mehr an Sicherheit bringen würde oder das eine oder andere Verbrechen aufgrund dessen gelöst werden könnte, wir würden trotzdem nicht zustimmen.

Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Genau das tun wir, wenn wir der Sicherheit die Freiheit opfern. Man muss hier die richtige Balance bewahren. Ich glaube, der Änderungsantrag der Antragskommission tut genau das nicht.

(BEIFALL)

Zum Beispiel die Erhebung von Standard- und Verbindungsdaten und damit die Information, mit wem ich wann telefoniere, in welches Netz oder in welche Funkzelle sich mein Handy einloggt. All diese Daten werden gesammelt, und die Erhebung stellt bereits einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar. Dabei ist es egal, ob die Daten sechs oder drei Monate gespeichert werden. Es geht um die Erhebung der Daten. Die Ereignisse rund um die Anti-Nazi-Demo in Dresden haben gezeigt, wohin der Weg gehen kann. Der punktuelle Eingriff könnte ja noch gerechtfertigt werden. Aber das Ausmaß - hier wurden mehr als 1 Millionen Datensätze ausgewertet - und der Umgang mit diesen Daten zeigt, wie sensibel das Thema ist und wie vorsichtig man hier auch mit den Regelungen sein muss.

(BEIFALL)

Solche Ereignisse wie in Dresden haben Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit. Die innere Schere fängt an zu wirken im Sinne von: Soll ich mich wirklich in der Nähe von dieser Demo aufhalten, wohl wissend, dass sich mein Handy in die gleiche Funkzelle einwählt wie das des Schwarzen Blocks? Kommt es am Ende zu Ausschreitungen, bin ich potenziell auch erst einmal verdächtig.

Natürlich ist es verlockend, neue technische Möglichkeiten zur Verbrechensbekämpfung einzusetzen. Ich kann da die Innenminister gut verstehen. Aber hier geht es auch um eine netzpolitische Frage. Da schauen uns viele junge Menschen zu. Man merkt das vielleicht auch an den Facebook-Kommentaren. Die haben eine sehr kritische Haltung.

Außerdem - wir haben gestern schon über die Medienpolitik gesprochen, haben da einen Antrag einstimmig angenommen - sehen die Netzpolitiker die Systeme äußerst kritisch. Nehmt das Votum ernst.

Zeigt, dass für die SPD in der Netzpolitik gilt, die Freiheit nicht der Überwachung zu opfern. In diesem Sinne bitte ich euch, dem Initiativantrag 231 der Jusos zuzustimmen und den Antrag der Antragskommission abzulehnen. Danke schön.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt kommt Christian Soeder. Danach Dejan Perc.

Christian Soeder, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bitte euch hiermit, dem Antrag der Antragskommission zur Vorratsdatenspeicherung nicht zu folgen. Ich kann euch auch sagen, warum. Es geht hier darum, den Wert der Freiheit hochzuhalten, den die SPD immer hochgehalten hat. Willy Brandt hat gesagt, Freiheit geht vor allem anderen. Steinmeier hat es am Sonntag gesagt. Sigmar, du hast es auch gesagt. Wir sind die Partei der Freiheit. Wir wollen sie auch bleiben. Wir bleiben die Partei der Freiheit nicht, wenn wir so etwas beschließen. Das geht zu weit. Wir können nicht die Daten von 82 Millionen Bürgern in Deutschland einfach pauschal speichern. Das geht viel zu weit.

(BEIFALL)

Da dürfen wir auch keine Kompromisse in dieser Form eingehen. Das funktioniert so nicht. Freiheit ist unteilbar. Eingriff in die Grundrechte, ein bisschen Eingriff in die Grundrechte, das klappt alles nicht. Das ist genauso wie „ein bisschen schwanger“.

(BEIFALL)

Das gibt es auch nicht. Entweder man ist schwanger oder man ist nicht schwanger. Entweder man greift in die Grundrechte ein oder man greift nicht ein. Wir sollten nicht eingreifen. Die SPD will die Partei der Freiheit bleiben, und sie wird es auch bleiben. Bitte stimmt dem Antrag der Jusos zu. Lehnt das Votum der Antragskommission ab. Dann werden wir einen wirklich guten Parteitag haben. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit. Glück auf!

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Dejan Perc und dann Ralf Jäger. - Vielleicht könnt ihr alle schon ein bisschen nach vorne kommen. Dann können wir es noch ein bisschen beschleunigen. Ich will nämlich das Thema Rüstungsexporte noch drannehmen. Sonst kriege ich Ärger mit Heidi.

Dejan Perc, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Wieso misstrauen wir Bürgerinnen und Bürger, sobald sie im Internet unterwegs sind? Denn nichts anderes als ein grundsätzliches Misstrauen ist die anlasslose Vorratsdatenspeicherung.

(BEIFALL)

Wir sammeln Daten zu Ort, Surf- und Kommunikationsverhalten. Ein enormer Aufschrei würde wahr-

scheinlich auch durch diese Reihen gehen, wenn wir das in der Offline-Welt machen würden, wenn wir dort Bewegungsprofile, Profile, wer mit wem wann gesprochen hat, ausspionieren und speichern würden. Aber online geht das offensichtlich.

Die Gesellschaft wandelt sich. Face-to-face-Kommunikation, Präsenzsozialität, der direkte kommunikative Austausch wird ergänzt, manchmal sogar ersetzt durch die Online-Kommunikation. Kriminelles Verhalten haben wir hier wie dort. Man kann sich in der Kneipe ums Eck treffen und Kriminelles vorplanen. Man kann es in der Privatwohnung machen. Trotzdem fordert niemand, dass wir durchgängig eine Überwachung installieren.

Online ist kriminelles Verhalten auch möglich, natürlich. Aber da ist es offensichtlich in Ordnung, dass wir alle ausspionieren. Dieser massive Grundrechtseingriff ist nicht zu rechtfertigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Andere Parteien saugen Honig aus dieser Skepsis und dem Argwohn, den wir den Menschen gegenüber an den Tag legen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Argwohn riecht den Braten, ehe das Kalb geschlachtet ist. Diesen Generalverdacht, den wir hier den Menschen gegenüber aufbringen, dass sie potenziell allesamt kriminell werden können oder es vielleicht sogar sind, müssen wir abwehren. Was passiert, wenn wir die Daten erst einmal gesammelt haben, haben auch die Vorredner schon ausgeführt. Dresden ist da kein rühmliches Beispiel.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, stimmt bitte dem Antrag der Jusos zu und lehnt den Antrag der Antragskommission ab. Vielen Dank. Glück auf!

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsident: Herzlichen Dank. - Als Nächstes ist Ralf Jäger dran, danach Gerold Reichenbach.

Ralf Jäger, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass wir in dieser Diskussion, die gut geführt wird, in der sozialdemokratisch-typisch Grundwerte miteinander abgewogen werden, schon ein bisschen darauf achten sollten, dass wir bei der Wahl der Argumente Dinge nicht vergessen. Vorratsdatenspeicherung hat es Deutschland 90 Jahre lang gegeben. Immer dann, wenn irgendjemand mit jemand anderem telefoniert hat, ist das auf der Telefonrechnung erschienen, übrigens auf meiner Handy-Rechnung noch zuletzt im Jahre 2009. Erst seit dem Aufkommen der Flatrates verfügen die Provider über keine Abrechnungsdaten mehr. Das, liebe Genossinnen und Genossen, führt zu einer Schutzlücke in diesem Land.

Da ich nicht nur Parteitagsgedlegierter bin, sondern auch Innenminister in Nordrhein-Westfalen, habe ich das Landeskriminalamt gebeten, einmal aufzulisten, wo diese Schutzlücke durch diese fehlenden Daten zur Einstellung von Verfahren geführt hat. Es sind Hunderte. Es sind allein in Nordrhein-Westfalen in 2010 127 Verfahren im Bereich von Kindermissbrauch und Kinderpornographie.

(ZURUF: QUATSCH!)

- Da ich gerade „Quatsch“ höre, möchte ich zwei Beispiele vortragen, zwei reale Beispiele. Durch die Ermittlungen in den USA zu einem internationalen Kinderpornoring ergeben sich Hinweise auf einen Deutschen, der des schweren sexuellen Missbrauchs verdächtigt wird. Mitte Mai kommt es zu einem Chat-Kontakt mit diesem unbekanntem Deutschen mit einem weiteren Täter aus den USA. Über Europa wird die IP-Adresse des deutschen Tatverdächtigen übermittelt.

Innerhalb des Chats werden kinderpornografische Dateien ausgetauscht und Informationen über einen aktuellen Missbrauchs vermutlich während des Chats miteinander ausgetauscht. Der Täter konnte nicht ermittelt werden.

Ein zweites Beispiel aus dem Jahre 2010. Auf einer Internetplattform wurde durch einen Nutzer im Rahmen eines Chatverkehrs Minderjährige für sexuelle Dienste angeboten. Durch den Administrator wurden der Polizei Chatverlauf und IP-Adresse übersandt. Eine Auskunft über die Daten des Nutzers der IP-Adressen hat der Provider mit Hinweis auf die Rechtslage verweigert.

Liebe Genossinnen und Genossen, für mich ist klar, wie ich mich gleich bei dieser Abstimmung entscheiden werde. Für mich ist klar: Ein Staat, der seine Menschen vor Verbrechen nicht schützen kann, ist kein Rechtsstaat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Eine Demokratie, die ihren Feinden nicht wehrhaft entgegensteht, ist keine wehrhafte Demokratie. Der Kompromiss der Antragskommission sieht vor, hohe Hürden einzubauen, dass nur ein Richter anordnen darf, dass diese Daten bei den Providern eingesehen werden, die Speicherung von drei Monaten. Dass derjenige, dessen Daten eingesehen wurden, nachträglich darüber informiert wird, ist ein vernünftiger Vorschlag. Ich halte es da mit Willy Brandt, genau wie die Gegner dieser Vorratsdatenspeicherung, die heute diese Karten verteilt haben und Willy Brandt zitieren. Ich will ihn vollständig zitieren. Willy Brandt hat einmal gesagt: Freiheit für viele und nicht nur für wenige, Freiheit des Gewissens und der Meinung. Aber, Genossinnen und Genossen, er hat auch gesagt: Freiheit von Not und von Furcht. Freiheit sollen Sozialdemokraten nie so definieren: Freiheit für die Starken auf Kosten des Schutzes der Schwachen. Deshalb sollten wir diesem Antrag der Antragskommission zustimmen. Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsident: Gerold Reichenbach.

Gerold Reichenbach, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin im Deutschen Bundestag stellvertretender Vorsitzender der Enquete ‚Internet und digitale Gesellschaft‘. Ich weiß deshalb sehr genau, dass alle Vergleiche zwischen der analogen Welt und dem, was in der digitalen Welt an Chancen, an Freiheiten, aber auch an Risiken entsteht, nicht einfach so übertragbar sind und dass die Analogien alle hinken.

Es ist nicht mehr so wie beim alten Telefon, dass ich einfach nur die Verbindungsdaten habe, sondern wir reden - da liegt das Problem; es redet ja keiner über das Telefon; da können wir die Daten nach wie vor erheben - über die Mobiltelefone. Alle von uns haben inzwischen Smartphones. Die nehmen fast minüt-

lich Verbindung ins Netz auf. Die senden jeden Tag Megabites an Daten irgendwohin. Deswegen ist die Furcht, zu sagen: Wenn die Verbindungsdaten - es geht nicht um die Inhalte - gespeichert werden, dann wird ein Großteil meines Lebens transparent, der zuhause bei dem Telefon, das immer im Schlafzimmer oder sonst wo stand, nicht transparent wurde. Die Befürchtung ist berechtigt.

(BEIFALL)

Ich habe mich für den Kompromissvorschlag mit eingesetzt. Wir haben in der Bundestagsfraktion eine sehr breite Diskussion zu diesem Thema, und wir wollen sie auch fortführen. Wir haben kritische Gutachter beauftragt, einmal nachzuweisen, was an den Argumenten dran ist: Wie lange muss man überhaupt speichern? Ich denke, diesen Prozess der Diskussion sollten wir nicht abstoppen. Denn ich befürchte, dass wir keine Haltelinie hinbekommen, die der gesellschaftlichen Debatte zwar heute ein Signal setzt, aber auf Dauer nicht halten wird.

Deswegen stellt sich für mich die Frage: Was passiert da eigentlich? Wenn es so wäre, dass wir mit einer Vorratsdatenspeicherung, wie sie die EU gesetzlich fordert, tatsächlich die Daten erstmals aufzeichnen würden, dann wäre ich der Erste, der hier stünde und sagt: Das geht nicht. Der Fakt ist aber ein anderer: Eure Verbindungsdaten mit den Ortungsdaten werden jetzt schon ständig aufgezeichnet. Wir haben eine Anfrage im Deutschen Bundestag, wo abgefragt wurde, wie viele Beauskunftungen von Verbindungsdaten in den letzten Jahren, auch in der Zeit, als das Gesetz für die Vorratsdatenspeicherung aufgehoben war, stattfinden konnten. 90 Prozent konnten stattfinden, weil jetzt die Provider speichern für eigene Zwecke. Dann kann jeder zugreifen. Die ganzen Rechtsanwälte kommen dran. Die ganzen Rechtsanwälte, die zu Hunderten Listen vorlegen, um Abmahnverfahren zu machen, kommen dran. Aber die Polizei kommt nicht dran.

Einen letzten Satz, Genossinnen und Genossen. Deswegen bin ich für diesen Kompromiss, der auch heißt: Eine gesetzliche Regelung, die ganz klar sagt, da müssen Richter, und zwar nicht nur einer, sondern drei dran. Ihr alle sendet eure Daten bei Facebook, bei Google, ob ihr mit Android oder Apple iPhone unterwegs seid, ins Netz.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Gerold, komm bitte zum Schluss.

Gerold Reichenbach, Hessen-Süd: Das sind amerikanische Firmen. Diese Daten sind nach dem Homeland Security Act der CIA den amerikanischen Behörden ohne Beschränkung zugänglich, alle diese Daten.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Gerold, bitte.

Gerold Reichenbach, Hessen-Süd: Ich komme zum Schluss. Ich vertraue lieber deutschen Richtern als dem Datenschutz der amerikanischen Behörden.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Gerold, jetzt ist gut. Danke schön.

Gerold Reichenbach, Hessen-Süd: Auch aus diesem Grunde bitte ich dem Vorschlag zu folgen.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Ich kann nicht den jungen Block abpfeifen und dich nicht. Deswegen kommt jetzt als Letzter in der Aussprache zu diesem Teil des Innen- und Rechtsblocks der Rudolf Riep.

Rudolf Riep, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte versuchen, Wiederholungen zu vermeiden. Wenn es hier eine Kompromisslinie geben soll, dann schlage ich vor, in Zeile 65 die beiden Worte „derart langfristige“ zu streichen. Da hätten wir einen Formelkompromiss. Das ist inhaltlich natürlich nichts anderes als Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung.

Der Vorredner hat aber gesagt, wir müssen, wenn wir uns mit diesem Thema ernsthaft beschäftigen, uns auch mit den Daten befassen, die schon da sind. Deswegen ist das, was in dem sogenannten Kompromissvorschlag steht, nicht komplett verzichtbar. Das, was auf der Seite 4/4 steht, das muss unbedingt berücksichtigt werden. Denn sonst kann wir mit den schon vorhandenen Verbindungsdaten weiter Unrecht getrieben werden. Danke schön.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Dann für die Antragskommission Olaf Scholz. Anschließend kommen wir zu diesem Punkt zur Abstimmung.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, es ist gut, dass wir uns diese Frage so schwer machen. Man sieht es bei dem einen oder anderen, der richtig mitgeht bei der Diskussion, sich überlegt: Was findet da statt? Darum hat auch ein Diskussionsprozess stattgefunden, der zu dem jetzigen Votum der Antragskommission geführt hat. Das ist nicht das, was ursprünglich beantragt worden ist. Das ist übrigens auch nicht das, was die sozialdemokratischen Innenminister als erste Linie sich so vorgestellt haben, sondern das ist das Ergebnis einer sehr sorgfältigen Debatte zwischen sehr unterschiedlichen Positionen in dieser Frage.

Dann muss man eine Wahrheit aussprechen. Es ist notwendig, dass Verbindungsdaten zur Verfügung stehen, aus denen man bestimmte Dinge nachverfolgen kann, nicht wie der eine oder andere denkt, Telefongespräche abhören - darum geht es hier gar nicht -, sondern dass man rausfinden kann: Welche Verbindung hat jemand gehabt, von dem man weiß, dass er ein Verbrechen geplant hat? Zum Beispiel - das will ich ausdrücklich sagen - hat die norwegische Polizei mit einer solchen Maßnahme, wie wir sie hier beschließen, die Verbindung nachgespürt, die der Täter dort in Oslo auf der Insel gehabt hat. Es ist notwendig, dass wir diese Möglichkeit bei solchen Taten hier in Deutschland auch haben. Darum geht es bei dieser Abstimmung, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dann kann man nicht sagen, das ist mir egal. Man kann auch nicht sagen: quick freeze. Denn das ist eine Lösung, die keine ist. Das weiß jeder, der das vorschlägt. Das soll nur das eigene Gewissen beruhigen. Darum bin ich dafür, dass wir das, was wir uns so sorgfältig erarbeitet und diskutiert haben, auch beschließen, nämlich eine kurze Zeit, eine kürzere, als die EU sie heute vorsieht, dass wir den Vorschlag machen, das EU-Recht zu ändern und gemeinsam den Weg zu wagen, dass wir im Konflikt mit der Europäischen

Kommission eine veränderte Richtlinie bewirken und dann auf dieser Basis eine deutlich verkürzte und veränderte und den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Mindestaufbewahrungsfrist gewissermaßen möglich machen. Aber wir dürfen nicht beschließen, es gibt da kein Problem. Denn es gibt eines. Und es sind schlimme Leute, hinter denen wir mit diesen Sachen fahnden müssen. Das braucht die Polizei, und wir brauchen es auch, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Genossinnen und Genossen, damit würde ich gerne zu diesem Teil zur Abstimmung kommen, weil wir die Debatte jetzt ein bisschen unterteilt haben, damit wir sachlogisch in der Aussprache bleiben und zu vernünftigen Ergebnissen kommen. Im Kern geht es jetzt um folgende beiden Anträge, um den Initiativantrag 231, für den die Antragskommission Ablehnung empfohlen hat, und um den I 30, der entsprechend angenommen werden soll in der Fassung der Antragskommission.

Damit wären auch die Anträge I 28 und I 28 sowie I 31 bis 36 erledigt.

Wir stimmen jetzt zunächst über den Initiativantrag ab, weil wir es die ganze Zeit so gemacht haben, dass wir erst über die Initiativanträge abgestimmt haben. Hier ist das Votum der Antragskommission Ablehnung. Ich frage jetzt positiv: Wer folgt dem Votum der Antragskommission? - Wer ist dagegen? -

(BEIFALL)

- Nein, nein. Es ist ein beliebtes Mittel, von hinten Stimmung zu machen. Es hilft aber nichts beim Abstimmungsergebnis. - Es ist nicht ganz eindeutig. Ich lasse es wiederholen, im Zweifelsfall auszählen, damit es keine Missverständnisse gibt. Ich bitte die Mandatsprüfung- und Zählkommission, sich dafür fertig zu machen. Ich frage noch einmal. Wer ist für das Votum der Antragskommission Ablehnung? - Wer ist dagegen? - Das erste ist eindeutig die Mehrheit.

(BEIFALL)

Ich komme dann zu der Kompromissformulierung, die sich in der Fassung der Antragskommission zu I 30 wiederfindet und frage: Wer folgt dem Votum in der Kompromissfassung zum I 30? - Das ist jetzt die positive Entscheidung zum dem Thema, wie es eben Olaf und andere angesprochen haben. Wer ist für das Votum der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist dieser Punkt beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

Ich rufe nun die beiden Redebeiträge zu den Initiativanträgen 234 und 232 zum Thema Dresden auf. Zunächst Martin Dulig. Danach Matthias Ecke. Dann werden wir auch darüber abstimmen. - Ihr dreht es, okay.

Matthias Ecke, Juso-Bundesvorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach dieser sehr kontroversen Debatte kommt jetzt ein Thema, bei dem wir vielleicht mehr Gemeinsamkeit im Saal hinbekommen. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich in ihrer langen Geschichte immer wieder entschlossen alten und neuen Nazis entgegengestellt.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Ich kann verstehen, dass da hinten jetzt Unruhe ausbricht. Aber es ist ganz nett, wenn auch in den nachfolgenden Debatten noch zugehört wird, insbesondere wenn es jetzt um das Thema Rechtsextremismus und Dresden geht, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Matthias Ecke, Juso-Bundesvorstand: Vielen Dank. - Wir alle erinnern uns an die Worte von Otto Wels: Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. - So hat er die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die Sozialdemokratie begründet. Doch die schrecklichen Nazimorde der Terrorzelle NSU zeigen uns, dass dieser Widerstand nicht nur Stoff für die Geschichtsbücher ist, liebe Genossinnen und Genossen, sondern auch für die Gegenwart. Wir müssen den Kampf gegen Menschfeindlichkeit und gegen Nazis weiterführen, wir dürfen nicht weichen.

(BEIFALL)

Klaus Wowereit hat vorgestern klar formuliert: die SPD antwortet auf rechte Ideologen und rechten Terror mit Solidarität und Zivilcourage. Genau darum möchten wir Jusos euch hier bitten. Seid couragiert, seid solidarisch, unterstützt die Proteste gegen Europas größten Neonaziaufmarsch!

(BEIFALL)

Im Februar 2012 wollen sich in Dresden erneut Neonazis aus ganz Deutschland und darüber hinaus versammeln. Sie wollen das Gedenken an die Bombardierung Dresdens für ihre geschichtsrevisionistische und menschenverachtende Propaganda missbrauchen. Doch der Widerstand wächst. Mit Kundgebungen, Demonstrationen und friedlichen Sitzblockaden verteidigen die Menschen aus Dresden und darüber hinaus ihre Demokratie gegen Nazis. Diese Bewegung, liebe Genossinnen und Genossen, ist vielfältig, die ist bunt, und wir Jusos sind seit langem Teil davon, gemeinsam mit Gewerkschaften, mit Jugendorganisationen, Parteien - -

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Entschuldigung, ich weiß, dass vielleicht der Redner den einen oder anderen im Saal stören mag, aber eigentlich ist es umgekehrt. Deshalb hat der Redner das Wort, und sonst niemand.

(BEIFALL)

Matthias Ecke, Juso-Bundesvorstand: Gemeinsam auch mit antifaschistischen Gruppen und Kirchen haben wir uns den Nazis entschlossen in den Weg gestellt. Viele, die in den letzten Tagen hier in diesem Raum sitzen und saßen, waren dabei. Wolfgang Thierse möchte ich erwähnen, Iris Gleicke, Martin Dulig, Daniela Kolbe und viele weitere. Sie haben Mut bewiesen und oft auch gegen die Anfeindungen der Konservativen. Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir ihnen allen den Rücken stärken, dass wir ihnen gemeinsam den Rücken stärken, gemeinsam als SPD, und hier ein klares Zeichen setzen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns unterhaken, rücken wir zusammen! Wir wollen nicht, dass Nazis ungehindert Aufmärsche abhalten, dass sie gestärkt in ihre Städte und Dörfer zurückkehren, dass

sie weiter schlagen, demütigen und morden. Lasst uns von diesem Bundesparteitag ein eindeutiges Signal aussenden: den Nazis keine Ruhe mehr, wir werden nicht weichen!

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön. - Martin.

Martin Dulig, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche auch zu euch als Bundesvorsitzender des Netzwerks für Demokratie und Courage.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich wünsche mir, dass wir uns einsetzen und eintreten für mehr Demokratie und uns unterhaken und Courage zeigen. Ich gehöre auch zu denjenigen, die seit Jahren um den 13. Februar mit Flagge zeigen. Man kann Nazis nicht still entgegentreten, sondern man muss es laut und deutlich tun.

(BEIFALL)

Ja, ich habe mich in diesem Jahr auch entschieden, mich hinzusetzen und zu blockieren, und ich habe dafür auch eine Demokratiestrafe an die Staatsanwaltschaft bezahlen müssen. Das zeigt schon, die Debatte um den 13. Februar wird gern genutzt, um einzuteilen, was ein guter Demokrat ist, was ein schlechter Demokrat, was die richtige und die falsche Protestform ist. So etwas nennt man bei uns inzwischen „sächsische Demokratie“.

(BEIFALL)

Vereine und Verbände, die sich engagieren, werden mit einer Extremismusklausel bemisstraut. Diejenigen, die sich engagieren, sollen bitte sagen, in welcher Form es richtig ist. Aber ich sage: Egal, wir brauchen eine Vielfalt von Protestformen. Dazu lade ich auch alle ein, am 18. Februar nach Dresden zu kommen, egal ob zu einer Demonstration, zu Mahnwachen oder anderen Formen. Wichtig ist, dass wir uns gemeinsam hinsetzen, hinstellen und deutliche machen: Wir wollen, dass diese Stadt von Nazis befreit wird. Diese Stadt hat Nazis satt, dieses Land hat Nazis satt. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Dresdnerinnen und Dresdner, sondern von uns allen. Kommt nach Dresden! Wichtig ist, friedlich und entschlossen. - Danke.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Martin. - In diesem Sinne würde ich jetzt gern IA 234 aufrufen und danach auch IA 232. Der IA 234 ist eine Resolution zum Naziaufmarsch in Dresden. Dazu gibt es den Vorschlag der Antragskommission, das der letzte Satz im Absatz 4 wie folgt lauten soll: „In diesem Sinne unterstützen wir auch das Bündnis ‚Dresden Nazifrei‘ und sein Bestreben, friedlich Widerstand gegen den Rechtsextremenaufmarsch in Dresden zu leisten.“ Ich bitte, wer dem Votum der Antragskommission, folgt und dem zustimmt, jetzt um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann, lieber Martin ist das einstimmig beschlossen. Herzlichen Dank dafür.

(BEIFALL)

Der IA 232 wäre aus Sicht der Antragskommission erledigt durch die Resolution, die wir gestern gefasst haben. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zum nächsten kurzen Block. Es sind I 38, I 39 und I 40. Es geht um das Thema sexueller Missbrauch. Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Zunächst Norbert Deneff, Vorsitzender des Netzwerks Betroffener von sexualisierter Gewalt. Uli Nissen verzichtet. Norbert, bitte schön.

Norbert Deneff, Vorsitzender des Netzwerks Betroffener von sexualisierter Gewalt: Ich bedanke mich herzlich, hier sprechen zu können. Ich wurde beauftragt, als Vorstandsvorsitzender von netzwerkB, das ist das Netzwerk Betroffener von sexualisierter Gewalt, dem Antrag zuzustimmen, die Verjährungsfristen für sexualisierte Gewalt aufzuheben. Wir fordern die Aufhebung der Verjährungsfristen.

(BEIFALL)

Ich möchte Ihnen an einem Beispiel zeigen, wie wichtig es ist, die Verjährungsfristen und damit das Schweigen zu brechen. Dieser kleine Junge wurde mit zehn Jahren bis zum 16. Lebensjahr von einem Priester missbraucht und danach weitere zwei Jahre bis zum 18. Lebensjahr von einem Kirchenangestellten. Er hat 35 Jahre lang geschwiegen – aus Scham, Angst und Schuldgefühlen. Als er im Familienkreis sein Schweigen brach, wurde er von der Herkunftsfamilie ausgegrenzt. Er hat weitere Jahre gebraucht, um den ersten Täter anzuzeigen. Das war 1996. Seine Kinder halfen ihm dabei, das Sprechen zu lernen. Er konnte nämlich diesen Satz: „Ich wurde sexuell missbraucht“, nicht aussprechen – auch im Familienkreis nicht. Das ging nicht. Er brauchte noch einmal weitere Jahre bis zum Jahr 2003, um den zweiten Täter zu nennen. Das ging auch nicht über seine Lippen – aus Scham, Angst und Schuldgefühlen.

Dann hat er die beiden Täter angezeigt – im Bistum Limburg. Kurz danach versuchte man, ihn mit 25.000 Euro zum Schweigen zu zwingen. Dann hat er den Papst um Hilfe gebeten: Bitte hilf mir, das Bistum Magdeburg will mich zum Schweigen zwingen. Ein halbes Jahr später bekam er vom Papst einen Brief, in dem stand, dass er darum betet, dass er wieder vergeben kann. Später versuchte er noch, die Taten bei der Polizei anzuzeigen, weil er Tateingeständnisse von den Tätern hat. Es ist also keine Frage mehr, ob die Tat stattgefunden hat oder nicht. Dann musste er sich anhören: Das geht nicht, weil ja alles verjährt ist.

Verjährt? Alles verjährt? Und ich soll wieder schweigen? Der Gesetzgeber sagt, ich soll Ruhe geben und wieder schweigen? Da hat der kleine Junge gesagt: Das geht nicht. Ich werde mich jetzt dafür einsetzen, dass die Verjährungsfristen für die vielen Tausenden Betroffenen aufgehoben werden, die darunter leiden, dass es Verjährungsfristen gibt und dass man sie einzwängt, indem man sagt: Wenn die Verjährungsfrist abgelaufen ist, musst du Ruhe geben, weil das Rechtssystem das nicht hergibt. - Damit werden aus unserer Sicht die Täter und nicht die Opfer geschützt.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Verjährungsfristen aufgehoben werden. Es besteht eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof zur Aufhebung der Verjährungsfristen, weil der deutsche Staat die Petition, die vor fünf Jahren eingereicht wurde, abgelehnt hat. Das ist aus unserer Sicht eine Verletzung der Menschenrechte.

(BEIFALL)

Hier geht es auch nicht um Missbrauch, sondern hier geht es um Gewalt gegen Kinder. Wie sollen wir in 20, 30 Jahren den Kindern erklären: Wir hätten damals die Chance gehabt, die Verjährungsfristen aufzuheben, wir haben es nicht getan, ihr müsst weiter schweigen?

Deshalb fordere ich Sie auf und bitte Sie herzlich darum, uns zu helfen, uns zu unterstützen, dass die Verjährungsfristen aufgehoben werden, und zwar jetzt und nicht erst irgendwann später. Das geht so nicht. Wir müssen sie aufheben. Wir müssen es möglich machen, die Verjährungsfristen aufzuheben.

(BEIFALL)

Ich möchte zum Schluss noch einen Satz sagen: Als dieser kleine Junge vor vielen Jahrzehnten daran gedacht hat und auf die Idee gekommen ist, die Verjährungsfristen aufzuheben, hätte er sich nie vorstellen können, dass er das heute hier vor so vielen Menschen sagen kann und so viel Unterstützung bekommt. – Herzlichen Dank.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herr Denef, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie uns in dieser Form noch einmal auf ein sehr wichtiges Thema hingewiesen haben – auch in der Form, wie Sie es getan haben. Das ist kein einfacher Gang. Wir wissen, dass auch in diesem Raum viele mit ähnlichen Erfahrungen sind, die noch nicht die Kraft gefunden haben, sich selber in der Form, die Sie eben beschrieben haben, damit auseinanderzusetzen.

Bisher sollte der einschlägige Antrag für erledigt erklärt werden. Es gibt einen neuen Vorschlag durch die Antragskommission. – Ralf, du hast das Wort.

Ralf Stegner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, nach dem, was wir gerade eben gehört haben, kann man nicht einfach sagen, dass das durch irgendwelche Drucksachen erledigt ist.

(BEIFALL)

Das war ein Appell an die Sozialdemokratie, sich der Sache noch einmal anzunehmen, und das werden wir tun. Deswegen schlagen wir vor, diesen Antrag noch einmal an die Bundestagsfraktion zurück zu überweisen, damit entsprechende Initiativen unternommen werden können, damit das im Endeffekt auch erfolgreich ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich bedanke mich bei Ihnen – nicht nur dafür, dass Sie das angesprochen haben, sondern auch dafür, dass Sie den Mut hatten, das hier auszusprechen. Das ist vor so vielen Menschen bei so einem Parteitag nicht einfach. Ich finde, wir haben uns der Sache jetzt anzunehmen, und das werden wir tun.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, das bedeutet, dass

die Voten für die Anträge I 38 bis I 40 verändert werden in: „Überweisung an die Bundestagsfraktion mit der eindringlichen Bitte, sich dieser Frage noch einmal sehr intensiv anzunehmen“.

Ich frage, wer jetzt dem geänderten Votum der Antragskommission zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(BEIFALL)

Der letzte Antrag, den ich jetzt einzeln aufrufe, weil es der letzte ist, zu dem es noch eine Wortmeldung gibt, ist der Antrag I 14. Das Wort hat Stella Kirgiane-Efremidis. Drei Minuten, bitte.

Stella Kirgiane-Efremidis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist nach diesem emotionalen Redebeitrag jetzt für mich sehr schwierig, ein ganz anderes Themengebiet mit euch zu betrachten, aber ich hoffe, dass ich euch jetzt auch noch für ein Thema gewinnen kann, das in unserer Gesellschaft nicht oft angesprochen wird und das auch auf unseren Parteitagen immer wieder untergeht. Es geht um die Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und in Europa.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, als Vorsitzende eines Gremiums in Baden-Württemberg, das sich fast täglich mit dem Thema Flüchtlinge beschäftigt, finde ich es eine Katastrophe, wie wir innerhalb von Europa und auch oft in Deutschland mit diesem Thema umgehen.

(VEREINZELT BEIFALL)

In Europa sehen wir, dass Mauern gebaut werden. Ich bin griechischstämmig, und mir tut es in der Seele weh, wenn ich sehe, dass die griechische Regierung aufgrund dieses Fehlverhaltens in der Europapolitik Mauern gegen Menschen aufstellen muss, die in Not geraten sind, damit sie diesen Fluss der Menschen, die kommen, aufhält. Ebenso ist es in Italien. Auch Italien wird alleingelassen.

Bei uns in Deutschland wohnen Flüchtlinge in Wohnanlagen, in Flüchtlingshäusern. Sie wohnen oft seit über zehn Jahren dort. Dort werden Kinder geboren. Sie werden aus der deutschen Gesellschaft ausgegrenzt und können keinerlei Integrationsmaßnahmen wahrnehmen. Sie werden ausgeleert. Wir, die SPD, wir Sozialdemokraten, sind eigentlich die Partei, die eine Selektierung nicht befürwortet.

Die SPD ist die Integrationspartei. Dazu gehört auch das Flüchtlingsthema, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aus diesem Grunde bitte ich euch - auch wenn die Antragskommission für die meisten Anträge aus dem Sozialbereich auf Ablehnung oder auf Überweisung an die Bundestagsfraktion votiert -, heute ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Wir sollten zeigen, dass wir die Solidarität und vor allem die Menschenwürde ernst nehmen. Denn in unserem Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Flüchtlinge, Asylsuchende, Asylanten mit Duldung werden hier in ihrer Würde mit Füßen getreten.

(BEIFALL)

Ich bitte deswegen die Bundestagsfraktion, sich vehement dieses Antrags anzunehmen und gut damit umzugehen, damit wir 2013, wenn wir dann in der Regierung sind, die guten Ansätze dieses Antrags auch umsetzen können. - Ich danke euch.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Danke schön, Stella. - Ralf für die Antragskommission.

Ralf Stegner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns im Arbeitskreis Innenpolitik mehrmals mit diesem Thema befasst. Es gab dort erschütternde Berichte von Rüdiger Veit und Daniela Kolbe, die entsprechende Flüchtlingsstationen in Griechenland besucht haben. Dort herrschen Zustände, die wirklich unfassbar sind und jedwede Form von humanitären Mindestbedingungen gröblich verletzen.

Wenn man sich dieser Sache annehmen will, darf man das daher nicht nur an die Bundestagsfraktion überweisen. Wir plädieren daher auch für Überweisung an die SPE und an den Parteivorstand insgesamt. Denn hier sind drei Dinge gleichzeitig erforderlich: Erstens müssen wir dafür sorgen, dass man die Gründe angeht, weshalb Menschen flüchten müssen. Das hat viel mit unserer entwicklungspolitischen Grundsatzhaltung zu tun und mit unserer außenpolitischen Grundorientierung.

Zweitens darf es nicht einzelnen Ländern vorbehalten bleiben, sich um die zu kümmern, die flüchten müssen. Wir brauchen gesamteuropäische Lösungen, zu denen auch Deutschland solidarisch beitragen muss.

(BEIFALL)

Und drittens - das ist das wichtigste, weil es unsere Wertorientierung zum Ausdruck bringt -: Egal was passiert und egal worüber wir reden, für jeden Menschen muss Artikel 1 des Grundgesetzes gelten - „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ -, völlig egal, um welchen Menschen es sich handelt.

(BEIFALL)

Das muss konkreter Maßstab im Umgang mit dieser Frage sein. Wir schlagen vor, das an die drei genannten Gremien zu überweisen, damit diese sich darum kümmern und wir das auch weiterhin zum Thema machen. Die Zahlen sind kleiner geworden, aber das Problem nicht, Genossinnen und Genossen. Wir müssen uns weiter darum kümmern.

(BEIFALL)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ralf. - Ich frage nun, ob dem Votum der Antragskommission zum Antrag I 14 entsprechend gefolgt werden kann. Wer möchte dem Votum, wie es jetzt von Ralf vorgeschlagen wurde, folgen? - Wer ist dagegen? - Offensichtlich niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(BEIFALL)

Ich schlage nun vor, dass alle weiteren Empfehlungen der Antragskommission - es gibt keine Wortmeldungen mehr zu abweichenden Voten - im Block abgestimmt werden. Gibt es dagegen Widerspruch?

- Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für den Block „Innen und Recht“ den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um Zustimmung. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig.

Ich darf mich ganz herzlich bedanken und gebe das Wort jetzt für den Block „Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“ an Katrin, die einen Vorschlag zu machen hat.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR AUSSEN-, ENTWICKLUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK UND ÜBERWEISUNG ALLER WEITEREN ANTRÄGE AN DEN PARTEIKONVENT

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt die undankbare Aufgabe, euch den Vorschlag zu machen, wie wir mit den restlichen Anträgen, die eigentlich noch hier beraten werden müssten, umgehen können: Es gibt die dringende Bitte - dieser wollen wir auch gerne nachkommen -, dass wir die Anträge A 1, A 2 und A 3 abstimmen. A 4 ist von Bayern zurückgezogen worden.

Wir schlagen vor, alles weitere - im Bereich Außenpolitik alle Anträge ab A 8 sowie die Bereiche Kommunalpolitik und Sozialpolitik - an den ersten Parteikonvent zu überweisen. Damit werden sie nicht nur an den PV überwiesen, sondern der Konvent als Kleiner Parteitag erhält die Aufgabe, das Ganze fachlich und inhaltlich zu beraten.

Ich habe nämlich darüber hinaus die dringende Bitte, dass der Dröschner-Preis um 15 Uhr vergeben werden soll. Es wäre, glaube ich, auch ungerecht, wenn zu einem späteren Zeitpunkt hier nur noch ein Teil der Delegierten säße. Einige haben schon deutlich gesagt, dass sie Punkt 16 Uhr losmüssen.

Deshalb möchte ich euch das so vorschlagen, ohne dass das eine Geringschätzung dieser Anträge und dieser Themenkomplexe ist. - Wenn ihr mit diesem Verfahren einverstanden seid, dann bitte ich euch um das Kartenzeichen dafür. - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

Zu den Anträgen A 1, A 2 und A 3 gibt es zwei Wortmeldungen. Ich frage, ob die Wortmeldungen aufrecht erhalten bleiben. Julian Zado vom Juso-Bundesvorstand, möchtest du reden? - Nein, er zieht zurück. Die zweite Wortmeldung kommt von Cornelia Östreich aus Schleswig-Holstein. Hältst du deinen Redebeitrag zu A 3 aufrecht? - Ja. Dann bitte.

Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich hier zu Wort gemeldet als Delegierte des Parteitages, aber auch als Sprecherin der Projektgruppe Frieden und Sicherheit beim ASF-Bundesvorstand und als Vorsitzende der schleswig-holsteinischen ASF, die kürzlich auf ihrer Landeskonferenz ganz ähnliche Beschlüsse gefasst hat.

Es geht mir um A 3: für Rüstungsexportkontrolle und für den Parlamentsvorbehalt. Am Schluss meines Wortbeitrags möchte ich eine Präzisierung vorschlagen.

Es ist unbedingt erfreulich, dass an so vielen Stellen in unserer Partei gleichzeitig in die richtige Richtung gedacht wird. Das zeigt, dass unsere Sensibilität und Alarmsysteme funktionieren, auch wenn es um scheinbar entlegene Weltgegenden, auch wenn es scheinbar gegen eigene Wirtschaftsinteressen geht. Im Laufe dieses Bundestage haben wir viele berechtigte Plädoyers für den Industriestandort Deutschland gehört. Aber nicht jede Form industrieller Produktion ist unbeschadet weiter zu verfolgen. Dabei spreche ich nicht nur von den deutschen Waffen, die auf aktuellen Videos aus Krisengebieten eindeutig als solche erkennbar waren. Ich spreche auch und insbesondere von technischen Komponenten, die nicht auf den ersten Blick als militärisch zu identifizieren sind und die ansonsten weiter locker unter dem Außenhandelsgesetz --

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ich würde euch bitten, noch ein bisschen Ruhe zu halten. Denn nicht einmal wir hier vorne verstehen es richtig. Später kommt ein Formulierungsvorschlag. Wir müssten schon wissen, was wir zur Abstimmung empfehlen.

Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein: Ungern beanspruche ich jetzt eure Zeit, aber da dieser Antrag aufgerufen wird, möchte ich auch das sagen, was wir zu sagen haben. Ich spreche ja auch für eine größere Gruppe.

Also: Ich spreche von Komponenten, die sonst locker unter das Außenhandelsgesetz fallen würde, welches bekanntlich keinen Parlamentsvorbehalt vorsieht, absehbar auch nicht vorsehen kann, dies wohl auch nicht sollte. Es geht um Dual-Use-Güter, Doppelgebrauchsgüter, Maschinen, Komponenten und Technologien, die einen Januskopf aufweisen, die aller Erfahrung nach friedlich eingekauft, dann aber sehr unfriedlich eingesetzt werden.

Genossinnen und Genossen, die gegenwärtige schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich auf europäischer Ebene für eine Erleichterung solcher Exporte eingesetzt. Wir hingegen sollten diesen Export erschweren und Dual-Use-Güter bereits in den heimischen Parlamentsvorbehalt aufnehmen - der Formulierungsvorschlag steht auf der Rückseite meiner Wortmeldung -, damit in der deutschen Waffenindustrie endlich echte Konversionsanstrengungen unternommen werden, damit Bestimmungen nicht weiter unterlaufen werden. - Herzlichen Dank.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ich rufe das auf, wenn der Antrag im Abstimmungsverfahren dran ist. - Zuerst will ich die Anträge A 1 und A 2 abhandeln.

Da es dazu erst einmal keine Wortmeldungen gibt, würde ich bitten, dass die Antragskommission zu dieser Formulierung noch einmal zwei Worte sagt.

Zu A 1 empfiehlt die Antragskommission Annahme in der Fassung der Antragskommission. Das würde ich als erstes abstimmen lassen und erbitte euer Kartenzeichen dafür. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Vielen Dank.

Für A 2 empfiehlt die Antragskommission Annahme. Auch dazu bitte ich um euer Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu A 3. Bei A 3 ist vorgeschlagen worden, in Zeile 28 Ich lese den ganzen Satz vor:

Die in der Regierungszeit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossenen politischen Grundsätze zum Rüstungsexport legen fest, dass keine Waffen- und Rüstungsexporte dahinter soll in Klammern kommen: einschließlich der sogenannten Dual-use-Technologie in Spannungsgebieten geliefert werden dürfen und dass Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich nicht erteilt werden dürfen in Länder...

Das kann man übernehmen. - Von Heidemarie habe ich ein Nicken.

(ZURUF)

- Dann musst du es bitte vorlesen, wo es genau dazwischen soll. Dann geh noch einmal hoch und sag genau, an welcher Stelle du es dazwischen haben willst. Ich rate jetzt hier mit den Zeilen. Lies einfach den Satz vor, wie du ihn geändert haben möchtest. Ich glaube, der wird Zustimmung finden. Aber dann wissen wir, über was wir abstimmen.

Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein: Ich habe es vorher nicht gesehen in der Systematik des Antrags. Der beruft sich auf die rot-grünen Grundsätze, die damals aufgestellt worden sind. In die Zukunft beschränkt er nur die Lieferung von Kampfpanzern.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Ich brauche jetzt von dir einen Formulierungsvorschlag, sonst kann ich nicht abstimmen lassen. Du musst dir jetzt wirklich die Mühe machen, noch einmal eine Minute zu lesen und uns dann einen Formulierungsvorschlag zu machen.

Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein: Die Bundesregierung muss sich dem deutschen Parlament und der Öffentlichkeit stellen, nicht nur was die klassischen Rüstungsgüter, sondern auch was Dual-use-Güter angeht.

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Das ist genug für die Antragskommission. Sie wissen, was du meinst, und sie arbeiten das redaktionell so ein. Das ist doch ein Wort. Dann würden wir das so mit der Änderung in A 3 abstimmen lassen.

Vorher will ich aber noch sagen, dass sich der IA 229 auch auf den Antrag A 3 bezieht, zu dem Ablehnung vorgeschlagen wird. Dazu bitte ich zunächst um euer Kartenzeichen. Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der IA 229 war das.

Jetzt rufen wir den A 3 zur Abstimmung auf mit der vorgeschlagenen Änderung, die die Antragskommission verstanden hat und redaktionell einarbeitet. Das heißt Annahme mit dieser Änderung. Ich bitte um euer Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind wir am Ende der Antragsberatung. Das ist schon einmal ein gutes Zeichen.

(BEIFALL)

Die anderen haben wir, lieber Thorsten, nicht an den Parteivorstand überwiesen, sondern an den Parteikonvent, den wir jetzt haben, nachdem wir die Beschlüsse gefasst haben. Ich glaube, darum war das auch gar nicht so schwer. Nur Parteivorstand wäre wahrscheinlich etwas schwieriger geworden, dann hätten wir uns noch Zeit nehmen müssen.

Sigmar kommt da schon. Wir sind, lieber Sigmar, just in time. Wir kommen jetzt zu dem Tagesordnungspunkt „Verabschiedung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, der ausgeschiedenen Mitglieder der Kontrollkommission und der Spitze des Parteirates. Du hast das Wort.

VERABSCHIEDUNG DER AUSGESCHIEDENEN VORSTANDSMITGLIEDER, DER AUSGESCHIEDENEN MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION UND DER SPITZE DES PARTEIRATES

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch zwei offizielle Tagesordnungspunkte und eine nette Überraschung. Von daher will ich alle bitten, bis zum Schluss dazubleiben. So ganz lange dauert es ja nicht mehr. Aber ich finde, es gehört sich auch für einen Parteitag: Wir haben auch Dank zu sagen denjenigen, die dem neuen Parteivorstand nicht mehr angehören, ein Großteil, weil sie nicht mehr kandidiert haben, ein Teil aber auch, die vorher im Vorstand waren, aber jetzt nicht mehr gewählt worden sind. Ich glaube, wir sollten uns bei denen bedanken. Ich würde gerne diejenigen, die ich jetzt aufrufe, bitten, am Ende auf die Bühne zu kommen.

Der erste, den wir zu verabschieden haben, ist ein ganz Großer dieser Partei. Er hat uns auf manches hingewiesen, und wenn wir öfter auf ihn gehört hätten, wäre uns manches erspart geblieben. Damit er nicht zu groß wird, muss ich sagen, er hat nicht immer Recht gehabt, aber auch nicht selten. Er ist einer, deren Debattenbeiträge wir weiterhin brauchen, auch wenn er nicht mehr dem Parteivorstand angehört. Er ist für viele ein Vorbild, insbesondere für Sozialdemokraten in den Gewerkschaften. Ich spreche von Ottmar Schreiner, den wir heute verabschieden.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Ottmar Schreiner gehört dem Parteivorstand seit 2001 an. Er kommt aus dem Landesverband Saar. Wir alle wissen, er ist Mitglied der SPD seit 1969, Vorsitzender der AfA seit dem Jahr 2000, Bundesgeschäftsführer war er, Abgeordneter im Bundestag ist er seit 1980, stellvertretender Juso-Bundvorsitzender war er auch einmal. Das ist einer von denen, die in der Phase, wo wir uns mit den Gewerkschaften gestritten haben, der Auffassung waren, dass manches hätte anders laufen müssen. Er hat uns aber nie verlassen und war nie in Gefahr, darüber nachzudenken, zu gehen. Er weiß, dass es sich immer lohnt, in der SPD für Positionen zu kämpfen, Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Lieber Ottmar, vielen Dank, dass du dabei geblieben bist.

Der zweite ist nicht auf dem Parteitag gewesen, hat aber viel für die SPD getan: Jens Bullerjahn. Er hat die SPD in Sachsen-Anhalt mit aufgebaut, dem Parteivorstand zwischen 2005 und 2007 als stellvertretender Parteivorsitzender angehört, Mitglied der SDP und der SPD seit 1989. Er gehört zu denjenigen, die die Partei in den neuen Bundesländern in der Wendezeit wiedergegründet haben. Er ist Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt seit 2006, Abgeordneter seit 1990, Fraktionsvorsitzender und er war Vorsitzender des Forums Ostdeutschland zwischen 2005 und 2009.

Vielen Dank an Jens Bullerjahn für seine intensive Mitarbeit bei uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Karin Jöns aus der Landesorganisation Bremen war nicht lange im Parteivorstand, aber in der SPD ist sie seit 1973, war Mitglied des Europaparlaments von 1994 bis 2009. Sie ist eine hervorragende Sozialpolitikerin, aber eben auch eine ganz engagierte Europäerin. Es wird ihr viel Spaß gemacht haben, die Europadebatte erlebt zu haben, die wir hier auf diesem Parteitag hatten. Vielen Dank, Karin, für deine Mitarbeit und deine Leistungen für die Partei.

(BEIFALL)

Bei der nächsten weiß man gar nicht, was man alles aufzählen soll. Mitglied des Parteivorsands seit 1993, Mitglied der SPD seit 1969, Landesvorsitzende in Niedersachsen, Mitglied des Bundestages, Kuratoriums vorsitzende des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie und vor allen Dingen die Frau, die Ernst damit gemacht hat, dass der Bund beginnt, mehr Mittel für Ganztagschulen in Deutschland zur Verfügung zu stellen: Edelgard Bulmahn.

(BEIFALL)

Vielen Dank für deine Mitarbeit bei uns. Edelgards Name wird noch ganz lange für diese wichtige Aufgabe in Deutschland stehen. Sie hat damit in der rot-grünen Regierung angefangen, als noch viele andere in Deutschland, vor allem bei den Konservativen, das Wort nicht fehlerfrei aussprechen konnten.

Weiter mit: Wolfgang Jüttner. Wolfgang Jüttner - „Bezirk Hannover“ steht hier, Wolfgang. Seit Neuestem gibt es ja nur noch „Niedersachsen“, wie ich gelernt habe. Im Parteivorstand seit 2006, Mitglied der SPD seit 1970, Landesvorsitzender, Mitglied des Landtages, Fraktionsvorsitzender, niedersächsischer Umweltminister, Bezirksvorsitzender in Hannover von 1993 bis 2009. Alle Höhen und Tiefen, wie ich weiß, insbesondere der niedersächsischen Landespolitik hast du mitgemacht. Aber du bleibst uns erhalten, nämlich als Vorsitzender des Beirats der Parteischule.

Wer richtig etwas über Arbeiterbildung und Erwachsenenbildung lesen will, der muss nachschlagen, was Wolfgang dazu geschrieben hat. Wolfgang schon in den 70er-Jahren zu Papier gebracht, was manche heute noch ins Programm hineinschreiben. Vielen, vielen Dank, Wolfgang für viele Jahre kritischer Begleitung und engagierter Arbeit. Gut, dass Du uns erhalten bleibst und: Danke für die Mitarbeit im Parteivorstand.

(BEIFALL)

Es verlassen uns heute lauter Niedersachsen: Auch Garrelt Duin aus dem Bezirk Weser-Ems. Mitglied im Parteivorstand seit 2001, Mitglied der SPD seit 1995, Landesvorsitzender in Niedersachsen, Bezirksvorsitzender in Weser-Ems, Abgeordneter des Bundestages, zuvor im Europa-Parlament. Garrelts Aufgabengebiet in der Fraktion ist das Thema Industrie- und Wirtschaftspolitik. Er ist jemand, der weiß, dass wir auch heute Wirtschaftspolitik nicht erfolgreich gestalten können, ohne dass wir darauf bauen, dass in Deutschland ein starkes produzierendes Gewerbe und eine starke Industrie erhalten bleibt. Das wird ihn auch weiter bewegen. Garrelt, vielen Dank. Ich weiß nicht, wo du sitzt. - Da vorne! Vielen Dank, dass du dabei bleibst und für deine Arbeit im Vorstand.

Barbara Ludwig aus dem Landesverband Sachsen war im Parteivorstand seit 2007, Mitglied des Präsidiums von 2007 bis 2009, Mitglied der SPD seit 1991, Landtagsabgeordnete von 1994 bis 2001, sächsische Ministerin für Wissenschaft und Kunst von 2004 bis 2006; aber vor allen Dingen bist du eine erfolgreiche Oberbürgermeisterin, nämlich in Chemnitz, seit 2006, eine der profiliertesten

Kommunalpolitikerinnen, die wir haben. Herzlichen Dank, Barbara. Das wirst du ja auch bleiben. Vielen Dank für die Mitarbeit im Parteivorstand.

(BEIFALL)

Das trifft haargenau auch auf den nächsten Kommunalpolitiker zu, der in Bayern der CSU Angst und Schrecken einjagt. Mitglied im Parteivorstand seit 2005, Mitglied der SPD seit 1984, erfolgreicher und wiedergewählter Oberbürgermeister in Nürnberg seit 2002. Die Rede ist von Uli Maly. Vielen Dank für die fantastischen Ergebnisse, die du in Bayern erreicht hast.

(BEIFALL)

Jetzt verabschieden wir einen, der viele Funktionen hat. Aber die wichtigste kannte ich nicht bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ich ihn verabschieden soll: Er ist DFB-Fußballtrainer mit der A-Lizenz. Die Rede ist von Manfred Schaub, der uns Theo Zwanziger gestern hergebracht hat, der - wie ich finde - eine beeindruckende Rede gehalten hat. Im Parteivorstand bist du seit 2007, Mitglied der SPD seit 1976, seit 2003 Vorsitzender des Forums „Sport“; und in der Verantwortung bleibst du auch ganz sicher: Seit 2005 bis du direkt gewählter Bürgermeister der Stadt Baunatal mit historisch einmaligen Ergebnissen; seit 2001 Bezirksvorsitzender Hessen-Nord und stellvertretender Landesvorsitzender, warst Abgeordneter im Hessischen Landtag von 1995 bis 2005. Ich freue mich sehr, dass Manni Schaub uns als Vorsitzender des Forums „Sport“ erhalten bleibt. Vielen Dank für deine engagierte Mitarbeit gerade in diesem Bereich, lieber Manni.

(BEIFALL)

Heute Morgen, Manni, habe ich im Fernsehen gesehen, dass Theo Zwanziger noch nach einem Nachfolger sucht. Das kannst du garantiert auch.

Aus Nordrhein-Westfalen verlässt den Parteivorstand Ulla Burchardt, dort Mitglied seit 2001, Mitglied der SPD seit 1976, Leiterin des Forums „Bildung“ seit 2006, Abgeordnete im Bundestag seit 1990, Vorsitzende - ganz wichtig - der AWO-Parlamentariergruppe; darüber haben wir vorhin geredet. Ich glaube, dass Ulla der Abschied aus dem Parteivorstand vielleicht deshalb leichter gefallen ist, weil sie sich endlich durchgesetzt hat in der Partei; denn eines ihrer wichtigsten Themen war, dass bei der Bildung das Kooperationsverbot von Bund und Ländern wegfallen muss. Das haben wir beschlossen. Ulla, herzlichen Dank. Du hast dich in der Partei durchgesetzt.

(BEIFALL)

Uli Kelber. Im Parteivorstand seit 2009, Mitglied der SPD seit 1985, Leiter des Forms Nachhaltigkeit seit 2005, Bundestagsabgeordneter seit 2000. Ich kenne Uli natürlich aus meinen Jahren im Umweltministerium. Ich sage euch: Er vertritt ein Politikfeld, Arbeit und Umwelt, das wir oft im Programm erwähnen, aber, wenn es darauf ankommt, oft nicht richtig verfolgen. Er ist unser Nachhaltigkeitsgewissen - das wird er auch bleiben - und eröffnet der SPD Zugänge zu Wählerinnen und Wählern, die wir dringend brauchen, wenn wir die Mehrheiten bekommen wollen. Uli, vielen Dank für deine Mitarbeit. Vielen Dank dafür, dass du uns bei dem Themenfeld erhalten bleibst, und danke für die Arbeit im Parteivorstand.

(BEIFALL)

Noch eine aus dem Parteivorstand verlässt uns, die unsere Debatte über Europa bestimmt als besonders wohlthuend empfunden hat. Ich rede von Angelica Schwall-Düren. Sie ist im Parteivorstand seit 2003, Mitglied der SPD seit 1976, hat dem Bundestag von 1974 bis 2010 angehört, war da auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführerin zwischen 1998 und 2002, du bist aber jetzt von Hannelore abgeworben worden. Seit 2010 bist du Ministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten und Medien, gehörst zur Frauschaft, zum Team von Hannelore und sorgst dafür, dass Europa weiß, wo Nordrhein-Westfalen liegt, und Nordrhein-Westfalen weiß, was in Europa passiert. Vielen Dank, Angelica. Alles Gute! Du bleibst ja bei unserer Arbeit dabei.

(BEIFALL)

Ute Berg, auch aus Nordrhein-Westfalen. Im Parteivorstand seit 2003, Mitglied der SPD seit 1983, Abgeordnete von 2002 und 2009. Sie bearbeitet, obwohl das vom Alter gar nicht passt, ein Thema, das wir uns in den nächsten Monaten und auch in den nächsten zwei Jahren intensiver anschauen werden; das ist hier auf dem Parteitag hier ein bisschen kurz gekommen. Da wirst Du sicher mitmischen; denn das Thema lautet: Demografischer Wandel, die Veränderungen in der Demografie. Peer Steinbrück hat darauf hingewiesen, dass man das nicht unterschätzen darf. Franz Müntefering ist hier, der sich sehr darum kümmert, aber eben auch Ute Berg. Vielen Dank für deine Mitarbeit im Parteivorstand, liebe Ute.

(BEIFALL)

Auch Birgit Fischer aus Nordrhein-Westfalen verlässt den Parteivorstand. Angehört hat sie ihm seit 2001. Präsidiumsmitglied von 2005 bis 2007, Mitglied der SPD seit 1981, Abgeordnete im Landtag in NRW von 1990 bis 2007, vor allen Dingen aber Ministerin für Familie, Gesundheit, Frauen, Jugend und Soziales von 1998 bis 2005; von 2007 bis 2009 stellvertretende Vorstandsvorsitzende und ab 2010 bis Mai 2011 Vorstandsvorsitzende der Barmer Ersatzkasse. Deshalb bin ich besonders froh über das, was wir heute hier zur Bürgerversicherung beschlossen haben, ein Thema, das sie seit langem verfolgt. Vielen Dank, Birgit, für die intensive Arbeit in diesem Bereich, auch im Parteivorstand.

(BEIFALL)

Jetzt kommen wir zu jemandem, die heute einen besonderen Tag hat, nicht weil sie aus dem Vorstand ausgeschieden ist, sondern weil sie heute Geburtstag hat: Kerstin Griese. Wo ist sie? - Kerstin, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(BEIFALL)

Kerstin, ich glaube, ich darf sagen, dass du ungern ausgeschieden bist und wir dich auch weiter brauchen, weil du etwas weitermachen musst, was dich neben vielen anderen Themen besonders auszeichnet. Natürlich, Familien- und Jugendpolitik und vieles andere mehr. Aber Kerstin ist diejenige, die für die intensive Zusammenarbeit mit den Kirchen sorgt, nicht nur mit der evangelischen Kirche, der sie selber engagiert angehört, auch mit der katholischen Kirche und anderen Religionsgemeinschaften. Kerstin sorgt dafür, dass wir immer wissen, dass wir bei den Religionsgemeinschaften, vor allen Dingen bei sozialen Fragen, bei Fragen der Integration in unserer Gesellschaft Bündnispartnerinnen und Bündnispartner haben, auf die die SPD nicht verzichten kann. Liebe Kerstin, vielen Dank, dass du das für uns machst und aufpasst, dass die SPD dabei auf dem richtigen Weg bleibt. Vielen Dank, Kerstin.

(BEIFALL)

Thomas Schlenz aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, im Parteivorstand seit 2007, Mitglied der SPD seit 1983, Mitglied der IG Metall seit 1971 und Sprecher des Arbeitneherrats des Bistums Essen seit 2001, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der ThyssenKrupp AG, Aufsichtsrat bei der Thyssen AG, Mitglied im europäischen Betriebsrat der ThyssenKrupp: Solche gewerkschaftlich engagierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten brauchen wir. Thomas ist einer von ihnen. Vielen Dank dafür, dass du das auch weiterhin zeigen willst. Vielen Dank an Thomas Schlenz!

(BEIFALL)

Einer verlässt uns, weil er von Kurt Beck neue Aufgaben bekommen hat: Jochen Hartloff aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz, im Parteivorstand seit 2009, Mitglied der SPD seit 1971, Abgeordneter des Landtags in Rheinland-Pfalz seit 1996, Fraktionsvorsitzender 2006 bis 2011 und jetzt seit Mai rheinland-pfälzischer Minister der Justiz und für Verbraucherschutz. Vielen Dank, Jochen, für deine Mitarbeit und alles Gute in deinem neuen Amt!

(BEIFALL)

Nun hat jemand nicht mehr kandidiert, weil Klaus Wowerit ihn mit Arbeit zudeckt. Jeden Montag - nicht nur montags, aber wenn wir tagen, ganz besonders: Björn Böhning. Er war im Parteivorstand seit 2006, ist Mitglied der SPD seit 1994, internetpolitischer Sprecher der SPD, beauftragt mit der Leitung des Gesprächskreises Netzpolitik, war Juso-Bundesvorsitzender von 2004 bis 2007 und ist jetzt Chef der Senatskanzlei in Berlin. Ich hoffe, dass Björn uns trotz seiner neuen Aufgabe vor allem im Bereich Internet erhalten bleibt und als Leiter des Forums Netzpolitik. Björn ist vom Alter her noch Juso. Wir fürchten allerdings, Klaus, dass er in dem neuen Job schneller altert, als er gedacht hat. Alles Gute, viel Kraft für Björn in seiner neuen Arbeit.

(BEIFALL)

Noch eine Europäerin, eine wirkliche Europäerin, der man das anmerkt, nicht nur wenn sie redet, sondern auch wie sie redet, engagiert, eine Stimme nicht nur für Europa, sondern auch für Frauen, verlässt den Parteivorstand. Die Rede ist von Evelyne Gebhardt aus dem Landesverband Baden-Württemberg, im Parteivorstand seit 2009, Mitglied der SPD seit 1975, stellvertretende AsF-Vorsitzende seit 1992 und Mitglied im Europäischen Parlament seit 1994. Vielen Dank für die engagierte Arbeit im Parteivorstand und viel Erfolg bei deinen Themen auch im Europäischen Parlament!

(BEIFALL)

Es geht ein langer Wegbegleiter aus dem Parteivorstand aus Hessen-Süd, Gernot Grumbach, im Parteivorstand seit 2003, Mitglied der SPD seit 1971, seit 2001 Bezirksvorsitzender Hessen-Süd und stellvertretender Landesvorsitzender Hessen, Abgeordneter im Hessischen Landtag seit 2003 und Vorsitzender der SPD in Frankfurt seit 2007, einer, der als guter Analytiker im Parteivorstand auch hinreichend Ruhe ausgestrahlt hat und dem wir glückliche Hand bei einer schwierigen Aufgabe wünschen, nämlich bei der Wahl zum Oberbürgermeister in Frankfurt. Gernot wird die politische Aufgabe haben, den Wahlkampf zu leiten. Gernot, alles Gute und vielen Dank für Deine Mitarbeit im SPD-Parteivorstand!

(BEIFALL)

Eva Högl, Landesverband Berlin, gehörte dem Parteivorstand von 1997 bis 2001 und dann seit 2009 an,

Mitglied der SPD seit 1987, Abgeordnete im Bundestag seit 2009, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende 1991 bis 1995, aber vor allen Dingen längst bekannt als versierte Arbeitsmarktpolitikerin, Frauenpolitikerin und engagierte Europäerin. Vielen Dank, Eva, für die Mitarbeit! Bleib uns vor allen Dingen in den drei Themen als ganz engagierte Kämpferin in der SPD erhalten! Vielen Dank, liebe Eva!

(BEIFALL)

Als Mitglied des Parteivorstandes ist auch ausgeschieden, weil er im zweiten Wahlgang nicht mehr kandidiert hat - heute kann er nicht mehr hier sein; er sagt ausdrücklich, das habe nichts mit der Wahlentscheidung zu tun, sondern weil heute der DGB-Bundesvorstand tagt: Es ist Dietmar Hexel. Der Dietmar hat die Verbindung zum DGB gehalten, auch in Zeiten, wo das schwierig war. Wir haben jetzt mit Armin Schild wieder einen Vertreter der Gewerkschaften im Parteivorstand. Dietmar Hexel hat das mit großem Engagement gemacht und hat sich auch nicht geschämt und nie gescheut, die Sache der Sozialdemokratie dann zu vertreten, wenn es schwierig war. Vielen, vielen Dank, lieber Dietmar! Für dich gilt das Gleiche wie für Ottmar Schreiner: Solche wie du sind Vorbilder für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den deutschen Gewerkschaften. Alles Gute für Dich und weiter gute Zusammenarbeit mit dem DGB!

(BEIFALL)

Claus Möller scheidet aus dem Amt des Vorsitzenden des Parteirats aus, kommt aus Schleswig-Holstein und war seit 2006 in dieser Funktion, seit 2003 Mitglied des Parteirats, Mitglied der SPD seit 1963, 1993 bis 2003 Finanzminister Schleswig-Holsteins. Du hast damals im Länderfinanzausgleich ganz Norddeutschland gleich mit verteidigt - dafür bin ich dir persönlich dankbar als Niedersachsen; ohne Claus wäre das nicht gelungen. Von 2003 bis 2007 war er Landesvorsitzender. Lieber Claus, du warst seit 2006 Vorsitzender des Parteirats, und ich glaube, man darf ruhig sagen, dass du natürlich dieses Amt gerne beibehalten hättest und dass du mit einem lachenden und einem weinenden Auge die Parteireform begleitet hast. Das lachende war, dass du immer gesagt hast: Ja, da muss sich was ändern. Das weinende ist, dass du glaubst, dass der Parteirat auch in Zukunft als Parteirat so hätte existieren sollen, notfalls mit anderem Namen. Meine Interpretation ist anders. Der Parteirat existiert weiter. Aber er kriegt endlich Beschlusskraft, wird größer und repräsentiert die Basis der SPD besser. Ich finde, du hast dich durchgesetzt. Lass dir das von keinem ausreden! Vielen Dank, Claus Möller, für deine großartige Arbeit!

(BEIFALL)

Gestern ist sie schon verabschiedet worden - mit viel Applaus. Ich will sie trotzdem an dieser Stelle nochmals nennen: Christa Randzio-Plath. Der ganze Parteitag wünscht dir gute Besserung. Wir haben gesehen: Du bist trotz der Verletzung hierhergekommen. Christa hat sich wirklich großartig um die Partei verdient gemacht. Nun soll sie schnell gesund werden. Deswegen haben wir Verständnis, dass sie sich hier nicht mehr rumgetrieben hat heute, sondern da, wo sie am schnellsten gesund wird: zuhause in Hamburg. Alles, alles Gute, liebe Christa!

Aber die von denen, die ich genannt habe, die heute da sind, möchten jetzt bitte auf die Bühne kommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Katrin Budde, Tagungspräsidium: Es gibt die herzliche Bitte, alle darauf aufmerksam zu machen, dass der Dröschcher-Preis noch bekannt gegeben wird, wir natürlich noch ein fulminantes Schlusswort unseres Parteivorsitzenden erwarten, der Chor rechts und links aufgelaufen ist, und wir bitten darum, dass ihr als Delegierte die zehn Minuten auch noch dableibt, damit wir den Parteitag nachher auch ordentlich beschließen können.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich Heidemarie Wieczorek-Zeul das Wort zur Verleihung des Wilhelm-Dröschcher-Preises gebe, will ich mehre Dankeschön loswerden, denn ich denke, sie sind angebracht.

Als Erstes einen herzliche Dank an Astrid Klug und ihre Frauen und Männer, die das hier so gut vorbereitet haben. Das war gar nicht so einfach, das durchzusteuern.

(BEIFALL)

Dann ein herzliches Dankeschön an alle Standbetreuerinnen und Standbetreuer, die das Ambiente ringsherum gesichert haben, an alle Dienstleister, die uns hier so gut versorgt haben. Herzlichen an Sie und euch alle!

(BEIFALL)

Vom Präsidium, weil ich nachher nicht mehr dazu komme, einen herzlichen Dank an die Delegierten, dass ihr so diszipliniert mitgearbeitet habt und wir das, glaube ich, gemeinsam zu einem guten inhaltlichen Parteitag gebracht haben.

(BEIFALL)

Jetzt, Heidemarie, hast du das Wort zur Verleihung des Wilhelm-Dröschcher-Preises.

VERLEIHUNG DES WILHELM-DRÖSCHER-PREISES

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Kuratoriumsvorsitzende Wilhelm-Dröschcher-Preis: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns gemeinsam die Preisträger und diejenigen, die an der Ausschreibung des Wilhelm-Dröschcher-Preises teilgenommen haben, begrüßen. Sie sind hier bei uns in der Halle willkommen. Schon einmal ein herzliches Dankeschön!

(BEIFALL)

Namens der Jury des Wilhelm-Dröschcher-Preises nehmen wir diese Ehrung vor. Links von mir steht Peter-Wilhelm Dröschcher, das ist der älteste Sohn von Wilhelm Dröschcher.

(BEIFALL)

Ich will an dieser Stelle sagen, gestattet mir das, seine Tochter, Wilhelm Dröschchers Tochter Dorothee Giani, würde sich gefreut haben, an dieser Konferenz teilzunehmen. Sie ist uns im letzten Jahr vom Tod

genommen worden. Wir sind ihr unendlich für ihr Engagement dankbar, und wir denken an sie.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wer bei der Ständen zu dem Dröschcher-Preis in der Halle unterwegs war, hat gesehen, das ist das pulsierende Herz der Sozialdemokratie. Die Genossinnen und Genossen, die da tätig waren, haben die Lebendigkeit und Vielfalt unserer Partei gerade nach dem Schnitt 2009 aufgenommen und haben gesagt: Wir wollen uns neu aufstellen, wir wollen Neues wagen. - Das ist die wahre Basis der Sozialdemokratie. Das habt ihr toll gemacht. Ein Dank an alle, die sich beteiligt haben!

(BEIFALL)

Sie haben gleichzeitig das Programm im Ausstellungsbereich mitgestaltet.

Die Preisfindung war für uns alle wahnsinnig schwierig. Ich muss sagen, wir alle haben uns furchtbar schwergetan, weil alle toll waren. Es hatten sich ursprünglich 60 angemeldet, 38 konnten und durften dann hierherkommen. Wir hätten jeder/jedem den Preis geben wollen. Alle Projekte, das darf ich euch zusagen, werden online in der Aktionsbörse der SPD veröffentlicht, sodass auch alle Gliederungen der SPD darauf zurückgreifen und davon lernen und sie übernehmen können.

(BEIFALL)

Wir bitten auch, dass der SPD-Parteivorstand ausführlich die Projekte in einer eigenen Broschüre darstellt.

Jetzt kommen wir zu zwei lobenden Erwähnungen. Die erste, die ich aufrufe, ist die SPD International. Die bitte ich auf die Bühne zu kommen. Das war das Projekt B 12, eine lobende Erwähnung.

(BEIFALL)

Ihr habt sie erlebt. Sie haben in den Beratungen vor zwei Tagen ihren Antrag durchbekommen, nämlich dass es eine Organisationseinheit SPD International beim SPD-Parteivorstand geben soll. Sie repräsentieren Genossinnen und Genossen aus Ortsvereinen überall in der Welt. Es macht einfach Sinn, dass in Zeiten der Globalisierung sie auch eine wirkliche entsprechende Vertretung durch den SPD-Parteivorstand in einer Gliederung haben. - Da sind sie.

(BEIFALL)

Das war die erste Gruppe, die wir lobend erwähnen.

Die zweite Gruppe - eigentlich ist es ein Zweierteam - ist die Initiative von Mathias Richel und Dennis Morhardt. Das sind zwei Leute, die unter dem Wort „das-ist-sozialdemokratisch.de“ in Eigenregie eine Website gestaltet haben, dabei Themenschwerpunkte gesetzt haben.

(BEIFALL)

Die haben sich in Eigenregie praktisch darangemacht, zu hinterfragen und die Menschen zu fragen: Was ist heute eigentlich sozialdemokratisch? Sie haben innerhalb von 14 Tagen nach dem Start rund 400

registrierte Nutzer, die sich an dem Think Tank beteiligt haben. Die Ergebnisse sind dem SPD-Parteivorstand übergeben worden. Sie gehen auch die nächste Stufe an. Alle Organisationsgliederungen nutzen das Netz. Aber es ist ganz toll, jeder und jede, zu zweit, allein oder auch in einer ganz kleinen Gruppe, kann dazu beitragen, dass das SPD-Profil klarer wird und dass die Menschen uns auch spüren und erreichen.

(BEIFALL)

Die Genossin wollte der Andrea Nahles eine Weltkarte übergeben. Das sollten wir jetzt einmal machen. Es sind alle Ortsvereine darauf. Damit weiß Andrea, wie die Organisationsstruktur der SPD jetzt auch ergänzt und verändert wird.

(BEIFALL)

Das war eigentlich eine überfällige Aktion, aber ihr habt natürlich einen tollen Erfolg gehabt. Ihr hat es jetzt entsprechend durchgesetzt.

Dann kommen wir zu einem Preis, den die Wilhelm-Dröschler-Stiftung gestiftet hat. Das ist außer der Reihe, aber ganz besonders toll, weil es von der Familie Wilhelm Dröschler gestiftet wird. Das ist der Ortsverein Leonberg, Baden-Württemberg, B 14.

(BEIFALL)

Sie haben vom Ortsverein einen Jugendsozialpreis gestiftet, der privat gespendet wird und für den privat gesammelt wird. Sie verleihen ihn an junge Menschen unter 30 Jahren für deren ehrenamtliches Engagement, um damit deutlich zu machen, das Bild von Jugendlichen ist sehr viel besser, engagierter, als es manchmal im öffentlichen Erscheinungsbild dargestellt wird.

Das ist toll. Wir danken euch. Mit der Unterstützung wollen wir dazu beitragen, dass ihr die Arbeit fortsetzen könnt.

(BEIFALL)

Ich denke, es gibt einen Extraapplaus für die Wilhelm-Dröschler-Stiftung.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben es auf diesem Parteitag mehrfach diskutiert und auch unsere Position klargemacht: Im Angesicht der erschütternden und jetzt bekannt gewordenen Mordserie von Rechtsextremisten gewinnt die Kategorie „Aktion gegen Rechts“ traurige Aktualität.

Ich kann sagen: Eine hohe Zahl von Initiativen und Projektgruppen war hier und hat sich um den Wilhelm-Dröschler-Preis beworben. Diese Gruppen haben sich schon lange, bevor diese schreckliche Mordserie bekannt geworden ist, gegen Rechtsextremismus, gegen Verächtlichmachung von Menschen, gegen die NPD engagiert. Ihre Projekte tragen dazu bei, den Rechtsextremen Boden zu entziehen und gegen sie aufzutreten. Sie haben sich für die Demokratie in unserem Land verdient gemacht. Das ist ihr Engagement!

(BEIFALL)

In diesem Zusammenhang habt ihr, die Delegierten und die Besucher und Besucherinnen, den Preis der Delegierten und Besucher vergeben. Er wird vergeben an die Initiative Apabiz e.V., Band ZSK, „Kein Bock auf Nazis“.

(BEIFALL)

Dieser Besucherpreis gilt einer Initiative, die seit Jahren mit dazu beiträgt, dass bisher mehr als 1 Million Schülerzeitungen frei verteilt worden sind. Auch in 2011 heißt es weiterhin „Kein Bock auf Nazis“. Das gilt für 2011, das gilt aber auch für alle kommenden Jahre. In diesem Sinn: Ein herzliches Dankeschön. Das habt ihr toll gemacht.

(BEIFALL)

Wie vor zwei Jahren, haben wir insgesamt fünf 3. Preise und vier 2. Preise zu vergeben, bevor wir zum 1. Preis kommen.

Einen 3. Preis vergeben wir an die Lastminute Ausbildungsplatzbörse der Jusos Witten/AGS Witten in Nordrhein-Westfalen.

(BEIFALL)

Jusos und AGS arbeiten zusammen. Die Jusos sprechen in den jeweiligen Bereichen mit den Jugendlichen. Diejenigen, die im AGS-Bereich tätig sind, werden beraten, damit neue Jobs und Ausbildungsplätze gefunden werden können. Ein herzliches Dankeschön! Das habt ihr toll gemacht.

(BEIFALL)

Die zweite Gruppe, die den 3. Preis erhält, sind: „Falken Kreisverband Halle“ und „Jusos Kreisverband Dessau-Roßlau“ aus Sachsen-Anhalt.

(BEIFALL)

Anlass für ihre Gründung war das fehlende Angebot für das gemeinsame Erleben in der Region von Familien und Menschen, die weniger in der Tasche haben, mit ihren Kindern. Sie haben zum Beispiel im wahrsten Sinne des Wortes Räume gestaltet, wie zum Beispiel das geschichtsträchtige Peißnitzhaus in Halle, das nun in Kooperation mit einem weiteren Verein zu einer generationsübergreifenden Begegnungsstätte weiterentwickelt wird. Dazu haben sie 20.000 Euro gesammelt. Toll! Hohe Anerkennung!

(BEIFALL)

Der dritte 3. Preis geht an die Initiative „B11 - SPD-Frauen hören zu“, und zwar sind das die sozialdemokratischen Frauen der ASF in Frankfurt.

(BEIFALL)

Die Frauen dieser Initiative waren die mit den großen Ohren. Sie haben nämlich gesagt: Viele Menschen kommen nicht zu uns, und manche verstehen das, was wir wollen, auch nicht. Dafür haben sie sich mit Frauen in Verbindung gesetzt. Das tun sie immer wieder, und zwar in den Bereichen Gesundheit, Familie, Senioren, Gewaltprävention, Mädchen und Migration. Sie bauen Netzwerke auf und helfen vor allen Dingen auch praktisch mit Rat und Tat.

Ich denke, das ist einer der Schritte, mit denen sie dazu beitragen, dass durch das Verständnis für Sozialdemokratie und umgekehrt unsere Verankerung in der Bevölkerung wächst. In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank!

(BEIFALL)

Der vierte 3. Preis geht an SOLWODI Deutschland e.V.

(BEIFALL)

SOLWODI heißt: SOLIdarity with WOMen in DIstress. Das ist eine in Kenia gegründete Organisation, die seit 1987 in Deutschland tätig ist und sich schwerpunktmäßig um die Betreuung, die Beratung und die Integration von afrikanischen Migrantinnen kümmert und sich gegen Gewalt, Ausbeutung, den Zwang zur Prostitution und auch Zwangsheirat engagiert. Damit helfen sie ganz konkret den Frauen, die sonst nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen. Dafür ein Dankeschön für die Initiative! Tolle Leistung!

(BEIFALL)

Ein weiterer 3. Preis geht an den SPD-Arbeitskreis Labertal in Bayern.

(BEIFALL)

Diese Initiative heißt „Wider das Vergessen - Zivilcourage heute“. Uns hat beeindruckt, dass diese Initiative 14 Ortsvereine und 5 Landkreise umfasst, regionenübergreifend in Niederbayern und der Oberpfalz tätig ist und dort rechtsextremen Tendenzen entgegenarbeitet und vor allen Dingen dazu beitragen will, dass dort keine Netze und keine Standorte für Rechte entstehen können. Ein Dankeschön für diese Arbeit!

(BEIFALL)

Jetzt nähern wir uns den vier 2. Preisen. Ich rufe als Erste die AG 60plus Osnabrück Land/Weser-Ems auf,

(BEIFALL)

die das Thema Bürgerversicherung wörtlich genommen hat. Sie hat Initiativen gegen die Kopfpauschale unternommen und unter der Überschrift „Pflege geht uns alle an“ dafür gesorgt, dass sehr drastisch - mit Figuren von Philipp Rösler und von Angela Merkel - Aufmerksamkeit erregt wurde. Toll, das war eine einflussreiche Initiative. Ein herzliches Dankeschön und Gratulation!

Übrigens: Es waren unter den Initiativen diesmal ganz viele junge Leute, auch viele mit Migrationshintergrund, also eine wunderbare Mischung.

Für den zweiten 2. Preis rufe ich den Unterbezirk Kreis Kleve auf: „Starke Basis“

(BEIFALL)

Sie haben sich das Thema „Baustelle im Reformprozess“ zu eigen gemacht. Ihr Engagement hat uns sehr

beeindruckt. Sie haben erst festgestellt - viele haben das übrigens ähnlich angepackt -, welche Notwendigkeiten vor Ort bestehen und dann haben sie Neumitglieder in Form eines Bildungsschecks eingebunden und so die Willensbildung verändert. Wir finden, das ist eine starke Leistung, und vergeben dafür den 2. Preis.

(BEIFALL)

Zum dritten 2. Preis. Sigmar hat von „dort sein, wo es laut und dreckig ist“ gesprochen. Das haben sich die Jusos zu Herzen genommen, und das insgesamt 1.250 Stunden, das heißt, 15 Stunden pro Woche seit eineinhalb Jahren. So lange war die „AnsprechBar“ geöffnet.

(BEIFALL)

Sie ist da für die Menschen in Oberschönevide, einem Kiez mit vielen sozialen Problemen in Treptow-Köpenick. Die Jusos wollten die Menschen direkt erreichen, sie haben ein BürgerInnenbüro eröffnet und viele überzeugende Angebote unterbreitet: Bürgersprechstunden, Arbeitslosenfrühstück, kostenlose Schülernachhilfe und Beratung in Miet- und Sozialrecht. Ein echter Anlaufpunkt für die Menschen im Kiez! Das ist ganz toll, herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Peter hat angekündigt, sie zu besuchen, und ich habe mir das auch vorgenommen. Ich kann das nur jedem empfehlen.

Der vierte 2. Preis geht an die „Stiftung Jugend fragt e.V.“ des Ortsvereins Ingolstadt-Mitte aus Bayern.

(BEIFALL)

Er hat sich eine sehr gelungene Verbindung von Kultur und Integration von Jugendlichen vorgenommen, von Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten, Auszubildenden, mit einem sehr unterschiedlichen sozialen Hintergrund. Sie haben gemeinsam mit professionellen Künstlern ein Theaterstück entwickelt und bringen dieses unter professionellen Bedingungen zur Aufführung - eine großartige Erfahrung für die Jugendlichen. Auf der Bühne im Ausstellungsbereich des Dröscher-Preises haben sie das Stück „Der Fremde und der König“ nach Lion Feuchtwanger mit 15 Jugendlichen aufgeführt. Das hat eindrucksvoll gezeigt, welche Begeisterung und welches Selbstbewusstsein bei den Jugendlichen entstehen können. Vielen Dank, eine tolle Leistung!

(BEIFALL)

Jetzt nähern wir uns dem 1. Preis. Ich habe vorhin gesagt: Unser Engagements gilt allen, die Nazis keinen Fußbreit ermöglichen und ihr Denken zurückdrängen wollen. Wir vergeben den 1. Preis an die Jusos in der SPD Mecklenburg-Vorpommerns für „Storch Heinar“.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Ihr habt durch euren Beifall schon gezeigt, wie wunderbar diese Initiative ist. Sie besteht schon seit langem, ist jetzt aber überregional wieder ins Bewusstsein gekommen und hat andere ermutigt. Es war eine ganz ausgezeichnete Sache. Die rechte Modemarke Thor Steinar unterlag „Storch Heinar“ 2010 im

sogenannten „Nürnberger Modeverbrecherprozess“. Satire darf das.

(BEIFALL)

Ich weiß, wie ihr euch engagiert habt, dass im Mecklenburg-Vorpommern die NPD nicht gewählt werden sollte. Ich weiß, dass es euch schmerzt hat, dass sie dann doch in den Landtag eingezogen ist. Ihr wisst es deutlich, aber ich sage es noch einmal: Sie haben deutlich an Stimmen verloren. Die NPD hat in diesem Wahlkampf 20.000 Stimmen verloren. Wir versprechen euch: Das Engagement werden wir gemeinsam fortsetzen, damit das nächste Mal keine NPD mehr in den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern oder wo auch immer einzieht.

(STARKER BEIFALL)

Also, liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht, das ist einfach wunderbar. Wer diesen Dröscherpreis und diese Initiativen gesehen hat, der weiß, die SPD ist auf diesem Parteitag mit ihren Beschlüssen vorangekommen. Sie geht in Richtung auf die Regierung im Jahr 2013. Aber sie hat eben diese Aktiven, die vor Ort die Arbeit leisten. Ohne die wäre alles nichts.

Julian Borken, Storch Heinar: Liebe Genossinnen und Genossen, Herzlichen Dank. Wir danken als Storch Heinar mit seiner Band Storchkraft allen, die uns geholfen haben, allen, die mitgewirkt haben, aber vor allem Heidemarie hat das gesagt allen anderen Initiativen, die mit uns innerhalb der SPD, außerhalb der SPD in ganz Deutschland dafür kämpfen, dass wir den braunen Brüdern von der NPD und aus den Kameradschaften zeigen, wo der Frosch die Locken hat, und ihnen zeigen, wo ihr eigener Thors-Hammer hängt. Diesen Auftrag werden wir weiter ausführen. Storch Heinar lädt euch alle dazu ein, mitzumachen. Storch Heinar ist euer Ansprechpartner. Dafür Danke schön.

SCHLUSSWORT DES VORSITZENDEN

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal einen herzlichen Dank an die Jury und an alle Preisträger einen Glückwunsch. Das hat wirklich gezeigt, wie lebendig die Partei ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Jetzt keine Sorge, meine Rede wird jetzt nur noch ungefähr eine Stunde dauern, am Ende des Parteitages vielen Dank an euch alle. Vorhin haben ein paar Leute gesagt, die länger dabei sind als ich, das sei der beste Parteitag seit 20 Jahren gewesen. Ich weiß nicht, ob es stimmt. Aber wenn wir einen solchen Eindruck hinterlassen, dann ist es gut, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Am Ende gilt es Dank zu sagen, natürlich an euch; das hat das Präsidium schon getan. Ich will mit besonderem Dank bei einem anfangen, der zwar ein paarmal geredet hat, aber dessen Arbeit im Hintergrund keiner sehen konnte, weil sie mit den tausend Anträgen, die wir hier hatten, schon viel länger verbunden war. Unser Dank geht an Olaf Scholz und an alle Mitglieder der Antragskommission. Das war eine Mordsarbeit.

(BEIFALL)

Ein Dank geht natürlich auch an unser absolut glänzendes Tagungspräsidium, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das war wirklich großartig. Doris hat schon gesagt, das würde mich mindestens ein Abendessen zu meinen Lasten, nehme ich an mit euch kosten. Das ist hiermit verabredet, das machen wir. Klasse Arbeit! Vielen Dank. Ohne euch wären wir nicht durchgekommen.

(BEIFALL)

Am Ende auch von mir der Dank an alle Helferinnen und Helfer auf dem Parteitag, natürlich denen aus der Partei und aus dem Willy-Brandt-Haus, aber vor allen Dingen an die, die uns hier die ganze Zeit versorgt und umsorgt haben, die nicht der SPD angehören, die uns aber hier die Möglichkeit gegeben haben, so gut zu tagen. Keiner ist daran gehindert, liebe Genossinnen und Genossen, denen ein Trinkgeld zu geben.

Herzlichen Dank an alle, die uns hier bewirten haben.

(BEIFALL)

Ab jetzt geht es darum, dass wir das, was wir hier verabredet haben, mit Leben füllen, so wie die, die wir gerade ausgezeichnet haben. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Die SPD ist wieder da. 2012 werden wir in Schleswig-Holstein gewinnen, 2013 in Niedersachsen und in Bayern, dann die

Bundestagswahl und - darauf hat mich Thorsten hingewiesen - danach natürlich Hessen, das ist klar. Vielen Dank an alle.

(BEIFALL)

Jetzt kommt die kleine Überraschung. Wir haben diesmal zwei Abschlusslieder. Wir dachten, wo, wenn nicht auf diesem Parteitag, sollten wir auch einmal die Europa-Hymne singen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen kommt jetzt der Jugendchor Köln hier herauf mit seinem Dirigenten Michael Kott.

(BEIFALL)

Ohne was kein Parteitag einer 148 Jahre alten SPD zu Ende gehen sollte: ohne „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Das kommt danach.

(ZURUF)

Ach. - Ich war schon wieder beim 1. Mai. Das ist kurz vor der Schleswig-Holstein-Wahl. Natürlich: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“. Dazu begrüßen wir die Vorwärts-Liederfreunde. Das sind Falken, wenn ich das richtig weiß. Jedenfalls habt ihr mir einen Brief geschrieben, dass ihr hier gefälligst singen wollt. Ihr seid selber schuld: Das müsst ihr jetzt auch gleich, und wir mit euch zusammen. Vielen Dank, dass ihr die zweite Runde macht.

Alles Gute! Kommt gut nach Hause. Glück auf! Jetzt ist der Jugendchor Köln dran.

(BEIFALL)

(LIEDER: „FREUDE SCHÖNER GÖTTER FUNKEN“ UND „WANN WIR SCHREITEN SEIT' AN SEIT'“)

– ENDE DES PARTEITAGES: 15.54 UHR –

ANHANG

■ Inhalt	Seite
Vorwort	499
I. Die Finanzen der Partei	500
1. Einnahmeentwicklung	500
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	500
1.2 Die staatliche Teilfinanzierung	501
1.3 Die Einnahmen aus Spenden	502
1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring	503
1.5 Die Einnahmen aus Vermögen	506
1.6 Parteiinterner Finanzausgleich	506
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	507
2.1. Mitgliederverwaltung	509
3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	509
4. Der Unternehmensbereich	510
4.1 Konzentration GmbH	510
4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH	511
4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	511
II. Finanzen der Gesamtpartei für das Jahr 2009 im Vergleich	515

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den vergangenen zwei Jahren waren die Vorbereitungen zur Parteireform ein Meilenstein der Arbeit. Als Schatzmeisterin galt mein besonderes Augenmerk selbstverständlich der Finanzordnung. Besonders Wert lege ich auf Möglichkeiten zur Entlastung von Ortsvereinen.

An die ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer, denen ich herzlich für ihre Arbeit danke, werden höhere Anforderungen bei Kassenführung und Rechenschaftsbericht gestellt. Deswegen habe ich mich dafür eingesetzt, den Ortsvereinen die Möglichkeit zu eröffnen, auf eine eigenständige Kassenführung zu verzichten oder auch die Buchführungsaufgaben Dritten zu übertragen. Ich unterstütze alle Bestrebungen, den Ortsvereinen über die Entlastung von aufwändigen Verwaltungsaufgaben mehr Freiraum für politische Arbeit zu schaffen.

Nach dem Auftrag des Grundgesetzes wirken die politischen Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit. Es handelt sich also um einen öffentlichen Auftrag unseres demokratischen Gemeinwesens, für dessen Finanzierung nicht allein die Mitglieder der Parteien verantwortlich sind. Die SPD finanziert sich überwiegend aus Beiträgen ihrer Mitglieder und aus Spenden. Und nach wie vor bleiben unsere Mitglieder die wichtigsten Spender – viele Mitglieder beteiligen sich je einzeln mit überschaubaren Beträgen. Großspenden aus der Wirtschaft erhält die SPD verhältnismäßig wenige. Die staatliche Finanzierung trägt nicht einmal zu einem Viertel zu unseren Einnahmen bei. Dennoch kann auch die SPD ihre verfassungsgemäßen Aufgaben nur dann ausreichend erfüllen, wenn die staatliche Teilfinanzierung angemessen ist. Nach fast 10 Jahren Stillstand war eine Anpassung erforderlich. Das Parteiengesetz sieht vor, dass der Bundestag nach Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte – also jährlich – über die Erhöhung der absoluten Obergrenze entscheiden soll. Im Jahr 1994 betrug diese Obergrenze für alle Parteien zusammen 230 Mio. DM. Seither hat der Bundestag lediglich zweimal eine Erhöhung beschlossen: ab dem Jahr 1999 auf 245 Mio. DM und ab 2002 auf 133 Mio. Euro. Seitdem hat es trotz Preisanstiegs für parteispezifische Ausgaben keine Anpassung der absoluten Obergrenze gegeben; es hat also eine Abkoppelung der Finanzierung der politischen Parteien von der allgemeinen Preis- und Lohnentwicklung stattgefunden. Ab dem Jahr 2011 / 2012 wird nun die absolute Obergrenze angehoben, anschließend erfolgt eine jährliche Anpassung entlang der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Kostenentwicklung. Ich bin froh, dass der Deutsche Bundestag dies im Juli 2011 einvernehmlich beschlossen hat.

Unser Unternehmensbereich trägt weiterhin stabil zu den Einnahmen der SPD bei. Den größten Teil ihrer Einnahmen erzielt die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH mit ihren Medienbeteiligungen; dabei handelt es sich überwiegend um Beteiligungen an regionalen Tageszeitungen. Trotz des kontinuierlichen Rückgangs verkaufter Zeitungsexemplare und des rückläufigen Anzeigengeschäfts konnte wieder ein respektables Ergebnis erzielt werden. Aus Gründen der gebotenen kaufmännischen Vorsicht haben wir jedoch in der Bilanz des Jahres 2010 Wertberichtigungen vorgenommen. Dieser außerordentliche Aufwand führt zwar zu einem negativen Jahresergebnis, spiegelt jedoch nicht die wirtschaftliche Lage wider.

„Die SPD legt sich ein Traumschiff zu“ – „Traumschiff soll Kassen der SPD füllen“ – diese und ähnliche Schlagzeilen ließen sozusagen die Wogen hochschlagen. Anders als von manchen Medien fälschlich berichtet, haben weder die SPD noch der Unternehmensbereich die MS Princess Daphne gekauft. Sie ist und bleibt im Eigentum des Reeders, der in Portugal ansässig ist. Den Betrieb des Schiffes (Mannschaft, Hotelbetrieb und alle nautischen Fragen) verantwortet der Reeder. Das Schiff verfügt über das ITF Blue Certificate der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (International Transport Workers' Federation, ITF). Dieses Zertifikat bescheinigt, dass Heuern und Arbeitsbedingungen an Bord von der ITF gebilligt wurden. Die ITF ist ein internationaler Gewerkschaftsbund, dem in Deutschland unter anderem die Gewerkschaft ver.di angehört. Das Schiff wird vom SPD-Reiseservice unter der Marke Ambiente-Kreuzfahrten vermarktet. Für die Vermarktung erhält Ambiente eine Provision. Ambiente ist also vielmehr eine Vertriebsgesellschaft, keine Reederei! Der SPD Reiseservice veranstaltet bereits seit ca. 20 Jahren Kreuzfahrten. Üblich sind ein bis zwei Reisen pro Jahr in Vollcharter und weitere Reisen, für die Teilkontingente gebucht werden.

Im vergangenen Jahr ist ein langjähriger Partner des Reiseservices in Insolvenz geraten. Dadurch fiel ein für 2011 zweimal gebuchtes Schiff weg. In Gesprächen mit anderen Anbietern, um Ersatz für die Saison 2011 zu finden, ergab sich das Angebot, ein Schiff der nachgefragten Größe und Ausstattung selber am deutschen Markt vertreiben zu können. Hierfür werden übrigens 11 neue Arbeitsplätze in Berlin beim Reiseservice geschaffen.

Eure Barbara Hendricks

I. DIE FINANZEN DER PARTEI

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Auch in den Jahren 2009 und 2010 stellten die Einnahmen aus Beiträgen die wichtigste Finanzierungsquelle der Partei dar. In Summe betragen sie in den beiden Berichtsjahren insgesamt 91,75 Mio. Euro, das sind ca. 2,48 Mio. Euro weniger als in den Jahren 2007 / 2008. Im Einzelnen erzielte die Partei im Jahr 2009 Beitragseinnahmen i.H.v. 46,03 Mio. Euro und in 2010 i.H.v. 45,72 Mio. Euro. Das entsprach 26,6% der Gesamteinnahmen in 2009 (Wahljahr mit erhöhtem Spendenaufkommen) und 31,1 % der Gesamteinnahmen 2010.

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend sinkender Beitragseinnahmen hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren fortgesetzt. Dafür ist insbesondere die weiter sinkende Mitgliederzahl verantwortlich: Waren zum 31.12.2009 noch ca. 512.500 Menschen Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, so waren es zum Jahresende 2010 noch 502.000 (-2%). Im Jahresdurchschnitt hatten wir 2009 noch 516.750 Mitglieder, die einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 7,42 Euro entrichteten. Im Jahr 2010 waren es jahresdurchschnittlich noch gut 507.000 Mitglieder mit einem leicht erhöhten monatlichen Durchschnittsbeitrag von 7,51 Euro. Anders gewendet: der Verlust von 1000 Mitgliedern bedeutet, dass neben dem damit verbundenen Verlust an Engagement, Vernetzung und Wissen zusätzlich fast

100T Euro für die politische Arbeit fehlen. Jahr für Jahr.

Für die zukünftige Beitragsentwicklung ist nicht nur die absolute Zahl der Mitglieder von Bedeutung, sondern auch die demografische Zusammensetzung der Mitgliedschaft: es zeigt sich, dass Genossinnen und Genossen, die aus der aktiven Berufsphase ausscheiden, ihre Beiträge häufig senken. Darunter litt das Beitragsaufkommen bereits in der Vergangenheit und dieser Effekt wird auch in den nächsten Jahren zu beobachten sein, sofern es nicht gelingt, mehr junge Menschen für die Politik der SPD zu begeistern und sie zum Eintritt in die SPD zu bewegen.

Unsere Finanzordnung sieht die jährliche Anpassung der Beiträge entsprechend der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens vor, das durch das Bundesamt für Statistik ermittelt wird. Die Beiträge von Mitgliedern ohne Einkommen oder mit geringem Einkommen in Höhe von 2,50 Euro / Monat sind hiervon ausgenommen.

Die Erhöhungen betragen im Jahr 2009 1,2% und in 2010 0,5%. Die große Mehrheit der Mitglieder hat diese maßvollen Erhöhungen – wie schon in den Vorjahren – mitgemacht. Lediglich grob 1 % aller Mitglieder haben von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch gemacht. Das entsprach etwa der Größenordnung der Vorjahre.

Die kontinuierliche Anpassung der Beiträge ist insbesondere für die Landesverbände und Bezirke sowie die ihnen nachgeordneten Gebietsverbände von besonderer Bedeutung, erhalten sie doch 85 Cent von jedem Beitragseuro (der Parteivorstand erhält die verbleibenden 15 Cent) und finanzieren damit die Politik in der Region und vor Ort.

Neben den regulären Mitgliedsbeiträgen leisten auch die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Die Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen erreichten im Jahr 2009 insgesamt 22,3 Mio. Euro und 2010 22,4 Mio. Euro. Das entsprach etwa 13% der Gesamteinnahmen 2009 und 15% der Gesamteinnahmen 2010.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden,
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 Euro je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien lag seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. Euro. Die SPD erhielt 2009 insgesamt 39,64 Mio. Euro und 2010 insgesamt 38,97 Mio. Euro. Damit ent-

sprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 23 % im Jahr 2009 und von ca. 26 % im Jahr 2010 an den Gesamteinnahmen. Die 2011 erfolgte Novellierung des Parteiengesetzes führte zu einer Erhöhung der Obergrenze ab 2011. Die Obergrenze wird 2011 141,9 Mio. Euro betragen und 2012 150,8 Mio. Euro. Ab 2013 erfolgt eine jährliche Anpassung entlang der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Kostenentwicklung.

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

2009, im Jahr der letzten Bundestagswahl, erzielte die SPD annähernd 11 % ihrer Einnahmen aus Spenden. Diese rund 18,8 Mio. Euro stammten vor allem von Mitgliedern der Partei, aber auch von sympathisierenden Bürgerinnen und Bürgern. Spenden von Unternehmen trugen mit etwa 4,2 Mio. Euro zu diesem insgesamt positiven Ergebnis bei.

Im Jahr 2010 ging der Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der Partei auf etwa 6,5 % (9,55 Mio. Euro) zurück. Auch diese Entwicklung in den Jahren nach einer Bundestagswahl entspricht den Erfahrungen.

■ Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 - 2009

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU / CSU	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
1998 - 2009	174.938		336.398		125.709		462.106	53.214		121.723		32.861	

Angaben in Tsd. Euro, in Prozent: Anteil an den Gesamteinnahmen, Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Eine vergleichbare Entwicklung zeigte sich auch bei den Spendeneinnahmen des Parteivorstands: Konnten die Spendeneinnahmen im Jahr 2009 auf knapp 2,1 Mio. gesteigert werden, sanken sie im Jahr 2010 auf etwa 840.000 Euro.

Seit 1998 sind die Spendeneinnahmen der Partei von Bundestagswahljahr zu Bundestagswahljahr gesunken. Es ist erfreulich, dass diese Entwicklung gestoppt wurde und die Gesamtpartei, aber auch der Parteivorstand, ihre Spendeneinnahmen im Jahr 2009 gegenüber 2005 steigern konnten.

Weniger erfreulich ist hingegen, dass sich der Abstand zum Spendererfolg der Christlich Demokratischen

Parteien 2009 erneut vergrößert hat: CDU / CSU erzielten 2009 Spendeneinnahmen von über 50 Mio. Euro. Von 1998 bis 2009 haben beide Parteien damit über 287 Mio. Euro mehr an Spenden eingenommen als die SPD.

Nach wie vor ist der Brief das wichtigste Mittel für die Spendenwerbung des Parteivorstands. Dieses Instrument gewinnt auch bei vielen Gliederungen an Bedeutung, vor allem bei den Landesverbänden und Bezirken der Partei. Auf der Ebene der Ortsvereine aber ist es nach wie vor die persönliche Ansprache, die zu einem großen Teil der Spendeneinnahmen führt.

Im Bundestagswahlkampf 2009 wurden aber auch weitere Techniken getestet. Mit dem Spendenplakat – der Möglichkeit, für ein Wahlplakat an einem bestimmten Standort zu spenden – wurde ein vielversprechender und ausbaufähiger Ansatz gemacht.

Eine interessante Ergänzung kann künftig auch die Möglichkeit bieten, mit dem Versand einer SMS vom Mobiltelefon kleinere einstellige Beträge zu spenden. Das Online-Spendentool auf der Internetseite der SPD wurde weiterentwickelt und konnte einen erneut wachsenden Beitrag zu den Spendeneinnahmen des Parteivorstands leisten.

■ Anteil der Spenden juristischer Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 - 2009

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
1998 - 2009	33.854		106.125		47.312		5.992		31.031		708	
Durchschnitt		1,73		6,13		9,85		1,88		8,50		0,26

Angaben in Tsd. Euro, in Prozent: Anteil an den Gesamteinnahmen, Quelle: Öffentliche Rechenschaftsberichte der Parteien

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

Im Berichtszeitraum haben zwei Bundesparteitage stattgefunden. Der ordentliche Bundesparteitag 2009 in Dresden und der eintägige Bundesparteitag 2010 in Berlin. Das waren die Haupteinnahmequellen für Sponsoring bzw. von Ausstellermieten.

Daneben wurden regelmäßig stattfindende Veranstaltungen, wie der Empfang zur Berlinale und die Bundeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften, von Sponsoren unterstützt. Insgesamt machen diese Einnahmen weniger als 1 % der Gesamteinnahmen der SPD aus.

Das Sponsoring hat sich in den vergangenen Jahren zu einer tragenden Säule für die Finanzierung von großen Veranstaltungen entwickelt. Wir sind bei der Organisation jedoch darauf bedacht, Flächen auch kostenlos Initiativen und Verbänden zur Verfügung zu stellen, die nicht von der Wirtschaft getragen werden. Wir streben eine ausgewogene Mischung von nichtkommerziellen und kommerziellen Ausstellern an.

Obwohl wir seit Ende 2009 nicht mehr im Bund regieren, hat das Interesse von Unternehmen und Verbänden an Ausstellungsfläche nicht nachgelassen.

Auch die sog. Rüttgers-Affäre und die Sponsoringaffäre der CDU in Sachsen 2010, in denen mutmaßlich Sponsoren Gesprächszeit mit Politikern gegen Bezahlung angeboten wurde, hat sich nicht negativ auf die Zusammenarbeit ausgewirkt. Die Bundestagsverwaltung hat die Sponsoringpraxis der CDU in Nordrhein-Westfalen geprüft und keinen Verstoß gegen das Parteiengesetz festgestellt. Es fehlten konkrete Anhaltspunkte.

Wir konnten das Ergebnis der Untersuchung nicht nachvollziehen. Um die öffentliche Debatte zu versachlichen, haben wir bei Prof. Dr. Hans Michael Heinig von der Universität Göttingen ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben mit dem Titel Gutachten zur Bewertung unterschiedlicher Formen der Werbung von Unternehmen auf Parteienveranstaltungen und ähnlicher Formen des Sponsorings nach dem Parteiengesetz.

Demnach ist Sponsoring von Parteiveranstaltungen parteirechtlich erlaubt, sogar wünschenswert, um die eigenständige Finanzierung zu fördern. Das Angebot politischer Gespräche mit Regierungsmitgliedern sind untaugliche Gegenleistungen im Rahmen eines Sponsoringvertrags. Es handelt sich im Ergebnis dabei nicht um ein Sponsoring, sondern um eine unzulässige Parteispende. Das Parteiengesetz ist da eindeutig.

Wie so häufig, hatte die alle Parteien unter Generalverdacht stellende Berichterstattung zur Folge, dass eine Änderung des Parteiengesetzes gefordert wurde. Sinnvolle Änderungen, die das Maß an Transparenz erhöhen, z. B. die Veröffentlichungspflicht ab einer bestimmten finanziellen Höhe, würden wir als SPD unterstützen. Voraussetzung wäre, dass eine solche Änderung von einer gemeinsamen Initiative aller im Bundestag vertretenen Parteien getragen würde.

Eine Diskussion um das Sponsoring im Rahmen der Bundesparteitage fand auch innerhalb der SPD statt. Auf dem eintägigen Bundesparteitag 2010 in Berlin haben die Delegierten beschlossen, dass der SPD-Parteivorstand einen Richtlinienkatalog erstellen solle, in welchem ethische und politische Festlegungen für die Auswahl von Sponsoren der SPD-Parteitage getroffen werden.

Der SPD-Parteivorstand hat am 5. September 2011 dazu einstimmig folgende Richtlinie verabschiedet:

■ Sponsoring-Richtlinie des SPD-Parteivorstands für Bundesparteitage

Sponsoring ist eine zulässige Form der Parteienfinanzierung. Vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen und steigender Ausgaben ist Sponsoring für uns unerlässlich.

Unter Sponsoring verstehen wir das Angebot eines werbewirksamen Auftritts an Unternehmen und Verbände. Als Gegenleistung erhalten wir eine finanzielle Leistung oder eine Sach- oder Dienstleistung. Leistung und Gegenleistung müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Es handelt sich, anders als bei einer Spende, um eine geschäftliche Beziehung, die Teil des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs einer Partei ist und der Steuerpflicht unterliegt.

Zum Sponsoring zählt auch die Vermietung von Standfläche für einen Messestand im Rahmen einer Veranstaltung.

Die Präsentation als Aussteller ist die häufigste Form des Sponsorings bei der SPD. Insbesondere zum Gesamtbild eines Bundesparteitags gehört der Ausstellerbereich. Dort stellen sich die Gliederungen der Partei, parteinahe Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie Verbände und Wirtschaftsunternehmen vor. Der Ausstellerbereich dient als Kommunikationsplattform für Parteitagsdelegierte, Gäste und die RepräsentantInnen an den Ständen.

Die Mietzahlungen der Aussteller aus dem Bereich der Wirtschaft und deren Verbände tragen dazu bei, den Bundesparteitag finanzieren zu können.

Parteilgliederungen, Verbände und NGOs, die nicht von der Wirtschaft getragen werden, können sich kostenlos präsentieren.

Der Parteivorstand ist bestrebt, eine ausgewogene Mischung zwischen nichtkommerziellen und kommerziellen Ausstellern zu ermöglichen.

Ausschlusskriterien

Am Beginn jeder Entscheidung über das Einwerben oder Akzeptieren von Sponsoringleistung ist zu prüfen, ob das Unternehmen oder das beworbene Produkt – sein Charakter, seine Herstellungsweise – im Widerspruch zum sozialdemokratischen Programm stehen.

Ausgeschlossen ist eine Zusammenarbeit mit Unternehmen:

- die keine ArbeitnehmerInnenvertretung zulassen
- die keinen Mindestlohn zahlen
- die Kinderarbeit in ihrer internationalen Produktionskette zulassen
- die Verbindungen zur rechtsextremen Szene pflegen
- die überwiegend Rüstungsgüter produzieren
- die überwiegend Atomstrom liefern
- die den gesetzlichen Jugendschutz nicht beachten

Widerstreitende Ansichten über politische Wege und Ziele gehören zu unserer Demokratie und sind kein Ausschlussgrund. Wir stellen uns als Partei gerne der Diskussion. Sinn und Zweck des Ausstellerbereiches ist der Austausch von Informationen und von Argumenten im persönlichen Gespräch.

Werbeeinschränkungen

Sexistische und kriegsverherrlichende Inhalte sowie Darstellungen, die das Persönlichkeitsrecht

verletzen, werden bei der werblichen Präsentation der Aussteller / Sponsoren nicht geduldet.

Verantwortlichkeiten

Die Liste der Sponsoren / Aussteller wird von der Schatzmeisterin / dem Schatzmeister, in deren / dessen Verantwortung das Sponsoring liegt, dem Präsidium der SPD vorgelegt. Das Präsidium wägt ab und entscheidet über eine mögliche Unvereinbarkeit.

Formale Vorgaben

- Leistung und Gegenleistung eines Sponsorings werden vertraglich geregelt.
- Es gelten in der Zusammenarbeit die Datenschutzrichtlinien des Parteivorstands.

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erhält die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg). Wurden in der vorangegangenen Berichtsperiode (2007 / 2008) noch insgesamt 20 Mio. Euro ausgeschüttet, so waren es 2009 / 2010 noch knapp 18,3 Mio. Euro (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Grob die Hälfte dieser Ausschüttungen wurden für den weiteren Abbau der Finanzierungslasten des Willy-Brandt-Hauses aufgewendet, ein weiterer Teil diente der Bedienung der auf die Bruttoausschüttungen entfallenden Steuern bzw. stand unmittelbar für die Parteiarbeit zur Verfügung.

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenersatzung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30% an die Landesverbände und zu 70% an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 34% für die Landesverbände und 66% für den Parteivorstand.

Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden.

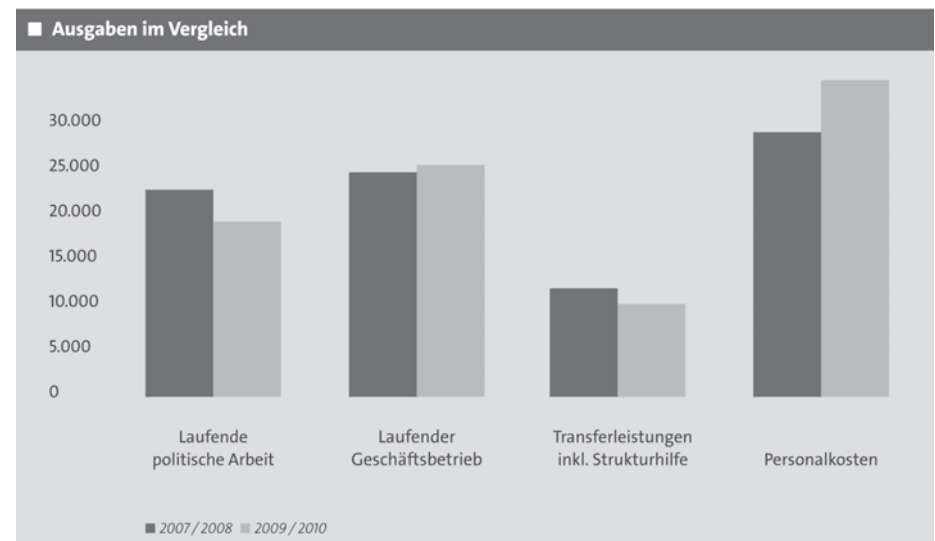
Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel für die Landesverbände und Bezirke und zu zwei Dritteln für den Parteivorstand. Dem steht die Beitragsverteilung von 85% zu 15% zugunsten der Gliederungen gegenüber.

■ Verteilung aus staatlichen Mitteln in Tausend Euro								
	1991 – 1993 Ø pro Jahr		1994 – 2001 Ø pro Jahr		2002 – 2010 Ø pro Jahr		Veränderungen ggü. 1991 – 1993	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Landesverbände von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.403 8.141		5.450 8.923			
LV-Gesamt	13.302	30 %	15.544	33 %	14.373	34 %	1.071	8,1 %
Parteivorstand	30.996	70 %	31.541	67 %	28.459	66 %	-2.573	-8,2 %
SPD-Gesamt	44.298	100 %	47.085	100 %	42.832	100 %	-1.466	-3,3 %

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. Euro (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. Euro (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. Euro.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Einnahmen deckten im Berichtszeitraum die Ausgaben des Betriebshaushaltes. Die für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2013 / 2014 beschlossenen Rücklagen konnten im Berichtszeitraum gebildet werden: Dennoch standen die Haushalte 2009 und 2010 unter dem Zeichen rückläufiger Einnahmen. So sanken die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2009 / 2010 gegenüber 2007 / 2008 um ca. 0,9 Mio. Euro.



Die Einnahmeverluste konnten durch entsprechende Einnahmen aus Vermögen kompensiert werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstandes sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 21,3 % (2007 / 2008: 22,6 %) während der Anteil der staatlichen Mittel 56,3 % betrug (2007 / 2008: 61,5 %). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Im Berichtszeitraum blieben die Aufwendungen gegenüber 2007 / 2008 nahezu unverändert.

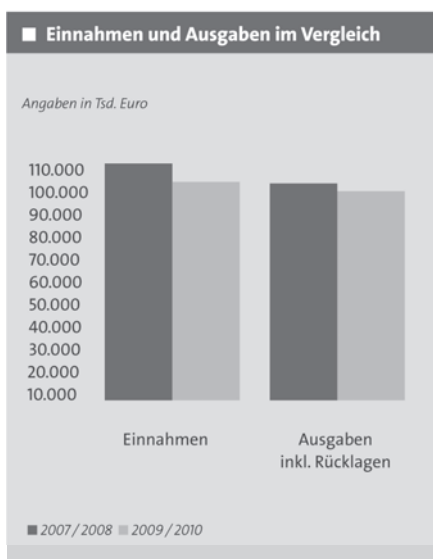
Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 22,6 % (2007 / 2008: 25,2 %).

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen einem Anteil von 29,3 % (2007 / 2008: 28,3 %).

Die Entwicklung der Kosten für die EDV ist positiv: nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. Euro), sanken sie seitdem kontinuierlich. Im Berichtszeitraum betrug der Aufwand für den Haushalt der EDV inklusive Investitionen in einen newsdesk und eine neue Mitgliederverwaltung 6,8 Mio. Euro (2007 / 2008: 4,8 Mio. Euro).

Die Transferleistungen inklusive Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum gegenüber 2007 / 2008 rückläufig. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 11,0 % (2007 / 2008: 13,0 %).

Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus.



Der Anteil der Personalkosten stieg von 33,2 % 2007 / 2008 auf 37,2 % im Berichtszeitraum 2009 / 2010.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein gesundes Verhältnis der Ausgaben für politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Europa- und den Bundestagswahlkampf 2009 befand sich im Willy-Brandt-Haus. Für beide Wahlkämpfe wurden insgesamt 41,6 Mio. Euro aufgewandt. Dies entsprach dem vorgesehenen Budget.

Im Budget für den Europa- und Bundestagswahlkampf schlugen die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Online-Wahlkampf, Kommunikation sowie Flugblätter und Verteilmaterialien mit insgesamt 23,8 Mio. Euro zu Buche. Ein weiterer großer Bereich waren mit 9,2 Mio. Euro die (Groß-)Veranstaltungen, Zielgruppen- und Themenarbeit sowie Forschung.

An Gliederungen wurden 4,4 Mio. Euro ausgezahlt. Die restlichen Mittel wurden für den Geschäftsbetrieb und Personalkosten verwandt.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Desweiteren prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstands.

2.1. Mitgliederverwaltung

Im Januar 2010 wurde die neue Mitgliederverwaltung, MAVIS II, in Betrieb genommen. Die Anwendung beruht auf einer Software, die die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) bereits nutzt. Zur Pflege und Weiterentwicklung wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ geschlossen.

Die Einführung der MAVIS II und ihre Anpassung an zahlreiche Besonderheiten erfolgte nicht reibungslos. In einer intensiven Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Gliederungen wurden diese Probleme Schritt für Schritt angegangen. Es wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, die in mehreren Sitzungen eine Anforderungsliste erstellt hat, die nun nach und nach abgearbeitet wird.

Im gesamten Bundesgebiet wurden verschiedene Schulungen angeboten, die insgesamt gut angenommen wurden.

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Auch in den Jahren 2009 und 2010 haben die Mitglieder der alten und neuen Landesverbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag geleistet, um damit die Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern. Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände auf diesem Weg 3,1 Mio. Euro im Berichtszeitraum.

Darüber hinaus leistete der Parteivorstand eine ergänzende Strukturhilfe aus seinem Betriebshaushalt. Sie belief sich auf je 750.000 Euro in den Jahren 2009 und 2010.

Auch in den folgenden Jahren werden die ostdeutschen Landesverbände auf Strukturhilfe angewiesen sein.

4. Der Unternehmensbereich

4.1 Konzentration GmbH

Der Grundbesitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Treuhandbesitz der Konzentration GmbH und weiterer Gesellschaften. Das wirtschaftliche Eigentum an allen Grundstücken liegt gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD bei ihrem Parteivorstand. Der Immobilienbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD in der Spalte Haus- und Grundvermögen mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Neben der Konzentration und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH bestehen zur Zeit sieben weitere Kapitalgesellschaften, drei Personengesellschaften, drei Vereine und die Treuhandbesitzgesellschaften in Hannover und Frankfurt, die über Immobilienvermögen der SPD verfügen.

Ihren Weg der nachhaltigen Verstetigung, Entwicklung und Verwaltung des Immobilienvermögens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands konnte die Konzentration im Berichtszeitraum erfolgreich fortsetzen.

Die Immobilien aus einem Landesverband und einem weiteren Bezirk der Partei sind in die Vollverwaltung der Konzentration übernommen worden. Sie sind jetzt im Immobilienverwaltungs- und Buchhaltungsprogramm der Konzentration erfasst und unterliegen in Abstimmung mit den Entscheidungsträgern vor Ort der Kontrolle und Steuerung der Immobilienfachkräfte in Berlin.

In der Grundstücksentwicklung hat die Konzentration im Berichtszeitraum im Wesentlichen das Objekt Von-der-Tann-Straße 1 in Hof von Grund auf modernisiert und voll vermietet. Darüber hinaus wurde von der Konzentration die Immobile in Jena entwickelt und teilsaniert. Die Modernisierung und der Umbau dieses Objektes werden zurzeit abgeschlossen.

Treuhänderisch handelnd für den Parteivorstand hat die Konzentration das Erbe des Genossen Ernst Malis – den Miteigentumsanteil an einem Grundstück mit Wohngebäude in Annaberg-Buchholz in 2009 – angenommen. Zudem hat die Konzentration das Dauernutzungsrecht an Flächen des Dr.-Julius-Leber-Hauses in Lübeck übernommen.

Wesentliche Aufgabe der Konzentration im Berichtszeitraum war die Förderung der laufenden Restitutionsverfahren. Abgeschlossen wurden die Verfahren auf Restitution und / oder Entschädigung für den Verlust der Arbeiter- und Sportvereine, aber auch für Volkshäuser und Heime. Der Abschluss der weiteren Verfahren wird in nächster Zukunft erfolgen.

In Berlin-Friedrichshagen konnte die Konzentration in 2009 die Otto-Wels-Gedenkstele in der Bölschestraße vor der Sankt Christophoruskirche aufstellen.

Die Stele wurde in Anwesenheit des ehemaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder der Öffentlichkeit übergeben.

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin

Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) verwaltet treuhänderisch für die Partei das Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Der Bau des Hauses in den Jahren 1992 bis 1996 wurde fast vollständig über Hypothekendarlehen finanziert. Sie summieren sich bis Ende 1996 auf insgesamt 49 Mio. Euro. Die Baukosten betragen insgesamt ca. 56 Mio. Euro.

Seit 1999 werden die aufgelaufenen Darlehen getilgt, wozu Ausschüttungen aus dem sonstigen Unternehmensbereich – Dividenden der ddvg – herangezogen werden. Die Tilgung verläuft weiterhin planmäßig: Zum 31.12.2009 verblieben Bankverbindlichkeiten in Höhe von 23,8 Mio. Euro (Vorjahr: 25,8 Mio. Euro). Zum Jahresende 2010 betragen die Verbindlichkeiten noch 21,7 Mio. Euro.

Wie im vorangehenden Finanzbericht (2007 / 2008) angekündigt, wurde das in den vergangenen beiden Jahren günstige Zinsniveau genutzt, um einen Teil der Bankverbindlichkeiten umzuschulden und damit eine verlängerte Zinsbindung bis 2021 auf niedrigem Niveau zu erreichen.

Für einen erheblichen Teil der Darlehensverbindlichkeiten gilt noch eine Zinsbindung bis 2014. Sie sollen ab 2012 über entsprechende Forward-Darlehen ebenso gesichert werden, sofern die Lage an den Finanzmärkten das zulässt.

Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstands, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb finanziert. Dabei machen aktuell – und vermutlich auch in den nächsten Jahren – steigende Instandhaltungskosten eine fortlaufende Anpassung der Investitionspläne erforderlich.

In der Hauptsache wird es jedoch weiterhin auf die Dividenden der ddvg auch in den Folgejahren ankommen, um das Haus schließlich frei von Bankschulden nutzen zu können.

Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur Sitz des Parteivorstands, sondern auch ein Veranstaltungszentrum und Ort kultureller Kommunikation. Dazu tragen nicht zuletzt die Veranstaltungen und Ausstellungen bei, die vom Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. realisiert werden.

Einen aktuellen Überblick liefert: www.Willy-Brandt-Haus.de

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Losgelöst von den Schwankungen der Konjunktur zeigte sich die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (ddvg) in den Jahren 2009 und 2010 erneut in robuster Verfassung.

Die Betriebsergebnisse lagen bei 19,4 Mio. Euro (2009) und 20 Mio. Euro (2010) auf einem nachhaltig hohen Niveau.

Mit ihren Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin in Höhe von jeweils 7,7 Mio. Euro (Liquiditätszufluss bei der SPD nach Steuern: 6,5 Mio. Euro) konnte die ddvg wie in den Vorjahren ihren Beitrag für eine solide Finanzstruktur der SPD leisten.

Die Jahresergebnisse von 4,2 Mio. Euro (2009) und – 14,3 Mio. Euro (2010) sind ausschließlich Sondereffekten geschuldet: Insbesondere zählen hierzu Wertberichtigungen und Darlehensverzichte mit Bezug zum Druck- und Verlagshaus Frankfurt a.M. GmbH (Frankfurter Rundschau), um bei diesem Unternehmen die Eigenkapitalsituation nachhaltig zu verbessern.

Die positive Entwicklung des Unternehmens findet auch im operativen Cashflow ihren Niederschlag: mit 12,2 Mio. Euro (2009) und 19,2 Mio. Euro (2010) verfügt die ddvg über einen exzellenten Liquiditätsstatus. Entsprechend fallen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 1,0 Mio. Euro (2009) bzw. 2,5 Mio. Euro (2010) erfreulich gering aus.

Im Beteiligungskreis der ddvg gab es in den Jahren 2009 und 2010 nur geringfügige Änderungen:

- Ende 2009 hat die ddvg 10% der Anteile an der Tredition GmbH erworben.
- Der Buchverlag für Berlin und Brandenburg (vbb) wurde in einem Management Buy Out auf den bisherigen Verlagsleiter übertragen. Die ddvg bleibt mit der vorwärts buch Verlagsgesellschaft mbH im Buchverlagssektor engagiert.
- Die Anteile an der Ökotest Holding AG wurden von zusammen 64,1% auf 65,67% ausgebaut.
- In der neugegründeten ddvg Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH werden die Rundfunkengagements der ddvg gebündelt.

Die stabile Situation der ddvg ist nicht nur angesichts der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre, sondern auch vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der Medien- und Tageszeitungsbranche von besonderem Wert.

Dieser Strukturwandel hat sich in den Jahren 2009 und 2010 nicht nur fortgesetzt, sondern wurde durch die rezessiven Tendenzen beschleunigt.

Kennzeichen des Wandels in der Print-Medienlandschaft sind:

- sinkende verkaufte Auflagen
Dies ist einerseits dem demografischen Wandel geschuldet, andererseits aber auch der Tatsache, dass vor allem Jüngere in geringerem Umfang Zeitung lesen als die Vorgängergenerationen.
- Druck auf die Anzeigenerlöse
Zwar konnte insbesondere der Stellenmarkt in 2009 und 2010 konjunkturbedingt wieder zulegen, für die übrigen Rubriken (insbesondere Immobilien und KFZ) hat sich jedoch der Trend der Verlagerung ins Onlinegeschäft fortgesetzt. Unter dem Strich verlor die Gattung Tageszeitung auch 2009 und 2010 erneut Anteile am Werbemarkt.

■ sinkende Mengen und Margen im Druckgeschäft

Die Zunahme onlinebasierter Kommunikation führt zu sinkenden Druckvolumina. Die Druckumsätze im Druckereigewerbe waren mit -9% (2009) und -5% (2010) deutlich rückläufig. Das Überangebot an Druckkapazität, das durch erhebliche technische Weiterentwicklungen im Druckbereich noch erhöht wurde, führt zu einem rasanten Preisverfall.

Die ddvg begegnet diesen Herausforderungen insbesondere mit einem vorausschauenden Kostenmanagement. In den vergangenen Jahren spielte hierbei zwingend leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen eine Rolle. Die ddvg hat stets darauf gedrungen, etwaige erforderliche Prozesse so frühzeitig einzuleiten, dass alle Maßnahmen sozialverträglich umgesetzt werden konnten. Die Möglichkeiten der Kostenreduktion durch Personalabbau sind nach und nach ausgereizt. Der weiter bestehende Kostendruck führt vielfach zu einer Flucht aus dem bestehenden Tarif – hier sind die Tarifparteien gefordert, neue zukunftstaugliche Tarifstrukturen zu vereinbaren, die langfristig finanzierbar bleiben.

Die Unternehmens-Strategie der ddvg basiert nicht ausschließlich auf Kostensenkungen, sondern umfasst weitere drei zentrale Elemente:

■ Steigerung der redaktionellen Qualität.

Die in 2009 durch die ddvg initiierte Expertise des Instituts für praktische Journalismusforschung (IPJ) wird in Form von Workshops bei einer Reihe von Teilnehmungsunternehmen präsentiert. Da mit wird unverändert das Ziel verfolgt, den Platzvorteil der lokalen und regionalen Kompetenz der Tageszeitungen gegenüber anderen Mediengattungen auszuspielen.

■ Erlössteigerung durch neue Geschäftsfelder.

Lokale Kompetenz und örtliche Nähe liefern den Regionalzeitungen die Möglichkeit, Geschäftsfelder jenseits des klassischen Verlagsgeschäfts zu eröffnen. Jene Verlage, die diesen strategischen Ansatz konsequent verfolgen, erwirtschaften bereits heute auf einen Euro Verlagsergebnis zusätzlich (bis zu) 45 Cent.

■ Investitionen in die digitale Nachrichtenübermittlung.

Investition in digitale Produkte wird mehr und mehr das beherrschende Thema der Regionalzeitungsverlage. Bereits im Jahr 2005 hatte die ddvg ein Symposium veranstaltet, das sich mit der Frage beschäftigte, inwieweit zukünftig mobile digitale Plattformen das Medium Papier – wenn auch nicht ersetzen – so doch zumindest ergänzen könnten. Zwischenzeitlich ist diese Frage durch iPhone und iPad längst beantwortet. Sämtliche Zeitungsverlage, an denen die ddvg beteiligt ist, sind bereits auf diesen Plattformen mit einem Angebot präsent – oder werden es in Kürze sein.

Doch es stellt sich nicht nur die Frage nach App-Angeboten, sondern auch danach, wie die User / Leser die neuen Digitalangebote nutzen werden und wie neue technische Möglichkeiten sinnvoll von Verlagen genutzt werden können. Um bei diesen Themen am Ball zubleiben, organisiert die ddvg in regelmäßigen Abständen Workshops, die sich mit den Nutzererwartungen und -gewohnheiten sowie technischen Neuerungen auseinandersetzen. Essentielle Ergebnisse dieser Workshops werden aktuell bei einer Beteiligungsgesellschaft einem Praxistest unterzogen.

Gleichwohl gilt nach wie vor: trotz enormer Anstrengungen im Digitalsegment ist es bis heute nicht gelungen, ein wirtschaftlich tragfähiges Geschäftsmodell für die Digitalangebote der Verlage zu ent-

wickeln. Dies zu erreichen, bleibt ein wichtiges Ziel für die nahe Zukunft.

Die insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 vollzogenen Anteilsverkäufe und Übernahmen in der deutschen Verlagslandschaft (u.a. Übernahme nahezu sämtlicher Regionalzeitungsbeteiligungen des Axel-Springer-Verlages durch Madsack und Erwerb des Berliner Verlags durch Verlag M. DuMont Schauberg) sind noch nicht das Ende einer Neusortierung der deutschen Regionalzeitungslandschaft.

Die Konsolidierung der Branche wird zu weiteren Bewegungen führen. Insbesondere die Struktur mancher Verlage als breit gestreute Familiengesellschaften dürfte Schwierigkeiten bereiten, etwaige Durststrecken im Hinblick auf geringere Ausschüttungen und die erforderlichen Investitionen zu bewältigen. Hinzu tritt die ungeklärte Nachfolge mancher Verlegerfamilie.

Das Schicksal einiger US-amerikanischer Landstriche oder Städte, deren Tageszeitung geschlossen wurde, droht in Deutschland zurzeit nicht. Aber es besteht nach wie vor ein hohes Risiko für den Bestand einer vielfältigen, unabhängigen und stabilen Verlagslandschaft und damit letztlich für die Rolle der Medien in einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Gerade in einer Umbruchsituation bedarf es langfristig und nachhaltig agierender Akteure, für die Zeitungen etwas anderes sind als bloße Renditeobjekte. Die ddivg zählt sich als Unternehmen mit über 140-jähriger Tradition zu den Akteuren im Markt, die mit einem verlegerischen Hintergrund stabilisierend und qualitäts- und vielfaltsichernd wirken.

Die Sanierung der Frankfurter Rundschau (FR) ist durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich erschwert worden. Die Kooperation der FR mit der Berliner Zeitung und anderen Titeln des DuMont-Konzerns hat sich als positiv erwiesen, so dass nachhaltig Kosten reduziert werden konnten, ohne negative Auswirkung auf die Qualität der Zeitung. Mit der Entwicklungen der iPad-App der FR ist es gelungen, einen deutlichen Kompetenzvorsprung gegenüber anderen Zeitungsverlagen zu erringen.

Die weiteren Medienbeteiligungen der ddivg konnten ihre Position festigen. So hat sich beispielsweise die Verlagsgruppe Hof / Coburg / Suhl in einem strukturschwachen Umfeld sehr gut behauptet und konnte ihre Ergebnisse deutlich steigern. Die Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG hat sich auf erfreulich hohem Niveau sehr stabil entwickelt – besonderer Beachtung bedarf, dass dieses Unternehmen aufgrund seiner Diversifikation einen nicht unerheblichen Teil seines Ergebnisses jenseits des Tageszeitungsgeschäfts, z. B. im Postbereich oder Messengeschäft, erwirtschaftet.

Der SPD-ReiseService hat seine Strategie der erweiterten Produktpalette fortgeführt. Nach einem rezessionsbedingten Rückgang der Buchungen für kostenträchtigeren Reisen in 2009 ging es 2010 weiter aufwärts. In 2010 haben nahezu 7.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt.

Tiv@la hatte im Berichtszeitraum einerseits mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und andererseits mit zunehmender Produktpiraterie zu kämpfen. Dies führt zu einer Verlagerung der Aktivitäten weg von Konsolenspielen hin zu internetbasierten und damit kopiersicheren Angeboten.

Die zur Unternehmensgruppe gehörenden Akzidenzdruckereien operieren in einer tiefgreifenden und für viele Betriebe existenzbedrohenden Branchenkrise.

Der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg, durch Fusionen die Zukunftschancen zu verbessern, hat sich bewährt. Darüberhinaus wird es auch erforderlich sein, die Angebotspalette der Druckereien vom reinen Printprodukt hin zu Dienstleistungsangeboten, z. B. im Bereich des Content-Management zu entwickeln, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der ddivg.

II. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2009 IM VERGLEICH

Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2009 auf 173,3 Mio. Euro. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von 204,7 Mio. Euro.

Während bei der SPD die Mitgliedsbeiträge mit 26,6% den größten Einnahmeposten bilden, stellen bei der CDU mit 25,8% und bei der CSU mit 27,9% die staatlichen Mittel die größte Einnahmeposition dar. Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerabgaben zusammen, so finanziert sich die SPD zu 39,4% aus Beiträgen, die CDU zu 36,7% und die CSU zu 29,4%.

Somit sind die Zahlungen unserer Mitglieder- und Mandatsträger weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Die SPD erhält im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus.

Die Unionsparteien haben Spenden (natürliche und juristische Personen) in Höhe von ca. 50,2 Mio. Euro erhalten, während die SPD Spenden in Höhe von 18,8 Mio. Euro erhalten hat, wobei diese für uns recht hohe Summe nicht zuletzt durch das Wahljahr zu erklären ist. Bei der FDP sind 16,2 Mio. Euro Spenden eingegangen.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein ganz besonderes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel aus alternativen Quellen beziehen muss.

Hierzu leistet der Unternehmensbereich der SPD, der in fast 150 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde, weiterhin einen soliden Beitrag.

In 2009 konnte die SPD Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen in Höhe von 10 Mio. Euro verzeichnen, wenngleich diese den Vorsprung der Unionsparteien bei den Spenden bei weitem nicht ausgleichen kann.

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2009 auf 208,2 Mio. Euro. CDU und CSU zusammen verzeichneten Ausgaben in Höhe von fast 245 Mio. Euro.

37,9% der gesamten Ausgaben der SPD wurden für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb aufgewendet.

Der Anteil der Ausgaben für Wahlkämpfe ist in 2009 mit dem Europa- und dem Bundestagswahlkampf hoch, die SPD hat für Wahlkämpfe 84,9 Mio. Euro ausgegeben, die CDU 87,9 Mio. Euro.

Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 154,7 Mio. Euro. Bei den Besitzposten entfallen 112,7 Mio. Euro auf Haus- und Grundvermögen.

Es werden die Daten aus dem Rechenschaftsbericht des Jahres 2009 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2010 noch nicht veröffentlicht sind. -->

■ Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2009														
	SPD		CDU		CSU		CDU / CSU		GRÜNE		FDP		DIE LINKE	
EINNAHMEN	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%	EURO	%
Mitgliedsbeiträge	46.027.049	26,56	41.364.798	25,42	9.353.810	22,29	50.718.608	24,78	5.982.321	19,58	7.846.408	18,14	9.989.024	36,64
Mandatsträgerbeiträge u. ähnl. regelm. Beiträge	22.283.768	12,86	18.407.988	11,31	2.999.688	7,15	21.407.676	10,46	5.708.424	18,69	2.572.146	5,95	2.683.782	9,84
Spenden von nat. Pers.	14.545.070	8,39	26.170.350	16,08	4.956.805	11,81	31.127.155	15,21	4.525.980	14,81	10.388.101	24,02	2.700.234	9,91
Spenden von jur. Pers.	4.217.400	2,43	14.949.356	9,19	4.113.771	9,80	19.063.127	9,31	919.025	3,01	5.796.974	13,40	177.526	0,65
Einn. aus Unternehmens-tätigkeit u. Beteiligungen	10.131.842	5,85	1.256	0,00	0	0,00	1.256	0,00	725	0,00	417.622	0,97	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	10.926.525	6,30	4.042.517	2,49	518.510	1,24	4.561.027	2,23	259.490	0,85	399.516	0,92	312.794	1,15
Einn. aus Veranstalt., Ver-trieb von Druckschr. etc.	18.001.044	10,39	14.188.383	8,72	7.990.722	19,04	22.179.105	10,83	914.527	2,99	2.967.178	6,86	248.645	0,92
Staatliche Mittel	39.637.451	22,87	41.905.937	25,75	11.708.611	27,90	53.614.548	26,19	11.095.447	36,32	12.644.177	29,23	10.705.922	39,27
Sonstige Einnahmen	7.550.397	4,35	1.695.260	1,04	329.058	0,77	2.024.318	0,99	1.145.492	3,75	221.623	0,51	442.460	1,62
GESAMT	173.320.546	100,00	162.725.845	100,00	41.970.975	100,00	204.696.820	100,00	30.551.431	100,00	43.253.745	100,00	27.260.387	100,00
AUSGABEN														
Personalausgaben	51.270.477	24,62	44.599.477	22,27	9.815.778	21,93	54.415.255	22,21	9.934.793	26,82	5.157.715	10,01	9.460.516	28,02
Lauf. Geschäftsbetrieb	27.839.487	13,37	30.702.149	15,33	7.122.396	15,91	37.824.545	15,44	5.232.150	14,12	9.787.684	19,00	4.346.033	12,87
Allg. politische Arbeit	34.724.709	16,68	30.932.115	15,45	12.979.703	29,00	43.911.818	17,92	5.754.573	15,53	9.520.391	18,49	5.765.328	17,08
Wahlkämpfe	84.885.123	40,77	87.998.909	43,95	14.386.281	32,14	102.385.190	41,79	15.597.350	42,10	25.584.098	49,68	14.106.248	41,79
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.821.652	4,24	2.234.788	1,12	0	0,00	2.234.788	0,91	405.211	1,10	163.106	0,32	4.283	0,01
sonstige Zinsen	496.377	0,24	391.850	0,20	297.851	0,67	689.701	0,28	7.411	0,02	1.216.086	2,36	13.703	0,04
sonstige Ausgaben	172.324	0,08	3.379.206	1,69	157.922	0,35	3.537.128	1,45	116.096	0,31	70.544	0,14	64.329	0,19
GESAMT	208.210.149	100,00	200.238.494	100,00	44.759.931	100,00	44.998.425	100,00	37.047.584	100,00	51.499.624	100,00	33.760.440	100,00
Überschuss / Defizit	-34.889.603		-37.512.649		-2.788.956		-40.301.605		-6.496.153		-8.245.879		-6.500.053	
Reinvermögen	154.747.514		147.054.705		24.003.621		171.058.326		20.337.526		-934.551			

BERICHT DER GENERALEKRETÄRIN 2009–2011

	Seite
A. Einleitung	520
B. Politischer Bericht der Generalsekretärin	520
C. Bericht über die Arbeit der Abteilungen des WBH	522
1. Abteilung Partei	522
a) Mitgliederservice und –betreuung	523
b) Mitgliederwerbung und –entwicklung	523
c) Zukunftsfonds	524
d) Parteischule	524
(1) Innovation, Qualifizierung und Personalentwicklung (IPQ)	524
(2) Ehrenamtliche Bildung	525
(3) Sozialdemokratische Kommunal-Akademie	526
(4) Führungsakademie der sozialen Demokratie	526
e) Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V.	527
f) Regine Hildebrandtpreis	527
2. Abteilung Politik	528
a) Politische Arbeit der Abteilung	528
b) Foren	528
(1) Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität	528
(2) Kulturforum der Sozialdemokratie	528
(3) Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie	529
(4) Forum Bildung	530
c) Arbeitskreise	531
(1) Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD	531
(2) Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	532
d) Kommissionen	532
(1) Kommission „Zukunft der Alterssicherung und Schutz vor Altersarmut“	532
(2) Kommission Gleichstellungspolitik	532
(3) Grundwertekommission	533
(4) Medienkommission	533
(5) Energiekommission, Gesprächskreis Energie	534

	Seite
e) Gesprächskreise	534
(1) GK Verbraucherpolitik	534
(2) Gesprächskreis Demografie	534
(3) Gesprächskreis „Inklusion und Teilhabe“	535
(4) Gesprächskreis Verkehrspolitik	535
f) Projektgruppe Bürgerversicherung	536
g) Selbst Aktiv - Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD	536
h) Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	537
3. Abteilung Kommunikation	537
a) Die Kampagnen des SPD-Parteivorstandes	537
(1) Die Zukunftswerkstatt Faires Deutschland	537
(2) Die Gesundheits-Kampagne	539
(3) Weitere Kampagnen des SPD-Parteivorstandes	540
b) Die Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Parteivorstandes	541
c) Der Aufbau des Newsdesk und das neue spd.de	542
d) Die Veranstaltungen des SPD-Parteivorstandes	542
4. Abteilung Internationale Politik	543
a) Internationale Solidarität	543
b) Eine starke, soziale und demokratische Europäische Union	543
c) Vorausschauende Friedenspolitik	543
d) Globalisierung gerecht gestalten	544
e) Eine aktive Menschenrechtspolitik	544
f) Internationale und europäische Parteeinzusammenarbeit	545
g) Reform der Sozialistischen Internationale (SI)	545
h) Neue Inländer	545
5. Newsdesk	546

EINLEITUNG

Liebe Delegierte, liebe Genossinnen, liebe Genossen,
zum ordentlichen Parteitag 2011, mit dem die Wahlperiode des Parteivorstandes und damit auch der Generalsekretärin zu Ende geht, lege ich Euch diesen Bericht über die Arbeit des Willy-Brandt-Hauses in den letzten zwei Jahren vor.

Um euch einen schnellen Überblick zu ermöglichen, habe ich die politische Arbeit des Willy-Brandt-Hauses in den Mittelpunkt des Berichtes gestellt. Wir haben uns nach der Wahlniederlage 2009 im Willy-Brandt-Haus als Team neu aufgestellt und in den Prozess der Erneuerung der SPD gestürzt. Die Zusammenarbeit war im gesamten Haus sehr gut, Projekte wurden engagiert durchgeführt und neue Ideen entwickelt.

Dafür danke bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich!

Über die Arbeit der Abteilung Finanzen berichtet die Schatzmeisterin in ihrem Bericht.

Ich wünsche Euch viel Spaß bei der Lektüre und einen spannenden Parteitag

Andrea Nahles

POLITISCHER BERICHT DER GENERALEKRETÄRIN

Zwei Jahre nach der historischen Wahlniederlage der SPD in der Bundestagswahl 2009 findet der Ordentliche Parteitag 2011 in Berlin statt. Zwei Jahre, in denen die SPD nicht in Agonie verfallen ist, sondern sich konsolidiert und erneuert hat.

Bei diesem Prozess hat sie aus der Kraft ihrer Geschichte geschöpft, in der sie weit schwerere Prüfungen zu bestehen hatte. Sie hat die Orientierung nie verloren, weil die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ihr einen klaren Kompass geben. Vor allem aber hat sie sich auf ihre Mitglieder verlassen können, die die SPD jeden Tag tragen, ihre Kompetenzen und Meinungen einbringen und so auch in den letzten beiden Jahren die Konsolidierung und Erneuerung unserer Partei zum Erfolg geführt haben.

Der Beitrag der Mitglieder begann direkt nach der Bundestagswahl in Veranstaltungen der Parteigliederungen, in denen Sigmar Gabriel und ich noch als Kandidaten für unsere Ämter zu Gast waren. Er wurde fortgesetzt durch die vielen Beiträge, die bei der ersten Ortsvereins- und Unterbezirksbefragung der SPD eingereicht wurden und durch die Diskussionen in den beiden Unterbezirksvorsitzendenkonferenzen. Die richtigen Schritte zur Reform und Öffnung der SPD wurden in Werkstattgesprächen diskutiert, in den verschiedensten Gremien unserer Partei und in der Organisationspolitischen Kommission. Und schließlich wurde der Entwurf für das erste Organisationspolitische Grundsatzprogramm in der Geschichte unserer Partei wieder in Veranstaltungen der Parteigliederungen mit Sigmar Gabriel und mir diskutiert.

In all diesen Gesprächen und Diskussionen ging es aber nicht nur um die organisatorische Erneuerung der SPD, sondern auch um die programmatische Konsolidierung. Und auch hier stand das Gespräch im Mittelpunkt, das Ringen um die Weiterentwicklung unserer Positionen – gegründet auf unsere Werte und zielend auf eine Verbesserung des Lebens aller Menschen, ambitioniert und doch mit Sinn für das Machbare.

Dafür haben wir Zukunftswerkstätten zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit eingerichtet, denn wir waren überzeugt, dass die programmatische Erneuerung der SPD nur im Dialog der Mitglieder aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes erfolgen kann. Deshalb haben wir nicht nur auf Expertenrunden gesetzt, sondern beispielsweise auch auf Bürgerforen und Online-Konferenzen. Um eine bessere Politik für die Mehrheit der Menschen in unserem Land zu machen, müssen unsere Diskussionen auch in der gesamten Breite unserer Gesellschaft stattfinden.

In diesem Prozess haben wir auch analysiert, was in dem knappen Jahrzehnt unserer Regierungsverantwortung gut war und wie wir es zeitgemäß weiter entwickeln können. Wir haben aber auch kritisch aufgearbeitet, was seine Ziele nicht erreicht, Menschen enttäuscht und zu unserer Wahlniederlage beigetragen hat. Und auch hier haben wir unsere Positionen weiter entwickelt, um Fehlentwicklungen zu korrigieren, zum Beispiel in der Arbeits- und Sozialpolitik bei der Leiharbeit und der Rente mit 67. Aber wir haben uns auch neuen Fragen in diesem Bereich zugewandt, wie der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben in der flexibilisierten Arbeitswelt.

Fortgeschrieben haben wir unsere Konzepte auch dort, wo wir in der Großen Koalition aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht weiter gekommen sind: Bei der Bürgerversicherung, bei Bildung und Integration und in der Familienpolitik. In all diesen Bereichen haben wir bessere und gerechtere Konzepte als andere Parteien und besonders gegenüber Union und FDP, die häufig gar keine schlüssigen und nur an einer Minderheit der Gesellschaft orientierten Konzepte haben, weil sie nur Partikularinteressen und keinen gesamtgesellschaftlichen Zielen verpflichtet sind.

Schließlich haben wir einen neuen Anlauf genommen, Antworten auf die großen Probleme unserer Zeit zu geben: Die dramatisch abnehmende Handlungs- und Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand aufgrund einer ungesicherten Finanzierung. Die Finanzmarktkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Refinanzierung von Staaten im Euroraum. Und schließlich die mit beiden Problemen verbundene und von diesen verstärkte Krise unserer Demokratie. Die SPD wird mit dem Parteitag einen wichtigen Schritt ihrer programmatischen Erneuerung vollziehen.

Aber die besten Positionen und Programme nützen nichts, wenn wir sie nicht in Regierungsverantwortung umsetzen können. Daher haben wir die vergangenen zwei Jahre auch genutzt, um die Kampagnenfähigkeit der SPD zu konsolidieren und zu erneuern. Wir haben die Kontakte zu Multiplikatoren aufgefrischt und den Faden wieder aufgenommen, wo er dünn geworden war und vor dem Abreißen stand. Deshalb haben wir nahe stehende Organisationen in unsere Zukunftswerkstätten, Kommissionen neue Gesprächskreise eingebunden. Neu eingeführt haben wir jährliche Gewerkschafter- und Betriebsrätekonferenzen, die wir nach Veranstaltungen in Bochum 2010 und Mannheim 2011 im kommenden Jahr in Schleswig-Holstein fortsetzen wollen.

Den Dialog mit Multiplikatoren, auch außerhalb von Wahlkämpfen, werden wir fortsetzen. Wir müssen aber auch direkt im sozialen Nahraum der Menschen präsent sein, dort wo „das Leben gelebt wird“. Das

kann der Arbeitsplatz sein, die öffentliche Einrichtung, das Wohnumfeld oder auch das virtuelle soziale Netzwerk. Deshalb haben wir 2011 die Praxistage Gesundheit durchgeführt, bei denen über 200 Politikerinnen und Politiker der SPD im Gesundheitswesen mitgearbeitet haben, ohne Presse und großen Aufmarsch. An die Arbeitstage haben sich Abendveranstaltungen angeschlossen, bei dem Patienten und Personal in verschiedenen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen direkt mit den Mandats- und Funktionsträgern der SPD in Kontakt kommen und über ihre Probleme und Sorgen sprechen konnten.

Deshalb haben wir bei der Bürgerschaftswahl in Bremen ein Projekt gefördert mit systematischen Hausbesuchen und Gesprächen mit Bewohnern in Wohnvierteln, in denen die Wahlbeteiligung besonders niedrig, die Bereitschaft SPD zu wählen aber besonders hoch ist. Damit waren wir in einem Wohnumfeld präsent, das sonst kaum mit Politik in Berührung kommt.

Gerade bei vielen jungen Menschen findet ein nicht unerheblicher Teil des Soziallebens inzwischen aber auch im Internet statt. Deshalb haben wir einen Newsdesk eingerichtet, der nicht nur unsere Website auf Dialog getrimmt hat, sondern vor allem eine Präsenz der SPD und ihrer Ideen und Positionen in sozialen Netzwerken sicher stellt.

Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen stellen wir die SPD so auf, dass wir mit der stärksten Kampagnenorganisation aller politischen Parteien in den Bundestagswahlkampf gehen können. Denn wir wollen die schwarz-gelbe Bundesregierung ablösen, damit die Menschen in Deutschland das Vertrauen in eine Politik zurück gewinnen, die dem Gemeinwohl und der Gerechtigkeit verpflichtet und bereit ist, Verantwortung für unser Land und Europa zu übernehmen.

In den vergangenen zwei Jahren konnten wir in allen Bundestagswahlen die Regierungsverantwortung verteidigen oder erlangen. Die Konsolidierung und Erneuerung der SPD als Regierungspartei erfolgt so über die Länder. Das stärkt auch die Bundespartei.

Die SPD geht konsolidiert und erneuert in die zweite Hälfte der Legislaturperiode des Bundestages. Wir wollen und können Angela Merkel im Kanzleramt ablösen und eine bessere Politik für Deutschland und Europa machen. Den Grundstein dafür haben wir in den vergangenen zwei Jahren gelegt.

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER ABTEILUNGEN DES WBH

1. Bericht der Abteilung I, Partei

A) MITGLIEDERSERVICE UND -BETREUUNG

In den letzten beiden Jahren hat die Abteilung Partei ihr Serviceangebot für Mitglieder und Gliederungen erweitert und überarbeitet.

Seit April 2011 werden in der neuen Reihe „Der Rote Faden“ in regelmäßigen Abständen verschiedene Arbeitshilfen und Handreichungen zu unterschiedlichen Themen (z.B. Mitgliederwerbung, Jahres-

hauptversammlung usw.) für die praktische Parteiarbeit vor Ort zusammengestellt. „Der Rote Faden“ ist im Mitgliederbereich von www.spd.de herunterzuladen.

Im März 2011 erschien im neuen Layout das überarbeitete Ortsvereinshandbuch.

Das Handbuch liefert Ideen, Unterstützung und Hilfe für die Arbeit im Ortsverein.

Vor allem – aber nicht nur – bietet es für neu gewählte Ortsvereinsvorstandsmitglieder in den Kapiteln „Die bürgernahe Partei“ und „Ortsvereinsarbeit konkret“ Anregungen und Tipps, die Ortsvereinsarbeit attraktiver und spannender zu gestalten. Das Kapitel „Öffentlichkeitsarbeit und neue Medien“ beinhaltet Hinweise zur aktiven Pressearbeit vor Ort und das Kapitel „Rechtliche Grundlagen für den Ortsverein“ gibt Antworten auf tagtägliche Rechtsfragen der Parteiarbeit.

Pünktlich zum ordentlichen Bundesparteitag 2011 wird die SPD-Aktionsbörse im internen Mitgliederbereich von www.spd.de wiederbelebt. Die SPD-Aktionsbörse soll der Dreh- und Angelpunkt von Ideen, Aktionen und Projekten der Partei sein. Hier sollen Gliederungen Ideen und Anregungen unterschiedlicher Formen und unterschiedlicher Arten abrufen und Ideen wieder einspeisen können. Die Gliederungen sollen dabei via Internet von der Kreativität aller Mitglieder profitieren. Die SPD-Aktionsbörse ist eine Datenbank mit Aktionen von Mitgliedern für Mitglieder.

Zur Verbesserung des Umgangs mit ausgetretenen Mitgliedern ist ein Pilotprojekt in zwei ausgewählten Landesverbänden/Bezirken mit einer zentralen Austrittsbearbeitung im Willy-Brandt-Haus in Planung mit dem Ziel, auf jeden Austritt mit einem Rückholversuch zu reagieren.

Ein Konzept zum Umgang mit Austritten und notwendigen Kommunikationsstandards beim Eintreffen von Austrittserklärungen wurde mit dem Ziel der effektiven Rückgewinnung von Mitgliedern erarbeitet und im Rahmen einer Abfrage bei den Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und Bezirke ausgewertet.

Zur besseren Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den SPD-Wahlkreis- und -bürgerbüros in den Informationsfluss der SPD lädt die Generalsekretärin seit Dezember 2010 regelmäßig zu Telefonschaltkonferenzen ein. Ziel ist, herauszufinden, wie das Willy-Brandt-Haus deren Arbeit sinnvoller unterstützen kann und die MitarbeiterInnen direkt mit aktuellen Informationen zu versorgen.

Im Frühjahr 2010 fand die erste Befragung aller Unterbezirke und Ortsvereine statt. Die Ergebnisse der Befragung wurden am 30. Mai 2010 auf der Unterbezirkvorsitzenden-Konferenz vorgestellt. Ausgehend davon fanden in der zweiten Jahreshälfte sechs Werkstattgespräche statt, in denen zusammen mit Vertretern aller Gliederungsebenen unterschiedliche Aspekte diskutiert wurden. In den Gesprächen wurde eine Vielzahl an konkreten Vorschlägen zur Reform der Partei und zur Erstellung des organisationalpolitischen Grundsatz-Programms an das Willy-Brandt-Haus herangetragen.

B) MITGLIEDERWERBUNG UND -ENTWICKLUNG

Die Seminarreihe zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurde regelmäßig mit bis zu 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fortgesetzt, und zwar in Nord-Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Brandenburg, Thüringen und im Saarland. Im Rahmen der

Parteischulwoche 2010 wurde ein Workshop zur Mitgliederwerbung angeboten.

Die Ausstellung „OV-Partnerschaften zwischen SPD-Ost und SPD-West“ im Rahmen der Veranstaltung „20 Jahre SPD in Ost und West“ und des Bundesparteitages 2010 wurde konzipiert, vorbereitet und durchgeführt. Ein Konzept zur Unterstützung von neuen Ortsvereinsvorsitzenden mit kleinen/inaktiven Ortsvereinen wird entwickelt.

Zum Jahresende 2010 zählte die SPD rund 503.000 Mitglieder. Das sind im Saldo (Neueintritte, Austritte und Todesfälle eingerechnet) rund 9.500 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Damit ist die Bilanz weiterhin – wie bei vielen anderen Großorganisa-tionen – negativ, aber weit entfernt von den starken Verlusten der letzten Jahre. Im Laufe des Jahres 2011 unterschritt die Mitgliederzahl die Marke von 500.000. Zum Monatsende Oktober 2011 betrug sie 493.664. Es deutet sich ein Anstieg von Eintritten im Jahr 2011 an.

C) ZUKUNFTSFONDS

20 kreative Ideen und Konzepte für Zukunftswerkstätten vor Ort wurden im Rahmen eines Zukunftsfonds mit jeweils 500 Euro ausgezeichnet. Unter den Preisträgern sind überzeugende Beispiele für Zukunftswerkstätten und insbesondere für die Öffnung der SPD.

D) PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS

Der Parteivorstand hat im Berichtszeitraum seine Expertise im Bildungsbereich weiter ausgeweitet. Die Bildungsarbeit im Ehrenamt wurde personell besser ausgestattet und gewährleistet damit ein breiteres und größeres Angebot für die Mitglieder unserer Partei.

(1) Innovation, Qualifizierung und Personalentwicklung (IPQ)

Für die Weiterbildung der Hauptamtlichen haben Willy Brandt und Peter Glotz die Parteischule 1986 wieder gegründet. Die betrieblichen Bildungsangebote wurden 2010 und 2011 stark geprägt durch die bundesweiten Schulungen zur neuen Mitgliederadressverwaltung MAVIS II. Über 500 Kolleginnen und Kollegen nahmen an den Basisschulungen teil. Und an den MAVIS II User Days 2011 erweiterten 250 Beschäftigte ihr Wissen.

Zum dritten Mal nach 2005/06 und 2007/08 führte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus einen speziellen Lehrgang für neue Beschäftigte durch. 25 Parteiangestellte, 15 Frauen und 10 Männer, nahmen an den sechs Modulen „IPQ-Politikmanagement für Neue“ teil. Praktisches Organisationswissen und moderne Managementtechniken eigneten sich die Teilnehmenden an.

Kernstück der betrieblichen Weiterbildung blieb die jährliche IPQ-Parteischulwoche. 2011 fand sie bereits zum sechsten Mal statt. Bis zu 60 Parteiangestellte bildeten sich in zahlreichen Workshops und Seminaren weiter. Jede und jeder konnte sich ein individuelles Fortbildungsprogramm zusammen stellen. Und die politische Diskussion mit der Generalsekretärin und der Bundesgeschäftsführerin kam auch nicht zu kurz. Kulturelle Angebote (Liederabend, Lesungen, Filmvorführungen) und aktivierende Angebote (Yoga, Qi Gong) garnierten die Parteischulwoche.

Fortgesetzt wurden die IPQ-Kleeblatt-Seminare. Ihr Name verweist auf die vier beteiligten Organisationen DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und SPD. Je zehn Nachwuchskräfte aus den vier Organisationen lernen und arbeiten zusammen in einem dreitägigen Workshop. 2010 widmete sich das Kleeblatt-Seminar der Wirtschaftspolitik: „Menschen. Märkte. Mächte. Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik aus Sicht von Gewerkschaften, Parteien und politischen Stiftungen.“ 2011 folgte das Seminar „Meinungsmacher, Meinungsmärkte, Meinungsmedien. Herausforderungen für die Mediendemokratie aus Sicht von Gewerkschaften, Parteien und Stiftungen“.

Zum Konzept der Zukunftswerkstatt veranstaltete die Parteischule gemeinsam mit Prof. Dr. Axel Burow (Uni Kassel) exklusiv ein „Training on the Job“ am 4./5. September 2010 zur Bürgerkonferenz mit Sigmar Gabriel.

Zehnmal führte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus das Tagesseminar „Mitgliederwerben praktisch gemacht“ dezentral durch. Der jeweilige Landesverband war eingebunden. Zum Abschluss wurden die Seminarergebnisse jeweils dem/der Mitgliederbeauftragten des Landesverbands präsentiert, damit die Ergebnisse den Weg auch über die Gremien in den Alltag der Partei finden.

Fortgesetzt wurde die betriebliche Weiterbildung Qualifizierung, Innovation und Personalentwicklung (QIP) im Willy-Brandt-Haus, das sich als moderne und leistungsfähige Parteizentrale bewiesen hat. Das Repertoire hat sich in den Jahren 2010/11 auf über 70 verschiedene Module ausgeweitet. Ein innovativer Höhepunkt war im Jahr 2010 die Inhouse-Schulung in Kooperation mit der IHK Berlin. Im Willy-Brandt-Haus absolvierten 17 KollegInnen eine „Ausbildung der Ausbilder“, um die Qualität der Ausbildung im Willy-Brandt-Haus zu verbessern.

(2) Ehrenamtliche Bildung

Um die Bildungsarbeit vor Ort effektiv zu unterstützen, wurden 2010 und 2011 Aktive im politischen Ehrenamt im Rahmen des Projekts Train the Trainer dafür ausgebildet, politische Prozesse mit didaktischem und methodischem Handwerkszeug souverän und begeistert zu steuern und aktiv zu beeinflussen. Dafür wurden sie in die Lage versetzt, politisch interessierte und aktive Menschen in beteiligungsorientierte, zielgerichtete, effiziente und auch kampagnenorientierte Arbeit einzuführen. Insgesamt 32 Personen wurden so zu Basistrainer/innen für bürgerschaftliches Engagement ausgebildet. Sie bieten nun Seminare in den Landesverbänden an. Diese Qualifizierungsmöglichkeit bleibt auch in Zukunft aufrecht erhalten.

Die Erkenntnis, dass die (Weiter-)Bildung unserer Mitglieder ein wichtiges Gut zum Erhalt unserer Argumentations- und Arbeitsfähigkeit ist, durchzog die gesamten Planungen der Parteireform. Dabei galt es, mit einem größeren, bedürfnisgerechten Angebot die Aktiven vor Ort zu unterstützen.

Ein erster Schritt dafür war die Erarbeitung eines neuen Handbuchs „Politische Bildungsarbeit. Tipps, Methoden und Ideen“. Das Handbuch erschien im November 2011. In den kommenden zwei Jahren werden die Bildungsangebote konsequent ausgeweitet.

Das Netzwerk Politische Bildung ist das Bildungsnetz der sozialdemokratischen Familie. Es hat seit seiner Gründung im Jahr 2000 erkennbar das Zusammenspiel der politischen Bildner, die sich den

Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet sehen, konstruktiv unterstützt. Die große Konferenz des Netzwerks Politische Bildung am 23. März 2010 widmete sich den Zukunftswerkstätten. In der Diskussion mit der SPD-Generalsekretärin tauschten die politischen BildnerInnen ihre Erfahrungen aus. Moderne politische Bildung setzt ganz selbstverständlich auf kreativen Dialog statt Monolog, auf kritische Auseinandersetzung statt Belehrung, auf aktives Lernen statt passivem Konsum. Viele praktische Anregungen für die politische Arbeit können die BildungsarbeiterInnen bereitstellen.

(3) Sozialdemokratische Kommunal-Akademie

Politischer Nachwuchs wird gebraucht. Die SPD beantwortet die Nachwuchsfrage - neben vielen dezentralen Aktivitäten - auf der Bundesebene mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Diese gilt unumstritten als Vorbild für moderne, praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Sie wird international beachtet. In 14 der 16 Bundesländer gibt es eigenständige Kommunal-Akademien oder ähnliche Angebote. Die SPD weiß: Wer ernten will, muss säen. Die SPD investiert in die Nachwuchsförderung.

Der Parteivorstand und die Bundes-SGK haben die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie 2001 gegründet. Sie verfolgen ein klares Ziel: Junge Menschen, die aus der politischen Praxis kommen, erweitern ihre Fähigkeiten für wirksames Engagement. Sie werden auf Führungsaufgaben vorbereitet.

Gefördert werden jährlich in zwei Kursen 60 Frauen und 60 Männer. Sie sind idealerweise zwischen 20 und 40 Jahre alt und haben bereits ihr politisches Leistungsvermögen und Engagement unter Beweis gestellt.

Bisher haben 37 Kurse mit über 1.200 jungen Talenten stattgefunden. Ein Kurs besteht aus vier Modulen. Ein vierköpfiges Trainerteam steuert den innovativen 3er-Mix. Der besteht aus erstklassigem kommunalpolitischen Fachwissen, hochwirksamen Methodenkompetenzen und strategischer politischer Orientierung. Stärken statt Defizitorientierung heißt die Devise. Hochkarätige Europa-, Bundes-, Landes- und KommunalpolitikerInnen geben politisches Spezialwissen weiter.

Die Plätze in der Kommunal-Akademie sind heiß begehrt. Die SPD-Bezirke und Landesverbände meldeten für den nächsten Kurs 121 Personen an. Da bedarf es eines klug gegenderten Verfahrens, damit je 30 Frauen und 30 Männer von den Kursen profitieren - gut so für die SPD, gut für die Demokratie. Die Kommunal-Akademie wird so auch zum strategischen Instrument für die Frauenförderung. Seit 2011 ist tatsächlich erreicht, was schon immer als Beschluss auf dem Papier stand: Junge Frauen und Männer werden gleichermaßen gefördert.

(4) Führungsakademie der sozialen Demokratie

Drei bodenständige Grundsätze leiten die politische Personalarbeit auch in der SPD-Führungsakademie:

1. In der Politik gilt wie im Spitzensport: Die Profikarriere ist die Ausnahme. Der „bürgerliche“ Beruf muss immer der Plan A sein - Berufspolitik ist Plan B. Nur in 1,5 Prozent der Fälle kehrt sich das um!
2. In der Politik ist die praktische Laufbahn zugleich die Ausbildung. Wer erfolgreich sinnvolle Auf-

gaben meistert, entwickelt in der Aufeinanderfolge von Aufgaben, Funktionen und Ämtern auch politische Kompetenzen und die Karriere.

3. „Nicht die Politik verdirbt den Charakter. Schlechte Charaktere verderben die Politik.“ (Johannes Rau) Die echte Grundlage von „Politik“, nämlich die notwendige Haltung, muss jede und jeder wertorientiert leben. Das politische Handwerk kann man dazu lernen. Da hilft gezielte Weiterbildung sehr.

In der 2007 gegründeten „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ absolvierten 35 Personen bereits das dritte zweijährige Fellowship-Programm (Akademienmitgliedschaft). Die Führungsakademie bot das notwendige Können, Wissen und Verhaltensrepertoire für politische Führungskräfte. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt.

Angesprochen werden Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z.B. Oberbürgermeister/innen oder Landräte) sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Partei. Für das vierte Fellowship-Programm 2012-2013 wählte das Präsidium 21 Frauen und 20 Männer aus. Insgesamt sind somit 160 Personen in die Führungsakademie involviert.

E) FORUM OSTDEUTSCHLAND DER SOZIALDEMOKRATIE E.V.

Im Mai 2011 fand die Veranstaltung „Gesundheitspolitik im Jahr 2025 – Ostdeutschland als Innovationsregion“ in Gotha mit der Thüringer Sozialministerin Heike Taubert statt. Die Jahreshauptversammlung des Vereins mit Neuwahl des Vorstandes und der anschließenden Festveranstaltung „15 Jahre Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie“ folgte im Juni im Willy-Brandt-Haus mit den Ehrengästen Gesine Schwan und Erhard Eppler. Der „Kulturempfang des Forum Ostdeutschland“ fand im August in Schwerin mit Erwin Sellering und Manuela Schwesig statt.

Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „Das politische Frühstück“ waren im Jahr 2011 folgende Gäste im Gespräch mit Wolfgang Tiefensee: Sigmar Gabriel im Februar, Frank-Walter Steinmeier im März, Claudia Roth im April, Klaus Wowereit im Mai, Matthias Wissmann im Juni, Rüdiger Grube im Juli. Diese Veranstaltungsreihe wird sehr gut besucht und trägt sich fast ausschließlich über Eintrittsgelder der Teilnehmer.

Im September wurde eine Festveranstaltung in Görlitz zum Thema „90 Jahre Görlitzer Programm der SPD“ begleitend durchgeführt. Darüber gab es in Kooperation mit der FES ein „Unternehmerfrühstück“ in Burg bei Magdeburg und die Veranstaltung „Der Verfolgung ein Gesicht geben – Sozialdemokraten in SBZ/DDR zwischen 1945-1961“ in Berlin. Die gleichnamige Ausstellung präsentierten das Forum Ostdeutschland gemeinsam mit dem Freundeskreis WBH im August im Willy-Brandt-Haus.

F) REGINE HILDEBRANDT-PREIS

Die Ausrichtung des Regine Hildebrandt-Preises fand 2011 zum zehnten Todestag von Regine Hildebrandt am 26.11.2011 im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt. Ausgezeichnet wurde unter Beteiligung von Manuela Schwesig, Matthias Platzeck und Sylvia Brettschneider das Ensemble Quillo aus Brandenburg und der Verein Rothener Hof aus Mecklenburg Vorpommern. Manuela Schwesig übernahm die Schirmherrschaft des Preises von Dr. Christine Bergmann.

2. Abteilung Politik

A) POLITISCHE ARBEIT DER ABTEILUNG

In der politischen Abteilung des Willy-Brandt-Hauses wurde die laufende inhaltliche politische Arbeit koordiniert und begleitet. Es wurden Auswertungen im Archiv erstellt, Wahlen ausgewertet und Erkenntnisse über die politische Konkurrenz zusammengestellt. Vor allem wurde in den Arbeitsgemeinschaften, Zukunftswerkstätten, Foren, Kommissionen, Gesprächskreisen und Projektgruppen mit Experten aus Partei, gesellschaftlichen Gruppen und Wissenschaft anhand von inhaltlichen Fragestellungen der kontinuierliche Dialog mit Partnern und Zielgruppen gepflegt.

All diese Aktivitäten haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich die SPD inhaltlich weiter entwickeln und neu aufstellen konnte.

B) FOREN

(1) Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Die SPD ist die Partei der Nachhaltigkeit in Deutschland. Keine andere politische Kraft bemüht sich in gleicher Weise darum, soziale, ökonomische und ökologische Aufgabenstellungen miteinander zu verbinden. Nur mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit sind die Ziele sozialdemokratischer Politik zu erreichen, gleichzeitig steigt der Bevölkerungsanteil, der von der Politik nachhaltige Lösungsansätze einfordert. Das Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität hat sich im Mai 2010 neu konstituiert. Ein Themenschwerpunkt ist die Frage nach einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung, die sich an der Lebensqualität der Menschen statt per se am Wachstum misst. Als Teil einer nachhaltigen Neujustierung ist auch das Steuersystem mit den verschiedensten Subventionstatbeständen betroffen. Subventionen sollen dorthin fließen, wo gesellschaftlich erwünschtes Verhalten Strukturwandel gestaltet und für gleiche Lebensbedingungen sorgt. Im Dezember 2010 hat das Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität einen Beschluss zum Abbau ökologisch schädlicher Steuern vorgelegt.

(2) Kulturforum der Sozialdemokratie

Aufgabe des Kulturforums der Sozialdemokratie bleibt es laut Satzung, „Fragen der kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und international durch Veranstaltungen, Publikationen oder auf andere geeignete Weise aufzugreifen und durch möglichst umfassende Erörterung zu ihrem Verständnis beizutragen“. Es setzt sich für künstlerische und intellektuelle Belange besonders ein, trägt zur Erweiterung des Sachverständnisses der SPD in kulturpolitischen Fragen bei und bietet sich als respektabler Ansprechpartner für engagierte Personen und Gruppen aus dem Kulturleben an. Gerade in grundsätzlichen Fragen zur kulturellen Entwicklung und zu den Ideen sozialer Demokratie liegt ein Schwerpunkt des Meinungsaustausches. Das Kulturforum kümmert sich - über Wählerinitiativen, Aufrufe und Unterstützertreffen hinaus - darum, „Geist und Macht“ zusammenzubringen und trägt dazu bei, die Sozialdemokratie neuen künstlerischen wie intellektuellen Impulsen auszusetzen. Es versteht sich – auch innerparteilich – als Lobby von Kunst und Kultur.

Dabei wird das Kulturforum im Willy-Brandt-Haus von rund 35 aktiven regionalen Kulturforen

getragen, die vom Saarland bis Sachsen-Anhalt, von Hamburg bis München den Kontakt in die Kulturszenen hinein pflegen. Besonders der 14-tägig erscheinende elektronische Newsletter des Kulturforums entwickelte sich im Berichtszeitraum zu einer festen Größe des Austausches über regionale Kulturforumsaktivitäten, künstlerische Events sowie kulturpolitische Beiträge (unter: www.kulturforen.de). Bei aller elektronischen Kommunikation wurde das jährliche Treffen der regionalen Kulturforen zu einem jährlichen Höhepunkt des Austausches und der ehrenamtlichen Motivation.

2010 wurden erste Schritte der programmatischen Neuaufstellung in einer dreifachen Krisensituation der Kultur begonnen: Erstens das Thema der kulturellen Bildung und musischen Erziehung, die vielfach gefährdet erscheint, obwohl sie für die Zukunft der Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Zweitens der Kampf um eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Gutes Kultur, gerade kommunal und auf Länderebene, und als Folge von Verschuldung und Finanzkrise von 2008. Drittens die Wahrung der Interessen kultureller Urheber angesichts der immer allumfassenderen Digitalisierung, natürlich auch als Chance gesehen, als Aufbruch einer neuen Kreativwirtschaft.

2011 wird diese programmatische Arbeit, besonders in Hinblick auf einen „Kreativpakt“, der Anbieter und Verwerter kreativer Dienstleistungen einbeziehen wird, fortgesetzt. Es geht darum, prekärer Beschäftigung und unsicheren Lebensverhältnissen in der Kultur- und Medienbranche entgegenzuwirken, angemessene Entlohnung und Vergütung sicherzustellen und Konzepte sozialer Sicherheit in einem von Flexibilität und Offenheit geprägten Berufsfeld zu entwickeln.

(3) Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie

Im Rahmen des Wissenschaftsforums beschäftigen sich seit der Gründung 1989 Wissenschaftler, Forscher, Hochschulangehörige und Interessierte rund um die Sozialdemokratie mit wissenschafts-, technologie- und hochschulpolitischen Fragen im Hinblick auf nationale wie auch internationale Handlungsperspektiven. Dabei versteht sich das Wissenschaftsforum als offene Diskussionsplattform für Wissenschaft und Politik. Mit wissenschaftspolitischen Kongressen, Impulsabenden und Publikationen wollen wir diesem Anspruch gerecht werden und einen wissenschaftspolitischen Dialog ermöglichen. Die regionalen Wissenschaftsforen greifen die hochschul- und forschungspolitischen Fragen ihrer Bundesländer und Regionen auf. Regelmäßig treffen sich alle Wissenschaftsforen zum Gedankenaustausch in Berlin, das letzte Treffen fand am 19. November 2011 in Berlin statt.

Der Beirat des Wissenschaftsforums wurde 2010 berufen und trifft sich zwei Mal im Jahr, um die thematischen Schwerpunkte aus der Arbeit des Wissenschaftsforums und aktuelle wissenschaftspolitische Themen zu diskutieren.

Jährlich veranstaltet das Wissenschaftsforum „Impulsabende“, zu denen Multiplikatoren aus den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Verbänden eingeladen werden. Ziel ist der gegenseitige Austausch und die Vernetzung untereinander.

Im Rahmen eines Kongresses anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Wissenschaftsforums wurde an die Entwicklungsgeschichte der Interaktion von Wissenschaft und Sozialdemokratie erinnert. Es wurden die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts im Spannungsfeld zwischen Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftlicher Verantwortlichkeit diskutiert.

Um die besondere Bedeutung von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung hervorzuheben, vergab die SPD zudem im Rahmen des Kongresses zum 20jährigen Jubiläum des Wissenschaftsforums erstmals den Fortschrittspreis für Nachwuchswissenschaftler. Ausgezeichnet wurden im Rahmen des Kongresses zwei herausragende junge Forscher, die neben der exzellenten Qualität ihrer Arbeit einen Anstoß für den gesellschaftlichen Fortschritt geliefert haben. Der Preis ging an Dr. Diana Wehlau für ihre Dissertation „Lobbyismus und Rentenreform – Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung“ und an Maren Weber für ihre Diplomarbeit „Assessing the Sustainability of Products“.

Unter dem Dach des Wissenschaftsforums gibt es seit 2010 neben dem bundesweiten Wissenschaftsforum und den regionalen Foren ein Netzwerk Junge Wissenschaft. Ziel des Netzwerks ist ein kontinuierlicher Dialog mit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und die systematische Einbeziehung ihrer Expertise in die innerparteiliche Willensbildung.

Im Jahr 2011 beschäftigte sich das Wissenschaftsforum u.a. mit der Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative. Nach dem Ende der zweiten Runde im Jahr 2017 müssen neue Wege gefunden werden, um die Dynamik, die das deutsche Hochschulsystem mit der Exzellenzinitiative erfahren hat, zu erhalten. Außerdem gilt es, unerwünschte Fehlsteuerungen in Zukunft zu vermeiden und neue, stärkere Akzente, beispielsweise im Bereich der Nachwuchsförderung, zu setzen. Am 19. Oktober 2011 fand eine Expertenanhörung zum Thema statt. Auf der Grundlage eines Thesenpapiers des Beirates des Wissenschaftsforums wurden Statements prominenter Expertinnen und Experten gehört und in der anschließenden Diskussion gemeinsam die wichtigsten Elemente einer zukunftsfähigen Hochschulfinanzierung herausgearbeitet. Als Experten haben u.a. der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner, und der Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Dr. phil. Wilhelm Krull teilgenommen.

(4) Forum Bildung

Das im Jahr 2006 gegründete Forum Bildung beim SPD-Parteivorstand hat einen kontinuierlichen Diskussionsprozess mit Fachleuten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie den Verantwortlichen in den Ländern, Kommunen und dem Bundestag organisiert und vorangebracht. Dabei stand besonders der Dialog mit Vertreter/innen aus der Praxis, aus Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft über das bildungspolitische Programm der SPD im Mittelpunkt.

An die erfolgreiche Arbeit aus den Jahren 2006 bis 2008 wurde im Oktober 2010 mit dem konstituierenden Treffen des Forums Bildung angeknüpft. Das Forum fungierte seitdem als Beratergremium der Zukunftswerkstatt Bildung.

Ziel der Arbeit im Forum Bildung ist es, eine gemeinsame Vorstellung für ein zukunftsfestes Bildungssystem zu entwickeln, das kein Kind zurück lässt und die Voraussetzungen für lebensbegleitendes Lernen schafft. Dabei werden die verschiedenen Facetten des Bildungssystems von der Schule über die Hochschule und berufliche Ausbildung bis zur Weiterbildung in den Blick genommen. Das Forum Bildung beschäftigte sich außerdem intensiv mit der Weiterentwicklung des Bildungsföderalismus. Dieses Thema wurde intensiv, auch gemeinsam mit Wissenschaftlern diskutiert. Die Beratungen im Forum Bildung und in der Steuerungsgruppe der Zukunftswerkstatt bildeten eine wich-

tige Grundlage für die Verständigung auf eine gemeinsame Position der SPD zur Weiterentwicklung des Bildungsföderalismus, die dem Parteitag zur Beschlussfassung vorliegt.

Im Forum Bildung wurden außerdem drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die intensiv grundsätzliche und aktuelle Themen aus den verschiedenen Bildungsbereichen bearbeiteten: die AG Schule, die AG Hochschule sowie die AG Lebensbegleitendes Lernen. Die wichtigsten Eckpunkte aus den Arbeitsgruppen bildeten die Grundlage für den Leitantrag des Parteivorstands zu den Themen Bildung und Integration, der im Rahmen des Bundesparteitags beschlossen werden soll.

C) ARBEITSKREISE

(1) Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)

Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD ist ein Zusammenschluss von christlichen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene. Zahlreiche Regionalgruppen flankieren die Arbeit in der Fläche, im Berichtszeitraum hat sich ihre Zahl fast verfünffacht. Ein regelmäßiger Austausch per Mail und über einen Newsletter verbindet die Aktivitäten in der Fläche mit der auf Bundesebene. Der Zusammenschluss auf Bundesebene wird durch einen Sprecherkreis vertreten. Einmal jährlich lädt der AKC zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion zu einer öffentlichen Tagung nach Berlin ein, an die sich eine Klausurtagung der Aktiven anschließt.

Auf Bundesebene und in den Regionalgruppen will der AKC die Vernetzungen von Christinnen und Christen in der SPD gezielt fördern, die Kontakte der Partei in die Diözesen und Landeskirchen sowie zu Diakonie und Caritas, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonlichkeiten verstärken und den inhaltlichen Austausch anregen und bündeln.

Bei der Jahrestagung am 19. März 2010 stellten AKC und SPD-Bundestagsfraktion die Frage „Brauchen wir neue Begründungen von Solidarität?“ zur Diskussion. Denn, so Wolfgang Thierse und Frank-Walter Steinmeier in ihren Einführungen, die gefühlte Selbstverständlichkeit, mit der Solidarität gelebt und begründet wurde, scheint in der global vernetzten Welt zu schwinden. Heinz Bude, Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel, und Gerhard Wegner, Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, untersuchten, wie sich der Solidaritätsgedanke in unserer Gesellschaft verändert hat und wie er heute neu durchbuchstabiert werden kann.

Die 2009 eingerichtete Homepage www.ak-christen.spd.de informiert und bietet Stoff zur Diskussion. Nach außen wirbt die Publikation „Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit. Christinnen und Christen in der SPD“ auf der Grundlage des Hamburger Programms für eine sozialdemokratische Politik aus christlicher Überzeugung.

Am 8. April 2011 luden AKC und SPD-Bundestagsfraktion zur Diskussion der Frage „Brauchen wir eine neue Balance von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften?“ ein.

Der zweite Teil der Tagung war dem kirchlichen Arbeitsrecht gewidmet. Am Ende der Veranstaltung stand fest: Die Weiterentwicklung des Staatskirchenrechts und die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Dritten Weges sind so wichtig, dass sich der AKC und die SPD-Bundestagsfraktion

damit weiter beschäftigen werden.

Zu den Höhepunkten der Aktivitäten des AKC gehören zweifellos die Kirchentage. Der Arbeitskreis sucht – in bewährter Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und seit 2010 auch mit den Jusos in der SPD – an einem gemeinsamen Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ das direkte Gespräch mit den KirchentagsbesucherInnen. Die „Jour-Fixe-Empfänge“ der SPD sind mittlerweile Markenzeichen und festes Ereignis bei Kirchen- und Katholikentagen. Neben den Kirchen- und Katholikentagen gehört auch eine junge Tradition inzwischen fest in den Kalender des AKC: die Einladung anlässlich der Herbsttagung der Synode der EKD.

(2) Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS)

Der AKJS versteht sich als ein Zusammenschluss von Juden und Jüdinnen, die Mitglieder der SPD sind oder sich mit sozialdemokratischen Zielen identifizieren und die ihre jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der Arbeitskreis vor allem die Transatlantischen Positionen in der Partei stärken. Er steht solidarisch an der Seite Israels, versteht sich aber ausdrücklich nicht einfach als „Israel-Lobby“ innerhalb der Partei. Vielmehr geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu formulieren und zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Darüber hinaus bezieht der Kreis Position in religionspolitischen Kontroversen.

D) KOMMISSIONEN

(1) Kommission „Zukunft der Alterssicherung und Schutz vor Altersarmut“

Mit dem Beschluss „Gut und sicher leben: Perspektiven schaffen für Arbeit und sichere Altersvorsorge.“ hat der Parteivorstand am 30.8.2011 eine Kommission „Zukunft der Alterssicherung und Schutz vor Altersarmut“ eingesetzt.

Der Auftrag der Kommission war es, die in dem Beschluss des Parteivorstandes unterbreiteten Vorschläge mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaft zu beraten, ggf. erweitern oder verändern. Das Ergebnis sollte in eine Empfehlung münden, die dem Parteitag 2011 vorzulegen war.

Die Kommission hat ihre Arbeit am 25.11.2010 aufgenommen. Sie hat Anhörungen zu den Themen „Arbeit und flexible Übergänge in den Ruhestand“ und Vermeidung von Altersarmut“ durchgeführt. Darüber hinaus hat sie zahlreiche wissenschaftliche Studien zu einzelnen Aspekten der Alterssicherung veranlasst. Am 19.9.2011 hat die Kommission Empfehlungen vorgelegt, die unmittelbar in den Antrag „Wert der Arbeit“ (Ar 1) eingeflossen sind und somit dem Parteitag vorliegen.

(2) Kommission Gleichstellungspolitik

Die Kommission Gleichstellungspolitik hat beratende Funktion im Bereich der Gleichstellungspolitik und wird vom Parteivorstand eingesetzt. Die Kommissionsmitglieder geben wichtige Impulse, die die inhaltliche Arbeit der Partei beeinflussen.

Die mit dem Arbeitsprogramm 2010 erneut vom Parteivorstand eingesetzte Kommission Gleichstellungspolitik trat am 16. Juni 2010 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Kommission, die sich aus Vertreterinnen von Parteivorstand, Gewerkschaften, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, Friedrich-Ebert-Stiftung u. a. zusammensetzt, beriet mit Mitgliedern der Steuerungsgruppen der Zukunftswerkstätten des SPD-Parteivorstandes, in welcher Weise Gleichstellung als Querschnittsthema in den Zukunftswerkstätten der SPD verankert werden kann.

In weiteren Sitzungen beschäftigte sich die Kommission mit der Übertragbarkeit des französischen Parité-Gesetzes ins deutsche Recht. Prof. Silke Ruth Laskowski von der Universität Kassel stellte hierzu ihr Gutachten vor. Eine Arbeitsgruppe der Kommission arbeitete an diesem Thema weiter und gab Anregungen für einen Antrag der ASF zum Bundestag 2011.

Mit dem Arbeitsprogramm des Parteivorstandes vom Januar 2011 wurde die Kommission Gleichstellungspolitik beauftragt, im Vorfeld für die Gremien im Februar 2011 eine Positionierung zur Gleichstellungspolitik vorzubereiten. Dies geschah auch vor dem Hintergrund, dass sich am 8. März 2011 der Internationale Frauentag zum 100. Mal jährte und am 25. März der Equal Pay Day stattfand. Am 21. Februar 2011 hat der SPD-Parteivorstand auf seiner Sitzung anlässlich des 100. Jahrestages des Internationalen Frauentages den Beschluss „Für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern“ gefasst.

In der Folgezeit arbeitete die Kommission weiter an einer Positionierung zur Gleichstellungspolitik unter dem Titel „Gleichstellung jetzt!“. Geschlechtergerechtigkeit – Partnerschaftlichkeit – Fortschritt.“ Den Kern bildet das Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit. Ein weiterer Schwerpunkt ist die enge Abstimmung und Verzahnung mit den frauen- und gleichstellungspolitischen Akteurinnen der SPD-Bundestagsfraktion (Querschnittsgruppe Gleichstellung sowie Projekt Zukunft „Gleichstellung“).

(3) Grundwertekommission

Anfang des Jahres 2010 konstituierte sich die Grundwertekommission neu. Mit dem Ziel, in der Kommission engagierte Köpfe aus den wesentlichen Strömungen der Sozialdemokratie einzubeziehen, wurden eine Reihe neuer Mitglieder berufen.

Die Kommission verständigte sich darauf, sich in der Periode bis einschließlich 2011 folgenden aktuellen wie grundsätzlichen Fragen zu widmen: Staatsaufgaben der Zukunft, insbesondere das Verhältnis Staat und Markt nach drei Jahrzehnten marktradikaler Ideologie, ein neuer Fortschritts- und Wachstumsbegriff angesichts der unsere Zukunft bestimmenden Probleme der Energieversorgung und des Klimawandels, die Zukunft der Volkspartei SPD angesichts des Wahlergebnisses von 2009 und Grundwerte sozialdemokratischer Integrationspolitik. Zu all diesen Themen sind Stellungnahmen der Grundwertekommission erarbeitet und veröffentlicht worden.

(4) Medienkommission

Eine moderne Demokratie kann nicht ohne freie Medien existieren. Zugleich schreitet die Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen voran und verändert Medien und die Medienlandschaft.

In diesem Prozess sehen wir die Chance, neue Vielfalt zu schaffen und neue Möglichkeiten für Partizipation zu eröffnen. Sicher ist: Diese Entwicklung verändert unsere Gesellschaft. Deshalb muss sich auch unsere Politik verändern.

Um diesen Ansprüchen und Herausforderungen nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch gerecht zu werden, hat die Medienkommission die Arbeit auf drei Säulen verteilt:

1. Medienpolitik
2. Netzpolitik und digitale Gesellschaft
3. Digitale Infrastruktur

Schwerpunkte der Kommissionsarbeit waren: Digitalisierung der Medien - Heraus- und Anforderungen an sozialdemokratische Medienpolitik, d.h.

- Reform der Medienordnung - Medienanstalt der Länder
- Vielfaltsicherung, deshalb Reform des Medienkonzentrationsrechts
- Infrastrukturausbau, Regulierung und Zugang zur digitalen Welt

(5) Energiekommission, Gesprächskreis Energie

Mit Beschluss vom 14. Juni 2010 hat das Präsidium des SPD-Parteivorstandes eine Energiekommission eingesetzt. Ziel der Energiekommission war die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Energiekonzeptes bis zum Parteitag 2011. Als Antrag U 1 wurde das Konzept beim Parteitag eingebracht. Dem liegt ein Beschluss des Parteivorstandes vom 30. Mai 2011 zugrunde. Mit der Energiekommission wurde eine Plattform für Gewerkschaften, NGO, Vertreter der Energiebranche, Wissenschaft und Politik geschaffen. Diese Expertise will die SPD auch nach Erstellung des Energiekonzeptes erhalten. Die Energiekommission wurde darum in den GK Energie überführt.

E) GESPRÄCHSKREISE

(1) Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Der Gesprächskreis Verbraucherpolitik hat sich erst im August 2011 neu konstituiert. Ziel ist es, Verbraucherpolitik in der Breite als SPD Thema zu besetzen. Der Schutz der Menschen beim täglichen Konsum muss stärker in der Partei verankert werden - dies ist die andere Medailleseite der Wirtschaftspolitik. Aus der Arbeit des Gesprächskreises resultieren bereits die ersten Anträge zum Parteitag zu den Themen Offenlegungspflichten für Unternehmen bezüglich der Sozial- und Umweltstandards, bundesweite Einführung der Hygieneampel und zur Gentechnik.

(2) Gesprächskreis Demografie

Der Gesprächskreis Demografie wurde auf Beschluss des SPD-Präsidiums Ende 2010 eingesetzt. Folgender Arbeitsauftrag wurde dem Gesprächskreis übertragen:

1. Welcher Handlungsbedarf besteht aufgrund der zunehmenden Alterung bzw. Unterjüngung der Bevölkerung in Städten und Gemeinden? Welche Herausforderungen und Chancen bietet dieser Prozess? Wie kann eine moderne, Demografiesensible Kommunalpolitik gestaltet werden?
2. Erarbeitung von Grundlagen für das Bundestagswahlprogramm im Bereich Demografiesensible

Kommunalpolitik.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie kann der Demographische Wandel in den Kommunen bei immer geringeren Finanzmitteln bewältigt werden? Einig waren sich die Mitglieder des Gesprächskreises, dass es keine Erkenntnis, sondern ein Umsetzungsproblem gibt. Explizit wurde auf die regionale unterschiedliche Alterung der Bevölkerung (z.B. Ost-West, aber auch innerhalb von Bundesländern) hingewiesen. Daraus ergibt sich die Frage: Wie altert die Republik wo?

Diskutiert wird ein „Demografie-Plan“, oder „Demografie-Stempel“ für Kommunen. Dazu sollte das klassische Ressort- und Säulendenken, das in vielen Kommunen vorherrscht, aufgebrochen werden. Die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer, wollen sozialdemokratische Handlungsansätze und praktische Formulierungen entwickeln.

(3) Gesprächskreis „Inklusion und Teilhabe“

Das SPD-Parteipräsidium hat am 7. Juni 2010 einen Gesprächskreis „Inklusion und Teilhabe“ eingerichtet. Der Gesprächskreis hat die Aufgabe, die künftige Berichterstattung über die Lage der Menschen mit Behinderungen zu begleiten und insbesondere programmatische Vorarbeiten in den Bereichen Teilhabe, Emanzipation und Inklusion, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013, zu leisten.

Der Gesprächskreis geht über eine allein behindertenpolitische Fragestellung hinaus und legt seinen Schwerpunkt in der sozial- und gesellschaftspolitischen Diskussion, die vom einzelnen Menschen und seinen Bedürfnissen her denkt und ganzheitliche Konzepte für Unterstützungsstrukturen erarbeitet.

Der Gesprächskreis „Inklusion und Teilhabe“ hat seine Arbeit im September 2010 aufgenommen und sich in mehreren Sitzungen insbesondere mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Hinblick auf Reformnotwendigkeiten für das SGB IX und die Eingliederungshilfe und die Schaffung inklusiver Sozialräume befasst. Er hat im August 2011 ein Papier vorgelegt und als Grundlage für weitere Beratungen empfohlen.

(4) Gesprächskreis Verkehrspolitik

Der Gesprächskreis hat im September 2011 seine Arbeit aufgenommen. Auftakt macht eine Bestandsaufnahme verkehrspolitischer Fragen unmittelbar nach dem Parteitag, um Elemente der Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik zu bestimmen.

Dabei geht es darum, den Gestaltungsbedarf für eine solche Verkehrspolitik zu ermitteln. Zugleich soll festgestellt werden, welche wichtigen gesellschaftlichen Trends vorhanden sind bzw. berücksichtigt werden müssen. Wichtig ist dabei auch, Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen.

Dabei verfolgt der GK folgende Ziele:

- Umsteuern in der Verkehrspolitik: Entwicklung eines modernen verkehrspolitischen Konzepts der SPD
- Formulierung von Leitfragen und Leitlinien zur Ausarbeitung eines Konzepts
- Alle Aktivitäten dazu bündeln

- Beitrag für das Regierungsprogramm 2013 und entsprechende Parteitage
- Neue Gedanken und Ideen einbringen
- Verkehrspolitische Herausforderungen identifizieren und Antworten darauf geben
- Auseinandersetzung mit den „großen“ kritischen und kontroversen Fragestellungen – Identifizierung von verkehrspolitischen „Knackpunkten“
- Finanzierungskonzepte entwickeln

F) PROJEKTGRUPPE BÜRGERVERSICHERUNG

Die Projektgruppe Bürgerversicherung ist im Mai 2010 durch das Präsidium eingesetzt worden und hat sich im Juni desselben Jahres konstituiert. Der Auftrag der Projektgruppe war es, das SPD-Konzept der Bürgerversicherung zeitgemäß weiter zu entwickeln. Insbesondere sollte die Projektgruppe kurz- und mittelfristig die gesundheitspolitischen Positionen der SPD bezüglich der Reformvorhaben der Bundesregierung formulieren.

Die Projektgruppe bestand aus SPD-Gesundheitspolitikerinnen und -politikern der Bundes- und Landesebene sowie Expertinnen und Experten aus zahlreichen Bereichen des Gesundheitssystems. Der DGB war eng in die Arbeit eingebunden.

Die Projektgruppe hat insgesamt sechsmal getagt und in diesem Zeitraum ein weiterentwickeltes Konzept der Bürgerversicherung erarbeitet. Aus der Arbeit sind sowohl der Präsidiumsbeschluss vom 8. November 2010 als auch ein Grundlagenbeschluss des Präsidiums vom 11. April 2011 hervorgegangen. Ein umfassendes Konzept wurde im Juni 2011 in Form eines Abschlussberichts vorgelegt und an den Parteivorstand übersandt. Der Abschlussbericht bildete die Grundlage für den Beschluss des Parteivorstands vom 26. September 2011, der dem Bundesparteitag als Leitantrag vorliegt.

G) „SELBST AKTIV - NETZWERK VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN DER SPD“

Das Netzwerk „Selbst Aktiv“ vertritt innerhalb der SPD die Belange von Menschen mit Behinderung und ist darüber hinaus intensiv mit den behindertenpolitischen Interessenvertretungen vernetzt.

Schwerpunkt der Tätigkeit von „Selbst Aktiv“ ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, und hier insbesondere die Verwirklichung einer gleichberechtigten und barrierefreien Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen innerhalb der SPD.

So werden in Zusammenarbeit mit „Selbst Aktiv“ Empfehlungen für die Parteigliederungen für einen kontinuierlichen Abbau von Barrieren und den Aufbau gleichberechtigter Beteiligungschancen entwickelt, wie es die Empfehlungen für den Parteitag vorsehen.

Zum Parteitag 2010 hat „Selbst Aktiv“ den Antrag gestellt, als Arbeitsgemeinschaft anerkannt zu werden. Bislang verfügt das Netzwerk nicht über einen formalen Status in der Partei und arbeitet in wenig formalisierten Strukturen. Mit der Parteireform ist die Voraussetzung gegeben, das Netzwerk „Selbst Aktiv“ organisatorisch zu stärken.

H) GUSTAV-HEINEMANN-BÜRGERPREIS

In Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) stiftete 1977 der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis. Möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, wird er an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns um unser Land und unsere Gesellschaft verdient gemacht haben.

Mit der Verleihung des Preises sollen Menschen ermutigt werden, die von Gustav W. Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen, den Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden und durch ihre Haltungen und Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in unserem Staat zu wagen. Preisträger waren 2010 Heinz Buschkowsky und 2011 die Projekte Discover Football und Aktion Zivilcourage.

3. Die Abteilung Kommunikation

Die Abteilung Kommunikation des Willy-Brandt-Hauses leistete 2009 bis 2011 die zentrale Kommunikation der SPD mit Ausnahme der Pressearbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung haben sechs Kampagnen konzipiert und durchgeführt, weiteten das Angebot der Öffentlichkeitsarbeit aus und machten die direkte Kommunikation mit den Mitgliedern und mit den Bürgerinnen und Bürgern attraktiver. Der neu konzipierte Newsdesk führte einen Relaunch von spd.de durch, professionalisierte die Online-Redaktion und ist in den sozialen Netzwerken aktiv. Mit der thematischen und organisatorischen Neuaufstellung der Partei wurde die Kommunikation integrativer konzipiert und auf eine breitere Basis gestellt. Seit dem Sommer 2011 wird die Arbeit der Abteilung von der neu gewonnenen Kommunikationsagentur Super J+K begleitet. Die Arbeitseinheit Newsdesk wechselte zum gleichen Zeitpunkt zur Pressestelle, um die Verbindung zur tagesaktuellen Berichterstattung zu intensivieren.

A) DIE KAMPAGNEN DES SPD-PARTEIVORSTANDES

Im Zeitraum 2009 bis 2011 führte die SPD sechs bundesweite Kampagnen durch, wovon sich zwei über einen längeren Zeitraum spannten.

(1) Die Zukunftswerkstatt Faires Deutschland

Nach dem Wahlkampf 2009 bestand das Bedürfnis, politische Arbeit zu entstauben. Sie offener und attraktiver zu gestalten. Um auch diejenigen einzubeziehen, die zwar etwas zu sagen haben, aber kein Gehör finden. Von ihren Erfahrungen zu lernen. Ihre Probleme zu verstehen. Deshalb startete im Frühjahr 2010 die Zukunftswerkstatt „Faires Deutschland“. Ziel war es, gemeinsam Antworten zu finden auf drängende Probleme dieser Zeit. Im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen. Dazu wurden sechs Zukunftswerkstätten ins Leben gerufen.

- Arbeit, Innovation, Umwelt
- Gut und sicher leben

- Familie
- Bildung
- Integration
- Demokratie und Freiheit

Die Leitung übernahmen Mitglieder des SPD-Parteivorstandes oder der SPD-Bundestagsfraktion mit einer Steuerungsgruppe, die die Debatten organisierte. Dazu gehörten neben SPD-Politiker/innen auch Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Institutionen und der Wissenschaft.

Um mit den Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland in Kontakt zu kommen, haben wir die Kampagne „Was ist fair“ gestartet. Wir haben über zwei Millionen Motivpostkarten verteilt und die Menschen direkt gefragt: Wo könnte es besser laufen in der Arbeitswelt, bei der Fürsorge? Was macht eine faire Gesellschaft aus? Was ist fair? Die Antworten der Bürgerinnen und Bürger wurden auf dem Kampagnenblog www.wasistfair.de gesammelt und veröffentlicht. Die Zukunftswerkstätten haben die Erwartungen und Forderungen ausgewertet und als Thema auf ihre Agenda gesetzt.

Im zweiten Schritt der Dialogkampagne lud der Parteivorstand zu Bürgerkonferenzen ein. Mit den Bürgerkonferenzen brachten wir neue Gesprächspartner/innen zusammen, die normalerweise nicht automatisch an einem Tisch sitzen.

- 21. April 2010: „Wirtschaftspolitische Konferenz der SPD“, Berlin
- 26. April 2010: „Treffpunkt Integration“, Berlin
- 2. Juni 2010: Online-Konferenz „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“
- 4. September 2010: Bürgerkonferenz „Was ist fair?“, Berlin
- 1. November 2010: Bürgerkonferenz „Job, Kinder und die Oma pflegen: Ist das fair?“, Schwerin
- 11. November 2010: Bürgerkonferenz „Ohne Angst verschieden sein. Schaffen wir das?“, Offenbach
- 23. November 2010: Kunst und Kultur reloaded: Freiheit und Demokratie in der digitalen Gesellschaft, Berlin
- 5. Februar 2011: Demokratie und Freiheit – Herausforderungen gestern, heute, morgen, Landau

An der Online-Konferenz beteiligten sich z.B. 6.000 Menschen, über 700.000 haben sich die Seite zur Konferenz angesehen. Wir probierten neue Veranstaltungsformen aus wie Fish-Bowl, wo sich das Podium ständig neu zusammensetzt. Darüber hinaus gab es zahlreiche kleine Veranstaltungen, in denen sich die Steuerungsgruppen mit eingeladenen Fachleuten auseinandersetzten und konzentriert an den Konzepten arbeiteten.

Um die Debatte auch auf regionaler Ebene führen zu können, waren die Gliederungen aufgerufen, eigene Werkstätten durchzuführen. In vielen Kommunen sind neue und offene Veranstaltungsformen längst angekommen. Die SPD errichtete einen Zukunftsfonds, um in weiteren Regionen anzuregen, den Blick über den Tellerrand zu wagen. Eine Jury wählte 20 Projekte aus zahlreichen Bewerbungen aus und unterstützte sie mit je 500 Euro bei ihrer Arbeit.

→ Ergebnis: Sehr positiv zu bewerten ist, dass die Gremien der SPD – auch der Parteivorstand – verstärkt auf Organisationen, Institutionen und gesellschaftliche Gruppen zugegangen sind, um ge-

meinsam mit ihnen Probleme zu analysieren und an den Lösungen zu arbeiten. Die Kommunikation funktionierte über Multiplikatoren und fußte auf breit getragenen Entscheidungen der Teilnehmer an den Zukunftswerkstätten.

Trotz des großen Interesses an der Online-Konferenz und weiteren Veranstaltungen (z.B. Demokratieforum in Landau mit über 1.000 Teilnehmer/innen) hätten wir uns noch mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Kampagne gewünscht. Das gelingt jedoch nur, wenn nicht vorwiegend zentral agiert wird, sondern Kampagnen bundesweit zwischen den Gliederungen noch enger vernetzt werden. Und: die aktive Beteiligung von Bürger/innen muss zum Standard werden, nicht Ausnahme bleiben. Daher ist die Auswertung der Kampagne auch in die Debatte zur Parteiliste eingeflossen: stärkere Öffnung, höhere Verbindlichkeit seitens der SPD. Auch bei der Kampagnenarbeit müssen wir uns noch stärker öffnen und daran orientieren, wie Menschen politisch partizipieren wollen und wann sie glauben, ernst genommen zu werden.

(2) Die Gesundheits-Kampagne

Die Gesundheits-Kampagne fand in drei Phasen statt:

1. Wir grenzten uns eindeutig von Schwarz-Gelb und ihrer Kopfpauschale ab.
2. Wir stellten Eckpunkte unserer Bürgerversicherung vor.
3. Wir führten die 1. SPD-Praxistage durch und besuchten Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen im Dialog mit Personal und Patienten.

Im Februar 2010 starteten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften die Kampagne „Nein zur Kopfpauschale! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle.“ Das zentrale Instrument der Kampagne war eine Unterschriftensammlung, die sowohl online als auch an den Infoständen durchgeführt wurde. Dafür erstellte die Abteilung ein umfangreiches Material- und Info-Paket für die Gliederungen. Die Genossinnen und Genossen hielten wir mit regelmäßig erscheinenden Argumentationskarten auf dem Laufenden. Auch für die sozialen Netzwerke haben wir Angebote entwickelt.

Im Januar 2011 stellte der Parteivorstand Eckpunkte zur Bürgerversicherung vor. Die Abteilung Kommunikation erarbeitete eine Palette an Informationsmaterialien und einen Leitfaden für Aktionen und Veranstaltungen der Gliederungen. Ziel war es, über die Bürgerversicherung zu informieren und sich in den Landtagswahlkämpfen klar gegen die Kopfpauschale und für eine gerechte Gesundheitsversorgung zu positionieren.

Vom 28. Februar bis zum 2. März 2011 fanden die 1. SPD-Praxistage statt. SPD-Politikerinnen und -Politiker übernahmen im ganzen Bundesgebiet eine Schicht in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Als Kooperationspartner gewannen wir die freien Wohlfahrtsverbände und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Mandatsträger aus Bund, Ländern und Kommunen sowie die Funktionsträger der Partei arbeiteten in dieser Zeit einen Tag lang in einer Einrichtung mit und zeigten: Die SPD kümmert sich. Wir hörten zu und nahmen die Sorgen und Nöte in den Einrichtungen auf. Die Mitarbeit in den Einrichtungen fand größtenteils ohne Presse und ohne Öffentlichkeit statt. Am Abend fanden – meist in den Einrichtungen – öffentliche Diskussionsrunden statt, während derer der Tag aufgearbeitet und politische Konsequenzen erörtert wurden.

Mit dem Leittrag „Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger“ ist die Kampagne beendet.

→ Ergebnis: Ein großer Erfolg der Kampagne war die durchgehend aktive Beteiligung der Partei. Die Kampagne war so konzipiert, dass die Genossinnen und Genossen als Multiplikatoren auftraten. Die Materialien stießen auf positives Echo und wurden breit verteilt.

Mit der Kampagne „Nein zur Kopfpauschale!“ sammelten wir an die 140.000 Unterschriften. An den Praxistagen beteiligten sich über 220 SPD-Politikerinnen und -Politiker, das Medienecho war groß und sehr positiv. Noch mehr freuten uns die positiven Reaktionen des Personals und der Patienten. In den Regionen entstanden langfristige Kontakte und Folgeprojekte. Über das Jahr hinweg fanden über die Praxistage hinaus in ganz Deutschland Veranstaltungen und Aktionen zum Thema Bürgerversicherung statt. Ein echtes Gewinnerthema.

(3) Weitere Kampagnen des SPD-Parteivorstandes

■ **Anti-Atom-Kampagne:** Die SPD hat sich auch in 2010 deutlich gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken positioniert. Nicht nur auf der politischen Bühne, sondern vor allem auf der Straße hat die SPD gezeigt, dass sie auch nach der Bundestagswahl als zentraler politischer Bündnispartner in der Mitte der Gesellschaft verankert ist und über große Mobilisierungsfähigkeiten verfügt. Es ist gelungen, Tausende von Mitgliedern zu mobilisieren und kreativen Protest auf die Straße zu bringen.

Zur Anti-AKW-Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel sind allein über 40 SPD-Busse aus ganz Deutschland angereist. Auf der 120 Kilometer langen Strecke waren alle Ortsvereine in der Region aktiv. Auch bei der zentralen Anti-AKW-Demo in Berlin im September war die SPD starker und sichtbarer Teil der Anti-AKW-Bewegung.

Nach der Reaktor-Katastrophe im japanischen Fukushima starteten wir die Kampagnenseite „Energiewende jetzt!“, auf der über 20.000 Menschen forderten, Atomkraft abzuschaffen und erneuerbare Energien auszubauen.

■ **Der Schwarz-Gelbe Herbst:** Die Regierung aus CDU/CSU und FDP machte seit Amtsübernahme eine Politik zu Lasten der Menschen. Sie missachtete immer wieder das Gemeinwohl und bediente stattdessen ihre Klientelgruppen – von Hoteliers über die Atomkonzerne bis zur Pharma-Lobby. Das Willy-Brandt-Haus hat mit vielen Flugblättern, Flyern und weiteren Materialien die Partei dazu sprach- und argumentationsfähig gemacht.

■ **Guter Lohn für Gute Arbeit:** Im Winter 2010/2011 rückte das Thema gute Arbeit in der öffentlichen Agenda nach oben. Gerade in der Debatte um Hartz-IV wollten wir zeigen, dass wir gelernt haben. Wir wollten den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung erhöhen, sich in den Verhandlungen über Regelsätze und Leiharbeit zu bewegen. Mit dem Grundsatz „Guter Lohn für Gute Arbeit“ warben wir für unsere Positionen. Wir warben dafür, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Aufschwung zu beteiligen. Wir veranstalteten eine Betriebsrätekonferenz in Mannheim, schalteten Plakate und verteilten Postkarten mit Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die sich für gerechte Löhne aussprachen. Mit einer Fotoaktion gaben wir allen die Möglichkeit, sich zu positionieren. Sie wurden auf der Kampagnenseite www.gutearbeit.de

spd.de gesammelt.

■ **Wir sind Viele:** In Europa und den USA stehen seit Herbst 2011 Menschen aus der Mitte der Gesellschaft auf und verlangen, dass Demokratie und Anstand unsere Gesellschaft bestimmen und nicht die Märkte. Mit der Aktion „Wir sind Viele“ stellen wir uns an die Seite dieser Menschen und machen politisch Druck, damit sich aus dieser Empörung langfristig etwas ändert. Wir wollen die Occupy-Bewegung und die Gesellschaft darin bestärken, den Diskurs zu führen und ihre Forderungen laut zu stellen. Wir forderten die Gliederungen auf, an den Protesten vor Ort teilnehmen und mit den Menschen zu diskutieren. Dafür stellten wir sie mit Flugblättern und Buttons aus und stellen auf www.spd.de/wir-sind-viele Argumente und Aktionsideen zusammen. Um auch im Netz die Aufmerksamkeit für die Debatte zu erhöhen haben wir ein Video produziert, das man so von der SPD vielleicht nicht erwartet hat.

B) DIE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DES SPD-PARTEIVORSTANDES

Das Angebot an Materialien, der Service für Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger und auch die Aktivitäten im Internet wurden in den vergangenen zwei Jahren laufend verbessert und ausgeweitet.

Die Abteilung Kommunikation sah sich die regelmäßig erscheinenden Kommunikationsmittel des SPD-Parteivorstandes genauer an und baute aus, wo möglich und verbesserte da, wo nötig. So wurde zum Beispiel der INTERN umgestaltet und erscheint seit einem halben Jahr als Beilage der Mitgliederzeitung vorwärts. Neben den weiterhin bestehenden Angeboten und Informationen für die Funktionärinnen und Funktionäre gibt es jetzt mehr praktische Tipps und eine Seite, in der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses ihre Sicht der Dinge diskutieren. Daneben wurde das Unterstützungs-Angebot erweitert: ein wöchentlich erscheinendes Flugblatt, regelmäßig erscheinende SPD-Aktuell, Daten & Fakten, Flyer usw.

Die Gestaltung – vom Flyer über Plakate bis hin zum Design der Parteitagshalle – wurde im Willy-Brandt-Haus konzipiert und umgesetzt und damit stark professionalisiert.

Darüber hinaus wurde das Serviceangebot für die Partei erweitert und verbessert:

- Die Serie Handbücher zur Parteiarbeit wurde ausgeweitet.
- Das Druckportal wurde ausgeweitet und für die Gliederungen benutzerfreundlicher gemacht.
- Das Angebot an Beratung und Begleitung von Landtags- und OB-Wahlkämpfen wurde erweitert.
- Die Gliederungen der SPD wurden verstärkt bei der Erstellung ihrer Materialien unterstützt – von der Litho bis zum Druck.

Wenn sich Mitglieder oder Bürgerinnen und Bürger informieren oder das Willy-Brandt-Haus besuchen wollen, haben sie seit 2010 gewiss einen Ansprechpartner in der neu geschaffenen Direktkommunikation. Über das im Mai 2011 neu eröffnete Besucherforum in der Spitze des Willy-Brandt-Hauses empfangen wir jährlich bis zu 30.000 Besucherinnen und Besucher.

Um sich bereits früh auf den Wahlkampf vorzubereiten, haben wir im Sommer 2011 die Zusammenarbeit mit der Agentur Super J+K begonnen. Die erfahrene Strategie-Agentur Johanssen + Kretschmer und die

bewährte Kreativ-Agentur Super an der Spree haben uns in einem mehrstufigen Auswahlverfahren überzeugt und arbeiten nun als Super J+K für die SPD. Sie arbeiten eng mit den Kolleginnen und Kollegen des WBH zusammen, so dass die Erfahrungen und Kompetenzen beider Seiten optimal zum Einsatz kommen.

C) DER AUFBAU DES NEWSDESK UND DAS NEUE SPD.DE

Im Bereich der Online-Kommunikation hat das Willy-Brandt-Haus neue Wege beschritten. Zu Beginn des Jahres 2010 wurde der schon im Wahlkampf bestehende moderne Ansatz für den zentralen Internetauftritt spd.de konsequent weiter entwickelt. Zu diesem Zweck wurden die bis dahin auf verschiedene Arbeitseinheiten verstreuten Mitarbeiter des Onlinebereichs in einer neuen Redaktion zusammen geführt und zusätzliche erfahrene Journalistinnen und Journalisten für das Team hinzu gewonnen. Zum Berliner Parteitag 2010 wurde spd.de in einer ersten Ausbaustufe völlig neu konzipiert. Das Ziel: Informationen bereitstellen und Debatten organisieren, um so Teilhabe zu ermöglichen und Vernetzungen zu fördern, auch und gerade im Hinblick auf kommende Kampagnen. Das Willy-Brandt-Haus will die Breite politischer Themen auch in die Netzgemeinde tragen und die netzpolitische Kompetenz der Partei stärken. Mit dem neuen spd.de betritt die SPD ein Terrain, auf das sich andere Parteien im Netz bislang noch nicht wagten. Denn das neue spd.de ist mehr als eine Partiseite, die sich auf die Verwertung von Pressemitteilungen und Stellungnahmen beschränkt. Im neuen spd.de sind die Inhalte deutlich vielfältiger – ergänzt um gänzlich neu entwickelte Netz-Formate. Die Präsenz in externen Netzwerken und Diensten, wie Twitter, Facebook und auf einschlägigen Politikblogs, wurde ausgebaut. Die Redaktion ist zudem stärker als bisher in der Lage, die Inhalte dieser Plattformen zentral auf der SPD-Seite einzubinden und sozialdemokratische Inhalte zusammenzuführen.

D) DIE VERANSTALTUNGEN DES SPD-PARTEIVORSTANDES

Im Zeitraum 2009 bis 2011 führte der SPD-Parteivorstand über 80 Veranstaltungen durch, von denen viele so gut besucht waren und ein so breites Echo hervorriefen, dass sie unsere Erwartungen übertroffen haben. Nach der Wahlniederlage 2009 war der ordentliche Bundesparteitag in Dresden der Grundstein zu einem neuen Aufbruch. Die Logistik, Präsentation und Kommunikation hätte besser nicht laufen können – in den Medien wird noch immer Bezug auf diesen Parteitag genommen, wenn es um die Erneuerung der SPD geht.

Mit seinen Veranstaltungen zeigte der SPD-Parteivorstand eine breite Palette an Veranstaltungsformaten, Gästen und Themen. Von BarCamps über Bürgerkonferenzen und Preisverleihungen bis hin zu Konvents und Parteitag war alles dabei. Je nach Ziel konnten wir flexibel Veranstaltungsorte und -formate anbieten, die Technik dafür bereit stellen und gezielt Gäste einladen, seien es Kulturinteressierte, Netz-Aktive oder Gäste aus dem Ausland.

Zu den herausragenden Veranstaltungen zählten der Werkstatt-Parteitag in der STATION Berlin, zwei außerordentlich gut besuchte Betriebsräte-Konferenzen in Bochum und Mannheim, die erstmalige Verleihung des Internationalen Willy-Brandt-Preises im WBH mit 800 hochkarätigen internationalen Gästen aus Politik und Gesellschaft, die öffentliche Afghanistan-Konferenz, der Open-Air-Empfang anlässlich der Bundespräsidenten-Wahl am Haus der Kulturen der Welt mit Joachim Gauck und die Veranstaltung „50 Jahre Anwerbe-Abkommen mit der Türkei“ im Ballhaus Neukölln mit Peter Maffay, Renan Demirkan und 500 Vertreterinnen und Vertretern des multikulturellen Deutschlands.

Ein besonderer Höhepunkt war der erstmals seit vielen Jahren wieder einmal durchgeführte „Tag der offenen Tür“ des Willy-Brandt-Hauses. Aus Anlass der Eröffnung des neuen Besucherforums und der Eröffnung des neuen Bürgerbüros der SPD Friedrichshain-Kreuzberg im Willy-Brandt-Haus nutzten am 27. Mai 2011 fast 10.000 Menschen die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen der SPD-Parteizentrale zu werfen. Mit dem Besucherforum, dem lokalen Bürgerbüro und dem Tag der offenen Tür wollen wir als Willy-Brandt-Haus ganz konkret die im organisationspolitischen Programm geforderte Öffnung der SPD vorbildhaft umsetzen.

4. Abteilung Internationale Politik

A) INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies ist eine der prägenden Leitlinien der internationalen Arbeit des SPD-Parteivorstands und der Abteilung Internationale Politik. Im Vordergrund der Arbeit standen insbesondere die Themen Frieden, Abrüstung und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Armut, die Durchsetzung der Menschenrechte und eine starke und soziale Europäische Union als Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen im globalen 21. Jahrhundert.

B) EINE STARKE, SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPÄISCHE UNION

Als klar pro-europäische Partei hat sich die SPD zusammen mit der SPE und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament auch in den zurückliegenden beiden Jahren für eine starke, demokratische und soziale Europäische Union eingesetzt.

So schlug im Kreis der sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die Ausarbeitung eines gemeinsamen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vor. Erstmals soll damit ein gemeinsames Grundsatzprogramm einer transnationalen europäischen Partei ausgearbeitet werden. Die Verabschiedung des SPE-Grundsatzprogramms ist bis spätestens 2013 geplant.

Die immer weiter fortschreitende Integration im Rahmen der SPE wird auch durch den Beschluss der Ratssitzung der SPE Ende 2010 in Warschau deutlich. Es wurde eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen eingerichtet, wie der gemeinsame Spitzenkandidat aller SPE-Mitgliedsparteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 bestimmt werden soll.

Auf Initiative der SPD-Generalsekretärin wurde im Juni 2010 ein Netzwerk der Generalsekretäre der SPE-Mitgliedsparteien gegründet, das sich regelmäßig zu einem Austausch insbesondere über organisationspolitische Fragen trifft. Am 14. Oktober 2011 kamen die Generalsekretäre der sozialdemokratischen Parteien Europas auf Einladung von Andrea Nahles und Philip Cordery, dem Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), im Berliner Willy-Brandt-Haus zusammen.

C) VORAUSSCHAUENDE FRIEDENSPOLITIK

Die deutsche Afghanistan-Strategie von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Frank-

Walter Steinmeier war konzeptionell dadurch geprägt, mit einer politischen Lösung eine stabile ökonomische Perspektive für Afghanistan und dadurch auch einen schrittweisen Rückzug der internationalen Truppen zu erreichen. Auf dieser Grundlage formulierte die SPD Ende 2009/Anfang 2010 eine Afghanistan-Position, die weitgehend als deutsche Position übernommen wurde. Mit einer internationalen Afghanistan-Konferenz im Januar 2010 im Willy-Brandt-Haus wurde ein breiter und offener Dialog mit SPD-Mitgliedern, wissenschaftlichen Experten, Vertretern der Bundeswehr, der Polizei ebenso wie von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Zivilgesellschaft über das weitere zivile und militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan initiiert. Auf der zweiten Afghanistan-Konferenz im Dezember 2010 wurde das Thema erneut frühzeitig vor der Entscheidung über eine Mandatsverlängerung im Deutschen Bundestag diskutiert.

Die SPD hat in den vergangenen Monaten zahlreiche Initiativen ergriffen, um in den Ländern des arabischen Frühlings ihren Beitrag beim Aufbau neuer Strukturen, Parteien und Regeln zu leisten. Die SPD hat auch durch kontinuierliche Besuche die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt unterstützt. Neben Debatten zu Grundwerten und Menschenrechten, zum Staatsaufbau, zur Parteiorganisation, zur Kooperation mit den Gewerkschaften und zur Vorbereitung von Wahlkampagnen haben in den Diskussionen die deutschen Erfahrungen 20 Jahre nach der Revolution in Ostdeutschland immer wieder eine große Rolle gespielt. Anfang 2011 – nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali – bedankte sich der Vorsitzende der oppositionellen FDTL, Mustapha Ben Jaffa, im Willy-Brandt-Haus bei der SPD für den jahrelangen Einsatz für ihn und die tunesischen Oppositionskräfte.

Internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik ist ein elementarer Bestandteil sozialdemokratischer Friedenspolitik. 2010 war geprägt von der Überprüfungskonferenz des Nuklearwaffensperrvertrages (NPT) in New York mit allein rund 190 Delegationen der Unterzeichnerstaaten. Zusätzlich zur intensiven parlamentarischen Begleitung der Verhandlungen durch die SPD-Fraktion unterstützte die SPD die zivilgesellschaftliche Initiative „Für eine Welt ohne Atomwaffen“.

D) GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

Die globale Finanzkrise, die internationale Wirtschaftskrise, der drohende Klimakollaps, die Energie- und Rohstoffverknappung und die Zunahme des Hungers in der Welt waren und sind die prägenden internationalen Herausforderungen unserer Zeit. Vor diesem Hintergrund arbeitete das Forum Eine Welt intensiv an politischen Konzepten und Lösungen. Diese Arbeit wurde im Rahmen von drei strukturierten Dialogen zwischen Politik, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft zu drei Schlüsselthemen ausgebaut: Klimawandel und Entwicklung, die Weltwirtschaft nach der Krise und soziale Sicherheit im globalen 21. Jahrhundert. In einer Vielzahl von Veranstaltungen in den regionalen Foren Eine Welt, die es mittlerweile in 14 der 16 Bundesländer gibt, wurden diese Themen diskutiert.

E) EINE AKTIVE MENSCHENRECHTSPOLITIK

Im seit 2006 bestehenden Gesprächskreis Menschenrechte wurde die querschnittsorientierte Menschenrechtspolitik in ihrer ganzen Breite diskutiert: von den menschenrechtlichen Herausforderungen im Nahost-Konflikt über das Stockholmer Programm zur Harmonisierung der EU-Flüchtlingspolitik sowie über die Verbesserung für Traumatisierte in Asylverfahren bis zur Menschenrechtsarbeit auf UN-Ebene im Menschenrechtsrat oder beim Zusatzprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren bei den wirt-

schaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Zahlreiche auch internationale Gäste gaben der Arbeit des Gesprächskreises wichtige Impulse. So auch Yehuda Shaul, Mitgründer und Direktor der israelischen Nichtregierungsorganisation Breaking the Silence (BTS), die Aussagen von 26 israelischen Soldaten, die während der Operation „Gegossenes Blei“ im Gazastreifen Dienst geleistet haben, gesammelt hat.

F) INTERNATIONALE UND EUROPÄISCHE PARTEIENZUSAMMENARBEIT

Die SPD hat sowohl auf europäischer als auch internationaler Ebene die bilaterale wie multilaterale Parteienzusammenarbeit weiter intensiviert. Im Zentrum der zahlreichen bilateralen Gespräche standen die Ursachen und politischen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die notwendigen Maßnahmen zur Stützung der Euro-Zone und einzelner EU-Mitgliedstaaten.

Weiterer Schwerpunkt der internationalen Parteizusammenarbeit ist insbesondere die Stärkung und Unterstützung progressiver Parteien in Israel und im Nahen Osten. Als Beispiel für viele weitere Aktivitäten in Afrika, Asien und Lateinamerika sei das Engagement für die MDC in Simbabwe erwähnt, das nach der Bildung der Übergangregierung mit dem alten Machthaber Mugabe in eine neue Phase kam. Die neue Konstellation eröffnete zahlreiche Möglichkeiten, die politische Transition in Simbabwe zu begleiten und die MDC zu unterstützen - u. a. beim Prozess der Verfassungsreform.

G) REFORM DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE (SI)

Die Sozialistische Internationale bedarf einer fundamentalen Reform. Deshalb hat das SPD-Präsidium vier zentrale Forderungen an eine Reform der SI aufgestellt:

1. SI-Mitgliedsparteien müssen ausgeschlossen werden, wenn sie die Menschenrechte eklatant verletzen.
2. Die SI muss wieder politisch relevant werden. Dafür muss sie transparenter und demokratischer werden und ihre Gremien müssen regelmäßig tagen.
3. Die SI muss sich öffnen, mehr Partizipationsmöglichkeiten bieten und wichtigen progressiven Parteien, Nichtregierungsorganisationen und anderen Partnern eine Bühne bieten.
4. Die SI muss - außerhalb der Konjunktur von Tagespolitik - in Konfliktregionen ein langfristiges und nachhaltiges Engagement betreiben.

Denn es ist klar: In einer globalisierten Welt brauchen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weltweit eine handlungsfähige und globale Organisation.

H) NEUE INLÄNDER

Die Arbeit der SPD zur politischen Ansprache und Einbindung von Migrantinnen und Migranten wurde 2010 mit der Gründung des Bundesarbeitskreises Integration und Migration auf eine neue Grundlage gestellt. Der Arbeitskreis hat seine Arbeit dabei eng mit der Zukunftswerkstatt Integration abgestimmt und verzahnt.

Darüber hinaus wurde die Ansprache und Einbindung von Mitgliedern und Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit einer Migrationsgeschichte generell durch eine Reihe praktischer Aktivitäten substanziell verbessert. Erstmals fand im Mai 2011 eine Konferenz zum Thema „Eine vielfältigere SPD“ mit mehreren

hundert Mandatsträgerinnen und –trägern und SPD-Mitgliedern mit Migrationshintergrund aus allen Teilen der Partei statt. Zudem fanden aus Anlass des 50. Jahrestages des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei vielfältige Aktivitäten der SPD-Parteispitze statt - insbesondere eine große Festveranstaltung der SPD, an der gut 400 geladene Gäste und viele prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, den Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sport, Kultur und den Medien teilnahmen.

Angesichts der rechtsradikalen Terrorakte wurde ein Aufruf gegen rechte Gewalt initiiert, der breite gesellschaftliche Unterstützung fand.

5. Newsdesk – Spd.de

Vor ziemlich genau einem Jahr haben wir unsere Internet-Seite SPD.de neu gestaltet. Das war nicht irgendein Relaunch, wo man ein paar neue Farben ausprobiert und sonst alles beim Alten lässt. Wir haben versucht, unseren Internet-Auftritt so zu gestalten, wie auch die SPD sein will: Transparent, diskussionsfreudig – und auf der Höhe der Zeit. Deshalb sind wir ein Wagnis eingegangen: Wir wollten die erste Partei sein, die sich im Internet nicht als Propagandamaschine präsentiert, sondern als offene Organisation, die gesellschaftliche Debatten aufnimmt. Wir glauben, das ist uns gelungen. Aber natürlich versuchen wir jeden Tag noch ein bisschen besser zu werden.

SPD.de sieht nicht aus Zufall einem Nachrichtenportal ähnlich. Die Kollegen aus dem Newsdesk berichten aktuell über die wichtigsten politischen Themen und natürlich auch über die Positionen der SPD dazu. Aber das ist eben nicht alles. Wir lassen auch Menschen von außerhalb zu Wort kommen – etwa die Vertreter der Occupy-Bewegung. Wir leisten uns den Luxus, auch mal Hintergrundberichte zu Themen auf die Seite zu nehmen, die nicht schon in jeder Talkshow diskutiert wurden. Und wir sind die erste Partei, bei der man jeden Bericht, jedes Interview im Netz kommentieren kann.

Dieser diskursive Charakter unserer neuen Seite ist bei einem Projekt besonders zum Tragen gekommen, auf das wir wirklich stolz sein können: Die SPD ist die erste der im Bundestag vertretenen Parteien, die weite Teile eines Parteitagsantrags im Netz hat entwickeln lassen. Das Kapitel „Arbeit und Wirtschaft in der Digitalen Gesellschaft“ unseres netzpolitischen Antrags wurde von 422 registrierten Internet-Nutzerinnen und Nutzern gemeinsam geschrieben – völlig unabhängig von der Parteimitgliedschaft. Wir haben uns dabei eines Programms namens „Adhocrazy“ bedient, mit dem solche Erarbeitungs- und Abstimmungsprozesse wunderbar organisiert werden können - übrigens lange vor dem Piraten-Hype. Ich kann nur allen, die Interesse an der Entwicklung von politischen Inhalten im Netz haben, empfehlen: Nutzt dieses Instrument, die Kollegen vom Newsdesk beraten Euch gerne!

Unser Internet-Auftritt wird von dem neu eingerichteten Newsdesk im WBH betreut. Die Kollegen tummeln sich für die SPD auch in den sozialen Netzwerken wie Facebook – die Klickzahlen zeigen, dass unser Engagement auch von den Nutzern honoriert wird.

BERICHT ÜBER DEN STAND DER BETRIEBSORGANISATION – AfA

1. Bericht über den Stand der AfA - und Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2009 in Dresden vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

2. Ergebnisse der Umfrage

A) GEGENSTAND DER UMFRAGE

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk

B) ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN IN DEN UNTERBEZIRKEN

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass in 238 von 422 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen weiterhin groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen.

C) BETRIEBSGRUPPEN

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 412 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 26 weniger als vor zwei Jahren. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Der AfA-Bundesvorstand arbeitet an einer stärker branchenorientierten Gründung von zentralen Betriebsgruppenausschüssen als Kompetenznetzwerke. 2004 wurde im Bereich der Bauwirtschaft ein zentraler Betriebsgruppenausschuss gegründet. Ende 2008 wurde eine Branchenbetriebsgruppe für den Bereich der Telekommunikation, im

Januar 2009 wurde eine Branchenbetriebsgruppe im Bereich der Deutschen Post neu gegründet. 2011 wurde für den Bereich der Weiterbildungsbranche eine Branchenbetriebsgruppe neu gegründet.

D) BETRIEBSVERTRAUENSLEUTE

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 2.676 angegeben. Die weitaus größte Anzahl ist in der gewerblichen Wirtschaft tätig, während die zweitgrößte Gruppe auf den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungsunternehmen entfällt. Unterrepräsentiert sind sie im privaten Dienstleistungssektor.

Umfrageergebnisse, gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken

Landesverband / Bezirk	Zahl der SPD-UB/KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmerfragen im UB/KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauensleute im LV/Bezirk
LV Schleswig-Holstein	15	10	3	850
LO Hamburg	7	7	7	–
LO Bremen	3	3	26	–
Bez. Nord-Niedersachsen	6	2	–	–
Bez. Weser-Ems	17	10	1	7
Bez. Hannover	13	10	31	235
Bez. Braunschweig	9	7	6	32
LV Nordrhein-Westfalen	54	46	196	209
Bez. Hessen-Nord	8	6	25	56
Bez. Hessen-Süd	18	15	57	800
LV Baden-Württemberg	43	25	16	300
LV Bayern	97	40	10	30
LV Rheinland-Pfalz	28	18	9	107
LV Saar	7	5	9	–
LV Berlin	12	10	14	50
LV Mecklenburg-Vorpomm.	18	2	2	–
LV Brandenburg	18	4	–	–
LV Sachsen-Anhalt	14	3	–	–
LV Thüringen	22	12	–	–
LV Sachsen	13	3	–	–
Gesamt	422	238	412	2.676

GLEICHSTELLUNGSBERICHT

Seite

Berichterstatterin: Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Elke Ferner, MdB,

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

551

1. Die SPD auf Bundesebene

554

1.1. Mitgliederentwicklung

554

1.2. Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

555

1.3. Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitag 1984 bis 2009

556

1.4. Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2009 nach Landesverbänden / Bezirken

556

1.5. Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

557

1.6. Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften

558

1.7. Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

559

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

560

2.1. Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2005 bis 2010

560

2.2. Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31.12.2010)

562

2.3. Vorstände der Landesverbände und Bezirke

Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

562

2.4. Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände

564

2.5. Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

565

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

565

3.1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2009

565

	Seite
3.2. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	566
3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD- Bundestagsfraktion seit 1949	566
3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	567
3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	567
3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	568
3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages in der 17. Wahlperiode, Sprecher/innen	568
3.3. Bundesregierung	569
3.4. SPD-Fraktionen der Länderparlamente	569
3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	569
3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder / Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	570
3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden	571
3.5 Landesregierungen	571
3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	571
3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	572
4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen	573
4.1. Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern	573
4.2. Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und -Kreistagsfraktionen	574
4.3. Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene	574
4.4. Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs	574
5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	575
5.1. SPD-Parteivorstand, Bericht zur Frauenförderung	575
5.2. SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände	576
5.3. Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	578
5.4. Unternehmensbereich der SPD	578

EINLEITUNG

Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Wie bei jedem ordentlichen Parteitag wird hiermit dem Bundesparteitag Bericht erstattet über die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten. Berichtszeitraum sind die zwei Jahre seit dem Parteitag in Dresden im November 2009 bis zum November 2011.

Mitgliederentwicklung

Im Berichtszeitraum ist der Frauenanteil in der SPD-Mitgliedschaft zwar über die 30-Prozent-Marke hinausgegangen (2010: 31,26 Prozent). Gleichzeitig sind die Mitgliederzahlen in der Partei rückläufig. Die Frauenanteile in der Mitgliedschaft der Landesverbände und Bezirke sind unterschiedlich. Spitzenreiter sind Schleswig-Holstein und Bremen mit jeweils mehr als 34 Prozent, Schlusslichter sind Hessen-Nord und Sachsen mit gut 26 bzw. 23 Prozent.

Parteivorstand, Präsidium, Parteirat, Delegierte auf Parteitag

Im Parteivorstand liegt der Frauenanteil seit dem Parteitag im November 2009 bei 42,2 Prozent – die Mindestabsicherung ist damit erfüllt.

Das 17-köpfige Präsidium setzt sich zusammen aus 7 Frauen und 10 Männern. Im engeren Führungskreis besteht seit der Wahl 2009 wieder Parität: vier Frauen (Schatzmeisterin, Generalsekretärin und zwei stellvertretende Vorsitzende) und vier Männer (Parteivorsitzender zwei Parteivize, und der Verantwortliche für die Europäische Union). Hinzu kommt die Bundesgeschäftsführerin.

Dem 90-köpfigen Parteirat gehören 43 Frauen an. Damit liegt in diesem Gremium aus gewählten Delegierten der Landesverbände und Bezirke der Frauenanteil bei 47,8 Prozent. Die Quotierung ist erfüllt, der Frauenanteil ist verglichen mit 2009 um mehr als 4 Prozentpunkte gestiegen.

Auf den ordentlichen Bundesparteitag liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. Beim Parteitag 2009 betrug der Frauenanteil an den Mandaten 44,0 Prozent. Die 40-Prozent-Marke wurde von einem Großteil der Delegationen erreicht, Spitzenreiter war Brandenburg mit 71 Prozent, gefolgt von Braunschweig (60,0) und Berlin und Sachsen mit jeweils 56,0 Prozent. Echte Parität, also 50:50 erreichte der Bezirk Nord-Niedersachsen. Nordrhein-Westfalen und Hessen-Süd haben mit einem Frauenanteil von jeweils 39 Prozent die 40-Prozent-Marge knapp verfehlt.

Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen, Foren usw.

Die Arbeitsgemeinschaften zeigen in ihren Vorständen recht unterschiedliche Werte. Sie reichen von 55,6 Prozent bei der AG 60plus, 53 Prozent bei den Jusos, 50 Prozent bei den Sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen, 43 Prozent bei den Juso-Hochschulgruppen und 42,9 Prozent bei der Ar-

beitsgemeinschaft für Bildung. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen erreichte 40 Prozent. Die geringsten Frauenanteile ergaben sich im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (33,3 Prozent) und in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (23,8 Prozent). Beide Arbeitsgemeinschaften haben die Quotierung bei ihren Vorstandswahlen nicht erreicht. Ob es an Kandidaturen von Frauen gemangelt hat oder ob Kandidatinnen nicht gewählt wurden, lässt sich an dieser Stelle nicht feststellen. Das Ergebnis ist so oder so nicht zufriedenstellend.

Bei den Foren ist die Spannweite beim Frauenanteil sehr groß. Herausgehoben seien das Forum Familie mit einem Frauenanteil von über 85 Prozent und das Kulturforum mit einem Anteil von gut 31 Prozent. Beides entspricht nicht der Quotierung. Parteivorstand und Präsidium sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bei der Einsetzung von Kommissionen, (Themen)Foren, Projektgruppen usw. die Quotierung von mindestens 40 Prozent eingehalten wird.

Vorstände auf Landes-, Bezirks- und örtlicher Ebene

In den Landes- und Bezirksvorständen ist bis auf eine Ausnahme (Berlin mit 36,4 Prozent) die Mindestquote von 40-Prozent erreicht. 50 Prozent Frauenanteil und mehr erreichen Nord-Niedersachsen (56,3 Prozent), Bremen (52,9 Prozent) sowie Hessen-Süd und Sachsen (jeweils 50 Prozent). Vier Landesverbände und Bezirke werden von Frauen geführt, Nordrhein-Westfalen durch Hannelore Kraft, Sachsen-Anhalt durch Katrin Budde, Nord-Niedersachsen durch Petra Tiemann und Weser-Ems durch Johanne Modder. Gegenüber 2009 hat sich der Frauenanteil bei den Landes- und Bezirksvorsitzenden verdoppelt.

In etwa jedem vierten Unterbezirk bzw. Kreisverband hat eine Frau den Vorsitz inne, doch auch hier liegt die Spannweite zwischen 50 Prozent, wie in Nord-Niedersachsen und 0 Prozent, wie in Bremen. In den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil im Durchschnitt 37 Prozent. Etwa jedem fünften Ortsverein steht eine weibliche Vorsitzende vor (19 Prozent), in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen 30 Prozent der Ämter inne.

SPD-Landtagsfraktionen

Bei den Landtagsfraktionen liegt Bayern mit seinem Frauenanteil an der Spitze (46,2 Prozent), gefolgt von Hamburg und Sachsen. Auf der anderen Seite verfehlen die Landtagsfraktionen in 12 Bundesländern die 40-Prozent-Marke, teilweise knapp wie im Saarland und Sachsen-Anhalt, deutlich in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern mit Werten unter 30 Prozent.

Neben anderen Gründen sind es die Wahlgesetze mancher Bundesländer, aber auch die Tatsache, dass kein echter Reißverschluss bei den SPD-Listen praktiziert wird, die verhindern, dass bessere Frauenanteile erreicht werden.

Die Grüne-SPD-Koalition in Baden-Württemberg hat sich vorgenommen, diesem Missstand entgegenzutreten. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Koalitionsparteien wollen „sowohl das kommunale Wahlrecht als auch das Landtagswahlrecht dahingehend überprüfen, wie wir es geschlechtergerechter ausgestalten können.“

Kommunale Ebene

In den Kommunalvertretungen ist ein durchschnittlicher Frauenanteil unter den SPD-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträgern von 29,1 Prozent erreicht. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Millionenstädten ist der Wert konstant geblieben, der Frauenanteil liegt bei 42,8 Prozent. In Städten von 500.000 bis 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 39,9 Prozent (minus 1,6 Prozent). Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern. Bei den Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen gibt es teilweise leicht steigende Zahlen. Die Funktionen sind jedoch überwiegend von Männern besetzt.

Hauptamtlich Beschäftigte der Partei

Die Statistik der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten weist aus, dass auf der Ebene der Abteilungsleitungen im Willy-Brandt-Haus ein frauenloser Zustand herrscht: die fünf Positionen sind alle mit Männern besetzt. In den Landesverbänden und Bezirken sind die Leitenden Geschäftsführer bis auf eine Ausnahme (Hamburg) männlich, unter 20 Landes-, Bezirksgeschäftsführern gibt es vier Frauen. Bei den Referenten und Referentinnen ist der Frauenanteil wieder leicht gestiegen und beträgt 41,8 Prozent.

Die SPD weiblicher machen

„Die Gleichstellung der Frauen auch in den eigenen Reihen vollständig zu verwirklichen, ist für die SPD eine Frage der Glaubwürdigkeit“ (Gleiches Recht für Frauen, Beschluss SPD-Parteitag Nürnberg 1986)

Wer glaubwürdig Geschlechtergerechtigkeit und Partnerschaftlichkeit umsetzen will, muss bei sich selbst beginnen. Mit der Einführung der Quote vor mehr als 20 Jahren hat unsere Partei schon vieles zum Positiven verändert. Auf Bundes- und Länderebene ist die Mindestquote von 40 Prozent in den Fraktionen und Vorständen weitestgehend erreicht. Dennoch zeigt die geringe Zahl von Frauen an der Spitze von Landesverbänden, Unterbezirken und in den Ortsvereinen, dass althergebrachte, männlich dominierte Strukturen auch in der SPD noch nicht beseitigt sind.

Wir brauchen mehr als gutgemeinte Absichtserklärungen. Wir wollen die Quote realisieren, wir müssen den Schritt von der Satzungsregelung zur Ergebnisquote gehen. Das heißt, Männer und Frauen sind zu gleichen Teilen an Parteifunktionen und Mandaten zu beteiligen. Dies liegt in der Verantwortung der Gesamtpartei.

Unser Mitgliedsanteil liegt über 30 Prozent. Er muss in Zukunft kräftig steigen. Um ein deutliches Zeichen zu setzen, benötigen wir eine eigenständige Mitgliederwerbekampagne, die sich direkt an Frauen wendet. Nach unseren Vorstellungen muss es für Parteigliederungen attraktiv gemacht werden, Frauen als Mitglieder zu werben und zu halten. Überlegungen, dies etwa durch finanzielle Anreize anzuregen, müssen fortgesetzt werden.

Die Entwicklung der (sinkenden) Mitgliederzahlen einerseits und die zugleich hohen Sympathiewerte für sozialdemokratische Themen und Ziele gerade bei (jüngeren) Frauen müssen uns anspornen, die Gleichstellung in den eigenen Reihen konsequent zu verwirklichen. Wir müssen die SPD weiblicher machen. Dafür müssen wir sowohl in den Organisationsstrukturen als auch im Hinblick auf Beteiligungs-

und Kommunikationsformen neue Wege gehen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die Mitarbeit in der SPD für Frauen aller Altersstufen attraktiver macht.

In der engeren Parteispitze ist Parität vorhanden. Das ist erfreulich. Es entspricht unserer Vorstellungen von Gleichberechtigung und es ist gut für das Erscheinungsbild der SPD nach außen. Die vorgeschlagene Organisationsreform sichert dies nicht ab.

In der alltäglichen Praxis der SPD muss es selbstverständlich sein, dass Frauen beteiligt sind. Das gilt, wenn die Partei mit Veranstaltungen, Publikationen usw. in die Öffentlichkeit geht.

In jeder Kampagne müssen auch Frauen angesprochen werden. Bei öffentlichen Veranstaltungen der Gliederungen der SPD muss es das Bestreben sein, dass Frauen und Männer paritätisch vertreten sind – als AkteurInnen – und Frauen nicht nur als Moderatorinnen eingesetzt werden. Denkbar ist, dass solche Veranstaltungen aus Parteimitteln nur finanziert werden, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind.

In Publikationen der Partei (Druckerzeugnisse, Internet, Pressearbeit usw.) müssen Frauen und Männer angemessen vertreten sein. Wo nötig muss entsprechend geschult und gebrieft werden.

Ich wünsche mir, dass wir beim nächsten Parteitag, zum 25. Jubiläum des Quotenbeschlusses im Jahr 2013, feststellen können, dass die SPD auf dem Weg zur Parität ein gutes Stück vorangekommen ist und für die nächste Bundestagswahl eine paritätische Verteilung – auch in den sicheren Wahlkreisen erreicht. Die Politik ist Vorbild für andere gesellschaftliche Bereiche. Daran müssen wir uns messen lassen und wir müssen bei uns selber anfangen.

BERLIN, OKTOBER 2011

1. Die SPD auf Bundesebene

1.1. MITGLIEDERENTWICKLUNG

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in %
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31.12.1993	861.480	240.053	27,87
31.12.1994	849.474	238.192	28,04
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.1996	792.773	225.622	28,46
31.12.1997	776.183	222.577	28,68
31.12.1998	775.036	224.213	28,93
31.12.1999	755.066	220.003	29,14

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in %
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2001	717.513	211.863	29,53
31.12.2002	693.894	205.950	29,68
31.12.2003	650.798	194.846	29,94
31.12.2004	605.807	182.923	30,19
31.12.2005	590.485	179.530	30,40
31.12.2006	561.239	172.126	30,67
31.12.2007	539.861	166.713	30,88
31.12.2008	520.969	161.920	31,08
31.12.2009	512.520	159.894	31,20
31.12.2010	502.062	156.948	31,26

1.2. PARTEIVORSTAND, PRÄSIDIUM, PARTEIRAT

	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009
Parteivorstand insgesamt	45	45	45	45	45	45	45	45	45
davon Frauen	19	21	23	21	19	19	18	18	19
Frauenanteil in %	42,2	46,7	51,1	46,7	42,4	42,4	40	40	42,2

Präsidium insgesamt	13	13	13	13	13	13	13	17	17
davon Frauen	5	5	6	7	6	6	6	8	7
Frauenanteil in %	38,5	38,5	38,5	46,2	53,8	46,2	46,2	47	41,1

Parteirat insgesamt	111	110	110	109	108	110	110	110	90 ¹
davon Frauen	50	50	50	49	52	52	49	48	43
Frauenanteil in %	45,0	45,5	45,5	45,0	48,1	47,3	44,5	43,6	53,3

¹ SPD-Bundesparteitag 2007: satzungändernder Beschluss, die Zahl der Parteiratsmitglieder auf 90 zu reduzieren.

1.3. WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN BUNDESPARTEITAGEN 1984 BIS 2009

	Anzahl der weiblichen Delegierten ¹	Frauenanteil in %
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1999	217	45,2
2001	229	47,7
2003	217	45,2
2005	201	41,9
2007	202	42,1
2009	211	44,0

¹ Summe ohne Parteivorstand1.4. DELEGIERTE AUF DEM ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG NOVEMBER 2009
NACH LANDESVERBÄNDEN / BEZIRKEN

Landesverband / Bezirk	Delegierte insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %
Baden-Württemberg	42	18	43
Bayern	62	30	48
Berlin	16	9	56
Brandenburg	7 ¹	5	71
Braunschweig	10	6	60
Bremen	5	2	40
Hamburg	10	4	40
Hannover	28	12	43
Hessen-Nord	18	8	44
Hessen-Süd	33 ²	13	39
Mecklenburg-Vorpommern	5	2	40
Nord-Niedersachsen	6	3	50
Nordrhein-Westfalen	126	49	39
Rheinland-Pfalz	35	15	43
Saar	15	6	40
Sachsen	9	5	56
Sachsen-Anhalt	7	3	43
Schleswig-Holstein	19	9	53
Thüringen	7	3	43
Weser-Ems	17	9	53
Gesamt	477	211	42

¹ Von 9 Mandaten ² Von 34 Mandaten1.5. KOMMISSIONEN UND BEIRÄTE DES PARTEIVORSTANDES
(RANGFOLGE NACH FRAUENANTEIL IN PROZENT)

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Vorstandsmitglieder		Frauenanteil in %
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	
Kommission Gleichstellungspolitik	0	1	-	-	16	16	100,0
Kuratorium Wilhelm-Dröscher-Preis	0	1	-	-	11	6	58,3
Beirat der Parteischule	0	1	0	1	15	8	52,9
Kontrollkommission	0	1	1	1	7	2	44,4
Grundwertekommission	1	0	2	1	15	7	44,4
Bundesschiedskommission	0	1	2	0	4	2	42,9
Europapol. Kommission	0	1	-	-	-	-	33,0
Medienkommission	1	0	-	-	4	2	28,4
Historische Kommission	1	0	-	-	36	10	27,0
Kommission Zukunft der Alterssicherung – Schutz vor Altersarmut	-	-	4	1	-	-	25,0
Energiekommission	1	0	1	0	-	-	13,8
Kommission Internationale Politik	1	-	-	-	-	-	

¹ Gleichberechtigte Leitungspersonen ² Die KIP ist eine offene Kommission, so dass weder der Mitglieder- noch der Frauenanteil quantifiziert werden kann.

1.6. BUNDESVORSTÄNDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Vorstandsmitglieder		Frauenanteil in %
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	3	3	17	17	100,0
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	0	1	2	1	6	3	55,6
Jungsozialistinnen u. Jungsozialisten (Jusos)	1	0	8	4	8	5	53,0
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	1	5	3	50,0
Bundesausschuss d. Juso-Hochschulgruppen¹	-	-	-	-	7	3	43,0
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	0	1	1	1	5	1	42,9
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen u. Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	1	7	3	40,0
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	1	0	2	0	9	4	33,3
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	4	1	16	4	23,8

¹ Zeitraum Mai – November 2011: Im Bundesausschuss der Juso-HSG gibt es keine herausgehobene Position der/des (stv.) Vorsitzenden. Alle (zurzeit 7) Vorstandsmitglieder sind gleichberechtigt. Darüber hinaus gibt es den Beirat der Juso-Hochschulgruppen. Ihm gehören 11 Mitglieder an. Der Frauenanteil beträgt hier 45%.

1.7. FOREN, PROJEKTGRUPPEN, GESPRÄCHSKREISE UND SONSTIGE GREMIEN DES PARTEIVORSTANDES (RANGFOLGE NACH FRAUENANTEIL IN %)

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums		Frauenanteil in %
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	
Forum Familie	0	2	-	-	5 ¹	4	85,7 ²
Forum Bildung	0	1	-	-	8 ¹	6	77,8 ³
Wissenschaftsforum⁴	0	1	-	-	13	6	50,0
Gesprächskreis Verbraucherpolitik	1	0	1	1	-	-	50,0
Arbeitskreis Integration / Migration	-	-	-	-	-	-	49,0
Forum Nachhaltigkeit und Lebensqualität	1	0	-	-	-	-	35,0
Rechtsextremismus	1	0	-	-	28	9	32,1
Kulturforum	1	0	-	-	15	5	31,3
Schwusos Bundesvorstand	1	0	10	2	-	-	18,2
„Selbstaktiv“ – Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD	1	0	2	1	3	0	16,7
Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)⁵	0	1	-	-	-	-	- ⁶
Projektgruppe Bürgerversicherung	0	1	2	1	12	3	33,3
Koordinierungsgruppe Türkei	1	0	3	1	-	-	31,0
Gesprächskreis Inklusion und Teilhabe	1	0	-	-	-	-	
Gesprächskreis Demografie	0	1	-	-	10	3	36,4

¹ Mitglieder der Steuerungsgruppe ² Frauenanteil im gesamten Gremium: 59 % ³ Frauenanteil im gesamten Gremium: 40% ⁴ Beirat des Wissenschaftsforums ⁵ Der AKC hat eine Sprecherin ⁶ Der Arbeitskreis ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar.

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums		Frauenanteil in %
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	
Gesprächskreis Innenpolitik	2	0	-	-	42	12	27,3
Forum Sport	1	0	-	-	-	-	34,62
Arbeitskreis Bundeswehr und Sicherheit							
Forum Eine Welt	0	1	4	1	0	0	-
Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	2	0	-	-	-	-	-
Gesprächskreis Menschenrechte	0	1	-	-	-	-	-
Projektgruppe Steuer-/ Abgabekonzept	1	0	2	1	-	-	33,3

¹ Im Gremium insgesamt ² Das Forum Sport wird von Manfred Schaub geleitet. Ein Beirat ist beratend tätig. ³ Der Arbeitskreis ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar. ⁴ Der Gesprächskreis ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar. ⁵ Der Arbeitskreis hat zwei gleichberechtigte Sprecher. Es ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar. ⁶ Der Gesprächskreis ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar.

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks und Ortsvereinsebene

2.1. MITGLIEDERENTWICKLUNG IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN 2005 BIS 2010

Landesverbände / Bezirke ¹	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Schleswig-Holstein	22.978	21.535	20.724	20.113	19.651	19.230
	7.973	7.476	7.202	6.999	6.838	6.711
Mecklenburg-Vorpommern	2.979	2.872	2.793	2.794	2.830	2.802
	895	874	856	861	871	858
Hamburg	12.227	11.529	11.052	10.747	10.610	10.506
	4.227	3.994	3.808	3.678	3.611	3.555
Bremen	5.719	5.414	5.198	4.952	4.841	4.763
	1.896	1.828	1.757	1.685	1.641	1.622
Nord-Niedersachsen	7.185	7.001	6.796	6.497	6.388	6.239
	2.082	2.053	1.992	1.919	1.894	1.863

¹ 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile: weiblich

	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Weser-Ems	20.149	19.679	18.774	18.034	17.530	17.146
	5.853	5.746	5.531	5.368	5.228	5.145
Hannover	34.320	33.417	33.417	33.417	33.417	33.417
	10.045	9.871	9.871	9.871	9.871	8.871
Braunschweig	14.434	14.002	13.480	12.882	12.537	12.139
	4.118	4.026	3.898	3.754	3.671	3.516
Sachsen-Anhalt	4.623	4.519	4.327	4.202	4.165	4.067
	1.251	1.232	1.173	1.136	1.125	1.090
Brandenburg	6.745	6.691	6.560	6.573	6.523	6.348
	1.915	1.906	1.863	1.873	1.868	1.815
Berlin	17.189	16.243	15.989	15.883	16.281	16.428
	5.724	5.398	5.328	5.296	5.428	5.463
Nordrhein-Westfalen	162.216	152.360	145.274	139.623	136.840	133.867
	52.045	49.377	47.283	45.748	44.997	44.018
Hessen-Nord	26.426	25.114	24.118	22.831	22.262	21.927
	6.759	6.522	6.327	6.056	5.941	5.872
Hessen-Süd	47.584	45.200	43.550	41.660	40.870	40.141
	13.133	12.640	12.346	11.887	11.729	11.623
Thüringen	4.674	4.530	4.412	4.341	4.389	4.357
	1.279	1.228	1.198	1.183	1.214	1.200
Sachsen	4.523	4.444	4.324	4.257	4.332	4.314
	1.113	1.081	1.044	1.019	1.031	1.025
Saar	26.415	24.809	22.889	21.847	21.485	20.823
	8.218	7.792	7.221	6.915	6.846	6.657
Rheinland-Pfalz	47.998	45.836	44.459	42.876	42.463	41.617
	13.674	13.226	12.932	12.578	12.514	12.311
Baden-Württemberg	44.363	42.186	40.484	39.327	39.275	38.618
	13.662	13.140	12.803	12.497	12.538	12.359
Bayern	77.738	73.858	72.438	70.737	69.023	67.255
	23.668	22.716	22.555	22.250	21.817	21.353
SPD gesamt	590.485	561.239	539.861	520.969	512.520	502.062
Männer	410.955	389.113	373.148	359.049	352.626	345.114
Frauen	179.530	172.126	166.713	161.920	159.894	156.948
Frauenanteil in %	30,40	30,67	30,88	31,08	31,20	31,26

2.2. WEIBLICHE MITGLIEDER IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN
(RANGFOLGE NACH FRAUENANTEIL IN PROZENT, STAND: 31.12.2010)

Landesverbände/Bezirke	gesamt	Weiblich	Frauenanteil in %
Schleswig- Holstein	19.230	6.711	34,90
Bremen	4.763	1.622	34,05
Hamburg	10.506	3.555	33,84
Berlin	16.428	5.463	33,25
Nordrhein-Westfalen	133.867	44.018	32,88
Baden-Württemberg	38.618	12.359	32,00
Saar	20.823	6.657	31,97
Bayern	67.255	21.353	31,75
Mecklenburg-Vorpommern	2.802	858	30,62
Hannover	29.457	8.892	30,19
Weser-Ems	17.164	5.145	29,98
Nord-Niedersachsen	6.239	1.863	29,86
Rheinland-Pfalz	41.617	12.311	29,58
Hessen-Süd	40.141	11.623	28,96
Braunschweig	12.139	3.516	28,96
Brandenburg	6.348	1.815	28,59
Thüringen	4.357	1.200	27,54
Sachsen-Anhalt	4.067	1.090	26,80
Hessen-Nord	21.927	5.872	26,78
Sachsen	4.314	1.025	23,76

2.3. VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE 2011¹
(MIT VERGLEICHSAHLEN 2007 UND 2009)

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes -/ Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende gesamt/davon Frauen	Landes-/Bezirksvorstände		
			Frauenanteil / gesamt / davon Frauen in % (zum Vergleich Angaben von 2007 und 2009)	2007	2009
Schleswig-Holstein	nein	2/1	5/11 45,5	5/11 45,5	5/11 45,5
Mecklenburg-Vorpommern	nein	3/1	7/16 43,8	8/16 50,0	8/16 50,0
Hamburg	nein	3/1	9/23 39,1	11/26 42,3	13/31 41,9
Bremen	nein	2/1	8/17 47,1	9/17 41,2	7/17 52,9

Landesverband/ Bezirk	weibliche Landes -/ Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende gesamt/davon Frauen	Landes-/Bezirksvorstände		
			Frauenanteil/gesamt/davon Frauen in % (zum Vergleich Angaben von 2007 und 2009)	2007	2009
Nord-Niedersachsen	ja	4/1	5/14 35,7	8/18 44,4	9/16 56,3
Weser-Ems	ja	3/1	8/15 53,3	7/17 41,2	8 /18 44,4
Hannover	nein	2/1	9/23 39,1	39,1 12/26	9/23 46,2
Braunschweig	nein	4/2	5/15 33,3	5/15 33,3	8/19 42,1
Sachsen-Anhalt	ja	3/1	7/17 41,2	7/17 41,2	8/17 47,0
Brandenburg	nein	2/2	7/16 43,8	7/16 43,8	7/15 46,6
Berlin	nein	4/2	14/33 42,4	14/34 41,2	12/33 36,4
Nordrhein-Westfalen	ja	4/2	16/37 43,2	16/37 43,2	15/37 40,5
Hessen-Nord	nein	2/1	8/19 42,1	8/19 42,1	8/19 42,1
Hessen-Süd	nein	2/1	8/20 40,0	10/20 50,0	10/20 50,0
Thüringen ²	nein	4/2	10/24 41,7	11/24 45,8	11/24 45,8
Sachsen	nein	2/2	9/22 40,9	9/22 40,9	11/22 50,0
Saar	nein	4/2	10/23 43,5	8/23 34,8	9/22 40,9
Rheinland-Pfalz	nein	3/2	11/22 50,0	12/23 52,2	10/22 45,5
Baden-Württemberg	nein	4/3	10/25 40,0	12/27 44,4	13/27 48,1
Bayern	nein	3/1	16/34 47,1	16/38 42,1	17/35 48,6

¹ Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke und / oder Recherche Internet

² Die SPD-Thüringen hat im Mai 2011 einen kommunalpolitischen Frauen-Förderplan beschlossen.

Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

Landesverband	weibliche Landesvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende gesamt/davon Frauen	Landesvorstände		
			Frauenanteil/gesamt/davon Frauen in % (zum Vergleich Angaben von 2007 und 2009)		
			2007	2009	2011
Niedersachsen	nein	5 / 4	4 / 10 40,0	9 / 20 45,0	11 / 24 45,8
Hessen	nein	3 / 1	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4

2.4. VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER UNTERBEZIRKE / KREISVERBÄNDE ¹

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in %	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Schleswig-Holstein	15	2	13,3	191	67	35,1
Mecklenburg-Vorpommern	12	4	33,3	116	48	41,4
Hamburg	7	1	14,3	135	53	39,3
Bremen	3	0	0	33	13	39,4
Nord-Niedersachsen	6	3	50,0	80	43	53,8
Weser-Ems	17	6	35,3	292	105	36,0
Hannover	13	5	38,5	247	97	39,3
Braunschweig	9	2	22,2	117	36	30,8
Sachsen-Anhalt	14	2	14,3	156	56	35,9
Brandenburg	18	2	11,1	200	65	32,5
Berlin	12	1	8,3	204	95	46,6
Nordrhein-Westfalen	54	8	14,8	965	371	38,4
Hessen-Nord	8	1	12,5	129	54	41,9
Hessen-Süd	17	2	11,8	353	141	39,9
Thüringen	23	5	21,7	222	78	35,1
Sachsen	13	3	23,1	136	45	33,1
Saar	7	2	28,6	169	52	30,8
Rheinland-Pfalz	28	7	25,0	479	177	37,0
Baden-Württemberg	43	7	16,3	605	212	35,0
Bayern	62	20	32,3	1240	435	35,1
Gesamt	381	83	21,8	6.069	2.243	37,0

¹ UB-Vorstand = Vorsitzende/r, stellv. Vorsitzende/r, Kassierer/in, stellvertretender Kassierer/in, Schrift-führer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen

2.5. VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER ORTSVEREINE ¹

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in %	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Schleswig-Holstein	509	110	21,6	2809	887	31,6
Mecklenburg-Vorpommern	106	23	21,7	423	145	34,3
Hamburg	75	15	20,0	798	289	36,2
Bremen	49	14	28,6	448	168	37,5
Nord-Niedersachsen	70	12	17,1	665	217	32,6
Weser-Ems	291	62	21,3	2478	695	28,0
Hannover	395	71	18,0	2779	826	29,7
Braunschweig	168	24	14,3	1347	424	31,5
Sachsen-Anhalt	163	30	18,4	640	173	27,0
Brandenburg	205	47	22,9	869	261	30,0
Berlin	120	30	25,0	1607	604	37,6
NRW	1410	245	17,4	14143	4407	31,2
Hessen-Nord	534	78	14,6	3297	745	22,6
Hessen-Süd	401	82	20,4	4123	1175	28,5
Thüringen	212	37	17,5	698	193	27,7
Sachsen	137	27	19,7	655	161	24,6
Saar	328	44	13,4	3030	847	28,0
Rheinland-Pfalz	973	173	17,8	7334	2014	27,5
Baden-Württemberg	850	184	21,6	5.606	1813	32,3
Bayern	1658	332	20,0	12.394	3754	30,3
Gesamt	8.654	1.640	19,0	66.143	19.798	30,0

¹ Ortsvereins-Vorstand = Vorsitzender, stellv. Vorsitzender, Kassierer, stellvertretende/r Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

3.1. FRAKTION DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS (SPE) IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2009

	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14	9	10
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	39,1	43,5

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 gesteigert werden auf über 40 Prozent. Nachdem die SPD bei der Europawahl im Juni 2004 deutliche Verluste (minus 10 Mandate) hinnehmen musste, gehören seit der Europawahl 2009 (auch hier ein Minus von 0,7 Prozentpunkte bei gleicher Sitzzahl) der deutschen SPD-Gruppe 13 Männer und 10 Frauen an, der Frauenanteil beträgt 43,5 Prozent.

Der Frauenanteil im neu gewählten Europäischen Parlament insgesamt liegt nunmehr bei 34 Prozent (252 Frauen von 736 Abgeordneten), dies bedeutet gegenüber der vorherigen Wahlperiode einen Zuwachs des Frauenanteils um rund drei Prozent. 1979, im Jahr der ersten Direktwahl des EP, betrug der Frauenanteil lediglich 16 Prozent.

In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist der Anteil weiblicher Abgeordneter mit 41 Prozent gleich geblieben (von 182 Abgeordneten sind 74 Frauen), wobei der rund 43,5-prozentige Frauenanteil der SPD mit 2,5 Prozent leicht über dem Durchschnitt liegt.¹

3.2. SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2

¹ Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament; eigene Berechnungen

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105	35,2
	2)	108	36,9
2002	1)	95	37,8
	2)	98	39,5
2005	1)	80	36,0
	2)	83	37,6
2009	1)	56	38,4

1) zu Beginn der Legislaturperiode 2) am Ende der Legislaturperiode

3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die vier parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sowie die Justiziarin der Fraktion und kraft Amtes der Bundestagsvizepräsident an. Unter diesen 16 Mitgliedern sind 6 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zwei parlamentarische Geschäftsführerinnen und die Justiziarin), der Frauenanteil liegt hier bei 37,5 Prozent.

3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode 1949–1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953–1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957–1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961–1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965–1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969–1972	3	10,0
7. Wahlperiode 1972–1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976–1980	3	10,0
	ab 23.3.78: 4	12,9
9. Wahlperiode 1980–1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983–1987	6	14,2
	Ende 1986: 7	20,0
11. Wahlperiode 1987–1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990–1994	14	29,2
	1993: 19	42,2
13. Wahlperiode 1994–1998	18	40,0
14. Wahlperiode 1998–2002	22	46,8
	2001: 20	42,6
15. Wahlperiode 2002–2005	19	42,2
	18	40,9
16. Wahlperiode 2005–2009	19	40,4
	2009: 18	40,9
17. Wahlperiode ab 2009	18	45,0

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, Sprecher/innen

3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages in der 17. Wahlperiode ¹

Ausschuss für	Anzahl der ordentlichen SPD-Ausschussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
Sportausschuss	4	3	75,0
Arbeit und Soziales	9	6	66,7
Gesundheit	9	6	66,7
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8	5	62,5
Kultur und Medien	5	3	60,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5	3	60,0
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	8	4	50,0
Tourismus	4	2	50,0
Auswärtiger Ausschuss	9	4	44,4
Finanzausschuss	9	4	44,4
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8	3	37,5
Innenausschuss	9	3	33,3
Rechtsausschuss	9	3	33,3
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	9	3	33,3
Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	8	2	25,0
Europäischen Union	8	2	25,0
Menschenrechte und humanitäre Hilfe	4	1	25,0
Verteidigungsausschuss	8	2	25,0
Wirtschaft und Technologie	9	2	22,2
Haushaltsausschuss	10	2	20,0
Petitionen	6	1	16,7
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	3	0	0

¹ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

Die SPD stellt in fünf der 22 Ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. Fünf dieser Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Ulla Burchardt
- Ausschuss für Gesundheit: Dr. Carola Reimann
- Haushaltsausschuss: Petra Merkel
- Sportausschuss: Dagmar Freitag
- Verteidigungsausschuss: Dr. h. c. Susanne Kastner

Die SPD stellt fünf stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon haben zwei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz in folgenden Ausschüssen inne:

- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend : Christel Humme
- Ausschuss für Kultur und Medien: Angelika Krüger-Leißner

Sprecher / Sprecherinnen / Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

Unter den 22 Sprecherinnen und Sprechern der Ausschussarbeitsgruppen sind nur 3 Frauen, eine Funktion ist zurzeit vakant. Der Frauenanteil liegt bei 13,6 Prozent.

Von den weiteren 15 Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion (Arbeitsgruppen der Enquête-Kommissionen, des Untersuchungsausschusses, themenbezogene Arbeits- und Querschnittsgruppen) haben 8 eine Sprecherin (zum Teil mehrere Sprecher/innen).

Unter den 11 Beauftragten der Bundestagsfraktion zu bestimmten Themenbereichen sind 7 Frauen.

3.3. BUNDESREGIERUNG ¹

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %
Bundesminister/innen	15 CDU / CSU: 10 FDP: 5	5 CDU / CSU: 4 FDP: 1	33,3 CDU / CSU: 40,0 FDP: 20,0
Parlamentarische Staatssekretäre / Staatssekretärinnen ²	29 CDU / CSU: 22 FDP: 7	7 CDU / CSU: 5 FDP: 2	24,1 CDU / CSU: 22,7 FDP: 28,6

¹ Stand: 8/2011 ² einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt, Stand: 8/2011

3.4. SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDERPARLAMENTE

3.4.1. Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in %)

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %	letzte Wahlen am
Bayern	39	18	46,2	28.09.08
Hamburg	62	27	43,5	20.02.11
Sachsen	14	6	42,9	30.08.09
Rheinland-Pfalz	42	17	40,5	27.03.11
Saarland	13	5	38,5	30.08.09
Sachsen-Anhalt	26	10	38,5	20.03.11
Niedersachsen	47	18	38,3	27.01.08
Thüringen	19	7	36,8	30.08.09
Bremen	36	13	36,1	22.05.11
Schleswig-Holstein	25	9	36,0	27.09.09

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %	letzte Wahlen am
Brandenburg	31	11	35,5	27.09.09
Hessen	29	10	34,5	18.01.09
Berlin	47	16	34,0	18.09.11
Nordrhein-Westfalen	67	20	29,9	23.05.10
Mecklenburg-Vorpommern	27	7	25,9	04.09.11
Baden-Württemberg ¹	35	6	17,1	27.03.11

¹ Die SPD-Baden-Württemberg will ihr Wahlrecht weiterentwickeln und hat dazu folgendes im Koalitionsvertrag festgehalten: „Beim Anteil der Frauen in den gewählten Vertretungen der Kommunen und im Landtag nahm Baden-Württemberg im Bundesländervergleich bereits in der Vergangenheit den letzten Platz ein. Nach der Landtagswahl ist der Anteil der Frauen nochmals auf nur noch 18 Prozent gesunken. Um dies in Zukunft zu ändern, wollen wir sowohl das kommunale Wahlrecht als auch das Landtagswahlrecht dahingehend überprüfen, wie wir es geschlechtergerechter ausgestalten können.“

3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen

	Fraktions- vorsitz	stellvertretende Fraktions- vorsitzende/ davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktionsvorstands/ davon Frauen	Frauenanteil im Fraktions- vorstand in %
Baden-Württemberg	Mann	3 / 2	15 / 2	21,1
Bayern	Mann	3 / 2	5 / 2	44,4
Berlin	Mann	4 / 3	8 / 4	53,8
Brandenburg	Mann	5 / 4	1 / 0	57,1
Bremen	Mann	2 / 2	7 / 3	50,0
Hamburg	Mann	3 / 2	11 ¹ / 4	42,1 ²
Hessen	Mann	6 / 4	3 / 0	44,4
Mecklenburg-Vorpommern	Mann	4 / 2	1 / 0	33,3
Niedersachsen	Mann	6 / 2	8 / 4	40,0
Nordrhein-Westfalen	Mann	4 / 2	1 / 0	33,3
Rheinland-Pfalz ³	Mann	5 / 2	24 / 9	36,7
Saarland	Mann	2 / 1	11 / 3	28,6
Sachsen	Mann	4 / 2	5 / 2	40,0
Sachsen-Anhalt	Frau	2 / 1	7 / 5	70,0
Schleswig-Holstein	Mann	3 / 2	7 / 3	45,5
Thüringen	Mann	3 / 2	2 / 0	33,3

¹ inklusiv einem parlamentarischen Geschäftsführer ² Plus 4 kooptierte Mitglieder, davon 2 Frauen ³ Es gibt eine weibliche parlamentarische Geschäftsführerin

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen		Ausschüsse der Parlamente	
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen		SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt / davon Frauen	
Baden-Württemberg	11	2	3	1
Bayern	12	4	3	0
Berlin	8	4	5	3
Brandenburg	5	4	4	1
Bremen	23 ¹	9	8 ²	2
Hamburg	19 ³	8	10 ³	4
Hessen	15	5	3	1
Mecklenburg-Vorpommern	4	1	4	0
Niedersachsen	11	5	4 ⁴	1
Nordrhein-Westfalen	19	3	6	1
Rheinland-Pfalz	13	5	10	3
Saarland	12	2	3	1
Sachsen	0	0	0	0
Sachsen-Anhalt	6	4	3	0
Schleswig-Holstein	8	3	2	0
Thüringen	5	1	2	1

¹ Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat derzeit keine Arbeitskreise, wohl aber für die unterschiedlichen Politikfelder verantwortliche Obleute. Deren Zahl wird hier ersatzweise genannt. ² Die Bremische Bürgerschaft verfügt nur in einigen Politikfeldern über Parlamentsausschüsse, in anderen Bereichen existieren stattdessen Deputationen. ³ Inkl. eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. ⁴ Bei den Ausschüssen eigener Art stellt die SPD-Fraktion in zwei Ausschüssen den Vorsitz. Beide haben weibliche Vorsitzende. In den Unterausschüssen stellt die SPD-Fraktion einen Vorsitzenden (männl.)

3.5 LANDESREGIERUNGEN ¹

3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungs- mitglieder insgesamt ²	davon sozial- demokratische Regierungsmit- glieder	weibliche Regierungs- mitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landes- regierung insges. in %
Baden-Württemberg	15	7	7	46,7
Bündnis 90 / Die Grünen- SPD-Koalition			B. 90/Die Grünen: 4 SPD: 3	
Berlin	9	5	4	44,4
SPD-Die Linke-Koalition			SPD: 2 Die Linke: 2	

¹ Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen ² einschließlich der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ²	davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insges. in %
Berlin SPD-Die Linke-Koalition ³	9	5	4 SPD: 2 Die Linke: 2	44,4
Brandenburg SPD-Die Linke-Koalition	10	5	4 SPD: 1, Die Linke: 1 Parteilos: 1	30,0
Bremen SPD-Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	8	5	4 SPD: 2 B. 90/Die Grünen: 2	50,0
Hamburg SPD	11	9	5 SPD: 4, Parteilos: 1	45,5
Mecklenburg-Vorpommern SPD-CDU-Koalition	9	6	3 SPD: 2, CDU: 1	33,3
Nordrhein-Westfalen SPD-Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	2	9	6 SPD: 2 B. 90/Die Grünen: 4	50,0
Rheinland-Pfalz SPD-Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	11	8	6 SPD: 3 B. 90/Die Grünen: 3	54,5
Sachsen-Anhalt CDU-SPD-Koalition	10	4	2 CDU: 1, SPD: 1	20,0
Thüringen CDU-SPD-Koalition	10	4	3 CDU: 1, SPD: 2	30,0

¹ Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen ² einschließlich der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters ³ Die Regierungsbildung nach der Wahl am 18.9.2011 ist noch nicht berücksichtigt.

3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungmitglieder insgesamt ²	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insges. in %
Bayern CSU-FDP-Koalition	12	3 CSU: 3, FDP: 1	25,0

Hessen CSU-FDP-Koalition	11	3 CDU: 2, FDP: 1	27,3
Niedersachsen CDU-FDP-Koalition	10	3 CDU: 2, FDP: 1	20,0
Saarland CDU-FDP-Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition	9	2 CDU: 2, FDP: 0 B. 90/Die Grünen: 0	22,2
Sachsen CDU-FDP-Koalition	10	2 CDU: 1, FDP: 0, parteilos: 1	20,0
Schleswig-Holstein ¹ CDU-FDP-Koalition	8	1 CDU: 1, FDP: 0	12,5

4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen

4.1 FRAUENANTEIL BEI SPD-RATSMITGLIEDERN IN GEMEINDEN MIT 10.000 UND MEHR EINWOHNERN (STAND: 01.01.2010)

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen absolut	in v. H.	zum Vergleich 1.1.2009 in v. H.
1.000.000 und mehr ¹	131	56	42,8%	42,8%
500.000 – 1.000.000 ¹	253	101	39,9%	41,5%
200.000 – 500.000	455	153	33,6%	36,0%
100.000 – 200.000	673	227	33,7%	35,5%
50.000 – 100.000	1.419	447	31,5%	31,3%
20.000 – 50.000	4.382	1.301	29,7%	30,1%
10.000 – 20.000	5.424	1.423	26,2%	26,1%
Insgesamt	12.737	3.708	29,1%	29,4%

¹ Für die Stadtstaaten wurden das Berliner Abgeordnetenhaus, die Hamburgische Bürgerschaft sowie die Bremische Bürgerschaft berücksichtigt | Quelle: Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 2010, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern; Eigene Berechnungen.

4.2. WEIBLICHE VORSITZENDE DER SPD-STADT- UND KREISTAGSFRAKTIONEN
STAND: 25. AUGUST 2011

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	in v. H. 25.8.2011	In v.H. 31.8.2009
in Städten 100.000 und mehr EW	81	11	13,6 %	14,5 %
50.000 bis 100.000 EW	104	6	5,8 %	15,2 %
in Kreisen	301	49	16,3 %	13,8 %
Insgesamt	486	66	13,6 %	15,1 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

4.3. VON SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAUEN BESETZTE FÜHRUNGSPPOSITIONEN IM VERGLEICH
ZU ALLEN VON DER SPD BESETZTEN FÜHRUNGSPPOSITIONEN AUF KOMMUNALER EBENE ¹
STAND: 25. AUGUST 2011

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen	In v.H. 2011	In v.H. 2009
Oberbürgermeisterinnen	12 von 109	11,0 %	8,9 %
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW ²	9 von 43	20,3 %	23,9 %
Landrätinnen	8 von 71	11,3 %	8,9 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

¹ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

² Zu den Bürgermeisterinnen wurden die Bezirksbürgermeisterinnen in Berlin mit hinzugerechnet.

4.4. FRAUEN IM VORSTAND DER BUNDES-SGK UND IN DEN VORSTÄNDEN DER LANDES-SGKS
STAND: 25. AUGUST 2011

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	In v.H. 2011	In v.H. 2009
Bundes-SGK	31	11	35,5%	35,5%
SGK Baden-Württemberg	23	8	34,8%	27,3%
SGK Bayern	24	5	20,8%	31,3%
SGK Berlin	24	8	33,3%	34,8%
SGK Brandenburg	16	6	37,5	23,5%
SGK Bremen	11	3	27,3%	27,3%

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	In v.H. 2011	In v.H. 2009
SGK Hamburg	13	2	15,4%	8,3%
SGK Hessen	24	6	25,0%	26,1%
SGK Mecklenburg-Vorpommern	15	6	40,0%	28,6%
SGK Niedersachsen	26	4	15,4%	16,0%
SGK Nordrhein-Westfalen	30	8	26,7%	30,0%
SGK Rheinland-Pfalz	20	7	35,0%	30,0%
SGK Saarland	20	3	15,0%	17,7%
SGK Sachsen	9	3	33,3%	33,3%
SGK Sachsen-Anhalt	9	4	44,4%	33,3%
SGK Schleswig-Holstein	12	5	41,7%	30,0%
SGK Thüringen	12	4	33,3%	41,7%

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1. SPD-PARTEIVORSTAND

	Frauen absolut	in %	Männer absolut	in %
Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter	0	0	5	100
Pressesprecherin/Pressesprecher/ stellv. Pressesprecherin	2	66,6	1	33,4
Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	6	66,6	3	33,4
Referatsleiterinnen/Referatsleiter	1	100	0	0
Referentinnen/Referenten	35	43,2	46	56,8
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter	8	27,6	21	72,4
Sekretärinnen/Sekretäre	52	96,3	2	3,7
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	4	36,3	7	63,7
Auszubildende	1	33,4	2	66,6
Gesamt	109	55,6	87	44,4

¹ Quelle: Stellenplan 2011_Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung 09.02.2011. Beim Vergleich zu den Vorjahren ist zu beachten, dass heute mehr Teilzeitstellen im Bereich der Sekretariate eingerichtet wurden im Gegensatz zu früheren Jahren.

Bericht zur Frauenförderung

Die 3 wichtigen Funktionen der Hausleitung werden im Willy-Brandt-Haus von 3 Frauen wahrgenommen. Generalsekretärin, Schatzmeisterin und Bundesgeschäftsführerin.

Seit 2011 wird ein Gender-Kompetenztraining angeboten, welches Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sensibilisiert für die weitere Umsetzung von Chancengleichheit. Hier geht es auch um geschlechtsspezifische Sprache, die Gestaltung von Sitzungen und Veranstaltungen unter den Aspekten der Bedürfnisse von Frauen und Männern. Bei politischen Forderungen, Anträgen an den Parteitag und sonstigen Äußerungen sollen die durchaus unterschiedlichen Sichtweisen von Frauen und Männern Berücksichtigung finden.

Bei Besetzungen von Stellen, insbesondere bei Referentinnen und Referenten, wird ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis im Arbeitsbereich beachtet.

Eine weitreichende Unterstützung von Vätern und Müttern zur Vereinbarung von Familie und Beruf unterstützt die Bemühungen, Frauen und Männern gleichwertig beides zu ermöglichen, die Berufstätigkeit und die Betreuung von Kindern.

Instrumente sind hier die Möglichkeit von Arbeitszeitverkürzungen, Heimarbeit, Übernahme von Kinderbetreuungskosten, flexible Arbeitszeiten, großzügige Regelungen bei der Erkrankung von Kindern.

Für kurzfristige Engpässe bei der Kinderbetreuung wurde ein Eltern-Kind-Zimmer eingerichtet.

Ein Vergleich der Gehälter ergibt de facto eine gleiche Bezahlung für Männer und Frauen.

5.2. SPD-LANDESVERBÄNDE, -BEZIRKE UND -UNTERBEZIRKE, REGIONALGESCHÄFTSSTELLEN UND KREISVERBÄNDE

LV / Bezirk	Leitende Landes-/Bezirks- geschäftsführer/-innen	Landes-/Bezirksgeschäfts- führer/-innen	Referent/-innen auf Landes- und Bezirksebene	weitere Mitarbeiter/-innen des Landesverbands/Bezirks	Regional-, Kreis-, Unterbezirks- geschäftsführer/-innen	Mitarbeiterinnen und Mitar- beiter der Unterbezirke „ohne politische Zuständigkeiten“
	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen
Schleswig-Holstein	1 0	0 0	4 2	23 17	0 0	23 17
Mecklenburg-Vorpommern ¹						

	Leitende Landes-/Bezirks- geschäftsführer/-innen	Landes-/Bezirksgeschäfts- führer/-innen	Referent/-innen auf Landes- und Bezirksebene	weitere Mitarbeiter/-innen des Landesverbands/Bezirks	Regional-, Kreis-, Unterbezirks- geschäftsführer/-innen	Mitarbeiterinnen und Mitar- beiter der Unterbezirke „ohne politische Zuständigkeiten“
	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen	gesamt davon Frauen
Hamburg	1 1	0 0	2 0	6 6	7 4	0 0
Bremen	1 0	0 0	2 0	4 3	0 0	2 1
Nord-Niedersachsen	1 0	1 0	0 0	6 5	1 0	4 3
Weser-Ems	0 0	1 0	1 0	5 4 ²	4 1	10 9
Hannover	1 0	3 1	0 0	34 23	1 1	15 12
Braunschweig	0 0	4 0	1 0	11 11	0 0	0 0
Sachsen-Anhalt	1 0	0 0	1 0	11 8	5 2	0 0
Brandenburg	1 0	0 0	3 2	3 2	11 3	0 0
Berlin	1 0	0 0	5 3	12 10	0 0	12 10
Hessen-Nord	1 0	2 1	1 1	3 2	8 1	6 6
Hessen-Süd	1 0	1 0	1 0	50 33	12 4	21 18
Thüringen	1 0	1 0	3 1	12 8	0 0	4 4
Sachsen	1 0	1 0	4 2	1 1	3 1	3 3
Baden-Württemberg	1 0	2 1	5 2	8 5	9 1	23 20
Bayern	1 0	2 0	6 3	12 6	15 7	37 30
Saar	1 0	1 0	2 1	7 5	0 0	4 2
Nordrhein-Westfalen	1 0	0 0	11 4	26 20	31 7	51 48
Rheinland-Pfalz	1 0	1 1	3 2	50 32	9 2	1 1

¹ Es liegen keine geeigneten Angaben vor ² Plus 2 in Altersteilzeit

5.3. LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

	Leitende Landes- geschäftsführer/-innen		Landesgeschäfts- führer/-innen		Referent/-innen auf Landesebene		weitere Mitarbeiter/ -innen d. Landesverbands	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1	0	1	0	0	0	3	1,25
Hessen	0	0	1	0	5	5	4	3

5.4. UNTERNEHMENSBEREICH DER SPD

Unternehmen	Frauen	Männer
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH		
Geschäftsführer	0	2
MitarbeiterInnen im Beteiligungsmanagement	2	2
Projektleiterin	1	0
Sekretärin	1	0
Konzentration GmbH		
Geschäftsführer	0	1
Immobilienkaufmann	0	1
Kauffrauen für Bürokommunikation	4	0
Kauffrau für Grundstücks- und Wohnungswirtschaft	1	0
Sekretärin	1	0
Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH		
Geschäftsführer	0	1
Generalbevollmächtigte	1	0
Prokuristin	1	0
MitarbeiterInnen im Veranstaltungsmanagement	1	2
MitarbeiterInnen Öffentlichkeitsarbeit	3	0
Sekretärin	1	0

¹ Quelle: Schatzmeisterei des SPD-Parteivorstandes. Der Bericht bezieht sich auf die unmittelbaren Beteiligungen des Parteivorstandes, ohne Solidarität GmbH, die kein Personal beschäftigt.

DELEGIERTE

Delegierte des Parteivorstandes

Ahnen, Doris
 Annen, Niels
 Berg, Ute
 Böhning, Björn
 Bulmahn, Edelgard
 Burchardt, Ulla
 Duin, Garrelt
 Engelmeier-Heite, Michaela
 Ferner, Elke
 Fischer, Birgit
 Friedrich, Peter
 Gabriel, Sigmar
 Gebhardt, Evelyne
 Grieser, Kerstin
 Groschek, Michael
 Grumbach, Gernot
 Hartloff, Jochen
 Hendricks, Barbara
 Hexel, Dietmar
 Högl, Eva
 Jöns, Karin
 Jüttner, Wolfgang
 Kelber, Ulrich
 Kraft, Hannelore
 Ludwig, Barbara
 Maas, Heiko-Josef
 Matschie, Christoph
 Mattheis, Hildegard
 Nahles, Andrea
 Nida-Rümelin, Julian
 Poß, Joachim
 Pronold, Florian
 Schäfer-Gümbel, Thorsten
 Schaub, Manfred
 Scholz, Olaf
 Schreiner, Ottmar
 Schulz, Martin
 Schwall-Düren, Angelica
 Schwesig, Manuela

Stegner, Ralf
 Vogt, Ute
 Wowerreit, Klaus

Delegierte der Landesverbände und Bezirke

BADEN-WÜRTTEMBERG

Arnold, Rainer
 Bednarz, Hendrik
 Behnke, Elfriede
 Bender, Julien
 Castellucci, Lars
 Distler, Katrin
 Drakul, Petar
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Eckert, Klaus
 Elser, Sonja
 Erler, Gernot
 Esken, Saskia
 Fechner, Johannes
 Graner, Jürgen
 Gürakar, Hidir
 Haller-Haid, Rita
 Harsch, Daniela
 Juratovic, Josip
 Karaahmetoglu, Macit
 Kirgiane-Efremidis, Stella
 Knauss, Renate
 Lange, Christian
 Lutz, Udo
 Mast, Katja
 Perc, Dejan
 Rehbock-Zureich, Karin
 Rosemann, Martin
 Roth, Karin
 Sabah, Adnan
 Schiele, Andrea
 Schmid, Nils
 Schwarzelühr-Sutter, Rita

Simon, Peter
 Soeder, Christian
 Sorg, Anette
 Spörkel, Ralf
 Stoch, Andreas
 Templ, Karl-Ulrich
 Tröndle, Susanne
 Weber, Jonas
 Weigle, Sebastian
 Wölfle, Sabine

BAYERN

Barthel, Klaus
 Bartl, Franziska
 Baur, Hannelore
 Bergmann, Uwe
 Beyer, Christian
 Beyer, Thomas
 Burger, Simone
 Deckwerth, Ilona
 Eder, Marietta
 Erdogan, Abuzar
 Fees, Ulrike
 Fischer, Roland
 Flisek, Christian
 Freund, Florian
 Gabler, Andreas
 Graf, Angelika
 Griebhammer, Holger
 Gruber, Michael
 Güll, Martin
 Henzler, Jutta
 Karl, Annette
 Kofler, Bärbel
 Köning, Christian
 Körber, Fritz
 Kramme, Anette
 Krause, Tina
 Lampe, Wolfgang
 Mattes, Ralf
 Merzbacher, Jonas
 Meyerer, Thorsten
 Mielentz, Jörg

Müller, Ruth
 Negele, Christine
 Olbrich, Gerhard
 Otto, Amelie Christin
 Peitzsch, Wolfgang
 Rodarius, Christine
 Rupprecht, Marlene
 Rützel, Bernd
 Scales, Dominic Robert
 Scharfenberg, Ulrich
 Schieder, Marianne
 Schmidt, Horst
 Schrock, Christine
 Schröder, Ulf
 Schülein, Gabriele
 Schurer, Ewald
 Segnitzer, Marion
 Söllner, Karl
 Söllner, Maria
 Stamm-Fibich, Martina
 Steinecker, Angela
 Tausend, Claudia
 Thanheiser, Evi
 van Eckert, René
 Vilsmeier, Bernd
 Vogel, Christian
 Vogel, Katja
 Weikert, Angelika
 Weiß, Amely
 Werner-Muggendorfer, Johanna
 Zimmermann, Wilmya

BERLIN

Buttgereit, Monika
 Drewnicki, Robert
 Hertel, Anja
 Höschele, Ralf
 Igel, Oliver
 Mindrup, Klaus
 Morgenstern, Vera
 Schimeta, Julia
 Seidel-Kalmutzki, Karin
 Senftleben, Peter

Siebert, Ingo
 Sommer, Ulrike
 Spranger, Iris
 Wiegand, Rolf
 Zado, Julian

BRANDENBURG

Artz, Katja
 Barthels, Ruth
 Danckert, Peter
 Hackenschmidt, Barbara
 Hübner, Ines
 Maaß, Christian
 Platzeck, Matthias
 Schröder, Burkhard
 Schulze, Anett
 Wilczynski, Martina

BRAUNSCHWEIG

Beckmann, Jürgen
 Bratmann, Christoph
 Glosemeyer, Immacolata
 Heil, Hubertus
 Hoffmann, Frank
 Ihbe, Annegret
 Sanli, Nilgün
 Schlaugat, Eva
 Schröder, Jan
 Tietz, Nicole
 Wesche, Elke

BREMEN

Bovenschulte, Andreas
 Feddern, Andreas
 Holsten, Reiner
 Ryglewski, Sarah
 Witt, Nicoletta

HAMBURG

Bernzen, Christian
 Damerau, Inka
 Dräger, Gesine
 Kahrs, Johannes
 Mohr, Antje
 Pein, Milan Wilhelm
 Richter, Frank
 Schlage, Britta
 Schlotzhauer, Melanie
 Schwinke, Karl
 Tschentscher, Peter

HANNOVER

Beckord, Heike
 Behbehani, Helmi
 Brodhun, Christoph
 Brunkhorst, Daniel
 Fischer, Natalie
 Friedemann, Waltraud
 Friedrichs, Andreas
 Heiligenstadt, Frauke
 Kirci, Alptekin
 Klant, Torben
 Klingbeil, Johanna
 Kraus, Brigitte
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Löser, Jessica
 Lynack, Bernd
 Müller, Sylvie
 Pauls, Mathias
 Putzier, Jan Henner
 Schmidt, Maximilian
 Schneider, Kristina
 Schostok, Stefan
 Schurreit, Wolfgang
 Schwarze, Horst
 Seidel, Frank
 Sewald, Thomas
 Tonne-Jork, Elke
 Watermann, Ulrich
 Willers, Gabriele

HESSEN-NORD

Balamagi, Helmut
 Baumgärtel, Lothar
 Eckhardt, Wilma
 Engler-Kurz, Silke
 Flemming, Siglinde
 Freitag-Thiele, Marianne
 Görke, Günter
 Gottschalk, Heidrun
 Gremmels, Timon
 Hartdegen, Tanja
 Kofahl, Daniel
 Nölke, Heike
 Schaake, Andreas
 Schäfer, Enrico
 Schlenkrich-Schwarz, Britta
 Spies, Thomas
 Warnecke, Torsten
 Wolff, Horst

HESSEN-SÜD

Auer, Inge
 Dittmar, Ansgar
 Dracker, Christine
 Eckert, Tobias
 Ergindemir, Imren
 Faeser, Nancy
 Geis, Kerstin
 Gnadt, Lisa
 Gnadt, Rolf
 Gniza, Tobias
 Griga, Martin
 Grobeis, Oliver
 Grüger, Stephan
 Habekost, Oliver
 Habermann, Heike
 Kawai, André
 Körner, Gerd
 Lambrecht, Christine
 Mansoori, Kaweh
 Nissen, Ulrike

Pfaff, Karlheinz
 Rabanus, Martin
 Reichenbach, Gerold
 Roth, Ernst-Ewald
 Schmidt, Dagmar
 Schmitt, Norbert
 Stojkovic, Dzenet
 Suppes, Stefan
 Uebe, Klaus
 Wieczorek-Zeul, Heidemarie
 Wingerter, Sven
 Ypsilanti, Andrea
 Yüksel, Turgut
 Zimmermann, Jens

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Borchert, Rudolf
 Prange, Lisa
 Steffen, Sonja
 Stieber, Michael

NORD-NIEDERSACHSEN

Dyck, Gerard-Otto
 Goede, Edda
 Jährling, Bernhard
 Jantz, Christina
 Renken, Axel
 Schütz, Annette

NORDRHEIN-WESTFALEN

Albrecht-Mainz, Elia
 Altenkamp, Britta
 Althaus, Manfred
 Banschkus, Bernd
 Bas, Bärbel
 Baumeister, Natascha
 Becker, Dirk
 Bell, Dietmar

Bennarend, Jens
 Blum, Ulrich
 Böhler, Werner
 Böhme, Udo
 Bollermann, Gerd
 Bölling, Wolfgang
 Bollmann, Gerd Friedrich
 Bozkir, Sandra
 Brinktrine, Stephan
 Buhse, Bodo
 Cikoglu, Atila
 Dieckmann, Dietmar
 Donner, Heinrich
 Dos Santos Herrmann, Susana
 Drabig, Franz-Josef
 Eicker, Sigrid
 Eickhoff, Martina
 Eiskirch, Thomas
 Ellerkamp, Ingo
 Emmerich, Karl-Heinz
 Engel, Claudia
 Erdle, Phillip
 Fabian, Norbert
 Fink, Lothar
 Gebhard, Heike
 Gießelmann, Helga
 Gliss-Dekker, Ursula
 Groß, Michael
 Hammelrath, Gabriele
 Hammer, Sebastian
 Harder, Ernesto
 Hartmann, Sebastian
 Heinrichs, Felix
 Hempelmann, Rolf
 Herrmann, Klaus-Dieter
 Herter, Marc
 Hetmeier, Marita
 Hilser, Dieter
 Hinz, Petra
 Horstmann, Ute
 Hudy, Harald
 Hugonin, Monika
 Jäger, Ralf
 Jahl, Armin

Janke, Oliver
 Joisten, Christian
 Jürgens, Sonja
 Kaczmarek, Oliver
 Kalkreuter, Matthias
 Klein, Petra
 Klug, Claudia
 Koch, Karsten
 Kohmann, Anja
 Konzelmann, Thorsten
 Kortmann, Karin
 Krämer, Friedhelm
 Krebs, Andreas
 Krüger, Hans-Ulrich
 Krützen, Klaus
 Kucharski, Helmut
 Laaser, Sebastian
 Leonhardt, Nadine Renee
 Link, Sören
 Locker, Katrin
 Löhr, Karin
 Lück, Angela
 Lüders, Nadja
 Ludwig, Svenja
 Lufen, Marcus
 Machatschek, Dorothee
 Marburger, Otto
 Meiers, Ute
 Metzloff, Jennifer
 Mühlenfeld, Dagmar
 Müller, Michael
 Müller-Witt, Elisabeth
 Müntefering, Michelle
 Mützenich, Rolf
 Nawrot, Regina
 Neuendorf, Bernd
 Ossowski, Silke
 Peters, Martin
 Pliete, Beate
 Pollmann, Sascha
 Radtke, Sabine
 Rampe, Carsten
 Renner, Stephan
 Riesmeier, Wilhelm

Römer, Norbert
 Sauermann, Gabriele
 Schiefner, Udo
 Schmeltzer, Rainer
 Schmitz-Hengesbach, Mathildis
 Scho-Antwerpes, Elfi
 Schöneberg, Anita
 Schrammeyer, Elisabeth
 Schüte, Gerda
 Schwartz, Stefan
 Spanier-Oppermann, Ina
 Spinrath, Norbert
 Stein, Frank
 Stich, Kirsten
 Stock, Michael
 Stotz, Marlies
 Strässer, Christoph
 Susen, Ines
 Tacer, Philipp
 Thews, Michael
 Tigges, Margit
 Unkel, Heike
 van den Berg, Guido
 Wagener, Tanja
 Weber, Petra
 Weller, Jürgen
 Wiertz, Sven
 Wietheger, Karin
 Wirges, Friedhelm
 Wischniewski, Hans-Werner
 Wittebur, Klemens
 Zwilling, Peter

RHEINLAND-PFALZ

Anklam-Trapp, Kathrin
 Barnett, Doris
 Bruch, Karl Peter
 Conrad, Jürgen
 Dreyer, Malu
 Fuhr, Alexander
 Geis, Manfred
 Gorges, Johannes

Gros, Anna
 Guth, Jens
 Hering, Hendrik
 Herzog, Gustav
 Hoch, Clemens
 Huter, Klaus
 Hütten, Achim
 Janssen, Jens
 Kissel, Michael
 Klamm, Hannelore
 Langner, David
 Löffler, Fabian
 Machalet, Tanja
 Mertes, Josef Peter
 Nink, Manfred
 Peermann, Thorsten
 Pellin, Sonja
 Pörksen, Carsten
 Puchtler, Frank
 Ramsauer, Günther
 Reich, Beate
 Schäfer, Roland
 Schmitt, Astrid
 Scholl, Andro
 Schweitzer, Alexander
 Simon, Michael
 Wilhelm, Stephan

SAARLAND

Barke, Jürgen
 Jung, Magnus
 Kolb, Gisela
 Krutten, Stefan
 Latz, Ralf
 Nasshan, Gerhard
 Pauluhn, Stefan
 Renner, Jürgen
 Ries, Isolde
 Roth, Eugen
 Staudt, Alfred
 Theobald, Sabine
 Thul, Sebastian

Ukrow, Jörg
 Weber, Volker

SACHSEN

Brangs, Stefan
 Homann, Henning
 Kolbe, Daniela
 Pfeil, Juliane
 Rührich, Susann
 Schuler, Thomas
 Vogel, Ines
 Wittig, Heiko

SACHSEN-ANHALT

Börst-Harder, Petra
 Eichler, Wolfgang
 Grube, Falko
 Lehmann, Stefan
 Mühlstein, Marko
 Schindler, Silke

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Baasch, Wolfgang
 Birke, Hans-Helmut
 Bolln, Stefan
 Borchert, Götz
 Breitner, Andreas
 Deutschmann, Moritz
 Dolgner, Kai
 Fronzek, Brigitte
 Gillessen, Sabine Maria
 Hagedorn, Bettina
 Heinrich, Anne-Christin
 Kuhlwein, Eckart
 Östreich, Cornelia
 Pieper, Elena
 Riep, Rudolf
 Rix, Sönke

Tralau, Gesa
 Von Pein, Tobias
 Winter, Lars

THÜRINGEN

Auer, Roberto
 Gleicke, Iris
 Heß, Petra
 Lehmann, Diana
 Machnig, Matthias
 Margraf, Martin

WESER-EMS

Abdinghoff-Feldkemper, Olaf
 Bohne, Jutta
 Börgmann, Johann
 Christians, Hilda
 Eiben, Florian
 Groote, Matthias
 Kater, Kristian
 Lies, Olaf
 Mandel, Sören
 Mittag, Susanne
 Rohde, Dennis
 Rühl, Kathrin
 Schulte, Jenna Juliane
 Schweer, Daniel
 Sonnenberg, Detlef
 Ulferts-Dirksen, Sophia
 Zimmermann, Sabine

DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Delegierte der Kontrollkommission

Budde, Katrin
 Diller, Karl
 Kompe, Gerhard
 Mattischeck, Heide
 Meinhold, Walter
 Randzio-Plath, Christa
 Reckmann, Brigitte
 Wiczorek, Norbert

Delegierte der Schiedskommission

Ballhausen, Werner
 Brusis, Ilse
 Kohl, Hannelore
 Notzke, Thomas
 Rixecker, Roland

Delegierte des Parteirates

Albig, Torsten
 Behrens, Daniela
 Brehm, Thorsten
 Burkert, Michael
 Buschkowsky, Heinz
 Coße, Jürgen
 Crone, Petra
 Emmerich-Kopatsch, Petra
 Fehr, Manfred
 Forster, Hans
 Güller, Harald
 Heid, Petra
 Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
 Hofmeyer, Brigitte
 Hühn, Caroline
 Jordan, Jörg
 Kelm-Schmidt, Sabine
 Keßler, Ilko

Klecha, Stephan
 Kolat, Dilek
 Lang, Torsten
 Lawall, Karin
 Liebetruhl, Dörte
 Mazulewitsch-Boos, Anna
 Möller, Claus
 Mönikes, Jan
 Müllerwiebus, Roswitha
 Naber, Hanna
 Ott, Jochen
 Pleß, Brigitte
 Roth, Angelika
 Schäfer, Axel
 Schiffmann, Dieter
 Schild, Armin
 Schmidt-Kühner, Regina
 Scholle, Thilo
 Schüren, Norbert
 Schwabe, Frank
 Spiering, Rainer
 Stadelmaier, Martin
 Stapelfeldt, Dorothee
 Stinka, André
 Suhr, Andrea
 Tanke, Detlef
 Vaupel, Monika
 von den Driesch, Nicole
 Wehrmeyer, Matthias
 Wucherpennig, Brigitte

Delegierte des Seniorenrates

Bergmann, Christine
 Brunn, Anke
 Ehrenberg, Herbert
 Eichel, Hans
 Fuchs, Anke
 Graeber, Otto
 Huber, Antje

Mahrenholz, Ernst-Gottfried
 Martiny, Anke
 Matthäus-Maier, Ingrid
 Ravens, Karl
 Schmalstieg, Herbert
 Schmude, Jürgen
 Simon, Wilma
 Weiss, Cornelius
 Wernstedt, Rolf
 Wettig-Danielmeier, Inge

Delegierte der Bundestagsfraktion

Burkert, Martin
 Dörmann, Martin
 Edathy, Sebastian
 Ernstberger, Petra
 Lauterbach, Karl Wilhelm
 Lischka, Burkhard
 Marks, Caren
 Rawert, Mechthild
 Reimann, Carola
 Rossmann, Ernst Dieter
 Roth, Michael
 Schaaf, Anton
 Schneider, Carsten
 Tack, Kerstin
 Thierse, Wolfgang

INTERNATIONALE GÄSTE

PARTEIEN

Australia

Australian Labor Party (ALP)
 Michael Forshaw

**Delegierte der SPD-Fraktion
im Europaparlament**

Fleckenstein, Knut Wilhelm
 Geier, Jens
 Steinruck, Jutta

Vorsitzende Arbeitsgemeinschaften

AGS: Kaerkes, Sven-Hauke
 ASG: Lang, Armin
 ASJ: Pörksen, Anke
 AfB: Stange, Eva-Maria
 Jusos: Vogt, Sascha

Austria

Social Democratic Party of Austria (SPÖ)
 Sonja Ablinger
 Hannes Bauer
 Karl A. Duffek
 Alfred Gusenbauer
 Elisabeth Hake
 Georg Hubmann
 Chris Müller
 Raphael Sternfeld

Belgium

Socialist Party (PS)
Jean-Paul Buffat
 Socialist Party (SPA)
Said El Khadraoui

Bosnia and Herzegovina

Alliance of Independent
 Social Democrats (SNSD)
Mladen Brankovic
Igor Radojicic
 Social Democratic Party of Bosnia
 and Herzegovina (SDP BiH)
Zlatko Lagumdzija
Sasa Magazinovic

Brazil

Workers' Party (PT)
Kjeld Jakobsen

Bulgaria

Bulgarian Socialist Party (BSP)
Georgi Pirinski
Meglana Plugtschieva
Vasev Rangel
Deniza Slateva
Sergei Stanichev

Chile

Radical Social Democratic Party (PRSD)
Alejandro Sule
 Party for Democracy (PPD)
Luis Fernando Ayala Gonzalez

China

Communist Party of China (CPC)
Zhongzhi Guo
Bin Qin
Jing Shi
Ping Su

Hua Wang
Xinjian Zhou

Northern Cyprus

Republican Turkish Party (CTP)
Ünal Findik
Ozdil Nami
Fazilet Özdenefe
 Communal Democracy Party (TDP)
Mehmet Cakici
Sami Dayioglu

Czech Republic

Czech Social Democratic Party (CSSD)
Katerina Bocianova
Pavel Sileny
Bohuslav Sobotka
Lubomir Zaoralek

Denmark

Social Democratic Party
Morten Damm Krogh
Finn Stubtoft

Equatorial Guinea

Convergence for Social Democracy (CPDS)
Wenceslao Mansogo Alo
Micó Abogo Plácido

Estonia

Estonian Social Democratic Party (SDE)
Vadim Belobrovtssev
Kerttu Sikka

Finland

Finnish Social Democratic Party (SDP)
Johannes Koskinen

France

Socialist Party (PS)
Jean-Marc Ayrault
Jean-Christophe Cambadélis
Harlem Desir
Jacques-Pierre Gougeon
Estelle Grelier
Francois Hollande
Elisabeth Humbert-Dorf Müller
Pierre Kanuty
Faouzi Lamdaoui
Manuel Valls
Henri Weber

Ghana

National Democratic Congress (NDC)
Kofi Attor
Baafuor Kissiedu
Evelyn Korang
Johnson Asiedu Nketiah

Hungary

Hungarian Socialist Party (MSzP)
Alexandra Dobolyi
Xenia Gyenes
Laszlo Kovacs
Vilmos Szabo
Tibor Szanyi

India

Indian National Congress (INC)
Girija Vyasa

Iraq

Kurdistan Democratic Party (PDK)
Dezavar Ajgeiy
Dilshad Barzani
Hayman Hma Salah
 Patriotic Union of Kurdistan (PUK)
Mirza Faily Abdulrazaq

Amin Babasheikh
Tara Bayan Asaad
 Social Democratic Party of Kurdistan (PSDK)
Kanje Ali Fadhil
Muhamad Haji Mahmud
Salam Omar
Hussein Rasulhawiz

Israel

Israeli Labour Party HaAvoda
Hilik Bar
Avishai Braverman
 Meretz Party
Dror Morag

Italy

South Tyrolean People's Party (SVP)
Bruno Endrizzi
Walter Fischnaller
Christoph Gufler
Judith Kofler Peintner
Astrid Kuprian
Georg Pardeller
Theresia Prantner
Paul Psenner
Martin Rainer
Margith Schnarf Niedrist
Norbert Überegger

Kosovo

Social Democratic Party of Kosovo (SDP)
Agim Ceku
Afrim Haliti
Ilir Pushka

Kyrgyzstan

Ata Meken
Nurdin Duishenbekov
Assiya Sassykbajewa
 Social Democratic Party Kyrgystan (SDPK)

Galina Skripkina
Irina Karamuschkina

Latvia

Social Democratic Party CONCORDE
Igors Pimenovs

Lebanon

Progressive Socialist Party (PSP)
Zaher Raad

Lithuania

Lithuanian Social Democratic Party (LSDP)
Vytis Povilas Andriukaitis
Benediktas Balkauskas
Irena Schaulene

Macedonia

Social Democratic Union of Macedonia
(SDSM)
Zoran Popov

Malta

Malta Labour Party (MLP)
Aaron Michael Farrugia

Mauritania

Rally of Democratic Forces (RFD)
Ahmed M. Daddah

Mexico

Party of the Democratic Revolution (PRD)
Luis X. Espinoza Chazaro
Augustin Guerrero Castillo
Marlene Ivanova Ortiz

Mongolia

Mongolian People's Party (MPP)
Otgondavaa Chimeddorj
Tuvshinjargal Dashdavaa
Amgalan Luvsandash

Montenegro

Social Democratic Party of Montenegro (SDP)
Jelena Mitrovic
Democratic Party of Socialists of Montenegro
(DPS)
Tamara Pesic
Valentina Radulovic-Scepanovic
Igor Radusinovic

Morocco

Socialist Union of Popular Forces (USFP)
Bouquentar El Hassane
Amili Laila

The Netherlands

Labour Party (PvdA)
Frits Strik

Norway

Norwegian Labour Party (DNA)
Signe Brudaset
Tartei Skirbekk
Jens Stoltenberg

Palestine

Al Mubadara
Mohamed Aoad
Fatah
Afif Safieh

Philippines

Akbayan
Walden Bello

Poland

Social Democracy of Poland (SDPL)
Bartosz Dominiak
Democratic Left Alliance (SLD)
Ryszard Kalisz

Agnieszka Pawelska
Katarzyna Piotrowska
Jaroslaw Szczukowski

Portugal

Socialist Party (PS)
Joao Ribeiro

Romania

Social Democratic Party (PSD)
Victor Ponta

Russia

A Just Russia Party
Boris Guseletov

Serbia

Democratic Party (DS)
Konstantin Samofalov
Boris Tadic
Socialist Party of Serbia (SPS)
Ivica Dacic
Natasa Gacesa
Ivica Toncev

Spain

Spanish Socialist Workers' Party (PSOE)
Miguel Angel Martinez
Juan Moscoso del Prado
Ricard Torrell

Sweden

Swedish Social Democratic Party (SAP)
Leif Jakobsson

Tanzania

Party of the Revolution (CCM)
Edward Mpogolo
Wilson Chilemeji Mukama

Tunesia

Democratic Forum for Labour and Freedoms
(FDTL)
Sami Bahri
Imen Benzarti
Khalil Ezzaouia
Haythem Fantar
Maher Farhat
Omezine Khelifa
Hedi Manai
Samy Razgallah

Turkey

Justice and Development Party (AKP)
Mustafa Ünal
Peace and Democracy Party (BDP)
Dervis Cimen
Eyyup Doru
Medeni Kirici
Fatma Kurtalan
Republican People's Party (CHP)
Yakup Akkaya
Mehmet Ercan Karakas
Fazilet Ödence Kürsat
Osman Faruk Logoglu
Delegation Istanbul
Hasan Aydin
Yalcin Dogan
Hayri İnönü
Onur Kumbaricibasi
Necdet Mercan
Aziz Özhan
Mahmut Övür
Zeynep Saka
Cihat Salman
Mustafa Sarigül
Halil Sen
Memet Sefa Sirmen
Cisil Bir Sohodol

United States of America

Democratic Party
Ted Strickland

Vietnam

Communist Party of Vietnam (CPV)

Dinh Bon Bui
 Quang Tu Do Le
 Anh Quynh Nguyen
 Thi Thanh Tam Pham
 Thua Phong Vuong

Western Sahara

Frente Polisario

Jamal Zakari

Zimbabwe

Movement for Democratic Change (MDC)

Fortune Ishe Gwaze
 Maureen Kademaungo
 Jameson Timba

ORGANISATIONEN

Alfred Mozer Foundation

Andre Gerrits

Center for American Progress

Matt Browne
 John Podesta

Ferdinand-Lassalle-Zentrum (Breslau)

Michal Syska

Foundation Jean-Jaures

Pascal Brice

Foundation for European Progressive Studies**(FEPS)**

Charlotte Billingham
 Massimo D'Alema
 Marie-Astrid Mukankusi
 Ania Skrzypek
 Ernst Stetter

International Falcon Movement (IFM-SEI)

Tim Scholz

International Union of Socialist Youth (IUSY)

Johan Hassel

Kalevi Sorsa Foundation

Mikko Majander

Party of European Socialists (PES)

Philip Cordery
 Maria Soledad Guirao Galdon
 Michael Hoppe
 Sergei Stanichev

Policy Network

Olaf Cramme

Solidar

Conny Reuter

Renner Institute

Karl A. Duffek
 Michael Rosecker
 Barbara Rosenberg

United Nations

Wolfgang Stöckl

REDNERINNEN UND REDNER

A

Annen, Niels 94

B

Barthel, Klaus 88, 367

Baumann-Hasske, Harald 463, 134

Beck, Kurt 187, 203, 346

Becker, Gisela 458

Behbehani, Helmi 83

Bender, Julian 466

Bernzen, Prof. Dr. Christian 303

Böhning, Björn 272

Bollmann, Gerd 130

Bolln, Stefan 197

Borken, Julian 494

Bovenschulte, Andreas 143, 418

Brodhun, Christoph 336

Brunkhorst, Daniel 166

Bullmann, Udo 82

Bulmahn, Edelgard 330

Burchardt, Ulla 333

Burger, Simone 353, 444

Buttgereit, Monika 340

C

Castellucci, Dr. Lars 373

Conrad, Jürgen 160, 167

D

Denef, Norbert 475

Dittmar, Ansgar 169, 176

Donner, Heinrich 159, 170, 421

Dos Santos Herrmann, Susana 120

Drakul, Petar 154, 180

Dreyer, Malu 368, 449

Drobinski-Weiß, Elvira 418

Dulig, Martin 300, 474

E

Ebling, Michael 201

Ecke, Matthias 472

Edathy, Sebastian 328

Eichel, Hans 98

Engelmeier-Heite, Michaela 148, 256

Fabian, Norbert 95, 365, 431

Ferner, Elke 148, 298, 307, 453

Flisek, Christian 420

Friedrich, Peter 92, 256

Fronzek, Brigitte 419

G

Gabriel, Sigmar 13, 45, 162, 173, 228, 264, 311, 373, 431, 443, 482, 495

Gebhardt, Evelyne 80, 151

Geier, Jens 85

Graf, Angelika 372

Gremmels, Timon 195

Griese, Kerstin 304

Groote, Matthias 183, 277

Groschek, Micheal 362

Grüger, Stephan 196

Grumbach, Gernot 79

H

Hanneforth, Grit 53

Heil, Hubertus 371, 416

Hendricks, Barbara 173, 211, 220, 415

Hexel, Dietmar 121

Högl, Eva 76

Hollande, François 221

J

Jordan, Jörg 96, 173, 181

Juratovic, Josip 154

K

Kaczmarek, Oliver 331

Kaerkes, Sven 376

Kahane, Anetta 50

Kelber, Ulrich 426, 461

Kerst, Valentina 275

Kirci, Alptekin 253

Kirgiane-Efremidis, Stella 155, 477

Klecha, Stephan 119

Kolbe, Daniela 462

Kompe, Gerhard 370

Kraft, Hannelore 28, 36, 338

Kuhlwein, Eckart 100, 124, 207, 336

L

Lambrecht, Christine 460

Lang, Armin 445

Lange, Christian 126

Lauterbach, Karl 451

Leinen, Josef 74

Lemmen, Veith 459

Lindh, Helge 140, 334

M

Maas, Heiko 110, 134

Machnig, Matthias 354

Mandel, Sören	337	Schmidt, Horst	377
Mansoori, Kaweh	144	Schmidt, Wilhelm	440
Marks, Caren	302	Schmude, Jürgen	127
Mast, Katja	437	Schneider, Carsten	414
Matschie, Christoph	257	Scholz, Olaf	56, 206, 378, 471
Mattheis, Hilde	255, 411, 446	Schreiner, Ottmar	357
Möller, Claus	146	Schröder, Thomas	188
Müller, Michael	197, 208, 259, 429	Schulz, Martin	101
N		Schurer, Ewald	369
Nahles, Andrea	137, 157, 281, 438	Schwall-Düren, Angelica	105
Negele, Christine	152, 165	Schweitzer, Alexander	278
Nida-Rümelin, Julian	91, 427	Schwesig, Manuela	115, 290, 306
Nissen, Martin	182	Sieling, Carsten	89, 409
Nissen, Ulrike	143, 335, 408	Simon, Peter	99
O		Soeder, Christian	467
Oerder, Katharina	299	Sommer, Ulrike	118
Oppermann, Thomas	464	Spies, Thomas	448
Östreich, Cornelia	479	Spörkel, Ralf	158, 177
Ott, Jochen	202	Staudt, Alfred	361
Özoğuz, Aydan	265	Stegner, Ralf	128, 193, 422, 456, 476
P		Steinbrück, Peer	390
Pellin, Sonja	413	Steinmeier, Frank-Walter	60, 424
Perc, Dejan	157, 467	Steinruck, Jutta	78
Pörksen, Anke	142	Stoltenberg, Jens	38
Poß, Joachim	412	Stürmer, Martin	86
Pronold, Florian	258, 432	T	
Putzier, Jan Henner	193	Tanke, Detlef	200
R		Thierse, Wolfgang	131
Randzio-Plath, Christa	215	Tietz, Nicole	59, 263, 386, 407
Reichenbach, Gerold	469	U	
Reinert, Marie Christin	327	Ude, Christian	403
Riep, Rudolf	471	V	
Ries, Isolde	355	Vogt, Sascha	150, 156, 287, 360
Rischel, Mathias	276	Vogt, Ute	191
Rix, Sönke	122	W	
Roloff, Sebastian	117	Warnecke, Torsten	171
Römer, Norbert	364	Weber, Jonas	167
Rosemann, Martin	366	Weigle, Sebastian	429
Roth, Michael	87	Weil, Stephan	268
S		Wieczorek-Zeul, Heidemarie	253, 488
Schaaf, Anton	361	Wiegand, Rolf	356
Schäfer-Gümbel, Thorsten	186, 205	Wowereit, Klaus	46, 313
Schäfer, Axel	77	Y	
Schaub, Manfred	326	Yüksel, Turgut	179
Schmid, Nils	153, 428	Z	
Schmidt, Helmut	14	Zwanziger, Theo	320

